

This is a digital copy of a book that was preserved for generations on library shelves before it was carefully scanned by Google as part of a project to make the world's books discoverable online.

It has survived long enough for the copyright to expire and the book to enter the public domain. A public domain book is one that was never subject to copyright or whose legal copyright term has expired. Whether a book is in the public domain may vary country to country. Public domain books are our gateways to the past, representing a wealth of history, culture and knowledge that's often difficult to discover.

Marks, notations and other marginalia present in the original volume will appear in this file - a reminder of this book's long journey from the publisher to a library and finally to you.

Usage guidelines

Google is proud to partner with libraries to digitize public domain materials and make them widely accessible. Public domain books belong to the public and we are merely their custodians. Nevertheless, this work is expensive, so in order to keep providing this resource, we have taken steps to prevent abuse by commercial parties, including placing technical restrictions on automated querying.

We also ask that you:

- + *Make non-commercial use of the files* We designed Google Book Search for use by individuals, and we request that you use these files for personal, non-commercial purposes.
- + Refrain from automated querying Do not send automated queries of any sort to Google's system: If you are conducting research on machine translation, optical character recognition or other areas where access to a large amount of text is helpful, please contact us. We encourage the use of public domain materials for these purposes and may be able to help.
- + *Maintain attribution* The Google "watermark" you see on each file is essential for informing people about this project and helping them find additional materials through Google Book Search. Please do not remove it.
- + *Keep it legal* Whatever your use, remember that you are responsible for ensuring that what you are doing is legal. Do not assume that just because we believe a book is in the public domain for users in the United States, that the work is also in the public domain for users in other countries. Whether a book is still in copyright varies from country to country, and we can't offer guidance on whether any specific use of any specific book is allowed. Please do not assume that a book's appearance in Google Book Search means it can be used in any manner anywhere in the world. Copyright infringement liability can be quite severe.

About Google Book Search

Google's mission is to organize the world's information and to make it universally accessible and useful. Google Book Search helps readers discover the world's books while helping authors and publishers reach new audiences. You can search through the full text of this book on the web at http://books.google.com/



Über dieses Buch

Dies ist ein digitales Exemplar eines Buches, das seit Generationen in den Regalen der Bibliotheken aufbewahrt wurde, bevor es von Google im Rahmen eines Projekts, mit dem die Bücher dieser Welt online verfügbar gemacht werden sollen, sorgfältig gescannt wurde.

Das Buch hat das Urheberrecht überdauert und kann nun öffentlich zugänglich gemacht werden. Ein öffentlich zugängliches Buch ist ein Buch, das niemals Urheberrechten unterlag oder bei dem die Schutzfrist des Urheberrechts abgelaufen ist. Ob ein Buch öffentlich zugänglich ist, kann von Land zu Land unterschiedlich sein. Öffentlich zugängliche Bücher sind unser Tor zur Vergangenheit und stellen ein geschichtliches, kulturelles und wissenschaftliches Vermögen dar, das häufig nur schwierig zu entdecken ist.

Gebrauchsspuren, Anmerkungen und andere Randbemerkungen, die im Originalband enthalten sind, finden sich auch in dieser Datei – eine Erinnerung an die lange Reise, die das Buch vom Verleger zu einer Bibliothek und weiter zu Ihnen hinter sich gebracht hat.

Nutzungsrichtlinien

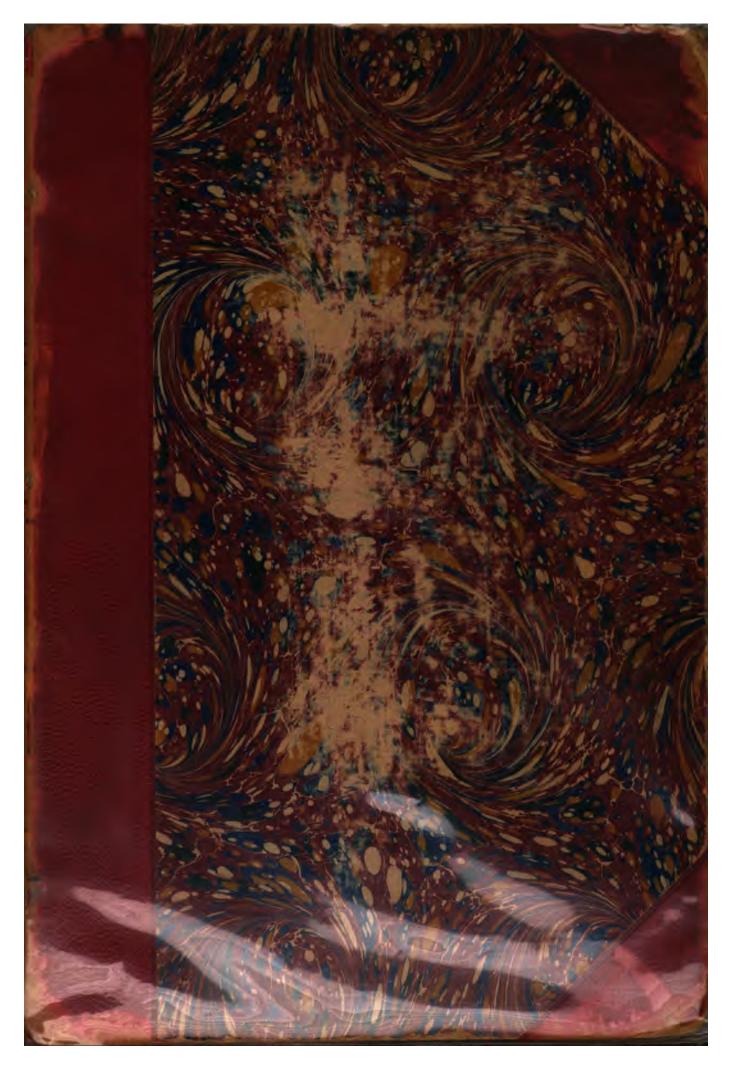
Google ist stolz, mit Bibliotheken in partnerschaftlicher Zusammenarbeit öffentlich zugängliches Material zu digitalisieren und einer breiten Masse zugänglich zu machen. Öffentlich zugängliche Bücher gehören der Öffentlichkeit, und wir sind nur ihre Hüter. Nichtsdestotrotz ist diese Arbeit kostspielig. Um diese Ressource weiterhin zur Verfügung stellen zu können, haben wir Schritte unternommen, um den Missbrauch durch kommerzielle Parteien zu verhindern. Dazu gehören technische Einschränkungen für automatisierte Abfragen.

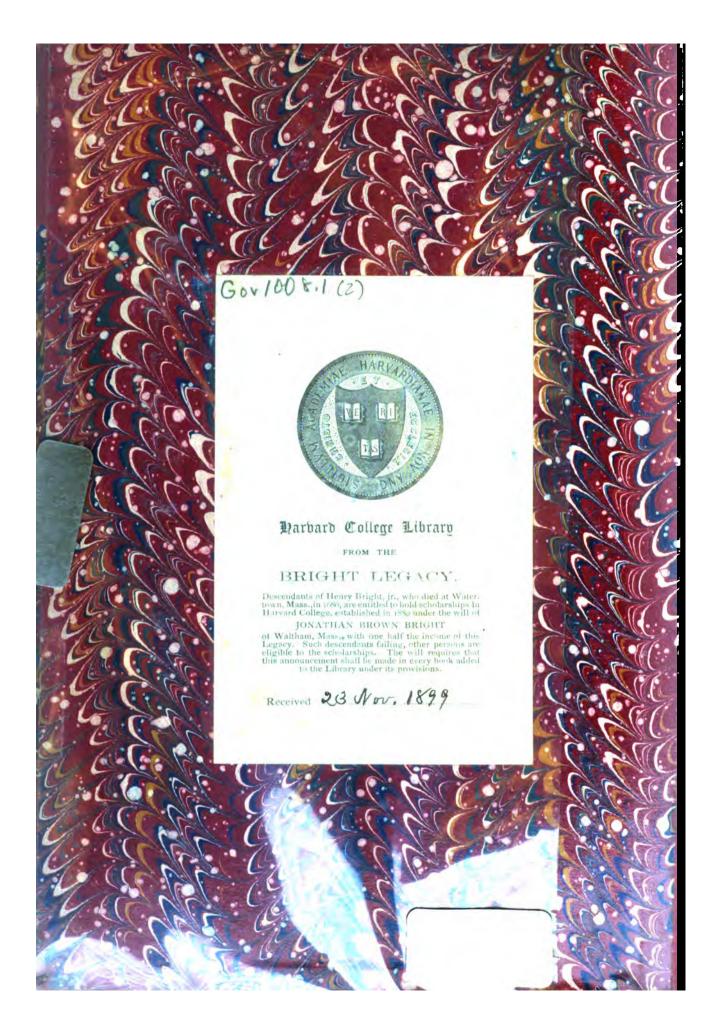
Wir bitten Sie um Einhaltung folgender Richtlinien:

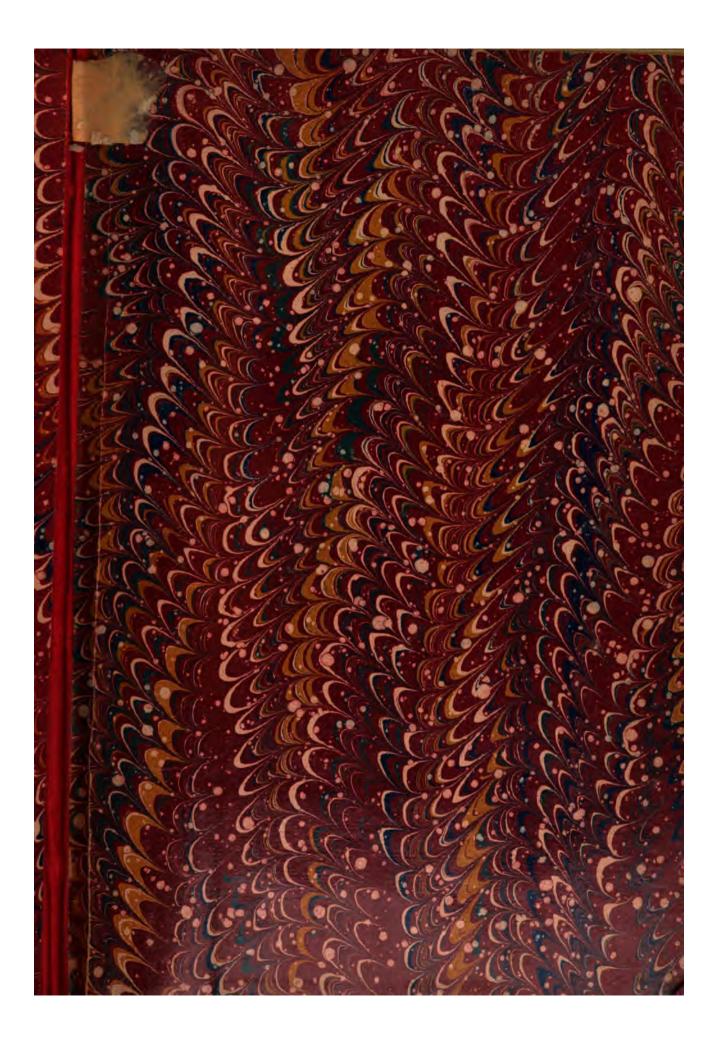
- + *Nutzung der Dateien zu nichtkommerziellen Zwecken* Wir haben Google Buchsuche für Endanwender konzipiert und möchten, dass Sie diese Dateien nur für persönliche, nichtkommerzielle Zwecke verwenden.
- + *Keine automatisierten Abfragen* Senden Sie keine automatisierten Abfragen irgendwelcher Art an das Google-System. Wenn Sie Recherchen über maschinelle Übersetzung, optische Zeichenerkennung oder andere Bereiche durchführen, in denen der Zugang zu Text in großen Mengen nützlich ist, wenden Sie sich bitte an uns. Wir fördern die Nutzung des öffentlich zugänglichen Materials für diese Zwecke und können Ihnen unter Umständen helfen.
- + Beibehaltung von Google-Markenelementen Das "Wasserzeichen" von Google, das Sie in jeder Datei finden, ist wichtig zur Information über dieses Projekt und hilft den Anwendern weiteres Material über Google Buchsuche zu finden. Bitte entfernen Sie das Wasserzeichen nicht.
- + Bewegen Sie sich innerhalb der Legalität Unabhängig von Ihrem Verwendungszweck müssen Sie sich Ihrer Verantwortung bewusst sein, sicherzustellen, dass Ihre Nutzung legal ist. Gehen Sie nicht davon aus, dass ein Buch, das nach unserem Dafürhalten für Nutzer in den USA öffentlich zugänglich ist, auch für Nutzer in anderen Ländern öffentlich zugänglich ist. Ob ein Buch noch dem Urheberrecht unterliegt, ist von Land zu Land verschieden. Wir können keine Beratung leisten, ob eine bestimmte Nutzung eines bestimmten Buches gesetzlich zulässig ist. Gehen Sie nicht davon aus, dass das Erscheinen eines Buchs in Google Buchsuche bedeutet, dass es in jeder Form und überall auf der Welt verwendet werden kann. Eine Urheberrechtsverletzung kann schwerwiegende Folgen haben.

Über Google Buchsuche

Das Ziel von Google besteht darin, die weltweiten Informationen zu organisieren und allgemein nutzbar und zugänglich zu machen. Google Buchsuche hilft Lesern dabei, die Bücher dieser Welt zu entdecken, und unterstützt Autoren und Verleger dabei, neue Zielgruppen zu erreichen. Den gesamten Buchtext können Sie im Internet unter http://books.google.com/durchsuchen.







•			
•			
		•	
		•	
•			
	•		
			•
•		·	
			!
			·.
••			
			•

•

	•			
			·	
		•		
			·	

	·	



Handbuch

Geffentlichen Rechts

der Gegenwart

Monoaraphien.

Unter Mitwirkung von

in Bremen, B. A. Simon in Orford, † Geheimerath Sonnenkalb in Altenburg, Professor Dr. L. Frei-herrn von Rtengel in München, Abvotat B. D. Tavares de Medeiros in Lissabon, Professor Dr. Manuel Corres Campos in Granada, Professor Dr. Ulbrich in Brag, Professor Dr. E. Ulmann in München, Prosessor Dr. M. Pauthier in Brüssel, Profisent des Oberfirchenraths Dr. F. Wielandt in Karlsruhe, † Rechtsanwalt Dr. D. Wolfson in Samburg und anderen Gelehrten des In= und Auslandes

begründet von

Dr. Beinrich von Marquardsen,

weiland Professor an ber Univerfitat Erlangen und Mitglieb bes Reichstags,

herausgegeben bon

Dr. Max von Bendel, Bebeimrath und Profeffor an ber Univerfitat Dunden,

Dr. Robert Piloty, Profeffor an ber Univerfitat Burgburg.

Einleitungsband.

Zweite Abtheilung.



Treiburg i. B. Leipzig und Cübingen Berlag von J. C. B. Mohr (Paul Siebed) 1899.

Handbuch

hea

Geffentlichen Rechts.

Einleitungsband

herausgegeben

bon

Dr. Mar von Bendel.

3weite Abtheilung.

Allgemeine Staatslehre.

Bearbeitet

von

Dr. Hermann Mehm, Professor an ber Universität Erlangen.



Freiburg i. B. Leipzigkund Tübingen Berlag von J. C. B. Mohr (Paul Siebeck) 1899. VI 3954
Gov1008.1 (2)



Das Recht ber Ueberfetjung in frembe Sprachen behält fich bie Berlagsbuchhandlung vor.

Allgemeine Staatslehre.

Von

Dr. Dermann Rehm, Professor an ber Universität Erlangen.

Ans Sanbbuch bes Deffentlichen Rechts: Ginleitungsbanb.



Freiburg i. P.
feipzig und Eübingen
Berlag von J. C. B. Mohr (Paul Siebeck)
1899.

Das Recht ber Ueberfetjung in frembe Sprachen behalt fich bie Berlagsbuchhanblung vor.

Drud von S. Laupp jr in Aubingen.

Inhaltsverzeichnis.

			Seit
888	1.	l e i t u n g. Begriff ber Allgemeinen Staatslehre	1
8	3.	Erfter Abschnitt : Ber Staatsbegriff. Philosophischer, politischer, rechtlicher Staatsbegriff	11
8	4.	Die herrschende Staatsbefinition	12 28
2000	6.	Das Zwedmoment im Staatsbegriff	
200 con 200 co. co. co	8. 9.	Sie Unterspendung von Staat und Kirche	39 86 37
Ŭ		Bweiter Abschnitt: Der Bouveranitätsbegriff.	
		I. Gefcichtliche Entwidelung.	
8	10.	Die Entwickelung vom 10.—16. Jahrhundert	40
8	11.	Der Souveränitätsbegriff Bobins	48
8	12.	Die Entwicklung im 17. Jahrhundert	46 50
8	14,	Die Entwickelung im 17. Jahrhundert	57
		II. Dogmatifcher Inhalt bes Souveranitätsbegriffes.	
60:00	15. 16.	Die verschiebenen Bebeutungen von Souveränität	61 68
_		Pritter Abschnitt: Die Staatenverbindungen.	
8	17.	Die Hauptgruppen ber Staatenverdindungen	70
Ş	18.	Befen und Arten ber Abhängigteitsverhältniffe	71
8	20.	Die Interessenschären	77 83
8	21.	Ginfluß ber Abhangigkeitsverhaltniffe auf die Souveranität	85
80000	22. 23.	Die Hauptgruppen der Staatenverbindungen Besen und Arten der Abhängigkeitsverhältnisse Die Schutzgebiete insbesondere Die Interessensien Einfluß der Abhängigkeitsverhältnisse auf die Souveränität Bundesstaat und Staatenbund Rechtliche und politische Einteilung der Staatenverbindungen	86 101
		Fierter Abschnitt: Fritik anderer Sehren von Staat, Bouveranitat und Staatenverbindung.	
60000	24. 25.	Geschichtliche Entwickelung ber mobernen Staatsbefinition im Allgemeinen Die einzelnen Staatsbefinitionen	107 112
٠	26.	bungen	116
8000	27. 28.	Die Bundesstaatstheorie Zorns	117 120
8	29. 30.	Die Theorie Hänels und Genossen	127 148
			140
	01	Fünfter Abschnitt: Die Achranken der Bouveränität.	440
8	31.		146
		Bechfter Abschnitt: Das Bubjekt der Rtaatsgewalt.	
8	32. 33.	Begriff bes Subjektes ber Staatsgewalt	149 150
8	84.	Die juriftische Ratur ber Staatsnersanlichkeit	160
ş	35.	Die Staatsfragmente Jellinets	169
8	37.	Andere Arten der Staatsnatur	171 172
Š	38.	Die Staatsfragmente Jellineks Die Staatspersönlichkeit bes Bundesstaates Andere Arten der Staatsnatur Die Auffassung der Staatsnatur in der Geschichte	174
		Biebenter Abschnitt : Erager und oberfier Jusüber der Staatsgewalt.	
ş	39.	Der Träger ber Staatsgewalt	176
5	40.	Der oberfte Ausliber ber Staatsgewalt	178 179

Inhaltsverzeichnis.

			Selte			
	2.	Begriff und oberfie Einteilung ber Berfaffungs- und Regierungsformen	180			
8 4	3.	Besondere Arten der Regierungsform	189			
8 4	5.	Aristofratie und Demofratie	185 189			
§ 4	6.	Der Unterschied von Regierungeform und Regierungsweise	191			
§ 4	7.	Die gemischte Staatsform	192			
§ 4	8.	Die raumliche Teilbarkeit ber Souveranität	197			
		Achter Abschnitt: Rechtsgrund, Bweck und oberfte Verfaffungsprinzipien des Staates.				
8 4	^	~1lo	199			
§ 5	0.	Die oberften Bringipien ber Staatsorganifation	200			
§ 5	1.	Die obersten Prinzipien der Staatsorganisation Altruismus und Egoismus in der Staatsorganisation Die sog. antike und die sog. germanische Staatsidee	206			
8 9	2.	Die sog. antite und die fog. germanische Staatsibee	207			
		Neunter Abschnitt: Geschichte der Staatstheorien.				
§ 5	3.	Neunter Abschnitt: Seschichte der Staatstheorien. Die griechischen Staatstheorien	209			
§ 5	4.	Die romisch-germanische Staatslehre	212			
§ 5	5.	Die mittelalterliche Staatslehre	213			
9 0	ю. 7	Die Staatstheorien bes 16. unb 17. Jahrhunberts Die Staatslehre Lode's	214			
8 5	8.	Die Staatslehre Lode's Die Entwidelung in der ersten Hälfte des 18. Jahrhunderts	223 229			
5556	9.	Montesquien	232			
§ 6	0.	Rouffeau	237			
§ 6	1.	280lft und Blacktone	239			
8 6	2. 2		244			
8 6	4	Rant	248 249			
§ 6	5.	Die Entwidelung im 19. Jahrhunbert	250			
•						
	_	Behnier Abschnitt: Entfiehung und Entwickelung des Biaates.				
866666	6.	Die Stellung bes Naturrechts zur Frage ber Staatsentstehung	266 268			
8 8	8.		271			
\$ 6	9.	Die Organisation der ersten Staaten	279			
§ 6	0.	Die Fortentwidelung ber Staaten	275			
§ 7	1.	Die treibenben Rrafte in ber Staatsentwidelung	283			
§ 7	Z.	Der heutige Entwickelungsftanb	284			
Elfter 3bidnitt: Die reprafentative Bemokratie.						
§ 7 § 7	3.	Der Grundsatz der Trennung der Gewalten	285			
§ 7	4.	Die absolute Trennung der Gewalten	288			
§ 7	D.	Die relative Trennung ber Gewalten	294			
-		präsentativen Demokratien	296			
8 7 7 8 7	7.	Die rechtlich-politische Ratur bes Berhaltniffes ber Gewaltentrager zu einander	306			
§ 7	8.	Die repräsentative Demokratie Englands und Frankreichs	318			
§ 7	9.	Die rechtlich-politische Bebeutung bes Rammerauflösungsrechtes in ber repräsentativen	047			
2 2	Λ	Demofratie	317 324			
8 8	1.	Die rechtlichspolitische Natur ber Ministerperantwortlickleit	825			
§ 8	2.	Die Borrechte der zweiten Kammer auf finanzgesetzlichem Gebiete Die rechtlichepolitische Natur der Ministerverantwortlichkeit Der Ginfluß der Ministerverantwortlichkeit auf die Beziehungen von Legislative und				
		Grekutive Das Unabhängigkeitsmoment in der Lehre von der Teilung der Gewalten	344			
§ 8	3.	Das Unabhängigkeitsmoment in der Lehre von der Teilung der Gewalten	346			
		Bwölfter Abschnitt: Die reprafentative Monarcie.				
8 8	4.		348			
§ 8	5.	Das Wesen der repräsentativen Monarchie	353			
-		**************************************				
		Sinnitärenhe Quudtahlen				
_		Sinnstörenbe Drudfehler.				
త్ల.	2	8 Zeile 5 von oben lies ftatt "unabhängigen": abhängigen.				
ල. අ	27	1 Zeile 3 von unten ergänze vor "Die Staatenbilbung": § 68. Die Staatsentstehung. 2 Zeile 9 von oben hinter "fragt" einzufügen: sich.				
Ο,	3 0	Deire a nour noeit ditiret "lienfit, einftilnfeut; lich.				

Einleitung.

§ 1. Begriff der Allgemeinen Staatslehre. Wie bei keiner anderen der mit dem Staate sich beschäftigenden Wissenschaften, ist es bei der Allgemeinen Staatslehre erforderlich, zuvörderst den Begriff derselben sestzustellen, denn mehr als bei jenen hängt bei ihr von der dem Wissenszweige gegebenen Begriffsbestimmung die Weite des Umfanges des zur Darsstellung gelangenden Stosses ab. Dies kommt daher, daß der Ausdruck "Allgemeine Staatsslehre" zwei mehrbeutige Worte enthält, die Worte "Lehre" und "allgemein". Die Mögslichkeit mehrsacher Deutung dieser Worte hat in Wirklichkeit zu einer Vieldeutung derselben geführt und so ist es die erste Aufgabe, die uns erwächst, Stellung zu der Frage zu nehmen, wie diese Worte in diesem Zusammenhange wohl am zutreffendsten aufzusafsen sind.

Wir sprechen zunächst von dem Ausbruck Staatslehre. Unter Staatslehre wird ein vierfaches verstanden. Einmal wird darunter je be fich vorwiegend mit dem Staate be = ich aftigen be Wiffenschaft, jebe Wiffenschaft vom Staate begriffen. In biefem Sinne ift ber Gegensat zur Staatslehre die Staatspraxis, die Thätigkeit in staatlichen Dingen, die Teilnahme an der ftaatlichen Geschäftsführung. Rum Anderen wird Staatslehre mit Staats = philosophie identifiziert. Hiernach ist Staatslehre die Wissenschaft, die sich mit dem logisch abgeleiteten, bem vorgestellten ober fog. vernünftigen Staate befaßt, somit die spekulative, die rationelle Staatsbetrachtung. In diesem Falle wird der Gegensatz zur Staatslehre von der empirischen Staatswissenschaft als berjenigen Wissenschaft gebilbet, beren Gegenstand bie wirklichen Staaten abgeben und zwar entweber einer ober im Wege ber Bergleichung mehrere. In einem dritten Sinne ist Staatslehre wohl eine solche Wissenschaft vom Staate, die sich mit dem wirklichen, dem empirischen Staate beschäftigt, aber nur diejenige, welche nicht blos bas Befen eines einzelnen Staates, sonbern bas Staatsbilb betrachtet, welches fich aus einer Bergleich ung mehrerer Staaten ergibt. Staats lehre beißt biefe Biffenschaft lebiglich barum, weil bas burch jene Bergleichung gewonnene Staatsbilb nichts wirkliches, sonbern nur etwas von der Wirklichkeit abgezogenes darftellt und somit für sich nicht die Kraft äußerer Geltung, sondern allein diejenige innerer Wahrheit in Anspruch zu nehmen vermag. Eine vierte Anschauung endlich verbindet die zweite und dritte Auffassung. Beide haben das gemein, daß der Staat, den sie untersuchen, nur ein kunftlicher, kein in der Wirklichkeit vorhandener ist. Weber ber aus der Bernunft abgeleitete, noch der auf vergleichender Basis gewonnene eri= stieren. Staatslehre in biesem Sinne ist philosophisch e und vergleich en be Staatslehre zusammen.

Bon diesen Bebeutungen ist die zweite heute fallen gelassen. Althusius war es, ber das Wort so gebrauchte. Er sprach von Politik, um damit diejenige Lehre vom Staate zu bezeichnen, welche ihre Sähe aus Philosophie und Theologie ableitet, im Gegensah zum Rechte als der Wissenschaft, welche ihre Regeln aus dem Faktum, aus der Empirie gewinne. Die Handbuch bes Dessentlichen Rechts.

Politit habe es mit bem Natur-, bas jus mit bem thatsachlichen Rechte zu thun 1). Die brei anderen Bedeutungen fommen auch beute noch por, wenn auch bie britte und vierte nur vereinzelt. Die eigentlich herrschenbe und allein übliche Bebeutung ift die erste. Sie war es früher und ift es jest. In biefem Sinne hat bereits Bob in bas Bort gemeint. Er fprach von einer disciplina civilis und einer de re publica disciplina 2) und teilte bieselbe in eine philosophifche und empirifche Staatglebre ein, indem er barauf binwies, bag fur bie Staatglebre bie Berbindung von solida philosophia und cognitio antiquitatis unbebingt notwendig sei 3). Und in biesem Sinne wird bas Wort heute allgemein gebraucht, wie bie nachher bei ben Ausführungen über ben Begriff "Allgemeine Staatslehre" beizubringenben Belege erweisen werben. Für bie britte und vierte Anschauung lagt fich augenblidlich nur Bornha ta) anführen. Er verlangt von ber Allgemeinen Staatslehre, daß sich bieselbe nicht blos mit bem empirischen Staate, mit bem Staate, wie er ift, sonbern auch mit bem Staate, wie er fein foll, beschäftige, spricht aber ben beiben Betrachtungen, insoferne sie sich mit ber rechtlichen Ordnung bes Staates beschäftigen, die Eigenschaft einer Biffenschaft vom wirklichen Rechte und bamit vom wirklichen Staate ab, weil ihre Ergebniffe nicht positives Recht seien, ba ihnen ber Anspruch auf Berwirklichung und Anwendung fehle. Nur das fei Recht, was unmittelbar menschliche Bebensverhaltniffe au regeln berufen fei. Gin allgemeines Staats recht existiere bemgemaß nicht. Die Gefammtheit ber Erörterungen über ben Staat im Allgemeinen wurde gutreffenber als Allgemeine Staatslehre bezeichnet. Bir schließen uns ber herrschen Auffaffung an. Sie entspricht auch ber wortlichen Bebeutung. Staatslehre ift jebe Lehre, beren haupt= fächlichen Begenftand ber Staat bilbet.

Nicht fo einfach gestaltet fich die Entscheibung barüber, mas unter "Allgemeiner Staatslehre" zu verstehen sei. Hier entsteht sogar die Besonderheit, daß das Wort allgemein zum Teil dahin führt, dem Wort Staatslehre in der Zusammensehung "Allgemeine Staats-!-Lebre" noch eine andere Bedeutung, als die bisher erwähnten, also eine fünfte Bedeutung bei zulegen.

Die ältest e Ansicht, welche über den Begriff "Allgemeine Staatslehre" aufgestellt wurde, ift die, welche barunter bas verfteht, was Althufius mit Staatslehre ichlechthin bezeichnete, somit die philosophische Staatslehre. Das Wort "allgemein" ist hier dann so gemeint, daß es sich um eine Staatslehre handelt, welche ihre Beweisführung nicht aus ber Menge ber wirklichen Erscheinungen, sondern aus ber im Berhaltnis zu diesen besonderen Ericheinungen ein Einiges, ein Allgemeines barftellenben Bernunftvorftellung entnimmt. In biefem Sinne verwandte das Wort "allgemein" die Beit ber entwickelten Naturrechtslehre. Allgemeines Staatsrecht, jus publicum universale, ist bei Bohmero) bas aus ber Bernunft abgeleitete Staatsrecht.

Wenn dabei nicht sowohl der Ausbruck Allgemeine Staatslehre als vielmehr der Ausbrud Allgemeines Staatsrecht gebraucht wird, fo will damit nichts von der Allgemeinen Staatslebre verschiebenes gemeint sein. Die Ausbrucksweise erklärt fich aus ber weiten Bebeutung, welche bem Borte Naturrecht zufam. Das Naturrecht umfaßte nicht blos Rechts-, fonbern auch Staatsphilosophie, Bolitit im Sinne ber bamaligen Beit's). Woher es tam, bag biese über bie Grenzen einer Rechtsphilosophie binausgebenbe Wissenschaft Raturrecht genannt wurde, ift bier nicht zu verfolgen?). Aber bas ift zu bemerten, bag es bei biefer weiten Bebeutung bes

¹⁾ Bergl. Gierke, Johannes Althusius und die Entwicklung der naturrechtlichen Staatstheorien, Breslau 1880, S. 18 u. 19; Rehm, Geschichte der Staatswissenschaft, Freiburg und Leipzig, 1896, S. 214 N. 4 (fortan als "Geschichte" zitiert).

2) Bergl. Geschichte S. 209 N. 2.

3) Ebenda S. 213 N. 8.

⁴⁾ Allgemeine Staatslehre, Berlin 1896, S. 7 und 8.

⁶⁾ Ebenba S. 211 unb 209. 5) Geschichte S. 252 N. 1 und S. 255.

⁷⁾ Darüber ebenda S. 210 ff.

Wortes Naturrecht selbstverständlich war, daß man die mit dem Staate sich beschäftigende Bhilosophie, auch soweit fie nicht Staatsrechtsphilosophie war, als Ratürliches ober Allgemeines Staatsrecht, jus publicum universale bezeichnete. Ein Blid in Böhmer's introductio in jus publicum universale (1710) ober in Areittmanr's Grundrif bes allgemeinen, beutschen und babrifchen Staatsrechtes (1789)1) zeigt, dag biefe allgemeinen Staatsrechte auch anderes als Staatsrecht, eben Allgemeine Staatslehre enthielten. Als dann in der Folgezeit erkannt war, daß der Ausdruck Naturrecht dem Inhalte der Wissenschaft, welcher er den Ramen gab, nicht völlig entsprach, ba er boch Rechts = und Staatsphilosophie umfaßte, verschwand auch die Bezeichnung der Staatsphilosophie als Natürliches oder Allgemeines Staatsrecht. Der Ausbruck Allgemeine Staatslehre trat an die Stelle. Und so wurde das Wort Allgemeine Staatslehre im Sinne von Staatsphilosophie schlechthin bis herein in die zweite Hälfte biefes Jahrhunderts von Juristen gebraucht, die unter ber vorwiegend philosophischen Betrachtung des Staates groß geworden waren. Hermann Schulze noch spricht in seiner "Einleitung in das beutsche Staatsrecht" 2) von einer "allgemeinen o der philosophischen Staatslehre". Und sogar heute begegnet ber Ausbruck noch in biesem Sinne. Sehr verbreitet ist er noch in der katholischen Staatslehre B), was selbstverständlich erscheint, wenn man bedenkt, daß die katholische Staatslehre noch voll und ganz auf Thomas Aquinas und damit auf naturrechtlichen Anschauungen fußt 1). Aber auch außerdem kommt diese Auffassung noch vereinzelt vor, wenn auch aus anderen Gründen. So identifiziert 3. B. Gumplowic 3.6) Allgemeine Staatslehre und Staatsphilosophie, von der Behauptung aus, der Staat lasse sich allgemein nur soziologisch, d. h. philosophisch verstehen. In der ersten Hälfte unseres Jahrhunderts war die Bezeichnung "Allgemeine Staatslehre" in dem angegebenen Sinne über= haupt noch die herrschende. So bemerkt Jordan in seinem Lehrbuch des allgemeinen und des deutschen Staatsrechtse) ohne weitere Zweifel und ohne eine nähere Begründung, AU: gemeines Staatsrecht sei das Staatsrecht , welches die Staatsrechtsverhältnisse nach der Bernunft, ohne auf einen bestimmten einzelnen Staat in ber Erfahrung eine besondere Rücksicht zu nehmen, entwickele; Allgemeines Staatsrecht fei Philosophie.

Die z weite Auffassung bes Wortes "Allgemeine Staatslehre" ist die, welche sagt: Allgemeine Staatslehre ist der Gegensatz zu den einzelnen besonderen Staatswissenschaften, wie z. B. zur Politik oder zur Staatsrechtswissenschaft. Allgemeine Staatslehre sei die Lehre vom Staat, welche diesenigen den Staat betreffenden Begriffe erörtere, die allen oder mehreren besonderen Staatswissenschaften gemeinsam sei; Allgemeine Staatslehre sei also die Wissenschaft, welche die der Staatsphilosophie, der Politik, dem Staats und dem Völkerrecht gesmeinsamen Fragen behandle; denn Staatsphilosophie, Politik, Staatsrecht, Bölkerrecht sind ja diesenigen Wissensgebiete, welche im Staate ihren hauptsächlichsten Gegenstand haben. In diesem Sinne nennt z. B. Bluntschlichs Allgemeine Staatslehre "die gemeinsame Grundslage des Staatsrechtes und der Volitik".

Eine britte Bebeutung hat Triepel⁸) bem Worte Allgemeine Staatslehre beigeslegt. Nach ihm — und zwar bezeichnet er bies als ben gebräuchlichen Sinn bes Wortes — ift Gegenstand ber Allgemeinen Staatslehre ber Staat in ber Gesammtheit seiner Beziehungen, in allen Seiten seines Wesens, seine Entstehung und sein Untergang, seine Zwede und die Wittel, sie zu erreichen, seine Thätigkeit nach allen Richtungen ihrer Aufgabe; die Regeln

¹⁾ Ebenba S. 256 R. 2.
2) Neue Ausgabe, Leipzig 1867, S. 39.
3) So bezeichnet z. B. Bruder im "Staatsleriton der Görresgesellschaft", Bb. V (Freiburg 1896) S. 540, die Allgemeine Staatslehre ausdrücklich als einen Teil der Rechtsphilosophie.

¹⁸⁹⁶⁾ S. D40, vie Augenten.

4) Geschichte S. 177.

5) Allgemeines Studistrips, J....

6) Kassel, § 8.

7) Lehre vom modernen Staat, Erster Teil: Allgemeine Staatslehre, Stuttgart 1875, Borswort S. V.

8) Verwaltungsarchiv Bb. V (Berlin 1897) S. 814.

1*

aller Art die hierfür maßgebend find; m. a. 28.: nach Triepel ist Allgemeine Staatslehre aleichbebeutend mit einer Uebersicht über alle Staatswissenschaften.

In einer gang anderen Bebeutung wird Allgemeine Staatslehre von einer vierten Theorie aufgefaßt. Nach ihr ist Allgemeine Staatslehre weder die philosophische noch die das Gemeinsame oder das Hauptsächliche der einzelnen Staatswiffenschaften zusammenfaffende Staatslehre, sondern diejenige, welche sich mit dem Staate der Abstraktion befaßt. Der Staat der Abstraktion ist nicht gleichbedeutend mit dem Staate der Bernunftvorstellung. Dieser wird aus Bernunftschlüssen gewonnen. Der Staat der Abstraktion dagegen aus einer vergleichenben Betrachtung der wirklichen Staaten abgezogen. Den Gegensatzur Allgemeinen Staat8lehre in diesem Sinne bilbet die Lehre von einem bestimmten , von einem konkreten , vom beutschen ober vom preußischen Staat. In biesem Sinne verstehen bas Wort v. Sepbel in seinen "Grundzügen einer allgemeinen Staatslehre"1), Lingg in seinen "empirischen Untersuchungen zur allgemeinen Staatelehre" 2), Rof in in seinem Auffate "Grundzüge einer allgemeinen Staatslehre nach ben politischen Reben und Schriftstüden des Fürsten Bismard" 3) und zu einem Teile auch Bornhat4), insofern er davon spricht, daß eine über den ton = freten einzelnen Staat hinausgehende Lehre vom Staat sich überhaupt nur auf historifch-rechtsvergleichenber Grundlage gewinnen laffe. Im Allgemeinen freilich , b. b. in ben Endresultaten seiner Ausführungen steht Bornbat auf einem anderen Standvunkte. Rach biefen zählt er zu ben Bertretern einer weiteren, ber fünften Theorie.

Diese f ünfte Theorie sieht in der Allgemeinen Staatslehre nur eine Beschäftigung mit bem Staatsrecht und zwar mit bem Rechte bes künstlichen Staates, d. h. sowohl bes philosophisch vorgestellten als bes aus den vorhandenen Staatserscheinungen bewußt abgezogenen; also eine Beschäftigung mit bem philosophischen und vergleichend positiven Staatsrecht. Der bafür zu erwartende Name wäre Allgemeine Staatsrechtslehre. Sie wird aber Allgemeine Staatslehre genannt, weil bie Rechtsfäte, die fie aufstellt, der außeren Geltung b. h. der verpflichtenden Kraft nach Außen entbehren, vielmehr nur die Geltung innerer Bahrheit, der logischen Entwicklung für sich haben. In diesem Sinne ist es gemeint, wenn Bornhak, wie schon oben bemerkt, schreibt : "Nur dasjenige ift Recht, was unmittelbar menschliche Lebensverhältnisse zu regeln berufen ift", und hingufügt, unter biefen Umftanben fei es gutreffenber, bie Gesammtheit ber Erbrterungen über ben Staat im Allgemeinen nicht als Allgemeines Staatsrecht, sonbern als Allgemeine Staatslehre zu bezeichnen. Es ift bies zugleich biejenige Auffaffung bes Begriffes Allgemeine Staatslehre, welche in ber Busammensehung "Allgemeine Staatslehre" bem Borte Staatslehre noch eine neue, eine fünfte Bedeutung giebt. Denn, wie diese Ausführungen Bornhaks zeigen, versteht er unter Allgemeiner Staatslehre nur eine Betrachtung der rechtlichen Seite bes vorgestellten und bes abstraften Staates, wenn auch bes Rechtes nicht blos bes Staates, wie er ift, sonbern auch bes Staates, wie er fein foll. Man wurde Bornbat aber Unrecht thun, wollte man aus dieser Auffassung bes Wortes Allgemeine Staatslehre foliegen, er verftebe in jebem Falle unter Staatslehre nur die Betrachtung ber rechtlichen Orbnung bes Staates. Die rechtswiffenschaftliche Betrachtung bes Staatsrechtes lediglich eines einzelnen konkreten Staates ift in feinem Sinne nicht Staatslehre, sondern Staatsrecht, benn es handelt fich hier um Recht, was unmittelbar menschliche Berhältniffe zu regeln bestimmt ift, fog. außere Geltung hat. Dieses ift ihm aber positives Recht und barum die juristische Betrachtung besfelben Staatsrecht, nicht Staatslehre. Aus biefem Grunde konnten wir oben biefe besondere Bebeutung von Staatslehre, bie bas Wort bei Bornhat lebiglich in ber Busammensehung Allgemeine Staatslehre empfängt, nicht als eine weitere fünfte Bebeutung von Staatslehre ichlechthin anführen.

¹⁾ Freiburg 1878. 2) Wien 1990. 3) Annalen bes Deutschen Reiches 1898 S. 81. 4) A. a. O. S. 6. 5) S. 2.

Dagegen ist noch eine fech ft e Bedeutung bes Wortes Allgemeine Staatslehre zu erwähnen. Sie findet fich bei Dobl und Georg Mener. Rach ihnen ift die Allgemeine Staatslehre, wie es Mohl 1) ausbrudt, die "Feststellung der allgemeinen Begriffe vom Staate. seinem Befen und seinen Beziehungen", wie Georg Meper 2) fagt, die Biffenschaft, welche "Begriff und Befen bes Staates und ber anderen politischen Berbande entwidelt".

Für uns handelt es fich nun darum, zu biesen verschiedenen Meinungen Stellung zu nehmen, b. h. zu prufen, welche von ihnen als die richtige zu erachten sei.

Da fällt sofort die erste Anschauung aus. Es geht nicht an, als allgemein giltig nur das anzuerkennen, was sich aus vernunftmäßiger Ableitung ergibt. Im Gegenteil, wir müssen uns mit allem Nachbruck auf ben Standpunkt stellen , daß die Garantie sicherer Staatserkennt= nis viel weniger durch philosophische Spekulation, als durch veraleichende Betrachtung der wirklichen Staaten gewonnen wird. Durch empirische Staatsbetrachtung bringen wir viel schärfer in das Wesen des Staates ein, als wenn wir mit aprioristischer Konstruktion an den Staatsbegriff herantreten. Der Staat ist eine empirische, eine thatsäckliche Erscheinung, also muß auch in erster Linie versucht werden, ihn empirisch zu erfassen 3).

Damit will teineswegs gejagt fein, bag wir eine philosophische Betrachtung bes Staates, um in sein Wesen einzudringen, überhaupt nicht für notwendig oder gar, wie Bornhat, für ummöglich halten. So weit gehen wir nicht. Eine Darstellung der Gesetse der Staatsentwicklung ift ohne Unwendung philosophischer Erörterungen nicht möglich. Sie wird allgemein als eine Aufaabe ber Soziologie angeseben , die Soziologie ist aber , wie Stein 4) zutreffend be= merkt, ihrem Grundwesen nach eine Philosophie der Gesellschaft, eine Sozialphilosophie; also ift eine Darftellung ber Lehre von ber Staatsentwicklung ohne bie unterftugende Beihilfe ber Bhilosophie nicht bentbar. Mit Bornhat's) aber ju fagen, ber Staat ift feinem Befen nach überhaupt nicht vernunftgemäß zu konstruieren, sondern nur empirisch zu erfassen, ist noch weniger angebracht. Gewiß ift es richtig, bag eine über Beit und Ort erhabene, lediglich aus ber menschlichen Bernunft und burch bas Mittel berselben geschöpfte Theorie vom Staate ein Ding ber Unmöglichleit ift und eine folche Theorie über bie bem menfclichen Geifte gezogenen Schranten hinausgeht. Alls Rind feiner Beit und feiner Belt , wird Jeber , ber eine aprioris ftische Staatskonstruktion versucht, in seinem Staatsgebilbe unwillfürlich die Staatserscheinungen seiner Renntnis und seiner Bahrnehmung in großerem ober geringerem Umfange wider= spiegeln. Allein bamit ift nicht gesagt, bag eine philosophische Staatslehre überhaupt ein Unbing fei. Es ift ein Unterschieb, ob bie Staatslehre bewußt ober unbewußt auf empirischer Grundlage ruht. Wir pflegen eben die Wissenschaft, die darnach strebt, sich von der Betrachtung ber Birklichteit loszulbsen, wenn fie fich auch selbstverftanblich über Schranten von Ort und Beit nicht völlig erheben tann, fpetulative, philosophische Biffenschaft zu nennen. Gin Staatsbegriff, welcher bewußt nur Rüge an sich trägt, die in der Erfahrung vorkommen, und ein Begriff, welder über die bewußte empirische Wahrnehmung hinausstrebt, sind boch verschiedene Dinge.

Auch die zweite Auffassung des Wortes Allgemeine Staatslehre ist aber abzulehnen und zwar um beswillen, weil es unmöglich ift, mit ihr bas Wesen bes Staates vollständig zu erflären. Burbe ber Gegenftand ber Allgemeinen Staatslehre nur fein, mas allen ober wenig: ftens mehreren Wissenschaften vom Staate an Gebanken über ben Staat gemeinsam ist, so ver-

¹⁾ Encyklopādie der Staatswissenschete, 2. Aust. Tübingen 1872, S. 58.
2) Lehrbuch des Deutschen Staatsrechtes, 4. Aust., Leipzig 1895, S. 41.
3) Bergl. Seeley, Introduction to political science, London 1896, S 18; Burgeß, Political science and comparative constitutional law, Boston und London 1898, Bb. 1 S. 51; v. Stengel, Staatenbund und Bundesstaat in Schmoller's Jahrbuch für Gesetzebung, Verwaltung und Bolkswirtschaft R. F. 22. Jahrgang (1898) S. 780 u. 794; Schvarcz, Montesquieu und verschichtet der Käthe des Monarchen, Leipzig 1892, S. 1.
4) Wesen und Ausgabe der Soziologie, Berlin 1898 (Abbruch aus dem Archiv für spstematicke Ablischense Brilosophie Bb. IV) S. 6.

tische Philosophie Bb. IV) S. 6. 5) A. a. D. S. 6.

möchte manche Seite bes staatlichen Befens nicht erfaßt zu werben. Bur vollen Erkenntnis bes Staatswesens bedarf es auch ber Erörterung von Bunkten, die nicht allen ober mehreren, sonbern nur einer Wiffenschaft vom Staate angehören. So ift bie Frage nach bem Begriffe bes Tragers ber Staatsgewalt boch gewiß nur eine juristische Frage und boch ist ihre Erorterung zur vollen Erfaffung bes Staatsbegriffes notwenbig. Und bazu fommen manche Puntte, bie nur mit Ruhilfenahme von Biffenschaften aufzuhellen find , beren hauptfachlichfter Gegenftand nichts weniger als ber Staat ift. Bur Erlauterung mancher Fragen bedarf es g. B. ber Unterstützung von Ethnographie, Soziologie ober Geographie, also von Wissensgebieten, die nicht unter ben Begriff ber Staatswiffenschaften fallen.

Ebensowenig kann aber die oben als dritte Auffassung vorgetragene Ansicht für richtig erachtet Sie geht babin, daß Gegenstand der Allgemeinen Staatslehre die Regeln aller Art find, die für den Staat gelten. Diese Auffaffung verwechselt allgemeine und universale Staatswiffenschaft. Nach ihr ware bie Aufgabe ber Allgemeinen Staatslehre, bie Sauptgrundsate jeber einzelnen mit bem Staat fich nach irgend einer Seite beschäftigenben Wiffenschaft barzustellen, so daß der Gegensat bazu die ausführliche Darlegung aller dieser Disziplinen wäre. Allein nur für bas Gebiet ber Staatswiffenschaften burchgeführt, wurde biefe nicht Allgemeine Staatslehre, sonbern Enzyklopäbie ber Staatswiffenschaften sein. In biesem Sinne könnte das Wort Allgemeine Staatslehre gebraucht werden; gebräuchlich, wie der Bertreter dieser Anschauung wähnt, ist es in diesem Sinne sicherlich nicht.

Dazu kommt noch ein anderer Grund, aus dem diese Ansicht zurückzuweisen ist. Dieselbe fagt noch, die Allgemeine Staatslehre habe die Aufgabe, den Staat nach allen Seiten seines Besens zu betrachten. Die Biberlegung in dieser Richtung fällt mit der Biderlegung der oben als vierte Theorie bezeichneten Lehrmeinung zusammen. Nach bieser vierten Auffassung ift Allaemeine Staatslehre die Lehre vom Staate der Abstraktion, von dem Staatsbilbe, das sich aus einer vergleichenben Betrachtung ber Berhaltniffe ber empirischen Staaten ergibt. hierin liegt mangels besonderer Beschräntung, daß dieser Staat nach benselben Richtungen betrachtet wird , nach welchen die besondere Staatslehre den einzelnen konfreten Staat betrachtet. Das ift aber nichts anberes als eine Betrachtung nach allen Seiten feines Wefens, wie fie ichon bie vorhin erörterte britte Theorie beabsichtigt, benn es ift die Aufgabe ber besonderen Staatslehre, ben betreffenben Staat nach allen Seiten seines Wesens zu erörtern; also kann auch die Aufgabe der ihr nachgebilbeten Allgemeinen Staatslehre keine andere fein. Und in ber That weift 3. B. Rofin der Allgemeinen Staatslehre für ben abstrakten Staat all dieselben Erörterungen zu, welche die Staatslehre eines bestimmten Staates für diesen anzustellen hat. Als Gegenstand der Allgemeinen Staatslehre nennt er a. a. D. 1) ein Gesammtbild der Anschauungen über ben Staat im Allgemeinen, seinen Zwed und sein Befen, fein Berhaltnis zu feinen Gliebern, über Staatsformen und Staatsorgane, insbesonbere Wonarch und Boltsvertretung, endlich über Gemeinden und Staatenverbindungen.

Uns scheint in diesem Falle der Gegensatz von allgemeinem und besonderem Staatsrecht auf ben Gegenfat von allgemeiner und besonderer Staatslehre übertragen zu fein. In der gusammensehung Allgemeines Staatsrecht hat das Wort allgemein biese Bedeutung. Unter Allge= meinem Staatsrecht verfteht man heute übereinstimmenderweise bas aus ber Bergleichung ber Staaterechteorbnungen aller ober mehrerer Staaten abgeleitete Staaterecht. Allgemeines Staatsrecht ift, um mit Georg Mener 3) zu reben, bas Recht aller möglichen Staaten. namentlich bas Recht ber Staaten einer bestimmten Beitepoche ober Kulturftuse, und mit Deper ftimmen Bluntichlis), Schulze 4), Bareis 5), Rieter 6) überein. hieraus folgt: bas

¹⁾ s. oben S. 4 N. 3. 2) A. a. O. S. 46. 3) Augemeine Studississis S. 4) A. a. O. § 6; Lehrbuch bes Deutschen Staatsrechts, Bb. I, Leipzig 1881, § 8.
5) Allgemeines Staatsrecht in Marquarbsens Hanbbuch bes öffentlichen Rechts Bb. I, 1, 6) Ueber Begriff und Methode bes Freiburg und Tübingen 1883, S. 10 ff.

Allgemeine Staatsrecht behanbelt alle ftaatsrechtlichen Berhältnisse des abstrakten Staates. Allein damit, daß das Allgemeine Staatsrecht alle in Betracht tommenden Rechtsverhältniffe behandelt , ift noch nicht gesagt , daß auch die Allgemeine Staatslehre fich auf alle Richtungen des Staatslebens zu beziehen hat. Es ist nicht notwendig, daß das Wort allgemein und das Bort besonders hier die gleiche Bedeutung haben, wie dort. So wenig die Allgemeine Rechtslebre eine Betrachtung bes Rechtes nach allen Seiten seiner Beziehungen und Wirksamkeiten ist, so wenig ist es Aufgabe ber Allgemeinen Staatslehre, alle Berhältnisse und Beziehungen bes Staatslebens zu erörtern. So ift z. B. tein Zweifel, daß es nicht zu ben Aufgaben ber Allgemeinen Staatslehre gebort, in allgemeiner Beife bie Lehren von Erwerb und Berluft ber Staatsangehörigteit ober von Erwerb und Berluft ber Berricher- ober Regentenftellung fpstematisch zu erörtern. Aufgabe ber Allgemeinen Staatslehre ift es nicht, alle Ginzelverhalt= nisse bes Staatslebens wissenschaftlich klarzulegen. Gegenstand ihrer Behandlung ist lebiglich ber Staat als ein Ganzes, als ein Einheitliches. Nicht mit ben Einzelelementen und Einzelbeziehungen des Staates, sondern mit der Staatseinheit gerade im Gegensatz zu seinen Zeilelementen, Teilorganen und Teil-Thätigkeiten und Beziehungen hat fich die Allgemeine Staatslehre zu beschäftigen. Allgemeine Staatslehre ist nicht allgemeine Lehre vom Staat, b. h. eine Lehre vom Staat, die ihn nach allen Seiten wiffenschaftlicher Betrachtung bin behandelt ober alle Beziehungen, die bas Staatsleben bietet, am abstratten Staate im Bege empirischer Bergleichung erörtert, sonbern Allgemeine Staatslehre ist die Lehre vom Staat im Allgemeinen, vom Staat als Ganzem, nicht von seinen Teilen. Dies ift aber nichts anderes, als bas, was Georg De per mit ben Worten bezeichnet, Allgemeine Staatslehre fei die Erörterung über Begriff und Wefen bes Staates. Wer Begriff und Wefen bes Staates erörtert, behandelt den Staat als etwas Einheitliches, etwas Ganzes. Wir halten alfo die Auffaffung Do bl's und Georg De per's für die richtige 1).

Damit ift nicht gefagt, daß die Allgemeine Staatslehre nicht auch Fragen, die lediglich eine Ginzelbeziehung bes Staates betreffen, Fragen über einzelne Elemente, einzelne Organe, einzelne Thatigkeiten bes Staates zu untersuchen batte. Gewiß ift fie folder Aufgabe nicht überhoben. Aber immer hat fie solche Einzeluntersuchungen nur soweit anzustellen und nur soweit in das Einzelne zu gehen, als dies erforderlich ift, um den Staat als eine Einheit, als eine Rusammensassung von Teilen, als ein Ganzes zu charakterisieren. Daß die Allgemeine Staatslehre zu bieser Charatterisierung aber nicht nur eine, sonbern bie verschiedensten Bissensgebiete heranzieht, erklärt sich nicht etwa baraus, daß sie zugleich eine allgemeine, b. h. eine enzyklopäbische Lehre vom Staate ist, sondern baraus, daß sie schlechthin bie Lehre vom Staate barftellt. Daburch ist sie nicht auf eine bestimmte einzelne Wissenschaft vom Staate beschränkt, vielmehr gerade veranlaßt, den Staat von verschiedenen wissenschaftlichen Seiten her au betrachten. Der Berlauf unserer weiteren Darftellung wird barthun, baß nichts mehr bazu beiträgt, das Wesen bes Staates zu erfassen, als seine Betrachtung von den verschiedensten wissenschaftlichen Standpunkten aus.

Damit ift zugleich unfere Stellung zu ber letten, von uns noch nicht besprochenen Theorie gekennzeichnet. Diese geht bahin, Gegenstanb ber Allgemeinen Staatslehre sei nur die Betrachtung des Staates vom rechtsvergleichenden Standpunkte aus. Wenn damit auch nicht blos bie Betrachtung vom rechtswiffenschaftlichen Standpunkte aus, sondern nach ausbrücklicher Er-Marung Born hat's auch bie Betrachtung vom absoluten, "ben Staat, wie er sein foll", ins

Allgemeinen Staatsrechts in Frankensteins Bierteljahrsschrift für Staats- und Bolkswirtschaft 2c.,

²⁸¹⁹ and States in Frankelie Betterschiff in States ind Soussierichte Leiterschiff in States ind Soussierichte Leiterschiff in Be. 4 (1896) S. 250 ff.

1) Der Sache nach ebenso Luigi Rossis, Die neuere Litteratur des Verfassungsrechtes bei ben romanischen Böllern in der Kritischen Viertelsahrsschrift für Gesetzebung und Rechtswissenschaft, übersetzt von Seydel 8. Folge, Bd. 1 (1895) S. 523 und Bd. 3 (1897) S. 5.

Auge faffenden Standpunkte aus gemeint ift, also rechtsphilosophische und rechtspolitische Erörterungen teineswegs ausgeschloffen sein wollen, so ift es boch immerbin eine zu enge, burch Inhalt und Wortbebeutung von Allgemeiner Staatslehre nicht gerechtfertigte Auffassung. Die Allgemeine Staatslehre hat sich nicht blos mit der rechtlichen Ordnung des Staates zu befassen; auch bie thatfachlichen Berhältniffe im Staate hat fie zu beachten. Jene Beschränkung engt bas ihr zukommenbe Gebiet also in unzuläffiger Beise ein. Richt bie Allgemeine Staatslehre, fonbern bas Allgemeine Staatsrecht hat in bem ftaatsrechtlichen Besen bes Staates seine einzige Aufgabe. Will man ausbruden, daß die Regeln, welche das Allgemeine Staatsrecht aufstellt, nicht unmittelbar verpflichtende Rraft haben, fo ift es nicht zulässig, dies mit bem Borte Allgemeine Staatslehre zu thun. Will man Allgemeines Staatsrecht vermeiben, so sage man eben Allgemeine Staatsrechtslehre. Jebenfalls ift Allgemeines Staatsrecht zutreffender als Allgemeine Staatslehre, wie es auch umgefehrt nicht angeht, bie Allgemeine Staatslehre als Allgemeines Staatsrecht zu bezeichnen 1). Das Allgemeine Staatsrecht enthält weniger als bie Allgemeine Staatslehre und die Allgemeine Staatslehre ist mehr als eine allgemeine Rechtslehre vom Staat. Wenn auch die rechtliche Betrachtung des Staates ben größten Spielraum in der Allgemeinen Staatslehre einnehmen mag, — woher dies kommt, wird an anderer Stelle zu betrachten fein —, so ist es boch terminologisch falsch, die Allgemeine Staatslehre als Allgemeines Staatsrecht zu bezeichnen. Mit Recht fagt Rofin2), es fei paffenber, bas, mas bertömmlicher Beise in akademischen Borlesungen und systematischen Darstellungen als "Augemeines Staatsrecht" bezeichnet werbe, mit bem Ramen "Allgemeine Staatslehre" zu belegen, benn bei einzelnen der dabei zu erörternden Bunkten trete der Rechtscharakter mehr zuruck 3).

§ 2. Begriff der Politik. Schon oben ') wurde angedeutet, daß eine Hauptaufgabe der Allgemeinen Staatslehre darin besteht, die Erkenntnis des Wesens des Staates dadurch zu gewinnen, daß dasselbe vom Standpunkte verschiedener Wissenschaften aus untersucht wird. Unter den Wissenschaften, die in dieser Richtung vor Allem in Betracht kommen, steht die Politik mit in erster Linie. Um so mehr ist es erforderlich, zu wissen, was Politik bedeutet. Da dies aber keineswegs unbestritten ist, sondern dieser Begriff mehr als der der übrigen publizissischen Einzelwissenschaften schwankt, ist es auch noch erforderlich, in dieser Einleitung unsere Stellung zu diesem Begriffe zu präzisieren.

In dieser Hinsicht steht nun wohl eines sest: Dem Worte Politik tommt heute regelmäßig nicht mehr dieselbe weite Bebeutung wie dem Worte politisch zu. Politisch wird heute noch für alle öffentlichen Angelegenheiten, d. h. für alle Angelegenheiten gebraucht, die den Staat unmittelbar oder mittelbar angehen. Wir sprechen von politischen Versammlungen, politischen Rechten, Gemeinden, Behörden immer im Sinne von staatlichen Dingen. Wie weit dieser Begriff ist, zeigt der Umstand, daß in diesen Zusammensehungen der Gegensatz zu politisch jedes Mal ein anderer ist. Die politische Versammlung hat zum Gegensatz eine Versammlung, die Angelegenheiten behandelt, welche überhaupt keine Beziehung zum öffentlichen Leben haben oder von der Bersammlung nicht in Beziehung zum öffentlichen Leben gebracht werden. Hier ist also der Gegensatz bie nichtstaatliche Angelegenheit. Die politischen Rechte stehen im Gegensatz zu den Rechten,

3) Im gleichen Sinne sagt Mohla. a. D. S. 63: "Eine umfassenbe, also richtige Darslegung ber allgemeinsten Grundlagen bes Staates. (b. h. ber allgemeinen Staatslehre) erforbert eine Berücksichtigung von Sähen aus allen drei Disziplinen." Gemeint sind öffentliches Recht, Staatsmoral und Staatsklugheitslehre.

4) S. 7.

¹⁾ Thut man letzteres, so bewegt man sich noch in Ausbrücken des naturrechtlichen Zeitalters. Bergl. oben S. 3. Nur so ist es zu verstehen, wie Bruder an dem S. 3 N. 3 bemerkten Orte die Allgemeine Staatslehre als einen Teil der Rechtsphilosophie betrachten und Gumplowicz an dem S. 3 N. 5 genannten Orte die Staatsphilosophie mit Allgemeinem oder philosophischem Staatsrecht umschreiben und seiner Allgemeinen Staatslehre den Titel "Allgemeines Staatsrecht" geben kann.

2) A. a. D.

bie sich nicht auf die Teilnahme an der staatlichen Geschäftssührung beziehen. Es brauchen dies keine Rechte zu sein, die überhaupt keine Beziehung zum Staate haben — der Anspruch auf Schutz durch die staatlichen Gerichte ist kein politisches Recht —, sondern es müssen dies nur Rechte sein, in welchen nicht ein Handeln im Namen des Staates oder eines anderen öffent-lichen Verbandes zum Ausdruck gelangt. Einen anderen Gegensatz hat wieder das Wort "politische Gemeinde". Ihren Gegensatz bildet die Bekenntnisgemeinde. Hier ist also politisch so viel, wie weltliche Gemeinde, Gemeinde, die nicht religiösen, sondern weltlichen Zwecken dient. Und endlich politische Behörde. Die politische Behörde ist der Gegensatz ur Gerichtsbehörde. Es ist die Behörde in staatlichen Sachen, die nicht streng in Schranken des Rechtes eingeengt ist, die sich innerhalb der rechtlichen Grenzen frei bewegen kann und vor Allem darauf abzielt, so zu handeln, wie es dem Staate frommt, weniger, wie es der Gerechtigkeitsibee entspricht.

Das Wort Politik hat für die Regel nicht mehr diese weite Bedeutung. Politik bedeutet ein Doppeltes, eine Thätigkeit und eine Wissenschaft. Aber nicht jede Thätigkeit in staatlichen Dingen und nicht jedes Wissen vom Staate sind heute für die Regel noch Politik, sondern nur ein bestimmtes Handeln, eine bestimmte Runst, und nur eine bestimmte Wissenschaft. In beiden Bedeutungen ist eine Berengung des Begriffes eingetreten und zwar — und dies erleichtert die Untersuchung — heute in beiden Beziehungen soweit, daß Politik als Thätigkeit und Politik als Lebre inhaltlich zusammenfallen.

Dies war nicht immer so. Die Bebeutung von Politik als Thätigkeit in staatlichen Dingen hatte schon lange begonnen gehabt, sich zu ändern, als es noch herrschend war, unter Politik jede Lehre, die ganze Lehre vom Staat zu verstehen. Bor dreißig und vierzig Jahren wurde das Wort Politik wohl noch von Thätigkeit in staatlichen Dingen schlechthin gebraucht, aber doch bereits viel mehr nur als ein staatliches Handeln von bestimmter Richtung. Im Sinne von Lehre dagegen war unter Politik in jener Zeit noch mehr oder wieder 1) mehr jede Lehre vom Staate, als nur eine bestimmte Lehre vom Staate verstanden. Benn Dahlmann sein berühmtes Berk vom Staate Politik betitelt 2), so meint er damit die ganze Lehre vom Staat und ebenso versteht Baigs ift die Krundzügen der Politik unter Politik die Lehre vom Staate schlechthin. Heute ist dies anders. Die Politik als Lehre ist die Lehre von der Politik als Thätigkeit. Hat demgemäß die Politik als Thätigkeit meherer Bedeutungen, so hat dies auch die Politik als Lehre.

In der That ift die Bedeutung der Bolitit als Thatigfeit eine Doppelte.

Politik ist einmal das schöpferische den Handeln in staatlichen Dingen, im Gegensatzt einem Handeln in staatlichen Dingen, welches in Anwendung bestehender Regeln, sei es solscher der des Rechtes, wie vorwiegend bei der Rechtsprechung, sei es solcher der thatsächlichen Uebung, wie vorwiegend bei der Berwaltung geschieht. Politik ist die neues schaffende Staatsthätigkeit im Gegensatz lediglich verwaltenden. Politisch ist die Staatsthätigkeit, die selbst sindet, wie eine Angeslegenheit zu behandeln ist. Berwaltung ist die Staatsthätigkeit, welche eine Angelegenheit nach vorhandenen Regeln erledigt. Berwaltend ist der Landrat thätig, wenn er Jagbschein erteilt, Konzessionen versagt, Bürgermeister bestätigt; politisch ist er thätig, wenn er Banderarbeitsstatten und Naturalvervstegungsstationen gründet, Sparkassen oder Ruchtviehgenossenschaften ers

¹⁾ Ueber die Geschichte des Begriffs s. Geschichte, Sachregister unter Politik und insbesondere S. 209.
2) 2. Aufl. Leipzig 1887.
3) Kiel 1862.

⁴⁾ So sehr gut Schäff le, Ueber ben wissenschaftlichen Begriff ber Politik in ber Zeitsschrift für die gesamte Staatswissenschaft, 58. Jahrgang (Tübingen 1897) S. 598. Treitschke, Politik, högeg. von Cornicclius, Bb. 1 (Leipzig 1897) S. 2 gebraucht das Wort im Sinne der Alten als Lehre vom Staate schlechthin.

richtet. Ein politischer Aft ist die Aufstellung des Budgets, ein verwaltender seine Durchführung. Bum Anderen ist Politik aber auch das Streben nach Einfluß auf die Gestaltung der

Staatsverhältnisse und die thatsächliche Macht, auf diese Gestaltung einzuwirken. Ein Politiker ist nicht, wer darnach strebt, Schösse ober Geschworener zu werden, denn hier handelt es sich nicht um gestaltende Staatsthätigkeiten; ein Politiker ist aber, wer darnach strebt, Landtags-abgeordneter zu werden, oder seinen Einsluß dahin geltend macht, daß dieser oder jener Geschworener zu werden, oder seinen Einsluß dahin geltend macht, daß dieser oder jener Geschworener zu werden.

fetentwurf eine bestimmte Geftalt, eine bestimmte Richtung erhalt.

Politit als Wissenschaft ist einmal die Lehre, wie man die staatlichen Dinge zu gestalten hat, die Aufstellung von Lehrsätzen, wie man die staatlichen Angelegenheiten am zweckmäßigsten gestaltet, Staatstunftlehre. Und dann ist es die Lehre, wie man thatsächliche Macht im Staate erlangen kann und wer thatsächliche Macht im Staate hat. Politik in diesem Sinne ist die Lehre von der thatsächlichen Machtverteilung und der Machterlangung im Staate, von den thatsächlichen Machtsatvern und den Voraussehungen und der Möglichseit, ein solcher zu wersben, m. a. W. Staatsmacht= und Staatsklugheitslehre.

Beibe Bebeutungen fallen wieder, was die Politik als Thätigkeit, wie die Politik als Wissen anlangt, zusammen. Wer die staatlichen Angelegenheiten schöpferisch zu gestalten vermag, ist Staatskunftler, und die Wissenschaft, die dies lehrt, ist Staatskunftlehre. Wer die Gestaltung der staatlichen Dinge thatsächlich zu beeinflussen such und wem es thatsächlich gezlingt, die Gestaltung derselben zu beeinflussen, also andere seinem Willen zu unterwersen, ist staatlicher Machterstreber, bezw. staatlicher Machthaber, nicht notwendig aber auch Staatskunsster. Die Regeln, die hiefür gelten, sind nicht Staatskunste, sondern Staatsmachtz und Staatsklugheitslehre. Daß aber beides unter dem Begriff Politik zusammenfällt, zeigt der Name Politiker oder Staatsmann. Wir nennen Politiker sowohl den, der nach Einsluß in staatlichen Dingen strebt oder solchen Einsluß in staatlichen Dingen thatsächlich hat, wie den, der weiß, wie man staatlichen Dinge am besten gestalte, und wir nennen zwar nicht den Erstreber von Macht in staatlichen Dingen, wohl aber den Inhaber staatlicher Wacht, ebenso wie den, der es versteht, staatliche Dinge zu gestalten, einen Staatsmann, wenn es auch im Allgemeinen mehr üblich ist, den Namen Politiker dem staatsmann, wenn es auch im Allgemeinen mehr üblich ist, den Namen Bolitiker dem staatsmann, wenn es auch im Allgestreber, den Namen Staatsmann dem Staatskunstler vorzubehalten.

Beiter haben wir uns an biefer Stelle mit bem Begriffe Bolitit nicht zu beschäftigen, insbesonbere nicht bamit, wie es tommt, bag man bas Wort einerseits auf bie eben fliszierte Thätigkeit und Lehre lediglich in bezw. für auswärtige Machtangelegenheiten einengt und an= bererfeits wieder zu Geschäftsgewandtheit und Geschäftsklugheit auch in nichtstaatlichen Dingen erweitert. Für die Zwede einer Allgemeinen Staatslehre genügt das Bemerkte. Nur das muß hier noch hervorgehoben werben, wie die politische Staatsbetrachtung ihren besonderen Begensat in ber juriftischen Staatsbetrachtung nach ber Seite bin bat, bag bie politische Staatslehre bie Lehre von ben thatfachlichen, bie juriftische bie Lehre von ben rechtlichen Machtverhaltniffen ift. Beibes fallt nicht notwendig zusammen. Wer thatfachliche Macht im Staate hat, braucht nicht auch rechtlicher Machtfaktor im Staate zu fein, und wer rechtlich Machtfattor ift, braucht nicht zugleich über thatfachlichen Ginfluß zu verfügen. Die politischen Barteien im Staate und im Parlament find nur thatfächliche Machtfaktoren; rechtliche Machtfaktoren find nur bas Bolt als folches (in ber Bolksabstimmung) und die Barlamentsversammlung. Und ebenso ift in ber Monarcie ber oberfte rechtliche Machtfaktor ber Berricher: baß er auch thatfächlich ber oberfte Machtfattor fei, ift bamit nicht notwendig verbunden. Rechtliche und politische Betrachtung geben also ftart auseinander und führen unter Umftanben zu gang verschiebenem Resultat. Dies lehrt uns auch fogleich ber Staatsbegriff, mit beffen ein= läglicher Erörterung wir nunmehr beginnen.

Griter Abschnitt : Der Staatsbeariff.

Philosophischer, politischer, rechtlicher Staatsbegriff. Der Staatsbegriff braucht nicht für alle Staatswiffenschaften ein einheitlicher zu sein. Die differentia specifica besselben kann in rechtlicher Beziehung sehr leicht wo anders liegen, als in politischer ober philosophischer ober moralischer. Es tann ein öffentlicher Berband positivrechtlich Staat fein, bem vom Standpunkte ber Staatsphilosophie ober Staatspolitik ober Staatsmoral aus ber Staatscharafter nicht zuerkannt zu werben vermag, und es kann positivrechtlich zu bezweifeln sein, ob etwas Staat ist, von dem politisch, philosophisch oder moralisch feststeht, daß es Staatscharafter befitt 1). Darüber tann fein Bebenten obwalten, daß San Marino und Liechtenstein im Sinne bes politiven Staatsrechtes Staaten barftellen, aber ebenso ficher ift, bak bieselben staatsphilosophisch und politisch betrachtet, gewiffe Aufgaben nicht erfüllen, beren Erfüllung von einem vernünftigen und zwedentsprechenden Staatsgebilbe zu erwarten ift. Und ebenso ift bas Fürstentum Monaco sonber Zweifel ein Staat im Rechtsfinne, vom Standpunkte ber Ethit aus werben wir ihm ben Staatscharatter absprechen, als einen bie Pflichten ber Sittlichteit nicht erfüllenden Staat bei Seite stellen. Und auf der andern Seite ist es bekanntlich be= ftritten, ob die Territorien bes alten beutschen Reiches vom Westfällichen Frieden an positivrechtlich als Staaten bezeichnet werben burfen 2), ober ob fie nicht vielmehr bis zum Ausgang bes Reiches lediglich Reichsprovinzen geblieben find. Bom Standpunkt ber Staatsphilosophie und ber theoretifden Bolitit aus tann es teinem Rweifel unterliegen, bag zum minbeften bie großeren Territorien, Desterreich, Mart Brandenburg, Bapern ben an einen Staat zu ftellenden Anforberungen burchaus entsprachen. In nichts kommt bies beffer zum Ausbruck als barin, bag biefelben Schriftsteller, welche biefen Gebilben im positivrechtlicen Teile ihres Buches ben Charatter von Staaten vorenthielten, ihnen biefe Natur im allgemeinrechtlichen Teile besfelben, im jus publicum universale, bereitwilligst zuerkannten 3).

Angesichts bieser Thatsache entsteht die Frage, welche spezisische Differenz des Staatsbe= ariffes für die Erkenntnis desfelben die wichtigfte ift, die rechtliche, die politische, die philoso= phische ober ethische ober welche andere sonst.

Die Antwort kann nicht zweifelhaft sein: Diejenige, welche bem Umstande, daß ber Staat eine Erfahrungsthatsache, eine empirische Erscheinung ist, am meisten Ausbruck gibt. Es ift, wie wir schon im ersten Paragraphen 1) bemerkten, zu viel gesagt, wenn man behauptet, ber Staat konne seinem Wesen nach nur empirisch erfaßt werden, aber das ist jedenfalls unbestreit= bar, einen möglichft ficheren Staatsbegriff finden wir lediglich bann, wenn wir von ber Summe ber politischen Gebilde ausgehen, die uns in der Wirklichkeit mit dem Namen Staat entgegentreten. Damit ist aber anerkannt, bag bas bie Erkenntnis bes Staates am meisten forbernbe Element im Staatsbegriff niemals das philosophische ober ethische ober dasjenige ber Politik im Sinne von Staatstunft- und Staatstlugheitslehre zu fein vermag; denn in allen diefen Fällen handelt es fich um fubjektive, nach dem Individuum wechselnde Anschauungen. Sichere Grunblage bes Staatsbegriffes kann nur etwas sein, was im Stand ist, einen objektiven Waß= stab ber Beurteilung abzugeben. Dies ift aber nur bei rechtlichen und bei objektiv thatsächlichen Berhältniffen ber Fall, wie lettere in ben thatfächlichen Machtfaktoren, also in der Bolitik im Sinne von beschreibender Staatsmachtlehre zu Tage treten. Bon biesen beiben Elementen

¹⁾ Bergl. v. Treitsch'te, Politik Bb. 1 S. 39: "Was ist der unveräußerliche Kern der Souderänität? Dieser Kern liegt juristisch in der Besugnis: den Umsang der eigenen Rechte zu bestimmen, politisch im Recht (d. h. in der thatsächlichen Möglichkeit der Anwendung) der Wassen."
2) Siehe darüber Georg Meher a. a. O. S. 57.
8) Bergl. Geschichte S. 257.
4) Siehe S. 5.

ist das wichtigere aber wieder das rechtliche. So sehr sich die thatsächliche Macht auf objektive Merkmale gründet, im Verhältnis zu der rechtlichen Nacht ist die thatsächliche doch die schwankende und stärkerem Bechsel unterworfene. Die rechtliche Macht beruht auf Regeln und Normen, also auf etwas für die Dauer Bestimmtem. Die Grundlagen der thatsächlichen Macht sind viel wandelbarer und flüssiger, als die sahungs= oder übungsmäßige Norm, auf welcher die Rechts= macht ruht. Die Rechtsordnung gibt also einen dauernderen und sesteren Grund für die Fizierung des Staatsbegriffes, als die thatsächlichen Machtmomente im Staat. Die Erkenntnis des recht= lich en Momentes im Staatsbegriff stellt somit diesenige Erkenntuis dar, welche zur klaren Ersassung des Staatsbegriffes am meisten beizutragen vermag. Die Rechtsordnung ist es, welche für eine Staatsbesinition die sichersten Anhaltspunkte gewährt. Damit und nicht mit dem Begriffe der Allgemeinen Staatslehre hängt es zusammen, daß die rechtliche Betrachtung des Staates in dieser Lehre einen besonders breiten Raum einnimmt.

§ 4. Die herrschende Staatsbefinition. Die Ueberzeugung, daß das rechtliche Moment im Staatsbegriffe das für die Erkenntnis der Natur des Staates wichtigste ist, kommt in der herrschenden Staatsbefinition deutlich zum Ausdruck. Die herrschende Definition, wie wir sie nicht blos dei Juristen, sondern ebenso und sogar noch mehr in philosophischen, ethischen, nationalökonomischen und politischen Werken sinden, geht dahin, daß der Staat die höchste aller menschlichen Gemeinschaften sei.).

Bohl lassen sich ja diese Desinitionen des Staates Seitens der verschiedenen nichtjuristischen Bissenschaften im Sinne eines Werturteils verstehen. Dann ware der Staat in dem Sinne die höchste Gemeinschaft, daß er für die Philosophie die vernünftigste, für die Ethis die sittlichste, für die Politis die zwedmäßigste, für die Nationalösonomie die wirtschaftlichste Gemeinschaft wäre, allein in diesem Sinne kann und wird der Staat von allen diesen Wissenschaften doch nur als Idealstaat verstanden. Nicht den empirischen, also nicht jeden historisch vorhandenen oder vorhanden gewesenen Staat, sondern lediglich den Staat der Vorstellung, denjenigen, der ihren speziellen, theoretischen Ansorderungen am vollsommensten entspricht, bezeichnen sie in diesem Sinne als höchsten. Wenn sie aber alle zusammen den Staat schlechthin als höchste Gemeinschaft bezeichnen, so meinen sie damit nicht den Staat mit bestimmten vernünftigen oder ethischen oder politischen oder anderen Eigenschaften, sondern jeden Staat, den vernünstigen, wie den unvernünstigen, den sittlichen wie den unsittlichen, den zwedmäßigen wie den zwedwidrigen, m. a. W. alle diese Wissenschaften benken, wenn sie vom Staate schlechthin als höchster Gemeinschaft reden, nicht an die Gemeinschaft, welche den höchsten Wert, sondern an diesenige, welche die höchste Gewalt hat.

Die höchste Gewalt von allen Gemeinschaften, welche bieselben Menschen umfassen, hat aber eine Gemeinschaft dann, wenn sie Gewalt über alle diese übrigen Gemeinschaften hat. Eine solche besitzt sie, sobald der Einsluß, den sie auf die Willensbestimmung jeder anderen Gemeinschaft übt, erheblich über denjenigen hinausgeht, den jede dieser Gemeinschaften ihr gegensüber bethätigt. Dann bestehen nicht nur Ansprüche gegen, sondern Machtbesugnisse über die anderen Gemeinschaften. Eine gesteigerte Unterwerfung der übrigen und damit eine Gewalt über sie ist dann vorhanden.

Auf ben Gewaltbegriff werden wir noch in anderem Zusammenhang zurückzukommen haben. hier bleibt nur noch die Frage, ob diese überwiegende Macht der einen Gemeinschaft über die andere als blos thatsächliche, somit politische, oder als rechtliche gemeint ist. Es dürfte

¹⁾ Bergl. 3. B. Hånel, Deutsches Staatsrecht Bb. 1 (Leipzig 1892) S. 118 ff.; Paulsen, Spstem ber Ethik 4. Aust. Berlin 1896, Bb. 2 S. 489; Wunbt, Chitte 2. Aust., Stuttgart 1892, S. 201; Bruber im Staatslezikon ber Görresgesellschaft Bb. V S. 285; Rațel, Politische Geographie, München und Leipzig 1897, Borrebe IV; b. Treitsche, Politik, Bb. 1 S. 13, 35, 37, Bb. 2 (1898) S. 322.

keinem Zweisel unterliegen, daß alle den Staat derart definierenden Schriftsteller unter der höchsten Bewalt, von welcher sie reden, die höchste rechtliche verstehen; denn, daß irgend eine andere Gemeinschaft höhere thatsächliche Gewalt als der Staat und damit auch über den Staat haben kann, dafür liegen doch die Beispiele zu nahe. Man denke an die Kraft des Nationalzgesühls, der Stammesz oder Religionsgemeinschaft, die sehr oft die Staatsgewalt an thatsächzlichem Einsluß überragt, oder an thatsächliche Rückwirkung des Weltverkehrs und der Weltzwirtschaft auf Individuen wie auf Gemeinschaften. Hinter dieser bleibt der Einsluß des Staates unter Umständen um ein bedeutendes zurück. So gelangen wir also zu der Anschauung, daß, wenn die herrschende Lehre den Staat als die im Besitze der höchsten Nacht besindliche Gemeinschaft definiert, sie unter dieser höchsten Macht die höchste Rechtsmacht versteht.

Ist diese herrschende Definition nun aber die richtige? Steht der Staat im Besitze höchster rechtlicher Gewalt? Ist sie die zutressende, so kann keine andere menschliche Gemeinschaft eine gleich hohe rechtliche Gewalt neben ihm und keine menschliche Gemeinschaft eine höhere Gewalt über ihm haben. Durch den Begriff des Staates ist dann jede dem Staate gleich und jede ihm übergeordnete Gemeinschaft ausgeschlossen. Und zwar muß dieses Berhältnis des Staates zu allen anderen Gemeinschaften obwalten, sowohl zu den ihm gleichgearteten, wie zu den ihrer Art nach von ihm verschiedenen.

Ueberbliden wir von diesem Gesichtspunkte aus die Fülle der augenblicklichen wie der vergangenen Staatserscheinungen, so müssen ernstliche Zweisel auftauchen, ob es nicht doch, wenn auch nach Zeiten verschieden, sowohl dem Staate gleichgeordnete wie dem Staate übergesordnete Gemeinschaften gegeben hat, bezw. noch gibt und zwar sowohl Gemeinschaften, deren Art von derzenigen des Staates abweicht, wie solche, deren Art mit derzenigen des Staates übereinstimmt.

Dies erforbert, auf die Frage der verschiedenen Arten dieser Gemeinschaften einzugehen. Nicht als ob wir hier die ganze Gesellschaftslehre aufzurollen hätten, sondern lediglich diesjenigen Gemeinschaften sind ins Auge zu fassen, welche nach der historischen Ersahrung im Allgemeinen in Betracht kommen können, teils weil sie eine ausgesprochene Aehnlichkeit mit dem Staate haben, teils weil sie zum Staate in einer ganz besonders nahen Beziehung standen.

Die Hauptunterschiede der uns interessierenden Gemeinschaften bestehen in der Berschieden. heit ihrer Zwede und in der Berschiedenheit ihrer Zusammensehung. In ersterer Richtung zerstallen die Gemeinschaften in solche mit einem allgemeinen und in solche mit einem speziellen Wirkungstreis, d. h. in solche, deren Wirkungstreis nicht notwendig sachlich näher begrenzt ist 1), und in solche, welche für einzelne Interessen ihrer Mitglieder bestimmt sind. In einer zweiten Richtung zersallen die genannten Gemeinschaften in Gebiets und Nichtgebietskörperschaften, je nachdem die Gemeinschaft auf territorialer Grundlage ruht oder dies nicht der Fall ist 2).

2) Der Name Gebietskörperschaften stammt von G i erte, Deutsches Genossenschaftsrecht Bb. 2 (Berlin 1873) S. 870, 871 und Deutsches Privatrecht Bb. 1 (Leipzig 1895) S. 484.

¹⁾ Für allgemeinen Wirtungstreis sachlich unbegrenzten zu gebrauchen, wie es Georg Meyer a. a. D. S. 2 und 3 thut, halte ich nicht für empfehlenswert. Wohl tann bagegen nicht angeführt werden, im zusammengeseten Staate sei der Wirtungstreis des Oberstaates, wie derjenige der Unterstaaten beschränkt. Me h er unterscheidet zwischen sachlich unbegrenzt und rechtlich unbeschränkt. Er sagt zwar, der Einheitsstaat besitze einen undeschränkten Wirtungskreis, im politischen Gelammtverband sei dagegen sowohl der Wirtungskreis des Verbandes, wie derzenige des einzelnen Gemeindewesens nur ein beschränkter Wirtungskreis oder, wie er an anderer Stelle sagt, Souveränität sei auch innerhalb eines beschränkten Vereiches möglich (S. 18, 3, 38, 34, 19); aber keineswegs will er damit diesen Tellstaaten die sachliche Undegrenztheit absprechen. Dagegen kann gegen diesen Ausdruck eingewandt werden, daß er die Vorstellung erweckt, als müsse der Wirtungskreis des Staates unbegrenzt sein, während der Staat doch wohl sederzeit den Umfang seiner Thätigkeit eingrenzen, abmindern kann.

Auf territorialer Grundlage ruht aber eine Gemeinschaft, wenn die Bugeborigkeit zu ihr in erfter Linie bireft ober indireft burch bas Bohnen in einem Gebiete bedingt ift. Die Richt= gebietetorperschaften nennen wir ber befferen Faffung wegen mit Otto Maner') Bereinstorper= ichaften, wenn wir auch festhalten wollen, bag bie Gemeinschaft nach ihrer Struttur nicht gerabe ein Berein im Sinne bes Bereinsrechtes zu sein braucht. Es fallt unter ben Begriff jebe Bereinigung, bei welcher bie Mitgliebschaft wesentlich burch Anberes als burch Bohnen in einem Gebiete bedingt ift. Nun ift unbestreitbar, daß ber Staat eine Gemeinschaft mit all= gemeinem 2 wede ift, und ebenfo geht die herrichende Anschauung babin, bag ber Staat notwendig eine Webietstörperichaft barftellt. Die Lehre, bag ber Staat biejenige Gemeinschaft fei, welche gegenüber allen anderen Gemeinschaften die höchste rechtliche Gewalt befite, ift also burchbrochen, wenn sich herausstellt, daß es auch Gemeinschaften, die nicht den allgemeinen Intereffen ihrer Mitglieber bienen, und Gemeinschaften, bie nicht Gebietstörperschaften find, gibt, die eine dem Staate rechtlich gleich- ober fogar übergeordnete Gewalt haben ober gehabt haben. Die Geschichte tennt in ber That zwei Gemeinschaften, welchen sogar biese beiben Eigenschaften, also allgemeine Buständigkeit und Gebietskörperschaft, sehlen und von denen doch bie eine eine bem Staate gleichgeordnete, bie andere fogar eine ihm übergeordnete Rechtsgewalt besaßen.

Das Beispiel ber erftgenannten Richtung liefert bie beutiche Sanfe als folde, also jener Bund oder richtiger gesagt jene Reibe von Bundnissen, zu welchen sich die nordbeutschen Städte, vorwiegend bie Seeftabte, zweds Bertretung ber Intereffen2) bes beutschen Raufmanns im Auslande zusammenfanden. Dieser Bund war zweifellos eine Gemeinschaft und ebenso zweifel= los übte berfelbe, um seine Zwede zu erfüllen, eine Gewalt über die deutschen Kaufleute im Auslande aus. Es fragt sich nur, ob biese Gewalt eine rechtliche ober eine thatsächliche war. Diese Frage muß um beswillen aufgeworfen werben, weil die hanseatischen Rolonien nicht auf herrenlosem Gebiete aufgeschlagen wurden. Dies verhindert zu fagen, man habe es mit beutschen Gebieten im Auslande, mit beutschen Schutgebieten zu thun. Bielmehr geschahen biefe Nieberlaffungen in fremben Stabten, in frembem Lanbe, unter frember Sobeit. Bisby 3. B. ftand zuerst unter schwedischer, bann unter banischer Staatsgewalt. Aweds Beantwortung ber aufgeworfenen Frage find bie Deutschen, welche Bürger bes fremben Landes, ber fremben Stadt wurden, und diejenigen, bei welchen bies nicht ber Fall war, zu unterscheiben. Die ersteren standen in feiner rechtlichen Abhangigfeit vom heimatlande mehr. Sie nahmen an ber Führung ber Berwaltung ber Stadt teil, in welcher fie wohnten, fie lebten, soweit ihnen nicht Privilegien eingeräumt waren, nach bem Rechte bes Aufenthaltstaates und waren Deutsche nur mehr der Nationalität nach 8).

Anders liegt es mit ben Deutschen, die nicht in ben Bürgerverband ber Pflanzstadt eintraten, fonbern nur zu einem fog. Rontor , zur Gilbe , zur Deutschen Sanbelenieberlaffung gehören 4). Wir wurden biefelben nach unseren beutigen Begriffen, ba fie zumeift ihr Leben

¹⁾ Siehe hierüber Otto M a h e r, Deutsches Berwaltungsrecht Teil II (Leipzig 1896) S. 383 und 385; hier auch die Litteratur und dazu noch H än e l a. a. O. S. 109.

2) Insbesondere kam Beschützung und Erweiterung der Handelsprivilegten in Betracht. Ueber dem Fende der Hanse sonzie s. Dietrich Schäfer, Die Hansalte und König Waldemar von Dänemark, Jena 1879, S. 74, 90, 448, 461, 559, 561, 563.

3) Schäfer weist a. a. O. S. 41 und 241 nach, wie die "angestedelten Deutschen" in Wisdy nach schweben zusammen eine Stadtgemeinde dilben. Aus dem Grunde geht es auch nicht an, die Handelskolonien der Hanse, wie v. Stengel, Die deutschen Schutzgebiete 2c. in Hirth und Sepele 18 Unnalen des Deutschen Reiches 1895 S. 499 thut, als eine Art von Kleruchien zu bezeichnen. Diese waren vor Allem heimische Staatsgebiete, Selbstverwaltungskörper, im Auslande; s. Ge-Diese waren vor Allem heimische Staatsgebiete, Selbstverwaltungstörper, im Auslande; s. Geschichte S. 8 N. 1.

⁴⁾ Ueber diese Kontore (in Brügge, London, Bergen) f. a. a. D. S. 184 und 203; auch Schröber, Lehrbuch ber beutschen Rechtsgeschichte 8. Aufl., Leipzig 1898, S. 634.

lang vom heimatland wegblieben, nicht mehr als Angehörige und Bürger ihres heimatstaates ansehen, nachdem in jener Reit der Satz galt, daß Staats- und Gemeindeangehörigkeit durch Domizil erworben und mit dem Domizil verloren werde, ja dak fogar das Bürgerrecht schon mit dem Wegzug verloren gehe 1). Der rechtlichen Auffassung des Mittelalters dürfte ein anderes entsprechen. Wie das ganze Mittelalter, ja noch die Neuzeit bis zum Ende des 18. Jahrhunderts von der Anschauung ausging, daß die Anstellung eines Fremden im öffentlichen Dienst nicht beffen Staats- bezw. Gemeinbeangehörigkeit begründe, da berselbe ben animus revertendi nach dem Auslande behalte 2), so nahm das Mittelalter trop aller Merkmale der Niederlassung im Auslande boch bei diesen Raufleuten nicht Aufgabe ihres Domizils an. Die Mitalieber ber beutichen Rolonien im Auslande waren im Berbaltnis zu ihrer Seimat noch beren Angehörige und Bürger, im Berhältnis zum Aufenthaltsstaate bagegen Gafte, Schutverwandte, wie die Beamten, die vom Auslande tamen, nur subditi temporarii waren, wenn auch nach Brivileg oft mit dem Rechte bauernder Niederlassung. 3). Es lag damit nahe, die Abhängigkeit der deutschen Kolonien im Auslande von der Hanse auf diese fortbauernde Bugehörigkeit der einzelnen Raufleute zu ihrem Heimatstaat zurudzuführen. Allein biese Auf= fassung würde der Geschichte widersprechen. Die Abhängigkeit der deutschen Kontore von der Beimat in Sachen bes Sanbels und in ihrem Inneren bestand nicht von Anfang an, sonbern entwickelte fich erst allmählich mit bem Rusammenschluß ber heimischen Stäbte zur Hanse, also mit Steigerung ber Gewalt ber Stäbte in ber Heimat, barum auch unter bem Wiberspruch ber Kontore.

Die beutsche Kolonie in Nowgorob erließ von Haus aus ihre Statuten für sich Erft fpater, von der Greifsmalber Ronföberation ber heimischen Stabte (1361) an, welche ben Grund zur deutschen Sanse legte, entwidelte fich ber Sat, daß tein Statut von irgend welcher Wichtigkeit ohne die Zustimmung von Lübeck, Wisby, Riga, Dorpat und Reval erlassen werben durfte. Der Sat ging aus einem Berbot dieser Städte an Nowgorod bervor, war also der Aussluk einer politischen Gewalt und es dauerte länger, bis Nowgorod das Berbot anerkannte 1), d. h. aus der thatfäcklichen Gewalt eine rechtliche Uebung wurde.

Benn nun auch biese beutschen Rontore ber beutschen Sanfe rechtlich unterworfen waren, fo kann diese Gewalt doch nicht als eine Gebietsgewalt angesehen werden. Das rechtliche Berhältnis war nicht etwa das einer Gebietsservitut, welche die Hanse im fremden Staatsgebiete befaß. Dazu mare notwendig gewesen, daß die Herrichaft der Sanfe über ben einzelnen zum beutschen Kontor gehörenden Raufmann auf dem Aufenthaltsprinzip beruhte. Mitglied bes beutschen Kontors murbe aber ber einzelne Raufmann nicht burch seine Aufenthaltsnahme, fonbern burch feinen Beitritt. Die beutschen Kontore waren reine Bersonenvereine, feine Ter= ritorialverbande, feine Gebietskörperschaften 5). Auch beruhten die Brivilegien, welche querft bie Niederlaffung, dann für bie Niederlaffung die beutsche hanse von den Städten und Fürsten erreichten, in beren Gebiet bie beutschen Rontore lagen, auf einfachen obligatorischen, nicht auf gebietsrechtlichen Bölferrechtsverträgen; fie waren nicht unfündbar, sondern standen, unseren

¹⁾ Bergl. Mevius, commentarii ad jus Lubecense (2. Ausgabe 1664) lib. I tit II nr. 17 und im Algemeinen Rehm, Der Erwerd von Staats- Gemeindeangehörigkeit in geschichtl. Entwicklung in den Annalen des Deutschen Reiches S. 172 ff., 211 ff.

2) Am lestangeführten Ort S. 36 ff., 75 ff.

4) Siede Frensdorf, Das statutarische Recht der deutschen Kausseute in Nowgorod, in den Abhandlungen der k. Gesellschaft der Wissenschaft der Wöttingen, Bd. 34 (1887) S. 45 ff.

5) Gegen diese Auffassung kann nicht das Zeugnis Rasels angerusen werden. Wenn derselbe a. a. O. S. 35 sagt, "der hansische Kausschof war ein Staat höherer Entwicklung, sesteren Rechtes in einem Lande niederer, jüngerer Entwicklung", so ist dies nicht wörtlich zu verstehen. Er meint damit lediglich eine politisch thätige Macht. Denn ausdrücklich sagt er, es seien diese Erscheinungen unfertige Staaten kolonissender Mächte; eine Herrschaft über den Boden hätten sie noch nicht; erst, wenn die Mächte Burzel gefaßt, gelinge es ihnen, die Herrschaft über den Boden an sich zu reihen. Bergl. auch ebenda S. 149 mit 189.

mobernen Konsular- und Handelsverträgen vergleichbar, unter ber clausula rebus sic stantibus.

So feben wir, bag ein Stabtebund und zwar ein folder von Befellichaftscharatter - benn eine torporative Organisation fehlte ber Sanse und ihren Teilen 1) - eine Gewalt ausubt, die nicht auf raumlicher, fondern auf personenrechtlicher Grundlage beruht. Wenn wir babei noch im Auge behalten, bag bie Sanse jebenfalls eine Gemeinschaft mar, bie nur beftimmten Ameden, ber Bertretung ber Interessen bes beutschen Sandels im Auslande, biente, so haben wir eine Gemeinschaft nur fur spezielle Zwede vor uns , die Herrschaft ausubt, ohne Gebietstörpericaft zu fein. Es fragt fich nur, ob bies eine ber Staatsgewalt gleich- ober gar übergeordnete Berrichaft ift.

Run find gewiß die einzelnen Sanfestabte fremder Gewalt unterthan. Sie erkennen auch herren über fich an, die preugischen Stabte ben hochmeifter, die Stabte im Reich ben Landesherrn ober als Reichsstadt -- es waren ja nur einige Reichsstädte darunter 1) -- wenig= ftens bas Reich, ben Ronig 8). Aber biefe Abhangigleit bezog fich nur auf bas Inland, nicht auf bas Ausland. Und bie Gewalt, von welcher wir reben, üben biefe Stadtgefellschaften eben im Auslande. Dort aber erscheint ihre Gewalt als eine gegenüber ber Territorialgewalt der Städte, wo sich bas Kontor befand, unabhängige. Auf Bertrag mit bem Territorialstaat, auf von ihm vertragsmäßig eingeräumtem Brivilege beruht ihre Macht im fremben Lande. Diefer Bertrag ober biese Bertrage waren im Berhaltnis nach Innen Geset; fie banben also ben Berricher auch als Gefetgeber; fie maren, mobern gesprochen, vollerrechtliche Bertrage 1).

Ein anderes Beispiel, daß die Sansestädte im Ausland eine ber Staatsgewalt gleichgeorbnete Gewalt üben, liegt auch in einer Bestimmung bes Friebens von Stralfund vom 4. Mai 1374. In diesem Frieden mußte Konig Balbemar von Danemart als ber besiegte Teil ben Stäbten ber Rolner Ronfoberation für fünfzehn Jahre zwei Drittel ber wichtigften Bolle ber Broving Schonen (zu Stanor, Falfterbo, Malmo und Belfingborg) einraumen und als Garantie hiefür eine Reihe von Festen mit zugehörigem Lanbstrich zur Besetung aushanbigen 5). Die Stabte übten bamit feine Staatsgewalt, also feine Gebietsgewalt, benn jene Rolle und Reften blieben banifch. Sie übten nur vertretungsweise frembe Staatsgewalt aus. Aber bas Recht auf biese Ausübung und die barin liegende Gewalt war doch icon, weil burch Bertrag begründet, bas Recht eines von ber Territorialgewalt unabhängigen Gewalthabers.

Wie sich uns die hanse als eine Gemeinschaft barstellt, die im Berhältnis zum Staate zwar besondere Zwede und andere Zusammensehung, aber ihm gleichgeordnete Gewalt hat. fo ericeint bie tatholifche Rirche bes 12. und 13. Jahrhunderte im Berhaltnis gum beutschen Reiche bamaliger Reit als eine von ihm zwar nach Amed und Rusammensebung verschiebene, aber ber Gewalt nach ihm fogar rechtlich übergeordnete Gemeinschaft.

Diese Ueberordnung ist eine staatsrechtliche. Sie liegt in dem einen Bestandteil bes beutschen Staatsrechtes bamaliger Beit barftellenben Sape, bag bie jedesmalige Bahl eines beutiden Ronigs bem Bapfte anzuzeigen fei. Diefer Sat bilbet um jene Reit nicht blos eine politische Forberung, die ber Bapft geltenb macht, und bemgemäß nur einen Bestandteil bes firchlichen Rechtes, sondern er ift von den Organen des deutschen Reiches rechtlich anerkannt.

Man mag die nach dem Kurverein von Hense 1338 und die nach Erlaß der Golbenen Bulle (1356) vorgetommene Einholung der papstlichen Approbation für Königswahlen — bei ber Bahl Ruprechts und Sigmunds wurde biefelbe eingeholts) — nicht als Erfüllung einer Rechtspflicht, fondern als ein Ergebnis politischer Rotwenbigkeit ober politischer Alugheit anfeben. Und man muß bies wohl auch thun, nachbem der Rurverein von Renfe und bas barauf

¹⁾ S chāfer a. a. Q. S. 566 ff. 3) S chāfer a. a. Q. S. 560, 182. 5) Ebenba S. 512, 542, 543, 557, 569.

²⁾ Lübed, Goslau, Dortmund, Köln. 4) A. a. D. S. 282, 184, 426 ff., 511, 514. 6) Siehe Schröber a. a. D. S. 475 u. 476.

ruhende Reichsgesetz licet juris vom 8. Aug. 1338 1) ausbrudlich und die Golbene Bulle still= schweigend jebe rechtliche Teilnahme bes Papstes an der Gestaltung der Königswahl zurudweisen 2). Für die an ben Bapft erstatteten Anzeigen ber vollzogenen Bahl eine blos politische Grundlage anzunehmen, läßt fich nicht rechtfertigen. Diefe Anzeigen fanden fo regelmäßig und in so amtlicher Form statt 3), daß hier nicht lediglich von einem jedesmal vorhandenen thatsäcklichen Awang ober einem jedesmal für angemessen gehaltenen politischen Att gesprochen werben tann. Bielmehr liegt ein Sat geltenben Rechtes und zwar, wie bei allem Berfaffungsrecht bamaliger Beit, ein Sat geltenben Gewohnheitsrechtes, rechtlicher Uebung vor. Bare biese Anzeige von der vollzogenen Bahl nicht ein Bestandteil des geltenden Königswahlrechtes gewesen, bann wurde fie ber Sachsenspiegel 1) nicht ausbrudlich ermahnen und jedenfalls nicht, wie es in Birtlichteit ber Fall ift, als eine amtliche Obliegenheit ber Rurfürsten, neben ben anderen Amtspflichten, die er ihnen bei ber Konigsmahl zuschreibt. Bare diese Anzeigepflicht nicht als eine Rechtspflicht anzuerkennen, bann könnte auch bezüglich der ganzen übrigen Darstellung, die der Spiegler von der Rönigswahl gibt, nicht von einer Schilderung rechtlicher Berbältnisse gesprocen werden. Dies würde aber zu dem sonstigen Anbalt bes Buches nicht stim= men. Denn bezüglich beffen geht bie berrichenbe Anschauung mit Recht babin, bag ber Spiegler fcilbert , was er für geltenbes Recht bielt's). Ift bie Berpflichtung ber Fürsten zur Unzeige ber vollzogenen Rönigswahl an den Bapft eine Rechtspflicht berselben, so ist damit eine reichsrechtlich anerkannte Unterordnung bes Deutschen Reiches unter bie romische Rirche gegeben; benn die Anzeige erfolgt an ben Bapft als an einen Soheren. Der Bapft foll bei zwiespaltiger Babl, später sogar bei jeder Babl entscheiden, ob die Babl eine giltige bezw. eine zwedmäßige ift.

Wenn auf diese Weise nach dem eigenen Rechte bes Staates die katholische Kirche ihm übergeordnet mar, so hatte eine Gemeinschaft höhere Gewalt als ber Staat, welche weber ben gleichen, allgemeinen Zwed, wie ber Staat, noch dieselbe Natur, wie er, die Natur einer Gebietstörperschaft hatte.

Daß der Rwed der katholischen Kirche ein anderer ist, als der des Staats, bedarf keines weiteren Beweises. Wie jebe Glaubensgesellschaft, hat auch die katholische Kirche von Haus aus nur ben Zwed, jur Forberung bes Seelenheils, nicht bes gangen, allgemeinen Bobles ihrer Mitglieder zu dienen. Nicht so flar liegt es, daß die tatholische Kirche damals teine Gebietsförperschaft gewesen ift. Für die Annahme, daß die Rirche eine Gebietsförperschaft sei, sprach in jener Beit nicht blos, wie heute, ber Umstand, daß die Kirche zum Zwede erleichterter Berwaltung räumlich gegliedert war, also eine gewisse Beziehung zu Grund und Boden hatte, sondern auch die Thatsache, daß die kirchliche Litteratur des Mittelalters neben dem Gläubigen auch den Ungläubigen als Unterthanen der Kirchengewalt betrachtete 6), indem fie sagte : so= weit, als das imperium mundi, reicht auch das sacerdotium; Kirche und Weltreich sind blos zwei Organe ein und besselben Rörpers?). Allein tropbem ist auch für die damalige Zeit schon lediglich bas Gegenteil richtig. Die eben geschilberte Anschauung war nur eine Theorie

¹⁾ Altmann und Bernheim, Ausgemählte Urtunden zur Erläuterung der Berfassungs-geschichte Deutschlands im Mittelalter, 2. Aust., Berlin 1895, S. 44.

²⁾ S. Schröber S. 475. 3) Bergleiche bie Anzeigen ber Bahl Ottos 1198, Philipps 1199, Rubolfs 1273, Bein-3) Bergleiche die Anzeigen der Wahl Diros 1198, Apilipps 1199, Middlis 1278, Heinstichs VII 1308 und dazu die Antwort des Papsstes auf die Anzeige der Wahl Audolfs von 1274 bei Altmann und Bernheim S. 101, 103, 114, 116.

4) Auctor vetus 1, 12; Sächstiches Lehnrecht 4, 2; vergl. auch Schröder S. 470 und 475 und Ernst Maner, Deutsche und französische Verfassungsgeschichte, Leipzig 1899, II, S. 387.

5) Vergl. Maner Bd. II S. 386.

6) Vergl. die Zitate in Geschichte S. 161 Nr. 3.

7) Ebenda S. 161 bei N. 5 und S. 191.

und zwar, wie die Namen ihrer Bertreter 1) zeigen, mehr eine rechtsphilosophische, keine rechtswiffenschaftliche 2). Schon bamals war bas wirklich geltenbe Recht ein anderes. Die Bugehörigkeit zur katholischen Rirche beruhte, wie zu aller, so auch zu jener Beit nicht auf einem räumlichen Berhältnis. Der Eintritt in die Rirche erfolgte burch eine von ber Bewohnung eines bestimmten Gebietes vollig freie Aufnahme, bie Taufe. Damit war bie Rirche ichon in jener Beit, rechtlich betrachtet, feine Gebietstorpericaft. Denn bas Ausschlaggebenbe biefes Begriffes besteht gerade barin, bag bie Rugehörigkeit zu ber Rörperschaft birekt ober inbirekt burch Wohnen in einem bestimmten Gebiete rechtlich bedingt ist 3). Dazu tommt aber noch ein anderes. Wo immer fich ber Betaufte aufhalten mag, er bleibt nach tatholischem Rirchenrecht juriftifc Mitglieb ber Rirche. Angenommen, er feste ben fuß auf einen neuen, noch unbekannten und baber - was bie beutigen Berbaltniffe anlangt - noch nicht zum Miffionsge= biet ber Rirche gehörenben Beltteil und befanbe fich alfo gleichsam im firchlichen Ausland, fo unterlage er boch noch ber Gewalt ber tatholischen Rirche. Ginen Berluft ber rechtlichen Rugehörigfeit zur tatholischen Rirche burch dauernden Aufenthalt im Ausland tennt bas tatholifche Rirchenrecht nicht. Die Birtung ber Taufe, b. h. die Bugehörigkeit zur Rirche, ift unauslöschlich. Gin Austritt aus ber Rirche ift unwirksam; wie heute, so bamals. Die fatholifche Rirche ift fomit teine Gebietstörperschaft. Das zweite Beifpiel einer vom Staate unabbangigen Bemeinschaft anderer Art als ber Staat ift bemgemaß erwiesen.

Wir haben bisher andere Gemeinwesen als Gebietskörperschaften und andere Gemeinwefen als folde mit allgemeinen Zweden tennen gelernt, welche eine von ber Staatsgewalt unabhängige Gewalt besagen. Hieraus folgt jedenfalls, daß der Staat nicht mehr als die ichlechthin höchfte Gemeinschaft bezeichnet werben tann. Allein es bleibt die Frage, ob er fic nicht wenigstens als die höchfte allgemeine und als die höchste Gebietskörperschaft bezeichnen läßt. Dies mare bann ber Fall , wenn es nach unferer hiftorifchen Erfahrung weber Gemeinwesen mit allgemeinen Zweden noch Gebietstörperschaften gibt, welche bem einzelnen Staate über- ober gleichgeordnete Befugniffe befigen. Allein, ob folde nicht boch vorhanden finb, ift mehr als zweifelhaft.

Bunächst ist in dieser Richtung an die alle Staaten verbindende Boltergemeinich aft zu benten. Dieselbe ift nicht blos eine Intereffen-, sonbern eine Rechtsgemeinschaft. Indes tropbem tann ihr teine Rechtsgewalt über ben Staaten zuertannt werben. Denn einmal ist fie nicht eine Gemeinschaft subjektiven Rechtes, eine Bollergefellschaft ober gar eine juriftische Perfonlichkeit 4), fondern nur eine Gemeinschaft objektiven Rechtes, alfo eine Gemeinschaft, beren Zusammenschluß lediglich auf gleichmäßiger Unterordnung unter eine alle Glieber verbindende Rechtsordnung besteht; ebenso, wie das besondere Recht des Beamtenober bes Handelsstandes unter ben Beamten und Rausleuten nicht eine subjektiv-, sondern nur eine objektivrechtliche Gemeinschaft barftellt. Und bann ift bie Bollergemeinschaft zwar eine Gemeinschaft mit überstaatlichem Rechte, aber barum boch nicht eine höhere Gemeinschaft als bie staatliche. In unserer Stufenleiter ber Gemeinschaften ist unter höchster Gemeinschaft Gemeinschaft mit höchster Gewalt verstanden und unter Gewalt nicht blos eine innere, sondern eine außere Macht, also nicht blos eine Macht, wie fie die Rechtsordnung als folche bat, eine psychologische, sondern auch eine folde, die physisch zwingt, festhält und straft 5). Ueber eine

8.95. (1897) S. 245, 261, 272; Derfelbe, La conception juridique de l'Etat, Baris 1899, S. 20, 96, 156.

¹⁾ Thomas Aquinas, Engelbert von Bolkersborf, Occam, Antonius de Rosellis u. A.
2) Ueber den Charatter der Rechtslehre des gregorianischen Zeitalters und der folgenden zwei Jahrhunderte s. ebenda S. 163 ff., 172, 174.
3) Vergl. Rossin, Recht der öffentlichen Genossenschaft, Freiburg 1886, S. 43 ff.
4) Diese Meinung, zur Zeit des Naturrechts die herrschende, ist heute nur mehr vereinzelt vertreten. Beling, Die strafrechtliche Bedeutung der Exterritorialität, Vreslau 1896, S. 18 glaubt, der Völkergemeinschaft eigene und zwar die höchste irdische Rechtspersönlichkeit beilegen zu sollen.
5) Vergl. auch Combother an der Revus du droit public et de la science politique Rus (1897) S. 245 261 272: Derfelhe La conception inridigue de l'Ekst. Noris 1899 S. 20 96 156

solche Gewalt verfügt aber die Böllergemeinschaft nicht. Das Böllerrecht kann nicht von einer höheren, sondern nur von einer gleichgeordneten äußeren Gewalt, nicht obrigkeitlich, sondern nur im Wege der Selbsthilfe erzwungen werden. Auch aus dem Grunde also stellt die Bölkergemeinschaft troß des höheren Rechtes, das sie produziert, keine höhere Gemeinschaft im Rechtssinne dar. Sollte sie dies, so müßte sie besondere Organe besitzen. Die sehlen ihr aber. Wie Te lline k¹) richtig bemerkt, die Bölkergemeinschaft ist nicht ein Gemeinwesen, sondern nur eine Gemeinschaft. Sin anderes Moment wäre vorhanden. Die Bölkergemeinschaft dient zweisellos allgemeinen Zweden. Die gerade jetzt so zahlreich abgeschlossenen völkerrechtlichen Berträge beziehen sich auf die verschiedensten Interessen der Bölker.

Bon einer Gebietskörperschaft könnte dagegen in keinem Falle gesprochen werden. Denn es gibt keine Zugehörigkeit zu ihr, die auf Wohnen in einem bestimmten Gebiete beruhte. Bon einem solchen Wohnen kann nur bei Individuen die Rede sein und diese sind anerkanntersmaßen 2) grundsählich nur Objekte, nicht Subjekte des Bölkerrechts.

Wir muffen also einen Schritt weiter, zu ben kleineren Gemeinschaften geben, wie fie noch zwischen Staaten vorkommen, zu den fog. Staate nb und en.

Diese bilben jebenfalls bann tein Hindernis, ben Staat als die absolut hochte Gebiets= törperschaft zu befinieren, wenn ihnen lebiglich ber Charatter von Staatengesellschaften zutommt. Denn bann ift bie gemeinsame Gewalt für jeben Staat nichts anderes als seine eigene Gewalt. Richt so einfach liegt die Sache, wenn wir annehmen, dieselben haben den Charafter nicht von Bundesgesellschaften, sondern von Bundesvereinen, Bundestorporationen. Wie jede Korporation ⁸), haben dann auch diese Herrschaft über ihre Glieder. Wir werden fpater 1) seben, daß die Frage sehr bestritten ist, ob den Staatengemeinschaften, von welchen wir hier fprechen, positivrechtlich folch forporativer Charafter beiwohnen tann. Aber felbft, wenn dies möglich, so ist durch eine solche Ueberordnung des Bundes über den einzelnen Staat doch noch nicht bes letteren Charakter als höchste Gebietskörperschaft aufgehoben. Denn jener Bundestorporation fehlt jedenfalls die Gigenschaft, Gebietstörperschaft zu fein. Das wesentliche Moment einer solchen besteht barin, daß die Zugehörigkeit zu ihr grundsätlich auf Wohnen in ihr beruht. Daraus folgt aber, daß die Gebietskörperschaft wenigstens vorwiegend aus Individuen bestehen muß. Sie muß also unmittelbar über Individuen herrschen. Ift bies nicht ber Hall, fo mangelt ber Körperschaft bas Charakteristische ber Gebietskörperschaft. Die Bundesgewalt einer Stgatenkorporation herrscht aber nur über diese Staaten , nicht über die einzelnen Staatsunterthanen. Sie hat also keine Gewalt über Individuen und läßt so die Natur bes Staates als höchfter Gebietskörperschaft unberührt.

Wir mussen som eine Stuse heruntersteigen, zu dem Verhältnis von Einzelstaat zu Einzelstaat zu Einzelstaat. Ist der Staat die schlechthin höchste allgemeine Gemeinschaft auf räumlicher Grundlage, so kann es nicht möglich sein, daß ein Staat auf demselben Gebiete einen gleichgeordneten Staat neben und einen übergeordneten über sich hat. Teilung des Staatsgebietes mit einem anderen Staate und Zugehörigkeit des Staates zu einem anderen Staate ist durch die Desinition des Staates als höchste allgemeine Gemeinschaft und als höchste Gebietskörperschaft ausgeschlossen.

Bei Untersuchung dieser Frage haben wir die zwei darin liegenden Unterfragen auseinanderzuhalten und zunächst also nur davon zu sprechen, ob kein Staat einen gleichgeordneten Staat auf demselben Gebiete neben sich haben kann. Dies ist in der That nicht möglich. Indes, diese Thatsache solgt nicht aus der Eigenschaft des Staates als absolut höchster Gebietskörperschaft, sondern aus dem Wesen der Gebietskörperschaft schlechthin. Gebietsgewalt ist

¹⁾ System der subjektiven öffentlichen Rechte, Freiburg 1892, S. 298.
2) Abweichend Kaufmann, Die Rechtskraft des internationalen Rechtes, Stuttgart 1899, S. 3 ff.
3) Regels berger, Bandekten Bb. I (Leipzig 1893) S. 304; G i erke, Deutsches Privatrecht Bb. I S. 518.
4) § 22.

Herrschaft in bem Gebiet. Herr in bem Gebiet ift aber nach ber Ableitung von Herr ber hehre, b. h. berjenige, ber höher als Andere im Gebiete, ber, wie die mittelalterliche Rechts- lehre sagt, ber superior von allen im Gebiete Befindlichen ift. Herr ift, wer von allen im Gebiete Befindlichen die höchste Gewalt hat. Wenn der Gebietsherr aber höhere Gewalt als alle im Gebiete Befindlichen hat, dann kann keiner von diesen anderen ihm gleichgeordnet sein.

Daß dieses Höhersein als alle im Gebiete Befindlichen zum Wesen der Gebietsgewalt gehört, zeigt ein Bergleich mit anderen Herrschaftsverbanden '). Es gehört zum Wesen eines jeden Herrschaftsverbandes, daß Einer der im Berbande Befindlichen höher ist als alle anderen in dieser Gemeinschaft Stehenden. Wir sehen das bei der häuslichen Gemeinschaft, im Berhältnis des Lehrherrn zum Lehrling, im Fabrikbetriebe im Verhältnis des Geschäftsinhabers zu den Arbeitern, im Berhältnis des Schiffers zu der Schiffsmannschaft. Das Gleiche gilt inssolge bessen auch für den gebietsherrlichen Verband. Somit kann kein anderer in der Gebietsgemeinschaft Besindliche in ihr eine dem Gebietsberrn gleichgeordnete Gewalt besitzen.

Bu bemfelben Ergebnis führt noch eine andere Analogie, die des privatrechtlichen Eigentums. Wie dieses, ist die Gebietsgewalt allgemeine Herrschaft, grundsähliche Herrschaft, b. h. Herrschaft nicht blos nach bestimmten einzelnen Richtungen, sondern, soweit Natur und Recht nicht Schranken ziehen, in jeder Richtung. Wie das Eigentum allgemeine Herrschaft über körperliche Sachen, so ist die Gebietsherrschaft allgemeine Herrschaft über das Gebiet, b. h. nach dem Wesen der Gebietsgemeinschaft über alle im Gebiete befindlichen Versonen.

Diese Analogie wird vor Allem durch das Institut der Staatsdienstbarkeiten bestätigt. Dieselben haben die gleiche rechtliche Natur, wie die privatrechtlichen Servituten. Sie sind beschränkte Gebietsgewalt, Berfügungsgewalt in einzelnen Richtungen. Daraus folgt aber, daß die Gesbietsgewalt im engeren Sinne notwendig allgemeine Gewalt sein muß. Und dies bezeugt auch der Umstand, daß, wie im Privatrecht, beim Wegsall einer Staatsdienstbarkeit die in ihr entshalten gewesene beschränkte Berfügungsgewalt von selbst wieder der Staatsgewalt zuwächst. Die Gebietsgewalt ist somit generelle Herrschaft.

Ist die Gebietsgewalt aber solch generelle Herrschaft, so ist das Borhandensein zweier gleichgeordneter Gebietsgewalten über dasselbe Gebiet ebenso unmöglich, wie nach Privatrecht, was allgemein anerkannt ist, das Borhandensein eines mehrsachen Eigentums. Zwei generelle Herrschaften über eine und dieselbe Sache sind nicht denkbar. Eine generelle Herrschaft schließt eine andere generelle Herrschaft über dasselbe Ding aus. Es giebt keine mehrsache Gebietsgewalt Mehrerer an demselben Gebiets, sondern lediglich eine Gebietsgewalt Mehrerer nach ideellen Bruchteilen. Dies bekundet auch ein Vergleich mit der Landeshoheit des alten Deutschen Reiches.

So, wie heute etwa an bemselben Gebiete bem einen Staate die Staatsgewalt, bem ansberen das evangelische landesherrliche Rirchenregiment zusteht, konnte nach dem früheren Reichst staatsrecht an demselben Gebiete der eine Landesherr dieses, der andere jenes Regal besitzen. Es kam mehrsache Landeshoheit über dasselbe Gebiet vor 3). Dies war aber, wie schon

¹⁾ Siehe über die Herrschaftsverbande Gierke, Deutsches Privatrecht Bb. I S. 697 ff.

2) Man hat neuerdings wieder das Gegenteil behauptet (Ha a. a. D. S. 808), unter Berufung darauf, daß sich in abstrakter Betrachtung ohne jeden Widerspruch eine vollkommene sachliche Trennung der Aufgaben zweier Gemeinwesen denken und für jedes bieser höchste Nechts- und Machtmittel benken ließen. Allein dabei ist idersehen, daß die Staatsgewalt ein Recht in einem Mediete, ein Recht an einem Körper ist. An einem solchen kann nach dem Begriff des Naumes eine allgemeine Herrschaft doch nur einmal möglich sein. — In einem ganz anderen Sinne hat Bruno Schmidt, Der Staat (Leipzig 1896) in Jellinet's und G. Meyer's Staats= und völlerrechtlichen Abhandlungen Bd. I die Möglichkeit zweier sich räumlich bedender Staaten behauptet, nämlich im genetischen Sinne, als Uebergangsstaddum von kleineren zu größeren Verbänden. Her liegt eine Bermengung rechtlicher und thatsächlicher Betrachtung vor. Es kann etwas noch lange Staat im Rechtskinne sein, wo ein anderes Größeres schon begonnen hat, thatsächlich die Kollen des Staates zu erfüllen.

8) Schröbera a. a. O. S. 580.

bie Bubligiften bes alten beutschen Reiches scharf erkannten, nur moglich, weil bie Lanbesbobeit in ihrer Entwidelungszeit nicht ein Inbegriff von Berrichaftsrechten, eine generelle herrschaft, sondern nur eine aufzählbare Summe von Sobeiterechten darftellte. Bon bem Mo= ment an, wo die Reichspublizistif die Landeshoheit als wirkliche Staatsgewalt auffaßte, er= flarte fie baber eine mehrfache Landeshoheit in bemfelben Gebiete für unmöglich. Bahrend Rreittmapr in feinem Grundriß bes Allgemeinen, Deutsch- und Baprijden Staatsrechtes 1) noch bavon spricht, daß "manchen Orts die Superiorität (Landeshoheit, superioritas territorialis) durch Bertrag ober Berjahrung zwischen mehr herren foldergeftalt getheilt ift, bag keiner die vollkommene, sondern nur die unvollkommene und auf gewisse effectus eingeschränkte Superiorität hat", schweigt & onner in seinem Teutschen Staatsrecht 2) von der Möglickfeit einer geteilten Landeshoheit, indem ihm die Landeshoheit "ber Inbegriff aller in der obersten Gewalt nach bem rationellen Staatsrecht liegenben Rechte", nicht blos "ein Aggregat einzelner Befugniffe" ift. In seinem Buche über bie Staatsbienstbarkeiten 3) bekannte sich auch Gonner noch zur anderen Anschauung 4).

Saben wir im Borftebenben die Unmöglichfeit bes Rebeneinanderbeftebens mehrerer gleichgeordneter Staatsgewalten in demselben Gebiete auch nicht aus dem Begriffe des Staates als schlechthin höchster Gebietsgemeinschaft, sondern aus Anderem abgeleitet, so ist doch durch unsere Ausführungen die Definition des Staates als absolut höchster Gebietsgemeinschaft noch nicht Anders steht es mit der Frage, ob dies nicht durch das Ergebnis unserer Erörterungen über ben zweiten in Betracht zu ziehenden Bunkt ber Fall sein wird.

Dieser zweite Punkt betrifft die Frage, ob es eine rechtliche Unterordnung eines Staates unter einen anderen, einen Staat im Staate rechtlich nicht geben kann. Wan könnte auch hier an die Analogie des Eigentums benten und sagen: Durch den Begriff des Eigentums ist eine Unterscheibung von Ober= und Untereigentum begrifflich ausgeschlossen, also auch burch ben Begriff ber Staatsgewalt eine Unterscheidung von Ober- und Unterstaat. Allein die im Eigentum und bie in der Gebietsgewalt liegende Berrichaft ift in biefer Beziehung eine verschiebene. Eigentum ist Herrschaft über eine Sache. Wer die Sache beherrscht, steht außer ihr; die Herrschaft über sie ist nicht innerhalb, sondern außerhalb ber Sache. Die Herrschaft über bie Sache kann also nicht nach Außen hin Abhängigkeit sein. Die Staatsgewalt bagegen ist nicht sowohl Herrschaft über, als in dem Staatsgebiet. Sie ist in dem Staatsgebiet beschlossen. Die Gebietsherrschaft besteht nur auf bieser räumlichen Grunblage, nur innerhalb, nicht außerhalb bes Staatsgebietes. Der Mensch, ber Eigentumer biefer Sache ift, tann ohne fie besteben, aber nicht ber Staat, ber Inhaber ber Gewalt über biefes Gebiet ift, ohne bies Gebiet 5). Es ift also wohl möglich, daß, wo nach Innen, innerhalb bes Staatsgebietes Berrschaft, nach Außen hin Abhangigkeit besteht. Der Herrscher im Staatsinneren kann von Außen, von einer außerhalb bes Gebietes stehenden Gewalt beherrscht werden, wenn er nur höher bleibt, als alle anderen innerhalb bes Gebietes vorhandenen Billensträger. Auch der Sinn, in welchem fonft bas Wort Herr gebraucht wird, bestätigt bie Möglichteit folder Unterordnung nach Außen. Der Lehrmeister heißt Lehrherr, ber Geschäftsinhaber Geschäftsherr, trop seiner Abhängigkeit von sehr vielen anderen Gewalten. Und wie hätte, wenn nicht diese Relativität der Herrenftellung möglich wäre, der Landesfürst im alten Deutschen Reiche Landesberr, dominus torrso genannt werden können, wo er boch offensichtlich als reichsunmittelbar bem Reiche unterwor= fen war?

Und ferner kann nicht blos bann noch von einer Gebietsherrschaft gesprochen werden, wenn

¹⁾ S. 151.
2) Landshut 1804, §§ 90 und 227.
3) Landshut 1800 S. 43.
4) Siehe Clauß, Die Lehre von den Staatsdienstbarkeiten, Tübingen 1894 S. 92.
5) Raţela.a.D.S. 149: "Das Staatsgebiet ist keine Sache für sich, sondern die unabtrenndare Bedingung der Existenz des Staates".

sich die Herrschaft bes Außenstehenben auf ben Gebietsobersten beschränkt, bessen Halle ist es noch möglich, wo diese außenstehende höhere Gewalt unmittelbar über die einzelnen Gebietsangehörigen Macht hat, wie dies sein muß, wenn der oberen Gewalt der Charakter eines Oberstaate zu zuschmitt. Denn Staat liegt nur dann vor, wenn Herrschaft unmittelbar über eine Indiv id uen mehrheit, über ein Volk gegeben ist. M. a. W.: Der Begriff der Gebietsherrschaft ist sogar nicht verletzt, wenn die höhere, außenstehende Gemeinschaft nicht blos eine Herrschaft über die Gebietshoheit, sonbern auch über die einzelnen Gebietsunterthanen darstellt, sofern nur innerhalb des Gebietes dieser Hoheit keine höhere Gewalt als diese sich befindet. Ist dies aber alles richtig, kann in dieser Weise über dem Gebiet eine höhere Gewalt stehen und kommt solche Unterordnung unter eine höhere Gewalt auch beim Staate des empirischen Lebens vor, dann kann der Staat der thatsächlichen Welt nicht die rechtlich höchste Gebietsgemeinschaft der Menschen sein.

Und ein Blid in die Realität der staatlichen Dinge zeigt uns auch, daß es wirklich Staaten gibt, welche Glieder anderer Staaten bilden, also den Begriff rechtlich höchster Gedietskörpersschaft nicht erfüllen. Es gibt, um die drei Staaten, die wir in diesem Zusammenhange zu betrachten haben, gleich mit der herkömmlichen Terminologie 1) zu benennen, souveräne, halbsouveräne und nichtsouveräne Staaten, d. h. Staaten, die rechtlich unter der Herrschaft keines anderen Staates stehen, Staaten, die rechtlich unter der teilweisen Herrschaft eines anderen Staates sich besinden, und solche, die rechtlich einem anderen Staate völlig unterstehen. Für das Berhältnis rechtlich unabhängiger Staaten seinen uns Beispiele erspart, da das Borhandensein solcher Staaten undestritten ist, für das Berhältnis halbsouveräner und nichtssouveräner Staaten nur ein Beispiel angeführt, die rechtliche Stellung Anams zu Frankreich nach den Berträgen vom 15. März 1874 und 6. Juni 1884, dieses dasür aber eingehender behandelt. Rach dem einen Bertrage ist Anam ein halbs, nach dem anderen ein nicht mehr souveräner Staat.

Der Vertrag zwischen Frankreich und Anam vom 15. März 1874 schafft nach seinem eigenen Wortlaut ein boppeltes Verhältnis zwischen beiden Staaten, eine "Alianz" und eine "Protektion". Rach Art. 1 besselben soll zwischen beiden Staaten dauernder Friede, dauernde Freundschaft und dauernde Wassenberschaft bestehen (paix, amitié et alliance perpétuelles). Nach Art. 2 und 3 des Vertrages besteht eine protection Frankreichs über Anam mit Pflichten für beide Teile. Auf der einen Seite verspricht Frankreich Anam Schuß und Beistand und auf Ansuchen die nötige unentgelkliche Unterstüßung, die ersorderlich ist zur Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung im Inneren, wie zur Abwehr jedes Angrisses von Außen. Und Anam verpslichtet sich en reconnaissance de cette protection in Art. 3 schlecht hin dazu, seine auswärtige Politik derjenigen Frankreichs anzupassen und in seinen augenblicklichen diplomatischen Beziehungen nichts zu ändern. Dies engagement politique soll sich nur auf Handelsverträge nicht erstreden. Immerhin sollen aber auch Handelsverträge, die Anam abschließt, nichts den mit Frankreich abgeschlossenn Berträgen Widersprechendes enthalten und jedenfalls vor ihrem Abschluß der französischen Regierung mitgeteilt werden²).

Die Berpflichtungen, welche burch biesen Bertrag für Anam geschaffen wurden, gehen so weit, daß von einer Abhängigkeit Anams von Frankreich — wir lassen hier dahin gestellt, ob von einer völkerrechtlichen oder staatsrechtlichen — gesprochen werden muß. Welche Richtung

¹⁾ Bergl. v. Lifgt, Bölkerrecht, Berlin 1898, S. 27 und 31.
2) Bergl. A egibi und Klauholb's Staatsarchiv, Bb. 42 (Leipzig 1884) S. 278 und bazu Born bat, Einseitige Abhängigkeitsverhältnisse unter ben mobernen Staaten (Leipzig 1896) in Jellinet's und Meyer's zitierten Abhandlungen Bb. I heft 5 S. 81, wo aber nicht eben genau übersetzt ift.

bie frangofifche Politit einschlagen will, steht vollommen in beren Ermeffen und biesem Ermeffen ift Anam ichlechthin unterftellt. Bubem laffen bie Bertragsteile erkennen, daß fie felbft eine folde Unterordnung Anams unter Frantreich als Wirtung bes neuen Rechtsverhaltniffes annahmen. In Art. 2 wird vom Prafibent ber frangösischen Republik gesagt: reconnaissant la souveraineté du Roi de l'Annam et son entière indépendance vis-à-vis de toute puissance étrangère. Frantreich ertennt also die Souveranität und volle Unabhangigleit Anams wohl gegen alle anderen Mächte, aber nicht gegen fich an. Denn unter jeber fremben Macht kann aus bem Grunde nicht auch Frankreich verstanden sein, weil ihm gegenüber infolge ber "Protektion" von einer völligen Unabhängigkeit nicht gesprochen zu werben vermag. Ja, ber Bertragsinhalt geht fogar weiter. Rach ihm fehlt Anam Frankreich gegenüber Souveränität überhaupt. Anam ist hienach ein nichtsouveräner Staat und wir werden später sehen, daß diese Auffassung die wissenschaftlich allein haltbare ift. An fich ware hieraus freilich die Ronfequenz zu ziehen, daß man auch unterließe, Anam halbsouveran zu nennen. Wenn der Name halbfouveran trok der Erkenntnis, daß, wer halbsouveran ist, überhaupt nicht souveran ist, beibe= halten wird, so erklärt sich dies daraus, daß sich dieser Ausdruck in seiner treffenden Kennzeichnung einer bestimmten Stufe von nichtsouveranen Staaten nur schwer ersegen lagt. Wie immer aber, jebenfalls folgt aus bem Angeführten: Anam ift rechtlich abhängig, tropbem aber ein Staat; benn es wird in bem ganzen Bertrage als Staat behandelt, ihm Souveranitat gegen britte Mächte, Bertragsrecht, seinen Resibenten in Baris und Saigon bie gleiche völkerrechtliche Stellung wie bem frangofischen Residenten in Bus eingeräumt. Somit tann die Gigenschaft absolut bochfter Gebietskörperschaft tein wesentliches Merkmal bes Staatsbegriffes sein.

Man könnte allerbings versuchen, das Element absoluter Unabhängigkeit als wesentlichen Bestandteil des Staatsbegriffes dadurch retten zu wollen, daß man sagt: durch diese Unterord= nung unter bie frangofische Staatsgewalt in auswärtigen Dingen sei bie Unabhängigkeit bes Staates in seinen inneren Angelegenheiten unberührt geblieben. In ihnen sei die Unabhangig= teit des Staates noch eine absolute; sie sei nur sachlich beschränkt und sachliche Unbeschränktheit gehore nicht jum Befen der Unabhangigfeit. Diefe u. A. von Georg Mener 1) und von Stengel2) vertretene Schluffolgerung mare gewiß richtig und wir werben uns ihr auf jeben Kall in anderem Ausammenhang auschließen 8), aber es fehlt an der Boraussetung. Es ist nicht an bem, bag, wenn ein Staat nur in bestimmten Angelegenheiten einem anderen unterworfen ift, er in ben übrigen von Unterordnung absolut frei ift. Halbsouveran bedeutet, wie icon oben angebeutet, nicht: in einigen Richtungen unterworfen, in anderen völlig frei, sondern bie Salbsouveranität brudt die absolute Selbständigkeit in allen Angelegenheiten herab. Sie bebeutet: in allen Angelegenheiten in geringerem Maße felbständig als ber absolute Staat. Und awar kommt dies daher, daß bei dem Ineinandergreifen der Rwede und Aufgaben der verschie= benen Staatswesen nie Aweifel ausgeschlossen sein konnen, ob bier ber eine ober ber andere Staat auftanbig ift'). Aber biefe Ameifel konnen im letten Enbe nie Bertrage entscheiben, sondern im letten Grunde muß es der höhere Staat sein, der die Grenze festsett; denn sonst ist er in seinen Angelegenheiten nicht absolut unabhängig. Mag ber Bertrag zwischen ben beiben Staaten 3. B. auch babin lauten, daß ber obere Staat fich in die inneren Angelegenheiten bes anberen Staates nicht einmischen barf, so muß erfterer, wenn Zweifel barüber entstehen, boch

¹⁾ A. a. O. S. 89 N. 16. 2) A. bem S. 7 N. 2 a. O. S. 785 unb 1140.

³⁾ Bei ber Frage des Abhängigkeitsverhältnisse mehrerer Staatsorgane zu einander; vergl. § 16.
4) Bergl. hierüber Laband, Staatsrecht des Deutschen Reiches, 8. Aust. (Freiburg und Leipzig 1895) Bb. I S. 57; Rosin, Souveränität, Staat, Gemeinde, Selbstverwaltung, kritische Begriffsstudien, in den Annalen des Deutschen Reiches 1888 S. 271; Otto Mayer a. a. O. Bb. II (1896) S. 463 N. 17. Händler Reiches 1888 S. 271; Otto Mayer a. a. O. Bb. II (1896) S. 463 N. 17. Händler Bestrachtung, eine vollkommene sachliche Trennung der Ausgaben und des Wirkungskreises zweier gesmeinwesen für denkbar; vergl. oben S. 20 N. 2.

notwendig bestimmen können, ob etwas zu ben äußeren ober zu ben inneren Angelegenheiten rechnet. Auch diejenige Kontrolle, welche nur darauf abzielt, zu sehen, ob ein anderes Rechtssubjekt sich innerhalb seines Wirkungskreises bewegt, die Bethätigung innerhalb dieses Rahmens aber völlig unbeengt beläßt, stellt schon eine Beseitigung absoluter Unabhängigkeit dar. Anam war also schon nach dem Bertrage vom 15. März 1874 in seinen inneren Angelegenheiten nicht mehr absolut unabhängig, tropdem aber doch Staat und als solcher allenthalben anerkannt.

Dazu kommt aber noch die Stellung Anams zu Frankreich nach dem Vertrage vom 6. Juni 1884. Nach ihm wird die Abhängigkeit Anams von Frankreich nicht blos in aus-wärtigen. In sohnern auch in inneren Angelegenheiten eine stärkere. Das "Protektorat" Frankreichs, wie das Verhältnis im Vertrage genannt wird, bezieht sich auch auf die Verwaltung der inneren Angelegenheiten. Die Verwaltung der Jölle wird im ganzen Königreiche französischen Beamten anvertraut und in Tonkin werden, wo es nühlich erscheint, in den Hauptorten französische, dem Generalresidenten unterstellte Residenten aufgestellt, welche die "Kontrolle" über die ganze innere Verwaltung üben. Innerhalb dieser Schranken bleibt sie dem König und seinen Behörden.

Man konnte nun sagen, diese Stellung völliger Abhängigkeit beweise nichts gegen bas Erforbernis rechtlich absoluter Unabhangigkeit für ben Staatsbegriff. Anam fei nach biefem Bertrage aus einem Staate zu einer Provinz geworden. Allein ber Meinung ber Kontrabenten entspräce diese Auffassung nicht. Es wird in dem Bertrage dem gouvernement français noch ein gouvernement Annamite gegenübergestellt und gesagt (Art. 16): La Majesté le Roi d'Annam continuera, comme par le passé, à diriger l'administration intérieure de ses États, sauf les restrictions qui résultent de la présente Convention. Bor allem aber : bie Thatigfeit bes Generalrefibenten und ber Provinzialrefibenten ericheint nach bem Bertrage nicht als ein Sanbeln in frangofifchen, fonbern in anamitischen Angelegenbeiten. In anamitischen, nicht in frangofischen Angelegenheiten ift ber frangofische Generalrefident thatig, wenn er die Beziehungen Anams nach Augen pflegt. Es ift nur ein Bertreten Anams, ein Handeln im Namen des anamitischen Königs. La France représentera l'Annam dans toutes ses relations extérieures. Un Président-Général, Représentant du Gouvernement Français, présidera aux relations extérieures de l'Annam, sagen Art. 1 und 5. Das Recht ber Ausübung, die Stellvertretung, das Protektorat ift frangofische Sache und insofern ber Generalresident Reprasentant ber frangosischen Regierung. Die Ausübung felbst ift Ausübung anamitifcher Staatsgewalt. Anam ift also trop biefer so weit gebenben Abhängigkeit noch Staat. Gine Proving hat keine "auswärtigen Beziehungen". Die Unterschiebe gegenüber einer Proving find noch bebeutsam genug.

Das zeigt am besten ein Bergleich Anams mit Mabagastar. Madagastar stand nach einem Bertrag vom 17. Dezember 1885 d) in einem ähnlichen, wenn auch schon weitergehenden, Abhängigkeitsverhältnis zu Frankreich, wie Anam nach dem Bertrag vom 15. März 1874. Art. 1 und 2 des erstgenannten Bertrages sagen: Le Gouvernement de la République représentera Madagascar dans toutes ses relations extérieures. Un Résident, représentant le Gouvernement de la République, présidera aux relations extérieures de Madagascar, sans s'immiscer dans l'administration intérieure des États de Sa Majesté

¹⁾ Staatsarchiv Bb. 46 (1886) S. 258 ff.
2) Frankreich vertritt Anam in allen seinen auswärtigen Beziehungen. Ein französischer Generalresident steht an Ort und Stelle den auswärtigen Geschäften Anams vor und überwacht die regelrechte Ausübung des Protektorats.

regelrechte Ausübung bes Protektorats.

3) Siehe Bornhak an dem zuletzt angeführten Orte S. 32.

4) Staatsarchiv Bb. 46 S. 277 ff. und Bornhak a. a. O. S. 34; auch dessen Allgemeine Staatsklehre S. 214, sowie Bonfils, Manuel de droit international public, 2, Aust. von Fauch ille, Paris 1898, S. 92.

la Reine. Dies anberte ber nach ber friegerischen Unterwerfung Mabagastars am 18. Jan. 1896 abgeschloffene Bertrag von Tanarive1), inhaltlich beffen ber frangofische Generalrefibent außer ber Bertretung Madagastars in seinen auswärtigen Beziehungen auch noch bie "Rontrolle" über bie "innere Berwaltung" ber Insel übernimmt und die Königin von Madagastar sich verpflichtet. alle Reformen im Inneren vorzunehmen, welche bie frangofische Regierung für ber wirtschaftlichen Entwicklung und dem zivilisatorischen Fortschritt der Insel förderlich erachtet. Durch frangösisches Geset vom 6. August 1896 2) aber schon wurde Madagastar zu einer frangösischen Kolonie erklärt, wie Hanotaux in einem Antwortschreiben an den englischen Botschafter in Paris vom 11. Mai 18978) sich ausbrückt, unter birekte französische Souveränität gestellt und ber Ronigin nur ihr Titel und die mit diesem verbundenen Borteile und Shren bewahrt, alle Regierungsgewalt ihr aber genommen 1). Damit war Madagastar französische Provinz. Der Unterschieb gegen ben burch Bertrag vom 18. Januar 1896 geschaffenen Rechtszustand trat in ber Folge icarf bervor. Der Bertrag vom 18. Januar 1896 hatte bie Bertrage, die Maba= gastar mit anderen Staaten geschloffen hatte, unberührt gelaffen; mit der Einverleibung Madagastars in das französische Kolonialgebiet erreichten dieselben ipso jure ihr Ende 5); Mada= gastar hatte bamit feine völterrechtliche und bamit feine Staatsperfonlichteit verloren. Amischen bem einen und bem anderen Rechtszuftand ift alfo ein bedeutsamer Unterschieb. Daraus folgt aber, es gibt neben unabhangigen auch abhangige Staaten; nicht jedes abhangige politische Gemeinwesen ift sofort Broving.

Bir wollen die Beispiele halb- und nichtsouveraner Staaten, um nicht zu weitläufig zu werben, nicht um weitere vermehren, sondern statt dessen noch aus einer ganz anderen empirischen Erscheinung hieraus erweisen, daß für ben positivrechtlichen Staatsbegriff bas auszeichnenbe Moment nicht in bem Charafter besselben als höchster Gebietskörperschaft liegen kann. Wäre bieses bas auszeichnenbe Merkmal bes Staatsbegriffes, so könnte jeber Staat für sein ganzes Bebiet nur eine Gigenschaft, Die ber hochften Gebietsgemeinschaft haben, nicht für einen Teil besselben höchfte, für einen anderen untergeordnete Gebietskörperschaft sein. Als ein solches Gebilbe, das auf einem Teile feines Gebietes völlig unabhängig, auf dem anderen Teile desfelben bagegen abhängig war, erwies sich aber bas Großherzogtum heffen mahrend ber Zeit feiner Rugeböriakeit zum Nordbeutschen Bunde, d. h. vom 1. Juli 1867 bis 31. Dezember 1870. Heffen war während dieser Beit nicht zu einem Teile Provinz, zum anderen Staat, sondern ein einheitliches Gebilbe und zwar ein Staat.

Das beweift bas Gefet bes Nordbeutschen Bundes über bie Erwerbung und ben Berluft ber Bundes: und Staatsangehörigkeit vom 1. Juni 1870. Aus ihm geht hervor, daß nicht blos die in dem füblichen, zum Norddeutschen Bunde nicht gehörigen Teile des Landes behei= mateten Hessen Staatsangehörige des hessischen Staates waren, sondern auch die aus dem norblichen Teile besfelben ftammenben ; benn § 1 biefes Gefebes fagt : "Die Bundesangehörigleit wird burch Staatsangebörigkeit in einem Bundesstaate erworben und erlischt mit deren Berluft. Ang ebörige des Großberzogtums Hessen besiten die Bundesangebörigkeit nur dann, wenn fie in den zum Bunde gehörigen Teilen des Großherzogtums Heffen heimatberechtigt find." Die Bugeborigkeit zum Großherzogtum Heffen war also ba und bort biefelbe. Bar sie im Süden Staatsangehörigkeit, und daran ist nicht zu zweiseln, dann war sie es auch im Norden. Satte aber die Staatsangehörigkeit im ganzen Lande einheitlichen Charakter, so war die poli= tifche Gemeinschaft, zu welcher biese Rugeborigkeit begründet wurde, ebenfalls eine einheitliche,

¹⁾ Staatsarchiv Bb. 61 (1898) S. 90 ff.

²⁾ Ebenba S. 109 unb 121.

³⁾ Ebenba S. 188.
4) Ebenba S. 109.
5) 3. B. ber im beutschen Reichsgesehblatt 1885 S. 166 veröffentlichte Vertrag mit dem beutschen Reiche. Die gegenteilige Meinung Max H v er's, Die Staatensuccession. Leipzig 1898, S. 151, ift nicht überzeugend begründet.

trok Unterordnung eines Teiles ihres Gebietes unter aukerstaatliche Gewalt. Somit ergibt fich auch auf diese Beise, daß fich fur ben empirischen Staatsbegriff bas Mertmal ber bochten Bebietstörperschaft nicht verwerten läßt1).

Es tann aber auch nicht gefagt werben: Der Staat ift, wenn auch nicht die bochfte Gebietsforperschaft, boch die bochfte allgemeine Gemeinschaft. Die Eigenschaft einer allgemeinen b. h. auf bestimmte einzelne Richtungen nicht beschränften Gemeinschaft teilt ber Staat allein mit ber politischen Gemeinbe. Es gibt neben biefen beiben Gemeinschaften teine, Die fo febr bas allgemeine Bohl ihrer Mitglieber betreffen, wie biefe. Der Staat verfolgt zwar in ber Regel allgemeinere Interessen als die Gemeinde, immerbin aber ift bie politische Gemeinde feine Gemeinbe, welche lediglich spezielle, einzelne Antereffen ihrer Mitglieber wahrnimmt. pflegen ja sogar biese Allgemeinheit ber politischen Gemeinbe schon im Ausbruck baburch bervorzuheben, daß wir ihr Gemeinschaften abnlicher Urt, welche nur einzelne Zwede verfolgen, wie Beg-, Schul- und Armenverbanbe, als Spezialgemeinden gegenüberftellen 3). Stehen fich Staat und Gemeinbe somit binfictlich ihres Zwedes gleich, fo tann boch ber Staat positiv= rechtlich nicht als die schlechthin bochfte allgemeine Gemeinschaft bezeichnet werben; benn, was beibe gemeinsam haben, ift eben nicht allein ber Charafter ihrer allgemeinen Amedbestimmung, sonbern auch ihr Charatter als Gebietstörperschaft. Wie ber Staat, ift die Gemeinde eine Gebietetorperschaft. Auch für fie gilt, bag bie Obrigfeit bie allgemeine Berrichaft im Gebiete barftellt.

Run folgt aber aus dem Umstande, daß es Staaten giebt, die nicht blos in einzelnen, fonbern in allen Angelegenheiten ber Berrichaft eines anberen Staates unterfteben, bas anbere, daß es Staaten gibt, welche fich, was die Frage der Abhängigkeit anlangt, rechtlich in nichts von ber Gemeinde unterscheiben. Denn bas gebort eben zum Befen ber Gemeinde, baß fie bei aller Selbständigkeit boch ber Gesetzgebung und Aufsicht bes Staates in allen ihren Angelegenheiten untersteht. Juristisch ebenso wesentlich ist dies aber auch für den nichtsouveränen Staat. In allen seinen Angelegenheiten untersteht er zum mindesten rechtlicher Aufficht, wenn anch nicht rechtlicher Leitung, eines höheren Staates. Auf bas Merkmal juriftifcher Unabhängigkeit vermag bemnach der positivrechtliche Staatsbegriff nicht gestellt zu werden.

Man hat zwar noch einen anderen Ausweg gesucht und gesagt, trop aller Abhängigkeit bes nichtsouveranen Staates vom höheren Staate bestehe noch ein rechtlicher Unterschieb zwischen nichtsouveranem Staate und Gemeinbe. Die Kontrolle, welcher ber nichtsouverane Staat unterliege, habe nur einen negativen Charatter, die Rommunalverbände unterlägen auch nach der positiven Seite höherer Aufsicht, d. h. bei ihnen Aberwache die höhere Gewalt nicht blos, bag bie niebrigere fich innerhalb ber ihr gestedten Grenzen bewege, fondern auch, baß fie bie ihr obliegenden Aufgaben positiv erfulle 3). Allein follte bieser Unterschied wirklich fo bebeutsam fein, daß auf ihn Sein ober Nichtfein von Staat und Gemeinde abgestellt werben konnte? Burben wirklich die Gemeinden burch eine fehr freie, die Staatsaufficht auf jene negative Rontrolle beschränkenbe Gesetgebung ploblic alle ju fleinen Staatswefen ? Der angegebene Bunkt tann nach unferem Gefühle unmöglich die Tragweite besitzen, daß wir auf

¹⁾ Beil es immer noch gerne geschieht, sich für bieses Merkmal bes Zuhöchsteins auf Arisstoteles zu berufen — vergl. z. B. neuestens wieder v. Stengel, Staatenbund und Bundesstaat in Schwoller's Jahrbuch. A. F., 22. Jahrgang (Leipzig 1898) S. 765 —, so sei auch hier barauf hingewiesen, daß Aristoteles, soweit er seinen Sat, der Staat sei die ***exxwola πασδυ ***αντουτάτη και πάσας περιέχουσα τάς äλλας überhaupt empirisch verstanden wissen wissen wissen wissen wissen wissen wieden des Staates zum Richtstaat meint. Abhängigkeit von einem anderen Staate ist ihm mit dem Wesen des empirischen Staates verträglich. Vergl. Geschichte S. 78, 81, 83, 222.

2) Vergl. Blodig, Die Selbstvervaltung als Rechtsbegriff, Wien und Leipzig 1894, S. 278 ff. und Gierke, Deutsches Privatrecht Bb. I S. 623.

3) Hanela. a. D. S. 139, 140, 801; v. Stengela. a. D. S. 789.

ihn ben so tiefgehenden Unterschied zwischen Staat und Gemeinde zu basieren haben. Erbliden doch die Vertreter dieser Anschauung selbst in dem beregten Punkte nur eines, nicht das einzige Unterscheidungsmerkmal zwischen Staat und Gemeinde. Aber auch logische Gründe verzbieten, hierin ein wesentliches Unterscheidungsmerkmal zwischen Staat und Gemeinde zu sehen. Dies verhindert sowohl der gemeinsame Begriff der Aufsicht, dem die beiden Begriffe positiver und negativer Kontrolle unterstehen, wie der sachliche Zusammenhang beider Kontrollen. Aussicht begründet hier eben doch Abhängigkeit und negative Kontrolle ist ohne Ueberwachung auch nach der positiven Seite nicht denkbar. Denn gerade dei Erfüllung dieser ihrer positiven Pssichten zeigt sich, ob die untergeordnete Gewalt die ihr gegenüber der Kompetenz der höheren Gewalt aezogenen Grenzen einbält.

Ein anderer Ausweg wäre noch die Annahme, daß die halbspuveränen und die nichtsouveränen Staaten nur den Namen von Staaten hätten, ihrem Wesen nach aber zu den der Gattung Staat nächststehenden Gebietsgemeinschaften, zu den Gemeinden gehörten, wie es ja auch sonst zuweilen vorkommt, daß der Name nicht dem Wesen des Dinges entspricht. Ein Beispiel hiefür aus unserem Darstellungsbereich bietet die heute noch vorhandene Königin von Madagastar. Es gibt noch eine Königin von Madagastar, aber nur dem Namen, den äußeren Ehren- und den Vermögensrechten nach; sie ist weder Monarchin noch Haupt irgend welcher Bollzugsgewalt.

Allein zu bieser Annahme zu schreiten, wäre boch nur bann gerechtsertigt, wenn sich zwischen halb-, bezw. vollsommen nichtsouveränen Staaten und Gemeinden wirklich kein weiteres wesentliches Unterscheidungsmerkmal rechtlicher Art aufsinden ließe. Nachdem die Staats- praxis völlig abhängige Staaten allgemein noch Staaten nennt, darf die Staatstheorie nichts unversucht lassen, um nachzuweisen, daß diese Ausdruckweise auch ihre innere Berechtigung hat. In der That gibt es noch zwei weitere Merkmale, auf deren Vorhandensein beim nichtssouveränen Staate und auf deren Fehlen bei der Gemeinde ein bedeutsamer Gegensat von Staat und Gemeinde zu werden vermag. Das eine Merkmal ist ein strafrechtliches, das andere ein völlerrechtliches.

Nach Geschichte und geltenbem Rechte bes Hochverratsbegriffes in allen zivilisierten Länsbern ist Hochverrat nur gegen Staaten und Staatspersönlichteiten, nicht gegenüber Gemeinden möglich. Kann gegen eine Gebietskörperschaft mit allgemeinen Zweden nach geltensbem Recht also Hochverrat begangen werden, so ist sie Staat, im anderen Falle Gemeinde. Es ist ein Hochverrat gegen Anhalt oder Lübeck, es ist aber kein Hochverrat gegen Westfalen oder die Stadt Verlin benkbar²).

Indes sei auf dieses Unterscheidungsmoment nicht ausschlaggebendes Gewicht gelegt. Es ist aus dem Staatsinnern d. h. aus dem Berhältnis der Gebietskörperschaft zu ihren Angeshörigen entnommen und außerdem kann es nicht für so gewichtig erachtet werden, daß man auf dasselbe allein den Unterschied von Staat und Gemeinde gründen kann. Es läßt sich nicht behaupten, daß eine geradezu zwingende innere Notwendigkeit bestünde, zu sagen, die Gemeinden hätten sich in Staaten verwandelt, wenn der Fall eintreten sollte, daß das positive Recht das Hochverratsverbrechen auch gegen Gemeinden einführte.

Da es sich um die Bestimmung des Unterschiedes zwischen mehreren Arten von Gebietskörperschaften handelt, ist es notwendig, das wesentliche Unterschiedsmerkmal aus den Beziehungen der Gebietskörperschaften zu einander abzuleiten. Dies ist aber dann der Fall, wenn wir

¹⁾ Bergl. "Das Strafrecht ber Staaten Europas" herausgeg. von v. Lifzt (Berlin 1894), Knitsch fin, Berbrechen des Hochverrats 1874 und Rehm in den Annalen des Deutschen Reiches 1892, S. 168.

²⁾ Bergl. auch Bryce, The American Commonwealth 3, Aufl. (London und New-Port 1893) Bb. I S. 421.

ben Unterschieb aus dem Bölkerrechte zu gewinnen vermögen. Denn das Bölkerrecht ift in ganz besonderem Maße die Rechtsmaterie, welche Beziehungen zwischen Gebietskörperschaften, die Beziehungen zwischen Staaten ordnet.

§ 5. Das recitice Untericeidungsmertmal von Staat und Gemeinde. Bas ben rechtlich vollkommen unabhängigen Staat und die Gemeinde nach der Auffassung des Staatslebens, ber Staatspraris unterscheibet - und aus ihr muffen wir boch ben empirischen Staatsbegriff abziehen -, bas ift biefes: Eine Gemeinbe liegt vor, wenn bas Berbaltnis ber untergebenen gur boberen Gebietetorpericaft fich mangels besonderer Bestimmung nach ben= selben Normen, wie bas Berhaltnis bes Individuums zu biefer boberen Gebietstorperfchaft, also nach staatlichem Rechte richtet; die unterworfene Gebietetorperschaft ftellt bagegen einen Staat bar, wenn für bas Berhältnis von höherer zu unterer Gebietskörverschaft, soweit basfelbe vom höheren Gemeinwesen nicht geregelt ist, nicht Unterthanen-, also staatliches, sonbern Bollerrecht gilt. Die Bertrage, welche bas Deutsche Reich mit ben einzelnen beutfchen Gliebstaaten abschließt, wie 3. B. bie Bereinbarungen über Erbauung von ftrategischen Eisenbahnen mit Reichszuschuß, stehen nicht unter ben Normen bes Privat=, fonbern bes Bolterrechts 1). Ein Bertrag, welchen ber Staat mit ber ihm unterworfenen Gemeinde eingeht, regelt sich nach ben Normen bes staatlichen Brivat- ober öffentlichen Rechts, nicht aber nach Bollerrecht. Birb gegen bie Erhebung einer unterworfenen Gebietstorverschaft vom Staate nach bemfelben Rechte eingeschritten, nach welchem gegen eine Rusammenrottung von Staatsangehörigen verfahren wird, so haben wir eine Gemeinde vor uns : wird die Erbebung bagegen nicht als Bolizei=, sonbern als völlerrechtliches Delitt behandelt und bemgemäß gegen fie nach Bolferrecht eingeschritten, so war es bie Erhebung eines Staatswesens. Bas ben abhängigen Staat von ber abhängigen Gebietskörperschaft, Broving, Gemeinde u. f. w. unterscheibet, ift seine Eigenschaft als völkerrechtliche Berfonlichkeit. Das unterscheibet Anam nach ber augenblicklichen Rechtslage von Madagastar. Anam ist teine französische Broving mit teilweiser Autonomie, weil ihm die Bollerrechtspersonlichkeit nicht genommen ift. Madagastar hat mit der völkerrechtlichen Oktupation voller d. h. nicht blos auf Oberberrlichkeit be= fcrantter Staatsgewalt burch Frantreich, welche in ber Durchführung bes oben ") erwähnten französischen Gesehes vom 6. August 1896 lag, seine völkerrechtliche Bersönlichkeit und damit seine Staatsnatur eingebugt. Undererseits bezeichnet man bie Territorien bes alten beutschen Reiches feit bem Beftfälischen Frieden mit Recht als Staaten, benn fie haben feit biefer Beit unbestrittenermaßen jus foederum ac legationum. Das alte beutsche Reich war von biesem Reitpunkte an ein zusammengesettes Staatswesen.

Man könnte einwenden, dieses Merkmal der völkerrechtlichen Persönlichkeit sei eine petitio principii; denn, wenn man sage, Staat sei diejenige Gebietskörperschaft, deren Rechtsverhältznisse zu anderen, außer und über ihm besindlichen Gedietskörperschaften im Zweisel nach Bolzkerrecht beurteilt werde, so sei die weitere Frage die, was ist Bölkerrecht, und darauf laute die Antwort: diesenige Rechtsordnung, welche im Verhältnis zwischen Staaten gelte. Allein diese Antwort ist nicht zutressend. Das Bölkerrecht ist von Haus aus die Rechtsordnung, welche zwischen von einander rechtlich unabhängigen Staaten, somit zwischen den absolut höchsten Gebietskörperschaften gilt. Subjekte des Bölkerrechtes sind aber nicht blos diese völlig unabhängigen Gebietskörperschaften, sondern auch diesenigen Rechtssubjekte, welche die Bölkerrechtsvordnung den ersteren in völkerrechtlicher Handlungsfähigkeit gänzlich oder teilweise gleichzgestellt hat. Wir werden also, um alle Mißverständnisse zu vermeiden, sagen: Staaten im empirischen Sinne sind Gebietskörperschaften, welche im Verkehr mit anderen Gebietskörperschaften ganz oder teilweise nach dem Rechte behandelt werden, welches zwischen völlig von

¹⁾ A. M. mit unzulänglichen Gründen Triepel, Bölkerrecht und Landesrecht, Leipzig 1899, S. 19, 187, 197.

einander unabhängigen Gebietstorperschaften gilt. Damit find be i be Arten ber Staaten 11 gebeckt, die vollkommenen, die Staaten mit voller Unabhängigkeit, wie die unvoll- 1 tommenen, biejenigen mit mangelnder absoluter Unabhängigfeit.

Diese Definition ist gegen verschiebene Ginwendungen zu verteibigen. Bunachst gegen biejenige La banb's1). Laband fagt, bas wesentliche Moment bes Staatsbegriffes tonne um deswillen nicht in der völlerrechtlichen Berfönlichteit des Staates gefunden werden , weil das Bollerrecht die Existen, von Staaten voraussete. Man konne sich den Staat auch isoliert und von allen völkerrechtlichen Beziehungen loßgelöst vorstellen und es müsse daber Kriterien geben, welche ben Staatsbegriff ohne Rubilfenahme bes Bollerrechts bestimmen. Den Begriff bes völlig unabhängigen Staates haben wir ohne Zuhilfenahme des Bölkerrechts konstruiert. Daß alle Staaten so konstruiert werden müssen, ist, wenn es verschiedene Arten von Staaten gibt, nicht notwendig. Die unvollkommenen Staaten, wie augenblicklich Anam und früher Madagas= "far im Berhältnis zu Frantreich, find eben Ergebniffe völkerrechtlicher Bereinbarungen und völker rechtlicher Machtäußerungen. Sie können somit nicht isoliert vom Bölkerrecht betrachtet werben.

Ebenso gesichert sind wir aber gegen einen anderen Einwand. Die Unterstellung des Staates unter das Böllerrecht fei durch Anerlennung des Gemeinwesens als Staat seitens der vorhandenen Staaten bedingt. Jeber Staat muffe somit Staat bereits sein, ehe er Bölker= rechtsperfönlichteit erlange; in ber Böllerrechtsperfönlichteit könne bemnach nicht bas wefentlichte Merkmal bes Staatsbegriffes liegen. Allein ber Sat, daß die Anerkennung burch britte Staaten für das Bölkerrecht die Staatseigenschaft erst begründe, nicht blos beklariere, ver= trägt fich mit der Staatspraxis, mit dem positiven Bölkerrecht ganz und gar nicht. Nach ihm besteht die rechtliche Bedeutung der Anerkennung in etwas Anderem. Sie ist die rechtliche Erklärung der Bereitwilligkeit, mit dem neuen Staate in freundschaftlichen Berkehr zu treten, mit ihm Gefandte und Konfuln zu taufchen, Berträge abzuschließen. Borher ift der anerkennende Staat nicht verpflichtet, mit den anderen in Berhandlungen einzutreten, nachher ist er es. Da= gegen ift die Möglichkeit kriegerischen Berkehrs schon vorher gegeben. Wit der Staatsent= stehung hat der entstandene Staat Böller=Rechtsfähigkeit und Bölker-Handlungsfähigkeit. Ge sett ben Fall, es gelänge ben Aufftandischen auf Ruba die nordamerikanische Herrschaft abzuwerfen, so würde Ruba damit zum Staat, ohne daß dafür die Anerkennung irgend eines an= beren Staates notwendig wäre. Und würde dann ein erneuter Waffenkonslikt zwischen Kuba und den Bereinigten Staaten von Nordamerika ausbrechen, so wäre dies trop mangelnder Anerlennung anderer Staaten nicht mehr Aufstand, sondern Arieg, die kriegführenden Aubaner nicht Hochverräter, sondern Kriegsgegner; nicht nach amerikanischem Strafrecht, sondern nur nach Bölkerrecht könnten sie behandelt werden. Frankreich hat die Staatsgewalt über Mada= gastar völterrechtlich giltig ohne Anerkennung anderer Staaten erworben, Deutschland erwarb in völferrechtlich herrenlosen Länderstrichen Afrikas Staatsgebiet, ohne daß für diesen Erwerb die Anerkennung dritter Staaten für notwendig erachtet wurde. Ist für die Erweiterung der Staatsherrschaft solche Anerkennung nicht notwendig, warum für die Begründung einer folden? Erweiterung der Staatsberricaft ist doch teilweise Neubegründung. Die deutschen Schutgebiete stellen besondere Staatsgebiete im Berhältnis zum beutschen Reichsgebiete bar. Mit Recht feben Gareis2), Labanb8), Ullmann4) und v. Lifgt5) in ber Uners kennung burch britte Staaten eine Folge, aber nicht den Grund der Existenz des Staates 6).

Vielvel!

recognition.

¹⁾ A. a. D. Bb. I S. 67.

²⁾ Institutionen des Böllerrechts, Gießen 1888 S. 56.
3) A. a. O. Bb. I S. 67.
4) Böllerrecht, Freiburg 1898, S. 66.
5) A. a. O. S. 26. S. auch Despagnet, Cours de droit international public, 2. Aust., Paris 1899, S. 87. Dagegen Bonfils=Fauchille, Manuel de Droit international public, 2. Aust., Paris 1898, S. 101 und Lawrence, Handbook of public International Law, 5. Aust., London 1898, S. 23 f.
6) Siehe auch Geschichte S. 194. N. 2.

Ein britter Einwand ist dieser. Man sagt, es gebe Staaten ohne völkerrechtliche Perstönlichkeit. Georg Meyer') bemerkt, bei Staaten in bundesstaatlichen Berhältnissen sei sehr häusig völkerrechtliche Persönlichkeit nicht vorhanden, und ebenso soll nach v. List') ein Staat als völkerrechtliches Subjekt nicht vorhanden sein, wenn seine völkerrechtliche Handlungsstähigkeit völlig ausgeschlossen ist. Für die in Realunion stehenden Staaten sei dies bei streng durchgeführter Realunion der Fall. Diese Aufsasungen erklären sich aus der Anschauung, daß völkerrechtliche Rechtsfähigkeit nur soweit angenommen zu werden vermöge, als völkerrechtliche Handlungsstähigkeit vorhanden sei. List's sagt ausdrücklich: völkerrechtliche Rechtsfähigkeit und völkerrechtliche Handlungsfähigkeit fallen durchweg zusammen. Allein dies ist keineswegs zutressend.

Runachft berubt biefe Meinung auf ber Unnahme, als fei vollerrechtliche Delittsfähigteit immer nur foweit und nur bann gegeben, wenn vollerrechtliche Gefchaftsfähigfeit vorhanden fei. Li fat 4) behauptet, nur der souverane Staat befitze mit der völkerrechtlichen Geschäftsfähigleit auch die Delittsfähigkeit; für den halbsouveränen Staat hafte, soweit er in seiner Geschäftsfähigkeit beschränkt sei , lediglich ber oberherrliche Staat. Allein diese Behauptung lagt fich nicht halten. Gewiß ift Bapern burch bie Rugehörigfeit jum beutschen Reiche in feiner internationalen rechtsgeschäftlichen Fabigfeit beschränft; es ift in seinem gesandtschaftlichen, seinem konsularischen und seinem Bertragsverkehr, wie in der Anwendung völkerrechtlicher Selbsthilfe eingeengt, allein, daß es damit ipso jure auch für völkerrechtlich unerlaubte handlungen, die mit diesen Gebieten zusammenhängen, völkerrechtlich nicht mehr verantwortlich ware, lagt fich gegenüber bem praktifchen Rechte nicht behaupten. Gin Alt vollerrechtlicher Selbsthilfe ift bie Ausweisung Richtbeutscher. Dies Ausweisungsrecht fteht ben beutschen Gliebftaaten zu; nur barf es von ihnen nicht im Wiberspruch mit ber Politik bes Reiches, also z. B. nicht gegen einen Staat geubt werben, mit welchem bie Reichsregierung die besten Beziehungen unterhalt b). Richtsbestoweniger wurde in bem Falle, bag Babern innerhalb seines Gebietes fich aufhaltenbe Defterreicher nicht ausweisen wurde, bie öffentlich in beleibigenber ober beschimpfender Korm gegen bie österreichische Staatsregierung agitieren, nicht blos bas Reich, sonbern auch Bayern völlerrechtlich haftbar sein, Babern wegen unmittelbarer Berletung bes Rechtes auf Achtung, welches Defterreich völlerrechtlich gutommt, bas beutsche Reich wegen Dulbung biefer Berletung. Es wurde nicht ausgeschlossen sein, bag Defterreich nur gegen Babern Repressalien anwenden und eine Berletung völkerrechtlicher Pflichten burch bas Reich gar nicht annehmen wurbe. Sollte eine folde Repreffalie unzuläffig fein, weil Babern vollerrechtlich nicht beliftsfähig fei?

Ift aber die völkerrechtliche Deliktsfähigkeit nicht durch die völkerrechtliche Geschäftsfähigkeit beschränkt, sondern bestimmt sich deren Sein oder Nichtsein nach eigenen Grundsähen, so liegt es um so mehr nahe, daß auch die völkerrechtliche Rechtsfähigkeit als das höhere nicht von der völkerrechtlichen Handlungsfähigkeit abhängig ist, sei diese nun Geschäfts oder Deliktsfähigkeit. Gewiß sehlt Bayern die kriegerische Geschäftsfähigkeit, aber dessenungeachtet wäre ein Einsall österreichischer Truppen in Bayern nicht blos eine Berletzung des Rechtes der Bersönlichkeit des Reiches, sondern auch Bayerns. Bayern könnte hiegegen alle Mittel völkerrechtlicher Gegenwehr anwenden, die nicht Kriegsmittel sind. Ist die völkerrechtliche Geschäftsfähigkeit beschränkt, so ist nur die thatsächliche Möglichkeit eingeschränkt, Träger von völkerrechtlichen Rechten und Pssichten zu werden, keineswegs aber die Fähigkeit, solche Rechte und Pssichten zu kragen. Bei noch so beschränkter internationaler Geschäftsfähigkeit sehlt also doch nicht die Bölkerrechtlichen Ges

¹⁾ A. a. O. S. 7. 2) S. 24 und 27. 3) A. a. O. S. 27. 4) S. 125. 5) Bergl. Hanel a. a. O. S. 552. 6) Zutreffend Jellinet, Die Lehre von ben Staatenverbindungen, Wien 1882, S. 49 und v. Stengel a. a. O. S. 789.

schäftsfähigkeit auch die völkerrechtliche Bersonlichkeit beschränkt, b. b. also fielen beibe immer zusammen, so mußte bas Großbergogtum Beffen 1867 bis 1871 eine doppelte Bolterrechts= perfonlichkeit gehabt haben, eine fur Rorb- und eine fur Subheffen. Und boch war in allen Berträgen, die für Nord- ober Südheffen in diefer Zeit abgeschloffen wurden, Kontrabent ber Großherzog von heffen, nicht ber von Nord- ober Subbeffen. Aus feinem anderen Grunde, als weil heffen mahrend bieser Reit, wie eine einheitliche staatsrechtliche und eine einheitliche Fistalperfonlichteit, auch eine einheitliche Bolterrechtsversonlichteit behielt 1).

Und endlich zu einem vierten Ginwurf. Es ift v. Sepbel2), ber ben Ginwand erhebt, man belege zwei grundverschiedene Dinge mit bemfelben Namen, wenn man souverane und nicht souverane Gemeinwesen als Staat bezeichne. Den nichtsouveranen Staat konne man boch besten Falles nur in bemfelben Sinne einen Staat nennen, wie ben Gunuchen einen Mann. Allein wir meinen, für die Bestimmung eines alle Staatserscheinungen umfassenben Staatsbegriffes kann nur das Minimum der erforderlichen Elemente zu Grunde gelegt werden und diese, die Behandlung nach Böllerrecht, ist sowohl beim souveränen wie beim nichtsouveränen Staate vorhanden. Was dieses Minimum überschreitet , ist nicht für den allgemeinen. sondern nur für den Normal- oder Ibealbegriff notwendig. Der Normalstaat und der Ibealftaat mögen weitere Elemente erforbern ; ber Begriff bes Staates schlechthin , b. h. ber aus ber Summe aller empirischen Staaten abgezogene Staatsbegriff muß sich bei dem Minimum der sich aus ihrer Bergleichung ergebenden Momente bescheiben. Nur wenn man nicht ben empirischen Staat schlechthin, sondern lediglich den Normals oder Idealstaat zu Grunde legt, kann davon ges sprochen werben, daß souveräner und nichtsouveräner Staat grundverschiedene Dinge sind 8).

§ 6. Das Zwedmoment im Staatsbegriff. Mit biefem Ergebnis ift aber unfere Erörterung über ben Staatsbegriff noch nicht zu Ende geführt. Der Staatsbegriff erforbert noch weitere Elemente.

Bunachft fragt es fich, ob in die Staatsbefinition nicht auch ein 3 wed moment aufzunehmen ift. Diefe Frage muffen wir icon um beswillen ftellen , weil wir ben Staat oben 4) als eine ber allgemeinen Forberung ihrer Mitglieber gewibmete Gemeinschaft bezeichnet haben. Es fragt sich, ob wir diesen Zusatz, den wir oben anwandten, um klarer zu sehen, mit welch' anberen Gemeinschaften wir ben Staat in Bergleich zu feten haben, auch jett, wo wir ben Staatsbegriff felbstänbig aufbauen, beibehalten burfen ober fogar beibehalten muffen.

In bieser Richtung ergibt nun eine Betrachtung ber empirischen Staatsverhältnisse, baß biefes Zwedmoment in ben empirifchen Staatsbegriff nicht aufgenommen werben barf. Burbe Förberung bes allgemeinen Bobles seiner Mitglieber Aufgabe eines jeben empirischen Staates sein, also zum empirischen Staatsbegriffe gehören, so würden Staaten, in welchen die Regierung fich nicht die Förderung bes Wohles aller Mitglieder, sondern nur einzelner Rlaffen angelegen sein läßt ober in welchen die Regierung lediglich im dynastischen, dem Wohle der Allgemeinheit zuwiderlaufenden Interesse geführt wird, begrifflich überhaupt keine Staaten sein. Es ist also nur an bem: Der Sat, ber Staat ift eine Gemeinschaft zur Forberung und Beschützung bes allgemeinen Bobles feiner Mitglieber, paßt allein für ben vollfommenen, ben regelmäßigen Staat, und zwar nicht einmal für den regelmäßigen Staat im juristischen, sondern nur für ben regelmäßigen im politischen Sinne; benn ber absolut unabhängige Staat ift selbstverftanblich in ber Lage, sich die Grenzen seiner Thätigkeit zu bestimmen, wie er will. Und doch wäre es falfch, zu fagen, er konnte fich alle Zwede feten, welche er will.

unterscheibet normale und anormale Staaten. 4) 6. 14.

¹⁾ Dafür, daß hier nur eine Bollerrechtsperfonlichkeit vorliegt, f. auch Mar & uber, Staaten-fuccession, S. 85 und 146; ferner heißt es in Art. 6 der Berfassung des Norddeutschen Bundes schlechthin: Heffen hat 1 Stimme.

2) Kommentar zur Berfassungs-Urkunde für das Deutsche Reich,

2. Aust. Freidurg und Leipzig 1897, S. 8.

3) Auch Holland, The elements of Jurisprudence, 8. Aust., Oxford 1896, S. 349

§ 7. Die Untericheibung awifden Staat und Rirche. Bir wurben gu weit geben, wenn wir barum, weil es nach ber Empirie nicht statthaft ift, zu sagen, baß jeber Staat bas allgemeine Bohl feiner Mitglieder foute und forbere, bie Behauptung aufftellten, ein Rwedmoment burfe in ben Staatsbegriff überhaupt nicht aufgenommen werden. Die allgemeine Staatsrechtslehre ift in diefer Beziehung von einem Extrem in das andere verfallen. Früher bilbete es ichier bie Regel ohne Ausnahme, bag man auch ben empirisch-rechtlichen Staasbegriff mit Ungabe einer Zweckbestimmung versab, und zwar war es regelmäßig bie, ber Staat sei eine Unftalt jur Forberung bes Bobles aller feiner Glieber. Roch Soul ge1) verlangt ben Beifat, eine Bereinigung "jur Berwirflichung aller Gemeinzwede bes Bolfslebens, vor Allem gur Berftellung ber Rechtsorbnung", mit bem Bemerten, die Definition "ein Berein von Menichen unter einer höchsten Gewalt" ohne Awedangabe paffe auch für eine Rauberbanbe. In neuester Beit bagegen verschmäht bie berrschenbe Rechtslehre bes In-, wie bes Auslandes, irgendwelches Bwedmoment in ben empirifchen Staatsbegriff einzustellen. In Deutschland begann Berber2) bamit und Laban b3) brachte bas Beglaffen bes Zwedmomentes im Staatsbegriffe auf eine allgemeine Formel: "Der Zwed, welchem ein Rechtsinstitut bient, liegt jenseits seines Begriffes" 4). Richt anders bas Ausland. Man vergleiche g. B. die Staatsbefinitionen von Esmein, Hauriou, Moreau. Es m e i n 5) befiniert ben Staat als personnification juridique d'une nation, als sujet et support de l'autorité publique. Sauriou6) als organisation rationnelle de l'unité politique. Moreau?) fagt sehr allgemein: Chaque société humaine distincte forme un État 8).

Unferes Erachtens schießt die heutige Staatsrechtslehre bei ber Berwerfung bes 3med= momentes über bas Biel hinaus. Eine Schrante ber Staatsthatigkeit haftet jebem Staate an; L ber Staat ist lediglich eine Gemeinschaft zur Bersolgung weltlicher Zwecke. Wacht der Staat bie gemeinsame Ausübung religibser Befenntniffe ju feinem unmittelbaren Amed, bann ift er soweit nicht mehr allein Staat, sondern Staat und Glaubensgesellschaft jugleich. Der Staat als folder tann die Religion hindern und unterstüßen, aber nur indirett, b. h. infoferne, als bamit seinen Grundgebanten, ber Bflege weltlicher Intereffen gebient wirb. Dirette Ausübung religiöser Aufgaben macht ben Staat zur Kirche. Man könnte einwenden , diese Behauptung, daß der Staat nach seinem Wesen auf weltliche Dinge beschränkt sei, scheitere an der historisch belegten Existens von Theofratien. Man denkt babei an die orientalischen Briefterstaaten, wie fie von Mohl'), Bluntschli') und v. Treitschte.11) geschilbert werben, und an ben Sat, wie ihn im landläufigen Sinne ebenfalls Bluntichli'2) ausbrudt, bag in hellas und Rom die Religion Staatsreligion, Staatsfache gewesen fei. Allein fieht man naber zu, so steht weber bas eine noch bas andere unserem Zusabe entgegen. Auch bas Altertum untericeibet icon icarf zwiicen politifder und Rultusgemeinicaft, zwiicen Staat und Rirche.

^{1,} Einleitung S. 121; Lehrbuch bes Deutschen Staatsrechtes Bb. 1 (Leipzig 1881) S. 19. 2) System bes Deutschen Staatsrechts 1. Aufl., Leipzig 1865, S. 1. 8) A. a. O. Bb. I S. 61.

⁴⁾ Anbere Bertreter: v. Seybel, a. a. D. S. 3 und in seinen "Bortragen über Allgemeines Staatsrecht", Annalen 1898 S. 323, Bornhat, Staatslehre, S. 24. Dagegen berucksichtigt Gumplowicz a. a. D. S. 84 bas Zwedmoment. Zwed bes Staates sei Aufrechterhaltung ber Rechtsorbnung.

⁵⁾ Eléments de droit constitutionnel français et comparé, 2. Aufl., Paris 1899, S. 1.
6) Précis de droit administratif, 8. Aufl., Paris 1897, S. 1, 12, 22 und 25. Zu l'unité politique wird crläuternd demerst: que l'on peut appeler aussi la nation ou le peuple.
7) Précis élémentaire de droit constitutionnel, 2. Aufl., Paris 1894, S. 1.
8) Bergl. auch De la Bigne, Eléments de droit constitutionnel français, Paris 1892, S. 1 ff.; Sidgwid, The elements of politics, 2. Aufl., London 1897, S. 221; Holland, The elements of Jurisprudence, S. 40; Burges, Political science and Constitutional Law, Bd. 1 S. 51 f.
9) Enzytlopäbie S. 811 ff.
2 S. 18 ff.

¹⁰⁾ Allgemeine Staatslehre S. 386 ff. 12) S. 87 ff.

¹¹⁾ Politit, Bb. 2 S. 18 ff.

Runachft ift es, wie bie neuere indogermanische Forschung festgestellt bat und auch ben Ergebniffen ber ethnologischen Jurisprudenz entspricht, keineswegs an bem, daß die orientalischen Staaten in der Regel Theofratien im Rechtssinne waren. Es hatten in den meisten von ihnen die Briefter wohl den bochften thatfächlichen Ginfluß, aber das rechtlich oberfte Organ war immer ein weltliches, ber Ronig. Die frubere Meinung entstand baburch, bag bie uns erhaltenen, bis dahin bekannten Rechtsaufzeichnungen regelmäßig eben von den Brieftern ausgingen 1), und biese natürlich ihren Stand in ben Borbergrund treten ließen, so baß die Auffaffung entstehen tonnte, als seien die Briefter auch die rechtlich oberften Organe gewesen. Die neugefundenen Inschriften weisen bie rechtliche Ueberlegenheit bes Ronigs nach. Wie in Griechenland und Rom 2), erscheinen bie Briefter auch bier in ber Regel nicht als Serren, sondern lebiglich als Gehilfen und Untergebene ber weltlichen Organe. Aus ber neuesten Darftellung von Recht und Sitte bei ben Indern, die wir besitzen 3), entnehmen wir, daß oberfter Trager ber Gerichtsgewalt bei ihnen nicht ber oberfte Briefter, sonbern ber König ist. Brahmanen sind nur seine Berater. In Begleitung tundiger Brahmanen und erfahrener Rate und Beisitger spricht er Recht; lediglich als Stellvertreter bes Königs, als Oberrichter kann ein gelehrter Brahmane fungieren. Und ebenso ift nur ber Setretar bes Dorfvorstehers, aber nicht bieser felbft meift ein Brahmane 1).

Diese rechtliche Normierung entspricht auch ben ber Staatsentstehung zu Grunde liegenben Thatsachen. Die ethnologische Jurisprudenz hat festgestellt — und es ist bavon später noch zu reben -, daß die Staatengrundungen im Wesentlichen auf Krieg und Gewalt beruhen 6). Es liegt nahe, daß in Folge bessen auch die Sieger und Ueberwältiger es sind, die im begründeten Staate die bochfte Herrschaft erlangen.

Eine Ausnahme von bem Sape, bag rechtlich nicht bas geiftliche, sonbern bas weltliche Organ bas höchste im theotratischen Staatswesen ift, scheint bie nachezilische Berfaffung ber Juben zu bilben. Bor bem Eril ftellte ber Ronig zugleich bas geiftliche Oberhaupt , ben Oberpriefter, b. h. also bas geiftliche Regiment eine Bertinenz bes weltlichen bar 6); nach bem Exil war bies anders. Es foll fein Gewicht barauf gelegt werben , bag bie Juben nach bem Eril, von ber Beit ber Mattabäer, wo Statthalter fehlten, abgesehen, juriftisch betrachtet überhaupt kein Staatswesen mehr, sondern nur eine mit autonomen Befugnissen ausgestattete, unter einem Statthalter stehende frembländische Brovinz ausmachten. In dem höheren Gemeindeverband, ber Aubengemeinde, bie fie bilbeten, war jedenfalls ber Hobepriefter nicht blos geist= licher, sondern auch alleiniger weltlicher Leiter ber Gemeinde. Rein weltlicher Fürst steht mehr neben ihm 7). Allein dies ist nach dem positiven jüdischen Rechte keineswegs so aufzufassen, als hätten wir es bei diefer Berbindung von geiftlicher und weltlicher Leitung in der Person des hobenpriefters mit einer rein politischen Organisation, mit einer einheitlichen Gemeinde gu thun, wie dies Mohl und Bluntschli meinten 8). Es liegen der Auffassung des jüdischen Rechtes zufolge vielmehr zwei Gemeinden, eine religibse und eine weltliche, vor, bie lediglich ein gemeinsames Oberhaupt in der Beise haben, daß das Oberhaupt der religiösen Gemein=

¹⁾ Die Schriften der Brahmanen, wie die jüdische Priestergesetzung, enthalten vorwiegend Kultusvorschriften. Bergl. Nowack, Lehrbuch der hebräischen Archäologie, Freiburg 1894, Bd. IS. 320.

2) Bergl. Geschichte S. 47 K. 4, 145 K. 5, 143 K. 8.

3) Follh im "Grundriß der indo-artischen Philologie und Altertumskunde" Bd. II (Straßburg 1896), Heft 8: Recht und Sitte, S. 132, 133, 135.

4) Wie auch in der jüdischen Königszeit die Priester Gehilsen des Königs sind, darüber Nowack a. a. O. Bd. IS. 310, Bd. IS. 95; sind doch die Priester von Haus aus sogar nur Tempelausseher; opfern kann jeder selbst (ebenda Bd. IS. 320).

5) Bergl. Post, Ethnologische Jurisprudenz, Oldenburg 1894, Bd. IS. 387 und 469.

6) Nowack a. a. O. Bd. IS. 310, Bd. IS. 95; Benzinger, Hedrässche Archäologie, Freiburg 1894, S. 422.

Freiburg 1894, S. 422.
7) Nowad Bb. I S. 316; Benzinger S. 423. 8) Siehe S. 82 R. 9 und 10. hanbbuch bes Deffentlichen Rechts. Ginl. Banb. II. Abth.

schaft zugleich das Recht auf Borftanbschaft in der politischen Gemeinde besitzt. Die priesterlichen Funktionen des Hohenpriesters und die Leitung der weltlichen Angelegenheiten durch ihn sind streng geschieden. Das thut sich schon äußerlich kund. Als Leiter der weltlichen An= gelegenheiten wird ber Hohepriester fortgesett als König, als Nachfolger ber Könige betrachtet. Denn er trägt königliche Insignien, wird gesalbt, mit Burpur und Tiara bekleibet und auch sonst werben ihm königliche Ehren zu teil 1). Es ist nur ber Unterschied gegen bie voraufgebenbe Beit: die politische Gewalt ist Bertinenz der priesterlichen Gewalt geworden, während es früher umgekehrt war. Nach der Rückehr aus dem Eril bildete eben nicht mehr die nationale Grund= lage, sondern die Gemeinsamkeit des Glaubens das die Juden in erster Linie einigende Band 2). Die jübische Brovinzialgemeinde bamaliger Beit ift, wie bie jübische Lokalgemeinde später in Deutschland, Rultus= und politische Gemeinde zugleich.

Das Bewußtsein einer Berschiedenheit von geistlichen und weltlichen Angelegenheiten burchzieht alle antiten Staaten. Die Ausübung des Kultus als folchen, die Bermittlung zwischen ben Göttern und ben Menschen erscheint nicht als staatliche Angelegenheit. Nur soweit kümmert sich ber Staat als solcher um ben Rultus, als er in ber Förberung besselben ein Mittel zur Erreichung seines Zwedes, ber Bflege ber irbifden Wohlfahrt ber Menschen erblidt.

Wie im germanischen, so läßt sich auch im indischen Rechte geiftliches und weltliches Strafrecht unterscheiben und zwar bat fich, wie nunmehr die herrschende Lehre annimmt's), bas lettere felbständig neben dem ersteren entwickelt. Es werden weltliche und geiftliche Berbrechen und Strafen unterschieben. Die einen Berbrechen ftraft ber König, die anderen fühnen bie Briefter. Des Ronigs Strafgewalt ift von ber priefterlichen unabhangig 1). Das Berbrechen bes Hochverrats kann nur an weltlichen Organen begangen werben 5). Wenn die Briefter an ber Ausübung ber Königsrechte und ber weltlichen Geschäfte Anteil nehmen, so thun sie bies nicht als Rultusbeamte, fonbern im Nebenamt als Staatsorgane. Als Briefter haben bie Brahmanen mit den Staatsgeschäften nichts zu thun. Als solche bilben sie eine eigene Rultus= gemeinschaft, eine Brieftertorporation b. Der Sat, in den Theofratien sei die Religion Staatsfache, ift somit babin zu verfteben, bag in ihnen biefelben Berfonen zugleich einer ftaatlichen und einer Rultusgemeinschaft angehören. Es find zwei verschiedene rechtliche Organisationen, welche nur die gleichen Berfonen umfaffen.

Ebenso unterscheibet bas Griechentum Weltliches und Religiöses als Staats- und Kultusgemeinschaft. Aristoteles rechnet die Briester nicht zu den άρχαl πολιτικαί, weil ihnen teine επιμέλεια πολιτική, sondern eine επιμέλεια πρός τούς θεούς zutomme?). Bositisáces Gemeinwesen, πολιτεία heißt ber griechische Staat nicht wegen seiner räumlichen Grunblage8), ber Stadt, sondern wegen seiner Beschränkung auf weltliche Zwede. Die Priester sind an politischen, b. b. weltlichen Angelegenheiten nicht beteiligt.

Endlich fpricht aber für die Beschränkung bes Staatszwedes auf weltliche Angelegenheiten noch die allgemeine, der Bölferfunde entnommene Thatsache, daß die durch die Briefter geleitete Rultusgemeinschaft oft nicht an die staatlichen Grenzen gebunden ist, sondern eine ganze Bolterfamilien, also eine Mehrheit von Staaten umfaffenbe religiofe Berbinbung barftellt *). Bon einem Rusammenfallen von Staat und Kirche läßt sich also auch vom Standpunkt der ethnolo-

¹⁾ Bergl. Nowad, Bb. II S. 116 ff.; Benzinger S. 428, 319. 2) Benzinger, S. 80, 315. 8) Jolly, a. a. O. S 8) Folly, a. a. D. S. 121. 5) Ebenda S. 127.

Ebenda S. 123. 6) Wie wenig Staats- und Kultusgemeinschaft rechtlich zusammenfallen, geht auch baraus hervor, daß die Götter der offiziellen Religion hinter den Lokalgottheiten in den Schatten treten; siehe darüber im Allgemeinen H. Kern, Manual of Indian Buddishm, im Grundriß der indo-arischen Philologie und Altertumstunde Bb. II Heft 8.

7) Vergl. Geschichte S. 87 und 129 R. 10.

8) So Georg Meyer S. 3.

⁹⁾ Siehe die Nachweise bei Post, Bb. I S. 440.

gifden Jurisprubeng aus nicht reben. Auch ba, wo beibe Gemeinschaften bieselben Meniden umfaffen, tritt ber Doppelcharatter boch in ber mehr ober minder getrennten Organisation ober Funttion ber einzelnen Gemeinschaftsorgane hervor 1).

Nicht fteht unserer Meinung entgegen, daß im Laufe ber Geschichte auch Theorien aufgetreten find, welche das sacerdotium als eine pars, als ein officium civitatis betrachtet haben. In diesen Theorien, wie wir sie bei Marsilius und Nikolaus von Cusa sinden), ift nicht die Rirche, sondern eben das Briestertum, das sacerdotium Bestandteil des Staates : damit ift aber ausgedrückt, daß das Wort civitas hier, wie noducela zum Teil bei Ar ifto te les 8), an ben fich Marfilius ja enge anschließt, nicht im Sinne von Staat, sondern von burgerlicher Gefellschaft gemeint ist. Sozialpolitisch, aber nicht rechtlich stellen die Briefter, der Briefterstand, einen Teil bes Staates, der Staatsgesellschaft dar. Ganz abgesehen davon handelt es fich aber lediglich um Theorien und nicht um Erscheinungen des positiven Rechts. In der Empirie begegnen Staat und Rirche immer als etwas Getrenntes. Die gleichen Bersonen können beibe Gemeinschaften bilben. Daburch werben bie letteren nicht zu einer Gemeinschaft. Nicht als Staat ist die staatliche Gemeinschaft Kirche und nicht als Kirche die Kirche Staat. Wir bleiben also bei bem Resultate: Der Staat als solcher ist nur eine weltlichen Aweden zugewendete Ge= meinschaft.

Diese Anschauung war früher die regelmäßige 1); heute ist sie, sofern überhaupt noch das Awedmoment in den Staatsbegriff aufgenommen wird, der anderen gewichen, daß der Staat eine Gemeinschaft zur Forderung bes allgemeinen Bohls, die Rirche eine Gemeinschaft zur Förberung lediglich eines speziellen Zwedes, ber Religion fei 5). Lettere Definition ift ber unserigen aber gerade entgegengesett, benn durch bieselbe ist nicht ausgeschlossen, daß der Staat neben anderen Zweden auch unmittelbar die gemeinsame Religionsbethätigung zu seiner Aufgabe macht, fomit als Staatzugleich Kirche wird. Gerade diese Wöglichkeit verneinen wir aber. Uebernimmt ber Staat firchliche Aufgaben, fo ift er nach unferen Ausführungen insoweit nicht mehr Staat, fondern zugleich eine davon verschiedene, besondere Befellschaft 6).

Aus unserer Theorie, bağ ber Staat nur eine weltlichen Intereffen zugewendete Gemeinschaft ift, ergiebt sich eine gleich hier noch zu erörternde Folge für das Berhältnis von Staat und Rirche. Ist der Staat nur eine weltliche Gemeinschaft, so ist auch der vollkommene d. h. von anderen Gebietskörperschaften unabhängige Staat unabhängig notwendig nur von

¹⁾ Bergl. Bost, Bb. I S. 405. 2) Siehe Geschichte S. 190 R. 4 und 191 R. 5. 3) Geschichte S. 98 R. 9. 4) Daß diese Anschauung früher die herrschende war, mögen, von Schriftstellern, wie Stahl, 4) Daß diese Anschauung früher die herrschende war, mögen, von Schriftstellern, wie Stahl, Staatslehre und Prinzipien des Staatsrechts, 8. Aust. Heibelberg 1856, S. 131 und Walter, Naturrecht und Politit im Lichte der Gegenwart, Bonn 1863, S. 481, ganz abgesehen, die Ramen Schmitthenner, H. A. Zahariā und Bluntschlie weiselsen. Schmitthenner, Zwölf Bücher vom Staate, Bd. I 2. Aust., Gießen 1839, S. 2 sagt: "Das System d. h. die zu einer Einheit verdundene Mannigsaltigkeit der höchsten öffentlichen Institutionen bezieht sich entweder auf die Angelegenheiten der Religion und heißt dann Kirche, oder auf das äußere Leben, auf Recht, Wohlfahrt und Bildung und heißt dann Staat". Und ähnlich bezeichnet H. A. Zaschartä, Deutsches Staats und Bundesrecht, Tetl I 3. Aust., Göttingen 1865, S. 19 und S. 45 den Staat als höchste irdische Gewalt. Nur die äußeren Berhältnisse des irdischen Lebens machten die Sphäre des Staates aus. Desgleichen Bluntschlie, Deutsche Staatslehre, 2. Aust. Nördlingen 1880, S. 14; Ausgemeine Staatslehre S. 28.

5) So H. D. Lehm ann bei Stobbe. Handbuch des Deutschen Brivatrechts 2. Band.

⁵⁾ So H. L.; zugemeine Staatslegte S. 28.
5) So H. D. Lehm ann bei Stobbe, Handbuch bes Deutschen Privatrechts 2. Band, 8. Aust., 1 Halband, Berlin 1896, S. 9 und 86; ferner Georg Meyer S. 2 und 8, der sagt, die Kirche habe einen sachlich begrenzten, der Staat einen sachlich unbegrenzten Wirtungstreis; Merkel, Juristische Enzyklopädie, Berlin und Leipzig, 1885, S. 179 mit den Worten: "Der Staat ist der Träger der Ordnung, in welcher die Lebensgemeinschaft eines Bolkes sich verswirtlicht"; v. Sten gel in Schmolker's Jahrbuch 1898, S. 775 und 782; Meucci, Diritto administrativo, 3. Aust., Turin 1892, S. 28.
6) Damit ist der sog, durist liche d. h. h. ber nach driftlickersligikten Arundskap handeliche

⁶⁾ Damit ift ber fog. chrift liche b. h. ber nach driftlich-religiösen Grundschen hanbelnbe Staat nicht verneint. Der Staat kann im weltlichen Interesse bie Religion pflegen. Er bient bamit auch ber Religion, aber boch nur mittelbar. Das unterscheibet ihn von ber Kirche.

anderen weltlichen Gemeinschaften. Gine Unterordnung unter eine geiftliche Gemeinschaft ift mit biefem feinem Charafter ebenfo verträglich, wie eine Unterordnung letterer unter ben Db das eine ober das andere der Fall ift, ift nicht Rechts- sondern Machtfrage-). Es kann die Kirche Macht über den Staat, der Staat Macht über die Kirche haben. Dasfelbe gilt natürlich für bas Berhältnis bes abhängigen Staates gur Rirche.

Man könnte meinen, es sei schon in der Charakterisierung des Staates als Gebietskörper= fcaft ausgebrudt, bag ber Staat ber Rirche unterfteben tonne; benn bie tatholifche Rirche fei ja, wie wir gefeben haben, teine Gebiets-, fonbern eine Bereinstorpericaft. Allein biefe Ratur ber tatholischen Rirche ift für die Religionsgesellschaft schlechthin nicht wesentlich. Religionsgefellicaften tonnen ebenfo gut auf gebietsrechtlicher Grundlage ruben, wie dies bei ben evangelischen Landestirchen ber Fall ist. Wohl gründet sich die Zugehörigkeit zur allgemeinen evangelifchen Bekenntniskirche auf eine von raumlichen Momenten völlig freie Aufnahme, aber bie Rugebörigfeit zur einzelnen evangelischen Landeskirche ist für ben bem betreffenden Spezialbekenntnis angehörenben evangelischen Chriften mit bem Domizil im Gebiete ber Lanbeskirche gegeben und verloren; m. a. 28.: auf dem Charafter der evangelischen Landeskirchen als Ge= bietskorperschaften beruht es, daß der evangelische Christ auch wider seinen Willen der Landesfirche gleichen Befenntniffes feines Bohnfiges zugehört2).

Nach biefen Ausführungen könnte uns entgegengehalten werben, baß es bann unrichtig gewesen, in früheren Ausammenhängen3) die vollkommenen Staaten als absolut höchste Gebietskorperichaften zu bezeichnen. Allein es moge nicht vergeffen werben, bag bort nur vom Berhältnis des vollommenen Staates zu anderen politischen Gebietskörperschaften die Rede Es war damit also nur die absolut bochfte politische Gebietskörperschaft gemeint.

§ 8. Sekhaftiakeit als Staatsmerkmal. Roch find aber zwei andere Punkte ber Staatsbefinition zu besprechen, die Frage nach der Seghaftigleit als Erforbernis bes Staatsbegriffes und die Frage nach ber rechtlichen Möglichkeit eines Familienstaates.

Die erstere Frage haben wir schon oben baburch entschieben, daß wir den Staat eine Gebietstörperschaft nannten. Roch fehlt aber ber Beweis hiefür und bieser ift erforderlich, weil, wenn auch nur vereinzelt, die Meinung Bertretung findet, zum Begriff des Staates fei Seßhaftigkeit nicht notwendig. Um neuefte 1) Aeußerungen zu nennen, fo fei auf Curtius 5), Bruno Somibt) und Treitschte?) verwiesen 8).

Wäre diese Meinung richtig, so würde die notwendige Folge sein, daß der Staat, welcher

Bergl, icon Geschichte S. 161. 2) Dies gegen Fried berg, Lehrbuch bes tatholischen und evangelischen Kirchenrechts 4. Aufl., Leipzig 1895, S. 240 N. 9. Fried berg vermißt in meinen Ausführungen in der beutschen Zeitschrift für Kirchenrecht, N. F. Bb. II (1898) S. 362, die dahin giengen, daß bei gleichem ebangelischen Bekenntnis ber Uebergang von einer Lanbestirche in Die andere lediglich gleichem evangelischen Bekenntnis der Uebergang von einer Landeskirche in die andere lediglich durch Domizilsveränderung geschehe, daß also, wer aus dem Gebiet einer resormierten Kirche in daß Gebiet einer anderen resormierten Kirche ziehe, hierselbst ipso juro Kirchenmitglied werde, den Nachweis darüber, auf welchen Rechtstitel hin eine edangelischer Christ zur Mitgliedschaft in einer Landeskirche genötigt werde. Sin Landeskirchengesch sei nur verdindlich für diesenigen, die sich Mitglieder der Landeskirchen in Folge ihrer Andehnung an den Staat schon seit der Resormationszeit beherrscht (s. a. a. D. S. 215 ss.). Dieses dewirk, daß in ihnen die Zugehörigkeit auch zur Landeskirche vom Domizilsmoment abhängig ist.

4) Ueber andere (La m p r echt, Da h n) s. m eine Abhandlung in den Annalen des Deutschen Keiches 1892, S. 150 N. 3.

5) Curtius im Archiv für öffentliches Recht Bb. 9 (Freiburg und Leipzig 1894) S. 2.

6) An dem S. 20 N. 2 genannten Ort S. 138.

⁶⁾ An dem S. 20 N. 2 genannten Ort S. 138.

7) Politit Bb. I S. 202.

8) Natürlich wird von allen diesen Schriftstellern nicht geleugnet, daß jeder Staat einer räum= lichen Grundlage bedarf. Der Mensch ift ohne Erdboben nicht benkbar. Aber sie meinen bies eben nur im thatsachlichen, nicht im rechtlichen Sinne. Der Staat braucht nicht Gebietshoheit zu haben. — Im Ausland ift bas Erforbernis ber Seghaftigkeit unbestritten. Bergl, hollanb S. 40; Burgeß Bb. 1 S. 52; Combothecra, La conception juridique de l'État S. 155.

ein Gebiet hat, auch derselbe bliebe, wenn er sein Gebiet verlegte, und daß, wenn die Herrschaft über ein Gebiet erworben ober verloren würbe, bamit noch nicht zugleich die Serrschaft über bie Angehörigen bieses Gebietes erworben bezw. verloren ware. Dt. a. 28.: es müßte die Unabhängigkeit bes Staatsvolkes vom Staatsgebiet zum mindesten barin zum Ausbruck kommen, baß Erwerb und Berluft ber Herrschaft über bas Staatsvolf rechtlich besonders erfolgten.

In der That behauptet Curtius1), wenn die Bewohner eines kleinen europäischen Staates nach einem fernen Weltteil zogen und fich bort staatlich nieberließen, wurden die Anfprüche ihrer Staatsgläubiger ihnen folgen, während die Nachfolger im Besit des vakant gewordenen Bandes nicht ohne weiteres für die Berpflichtungen ihrer Rechtsvorgänger im Gebiet haftbar gemacht werben konnten. Es werbe in diesem Kalle jebem einleuchten, bak ber Staat ba fei, wo bie Leute seien, nicht ba, wo bas Land liegt. Allein fragen wir nach ber Begründung, so hat Curtius teine andere als bie, bag ber moderne Staat auf dem "Genoffenschaftsgedanten" berube. Damit ergibt fich aber, bag ber "Genoffenschaftstheorie" ein Inhalt beigelegt wirb, ben fie nicht haben will. Den Gegensat zur Genoffenschaftstheorie bilbet nicht bie Gebietstheorie. Bas ber Genoffenschaftsgebanke lediglich leugnen will, bas ift bie fog. Herrschertheorie, b. b. bie Theorie, als sei auch heute noch ber Herrscher bas Subjett und bas Bolt lediglich bas Objett ber Staatsherrschaft. An ber gebietsrechtlichen Grunblage will ber Genoffenschaftsgebanke nicht rütteln.

Dazu kommt aber ein Anberes. Diese Meinung steht mit bem Bollerrecht aller Berioben im Biberspruch. In ihnen allen wurde mit friegerischer Nieberwerfung und Einverleibung eines ganzen fremben Staates auch die Staatsgewalt über die bisherigen Angehörigen biefes Staates erworben. War bas Gebiet vollerrechtlich offupiert, fo waren bamit auch bie Staatsangehörigen bes untergegangenen Staates unterworfen. Es bedurfte nicht ber Bewinnung thatsäcklicher Gewalt über einen jeden Einzelnen derselben. Auch die vorübergehend im Ausland Befinblichen wechselten zu einer Reit, da die Staatsangehörigkeit lediglich auf Domizil sich gründete, mit der Eroberung ihres Heimatstaates ihre Staatsangehörigkeit. Und ebenso war es bei Erwerb eines Staatsteiles. Auch beute noch wird bei Eroberung eines Teiles eines fremben Staatsgebietes ober bei Abtretung eines solchen ipso jure bamit auch bas Staatsangehörigkeitsverhältnis der von dort stammenden und dort auch wohnenden oder ins Ausland verzogenen Angehörigen bes ben Gebietsteil verlierenben Staates geanbert. M. a. W.: Ru allen Reiten hat bas Bollerrecht bie Unterwerfung fremder Staatsvoller als Erwerb begw. Berluft von Gebietshoheit aufgefaßt. Dit bem Gebiet ift bas zu bem Gebiet rechtlich ge= börige Bolt unterworfen. Ru allen Zeiten ist dem Wechsel der Gebietshoheit eine unmittelbare Einwirtung auf die Staatsangehörigkeitsverhaltniffe eingeräumt gewesen. Aus allebem folgt aber: Gebietshoheit gehört zum Befen bes Staates 1).

Man kann bagegen nicht einwenben: es gibt auch Nomabenstaaten. Nomabenstaaten und gebietslose Romadenhorden find verschiedenes. Das Boll bes Romadenstaates hat ein fest um= grenztes Gebiet und wandert nur innerhalb desselben herum; die gebietslose Wanderhorde bleibt nicht innerhalb ein und besselben Gebietes 3).

§ 9. Der Familienftaat. Mit unserer Stellung gur erften Frage ift nach einer Richtung

¹⁾ A. a. O. S. 2. 2) Reuerbings find Gumplowicz, Allgemeines Staatsrecht S. 46, Otto Maper a. a. O. Bb. II (Leipzig 1896) S. 384 und Banfi, Die Gebietshoheit als rein ftaatsrechtlicher Begriff, in ben Annalen 1898 S. 678 ff. bafür eingetreten. In bem von Curtius aufgeworfenen Beispiele geht mit der Auswanderung des Bolkes der Staat unter, also auch die Schulden desselben. Das neue Gemeinwesen wurde nur aus dem Gesichtspunkt der Bereicherung haften. Ebensowenig gehen aber, wie Hub er a. a. O. S. 156 ff. will, die Schulben bes untersgegangenen Staates von Rechtswegen auf den Oktupanten über. Dies ift nur dann und von selbst nur soweit der Fall, als aktives Verwaltungs- bezw. Finanzvermögen vorhanden ist.

3) Ueber diese Romadenstaaten später in der Lehre von der Staatsentstehung § 67—69. Einstweilen Rahela. a. O. S. 26 und 67 und Bansia. a. O. S. 673.

auch unfere Stellung zur zweiten, zur Frage nach ber rechtlichen Möglichfeit bes Familienft aat es entschieden. Familie ift hier im Sinne ber Hausgenoffenschaft, nicht des Geschlechtsober Stammesverbandes genommen. Diese Familie tann als folde ber Seghaftigteit entbebren. Allo tann jedenfalls nicht jede Familie Staat fein, woraus fich ergiebt, bag, wenn die Geschlechtergemeinschaft als folde früher als bie Sausgenoffenschaft entstand und feghaft murbe, ber Familienstaat jedenfalls nicht die älteste Staatsform zu sein vermag.

Aber es handelt sich noch um etwas anderes. Seit Aristote (e 8º) und Bobinº) den Staat als eine Bereinigung mehrerer Dorfer, begm. Familien befinierten, ift es nicht felten als ein Erforbernis bes Staatsbegriffes aufgestellt worben, bag ber Staat eine über ben Rreis ber Familie hinausgebende Bersonenmehrheit umfaffe. Man hat selbstverftandlich hiefur auch nach inneren Grunden gefucht und fo fagt 3. B. noch Schulge3): erft, wenn eine Dehrheit von Familien vorhanden, fei ein Staat möglich, benn die Familie fei ihrer Natur nach blos ein Sauswesen, erst mit ber Rommune entstebe ein Gemeinwesen; die Kommune sei aber ein Rompler von Familien.

Allein alle berartigen Erwägungen muffen hinter ben Thatsachen zurücktehen. Wir finden noch heute bei ben Melanefiern und Mifronefiern) feghafte Familien als politifche Ginbeiten. Obwohl fie oft, raumlich burch gaune getrennt, in einem Dorfe zusammenwohnen, entbehren fie boch eines gemeinsamen Oberhauptes, find also gegenseitig unabhängig, damit aber felbftändige politifche Gemeinschaften. Für ben Staat im empirischen Sinne gibt es also Familienstaaten b).

Damit sind wir aber zum Abschluß unserer Staatsbefinition gelangt. Zwar find noch zwei Elemente erforberlich, Organisation und Gelbftanbigfeit "). Allein biese find außer Streit. Einmal ift unbeftritten, daß jebe ftaatliche Gemeinschaft einer Leitung bedarf und barum nur eine geordnete und organisierte Gemeinschaft sein tann. Bieburch unterscheibet fich ber Staat vom regellofen Menschenbaufen. Rugleich ift bamit aber auch anerkannt. bag ber Staat nicht lebiglich die Abteilung einer anderen Gemeinschaft zu sein vermag. Er muß bis zu einem ge= wiffen Grade etwas von anderen Gemeinschaften Abgetrenntes und infofern Selbständiges fein?).

Und so gelangen wir endlich zu der zusammenfassesben Definition : Staat ift die or= ganifierte, angefiebelte, weltliche 3 wede verfolgenbe und volterrechtliche Perfonlichteit besitzende Bereinigung mehrerer Menschen. Das Begriffs= element bes felbständigen Daseins im Sinne von Sonderdasein in der Definition ausdrücklich hervorzuheben, ift nicht erforderlich. Es läßt sich sowohl aus dem Clemente "organisierte Ge= meinicaft", wie aus bem Glemente "völlerrechtliche Berfonlichkeit" burch Ableitung leicht ge= winnen. Und außerbem ift es wegen ber Bielbeutigkeit bes Bortes felbständig fogar zwedbienlich, biefes Merkmal in ber Definition wegzulaffen. Sest man es bei, fo wird zu leicht bie Borstellung erwedt, als sei bamit Unabhangigfeit gemeint, und bemgemäß in Unabhangigfeit ein wesentliches Moment bes Staatsbegriffes erblickt.

Der für unsere Betrachtung wichtigfte Bestandteil unserer Staatsbesinition ist der Begriff ber völkerrechtlichen Perfönlichkeit. In ihm liegt basjenige Merkmal, wodurch sich ber Staat von ber politischen Gemeinde abbebt; benn alle übrigen Begriffselemente teilt er mit bieser. Wäre allgemein anerkannt, daß nur hierin der Unterschied zwischen Staat und Gemeinde zu finden ift, fo konnten wir mit bem Bisherigen unfere Ausführungen über ben Staatsbegriff als

und Selbständigkeit.

¹⁾ Beichichte S. 84 R. 6. 2) Befchichte S. 220. 3) Einleitung S. 117 N. 1; Lehrbuch Bb. I S. 16.

⁴⁾ Bergl. Ratela. a. D. S. 26, 71, 367, 368. 5) Siebe auch Schmibt a. a. D. S. 57 und 71 ff. 6) Bergl. Gumplowicz a. a. D. S. 34: "Staat, eine naturwüchsige Organisation ber Herrschaft behufs Aufrechterhaltung einer bestimmten Rechtsordnung.
7) Senbel, Kommentar S. 2 bezeichnet bie beiben Merkmale als Einheit bes Ganzen

beendigt betrachten. Allein ein Blid in die moderne Litteratur zeigt, daß wir in diefer Auffassung augenblicklich nur einen unmittelbaren und ausbrücklichen Borganger haben, Stöber, welcher in einer Abhandlung über die "Parlamentarische Immunität des Landesausschusses für Elsaß=Lothringen" im Archiv für öffentliches Recht von Laband und Störk Bb. I (1885) S. 638 ff. den Unterschied zwischen Staat und Gemeinde ausschließlich auf Borbandensein und Fehlen ber Eigenschaft völlerrechtlicher Rechtsfähigkeit zurückführt.

Damit will nicht gesagt sein, daß die Anschauung neu ift. Der Gebanke, den Unterschied von Staat und Gemeinde auf die völkerrechtlichen Eigenschaften des Staates zu gründen, be= gegnet icon bei Leibnig!). Leibnig ift ber Sache nach ber Begrunder ber Lehre vom fog. halbsouveränen Staat und diese seitdem vorhandene, wenn ausdrücklich als solche auch erft im 18. Jahrhundert formulierte, Theorie vom halbsouveranen Staate ist eigentlich nichts anderes als die Lehre, daß das Unterscheidungsmerkmal zwischen Staat und Gemeinde auf der völker= rechtlichen Berfonlichteit bes Staates beruhe. Die Theorie 2) war nur zu unbestimmt gefaßt und in ihrer Beweisführung zu wenig gefestigt. Sie hatte ben Begriff Souveranitat für ihre Awede überhaupt fallen laffen und genau feststellen muffen, was ben fouveranen mit bem nichtsouveränen Staat begrifflich verbindet. In allerjungster Zeit hat noch ein anderer Schriftsteller, v. Stengel3), das Element der völkerrechtlichen Perfonlichkeit in die Staatsdefinition aufgenommen, aber nicht als einziges Unterscheibungsmerkmal von Staat und Gemeinde und mit völlig anberer, ja unserer Auffassung birekt entgegengesehter Begründung. Stengel leitet bie völkerrechtliche Eigenschaft bes Staates gerade aus bem von uns für den Staatsbegriff unwesent= lich erklärten Merkmal der Souveränität ab 1). Ein Schriftsteller, Jellinek 5), erkennt wohl bie Bebeutung des Begriffes der völkerrechtlichen Berfönlichkeit für die Frage des Borhandenseins ober Fehlens ber Staatsnatur einer öffentlich-rechtlichen Korporation an, aber nicht in ber Form, daß er darin das Befen, sondern nur in ber Form, daß er darin bie Bestätigung bes Borhandenseins bes fich aus anderen Mertmalen ergebenden Befens bes Staates erblickt.

Aus dem Allen folgt aber, daß wir unsere Definition noch im Bergleiche mit anderen Staatsauffassungen zu rechtfertigen b. h. nachzuweisen haben, warum es uns nicht möglich ist, einer anderen Staatsbefinition beizutreten 1). Auch die herrschende Staatsbefinition ist dabei noch einmal zu berücklichtigen, benn, was wir bisher darüber zu bemerken hatten, reicht zu ihrer Kritik nach allen Seiten noch nicht aus. Ehe wir demnach zu einem weiteren Bunkt übergeben, ift bas hemmnis zu beseitigen, bas in biesen anderen Theorien für unsere Auffaffung liegt. Dies tann aber nicht unmittelbar geschehen. Der Weg hiezu muß vielmehr erst burch eine vorangebende Betrachtung bes Souveranitätsbegriffes geebnet werben. Denn um ihn vor allem dreht fich ber Streit. Allein auch nach feiner Erörterung und Feststellung vermögen wir nicht sofort die Rritit ber übrigen Staatsbefinitionen aufzunehmen. Die Berichiedenheit berfelben hangt innig mit ber Berwertung bes Souveranitatsbegriffes in ber Lehre von ben Staatenverbindungen zusammen. Erst in bieser tritt die Berschiebenheit der Auffaffung von Staat und Souveranität deutlich hervor. Ist es doch die Frage der Möglichkeit eines zusam= mengesetten Staates überhaupt gewesen, welche bas genauere Studium bes Staats: und Souveränitätsbegriffes veranlaßt hat. Somit haben wir im Boraus auch noch die Lehre von den Staatenverbindungen zu behandeln.

¹⁾ In seinem unter bem Pseudonym Caesarinus Fürstenerius herausgegebenen Tractatus

de jure suprematus ac legationis principum Germaniae 1677.

2) Siehe über sie § 18.

3) A. a. D. S. 785.

4) Vergl. a. a. D. S. 769, 785 und unten § 15.

5) Lehre von den Staatenverdindungen, Wien 1882 S. 49.

6) Eine bemerkenswerte Erscheinung ist A f. f o I t e r , Grundzüge des Allgemeinen Staatsrechts, Sinttgart 1892 S. 12. Rach ihm ist Staat kein genau abgegrenzter juristischer Begriff, also keine rechtliche Scheidung zwischen Staat und Gemeinde möglich. Der juristische Begriff seiner Kemeinnerken nur Gemeinwefen.

Wir beginnen nunmehr mit bem Souveranitätsbegriff, zunächst in seiner historischen Entwidelung, wobei jeboch vorausgeschidt fei, bag auf biefe nur in soweit eingegangen wirb. als es für unfere augenblidlichen Rwede notwendig ift. Im Uebrigen verweisen wir megen biefer Entwidelung auf unfere Darftellung in ber "Geschichte ber Staatsrechtswiffenschaft" 1).

Bweiter Abschnitt: Der Sonveranitätsbeariff.

I. Geschichtliche Entwidelung des Souveranitätsbegriffes.

§ 10. Die Entwidelung vom 10. — 16. Jahrhundert. Bie icon bas Bort zeigt, geht bie Entwidelung bes Souveranitätsbegriffes von Frankreich aus und zwar begegnet uns bas Wort schon im Altfranzösischen als sovrains 2). Bom mittelalterlichen Wort superanus abgeleitet 3) und bemgemäß "oberhalb stebend" bebeutend, wird bas Wort im Altfrangofischen für verschiebene Arten bes Söherstebens verwandt. Wir lesen vom sovrains de la chambre im Sinne von Prafibent ber Rammer, vom sovrains eines Orbens ober eines Orbensbauses, vom souverain conseiller und souverain capitain4), ebenso, wie beute außer von einer Souveranität des Staates und seiner Organe, von einer Souveranität des Individuums ober von souveranen Organen einer Körperschaft und Anderem gesprochen wird 5). Im technischen Sinne aber bezeichnet schon bas Wort sovrain politische Gewalthaber, weil biese in gang besonderem Mage hober als andere fteben. Die Gewalthaber, welche als sovrain bezeichnet werden, find die Barone 6), Grafen, Herzoge und ber Konig, also Berfonlichkeiten, die innerhalb eines bestimmten Gebietes höhere staatliche, nicht blos höhere grundberrliche Befugniffe besitzen : benn auch bie Barone üben, wie bies jett auch Ernst Maper ?) überzeugend nachgewiesen, höhere Gerichtsbarkeit nicht als Grundherrn, sondern als Staatsorgane, kraft Landrechts aus. Ueber den anderen sovrain erhob sich der König. Denn, wenn die Macht desselben durch die umfassende Berleihung und Ersitzung von Immunitätsprivilegien und durch die Umgestaltung der Aemter zu Amtsleben auch noch so sehr eingebüßt hatte 8), so hatte ber König als oberster Lehensherr boch immer noch so viel Rechte, daß er als ber sovrains schlechthin, wie die späteren Juristen sagten 9), als der souverain fieffeux du royaume bezeichnet werden konnte. Dies sind die Berhältnisse des 10. und 11. Jahrhunderts. Das Charakteristikum derselben ist, daß die Rechte des sovrains königliche, von ihm selbst oder von königlichen Basallen als Amtsgewalten geübte Befugnisse sind.

Dies andert sich im 12. Jahrhundert. Die königlichen Bafallen haben immer mehr Berechtigungen erworben 10) und find felbstständiger nach Oben geworden; sie erscheinen nicht mehr als

¹⁾ Siehe baselbst bas Sachregister unter "Souveränität". 2) Geschichte S. 193 N. 2. 3) Ebenba.

¹⁾ Siehe daselbst das Sachregister unter "Souveränität".
2) Geschichte S. 193 N. 2.
3) Ebenda.
4) Bergl. Du Cange, Glossarium mediae et insimae latinitatis, h§geg. von Hole.
3b. 6, Paris 1846; Glossaire français de Du Cange, h§geg. von Favre, 2. Bb. Niort 1879; Litte, Dictionnaire de la langue Française, 4. Bd. Paris 1874, S. 2026.
5) Bergl. z. B. Gierte, Deutsches Privatrecht S. 499 N. 13: Unveräußerliche Souveränitätsrechte der Generalversammlung einer Aktiengesellschaft.
6) Baron ist so viel wie Basall, insbesondere königlicher Basall; im weiteren Sinn geshören dazu auch die Herzoge und Grasen, im engeren dann nur die, welche kein Grasens oder Herzogsamt bestigen, die gewöhnlichen Barone. Bergl. die Belege dei Ernst Maher, Verschsstellen Belegeschichte Bb. II S. 125 N. 14 und S. 132 dei N. 48; ferner S. 96 und 126.
7) Bb. II S. 125; vergl. auch Geschichte S. 193 N. 2.
8) Vergl. Esmein, Cours élémentaire d'histoire du droit français, 3. Aust., Varis 1898,

⁸⁾ Bergl. Esmein, Cours élémentaire d'histoire du droit français, 3. Aust., Paris 1898, S. 139 ff. und 180.

9) Ebenda S. 178, 341. 10) Bergl. Esmein S. 182; ber Baron bat außer Gerichtsbarteit (ebenba S. 251) 3. B.

Beamte, sonbern als Selbstverwaltungsberechtigte, an beren Ruftimmung sogar ihr Herr und Konig in Ausübung seiner Hoheitsrechte gebunden ist. Aus diesem Rechtszustand beraus erklärt sich das noch von Beaumanoir 1) mitgeteilte Rechtssprichwort: "Jeber Baron ift souveran in feiner Baronie" (cascuns barons est sovrains en sa baronnie)2), wie die Bestimmung eines Etablisse= ments Rönig Ludwig IX, des Seiligen (1226-1270), welche lautet: bers (baron) si a toute joutises (justices) en sa terre ne li rois ne puet mectre ban en la terre au baron sans son assantement"3). M. a. W.: in ber ersten Galfte bes 13. Jahrhunderts ift die Selbstständigkeit der Barone dahin entwickelt, daß ihre Souveränität als eine landes= oder grund= herrliche, als eine souveraineté seigneuriale der souveraineté royale gegenübergestellt zu werben vermag 4). Die gange Entwidelung erinnert an eine ahnliche in Deutschland vierhundert Jahre später, wo das Rechtssprichwort entsteht: Jeber Berr ift Raiser in feinem Lande b). Die Landesherrn entsprechen ben Baronen und auch das Wort superioritas in bem lateinischen Ramen ihrer Stellung (superioritas territorialis) ift nichts anderes als eine Uebersetung ber französischen souverainete 6), die Landeshoheit gleichbedeutend mit der französischen souveraineté seigneuriale früherer Tage.

Die Beiterentwidelung bes Souveranitatsbegriffes bangt mit ber Rudbilbung bes Lebensstaates zu einem zentralisierten Staatswesen zusammen, wie dieselbe in der zweiten Salfte bes 13. Jahrhunderts beginnt. Wefentlich unterftut burch die Thatsache, daß es ihnen gelingt, sich Unabhängigkeit von dem römischen Raisertum zu erringen 7), werfen die franzöfifchen Ronige in einer zielbewußten Bolitit breier Sahrhunberte bie Macht ber Barone nieber. Die Anfänge zeigen fich balb. Rach voll ausgebilbetem Lebensprinzip galt noch ber von Du= r anti § 8) zitierte Sat: homines baronum non sunt homines ipsius regis; bem König fehlt also eine unmittelbare Gewalt über bie einzelnen Unterthanen. Durant is felbst spricht schon von einer generalis jurisdictio et potestas über alle Leute, qui sunt in regno Franciae; fie alle seien sub potestate et principatu regis Franciae. Und aus dieser Aufficht entwidelt fich eben bann ein ausschließliches Recht bes Konigs über alle Unterthanen.

Theoretisch führt die Umbildung hauptsächlich auf die Einführung des römischen Rechtes gurud. Auch hier ") wird vor Allem römisches Staatsrecht rezipiert. Hienach hat ber Raiser bie Fülle ber Staatsgewalt. An fich ware biefer Sat nicht auf ben frangofischen Konig anzuwenden gewesen. Die romische Rechtslehre bes Mittelalters gebraucht ibn nur für ben romi= schen Raiser. Allein ba half bie thatsächliche Unabhängigkeit bes französischen Königs vom Raiser. Sie führte zu der Behauptung: rex Franciae est imperator in suo regno 10). Der Anwendung des römischen Rechtes auf den französischen Rönig war damit der Weg geebnet. Die absolute Monarchie gleich berjenigen bes römischen Raisers ber Quellen war anzustreben.

Die Entwidelung, bis das Ziel erreicht war, dauerte der Stärke des zu überwindenden Wiberstandes entsprechend länger. Der Uebergang zur absoluten Monarchie war kein unmit-

Sesetygebung (S. 480), Steuerrecht (S. 260 ff.); Kriegsrecht b. h. Fehbes und Faustrecht (S. 243 ff.) und Heerbann (Ernst Mayer a. a. O. Bb. II S. 125 N. 6).

1) Leber ihn Geschichte S. 173 N. 3 und 193 N. 2.

¹⁾ Ueber ihn Geschichte S. 173 N. 3 und 193 N. 2.

2) Coutumes du Beauvoisis, édit. Beugnot (Paris 1842) Bb. II S. 22, chap. 34 nr. 41.

3) Etablissements de saint Louis I, 26, édit. Viollet und dazu Bio II et, Histoire du droit civil français, Paris 1893, S. 182; vergl. Es meina. a. D. S. 182 N. 3. Ueber weitere Belege sür das Justimmungsrecht der Barone zu Handlungen ihrer Herrn s. Ernst Mayer Bb. II S. 135 N. 55.

4) Bergl. Es mein S. 180 sp. und S. 385.

5) Quilibet status tantum potest in suo territorio quantum imperator in imperio.

6) Bergl. Schröber, S. 830: Der französische Entwurf der westschieden Friedensurstunde nannte die Landeshoheit souveraineté; die Urtunde selbst stellt an die Stelle jus territorii et superioritatis.

7) Bergl. Geschichte S. 192 dei A. 4 und 194 N. 1 und 2.

8) Durantis (1237—1296), Speculum juris (hierüber Tar dis, Histoire des sources du droit français, Paris 1890, S. 404 fl.), tit. de seudis 28; vergl. Es mein S. 179 N. 1 und 342 N. 6.

9) Bergl. über Deutschland Geschichte S. 214 N. 1.

10) Degrassalius, Regalium Franciae, Lydn 1538 lib. I p. 316 und die übrigen bei Es mein S. 339 N. 8 angesührten Stellen.

ciae, Lhon 1538 lib. I p. 316 und die übrigen bei Esmein S. 389 R. 8 angeführten Stellen.

telbarer. Auf das dezentralifierte Staatswefen der feubalen Monarchie, welches im Allgemeinen bis Pracig bem Schönen (1285—1314) bestand, folgte zunächst eine Beriode beschränkten, auf bem Bringip ber Boltssouveränität aufgebauten, gentralifierten Konigtums. Sie mabrte bis Beinrich IV. (1589-1610). Dann erft beginnt bie Epoche völlig absoluter Ginberrichaft').

Dieser langsameren Entwickelung ber Thatsachen entspricht auch eine allmähliche Entwidelung ber Ibeen ber Staatslehre. Auch fie weisen zwei, mit ben Abschnitten ber thatfachlichen Entwickelung übereinstimmende Entwicklungsstufen auf. Dabei geht die Theorie der Wirklichkeit voran. Jebe ber beiben Berioben hat ihre theoretischen Bortampfer. Der monarchie temperée bereitet Beaumanoir2) bie Bahn, unter Lunigs bes Schonen Borganger, Philipp bem Ruhnen (1270-1285) wirtenb. Die Gebanten ber abfoluten Monarcie, bes ancien regime entwidelte Bobin3) unter bem Borganger Beinrichs IV., Beinrich III. (1574-1589). Die Schrift bes einen, die Coutumes du Beauvoisis, erschien 1283, die Schrift bes anderen, les six livres de la République, 1577. Beibe fteben unter bem Ginfluß bes römischen Rechtes. Der Sat quod principi placuit legis habet vigorem beherrscht ihre Theorien. Ce qui li (bem Rönige) plest à fere doit estre tenu por à loi und ce qu'il establist doit estre tenu lesen wir bei Beaumanvir4). Si veut le roy, si veut la loy, heißt es gur Reit Bobins.).

Aber nicht minder ftart als die Lehren der italienisch = römischen Jurisprudenz wirkten zur Beit Beaumanoirs die Thomas Aquinas, und damit die griechische, die aristotelische Staatsrechtsphilosophie. Einer völlig absoluten Staatsgewalt widerstrebt noch nach der vorwiegend religiösen Richtung der Beit ber Tyrannisbegriff') ber griechischen Staatslehre. Der Herricher, welcher bie herrichaft in felbstischtiger Beise, nach Billfür ausübt, ift verpont. Freier Wille bes Konigs tann nur soweit berrichen, als er fich im Ginklang mit bem allgemeinen Rugen befindet. Bas in ber griechischen Philosophie politische Forberung gewesen, wird in ber mittelalterlichen Staatslehre jener Beit geltenber Rechtsfat : Der Ronig hat bie herrschaft zu Gunften seiner Unterthanen auszunden, sonft find feine Gesetze ungiltig. Be au = manoir verlangt baber, bamit ber gemeine Augen erreicht werbe, fogar bie Mitwirtung bes großen Rates b. h. ber Barone bei ber Gesetgebung?). Bur Beit Bobin & gilt schlechthin das Rechtssprichwort: si veut le roy, si veut la loy. In diesem volkstümlichen Wort ist aber auch noch eine andere Aenderung gegenüber ber Beit Be a um a no i r & enthalten. Bur Beit Beaumanoirs herrschte auch in Frankreich dem Thrannisbegriff gemäß und nach dem Borbilbe ber lex regia bes römisch=italienischen Rechtes noch bie Lehre von ber Abseharteit bes Rönigs und damit das Brinzip der Bolkssouveränität. Der Monarch war lediglich als Aussiber der Rechte bes Bolles, nicht als Ausüber eigener Rechte an ber Staatsgewalt angesehen 8). In ber Beit ber völlig absoluten Monarchie ist biese Anschauung in Frankreich verschwunden. Der Jurift Lopfeau') - unter Beinrich IV. (1589-1610) - fagt ausbrudlich, bem Ronig fomme nicht blos exercice, sondern propriété de la souveraineté zu. Es critart sich dies baraus, daß Frankreich im Gegensatzum beutschen Reiche keine Bahlmonarchie war. Denn in

¹⁾ Bergl. Esmein S. 344 und 845. 2) Siehe oben S. 41 N. 1. 3) Ueber ihre Geschichte S. 209, 213, 18—231, 235; 240, 241, 246, 250, 253. 4) Chap. 35 nr. 29 und 34 nr. 41; vergl. Esmein S. 478 N. 3. 5) Bergl. Esmein S. 479

⁴⁾ Chap. 35 nr. 29 und 34 nr. 41; vergl. Es mein S. 478 N. 8.
5) Bergl. Es mein S. 479.
6) Geschichte S. 194 N. 4, 5, 7.
7) Chap. 49 nr. 6: Tout soit ce qui li rois (wenngleich der König) piust fere noviax establissemens — daß er neue Refordhungen auch für die Baronie erlassen fann, war ihm in der Lehensnungrie bestritten gewesen, — il doit moult (sehr) peure garde qu'il les face par resnable cause, por le commun porsit, et par grant conseil; und 34 nr. 41: voirs est que li rois est sovrains par desor tous et a de son droit, le general garde de son roiame, par quoi il pot sere tex establissemens comme il li plest por le commun porsit. Bergl. auch Es mein S. 340 und 478 s.
8) Geschichte S. 177 s. und 216.
9) Droict des Ossices, lette Ausgabe 1620, l. I chap. I nr. 21 und 22 und weitere Besesgstellen dei Es mein S. 347 N. 1 und derselbe, Eléments de droit constitutionnel S. 163.

Deutschland hatte die ganze Lehre von der Bolkssouveränität ihren historischen Anlaß in dem mit dem 12. und 13. Jahrhundert immer deutlicher hervortretenden Charakter des Reiches als Wahlreich. In Frankreich dagegen bildete sich die Monarchie immer fester zur reinen Erbmonarchie aus. Be au man oir kennt noch ein Recht des Widerstandes 1), wenn ein Gesseh dem gemeinen Wohle widerspricht. Bei Bodin sinden wir dergleichen nicht.

So sind um diese Zeit alse Merkmale eines straff zentralisierten Staatswesens gegeben und sinden wir demgemäß auch den dem Feudalprinzip gerade entgegengesetzen Sas von der Theorie²) ausgesprochen: Tous les hommes de son royaume lui sont sujets. Au roy seul appartient de prendre tribut sur les personnes. Toute justice émane du roy...; le roy seul peut frapper monnaie d'or et d'argent. Alse Einwohner des Landes sind nunmehr des Königs unmittelbare Unterthanen. Aus einer monarchie seigneuriale ist eine monarchie royale geworden³).

§ 11. Der Souveranitatsbegriff Bobins. Diefe Umgeftaltung bes Staatswefens mußte aber auch in einer Umbilbung bes Souveranitatsbegriffes jum Ausbruck gelangen. Derfelbe mußte fich zum minbeften in ber Richtung anbern, bag bie Barone nicht mehr im gleichen Sinne wie ber König fouveran genannt wurden. Nach dem Lehensprinzip war jeder Baron im gleichen Sinne souveran, wie ber konig. Jeber Baron mar konig in feinem Lanbe. Runmehr haben die Barone keine königlichen Rechte in ihrer Berrschaft mehr. Die Theorie ging noch weiter. Sie benahm allen Baronen, Herzogen, Grafen und gewöhnlichen Baronen, ben Namen fouveran überhaupt b. h. auch den Namen superior im weiteren Sinne. Dieser Schritt ift leicht zu erklaren. Der Umftand, daß im Lebensstaat ben Baronen für ihr Gebiet eine fast konigsgleiche Stellung eingeräumt war, hatte zur naheliegenden Folge, bağ bas Bort fouveran mehr und mehr / vorwiegend im engeren Sinne ber toniglichen Souveranität gebraucht wurde. Ram baber eine Reit, in welcher die Barone diese ihre dem Konig ahnliche Stellung verloren, so war es gerabezu felbstverständlich, daß die Theorie dazu gelangen mußte, ihnen den Namen eines Souverans überhaupt abzusprechen. An sich wäre ein Anderes ja noch richtiger gewesen. Man . ware ben thatfachlichen Berhaltniffen noch mehr gerecht geworben, batte man ben Ramen fouveran als technischen Begriff folechthin aufgegeben. Der Begriff hatte als Bezeichnung bes Königs den Zeiten der beginnenden Monarchie entsprochen. Damals war der König nur eine relativ höchfte Stelle, ein Soberftebenber. Er hatte über fich bie Berricaft bes romifchen Reiches. In biefer fpateren Beit bagegen mar es nicht nur eine ausgemachte Sache, bag ber König ben Ständen gegenüber unabhängig sei, sondern ber König von Frankreich erkannte auch ben romischen Raiser beutscher Nation als einen superior über sich nicht mehr an 4) und ebenso war er frei von Unterordnung unter das Papsttum. Er war also nicht nur relativ, sondern absolut zu oberft stehender, nicht nur superior, sondern supremus. Nun behielt aber Bobin bas Bort souveran boch bei. Leicht erklärlich; war es boch bas schon vor bem Auftommen bes Lebensprinzipes für ben Ronig gebrauchliche Wort gewesen und so mit diesem Borte ber erhöhten politischen Stellung bes Ronigs in ber neuen Staatsform für bas franzöfische Ohr ber bezeichnenbste Ausbrud gegeben. Bisher waren Biele souveran. Nunmehr

2) Loifel (1536—1617), Institutions coutumières, 1607 (vergl. Biollet a. a. D. S. 212ff.); f. Esmein, S. 342 N. 4.
3) Bergl. Lohfeau, Traicté des seigneuries, lette Ausgabe, Paris 1620, cap. II 92; vergl. Esmein, S. 347 N. 1.
4) Neber die Entwickelung dieser Lehre in Frankreich und über die Entwickelung der Lehre

4) Ueber die Entwickelung dieser Lehre in Frankreich und über die Entwickelung der Lehre von den civitates superiorem non recognoscentes im Allgemeinen s. Geschichte S. 129 ff. und 225; dann Es mein, S. 339 und 340.

¹⁾ Beaumanoir führt an ber S. 42 R. 7 zitierten Stelle aus ch. 49, 6 fort: Et especialement, qu'il ne soit pas fes contre Diu ne contre bones meurs; car s'il le fesoit, lequel coze il ne fera jà se Dix plest ne le devroient pas si souget soufrir (noch follten es feine Unterthanen leiben). Siehe bazu Morel, Étude historique sur les coutumes de Beauvoisis de Philippe de Beaumanoir, Paris 1851, S. 86.

2) Roifel (1536—1617), Institutions coutumières, 1607 (pergl. Biollet a. a. D. S. 212ff.);

follte — nach Bobin — ber König allein biefe Bezeichnung tragen.

Auf ber anberen Seite hatte eine solche Einengung ber Bebeutung des Wortes souverän aber ben Nachteil, bag bas Wort einen anberen Sinn erhielt, als seiner etymologischen Ableitung entsprach. Rach bieser bezeichnet superior jeden Grad von Höhersein, den obersten wie einen unteren; jeht war Souveränität nur die keinem anderen Gewalthaber unterworfene Gewalt. Sie war nicht mehr superioritas, sondern suprema, summa potestas. Bob in übersett in ber lateinischen Ausgabe seines Werkes Souveranität selbst so, b. b. mit summa potestas 1).

Damit ift aber zugleich ber Zusammenhang seiner Lehre mit ber Staatsbottrin bes Mittelalters botumentiert 3), wie auch, von inneren Berbinbungen gar nicht zu reben 3), icon außerlich baraus hervorgeht, daß Bobin in ber lateinischen Uebersetung seines Bertes feine Souveranitat auch mit majestas wiedergibt, also mit bem Borte, bas ebenfalls seiner Bortbebeutung nach nur die relativ bobere, nicht die absolut bochfte Gewalt bezeichnet 1). Es ware aber trop biefer Joentität bes Ausbrudes falich, anzunehmen, bag bie summa potestas Bobins sich schlechthin mit berjenigen bes Mittelalters bede. Die summa potestas Bobins weist, ben anberen Staatsverhältniffen, bie feiner Lehre zu Grunde liegen, entsprechend, zwei mefentliche Unterschiebe gegenüber ber mittelalterlichen auf. Die summa potestas Bobins ift einzig in ihrer Art, schlechthin absoluter Ratur, und Gewalt nur eines weltlichen Willens ber Staatsgewalt. Die bes Mittelalters ift zweifacher Art; es giebt eine summa potestas in temporalibus und in occlosiasticis und fie fteht entweder einem weltlichen ober einem geiftlichen Willen, bem imperium ober bem sacerdotium, ju und zwar kann bie erstere, bie Staatsgewalt, von ber zweiten abhangig fein. Das imperium mundi ift nach Aeneas Shlviuss, obgleich summa potestas, doch nur eine summa potestas in temporalibus.

Die bedeutsamste Aenderung, welche durch die Theorie Bodins an dem Souveranitats= begriff por sich ging, ist bie, daß berselbe aus einem rein staatsrechtlichen zu einem staats- und völlerrechtlich gemifchten und zwar in erfter Linie zu einem völlerrechtlichen murbe. Bisber mar ber Schwerpunkt bes Souveranitatsbegriffes in bem Stehen über Anderen, in bem Berrschen über andere Individuen gelegen gewesen. Souveränität hatte Herrschen über Gebietseingeseffene, Gebietsherrichaft bedeutet. Auch nach Bobin gehört zwar zum Befen ber Souveranität noch Berrichaft, die Souveranität ift potestas in cives ac subditos 1), und biefer potostas stehen noch alle die Rechte über die Unterthanen zu, welche bisher eben bem Gebietsherrn zukamen 7), die Gesetzgebung, das Recht der Kriegserklärung und des Friedensschluffes, Beamtenernennung, Richtergewalt, Recht auf Treue und Gehorfam, Münz- und Besteuerungsrecht 8); bie Souveranität Bobins ift alfo noch ebenso, wie bie Souveranität ber Baronie es war o), eine Gewalt mit gang bestimmten Hoheitsrechten; es gibt nach Bobin propria jura

¹⁾ Bergl. Geschichte S. 220: "Familiarum rerumque inter ipsas communium summa

potestate ac ratione moderata multitudo.

2) Bergl. Geschichte S. 225.

3) Solch' inneren Zusammehang zeigen vor Allem zwei Lehren auf, die Lehre von den Rechtssschranken der Souweränität und die rechtliche Konstruktion des Protektoratsverhältnisses.
In ersterer Richtung steht Radio und dassie auf der Konstruktion des Protektoratsverhältnisses. In ersterer Richtung steht Bodin noch völlig auf dem Boden, daß göttliches und natürliches Recht Rechtsschranken der Souveränität sind (vergl. Geschichte S. 229). In letterer Beziehung liegt dechtsschranken der Souveränität sind (vergl. Geschichte S. 229). In letztere Beziehung liegt ber Jusammenhang darin, daß Bodin den Nachweis, daß ein Klientelverhältnis zwischen Staaten die volle Unabhängigkeit des beschützten Staates in keiner Weise schwälere (vergl. Geschichte S. 222 N. 6), mit denselben Worten führt, mit welchen Prokulus in l. 7 § 1 Dig. 41, 95 zu begründen unternimmt, daß ein Staat dadurch, daß er zu einem anderen in das Verhältnis des foodus iniquum trete, keineswegs seine lidertas einbüße. In beiden Fällen wird die Bendung gebraucht, das Elientelverkältnis des konstinde nur die Rernflicktung die meigerten des Enderen Teiles comiter bas Klientelverhaltnis begrunbe nur die Berpflichtung, die majestas des anderen Teiles comiter 3u observieren (eos qui majestatem nostram comiter observare debent, liberos esse intelligendum est).
4) Vergl. Geschichte S. 222 N. 3).
5) Geschichte S. 201 N. 6.
6) Geschichte S. 223 N. 6. und S. 231.
7) Vergl. oben S. 40 N. 10.
8) Geschichte S. 221 N. 2.

⁹⁾ Bergl. die Definition der Baronie in dem Coutumier d'Artois (um 1800); (édit. Tardif XII 1): et qui a marchiet (Martt) et chastelenie (Burggrafenamt; vergl. Ernst Mayer a. a.

majestatis 1) gegenüber ben Unterthanen. Allein ber Schwerpunkt ber Bobin'ichen Definition , liegt in dieser Herrschaft über Unterthanen nicht mehr allein. Zum Wesen der Bobin'schen Souveranitat gehort auch, daß diefe Herrichaft über Gebietseingefeffene eine un abhängige herrschaft ift, eine herrschaft, die von keinem höheren abhangt. Als bieser Sohere ift aber -Niemand im Staate, sondern ein außerhalb des Staates Befinblicher gemeint. Als der Höhere, bem die suprema potestas allein unterworfen sein kann, ist lediglich ein außerhalb des Staates befindliches Wesen, ist Gott genannt. Habet majestatem qui post deum immortalem se ipso majorem videt neminem). Dieses Freisein von Unterordnung unter einen Höheren bezieht sich, um es modern auszudrücken, nicht auf bas Berhältnis ber Gebietsgewalt nach Innen, auf das Berhaltnis zu ihren Unterthanen, es will damit nicht gefagt fein, daß die fouverane Gewalt unabhängig von ihren Unterthanen ist, sondern, was in Frage steht, ist das Berhältnis nach Außen, zu anderen Gewalten, m. a. 283. der Souveränitätsbegriff Bodins ift tein rein staatsrechtlicher mehr, sondern ein staats = und völter rechtlich aem i schter. Und zwar überwiegt, was noch zu erweisen, das völkerrechtliche Moment. Ja, man kann sogar fagen, nachbem Bobin die einzelnen Beftandteile ber Herrschaft nach Innen auf empirischem Bege gefunden, leitet er dieselbe staatsrechtliche Seite der Souveränität noch einmal beduktiv aus ihrem völkerrechtlichen Wesen ab: weil die Souveranität eine nach außen unabhängige Gewalt, sei sie es auch nach Innen; weil die Souveränität die hochste Befehlsgewalt bes Gemeinwesens fei, tonne fie wohl allen und jebem einzelnen Burger Befehle erteilen, niemals aber welche von ihnen empfangen: summum rei publicae imperium una re comprehensum: scilicet universis ac singulis civibus leges (Befehle) dare, a civibus accipere nunquam³). Bas also an sich aus dem Besen der Souveränität als Gebietsherrschaft, somit aus dem Berhältnis nach Annen folgt, leitet er hier aus bem Nichtanerkennen einer höheren äußeren Gewalt über fich ab. Die Souveranitat Bodins ift bemnach in er fter Linie ein vollerrecht = licher Begriff.

Dies ergibt übrigens auch noch eine andere Gebankenreihe. Bobin ') tritt u. A. auch für Unteilbarkeit der Souveränität ein. Souveränität sei unabhängige und unteilbare Gebietsherrschaft. Dies hatten schon Andere vor ihm gesagt'). Allein darin ist er der erste, daß er diese Unteilbarkeit aus dem Wesen der Souveränität als höch ster Gewalt ableitet. Indem er dies thut, geht er aber eben wieder auf das Berhältnis nach Außen, auf die völkererechtliche Seite des Souveränitätsbegriffes zurück. Er leitet also aus ihr nicht blos die Herrschaft des Souveräns über alle Unterthanen, sondern auch die Herrschaft eines Staatseorganes über alle anderen ab. Wie er es ausdrückt: Wer die höchste Macht hat, kann keinen gleich Hohen, keinen socius, keinen collega imperii neben sich haben.

Diese Herleitung zweier Berhältnisse nach Innen von einem Berhältnis nach Außen macht sich bann selbstverständlich auch in der Terminologie geltend. Bobin nennt nicht blos die Abshängigkeit von einer anderen, außerhalb des Gebietes befindlichen Gewalt Souveranität, sondern

O. Bb. I S. 360, 362; Bb. II S. 89 ff. und 126) et paiage (Brüden- und Wegezoll) et lige estaige (Burghutlehen), il tient en daronie à proprement parler; vergl. Esmein, S. 182 R. 1. Und ebenso begründet Be aumanoir die Souveränität des Königs mit seinem Berhältnis nach Unten: li rois est sovrains par desor tous; vergl. Geschichte S. 193 R. 2 und Esmein S. 257.

1) Geschichte S. 221 R. 2.

2) Ebenda S. 222 dei R. 4. Ebendort ist übrigens versuch, nachzuweisen, daß es Bodin und Geschichte S. 201 R. 2.

²⁾ Ebenda S. 222 bei N. 4. Ebendort ist übrigens versucht, nachzuweisen, daß es Bodin nicht gelang, darzuthun, daß die Souveränität eine nach Außen unabhängige Herrschaft sein müsse. Was ihm gelang, darzuthun, ist lediglich, daß die Souveränität eine Macht über alle in dem gleichen Gediete befindlichen Rechtssubsekte sei. — Die Auffassung v. Stengels in Schwollers Jahrbuch 1898 S. 769 (N. F. XXII. Jahrgang), daß Bodin mit der puissance absolue in erster Linte nicht die nach Außen unabhängige, sondern die nach Junen höchste Gewalt meine, vermag ich nicht zu teisen.

B) Bergl. Geschähre S. 223 N. 6.

⁴⁾ Ebenba S. 226 ff. 5) Ebenba S. 189 N. 1, 200, 202. 6) Ebenbort S. 226 N. 7.

9.0

auch die Gebietsherrschaft nach Innen, die Hoheitsrechte, und die Eigenschaft, höchstes Organ im Staate zu sein. Die Hoheitsrechte heißen Souveränitäts- ober Majestätsrechte, jura majestatis¹) und das höchste Staatsorgan puissance souveraine, gubernatio cum summa potestate²). Souveränität bedeutet somit ein Dreisa ches: eine Eigenschaft nach Außen, Unabhängigseit, ein Recht nach Innen, die Summe der Hoheitsrechte, und eine Eigenschaft im Inneren, die Eigenschaft oberstes Staatsorgan zu sein.

Dabei ist zum Schlusse jedoch noch zu betonen: trohdem Bodin die beiden letteren Bebeutungen von Souveränität aus der erstgenannten logisch ableitet, wäre es doch falsch, die Souveränität im Sinne Bodins als einen grundsählich rein völlerrechtlichen Begriff zu bezeichnen. Damit steht Bodin noch auf dem Boden der vorausgegangenen Zeit, des mittelalterlichen Staats-wesens, daß ihm Souveränität nicht blos eine von anderen Gewalten unabhängige Gewalt, sondern auch eine Gewalt bestimmten Inhaltes ist. Bestimmte Rechte über die Unterthanen gehören nach Bodin zum Wesen der Souveränität. Masestärrechte sind das Recht der Gesetzgebung über alle Unterthanen als Gesamtheit, das Recht zu Krieg und Frieden und andere Rechte, die wir oben an aufzählten, aber z. B. nicht die Wegehoheit, das Salzregal, das Recht des Fistus auf erbloses Gut, d. h. diese sind der Masestät nicht wesentlich.

§ 12. Die Entwidelung im 17. Jahrhundert. Bie das Borftebende zeigt, hatte die Theorie Bobins ben großen Borzug ber Ginfachheit und Rlarheit. Auf ein einheitliches Moment, ben Begriff ber höchsten Gewalt, war die Erklärung ber Staatsnatur, ber Begriff ber Staatsherrschaft und die Konstruktion der Staatsorganisation zurückgeführt. Nichtsbesto= weniger konnte fie nicht ohne Wiberspruch bleiben, benn fie ftanb mit ben thatfachlichen Berhältniffen außer Einklang. Einerseits war in ben politisch wichtigsten Ländern damaliger Beit, in England, Deutschland und den Niederlanden, das oberste Staatsorgan durch das Witwirkungs= recht ber Stände ftart beschräntt und felbst in Frantreich bie Selbständigkeit ber Stände gegen= über der Krone um jene Zeit noch nicht völlig überwunden. Andererseits gab es — und dies mußte gang besondere Bebenten hervorrufen - politifche Gemeinwesen, welche bie meiften ber hier als ausschließliche Majestätsrechte genannten Befugnisse ohne gleichzeitige majestas besagen, d. h. tropdem einer anderen Gewalt rechtlich unterworfen waren. Es konnte somit nicht an bem fein, daß aus bem Begriff ber höchsten Gewalt nach Außen notwendig auch Unbeschränktheit der Ausübung der Hoheitsrechte im Inneren folgen mußte und daß der Besit von Majestätsrechten über Unterthanen notwendig durch Nichtunterworfensein unter einen Söheren bebingt mar. Die Stellung ber beutschen Lanbesherrn jum Reich gab bier ben treffenbften Beleg. Es mußte also eine Theorie auftreten, welche nachwies, daß eine Teilung ober wenigstens Beschränkung ber obersten Stellung im Staate möglich sei und daß es auch Ma je ftat brechte in der Sand von nach Außen abhangigen Gewalten geben tonne.

Bohl hatte schon Bobin, dem diese Abweichungen der Thatsachen von den Folgesähen seiner Theorie nicht entgangen waren, einen Ausgleich derselben mit seinen Lehren versucht, allein daß diese Versuche nicht zureichten, sa offensichtlich am Tage. Wenn er 1) sagte, die Heranziehung der Stände zu Gesetzgebung oder Ausübung der Besteuerungsgewalt sei, um es modern auszudrücken, sediglich die Erfüllung eines Gebotes politischer Klugheit, nicht aber eines solchen politischen Rechtes, so widersprach dies dem wirklich geltenden Rechtszustande in den meisten Staaten seiner Umgebung und selbst den Rechtsverhältnissen Frankreichs seiner Zeit aufs schäffte. Und die Erklärung Bodins, warum Basalenfürsten doch souverän seien, giebt eigentlich grundsstlich das Fehlen einer souveränen Stellung derselben zu, wenn es in ihr heißt, ein Bassalensfürst sei nur dann souverän, wenn er neben seinen Feudalgütern noch allodiale Herrschaften

¹⁾ S. 121 N. 2 und S. 223 N. 6.

³⁾ S. 44 bei R. 8 und S. 45 bei R. 1 und 3.

²⁾ S. 224 N. 1.

⁴⁾ G. Gefchichte S. 228 bei R. 6.

befige. In diesen sei die Souveranität enthalten 1). Daß ber Baffall als solcher nicht souveran ift, war bamit zugestanden und boch erfannte die Braris dem Baffallenfürsten als foldem Rechte zu, welche Bobin als propria jura majestatis b. h. ber fouveranen Gewalt vorbehaltene bezeichnet.

Indes, die Anfechtung der Bobin'ichen Lehren ließ, mas die Hauptfrage d. h. die Frage angieng, ob majestas einer abhangigen Gebietsgewalt zugesprochen werben konne, lange auf fich warten. Dem anderen, aus ben thatfächlichen Berhältniffen entnommenen Einwande war leichter ausgewichen. Um die Mitwirfung ber Stande ju erklaren, mußte vom Bobin'ichen Souveranitätsbegriff weniger aufgegeben werden. Es bedurfte hiezu keiner Breisgabe bes Sates, daß mit Souveränität Unterordnung unter eine andere Gewalt unvereindar sei. Richt einmal die Möglichfeit einer Teilung ber Souveranität war anzunehmen. Es genügte, wenn man zugab, die Souveranität sei beschränkbar. Denn das fühlte man hinreichend, daß Bodin übertrieb, wenn er meinte, hatten die Unterthanen, die inferiores, ein Mitwirfungerecht bei der Ungubung der Herrschaftsgewalt, so würden sie der senatus, der princeps rei publicae werden 3); denn warum follte, um in der Sprache Bobin's zu bleiben, eine Bersammlung, welche nicht blos consilium, sondern imperium befigt, notwendig ben Fürsten aus seiner souveranen Stellung verbrängen muffen? Darum sehen wir auch, wie in verhältnismäßig naher Beit und in geradezu kaffischer Form der Nachweis gelang und durchbrang, daß mit der Stellung als Souverän im Staate Befchräntung burch andere Organe logisch wohl verträglich sei. Es ift Bufen borf, dem wir die als klafsisch zu bezeichnende Formulierung des Begriffes der beschränkten Monarchie verdanten 8), und von Thom afius stammt das gestügelte Wort: aliud est restringere potestatem suam, aliud minuere4).

Nicht so rasch erschien und nicht so bald zur Geltung gelangte die andere Theorie, daß mit Majestätsbefugnissen Unterordnung unter eine andere Gewalt vereinbar sei. Der Grund hiefür lag in Bericbiebenem.

:&Ginmal in der faszinierenden Araft, welche Bodin's klare und leichtverständliche Theorie aus übte 5). Daß fie über folche Rraft verfügte, lag in erfter Linie an ihrer allgemeinen Faffung. Benn Bodin's Theorien sich auch hauptfächlich auf frangosische Berhältnisse, insbesondere auf die politifchen Beftrebungen bes frangofifchen Ronigtums grunden), fo, wie fie in bem Buche niebergelegt und gefaßt find, erscheinen sie als eine allgemeine, für alle Staaten giltige Lehre. Hierauf beruht aber ihr Erfolg. Wir haben in Anschluß an Gierke an anderer Stelle?) bargestellt, wie schon die tanoniftisch-romanistische Korporationslehre des Mittelalters, die Schule der Boftgloffatoren, zu bem Sabe vorbrang, daß Freiheit von anderen Gewalten zum Wejen bes Staates gehöre, daß nur der populus superiorem non recognoscens respublica im eigentlichen Sinne sei. Allein der Sat war damals nur im Anschluß an die Berhältnisse des Imperium mundi bes Mittelalters und bamit an bas römische Staatsrecht bes corpus juris civilis ent-

¹⁾ Ebenba S. 222 R. 6. 2) Bergl. Gefchichte S. 227 R. 1, und S: 228 R. 4 und bazu Lanbmann, Der Souveränitätsbegriff bei ben franz. Theoretikern von Jean Bobin bis auf Jean Jacques Kousseau, Leipzig 1896, S. 71 N. 10.

3) Bergl. Geschichte S. 250 N. 7. Ueber Pusendorf auch Landsberg, Geschichte der Rechtswissenschaft 3. Abt., 1. Halbband S. 79 ff.

4) De injusta oppositione jurium majestaticorum superioritatis territorialis et reservations importationer 1896 f. 8 und bitary Da. C. Dar Saynarduktesbaggisch von Robin bis au

⁴⁾ De injusta oppositione jurium majestatiorum superioritatis territorialis et reservatorum imperatoriorum 1696 § 8 und hiezu Dock, Der Souveräntiätsbegriff von Bodin dis zu Friedrich dem Großen, Straßdurg 1897, S. 49 und Land dis her gaupter der ftaatsrechtlichen Schule des 17. Jahrhunderts sammt und sonders im Prinzipe folgten: Althusius (Geschichte S. 236 und 240 R. 2) Grotius (ebenda S. 232, 240, 241 R. 4), Hobbes (S. 246 ff.) und Puschender S. 250 R. 7). Hier sein die Definition von Grotius angesührt, De jure pacis ac delli I cap. III § 7, 1: summa autem illa (potestas civilis) dicitur, cuius actus alterius voluntatis humanse arbitrio irriti possint reddi: pergl. rius juri non subsunt, ita ut alterius voluntatis humanae arbitrio irriti possint reddi; vergl. Gefdicte S. 241 R. 4. 6) Beschichte S. 219. 7) Ebenba S. 192 ff.

Er war lediglich für die populi und civitates im römischen Weltreich untersucht. Nur von ihnen wird gesagt: sie seien, wenn sie teinen Höheren über sich anerkannten, respublica im Sinne bes römischen Staatsrechts b. h. fie hatten Imperium wie der Kaiser, seien Raiser in ihrem Lande 1). Für das Imperium, die kaiserliche Gewalt selbst wird die Frage der Staats= natur gar nicht aufgeworfen. Ein höherer, allgemeinerer Staatsbegriff über bem Imperium im mittelalterlichen Sinn wird gar nicht gewonnen. Bobin's Erfolg lag barin, baß er seine Staatslehre von der Borstellung der Ideenkreise des mittelalterlichen Imperiums losrif, in welchen fich bisher alle Staatslehre bewegt hatte. Er ftellte einen Staatsbegriff auf, welcher auch bies imperium mundi umfaßt und von ben besonderen Beziehungen und ber besonderen Terminologie des Staatsrechtes der Legisten und Kanonisten soviel als nur möglich absah. Er umschrieb auch bas Wort civitas und bas Wort respublica und sette beibe gleich und ertlärte fie für eine Bereinigung mehrerer Familien. Der Grund für diese Fähigleit Bodin's, fich von bem unmittelbaren Ginfluß tanonistisch-legistischer Anschauung frei zu halten, lag einesteils wohl in feiner eindringenden Renntnis ariftotelischer Lehren, vor allem aber boch barin, baß sein Wert in gang anderen räumlichen Berhältnissen entstand. Wo er wirkte, war keine Aleinstaaterei einer Menge von Stadtstaaten, sondern ein in der Entwickelung zu absoluter Zen= tralisation begriffener Einheitsstaat. Ferner gehörte Freiheit nach Außen, gegen Raiser und Bapst, zu den hervorstechendsten Besonderbeiten des heimatlichen Rechtes seiner Reit.

Dieser Einfluß der allgemeinen Fassung von Bodin's Lehre war so bedeutend, daß man, wo immer bas Beburfnis nach einer Staatsbefinition vorhanden war, von berjenigen Bobin's seinen Ausgang nahm. Richt blos in ber Staats-, sonbern auch in anderen Wissenschaften war dies der Fall. Wenn z. B. Carpzov in seinen Practica nova rerum criminalium imperialis saxonica 2), quaestio 41 bie Lehre vom Hochverrat, von den Majestätsverbrechen, darstellt und bemgemäß die Bedeutung des Wortes majestas barzulegen hat, so definiert er dieselbe nicht anders, als es Bobin gethan. Er geht von Bobin's Lehre aus, obwohl er biefe majestas auch ben beutschen Landesherrn nicht versagt. Ober - um ein anderes Beispiel ju geben — auch, als man so weit vorgedrungen war, die rechtliche Möglichkeit eines zusammenge= fetten Staates anzuerkennen 8), und es fich darum handelte, nachzuweisen, wieso auch dem Unterftaat in der respublica composita Staatscharalter zulomme, ließ man nicht von dem absoluten Souveranitätsbegriff Bodin's ab. Man dachte weder an eine Streichung des Souverani= tätsmerkmals aus ber Staatsbefinition noch an die Annahme einer relativen Souveränität. Statt bas eine zu thun, begnügte man fich lieber bamit, die Unterstaaten lediglich als Staatsanalogien au bezeichnen 4) und, ftatt die Möglichkeit einer Berabminderung ber Souveranität anzunehmen, zog man es vor, für die Unterstaatsgewalt die Bezeichnung subalterna potestas einzuführen 5). Erst mehr als hundertfünfundzwanzig Jahre nach ber Aufdedung bes Begriffes zusammengefebter Staat - ber Begriff mar zuerst von Befolb in einer Differtation de Statu rei publicae subalterno von 1623 aufgestellt 6) — hatte, wie Gierte 7) nachwies, ein Schriftsteller, Daniel Nettelblabt8), den Mut, das Souveränitätsmerkmal wegen der Schwierigkeiten, die es für die Konftruktion des zusammengesetten Staates bereitete, überhaupt aus dem Staats-

¹⁾ Bergl. Gierke, Althusius, S. 231 R. 14. 2) 1638, 8) Geschichte S. 209 R. 3 und 232 R. 1 und bazu S. 195, 196.

⁴⁾ So Hugo, de statu regionum Germaniae et regiminis principum summae imperii rei publicae aemulo, Helmstädt 1661. Ueber ihn Brie in ber S. 49 R. 1 zitierten Monographie. Gierte, Althusius S. 246 und Land Leber g, Geschichte ber Deutschen Rechtswissenschaft, 3. Abt., 1. Halbband, Noten S. 20.

⁵⁾ Noch bei Gonner, Teutsches Staatsrecht, Landshut 1804 S. 29: "subalterne Staaten"; ferner Geschichte S. 224 N. 6. 6) Ueber Besol b, Geschichte S. 209 N. 8; S. 282 N. 1. 7) Althusius S. 187 N. 187, S. 249 N. 60.

⁸⁾ Systema elementare universae jurisprudentiae naturalis, britter Teil, zuerst 1762, 5. Aust. 1785. Ueber Nettelbladt s. Landsberg a. a. O. Text S. 291 ff., Noten S. 195 ff.

begriffe auszuscheiben und noch später erscheint erst die ausgebildete Lehre einer relativen Sou= veränität.

Der andere und zwar der gewichtigere Grund, warum es lange währte, bis die Theorie entstand, daß mit Souveränität Unterordnung unter andere Gewalten verträglich sei, lag in den politischen Strömungen, welche in ben Staaten außer Frankreich, in England, den Niederlanden und namentlich in Deutschland, wo die Staatslehre im 17. Jahrhundert ja ganz besonders gepflegt murbe, die Oberhand gewannen. Den Ständen, in Deutschland gegenüber bem Reiche, somit ben Bandesherrn als ben Reichsständen, war mehr gedient, wenn wissenschaftlich nachgewiesen wurde, daß fie von Rechtswegen von jeder Obrigfeit unabhängig, daß fie die oberften Gebietsherrn feien, als wenn von ihnen gefagt wurde, fie befäßen trot ihrer Unterordnung unter eine höhere Gewalt Souveränität. Aus diesem Grundgebanken heraus erklärt sich, wie ber an fich fo bemertenswerte Bebante bes aus Staaten gebilbeten Staates überall und insbesondere in Deutschland junächst nicht festen Jug ju fassen vermochte, sondern bem anderen, von Pufe ndorf formulierten weichen mußte, daß, wo eine folche Staatenverbindung vorliege, rechtlich nicht eine Bereinigung mehrerer Staaten zu einem Gesammtstaat, sonbern ein loser Bund, ein Bertragsverhältnis zwischen mehreren Staaten gegeben fei 1). Damit mar ben Stanben, also im Deutschen Reiche ben Landesherrn, die volle Souveränität Bodin's, Freiheit von jeber Unterordnung unter eine andere Gewalt zuerkannt. 280 Bufendorf's Lehre berrichte, und folange fie herrichte, war beshalb zu einer Untersuchung ber Frage, ob Majeftatsrechte mit Unterordnung unter höhere Gewalt vereinbar seien, teine Beranlassung. Tropbem Deutschland bas Land war, in welchem bas Staatsrecht im 17. Jahrhundert die forgfamfte Bflege fand, tonnte bemgemäß eine Umbilbung bes Souveranitatsbegriffes Bobin's bier nicht ihren Anfang nehmen, ebensowenig aber in ben Nieberlanden und in England.

Wir muffen baber nach einem anberen biftorischen Antnüpfungspuntte fuchen.

So auffällig es auf ben erften Blid erscheinen mag, er ift in Frantreich gegeben, b. b. in bem Lande, in beffen positivem Rechte, wie manniglich betannt, ber Souveranitatsbegriff Bobin's vom 17. Jahrhundert an nicht nur keine Einschränkung, sondern sogar eine Steigerung erfuhr. Denn nach Bobin ift bie souverane Gewalt noch an die Schranten bes gottlichen und natürlichen Rechtes gebunden 1). Das frangösische Königtum bes 17. und 18. Jahrhunderts erkennt folde Schranken als Rechtsschranken nicht mehr an. Rept ift alles Recht, was der König will. Si vout le roy, si veut la loy. Richtsbestoweniger empfängt die neue Lehre ihren ersten Anftoß nicht nur in bem Lande, fonbern auch jur Beit bes fcrantenloseften Souveranitatsbe-Die Erklärung gibt bas Wort souveran felbit. ariffes.

Wir haben früher erwähnt, wie Bodin dem Worte souveran einen anderen Sinn beilegte, als den, der ihm von Saus aus zutam. Sollte die Lehre Bodins auch die Kraft gehabt haben, die ursprüngliche Bebeutung bes Wortes souveran ganz zu verbrängen? sollte bie Sprache ber Staatsrechtslehre fich ftarter erweisen, als die Sprace der Staatspragis und die Sprace des Boltes? An biefem Bunkte feste die von Bedeutung gewordene Beiterentwidelung des Souveranitatsbegriffes ein. Die alte Bebeutung bes Wortes fouveran erhielt fich neben ber neuen. Bie in ber "Geschichte ber Staatsrechtswissenschaft" 8) angeführt, findet fich sogar bei Bobin felbst einmal bie Berbindung absoluement souverain, nach dem Bodin'schen Souveranitätsbegriff nur verftänblich, wenn das Wort souverain im bisherigen Sinne gebraucht war. Umsomehr mußte sich biese Bedeutung bei anderen Schriftstellern forterhalten. Sie mußten in ganz besonderem Maße ben neuen Souveränitätsbegriff in Zusammenhang mit dem alten betrachten, ihn demselben ein-

¹⁾ Brie, Geschichte ber Lehre vom Bunbesftaat, Leipzig 1874, S. 24 R. 87 nennt nur einen Schriftsteller, ber an Hugo's Lehre festhielt, Hert, Elementa prudentiae civilis, Gießen 1689; vergl. auch Land Land Land. Text S. 63.
2) S. 44 N. 8.
3) S. 225 N. 2.

ordnen und in bem neuen nichts anderes sehen als eine Art bes alten, also einen höheren Grad besfelben, eine gesteigerte alte Souveranitat. Sie mußten absolute und einfache alte Souveranitat untericeiben. Benn fie bie lettere nicht relative Souveranitat nannten, fo erklart fich bies baraus, daß sie dafür einen anderen herkommlichen Ausdruck hatten, die souveraineté seigneuriale.

Die Belege für bas Fortbauern biefer alten Bebeutung ber Souveranität und threr Berbindung mit bem neuen Souveranitatsbegriff finden wir besonders bei Lo p seau, Des seigneuries, unter Heinrich IV. (1589-1610) und Lebret, De la souveraineté du Roy (1632), unter Ludwig XIII. (1610—1643). Bei ersterem beißt es chap. II. nr. 92: le royaume de France est la monarchie la mieux establie qui soit, voire qui ait jamais esté au monde, estant en premier lieu une monarchie royale et non pas seigneuriale, une souveraineté parfaicte 1), à laquelle les Estats n'ont aucune part 2). Noch beutlicher finden wir ben Gebanten, daß die Bobin'sche Souveranität nur eine Steigerung, aber immerhin eine Art bes alten Souveranitätsbegriffes ift, bei Lebret. Dort beißt es chap. II. p. 4: d'où l'on peut inférer que nos rois ne tenant leur sceptre que de Dieu seul, n'estant obligés de rendre aucune soubmission à pas une puissance de la terre et jouissant de tous les droits que l'on attribue à la souveraineté parfaite et absolve qu'ils sont pleinement souverains dans leur royaume 3). Es geht aus ihr augleich hervor, daß die Unterscheibung zwischen einfacher und voller Souveranitat in Frankreich febr geläufig war 4).

§ 13. Der Souveranitatsbeariff bes 18. Jahrhunderts. Wir feben alfo, die franzöfische Staatslehre der ersten Hälfte des 17. Jahrhunderts bildet Stufen der Souveränität und, was bas wichtigfte an ihr ift, fie fieht auch in ber einfachen, in ber feigneurialen Souveranität Souveranität. Diese hat nicht nur ben Ramen ber Souveranität , sonbern ift wirtlice Souveranität. Das ergibt das absolue als gleichbebeutend mit parfaite; man kann die unvolltommene Souveranitat als Nichtsouveranitat bezeichnen, aber nicht bie relative.

Das änbert fich nun in der Folgezeit. Die Beranlassung bazu gibt das westfälische Friedensinstrument. In ihm wurde ber Landeshoheit die von Frankreich b) versuchte Bezeichnung Souveranität verweigert, weil fie nur, wie ja auch im Westfälischen Frieden anerkannt war, eine Raifer und Reich unterworfene Gewalt barftelle. Souveran sei ber Raifer allein im Reich. Man hat den Landesherrn also den Namen Souveränität"), den sie nach dessen ursprünglichem Sinn hatten, vorenthalten, weil fie ber Unabhangigkeit entbehrten. Dies hatte zur Folge, baß man als das Besen der Souveränität immer mehr lediglich das Mertmal der Unab=

¹⁾ Und dazu eine andere Stelle (chap. II nr. 6), wo das Wort im Bodin'schen Sinne gebraucht ist: la souveraineté est la forme qui donne l'être à l'état, même l'état et la souvebranch (nt: la souveraineté est la forme qui donne l'etre à l'état, et l'état est aissi appelé pour ce que la souveraineté est le comble et période de la puissance où il faut que l'état s'arrête et établisse. Bergl. auch S. 43 N. 3. 2) Bergl. auch S. mein S. 347 N. 1. 3) Somein S. 347 N. 3.

4) Siehe bazu noch Lebret, chap. 9 p. 19, wo bas Bort sowohl im alten wie im neuen Sinne vortoumnt: mais l'on demande si le roi peut faire publier tous les changements de loix et d'ordonnances de la seule autorité sans l'avis de son conseil ni de ses cours souveraines.

A quoi l'on répond que cela ne conçoit point de doute parce que le roi est veraines. seul souversin (b. h. er teilt bie Souveranität nicht mit ben Ständen) dans son rolaume. Ueber bie hier genannten cours souversines des 17. Jahrhunderts — es wurden im 17. Jahrhundert noch solde errichtet, z. B. das 1679 mit dem Sig in Kolmar errichtete conseil souversin d'Alsace — s. Es m e i n, S. 385 und 390. Sie tragen noch die gleichen Namen wie die Hochgerichte der Barone, die ebenfalls cours souversines genannt waren (Coutumier d'Artois [édit. Add. Tarbif] 47, 63 en la court souversine, c'est-à dire du daron; dergl. Es m e i n, S. 182 R. 1 und Ernst Mayer, Bb. II S. 185 N. 16). So zäh erhielt sich ber alte Sprachgebrauch.
5) Bergl. oben S. 41 N. 6.
6) I. P. O. VIII § 2: status Imperii imperatori et imperio obstrictus est.

⁷⁾ Nach dem französischen Entwurse sollte es zu Art. VIII heißen: que tous les Princes et Etats en général et en particulier seront maintenus dans tous les autres droits de souveraineté qui leur appartiennent.

hãn gigteit in den Bordergrund schob und vergaß, daß bei Bodin die Souveränität nicht blos aus biesem Elemente ber Unabhängigkeit, sondern aus einer Berbindung bieser Eigenschaft mit bestimmten Rechten, die nur dem Souveran zustehen, gebildet ift. Finden sich, sagt Bobin, diese Rechte auch in der Hand von Magistraten oder Unterthanen, dann sei eine summa potestas nicht mehr vorhanden. Sie muffen also ber souveranen Gewalt ausschließlich zu= stehen, propria jura majestatis sein 1). Jest aber wird Souveränität schlechthin mit Unabhängigkeit wiedergegeben. Einen bestimmten Inhalt an Rechten braucht die Souveränität nicht zu haben. Bur Beit J. J. Mofers (1701—1785) ift biefer beschränktere Inhalt bes Bortes Souveranität icon fo febr eingeburgert, bak biefer es gar nicht für nötig halt, bie von ihm beliebte Ibentifizierung von Souveränität und Unabhängigkeit zu erklären. Ohne weiteren Beisat befiniert Moser in seinem Buche "Bon der Landeshoheit überhaupt" 3) die Souveränität als Unabhängigkeit in weltlichen Sachen.

Noch nach einer anderen Richtung hat der Bestfällsche Friede diese Beschräntung bes Souveranitatsbegriffes geforbert. Der Weftfalische Friede bestätigte ben Reichsständen außer bem Gesandtschafts = und Bertragsrecht auch bas jus belli ac pacis, bamit aber ein Recht, welches nach Bodin dem Souveran in seinem Sinn ausschließlich zusteht 8). Es befand sich also ein Majestätsrecht in den Händen von — nach dem gleichen Friedensvertrage — nicht unab= hängigen Gewalten. Das Recht konnte man ben Ständen nicht absprechen und ihre Ubhängigkeit nicht leugnen, wollte man den Boden des positiven Rechtes nicht verlassen. Da der allgemeine politische Zeitgeift berjenige bes Strebens nach bem absolutesten Souveranitätsbegriffe war, sah man keinen anderen Ausweg als ben, ben Souveränitätsbegriff auf bas rein völferrechtliche Glement ber Unabhängigfeit von Rebermann einzuschränten. Un= abhängigkeit von Jebermann und Souveranität wurden Bechselbegriffe. Ber gegenüber Einem abhängig ift, gilt auch gegenüber allen anberen Willen nicht mehr als souveran, nicht mehr nach Innen und nicht mehr gegen andere außere Gewalten.

Einen anderen Ausweg fand Rreittmapr'), ber damit auch in ber Lehre bes Staatsrechtes feine hervorragenbe juriftische Begabung befundete. Er entbedt in bem Bobin'ichen Souveranitätsbegriff die Möglichkeit, benselben ohne Aufgabe des Elementes der Unabhängigkeit als Grundelement in eine abfolute und eine refpettive Souveranitat ju zerlegen, indem er fagte, auch die abhangige Gebietsgewalt - er fpricht nur von ben beutschen Reichsständen — ift souveran, unabhängig, nämlich gegenüber ihren Unterthanen und gegenüber allen anderen Staaten als bem Reich 5). Es fehle ihr wohl die summa potestas im Sinne von Unabhängigkeit von Jebermann, es fehle ihr aber nicht bie Unabhängigkeit, bie Souveranitat. Majestat und Souveranitat find somit nach ibm nicht mehr, wie bei Bobin, Bechselbegriffe; Majestät ift die schlechthin unabhangige, Souveranität die nur in gewiffen Richtungen

3) Geschichte S. 221 R. 2 und 228 R. 6 und bazu oben S. 44 bei R. 8.

^{2) 1778.} 1) Geschichte S. 221 R. 1 und 2.

⁴⁾ Ueber ihn v. Be ch man n in der Allgemeinen Zeitung 1896 wissenschaftliche Beilage Kr. 65 und 66, Landsberg a. a. O., Text S. 223 ff., Noten S. 142 ff.; Geschichte S. 256.

5) Grundriß des allgemeinen, deutschen und bayrischen Staatsrechtes, L. Aust. München 1789, S. 10: "Eine Haupteigenschaft, ohne welche man sich das Wesen der höchsten Gewalt (summum S. 10: "Eine Haupteigenichaft, ohne welche man sich das Weien der höchsten Gewält (summum imperium, majostas) nicht vorstellen kann, ist die Independenz und Unabhängigkeit oder Soudes ränktät, welche aus dem statu naturali sließet, worinn sich summi imperantes sowohl res pectu subditorum als exterorum besinden". Und dazu heißt es nun von der Landeshoheit der Reichstände S. 147 und 148 weiter: "Die reichsständische Landeshoheit oder Oberherrlichseit kommt der in jure publico beschriebenen Majestät oder höchsten Gewalt zwar sehr nahe, jedoch nicht gänzlich dei, denn die Reichsstände sind nicht absolute, sondern nur res pective und zwar in Ansehen ihrer Unterthanen und auswärtigen Staaten, nicht aber intuitu imperatoris et imperii Anwerping und independent. Index der Leifer und Reich sir über Oberhaupt und die höchsten Souverains und independent: Indem fie den Raiser und Reich für ihr Oberhaupt und die höchsten Reichsgerichte in den dahin gehörigen causis für ihren Richter anerkennen muffen. Majostatom veram haben fie also zwar nicht, wohl aber analogam".

unabhängige Gewalt. Kreittmahr ift somit ber Sache nach ber Begründer des Begriffes ber relativen Souveränität, Souveränität im Sinne nicht blos, wie früher, von höherer, sondern von höchster Gewalt genommen.

Der Gebankengang Kreittmahr's stellt sich bogmengeschichtlich betrachtet als eine Fortbildung Bobin'scher Gebankenreihen dar. Bobin hatte, wie wir sahen¹), aus dem Nichtunterworsensein nach Außen auch ein Nichtunterworsensein nach Innen, Freiheit von Unterordnung unter die Unterthanen abgeleitet. Durch den terminus technicus, welcher in dem Borte Unabhängigkeit für diese Freiheit von Unterordnung unter die Unterthanen entstand, war die Idee einer Unterstellung der beiden Freiheiten, der Freiheit nach Außen und derzenigen nach Innen, unter denselben Begriff gegeben. Das neue an Kreittmahr's Lehre ist demnach die Konstruktion der Herrschaft über die Unterthanen als Unabhängigkeit von ihnen und die dadurch erreichte Möglichkeit, Gewalthaber, welche von anderen äußeren Gewalten abhängig sind, doch souverän zu nennen.

Rreittmayr gab bamit zugleich die Erklärung für einen schon vor ihm eingebürgerten, nach der bisherigen Lehre aber an sich nicht aufrecht zu erhaltenden Sprachgebrauch. Die Beschränkung des Begriffes Souveränität auf das Element der Unabhängigkeit von Jedermann, also auf absolute Unabhängigkeit, welcher wir vorhin²) begegneten, hätte, wie schon früher³) eine mal bemerkt, an sich zur Folge haben müssen, daß auch die Namen Souveränität und Rajestät allen abhängigen Gebietsgewalten vorenthalten worden wären, mochten dieselben ihrem Inhalte nach noch so große Aehnlichkeiten mit der souveränen Gewalt ausweisen. Allein hier wirkte die Bodin's Gouveränlichkeiten mit der souveränen Gewalt ausweisen. Allein hier wirkte die Bodin's Gouveränlichkeiten mit der souveränen Gewalt ausweisen, welche der souveränen Gewalt zustanden, waren von Bodin Majestätsrechte genannt. Weil einen großen Teil dieser Rechte auch die der souveränen Gewalt unterworsene Gebietsherrschaft besaß, nannte man auch sie noch souverän. Man nannte sie unvollkommen oder halbsouver nicht als

¹⁾ Oben S. 45 Text bei N. 3.

2) S. 51.

3) S. 48.

4) Sieße ben Ausbrud souverainets parfaite oben S. 50 bei Lohfeau und Lesbret. Ausbrüdlich stellt die beiben Begriffe souverainets parfaite und imparfaite einander Réal, Science du gouvernement Paris 1765 t. IV p. 128 (zitiert von Jellinet, Lehre von den Staatenverbindvungen S. 39 N. 6) gegenüber. Dort heißt es einerseits: il n'y a de souverainets parfaite que celle od le souverain n'a ni supérieur ni égal, est indépendant de toute puissance humaine. Andererseits wird (S. 132) aber davon gesprochen, daß die Souverainität auch un volllo mm en (imparfaite) sein könne und zwar auf viererlei Beise. Und es werden dann die Hälle der Abhängigkeit aufgezählt, in welchen Bodin trohdem noch volle Souveränität angenommen hatte (s. Seschichte S. 222 N. 6), also die Hälle des Tributs, der Rsientel, der Bassalität u. s. w. Ebenio desiniert J. J. Moser, Europäliches Böllerrecht, Erster Teil, Frankfurt 1777, S. 2 und 26 die Souveränität als Unadhängigkeit, unterscheidet aber dennoch ganz und halb-souverän estaaten. Ganz souveräniert ein Staat, welcher unadhängig sit, das ist, dem kein anderer Staat oder Herr in weltsichen Sachen etwas zu besehlen hat. Halbsouveräne Staaten sind Staaten, die ein wahres und wirklichen Sachen etwas zu besehlen hat. Halbsouveräne Staaten sind Staaten, die ein wahres und wirklichen Sachen etwas zu besehlen hat. Halbsouveräne Staaten sind Staaten, die ein wahres und wirklichen Sachen etwas zu besehlen hat. Halbsouveräne Staaten sind Staaten, die sind kaben hat der doch und in seinen Bestischen und weitschlichere Berechtsame sich besänden, welche sonschan zuseichnen seinen, well sie im Bestisch und nur denen ganz unabhängigen Herr von deutschen zusehnen kaben, welche sonschan zusehnen Ausbingen 1778, Erster Teil S. 506. Hier glibt er noch deutslicher zu, daß der Rame halbsouveränen zeit verstanden war, nicht paßte. Er sagt: "Sie glibt Aegenten, welche, odzwar nicht unabhängig, doch viele sonst micht den Souverännen eigene Gerechtsame bestigen, deren

souveran bezeichnen bürsen, benn, wenn Unabhängigkeit zum Wesen ber Sc veränität gehört, so ist eine anerkannt abhängige Gebietsgewalt trop aller sonstigen Aehnlichkeit mit der unabhängigen Gewalt eben doch nicht unabhängig. Sie ist also an sich keine souverane, sondern nur eine ihr analoge, ähnliche Gewalt. Viel richtiger versuhr daher Kreittmahr, wenn er den Reichsständen nur majestas analoga, nicht vera zusprach. Kreittmahr hatte nun die Erstärung gegeben, wodurch sich die Beibehaltung des erweiterten Bodin'schen Sprachgebrauches einigermaßen rechtsertigen ließ. Allein seine Theorie sand keinen Anklang. Wenn man tropsem den erweiterten Gouveränitätsnamen Bodin's beibehielt, sehte per unter einen Ramen zwei verschiedene Begriffe, m. a. W. man gesellte dem einen Souveränitätsd. weiteren hinzu und zwar den, daß man unter Souveränität auch Staatsgewal.

Schränkte man, wie oben bargelegt, ben Souveranitatsbegriff auf dus Moment ber Unabhängigkeit von Jebermann ein, so sah man sich vor die Frage gesten. weder allen nicht unabhängigen Gebietsherrschaften Staatsnatur abzusprechen und insoferne Bobin's Staatsbefinition anzuerkennen, nach welcher Unabhängigkeit nach Außen das rechtlich wesentlichste Moment bes Staatsbegriffes ausmacht, ober man mußte die Bodin'sche Staatsbefinition verlassen und auch nach Außen abhängige Staatswesen als logisch möglich aner= kennen. Den ersten Schritt that, wie wir sahen, ber Sache, wenn auch noch nicht bem Worte, nach Areittmahr, indem er den beutschen Reichsständen majestas vora und damit etwas, was nach ihm zum Wesen bes Staates gehört 1), absprach. Den anderen Weg betraten bie frangolische Staatslehre und J. J. Mofer. Sie nannten bie Gebietsgewalten, welche alle ober bie meisten Rajestätsrechte im Bobin'schen Sinne, nur nicht die majestas selbst befagen, nicht nur fouveran, halb =, unvolltommen fouveran, fonbern auch Staaten, halbfouverane Staaten, Staaten zweiter Ordnung?). Und so ift die Summa dieser Lehre: Bemeinwefen, welche die gleichen Rechte, wie die unabhängigen Staaten, haben, nur nicht biefe Unabhängigkeit felbst, find auch Staaten. Souveranität bedeutet auch die abhängige, der unabhängigen im Uebrigen gleiche Gebietsgewalt; Souveränität bedeutet auch abhängige Staats= gewalt und bamit Staatsgewalt ichlechthin, Berrichaft über Land und Leute, alles, was zu Gebiets- und Bersonalhoheit des Staates gehört; Souveränität ist 1) völlige Unabhängigkeit und 2) die Summe der Rechte des Staates, Staatsgewalt. Bolle Souveränität ift die Staats gewalt mit Unabhän gigkeit, unvollkommene, halbe Souveränität ift bie Staatsgewalt ohn e Unabhängigkeit. Bas nach Bob in nur vereint vorkommen konnte, kann nun getrennt vorhanden sein. Unabhängigkeit nach Außen und höchste Herrschaft im Innern vermögen getrennt zu sein; beibes aber ist Souveranität. Roch bleibt aber der Zusammenhang mit dem Begriff Bobin's, benn noch find nicht alle Rechte, welche bem Souveran zustehen, Majestätsrechte, sondern nur die bestimmten, bei Bodin als solche benannten 3). Der Schwerpunkt der neuen Theorie liegt darin, daß man beides, Unabhängigkeit nach Außen und Hoheit nach Annen, als Souveränität bezeichnete. Das zeigt ein Bergleich mit den Anschauungen ber vorausgebenden Reit. Daß man Beibes unterscheiden muffe, war schon vorber ertannt, aber gerade um deffentwillen barauf gehalten und barnach gestrebt worden, Beibes auch mit verschiedenen Namen zu belegen. So finden wir, daß Grotius, welcher summa potestas für den Staatsbegriff noch für wefentlich halt, innerhalb der summa potestas eine

¹⁾ A. a. O. S. 9: "Das Recht, welches bem Regenten ober Oberhaupt bes Staates zussteht, Alles zum gemeinen Besten besselben zu birigieren und anzuordnen, ist eben das, was man die höchste Macht und Gewalt, zu Latein summum imperium vol majostatom zu nennen psiegt.

2) Es ist der von Jellinet, Lehre von den Staatenverbindungen S. 89 genannte Nehron,

²⁾ Es ist der von Je i i n. et, kehre von den Staatendervondungen S. 39 genannte Region, Principes du droit des gens, Braunschweig 1783, § 65, welcher états du premier und du second ordre unterscheidet. Erstere sind die volljouveranen Staaten.

8) S. oben S. 44 bei N. 8, S. 45 N. 1 und 3.

potestas civilis als die Hoheit nach Innen, und eine summitas, als die Unverantwortlichkeit gegen Andere unterscheibet 1). Und noch beutlicher tritt ber Gedante bei Beibnis bervor. Diefer ichloß für die größeren beutschen Territorien aus bestimmten völkerrechtlichen Befugniffen, bie ihnen wie unabhängigen Staaten gutamen 2), auf eine biefen nabetommenbe rechtliche Stellung berfelben und nannte fie barum souveran und ihre Rechtsftellung Supremat. Da= mit wollte er aber teineswegs ausbruden, daß biefe Territorien wirklich unabhängig seien und barum ben unabhängigen Staaten gleichftunden, sondern er unterscheibet gerade Supremat und majestas ober summum imperium 3). M. a. B: wenn Leib nit biefe größeren Territorien souveran nennt, so meint er bamit souveran im alteren Sinne, als superior, nicht als suprema potestas. Bobin'iche Souveranität will er ihnen weber gang noch teilweise beilegen. Die summa potestas spricht er ihnen sogar ausdrücklich ab. Runmehr werden diese zwei verichiebene Dinge mit einem und bemfelben Namen benannt , von einer boppelten Souveranitat gefprochen.

Die Lehre von ber boppelten Souveranität fiegte. Sie wurde in Theorie und Braris berrichenb. Bas bie Theorie anlangt, so sei auf Gonner hingewiesen. Derfelbe bezeichnet in feinem Teutschen Staatsrecht ') bie beutschen Lanbesberrn ohne weitere Rechtfertigung bes Wortes als halbsouveran und leitet hieraus ab, daß sie auch in völkerrechtlichen Berhältnissen steben. Freilich kommt bei ihm (§ 25), wie schon früher 5) bemerkt, auch noch ber Ausbruck "fubalterner" ftatt "halbsouveraner" Staat vor.

Bas die Brazis angeht, so geben die besten Belege hiefür die Urtunden des Presburger Friebens und ber Rheinbundatte. Sie laffen mit aller Deutlichteit erfeben, wie fich ber Unterfcieb von Boll- und Salbsouveranität und bamit bie boppelte Bebeutung von Souveranität in bas praktifche Staatsleben einburgerte. Der Pregburger Frieden vom 26. Dezember 1805 ipricht ben Ronigen von Babern und Burttemberg und bem Aurfürsten von Baben über alle ibre Befinungen la plénitude de souveraineté und tous les droits au. qui en dérivent 6), und bie Abeinbundatte vom 12. Juli 1806 legt in Art. 4 ben Rheinbundsfürsten la plénitude de la souveraineté bei und rebet in einer Reihe anderer Artikel (17, 18, 19, 20, 22 - 24) bavon, daß bieselben bie in ben einzelnen Artikeln naber aufgegablten Terris torien en toute souveraineté besitzen und barüber tous les droits de souveraineté üben follten. Und in ber Rote, burch welche ber frangofifche Geschäftstrager Bacher bem Reichstag au Regensburg am 1. Aug. 1806 erflarte, bag ber Raifer ber Frangofen bas beutiche Reich nicht mehr anerfenne, heißt es, er thue bies en reconnaissant la souveraineté en tière et absolue de chacun des princes, dont les états composent aujourd'hui l'Allemagne 8). Auf was anderes weist dieses urtunbliche Material hin als barauf, daß die genannten Terri=

¹⁾ Bergl. Gefcichte G. 241 R. 4. 2) Als solche nennt er bas jus educendi militem et participandi negotia publica Europae, b. h. bas Recht, Kriegsvöller ins Felb zu stellen und an den europähichen Staatshanbeln

teilzunehmen. Bergl. auch oben S. 39.

3) Dies bringt er schon im Titel seines unter bem Pseudonym Caesarinus Fürstenerius 1677 erschienenen Abhandlung zum Ausbruck, der lautet de jure suprematus ac loga-1677 erschienenen Abhanblung zum Ausbruck, der lautet de jure suprematus ac legationis principum Germaniae sive (und) de imperatoris Romani majestate (daher auch der Name Ccsarinus-Fürstenerius) 2c. Ausdrücklich sagt er es aber mit den Worten; Si territorium tam sit amplum aut potens, ut aliquid momenti conserat ad rerum summam, suprematus a me vocatur et qui eum tenent "Souverains vel Potentate". Bergl. Schulze, Einleitung S. 63 N. 13; Gierte, Althusus S. 179 N. 166; Stinting-Randsberg, Geschichte der deutschen Rechtswissenschaft, 2. Abteilung (1884) S. 247, 3. Abteilung, 1. Halbband (1898) S. 28 und Noten S. 11; Hartmann, Leibniz als Jurist und Rechtsphilosoph Täbingen 1892.

4) §§ 91 und 227; auch Geschichte S. 256 und 257.

5) S. 48 N. 5.

6) Siehe Schulze, S. 279 N. 5.

7) Bergl. Binding, beutsche Staatsgrundgesete, Heft III Leipzig 1898 S. 7 ss.

8) Schulze, S. 280 N. 7.

torialberren bis zu jener Beit nur eine unvolltommene, eine halbe Souveranität hatten ?

Was zu dieser unvollsommenen Souveränität hinzutrat, um sie zur vollsommenen zu machen, geht aus diesen Urkunden ebenfalls hervor. In der Rheinbundakte Art. 7 wird darüber bemerkt, die Rheinbundsürsten devront nécessairement être indépendans de toute puissance étrangère. In dem Bertrag von Ried vom 8. Oktober 1813 zwischen Desterreich und Bayern gesteht ersteres Bayern die plénitude de la souveraineté und indépendance entière et absolue zu¹). Dagegen werden Gesetzgebung, höchste Gerichtsbarkeit, hohe Polizei, Außebungs- und Besteuerungsrecht in der Rheinbundakte Art. 26 und 27 als Souveränitätsrechte schlechthin bezeichnet. Sie bilden also den Inhalt der Souveränität nach Innen, der Staatsgewalt, denn es sind dies alles Rechte, welche nicht gegenüber dritten Staaten, sondern gegenüber den Unterthanen zustehen. Les droits de législation, de jurisdiction suprême, de haute police, de conscription militaire et d'impôt werden als droits essentiellement inhérens à la souveraineté bezeichnet.

Heute rechnen wir nicht mehr all diese Rechte zu den wesentlichen Rechten des Staates. Wir wissen, daß heute ein Teil dieser Rechte auch den Gemeinden zusteht und daß andere, wie z. B. die Militärhoheit, ihr zustehen könnten, ohne daß dadurch ihr Charakter als Gemeinde gesändert und ihnen Staatseigenschaft zuwachsen würde 2). Bon solch heutigem Standpunkte aus werden wir demgemäß die Frage aufzuwersen haben, worin liegt für diese Theorie, da sie zum Borhandensein eines Staates das Erfordernis der Unabhängigkeit als unnötig ansieht, eigenklich das wesenkliche Moment des Staatsbegriffes. Und die Antwort wird dieselbe sein, die wir auf diese Frage geben. Auch hier werden wir sagen müssen: Staaten sind nach dieser Zehre alle völlig unabhängigen und diesenigen Gebietsgewalten, welche teilweise nach dem Rechte behandelt werden, das zwischen diesen gilt.

Setzen wir die neuere Lehre zum Schlusse noch einmal in Beziehung zum Souveränitätsbegriff Bob i n's. Bei Bodin ist der Gedankengang dieser: Aus der Unabhängigkeit von Außen folgt auch Unabhängigkeit nach Innen. Keine Souveränität nach Innen ohne Souveränität nach Außen. Beides ist untrennbar verbunden. Hier dagegen haben wir eine Souveränität nach Innen ohne Unabhängigkeit nach Außen.

Noch nach einer zweiten Richtung aber entsteht neben Bobin's einheitlichem Souveranitatsbeariff ein felbständiger Teilsouveranitatsbeariff. Wir haben oben 3) dargelegt, wie Bodin aus ber pollerrechtlichen Seite ber Souveranität nicht blos eine Herrschaft über bie cives ac subditos, sondern auch die herrschaft über alle anderen Staatsorgane ableitet. Wer souveran nach Außen ift, ift zugleich oberftes Staatsorgan. Auch in diefem Buntte trat nun eine Spaltung ein. Selbst bas oberfte Organ abbangiger Staatswesen wird souveran genannt. Diese lettere Souveranitatsbedeutung entftand viel früher, mußte früher entsteben, als die erftere. Denn fie betrifft ben Buntt, bezüglich beffen zwischen bem Rechte Deutschlands, Englands und ber Rieberlande einerseits und der Theorie Frankreichs andererseits der stärkste Gegensat bestand. Wie an anderer Stelle 1) naber begrundet, ift nach Bobin's Lehre bie Souveranitat, biefe absolut bochfte Gewalt, nicht eine Eigenschaft bes Staates, sondern bes herrichers. Bobin tennt teine Staats. fonbern nur eine Staatsorganssouveränität; ber Trager ber Staatsgewalt ist jugleich ihr Subjett, ber Staat also lediglich Objett, nicht Subjett ber Staatsgewalt. Souveran ift nicht ber Staat, sondern ber Fürft und bei Demofratien das Bolt. Diefe Auffaffung entsprach bem Wefen bes frangofifchen Staates feiner Beit, unter beffen Ginwirtung boch bie gange Theorie Bobin's ftand. Hier mar reines Erbkönigtum vorhanden. Es war somit ein Leichtes, daß die Theorie entstand, der Rönig herrsche nicht als Organ des Staates, des Bolfes, sondern aus eigenem Recht, eine Auffaffung, bie ibren bezeichnenbsten gesetzlichen Ausbrud in bem

¹⁾ Chenba. 2) Gine Ausnahme macht Tezner; vergl. § 25. 3) S. 45 bei R. 3. 4) Geschichte S. 224.

Ebift Lubwig's XV vom Dezember 17701) fand: nous ne tenons notre couronne que de Dieu 2) und die im übrigen als wirklich zu Recht bestehend schon Lonfe au nachweist, wenn er in seinem Droict des Offices, wie schon früher 3) erwähnt, bavon spricht, baß ber Konig nicht blos exercice, sondern propriété de puissance souveraine besite. Dagegen past biese Auffassung keineswegs für bas Deutsche Reich als solches!), auf bessen Berhältnisse sie zunächst übertragen werden sollte, und noch weniger für England und die Niederlande. Die jebesmaligen Erneuerungen ber Bahltapitulationen in Deutschland und die auch in ben anberen Ländern häufig vorkommenden Abmachungen zwischen König und Ständen waren es, welche bort die Ueberzeugung erhielten beziehungsweise sogar fester werden ließen, daß bas Bolt und bamit ber Staat nicht blos Objett ber Herrschaft bes Monarchen, letterer vielmehr nur Organ, Bertreter, Rießbraucher an bem Rechte bes ersteren fei. Bas wir baber bei Bobin vermiffen, bas finden wir mehr ober minber beutlich ausgeprägt in ben auf Bobin fugenben Ausführungen von Althufius, Hobbes, Bufenborf und befonders Grotius. Wir haben anderen Ortes 5) dargelegt, wie es gerade Grotius ift, welcher diefen Gegensat von regna patrimonialia und non patrimonialia erfannt hat. Nur ber Batrimonialstaat ist ber Staat, in welchem sich das imperium in pleno jure proprietatis imperantis befindet. Für die übrigen Staaten wird das summum imperium dem Bolte, von der ichon fortgeichritteneren Anschauung bem Staate jugefdrieben. Immerbin behalt aber ber Monarch auch hier ben Ramen Souveran. Der Grund hiefur ift, daß er die gleiche außere Ehrenftellung bat, wie ber Monarch im Batrimonialstaat. Allein bag er bie Sobeitsrechte nicht zu eigenem Rechte besitt und nicht er, sondern Bolt ober Staat es find, welchen die Eigenschaft der Unabhängigteit nach Außen zukommt, wird badurch zum Ausdruck gebracht, daß man fagt, er habe lediglich die majestas personalis, nicht die majestas realis ober, majestas und summum imperium unterscheibend, er habe majestas, nicht summum imperium. Im letteren Falle wird bann noch bervorgehoben, die majestas in biefem Sinne fei feine potestas, fondern lebiglich eine dignitas 6).

So hat fich also im Laufe bes 17. und 18. Jahrhunderts eine breifache felbft. ft an bige Bebeutung bes Wortes Souveranität gebildet. Souveranität bedeutet fclecht= hin unabhängige Gebietsberrschaft, bedeutet Staatsgewalt, bedeutet Stellung des Monarchen, jebes Monarchen, bes eigenberechtigten, wie des vertretenden. Auch bei Bobin bebeutet Souveranitat ein Dreifaces, in ber Hauptsache bamit Busammenfallendes, Unabhängigkeit nach Außen, eine Summe bestimmter Hoheitsrechte nach Innen und Eigenschaft bes höchsten Staatsorgans aus eigenem Recht?). Der große Unterschied ist aber ber. Bei Bodin muffen biefe brei Bebeutungen immer zusammen vortommen, bie zweite und britte folgt aus ber ersten. Rach dieser neuen Souveranitätslehre ift jede für sich selbständig, jede kann ohne bie anbere begegnen.

Demgemäß ift es Frage bes einzelnen Falles, zu entscheiben, in welchem Sinne bas Wort in den einzelnen Rechtsurkunden gemeint ist, wenn sich nähere Beisähe, wie volle oder Halbsouveranität, nicht finden. Selbstredend ift, daß, wenn souveran ohne allen Beisat steht, am nächsten liegt, anzunehmen, es sei volle Souveränität gewollt, ferner, daß das Wort auch zu-

Jiambert, Anciennes lois XXII N. 506; vergl. Esmein, S. 848 N. 2. Im politischen Schlagwort bekanntlich burch et de son épée erganzt. S. 42 N. 9.

⁴⁾ Etwas anderes gilt für die Territorien. Diese standen im 17. Jahrhundert im Allgemeinen noch unter dem Gedanken, daß sie Objekte einer Herrschaft des Landesherrn zu eigenem Rechte seinen, s. auch Gierke, Deutsches Privatrecht Bb. I S. 475; Genossenschaftsrecht Bb. II (Berlin 1881) S. 785.

5) Geschichte S. 233 sf.

6) So Grotius, s. Geschichte S. 238 bei N. 8. Althusus nennt den Monarchen nur summus magistratus (ebenda S. 236).

7) Siehe oden S. 46 Text.

gleich in verschiedenem Sinne gebraucht sein kann. Die nach Ort und Zeit verschiedenen politischen Berhältnisse und Strömungen werden immer die nötigen Anhaltspunkte geben. Wenn z. B. die bayerische Bersassurkunde vom 26. Mai 1818 in Titel I § 1 sagt: "Das Königzreich Bahern in der Gesamtvereinigung aller älteren und neueren Gebietsteile ist ein souveräner, monarchischer Staat", so kann nach den Zeitverhältnissen, unter welchen die baherische Bersassung erlassen wurde, kein Zweisel darüber bestehen, daß hier mit souverän die Unabhängigzeit nach Außen gemeint ist, denn das wollte ja gerade die drei Jahre vorher ergangene deutsche Bundesakte vom 8. Juli 1815 in ganz besonderem Maße betonen, daß die deutschen Fürsten in diesem Bunde keine andere Stellung einnehmen sollten, als im Rheinbund. Auch der deutsche Bund sollte ein solcher sein, welcher die plénitude de la souverainete nicht minderte. Ob das vereinbarte lien sederatis, wie der Pariser Friede vom 30. Mai 1814 Art. 6 ¹) sich ause drückte, die Unabhängigkeit der Fürsten im Rechtssinne wirklich unberührt ließ, ob also die Absicht erfüllt war, ist eine andere, hier nicht zu erörternde Frage.

§ 14. Die Entwidelung im 19. Jahrhundert. Wir geben zur weiteren Entwidelung ber Lehre im 19. Jahrhundert über. Sollte die Souveranitätslehre in diesem Jahrhundert einen Fortschritt machen, so mußte entweder der zweite Souveranitätsbegriff beseitigt oder in anderer Weise erklärt werden.

Das Grunbelement ber Souveränität im Sinne Bobin's war Unabhängigleit von jebem anderen, außer bem Gebiet befindlichen Billen und biefes Grundelement wirkte, wie wir faben, auch in ber Folge bei Uebernahme bes Souveranitätsbegriffes in anderen Ländern und Reiten als bas ausschlaggebenbe weiter. Mit biesem Unabhängigkeitsmerkmal vertrug fich noch, bie Stellung bes Monarchen, jedes Monarchen in jedem Staate als Souveränität zu bezeichnen, benn. war er auch in ben Staaten ber Bollssouveränität, um mit Althufius2) zu reben, minor populo, niedriger als das Subjett der Staatsgewalt, fo konnte er doch als souveran bezeichnet werben, weil er über ben anderen Staatsorganen ftand. Er war fouveran, weil er ben Befehlen teines anderen Organs unterftand, von allen unabhängig war. Es war alfo wenigstens Unabhängigleit vorhanden, wenn auch nur relative, nicht absolute. Richt bagegen konnte das wiffenschaftliche Gefühl von ber Erklärung befriedigt fein, mit welcher die berrichend gewordene Behre bas Bort fouveran in ber Busammensepung "balbfouveraner Staat" rechtfertigte. Denn man gieng ja gerade davon aus, daß diesen Staaten Unabhängigkeit fehle, und nannte sie lediglich barum halbsouveran, weil fie die gleichen Hoheitsrechte, wie die souveranen Gewalten, befagen. Der Name halbsouveran war also nicht erklart. Sier mußte ein Fortichritt gescheben, eine Korrektur geschaffen werben. Und fie trat ein, indem man die Bege gieng, welche ein halb Jahrhundert vorher Rreittmahr mit seiner respektiven Unabhängigkeit vergeblich gewiesen hatte. Nicht als ob man bie Lehre Kreittmapr's aufgenommen hatte — ein historischer Rusammenhang ber neuen Erklärung mit ber Theorie Rreittmapr's läßt fich nicht nachweisen —, fonbern man tam von felbst auf biesen Begriff ober eigentlich nicht auf ihn, sonbern auf ben allgemeinen, bem auch ber respettive Souveranitatsbegriff unterliegt, auf ben Begriff ber relativen, ber geminberten (beschränkten) Souveranität.

Schon barin zeigt fich die Selbständigkeit der neuen Lehre gegenüber Rreittmayr. Rreittmayr legt die Relativität seiner respektiven Souveränität in das Berhältnis des beschränkten Staates zu deitten Staaten; die neue Lehre sucht die Relativität in dem Berhältnis des beschränkten Staates zu dem Staate, dem er untersteht. Rreittmayr sindet die Beschränkung der Souveränität des abhängigen Staates in der Beschränkung der Zahl der Staaten, gegenüber Welchen er unabhängig ist, die neue Lehre in der Beschränkung der Zahl der Hoheits-

¹⁾ Les États de l'Allemagne seront indépendans et unis par un lien fédératif.
2) Gefdichte S. 286.

rechte, in welchen berfelbe fich absoluter Souveranitat erfreut. Rreittmapr legt bem abhangigen Staatswesen Unabhängigkeit gegenüber ben Unterthanen und ben auswärtigen Staaten (rospectu subditorum et exterorum) bei 1); bie neue Lehre Unabhängigkeit von Jebermann, auch von bem Staate, bem ber halbsouverane Staat untersteht, wenn auch nur in bestimmten Angelegenheiten. Sie wahrt bemnach bem halbsouveranen Staate fogar Unabhangigkeit gegen Rebermann, also echte Souveranität, während nach Areittmabr nur Unabhangigkeit gegen beftimmte andere Rechtssubjette besteht. Darin war der Fehler ber Kreittmapr'ichen Theorie gelegen, daß fie davon ausging, als fei der halbsouverane Staat gegenüber den übrigen Staaten völlig frei, mabrend nach dem politiven Bollerrecht die Abbangigfeit eines Staates von einem anberen beffen Geschäftsfähigfeit boch nicht blos biefem, fonbern allen anberen Staaten gegenüber ichmälert. Die beichränkten Bollerrechtsfubjekte find beichränkt geschäftsfäbig im Berbaltnis zu allen anderen Staaten.

Allein man wurde fehlgeben, wenn man glauben wurde, burch biefe beffere Ertenntnis ber völlerrechtlichen Bebeutung beschränfter internationaler Geschäftsfähigfeit fei bie Rorrettur ber bisherigen Erklärung veranlaßt worben. Dag man bazu gelangte, auch für halbsouverane Staaten eine gewisse Unabhängigkeit in Anspruch zu nehmen, erklart fich vielmehr aus ber politischen Geschichte. Bon bem Gebanten ber Bollsouveranität war bas Staatsleben ber erften Hälfte dieses Jahrhunderts erfüllt. Namentlich in Deutschland, Desterreich und der Schweiz war bies ber Fall. Das taum erworbene Recht volltommener Unabhangigteit wollte genoffen werben. Ueber Nichts wachte man aufmerkfamer als fiber bie Erhaltung bieses Rechtes. Besonders die Mittel- und Aleinstaaten wetteiferten darin. Man war gegen Alles eingenommen, was geeignet schien, diese volle Souveranitat zu verlegen. So erklart fich, warum 1815 eine festere Staatenverbindung, ein Bundesstaat oder ein grundsätlich auch die inneren Berhältnisse betreffenber Staatenbund nicht zustanbetam2). Auf besonberen Bunfc Baberns wurde bem Borte Bundesfürsten in ber beutschen Bundesatte ber Beisat "souveran" hinzugefügt3). Und auch die der Organisation des Deutschen Bundes in ihrer Loderheit analoge Schweizerische Bundesverfassung vom 8. September 1814 hebt ausbrucklich die Souveranität der Rantone hervor. Sofern nun Beiten tamen, wo thatfachliche Notwendigkeit ober höhere politifche Ginficht zu einem Berzicht auf volle Selbständigkeit den Anlaß gaben, war der Uebergang erleichtert, wenn man nachweisen konnte, daß die Unabhangigkeit nicht genommen, sonbern nur geminbert fei, in bestimmten Angelegenheiten noch volle Unabhängigkeit gegen Jebermann bestehe.

Aus biesem Gebankengange heraus erklärt sich bie Bestimmung ber Schweizerischen Bundesverfassung vom 12. September 1848 Art. 3: "Die Rantone sind souveran, soweit ihre Souveranitat nicht durch die Bundesverfassung b e f chr an tt ift, und üben als folche alle Rechte aus, welche nicht ber Bundesgewalt übertragen find"; nicht minder § 5 ber Deutschen Reichsverfassung vom 28. März 1849: "Die einzelnen beutschen Staaten behalten ihre Selbständigteit, soweit dieselbe nicht durch die Reichsverfassung beschränkt ift; sie haben alle staatlichen Hoheiten und Rechte, soweit biese nicht der Reichsgewalt übertragen find". Ganz besonders beutlich tritt der Gebanke aber in der Berfaffung des Rantons Appenzell-Außerrhoden vom 15. Oftober 1876 Art. 1 hervor4), wenn es bort heißt: "Der Kanton Appenzell bilbet einen freien bemotratischen Staat und als solcher ein unabhängiges Glied ber Schweizerischen Eidgenossenschaft in dem Maße, als die kantonale Souveränität nicht durch die Bundesverfaffung beidrantt ift 5).

¹⁾ Siehe oben S. 51 R. 5. 2) Schulze S. 298.
3) Ebenba S. 303; Eingang ber Bundesakte: "Die souveranen Fürsten und Freien Stäbte Deutschlands sind übereingekommen, sich zu einem beständigen Bunde zu vereinigen.
4) Dare ste, Les constitutions modernes, 2. Aust., Paris 1891, Bb. I S. 547.
5) Bergl. auch ben Borentwurf eines Schweiz. Strafgesethuches nach ben Beschlässen ber

Im Uebrigen find die drei gesonderten Begriffe, welche fich im Laufe der vorausgegangenen Sahrhunderte mit dem Borte Souveranitat verbunden haben, bis heute erhalten. Bir begegnen bem Borte allein ober mit bem Beifage voll ober gang für ben absoluten Souveränitätsbegriff Bobin's. So, wenn im Art. 1 bes vorläufigen Friedensvertrages vom 26. Februar 1871 bavon die Rede ist, daß Elfaß-Lothringen dem Deutschen Reiche für immer mit "vollem Souperanitats: und Gigentumerechte" übertragen werbe, ober wenn im Berliner Bertrag vom 13. Juli 1878 die indépendance ohne Zusat für Montenegro (Art. 26), Serbien (Art. 34) und Rumanien (Art. 43) anerkannt wird.

Die Bezeichnung ber Staatsgewalt als Sonveränität ift namentlich in Frankreich üblich, feit die Erklärung der Menschenrechte vom 20.-26. August 1789 in Art. 3 den Sat ausge= spromen: Le principe de toute souveraineté réside essentiellement dans la nation 1). Am bezeichnenbsten tritt biese Bebeutung in der bort geradezu allgemein angenommenen Unter= scheibung von in nerer und äußerer Souveränität hervor. Das eine sind die sog. äufieren, bas andere die inneren Hoheitsrechte. So befiniert 3. B. Esmein2) die Souverănităt als bie autorité supérieure aux volontés individuelles dans la nation unb făbrt fort: elle a deux faces, la souveraineté intérieure, ou le droit de commander à tous les citoyens composant la nation et même à tous ceux qui résident sur le territoire ; la souveraineté extérieure, ou le droit de représenter la nation et de l'engager dans ses rapports avec les autres nations. Bon ber Unabhängigkeit nach Außen als einer anderen Bebeutung bes Wortes Souveranität wird hier gar nicht gesprochen. Diese Unabhängigkeit nach Aufen wird wohl für ein natürliches Erfordernis des Staates erklärt, aber ba, wo bas Wort Souveranitat erflart wirb, zu biefem Borte gar nicht in Beziehung gefest. Die betreffenben Ausfübrungen lauten: ce qui constitue en droit une nation, c'est l'existence, dans cette société d'hommes, d'une autorité supérieure aux volontés individuelles. Cette autorité, qui naturellement ne reconnait point de puissance supérieure ou concurrente quant aux rapports qu'elle régit, s'appelle la souveraineté und nun foigt der Sat : Elle a deux faces u. f. w.3).

Cbenfo begegnet biefe Bebeutung befonders in völlerrechtlichen Bertragen, namentlich in folden bes internationalen Rolonialrechtes. hier wird von Souveranitätsrechten im Sinne von Hobeiterechten gesprocen 1). Deutschland felbst vermeibet in ben von ihm allein, b. h. nicht mit anberen Rolonialmächten abgeschloffenen Rolonisationsverträgen biese Berwendung bes Bortes Souveranität neuerdings und gebraucht dafür Hoheitsrechte 5); ebenso die Deutschen Staaten bei Bertragsschlüffen unter einanber.

Noch mehr als in ber zweiten hat fich ber Ausbrud Souveranität in ber britten Bebeutung erhalten, also für die Bezeichnung bes höchften Staatsorgans, für Staatsorganssouveranität. Bolfssouveranitat (souveraineté nationale) und Herrschersouveranitat sind allgemein gebrauch-

1895 €. 542-594.

Expertenkommission, Bern 1896, Art. 172, wornach mit Zuchthaus bestraft wirb, wer eine frembe Macht zu veranlassen sucht, die Unabhängigkeit der Eidgenossenstelle with, wei eine steine Kacht zu veranlassen sucht, die Unabhängigkeit der Eidgenossenssenstelle ihrer Teile anzugreisen. Aehnlich sagt die Verfassung Mexikos vom 12. Febr. 1857 Art. 1, daß das mexikanische Bolk eine repräsentative, demokratische und föderal verfaste Mepublik bilde, welche sich

mezikanische Bolk eine repräsentative, demokratische und föderal verfaßte Kepublik bilde, welche sich aus freien und souveränen Staaten zusammensehe (Dareste a. a. D. Bd. II S. 465).

1) Ueder die Wiederkehr diese Sayes seitbem s. die Zusammenstellung dei Pierre, Traité de droit politique électoral et parlementaire, Paris 1898, S. 116.

2) Eléments de droit constitutionnel S. 1.

3) Nehnlich Moreau an dem S. 32 N. 7 genannten Ort S. 8; Hauriou (s. ebenda N. 6) S. 25 st.; Le Fur, État fédéral et Consédération d'États, Paris 1896, S. 444; Bonssils-Fauchille, S. 78. Nuch in England ist die Unterscheidung üblich; vergl. Lawrence, Principles of International Law (London 1895) S. 64 und Handbook of Public International Law, 4. Nust. S. 20; Holland a. a. D. S. 44, 45, 349.

4) Vergl. z. B. die Kongoakte vom 26. Febr. 1885 Art. 7, 8, 10, 11 st.

5) Vergl. v. Stengel, Die beutschen Schutzebiete in den Annalen des Deutschen Reiches 1895 S. 542—594.

liche Worte 1). Es ift in bieser Richtung sogar eine Erweiterung eingetreten. Richt nur das wirklich höchste Organ im Staate, sondern jedes lediglich aus einer einzigen physischen Person bestehende Organ, welches die äußeren Ehren eines höchsten Organes rechtlich genießt, wird Souveran genannt 2). Souveran heißt der König von Belgien, obwohl nicht er, sondern das belgische Parlament Träger der obersten Staatsgewalt in Belgien ist.

Bu ben aus bem vorigen Jahrhundert übernommenen drei Bebeutungen sind aber in neuester Beit noch zwei weitere getreten, mit welchen wir uns noch in anderem Zusammenhange deschäftigen haben werden. Einmal wird Souveränität in neuester Zeit in Gegensatzu Suzzeränitäts= und Protektoratsrechten gestellt; von Souveränität wird gesprochen, wenn die Herrsschaft über einen anderen Staat eine intensivere als bloße Suzeränitäts= und bloße Protektoratsgewalt ist. Hierüber bedarf es an dieser Stelle keiner weiteren Bemerkung. Dagegen ist auf die zweite neue Bedeutung schon hier etwas näher einzugehen.

Hänel und Georg Meyer gebrauchen bas Wort innere und außere Souveranität in einem anderen Sinne, als die oben angeführte französische und englische Staatslehre. Nach biefer ist innere Souveränität die Berwaltung der inneren, äußere Souveränität die Berwaltung ber auswärtigen Angelegenheiten bes Staates. Im Sinne Hänel's und Meper's ist innere Souveranität ausschließliches Herrschaftsrecht über alle im Staate befindlichen Rechtssubjette, äußere Souveranität Unabhangigkeit nach Außen. Innere Souveranität kann auch vorhanden fein, wenn außere fehlt. "Bereinbar mit ber Souveranitat, fagt Sanel"), find Berrichafts. verhältniffe, Protektorate, Lehensverhältniffe und mit ihnen Staatenbunde insofern und insoweit, als fie die inneren Berhaltniffe gwischen ber Staatsgewalt und ben Unterthanen nicht ergreifen, sondern vielmehr den von außen beherrschten Staat im Bollbesit aller Herrschaftsrechte und Aufgaben im inneren Berhaltnis zu feinen Angehörigen laffen und bamit bas eigene und ausfoließliche Recht besselben auf ben Gehorsam seiner Unterthanen nicht berühren. " Und Georg Meyers) brudt ben Gebanken so aus: "In ber Freiheit von ber Herrschaft anderer Gemeinwesen zeigt fich die außere (vollerrechtliche), in der Ueberordnung über die auf bem Gebiete befindlichen Bersonen und Korporationen die innere (ftaatsrechtliche) Seite der Souveränität." Rum Begriffe der inneren Souveränität gehört also die Külle staatlicher Hoheitsrechte gegenüber ben Unterthanen. Sie ist vorhanden, solange eine bem Staat übergeordnete Gewalt nicht unmittelbar den einzelnen Unterthanen des Staates Befehle erteilen kann b).

Fragen wir nach der dogmengeschichtlichen Herkunft dieses neuen Begriffes innere Souveränität, so ist selbstverständlich, daß sich derselbe aus dem Grundbegriffe der absolut höchsten Gewalt nicht ableiten läßt; denn er soll ja gerade auch dem abhängigen, dem beherrschten Staate beiwohnen. Dogmengeschichtlich ist er vielmehr eine Abänderung der Souveränität im zweiten Sinne. Souveränität in diesem Sinne ist gleichbedeutend mit Staatsgewalt. Staatsgewalt ist höchste Macht im Staate, Ueberordnung über alle auf dem Gebiete besindlichen Rechtssubjette, Richtvorhandensein einer gleichgestellten Gewalt im Staate.

Den Begriff sachlich betrachtet, ist es unzutreffend anzunehmen, dieses Berhältnis werbe gestört, wenn auch eine andere, höhere Staatsgewalt den Unterthanen Besehle erteilen dürse. Denn der Begriff Souveranität im Sinne von Staatsgewalt verlangt, wie wir früher barlegten, nur keine Gleichordnung der "auf" dem Gebiete besindlichen Rechtssubjekte. Unsere Gewalt ist dagegen eine über dem Gebiet besindliche, nicht eine auf das Gebiet beschränkte. Der Begriff der Souveränität im Sinne von Staatsgewalt heischt lediglich Freiheit von Unterordnung

¹⁾ Besonders beutlich die Berfassung von Sachsen-Altenburg von 29. April 1831 § 4: "Der Herzog ist als souveraner Landesherr das Oberhaupt des Staates, vereinigt in sich die gessammte und ungeteilte Staatsgewalt".

²⁾ Bergl. v. Seybel, Borträge aus dem allemeinen Staatsrechte, Annalen 1899, S. 249. 3) § 18. 4) Deutsches Staatsrecht Bb. I S. 118. 5) A. a. O. S. 18. 5) Bergl. Meyer, S. 34 und 89. 6) S. 19 f.

unter andere Gewalten, beren räumlicher Wirtungstreis sich mit bem Staatsgebiete bedt. Es scheint mir hier die Uebertragung eines Gebankens der Souveränität im dritten Sinne, der Staatsorganssouveränität, auf den zweiten Souveränitätsbegriff vorzuliegen. Für diese Organssouveränität ist notwendig, daß der Souverän alle dem Staat zustehenden Hoheitsrechte in sich vereinigt, nicht dagegen für den Begriff Staatsgewalt, daß alle Hoheitsrechte in ihr vereinigt sind. Es kann ihr auch nur eine beschränkte Anzahl von Hobeitsrechten zustehen.

Bum Abschluß dieser historisch-empirischen Betrachtung muß der Bollständigkeit wegen noch eine weitere, für unsere augendlickliche Untersuchung allerdings nebensächliche Umänderung des Bodin'schen Souveränitätsbegriffes Erwähnung finden, die sich stillschweigend vollzog. Wie schon wiederholt') beachtet, unterläßt Bodin, unter den Majestätsrechten auch die Kirchen-hoheit zu nennen. Der Grund hiefür ist sein Eintreten für Toleranz in religiösen Dingen. Hieraus abzuleiten, Bodin hätte mit dem Staatsbegriffe eine Unterordnung unter die Kirche für vereindarlich gehalten, geht nicht an, tropdem er den Staat dem jus divinum unterordnet.

Sanz abgesehen davon, daß Bodin doch nahezu ausschließlich die französischen Bershältnisse zur Grundlage seiner Theorien macht, das Frankreich seiner Zeit bereits aber jede Unterordnung unter das Kapstum bestreitet, verbietet es die Ausbrucksweise Bodins. Bei der Schärse, mit welcher er seine Begriffe saßt, würde er den Souverän nicht als denzienigen desiniert haben, welcher nächst Gott keinen Höheren über sich kennt, wenn er eine Untersordnung des Staates unter die Kirche als mit der Souveränität verträglich angesehen hätte. Allein die Nachsolge Bodins, namentlich in Deutschland, nahm stillschweigend jene Aenderung am Bodin'schen Souveränitätsbegriffe vor. Sie geht davon aus, daß Souveränität nur Unzabhängigkeit in weltlichen Sachen sei. Dhne sich in dieser Richtung irgendwie erst zu verteibigen, definiert z. B. J. No ser die Souveränität als Unabhängigkeit in weltlichen Sachen d. Souveränität ist also im Lause der Zeit auf weltliche Herrschaft eingeschränkt.

II. Dogmatifcher Inhalt bes Souveranitätsbegriffes.

§ 15. Die verschiedenen Bedeutungen von Souveränität. Am Ende der geschicktlichen Entwickelung angelangt, erwächst uns die Aufgabe, soweit es noch nicht geschehen, für
das geltende Recht wissenschaftlich zu prüfen, ob alles, was die empirische Entwickelung als
souverän und Souveränität bezeichnet, auch wissenschaftlich unter diesen Begriff gebracht zu
werden vermag. Denn die Wissenschaft ist an die Ausdrücke der Berträge, Gesetze und sonstiger
Staatsakte nicht gebunden. Ergibt sich für die wissenschaftliche Betrachtung, daß etwas, was
in einem Bertrage oder einem Gesetze souverän genannt wird, die Grundmerkmale des Souveränitätsbegriffes nicht erfüllt, so entbehrt es für die wissenschaftliche Auffassung der Souveränität und stellen Bertrag und Gesetz, welche trozdem den Namen Souveränität gebrauchen,
insoferne einen unverbindlichen Bertrags- und Gesetzsindalt dar.

Bir mussen davon ausgehen, daß in dem heute geltenden Rechte der Bodin'sche Souveränitätsbegriff insoserne allgemeine Aufnahme gesunden hat, als in ihm Souveränität grundsählich nicht mehr blos höhere, sondern höchste und zwar schlechthin höchste Gewalt bedeutet. Nur die Abweichung von der Bodin'schen Souveränitätsdefinition ist im Lause der Zeiten eingetreten, daß Souveränität nicht mehr jede absolut höchste Gebietsherrschaft, sondern nur mehr die schlechthin höchste weltliche Gebietsherrschaft bedeutet. Die schlechthin unabhängige weltliche Gebietsgewalt ist die Grund bedeutung von Souveränität im heutigen Rechte.

¹⁾ Hande, Bobin, eine Studie über ben Begriff ber Souveränität, Breslau 1894, S. 84; Geschichte S. 221 N. 2; Landmann a. a. O. S. 83 ff.; Dod, S. 122 ff.
2) Bergl. oben S. 51 und S. 52 N. 4. — Affolter, S. 18, 61 behauptet, Souveränität sei nur ein politischer Begriff.

Hieraus ergibt sich sofort, daß die Verwendung des Wortes Souveränität für Staatsgewalt und für oberstes Staatsorgan an sich unzuläsig ist. Was zum Wesen der Staatsgewalt gehört, ist, daß sie über allen anderen auf dem Gebiete besindlichen weltlichen Rechtssubjetten steht, was das höchste Staatsorgan auszeichnet, ist seine Ueberordnung über alle anderen Organe des Staates. Das Wesen der Staatsgewalt und des obersten Staatsorganes betrifft ein Verhältnis der U eber ordnung, eine Beziehung positiven Inhalts, das Wesen der Souveränität ein Verhältnis der Unabhängigseit, also eine Beziehung negativen Inhalts. Staatsgewalt haben und oberstes Staatsorgan sein bebeutet Herrschaft über Andere, Souveränsein heißt Unabhängigseit von Anderen.

Man sagt nun wohl: Auch die Staatsherrschaft und die Stellung als oberstes Staatsvorgan sind Unabhängigkeit. Die Staatsgewalt ist unabhängig von allen Unterthanen, das oberste Staatsorgan unabhängig von allen anderen Staatsorganen. Allein diese Unabhängigkeit ist doch nur die Wirkung einer Herrschaft. Die Unabhängigkeit von den Unterthanen bildet für die Gebietsherrschaft nicht deren Boraussehung, sondern deren Wirkung, während Unabhängigkeit von höherer Gewalt Voraussehung, nicht Wirkung der Souveränität im echten Sinne ist. Daß der souveräne Staat über seine Unterthanen herrscht, solgt nicht erst aus seiner Souveränität, d. h. Unabhängigkeit, sondern schon aus seinem Wesen als Gebietsgewalt. Im Wesen der Gebietsgewalt liegt, daß dieselbe über alle auf dem Gebiet besindlichen Rechtssubjekte herrscht. Und aus dem Wesen des Trägers der Staatsgewalt als des obersten Staatsorgans solgt, daß derselbe über allen anderen Staatsorganen steht.

Und hiezu tommt: selbst, wenn sich Staatsgewalt und Stellung des obersten Staatsorgans aus dem Begriffe der Unabhängigkeit ableiten ließen, zum Begriff der Souveränität
gehört Unabhängigkeit von Jedermann. Zum Wesen der Staatsgewalt dagegen gehört, weil
es auch abhängige Staaten gibt, nur Ueberordnung über alle auf diesem Gediete befindlichen
Menschen und weltlichen juristischen Persönlichkeiten. Und ebenso ersordert das Wesen
bes obersten Staatsorgans lediglich Ueberordnung über die Organe dieses Staates. Souveränität ist Unabhängigkeit von Jedermann, Staatsgewalt und Stellung des obersten Staatsorgans sind Ueberordnung blos über eine bestimmte Anzahl von Menschen.

Man könnte glauben, noch beswegen berechtigt zu sein, die Staatsgewalt als Souveränität und das oberste Staatsorgan als Souverän zu bezeichnen, weil der Staat diejenige weltliche Gebietsgemeinschaft ist, welche der absolut unabhängigen, also der souveränen weltzlichen Gebietsgemeinschaft rechtlich gleich gestellt ist. Allein die Ueberordnung über die auf dem Staatsgediete besindlichen Rechtssubjekte beruht ja gar nicht auf dieser Gleichstellung des abhängigen Staates mit dieser souveränen Gebietsgemeinschaft, diese Ueberordnung solgt vielzmehr aus dem Wesen der Gebietsherrschaft. Quidquid est in territorio est etiam de territorio, gilt für alle Gebietskörperschaften. Auch die Gemeinde hat grundstlich Herrschaft über alle in ihrem Gebiete Besindlichen. Und ebenso liegt es im Wesen des obersten Organs einer jeden juristischen Persönlichseit, daß es allen anderen Organen derselben übergeordnet ist. Somit dürsen die Staatsgewalt als solche, d. h. die in ihr enthaltenen Rechte als Souveränität und die Stellung des obersten Staatsorgans nur mit dem Bewußtsein als souverän bezeichnet werden, daß man dabei die Ausdrücke Souveränität und souverän für etwas gebraucht, was sachlich unter diese Begriffe überhaupt nicht fällt.

Will man trogdem den Namen Souveränität für diese anderen Begriffe auch in der wissenschaftlichen Sprache beibehalten, weil die Sprache des positiven Rechtes und der Staats-praxis sie so nennt, so ist es jedenfalls ein Gebot der wissenschaftlichen Klarheit, durch Zu-und Beisätze erkenndar zu machen, daß wir es hier mit einem anderen Souveränitätsbegriffe

¹⁾ Siehe S. 60 bei R. 6 und S. 19.

zu thun haben, als mit bemjenigen, welchen wir als ben grundlegenden bes heute geltenden Rechtes bezeichneten. Die Souveranitat im Sinne von Staatsgewalt lagt fich gut als Souveranitat im ft a at & rechtlichen Sinne, als Souveranitat nach Annen1). bie Souveranität des oberften Staatsorgans als Staatsorgansfouveranität bezeichnen. Der Unterschied von völker- und staatsrechtlicher Souveränität ift also nicht sowohl, wie Manche *) meinen, zu verwerfen, sonbern im Gegenteil festzuhalten. Nur bas ist wohl zu beachten, daß nach ber hier vorgetragenen Meinung voller= und ftaatsrechtliche Souveranität nicht blos die zwei Seiten ein und besfelben Begriffes barftellen, eine Meinung, welche Georg De per3) und ihm folgend Beilborn4) vertreten, fondern vielmehr als zwei verschiedene Begriffe aufzufaffen find, die nur infolge ihrer gemeinsamen geschichtlichen Burgel benselben äußeren Namen tragen 5).

§ 16. **Die Frage der geminderten Souveränität**. Wehr Bebenken erregt die Frage, ob es wiffenschaftlich ftatthaft ift, bie fog. halb fouver an en Staaten überhaupt souveran zu nennen, benn hier wirb, wie wir gefeben haben 6), bie Borftellung erwedt, als feien biefe Staaten mit echter völlerrechtlicher Souveranitat begabt, wenn auch nur mit folder g e min = berten Umfanges.

Der Beweis dafür, daß bies möglich sei, wird gewöhnlich 7) in ber Weise geführt, baß man fagt, Souveranität im echten Sinne ift Unabhangigfeit und Unabhangigfeit von boberer Gewalt läßt fich auch innerhalb eines beschräntten Wirkungstreises benten. Auch die Souveranitat muß also nicht notwendig eine unbeschränkte sein 8).

Um biefer Beweisführung voll gerecht zu werden, ist es erforberlich, zunächst ben Begriff ber Unabhängigkeit, wie er uns fonft im öffentlichen Rechte begegnet, naber zu betrachten.

Wir geben babei am Beften von bem gegenteiligen Begriffe Abhangigkeit aus. Wir haben Abhangigleit früher *) als gesteigerte Unterwerfung unter ben Willen eines Anberen, als Unterordnung unter bie Gewalt eines Anderen befiniert 10). An der hand unserer positiven

1) Holland, S. 326, internal sovereignty.
2) Hieher zählen Jellinet, Staatenverbindungen S. 24 und v. Stengel in Schmolsler's Jahrbuch 1898 S. 769, 778, 785. Beibe meinen fibereinstimmend, was man völlerrechtliche Souveranität nenne, sei nur der notwendige Rester, den die staatsrechtlich höchste Gewalt nach Außen werse, oder wie es v. Stengel S. 769 ausdrückt, es sei eine notwendige Folgerung aus dem Begriffe der höchsten Gewalt im Staate, daß derselbe auch nach Außen von jeder ans aus dem Begriffe der höchsten Gewalt im Staate, daß derselbe auch nach Außen von jeder ansberen Macht unabhängig sei, benn, wenn ein Gemeinwesen von einem anderen in seinen äußeren Beziehungen abhängig sei, so könne man jedenfalls zweiseln, ob ihm auch nach innen die oderste Gewalt zustehe. An Je I linef schließt sich Le Fur, S. 444 an. Was gegen diese Meinung zu bemerken, ist dieses, daß die höchste Herrschaft im Inneren eben die Gedietsherrschaft ist, diese aber nach ihrem Begriff nur Herrschaft über alle im Gediete Besindlichen, also nur relative, nicht absolute Herrschaft ersordert. Bersieht aber Je I linef unter der staatsrechtlich höchsten Gewalt die schliechthin unabhängige Gewalt, so ist es eben keine rein staatsrechtliche, sondern eine durch ein völkerrechtliches Moment erweiterte staatsrechtliche Gewalt.

3) A.a.D. S. 18.

4) Das Protestorat, Bersin 1891, S. 48. Ebenso Burgeß Bd. 1 S. 52 st.

5) Des pagnet, Essai sur les protectorats, Paris 1896, S. 14 erkennt die Verschenheit der Begriffe, hält es aber sir richtiger, nur die innere Souveränität souveraineté, die äußere dagegen indépendance zu nennen. Aus erstere sei die eigentliche wahre Souveraineté, die äußere dagegen indépendance zu nennen. Aus erstere sei die eigentliche wahre Souveraineté, die mürbe nicht dem Sinne entsprechen, welchen das Wort Souverainität im heutigen positiven Rechte grundsällich hat. Sie würde lediglich dem älteren, von der wörtlichen Bedeutung von Souveränität

würde nicht dem Sinne entsprechen, welchen das Wort Souveränität im heutigen positiven Rechte grundsäglich hat. Sie würde lediglich dem älteren, von der wörtlichen Bedeutung von Souveränität ausgehenden Begriffe gerecht. Nur dann, wenn Souveränität auch heute noch grundsäglich blos Superiorität, nicht Supremität bedeutete, könnte dieser Terminologie beigetreten werden. Uehnlich, wie De Rpag net, übrigens schon Brie, Theorie der Staatenverdindungen, Festschrift für Heibelberg, Breslau 1886 S. VIII.

6) Es ist die Lehre von der respektiven oder relativen Souveränität, S. 51 und 57.

7) Vergl. Gg. Meyer, S. 39 N. 16 und oden S. 23 N. 1.

8) Es mag bemerkt sein, daß hiebei unter beschränkter Souveränität nicht die an die Mitwirkung anderer Staatsorgane gebundene Aussübung der Bolsouveränität durch das oberste Staatsorgan, sondern Vollsouveränität lediglich in bestimmter Klichtung, in bestimmten Angelegenheiten, berstanden wird.

9) S. 12.

10) Otto Maner, Berwaltungsrecht Bb. I S. 67 9) **S.** 12.

nennt Gewalt bie Fabigfeit eines rechtlich überwiegenben Billens.

Rechtsordnung ergibt sich nun, daß die rechtlichen Aeußerungssormen dieser stärkeren Araft des einen Willens über den anderen Leitung und Aufsicht, Leitung und beaufsichtigendes Eingreifen sind.

Daß Leitung und Aufsicht die Merkmale der Abhängigkeit darstellen, erhellt besonders aus einem Zusammenhalt von § 151 des deutschen Gerichtsversassungsgesetzes vom $\frac{27.}{17.(20.)}$ Mai 1898 mit dessen § 148. In § 151 wird die Staatsanwaltschaft als in ihren Amtsverrichtungen von den Gerichten unabhängig bezeichnet. In § 148 dagegen heißt es, daß die Staatsanwälte unter sich und gegenüber der Landes= und Reichs=Justizverwaltung einer Leitung und Aufsicht unterstehen. Damit ist unzweiselhaft ihr Abhängigkeitsverhältnis gegen ihre Vorgesetzen und gegen die Landes= und Reichs=Justizverwaltung umschrieben. Aussicht und Leitung sind demnach die Merkmale des Gewalt= oder Abhängigkeitsverhältnisses. Das Fehlen von Leitung und Aufssicht in Erfüllung von Geschäften ist das Zeichen von Unabhängigkeit. Das Gleiche solgt aus dem Reichsbankgeset vom 14. März 1875, wenn es daselbst in § 12 heißt, die Reichsbanksei eine unter Aussicht und Leitung des Reichskanzlers stehende Bank.

Diefe Beifpiele, bie fich unichwer vermehren liegen, mogen genugen und nur noch folgendes bemerkt fein. Ginmal, daß zur Abhängigkeit Aufsicht b. b. eventuelles aufsichtliches Einschreiten allein genügt. Wer auch blos unter solcher Aufsicht steht, ist abhängig 1), währenb auf der anderen Seite unabbängig nur ist, wer Freiheit von Aufsicht und Leitung genießt. Lebiglich, weil fie gegenüber ben Berichten von Beibem befreit ift, wird bie Staatsanwaltschaft als von ihnen unabhangig bezeichnet. Und bann ift noch zu beachten, bag für bas Borhandensein von Leitung oder Aufsicht nicht schon hinreicht, wenn Bindung durch fremden Willen in einzelnen Fällen, in einzelnen Richtungen vorliegt, fondern daß grundfählich ber Gesammt= einbrud, das, was vorwiegt, hierüber entscheibet. Das Ueberwiegen des Einen ober Anderen, der Unterordnung oder des Freiseins, ist ausschlaggebend. Es ist möglich, daß Zemand ausnahmsweise an die Mitwirkung, Zustimmung oder Genehmigung eines Anderen gebunden ist; eine Unterordnung unter ihn liegt um bessentwillen noch nicht vor. Nach unserem heutigen Rechte werden Mann und Frau in der Che als gleichberechtigt angesehen, die Willensmächte Beider gegen einander als einander gleichwertig betrachtet, obwohl der Sat gilt, daß bei Meinungsverschiebenheit die Stimme bes Mannes ben Ausschlag gibt. Es fehlt, bag bas Bestimmtfein burch fremden Willen vorwiegt. Ferner ift Leitung nicht schon vorhanden, wenn ein Wille an bie Mitwirkung bes anderen im Einzelfalle gebunden ist 1). Leitung liegt lediglich bann vor, wenn ber Einfluß, welchen bie eine Perfonlichkeit über bie andere übt, grundfaglich größer ift als ber, den diese über jene übt. Im ersteren Falle ist die Selbständigkeit, die Unabhängigkeit nur beschränkt, nicht aufgehoben. D. a. B.: Freiheit von Leitung und Aufsicht und bemgemäß Unabhängigkeit ist vorhanden, wenn die Bermutung für Freiheit von Billensbestimmung burch Andere spricht, Aufsicht und Leitung und bamit Abhängigkeit liegt vor, wenn bie Gebundenheit burch fremben Willen eine grundfapliche ift.

Es untersteht keinem Zweisel, daß das positive Recht diese also sestgesellte Un abshängigkeit auch nur als eine te il weise kennt. Nach dem deutschen Gerichtsversassungszgeses § 1 wird die richterliche Gewalt durch un abhängige, nur dem Gesehe un terworfen e Gerichte ausgesibt. Dieser Sah zeigt in aller Deutlichkeit eine Berbindung von Unabshängigkeit und Unterworsenheit. Unabhängig sind die Gerichte gegensber der Berwaltung, abhängig gegensber der Gesehgebung und, wie sich hinzusügen läßt, gegensber den Rechts-

¹⁾ Z. B. Reichs-Börsengeset vom 22. Juni 1896 § 1; Reichs-Unfallversicherungsgeset vom 6. Juli 1884 § 87: "Die Genossenschaften unterliegen in Bezug auf die Besolgung bieses Gesetzes ber Beaufsichtigung bes Reichsversicherungsamtes".

2) Aehnlich Brie, Theorie der Staatenverbindungen S. IX.

mittelentscheidungen der Obergerichte. Je nachdem den Gerichten also verschiedene Wirkungsträfte gegenüberstehen, haben wir teils Unabhängigkeit teils Abhängigkeit derselben. Und dazu kommt noch, daß die Unabhängigkeit der Gerichte lediglich für ihre Ausübung der richterlichen Gewalt besteht. Rach § 4 des Einführungsgesehes zum Gerichtsversassung der richterlichen Gewalt besteht. Rach § 4 des Einführungsgesehes zum Gerichtsversassung der richterlichen ben ordentlichen Gerichten auch Geschäfte der Justizverwaltung übertragen werden. Für diese genießen die Gerichte gegenüber der Berwaltung keine Unabhängigkeit. Und endlich ist die Unabhängigkeit der Gerichte in Ausübung ihrer richterlichen Thätigkeit nur eine relative. Sie bezieht sich lediglich auf den materiellen Inhalt, nicht auf die Form ihrer Thätigkeit. Wir haben also einmal eine Unabhängigkeit, beschränkt auf das Berhältnis zu gewissen anderen Willen, und dann eine Unabhängigkeit, beschränkt auf gewisse Angelegenheiten, und drittens eine Unabhängigkeit, beschränkt auf gewisse Angelegenheiten erslediat werden.

In ahnlicher Beife zeigen fich biefe verschiebenen Arten von nur teilweiser Unabhangigfeit in ber Einrichtung ber fog. felbständigen Finanzbehörden. Was die erstere Art angeht, io ist die staatsrechtliche Stellung der preukischen Derrechnungstammer bezeichnend. & 1 bes preußischen Gesehes vom 27. März 1872 bestimmt : Die Oberrechnungstammer ift eine bem Ronig unmittelbar untergeordnete, dem Ministerium gegenüber selbständige, b. h. eben unabbangige Behörbe. Sie ift also abhängig und unabhängig zugleich, beibes gegenüber verschie= benen Organen. Ein Beifpiel bafur, bag eine Beborbe berfelben anberen Beborbe in ben einen Angelegenheiten untergeordnet, in anderen nicht untergeordnet ift, liefert bann die preufische Hauptverwaltung der Staatsschulben, deren Stellung durch preußisches Geset vom 24. Februar 1850 geregelt ift. Diefelbe ift bort babin bestimmt, bag bie Sauptverwaltung ber Staatsichulben als eine von ber allgemeinen Kinangverwaltung abgesonberte, selbstänbige Beborbe besteben und ber Oberleitung bes Finangministers nur soweit unterliegen solle, als bies mit ihrer "Unabhängigkeit" vereinbar fei; und bas Gefet gahlt nun in § 6 die Geschäfte auf, bezüglich beren diese Behörbe unbedingt verantwortlich und barum von einer Unterordnung unter bie Beisungen bes Finanzministers frei fei. In allen übrigen Beziehungen bat fie ben Anordnungen bes Ministers Folge zu leiften 1).

In ber vorhin an britter Stelle genannten Form erscheint die Unabhängigkeit bei ber "Berwaltung bes Reichsinvalidenfonds". Diefe Reichsbehörbe ift gegenüber berfelben böheren Stelle in berfelben Angelegenheit teils abhängig, teils unabhängig. Nach § 11 bes Reichsgesetes vom 23. Dai 1873, wodurch bie Schaffung biefer Beborbe veranlagt murbe, foll biefe Berwaltung von der allgemeinen Finanzverwaltung abgesondert und felbständig sein, jeboch ber oberen Leitung bes Reichstanglers insoweit unterliegen, als bies mit ber ihr nach § 12 baselbst beigelegten Unabhangigkeit verträglich ift. Diefer § 12 erklart, bag ber Borfigende und die Mitglieder der Beborbe für a efet magige Unlage, Berrechnung und Berwaltung bes Fonds unbedingt verantwortlich feien, und forbert von benfelben vor Antritt ihres Amtes die Ableiftung eines Gides babin, "baß fie fich von ber Erfullung biefer ihnen mit eigener Berantwortlichfeit obliegenden Bflichten burch feine Anweisung ober Berordnung irgend einer Art abhalten laffen follen". Somit hat die Berwaltung bes Reichsinvalidenfonds ihre Geschäfte nach Leitung bes Ranglers zu führen, aber andererseits Recht und Pflicht, unabbangig und felbständig zu prufen, ob die vom Rangler ausgebenden Leitungsanordnungen mit ben für Anlage, Berrechnung und Berwaltung gegebenen gesetzlichen Borschriften fich in Uebereinstimmung befinden.

Wenn wir nun fragen, ob Alles, was in ben gesammten hier angezogenen Gesethesbestimmungen als Unabhängigkeit bezeichnet wird, sich auch noch im Sinne unseres oben best-

¹⁾ Bergl. v. Stengel, Staatsrecht bes Königreichs Preußen, Leipzig und Freiburg 1894, S. 251.

nierten Unabhängigkeitsbegriffes als Unabhängigkeit bezeichnen läßt, ob es also auch logisch eine nur teilweise Unabhängigkeit zu geben vermag, so kann es keinem Zweisel unterliegen, daß unsere Definition "grundsähliches Fehlen von rechtlicher Leitung und Aufsicht" in den beiden ersten Fällen gesehlicher Wischung von Unabhängigkeit und Abhängigkeit erfüllt ist.

Es sind das die Fälle der Unabhängigkeit nur von gewissen anderen Wirkungsmächten und der Unabhängigkeit nur in gewissen Angelegenheiten, mit welchen sich also Abhängigkeit gegenüber anderen Personen, beziehungsweise Abhängigkeit von den gleichen Personen in ans beren Angelegenheiten verbindet.

Es kann nicht bestritten werben, daß im Verhältnis der Gerichte zu der Verwaltung, ber Oberrechnungskammer zu den Ministern grundsählich jede Aufsicht und Leitung der Verwaltung, beziehungsweise der Minister sehlen. Es ist demnach durch die Abhängigkeit vom Gesetze, beziehungsweise bei der Oberrechnungskammer vom Könige das Woment der Unabhängigkeit in der anderen Richtung in keiner Weise berührt. Unterordnung unter Leitung, beziehungsweise Aussicht ist teilweise vorhanden, teilweise serührt. Und das Gleiche gilt hinssichtlich des zweiten Falles. Trozdem die Gerichte in ihrer rechtsprechenden Thätigkeit von Unterordnung unter die Verwaltung frei sind, äußert diese Verwaltung gegenüber den Gerichten doch einen überwiegenden Willen in Sachen der Justizverwaltung. Und ein ähnliches Verhältnis liegt in der Stellung, welche die preußische Hauptverwaltung der Staatsschulden zum Finanzminister einnimmt. Die Unterordnung derselben unter die Anweisungen des Finanzministers in dem einen Teile ihres Geschäftskreises hebt ihre Freiheit von solcher Unterordnung unter den Finanzminister in dem übrigen Teile ihrer Geschäftsthätigkeit nicht auf.

Eine andere Frage ift, ob sich von einem Nebeneinanbergeben von Unabhängigkeit und Abhängigleit im Sinne unserer Definition auch im britten Falle sprechen läßt. Die Gerichte find in ihrer formellen Geschäftsführung ber Leitung und Aufficht ber Juftigverwaltungsftelle unterworfen. Die Verwaltung bes Reichsinvalibenfonds untersteht wohl für ihren ganzen Geschäftstreis ben Anordnungen bes Reichstanzlers, aber fie ift boch befugt, beffen Anordnungen ben Geborfam zu verweigern, wenn bieselben nach ihrer Meinung mit ben gesehlichen Borschriften über die Berwaltung des Fonds nicht in Einklang stehen. Nach unserer Definition entscheibet das Grundsäkliche, das Borwiegende, das Borwiegen der Freibeit, das Borwiegen ber Unterordnung, ber Gesammteinbrud ber Beziehung. hiernach ift tein Zweifel, bag bei ben Gerichten die Freiheit, bei der Berwaltung des Reichsinvalidenfonds die Gebundenheit vorherricht. Auch fonst find ja die Berwaltungsbehörden, wenn auch nur in engen Grenzen, näm= lich nur in Bezug auf die Frage ber Uebereinstimmung mit ben Strafgefeten, berechtigt, bie Gefehmäßigkeit ber bienftlichen Anordnungen ihrer Borgefehten einer Brufung zu unterwerfen, und doch zweifelt niemand daran, daß sie trobbem zu den böheren Stellen in einem Berbältnis ber Unterordnung stehen. Es liegt somit bei den Gerichten nicht blos eine Teilunabhängigkeit und bei den Berwaltungsbehörden nicht bloß eine Teilabhängiakeit vor, sondern es kann lediglich gesagt werden: Bei den Gerichten besteht eine beschränkte Unabhängigkeit, bei der Berwaltung des Reichsinvalidenfonds eine beschränkte Abhängigkeit, beschränkt in dem Sinne genommen, wie er oben S. 64 erläutert wurde, wonach Beschränkung, nicht Aufhebung der Unabhängigkeit vorliegt, wenn jemand nur ausnahmsweise ober im Einzelfalle an die Rustimmung. Witwirkung ober Genehmigung eines anberen Willens gebunden ift.

Immerhin haben wir erkannt, daß die sonstige positive Rechtsordnung einen dem Prinzip der Teilung zugänglichen Unabhängigkeitsbegriff ausweist. Es ist nun die Frage, ob sich diese Wöglichkeit einer teilweisen Unabhängigkeit auch mit dem Unabhängigkeitsmerkmal verträgt, welches wir als den wesenklichsten Bestandteil des Souveränitätsbegriffes angesprochen haben.

Auch bei ihm liegt bas Wesen der Unabhängigkeit in der grundsählichen Freiheit von Leitung und Aufsicht durch Andere. Das nächste Beispiel liefert in dieser Richtung für uns

Deutschland. Art. 4 ber Deutschen Reichsversafzung unterstellt bestimmte Angelegenheiten der Reichs-Beaufsichtigung, d. h., wie hier nicht näher auszuführen, dem Reiche wird in diesen Angelegenheiten eine Beaufsichtigungsbefugnis gegenüber den Einzelstaaten zuerkannt. Das Reich kann zu diesem Behufe Aufschluß bei den Staatsregierungen erholen, Beamte dorthin absenden, Erhebungen veranlassen, Sachverständige einvernehmen u. s. w. 1). Und dann sind die Gliedstaaten zweiselsohne in den verschiedensten Angelegenheiten der Leitung des Reiches unterworsen. Sie unterstehen der Reichsgesetzgebung und auch zum Teile Verwaltungsbesehlen der Reichsorgane²).

Ein anderes Beispiel würde das Berhältnis Transvaals zu England nach dem Pretoriavertrag vom 3. Aug. 1881 liefern 3). In demselben wird die Suzeränität, welche sich England troß der den Einwohnern des Landes bewilligten vollständigen Selbstregierung (complete
selfgovernment) über Transvaal vorbehielt, dahin umschrieben, daß England die Kontrolle
(control) über die auswärtigen Beziehungen Transvaals einschließlich des Vertragsverkehrs
und die Besorgung des diplomatischen Berkehrs Transvaals im Auslande verbleiben solle.
Aussicht und Leitung sind hiedurch als wesentliche Momente der Suzeränität und damit eine Gewalt Englands über die südafrikanische Republik anerkannt.

Es fragt sich bemgemäß, ist eine Abschwächung ber in ber Souveränität enthaltenen Unabhängigkeit in der Weise möglich, daß nur ein Teil der über ein Gebiet herrschenden Gewalt in Unabhängigkeit von anderen Gewalten besessen wird. Ist es beispielsweise möglich, daß ein Staat Ordnung und Schutz des Privatrechtes unabhängig, Ordnung und Schutz des öffentlichen Rechtes unter Leitung und Aussicht einer höheren Gewalt besitzt?

Nähere Erwägung ergibt, daß mit dem in der Souveränität enthaltenen Unabhängigkeitsbegriffe eine folche Teilung unverträglich ift. Der Unabhangigkeitsbegriff, ben wir eben verfolgt haben, ift von haus aus ein relativer. In den bisher behandelten Fällen hat es sich immer nur um Unabhängigkeit im Berhältnis zwischen Organen ein und berselben Gebiets= gewalt gehandelt. Sagen wir, bem ober jenem Gerichtshof, bem oberften Gerichtshof tomme vollkommene Unabhängigkeit au. fo meinen wir felbstverständlich : innerhalb ber Gebietsgewalt, welcher er angehört. Also ift biefer Unabhangigfeitsbegriff icon seinem Grundcharafter nach ein sehr relativer. Run läßt sich gewiß nicht leugnen, bag auch dem Begriffe Staatssouveranität eine gewisse Relativität innewohnt. Staatssouveranität bezeichnet Unabhangigfeit nur von weltlichen Gemeinschaften. Aber wir muffen boch im Auge behalten, daß fich ber Begriff "absolut" innerhalb ber Relativität aller irbischen Berhältniffe gebilbet hat. Er bezeichnet bas, was innerhalb eines weiten Gattungsbegriffes im Berbaltnis zu ben Arten, welche zu biefer Gattung gehören, als unabhängig erscheint. Der Begriff weltliche Gemeinschaftsgewalt stellt eine Gattung von genügender Beite bar. Ueber bie ganze Erbe ist er in unzähligen Arten verbreitet. Bon allen biefen, b. h. alfo von allen weltlichen Gemeinschaften biefer Erbe ift bie souverane Gemeinschaft unabhangig. Das genugt, um ihr im Sinne irbifc befchrantter Begriffswelt absolute Unabhängigfeit zuzusprechen. Diese absolute Unabhängigfeit ift, wie wir früher 1) faben, icon aufgehoben, wenn bie Kontrolle auch nur foweit geht, bag man ertennt, ob sich das andere Rechtssubjett innerhalb ber Grenzen seiner Angelegenheiten halt, bas hanbeln innerhalb biefer Grenzen daher ein völlig freies bleibt. Wenn also z. B. die Schweizerische Bundesverfassung vom 28. Mai 1874 bie Rantone für souveran erklärt, soweit diese ihre Souveranität nicht durch die Bundesverfassung beschränkt ift, und hinzufügt, sie übten als folde, b. h. als fouverane Gemeinwefen, alle Rechte aus, welche nicht ber Bunbesgewalt über-

¹⁾ Bergl. v. Seybel, Kommentar S. 59 ff.; Hänel S. 811. 2) Nach § 4 bes Biehseuchengesetz bes Reiches vom 1. Mai 1894 3. B. kann ber Reichskanzler nötigenfalls auch die Behörden der beteiligten Bundesstaaten unmittelbar mit Weisungen versehen. 3) Bergl. Staatsarchiv Bb. 40 S. 198.

tragen seien, so kann bies wissenschaftlich nicht babin ausgelegt werden, dak man sagt : in den ber Bunbesgewalt nicht übertragenen Angelegenheiten ist ihre Souveränität nicht beschränkt, find sie von der Bundesgewalt nicht abhängig, sondern, wissenschaftlich betrachtet, liegt auch in diesen Dingen für die Rantone leine Souveränität vor. Es gibt wissenschaftlich nach dem Begriff ber absoluten Souveränität teine Teilbarteit berselben. Die Unabhängigteit der Herr= schaft trägt den Begriff der Unbeschränkbarkeit im Sinne eines nicht auf bestimmte Angelegenheiten Beschränktseins in sich 1). Rann somit einem politischen Gemeinwesen von einem anderen ber bindende Befehl erteilt werben, nicht über gewiffe Grengen hinauszugehen, unterliegt es also — in diesem Sinne ist ja Kontrolle gemeint — dem aufsichtlichen Einschreiten eines anderen Willens. so ist Unterordnung unter einen anderen Willen. Abbängigseit von ibm vorhanden; denn es fehlt dann Unabhängigkeit von jeder anderen weltlichen Gewalt. 🛮 Gesteigerte Unterwerfung unter eine andere weltliche Gewalt hebt den Souveränitätsbegriff auf. Wer in einer arbheren Summe von Angelegenheiten dem überwiegenden Willen, dem auflichtlichen Einschreiten eines anderen unterworfen ist, bem fehlt Souveranität. Man mag ihn, weil er nur dem auffichtlichen Einschreiten, nicht auch der Leitung eines anderen untersteht, noch autonom ober selbständig nennen2); souverän kann ein solcher Wille nicht mehr genannt werden, wenn anders mit dem Worte ein fester Begriff, eben der aus der Geschichte des Souveranitäts= rechtes fich ergebenbe Begriff verbunden fein foll. Jener Wille hat in den genannten Angelegenheiten noch Unabhängigkeit, aber nicht mehr souveräne Unabhängigkeit, b. h. Unabhängig= feit von jeber anberen weltlichen Gewalt.

Somit ist es falsch, wenn man sagt, die nur teilweise unterworfenen Staaten hätten geminderte Souveränität. Ge mind erte Souveränität ist feine Souveränität. Es gibt nur eine volle Souveränität. Erst mit ihr beginnt die Souveränität. Es ist unzutressend, wenn man behauptet, in der sog. Halb souveränität sei wirkliche Souveränität, im Sinne der eigentlichen, der völlerrechtlichen Souveränität vorhanden, wenn auch nur eine teilweise. Es gibt im Sinne des insoweit von der heutigen Staats und Völlerrechtsordnung adoptierten Bodin'schen Souveränitätsbegrisse keine halbe, geteilte, vermin derte, relative Souveränität, sondern nur eine absolute; Unabhängigkeit von jeder anderen weltlichen Gemeinschaftsgewalt.

Man hat noch den Bersuch gemacht, für die sog. geminderte oder geteilte Souveränität das Borhandensein einer wirklichen, von jeder anderen weltlichen Gewalt unabhängigen Souveränität dadurch zu erhalten, daß man sagte, Souveränität sei auch innerhalb eines dessignänkten Bereiches und ohne Kompetenz-Kompetenz zu benken. Der souveränen Gewalt könnten Grenzen ihrer Kompetenz gesetzt sein. Bur Souveränität eines Gemeinwesens sei nur erforderlich, daß die demselben zustehenden Kompetenzen ihm ohne seinen Willen nicht entzogen werden dürsen. Allein eine solche Rechtslage macht das in seiner Thätigkeit beschränkte Gemeinwesen in diesen Ausgaben noch nicht unabhängig, denn es bleibt unter der Kontrolle der anderen Gewalt, da diese jedensalls das Recht hat, im Wege aussichtlichen Einschreitens sestzustellen, ob das betressend Gemeinwesen sich innerhalb der seiner Thätigkeit gesteckten Grenzen hält, und dasselbe nötigensalls in seine Grenzen zurückzuweisen vermag. Hieraus solgt aber, daß jenem Gemeinwesen dadurch, daß ihm seine beschränkte Gewalt nicht wider seinen Willen entzogen werden kann, noch nicht Unabhängigkeit von jeder anderen weltsichen Gewalt verliehen

9) Bergl. Laband, Bb. I S. 66 und Rofin in ben Annalen bes beutschen Reiches 1883 S. 270. 4) So Georg Meyer S. 19.

¹⁾ Bergl. Bornhak, Allgemeine Staatslehre S. 219.
2) Autonom wird im Berliner Vertrag vom 18. Juli 1878, Art. 9 Bulgarien, selbständig in der deutschen Reichsverfassung vom 28. März 1849 der einzelne Bundesstaat genannt (vergl. S. 58); im Pretoriavertrag vom 8. Aug. 1881 wird Transvaal vollständige Selbstregierung zuserkannt; vergl. vorige Seite.

wird, sondern die Rechtslage ist lediglich die, daß die Ausübung der höheren Gewalt über bies Gemeinwesen an bessen Mitwirkung gebunden ift, eine Bindung, die, wie wir bereits bemerkt haben 1), mit dem Unabhängigkeitsbegriff und, wie wir noch später sehen werden, insbesondere auch mit dem Unabhängigkeitsbegriff des Souveränitätsrechtes wohl verträglich ift. Es ift wohl eine gewiffe Unabhangigfeit gegeben, aber nicht bie bem Souveranitatsbegriff eigentumliche, die souverane Unabhangigkeit. Somit bleibt als Resultat auch jest noch: Die sog, geminderte Souveränität ist überhaupt keine Souveränität. Im eigentlichen, im völkerrechtlichen Sinne bes Wortes gibt es nur eine volle ober keine Souveranität. Folgt baraus nun, baß man auch ben Ausbrud halb souver anitat zu verwerfen habe? Unserer Meinung nach ist bies nicht erforberlich. Bu vermeiben ift lediglich ber Ausbrud relative, geminderte, geteilte, teilweise Souveränität. Diese Ausbrücke erwecken bie Borstellung, als wäre, wenn auch nur in geringerem Umfange, Souveranität im Sinne von voller Souveranität, b. h. Unabhangigkeit von jeber anderen weltlichen Gewalt vorhanden. In bem Borte Balbfouveranität ift bagegen ausgebrudt: es fehlt biese Souveranität; es liegt etwas ber Souveranität Nabes, aber es liegt weniger als Souveranität vor : es ist nicht in einem beschränften Umfreis Bollsouveranität gegeben, sonbern Vollsouveranität fehlt in jeber Beise; nur etwas ihr Nahes ift vorhanden. Das ber Souveranität Rabe ift aber die Unabhängigkeit, die relative Unabhängigkeit von anderer weltlicher Gewalt. Das Wesen ber Souveränität liegt in ber Unabhängigkeit. Bei einem Staatswesen, welches von keiner anderen weltlichen Gewalt in irgend einem Punkte abhängt, wirb biefe Unabhängigkeit Souveranität genannt. So mag man bie relative Unabhängigkeit anderer Staaten auch Souveränität nennen, aber nie Souveränität schlechthin, sondern eben Halbsouveranität *). Heißt die absolute, die volle Unabhängigkeit Souveranität, so werde die relative, die halbe Unabhängigkeit Halbsouveranität genannt.

Bu ben halbsouveränen Staaten treten dann die volltommen nichtsouveränen nichtsouveränen Staaten besteht nur mehr ein quantitativer Unterschied, denn beide sind nichtsouveräne Staaten. Die halbsouveränen Staaten sind nichtsouveräne Staaten, dei welcher die Aufsicht oder Leitung von Außen nur einen geringeren Umsfang hat. Die volltommen nichtsouveränen Staaten sind nichtsouveräne Staaten, dei welchen auch nicht mehr von einer relativen Unabhängigkeit zu reden ist, indem dieselben in allen ihren Angelegenheiten der Aufsicht und Leitung eines anderen Gemeinwesens unterstehen. Diese vollstommen nichtsouveränen Staaten, wie herkömmlich, zum Unterschied von den halbsouveränen Staaten als nichtsouveränen Staaten schaehn sich bezeichnen, ist zu vermeiden, weil eben im technischen Sinne auch die halbsouveränen Staaten nichtsouverän sind. Das vollkommen nichtsouverän weist dagegen auf das Borhandensein noch eines Wittelbegriffes hin.

Das Ergebnis unserer ganzen Untersuchung ist bemnach: Das Wort Souveränität wird für sehr verschiedene Begriffe gebraucht, für Staatsgewalt, Oberstes Staatsorgan, Unabhängigkeit von jeder anderen weltlichen Gebietsgewalt und im Sinne von Halbsouveränität für weltliche Gebietskörperschaften, welche eine relative, der vollen Souveränität verhältnismäßig nahekom= mende Unabhängigkeit besigen. Dabei ist das wichtigste dieses: Staatsrechtliche und völker= rechtliche Souveränität sind nicht zwei Seiten ein und desselben Begriffes, sondern verschiedene Begriffe. Es ist also unrichtig, von einer Teilung oder Beschränkung der Souveränität in dem Sinne zu sprechen, daß man sagt, ein Staat könne auch blos die staatsrechtliche Souveränität besigen, aber die völkerrechtliche entbehren. Hier liegt keineswegs Teilung eines Be=

¹⁾ Bergl. S. 64 bei N. 2. 2) Zu verwerfen ist also ber namentlich bei Bölkerrechtsschriftstellern, z. B. bei (Lawen en c.e., Handbook of public international Law 4. Aust. London 1898 S. 39 u. A., vorkommende Ausbruck unvollkommen unabhängige (not fully independent) Staaten, sofern unter Unabhängigkeit basselbe wie Souveränität gemeint ist.

griffes vor, sondern es fehlt einer von zwei Begriffen. Die Anschauung, als hätten wir es mit zwei Seiten ein und besselben Berhältnisses zu thun, von welchen aber nur die eine, die staatsrechtliche, unbedingt notwendig sei, erklärt sich daraus, daß beide Eigenschaften dem gleichen Rechtssubjekt, dem Staate, eigentümlich sind. In Wirklichkeit kann die Frage der Teilungsund Minderungsmöglichkeit der Souveränität für die völkerrechtliche und die staatsrechtliche Souveränität nur getrennt erhoben werden. Für die völkerrechtliche Souveränität haben wir die Wöglichkeit solcher Teilung und Minderung bereits verneint. Für die staatsrechtliche Souveränität ist die Frage an anderer Stelle, bei der Lehre von den Versassungs- und Regierungs- formen, zu untersuchen.

Dritter Abschnitt: Die Staatenverbindungen.

§ 17. Die Hauptgruppen der Staatenverbindungen. Bisher haben wir den Staat lediglich als isolierte Erscheinung und lediglich den einzelnen Staat in seinem Verhältnis zum Souveränitätsbegriff betrachtet. Allein aus unseren Erörterungen über den Staats- und Souveränitätsbegriff ergeben sich auch Konsequenzen für das Verhältnis der Staaten unter einander. Die wichtigste Konsequenz, welche in dieser Richtung in Vetracht kommt, ist die, daß der Staat in Abhängigkeitsverhältnissen zu stehen vermag. Denn wir haben ja gesehen, völkerrechtliche Souveränität ist für den Staat nicht unbedingt notwendig, somit kann er von anderen Gewalten abhängig sein. Und zwar sind die Abhängigkeitsverhältnisse, in welchen er zu stehen vermag, von geistlichen Gewalten abgesehen, solche und nur solche gegen andere Staaten und gegen Gesmeinschaften von Staaten.

Auch bas ergibt sich aus dem Bisherigen. Bon ben in seinem Gebiet vorhandenen Rechtssubjekten kann der Staat nicht abhängig sein — das verbietet sein Besen als Gebietsherrschaft —,
wohl aber von den außerhalb seines Gebietes vorhandenen Gewalten. Benn wir die geistlichen
Gewalten außer Betracht lassen, können als solche nur Gebietsherrschaften in Frage kommen.
Denn nur solche haben wir als dem Staat gleichstehende Gemeinschaften erkannt. Und zwar
müssen es staatliche Gedietsherrschaften sein, denn einmal gilt es und als empirische Thatsache,
daß der Erdball nicht unter Gemeinden, sondern unter Staaten ausgeteilt ist, und dann regelt
die Beziehungen des Staates nach Außen nach dem Staatsbegriffe, wie wir ihn kennen lernten,
eben grundsählich das Bölkerrecht; unter Bölkerrecht stehen aber von Gedietsgemeinschaften nur
Staaten. Also sind des Bewalten, zu welchen der Staat in Abhängigkeitsverhältnisse zu treten
vermag, nur Staaten und demgemäß ist es die Lehre von den Abhängigkeitsverhältnisse ut reten
vermag, nur Staaten und demgemäß ist es die Lehre von den Abhängigkeitsverhältnisse erhält=
nissen zwischen Staaten, zu welcher wir durch unsere Erörterungen über den Staatsund Souveränitätsbegriff unmittelbar geführt werden.

Aber noch zu einer anderen Art von Staatsbeziehungen leiten uns die bisherigen Ersörterungen hin. Zum Begriffe der völkerrechtlichen Souveränität gehört, wie wir gesehen 1), Unsabhängigkeit von jeder anderen weltlichen Gewalt. Souveräne Staaten können zu anderen Staaten also nur im Verhältnis der Gleichordnung stehen. Und das führt noch weiter. Das Bölkerrecht ist das Recht, welches die Verhältuisse zwischen souveränen, zwischen unabhängigen Staaten ordnet. Nach Bölkerrecht werden aber, wie früher dargelegt 2), auch die abhängigen Staaten behandelt. Daher kommt es, daß auch die abhängigen Staaten gegenüber anderen Staaten, als solchen, zu welchen sie in einem Abhängigkeitsverhältnisse stehen, als unabhängig, somit grundsählich als unabhängig gelten. Die grundsähliche Freiheit eines jeden Staates von

^{1) 6. 61.}

Einwirkung anderer Staaten, die sog. Gleichberechtigung der Staaten bilbet die Basis der Bolkerrechtsordnung. Nur bei Anerkennung solch gegenseitiger Unabhängigkeit vermag überhaupt der Friede zwischen den Staaten und somit die Bölkerrechtsordnung zu bestehen 1). Auch die abhängigen Staaten besinden sich demnach in Verhältnissen der Gleichordnung. Und so sehen wir: Es gibt zwei Arten von Beziehungen der Staaten zu einander, Verhältnisse der Subund Verhältnisse der Koordination. Dieselben sind nunmehr im Einzelnen zu prüsen.

§ 18. Wesen und Arten der Abhängigkeitsverhältnisse. Zunächst handelt es sich darum, sestzustellen, wann das eine, wann das andere Verhältnis zwischen Staaten vorliegt. Die Begriffe, welche in Frage kommen, sind auch hier die Begriffe der Unabhängigkeit und Abbängigkeit. Somit ist hier ebenfalls auf die früher angegebenen Merkmale des Fehlens, bezw. Borhandenseins von Unterordnung unter Aussicht und Leitung das Augenmerk zu richten und zwar ist insbesondere hervorzuheben, daß ein Abhängigkeitsverhältnis noch nicht vorhanden ist, wenn sich die Bindung an einen fremden Willen lediglich auf einen Einzelfall bezieht. Um von einem Abhängigkeitsverhältnis sprechen zu können, muß ein grundsähliches Ueberwiegen des einen Staates über den anderen gegeben sein. In dieser Beziehung bildet ein typisches Beispiel die in den letzten Jahren, namentlich 1896, vielfältig erörterte Stellung Transvaals zu England. Sie ist eine andere nach dem schon oben don verwähnten Pretoriavertrage vom 3. August 1881, eine andere nach der Londoner Konvention vom 27. Febr. 1884.

Nach bem Bretoriavertrage ist England schlechtbin die Kontrolle der auswärtigen Beziebungen Transvaals einschließlich ber Bertragsschließung und die Führung der diplomatischen Geschäfte Transvaals mit auswärtigen Mächten durch seine, bei ben betreffenden Staaten zugelaffenen biplomatischen und konsularischen Beamten eingeräumt, wie auch bestimmt, daß ber britische Resident in Pretoria den Schriftwechsel Transvaals mit England über seine Berhältniffe zu auswärtigen Staaten vermitteln folle. Dagegen besagt die Londoner Ronvention vom 27. Februar 1884 8) lediglich, daß die fübafritanische Republit mit teinem anderen Staate außer dem Oranje-Freistaat und mit keinem eingeborenen Stamm oft- ober westwärts der Republik einen Bertrag schließen burfe, ohne hiezu die Genehmigung ber Königin erhalten zu haben. Diese gelte als erteilt, wenn bie britische Regierung binnen sechs Monaten nach Empfang einer Abichrift bes betreffenben Bertrages, welche ihr unmittelbar nach beffen Fertigstellung zu übermitteln sei, nicht eine Kundgebung dahin erlassen habe, daß der Abschluß des Bertrages ben Interessen Großbritanniens oder einer englischen Besitzung in Südafrika zuwider sei. Nach bem erften Bertrage ist Transvaal in auswärtigen Angelegenheiten schlechthin englischer Rontrolle unterworfen, nach dem Bertrage von 1884 hat England nur in bestimmten Einzelfällen ein Einfpruckerecht. Die Bermutung spricht bort für Gebundenheit, bier für Freiheit; benn die Bertragsschließung, über welche hier ein Kontrolle-ober Einspruchsrecht eingeräumt ist, bildet lediglich eine einzelne Seite bes umfassenben Gebietes auswärtiger Angelegenheiten. Rach bem Bertrage von 1881 war Transvaal abhängig von Großbritannien, burch bie Ronvention von 1884 murbe bies Abhangigkeitsverhaltnis beseitigt 4).

Die Richtigkeit dieser Unterscheidung bewährt sich an der Lehre von den Staatsservituten. Kraft der Staatsservitut übt der berechtigte Staat unbestritten einen Einsluß auf den belasteten Staat aus. Derselbe muß etwas unterlassen oder dulden. Die Grenze gegen die Unterordnung unter die Herrschaft des Staates, der Unterschied zwischen servitus und imperium desselben liegt auch dier darin: servitus ist gegeben, wenn eine solche Einwirkung von Außen nur in

¹⁾ Bergl. auch Zitelmann, Internationales Privatrecht, Bb. I (Leipzig 1897) S. 79 und U.I. mann, Bollerrecht S. 75.

²⁾ S. 67 und 68 R. 2. 8) Staatsarchiv Bb. 44 S. 371 ff.
4) Bergl. zu dieser Frage statt Bieler Rosin, Deutsche Juristenzeitung, 1. Jahrgang (Berlin 1896) S. 61 ff. und v. Liszt, Böllerrecht S. 38 und 125.

bestimmten einzelnen Beziehungen ftattfindet, Herrschaft, Abhängigkeit, wenn biese Ginwirkung fic als eine allaemeinere darstellt. Es besteht bemnach der gleiche Gegensat, wie zwischen jus in re aliena und dominium 1). Wie das Recht an fremder Sache das Eigentum nicht aufbebt. so die Staatsservitut als solche auch nicht die Unabhängigkeit2).

Die weitere Frage ist: welcher Art ist das etwa vorbandene Abbängigkeitsverhältnis? welche rechtlice Natur kommt ihm zu? Die herrschende Anschauung sieht in jedem Abhangigkeitsverbältnifie ein foldes ftaatsrechtlicher Natur, d. b. ein folches innerhalb eines Staates, fo daß alfo bas Gebiet bes abhängigen Staates in allen Fällen zugleich ein Staatsgebiet ber gewalthabenben Macht barftellt; m. a. 28.: da biese Gewalt nur einem anderen Staate zustehen kann, liegt für bie herrschende Lehre bei jedem Abhängigkeitsverhältnis ein aus zwei Teilstaaten, dem gewalthabenden und dem abhängigen, zusammengesetter Gesammtstaat vor. Der eine Staat gebietet über den anderen nicht fraft Böllerrechts, sondern fraft Staatsrechts. Nicht eine völkerrechtliche, sondern eine staatsrechtliche Befugnis, b. h. eben Staatsgewalt wird von dem einen Staate über ben anberen ausgeübt.

Diese Meinung erklärt fich aus ber Auffaffung beraus, daß bie völkerrechtlichen Beziehungen ber Staaten unter einander nur solche der Gleichordnung zu sein vermögen. Allein diese Weinung ift unzutreffend. Es gibt auch völferre chtliche Abhängig teits verhältniffe.

Gabe es nur ftaatsrechtliche Abhängigkeitsverhältniffe, fo müßte das Gebiet des abhängigen Staates zugleich Gebiet eines anderen, bes befehlenden Staates und seine Angebörigen ebenfalls zugleich Angehörige bes Staates ber oberen Gebietsgewalt sein. Dies ist aber teineswegs ber Fall. Man vergleiche in dieser Beziehung die Stellung Anams zu Frankreich mit berjenigen Eapptens zum osmanischen Reiche.

Anam ift nicht augleich Gebiet bes frangolischen Weltreiches, wie Cappten Bestanbteil bes osmanischen Reiches und ber Unamite hat nicht zugleich frangofische Reichsangehörigkeit, wie ber Egypter zugleich türkische. Es übt also Frankreich über Anam teine Staats-, sondern lediglich eine völkerrechtliche Gewalt aus. Wenn Frankreich in anamitischen Angelegenheiten inter= nationale Bertrage abschließt, so thut es bies im Ramen Anams, benn, wie schon fruber 3) bemerkt, heißt es in dem Bertrage zwischen Frankreich vom 6. Juni 1884 Urt. 1: La France représentera l'Annam dans toutes ses relations extérieures, mabrend die Bertrage. welche bie Turtei abichließt, im Bweifel auch fur Egppten gelten. Benn bie frangofifche Regierung in ausschließlich Anam berührenben Angelegenheiten mit fremben Mächten in Beziehung tritt, so handelt sie nicht in eigenen Angelegenheiten b. b. in Angelegenheiten, beren Subjett d. h. Berechtigter oder Berpflichteter Frankreich ift, fondern in fremben, mahrend die Türkei in eigenen Angelegenheiten handelt, wenn fie ausschließlich Egypten angehende Berhältniffe zum Gegenstand internationaler Bereinbarungen macht; ober, um es noch anders auszubrücken, in bem einen Falle werben von bem hoheren Staate unmittelbar frembe, in bem zweiten unmittelbar eigene hoheitsrechte wahrgenommen. Die Stellung Frankreichs zu Anam ift bie bes Bormundes zum Mündel4). Wie der Bormund nicht in eigenen, sondern in fremden Angelegen= heiten thatig ift, so auch hier Frankreich, mahrend die Turkei in der Erledigung egyptischer Angelegenheiten eigene herrichaft, eigene Staatsgewalt bethätigt. Bei vollerrechtlichen

¹⁾ Bergl. die Definition ber Grundbienftbarteit im Deutschen Burgerlichen Gesethuch § 1018:

¹⁾ Bergl. die Definition der Grunddienstdarkeit im Deutschen Bürgerlichen Gesehbuch § 1018: "Ein Grundstück kann zu Gunsten des jeweiligen Eigentümers eines anderen Grundstücks in der Weise belastet werden, daß dieser das Grundstück in einzelnen Beziehungen benutzen darf". Hiezu Dern durg, Sachenrecht des Deutschen Reiches und Preußens, Halle 1898, S. 181 und 182.

2) Vergl. dezüglich dieser Frage die bei Clauß, Staatsdienstdarkeiten, S. 96, 112 ff. ansgesührten Meinungen. Die Anschauung von Clauß selbst lätzt sich nicht halten.

3) S. 24.

4) Vergl. heilborn, Völkerrechtliches Protektorat S. 131 und 160; v. Stengel in Schwoller's Jahrduch Jahrg. 22 S. 793; Ullmann, Völkerrecht S. 53; Bonfils-Fauschille, S. 87; Holland, S. 849.

Abhangigteitsverhaltniffen besteht nur eine Bertretungsmacht bes einen Staates gegenüber bem anderen, bei fta at grechtlichen ein eigenes Berrichaftsrecht bes erfteren über ben letteren. Beim völkerrechtlichen Abhängigkeitsverhältnis bleibt ber abhängige Staat im Befite aller seiner Hoheitsrechte und wird nur in Ausübung berfelben bevormundet, beim staatsrecht= lichen Abhängigkeitsverhältnis hat einen Teil der Hoheitsrechte über dies Gebiet der höhere Staat zu eigenem Rechte. Er hat eine Teilherrschaft über basselbe 1).

Die Meinung, welche nur staatsrechtliche Abhängigkeit für möglich hält, wird den empirischen, ben positivrechtlichen Berhaltniffen nicht gerecht. So sucht Jellinet") fein Bringip badurch aufrecht zu erhalten, daß er sagt : Juristisch muß jeder Staat, soferne und solange er nur burd einen Bertrag verpflichtet ift, was auch burch biefen feine politische Stellung werben möge, als souveraner Staat angesehen werben, benn Souveranität ift eben bas Recht nur burch eigenen Willen verpflichtbar ober verpflichtet ju fein, ober, wie es berfelbe Berfaffer in einem späteren Werke⁸) ausdrückt, sowohl nach Außen, als nach Innen hat der souveräne Staat das ausschließliche Recht der Selbstbestimmung.

Diese Ausführungen vertragen sich nicht mit der Thatsacke, daß nicht alle auf Bertretung gerichtete Bertrage lediglich Berbaltniffe ber Gleichordnung schaffen. Durch Bertrage tann auch eine Bertretungsmacht, ein Gewaltrecht bes Bertretenben begrundet werben, wie dies Laband4) und Rofin6) so überzeugend nachgewiesen haben. Es ist etwas anderes, ob ich Jemand als meinen Guterverwalter durch Dienst- ober Wertvertrag bestelle 6) ober ob ich ihm vertragsmäßig die Stellung eines Pslegers nach Analogie des Deutschen Bürgerlichen Gesetzbuches § 1910 einräume 7).

Aber auch Lab and , der, wie bemerkt, die Bearündung von Gewaltverbältnissen durch Berträge an sich für juristisch volltommen möglich erklärt und als Beispiele hiefür die Gewaltverträge bes Familienrechts, bie vertragsmäßige Begebung in Baffallität und Ministerialität, bie Naturalisation und ben Staatsdienstvertrag anführt, verneint stillschweigend die juristische Möglickeit eines völkerrechtlichen Gewaltverhältnisses. Ein Schupverhältnis zwischen Staaten, das nicht staatsrechtlicher Art ist, erscheint ihm immer als ein Berhältnis unter rechtlich von ein= ander unabhängigen Rechtsperfönlichkeiten 8). Freilich nimmt Laband diese Behauptung eigentlich sofort durch seine Aussührungen über den Unterschied von Schutverhältnis und Schutbündnis zurück, wenn er darüber bemerkt, von einem Schutbündnisse, einer Allianz, unterscheibe sich das völkerrechtliche Schupverhältnis dadurch, daß die Schupmacht im Berhältnis nach Außen den in Schutz genommenen Staat vertrete und bementsprechend in allen von dem Schutzverhältnis betroffenen Angelegenheiten die Le i tung und Führung habe, die Borm acht sei, während bei Schuhbündnissen die beteiligten Staaten sich prinzipiell als gleichberechtigt anerkannten. Das völkerrechtliche Schupperhältnis ist somit nach Laband einerseits ein Berhältnis unter rechtlich von ein= anber unabhangigen Staaten und boch find bie Staaten in dem Berhaltnis nicht gleichberechtigt, sonbern ber eine hat die Führung und Leitung, die Bertretung des anderen und ist bessen Bormacht.

Mit bem Bisberigen haben wir brei rechtlich verschiebene Beziehungen zwischen Staaten tennen gelernt : einzelne Einwirtungsrechte eines Staates gegenüber einem anberen, vollterrechtliches und staatsrechtliches Abhängigkeitsverhältnis. Um was es sich noch handelt, das ist,

Bergl. auch Bornhat, Allgemeine Staatslehre G. 218 und 223.

Lehre von den Staatenverbindungen S. 55. Gefetz und Berordnung, Freiburg 1887, S. 197. A. a. O. Bb. I S. 886 und 750.

⁵⁾ In ben Annalen 1888, S. 269 und 299.
6) Deutsches Bürgerliches Gesethuch § 675.
7) Clauß a. a. O. S. 177 geht sogar soweit, daß er behauptet, mit jeder Abhängigkeit eines Staates von einem anderen werde die Anertennung des diesbezüglichen Staates als volkerrechtlicher Perfonlichkeit verfagt und zuruckgenommen.

8) Bb. I S. 749. Ebenso nimmt Born hat, S. 214 rechtliche Gleichheit und nur poli-

tisch Abhängigkeit an.

wie biefen rechtlichen Bericbiebenheiten terminologisch Ausbrud zu geben fei. Denn bierüber herrscht Streit.

Um diesen Bunkt zu erledigen, ist in Betracht zu ziehen, daß die drei Berbältnisse trot ihrer rechtlichen Berschiebenheit sich boch in thatsachlicher Hinficht, politisch, sehr nabe fteben. Und zwar liegt ber thatsachliche Zusammenhang barin, baß in allen brei Fällen ber eine Staat eine Befchützerstellung gegenüber bem anderen einnimmt. In bem ersten Falle haben wir es mit einer volterrechtlich obligatorischen, im zweiten mit einer völlerrechtlich mundialen, im britten mit einer herricaftlic-ftaatsrechtlichen Befcuthung zu thun. Diefer Schutgebante tritt auch in ber bertommlicen Terminologie bervor und zeigt baburch, daß bie Beariffe urfprünglich volitischer Natur find.

Das obligatorische Schupverhältnis heißt Protektion, der eine Staat übernimmt die Befchützung bes anberen nach Außen und erhalt bafür in gewiffen außeren Angelegenheiten bes letteren ein Mitwirfungsrecht eingeräumt. Bon heutigen Schutverhaltniffen fallt hierunter lediglich die Stellung San Marinos zu Italien 1). Das historisch-bebeutsamste Beispiel einer Protektion gehört ber Bergangenheit an. Es ift ber Rheinbund in feinem Berhaltnis ju Frantreich. Nach ber Rheinbundsatte hat Napoleon als Brotettor bes Bundes lediglich das Recht, ben Nachfolger bes Fürstprimas als bes Bunbesprafibenten zu ernennen (Urt. 12); außerbem besteht nur eine Allianz mit Frankreich. Es ift baber auch die Bezeichnung bes Berhältniffes als protection zutreffend. Sie begegnet in einem Schreiben Napoleons an den Fürstprimas vom 11. September 1806°). Napoleon sagt bort: "Ce ne sont point des rapports de suzeraineté qui nous lient à la confédération du Rhin mais des rapports de simple protection."

Noch näher stehen sich natürlich die beiden anderen Berhältnisse. Der Grund hiefür liegt in bem gemeinsamen Merkmal ber Abhängigkeit, bas fie verbindet und gemeinsam von der Brotektion unterscheibet. Die sachlich nabe Stellung gibt ihnen beute auch in ber Staatspraxis ben gleichen Ramen. Es find Protettoratsverhaltniffe und nur die Biffenschaft trifft bann bie Einteilung in völker= und in staatsrechtliche Brotektorate. Die ältere Termino= logie war eine andere. Einmal war der Sprachgebrauch in der Unterscheidung von Brotektion und Brotektorat kein fester 3) und andererseits wurde jedensalls nur das völkerrechtliche Brotettorat Brotettorat genannt. Das staatsrechtliche Brotettorat erschien unter ber Bezeichnung Baffallitätsverhältuis. Der unter staatsrechtlichem Brotektorat stehende Staat hieh Baffallenstaat. Wit bem völligen Zurudweichen lebensrechtlicher Auffassung internationaler Berhältniffe änderte fich bies. In ber Wiffenfchaft fpricht man bei neubegrundeten Brotektoratsverhalt= niffen beute nicht mehr von Baffallitat.

Berwidelt wurde bie Aenderung bes Sprachgebrauches burch bie Berwenbung bes Wortes fuzerän. Bon Haus aus war bies Wort lediglich für die in einem Bassallenverhältnisse älteren ober modernen Stils b. h. jebenfalls nur für bie in einem herrschaftlichen Abhangig= keitsverhaltniffe stehenden Staaten gebraucht. Mit Zurudweichen bes Bewußtseins, daß mit bem Ausbrucke suzeran eigentlich ein lehenrechtliches Berhältnis charakterisiert ift, wurde bas Bort nicht blos zur Bezeichnung einer herrschaftlichen, sondern auch für das Berhältnis zur vormunbschaftlichen Gewalt zwischen mehreren Staaten verwendet. Damit war bas Wort suzeran in völlerrechtlichen Berträgen von ftaatsrechtlichen Abbangigleitsverhaltniffen auch auf vollerrechtliche übertragen. Dies hatte zur Folge, baß bie rechtliche Berfchiebenheit beiber Arten von

¹⁾ Bergl. Jellineł, Staatenverbindungen S. 127; Bornhał, Allgemeine Staatslehre S. 216; Rivier, Principes du droit des gens Bb. I (Paris 1896) S. 91 ff.; Gairal, Le protectorat international Lyon 1896, S. 69—108; v. Lifzt Böllerrecht, S. 34. Monaco halte ich mit v. Lifzt, S. 38 für unabhängig; Andorra dagegen für ein Brotektoratsland.

2) Bergl. Schulze, S. 287 N. 7.

3) Das Berhältnis Anams zu Frankreich nach dem Bertrage dem 15. März 1874 hatte die Retriebende dem Bertrage des S. 2000 der Berhältnis Anams zu Frankreich nach dem Bertrage dem 15. März 1874 hatte die

Natur eines Protettorats, wurde aber von ben Parteien Protettion genannt. Bergl. oben S. 22 und 23.

Abhängigkeitsverhältnissen verwischt wurde, und dies des weiteren, daß, wie das Wort Sugeränität, von staatsrechtlichen auf völkerrechtliche, so das Wort Protektorat von völkerrechtlichen auf staatsrechtliche Abhängigkeitsverhältnisse übertragen wurde, die dann die Wissenschaft erst wieder die rechtliche Verschiedenheit beider Verhältnisse erkannte und nunmehr zur äußeren Kenntlichmachung ihres Unterschiedes die Beisätze staats und völkerrechtliches Protektorat in Aufnahme brachte.

Ich wüßte kein anderes Beispiel, in welchem biese boppelte Bebeutung bes Wortes Suzeranität stärker hervortreten wurde, als bies ber Fall ift, wenn bie Bestimmungen bes Berliner Bertrages von 1878 mit benjenigen bes icon öftere genannten Pretoriavertrages von 1881 in Bergleich gesetzt werben. Beibe Bertrage liegen zeitlich nicht weit auseinander und boch hat bas Bort hier und bort eine andere Bebeutung. In bem Berliner Bertrag Art. 1 und 9 heißt cs: La Bulgarie est constituée en Principauté autonome et tributaire sous la suzeraineté de S. M. le Sultan. Und in ähnlicher Beise leitet sich ber Pretoriavertrag von 1881, durch welchen die provinzielle Zugehörigkeit Transvaals zu England beseitigt wurde, mit den Worten ein, daß den Einwohnern bes Transvaalgebietes vom 8. August 1881 an complete selfgovernment unter ber Suzeranität J. M. ber Königin bewilligt werbe. Aber, während im Berliner Bertrag bie Rechte, welche Bulgarien erhalten follte, bes naberen festgestellt werben, wird in bem Bretoriavertrag genauer fixiert, welche Rechte England verbleiben follen. Beibe Länder, Bulgarien wie Transvaal, waren aber vorher Provinzen. Indem in dem einen Falle die Rechte bes untergeordneten, im anderen biejenigen bes gewalthabenben Staates genauer umschrieben wurden, ergibt sich: bort wird davon ausgegangen, daß dem übergeordneten Staate eine Staats gewalt über ben anderen Staat zusteht; unter dieser Boraussehung bebarf es keiner näheren Bestimmung ber Rechte ber höheren Gewalt. Im anderen Falle bagegen werden die Rechte des Unterstaates als selbstverständlich angenommen, weil dem Oberstaate keine Staats-, sondern nur eine internationale Gewalt gegenüber dem ersteren zukommt. Die Türkei handelt in Ausübung eigener Hoheitsrechte, England in bevormundender Ausübung frember Sobeiterechte, wenn fie in Angelegenheiten ihrer biesbezüglich untergebenen Staaten thatig finb.

Daß diese Auffassung auch den Intentionen der Schöpfer beider Berhältnisse entspricht, ergibt die äußere Art ihrer Begründung. Die England nach dem Vertrage von 1881 gegensüber Transvaal zukommenden Rechte beruhten nicht auf einseitiger Berfügung Englands bei einer Erhebung Transvaals zum Staat, sondern auf einem Friedensvertrage zwischen England und Transvaal. Es ist also die Entstehung eines südafrikanischen Staates als eines vollsouveränen durch befreiende Eroberung, durch Oktupation vorausgesetzt), während die staatliche Stellung Bulgariens in einseitigen Fermanen der Türkei ihre Grundlage hat, wenn auch zum Teil in solchen, zu deren Erlaß die Türkei durch Vertrag gegen dritte Staaten verpslichtet war. Es ist somit Aufgabe des einzelnen Falles, sestzustellen, in welchem Sinne das Wort Protektorat zu versteben sei.

Dabei ift zu beachten, daß man sich in Fällen, wo das Protektorat Souveränitäksrechten gegenübergestellt ist, nicht sofort dahin entscheiden darf, als sei das Wort hier lediglich im völkerrechtlichen Sinne gemeint. Denn auch hier wirkt die Bedeutung des Wortes suzeran ein.

Suzeränität bebeutet, wie schon bemerkt, von Haus aus Lehensherrlichkeit, staatsrechtlich gesagt, Oberherrschaft, Oberstaatsgewalt, immerhin also eine Staatsgewalt. An sich liegt somit bei Suzeränität immer Souveränität im Sinne von Staatsgewalt vor. Allein, seit bie französische Sprache zwischenstaatliche Berkehrssprache geworden, also seit Ludwig XIV, hat sich bie Uebung gebildet, den Suzerän als solchen nicht souverain, sondern suzerain zu nennen und das Wort souverän in diesem Zusammenhange dem Inhaber der Unterstaatsgewalt

¹⁾ Bergl. auch Bornhat S. 223,

vorzubehalten. Bon der Bezeichnung des Trägers der Gewalten ift diese Aenderung des Sprachgebrauches bann auch auf bie Gewalt felbst übergegangen und so wurde Suzeranität, wenn auch nicht immer, so boch zumeist ber Souveranität in bem Sinne gegenübergestellt, baß Suzeranität nur Oberherricaft, b. b. auf Oberaufficht und Oberleitung beschränkte ftaatsrechtliche Gerricaft, Souveränität dagegen Herrschaft, d. h. die regelmäßig unmittelbar auf die Unterthanen ein= wirkende, arundläklich alle Hobeitsrechte umfassende Staatsgewalt sei. Sehr charakteristisch ist in bieser Richtung der schon oben 1) zu einem Teile zitierte Brief Napoleons an den Fürst= primas des Rheinbundes vom 11. September 1806. Dort wird die Suzeränität als eine portion de souveraineté bezeichnet2). Damit ift gesagt, daß die Suzeranität in diesem Sinne von ber gleichen rechtlichen Natur, wie die Souveranität, b. h. ftaatsrechtliche Gewalt ift, que gleich aber auch, daß fie fich von ihr durch ihre Gigenschaft als Teilstaatsgewalt unterscheibet.

Die Beachtung bieser engeren Bebeutung von Suzeränität ist insbesonbere bei Auslegung bes neuesten afrikanischen Rolonialrechtes angebracht. In ben die kolonialen Beziehungen ber europäischen Mächte in Afrika regelnden Berträgen ber letten zweieinhalb Rabrzehnte wird sehr oft Souveränitäts- und Brotektoratsrecht einander gegenübergestellt. Ramentlich ist dies in den auf bas tonventionelle Rongobeden fich beziehenden Bertragen, also insbesondere in ber internationalen Rongoatte vom 26. Februar 1885 ber Fall. Hier wurden in Bezug auf das Kongobeden in ben verschiebenften Artiteln (7, 8, 10, 11, 17, 30, 31, 32) Staaten unterschieben, welche bort Souveranitats-, und folche, die dort Protektoratsrechte ausüben 3), ferner Befitzergreifung von Gebieten und Uebernahme von Schubberrichaften über folche zu einander in Begenfat geftellt.

Es geht nicht an, in biesem Busammenhang unter Protektorat lediglich bas völkerrechtliche zu verfteben, benn sowohl Deutschland, wie England und Bortugal übten in jener Reit im Rongobeden Rechte, welche fich nicht blos als vormundschaftliche Thätigkeit gegenüber anderen Staatsgewalten, sondern als wirkliche Herrschaftsthätigkeit in biefen Gebieten barftellten. Indirett beweist bies Art. 35 ber Alte. Rach ihm haben lediglich biejenigen Mächte, welche ein Gebiet an ben Rusten bes afritanischen Festlandes erwerben, nicht aber biejenigen, welche blos Brotettoratsrechte begründen, die Berpflichtung, baselbst bas Borhandensein einer Dbrigkeit zu ficern, welche hinreicht, um erworbene Rechte und gegebenenfalls die Handels- und Durchgangsfreiheit unter ben Bebingungen zu beschützen, welche für lettere vereinbart wurden. Es bandelt fich hienach um die Ginrichtung einer lokalen Bolizei- und Rechtspflegeverwaltung, also einer Staatsthätigfeit, die mit den einzelnen Individuen vollziehend in Berührung tritt. Die Staaten, welche lediglich Broteftoraterechte begrunden, haben biefe Berpflichtung nicht. Sie konnen fich auf Oberherrichaft beschränken, unmittelbar örtliche Berwaltung unterlaffen 1). Ihre Ottupation braucht bemnach teine fog. effettive zu fein. Immerbin aber rechnen zu diefen Protettoratsrechten auch Befugniffe, welche nicht blos als vormundschaftliche Ausübung frember Hoheitsrechte aufgefaßt werden konnen, sondern Bethätigung eigener Hoheitsrechte find.

Es geht somit nicht an, mit ber berrschenben b), die Möglichkeit eines völkerrechtlichen Ab-

S. 74 bei R. 2.

²⁾ Nous n'entendons en rien nous arroger la portion de souveraineté qu'exerçait l'Empereur d'Allemagne comme suzerain. Les affaires intérieures de chaque état ne nous regardent pas (bagegen bie ausmärtigen in Folge bes mit ber Protestion verbundenen Allianz-verhältnisses). Les princes de la Confédération du Rhin sont des souverains, qui n'ont point de suzerain.

⁸⁾ Siehe die Nachweise bei v. Stengel, die beutschen Schupgebiete u. f. w. in ben An-

nalen bes beutschen Reiches 1895 S. 505 ff.
4) In der Antistlavereikonferenzakte vom 2. Juli 1890 ist in diesem Sinne die Rede von Mächten, welche in Afrita Souveranitatsrechte ober eine Schutherrichaft ausüben ober baselbft Befigungen haben.

⁵⁾ Bergl. v. Stengel in den Annalen 1895, S. 508, 504, 508, 509, 616, 642 ff. und in Schmoller's Jahrbuch 1898, S. 798; Heilborn a. a. D. S. 58; Rivier, Bb. I S. 79 ff.

hängigteitsverhältniffes allerbings1) annehmenben Lehre zu fagen, ein Brotettorat ftelle immer lebiglich ein völlerrechtliches Abhängigteitsverhältnis bar. Unter ben Broteftorgtsbegriff fallen vielmehr auch ftaatsrechtliche Abhängigkeiten zwischen Staaten. Staatsrechtliche Abhängigkeit ber Kolonien vom Mutterland macht erstere nicht notwendig sofort zu blogen Brovinzen des lesteren. Sie können auch die Stellung von Staaten im Staate, von Unterstaaten gegenüber dem Mutterlande erhalten.

Nicht weniger eifrig als die Deutschen Schriftsteller haben sich in ben letten Sahren auslänbische, namentlich frangosische, mit bem Begriffe bes Brotektorats beschäftigt, aber ber Gebanke, daß hier die Frage nach dem zusammengesetten Staate zu berühren ist, d. h. die Ertenntnis ber Notwendigkeit einer Unterscheibung zwischen völker- und staatsrechtlichem Protettorate liegt ihnen ferne 2). Es wird wohl ein état supérieur und ein état inferieur unter= schieben, daß aber dies Ueber- und Unterordnungsverhältnis auch ein staatsrechtliches zu sein vermag, barüber unterlaffen fie fich auszusprechen !). Glaubt man, die Abhangigfeit sei eine zu farke, als daß sie unter völkerrechtliche Normen gebracht werden könnte, so wird allgemein sofort zur Annahme einer Inkorporation, also zur Leugnung der Staatsnatur des abhängigen Gebietsteiles übergegangen 4) und von pseudo-protectorats 5) ober l'occupation à titre de protectorat gesprochen 6).

Der Grund hiefür liegt barin, bag bie frangofische Staats- und Bolferrechtslehre immer noch nicht volltommen versteht. Recht und Bolitit zu trennen und mit dem Begriff bes zusammengesetten Staates zu operieren: nimmt sie boch bei ihren Staatsbefinitionen grundsätlich auf bie lettgenannte Staatserscheinung teine Rudficht?). Politisch find in der That zwischen staatsund völlerrechtlichem Broteftorat taum nennenswerte Unterschiebe vorhanden, und in diesem Falle bie Rechtsfigur bes zusammengesetten Staates zu ertennen, gebort icon zu ben juriftischen Feinheiten ber Lehre von ben Staatsverbindungen. Damit will nicht gesagt sein, daß die französische Theorie überhaupt teinen Unterschied mache. Sie unterscheibet Brotettorat und Bassallität. Aber der Unterschied zwischen beiben wird eben nicht darin erblickt, daß das eine ein vollerrechtliches, das andere ein ftaatsrechtliches Berhältnis sei, sondern das unterscheidende Merkmal wird in der Berschiebenheit des Entstehungsgrundes gesehen. Das Protektorat entsteht durch Berxicht des Unterstaates auf seine äukere Souveränität 8) oder weniastens auf Ausübuna 9) seiner außeren Souveranitat, bas Baffallitatsverhaltnis bagegen burch Berleihung innerer Souveränität Seitens des Oberftaates an einen seiner Teile. Aeußere und innere Souveränität find dabei im französischen Sinne, wie wir ihn früher 10) erörterten, gemeint.

§ 19. Die Schukgebiete insbesondere. Gine weitere Frage ift, ob ein ftaats- ober vollerrechtliches Protektorat in bem bisher geschilberten Sinne bezüglich ber fog. Schut= gebiete vorliegt, welchen Ausbruck die politische und gesehliche Sprache in Deutschland vor Allem für den kolonialen Erwerb des Deutschen Reiches in der Südsee und in Afrika verwendet bat.

Die Entstehungsgeschichte bes Wortes ergibt mit aller Deutlichkeit, bag Schut bier nicht im Sinne von Protektorat ober Protektion steht. Bei Protektorat und Protektion handelt es fich um Schut von fremden Staaten und Bollern, die beutschen Schutgebiete bagegen tragen

¹⁾ Jm Gegensatz zu Laband; vergl. oben S. 73.
2) Rivier, Bd. I S. 79 st.; Gairal, Le protectorat international (Gegensatz: colonial), Lyon 1896; Hack of en burger, De la nature juridique du protectorat, Paris 1896; Engelhardt, Les protectorats anciens et modernes, Paris 1896, S. 197, 218.
3) Pillet in der Revue générale de droit international public Paris 1895 Bd. II S. 602.
4) Pillet, S. 607.
5) Despagnet, Essai sur les protectorats, Paris 1896, S. 213, 239.
6) Hack of endurger, S. 64 und 270 st.
7) Gine Ausnahme machen wenigstens für den Bundesstaatsbegriff Le Fur und Combothecra.
8) Hack of endurger, S. 62, 78 st.; Gairal, S. 24.
9) Despagnet, S. 25.
10) S. 59 bei R. 2.

ihren Namen von dem Schute, welchen bas Deutsche Reich beutschen Rieberlaffungen im Auslanbe angebeihen läßt. Der Ausbruck erklärt fich aus Reichsverfassung Artikel 8 Absat 6, wornach jeber Deutsche gleichmäßig Anspruch auf ben Schut bes Reiches gegenüber bem Auslande hat, und aus Artikel 4 Riffer 7 baselbst, wornach bem Reiche die Organisation eines gemeinfamen Schutes bes Deutschen Sandels im Auslande guftebt 1). Es find nicht Gebiete, bie bas Reich jum Zwede bes Schubes ber Gingeborenen, fonbern jum Schube beutscher Intereffen im Auslande gegen Eingeborene und gegen fremde Mächte erwarb. Daraus erklärt fich auch bie besondere Natur bieser Schutgebiete. Ameifellos ift bie in ben genannten Schutgebieten geubte Gewalt territorialer Natur, alfo Staatsgewalta). Es fragt fich nur, welcher Art.

Man hat behauptet, es fei biefelbe Staatsgewalt, welche innerhalb bes Reichsgebietes herricht, also Reichsgewalt, die Schubgebiete seien überseeische Brovinzen bes Reiches, unter voller Berwaltung bes Reiches 3). Diese Auffassung leibet an einem in ber Staatslehre öfter und zwar in ben verschiebenften Materien - 3. B. auch in ber Lehre von der Teilung der Gewalten - wiederkehrenden Fehler. Sie unterscheidet nicht genügend zwischen Staatsgewalt im fubjektiven und im objektiven Sinne'). Staatsgewalt im subjektiven Sinne find bas Subjekt und die Organe der staatlichen Hobeitsrechte. Staatsgewalt im objektiven Sinne ist bie Gefammtheit ber ftaatlichen Sobeitsrechte. Run geboren gum Begriff bes Staates gewiß besonderes Gebiet, besondere Staatsangehörigkeit und besondere Hoheitsrechte, aber nicht notwendig auch ein besonderes, von bem Berrichaftssubjett eines anderen Staates verschiebenes herrschaftssubjett. Es tann ein und bieselbe Berfonlichleit zugleich Subjett der Staatsgewalt verschiebener Staaten fein. Die Staatsberrichaft hat Aehnlichkeit mit bem Gigentum. Bie ein und dieselbe Berson mehrere Gigentumsrechte haben tann, die fich burch bie Berschiedenheit ihres Objettes unterscheiben, fo auch ein und basselbe öffentliche Rechtssubjett auch verschiebene Herrschaftsrechte, welche nach Objekt und Umfang verschieben sind. Der Sat Laband's 5): "Bwei Staatsgewalten über basselbe Bebiet, Die in einem Subjette vereinigt find, find in Bahrheit eine Staatsgewalt", ift, was ben Begriff ber Staatsgewalt angeht, nur richtig, wenn Staatsgewalt im objektiven, nicht, wenn es im subjektiven Sinne gemeint ift. Wie die Unterfciebe bes Eigentums an verschiebenen Sachen nicht burch bie perfonlichen Gigenfcaften ber verschiebenen Eigentümer, sondern durch die verschiebenen Eigenschaften der im Eigentum stehenden Objette bestimmt werden, so ist auch zum Borhandensein verschiedener Staatsgewalten nicht das Borhandensein verschiedener Subjette dieser Staatsgewalten ersorderlich. Würde die Bereini= gung mehrerer Staatsgewalten in einem Subjekte die Berfchiebenheiten dieser Staatsgewalten aufheben, so mußte ftreng genommen icon eine Realunion nur als ein Staat angefeben werben; benn völlerrechtlich treten bie fo unierten Staaten als ein Rechtssubiett auf und ftellen insofern völkerrechtlich ein Staatsgebiet bar.

Die hier gegebenen Ausführungen werben vom positiven Rechte ber beutschen Schutgebiete bestätigt. Für diefelben ift zweifellos, daß fie tein besonderes Berricaftssubjett befigen. § 1 bes Schutgebietsgesetes vom 17. April 1886 fagt mit aller Deutlichkeit: "Die Schutgewalt in ben Deutschen Schutgebieten übt ber Raiser im Namen bes Reiches aus". Hieraus

¹⁾ Bergl. v. Stengel in ben Annalen bes beutschen Reiches 1895, S. 600 und 621;

¹⁾ Bergl. v. Stengel in den Annalen des deutschen Reiches 1895, S. 600 und 621; Laband, Bd. I S. 751; Hänel, S. 848.

2) v. Stengel, S. 621; Laband, Bd. I S. 749; G. Meyer, S. 148 N. 8; Jorn, Staatsrecht des deutschen Reiches 2. Ausl., Bd. I (Berlin 1895) S. 573; v. Seydel, Sommentar S. 68 und 69; anders nur Hänel, S. 841 und Bornhalt, Die Rechtsformen der kolonialen Ausbreitung im Jahrduck der Internat. Bereinigung für vergleichende Rechtswissenschaft, Bd. III (1897).

3) v. Stengel, S. 503 und 616; Jorn S. 578 mit S. 561.

4) Das Gleiche gilt für pouvoir in der französischen Staatslehre, vergl. Luigi Rossi in seiner ausgezeichneten Abhandlung "Die neuere Literatur des Berfasungsrechtes dei den romanischen Böllern, übersetzt von Seyde de in der Kritischen Bierteljahrsschrift für Gesetzgebung und Rechtswissenissenschaft, 8. Folge Bd. III (1897) S. 57.

5) Bd. I S. 672 N. 1.

folgt unbestreitbar: Subjekt der Herrschaft in dem einzelnen Schutzgebiete ist nicht dies betressende Schutzgebiet, die Gesammtheitseiner Einwohner selbst, sondern das Reich; im Namen des Reiches, nicht im Namen des Schutzgebietes übt der Raiser die Schutzgewalt daselbst aus. Aber daraus solgt noch nicht, daß die deutschen Schutzgebiete nicht besondere Staaten sind. Alle Einzelbesstimmungen des Staats- und Bollerrechtes passen besser zu der Aussallung, daß die einzelnen Schutzgebiete besondere Staaten, als zu der, daß sie besondere Provinzen des Reiches sind.

Die beutschen Schutzgebiete haben besondere Angehörige und ein besonderes Gebiet. Die Angehörigen der deutschen Schutzgebiete sind nicht Angehörige des Deutschen Reiches und ihre Gebiete sind nicht Bundesgebiet. Staatsverträge, welche das Deutsche Reich abschließt, gelten mangels besonderer Abmachung nicht auch für die deutschen Schutzgebiete. Berträge, die ein Staat abschließt, verbinden denselben für seinen ganzen räumlichen Herrschaftsbereich. Wären die deutschen Schutzgebiete lediglich Provinzen des Deutschen Reiches, so läge darin, daß die Berträge des Reiches nicht ipso jure auch für die deutschen Schutzgebiete gelten, was — von v. Stengelich micht ipso jure auch für die deutschen Schutzgebiete Besonderheit. Sind die deutschen Schutzgebiete besondere Staatswesen, so vermag darin, daß die Verträge, welche das Deutsche Reich abschließt, nicht ohne weiteres auch für die Schutzgebiete gelten, nichts Aufsfälliges erblickt zu werden.

Vor allem aber: die beutsche Schutzewalt in den Schutzebieten hat einen ganz anderen Inhalt, als die deutsche Reichsgewalt im objektiven Sinne. Nicht, als ob über die deutschen Schutzebiete nur die Reichsgewalt im subjektiven Sinne, d. h. das Reich herrschte; nein, dem Reiche stehen über die deutschen Schutzebiete auch Reichshoheitsrechte, somit Reichsgewalt im objektiven Sinne besteht über diesen Schutzebieten noch eine andere Staatsgewalt im objektiven Sinne, eine Landesstaatsgewalt. Es sind bezüglich der deutschen Schutzebiete Reichs und Landeshoheitsrechte zu unterscheiden. Die deutschen Schutzebiete haben ihren Namen, wie oben bemerkt, daher, daß sie unter den Schutz des Deutschen Reichs gestellt sind 2). Das Deutsche Reich hat somit eine Schutzewalt über diese Gebiete. Diese Schutzewalt ist staatsrechtlicher Natur. Sie ist Ausübung der Reichsgewalt im objektiven Sinne und zwar in einer inneren Angelegenheit, nämlich in der Rolonisserungsthätigkeit. Unter Völlerrecht stand nur die Erwerbung der Schutzebiete. Vom Romente des Erwerbes an handelte es sich nicht mehr um äußere, sondern um innere Reichsgeschäfte, um Schutz und Förderung der deutschen Interessen.

Aber nicht nur eine Schutzewalt über, sondern — ausweislich des angezogenen § 1 bes Schutzebietsgesetes — auch eine Schutzewalt in den Schutzebieten steht dem Reiche zu. Beides sind verschiedene Staatsgewalten im objektiven Sinne. Die deutschen Schutzbriese unterscheiden die Verleihung von Hoheitsrechten an die Rolonialgesuschaften und die Oberhoheit des Reiches über dieselben. Hieraus ergibt sich, diese Schutzewalt in den Schutzebieten ist nicht Reichszewalt im Sinne der Reichsversassung, sondern eine davon verschiedene Staatsgewalt im obziektiven Sinne, eine Unterstaatsgewalt. Bu der Reichsgewalt im objektiven Sinne gehört der Schutz der Schutzebieten auch Außen und die Oberaussicht über die Ausübung der Hoheitsrechte in den Schutzebieten. Bu der besonderen inneren Schutzewalt gehört die Ausübung aller sonstiz gen Hoheitsrechte in den Schutzebieten. Der Erlaß des Schutzebietsgeses war Ausübung der Oberhoheit des Reiches, seiner Rolonisationszewalt. Die Verordnungen, welche der Raiser zu seiner Aussührung erläßt, sind Aussluß der Schutzebietszewalt. Den verschiedenen Gewalten entspricht auch eine verschiedene Organisation. Die Schutzewalt über die Schutzebiete wird als

¹⁾ A. a. O. S. 769. Dagegen 3 orn, Bb. I S. 579.
2) Bergl. die Schutzbriefe für Deutsch=Oftafrika an die Gesellschaft für deutsche Kolonissation vom 27. Febr. 1885 und für die Reu-Guinea-Rompagnie vom 17. Mai 1885 bei v. Stengel in den Annalen 1895, S. 558 und 569 ff.

3) Bergl. v. Seybel, Kommentar S. 69.

ein Bestandteil ber Reichsgewalt je nach ber Natur bes einzelnen Attes von Bunbesrat und Reichstag ober von Bunbesrat ober Raifer allein ausgeübt und bas im Zweifel zum Erlaß ber allgemeinen Berwaltungsporidriften zuständige Organ ift ber Bundesrat. Die Schutgewalt in ben Schutgebieten ftebt mangels ausbrudlicher Beftimmung nach jeber Richtung, nach Gefebgebung wie nach Bollziehung, allein dem Raifer zu. Die Beamten, welche die Oberhoheit über bie Soutgebiete ausuben, find Reichsbeamte, biejenigen, welchen bie Soutgewalt in ben Soutsgebieten zusteht, beißen Landesbeamte. Dies ift nicht in bem Sinne zu verstehen, als ftunden biefe Beamten in einem Dienftverhaltnis jum einzelnen Schutgebiet; ihr Dienftherr ift bas Reich, benn in beffen Namen wird bie Schutgewalt in ben Schutgebieten ausgeübt. Aber tropbem werben biese Beamten im positiven Rechte nicht Reichs-, sonbern Lanbesbeamte genannt1). Sie find Reichsbeamte, wenn man ihr Dienstverhaltnis im Auge hat; aber fie find nicht Reichsbeamte, wenn man auf ben Inhalt ihrer Thatigleit fieht. Indem fie in Sinblid auf ben Inhalt ihrer Thatigfeit im Reichsrecht ebenso bezeichnet werben, wie bie Beamten ber beutschen Ginzelftaaten 2), ift jum Ausbrud gebracht, bag fie ebenfo, wie bie Beamten biefer, Geschäfte eines besonderen Staatswesens führen. Sie sind Beamte der deutschen Reichsgewalt im subjektiven, aber nicht im objektiven Sinn. Durch die Bezeichnung ber beutschen Schutgebietsbeamten als Landesbeamte ift nach ber Terminologie bes beutschen Reichsrechtes anertannt, daß die deutschen Schutgebiete besondere Staaten find 8).

Wie diese Staaten, für sich betrachtet, rechtlich zu konstruieren find, d. h. ob ihnen juriftische Berfönlickteit zukommt ober nicht, diese Frage sei zurückgestellt. Sie wird bei der Lehre von dem Subjekt ber Staatsgewalt des näheren zu behandeln sein 4). Was hier noch sestgestellt werden muß, bas ift bie Frage ihres rechtlichen Berhältnisses zum Reiche als einem bavon getrennten Staate. Denn, inbem wir den Schutgebieten den Charafter befonberer Staatswefen zufprechen, behaupten wir zugleich, daß zwischen ihnen und dem Deutschen Reiche eine Staatenverbindung vorliegt. Es fragt fich nur, welche.

Nach dem, was wir bisher sahen, zweifellos ein Abhängigkeitsverhältnis. Denn das Reich hat die Oberhoheit über die Schutgebiete. Und ebenso zweisellos ein staatsrechtliches Abhängig= keitsverhältnis. Das beutsche Reich übt baselbst Gebietshoheit aus; die beutschen Schubgebiete find für das Reich nicht fremdes, sondern beutsches Gebiet. Das Schutgebietsgeset, welches bas Reich traft seiner Oberhoheit erließ, hat nicht nur bie Deutschen, sonbern auch die Gingeborenen und Fremben in ben Schutgebieten unmittelbar verpflichtet. Es besteht bemgemäß eine unmittelbare Beziehung zwischen bem Reiche als Oberhoheit und ben Individuen und bamit eine staatsrechtliche Beziehung, eine Oberftaatsgewalt. Allein das hienach vorhandene, aus Reich und Schutgebiet zusammengesette Staatswesen ift boch nicht staatsrechtliches Brotektorat.

¹⁾ Bergl. faiferl. Berordnung vom 9. Aug. 1896 betreffenb bie Rechtsverhaltniffe ber Lanbesbeamten in ben Schutgebieten.

²⁾ Bergl. Deutsches Burgerliches Gesethuch § 1815: "Solche Landesbeamte, für bie nach

²⁾ Bergl. Deutsches Bürgerliches Gesethuch § 1815: "Solche Landesbeamte, für die nach ben Landesgesetzen zur Eingehung einer She eine besondere Erlaubnis erforderlich ist, dürsen nicht ohne die vorgeschriedene Erlaubnis eine She eingehen".

3) Auch La da n d, Bd. S. 75 st. spricht von einer Oberhoheit des Reiches, aber in einen anderem Sinne und nicht für alle Schutzgebiete. Er versteht darunter nicht eine Oberhoheit über, sonderen in den Schutzgebieten, die nur da bestehen soll, wo Kolonialgesellschaften oder Häuptlingen gewisse Hoheitsrechte überlassen, die nur da bestehen soll, wo Kolonialgesellschaften angeht, daß ihnen die Hoheitsrechte nur zur Ausübung überlassen wurden (v. Stengellichaften angeht, daß ihnen die Höheitsrechte nur zur Ausübung überlassen wurden (v. Stengellinden Bentlaut der mit ihnen abgeschlossenen Berträge richtig, daß ihnen manchmal gewisse Hoheitsrechte vordehalten wurden, allein alle diese Hautslinge kelten sich doch gleichzeitig unter den Schutzbes Reiches. Dieser Schutz war von Haus aus staatsrechtliches Protettorat, allein dies hat sich mit dem Schutzgebietsgeste geändert. Hienach sich er Katier die Schutzgewalt nicht über, sondern in den Schutzgebieten. Dadurch sind diese Hoheitsrechte im Wege völlerrechtlicher Offupation aus staatlichen zu Selbstverwaltungsbefugnissen geworden.

4) Unten § 34. ftaatlichen ju Selbftverwaltungsbefugniffen geworben. 4) Unten § 34.

Die rechtlichen Beziehungen zwischen beiben Staaten gehen barüber hinaus. Der Oberstaat ist hier zugleich Subjekt der Staatsgewalt des Unterstaates. Beim staatsrechtlichen Protektorat übt der Oberstaat die Unterstaatsgewalt vertretungsweise im Namen des Unterstaates aus, hier aus eigenem Recht, im eigenen Namen. Die Oberstaatsgewalt besitzt als solche ipso juro auch die Unterstaatsgewalt; die Berbindung ist also eine engere.

Wie sie juristisch zu konstruieren, ergibt ber Gegensat von Hauptsache und Aubehör. Das unter staatsrechtlichem Protektorat stehende Land ist im Verhältnis zum Oberstaat selbständige Sache, selbst Hauptsache; die Schutzebiete sind Zubehör des Deutschen Reiches. Zubehör ist, um mit dem Deutschen Bürgerlichen Gesetzbuch § 97 zu reden, eine Sache, die, ohne Vestandteil der Hauptsache zu sein, dem Zwede der Hauptsache zu dienen bestimmt. Das Protektoratsland hat diesen Zwed nicht, sondern der ihm zu teil werdende Schutz ist in erster Linie als ihm selbst dienend gedacht. Das Protektoratsland ist selbst Hauptsache. Anders dagegen die deutschen Schutzebiete. Sie sind begründet, um deutsche Interessen außerhalb des Bundesgedietes zu schützen. Nicht, wie es das Interesse des Schutzebietes, sondern so, wie das Interesse Deutschlands es erfordert, soll hier sogar die Unterstaatsgewalt ausgeübt werden. Darum heißt sie auch Schutzewalt. Nur soweit, als das Interesse Deutschlands es erfordert, soll die Unterstaatsgewalt ihre Thätigkeit erstrecken.

Damit haben wir aber auch bereits ben Namen für diese Art von Staatenverbindungen gesunden. Die deutschen Schutzgebiete sind staatsrechtliche Pertinenzen, staatsrechtliche Nebenländer, Neben staaten des Deutschen Reiches, ein Name, der vielsach anerkannt, aber, wie wir noch später sehen werden, in sehr verschiedenem Sinne gemeint ist.). Wir sassen den Nebenstaat als einen Staat, bezüglich dessen einem anderen Staate nicht blos die Oberstaatsgewalt, sondern auch die Unterstaatsgewalt zu eigenem Rechte zusteht und zwar mit der Bestimmung, so, wie es den Interessen des Oberstaates entspricht, bethätigt zu werden.

Durch ben Namen Nebenstaat wird allerdings der Gebanke des Schupes (der Interessen bes Oberstaates), wie ihn die Worte Schutgebiet und Schutgewalt zum Ausbruck bringen, nicht gekennzeichnet. Allein nicht alle Nebenstaaten haben eben gerabe notwendig biesen Schutzwed. Bobl liegt es in ihrem Befen, daß fie ben Interessen bes hauptstaates zu bienen bestimmt find, aber biefe tonnen icon von Anfang an mehr als blogen Schut, fie tonnen positive Forberung verlangen. Der Name Schutgebiet und Schutgewalt hat somit eine engere Bedeutung, als ber Name Nebenstaat und Nebenstaatsgewalt. Und wir werben sehen2), wie unter diese staats= rechtlichen Nebenlander auch noch andere Staatserscheinungen fallen, als biejenigen, welche bas positive Recht als Schutgebiet bezeichnet. Andererseits ift baburch aber nicht ausgeschloffen, für diese Schutgebiete einen besonderen Namen zu wählen, um fie als eine Spezies der Nebenstaaten auszuweisen. Der Name Schutgebiet reicht bafür nicht aus, benn barunter kann jedes, in welcher Rechtsform auch immer, unter Schutz genommenes Land gemeint sein und wir werden gleich erfahren, daß die positive Rechtssprache des Deutschen Reiches selbst das Wort neuerdings auch noch für andere Schutverhältniffe als biejenigen ber Schutgebiete im bisher erläuterten Sinne zu verwenden begonnen hat. Besser ist es, den Ausdruck Brotektorat mit einem unterscheibenden Beisate zu gebrauchen. Protektorat bebeutet die Herrschaft über einen fremden Staat und biefer liegt auch bei unferen Schutgebieten vor. Der auszeichnenbe Beifat mare "toloniales Protettorat". Es mare damit ausgebrudt, daß es eine Schupherrichaft ift, welche aus kolonisatorischen Gründen, also, um in überseeischen Gegenden eigene Interessen zu fougen, geubt wird. Den Ausbrud toloniales Protettorat hat auch die Bolterrechtswiffenschaft angenommen⁸). In Frantreich beginnt dafür auch der Ausdruck protoctorat administratif

¹⁾ Bergl. 3. B. v. Seybel, Grundrif zu Borlefungen über Reichsftaatsrecht S. 116 (Reichsländer); Gg. Meyer, S. 184; Jorn, I S. 578. 2) § 36. 3) Kivier a. a. O. I S. 91; Derfelbe, Lehrbuch des Bölkerrechts, 2. Aufl. (Stuttgart 1899) S. 107; vergl. auch oben S. 77 N. 2. Handbuch des Dessentichen Rechts. Einl.-Band. II. Abit.

üblich zu werden 1). Die Bölkerrechtspraxis zeigt sich mit biesen Bezeichnungen insofern einsverstanden, als sie begonnen hat, die genannten Schutzebiete unter dem Ausbruck Protektorat mitzubegreifen 2).

Wir haben vorhin erwähnt, daß das Deutsche Reich das Wort Schutgebiet neuestens noch in einem anderen Sinne verwandte. Durch kaiserlichen Erlaß vom 27. April 1898 wurde bas burch Bertrag vom 6. März 1898 von China an Deutschland pachtweise, vorläufig auf 99 Jahre überlassen "Gebiet" an der Riautschou-Bucht im Namen des Reiches "unter taiserlichen Schut geftellt" und bamit, wie ber Betreff biefes Erlaffes befagt, jum Deutschen Schutgebiete erklart. Gine taiferliche Berordnung vom gleichen Tage wendet auch gleich bas fur bie Schute . gebiete bisherigen Sinnes erlaffene Schutzgebietsgeset vom 17. April 1886 auf bas neue Ge= biet an. Damit find verschiebene Rechtsverhaltniffe unter ein und benfelben Namen gebracht. Denn bavon tann teine Rebe fein, daß bas Deutsche Reich biefes an ber Riautschou-Bucht belegene Gebiet in seine Gebietshoheit brachte und bieses Gebiet somit beutsches Gebiet mare. Wohl fagt der kaiferliche Erlaß vom 27. April 1898, das betreffende Gebiet sei "in deutschen Befit übergegangen", allein unter biesem Besit ift nicht Besit zu eigener herrschaft, Gigenbefit, fonbern nur Besit zur Ausübung frember Herrschaft, Berwaltungs- und Nutbesit, zu versteben, benn nach bem Wortlaute bes Bertrages vom 6. März 1898 Art. 2 "überläßt" China biefe Gebietsteile an Deutschland nur "pachtweise, vorläufig auf 99 Jahre" und nach Art. 3 "übt bie dinesische Regierung mabrend ber Bachtbauer im verpachteten Gebiete nur bie Sobeitsrechte nicht felbst aus", fonbern "überläßt beren Ausübung an Deutschlanb"; teineswegs verzichtet es aber auf die Hoheitsrechte über dieses Gebiet selbst. Dasselbe ift also chinefisches Staats= gebiet geblieben 1) und bas beutsche Reich hat nur bas Recht auf Bertretung Chinas in Ausübung seiner Staatsgewalt hierüber. Damit stimmt auch überein, daß Deutschland ausbrücklich bie Berpflichtung übernimmt, die in dem überlassenen Gebiete verbleibende dinefische Bevollerung zu beschützen. Diese Bestimmung ware überflüssig, wenn das Riautschougebiet beutsches Staatsgebiet geworden ware, denn damit waren die aus diesem Gebiete stammenden und dort wohnen gebliebenen Chinesen von Rechtswegen beutsche Unterthanen geworben. Go find fie dinesische geblieben. Somit liegt bei biefem Schutgebiete nicht, wie bei ben übrigen Schutsgebieten Deutschlands, ein ftaatsrechtliches, sondern nur ein vollerrechtliches Berbaltnis ju Deutschland vor und auch soweit, was China angeht, kein Abhangigkeits-, sondern lediglich ein Gleichordnungsverhältnis, benn China hat fich bezüglich bieses Gebietes keiner rechtlichen Gewalt unterworfen, sondern nur die Ausübung deutscher Gewalt auf chinesischen Boben burch Ginraumung einer allgemeinen Bertretungsbefugnis geftattet. Auch, wenn bie Einräumung biefes Bertretungsrechtes eine Staatsfervitut mare, was nicht ber Fall ift, weil die Bertretung nur pachtweise, also nicht unfündbar, sondern unter der clausula redus sic stantibus überlaffen wurde 5), so würde bennoch keine rechtliche Abhängigkeit Chinas gegeben

¹⁾ Hachenburger a. a. O. S. 66 ff. und 293 ff.
2) Bergl. darüber den nachber zu erwähnenden deutsch-englischen Bertrag vom 5. Mai 1894: "The territories... have deen or shall be reserved to Germany in future as spheres of influence, Protectorates or possessions".

of influence, Protectorates or possessions".

8) Allerhöchster Erlaß, betressend die Erklärung Klautschous zum Schützebiet.

4) A. N. v. St en gel, Allgemeine Zeitung 1898 Beilage Nr. 24 und N. 112; 1899 Nr. 60.

5) Die Pachtung muß als ein gebietsrechtliches, dingliches, nicht als ein obligatorisches Berbältnis angesehen werden. Dies beweist erstens das Fehlen des Pachtzinses. Wie Jellinet in der Deutschen Juristenzeitung 1898, S. 258 ff. und S. 905 f. nachweist, ist im internationalen Verkehre Chinas die Pachtzussanfassung des englischen Privatrechtes üblich; nach dieser ist aber sür den Pachtzeiss nicht erforderlich und das Pachtzeisstellt ein dingliches. Jum Anderen ergibt es sich aber auch aus Art. 1 des Vertrages vom 6. März 1898. Nach diesem unterwirft sich Ehina einer Beschänkung in Ansübung seiner Hoheitsrechte sür eine Jone von 50 Kilowmetern im Umkreis der Kiautschou-Bucht auf unbestimmte Zeit. Dies ist Staatsgebietssserbitut,

fein, ba jebe Unterworfenheit unter eine Aufficht ober Lettung Deutschlands fehlt. Anbers liegt bie Frage im Berhältnis zu ben im Riautschougebiet sich aushaltenden chinesischen Unterthanen und Angehörigen anderer Staaten. Deutschland bat burch ben Bertrag vom 6. März 1898 jenes Bertretungsrecht als eine völlerrechtliche Befugnis erworben. Die einzelnen Menichen find Objette völlerrechtlicher Befugnisse, sie stehen unter völlerrechtlicher Gewalt. Diese Bertretungsbefugnis wirkt also auch gegenüber ben nichtbeutiden Einwohnern von Riguticou und zwar als Gewalt. Sie find bemnach beutscher Gewalt unterworfen. Da dieselbe einen Bestandteil der auswärtigen Hoheit des Reiches bildet, find sie somit in ein völkerrechtliches Abhängigkeitsverhältnis zu Deutschland getreten und ebenso auch das Gebiet selbst. Wit anderen Borten: Riautschou ist völkerrechtliche Pertinenz, nicht Nebenstaat, aber völkerrechtliches Rebenland Deutschlands. Bas es mit ben übrigen Schutgebieten gemein bat, ift ber gleiche Amed, ben Intereffen Deutschlands in überseeischen gandern im Bege ber Rolonisation zu dienen. Sehr treffend bemerkt v. Sepbel in seinem Rommentar zur Reichsverfaffung 1): "Rolonisation ist Besiebelung eines unzivilisierten Gebietes. Diese Besiebelung kann unter einer fremben Staatsgewalt vor fich geben, ober fie kann nach Erwerb der Herrschaft über das zu besiedelnde Gebiet stattfinden. Im ersteren Kalle ist die vertragsmäßige Berständigung mit ber fremben Staatsgewalt, im zweiten Falle ber Erwerb ber Staatsgewalt Boraussetung ber Rolonisation". Der erstgenannte Fall ist bie Rechtsfigur bes völlerrechtlichen Nebenlandes.

Die Intereffeniphären. Roch erübrigt die Frage, ob auch die sog. Inte= ressensphären2) ober, wie sie auch heißen, das Hinterland3) zu ben Abhangigkeitsbeziehungen zwischen mehreren Staaten zu rechnen find. Wenn wir von bem Bertrage zwiiden bem Deutschen Reiche und Großbritannien über bie Auslieferung ber Berbrecher "wischen ben beutschen Schutgebieten sowie anderen von Deutschland abhängigen Gebieten und ben Gebieten Großbritanniens" vom 5. Mai 1894') ausgeben, fo möchte es allerbings fo scheinen. Denn bort heißt es in Art. 2 : "Unter ben von Deutschland abhangigen Gebieten dependencies of Germany fagt ber englische Bertragstert — find im Sinne bes gegenwartigen Bertrages zu verstehen die Gebiete in Afrita, in Neu-Guinea und im weftlichen ftillen Ozean, die durch Uebereinkommen zwischen Deutschland und Großbritannien Deutschland als Intereffensphären, Schutgebiete ober Besitzungen vorbehalten find ober noch vorbehalten werben sollten ober, wie die englische Bertragsurfunde sagt: the territories . . . have been or shall in future be reserved to Germany as spheres of influence, Protectorates or possossions. Hienach hat es auf ben ersten Blid ben Anschein, als wären auch die Intereffensphären von einem anderen Staate abhängige Staatsgebiete, und ein Schriststeller, 2 orn 6), behauptet auch, die Interessensphären seien Staatsgebiete von der Art der Schutzgebiete, zwischen ihnen und den Schutgebieten beständen nur thatsächliche, keine rechtlichen Unterschiede; Schutgebiete seien Staatsgebiete, wo die Staatsgewalt bereits aufgerichtet sei, Interessensphären solche, wo bisher lediglich die rechtliche Möglichkeit für Aufrichtung einer Staatsgewalt geschaffen wurde.

Dem gegenüber ist baran festzuhalten, daß zum Begriffe bes Staatsgebietes effektive Herrschaftsausübung gehört und daß bei Interessensphären britte Staaten, d. h. andere als diejenigen, welche unter einander diese Interessenscharen abgrenzten, sich keines völkerrechtlichen Delittes iculdig machen, wenn fie in diefen Intereffensphären mit Befitergreifungen vorgeben. Namentlich letteres ist das beste Beichen, daß der Begriff der Gebietshoheit hier noch nicht existent

6 *

bemnach gebietsrechtlich. Um so mehr wird die völlige Abtretung der Ausübung der Gebietshoheit nach Art. 2 ff. dinglich aufzufaffen sein.

1) S. 68.

2) Die Quelle dieses Ausbruckes ist die Kongoakte, wo die Wendung vorkommt: Mächte, die gewissen Gebieten "einen Ginfiuß üben"; vergl. v. Stengel, Annalen 1895, S. 508 und

⁵⁰⁹ ff.

³⁾ Bergl. Ullmann, S. 188; Bonfils, S. 286; Rivier, Lehrbuch S. 150. 4) Reichsgeseschlatt 1894, S. 536 ff. 5) Bb. I S. 568.

ift; denn die Gebietshoheit besteht eben nach ihrer völlerrechtlichen Seite darin, daß sie grundsfählich jeden anderen Staat von der Einwirkung auf das Gebiet ausschließt.1).

Dazu kommt aber noch ber besondere Wortlaut ber biese Interessensphären schaffenden Berträge. Der die rechtliche Natur derselben erklärende Satz jener Berträge lautet: "Jede der beiden Mächte übernimmt die Berpslichtung, sich jeglicher Einmischung in diesenige Interessensphäre zu enthalten, welche der anderen zuerkannt ist. Reine Macht wird in der Interessensphäre der anderen Erwerbungen machen, Berträge abschließen, Souveränitätsrechte oder Brotestorate sibernehmen oder die Ausdehnung des Einstusses der anderen hindern" ³).

Die Interessensphären stellen lediglich ein Gebiet dar, in Bezug auf welches ein Staat gegenüber den anderen Bertragsstaaten das ausschließliche Recht zur Gewinnung oder Geltendmachung thatsächlichen kolonialen Ginflusses hat s). Es sind, wie Lab and b' mit der ihm eigenen Brägnanz sagt, Gebiete für zukunftige Oktupationen und zukunftige Brotektoratsrechte.

Somit ergibt sich: wenn die deutschen Interessenschen in jenem Vertrage vom 5. Mai 1894 von Deutschland abhängige Gebiete genannt werden, so ist damit keine rechtliche, sondern eine politische Abhängigkeit gemeint. Die deutschen Interessenschen sind deutsche Gebiete nicht im Rechts-, sondern im thatsächlichen Sinne. Das Wort abhängige Besitzungen (dependencies of Germany) ist in dem Vertrage vom 5. Mai 1894 somit nicht blos im rechtlichen, sondern auch im thatsächlichen Sinne zu verstehen, demgemäß anders, als in der Antisstadereiakte vom 2. Juli 1890, wo an verschiedenen Stellen down Mächten gesprochen wird, welche in Afrika Souveränitätsrechte ober eine Schutzberrschaft ausüben oder daselbst Besitzungen haben. Hier bedeutet der Ausdruck Besitzungen, weil das Wort Interessensphären nicht vorkommt, lediglich Besitzskade und zwar im Gegensatzu Souveränitäts- und Protektoratsrechten, worunter einerseits koloniales staatsrechtliches Nebenland, andererseits staatsrechtliches und völkerrechtliches Protektorat gemeint ist, die in vertretungsweiser Ausübung fremder Gedietsherrschaft bestehenden obligatorischen oder dinglichen völkerrechtlichen Besugnisse, indsbesondere also das koloniale völkerrechtliche Nebenland, außerdem Staatsgedietsservituten und endlich privatrechtliche Besugnisse an Grund und Boden d.).

Bu bieser Auffassung, daß die Interessensphären lediglich im politischen Sinne als von der betreffenden Kolonialmacht abhängig bezeichnet werden dürsen, stimmt auch der Inhalt einer kaiserlichen Berordnung vom 2. Mai 1894, wodurch der Reichskanzler ermächtigt wird, Teile der Interessensphären unter gewissen Boraussetzungen zu Schutzgebieten zu erklären. Es heißt dort, derselbe sei besugt, für solche innerhalb der deutschen Interessensphäre gelegene, zum Schutzgebiet disher nicht gehörende Gebietsteile, hinsichtlich deren der fortschreitende Einsluß der deutschen Berwaltung deren Bereinigung mit dem Schutzgebiet angezeigt erscheinen lasse, die hiezu ersorderlichen Anordnungen in Betress der Organisation der Berwaltung und Rechtsprechung nach Maßgabe der für das Schutzgebiet geltenden Borschriften zu tressen. Damit ist doch wahrlich ausgedrückt, daß erst durch diese Organisation eine effektive Herrschaft und damit Staatsgebietshoheit daselbst begründet wird ?).

¹⁾ Bergl. bazu v. Stengel, S. 511 ff.; Ullmann S. 179 und 188.
2) Bergl. beutscheenglisches Abkommen vom 1. Juli 1890 Art. 7 (v. Stengel a. a. O., S. 510).
3) Bergl. Laband, Bb. 1. S. 747; v. Stengel, S. 510; v. Liszt, S. 48.
4) An ber R. 8 genannten Stelle.

⁵⁾ Art. 3, 4, 18, 18.
6) Hingewiesen barf wohl auch noch barauf werben, wie in ber Antistlavereialte bas Wort Protektorat eine andere Bebeutung als bas Wort Schutzgebiet in bem Vertrage vom 5. Mai 1894 hat. Protektorat ist dort wegen bes Beisates Souveränitätsrecht lediglich völkers und staatsrechtliches Protektorat, hier dagegen umfaßt Schutzgebiet auch das koloniale Protektorat, also das kaatss und das nolkerrechtliche Nehenland.

staats= und das völlerrechtliche Nebenland.
7) Ueber diese Berordnung Laband, Bb. I S. 748; Zorn, Bb. I S. 568; v. Stengel S. 600 und 669.

§ 21. Ginfluß der Abhängigkeitsverhältniffe auf die Souveranität. Rachdem wir die rechtliche Ratur aller biefer verschiebenen völler= und ftaatsrechtlichen Abhangigkeits= verhaltniffe bargelegt haben, erübrigt noch, bie Frage zu erörtern, welchen Ginfiuß biese Beziehungen ber Staaten zu einander auf die Souveranität und Hobeit ber in folger Abhangig= keit stehenden Staatswesen ausübt. Wir setzen babei die Annahme, daß es sich in allen Fällen um Staaten handelt, welche vor Eintritt in jene Beziehung fouveran im eigentlichen Sinne, also völkerrechtlich völlig unabhängig waren.

Dies vorausgeseht, ergibt fich junachst für bie lediglich unter Protettion stehenben Länber, daß beren Souveranitäts- und Sobeitsrechte burch ihr Broteftionsverhaltnis in feiner Weise verändert werden. Wie wir saben, bandelt es sich bei der Brotektion nur um einzelne Einwirkungsbefugniffe bes beschützenden Staates; biefelben beben Unabhangigleit und bamit Souveranität nicht auf. Richt so rafch ift bie gleiche Frage bezüglich ber ganber unter pol terober unter staatsrechtlichem Brotektorate erledigt, insbesondere beswegen nicht. weil hier die Anschauungen ber Schriftsteller ftart auseinandergeben.

Aus unseren Entwickelungen über ben Souveränitätsbegriff folgt zunächst für beibe Arten ber Brotektorate, daß die unter Brotektorat stehenden Gebiete nicht mehr völlerrecht= lich souveran sind. Darüber hinaus könnte man meinen, die lediglich in völkerrechtlicher Abhängigfeit befindlichen Staaten waren als halb-, die unter staatsrechtlicher Gewalt stebenden als vollfommen nichtsouveran zu bezeichnen. Allein eine Betrachtung ber einzelnen Fälle bes Brotektorats zeigt, daß sowohl staatsrechtliche wie volkerrechtliche Brotektoratsländer entweber halbsouveran ober vollkommen nichtsouveran zu sein vermögen. Es gibt sowohl halbsouverane staatsrechtliche, wie vollkommen nichtsouverane völkerrechtliche Brotestoratsgebiete.

Selbst nach bem Bertrage vom 6. Juni 1884 1) steht Anam nur in einem völkerrechtlichen Abhängigkeitsverhältnis zu Frankreich 2), aber die Unterordnung Anams geht nun boch soweit, daß wir es schon früher 3) als völlig nichtsouveran bezeichnen mußten. beren Seite befindet sich Egypten zweifellos unter staatsrechtlicher türkischer Gewalt, aber es hat mehr Freiheiten als Anam. Es wird &. B. nicht in allen seinen auswärtigen Beziehungen von der Türkei vertreten und hat auch in der inneren Berwaltung größere Selbständigkeit, während Anam in auswärtigen Dingen ber Bertretung burch Frankreich völlig ausgeliefert ift und auch im Inneren ber willfürlichen Kontrolle Frankreichs untersteht.

Die herrschende Meinung ift freilich eine andere. Sie erklärt Länder unter völler= rechtlichem Brotettorat, die fie ja allein als Brotettoratsländer anertennt 1), immer für halbfou-Es tommt bies baber, bag bieselbe biese Länder gewöhnlich nur von ihrer Regelerscheinung aus konstruiert, beraufolge völkerrechtliche Protektoratsländer lediglich in den auheren Angelegenheiten beschräntt find, wenngleich fie auch anertennt, daß fich ber Ginfluß auch auf ihre inneren Angelegenheiten zu erstreden vermag; ob und wieweit, barüber entscheibe ber bas Schutverhaltnis begründende Rechtsatt 6). Allein es ift baran festzuhalten, bag bie Frage bes Einstusses der Brotektoratsbefugnisse auf Borhandensein oder Fehlen der Souveränität nicht allgemein, sondern nur für den einzelnen Fall beautwortet werden tann. Je nachbem weniger ober mehr auswärtige Sobeitsrechte entzogen find, wird bemnach felbst beim völlerrechtlichen Brotektorat von halber ober vollommener Richtsouveränität zu reben sein.

¹⁾ Bergl. S. 24. 2) Bergl. S. 72. 3) S. 22 unb 24. 4) 5. 76 %, 5.

⁵⁾ So v. Stengel in den Annalen 1895 S. 504 und 625; auch La band, Bd. I S. 749 R. 8; ferner Rivier, Bd. I S. 82: la subordination de l'État mi-souverain se manifeste soit exclusivement soit du moins principalement dans les relations extérieures; Bonfils-Fauchille, S. 88.

Andererseits geht eine in jungfter Beit aufgestellte Lehre 1) wieder zu weit, wenn bieselbe erklärt, auch wenn bie Abhängigkeit lediglich die auswärtigen Angelegenheiten begreife, sei damit dem Beschützerstaat doch ipso jure auch eine Leitungsbefugnis in den inneren Angelegenheiten eingeräumt, also in unserem Sinne gesprochen ber Brotektoratsstaat immer vollfommen nichtsouverän. Begründet wird biese Anschauung mit der völkerrechtlichen Berant= wortungspflicht, welche der beschützende Staat für den beschützten nach Außen übernimmt. Trage er die Berantwortung für des anderen Staates Handlungen und Unterlaffungen nach Außen, so musse er auch bas Recht ber Ueberwachung und bes Betos und sogar bes eventuellen positiven Hanbelns in den inneren Angelegenbeiten des anderen Staates besitzen. Allein bem wiberspricht die strenge Beschränkung des Protektorats auf bestimmte Angelegenheiten in ben es begrundenden Bertragen. Das Recht geht in ben inneren wie in ben außeren Angelegenbeiten nicht weiter. als ausbrücklich eingeräumt. Wenn tropbem ber beschützenbe Staat wegen jener Berantwortungspflicht in ben inneren Angelegenheiten bes beschützten Staates einzugreifen vermag, so erklärt fich bies nicht aus bem Brotektorate als solchem, sondern aus bem ihm nach allgemeinen Rechtsgrundsätzen zustehenden Interventionsrechte. Gin solches hat jeber Staat bann, wenn wesentliche Interessen seinerselbft ober eines britten Staates burch Sanblungen bes anderen ernftlich bebroht find. Diffct fic ber beschützende Staat unter biefem Gefichtsvuntt in die Berhaltniffe bes beschützten Staates, bann geschieht es nicht in Ausübung eines Ueberordnungsverhältniffes, fondern völlerrechtlicher Gelbfthilfe, alfo eines gang anderen Rechtsverhaltniffes, eines Berhaltniffes ber Gleich., nicht ber Ueber- und Unterordnung 1).

Im Gegensatzu ben Protektoratsländern sind die staatsrechtlichen Neben = länder immer vollkommen nichtsouveran.

§ 22. Bundesstaat und Staatenbund. Alle bisher geschilberten Abhängigkeitsverhältnisse haben das gemein, daß sie ein seitige Abhängigkeitsverhältnisse zwischen Staaten sind. Den Gegensat hiezu bilbet eine Berbindung von Abhängigkeits- und Ueberordnungsstellung in demselben Staate der Art, daß dieser Staat beherrscht wird, zugleich aber Teilhaber an der ihn beherrschenden Gewalt ist. Als diese Gewalt müssen wir uns, da wir von
weltlichen Gewalten disher nur Staaten als Beherrscher anderer Staaten kennen sernten,
eine Staatsgewalt denken und zwar die Gewalt eines Staates, welcher aus mehreren ihm
unterworsenen Staaten zusammengeset ist; m. a. B. das Bundesstaat verhältnis.
In ihm ist der Teilstaat nicht blos von einem anderen Staate abhängig, sondern zugleich an
der Herrschaftsgewalt dieses anderen Staates über ihn selbst beteiligt. Der Bundesstaat ist
der Staat eines Staatenbundes, ein aus einer Mehrheit von Staaten zusammengesetzer Staat,
an dessen Herrschaftsgewalt jeder dieser ihn bildenden Gliedstaaten einen Unteil hat, oder, wie
Laban der Gesammtheit der Witgliedsstaaten zusteht"; "der Bundesstaat . . . wird
burch Beteiligung der Einzelstaaten an der Herstellung des Gesamtwillens begrifflich bestimmt".

Kann ber Staat von einem Staate beherrscht werben, an bessen Staatsgewalt er seinersseits wieder Anteil hat, so kann er es ebenso gut auch von einer Staatenkorporation, an beren Leitung er als Mitglied rechtlichen Anteil hat, selbst wenn diese Staatenkorporation nicht selbst den Charakter eines Staates besitzt. Wir kommen damit auf den vielbestrittenen Begriff des Staat en bundes zu sprechen. Der wörtlichen Bedeutung nach ist ja auch der Bundes-

¹⁾ Billet, Des droits de la puissance protectrice sur l'administration intérieure de l'État protégé in der Revue générale de Droit International public Bb. II (Baris 1895) S. 598, 599, 601, 603.

²⁾ Nach De spagnet a. a. D. S. 25 und 26 ist bei allen halbsoweränen Staaten — und bazu rechnet er auch die vollkommen nichtsoweränen in unserem Sinne — lediglich die Ausübung, nicht das Recht der Souveränität gemindert. Diese Borstellung beruht auf nicht genügender Untersscheidung von internationaler Rechts- und internationaler Handlungsfähigkeit.

3) Bb. I S. 54.

staat ein Staatenbund, benn er ist zweisellos ein Bund von Staaten, aber in bem Sinne, in welchem sich das Wort in die deutsche Sprache des öffentlichen Lebens eingeführt hat, beseutet es nur den Bund von Staaten, der nicht zugleich selbst ein Staat ist, die consédération d'États, nicht den État sédératif, wie die französischen Ausbrücke lauten.

Das Wort Staatenbund wurde in die deutsche Sprache als Uebersehung des von Bu= fenborf auf ben Schilb erhobenen Begriffes systema civitatum übernommen. Das Staatenipftem Bufenborfs war aber bas gerabe Gegenteil eines zusammengesetzten Staates. Für Bufenborf - und seine Lebre batte ja lange Reit bie ausschließliche Gerrschaft im Gebiete bes allgemeinen Staatsrechtes 1) - war es unbentbar, bağ ein Staat andere Staaten in fich enthalte. Dies wiebersprach bem als für ben Staatsbegriff wesentlich angesebenen Begriffe vollster Souveranität. Aur Bufenborf waren alle Staatengemeinschaften zur gemeinsamen Ausstbung von hobeitsrechten lebiglich Bertragsgemeinschaften, Sozietäten 2). Beranlagt wurde die Erfetung bes bisber zur Bezeichnung einer Staatengesellichaft gebrauchlichen Bortes Staatenspstem durch Staatenbund durch die Runahme französischen Ginflusses in Deutschland am Anfang biefes Jahrhunderts. Die politische Sprache Frankreichs gebrauchte aber für Staatenspstem confédération d'États, was ja bann auch burch die offizielle Bezeichnung des Rheinbundes als confédération du Rhin, ber Abeinbunbstaaten als États confédérés du Rhin bestätigt wurde 3). Die Berbeutschung "Staatenbund" findet Brie4), welcher ber Aufnahme bes Bortes in Deutschland naber nachgegangen, querft von R. S. Racharia in Boltmann's Reitschrift für Geschichte und Bolitit 1804 gebraucht. In icarfem Gegensat jum Begriffe bes zusammengesetzten Staates, als Gegensatz zu einem Berein unter einer gemeinsamen oberften Staatsgewalt verwendet das Wort Staatenbund dann Gonner in seinem Teutschen Staatsrecht 1805 S. 3, wenn es bort beißt : "Das einzige Beispiel in seiner Art liefert Teutschland baburch, daß es als ein Staatskorper aus mehreren Staaten besteht, welche nicht burch einen Staatenbund, fondern burch einen Berein unter einer gemeinfamen oberften Staatsgewalt, folglich als ein Staat zusammenhangen" 5).

So wird das Wort Staatenbund seitdem in einem engeren Sinne gebraucht, als seine wörtliche Bebeutung an sich erfordert, eben im Gegensatzum État kédéral, zum Bundesstaat, und gerade das ist sein oberstes Merkmal, daß er ein Bund von Staaten ist, dem selbst der Staatscharakter abgeht i, während zum Wesen des Bundesstaates gehört, daß der die Staaten umschließende Bund auch seinerseits die Elemente des Staates erfüllt. Ueder dieses oberste Merkmal des Staatenbundes ist kein Streit. Um so mehr ist seine rechtliche Natur strittig. Gewöhnlich wird bezüglich dieser nur eine von zwei Möglichseiten angenommen. Entweder wird gesagt, der Staatenbund ist eine Staaten von zwei Möglichseiten angenommen. Entweder wird gesagt, der Staatenbund ist eine Staaten von zein sich at en ver ein in diesem Sinne; oder — um diese Alternative in Zusammensehung mit dem Worte Bund wiederzugeden, in welcher sie von den ofsiziellen Staatsurkunden?) in der einen Richtung, nämlich in der Zusammensehung "Bundesverein" gebraucht wird — entweder sagt man, der Staaten-

¹⁾ Bergl. Brie, Geschichte ber Lehre vom Bunbesstaate, Leipzig 1874, S. 29.
2) Gierke, Althusius S. 247; Brie, S. 28; Landsberg, Text S. 16, 20 und
21; Roten S. 8. 8) Rheinbundsatte Art. 7 und 31. 4) A. a. O. S. 33 N. 3.

⁵⁾ Hiezu Brie, S. 29 N. 22. 6) Die beutsche Bunbesafte vom 8. Juni 1815 Art. 18 kennt bemgemäß auch keine Untersthanen bes Bunbes, sonbern nur "Unterthanen ber beutschen Bunbesstaaten".

^{7) &}quot;Bundesverein" im Eingang der Wiener Schlußakte vom 15. Mai 1820. Daß Bundesverein das gleiche wie Staatenverein, ergibt das Verfassungsprojekt für den in den Mitolsburger Friedenspräliminarien Art. 2 vorgesehenen "Süddund bund". Art. 1 des Verfassungsprojektes lautet: "Die Königreiche Bahern und Wirttemberg, das Großherzogtum Baden und die südlich gelegenen Teile des Großherzogtums Heffen bilden einen Staatenverein unter dem Namen "Vereinigte Süddeutsche Staaten"; vergl. v. Bölden dorff, deutsche Verfassungen und Verfassungsentwürfe in den Annalen des deutschen Reiches 1890, S. 282.

bund hat die Natur einer Bundes a e sellschaft, ober es wird ihm der Charatter eines Bunbesvereines beigelegt 1). Wir meinen, es läßt fich noch eine britte Möglichkeit ins Auge faffen, nämlich die, daß nicht notwendig alle Staatenbunde nur Bundesgesellschaften ober nur Bunbestorporationen zu sein brauchen, sonbern daß der eine Staatenbund vorwiegend biefes, ber andere vorwiegend jenes zu sein vermag.

Tritt man der Entscheidung dieser Streitfrage näher, so möchte man wohl glauben, es sei das Beste, auf den historischen Ausgangsvunkt des Wortes Staatenbund zurückzugreisen. Wir fagten oben, es fei bies bie Ersetung bes Wortes Staatenspftem bei Bufenborf gewesen, und dieser verstand darunter, um mit den Worten seines Nachfolgers Nettelblabt 1) ju reben, eine societas, quae respublica non est. Allein man würde dabei überseben, daß bie Wissenschaft bes Naturrechtes seit Busenborf universitas und societas in der allgemeinen Rechtslehre als identisch behandelte 3). Der Staatenbund konnte demgemäß wohl als sociotas bezeichnet werden, aber unter bieser societas konnte ebensogut, wie eine societas aegualis, eine societas inaequalis gemeint sein, b. h. eine societas, in welcher imperantes und parentes zu unterscheiben sind. Das ist aber nichts anberes als ber Staatenverein im Sinne von Staatenkorporation. Dafür spricht, daß Nettelbladt den Staatenbund, das Staatenspftem. gegenüber den Teilstaaten als societas maior bezeichnet 4).

Somit ift bie Frage, welche rechtliche Ratur bem Staatenbunde zukommt, lediglich aus ben einzelnen praktischen Erscheinungen zu entscheiben, in welchen unbestritten Staatenblinde gegeben find. Ist ber Staatenbunb eine Gesellschaft, so muß ber Bunb rechtlich als eine Bielheit, als die Summe der Gesellschafter erscheinen ; ift er eine Korporation, so muß er eine von der Bielheit seiner Mitglieber rechtlich verschiebene Ginheit barftellen. Ober um es anders auszubrüden: in bem einen Falle steben bie vom Bund geübten Rechte der Substanz nach ben einzelnen Gefellichaftern zu, im anderen Falle bagegen find die Hobeitsrechte, die er ausübt, feine eigenen.

Ob nun das eine ober das andere gegeben, tann nicht schon aus bem Namen abgeleitet werben, ben ber einzelne Bund traat. Denn, wenn berfelbe auch außerlich einen Gesammtnamen bat, so tann dies doch auch nur die Kollettivbezeichnung einer Bersonenmehrheit sein. ebenfo, wie im handelsrecht die Firma der offenen Sandelsgesellschaft rechtlich nur den Rollektivnamen ber Gesellschaftermehrheit, nicht, wie bei ber Aktiengesellschaft, ben Ramen einer selbständigen juriftischen Berfonlichteit darftellt. Es tann bemnach 3. B. baraus, bag für ben im Rifolsburger Frieden vorgesehenen Bund ber fübbeutschen Staaten ber Name "Bereinigte Subbeutsche Staaten" in Aussicht genommen war und bie Rheinbundsstaaten ben Gesammtnamen Confédération du Rhin trugen, noch nicht geschlossen werben, bag ber eine Bund als eine bloße Staatengesellschaft, ber andere als Staatenforporation gedacht war. Aus ben

¹⁾ Für eine Staatengesellschaft' erklären den Staatenbund Laband, Bb. I S. 52 N. 1, v. Seydel, Kommentar S. 5; Jorn, Bd. I S. 68 st., Jellinek, Lehre von den Staatenderbindungen S. 178, Kosin a. a. D. S. 276 und 302, Otto Mayer, Deutsches Verwaltungsrecht Bd. I S. 461, Ullmann S. 45 u. A.; für eine Staatendorporation d. Martiz, Bestrachtungen über die Verfassung des nordbeutschen Bundes (Lya. 1868) S. 1, Vrie, Theorie der Staatenverbindungen S. 84 st., Georg Meyer, S. 33, Affolter, S. 57, Here Theorie der Staatsrecht Bd. I S. 118 und d. Stengel in Schmoller's Jahrduch 1898, S. 795 st. und 1182 st. Lezterer behauptet sogar, auch der Staatendund sei ein Staat, denn eine Korporation, die aus Staaten bestehe und demaach selbst staatsiche Zwecke habe, müsse auch eine Korporation, die dus Staaten bestehe und demaach selbst staatsliche Zwecke habe, müsse auch eine Korporation, die dus Staaten bestehe und demaach selbst staatsgewalt haben (S. 1186, 1143, 1145). Her ist vergessen (vergl. unten § 30), das zum Wesen der Korporation gehört, das sie ihre Mitglieder mur mit einem Teil ihrer Persönlichsteit, nicht deren ganze Kersönlichseit erfaßt; also muß sie auch nicht das völlig gleiche Wesen wie ihre Mitglieder haben. Zum Staatsbegriff gehört unmittelbare Herzschaft siber Indörden. Diese sehrt, S. 83 N. 2 und 4. Ueber das Ausland später.

2) Bergl. Gierte, Althussus S. 248 N. 60 und oben S. 48 N. 8.

3) Gierte a. a. O. S. 108 N. 75 und Deutsches Krivatrecht Bd. I S. 462 N. 14; bergl. auch Geschichte S. 251 und 252. 1) Für eine Staatengefellichaft' erklären ben Staatenbund Laband, Bb. I S. 52 R. 1,

Einzelbestimmungen der das Bundesverhältnis begründenden Rechtsatte und aus sonstigen Borgangen ist abzuleiten, ob mehr der Gebanke einer Bielbeit ober mehr berienige ber Gin= beit in der Bielheit überwiegt.

Bergleichen wir von diesen Gesichtspunkten aus die Rheinbundsakte vom 12. Juli 1806 und die Grundgesete des deutschen Bundes, so ist unverkennbar, daß in den letteren der Gebanke ber Bereinheitlichung einer Bielheit an ben verschiebenften Stellen hervortritt, in ber Mheinbundsatte bagegen, von dem Namen Confédération du Rhin abgesehen, geradezu sehlt.

In erster Richtung tommt zunächft die Terminologie in Betracht. Die Mitglieder des Bundes werben in der Biener Schlufatte nicht blos unter dem Namen "Gesammtheit der Bunbesglieber" 1), sonbern auch unter bem Namen "Gesammtheit bes Bunbes" 2) zusammen= gefaßt. Ferner wird ber Bund eine vertragsmäßige "Ginheit" 8) genannt und von einem "Gesammtwillen" bes "Bundes" als solchen gesprochen 4). Und bazu kommt nun die Fassung ber einzelnen Rechtsfähe. In ihnen erscheinen bie Pflichten, welche bie einzelnen Bundesglieber gegen ben Bund haben, nicht sowohl als Bflichten nur gegenüber ben anderen Bunbesgliebern, sondern als Pflichten gegen eine auch ben Berpflichteten mit umfassende Einheit. Benn Art. 33 ber Biener Schlußatte bemerkt, "die Erekutionsmaßregeln werden im Ramen der Gesammtheit des Bundes beschloffen und ausgeführt", so ist damit doch gesagt, die Exekution erfolgt nicht blos im Namen ber übrigen, sonbern im Namen aller Mitglieber. Dies handeln im Ramen Aller aber bahin auszulegen, daß es ein handeln im unmittelbaren Ramen aller einzelnen Mitglieber sei, ift unnatürlich. Die Ausstattung ber Bunbesgewalt mit einer Exetutionsbefugnis tann und muß auf ben Billen aller einzelnen Mitglieber gurudgeführt werben, aber die Ausübung ber Exelutionsgewalt im einzelnen Falle hat ihren Rechtsgrund nicht mehr in jenem Unterwerfungs-, bem Gesammtatte, sonbern ausschließlich und allein in bem burch jenen Gesammtakt begrundeten Gewaltrechte. Für bas Entstehen, aber nicht mehr für bas Bestehen ber Exetutionsgewalt vermag rechtlich auf den Willen des Mitgliedes zurudgegangen zu werden, gegen welches fich ber einzelne Ezetutionsatt wendet b). Ift bies aber ber Kall, bann ift die Gesammtheit, in beren Ramen die Exetutionsmaßregel beschloffen und ausgeführt wirb, nicht gleichbebeutend mit ber Summe ber einzelnen Mitglieber, sonbern mit einer an biese Summe nicht gebundenen, von bieser Summe verschiebenen Ginbeit. Beim Bundesftaate geht die Bundesegetution anerkanntermaßen lediglich auf den Billen des Gewalthabers zurud. Die Bundeserekution beim beutschen Bund ift nach all ihren Ginzelheiten biefelbe. Barum follte baber bei ibm tein Gewaltverhaltnis anzunehmen fein ?

Wenn wir auf ber anberen Seite junachft nach ben Benennungen seben, beren fich bie Rheinbundsatte bedient, fo wird hier die Gesammtheit ber Berbundeten nicht nur regelmäßig, sonbern sogar grundsätzlich als États confédérés du Rhin bezeichnet. Art. 1 sagt: Les États de leurs Majestés les Rois de Bavière et de Wurtemberg etc. seront . . . unis par une Confédération particulière sous le nom d'États confédérés du Rhin 6). Det Rame Rheinbund tommt in einer viel geringeren gabl von Stellen vor 7) und außer biesem Gesammtnamen fehlt jeber Sinweis auf eine Einheit. Darf hieraus nicht geschloffen werben, bag in dem einen Falle eine Staatenkorporation, in dem anderen eine Staatengesellschaft vorliegt?

Man wendet bagegen wohl ein, die Biener Schlußalte nenne den Deutschen Bund lebiglich "in feinen außeren Berhaltniffen" eine "in politischer Ginheit verbundene Gesammtmacht", "in seinem Inneren" bagegen "eine Gemeinschaft selbständiger unter sich unabhängiger Staaten, mit wechselseitigen gleichen Bertragsrechten und Bertragsobliegenheiten" (Art. 2), eine "vertragsmäßige Ginbeit" (Art. 15), einen "völkerrechtlichen Berein"

¹⁾ Art. 4. 6, 25. 2) Art. 7, 38. 8) Ebenba Art. 15. 4) V 5) Bergl. hiezu Rof in in ben Annalen bes beutschen Reiches 1883, S. 299. 6) Ebenso Art. 6, 7, 8, 9, 11, 29, 35. 7) Art. 12, 27, 31, 84. 4) Art. 7 unb 50.

und zwar einen solchen "souveräner Fürsten" mit bem ausgesprochenen Zwede, die "Unabhängigkeit" ber im Bunde begriffenen Staaten zu wahren" (Art. 1)¹). Das alles zeuge gegen die Auffassung, daß der deutsche Bund eine Korporation gewesen sei. Allein all diese Wendungen der Wiener Schluß- und auch der Bundesakte lassen sich auch bei der Annahme einer korporativen Natur des deutschen Bundes begründen. Denn, wie die Entstehungsgeschichte des deutschen Bundes ergibt, ist es nicht die korporative Natur der Staatenverbindung, welche mit diesen Wendungen ausgeschlossen sein wollte, sondern, was sie ausdrücken wollen, ist nur die Ablehnung der Meinung, als sei der deutsche Bund ein Bundesstaat oder ein Staatenbund, in welchem einem Bundesgliede eine Vormachtstellung zukomme.

In der ersten Richtung ergibt dies die Entstehungsgeschichte des Art. 1 der Bundesatte. In dem dem sog. deutschen Komité am 16. Oktober 1814 im Namen der Höse von Wien, Berlin und Hannover vorgelegten Entwurse der deutschen Bundesakte war in Art. 1 der beutsche Bund als ein Bund der "Stände Deutschlands" bezeichnet. Weil mit diesem Ausbrucke die Unterordnung unter einen anderen Staat gemeint sein konnte, verlangten Bayern und Sachsen, unterstützt von den beiden Hessen Aussauf, in der achten Konserenzsitzung gegen die Stimme Preußens die Abänderung in den Satz: Die "souveränen" Fürsten und freyen Städte Deutschlands vereinigen sich zu einem beständigen Bunde").

Nicht die korporative Staatenverbindung schlechthin, sondern lediglich die Bildung eines Bundesstaates will der Pariser Friede vom 30. Mai 1814 Art. 2 ausschließen, wenn er sagt, les États de l'Allemagne seront indépendants et unis par un lien fédératif. Bas an dieser Bertragsbestimmung irrig ift, ift lediglich die Auffassung, als werbe burch Sintritt in einen Staatenbund die Souveränität niemals gemindert. Alle die genannten Sähe gehen von der Meinung aus, als würde die Souveränität nur durch ftaatsrechtliche Abhängigkeit ge= nommen. Dies ergibt die Bezeichnung des deutschen Bundes als völlerrechtlichen Berein. Bas bamit ausgeschlossen sein will, ist allein die Rusammenkassung der deutschen Staaten zu einem Gefammtstaate, also ihre staatsrechtliche Abbängigkeit. Die Gründer wollen mit dem Ausbrucke lediglich fagen, der deutsche Bund ist keine staatsrechtliche Staatenverbindung. Nicht ift damit die Annahme einer völkerrechtlichen Abhängigkeit, einer völkerrechtlichen Bereinsgewalt verneint. Bund, föberaliftisches Band, föberaliftische Staatenverbindung liegt nicht nur vor, wenn jebe Abhängigkeit eines Staates von einem anderen fehlt, sondern auch, wenn solche Abhängigkeit zwar besteht, aber nur von einem Staate, bessen Oberstaatsgewalt mitauszuüben ber von ihm abhängige Unterstaat berechtigt ist. Wie ber Begriff Unitarismus, so weist auch ber ihm gegenüberstehende Begriff Föderalismus Abstufungen auf 3). Das strengere, weitergehende Einheitsprinzip ift verwirklicht, wenn aus mehreren, früher selbständigen Staaten unter Bernichtung ihrer Staatseigenschaft ein Einheitsstaat gebilbet ift. Das schwächere, beschränktere Einheitsprinzip ist gegeben, wenn in einer Berbindung mehrerer Staaten einer berselben allein die Oberherrlichkeit über die anderen ausübt. M. a. W. eine unitarische Berbindung mehrerer Staaten liegt nicht blos bei Bilbung eines Einheitsstaates, sondern auch bei Schaffung eines Suzeranitats- ober eines hegemonieverhaltniffes vor. Und bem entspricht auch eine Abstufung bes Bundesprinzips. Ein Bundesverhältnis ist vorhanden, wenn die verbundeten Staaten in gar keine, von ihnen gebilbete Abhängigkeitsbeziehung eintreten; es ift aber auch fcon ge= geben, wenn die verbundeten Staaten zwar in ein Abhangigfeitsverhaltnis treten, aber boch nur in eines von einer Gewalt, die jeder von ihnen mitausubt. Bund im erften Falle ift Unabhängigkeit von Jebermann, Bund im zweiten Falle ist Unabhängigkeit von einer Bor-

¹⁾ Auch Art. 1 der Deutschen Bundesatte.

²⁾ Bergl. v. Bölbern borff, a. a. O. S. 252 und 255 R. 5. 3) Bergl. hiezu meinen Bortrag "Unitarismus und Föberalismus in ber Deutschen Reichsversassung" Dresben 1898, S. 6 ff.

macht. Bund im ersten Sinne bat ben Einheitsstaat, ben Unitarismus im weiteren Sinne. Bund in der zweiten Bedeutung das Suzeränitätsverhältnis, die Unterordnung aller Gliebstaaten unter einen von ihnen, den weniger weitgebenden Unitarismus zum Gegensat. Daß Bund. föberatives Berhältnis, beibes bebeutet, beweift bie Bezeichnung ber am Bunbesverhältnis be= teiligten Staaten als Bundesftaaten ober Bundesmitglieber. Bundesftaat, Bundesmitglieb wird ber verbündete Staat nicht blos dann genannt, wenn das Berbältnis rein gesellschaftlich organifiert ift, also jebe Unterordnung ber verbundeten Staaten fehlt, sonbern auch bann, wenn unbestritten Abbangigkeit vorliegt, b. h. beim Bundesstaate 1). Denn unter Allen, welche das Bundesstaatsverbältnis als logisch möglich anerkannten. besteht darüber teine Meinungsverschiedenheit, daß bier ein Abhängigteitsverhältnis für ben einzelnen Glied= staat vorliegt, und tropbem wird der letztere Bundesstaat genannt. Ist damit für einen Fall nachgewiesen, daß von Bund auch dann gesprochen wird, wenn bie föderalistische Staatenverbindung in Form der Begrundung eines gemeinfamen Abhangigkeitsverhaltniffes geschieht, so liegt tein Grund vor, nicht auch in anderen Fällen, wo burch Eintritt in eine Staatenverbindung Abhängigkeitsverhältnisse der beteiligten Staaten entstehen, noch von einer föberaliftischen Berfaffung biefer Berbindung zu sprechen. Wenn die Schöpfer und authentischen Ausleger ber beutschen Bunbesalte bie beutschen Fürsten trop ihres Gintritts in ben Bund souveran nennen, so thun sie dies nicht in der Absicht, damit jedes Abhangigleitsverhältnis berselben zu verneinen, sonbern lebiglich, weil fie ber Meinung find, als würbe bie Souveränität eines Staates nur burch eine staatsrechtliche Staatenverbinbung beseitigt, wäh: rend wir boch saben, daß die völkerrechtliche b. h. eigentliche Souveränität auch schon durch Eintritt in ein völkerrechtliches Abhängigkeitsverhältnis verloren geht 2).

Diefer Annahme einer Bereinsgewalt über ben im beutschen Bund vereinigten Staaten wiberspricht auch nicht ber in Art. 3 ber beutschen Bundesatte niebergelegte Grundsatz ber Gleichberechtigung aller Bundesglieber. Es ist unzutreffend, wenn man behauptet, ber Sat biefes Artifels 3: "Ale Bunbesglieber haben als folche gleiche Rechte" ober der ähnliche bes Artikels 2 ber Biener Schlugatte, "ber beutsche Bund sei eine Gemeinschaft selbständiger Staaten mit wechselseitigen gleichen Bertragsrechten" tonne gar nicht anders benn als Ausbrud eines Gesellschaftsverhaltnisses aufgefaßt werben. Gewiß ift bamit Gleichorbnung zwi= schen den beteiligten Staaten proklamiert, aber solche Gleichorbnung ift auch vorhanden, wenn fie gemeinsam einer dritten, einer aus ihnen gebilbeten Gewalt unterworfen sind. Das Berhältniß ber Gleichorbnung herrscht auch beim Bundesstaatsverhältnis. Auf ber Anerkennung ber Gleichberechtigung, ber Roeristenz einander ebenbürtiger staatlicher Bersonen, sagt La = band") auch vom Bundesstaate aus, beruht das Bundesverhältnis, der bundes staatliche Charafter bes Bunbesftaates. Und boch ist tein Zweifel, daß bie Gliebstaaten bes Bunbes= staates nicht frei von Unterordnung find. Und seben wir näher zu, so sagen die Stifter und Mitglieber bes beutschen Bundes auch gang beutlich, baß fie mit biesem Bringip bes gleichen Rechtes ber Bunbesglieber teineswegs ein Gefellschaftsverhaltnis unter einander betonen wollen. Was fie ablehnen, ift nicht bie Unterordnung unter eine aus ihnen allen gebilbete Bereinsperfönlichkeit, sondern lebiglich die Unterordnung unter eines von ihnen.

Runachst ergibt sich bies aus bem abgelehnten Art. 8 bes Entwurfes ber Bunbesatte 4). Nach ihm sollte Deutschland in fieben Kreise mit Kreisobersten eingeteilt werben. Die Stellung bieser Kreisobersten, als welche der Raiser von Desterreich und die Könige von Breuken. Bapern, Bürttemberg und von England (für Hannover) ausersehen waren 5), wird in Art. 8 bes Entwurfes babin umschrieben, daß bie Rechte, welche ben Areisoberften nach bem Bunbes-

¹⁾ Siehe 3. B. Deutsche Reichsverfassung Art. 6 und Art 76. . 2) S. 85 ff. 8) Bb. I S. 101. 4) Bergl. v. Völbernborff, a. a. O. S. 258. 5

⁵⁾ Ebenba S. 250.

vertrage zustünden, von ihnen nicht vermöge ihrer eigenen, mit ihrer Eigenschaft als Landesherrn verbundenen Gewalt ausgeübt würden, in bieser Hinsicht hätten vielmehr alle übrigen beutschen Stände gleiche Rechte mit ihnen, sondern fie übten dieselben als Beauftragte bes Bundes und vermoge bes ihnen von bemselben übertragenen Amtes aus. Damit ift boch wahrlich nur ausgebrudt : tein Bunbesglied foll herr über bas andere fein ; tommt ihm eine besondere Rechtsstellung zu, so hat es bieselbe nur als Beamter ber Gesammtheit. Reineswegs ift damit die Gestaltung des Bundesverhältnisses als eines korporativen verneint. Und bazu kommt ber Wortlaut ber Bundesatte und ber Wiener Schlukatte felbst. Art. 3 ber Bundesakte fagt lediglich : "Alle Bundesglieder haben als fol de gleiche Rechte". Das heißt boch : im Bunbesverhaltnis ftebenb, find fie einander gleich. Daß bas Bunbesverhaltnis felbft lebiglich ein Berhältnis der Gleichordnung sein müßte, will damit nicht gesagt sein. Roch beutlicher folgt dies aber aus ber Wiener Schlufakte. Hier lautet Art. 2: Diefer (volkerrechtliche) Berein besteht in seinem Inneren, somit, was bas Berhaltnis ber Staaten unter einanber anlangt, als eine Gemeinichaft felbständiger, unter fich unabhängiger Staaten, mit wech fe lfeitigen, gleichen Bertrags-Rechten und Bertrags-Obliegenheiten. Nur die gegenfeitige Unabhängigleit, nicht Unabhängigleit von einer gemeinsamen britten Gewalt wird hier betont.

Lettere läßt sich auch nicht baraus herauslesen, daß die Staaten in Art. 2 zugleich "selbständig" genannt werden, oder daraus, daß von gleichen Bertragsrechten und Bertragsobliegenheiten oder in Art. 15 von einer vertragsmäßigen Einheit gesprochen wird, und ebensowenig daraus, daß der Bund in seinen äußeren Berhältnissen die Umschreibung "in politischer Einheit verbundene Gesammtmacht", in seinem Inneren blos die Bezeichnung "Gemeinschaft selbständiger Staaten mit wechselseitigen gleichen Bertragsrechten" erhält.

Das erste ist nicht möglich, weil mit biesem Ausbruck selbständig nur gesagt sein will "nicht ohne Souveränität". Diese nahmen die Schöpfer und authentischen Ausleger der Bundesatte, wie wir sahen, nur dei Eintritt in eine staatsrechtliche Staatenverbindung als verloren an, nicht dei Begründung eines völkerrechtlichen Abhängigkeitsverhältnisses. Nicht minder kann kein Nachdruck darauf gelegt werden, daß die Bundesglieder im Verhältnis nach Innen keine Einheit und Gesammtmacht, sondern eine Gemeinschaft selbständiger Staaten genannt werden. Gemeinschaft kann allerdings Beides, Gesellschaft und Korporation, bedeuten; allein, nachdem vorausgeht 1): "Der deutsche Bund ist ein völkerrechtlicher Verein, und das Wort Verein doch regelmäßig da gebraucht wird, wo korporative Versassensten verfaßte Perseit gegeben ist, wird anzunehmen sein, daß mit Gemeinschaft eine korporativ versassehliegensheiten, vertragsmäßige Einheit".

Hier scheint in der That ausgesprochen zu werden, daß das Berhältnis der im deutschen Bunde stehenden Staaten zu einander lediglich ein Gesellschaftsverhältnis sei. Allein sicher wäre dies doch nur dann, wenn unumstößlich seistliche, daß das Wort Vertrag in diesen Zusammenhängen im technische juristischen Sinne steht. Dies ist aber keineswegs der Fall. Art. 15 der Wiener Schlußakte sagt: "In Angelegenheiten, wo die Bundesglieder nicht in ihrer vertragsmäßigen Einheit, sondern als einzelne, selbständige und unabhängige Staaten erscheinen, . . . kann ohne freie Zustimmung sämmtlicher Beteiligten kein dieselben verbindender Beschluß gesaßt werden". Aus diesem Saze ergibt sich als Gegenteil: in Angelegenheiten, in welchen die Bundesglieder in vertragsmäßiger Einheit erscheinen, sind sie nicht selbständig und nicht unabhängig. Das kann nach Früherem nicht heißen, daß sie in diesen Fällen nicht von einander unabhängig seien, denn sie werden ja an anderer Stelle der Schlußakte ausdrücklich als "unter sich unabhängig" bezeichnet, sondern dies kann lediglich bedeuten: sie sind zwar nicht von einander, aber von einer aus ihnen gebildeten Einheit abhängig. Rur eine

¹⁾ Wiener Schlugatte Art. 1.

Einheit, die in Unterordnung unter einen der beteiligten Staaten besteht, wird verneint, nicht eine Einheit, die durch mehrere sich gleichstehnde Staaten gedildet mird. An dieser Annahme hindert auch nicht, daß die Staaten an der anderen Stelle, in Art. 2, in ihrem Bershältnisse nach Innen als eine Gemeinschaft selbständiger Staaten bezeichnet werden, während sich aus Art. 15 ergibt, daß sie in ihrer Stellung innerhalb der Gemeinschaft unselbständig sind. Das Wort selbständig ist eben an beiden Stellen in verschiedenem Sinne gemeint. In Art. 2 steht es in der Bedeutung von souverän im Sinne des Art. 1 der Schlusakte. Es ist hier nur ein anderer Ausdruck für die Wendung "souveräne Fürsten" in Art. 1. Von der Souveränität nehmen aber, wie wir sahen, die Gründer und authentischen Ausleger der Deutschen Bundesversassung an, daß sie nur durch staatsrechtliche Abhängigkeit beseitigt werde, völkerrechtliche dagegen mit ihr wohl vereindar sei. In Art. 15 andererseits ist das Wort in einem freieren Sinne verstanden, als absolut unabhängig. Die deutschen Staaten sind in den Fällen, wo sie in ihrer vertragsmäßigen Einheit erscheinen, nach der Anschauung der Besteiligten wohl noch völkerrechtlich souverän, aber nicht mehr absolut unabhängig.

Und, wenn nun die alfo geschaffene Ginheit, b. h. forporative Gestaltung bes Bundes eine vertragsmäßige genannt wirb, so will bamit nicht gesagt sein, baß zugleich ein Gesellschaftsverhältnis vorliege, sondern das Wort vertragsmäßig will nur andeuten, daß in dieser Korporation ber Grundsat gleicher Rechte ber Glieber gilt. Bertragsmäßig wird hier für Gleich= ordnung, für bundesmäßig gebraucht. Es foll bamit wiedergegeben sein, daß die Korporation bieser Staaten eine Rorporation mit Bunbescharakter, mit Gleichorbnung der Korporationsgenoffen ift. Daß biefes Gleichordnungsverhältnis vertragsmäßig genannt wird, kommt von seiner Entstehung. Es ist burch Gesammtatt entstanden. Reineswegs will aber bamit gesagt sein, daß das so entstandene Verhältnis noch ein Vertragsverhältnis ift. Der Vertrag ober besser ber Gesammtatt war ber richtige Grund seines Entstehens, aber ist keineswegs mehr Rechtsgrund seines Bestehens. Das einmal geschaffene, bas bestehende Berhältnis ist rechtlich nicht mehr Bertrags=, fondern Bundesverhältnis. Das bestehende Bundesverhältnis kann aber sowohl Gesellschafts- wie Korporationsnatur haben. Der Ausbruck vertragsmäßig erklärt sich bemnach nicht juriftisch, sonbern hiftorisch-politisch. Hiftorisch, aber nicht juriftisch bilbet ber Bunbesvertrag die Grundlage des bestehenden Bundesverhältnisses. Politisch bleibt der Schwerpunkt eines burch Gesammtatt begründeten Gleichordnungsverhältnisses immer auf der Entstehungs: thatsache, auf bem Begrundungsatte beruhen; juriftifch verlegt fich ber Schwerpunkt in ben Rechtsgrund des Bestehens und dieser ist nicht der Bertrags=, sondern der Bundescharakter besselben. Beil ein Bund geschaffen wurde, nicht, weil der Bund burch Bertrag begründet wurde, liegt juriftisch erläutert ein Berhaltnis ber Gleichorbnung vor. Das Wort vertragsmāhig ift also nicht juristisch, sondern historisch-politisch für durch Bertrag begründete Gleichordnung gebraucht, ob biefe Gleichordnung nun innerhalb eines Gefellschafts= ober innerhalb eines Korporationsverhältniffes besteht.

Das Wort Vertrag ist hier nicht anders verwandt, als in der bekannten Erklärung, welche die preußische Regierung im deutschen Bundesrate am 5. April 1884 gegenüber der Forderung der freisinnigen Partei auf Einführung eines kollegialen Reichsministeriums abgab, einer Erskärung, die darum von besonderer Bedeutung ist, weil sich ihr alle verbündeten Regierungen einstimmig anschlossen. Die Anschauung, daß das Deutsche Reich rechtlich lediglich eine Staatensszietät sei, hat auf diese Erklärung besonderen Nachdruck gelegt 1). Allein u. E. ohne durchsschlagende Kraft.

In diefer Erklärung ift wohl bavon die Rebe, daß die verbundeten Regierungen entschlossen

¹⁾ Vergl. v. Seybel, Kommentar zur Reichsverfassung 2. Aust. S. 23 und in dem der Fürstlich Lippeschen Regierung erstatteten Gutachten über "Artikel 76 der Reichsverfassung und der Lippesche Thronfolgestreit" 1898 S. 29.

find. "bie Bertrage, auf welchen unfere Reichsinftitutionen beruben, in unverbrücklicher Treue aufrecht zu erhalten", und bag "jebe Berminberung ber Auverficht, mit welcher bie verbundeten Regierungen auf die Festigleit ber unter ihnen geschloffenen Berträge bauen, Ameifel aber die Buverlässigleit ber Berträge herbeiführen würbe, auf welchen ber Bund ber beutschen Staaten beruht", allein biese Worte maren boch nur bann voll beweistraftig bafur, daß bas Deutsche Reich ein Gesellschaftsverhaltnis unter Staaten sei, wenn biefelben unausweichlich so aufgefaßt werben mußten, wie fie jene Theorie auffaßt. Dies ift nun aber teineswegs ber Fall. Bunachft ift in biefer Richtung zu betonen, wenn auch hier nicht näher auszuführen, daß nicht alles, was rechtlich Bertrag genannt wird, auch rechtlich Bertrag ift. Es ist im politiscinternationalen Leben sehr üblich, ben Alt ber Begrundung einer Korporation ober Anstalt durch Mehrere zusammen als Bertrag zu bezeichnen, obwohl er juriftisch nicht Bertrag, b. h. gegenseitige Willensbindung, fondern nur Gefammtatt, b. h. Willenseinigung mehrerer ift. Bertrag tann bier also auch im Sinne von Stiftungsalt, von Stiftung einer Korporation gemeint sein. Dazu tommt aber, daß die preußische Regierung und die übrigen verbündeten Regierungen mit ihr nicht fagen, bas Deutsche Reich sei ein Bertragsverhaltnis, sonbern und zwar an zwei Stellen, es beruhe auf Bertragen. Das Deutsche Reich felbft wird als ein "Bund", als auf Bundesverträgen berubend bezeichnet. Dies ift aber ein wesentlicher Unterschieb. Darnach verträgt fich mit biefer Ertlarung auch bie Auffaffung, ja fie wird burch ben Bortlaut berfelben eigentlich fogar geforbert, bag mit ber Hervorhebung biefer Bertrage nur ber rechtliche Entftehungsgrund, nicht ber rechtliche Charafter bes Deutschen Reiches gefennzeichnet sein will, bag es also nicht notwendig ift, bas entstandene Reich unter allen Umftanden als Bertragsverhaltnis zu erklaren. Die Erklärung läßt somit auch einer anderen Auffassung Raum. Gin Bund kann sowohl Gefellschafts- wie Korporationsnatur befigen. Db beim Deutschen Reiche bas eine ober bas andere ber Fall, ift somit burch biese Erllärung noch nicht voll entschieben. Es muß ein Weiteres bingutreten und für das eine ober andere den Ausschlag geben.

Dies Beitere liegt in der baperischen Anschlußerklärung vom gleichen Tage. Dieselbe gibt den Ausschlag für die Korporationsnatur. Denn sie lautet, nachdem sie betont hat, daß die baperische Regierung jederzeit bereit sei, an der Fortentwickelung Deutschlands auf söderativer Grundlage, nicht aber in unitarischer Richtung mitzuwirken: "Aus diesem Grunde stehen wir dem Gedanken der Errichtung eines verantwortlichen Reichsministeriums durchaus ablehnend gegenüber und zwar sowohl mit Rücksicht auf die Stellung des Bundesrates und die durch die Grundverträge gewährleisten Rechte der Einzelstaaten als auch mit Rücksicht auf die zufünstige Entwickelung und den gesicherten Fortbestand des Reiches". Troß der Grundverträge werden die Bundesglieder hier Einzelstaaten genannt.). Einzelstaat hat aber zum Gegensah Gesammtstaat und darunter verstand man schon 1884 allgemein den zusammengesetzen, den aus Staaten gebildeten Staat.). Hiemit ist aber anerkannt, daß die Berufung auf die dem Bund zu Grunde

1) Es ist m. W. Zorn, welcher in seiner gegen das obige Gutachten b. Se y de ls gerichteten Schrift "Die Reichsverfassung und der Lippesche Thronsolgestreit" (Königsberg 1898) S. 8 zuerst auf dieses Wort "Einzelstaat" in der bayerischen Anschlußerklärung hinwies. Bergl. überhaupt bessen zutressend Ausschlürungen über die Erklärungen vom 5. April 1884, S. 6 und 7.
2) Dazu kommt auch die zwei Jahre nachher am 10. April 1886 vom Staatssetretär Dr.

²⁾ Dazu kömmt auch die zwei Jahre nachher am 10. April 1886 vom Staatsselretär Dr. v. Schelling im Reichstag abgegebene Erklärung (Berh. des Reichstags 6. Leg. Per. Sess. 1886/86 Sten. Ber. S. 2028): "Täger der Souveränitätsrechte im Reiche sind die verbündeten Regierungen". Dem Reiche sind damit Souveränitätse, d. h. Hoheitsrechte zuerkannt; also ist es ein Staat. Wenn v. Sen de l. Rommentar S. 70 dagegen demerkt, der Staatsselretär spreche nicht von einer Souveränität des Keiches, sondern von Souveränitätsrechten im Reiche, also folge daraus noch nicht, das die verdündeten Regierungen das Reich als Staat betrachten, so ist entgegenzuhalten, das die Erklärung unmittelbar fortsährt: "Sie (die verdündeten Regierungen) haben daher auch an den Schutzgebieten des Reiches die aus der Souveränität sliehenden Rechte erworden". Das Keich erschein siemit als Subjekt der Schutzgebiete; ist es dieses, so wird es wohl auch Subjekt der Souveränität im Reiche ergibt sich übrigens

liegenden Bertrage lediglich die Entstehungsweise, nicht die rechtliche Natur des Reiches charatterisieren will. Gin Staat ist nach unserer heutigen Auffassung kein Bertragsverhaltnis.

So ist auch von diesem Gedankengange aus erwiesen, daß Bundes und Bertrags, b. h. Gesellschaft afts verhältnis unter Staaten nicht ibentische Begriffe sind. Bund verlangt Gleichordnung der Beteiligten, aber diese ist nicht blos gegeben, wenn sie nur ein Gesellschafts, sondern auch, wenn sie ein Korporationsverhältnis bilden, in welchem sie alle gleichmäßig berechtigt sind. Nur ist der deutsche Bund wohl anderer Natur, als das deutsche Reich, keine staatsrechtliche Staatenverdindung, kein Gesammtstaat, sondern, um mit Art. 1 der Wiener Schlußakte zu sprechen, ein "völkerrechtlicher Verein", aber immerhin eine Einheit, eine Korporation. Und das war zu beweisen, daß der Staatenbund nicht notwendig Staatengesellschaft sein muß, sondern daß ihm auch die Natur einer Staatenkorporation beizuwohnen vermag.

Mit diesem Ergebnis stimmt noch ein Borgang bei Auflösung des deutschen Bundes überein. Solange Gesellschaft und Korporation bestehen, gelten für Beide in vielen Beziehungen die gleichen Rechtssähe und zwar ist dies bei öffentlichrechtlichen Gesellschaften und Korporationen noch in erhöhterem Maße der Fall, als bei privatrechtlichen; denn es tritt hier die vermögenszrechtliche Seite meist hinter eine ideelle zurück. In voller Schärfe tritt der Unterschied Beider erst in der Frage ihrer Auslösung hervor. Bei Auslösung der Gesellschaft dauern die Berbindlichseiten und Rechte der Gesellschaft als solche der Gesellschafter sort. Rechte und Pflichten der Korporation dagegen gehen mit dieser selbst unter. An der Art, wie die sog. Besatzungsrechte des Bundes bei seiner Auslösung behandelt wurden, läßt sich erkennen, ob dersselbe von den Beteiligten als eine Staatsgesellschaft oder als eine Staatenkorporation angessehen war.

Diese Besahungsrechte bestanden in dem Recht des Bundes, gewisse Festungen im Gebiete der Bundesglieder als Bundessestungen zu verwalten, daselbst also eine Besahung zu halten und alle sonst im Interesse der Verteidigung notwendigen Maßregeln zu tressen. Das Recht des Bundes an diesen Festungen war im Allgemeinen dasselbe, wie heute das Recht des Reiches an den Reichssessungen. Der Bund hatte Eigentum an den Festungswerken und Militärgebäuden und Verwaltung und Verfügung über die Festungen. Im Uedrigen bestand die "terristoriale Souveränität" der Staaten, in welchen die Festungen lagen, an dem betressenden Gebiete sort³). Waren diese Besahungsrechte (jura praesidii) Rechte einer Gesellschaft, so bedurfte es besonderer Auseinandersehung, wenn sie dei Ausschlagung des Bundes nicht als össentlichrechtliche Lasten des Territorialstaates fortdauerten. Waren sie dagegen Rechte einer Korporation, so gingen sie mit der Beendigung des Bundes von Rechtswegen unter.

Im Sinne letterer Auffassung wurde bei Auflösung des Bundes versahren. Die ehemals im Bund vereinigten Staaten schlossen wohl eine Bereinbarung über das Eigentum an diesen Festungen 3). Die Frage des jus praesidii des Bundes wurde dagegen gar nicht gestreift. Es

auch aus der Entstehungsgeschichte des Deutschen Reiches. Bismard bemerkte im verfassungsberatenden Reichstage des Korddeutschen Bundes zur Frage eines Oberhauses des Reichstages (Stenogr. Berichte S. 480): "Es ist mir an und für sich nicht leicht, mir ein deutsches Oberhaus zu benken, das man einschieden könnte zwischen den Bundesrat, der vollkommen unentsehrlich ist als diesenige Stelle, in der die Souveränität der Einzelstaten fortsährt, ihren Ausbruck zu sinden das man einschieden könnte zwischen diesen Bundesrat und diesen Reichstag". Bergl. Georg Meher. S. 869 R. 6.

oiejenige vieue, in der die Souderanität der Einzel paaren jorrjagit, ihren Ausdruck zu finden — das man einschieden könnte zwischen biesen Bundesrat und diesen Reichstag". Bergl. Georg Meher, S. 869 K. 6. 1) Vergl. Laband die die n. 1865 Krt. 10: Les places de Mayence Luxembourg et Landau sont déclarées places de la Confédération Germanique, abstraction faite de la souveraineté territoriale de ces places. S. bazu H. Zacharieté de ri d, Deutsches Staatszund Bundesrecht 2. Aust. (Göttingen 1867) Bd. I S. 829: Mejer, Einleitung in das Deutsche Staatszecht 2. Aust. (Freiburg und Tübingen 1884) S. 182 R. 19; Seorg Meher a. a. D. S. 117 R. 14.

³⁾ Bertrag vom 6. Juli 1869 über die zukunftige Behandlung des gemeinschaftlichen beweglichen Eigentums in den vormaligen Bundesfestungen Mainz, Ulm, Rastatt und Landau betreffend.

war also stillschweigend angenommen, daß dieses Recht mit Auflösung des Bundes ipso jure untergegangen war, die einzelnen Verbundeten gegenüber den Staaten der Territorials hoheit in dieser Richtung keine Rechte mehr hatten.

An der Richtigkeit dieser Entscheidung andert auch die besondere Art nichts, in welcher bas Besatungsrecht Breugens an ber Festung Luxemburg beseitigt wurde. Es ift wohl wahr. baß Breußen bie Fortbauer seines Besatungsrechtes in Luxemburg trot Auflösung bes Bunbes gegenüber Luxemburg behauptete, als ber Ronig-Großherzog ben Abzug ber preußischen Trupven aus Luremburg verlangte, und es thatfachlich erft in bem Bertrage ber Großmächte pom 11. Mai 1867 auf fein Recht verzichtete. Allein es ift zur Genuge bekannt, bag bie Bebauptung ber Fortbauer feines Befatungsrechtes in Luxemburg fur Breugen lebiglich ber gebotene politische Borwand war, um zu verhindern, daß Luremburg unter französischen Einfluß gerate. Daß Breugen von Saus aus ber Anficht hulbigte, bag alle bem Bunbe guftebenben und im Namen bes Bundes geubten Besatungerechte mit ber Auflösung bes Bunbes von felbft ihr Enbe erreichten, ergibt fich aus ben Bestimmungen bes Brager Frieben vom 23. Aug. 1866 Art. 7 und 8. Derfelbe fpricht wohl von ber Frage ber Auseinandersetzung zwischen ben Bundesstaaten bezüglich bes bisherigen Bundeseigentums und bestimmt in Bezug auf ben Anteil Desterreichs, daß Desterreich berechtigt bleibe, aus ben Bunbesfestungen bas taiferliche Gigentum und von bem beweglichen Bunbeseigentum ben matritularmäßigen Anteil Defterreichs fortzuführen ober fonft barüber zu verfügen; von ber Art, wie bas Befatungsrecht Defterreichs bezüglich Mainz abgeloft werben folle, schweigt ber Bertrag bagegen und boch hatte von ihm im Busammenhang mit ber Frage bes Eigentums an ben Bunbesfestungen gerebet werben muffen, ba basselbe ja unmittelbar mit bem Gigentumsrechte an ber Festung verfnüpft war. Daraus folgt, daß Breugen in biesem Friebensvertrage mit Defterreich von ber Anschauung ausging, bag bas öfterreichische Befabungerecht in Mains mit ber Auflösung bes Bunbes von Rechtswegen erloschen fei. In Ginklang bamit fieht ber Bertrag zwischen bem Norbbeutschen Bunde, Bapern, Burttemberg, Baben und heffen, bie jufunftige Behandlung bes gemeinschaftlichen beweglichen Gigentums in ben vormaligen Bunbesfestungen Daing, Ulm, Raftatt und Landau betreffend, vom 6. Juli 1869. Dhne auch nur ber fruberen Besahungsrechte Erwähnung zu thun, wird bier beftimmt, daß die Berwaltung der Festungen bezüglich Mainz burch ben Nordbeutschen Bund. bezüglich ber übrigen Festungen burch bie einschlägigen Landesregierungen erfolgen folle. Burbe ber beutsche Bund als Staatengesellschaft aufgefaßt worden sein, so wurden biese Besatzungsrechte bes Bundes an den verschiedenen Festungen auch nach Auflösung besselben als Einzelrechte ber bisherigen Bundesglieber ohne besonbere Aufhebung fortgebauert haben 1).

Somit ist auch auf diese Beise bestätigt, baß der deutsche Bund die Natur einer Staatenstorporation hatte. Wie schon früher bemerkt, unterscheiden wir uns von der herrschenden Ansichauung dadurch, daß wir nicht meinen, alle Staatenbünde könnten nur ein und dieselbe Natur, entweder die der Geseuschaft oder die der Korporation, besigen. Wenn wir dem deutschen Bund Korporationscharakter beilegen, so sagen wir damit nicht, daß nun jeder Staatenbund biese gleiche Natur haben musse, und wir haben in dem Rheinbund bereits auch ein Beispiel für den blos geseuschaftlichen Staatenbund vorgeführt.

Von dem Namen Rheinbund abgesehen, welcher sich mit beiden Naturen verträgt, spricht alles für den Gesellschaftscharafter dieser Konföderation. Insbesondere erscheint auch die Allianz, in welche der Rheinbund zu seinem Protektor gemäß Art. 35 der Rheinbundakte trat, baselbst nicht als ein Schuß- und Trupbündnis, das von einer aus einer Bielheit von Staaten

¹⁾ Auf die Frage, welche rechtliche Natur biese Besatungsrechte bes Bundes hatten, insbesonbere, ob fie völkerrechtliche Servituten waren, ift hier nicht einzugehen. Bergl. barüber Georg Meher S. 117 R. 14 und S. 164; auch Schulze, Ginleitung S. 406.

gebilbeten Einheit abgeschloffen ware. Richt ber Rheinbund, sondern les Alliés (Art. 37 und 38) werben als ber andere Teil bes Mlianzverhaltnisses genannt. Indes reicht bieses eine Beispiel nicht aus. Bir verftarten unsere Bosition gegenüber Angriffen von berjenigen Seite noch, welche, wie v. Martit, Brie, Hanel, Gg. Meyer, v. Stengel 1), in jedem Staatenbunde eine Staatenforporation erblidt, wenn wir zu erweisen vermögen, daß es auch Bundesverbaltniffe aibt, in welchen im Berhaltnis zu Dritten als ber Berechtigte und Berpflichtete nicht blos nicht ber Bund als juriftische Berson, auch nicht "bie Berbundeten", sondern jeder einzelne Berbunbete erscheint.

In biefer Beziehung bietet uns bie Geschichte bes Rheinbundes, soweit wir fie kennen, tein Beispiel, wohl aber die Geschichte bes beutschen Rollvereins, ber, wie wir alsbalb sehen werben, die gleiche rechtliche Natur, wie ber Rheinbund, befaß. Der Rollverein ichloß im Laufe feines Bestehens eine Reibe von Sanbels- und Schiffahrtsvertragen mit außerbeutichen Staaten 2). Alle biefe Bertrage batten jeweils mit Ablauf ber Reit, auf welche ber Rollverein eingegangen war, also z. B. Enbe 1853 ober Enbe 1865 ihr Enbe erreichen muffen, ware ber Bollverein eine torporative Staatenvereinigung gewesen. In Birklichleit fand aber teine Erneuerung biefer Bertrage anläglich ber Erneuerung bes Rollvereinigungsvertrages am 4. April 1853 und am 16. Mai 1865 statt. Und ebensowenig erreichten biese Berträge bas Enbe ihrer Giltigfeit, als ber Rollverein burch Busammenschluß ber Rollvereinsstaaten jum Deutschen Reiche in diesem aufging. Und boch batte bies ber Fall fein muffen, wenn die Bertrage mit dem Bollverein als juriftischer Berfonlichteit geschloffen gewesen waren. Aus diesem Allen folgt, baß jene Berträge rechtlich mit ben einzelnen, jum Bollvereine gehörenben Staaten eingegangen waren; fie konnten daber auch obne Erneuerung fortbauern, als der Rollverein aufgelöst und durch bas Deutsche Reich ersetzt war. Der Bollverein war somit lediglich ein Gesellschaftsverhaltnis unter Staaten. Dem entspricht auch die Fassung genannter Bertrage, g. B. biejenige bes Bertrags mit Siam vom 7. Febr. 1862. Sier ift immer von den Unterthanen ber tontrahierenben "beutschen Staaten" bie Rebe. Ratifigiert wurde also ber Bertrag nicht von einer Bundespersönlichkeit, sondern von einer Summe einzelner Staatspersönlichkeiten und so wirkten bie völkerrechtlichen Berbindlichkeiten und Berechtigungen aus biesen Berträgen auch nach Aufhören des Bollvereinsverhältniffes noch weiter.

Der Rollverein rechnet nun zu ben fog. Berwaltung gunionen, wie von solchen in neuester Beit ja eine ganze Reihe entstand. Das auszeichnende Moment berselben ift anerkanntermaßen bas, baß fie "völkerrechtliche Berwaltungsgesellschaften" 3) mit gemeinfamen ') Organen zur Durchführung ber Bertragszwede find, womit übrigens teineswegs gefagt fein will, daß eine korporative Gestaltung solcher Unionen schlechthin unmöglich wäre 6). Sind fie aber völkerrechtliche Gesellschaften, so find fie ihrer rechtlichen Natur nach in nichts von bem gefellicaftlichen Staatenbund verschieden. Auch ber Staatenbund ift eine völkerrechtliche Gesellschaft unter Staaten mit gemeinsamen Organen zur Durchführung von Bertragszweden. Wenn man sie tropbem nicht Staatenbunde nennt, nicht von Bost= ober Roll= ober Tele=

¹⁾ Bergl. S. 188 N. 1. 1) Vergl. S. 188 N. 1.
2) Bergl. über dieselben v. Staubinger, Sammlung von Staatsverträgen des Deutsichen Reiches 2. Aust. (München 1895) Bd. U S. 258 sf. Der bekannteste ist der am 30. Mai 1898 zu Ende gegangene mit Großdritannien vom 30. Mai 1865.
3) Otto Maher, Deutsches Berwaltungsrecht Bd. U S. 459.
4) Die zur Durchführung der gemeinsamen Aufgaben verwendeten Organe können sowohl Organe der einzelnen beteiligten Staaten sein Dienstwerhaltnis zu allen verdündeten Staaten zusammen stehen. Vergl. Otto Maher ebenda S. 460 und unten S. 102 R. 6.
5) Die Meinung, welche den dem Staatendunde gleichen Rermaltungsunionen, wie dem Staatens

⁵⁾ Die Meinung, welche den bem Staatenbunde gleichen Berwaltungsunionen, wie dem Staatenbunde, lediglich Gesellschaftsnatur zuerkennt, nuß in diesem Falle natürlich das Borhandenseines Staates, eines Berwaltungs-Bundesstaates, annehmen; so demgemäß auch Otto Mayer

graphen- und Eisenbahn-Staatenbunden spricht, sondern lediglich die Ausbrucke internationale Berwaltungsvereine, organifierte Berwaltungsbundniffe gebraucht und höchtens von Berwaltungsbunben 1) rebet, fo liegt bies nur an einem für bie Frage ber rechtlichen Natur nebenfächlichen Unterschiebe. Bon einem Staatenbunde fpricht man nur, wenn ber Staat in feiner gangen Berfonlichfeit, in feiner Gefammterifteng burch bas Bunbesverhaltnis berührt wird, und dies ift ber Fall, wenn fich ber Bund auf ben sogenannten staatlichen Machtzweck im engeren Sinne, auf die Frage ber staatlichen Eristenz, ber staatlichen Selbsterhaltung ober, wie bann wohl bie Bertrage fagen, auf die ftaatliche Integrität und Unverletlichkeit bezieht, m. a. B. ben wichtigften Staatszwed, bas Borhanbenfein bes Staates als Macht, bie hohe Politit, die Politit im engeren Sinne betrifft. Der beutsche Bund bat zum 3wede "bie Erhaltung ber außeren und inneren Sicherheit Deutschlands und ber Unabhangigfeit und Unverletbarteit ber einzelnen beutschen Staaten"2). Die anberen Bertrage, ber Weltpostverein 3. B., betreffen weniger wichtige Staatszwede und nur einzelne Seiten ber Staatsthatig= teit. Aus bem Grunde unterscheidet die Bölkerrechtswissenschaft schon langer Berwaltungs= und politische Bertrage 3) und bemgemäß auch, wenn es Bertrage find, die Bereini= gungen zu gemeinsamer Thätigkeit bilben, Berwaltungs- und politische ober Staatenbündnisse. Staatenbünde find also Bündnisse, die sich nur quantitativ, nicht qualitativ von den Berwaltungs= unionen unterscheiben. Die letzteren beziehen sich auf für die Machtstellung des Staates unmittelbar weniger bebeutenbe Hobeitsrechte, bie anderen auf in biefer Richtung wichtige Bestanbteile ber Staatsgewalt. Beide konnen die Natur von völkerrechtlichen Gesellschaften ober völlerrechtlichen Korporationen, nicht bagegen biejenige von staatsrechtlichen Berbanden, d. h. von Gesammtstaaten haben. Bon dieser ganzen bisherigen, aus dem Wesen einzelner Staatenbunde und ähnlicher Erscheinungen entnommenen Beweisführung abgesehen, spricht für bie Unnahme, daß der Staatenbund, ebenso wie diese Berwaltungsbunde, nicht blos gesellschaftliche, sondern auch korporative Natur haben kann, auch noch die Analogie der übrigen Rechts= subjekte. Warum follte ben Staaten unmöglich sein, was alle anderen Rechtssubjekte vermögen? Diese konnen fich entweber zu Gesellschaften ober zu Rorporationen vereinigen. Es ift kein Brund einzuseben, warum bas Gleiche nicht auch bei Staaten ftatthaben follte.

Auf die Souveranität im völkerrechtlichen Sinne hat diefer Eintritt in eine Staatenbundsforporation freilich bebeutsamsten Ginfluß. Der Eintritt eines Staates in eine solche raubt ihm seine völkerrechtliche Souveränität. Bölkerrechtliche Souveränität bebeutet Unabhängig= keit von jeder anderen weltlichen Gewalt, also auch von solchen, welche nicht Gebietsgewalten find. Gebietsgewalt hat die Staatenforporation nicht; benn es fehlt ihr ein Gebiet. Rum Begriffe ber Gebietshoheit gehört, daß die Gewalt innerhalb eines Gebietes über alles, was barin ift, herrichen tann. Ueber bie Individuen bes Gebietes bat aber bie bloge Staaten= forporation unmittelbar keine Befugnis 4) und barum auch keine auf Gebiet begründete Ge= walt. Der gesellschaftliche Staatenbund bagegen läßt die völlerrechtliche Souveränität ber Staaten unberührt, insoferne fie vorher völkerrechtlich souveran waren. Letteres ist ja nicht erforberlich. Es konnen Staatenbunde auch zwischen balb und zwischen gang nichtsouveranen Staaten eingegangen werben.

Ein weiterer Unterschied zwischen bem gesellschaftlichen und bem torporativen Staaten-

¹⁾ Je Il inet, S. 158 ff.; Otto Mayer, Bb. II S. 460 N. 18. 2) Bundesatte Art. 2.

³⁾ Bergl. 3. B. Kulf, Art. Staatsvertrag in Ulbrich und Mischler's Oesterreichischem Staatswörterduch Bb. II (Wien 1897) S. 1123; Rivier, Lehrbuch S. 844 f.

4) Bester Beweis hiefür, daß es ein Berbrechen des Hochverrats gegen einen Staatenbund gibt (s. 2 aband, Bb. IS. 128 und 129). Ueben Organe des Staatenbundes unmittelbar über Individuen Herrschaft, so thun fie dies nur im Namen der Einzelstaaten , vergl. Je Ili ne k, Staatenverbindungen, G. 190.

bund ift dann noch dieser: ber gesellschaftliche Staatenbund bat teine Böllerrechtsfähigteit. sondern nur der forporative. Wir wissen wohl, daß man bas Gegenteil behauptet und insbesondere ein Teil berienigen Schriftfteller, welche bem Staatenbund in allen Källen nur Gesellschaftscharafter beilegen, ihm tropbem nach Außen Bolferrechtsperfonlichfeit zuspricht 1), allein hier ift Handeln einer Gesellschaft unter einem "gemeinsamen Namen" und Handeln einer Kor= poration nicht gehörig auseinandergehalten 3). Wo nur unter einem gemeinsamen Namen gehandelt wird, ohne daß Berbindung zu einer Gesammtpersönlichkeit vorliegt, bleiben, auch wenn das Band gelöst ist, die einzelnen Glieder aus den unter dem gemeinsamen Namen eingegangenen Berträgen berechtigt wie verpflichtet, im anderen Falle bagegen nicht.

Bir haben oben S. 87 gefagt, in einem weiteren, rein wortlichen Sinne genommen sei auch ber Bundesstaat ein Staatenbund, benn er sei ein Bund von Staaten. Daß sich Staatenbund im technischen Sinne und Bundesstaat unter einem weiteren Bundesbegriff zusammenfaffen laffen, tommt noch bei einem besonderen, in der Lehre von den Staatenverbinbungen im Allgemeinen wenig beachteten Rechtsverhaltniffe zum Ausbrud, in bem Rechtsverhalt= niffe ber Segemonie. Die Segemonie, bie Bormachtftellung, ift nicht blos ein politischer, sondern auch ein Rechtsbegriff. Sie bedeutet als Rechtsbegriff, daß einer ober einige Staaten einer Staatengemeinschaft an ber gemeinschaftlichen Geschäftsführung einen höheren Anteil befizen als die übrigen, also eine Abweichung von dem Brinzipe gleicher Teilnahme aller Bundes: glieber an ber gemeinschaftlichen Beschäftsführung. Diese Bormachtsstellung tann sowohl beim gesellschaftlichen wie beim torporativen Staatenbund und dann ferner bei dem zusammengefesten Staatswefen bes Bunbesftaates begegnen. Sie ift eben überall möglich, wo ein Bund, b. h. eine bauernbe Berbindung mehrerer Staaten zu organisiertem, gemeinschaftlichem hanbeln gegeben ift. Die Rechtsstellung ift in ben einzelnen Fällen natürlich immer etwas verschieben, aber beffen ungeachtet befteht eine gemeinfame allgemeine Ratur. Man konnte meinen, biefelbe mußte in einer Mifchung von Bundes- und Brotektoratsverhaltnis gesucht werden. Allein bies ware nur bann ber Fall, wenn biese Bormachtsstellung rechtlich als ein unmittelbares herrschaftsverhaltnis bes mit biefer Bormacht ausgestatteten Bundesstaates über bie einzelnen anderen Bundesftaaten aufgefaßt werben bürfte. Dies ift aber ausgeschloffen. Es find nicht eigene, sondern Bundesrechte, welche ber leitende Staat ausübt.

Seine Stellung ift im Gesellschafts-Staatenbund etwa der Rechtslage vergleichbar, welche bei der offenen Sandelsgesellicaft eintritt, wenn die Geschäftsführung durch den Gesellschaftsvertrag nur einem ber mehreren Gefellschafter übertragen wirb3). In biefem Falle find bie übrigen Gefellichafter von ber Geschäftsführung ausgeschloffen. Es besteht ein Borrecht eines Gefells schafters. Aber die Gleichordnung der Gesellschafter ist baburch nicht beseitigt, denn der Geschäftsführende handelt nicht blos in seinem, sondern auch in der übrigen Ramen. In ähn= licher Beise sagt die Rheinbundsatte von der Rechtsstellung des Fürstenprimas d. i. des Borfigenden der Bundesversammlung in Art. 10: Le titre de Prince Primas n'emporte

¹⁾ Insbesonbere Jellinek, a. a. D. S. 182; Rosin in ben Annalen 1888, S. 276; Schulze, Lehrbuch bes Deutschen Staatsrechtes Bb. I (Lpz. 1881) S. 42 und andere bei Georg Mener, S. 88 N. 3 zitierte Vertreter bes Staatsrechtes. Und hiezu kommen dann die Völkerrechtslehrer ohne Unterschied, z. B. v. Liszt, S. 24, Rivier, Bb. I S. 102 st.; Lawrence, The principles of international Law S. 78 st. Nur Rivier macht neuerbugs (Lehrbuch S. 115)

²⁾ Allein Laband, Bb. I S. 52 R. 1 bleibt von benjenigen, die das Böllerrecht über-haupt anerkennen, konfequent. Er leugnet die Bölkerrechtspersönlichkeit des Staatenbundes, weil handt anertennen, tonfequent. Er teughet ine Solietregisderschildett es Statenbundes, weit berselbe nur Gesellschaft sei; was nach Junen Rechtsverhältnis sei, könne nach Außen hin nicht Rechtssubsett sein und nennt baher in zutressender Analogie mit der offenen Handelsgesellschaft den Staatendund eine offene, d. h. unter gemeinsamer Firma handelnde völkerrechtliche Gesellschaft. Nach ihm auch Borel, Etude sur la souveraineté et l'état fédératis (Vern 1886) S. 65.

3) Deutsches Handelsgesetzuch vom 10. Mai 1897 § 114.

avec lui aucune prérogative contraire à la plénitude de la souveraineté dont chacun des Confédérés doit jouir. Der Fürstprimas ist also kein Protektor.

Dasselbe ist aber auch beim korporativen Staatenbund der Fall. "Desterreich hat bei ber Bunbesversammlung ben Borfig", jagt Art. 5 ber beutschen Bunbesatte. Defterreich besitzt fomit lediglich bas Recht auf eine besondere Organstellung in der Korporation, teine unmittel= bare, neben der Bereinsgewalt felbständig bestehende Herrschaft über die anderen Bundesglieder.

Noch beutlicher tommt ber Umftand, daß ber führende Staat nur eine Organstellung innerhalb bes Bunbesverhaltniffes, nur Bunbesrechte, hier Bunbesgewalten, nicht eine befondere eigene Gewalt ausübt, bei dem einzigen Bundesstaate zum Ausdrucke, welcher in Abweichung von ber Norm auch bas Mertmal ber Begemonie zeigt, beim Deutschen Reiche 1). "Im Namen bes Reiches" werden bie Anordnungen und Berfügungen bes Kaifers erlaffen; "im Ramen bes Reiches" erflart er fremben Staaten ben Rrieg 2); wie v. Sybel im verfassungsberatenben Reichstage 3) sagte: "Das Bundespräsidium ist eine preußische Gewalt nicht über ben Bund, fondern im Bunde" 1). Die Befonderheit liegt nur barin: berjenige, welcher bie Hegemonie hat, handelt nicht im Namen eines anderen Bundesorgans, sondern unmittelbar im Namen des Subjekts der Bereinsgewalt. Der Raiser handelt, was das Deutsche Reich angeht, nicht im Namen ber Trager ber Reichsgewalt b. h. ber verbündeten Fürsten und Senate ber freien Städte, der sog. verbündeten Regierungen, auch nicht im Namen des obersten Ausübers ber Reichsgewalt, bes Bundesrates, sonbern im Namen bes Reiches und Reich ift ber "Name" 5) für bas Subjekt ber Staatsgewalt im Reichsgebiete, also für bie Korporation ber "Staaten", aus welchen bas Deutsche Reich besteht. Die Staaten und nicht die Fürsten und Senate ber Freien Stäbte find die Mitglieber bes Bundes. Dies ergibt fich aus Art. 6 der Reichsver= faffung, wo bas wichtigste Recht, welches die "Bundesmitglieber" innerhalb bes Reichsorganismus zugewiesen erhalten, bas Stimmrecht, nicht als ein Recht ber Fürsten und Senate, sondern als ein foldes ber Staaten erscheint 6). Nicht ber Konig von Breugen, sonbern "Breugen führt 17 Stimmen" im Bunbesrat. Die Staaten find bemnach die "Mitglieber bes Bunbes", aus beren Bertretern nach Art. 6 ber Bundesrat besteht. Die Fürsten und Senate sind nur die Träger ber Reichsgewalt, indem in ihrem Namen?) der Bundesrat d. h. das oberste ausübende Reichsargan hanbelt 8). Gegen biese Konstruktion bes Reichsverhältnisses läßt sich nicht mit ber Formel auftommen, welche für Eröffnung und Schließung bes Reichstages üblich ift. In ihr fagt ber Reichstanzler: Auf Befehl Seiner Majestät bes Raifers erklare ich im Namen ber verbundeten Regierungen ben Reichstag für eröffnet (für geschloffen) . Allein bies läuft ber Berfassung entgegen. "Im Namen bes Reiches" erläßt nach dieser der Raiser und bamit auf seinen

¹⁾ Ueber das hegemonische Element, welches das Deutsche Reich im Gegensatzt andweren Bumdesstaaten ausweist, vergl. Hänel, Bb. I S. 208; v. Sey bel, S. 126; Kittel, Die preußische Hegemonie (München 1896).

2) Reichsverfassungsurkunde Art. 17 und 11.

3) Stenographische Berichte S. 320; vergl. v. Sey bel, Kommentar S. 126.

4) Oder, wie sich Staatssekterdar Dr. v. Schelling in der Schon oden S. 94 R. 2 teilsweise angestihrten Romensk der verbindeten Wegierungsungsberberen grundlichen Erklätung im Weichs.

weise angeführten, Namens ber verbündeten Begierungen abgegebenen amtlichen Erklärung im Reichstage ausbrückte, die Schutzgewalt in den Schutzgebieten solle dem Kaiser, als dem erdlichen Verstreter der Gesammtheit der verbündeten Regierungen" übertragen werden. Wenn v. Schelling den Kaiser allerdings Vertreter der verbündeten Regierungen" übertragen werden. Wenn v. Schelling dem nach der Reichsverfassung handelt er im Namen des Reiches. Zudem widerspricht er sich felbft, benn querft nennt er bie verbunbeten Regierungen richtig nur Trager, nicht Subjett ber Souveranitaterechte im Reiche.

⁵⁾ Siehe Eingang ber Reichsverfassung: "Diefer Bund wird ben Namen Deutsches Reich führen".

⁶⁾ Siehe auch Arnbt, Berfassung bes Deutschen Reiches, Berlin 1895, S. 108.
7) Dies folgt indirett aus Reichsverfassung Art. 9.
8) Uebereinstimmend Georg Meyer, S. 368, 369, 371 N. 7. Dadurch unterscheibet sich der Bundesrat von Kaiser und Reichstag. Er handelt nur mittelbar in des Reiches Ramen, unmits telbar im Namen ber "verbundeten Regierungen". 9) Bergl. v. Sepbel, G. 126.

Befehl ber Kanzler als Reichsminister alle Verfügungen, b. h. also im Ramen bes Bundes 1). Dieser aber ist ein Bund der Staaten, benn, wie sonst im Berhältnis nach Außen, so handelten auch hier die Fürsten bei Abschluß des Bundes nicht im eigenen Namen, sondern im Namen ihres Staates. Wären die verbündeten Regierungen, also Fürsten und Senate in ihrer Gesammtheit, als Subjekte der Reichsgewalt zu erachten, so würde ja auch der Reichstag, der doch auch ein Reichsorgan ist, im Namen der verbündeten Regierungen handeln, ein Ergebnis, welches dem Zwede des Reichstages völlig widersprechen würde. Denn, was der Reichstag soll, ist boch, die Interessen des Bolkes wahrzunehmen. Somit kann derselbe von den Schöpfern der Verfassungen wohl kaum als ein Organ der Regierungen gedacht sein, sehr gut dagegen als ein Organ der zu einem Gesamtstaat vereinigten Staaten, denn zu jedem Staate gehören nicht nur Regierende, sondern auch Regierte.

§ 23. Rechtliche und politische Einteilung der Staatenverbindungen. Nachdem wir im Borstehenden die hauptsächlichsten Arten der Staatenverbindungen und ihre Abgrenzung gegen andere Begriffe besprochen haben, sind wir in der Lage, eine Begriffsbestimmung der Staatenverbindung als solcher und auf Grundlage derselben ein Schema ihrer Erscheinungszformen zu geben. Es werden uns dabei auch Staatenverbindungen begegnen, deren wir disher nicht Erwähnung thaten. Unser bisheriger Zusammenhang hatte dies nicht notwendig gemacht.

Bunächst ergibt sich aus bem Worte Verbindung, daß wir Staatenverbindung im weiteren und im engeren Sinne zu unterscheiden haben. Im weiteren Sinne ist Staatensverdindung jede Beziehung zwischen Staat und Staat, im engeren Sinne nur eine solche, welche eine gewisse verhältnismäßige Vereinheitlichung, eine Gemeinschaft zwischen Staaten herstellt, sei es eine Gemeinschaft der Organe oder eine Gemeinschaft der Interessen, der Zwecke und damit des Handelns. Zu den Staatenverbindungen im weiteren Sinne rechnen wir gewiß ebenso das Protektionsverhältnis zwischen Staaten, wie den Staatenbund oder Bundesstaat, aber in einem engeren Sinne ist Staatenverbindung doch blos eine solche Beziehung zwischen Staaten, welche ein gewisses Gemeinschaftsverhältnis derselben hervorruft. Bon diesem Berzbindungsbegriff sind Staatsbeziehungen ausgeschlossen, die lediglich dem Ausgleich entgegenzgesetzer, kollidierender Interessen dienen, in welchen sich die beteiligten Staaten lediglich als Parteien gegen über treten. Zu einer Staatenverbindung im engeren Sinne gehört, daß die Staaten als eine organisatorische oder als eine sunktionelle Gemeinschaft, als Organszgemeinschaft oder als Mitthäter neben einander zusammenstehen. Ein Garanties oder Protektionsverhältnis zwischen Staaten ist somt keine Staatenverbindung im engeren Sinne.

Bum andern ist aber der Nachbruck auf das Wort Staat zu legen. Staatenverbinbungen sind lediglich Berbindungen zwischen Staaten. Damit will gesagt sein, Staatenverbindungen sind lediglich Verbindungen, welche den Staat in seinem ganzen Persönlichkeitsrecht, in seinem ganzen Dasein, seiner Existenz, m. a. W. als politische, als Machtpersönlichkeit berühren. Von diesem Gesichtspunkte aus unterscheiden sich Verbindungen zwischen Staaten und Staatenverbindungen von einander. Wohl schafft der Weltpost- oder der internationale Telegraphenverein eine Verbindung zwischen einer Mehrheit von Staaten, aber trozbem sprechen wir, wie schon oben den bemerkt, nicht von einem Post- oder Telegraphen-Staatenbund, sondern von einer Verwaltungsgesellschaft, Verwaltungsunion, Verwaltungsgemeinschaft oder, wenn je von einem Vereine, nicht von einem Staaten-, sondern nur von einem Verwaltungsvereine und, wenn je von einem Bunde, nur von einem Verwaltungsbunde. Das Allianzeinen, bas Schup- und Trupblindnis unter Staaten, nennen wir eine Staatenverbindung; das "Boll-

¹⁾ Die Einberufung bes Reichstages, wie früher auch die des Bundesrates (Reichsegesplatt 1888, S. 286), erfolgt durch den Kaiser "im Namen des Reiches" (Reichsgesethlatt 1898, S. 1187).

2) S. 98,

und Handelsbundnis" bagegen, ber fog. Ausgleich, welcher Desterreich und Ungarn verknüpft, begründet zwischen beiben teine Staatenverbindung. Der Sprace ber Staatstheorie wie ber Staatspraris nach ift bie hieburch zwischen beiben geschaffene Beziehung wohl ein Berwaltungs., aber fein Staatenbund. Bir unterscheiben Staats- und wir unterscheiben Berwaltungsbundniffe, Staatenvereine und internationale Verwaltungsvereine.

Innerhalb ber Staatenverbindungen weiterer wie engerer Bebeutung laffen fich bann wieber folgende Unterschiede machen. Es gibt folde, welche fich auf gewiffe Ginzelverpflichtungen und Ginzelbefugniffe beschränken, und folde, welche umfaffende Beziehungen berbeiführen. Man ftelle von ben Staatenverbindungen im weiteren Sinne Broteftion 1) und Brotektorat 2), von benienigen ber engeren Bebeutung Alliang und Staatenbund zu gemeinsamer Ausübung ber Militärhoheitsrechte einanber gegenüber. Für bie Staatenverbindung im engeren Sinne erklärt fich aus biefem Gegenfat die Unterscheibung von Bundnis und Bundesverhaltnis oder Bund 3). Der Bund stellt ein umfaffenderes Gemeinschaftsverhaltnis als bas Bundnis bar 4).

Gewöhnlich ift die umfassendere Berbindung auch auf langere Dauer berechnet, immerbin ift bies aber bem Begriffe nicht wesentlich. Es tann ebensogut eine ewige Allianz, wie ein ewiger Bund vereinbart werben b). Auch bas ift tein wesentlicher Unterschied, ob bie Staatenverbindung eine organisierte ober eine nichtorganisierte ist, b. h. gemeinsame 6) Organe besitt ober nicht. Dieser Unterschied ist nur für die Staatenverbindungen, welche Gemeinschaftsverhältniffe barftellen, also für die Staatenverbindungen im engeren Sinne von Bebeutung. Es tann hier bas gemeinsame Sanbeln getrennt burch Organe ber verbunbeten Staaten, aber auch burch allen beteiligten Staaten gemeinsame Organe erfolgen.

Anbes, alle die in diesem Baraarapben bisber erwähnten Einteilungen sind für die allaemeine Staats- und Böllerrechtslehre nicht bie wichtigften. Die wichtigfte Einteilung ber Staatenverbindungen ist für die allgemeine Staatslehre die in völker= und in staatsrechtliche Staaten= verbindungen 7) und die in solche der Ueber= und Unter= oder der Gleichordnung. Erst inner= halb bieser Haupteinteilungen können die vorhin durchgesprochenen Beachtung finden. Das Wesen dieser Haupteinteilungen haben wir schon oben in § 17 erörtert. Wir können bemgemäß fofort die Gruppierung geben, welche fich aus den bisber betrachteten Einteilungsmomenten für ben weiteren Staatenverbindungs-Begriff ergibt. Wir teilen folgendermaßen ein:

I. Bölkerrechtliche Staaten verbin bungen b. h. folche, welche keinen neuen Staat ins Leben rufen und somit lediglich unter Bollerrecht steben. Dieselben find

Bb. I S. 15. ff, und B in d in g, Gründung des Aordentschen Bundes (Leipzig, 1889).

4) In diesem Sinne bemerkt v. Seydel, S. 162 zu der Bestimmung des Art. 11 der Reichsverfassung: "der Kaiser hat im Namen des Reiches Bündnisse und andere Berträge mit fremden Staaten einzugehen", mit Recht, unter Bündnis sei offenbar Allianz, nicht Aufnahme in

ein bauernbes Staatenbundverhaltnis zu verstehen.

gium auß Beamten aller beteiligten Staaten bestellt sein ober es werben eigene Beamte ber Staatengesellschaft ober ber Staatenkorporation ober bes Staatenstaates geschaffen. Bergl. Otto Mayer, Bb. II S. 460.
7) Dies beutet auch Bismard, Gebanken und Erinnerungen, Stuttgart 1898, 2. Bb.

¹⁾ S. 74.
2) Ebenba.
3) Bergl. 3. B. Art. 6 bes sog. Augustbündnisses bom 18. Aug. 1866: "Die Dauer bes Bund nisses (b. h. bes nach Art. 1 geschlossenen Schus und Trutbündnisses) ist bis zum Absschluß bes neuen Bund esverhältnisses, eventuell auf ein Jahr festgesett, wenn der neue Bund nicht vor Ablauf eines Jahres geschlossen sein soll". Siehe über das Bundnis Laband, Art. 1 E. E. Art. Alendage (Reinzig, 1889). **6.74.**

⁵⁾ Also anders als beim Borte "Geschäftsverdindung" im beutschen Handelsgesethuch § 355 und 362, an welches man einen Augenblic als privatrechtliches Analogon benken könnte. Dies ist dauernde Beziehung im Gegensatz zu ber periodisch stattsindenden Abrechnung und zum einzelnen Auftrage zur Besorgung eines Geschäftes. Diese stellen nur vorübergehende Beziehungen her.

6) Als gemeinsame Organe können allein Organe eines der beteiligten Staaten oder ein Rollezium aus Bezweiten offen beteiligten Staaten ober ein Rollezium aus Bezweiten ober beteiligten Staaten ober ein Rollezium aus Bezweiten ober beteiligten Staaten ober ein Rollezium aus Bezweiten ober ein Rollezium aus Bezweiten ober beteiligten Staaten ober ein Rollezium aus Bezweiten auf einem Staaten beteilt fein ober ein Rollezium aus Bezweiten ober ein Rollezium aus Bezweiten Grant einem Staaten beteilt fein ober ein Rollezium aus Bezweiten gestellt gestellt geschaften bestellt gestellt ges

S. 237 an.

- A) solche ber Gleich ord nung (Unabhängigkeit) und zwar
 - a) solche ohne besondere Berbindungsorgane (unorganisierte völker= rechtliche Staatenverbindungen):

hieber gebören

- a) Allianz
- β) Brotettion
- Y) Garantie 2c.
- b) organifierte vollerrechtliche Staatenverbindungen
 - a) folde nur mit Organsgemeinschaft; hieher gehört

die Personaluni on im weiteren1) Sinne als diejenige Bereinigung mehrerer Staaten, die darin besteht, daß dieselben das gleiche physische Einzelsubjekt (die gleiche Berfon) als mit ben außeren Ehren perfonlicher Souveranitat 2) (ben fog. monarchischen Shren) ausgestattetes haupt ber vollziehenben Gewalt besitzen; dieselbe ift entweder

- 1) zufällige Bersonalunion, Personalunion im engeren Sinne, b. i. die burch ein zufälliges Ereignis, insbefonbere burch zufällige Uebereinftimmung ber Thronfolgeordnungen der beiden oder der mehreren Staaten herbeigeführte Bersonalunion im weiteren Sinne 8), ober
- 2) dauernde (und barum reale) Berfonalunion, fog. Realunion, d. h. biejenige Personalunion im weiteren Sinne, welche auf einer binbenben Uebereinstimmung ber Thronfolgeordnungen ber beteiligten Staaten beruht 4) und darum im Berhaltniffe zu bem unter Umftanden auf bas Leben bes ein= zelnen Herrschers beschränkten Beftanbe ber zufälligen Bersonalunion bie thatfäcliche Natur verhältnismäßiger Dauer befist. Die Bindung tann burch Bertrag, Herkommen ober eine ben beteiligten Staaten übergeordnete Gewalt berbeigeführt sein 6).
- B) solche auch zu gemeinsamem Sanbeln, b. h. gemeinsamer Ausübung von Sobeits= rechten; hieher gehört

der gesellschaftliche Staatenbund (und an sich die internationale ober völkerrechtliche Berwaltungsgesellschaft); berselbe ist entweder

- 1) reiner, b. h. mit völliger Gleichordnung aller Glieber, ober
- 2) folder mit Begemonie eines Mitgliebes;
- B) folde ber leber- und Unterordnung (Abhangigfeitsverhaltniffe):

1) Bergl. v. Treitschle, Politik, 2. Bb. S. 304 ff.
2) Bergl. bazu S. 60 bei Kote 2.
3) 3. B. die, welche zwischen den Niederlanden und Luzemburg bestand.
4) 3. B. die zwischen Desterreich und Ungarn bestehende.
5) Die Unterordnung des Begriffes Realunion unter einen weiteren Begriff der Personalunion ist nicht üblich, aber m. E. im Interesse der Klarheit ersorberlich. Es kommt dadurch zum Ausdruck, was beide verdindet. Am Besten wäre es freilich, wenn Staatsprazis und Staatstheorie sich dazu entschließen könnten, diese dem Laten underständliche Bezeichnung der dauernden Personalunion weiteren Sinnes als Realunion völlig aufzugeben; sie widersprächt dem allgemeinen Grundsake, daß die äußere Form des Ausdruckes schon erkennen lassen soll, was er bedeutet. Justillige und bindende oder vorübergehende und dauernde Personalunion wären hinreichende Segenssige. Das Wort Realunion würde dann frei für die Bezeichnung dersenigen Staatenverdindungen mit Gleichberechtigung der Bundesglieder, welche nicht blos in einer Semeinschaft von Organen sate. Das Bort Kealunion würde dann frei für die Bezeichnung versenigen State von Organen mit Gleichberechtigung der Bundesglieder, welche nicht blos in einer Gemeinschaft von Organen (Personalunionen), sondern in einer Gemeinschaft des Handelns, von Hoheitsrechten bestehen. So benützt das Bort Bernatit. Der Versassungsstreit zwischen Schweben und Norwegen, in Grünshut's Zeitschrift für das Privats und dffentliche Recht Bd. 26 (1899) S. 276. Es würden sich Wardellungsstraat zusammensassen.

- a) einseitige völkerrechtliche Abhängigkeitsverhältniffe, b. h. solche, wo nur ein beteiligter Staat abhängig ift:
 - a) völferrechtliches Broteftorat (völlerrechtliche Bormunbschaft)
 - β) völkerrectliches Rebenlanb;
- b) gemeinsame (gegenseitige) Abhängigkeits verhältnisse, wo alle beteiligten Staaten gemeinsam von berselben höheren Gewalt abhängig sind: berkorporative Staaten bund (und berkorporative internationale ober völkerrechtliche Berwaltungsbund):
 - a) reiner
 - β) folder mit Begemonie.
- II. Staatsrechtliche Staaten verbind un gen, b. h. solche, welche einen neuen Staat bilben, wo also Staaten unter ber staatsrechtlichen Gewalt eines anderen Staates und bemgemäß diesem gegenüber nicht blos unter Bölker-, sondern auch unter Staatsrechtsordnung und zwar unter derjenigen dieses übergeordneten Staates stehen; zusammengesette Staaten, Gesammtstaaten, Staatenstaaten:
 - A) solche, wo die Ober= ober Gesammtstaatsgewalt einem Teilstaat allein zusteht (ein = feitige staatsrechtliche Abhängigkeitsverhältnisse):
 - a) fraats rechtliches Brotettorat (Suzeranitats- ober Bafallenverhaltnis)
 - b) Staatsrechtliches Rebenland;
 - B) solche, wo alle Teilstaaten an der Oberstaatsgewalt Anteil haben (gemeinsame staatsrechtliche Abhängigkeitsverhältnisse): der Bundesstaat und zwar a) der reine (ohne Segemonie eines Teilstaates)
 - b) berjenige mit Begemonie.

Dies ist bie rechtliche Gruppierung der Staatenverbindungen. Anders gruppieren fich biefelben politisch. Dier faut bas eine oberfte Ginteilungsmoment, basjenige bes Gegensates von völker- und von staatsrechtlicher Berbindung als ein rein juriftisches selbstverftandlich hinweg. Das andere dagegen, der Unterschied von Unabhängigkeit und Abhängigkeit (Gleich= ordnung und Ueber- und Unterordnung), bleibt bestehen, nur handelt es fich bier nicht um rechtliche, fondern um thatfachliche Unabhangigkeit bezw. Abhängigkeit. Diese konnen aber vorhanden sein, wo die entsprechenden rechtlichen Begriffe fehlen. Es tann thatsächlich Abhängigteit vorliegen, wo rechtlich Unabhängigkeit gegeben ist, und es vermag thatsäckliche Unabhängig= keit vorhanden zu sein, wo wir rechtlich Abhängigkeit vor uns haben. Somit ist es auch möglich, daßrechtlich verschiedene Berhältuiffe, also ein Unabhängigkeits- und ein Abhängigkeitsverhältnis, ber thatfächlichen Birtung nach fich gleichstehen, und ein völkerrechtliches Abhangigkeitsverhaltnis vermag unter Umftanden ftartere thatfachliche Abhangigkeit zu begrunden, als ein ftaatsrechtliches. Um ein Beifpiel fur ben erften Fall, b. b. für bas Borbanbensein thatfachlicher Abhängigkeit bei rechtlicher Unabhängigkeit zu geben, so find die Berhältniffe ber Garantie und Brotektion rechtlich gewiß Gleichordnungsverhältniffe, thatfächlich betrachtet bagegen rufen Garantie und Protektion, das erstere weniger, das zweite mehr, eine dem Protektorat ähnliche Abhangigkeit hervor. Ein anderes Beispiel liefert die Segemonie. Wir haben gefeben 1), bag biefe, auch wenn fie über ben Begriff einer rein formellen Leitung, eines blogen Borfiges hinausgeht, doch nicht rechtlich als ein Herrschaftsverhältnis über die anderen Staaten ericeint, weil die Prafibialrechte im Namen ber Gemeinschaft, ber Gefellichaft, ber Rorporation, des Bundesstaates geubt werden. Allein in thatsachlicher hinsicht ift es für politisch ruhige Beiten unerheblich, ob jemand eigene ober frembe Rechte ausübt, ob er an der Staatsgewalt eigenberechtigt, b. h. Subjekt berselben ift ober ob ibm nur Organstellung, die Stellung als

¹⁾ S. 99.

Träger ober oberfter Ausüber frember Gewalten zutommt. Thatfächlich führt bie begemonische Stellung eines der verbundeten Staaten über die anderen zu einer gewiffen Abhangiateit. "Mediatifierung" berfelben, wie Bismard fich im verfassungsberatenden Reichstage des Nordbeutschen Bundes ausbrückte 1). Thatsächlich, aber nicht rechtlich erscheint im Deutschen Reiche als bas Haupt besselben bas Bunbespräsibium, ber Raiser2).

Und um von dem andern Falle, d. h. dem zu fprechen, wo rechtliche Abbangiafeitsverhältniffe ihrer thatfächlichen Wirkung nach zu Berhältniffen ber Gleichordnung rechnen, fo fei bie Stellung der Bundesglieder im korporativen Staatenbunde und im Bundesstaate erwähnt. Rechtlich unterliegen bie einzelnen Bunbesglieder gewiß ber Bereins- bezw. Oberftaatsgewalt. Sie ermangeln ber Unabhängigkeit, ber Souveränität nach Außen, ber völkerrechtlichen Souveränität. Allein, was die Gliebstaaten durch Uebertragung einer Reihe von Hobeitsrechten an die gemeinsame Gewalt einerseits an thatsächlicher Unabhängigkeit verlieren, das erhalten fie an= bererseits an thatsachlichem Einflusse burch ihre Teilnahme an ber Billensbilbung ber gemeinsamen Gewalt auch wieber zurud. Der Berlust ber Souveränität wird baburch ausgeglichen und so erscheint ihre thatsächliche Unabhängigkeit als eine nabezu unverlette. In diesem Sinne ist es zu verstehen, wenn Bismard im versassungsberatenden Reichstage des Norbbeutschen Bunbes 8) sagte: "Innerhalb bes Bunbesrates findet die Souveränität einer jeben Regierung ihren unbestrittenen Ausbruck. Dort hat jebe ihren Anteil an ber Ernen= nung des gewissermaßen gemeinschaftlichen Ministeriums, welches neben anderen Funktionen auch der Bundesrat bildet. Dieses Gefühl der unverletten Souveränität, welches bort seine Anerkennung findet, kann nicht mehr bestehen neben einer kontrasignierenden Bundesbehörde, die außerhalb des Bundesrates aus preußischen ober anderen Beamten ernannt wird. Und es ist und bleibt eine capitis dominutio für die höchsten Behörben der übrigen Regierungen, wenn sie sich als Organ, Gehorfam leistendes Organ einer vom Prasidium außerhalb bes Bunbesrates ernannten höchsten Beborbe in Rufunft ansehen follten " 4). Und beutlicher tritt biefer Gegensat von rechtlicher und politischer Auffassung noch aus der schon oben S. 94 R. 2 einmal zitierten Aeußerung hervor, die Bismard bamals zu ber Frage ber Schaffung einer ersten Rammer des Reichstages machte 5). Hier sagt Bismard: "Es ist mir an und für fic nict leict, mir ein beutsches Oberhaus zu benken, das man einschieben könnte zwischen bem Bunbesrate, ber, ich wiederhole es, volltommen unentbehrlich ift als diejenige Stelle, in ber die Souveränität der Einzelstaaten fortfährt, ihren Ausbrud zu finden". Hier ist von Einzelstaaten bie Rebe, also fleht über biesen eine ihre rechtliche Souveranität beseitigenbe Oberstaatsgewalt. Wird tropbem von einer Souveranität der Einzelstaaten im Sinne von Unabhängigkeit gesprochen, so kann bies lebiglich thatfächliche Unabhängigkeit bebeuten. Darum ift es fein Biberfpruch, wenn Bismard in einem fpateren, in feinen "Gebanten und Erinnerungen" Bb. II S. 189 mitgeteilten Schreiben, einem amtlichen Briefe an ben Chef ber Reichstanzlei v. Tiebemann vom 15. Aug. 1878, bemerkt: "Der Bundesrat repräsentiert die Regierungsgewalt ber Gefamt=Souveränität von Deutschland". Dies ift etwas anderes als die Souveranität der Einzelftaaten. Hier charafterisiert Bismard bas Bunbesverhaltnis eben rechtlich, bort politisch 6).

¹⁾ Stenogr. Berichte S. 186; vergl. Georg Meyer, S. 269 N. 6.

2) Ueber die Gründe meinen S. 90 N. 8 zitierten Bortrag S. 17—19, 31—88. Biszmard beutet in den "Gedanken und Erinnerungen", Bd. II S. 115 an, wie die Annahme des Kaisertitels geeignet war, den anderen Dynastien die Uederlegenheit der preußischen, also die thatsächliche preußische Hegemonie zu verdecken. Siehe über Hegemonie auch v. Treitsche, Politik Bd. II S. 811.

8) Stenogr. Berichte S. 888.

4) Es handelte sich um die Frage der Einsehung von dem Reichskanzler nedengeordneten, vom Kaiser zu ernennenden ministeriellen Borständen der einzelnen Berwaltungszweige.

5) Stenogr. Berichte S. 480. Ueber Alles Georg Meher, S. 869 N. 6.

6) Dazu simmen auch eine Reihe anderer dei Rosin, Grundzüge einer Allgemeinen Staats-

Mít bieser Möglickseit, daß rechtliche Unabhängigkeitsverhältniffe thatsächlich als Abbăngialeitsverbăltnisse und rechtliche Abbangialeitsverbăltnisse thatsachlich als Unabbangias teitsverhaltniffe erscheinen können, ift bann auch bie weitere oben gemachte Bemerkung erklart. wonach es vorkommen tann, daß Staatsbeziehungen rechtlich verschiedener Art fich in thatfächlicher Hinficht gleichsteben. Für die Frage ber thatfächlichen Abhängigkeit ist zwischen gefellichaftlichem und torporativem Staatenbunde taum ein bemertbarer Unterschieb, mabrend felbftverftanblich bie Augehörigkeit zum Bunbesftaate für ben Gliebstaat größere thatfaciliche Abbangigfeit mit fich bringt, als die Rugehörigfeit zum korporativen Staatenbunde. Denn daburch, daß ber Gesammtstaat seinem Besen nach nicht blos über die Gliedstaaten, sondern auch über beren Staatsangehörige unmittelbare Herrschaft besitzt, ist die Herrschaftssphäre des Bunbesaliebes viel stärker eingeschränkt, als bies beim korporativen Staatenbunde ber Kall ift.

Und um endlich bavon zu fprechen, bag ein vollerrechtliches Abhangigfeitsverhaltnis unter Umftanben thatfachlich viel ftarter zu brüden vermag, als ein ftaatsrechtliches, fo fei nur auf das Berhältnis von völkerrechtlichem und staatsrechtlichem Brotektorate hingewiesen. Sit es, wie wir früher 1) faben, icon vom rechtlichen Standpuntte aus möglich, bag bas vollerrechtliche Brotektoratsland vollkommen, das staatsrechtliche nur halb nichtsouveran ist, so muß biese Möglickeit noch in viel höherem Grade vom politischen Standpunkte aus eintreten können. Auch hier richtet fich der Grad der Abhangigkeit nach den einzelnen Fallen. Diese aber befeben, ergiebt fich, daß staatsrechtliche Brotektoratsländer vorhanden sind, die sich für eine Reihe auswärtiger Angelegenheiten weitgehender Selbständigkeit erfreuen, während sich beim völkerrechtlichen Protektorate die Vormundschaft des Beschützerstaates zumeist auf den größten Teil ber auswärtigen und sogar auf innere Angelegenheiten bezieht. Anam ift gegenwärtig auch in thatfächlicher Hinficht jedenfalls abhängiger von Frantreich, als Bulgarien oder Aeappten vom osmanischen Reiche2).

So erhalten wir benn vom politischen Standpunkte aus folgendes Schema ber Staatenverbindungen:

- I. Als Berbaltniffe ber Gleich orbnung mit immer weiterem Fortichritte gur Abhängigkeit sind neben einander zu stellen:
 - a) Berfonal= und Realunion
 - b) Allianz
 - c) reiner gefellichaftlicher Staatenbund;
- II. Abhangigteits verhältniffe:
 - a) folde geringeren Grabes und zwar mit folgenden Abhangigfeitsftufen von unten nach oben:
 - a) Garantie
 - β) Begemonie im gesellschaftlichen Staatenbund
 - γ) Protettion 3),
 - d) gewöhnlich: staatsrechtliches Protektorat, ausnahmsweise: völkerrechtliches Brotettorat
 - e) reiner korporativer Staatenbund
 - Torporativer Staatenbund mit Hegemonie

lehre nach Bismard in ben Annalen 1898 G. 124 und 125 zusammengeftellten Aeußerungen Bis-1) 6. 85.

vergl. v. Stengel in Schmoller's Jahrbuch 1898 S. 708 ff.

²⁾ Mit am besten beachtet ben Unterschied von rechtlicher und politischer Couveranitat Dicen, Introduction in the study of the law of the constitution London 1898, S. 69. Auch Bruce, The american commonwealth Bb. I S. 421 R. 1 fühlt ben Gegensat. Dagegen geht ber Wille, biesen Unterschied zu beachten, ganz ab v. Treitschie, Politik Bb. I S. 839 ff.

8) Man bente an bie starte thatschicke Abhängigkeit bes Rheinbundes von Frankreich;

und zwar

- α)-δ) einseitige,
- ε)-5) gemeinsame Abhängigfeitsverhaltniffe;
- b) solche ft arteren Grades und zwar in folgender aufsteigender Reihe:
 - a) reiner Bunbesftaat
 - . β) Bundesftaat mit Segemonie
 - y) ftaatsrechtliches Rebenland mit teilweifem Bunbesgliebcaratter
 - 8) gewöhnlich: völlerrechtliches Protektorat, ausnahmsweise: ftaatsrechtliches Protektorat
 - e) polferrechtliches Rebenland
 - ζ) einfaces ftaatsrechtliches Nebenland.

Wir haben damit unsere eigenen Ausführungen über den Staats- und Souveränitätsbegriff und über das, was damit zusammenhängt, zum Abschlusse gebracht und gehen, wie schon früher 1) in Aussicht genommen, nunmehr zur Kritik anderer über diese Begriffe geäußerter Anschauungen über.

Pierter Abschnitt: Kritik anderer Lehren von Staat, Souveränität und Staatenverbindung.

§ 24. Geschickliche Entwidelung der modernen Staatsbesinition im Allgemeinen. Alle heute vertretenen Staatsbesinitionen lassen sich in zwei oberste Gruppen teilen. Die einen erblichen in der Souveränität ein wesentliches Merkmal des Staatsbegriffes, erkennen somit nur souveräne Staaten an; die anderen erklären Souveränität als für den Staatsbegriff unwesentlich; nach ihnen gibt es neben souveränen auch nichtsouveräne Staaten.

In bem Stärkeverhaltniffe biefer beiben Gruppen vollzog fich feit ber erften Salfte ber 70er Jahre dieses Jahrhunderts ein großer Umschwung. Bis zu dieser Beit überwog die erste Anjchauung, wenigstens in ber staatsrechtlichen Litteratur; seitbem herrscht die zweite. Der Umschwung ber Anschauungen gieng von Deutschland aus und die Beranlassung zu ihm lag in der Gründung des Nordbeutschen Bundes bezw. des Deutschen Reiches: Die rechtliche Er-Marung dieser politischen Gebilbe führte zu eingehender dogmatischer Untersuchung des Souveranitätsbegriffes und diese wirkte wieder auf die Definition des Staatsbegriffes zurud. Büßten wir es nicht selbst, daß es die deutsche Bissenschaft war, welche zuerft solch eindring= liche Untersuchungen über ben Staats- und Souveränitätsbegriff anstellte, so würden wir bessen aus einer Letture der Werke des Auslandes gewahr. Gerade zwei kurzlich erschienene Arbeiten thun es tund. Le Fur's großes Wert État fédéral et la confédération d'États (Baris 1896) ift in seinem bogmatischen Teile ausschließlich, Combothecra's Monographie La conception juridique de l'État (Paris 1899)) ift nahezu vollständig lediglich eine Biedergabe der Ergebnisse beutscher Untersuchungen. Bo die auswärtige Staatslehre unterläßt, beutsche Arbeiten zu berücksichtigen, bleibt sie in diesen Grundfragen sehr lückenhaft und unvoll= kommen. Man vergleiche nur einmal die unbestimmten und weitgesaßten, regelmäßig auch auf ben größeren Gemeindeverband paffenden Staatsdefinitionen der französischen Lehrbücher, wie wir folche oben S. 32 angeführt haben 1). Ein neuerer Schriftfteller über frangofisches Staats=

¹⁾ S. 39. 2) Bergl. S. 18, N. 5. 3) Das Gleiche ergibt sich aus Burges, Political science and comparative constitutional Law Bb. 1 S. 49 st.
4) Dazu auch von Italienern Palma, Corso di diritto costituzionale, 8. Aust., Florenz 1884 Bb. I S. 100; von Englänbern: Holland a. a. O. S. 40: A State is a numerous assem-

recht1) unterläßt überhaupt jebe Staatsbefinition und beginnt sofort mit bem Souveranitäts= begriff, fest bavon ausgebend, bag jebe Nation volle Souveranität habe. Der Grund für biefe Ericeinung liegt nicht etwa in einer Minberwertigfeit frangofischer, englischer ober italienischer Staatsrechtswiffenschaft - Berte von Esmein, Sauriou, Dicen, Unfon, Balma, Luigi Roffi und Anderen find vollgewichtige Beugen für bas Gegenteil ---, fonbern barin, bag biefe Lander Ginbeitsstaaten finb. Bier fehlt anders, als in Deutschland, ber Anlaß, Staats- und Souveränitätsbegriff naber zu untersuchen, benn ben Einheitsstaat von ber Gemeinbe zu unterscheiben, fallt nicht ichmer, aber bie Rriterien bes zwischen Unterftaat und Gemeinde bestehenden Unterschiedes aufzufinden, dies erfordert eingehende Untersuchungen ber Staats= und bamit auch ber Souveranitätsbefinition.

Sängt der Umschwung der Meinungen in Deutschland, wie oben bemerkt, mit tiefbringen= ber bogmatifcher Untersuchung bes Souveranitatsbegriffes jufammen, fo muß fich bie berrichenbe Auffaffung bieses Begriffes gegen früher geandert haben. Und in ber That ift bies ber Fall. Bahrend früher bas Dogma ber Teilbarteit ber völterrechtlichen Souveranität nabezu allgemeine Bertretung fand, überwiegt beute bie entgegengesette Anschauung. Satte fich bie erfte Auffaffung an ben Namen von 28 a i 3 2) gefnüpft, beffen Lebre, bag bie Souveranitat gwar nicht ihrem Inhalte, wohl aber ihrem Umfange nach teilbar fei 8), fast ausnahmlose Aufnahme erfahren hatte '), so ist ber Umschwung mit bem Namen v. Se p b e I & verbunden. Sein Nach= weis, "baß es gerade ber Inhalt ber Souveranität fei, baß fie keinen bestimmten Umfang habe" 5), war so scharf und flar geführt, daß von da an die Baig'sche Theorie von der Teil= barleit ber völlerrechtlichen Souveranität erschüttert und die Lehre herrschend wurde : es giebt keine geteilte, sonbern nur eine einige völkerrechtliche Souveränität. Ansbesonbere trug au biefem Siege ber neuen Lehre bei, daß fie von Laband im ersten 1876 erschienenen Banbe

blage of human beings, generally occupying a certain territory, amongst whom the will of the majority, or of an ascertainable class of persons, is by the strength of such a majority, or class, made to prevail against any to their number who oppose it; Sib g wid, Elements of Politics S. 221. Luigh Rossi in der Krit. Vierteljahrsschrift, 3. Folge, Bb. 3 S. 5, 19, 56 ersent diese Mängel an.

1) De sa Bigne de Villeneuve, Eléments de droit constitutionnel français,

1) De la Bigne de Stilleneuve, elements as arole consultationnel 1892 S. 5.

2) Grundzüge ber Politik (Kiel 1862) S. 166; die Ausführungen daselbst bernhen auf einem von Baig 1853 in der Kieler Monatsschrift veröffentlichten Auffage "der deutsche Bundesstaat". Als Anhanger von Baig dekennt sich noch Besterkamp, Staatendund und Bundesstaat, Leidzig 1892.

3) Auf die historische Burzel der Waitsichen Theorie näher einzugehen, besteht hier kein Anlaß. Ueber dieselbe i. Brie, Geschichte der Lehre vom Bundesstaate S. 97 ss. v. Stengel in Schwoller's Jahrduch 1898 S. 1095 ss. und besonders kurz und gut Preuß, Gemeinde, Staat, Reich als Gebietskörperschaften (Berk 1889). An dieser Stelle sei nur so viel hervorgegehoben: Wie Waits selbst angibt (Kieler Monatsschrift S. 496), war er wesentlich von dem französsischen Publizisten Tocqueville, La Démocratio en Amérique (zuerst Paris 1885) beeinsügt und dieser ruht wieder auf Anschauungen, die gelegentlich im Federalist ausgesprochen waren. Bas von Waits Anschauung das ursprüngliche ist, besteht darin, daß er die politisch gemeinten

flußt und dieser ruht wieder auf Anschauungen, die gelegentlich im Federalist ausgesprochen waren. Bas von Bait's Anschauung das ursprüngliche ist, besteht darin, daß er die politisch gemeinten Theorien der Amerikaner und Tocquevilles (vergl. Otto Mayer, Bd. II S. 464 N. 18) zu staatsrechtlichen umformte. Tocqueville sagt vom amerikansichen Bundesstaate Bd. I S. 66 on y voit deux gouvernements complètement séparés et prosq un indépendants. Bait sett völlige Unabhängigkeit beider Sewalten von einander an die Stelle.

4) Die allgemeine Anerkennung, welche die Baitz'sche Lehre fand, möge der Umstand des kunden, daß v. Mohl in seinem "Deutschen Reichsstaatsrecht" (Tübingen 1878), S. 67 sagen konnte, im Deutschen Reiche bestände "unzweiselt ha ft" eine geteilte Souveränität. Bergl. auch seine Enzyklopädie der Staatswissenschen S. 377: "Es besteht für die Gliedikaaten (im Bundesstaate) keine beschränkte, sondern eine geteilte Souveränität". Den Fortschritt, welchen die Baitz'sche Theorie immerhin bekundet, zeigt ein Bergleich mit H. A. Zachariä, Deutsches Staats und Bundesrecht 8. Aust. 1865 S. 101. Hier wird überhaupt nicht erklärt, wie es möglich ist, beim Bundesrecht 8. Aust. 1865 S. 101. Hier wird überhaupt nicht erklärt, wie es möglich ist, beim Bundesstaate sowohl den Besammtstaat, wie den Ellebstaate in seiner Sphäre selbständig und unab-Bunbesstaate sowohl ben Gesammistaat, wie ben Gliebstaat in seiner Sphäre selbständig und unab-

hängig, souveran zu nennen.

5) "Der Bundesstaatsbegriff" in der Zeitschrift für die gesamte Staatswissenschaft Bb. 28 S. 185 st. (Tüb. 1872), neu abgedruckt in Seydel's "Staatsrechtlichen und politischen Abhand-lungen" (Freiburg und Leipzig 1898) S. 19.

ber ersten Auflage seines "Staatsrechtes bes Deutschen Reiches" angenommen war 1). Außer= bem schlossen fich aber besonders Born*), Jellinet*), Rofin*) und Gierte5) an6).

Immerhin ift die Lehre auch heute noch nur die herrschende, nicht die ausschließliche. Es giebt immer noch Schriftsteller, welche bie Teilbarkeit der Souveränität für möglich er= klären, wenn auch in anberer Weise, als W a i h. Waih nahm-die Möglichkeit einer Rerlegung der absoluten Souveränität in verschiedene absolute Teile, also die Möglickleit des Vorhandenseins mehrerer, von einander unabhängiger Teile auf demselben Gebiete an. Diese Möglich= keit verwerfen mit der herrschenden Lehre auch die neuen Anhänger der Teilbarkeitstheorie. Dagegen halten bieselben eine Zerlegung ber Souveränität in mehrere ungleiche Teile, in eine übergeordnete und eine untergeordnete Souveranität, m. a. W. nur eine Berlegung in eine absolute und eine geminderte oder relative Souveränität für möglich. Oder noch anders gewendet: nach Wait giebt es keine Teilung der Unabhängigkeit, sondern lediglich der Aufgaben. nach ber neuen Lehre nicht blos eine Teilung der Aufgaben, sonbern auch eine Teilung, eine Abstufung ber Unabhängigkeit.

Dabei ift es ber neuen Lehre barum zu thun, icon im Ausbrude anzubeuten, bag fie neben ihrer Berlegung ber Souveränität nicht auch biejenige ber Baib'schen Theorie anertennt. Sie beschränkt daher die Anwendung des Wortes Teilung auf die Rerlegung in gleichwertige Teile, also auf die Zerlegung in absolute Teile und sagt bemgemäß der äußeren Form nach: die Souveränität ist nicht teilbar, aber sie ist (von Außen) beschränkbar; es giebt zwar teine geteilte abfolute, aber eine geminberte, abbängige, relative Souveränität. Die Baig'sche Lehre kennt nur eine absolute Souveränität, aber eine teilbare, die neue neben der unteilbaren absoluten eine von ihr abhängige relative. Wie schon früher erwähnt, ist ber Haupt= vertreter dieser Anschauung Georg Meher⁷), aber auch Gareis⁸), Brie⁹) und Hänel¹⁰) find als Anhänger dieser Theorie zu nennen. Ein Schriftsteller, v. Stengel11), erkennt über= haupt nur einen relativen Souveranitätsbegriff an.

Wir haben uns schon früher 19) gegen diesen Begriff ber relativen Souveränität als einer Souveränität im eigentlichen Sinne b. i. im Sinne von Unabhängigkeit gewendet. Aus dem= selben Grunde, aus welchem eine Teilung derselben unmöglich ist, ist auch eine Abminderung derfelben in der hier gemeinten Weise ausgeschlossen. Wir kehren daher zu der, wie wir sagten, herrschend gewordenen Souveränitätslehre zurück, um — was noch sehlt — darzulegen, wie mit ihr der Umschwung in der Begriffsbestimmung bes Staates, d. i. die Entfernung des Souveränitätsmomentes aus dem Staatsbegriffe zusammenhängt. Es bedarf hiezu keiner langen Ausführung.

Erklärte man die Souveränität weder für teilbar noch für abminderbar, so war man vor die Alternative gestellt, entweder, wie bisber, in der Souveranität das Hauptmerkmal bes Staatsbegriffes zu erbliden, bann aber die Möglichleit eines staatsrechtlichen Abhängigkeits= verhältnisses zwischen Staaten, also bie Moglichfeit eines zusammengesetten Staates zu ver-

^{1) 3.} Aufl. Bb. I S. 66 und 67: "Es gibt teine halbe, geteilte Souveranität, fonbern nur Souveranität ober Nichtsouveranität"

²⁾ Staatsrecht bes Deutschen Reiches, 1. Aufl. Bb. I Berlin und Leipzig 1880. 3) Lehre von ben Staatenverbindungen S. 35. 4) In ben Annalen 1883 S. 265 ff. 5) Grundbegriffe des Staatsrechts 2c. in der Zeitschrift für die gesamte Staatswissenschaft

⁵⁾ Grundbegriffe des Staatsrechts 2c. in der Zeitschrift für die gesamte Staatswissenschaft Bb. 80 (1884) S. 153 st. und 265 st.
6) S. auch Born hat, Allgemeine Staatslehre S. 219.
7) A. a. O. S. 37 N. 9, S. 18, 19, 84.
8) Allgemeines Staatsrecht (Tübingen und Freiburg 1888) S. 31.
9) Theorie der Staatenverdindungen S. XXX.
10) A. a. O. Bb. I S. 118.
11) In Schmoller's Jahrbuch für Gesetzgebung 2c. 1898 S. 781, 782, 785. Der Grund hiesür ist die Stellung des Staates zur Kirche. Ihr gegenüber sei die Souveränität des Staates nur eine relative. Der Staat werde trozdem souverän genannt.
relatives. Was dagegen zu bemerken, ist S. 67 ausgesührt.
12) S. 68.

neinen ober bas Souveränitätsmoment als wesentliches Werkmal bes Staates sallen zu lassen und nach einem anderen Unterscheibungsmerkmale zwischen dem Staate, insbesondere dem hienach möglichen nichtsouveranen Staate und ber Gemeinbe zu suchen.

Die Mehrzahl ber Schriftsteller entschied fich, wie wir, für ben letteren Beg und auch aus dem gleichen Grunde, b. h. von dem Standpunkte aus, daß die Staatslehre in erster Linie eine empirische Biffenschaft ift1). Ja sogar Schriftsteller, welche bie Möglichkeit einer relativen Souveränität annahmen, wie Georg M e p e r und B r i e, giengen diesen Weg, weil sie aus der Betrachtung ber wirklichen Staatserscheinungen bie Ueberzeugung gewannen, baß es außer relativ souveranen auch überhaupt nicht souverane Staaten gebe2).

Weben wir von dem Bringip aus, daß völkerrechtliche Souveranität für den Staat wefent= lich fei, fo muffen wir, um nur eine Art ber zusammengesetten Staaten zu nennen, ben Bunbesstaat entweber für einen Einheitsstaat und die Bundesglieber für bloße Brovinzen oder den Gesammtstaat nur für eine Korporation ober Gesellschaft unabhängiger Staaten erklären. Das wiberfpricht aber, wenn wir die Entstehungsgeschichte ber einzelnen Bundesftaaten verfolgen, überall ber Intention ber Barteien. Dieselben wollen weber einen Einzelstaat schaffen — bie Bundesglieder follen ihre Staatsnatur behalten — und fie wollen auch nicht blos einen Staatenbund schaffen, sondern einen aus ben Bunbesgliedern gebildeten Staat. Darum er= finden sie eben das Wort Bundesstaat. Sie wollen damit schon im Ausbrucke kund machen, daß ihnen der bisherige Begriff Staatenbund zu eng ift , daß fie mehr wollen , als einen blogen Bund von Staaten. Am 18. Marg 1848 proflamierte Preugen die Forberung, "bag Deutschland aus einem Staatenbunde in einen Bundesstaat verwandelt werde" 3). Man wendet sich gegen eine unitarische Gestaltung Deutschlands und will festhalten am föberativen Charatter besfelben 4), aber andererseits boch von dem "Boden völlerrechtlicher Berträge" zu einem "Berfaf= fungsbundniffe"), b. h. von einem völlerrechtlichen zu einem flaatsrechtlichen Bundniffe übergeben.

Und ebenso widerspricht es der Staatsgesetzgebung. Die beutsche Staatsgesetzgebung hat erft in allerjungfter Beit wieber ben Staatscharafter bes Deutschen Reiches wie ber beutschen

¹⁾ Sehr zutreffend fagt Jellinet, Ueber Staatsfragmente (Heibelberg 1896) S. 8: "Die juristischen Begriffe sind nicht jenseitige Wesenheiten, die hienieben nur unvollsommen in die Ersicheinung treten, sondern Typen, die in den häusig der Logis entbehrenden Lebensverhältnissen entshalten sind. Daher ist nicht jene staatsrechtliche Lehre die beste, die in sich größere logische Bollsommenheit ausweist, sondern diejenige, welche die politische Realität in ungezwungener Weise ersutzute flart".

tommenheit aufweit, sondern diesenige, welche die politische kealitat in ungezwungener weise erklätik...

2) Eine Ausnahme hievon machen v. Stengel in Schmoller's Jahrbuch 1898 und Hanel a. a. O. Obwohl v. Stengel wieberholt betont, die Theorie habe ihre Begriffe nach dem Erscheinungen des Lebens zu dilben (S. 780, 794), will er doch dei einem Staate, der in äußeren und inneren Angelegenheiten völlig unter der Bormundschaft eines anderen Staates steht, nur Atnderung und Beschrätung, nicht Aussedung seiner Unabhängigkeit erblicken (S. 790, 793, 794). Der Grund hiesür ist ein rein theoretischer. Wit Recht demerkt, d. Stengel, S. 788 fl., daß in diesen Fällen wohl die völkerrechtliche Handlungs-, aber nicht die völkerrechtliche Kechtsssähigkeit berührt sei. Allein die Frage, ob abhängig oder unabhängig, ist doch nach dem Make der Herrschaftsbethätigung, nicht der Herrschaftssähigkeit zu beurteilen. Wer nach dem Willen Anderer handeln muß, ist troß aller Herrschaftssähigkeit abhängig. Das Vorhandensein nichtsouverdner Staaten wird also von v. Stengel zu Unrecht verneint. In der Sache selbst dringt die Unspaltbarkeit der Anschauung Stengels durch. Seine Staatsbesinition deckt sich, abgesehen von dem Merkmale der Volkerrechtssfähigkeit, inhaltlich volkommen mit der spaker das Souveränität für den Staatsbegriff nicht wesenstlich sei. S. 789 sagt v. Stengel: "Die Hauptsache ist, daß der (beschränkte) Staat innerhald der ihm verbliedenen Zuständigkeit alle staatlichen Funktionen zu eigenem und ursprünglichem, nicht von einer höheren Bewalt abgeleitetem Kechte ausübt". Bergl. auch ebenda S. 785 und 790. Auf welche Weise Ja an el den eigentlich nichtsoweränen Staaten Souveränität beilegt, davon in § 26. S) S du l z e. S24, weitere Belege dei v. S t en g e l in Schwoller's Jahrbuch 1898 S. 20 und 21.

4) Vergl. die Baperische Anschlußerklärung vom b. April 1894 oben S. 94.

5) So die Fornulierung, mit welcher Bapern September 1870 die Verwirklüchung des Art. 4 des Krager Friedens, Schaffung einer "nationalen Berbindung" zw

bes Prager Friedens, Schaffung einer "nationalen Berbindung" zwischen Nord und Sud, in An-regung brachte; vergl. Laband Bb. I S. 36.

Einzelftaaten anerkannt. Es geschah in § 1723 und ebenso in den §§ 22 und 23 des Deutschen Bürgerlichen Gefetbuches. § 1723 hanbelt von ber Chelichleitserklärung. Dort beißt es nun in Abfat 1: "Ein uneheliches Rind tann auf Antrag feines Baters burch eine Berfügung ber Staatsgewalt für ehelich erklärt werben" und Absah 2 fügt an: "Die Chelichkeitserflärung fieht bem Bundesstaate zu, bem ber Bater angehört; ift ber Bater ein Deutscher, ber keinem Bundesstaate angehört, so steht fie dem Reichskanzler zu". Daraus geht doch bervor, bağ auch ber Reichstanzler eine Staatsgewalt ausübt, und ebenso, daß dies eine andere Staatsgewalt ift, als die eines Bundesstaates; benn seine Thatigkeit betrifft ja einen Deutschen, ber keinem Bundesstaate angehört. Und die gleiche Folgerung ist aus § 22 in Zusammenhalt mit § 23 ju ziehen, wenn es bort heißt : "Ein Berein beffen Zwed auf einen wirtschaftlichen Geschäftsbetrieb gerichtet ift, erlangt Rechtsfähigfeit burch ft a atliche Berleihung. Die Berleibung stebt dem Bundesstaate zu, in besien Gebiete ber Berein seinen Sit bat. Einem Bereine, ber seinen Sit nicht in einem Bundesstaate hat, tann Rechtsfähigkeit durch Beschluß bes Bunbesrates verliehen werben". Der Bunbesrat ift fomit Organ eines Staates, aber eines anderen Staates, als eines ober aller Bundesstaaten.

Run war tein Aweifel, daß die Annahme eines Staates im Staate zu dem bisher berrschenben Staatsbegriffe nicht stimmte. Und so entschloß sich die Rehrzahl ber beutschen Staatsrechtstheoretiter, ben bisherigen Staatsbegriff aufzugeben, also bas Souveranitatsmertmal aus der Reihe ber wesentlichen Staatsmomente auszuscheiden und in einem anderen Elemente bas Staat und Gemeinde trennende Unterscheidungsmerkmal zu suchen.

Die einzelnen Werte, aus welchen wir diese Abschwentung vom bisher berrichenben Staatsbeariffe entnehmen, laffen ben Aufammenbang mit ber Erfenntnis beutlich erseben, bak ber bisherige Staatsbegriff neuen empirischen Erscheinungen nicht mehr entsprach. Das Berbienft, fich zuerft von bem bertommlichen, von Bacharia, Bopft, Bluntschli, Schulze und Gerber vertretenen Staatsbegriffe mit Erfolg getrennt und bamit in bieser Richtung der Staatslehre neue Bahnen gewiesen zu haben, gebührt Georg Deper1), welcher bem bisberigen Staatsbegriffe in seinen staatsrechtlichen Erörterungen über die beutsche Reichsverfaffung (Leipzig 1872) mit der Bemerkung gegensibertrat, der bisberige Staatsbegriff fei wesentlich von Bobin aus frangofischen Berbaltniffen beraus geschaffen, also von einer früheren Beit und von einem eine zelnen Staate aus; er tonne baber eine allgemeine Giltigfeit für alle Reiten und Bolter nicht beanspruchen; er bezeichne nur eine bestimmte Phase politischer Entwidelung, ben einfachen Einheitsstaat 3); ben neuen Staatenbilbungen bes Bunbesftaates fei er nicht mehr gerecht. Es muffe bem Staatsbegriffe fomit eine andere Grundlage gegeben werben. Auf Georg Meber folgt bann Labanb 3) unter ausschlieglicher Berufung barauf, bag ber Sprachgebrauch bie bisher fast ausschließlich herrschende Staatsbefinition wiberlege. Rur Reit bes ehemaligen

¹⁾ Wohl finden wir schon vor Meyer die gelegentliche Behauptung dei Staatsrechtslehrern,

¹⁾ Bohl sinden wir schon vor Meyer die gelegentliche Behauptung dei Staatsrechtslehrern, daß es neben unabhängigen (souderänen) auch solche Staaten gede, die nur in ihren inneren Angelegenheiten eine besondere staatliche Eristens, hätten (vergl. z. B. Hözl in Bluntschli's deutschem Staatswörterduch Bd. II S. 285, Stuttgart und Leipzig 1857), allein eine nähere Untersuchung darüber, wodurch sich Staat und Gemeinde unterscheiden, sehlt.

2) Siehe auch Lehrbuch S. 5 oben.

3) A. a. D. Bd. I (3. Aust.) S. 59. Vor Laban dahert sich wohl auch Mohl, Enzystopädie der Staatswissenschaften 2. Aust. 1872 S. 86 und 90 und zwar unter Hinders auf Meyer dahin, daß es unrichtig sei, für den Staatsbegriff die Forderung der Souderänität aufzustellen, wenn darunter vollständige Unabhängigkeit von äußeren Einstüssen verstanden sein solle, und degründet dies, wenn auch nicht aussichließlich, so doch in erster Linie durch den Hinders auf die tägeliche Ersahrung, daß es politische Gestaltungen gede, welche in jeder Beziehung die Ausgaben eines liche Erfahrung, daß es politische Gestaltungen gebe, welche in jeder Beziehung die Aufgaben eines Staates erfüllen und die Rechte eines folden ausüben, aber doch nicht ganz unabhängig von einer außer ihnen stehenden Gewalt seien. Allein Wohl unterläßt, daraus die entsprechende Konfequenz zu ziehen, b. h. nun seinerseits ein anderes Staat und Gemeinde scheibendes Merkmal aufaufuchen.

Deutschen Reiches habe man nicht angestanben, die nichtsouveränen beutschen Landesberrn Staaten zu nennen. Die Mitglieber ber amerikanischen Union hießen Staaten; auch die von ber Türkei abhängigen ober unabhängig gewesenen, nichtsouveranen politischen Gebilbe bezeichne man als Staaten. Schulze, Jellinet, Rofin, Brie, Meher und Andere haben bann aus gleichem Grunde die alte Lehre verlaffen 1).

§ 125. Die einzelnen Staatsbefinitionen. Es ift nun unsere Aufgabe, die einzelnen neuen Staatsbefinitionen in Rurge zu besprechen, wenn ihre Wiberlegung auch zu einem Teile ber Betrachtung ber Lehre von ber juriftischen Natur ber Staatspersonlichfeit 2) vorbehalten bleibt. Die zu besprechenden Begriffsbestimmungen bes Staates gliebern fich logisch in folde. welche das Unterscheidungsmerkmal zwischen Staat und Gemeinde in Momenten fpezielleren, und in folde, welche bies Unterscheidungsmerkmal in Elementen allgemein eren Inhalts finden.

In erster Richtung sind Tezner und Preuß zu nennen. Rach Tegner 2) unterscheibet fich ber Gliebstaat im Bunbesstaate von ber Gemeinde durch ein breifaches: eigene formelle Gesetzgebung, Anteil an der formellen Gesetzgebung und an der Militärhoheit des Bundes. Und nach Breuß') besteht ber Unterschied zwischen Staat und Gemeinde barin, bag ersterer ein Berfügungsrecht über sein Gebiet hat , lettere nicht. Allein der Theorie von Preuß wider= fpricht icon entschieben unfer heutiges geltenbes Recht. Die Gemeinden haben nach ibm ein Berfügungsrecht über ihr Gebiet, nur ein burch die Staatsgewalt oft beschränktes; aber auch bas Berfligungsrecht ber Gliebstaaten im Bunbesstaate ift zu einem Teile burch bie Serrschaft bes Oberftaates beengt. Es ift also je nach ber Gesetgebung bes einzelnen Bundesstaates biefes Berfügungsrecht bes Gliebstaates wohl balb vorhanden, balb aber auch nicht. Schon baraus folgt, daß hierin tein Moment liegen tann, bas ben Ausschlag zwischen Staat und Gemeinde giebt. Und das Gleiche gilt von Tezner's Theorie. Auch fie berührt nur sekundäre Unterschiede. Ganz abgesehen bavon, baß sie nur für den Bundesstaat, nicht für jeden Gefammtstaat vakt, wäre es nach Texner nicht möglich, sich den absoluten Staat als Glied eines Bundesstaates zu denken. Denn im absoluten Staate gibt es keinen besonderen Weg der formellen Gesetgebung. Sier ist zwischen ben Willensatten bes Serrschers ber auferen Korm nach fein wesentlicher Unterschieb. Somit wäre ber absolute Gliebstaat ber ihm eingeglieberten Gemeinde wesensgleich und doch unterschied man auch im absoluten Staate schon Staat und Gemeinde. Mertmale all gemeinerer Art stellen Meyer, Laband, Jellinet, Rofin und Brie auf.

Die ben bisher genannten Theorien am nächsten stehenbe, weil noch verhältnismäßig auch Spezialmomente enthaltende, allgemeinere Theorie ift die Georg Meper's. Nach ihm 5) unterscheibet sich ber Staat von ber Gemeinde baburch, daß er basjenige politische Gemeinwefen ift, welches bie Befugnis befigt, politische Aufgaben felbständig, b. b. nach eigenen Gesepen zu erfüllen und seine Organisation (Berfassung) selbständig, b. h. burch eigene Gesetz zu regeln. Und zwar versteht Meper unter einer Erfüllung und Regelung burch eigene Gesete eine Gesetzebung, die frei von gesetlichen Direktiven, Kontrolle und Zwang einer höheren Gewalt ift 6). Allein bas Unzulängliche biefer Begriffsbestimmung ergiebt schon ihre Anwendung auf bas Deutsche Reich.

Wohl fagt Meper?): "Die Glieder des Reiches haben den Charakter von Staaten; es ift ihnen eine Reihe von Angelegenheiten zur felbftandigen Regelung verblieben; hinfichtlich biefer stehen ihnen nicht blos Berwaltungsbefugnisse, sonbern auch gesetzeberische Funktionen zu. Die Einzelstaaten sind ferner selbständig in Bezug auf die Festsehung ihrer Berfassung;

Bergl. die Zitate bei Laband Bb. I S. 59 R. 8 und bei Meger S. 6 R. 6. 2) Unten § 84.

⁸⁾ Ju Grünhut's Zeitschrift für das Privatrecht und für das dffentliche Recht 1893 S. 110 ff. 4) An dem S. 108 N. 8 gen. Ort. 5) Lehrbuch S. 7 und 8. 6) S. 7 N. 17. 7) S. 182 und 183.

bie Organe ber Einzelstaaten finden ihren Ursprung lediglich im Einzelstaate. Dem Reiche steht auf Bestellung berfelben teinerlei Ginfluß ju". Allein mag auch bie Selbständigfeit ber Gliebstaaten in ber Erfüllung ihrer Aufgaben noch fo weit geben, in ber Richtung besteht auf Grund Reichsverfaffung Urt. 17 boch immer auch eine Aufsicht über bie ben Gliebstaaten vollig gugewiesenen Angelegenheiten, daß das Reich ju tontrollieren berechtigt ift, ob die Gliebstaaten bei Erledigung diefer ihnen völlig überlaffenen Angelegenheiten die Grenzen ber Reichsgeset= gebung einhalten ober überschreiten; wie Rofin 1) es fo treffend ausbrudt : "Begen ber Unmöglichfeit einer mechanischen Trennung ber Staatsausaben in zwei vollständig von einander unabhängige Sphären empfinden die Gliebstaaten auch auf allen anderen Gebieten ihrer Thatigfeit unmittelbar ober mittelbar bie fouverane Macht bes Reiches". Und zweitens fann boch nicht geleugnet werben , bag bie Regelung ber Organisation ber Gliebstaaten zu einem nicht geringen Teile von Reichswegen erfolgt ift. Es fei nur die Behorbenorganisation ber Bivilund Strafgerichtsbarteit, ber Unfall- und Invalibitätsversicherung, bes Borfen = und bes Auswanderungswefens erwähnt. Die Organisation beruht hier unmittelbar auf Reichsgeseben, bie Bollziehung berfelben ift Landesgefet. Es folgt bies icon baraus, bag nicht zu allen biefen reichsrechtlichen Organisationsgesetzen landesrechtliche Ausführungsgesetze, sondern meist nur bienstrechtliche Bollzugsvorschriften erlassen wurden. Und mogen teilweise auch nur die grundlegenden Organisationsnormen von ber boberen Gewalt ausgegangen fein, so lagt fich tropbem nicht fagen, bag ber Gliebstaat feine Organisation selbständig regele. Dies tann boch mit Bug nur bann behauptet werden, wenn ber Staat in feiner Richtung Organisationsbestimmungen höberer Gewalten entgegenzunehmen braucht.

Obwohl die Gliebstaaten ihre Organisation teilweise von Außen erhalten, sind sie doch Staaten. Somit vermag auf diese Elemente eine wesentliche Unterscheidung von Staat und Gemeinde nicht gestüht zu werden. Eine teilweise Besugniß zur Regelung ihrer Organisation haben auch die Gemeinden. Mit dem Sahe 2), daß die Bundesgewalt lediglich den allgemeinen staatsrechtlichen Charakter der gliedstaatlichen Versassen vrone, die Regelung der einzelstaatlichen Organisation, d. h. die Feststellung der Organe und die Normierung ihrer Besugnisse aber den Gliedstaaten verbleibe, ist dieser Einwand nicht sowohl entkräftet, wie Meyer meint, sondern vielmehr bestätigt. Es ist damit anerkannt, daß die einzelstaatliche Organisation wenigstens mittelbar durch die Bundesgewalt bestimmt ist.

Die nächste Theorie ist diejenige Labands.). Nach ihm besteht der Unterschied zwischen Staat und Gemeinde darin, daß nur der erstere eigene Herrschaftsrechte hat, die Gemeinde bagegen, wenn fie Berrichafterechte ausubt, dies immer nur in Bertretung bes Staates thut. Allein, ware biefe Auffaffung richtig, fo mare unerfindlich, wie unfer positives Gemeinberecht einen eigenen und einen übertragenen Birkungstreis ber Gemeinde unterscheiben kann. Bu bem ersteren gehört nach unserem positiven Gemeinberechte ausgesprochenermaßen bas Recht ber Finanzgewalt und zwar ohne Unterscheibung zwischen Abgabenauferlegung und Abgabenbeis treibung. Sowohl ber Steuerbefehl, wie die Steuervollstredung erfolgt im Namen ber Bemeinbe. Und bas Reichsgeset vom 9. Juni 1895, welches ben wechselseitigen Beiftand ber einzelnen Bundesftaaten bei Ginziehung öffentlicher Abgaben regelt, nennt biefen Beiftanb nicht unmittelbar Erhebung und Beitreibung für, b. h. zu Gunften bes abgabeberechtigten Ge= meinwesens, fondern einen "Beiftand jum Amede ber Erhebung und Beitreibung"; Erhebung und Beitreibung geschieht also im Namen bes abgabenberechtigten Subjekts. Als abgabenberechtigt find fich aber Staat und Gemeinde vollkommen gleichgestellt. § 1 bes Geses sagt: "Die Behörden verschiedener Bundesstaaten haben einander auf Ersuchen Beiftand zu leiften zum Zwecke ber Erhebung und Beitreibung . . . b) ber für einen Bundesstaat, für politische,

¹⁾ A. a. O. S. 271.
2) Meyer S. 7 N. 17.
3) Bb. I S. 64.
Handbuch bes Deffentlichen Rechts. Ginl.-Band. II. Abth.

Rirchen = und Schulgemeinden, sowie für weitere Kommunal = und Rirchenverbande einzu= ziebenben öffentlichen Abgaben".

Einen Schritt weiter geht die Theorie Jellineks. Auch er verlangt eigene Rechte, aber er begnügt sich nicht, wie Laband, mit eigenen Herrschaftsrechten schlechthin, sondern diefelben müffen originär erworben, bürfen nicht abgeleitet fein, während La b a n b mangels befon= berer Unterscheidung hierauf tein Gewicht legt. Sellinet') ertennt an, daß bie Gemeinde eigenen Finangvermaltungszwang besitt. Selbst ba, wo die Gemeinde nicht durch ihre, sonbern nur burch staatliche Organe die zwangsweise Beitreibung burchführen konne, sei fie und nicht ber Staat es, ber ben Berwaltungszwang übe; aber fie habe biese Besugnis nicht originär, sonbern vom Staate berivativ erworben 8). Die gleiche Theorie vertreten L i n g g 4) und R o f e n b e r g 6). Wäre diese Anschauung richtig, so würde 3. B. Bulgarien kein Staat sein und doch legen wohl auch biefe Schriftsteller ') Bulgarien Staatsnatur bei. Bulgariens Erhebung zum Fürstentum beruht juriftisch nicht auf eigener Macht (Eigenmacht) bes Landes, fonbern auf einer "Erbebung", wie Art. 1 bes Berliner Bertrages vom 13. Juli 1878 fagt: "Bulgarien wird zu einem autonomen und steuerpflichtigen Fürstentum unter ber Oberherrlichteit Seiner Majeftät bes Sultans erhoben". Die Erhebung geschah aber nicht burch ben völkerrechtlichen Bertrag , sondern burch biesen Bertrag war bie Bforte nur vervflichtet , bie Broving ftaatsrechtlich in einen Staat umzuwandeln. Die Erhebung Bulgariens zum selbständigen Fürftentum beruht somit auf einem Afte ber türkischen Staatsgewalt. Die bulgarische Staatsgewalt ift von ber herrschermacht eines fremben Staates abgeleitet. Und bas Gleiche gilt für einen aus einem Ginheitsstaat entstandenen Bunbesstaat. Auch hier find die Rechte ber Gliedstaaten abgeleitet. Das alte beutsche Reich war minbestens seit 1648 ein solcher Bunbesttaat. Die Einzelstaaten hatten ihre Berrschaftsrechte aus frember Sanb.

Dagegen läßt fich u. E. gegen biese Theorie nicht geltend machen, was v. Sepbel 7) gegen fie einwendet. Sepbel fagt: "Diefe eigenen Herrschaftsrechte find nichts anderes als Souveränität. Eigene Herrschaft sei Recht aus eigener Macht, also Recht, das auf keiner Rechtsordnung beruhe, die üb er feinem Inhaber stehe. Nur der Souverän habe Recht aus eigener Macht, das er von Riemand zu Leben trage". Allein zu Souveranität gehört Unabhangigkeit von jeber anderen weltlichen Berrichermacht in jeber Richtung. Diese ift, wenn nur einige Herrschaftsrechte originär zustehen, nicht gegeben, für den betreffenden Unterstaat Souveränität also nicht vorhanden. Auch ist es möglich, bag biese originär erworbenen Gewaltrechte von einer höheren Gewalt entzogen werden können, ohne daß sich sagen ließe, die Möglichkeit solcher Entziehbarkeit hebe die Orginalität ihres Erwerbes auf. Es unterliegt doch keinem Aweifel, bag bie Sobeiterechte, welche ben beutschen Gliebstaaten verblieben find, im Berhaltniffe gu benjenigen bes Deutschen Reiches bie originaren, nicht bie abgeleiteten find 8).

Endlich find am Schlusse als die allgemeinst gefaßten Theorien bie fog. Zwecktheorien

¹⁾ Ueber eine spätere Theorie desselben unten § 36.
2) System der subjektiven diffentlichen Rechte (Leipzig und Freiburg 1892) S. 268 N. 2.
Le Fur a. a. O. S. 398 und Combothecra a. a. O. S. 109 lassen in ihrer Polemik gegen Jellinek außer Acht, daß er von eigenen Herrschaft zuchen, nicht blos von eigenen Rechten spricht.
3) A. a. O. S. 278: "Sowohl der Ursprung aus dem Gesetz als auch die über die vollzogene Verwaltung geübte Kontrolle erklären sich wesentlich durch die Erkenntnis, daß das Recht der Verbände, Herrschaft zu üben, aus der Machtspäter des Staates kammt". Dazu Jellinek, lleber Staatskragmente S. 10, 11, 12, 15: "Die Behörden der Provinzen sind Staatsbehörden, die Organe der Provinzialverdände haben keine originäre Vessehls- und Jwangsgewalt, sondern können solche nur kraft staatlicher Zuweisung erlangen. Alles imperium des Kommunualverdandes ist aus der staatlichen Sphäre abgeleitet, kann zu dessen Recht nur dadurch werden, daß der Staat ihn damit gesehlich ausstattet".

4) Empirische Untersuchungen zur allgemeinen Staatslehre, Wien 1890, S. 223, 235, 5) Die staatsrechtliche Stellung von Elsaß-Lothringen, Met 1896, S. 38.
6) Zellin ek ausbrücklich.
7) Kommentar S. 8.

⁶⁾ Jellinek ausbrücklich. 8) Bergl. Laband Bb. I S. 96.

zu erwähnen. Nach Rofin 1), bem sich Wejer2) anschließt, verfolgt die Gemeinde örtliche, ber Staat nationale Intereffen; nach Brie3) liegt bas unterscheibenbe Merkmal zwischen Staat und Gemeinde in dem Borhandensein bezw. Fehlen eines allseitigen Zwecks; der Staat und nur ber Staat fei ber Ibee nach bas Gemeinwefen gur felbständigen Forberung aller vernünftigen Intereffen seiner gegenwärtigen und gufunftigen Mitglieber; nach Schmibt ift ber Staat zwar nicht die universale, aber die prinzipielle Gemeinschaftsform, b. h. biejenige, welche grundfahlich für bie nur in ber Gemeinschaft (fozial) zu erfüllenden menichlichen Lebensawede au forgen hat 4). Allen diesen Theorien kann nicht beigetreten werben. Daß auch die Gemeinde grundfählich nur für Gemeinschaftszwede zu sorgen hat, sagt schon ihr Name und ebenso besteht zwischen nationalen und örtlichen Interessen wohl ein quantitativer, aber kein qualita= tiver Unterschied und ferner stellt nicht jeder Staat eine Nation dar. Und was Brie insbesonbere angeht, so gibt berselbe baburch, bag er Allseitigkeit bes Zwedes lediglich für ben ibealen Staatsbeariff forbert, zu erkennen, daß bem empirischen Staatsbeariffe biese Allseitigkeit seblen tann. Dazu tommt, bag im gusammengesetten Staate gewiß nicht alle Staaten einen allseitigen Zwed haben. Bielmehr sind bie Staatszwede zwischen Ober- und Unterstaat geteilt.

Mit dem Bisherigen haben wir zu den Staatsbefinitionen derjenigen Gruppe von Schriftstellern Stellung genommen, welche bie Souveranität aus bem Staatsbegriffe ausgeschieben haben. Es erübrigt noch mit Einigem von der anderen Gruppe zu sprechen, also berjenigen, welche in der Souveränität ein wesentliches Merkmal des Staatsbegriffes erblickt. Hier giebt es nicht viele Unterschiebe. Bunachft fteben fich in ber hauptsache nur zwei hauptbefinitionen gegenüber, die eine, wornach zum Staatsbegriffe volle vollerrechtliche Souveranität gehört, die andere, wornach jum Begriffe ber Staatssouveranität bas Borhandensein einer unteren, einer halben, geminderten, beschränkten Souveranität, einer Souveranität nach Innen, einer staatsrechtlichen Souveranität ober, wie die Wendung fonft ift, genügt. Bu den Vertretern der ftrengen Theorie gablen von beutschen Staatsrechtslehrern v. Sen bel 5), Born 6), Gierte7), Otto Mayer8) und Bornhat9). Die andere, in der Böllerrechtswiffenschaft und im Auslande überhaupt herrschende 10) Theorie wird, was beutsche Staatsrechtsschriftsteller anlangt, augenblicklich in der Hauptsache nur von Gareis 11), Hänel 12) und v. Stengel 18) vertreten. Bohl gibt es auch andere Schriftsteller, wie wir früher gesehen, welche ben Begriff einer verminderten Souveranitat anerkennen, Georg Meyer 14) und Brie15), aber fie bauen auf ben Souveranitätsbegriff nicht benjenigen bes Staates auf 16), sondern leiten baraus nur ge= wiffe Unterschiebe innerhalb ber Staatenverbindungen ab, erkennen also neben souveranen und relativ souveranen auch nichtsouverane Staaten an 17).

¹⁾ Annalen 1883 S. 284. 2) Einleitung S. 27, 28. 8) Theorie ber Staatenverbindungen S. II ff.

⁴⁾ Der Staat, S. 52, 55, 63. 6) A. a. O. 2. Aust. Bb. I S. 63. 4) Der Staat, S. 52, 55, 63. 5) Statt Anderem Rommentar S. 1 ff. 6) A. a. D. 2. Aufl. Bb. I S. 63. 7) Deutsches Privatrecht Bb. I S. 475. 8) Deutsches Berwaltungsrecht Bb. II S. 371, 463 ff.

¹²⁾ Deutsches Staatsrecht Bb. I S. 118 nnb oben S. 60 R. 4.

¹³⁾ Oben S. 109 R. 11.

14) Bergl. oben S. 60 R. 5.

15) A. a. O. S. CXII.

16) Oben S. 110 R. 2.

17) So hebt Georg Meyer mit Zuhilfenahme des Begriffes der vollen, halben und der Richt-Souveränität folgende Unterschiede innerhald der Staatenverbindungen hervor. Im Staatenschieder Staatenverbindungen hervor. Im Staatenschieder Staatenverbindungen hervor. bund haben die Gliebstaaten nach der inneren Seite noch Souveräntität, im Bundesstaat dagegen nicht mehr. Sbenso Brie. Nach Meyer, weil die Zentralgewalt hier unmittelbar auch die Indibiduen der Gliebstaaten beherrscht (vergl. oben S. 60 N. 5), nach Brie, weil es für den Gliedstaat hier keine Sphäre mehr gibt, innerhalb deren der freie Wille als der höchste anzusehen wäre, da er in jeder Richtung der Kompetenz-Kompetenz des Gesammtstaates unterliege.

Indem wir gegen die auf dem Prinzip der relativen Souveränität ruhenden Staatsdefinitionen verschiedene Einwände machen, ergibt sich, daß die Auffassung der geminderten
Souveränität unter ihren Vertretern nicht die gleiche ist. In der That stehen sich Hänel auf
der einen und Gareis und v. Stengel auf der anderen Seite gegenüber. Nach Hänel besteht die relative Souveränität darin, daß nur staatsrechtliche Souveränität vorhanden ist;
nach Gareis und v. Stengel ist auch bei der relativen Souveränität noch etwas völlerrechtliche Souveränität vorhanden. Gegen die eine Definition ist der erste, gegen die andere
der zweite Einwand gerichtet.

In der Staatsbefinition der ersten, die volle Souveränität für ein wesentliches Erfordernis des Staates erklärenden Gruppe machen sich keine bemerkenswerten Unterschiede geltend. Wir haben uns mit derselben als solcher daher hier's) nicht mehr weiter zu beschäftigen.

§ 26. Die Staatsbefinitionen und ihre Ronfequengen für die Lehre von ben Staatenverbindungen. So große Uebereinstimmung unter den Bertretern der Theorie voller Staatsfouveranität in Bezug auf ihre Staatsbefinition besteht, um fo größere Berschiebenheiten malten zwischen ihnen hinsichtlich ber Folgerungen ob, welche fie hieraus für bie Lehre von ben Staatenverbindungen ziehen. Diefelben muffen zwar in der Berneinung zusammentreffen, d. h. bie Möglichfeit rechtlicher Abhängigleitsverhältniffe von Staat zu Staat, alfo bie Möglichfeit von Brotektorat, Rebenland, korporativem Staatenbund und Bundesstaat in unserem Sinne muß von ihnen allen geleugnet werben, aber, wofür fie biefe Ericeinungen positiv erklären, barin konnen sie weit auseinandergeben. Und zwar in einer boppelten Richtung. Entweder ift es möglich, baß fie bie vier genannten Berhaltniffe für folche ber Gleichordnung, Protettorat und Nebenland also für gleichbedeutend mit Brotektion und jedes Bundesverhaltnis für eine Staatenge= fellichaft erklaren, ober fie muffen in biefen Ericheinungen verschiebene Organisationen bes Einheitsstaates erblicen. Ein Drittes ist logisch nicht benkbar. Denn, wenn zum Staatsbegriffe volle Souveranität gehört, kann es zwischen Staaten nur Berbältnisse ber Gleichorbnung und Abhängigkeitsverhältnisse nur in Staaten geben. Es mussen somit alle diese Berhältnisse entweber völkerrechtliche Bertragsverhältniffe zwischen Staaten ober Berhältniffe von autonomen Provinzen zu Staaten sein. Hieraus ergibt fich bann weiter, bag Begriff und Name von Teil- und Gliebstaat und ebenso von Bundesstaat in der Bedeutung von zusammengesettem Staat aus der Terminologie des allgemeinen Staatsrechtes zu verschwinden haben, denn jeder sog. Teil= oder Gliedstaat kann nach dieser Alternative nur entweder vertraas= mäßig gebundener Einheitsstaat oder Brovinzialverband b. h. Gemeinde sein: und bemgemäß ift auch für zusammengesette Staatswesen, also insbesondere für den Bundesstaat tein Raum.

Allein sehen wir naher zu, so finden wir, daß von den Schriftstellern, welche die volle Souveranität für ein wesentliches Staatsmerkmal erklaren, nur v. Seybels) und

¹⁾ S. 27. 4) S. 110 N. 2.

^{6. 70. 3)} Bergl. oben S. 110 R. 2. 5) Anders unten in § 34. 6) A. a. O. S. 1 ff.

seine Anhanger 1), b. b. nur biejenige Schule reinen Tisch macht, welche sich, was die Lebre vom Bundesstaate anlangt, für die Unnahme eines völkerrechtlichen Bertragsverhältnisses, eines gesellschaftlichen Staatenbunds, und, was die Suzeränitätsverhältnisse angeht, für das Borhandensein dezentralisierter Einheitsstaaten erklärt. Lediglich diese Schule verwirft Begriff und Name von Glied=, Teil= und zusammengesettem Staate. Im Uebrigen find es nur Schriftsteller berjenigen Richtung, welche Souveranität für den Staatsbegriff überhaupt nicht für notwendig balt, die anerkennen, daß, wenn man fic auf ben Standpunkt ftellt, daß volle Souveranitat jum Staatsbegriffe gebort, es bas einzig jutreffende ift, bie Begriffe Bunbes-, Glied- und Unterftaat überhaupt fallen zu laffen 2). Bei ben anderen Schriftstellern, welche ungeminberte Souveranitat für jeben Staat verlangen, also bei Rorn, Gierte, Otto Maper, Bornhat finden wir die genannten Namen und Begriffe fortleben und amar teils, weil fie leugnen, daß es bei jener Pramiffe lediglich bie eine Alternative vollerrechtliches Bertragsverhaltnis gebe, teils, tropbem fie biese Alternative als bie allein mögliche auerkennen. Bir haben bemnach zu prufen, ob biese Beibehaltung der Begriffe Bundes:, Glieb: und Teil: staat sich mit ben aufgestellten Prinzipien wirklich vereinbaren läßt.

Ru der gleichen Aufgabe führt uns übrigens auch die andere Gruppe der Souveränitäts= theorie, diejenige ber geminderten Souveranität; zwar nicht die Auffaffung von Gareis und St engel, aber biejenige von Sanel. Belde Stellung erftere zu ben verschiebenen Arten ber Staatenverbindungen einnehmen, ift selbstverständlich; sie erblicken eben überall, wo Abhängigteit gegeben ist, nur geminderte Souveränität, mag diese Abhangigteit auch so weit geben, daß von einer Unabhängigkeit nach Außen nicht mehr gesprochen werden kann. Anders bagegen hanel. Nach ihm fehlt völlerrechtliche Souveranität bei jeber Unterordnung. Aber bei ibm fehlt auch staatsrechtliche Souveranität, wenn bas Gemeinwesen nicht mehr ausschließ: lich über seine Unterthanen herrscht, sondern auch eine äußere Gewalt ihnen unmittelbar Befehle erteilen kann. Rach Hänel ist mit dem Begriffe Souveranität wohl Unterordnung unter Brotektorat, unter Lebensverbältnis und forvorativen Staatenbund vereinbar — benn bier wird nur bas Gemeinwesen, nicht auch seine Unterthanenschaft von Außen unmittelbar beherrscht —, nicht aber Unterorbnung unter einen Bundesstaat 8). Ausbrücklich bemerkt er barum auch in Hindlid auf bas Deutsche Reich : "In keinem Sinne und in keiner Wendung steht nach bem positiven Rechte Deutschlands irgend einem Einzelstaate die Souveranitat zu. Damit ist ent= schieden, daß die Einzelstaaten, gemessen am Einbeitsstaate, Staaten nicht sind " 1). Tropbem finden wir aber auch bei ihm den Begriff des Bundes- und damit des Glied- und Teilstaates. Also bedarf auch diese Theorie näherer Nachprüfung.

§ 27. Die Bundesttaatstheorie Rorns. Die Theorie, daß es ein Grundirrtum sei, von der Prämisse "ohne Bollsouveränität kein Staat" aus zu behaupten, eine Staaten= verbindung, die nicht Staatenbund b. h. völkerrechtliches Bertragsverhältnis fei, muffe Einheits= ftaat sein, vertritt Rorn und zwar mit fortwährend wachsendem Ersolge 5). Nach ihm gibt es noch ein brittes, ben Bundesftaat. Um bie Borte Born & 6) gu gebrauchen, fo ift ber Bundes-

¹⁾ Hiezu zählen v. Miller in der Kritischen Vierteljahrsschrift für Gesetzgebung und Rechtswissenschaft 1882 (Bb. 24) S. 593, Viloth, Berfassungsurkunde des Königreichs Bahern, München 1895 S. 3 und besonders Grahmann, Archiv für össentliches Recht Bd. XI (1896) S. 329 und Annalen des deutschen Keiches 1898 S. 745; serner Günde be. Hundesseldberrnsamt und Militärhoheit nach deutschem Staatsrechte, ebenda 1899 S. 145. Sin weiterer Anshänger war ich (Annalen des Deutschen Reiches 1885 S. 66 ss.). Glücklich, mich einen Schller d. Seydels nennen zu dürsen, mußte ich doch dereits Frühjahr 1890 die Ansicht des Lehrers verlassen.

2) Laband Bd. I S. 58; Georg Meher S. 5.

3) A. a. a. D. S. 118 und 801; vergl. oben S. 60 R. 4.

5) Seine Anhänger, wenn auch mit Abweichungen, sind Bake, Beschouwingen over den Statendond en den Bondsstaat, Ansferdam 1881; Borel, Etude sur la souveraineté et l'état fédératif, Bern 1886; Le Fur a. a. D. S. 601 und 609; Bansian dem S. 119 R. 1 gen. Ort; Combothe cra a. a. O. S. 188 ss.

6) A. a. O. 8b. I S. 68.

staat eine bestimmte, vom Staatenbund verschiebene "Form der Staatenverbindung", die unsentbehrlich ist, um eine bestimmte Form der Staatenverbindung gegenüber dem einfachen Bundesstaate zu charakterisieren.

Allein, wenn wir nach dem Beweise für diese Behauptung fragen, so ergibt sich sofort, daß Jorn, ebenso wie seine Anhänger, in ihrem Bundesstaate thatsächlich nicht sowohl eine bestimmte Form der Staatenverdindung als eine solche des Einheitsstaates konstruieren. Jorn sagt, wie eben bemerkt, gleich selbst, man brauche diesen Begriff lediglich dazu, um eine bestimmte Staatenverdindung gegenüber dem "e in fachen Einheitsstaat" zu charakterisieren. Er läßt also die Möglicheit, daß sein Bundesstaat ein qualifizierter Einheitsstaat ist. Und im weiteren Berlause gibt er ausdrücklich zu, "man könne sich allerdings darüber keiner Täuschung hingeben, daß in Bezug auf den Kernpunkt des Staatsbegriffes, die Souveränität, ein grundsählicher Unterschied zwischen Bundesstaat und Einheitsstaat nicht bestehe" (S. 87). Somit kann eigentlich, müssen wir sagen, dieser Bundesstaat in Wirklichkeit nichts anderes sein Einheitsstaat. Und Jorn charakterisiert ihn auch als eine einheitliche Personlichkeit mit einer einheitlichen souveränen Staatsgewalt (S. 70). Hierunter kann bei der Grundaussallung Jorns, daß Souveränität für den Staatsbegriff wesenklich sei, doch nur die Staatsgewalt eines Einheits, nicht die eines aus Staaten zusammengesetzen Staates gemeint sein.

Dagegen läßt sich selbstverständlich nichts einwenden, daß man dann sagt, der sogenannte Bundesstaat ist vom einsachen Einheitsstaat verschieden, ein qualifizierter Einheitsstaat, ein Einheitsstaat "mit einem föderativ organisierten Träger der Staatsgewalt"). Gewiß begegnen verschiedene Organisationssormen des Einheitsstaates. Die Organisation desselben kann derzenigen eines zusammengesetten Staates nachgebildet sein und zwar entweder mehr so, daß eine Provinz allein die Staatsgewalt führt, also mehr hegemonisch oder nach Art des Suzeränitätsverhältnisses, oder so, daß die einzelnen autonomen Provinzen alle gleichmäßig an der Willensbildung des Staates teil haben, somit in söderativer Weise. Demgemäß werden, wenn man beim Bundesstaate für die Alternative Einheitsstaat optiert, in dieser Weise Unterschiede in der Organisation des Einheitsstaates zu machen sein. Aber das scheint uns unzutressen, wie Born es im Verlause seiner weiteren Darstellung thut, zu behaupten, durch diese söderative Organisation des Trägers der Staatsgewalt werde "ein fundament au entaler Gegensatzum Einheitsstaate" geschaffen.

Born verläßt bamit feine ursprungliche Bahn. Bloglich feben wir einen Bundesftaat, als eine aus Staaten bestehende "Staatenverbindung" vor uns. Wie verträgt sich bas mit ber Grundanschauung , daß die Souveranität für den Staatsbegriff wesentlich sei , und mit bem Sabe, daß in Bezug auf den Rernpunkt des Staatsbeariffes, die Souveranität, zwischen Bundesund Einheitsstaat ein grundsätlicher Unterschied nicht bestehe? Wie kann dieser Bundesstaat in Bezug auf die Souveranitat "grundfaplich" basfelbe fein, wie ein Ginheitsstaat, und anderfeits boch "fundamental" b. h. wieber grunbfatlich bavon verschieben? Wie fann bie Ab= weichung in ber Organisation lediglich bes Er a g er & ber Staatsgewalt gegenüber bem einfachen Bundesftaat ben Staatscharafter biefes Bunbesftaates felbft andern? Durch bie Dr= ganisation bes Tragers ber Staatsgewalt wird boch bas Subjekt berselben, wie Rorn fich ausbrudt, ber Inhaber ber Souveranität nicht geandert! Und als Inhaber bieser Souveranität erklart Born boch felbst bie Ibealpersonlichfeit bes Staates (S. 89). Born fagt alfo, ber Bunbesstaat ift ein Staat, wird aber burch seine Organisation eine Staatenverbindung. Bliebe er in feinem ursprünglichen Gebankengang, so konnte er höchstens erklären: gegenüber bem einfachen Einheitsstaate, aber nicht gegenüber bem Einheitsstaate wird burch biefe foberative Organisation bes Tragers ber Staatsgewalt ein grundsablicher Unterschied geschaffen.

¹⁾ S. 72 N. 33, S. 87.

Es liegt nabe, daß Korn der Beweis für seine viel weitergebende Bebauptung schwer fallt. Buerft bemertt Born : "Die Souveranitat bes Bunbesstaates ift burch bie Ueber = tragung ber Souveranitat ber Einzelstaaten auf bie Gefammtheit entstanden" (S. 89), woraus boch folgt, bag biefe Ginzelftaaten auf ihre Souveranitat "verzichtet" (S. 71) und bamit ihre Staatsperfonlichkeit aufgegeben haben, und ebenfo fagt er bann : "Träger ber Souveränität ift die durch die Errichtung der Zentralgewalt geschaffene Einheit berjenigen Fattoren, welche bis babin Trager ber Lanbessouveranitat waren"; "Trager ber Reichssouveranitat ift bie Besammtheit ber früheren Trager ber Lanbessouveranitaten" (S. 90). 3m Berlauf ber weiteren Darstellung aber erscheinen bie Staaten, die auf ihre Souveranität "verzichtet" haben, ploglich wieber als "bestehende Staaten". Liegen nicht die schärfften Wiberspruche vor, so muffen dies andere Staaten sein, als die, zu beren Begriffsmerkmalen Boll= souveranitat gehort. Denn zu biefer gehort, wie Born bie Souveranitat S. 65 befiniert, eine Gewalt, über welcher eine andere höhere Gewalt nicht fteben kann. M. a. 28.: Wie bas Wort Bunbesstaat von Rorn zuerst in einem anderen als bem berkommlichen Sinne. b. b. nicht als Bezeichnung für einen zusammengesetzen, sonbern als Bezeichnung für einen qualifizierten Einheitsstaat verwendet wird, so gebraucht er jest das Wort souveran und das Wort Staat in einem anderen Sinne, als er es zuerst that. Born kennt nunmehr andere Staaten, als folde, für welche volle Souveranität erforderlich ift, tropbem er am Anfang erklart, es fei begrifflich unmöglich, daß die Souveranität geteilt werde (S. 63). An fich mußte Born die bisherigen, in den sog. Bundesstaat eingetretenen Staaten Brovinzen nennen und für Brovinzen erklären. Die konsequenten Berfechter seiner grundsätzlichen Theorie thun bies auch. Sie sprechen biesen Staaten bie Staatsnatur ab 1). Ihr Schöpfer und Urheber bagegen fagt, bie Gliebstaaten seien nicht blos autonome Provinzen bes Reiches, ba fie Trager bes Staats= willens bes Reiches seien (S. 192), sondern sie hatten beswegen Staatscharafter; "fie haben ibren Staatscharafter im Reich und haben feinen anderen Staatscharafter als im Reich". Daß bies aber ein anderer Staatsbegriff ist, als ber, welchen Rorn vorher aufstellt, wo es heißt: "Souveranität ift bas erfte und oberfte Mertmal bes Staates" (S. 63), erflart Born fofort selbst, wenn er fagt, die Gliebstaaten seien zwar Staaten, aber ebensowenig, wie die Territorien bes alten Reiches, Staaten im vollen Sinne bes Bortes, ba fie einer Souveranität unterthan find, die zwar durch fie bargeftellt wird, die aber bem einzelnen Gliebstaat gegenüber unbeschränkt herrschenbe Staatsgewalt ift" 2) 3).

Ueberbliden wir die Ausführungen Borns, fo beweisen fie für unsere Anschauungen mehr, als wir hier von ihnen verlangten. hier handelt es sich nur barum, nachzuweisen, daß, wenn volle Souveranitat zum Befen des Staates gehört, lediglich die Alternative völler-

¹⁾ So sagt Combothera, La conception juridique de l'État S. 139: en réalité l'état fédératif est l'état unitaire, dont les diverses subdivisions territoriales ont une très large autonomie pouvant varier dans son étendue. Die Unterabteilungen hießen nur mißbräuchlich Staaten (S. 149, 158). Leiber nennt C. trozdem den Bundesstaat nicht gleich Einheitsstaat. Im Einheitsstaat hätte sich der Staat mehr Rechte vorbehalten. Das sollte heißen: im einsachen Einheitsstaat. Konsequenter ist Bansi, Die Gebietshoheit als ein staatsrechtlicher Begriff durchgesührt, in den Annalen des Deutschen Reiches 1898, der S. 682 sagt: "Deshald ist nur das Reich ein Staat, diese sliebstaaten) sind es nicht" und daran R. 12 ansägt: "Der Jurist muß mit klaren Begriffen operieren. Unklar wäre der Begriff "Staat" aber, wenn man darunter unterschehslos zwei so verschiedene Gebilde, wie Reich und Glied, begreisen wollte". — Bom politischen Standpunkt kommt zum gleichen Kesultat v. Treitsche, Politik Bb. II S. 322 sin, aber das Deutsche Keich rechnet er nicht hieher wegen der Degemonie Breußens. In unserer Terminologie ist das Deutsche Keich nach Treitsche der Kame Breußens und seiner Rebenländer, das "verlängerte Preußen" (Bd. I S. 39 sin, Bd. II S. 339, 344, 345).

2) Auch später im Gesandschaftsrecht unterscheidet Jorn "souveräne" (S. 415) und "sog. halbsouveräne Staaten" (S. 416).

fouverane Staaten" (S. 416).

3) Bergl. auch die gegen Zorn gerichteten Bemerkungen von Brie, Theorie der Staaten-verbindungen S. CXII N. 5 und v. Seybels, Kommentar S. 26.

rechtliches Bertragsverhältnis ober Einheitsstaat möglich ist. Aus Born's Darlegungen folgt nicht nur dies, sondern sie ergeben auch die Unhaltbarkeit der Anschauung, daß volle Souve-ränität ein notwendiges Element des Staatsbegriffes sei. Born selbst unterscheidet dem Ergebniß nach Staaten im vollen und im unvollkommenen Sinne.

§ 28. Die Theorie Sanels und Genoffen. Wir geben zu der anderen Theorie über, b. h. au berjenigen, welche bie Alternative völkerrechtlicher Bertrag zwischen Staaten ober Einheitsstaat grunbfäplich anerkennt, aber tropbem ben Bundesstaatsbegriff beibehalt. Dieselbe gibt zu, daß es von dem Standpunkte aus, daß volle Souveränität zum Staatsbegriffe gehöre, nur bie Bahl zwischen Gesellschaftsverhältnis zwischen Staaten ober Einheitsstaat geben konne, meint aber tropbem, ben Bundesftaat nicht als bezentralifierten Ginheitsftaat bezeichnen und die Glieber besselben nicht zu Provinzen herabbruden zu mussen. Sie trifft in dieser Richtung mit H ä n e l zusammen, welcher zu dem gleichen Ergebnis von anderem Standpuntte aus gelangt. Hänel verlangt zum Staatsbegriffe, wie wir gesehen haben, nicht volle Souveranität, sondern nur Souveranitat nach Innen, b. b. ausschließliche unmittelbare Berrschaftsbefugnis über bie Unterthanen. Diese sehlt auch nach Hänel bem Gliebstaate im Bundesstaate; tropbem behält er ben Begriff Bundesstaat bei und zwar thut er es mit berfelben Begrundung, wie die Bertreter diefer Anschauung, welche vom Begriffe ber Bollsouveränität ausgehen. Ja, seine Theorie geht berjenigen ber Bertreter ber anberen Richtung — es find bies Gierke, Bornhak und Otto Maper — zeitlich voraus. Wir nennen biese Theorie baber bie Sanel's, ohne uns jeboch in ben nachstehenden Ausführungen zunächst auf Hänel zu beschränten. Rur die Stellung Giertes zu unserer Frage bleibt bis zum Schlusse bes Paragraphen zurückgestellt.

Der Kern der Theorie Hänels ist dieser. Der Bundesstaat ist ein föberativ versaßter Einheitsstaat und zwar besteht die föberative Versassung desselben darin, daß die eine Staatsgewalt zwischen Zentral= und Gliedgewalt geteilt ist. Weil dies der Fall ist, ist nicht nur die Zentral=, sondern auch die Gliedgewalt Staatsgewalt.).

Die Theorie hat, wie sofort zu ersehen, Aehnlichkeit mit berjenigen gorns. Beil die Bundesglieder an der Zentralgewalt beteiligt sind, wird ihnen Staatsnatur zugesprochen. Der Unterschied besteht lediglich darin: während Zorn eine unverteilte Staatsgewalt in dem föderativ organisierten Einheitsstaate annimmt, deren Trägerschaft der Gesammtheit der Verbundeten zussteht, und das einzelne Bundesglied Staat nur nennt, weil es Mitträger dieser Reichssouveränität ist, nimmt diese andere Theorie eine Verteilung der einheitlichen Staatsgewalt zwischen der Gesammtheit und den einzelnen Bundesgliedern an. Die einzelnen Bundesglieder sind nicht

¹⁾ Am klarsten tritt die Theorie bei Born hal, Allgemeine Staatslehre hervor. Dieser unterscheibet zunächst die Protektoratsverhältnisse gegeben, durch welches der beschützte Protektoraten sei ein völkerrechtliches Bertragsverhältnis gegeben, durch welches der beschützte Staat seine Souderänitätsrechte rechtlich weder ganz noch tellweise verliere (S. 214, 215). Dem gegenüber seien die zwei Protektorate, welche in diesem Jahrhundert über Krakau und die jonischen Inseln desstanden hätten, keine Protektorate gewesen, sondern Krakau sei ein Kondominat der drei Mächte, das Gebiet der jonischen Inseln den Bestig der dritischen Krakau und die jonischen Inseln der Gebiete als Staat habe auf Irrtum beruht, es habe sich nur um Gebiete mit kommunaler Autonomie gehandelt (S. 217). Beim Suzerämitätsverhältnis der türklichen Staaten dann nimmt B. bereits eine Spaltung der an sich einheitlichen Staatsgewalt unter verschiedene Träger an (S. 219). Schuhmacht und Basallenstaat ständen zu einander in einem staatsz, nicht in einem völkerrechtlichen Verhältnis. Den Staat an sich dilbe weder die Schuhmacht noch der Basallenstaat, da beiden die ihm wesenkliche unadhängige und unbeschänktaer Herchaltbare, da die Unadhängigkeit der Herczisches in ihrer Vereigieden unadhängige und unbeschänktate Errichaft baere Megriss der Wertzischen Begriss der Unabschängige und unbeschänktere Herczischen Bestaatssecht Bestunden Rechtssubjekten zustehe (S. 219). Und in gleicher Beise wird dann das Wesen des Bundesstaates erklärt. Die eine Staatsgewalt sei unter verschiedene Träger gesspalten (S. 246). So dann auch Händ. Sie eine Staatssecht Bb. I S. 206; der sels be, Studien zum beutschen Staatsrecht Bb. I (Leipzig 1878) S. 63 fl. und dazu v. Send el, Kommentar S. 7, Las dand der Staatssechte Bb. I (Beitzig 1878) S. 63 fl. und dazu v. Send el, Kommentar S. 7, Las dand der Staatssechte Bb. I (Beitzig 1878) S. 63 fl. und dazu v. Send el, Kommentar S. 7, Las

blos Mittrager ber Reichsgewalt, sonbern biese Reichsgewalt ift zwischen ber Gesammtheit und ben einzelnen Bunbesgliebern geteilt und barum find lettere auch Staaten.

Allein auch hier fragen wir sofort, wie kann baraus, daß die Bundesglieder einen Anteil an ber vorhandenen einen Staatsgewalt haben, fich bie Berechtigung ergeben, fie Staaten zu nennen. Dies wäre boch nur dann möglich, wenn burch Berteilung der einen Staatsgewalt an mehrere Rechtssubjekte eine Mehrheit von Staaten entstünde. Aber die Theorie sagt boch felbst, bag bie beiben Gewalten fich nur verhalten, wie bie beiben fich erganzenben Sälften eines Staatswesens 1). Es kann also boch nur ein besonders organisierter Einbeitsstaat und kein Bundesftaat angenommen werben, ober, bezeichnet man ben Einheitsstaat wegen bieser besonderen Organisation als Bundesstaat, dann hat man eben die Worte Bundesstaat und Einzelstaat und bamit bas Bort Staat in einem anderen als bem geläufigen Sinne gebraucht: zur Bezeichnung einer Berfaffungsform, gur Bezeichnung nicht von Staaten, fonbern von Staatsorganen, verschieben gestalteten Tragern ber Staatsgewalt. Und in ber That ift bies ber Fall. Rum Teil wird es von den Bertretern dieser Theorie ausdrücklich erklärt, so von Bornhat, wenn er fagt, beim Souveranitätsverhaltnis und beim Bunbesstaat "stehe bie eine unteilbare Souveranität verschiebenen Rechtssubjetten zu, bie, weil fie wesentliche Befugniffe ber ftaatlichen Herrichaft besitzen, beibe als Staaten bezeichnet werben, obwohl nur beibe in ihrer Bereinigung ber Staat find" 3). Bum Teil folgt es aber baraus, bag andere Bertreter biefer Theorie, trop= bem fie beibe Bewalten nur für bie Salften ein und besfelben Staatsmefens erflaren, behaupten, Rentralgewalt und Gliebstaat ftunben fich als verschiebene Staaten, als zwei Staaten gegenüber und zwar als folche, welche fich zu einander im Berhältnis der Ueber- und Unterordnung befanden 8). Es ware dies nicht benkbar, wenn das Wort Staat nicht beibe Male in verschiebenem Sinne gemeint ware, einmal für Staatswesen und einmal für Träger ber Staatsgewalt 4).

Wir werden von unserer bisher gebrauchten Terminologie aus sagen, die ganze Unklarheit ware hintangehalten und bie rechtliche Natur biefes fogenannten Bunbesftaates als Ginbeitsftaat würde scharf hervortreten, wenn biese Theorie vermieden hatte, ba, wo fie nur eine Berteilung ber einen Staatsgewalt unter verschiebene Trager annimmt, diese verschiebenen Trager auch als Staaten zu bezeichnen, und fich barauf beschränkt batte, bieselben nur als Staatsgewalten zu benennen. Wir tonnen nur bann teinen Tabel erheben, wenn fich etwa aus bem positiven Rechte entnehmen lagt, bag auch bieses von Bunbesftaat und Staaten spricht, wo nur verschiebene Träger einer und berselben Staatsgewalt vorhanden find.

Bon dieser Auffassung sind die Bertreter unserer Theorie in der That ausgegangen. Sie seben in ber Berfaffung ber Bereinigten Staaten von Nordamerika biese ihre Theorie verwirklicht 5). Das "Bolt ber Bereinigten Staaten", welches die Berfassung erlassen hat, erscheint ihnen als das Subjekt einer einheitlichen Staatsgewalt, beren Träger teils die Unionsregierung, teils die einzelnen Staatsregierungen find. Allein seben wir naber zu, so ift es nicht sowohl bie Ausbrudsweise bes positiven ameritanischen Staatsrechtes, als vielmehr die Sprace einstmals in Amerika vertretener politischer Theorien, auf welche sich diese Anschauung gründen läßt.

Die Nordamerikanische Bundesverfassung unterscheibet in dem betreffenden Amendements=

¹⁾ Han el, Staatsrecht S. 206.
2) S. 219; s. auch S. 246: "Bohl ist eine Spaltung der Staatsgewalt unter verschiedene Träger möglich, die man beide als Staaten bezeichnet, die aber erst in ihrer Berbindung der Staat an sich und Inhaber der staatslichen Souveräntität sind".
3) So Hanel, S. 206, 804, 805 und Otto Maner Bb. II 462—70; vergl. unten S. 125.
4) So nennt Otto Maner das Reich S: 466 und 470 "Staat" im Sinne von Gemeinswesen; S. 463, wo er sagt: "die in jedem deutschen Land bestehende Staatsgewalt ist zwischen Reich und Gliebstaat verteilt", im Sinne von Träger der Staatsgewalt: es besteht ein "Gemeinschaftsverstältnis zweier Rechtssubjekte als Träger einer und berselben Staatsgewalt".
5) Otto Maner, Bb. II S. 464 N. 18.

artikel 10 scharf zwischen delegated und reserved powers. Artikel 10 ber vom ersten Rongreß ber Union angenommenen Amendements ber Bundesverfaffung von 1787 fagt: the powers not delegated to the United States by te Constitution nor prohibited by it to the States, are reserved to the States respectively, or to the people. Die Gewalten, welche ben "Bereinigten Staaten" zustehen, find übertragen, die ber ameritanischen Ginzels staaten vorbehalten. Diese Worte maren an sich auch babin auszulegen, bag beibe, Ginzelund Bereinigte Staaten, eigene Rechte haben, die Ginzelftaaten ursprunglich erworbene, bie Bereinigten von der Bereinigung der Ginzelftaaten übertragene. Es ware also unter ben United States in Artitel 10 wirklich ein Staatswefen zu verstehen. Allein, ba es heißt, die Rechte, welche von ber Berfaffung nicht ben Bereinigten Staaten übertragen feien, find ben bezüglichen Einzelftaaten ober bem Bolle referviert, fo konnen unter ben United States nicht die Bereinigten Staaten als folche, bas staatlich geeinte Boll, sonbern nur bie Organe ber United States verstanden sein, benn fonft mare bie noch geschende besondere Bervorbebung bes people unerflärlich.

Und das ergibt auch der Wortlaut der Berfassung, denn nicht den United States, sondern ben Organen berselben werben in ben einzelnen Artikeln bie verschiebenen Staatsgewalten übertragen. Ganz gleichmäßig heißt es z. B. in Artifel 1: All legislative power herein granted shall be vested in a Congress of the United States, und in Artifel 2: The executive power shall be vested in a president of the United States of America unb in Artitel 3: the judicial power of the United States shall be vested in one Supreme Court. Unb bazu gibt noch die nähere Erklärung Artikel 9 der Amendements: The enumeration in the Constitution of certain rights, shall not be construed to deny or disparage others restrained by the people. Das zeigt, das unter bem people gemeint ift das people of the United States. In der That stellen also die United States im Gegensatz zum people of United States nur ein Organ dieses people dar.

Anders bagegen liegt es mit den States. Diese find nicht Organe des people of United States. Ihnen find Rechte vom people nicht übertragen, sondern vor- und zurückehalten. Es ift bamit barauf hingewiesen, daß die Rechte der States älter find, als die des amerita= nischen Gesammtvolles selbst, unabhängig von biesem entstanden. Also find bie States auch wirklich felbständige Staatswefen.

Wenn trop der scharfen Unterscheidung von delegated und reserved powers die Staaten ben Unionsorganen gleichgestellt werben konnten, so erklärt sich dies aus der Sprache der politischen Theorie vor Erlaß der nordamerikanischen Erlassung von 1787. Es ist der Federalist. also jenes Werk, burch welches Al. Hamilton, J. Madison und J. Jan 1787 und 1788 ben Entwurf diefer bundesstaatlichen Berfassung politisch rechtfertigten1), worin fortwährend federal oder national government und State Governments als Schlagwörter einander gegenübergestellt werden 2). Bon diesen Schlagwörtern aus konnte man zu der Behauptung gelangen, daß mit State governments ebenso wie mit federal government nur eine bestimmte Dr= ganisation des Einheitsstaates der Union gemeint sei. Die Konstruktion wäre dann diese: wir hätten es bei ben Bereinigten Staaten nicht mit einem Bunbesstaat als einem zusammengesetten Staat, sonbern nur mit einem Einheitsstaat zu thun, bessen Regierungsform berjenigen eines Bundesstaates nachgeahmt wäre. Wan übersah dabei, daß die gleiche thatsächliche Abhangigkeit, in welcher sich die Staaten und die Unionsorgane gegenüber dem Bolle befinden, nicht

¹⁾ Bergl. Brie, Geschichte S. 96 N. 9; Hänel, Staatsrecht S. 196 N. 8; Preuß, S. 19; Gg. Meher S. 85 N. 2.
2) Bergl. Mabison im Feberalist N. 46: The federal and State governments are in fact but different agents and trustees of the people, constitued with different powers, and designed for different purposes.

auch eine gleiche juriftische Stellung beiber zum Bolle bebingen. Bom juriftischen Standpuntte aus ift vielmehr mit Benutyung biefer Schlagworte zu fagen : in ben Bereinigten Staaten haben wir ein national government, b. h. bie Gesammtheit ber ameritanischen Attivburger, bas Bolt, ist Träger ber bundesstaatlichen Gewalt, und bann haben wir ein foderal governmont, b. b. eine Reibe von unmittelbar ober mittelbar burch bie Staaten gebilbeten, oberften Ausübern ber bundesstaatlichen Gewalt, Rongreß, Prafibent, oberften Gerichtshof. Und bazu tommen bann die State governments, das find die den Gesammtstaat bilbenden Einzelstaaten. Es ist somit burd bas ameritanische Staatsrecht nicht gerechtfertigt, bas Wort Bunbesftagt auf einen bunbesftaatabnlich organisierten Ginbeitsstaat zu übertragen. Will man es thun, so bat man jedenfalls für die Glieder dieses Einheitsstaates, welche an der Organbilbung des Staates beteiligt find, die Bezeichnung Glieb- und Teilftaat und für fie und ben Staat, ber aus ihnen besteht, die Bezeichnung Bundesstaat zu vermeiben.

Aber wie febr bie politischen Begriffe bazu verführen, rechtlich gebraucht zu werben, bas zeigt uns eine erft vor turgem erschienene Arbeit eines Umeritaners, Fist, über "Stimmrecht und Einzelstaat in den Bereinigten Staaten von Nordamerika"1). Dieselbe gibt die Auffaffung bes größten Teils ameritanifder Staatsrechtslehrer wieber 2), wenn fie beguglich ber Ronstruktion bes amerikanischen Staatswesens sagt: Weber bie Rentralgewalt noch bie staatlichen Gemalten allein bilben ein felbständiges souveranes Staatswesen, sondern nur durch die zwei Elemente zusammen tritt bas souverane Gemeinwesen in Erscheinung, benn die Regierung ber Bereinigten Staaten wird nicht durch die Bentralorgane gebilbet, fondern durch biefe und bie staatlichen Organe gusammen; die einen verdanken nicht ben anderen ihre Erifteng, sondern sie verbanken alle ihre Eristenz einem böheren Faktor, ber sie allein schuf und ber als ihr alleiniger Schöpfer notwendigerweise allein b. h. ausschließlich und souveran berricht, (fo bag er alfo einbeitlich ift) und ohne ben fie in ihren jetigen Formen nicht existieren konnten Diesen einheitlichen souveranen Fattor bilbet bas Bolt ber Bereinigten Staaten in seiner Eigenschaft als ein einheitliches, juriftisches Bolt bezw. Staatswesen" (D. 57 und 58)8).

Freilich tritt im Berlaufe ber Darftellung auch bei ben amerikanischen Schriftstellern die rechtliche Berschiebenheit ber Stellung ber Unionsregierung und ber Staaten bervor, b. h. es macht fich ber Gegenfat von delegated und retained geltend. So fagt Fist: "Aber biefes Staatswesen, die Bereinigten Staaten", das er zuerst als ein einheitliches Staatswesen mit boppelten Organen, Unions= und Staatenorganen, bezeichnet hat, "bilbet keinen Ginheitsftaat, sondern ein dualistisches Staatswesen" (S. 59). "Das Bolk läßt seine staatlichen Funktionen burch ein bualiftisches Spftem ausüben" (S. 60). "Die Einzelftaaten find fog. Gliebstaaten eines sog. Bundesstaates und die Rentralregierung bilbet den sog. Bundesstaat" (S. 62). Allein biefe zweite Ausführung wirb nicht mit ber gleichen Scharfe vorgetragen, wie bie erste, und so bleibt beim fremdlanbischen Leser mehr ber Eindruck ber erften als bes Grundgebankens haften. Dieser geht aber bahin: Weber die Bentralorgane noch die "Staaten" d. h. Staatenorgane,

¹⁾ In Jellinek und Gg. Meher's Staats= und völkerrechtliche Abhandlungen Bb. I Heft 4, Leipzig 1896.

2) Bergl. 3. B. Foster, Commentaries on the Constitution of the United States Bb. I (London 1896) S. 296 und 270: There are certain powers which are the usual attributes of (Edition 1000) S. 200 und 210; there are certain powers which are the usual attributes of sovereignty and these are apportioned between the United States and their component members. The ultimate right of sovereignty . . . rests in the people . . . " und die deschit S. 270 N. 6 und 8 Zitierten. Bon Deutschen solls Shitef, Verfassung der Nordamerikanischen Union im Archiv für deschiteß Recht Bb. II S. 100 st. Durges. Bb. 1 S. 57, Bb. 2 S. 5, 6, 28 macht die Lehre zu einer solchen des allgemeinen Staatsrechts überhaupt.

3) Bergl. auch die von Fis? S. 68 N. 148 zitierte Stelle aus S to r h, Commentaries on the Constitution of the United States 5. Aust. 1891, § 1789 Note a: "The sovereign power resides in people. The exercise of sovereign power has been given in part to the federal government.

in people. The exercise of sovereign power has been given in part to the federal government, and in part retained for the States. Treitscht, wenn er behauptet, sie hatten vertannt, daß die Souveranität beim Bolle liegt (Politit Bb. II S. 322).

weber das federal noch die State governments sind souveran; souveran ist allein das Bolt 1).

Dieser Gebanke ist es, welcher von den Vertretern der Hänel'schen Theorie aufgenommen wird. Er wird auf europäische Verhältnisse übertragen. Freilich unter wesentlicher Umwandes lung. Dort handelt es sich um Teilung einer Staatsorganssouveränität. Unionse und Staatsregierung haben nur delegierte Stücke einer einheitlichen Gewalt eines anderen Staatsorgans, des Trägers der Staatsgewalt, des amerikanischen Gesammtvolkes. Hier handelt es sich um Teilung einer Staatssouveränität, also eines Rechtes des Staates selbst, des Subjektes der Staatsgewalt. Einzels und Bundesstaatsgewalt erscheinen bei Hänel und Genossen als die zwei Stücke einer Staatsgewalt eines Staates. Jedenfalls ergibt sich hieraus, daß, will man klar sein, nicht von Bundesstaat im Sinne eines zusammengesetzen Staates und nicht von Glieds und Teilstaat gesprochen werden darf.

Allein, kann die Beibehaltung des Begriffes Bundesstaat und der Begriffe Teil- und 'Sliebstaat nicht barauf gegründet werden, worauf sie gegründet werden wollte, auf bas amerika nische Staatsrecht, so ist sie beshalb von unserem Standpunkte aus noch nicht versehlt. In ihr fommt zum Ausdruck, daß fich der Sats: zum Staatsbegriffe gehört volle Souveränität, gegenüber ber Empirie nicht bewahren läßt. Stillschweigend und zum Teil unbewußt geben alle Bertreter dieser Theorie ihre Staatsdefinition auf und unterscheiden vollsouveräne und teilweise ober nicht souverane Staaten. Es begegnet uns also bas Gleiche, wie bei 2 orn, welcher schließ. lich auch bei souveränen und bei halbsouveränen Staaten anlangt *). Während die Schriftsteller ber Theorie Hänels sonst nur einen Staatsbegriff tennen, begegnet uns in ihrer Lehre von ben Staatenverbindungen plöklich ein "Staat an fich", ein "Staat fchlechthin"8), eine volle "Staat&gewalt" 4). Bas lann ber Gegenfaß hiezu anbers fein, als ber Staat ber Kraxis, ber Empirie, ber Staat, wie er ift, ber Staat mit halber Souveranitat? Den Staat, wie er ift, und nicht ben Staat ber Ibee hat die allgemeine Staatsrechtslehre zu Grund zu legen. Unwillfürlich geschieht bies hier auch bei ber Lehre von ben Staatenverbindungen. Man geht bavon aus, baß eine Mehrheit von Staaten in ber Berbindung vorhanden ift, und nur, um die ursprüngliche Definition aufrechtzuerhalten, wird bann, was empirisch Staatenverbindung ift, noch kunftlich in das Profrustesbett des Staates an sich gespannt. Freilich gelingt dies nur unzureichend, denn tbatsächlich handelt es fich nicht um Mitträger der einen objektiven Staatsgewalt, sondern um verschiebene objektive Staatsgewalten, eine höhere und eine niebrigere, ein Widerspruch, welcher

natürlich auch in allen Ausführungen ber Bertreter biefer Theorie hervortritt.

Eine turze Wiedergabe derselben läht alles Gesaate erseben. So äuhert Bornbak bei ber Zeststellung bes Staatsbegriffes, ohne beizufügen, baß er nur ben Staat im absoluten Sinne befiniere, in ber von jeder höheren irbischen Wewalt unabhängigen Herrschaft liege ber Unterschieb bes Staates von jeder anderen Rechtsgemeinschaft, insbesondere vom Rommunalverbande (S. 10). Bei ber Lehre von den Staatenverbindungen bagegen lernen wir plötzlich abhängige Staaten kennen. Bei ber Suzeränität gibt es einen "abhängigen Staat" und eine Schuhmacht (S. 219). Beibe werben als verschiedene Staaten einander gegenübergestellt und Staaten genannt, um ebenso plöglich ber Wendung zu weichen: "ben Staat an sich bilbet weber die Schuhmacht noch der Basallenstaat, sondern erst beibe in ihrer Bereinigung 1)"; es liege eine Spaltung der an fic einbeitlichen Staatsgewalt unter mebrere Träger vor. Bir leben also, es laufen zwei Staats= beariffe neben einanber ber : ber ursprünalich aufgestellte wird aus einem relativen. empirischen u einem rein theoretisch-vhilosophischen. Tropbem wird aber von einer "Staatenverbindung". als einem "Berhältniffe eines Staates zu einem anderen" gesprochen (S. 213). Ebenso wie das Suzerānitātsverhāltnis wird das Bundesstaatsverhāltnis ertlārt. Auch hier sei eine Spaltung ber einen Staatsgewalt unter mehrere Träger gegeben, die erft in ihrer Verbindung ber Staat an sich seien. Es läge somit auch hier ein Einheitsstaat vor. Und doch wird auch der Bundesstaat eine Staatenverbindung genannt und zwar im Gegensatzum Suzeränitätsver= hältnis als einem einseitigen Abhängigkeitsverhältnis unter die Staatenbunde eingereiht. D. a. 28. : es begegnen auch hier zwei Staatsbegriffe : ber zuerft als empirischer Begriff erscheinenbe Staatsbegriff wird zum abstratten umgestempelt und ihm ein empirischer zur Seite gestellt. Für die allgemeine Staatslehre als empirische Wissenschaft kann es nur einen Staatsbegriff geben. Er muß eben nach bem Minimum ber zu stellenden Anforderungen formuliert werden.

Rum gleichen Ergebnis geleitet uns Otto Wayer. Nach ihm besteht in jedem deutschen Lande eine "Staatsgewalt" und zwar eine volle 2). Aus dem "voll" ergibt sich, daß Staatsge= walt im objektiven, nicht im subjektiven Sinne gemeint ist. Diese volle objektive Staatsge= walt ist zwischen Reich und Land geteilt.). Also existiert hiernach keine Staatsgewalt eines Staates, ber bas ganze Reichsgebiet umfaßt, sondern lediglich eine Reihe von Landesstaatsge= walten ber einzelnen Lander. Rur bie Rechtssubjette, welche gemeinsame Trager einer und berfelben Staatsgewalt find, bafieren auf verschiebenem Gebiete, der Gliedstaat auf dem Lande, bas Reich auf bem Reichsgebiete. Das Reich selbst tann aber tein Staat sein, benn ein Staat ohne Staatsgewalt ist nicht benkbar, und die Reichsgewalt ist ja nur ein Anteil an der preußischen, bayerischen, sächsischen 2c. Staatsgewalt. Es gibt nur Gewalten beutscher Einzels staaten, die selbstständig neben einander stehen. Gliedstaaten sind sie nicht, denn ein höheres Gemeinwesen steht nicht über ihnen, da die Reichsgewalt nur ein Anteil an der Landesgewalt ift. Allein nichtsbestoweniger wird das Reich auch selbst Staat genannt, ein Gesammtstaat, ber Bliebstaaten umfaßt, ohne sie selbst als Staaten aufzuheben (S. 462, 466), ein verfassungs= rechtlicher Berband, welcher die Gliebstaaten zu einem größeren Gemeinwesen verbindet. Also muß das Reich eigenes Gebiet und eigene Angehörige haben; benn ber Staat, also auch bas Reich, ift, wie Otto Mayer felbst sagt, Gebietskörperschaft. Es hat also auch eigene Herrschaftsrechte. Und nun wirkt biese Reichsgewalt gegenüber allen Gliedstaaten, nicht etwa blos gegenüber ben Gliebstaatsgewalten. Die Gliedstaaten sind ihr gegenüber gebunden (S. 469). Das kann boch nicht ber Hall sein, wenn die Reichsgewalt nur ein Anteil an der Lanbesstaatsgewalt wäre. Dann hätten wir nur eine Binbung einer Gewalt, d. h. eines Trägers burch ben Willen eines anberen. Fortwährend sagt Mayer aber, die Gliedstaaten, nicht blos die Gliebstaatsgewalten find gegenüber dem Reiche gebunden. Es wird demnach

¹⁾ Bergl. S. 121 N. 2.

²⁾ Bergl. S. 124 R. 4.

neben die eine Erklärung, daß wir es mit einer Teilung einer einheitlichen Staatsgewalt zu thun haben, die andere gesetzt, daß ein Verhältnis von Staat zu Staat vorliege. Das Reich ist nicht blos Träger einer Staatsgewalt, sondern selbst Staat, also Subjekt einer Gewalt. Nur damit wird die Echtheit dieses Staates und dieser Staatsgewalt geleugnet, daß man sagt, das Reich hat keine volle Staatsgewalt. Hat es aber keine volle Staatsgewalt, so hat es eben eine unvollkommene. Nachdem das Reich ein Staat ist, muß es doch eine Staatsgewalt besitzen. Und das Gleiche gilt für den Gliedstaat. Hieraus solgt: Auch Maher kann die Behauptung, daß der Staat, also jeder Staat die oberste juristische Person des öffentlichen Rechts ist (S.372), somit alle anderen derartigen juristischen Personen unter ihm stehen, nur aufrechterhalten, indem er bei der Lehre vom Bundesstaate plöhlich eine volle Staatsgewalt von einer anteilsweisen unterscheidet; m. a. W.: es wird der ursprüngliche Begriff des Staates aufgegeben und ein Staat im vollen Sinne des Bortes und ein unvollkommener Staat unterschieden. Dadurch, daß der unvollkommene Staat doch Staat genannt wird, ist aber anerkannt, daß zum empirischen Staatsbegriff volle Staatsgewalt nicht gehört.

Bas endlich Sanel angeht, fo läßt fich biefe Anertennung eines nicht vollfommenen, empirischen, Staatsbegriffes neben einem volltommenen, boltrinaren, aus feinen Ausführungen nicht nur berauslesen, sondern er selbst macht diese Unterscheidung. Er verwirft es nicht, wenn die beutsche Reichsverfassung die einzelnen Glieber des Reiches Bundesstaaten und Einzelstaaten nennt, obwohl er zugeben muß, gemessen am Einheitsstaate seien sie Leine Staaten, denn es fehle ihnen die Souveranitat (S. 802). Wenn Hanel bemgemaß bemerkt, es liege somit eine "Erweiterung" bes Staatsbegriffes vor und zwar eine, bie gerabe bas an erfter und oberfter Stelle entscheibenbe Merkmal bes Staates eliminiere (S. 803), was erkennt er bamit anbers an, als daß die Belt der Thatfachen neben souveranen auch nicht souverane Staaten tennt? Ra. Hänel gibt eigentlich selbst an, daß die Staatsdefinition, welche Souveränität für sich als wefentliches Merkmal fordert, feine rechtliche, fondern eine politisch-philosophische ift. Denn er fagt in ber icon oben S. 121 R. 3 zitierten Stelle, wenn man bie beiben Gewalten, Einzelstaats- und Bentralgewalt, unter dem Gesichtspunkte des Recht es, der subjektivrechtlichen Beziehungen, in benen fie zu einander fteben, betrachte, fo feien fie getrennte, fich gegenüberftehende Organisationen (also zwei Staatswesen); wenn man fie bagegen "aus bem Gesichtspuntt einer Betrachtung bes Staates als einer objettiven Institution" anfebe, fo verhielten fie fich, wie bie beiben erganzenben Salften eines Staatswefens. Den Staat als objektive Institution betrachten, beißt aber, ihn nicht als Subiekt von Rechten, sondern als Anstitution mit bestimmtem Zwede ansehen. Den Zwed aber in erfter Linie betrachten, ift fo viel als: ben Staat theoretifch, nicht empirisch auffassen. Bom Standpunkt fold philosophisch-politischer Betrachtung aus tann aber tein Zweifel fein, daß weber ber Gefammt-, noch ber Gliebstaat im Bundesstaate ben an einen Staat zu stellenden Zwed, alle Staatszwede, erfüllt. Dies thun nur beibe zusammen. Insofern ift ber Sat Sanel's berechtigt: Richt ber Einzelstaat, nicht bie Gesammtheit sind Staat schlechthin, sie find nur nach ber Weise von Staaten organisierte und handelnde politische Gemeinwesen. Staat schlechthin ist nur der Bundesstaat als die Totalität beiber2). Dagegen ist diese Auffassung zuruckzuweisen als rechtliche Bestimmung des Staats= begriffes und des Wesens des Bundesstaates.

¹⁾ Dies bestätigt eine andere Ausführung Mayers. Otto Mayer nennt den einen Staat, bessen Gewalt nur unter verschiedene Gewalten geteilt sein soll, auch deutsches Staatswesen (S. 464) und sagt demgemäß S. 467, Reichsgewalt und Gliedstaatsgewalt sind die deutsche Staatsgewalt, beide auf ihre Art. Dann wäre der eine Staat, um den es sich handelt, also das Deutsche Reich und nicht die Landses-, sondern die Reichsgewalt zwischen Reich und Land verteilt, der Konig von Preußen übte also nicht preußische, sondern Reichsgewalt. Jedenfalls ist dei dieser Sachlage das Reich ein Staat. Ist dies aber der Fall, so muß Mayer es auch von der anderen Seite her angesehen als Staat anerkennen.

²⁾ Studien gum beutschen Staatsrechte Bb. I S. 63; hiezu Labanb Bb. I S. 74.

Der Borhalt ist eben ben Theorien von Bornhak, Otto Mayer und Hänel zu machen, daß sie einen politischen Staatsbegriff als rechtlichen verwenden, um dadurch zu verdeden, daß das positive Staatsrecht Souveränität für den Staatsbegriff nicht sordert. Denn in Wirklichkeit solgt aus der rechtlichen Charakterisierung, welche sie dem Bundesstaate geben, juristisch, daß das Reich, weil es die unabhängige Gewalt hat, allein der Staat ist, welcher ihrer Definition entspricht. Nur lediglich darum, um in Folge dessen nicht einen Einheitsstaat annehmen zu müssen, wird behauptet, das Reich als solches erfülle nicht den vollen Staatsbegriff. Es ist damit aber, wie gesagt, die rechtliche Natur des "Reiches als solchen" als Staat und zwar als Einheitsstaat, wenn man von der Souveränität als wesentlichem Staatselemente ausgeht, nicht aus dem Felde geschlagen. Mit Recht sagt v. Seydel!) von seinem wissenschaftlichen Standpunkte aus zur Charakterisierung dieser Theorie: "Der Hänel'sche Bundesstaat ist nur eine Berhüllung des Einheitsstaates".

Nur einem Anhänger ber Hänel'schen Ansicht, Gierte, kann nicht ber Borwurf gemacht werben, daß er mit seiner Erklärung des Bundesstaates als einer Berteilung der Gewalten eines einigen Staatswesens an verschiedene Träger eine politische, keine rechtliche Konstruktion gegeben habe. Gierke hat sich in Schmollers Jahrbuch²) und in seinem Deutschen Privatrechte³) der Bundesstaatstheorie Hänel's angeschlossen, aber dieselbe rechtlich konstruiert. Er sagt: "Bunde und organissierte Berwaltungsgesellschaften sind Gemeinschaften zur gesammten Hand, Gesammthandsverhältnisse".

Freilich ist damit nur gesagt, daß der Bundesstaat eine Verbandsperson, eine Personeneinheit darstellt. Das rechtliche Wesen der Gemeinschaften, ob sie selbst Staaten oder nur Staatsteile sind, wie die staatsrechtliche Natur der Rollektivperson, ob sie Staat oder nur Staatenkorporation ist, ist damit nicht aufgeklärt. Die Theorie hat somit die Lüde, daß sie unentschieden läßt,
ob die Theilhaber lediglich Organe der Gesammtstaatsgewalt oder selbst Subjekte einer besonberen Staatsgewalt sind 4).

Noch fragt sich aber, warum die obengenannte Berhüllung des Einheitsstaates gerade in der Weise versucht wurde, daß man eine Teilung der einen, vollen Staatsgewalt zwischen verschiedenen Trägern annahm. Dafür ist der tiesere Grund die Macht der Thatsachen. Weil die empirische Welt auch nichtsouveräne Staaten kennt, die Teile eines Reiches als Staaten bezeichnet, deshalb wird die Souveränitätstheorie unwillfürlich auf den Gedanken gebracht, statt einen reinen Einheitsstaat anzuerkennen, eine Teilung der Ausübung der einen Staatsgewalt unter verschiedene Träger anzunehmen und dann diese Mitträger Staaten zu nennen. Es ist damit undewußt zugegeben, daß es nach positivem Recht, nach der Empirie Staaten im Staate gibt. Denn Staat darf nur genannt werden, was Staat ist, nicht auch, was Staatsgewalt blos trägt. Wir sagen also, diese Theorie ist nur eine Berhüllung des Begriffes zusammenaesekter Staat.

§ 29. Die Theorie Sephels. Bir haben aber auch noch gegen die andere Alternative, von welcher wir oben S. 116 und 117 sprachen, anzugehen, d. h. gegen die Anschauung, welche von der sog. Souveränitätstheorie des Staatsbegriffes aus zu dem Schlusse gelangt, der sog. Bundesstaat sei rechtlich nur ein gesellschaftlicher Staatenbund.

Der Gebankengang, mit welchem zu diesem Schlusse geleitet wird, ist dieser: Bölkerrechtliche Souveränität gehört zum Wesen des Staates; ein zusammengesetzer Staat ist demgemäß unmöglich: somit auch kein Bundesstaat. Es bliebe die Möglichkeit, die Staatsnatur
des sog. Bundesstaates dadurch zu behaupten, daß man die sog. Gliebstaaten für Selbstwerwaltungskörper erklärt. Allein dies verbietet das positive Recht. Nach ihm haben die sog.
Gliebstaaten völkerrechtliche Souveränität. Somit kann der sog. Bundesstaat ihnen nicht über-

¹⁾ Rommentar S. 7. 2) R. F. Bb. XII (1883) S. 1157 ff. 3) Bb. I S. 674 N. 51. 4) Siehe auch die Kritit von Georg Meyer S. 37 N. 6 und Laband, Bb. I S. 75 ff.

geordnet, also weber Staat, noch korperativer Staatenbund, sondern lediglich Staatengesellssichen.

Der Begründer und hauptsächlichste Versechter dieser Anschauung, v. Seybel, sührte den Beweis hiesur in der Schrift, in welcher er diese Meinung zuerst vertrat, d. h. in seiner 1872 erschienenen Abhandlung über den Bundesstaatsbegriff¹) an den Versassungen der Vereinigten Staaten, der Schweiz und des Deutschen Reiches. Nachdem er unterdessen selbst äußerte²), daß er jetzt manches anders sagen würde, als er es damals gesagt hat, erachten wir es für allein richtig, uns an die Begründung zu halten, welche der Urheber dieser Theorie derselben in seinem neuesten diesbezüglichen Werte, in der zweiten Auslage seines Kommentars zur Reichsversassungsurkunde, gab. Hier aber beschränkt sich v. Sehdel, dem Orte, wo er die Theorie vertritt, entsprechend, ausschließlich auf eine Beweisssührung aus dem Rechte des Deutschen Reiches. Wir solgen ihm daher in dieser Beschränkung und versuchen, aus dem Rechte des Deutschen Keiches. Wir solgen ihm daher in dieser Beschränkung und versuchen, aus dem Rechte der Reichsstaatsrechte darzulegen, daß die Theorie v. Sehdels der Aussassung des positiven Rechtes nicht entspricht.

Sepbel begründet seine Meinung teils aus dem Bortlaute teils aus dem Inhalte der Berfassung sowie aus einigen späteren Erklärungen der verbündeten Regierungen. Letztere haben wir schon in anderem Zusammenhange 3) berührt. Nach ihrem inneren Gewichte gemessen, glauben wir Sepbels Meinung zu treffen, wenn wir sagen, seine Gründe zerfallen in zwei Gruppen, in solche, welche sich mit der Annahme einer korporativen Natur des Reiches vereinigen lassen, aber sich ungezwungener mit der Annahme einer Gesellschaftsnatur des Reiches vertragen, und in solche, welche schlechterdings nur aus letzterer Annahme erklärt zu werden vermögen.

Bur ersten Reihe gehören wohl alle auf den Wort laut der Verfassung zurücksührenden Gründe. Sehdel beruft sich in dieser Richtung auf Art. 362, 37; 49, 70, 71, 58; 352, 42 und 10 und auf den Eingang der Reichsversassung"). In Art. 363 und 37 wird von der Reichsgesetzgebung als einer "gemeinschaftlichen Gesetzgebung", in Art. 49, 70, 71 von den Reichs-Einnahmen und Ausgaben als "gemeinschaftlichen Einnahmen und Ausgaben" und von "gemeinschaftlichen Berbrauchssteuern" gesprochen; in Art. 58 heißt es: "Die Rosten und Lasten des gesammten Kriegswesens des Reiches werden von allen Bundesstaaten und ihren Angehörigen gleichmäßig getragen"; und Art. 352 und 42 sagen im Bersprechenston: "Die Bundesstaaten werden ihr Bestreben darauf richten, eine Uebereinstimmung der Gesetzgebung über die Besteuerung dieser Gegenstände (Branntwein und Vier) herbeizussühren", bezw. "die Bundesregierungen verpslichten sich beutschen Eisenbahnen im Interesse des allgemeinen Bersehrs wie ein einheitliches Netz verwalten zu lassen." Und dazu kommt der Eingang der Reichsversassung mit den Worten: "Seine Majestät der König von Preußen im Namen des Kordbeutschen Bundes 2c., Seine Wajestät der König von Bahern 2c. schließen einen ewigen Bund".

Bon biesen Bestimmungen lassen sich bie von einer Gemeinschaftlichkeit und Gleichsmäßigkeit zwischen den Bundesstaaten und von einem Bunde der Staaten sprechenden Bestimmungen auch mit der Annahme einer Staatenkorporation vereinigen. Was die Gemeinschaftlichkeit und Gleichmäßigkeit angeht, so räumt es Sepbel selbst ein, wenn er zu Art. 70 bemerkt, unter dem Gesichtspunkt der Bundesstaatstheorie seien die Bezeichnungen gemeinschaftliche Ausgaben, Verbrauchssteuern, Einnahmen "Unebenheiten"), denn damit sagt er immerhin, an sich müßten diese gemeinschaftlichen Sinnahmen und Ausgaben vom Standpunkte der Bundesstaatstheorie zwar als Einnahmen und Ausgaben einer von den Einzelstaaten los-

¹⁾ Bergl. oben S. 108 N. 5. 2) In ber Borbemerkung bes neuen Abbruckes bieser Abhanblung in seinen "Staatsrechtlichen und politischen Abhanblungen" S. 1. 3) S. 98 st. 4) S. 22 und S. 19. 5) S. 392.

gelöften Berfon, als Reichseinnahmen und Reichsausgaben erscheinen; aber bie Bezeichnungen gemeinschaftliche Einnahmen, gemeinschaftliche Ausgaben vertragen fich boch auch damit, wenn auch nur uneben. Und nicht anders tann es auch zu versteben fein, wenn er S. 19 Gewicht barauf legt, daß der Eingang der Berfassung von der Begründung eines Bundes, nicht von der Begründung eines neuen Staates fpricht. Denn das tann in Wirklichteit doch auch Sepdel nicht verkennen, daß bas Bort Bund in gleicher Beife, wie bie Borte Berband, Berein, Bereinigung, fowohl gur Bezeichnung einer torporativen wie zur Bezeichnung einer sozietatsartigen Bereinigung Berwendung finden tann und im gewöhnlichen Sprachgebrauche bes Brivatlebens auch thatfächlich verwendet wird. Bas für private Verhältniffe stattfindet, warum sollte das nicht auch in ben Beziehungen der Staaten unter einander ber Fall fein tonnen? Gin Turnerbund tann fowohl Sozietat, wie Rorporation fein? Barum foll gerabe in ben Berhaltniffen von Staaten zu einander Bund nur Gesellschaftsverhältnis bedeuten? Das scheint mir das πρώτον ψευδος ber Sepbel'schen Staatenbundstheorie zu sein, daß sie an die Auslegung der deutschen Reichsverfassung mit der Anschauung herantritt, als konne Bund gar nichts anderes als Gesellschaft, Bundesrecht nichts anderes als Bertragsrecht bebeuten 1). Budem steht diesen Ausbrücken ge= meinschaftlich und Bund in ben Worten "einheitlich" (Sp. B. Art. 48, 53, 54) und "gefammt" (Art. 63: gesammte Landmacht), beutsches Seer (Art, 62, 63), Reichsbeer (Art. 63), Reichstaffe (Art. 62), beutsche Truppen (Art. 64) 2c. eine genügende Anzahl von Bezeichnungen gegenüber, welche mehr für eine torporative als für eine vertragsmäßige Berfassung bes Reiches sprechen.

Anders steht es mit dem Wortlaut von Reichsverfassung Art. 35 und 42. Dieser vaßt. ungezwungen genommen, allein zur Annahme eines Bertragsverhaltniffes. Die Bundesregierungen sind hienach nicht verpflichtet, sondern verpflichten sich nur felbst, dies und das zu thun. Sie geben nur ein Bersprechen ab. Wit Recht kann Sepbel sagen, Art. 352 gehöre bem "reinen Bertragsinhalte ber Reichsverfaffung" an, Art. 42 fei nichts als eine Bertrags-Die Bunbesstaatstheorie erkennt bies unumwunden an. abmachung²). Die Berfassung fällt hier volltommen aus der Ausdruckweise des Gesetzebers heraus; sie besiehlt nicht, sondern enthalt ein Bersprechen der Einzelftaaten, sagt Laband an der Stelle, wo er von Art. 42 hanbelt*). Allein tropbem kann nicht gesagt werben, hieraus folgt notwendig, daß das Deutsche Reich ein Bertragsverhaltnis barftellt. Deswegen, weil einzelne Beftimmungen ber Reichsverfassung Bertragsbestimmungen find, muß noch nicht bie ganze Reichsverfassung eine Bertragsurfunde fein.

Um letteres zu beweisen, beruft man sich nun aber auf spätere offizielle Erklärungen ber verbundeten Regierungen oder ihrer Bertreter, in welchen von den "Bundesvertragen" die Rebe ift, "auf welchen das beutsche Reich beruht". Es find dies die Erklärung der verbündeten Regierungen vom 5. April 1884 und die baverische Anschlußerklärung vom gleichen Zage, die wir schon oben S. 93 ff. berührt haben. Seybel schließt aus ihnen, daß die deutschen Regierungen daß zwischen den beutschen Staaten be st ehend e Bundesverhältnis rechtlich lediglich als Bertragsverhältnis auffaffen. Bie wir früher 1) auszuführen versuchten, ergibt sich aus ihnen etwas anderes, nämlich, daß die deutschen Staaten in dem Bundesverhältnisse zwar historisch=politisch, aber nicht rechtlich ein Bertragsverhältnis erblickens).

Wir haben dies früher hauptsächlich aus der bayerischen Anschlußerklärung zu beweisen versucht, dieselbe spricht von Ei nz elstaaten. Den Gegensatz zu Einzelstaaten bilbet Gesammt-

¹⁾ Bergl. z. B. S. 21: "Nur ein kleiner Teil ber nordbeutschen Bundes-, wie der Reichsversassung ift Geset im materiellen Sinne; überwiegend enthält sie Bundesrecht". Aehnlich S. 39.
2) S. 248, 272.
3) Bb. US. 107.
4) S. 98 st.
5) Das Gleiche gilt bezüglich des Ausdruckes "Bundesverträge" in der kaiserlichen Botschaft vom 30. Nov. 1885 (Annalen des Deutschen Reiches 1886 S. 358) und des Ausdruckes "völkerrechtlicher Att" in bem bon Grafmann ebenba 1898 G. 725 mitgeteilten Schreiben Bismards an ben baberifchen Minister Grafen Bray.

staat. Man konnte bieser Erklärung entgegenhalten, bieselbe wiberspreche ben amtlichen Ausführungen, welche ber bayerische Gesandte, Graf Lerchenfelb-Rösering, brei Jahre später im Reichstage machte. Es handelte sich bamals um die rechtliche Form, in welcher den fübbeutschen Staaten bie Borrechte garantiert werden sollten, welche ihnen bei ihrem Eintritte in die Branntweinsteuergemeinschaft bes Reiches für ben Berzicht auf ihr Branntweinsteuer-Reservatrecht gewährt wurden, also um bie Beftimmung, bie jest in § 47 (§ 44 bes Entwurfes) bes Branntweinsteuergesetes vom 24. Juni 1887 babin lautet, daß gewisse Borschriften dieses Gesetes, die gleichmäßig für alle Bundesstaaten gelten, gegenüber den mit dem bisherigen Reservatrecht ausgeftatteten Staaten "nur mit beren Buftimmung abgeanbert werben" tonnen. Man unterließ ba= mals, biefe neuen Borrechte ber Substaaten burch einen rechtsformlichen Bertrag zu ftipulieren 1). Binbhorft bemangelte bies und meinte, daß, wenn nicht ein besonderer Bertrag geschloffen werbe, biefes Recht Baperns jederzeit beseitigt werben tonne, benn, was allein durch Gefet gegeben, konne auch nur durch Gesetz genommen werden. Und hierauf bemerkte nun der baberische Gefandte2): "Wenn das heute (b. h. das vor dem Gefete vom 24. Juli 1887 bezüglich ber Branntweinsteuer) geltenbe Recht in ben Reservatstaaten ursprünglich in beren Bündnisverträgen ftipuliert worden ift, fo find bie betreffenden Bestimmungen boch fpater im Art. 35 ber Reichsverfassung in die Form des Gesehes gebracht worden. Seute soll das eventuelle kunftige Berhaltnis (b. h. ber Inhalt bes § 47) gleich in Gesetzesform gekleibet werben. Ein Unterschieb für das Recht der füddeutschen Staaten entsteht hieraus aber teineswegs". "Der § 44 bildet seinem Anhalte nach einen Bertrag, wenn auch die Form des Gesetes gewählt ist." Sepbel schließt aus bieser Bemerkung: indem man auf einen besonderen Bertrag verzichtete, habe man anertannt, daß im Berhaltnis ber Staaten zu einander die Reichsgesete überhaupt nur als Bertrag wirten, bas Gefet nur übereinstimmenbes Lanbesgefet fei. Allein es geht boch auch an, biefe Borte anders auszulegen. Man tann nicht blos fagen, die Borte wollen bedeuten: die Beftimmung bes § 44 ift materiellrechtlich ein Bertrag, nur ber außeren rechtlichen Form nach ein Gefes, sondern man kann auch sagen: thatsächlich-politisch bildet § 44 einen Bertragsinhalt, d. h. sein Inhalt ist ein folder, daß er auch Inhalt eines Bertrages sein könnte, aber formell b. h. juriftisch ift er ein Geset. Dafür spricht mehr, als für bas Gegenteil.

Bunächst sagt Graf Lerchenfeld nicht: § 44 ist ein Vertrag in Gesetesform, sondern er sagt: § 44 bildet seinem Inhalte nach, also sachlich, nicht juristisch einen Vertrag. Juristisch sind die neuen Vorrechte der süddeutschen Staaten nicht stipuliert, sondern in Gesetesform ge-kleidet, verlieben, nicht versprochen. Und dann sagt Lerchenfeld weiter: die disherigen Reservatrechte waren "ursprünglich" in den Bundesverträgen stipuliert, später wurden sie durch Aufnahme in die Reichsverfassung in die Form des Gesetes gebracht; das heißt doch: sie beruhen nicht mehr auf Verträgen, sondern auf Reichsgeset; sie sind durch Verträge entstanden, aber diese sind nicht mehr der Rechtsgrund ihres Vestehens. Dazu kommt serner die noch beutlichere Erklärung des württembergischen Staatsrates v. Schmid in jenen Verhandlungens). Dieser sagt: "Die Vertreter der Südstaaten haben den vertragsmäßigen Standpunkt, wie er in der Reichsversassung niedergelegt ist, hier setzgehalten", um dann hinzuzusügen: "In dem

¹⁾ Anders als bei Frage der Einrichtung der obersten militärgerichtlichen Instanz für Bayern im Jahre 1898/99. Hier wurde Ende Nov. 1898 ein förmlicher Bertrag des Reiches mit Bayern abgeschlossen, naheliegend, denn hier handelte es sich zugleich um Beseitigung von Streitpunkten, einen Bergleich. Damals war die Frage des Bestehens eines Reservatrechtes nicht streitig. Selbst, wenn der daherliche Senat deim Reichsmilliärgericht keine Reichs-, sondern eine baherlsche, einem Reichsorgane nur angegliederte Behörde sein würde, so wäre das darin zum Ausdruck dommende Sonderrecht doch ein neues. Es beruhte nicht mehr auf der Verfassung (Vündnisvertrag), sondern auf neuer, im Vertrage von Ende Rov. 1898 und Bundesratsprotofoll vom 2. März 1899 enthaltener Vereins darung. In Wirklichseit ist, wie aus § 2, 3 u. 4 des Reichsgesetzs vom 9. März 1899 hervorgeht, das Vorrecht Baherns auch inhaltlich ein neues. Der König von Bahern besetzt eine Reichsbehörde.

2) Vergl. Se y de l S. 247.

großen politischen und staatsrechtlichen Leben und namentlich vollends innerhalb des Deutschen Reiches, der einzelnen Bundesstaaten unter einander, ist es doch gewiß nicht nötig, daß man ein formelles Bertragsinstrument so, wie zwischen zwei Privatsontrahenten, die sich wechselseitig ein Lukrum abzuringen suchen, festzulegen hat. So liegt es glücklicher Weise im Deutschen Reiche mit der öffentlichen Rechtsordnung doch nicht!" Es will damit gesagt sein, juristisch ist § 44 nur Gesetz, nicht auch Vertragsbestimmung, denn nur Gesetz ober Verträge, die zugleich Gesetz sind, nicht bloße Verträge können Bestandteile der öffentlichen Rechtsordnung des Reiches sein. Statt auf einen Vertrag im Rechtssinne hat man sich auf Treu und Glauben unter den Bundesgenossen verlassen. Nicht in dem formal-juristischen Faktor des Vertrages, sondern in dem politischen der Vundeskreue sehen die Vertreter der süddeutschen Staaten die Vindung der übrigen an § 47 gewährleistet. Juristisch ist es etwas anderes, ob etwas durch mit Zustimmung des betressenden Staates ergehendes Reichsgesetz oder durch Vertrag oder durch Gesetz auf Grund vorausgehenden Vertrages geordnet wird; politisch liegt hier immer ein Vertragsverhältnis vor.

Und zu dieser Auffassung der Borgänge des Jahres 1887 stimmt nun auch die unsrige ber Erklärungen des Jahres 1884. Die verbundeten Regierungen berufen sich auf die Bunbesvertrage nicht als noch verbindliche Rechts-, fondern als noch verbindliche politische Ur-Der Zwed biefer Erklärungen war, um es mit ber baberifden Anschlußerklärung zu fagen, Beftrebungen entgegenzutreten, welche eine "Ueberschreitung ber Bedürfnisgrenze in unitarischer Richtung" bezweckten. Bu biesem Ende war an die ursprünglichen Bundesvertrage erinnert, burch welche bie foberative Natur bes Reiches begründet mar. Benn man babei nicht betonte, daß der foderative Charafter des Reiches Berfassungsrecht sei, d. h. der= malen auf Gefegen bes Reiches berube, fo lag ber Grund hiefur nicht in einer rechtlichen. sondern in einer politischen Absicht. Sober als Berfaffungs- fteht politisch Bertragstreue. Sober als gemeinsamer Geborsam gegen ein gemeinsam bindenbes Geset eines britten bas treue Festhalten am gegenseitigen Berfprechen. Bertragsbruch unter Staaten wiegt politisch schwerer, als Bruch einer über biefen Staaten ftebenben Berfaffung. Es hatte bemgemäß politisch größere Rraft, wenn fich bie verbundeten Staaten auf Bertragstreue beriefen. meint ift aber bamit nur Treue gegenüber einer politischen Bindung. Daß bie rechtliche Bindung nunmehr in einem Gefet liegt, will nicht geleugnet fein. Das beweift die Bezeichnung ber verbündeten Staaten als Einzelftaaten. Dem Einzelftaat fteht ein Gesammtftaat gegenüber.

Mit dieser Erklärung stimmt die Wendung zusammen, mit welcher Bismard in dem in seinen "Gebanken und Erinnerungen" mitgeteilten Brieswechsel mit König Ludwig II. von Bapern die söderative Grundlage des Reiches betont. Er schreibt da in einem Briese vom 10. August 1874 1): Die Reichsversassung "beruht auf der söderativen Grundlage, welche sie durch die Bundesverträge erhalten hat, und kann nicht ohne Bertragsbruch verletzt werden. Darin unterscheibet sich die Reichsversassung von jeder Landesversassung Eure Majesstät werden auf die Sicherheit des vertragsmäßigen Versassungsrechtes auch dann volles Verstrauen haben können, wenn ich nicht mehr die Ehre habe, dem Reiche als Ranzler zu dienen". In diesen denkwürdigen Sähen ist doch anerkannt, daß die Reichsversassung wie die Landessversassung Recht, Gesetz ist, und gemeint ist eben, wie aus dem übrigen Inhalte des Briefes hervorgeht, nicht blos ein Gesetz jedes Landes, sondern ein Gesetz, eine Institution des Reiches als einer davon verschiedenen Versassungspersönlichseit. Bismard sagt: "Die Rechte Eurer Razestät bilden einen unlöslichen Teil der Reichsversassung und beruhen daher auf denselben sicheren Rechtsgrundlagen wie alle Institutionen des Reichs." Das Reich steht dem Land gegensüber, wie die Reichs- der Landesversassung. Die Verträge kommen also nur mehr als volitische

¹⁾ Gebanten und Erinnerungen Bb. I S. 957.

historische, nicht mehr als rechtliche Grundlage bes Bunbesverhaltniffes in Betracht.

Uebrigens ist dies eine Auffassung der Dinge, die in den maßgebenden politischen Kreisen nicht etwa erst einige und mehr Jahre nach Gründung des Reiches entstand, sondern von Ansfang an vorhanden war. Mit aller Deutlichkeit ist sie aus dem der Weltgeschichte angehörenden Schreiben König Ludwigs II von Bahern vom 30. November 1870 zu entnehmen, mit welchem dieser dei König Wilhelm I von Preußen anregte, daß "die Aussübung der Präsidialrechte des neuen Bundes mit Führung des Titels eines Deutschen Kaisers verbunden werde"). In diesem Schreiben bemerkt König Ludwig: "Ich habe mich zu deren (der Präsidialrechte) Bereinigung in Einer Hand. . . bereit erklärt . . . in dem Vertrauen, daß die dem Bundespräsidum nach der Versassung zustehenden Rechte durch Wiederherstellung eines Deutschen Reiches und der Deutschen Kaiserwürde als Rechte bezeichnet werden , welche Euere Majestät im Namen des gesammten Deutschen Vaterlandes auf Grund der Einigung seiner Fürsten ausübe". Das deutsche Baterland ist hienach das neue Rechtssubjekt, die Einigung ber beutschen Fürsten die historische Bedingung desselben.

Außer den angeführten, mit der Auslegung der Erklärung vom 5. April 1884 zusammenhängenden Erklärungen gibt es selbstwerständlich noch andere, aus späterer, wie aus früherer, der Entstehungsgeschichte des Reiches angehörender Zeit. Wir haben in dieser Richtung in anderem Zusammenhange bereits die Aussührungen des Staatssekretärs v. Schelling vom Jahre 1886. und die Erklärung Baperns an den Nordbeutschen Bund vom September 1870 erwähnt. Alle diese Erklärungen, wie auch die eben erörterten, haben aber doch das gemein, daß sie nicht objektivrechtliche sind. Solche können wir lediglich in rechtsverbindlichen Erklärungen sinden, wie es völkerrechtliche Rechtsgeschäfte und Gesetz sind. Allein solche Erklärungen können ausschlaggebend sein. Und so muß vor allem der Inhalt der Reichsverssalsungsurkunde selbst in Betracht kommen. Aus ihn stützt daher auch Seydel in erster Linie seine Lehre.

In biefer Richtung geben wir Sepbel nun volltommen zu, daß bas Deutsche Reich nach Absicht ber Barteien nicht blos ber erweiterte Nordbeutsche Bund, sondern ein gegenüber biesem neues Rechtsgebilbe mar, fo bag also bie Gesete und Bertrage besselben nicht auch ipso jure für bie fubbeutichen Staaten Geltung erlangten 5). Ferner ift es gewiß richtig, bag es gur Aufnahme neuer Mitglieber und zur Auflösung bes Bunbes, wie zum Austritte einzelner Mitglieber ber Buftimmung aller Berbunbeten bebarf 6). Allein es ift nicht notwendig, bies alles aus einer Bertragsnatur bes Reiches abzuleiten. Es folgt, wie wir in anderem Aufammenhange noch sehen werben, aus bem Bundescharakter bes Reiches; Bund kann aber auch eine Rorporation von Staaten sein. S. 191 gibt dies Sepbel bis zu einem gewissen Grade felbft zu, wenn er anerkennt, daß die Organisation ber Bolksvertretung für ben Bundesstaat, sofern es einen folden überhaupt gibt, bieselbe fein tann, wie bei einem Staatenbunbe. Das Barlament tann, ertennt er bort an, ein Delegiertenparlament ber Ginzellandtage ober ein unmittelbar gemahltes Barlament bes gefammten Bundesgebietes fein. Aus bem gleichen Grundgebanken heraus muß aber auch gesagt werden, daß man in der Thatsache, daß das Bundesprafibium ein preußisches Recht ift, nicht notwendig mit Sepbel S. 127 ein "ftarles Rennzeichen bes Staatenbunbes" erbliden muß, benn es tann bies Recht ebenfo gut als torporatives Mitgliebschaftsrecht aufgefaßt werden. Und bas Gleiche gilt für ben Grundsat ber Gleichberechtigung ber Bunbesglieber. Dieser folgt nicht aus ber Natur bes "Staaten=

¹⁾ Bergl. Sendel S. 157. 2) S. 8) S. 110 R. 5.

²⁾ S. 94 N. 2 und 100 N. 4.

⁴⁾ Bergl. Forn in bem S. 94 N. 1 erwähnten Gutachten: "Die Reichsverfassung trägt ihre Erklärung in erster Linie in sich selbst" (S. 61).
5) Seybel S. 30.
6) S. 27, 28, 83, 414, 421.

bundes" 1), sondern lediglich aus der des Bundes. Die S. 19, 20 und 125 indirekt ausgesprochene Meinung 2), Bund kann nicht Korporation und damit nicht Staat sein, ist Behauptung, aber nicht Beweis.

Eine andere Gruppe von Gründen, die Sepdel aus der Berfasiung entnimmt, find nur auf ber Grundlage seines Souveränitätsbegriffes haltbar. So, wenn er sagt, bem Bunde find nur einzelne Rechte übertragen worben; es fehlt ber Bunbesgewalt zu einer Staatsgewalt somit das wesentliche Merkmal ber Unbegrenztheit b. h. die Souveranität; die einzelnen Rechte, bie dem Bunde übertragen find, bilden feine Souveranität (S. 19 und 124)); also fann auch bas Reich tein Staat fein. Diese Beweisführung ift nur bann zutreffend, wenn es richtig ift, baß bie volle Souveränität ein Begriffsmerkmal bes Staates ift. Da bies aber eben ber Streitvunkt ist, bat biese Begrundung auszuscheiben. Des Weiteren behauptet Sepbel, Art. 78 Abs. 2 ber Reichsverfaffung, welcher zur Beseitigung von Borrechten bie Ruftimmung bes beporrechteten Stagtes verlangt, fei ein unverlennbares Wahrzeichen bes Stagtenbunbes : berfelbe laffe fich nur aus bem Bertragsstandpunkte vollbefriedigend erklären 8). Er meint damit, nehme man einen Bunbesftaat an, fo liege in einem vorbehaltenen Buftimmungsrecht eine nur ichmer zu erklarende Schranke ber Souveranitat. Allein biefe Beweisführung ift nur bann unanfectbar, wenn es richtig ift, bag bie Souveranitat in feiner Beife einer Einengung guganglich ift. Die beiben Grunde muffen bemnach wegfallen, weil fie nicht fowohl auf ben Inhalt bes positiven Rechtes, als vielmehr auf theoretische Begriffe gestütt find.

Es bleiben noch die Beweisführungen Sepbels, welche sich auf die Bestimmung von Reichsversassung Art. 2, daß das Reich innerhalb des Bundesgebietes das Recht der Gesetzegebung "ausübe", und auf die nach der Bersassung dem Bundesrat zukommende Rechtsstellung gründen. Dieselben sind solche, welche, wenn die Auslegung der betressenden Bersassungsartikel durch Sehdel zutressend ist, sich nur mit der Annahme der Gesellschaftsnatur des Reiches vereinigen lassen. Allein wir meinen, die Interpretation, welche Sehdel den einschlägigen Bestimmungen zu teil werden läßt, sei widerlegbar.

Zunächst bemerkt Sepbel, aus bem Wortlaut bes Art. 2 der Berfassung: "Innerhalb biefes Bunbesgebietes übt bas Reich bas Recht ber Gesetzgebung aus", folgt, bas Reich hat nicht das Gesetzgebungsrecht, sondern übt es nur aus. Das Reich ist also nicht im Besitze der Gesetgebungshoheit. Es übt nur frembe Gesetgebungsrechte, die deutschen Staaten üben ihre Gesetzgebungsrechte nur gemeinschaftlich aus. Das Reich ift somit ein bloges Gesellschaftsverhältnis. Die Bundesgesetzebung wirkt innerhalb jedes Staates als Landesgesetzegebung (S. 41 und 19). Allein aus Art. 5 ber Verfaffung ergibt fich, bag bas Wort "ausüben" in Art. 2 nicht in Gegensat zu, fondern im Sinne von "fteht bem Reiche gu" zu verfteben ift, benn bort heißt es: "Die Reichsgesehung wird ausgeübt durch den Bundesrat und ben Reichstag". Nicht nur, daß hier bas Wort "ausüben" wiederkehrt, sondern es wird auch die Gefetgebung, welche Bundesrat und Reichstag ausüben, eine Gefetgebung bes Reiches, also nicht ber Einzelftaaten genannt. Damit ist boch ausgebrudt, bag auch bas Gesetzgebungsrecht, von dem Art. 2 spricht, ein Recht bes Reiches als einer von den Gliedstaaten verschiedenen Staatsperfonlichteit, nicht ein Recht ber Einzelstaaten ift. Damit stimmt auch Art. 4 überein. Denn bort beißt es: "Der Beauffichtigung feitens bes Reiches und ber Gefetgebung bes : felben unterliegen die nachstehenden Angelegenheiten".

Seybel's Auslegung bes Art. 2 muß natürlich an bem Wortlaute bes Art. 5 Schwierigs keiten begegnen. Seybel fagt auch, in Art. 5 liege keine richtige Ausbruckweise im Verhältnis zu Art. 2 vor. Der Bundesrat sei nicht der Ausüber der Gesetzebung, denn die Bundesratsse bevollmächtigten seien nur Ausüber der Rechte ihrer Auftraggeber, Ausüber der Reichsgesetzs

gebung seien die Souverane selbst. Art. 5 müsse eigentlich lauten: Das Recht der Gesegebung für das Reich wird von den Verbündeten im Bundesrate und unter Zustimmung des Reichstages ausgeübt. Allein liegt es nach der sonstigen Stellung des Bundesrates nicht näher, zu sagen, der Bundesrat ist oberster Ausüber, die Gesammtheit der Souverane nur der Träger der Gesetzgebungsgewalt, deren Inhaber d. h. Subjekt das Reich als eine besondere juristische Persönlichkeit ist? Jedenfalls wird Seydel's Auslegung des Art. 5 dem Wortlaute desselben weniger gerecht, als unsere Auslegung des Art. 2 dem Wortlaute dieses. Denn es geht eher an, zu sagen, ausüben steht in Art. 2 im Sinne von "hat das Recht", als zu sagen, das Wort ausüben steht in Art. 2 in einem anderen Sinne als in Art. 5. Dafür, daß unter "ausüben des Rechtes der Gesetzgebung" in Art. 2 die Innehabung des Gesetzgebungsrechtes zu verstehen ist, mag auch noch sprechen, daß die vom Reich in Ausübung des Gesetzgebungsrechtes erlassenen Gesetz eiche nicht für das Reich, sondern des Reichses.

Anbers fteht es mit ber Berufung Sepbels auf die Stellung bes Bundesrates. Sepbel fagt: Die Anhänger bes Bundesftaatsbegriffes erklaren bas Reich als eine felbständige ideale Berfonlichfeit, ben Bundesrat alfo für ein Organ biefer ibealen Berfonlichfeit. Ift er bies aber, bann hat er auch feinen Auftrag, feine Bollmacht von biefer ibealen Berfonlichteit. Auf ber anderen Seite aber erkennt auch biese Lebre an und kann es nicht bestreiten, daß die Bundesratsmitglieber instruierte Gesandte ber Bundessouverane sind. "Man sehe nun ben Biberfpruch an: Die einzelnen Mitglieder find Organe ber einzelnen Berbunbeten; alfo find, foließt ber ichlichte Berftand weiter, Die fammtlichen Mitglieber, ber Bunbegrat, Organ ber fammtlichen Berbundeten. Bei Leibe nicht, rufen uns die Gegner zu: also ist der Bundesrat bas Organ einer felbständigen ibealen Berfonlichfeit bes öffentlichen Rechts!" (S. 125). Ober an anberer Stelle : "Die Mitglieber bes Bundesrates find Berfunder eines fremben Billensattes. Der Billensatt, ber fich im Bunbesratsbeschluffe außert, ift baber ein Billensatt ber Berbundeten und er tann eben beshalb nicht ber Willensatt einer außer und fiber ihnen ftebenben Berfonlichleit fein" (G. 132). Allein biese Ausführungen Sepbel's find nur bann autreffend, wenn die Fürsten und Senate ber Freien Städte wirklich die Berbundeten find. nicht bagegen, wenn bies bie burch Rurft und Senat lediglich vertretenen Staaten find. Dann tonnen diese Bundesratsbevollmächtigten unmittelbar ben Willen von Fürst und Senat, mittelbar ben bes Reiches verkunden.

Nun behauptet Seybel allerbings, die Fürsten und Senate selbst, nicht die Staaten, die sie vertreten, seien die Berbündeten; m. a. B., die verdündeten Regierungen seien — in der Sprache der Bundesstaatstheorie gesprochen — die Subjekte der Reichsgewalt. Allein das Gegenteil dürfte richtig sein. Die Fürsten und Senate sind nicht das Subjekt, sondern nur die Träger der Reichsgewalt. Subjekt der Reichsgewalt sind die verdündeten Staaten. Die Fürsten dien im Bundesrat, um eine Wendung Seydels) für unsere Zwecke umzuändern, vertretungsweise fremde, nicht eigene Hoheitsrechte aus, Rechte des Reiches und Rechte der Gliedstaaten, Rechte der letzteren insoferne, als sie deren Witgliedschaftsrechte am Reiche zur Geltung bringen.

Nach Seybel ist Bund und Reich soviel, wie "verbündete Souveräne" (S. 20, 69, 115), "im Namen des Reiches" soviel, wie im Namen der verbündeten Souveräne. Es solgt dies für Seybel einmal aus dem Eingang der Reichsversassung, der als die vertragsschließenden Teile die beutschen Souveräne nennt, und dann aus der allgemeinen Erwägung, daß die juristische Person nur etwas juristisch Vorgestelltes, kein juristischen Faktum sei, da wirkliche Personlichkeit nur dem Menschen zukomme (S. 10, 20, und 124)°), woraus sich von selbst ergebe, daß der Bund nicht irgend eine dritte gedachte Personlichkeit, sondern nur die Summe

¹⁾ Medlenburg lassen wir außer Betracht. 2) S. 125. 3) Ferner Abhandlung über ben Bunbesstaatsbegriff a. a. O. S. 3.

ber sämmtlichen Berbünbeten sein könne. Wir wollen von dieser letzten Anschauung hier abssehen — mit ihr ist nicht die Staatss, sondern nur die Persönlichkeitsnatur des Reiches versneint —, aber das ist äußerst fraglich, ob im Sinne der Reichsversassung Reich wirklich nur gleich Summe der Berbündeten ist. Es ist dies zunächst jedenfalls nur dann gegeben, wenn unter Bundesmitgliedern — Bundesgliedern, wie die Reichsversassung sagt — notwendig die Souveräne und Senate, nicht die Staaten selbst zu verstehen sind.

Nun foll nicht geleugnet werben, daß an fich aus Art. 6 Abs. 2, wornach jedes "Mitalied bes Bunbes" foviel Bevollmächtigte zum Bunbesrate ernennen tann, wie es Stimmen hat, und noch mehr aus Art. 7 Abs. 2, wornach jedes Mitglied befugt ift, Borschläge im Bundesrat in Bortrag zu bringen, berausgelesen werben tann, bag unter ben Bunbesgliebern bie Souverane und Senate, b. h. also die Regierungen, nicht die Staaten zu verstehen sind, da Ernennen und Bortragen mehr Thätigkeiten von Staatsorganen als von Staaten sind. Und es soll auch nicht unerwähnt bleiben, daß für diese Auffassung zwar nicht notwendig der Eingang der Reichsverfaffung, wo die Fürsten als die Kontrabenten genannt werden 2), wohl aber noch Art. 9 ber Berfassung angeführt zu werben vermag, wornach jedes Mitglied des Bundesrates die Anficht seiner "Regierung" zu vertreten berechtigt ist. Allein diese natürlichere Auslegung muß weichen, wenn ihr fonft ber Bortlaut ber Berfaffung zuwider ift. Und ba ift nun bingumeisen einmal auf Art. 6 Abs. 1, wo, wie schon früher 3) bemertt, als Mitglieber bes Bunbes bie Staaten insofern genannt werden, als es bort heißt: "Der Bundesrat besteht aus ben Bertretern ber Mitglieder bes Bundes, unter welchen fich bie Stimmführung in ber Weise verteilt, bag "Breußen" 17, "Bapern" 6 u. f. w. führt, dann aber besonders auf Art. 41, wo es heißt: Im militärischen und im Berkehrsinteresse Deutschlands konnen Gisenbahnen kraft Reichsgesebes auch "gegen ben Biberspruch ber Bunbesglieber, beren Gebiet bie Gisenbahnen burchschneiben, unbeschadet ber Canbeshoheitsrechte" für Rechnung bes Reiches angelegt werben. Bereinigt fich icon ber Relativiat "beren Gebiet die Gifenbahnen burchichneiben" bei ber bem beutigen positiven Rechte entschieden zugehörigen Auffassung bes Staates als Perfonlichteit beffer mit Bunbesglieb, wenn wir barunter ben Staat, nicht bas Staatshaupt versteben, so läßt sich, will man nicht gezwungen verfahren, Landeshoheitsrechte gar nicht anders zerlegen als in Rechte bes Landes. Dem Lande, b. i. bem Staate und nicht bem Landessouveran kommen alle biese Sobeitsrechte zu. Boll überzeugend wird bann aber ber Umftand, bag in Art. 7 Abf. 4 bie Stimmen im Bunbesrat ausbrudlich als "Stimmen ber Staaten" und in Art. 78 bie Refervatrechte als Rechte, in Art. 70 bie Matritularbeitrage als Beiträge, in Art. 58 bie Rosten und Laften bes Kriegswesens als folche ber Bunbes ft a a ten bezeichnet werben.

Bu diesen mehr äußeren kommt aber noch ein innerer aus allgemeinen Erwägungen entnommener Grund. Sehdel bemerkt, es sei doch natürlicher, zu sagen, wenn die einzelnen Mitglieder
bes Bundesrates Organe der einzelnen Berbündeten sind, so sind alle Mitglieder desselben
Organ der Summe der Verbündeten. Dem gegenüber ist darauf hinzuweisen, daß es bei internationalen Verwaltungsgesellschaften vorkommt, daß die vorhandenen gemeinsamen Organe
nicht in einem Dienstverhältnis zu allen, sondern nur je zu einem einzelnen Vertragsstaate stehen;
dies dann, wenn die gemeinsamen Organe aus Rollegien von Beamten aller beteiligten Staaten
bestehen). Was bei Verwaltungsbündnissen der Fall ist, kann auch bei Staatsbündnissen
gegeben sein. Ist ein solches Verhältnis aber schon beim Gesellschaftstypus möglich, um wie
viel mehr muß es bei korporativ versasten Vereinigungen vorkommen können?

Aber auch, wenn alle die von uns befämpften Grunde, die Sendel für feine Meinung ins

¹⁾ Art. 6 und 41 bezw. 7 und 19. 2) Hierauf legt Georg Meher S. 376 N. 3 Gewicht. Wir wandten uns gegen diese Aufsfassung schon oben S. 101. 3) S. 100. 4) Siehe oben S. 97 N. 4 und S. 102 N. 6.

Feld führt, burchschlagend und zuzugeben wären, so würden derselben doch noch mehr andere Grunde entgegenfteben, als bisber für fie fprechen.

Bor Allem ber allgemeine, baß fich aus Sepbel's Ausführungen ergeben murbe, ein Bundesstaat konnte nur burch Bertrag entstehen, während boch 3. B. der Bundesstaat des alten Deutschen Reiches gewiß nicht durch Bertrag, sondern durch Gewohnbeitsrecht und gesetzgeberischen Alt bes bisherigen Einheitsstaates Deutsches Reich entstand. Berbundete Regierungen heißt nicht notwendig vertragsmäßig verbundene, sondern nur in einer Gemeinschaft gleichberechtigte Regierungen. Dazu tommen bann weitere aus ben verfaffungsrechtlichen Beftimmungen bes heutigen Reiches zu entnehmende Gründe. Sie zerfallen in solche, aus welchen hervorgeht, daß das Deutsche Reich eine Bersoneneinheit, eine juristische Berson, und in solche, aus welchen folgt, daß es nicht blos eine Korporation von Staaten, sondern ein Staat selbst ist.

Bunachft ift zu fagen : baburch, bag bie Reichsverfaffung burch Gefet vom 16. April 1871 zum Reichsgeset erhoben wurde, also bem Eingang ber Reichsverfassung ein neuer, weiterer Eingang vorausgestellt ift, der im Namen des Reiches die Reichsverfassung ergehen läßt, haben die Bundesverträge die grundsätliche Bedeutung einer rechtlichen Grundlage der heutigen Reichsorganisation verloren. Geblieben ist felbstverständlich ber Bundescharatter, aber er ist von seiner ersten rechtlichen Grundlage gelöst, er berubt jett auf Reichsgeset. Wenn in der Fassung, welche bas Reichsgesetz vom 16. April 1871 ber Verfaffungsurtunde gab, im Eingang auf bie vertragsmäßige Entstehung bes Bundes noch mit den Worten "fcließen einen ewigen Bund" Bezug genommen wird, fo kann biefem "fcließen" vom Standpunkte einer ungezwungenen Auslegung aus nicht mehr schöpferische, sonbern lediglich ein vergangenes historisches Faktum konstatierende Bedeutung zuerkannt werden 1); benn der Bund war ja schon dreieinhalb Monate vorher, am 1. Jan. 1871 geschloffen 2).

Daran reihen fich bann einige Bestimmungen, bie fich widerspruchelofer mit ber Annahme einer torporativen als mit der Annahme einer gesellschaftsartigen Berfassung des Reiches vertragen. hieher gehört vor Allem die Bestimmung des Art. 78 der Berfassung, daß Beränderungen der Berfassung im Bege der Gesetzgebung erfolgen. Den Gegensat bazu bilben, wie aus Art. 50 Abs. 6 und Art. 66 Abs. 1 ber Berf. zu entnehmen 3), Abanderungen im Bege bes Bertrages. Nach Sepbel wäre die Bestimmung des Art. 78 Abs. 1 gleichbedeutend mit Regelung burch Bertrag, benn nach Sepbel ift bie Bundesgewalt die gemeinsame Staatsgewalt aller und barum auch eines jeben Staates (S. 33). Diefe Gemeinsamkeit kann aber nur auf Bertrag beruhen. Ift baber bie ganze Bundesverfassung im Berhältnis ber Staaten unter einander Bertrag, so ist es auch die Berfassungsänderung (S. 22).

Ferner tommt ber Umftanb in Betracht, bag bie Gliebstaaten ber Beauffichtigung bes Reiches unterliegen '). U. G. geht es noch eber an, bie Reichserekution, wie es Sepbel thut,

¹⁾ Bergl. Hanel S. 779; Labanb, Bb. I S. 81 gegen Gg. Meher S. 509 R. 6.
2) Dagegen blieben gemäß ihres Wortlautes Art. 35, und 42 (f. oben S. 129) Bertragsinhalt. Würbe man annehmen, es sei hier an Stelle bes Bersprechens verfassungsmäßige Pflicht getreten, so würde ber Inhalt so geanbert, wie es die Parteien nicht wollten (vergl. Sehbel S. 248: "Per Sag [von 352] ist weber eine Rechtsvorschrift noch eine verpflichtenbe Jusage, sonbern nur die Bekundung eines gegenseitigen guten Borsates"). Es könnte Bundeserekution statt-finden, während so nur völkerrechtliche Selbsthilfe der übrigen Bertragskeile möglich ist. Daß die Berfassurkunde im Uebrigen anderen Charatter hat, Geseth ift, steht bem nicht entgegen. Eine nahelliegende Parallele bietet das bayerische Finanzgeseth. Dasselbe ift nur teilweise Geset, in der Hauptsache Berordnung. Ebenso ist die Berfassungsurkunde vom 16. April 1871 in der Sauptsache Geset, nur ausnahmsweise Bertrag.

³⁾ Art. 50 Abf. 6: "Wo eine felbständige Landespost- resp. Telegraphenverwaltung nicht besteht, entschien über die Frage ber Anstellung der Koste und Telegraphenbeamten die Bestimmungen der besonderen Berträge"; Art. 66 Abs. 1: "Wo nicht besonderen Konventionen ein Anderes bestimmen, ernennen die Bundesssürsten... die Offiziere ihrer Kontingente".

4) Reichsvers. Art. 4, 17, 36.

auf Bertrag zurückzuführen, b. h. in der Bundesezekution vertragsmäßig eingeräumte Gewalt zu erblicken, aber Aufficht ist doch in öffentlichrechtlichen Dingen im Allgemeinen mehr der Aussfuß einer einseitigen Ueber-, als einer vertragsmäßigen Gleichordnung. Wer Aufficht hat, hat Gewalt. Man kann in der Ezekution Selbstzwang sehen analog der freiwilligen Unterwerfung unter sofortige Zwangsvollstreckung, aber Selbstaufsicht auf Grundlage der Gleichordnung ist etwas völlig Unnatürliches. Dazu ist das Wort Aufsicht in öffentlichen Dingen zu sehr Aussfluß einer obrigkeitlichen Befugnis.

Allein mag man felbst noch biese Aufficht auf vertragsmäßige Unterwerfung zurücksubren und darum von einem Bertragsverhältnis fprechen, bas ber Gleichordnung feinen Abbruch thut, so kann dies doch wohl kaum mehr gegenüber der Bestimmung geschehen, wornach das Reich allein die Bestimmung über Krieg und Frieden bat. Ift bem Reich, wie es in Reichsverf. Art. 11 der Fall, das Recht, Frieden zu schließen, ohne Einschränkung übertragen, so ist ihm damit auch eingeräumt, was sehr oft der Anhalt von Friedensverträgen, das Recht zu Ge= bietserwerb und Gebietsabtretung. Einer Zustimmung des betroffenen Staates hiezu bedarf es nicht 1). Wan kann dagegen nicht einwenden, daß das Recht der Existenz der Staaten durch ben Bundescharafter bes Reiches garantiert ift, worauf wir fväter zurudtommen. Der Bundescharakter verlangt nur, daß das Reich aus mehreren Staaten besteht und jeber bieser Staaten einen Anteil an ber Reichsregierung bat, aber er verlangt nicht, bag bies beftimmte Einzels staaten find. Wird also ber eine ober andere Staat abgetreten, so liegt hierin noch teine Berührung bes Bundescharatters. Rann aber bas Reich ohne Buftimmung des betroffenen Staates Bunbesgebiet abtreten, wenn auch nur unter ben außerorbentlichen Berhaltniffen friegerischer Awangslage, so ist dies doch der Ausbruck denkbar weitgebenbster Gewalt der Gesammtheit über ben Einzelftaat. Dies auch noch auf vertragsmäßige Einwilligung bes betroffenen Staates zurudzuführen, statt zu sagen, ber Staat hat sich einst burch Beitritt zum Reich einem Gewaltverhältnis unterworfen, dessen äußerste Anwendung diese Abtretung im Friedensvertrage dar= stellt, heißt, nach gezwungener Erklärung suchen, wo eine ungezwungene mühelos in den Schoß fiele. Wenn ein Borgang, wie ber vorliegenbe, ber thatfachlich fo ganz gegen ben Billen bes Betroffenen geschieht, rechtlich boch allein als Ausfluß bes Willens bes Betroffenen zu erklären ware, bann mußten, wenn man, wie Sepbel 2), bie Naturalisation eines Staatsfremben für den Abschluß eines öffentlich-rechtlichen Bertrages erklärt, ebensogut alle Befehle, welche ber Staat an einen naturalisierten Staatsangehörigen erläßt, noch auf den Naturalisationsvertrag zurückgeführt werden, somit z. B. alle Aufopferung von Bermögen, Freiheit, Leben, Ehre, bie ber Staat etwa von diesem Unterthanen forbert. Sepbel selbst aber macht in dieser Richtung keinen Unterschieb zwischen bem eingeborenen und bem naturalifierten Bürger*). In beiben Fällen nimmt er ein Gewaltverhältnis an. Thut man bies in dem einen Falle weitgehender Beherrschung, bei ber Stellung ber Staatsangehörigen, so muß es auch in anderen Fällen gleicher Art, also insbesondere auch bei der Beherrschung eines Staates durch einen Bund von Staaten gefchehen4).

¹⁾ Bergl. über biefe Frage Georg Meher a. a. O. S. 512 N. 14.
2) Wir halten biefe Annahme nicht mehr fest. Rach unserem beutschen positiven Rechte ist bas Naturalisationsgesuch dem Berleihungsatte in Erzielung des Rechtseffettes nicht gleichwertig, sondern nur Bedingung des allein das Staatsangehörigkeitsverhältnis begründenden einseitigen Berleihungsattes.

³⁾ Bayerisches Staatsrecht, 2. Ausi., Freiburg und Leipzig 1896, Bb. I S. 275 N. 18.

4) Ebenso ist es auffällig, daß Seydel beim Staatsdienstverhältnisse fein Gewaltverhältnissannehmen will (ebenda Bd. II S. 188, 189); ist doch die Unterordnung des traft Wehrpsticht Diesnenden keine andere als die des freiwillig in das Militärverhältnis Eintretenden. Was die Frage der rechtlichen Natur der Anstellung anlangt, so stehen wir nach wie vor auf dem Vertragsstandpuntte. Die Annahme ist regelmäßig eine stillschweigende in Analogie don Bürgerl. Gesehduß 151, wornach die Annahme dem Antragenden nicht erklärt zu werden draucht, wenn eine solche Erklärung nach der Verkehrsssitte nicht zu erwarten ist bezw. der Antragende darauf verzichtet hat.

Am Deutlichsten folgt eine Ueberordnung bes Reiches über ben Einzelstaat aus Art. 2 ber Reichsverfaffung, wenn es bort beißt: bie Reichsgesetze geben ben Lanbesgesetzen vor. An fich ware ja nichts bagegen einzuwenden, wenn man bas Reichsrecht im Berbaltniffe ber Staaten unter einander für Bertragsrecht ober, wie Sephel fagt, weil er Bertrags- und Bunbesverhaltnis tbentifiziert, für Bunbesrecht 1) ertlart. Allein, wenn bas Reichsrecht im Berhaltniffe ber Staaten unter einander nur Bundesrecht ift, bann muß ein im Wege ber einfachen Landesgesetzgebung ergebendes, mit diesem Bundesrechte im Biderspruche stehendes ober dasselbe gar ausbebendes Landesrecht ftaatsrechtlich giltig, nur völlerrechtlich ungiltig fein. Ueber diese Ronsequenz tommen wir nicht hinweg. Denn fieht man in ben Reichsgesehen im Berhältniffe ber Staaten zu einander nur Bertragsrecht, b. h. fubjektives, nicht objektives Recht, Bertragsbestimmungen, Bertragsbefugniffe und Bertragsverbindlichfeiten, fo tann bas Bunbesgefet in feiner Gigenfchaft als Gefet, wie ja auch Sepbel folgert, innerhalb bes einzelnen Staates nur die Kraft ober, wie Sepbel fagt, die Wirtung eines Landesgesetes haben; benn die Reichsgewalt ift bann teine neue, von den Einzelstaaten getrennte Bewalt, sondern innerhalb eines jeden Staates Landes= gewalta); sie übt nur Landesgesetgebungsrecht vertretungsweise aus; bas Reichsgeset ift "Bestandteil des Landesrechtes" (S. 41, 125). Ist dies aber der Fall, handelt das Reich lebiglich in Bertretung bes Ginzelftaates, hat das Reichsgeset im Berhaltniffe zu ben Unterthanen nur die Wirfung von Landesrecht, fo ift fein Grund erfichtlich, warum es diefer Birfung gegenüber ben Unterthanen nicht auch burch einfaches Landesgesetz beraubt, burch einfaches Lanbesgefet geandert und beseitigt werden konnte 3). Bas der Bertreter kann, kann mangels besonderer Bestimmung 4) auch ber Vertretene.

Man tann bagegen nicht einwenden: bann ift Art. 2 ber Reichsverf. verlett; bier liegt bie besondere jenen Sat ausschließende Bestimmung. Denn Art. 2 wirkt im Berhältnis der Staaten zu einander nur als Bertrag. Es lage somit teine Ungesehlichteit, sondern nur Bertragsbruch vor. Man tann auch nicht sagen, ber Staat wurde bann sein eigenes Staatsrecht brechen, da die Reichsverfassung einen Bestandteil des Verfassungsrechtes eines jeden Staates bilbet. Bon einem Brechen konnte tropbem nicht bie Rebe fein, fonbern lediglich von einem Außertraftfegen für ben Ginzelfall. Rann nicht ber Gefetgeber feine Gefete ftillichweigenb ändern, nicht fich felbst bavon im Ginzelfalle bispenfieren? Somit lage bei fog. Rullifikation 6) eines Reichsgesehres burch Landesgeseh nur ein Bertrags-, nicht aber ein Gesetsbruch vor, eine Boller=, nicht aber eine Staatsrechtswibrigfeit 6).

Man kann dem nicht entgegenhalten, das ist an sich richtig, aber es ist nicht möglich, weil für Beseitigung bieses Reichsrechtes bie gleiche Form angewendet werben muß, wie für ihr Ruftanbekommen. Ja, kann benn ber Staat nicht für ben Ginzelfall ftillschweigend biese Form außer Rraft fegen und beftimmen, daß es gur Ausübung ber landesgesetgebenben Gewalt ber Mitwirtung von Bundesrat, Reichstag und Raifer nicht bedarf? Wie er sonst ein Geset stillschwei= gend durch ein entgegenstehendes neues andern tann, fo tann er es auch hier. Das Reichsgefet hat ja nur die Wirtung von Landesrecht, also muß es doch, wie Landesrecht, außer Kraft gefeht

²⁾ Ebenba S. 128, 124, 19. 1) Rommentar S. 21.

Bergl. auch v. Stengel in Schwoller's Jahrbuch S. 1120. Bie z. B. im Berhältnis von Reichsverweser und Herrscher, Vormund zu Mündel. Siehe über diesen Begriff von Stengel in Schwoller's Jahrbuch S. 752 ff.

⁶⁾ Seybel sagt S. 34: "Der Austrag von Zwistigkeiten zwischen Bundesstaaten, ob von ihnen ober ob ihnen ber Vertrag verlett wurde, durch die gewaltsamen Mittel des Staatenverkehrs ift burch ben Umftand ausgeschloffen, bag bie Reichsverfaffung jum Bestanbteil bes Berfaffungsrechtes jebes Staates geworben ift. Ohne Bruch bes eigenen Staatsrechtes tann tein Bunbesgenoffe gur Selbsthilfe gegenüber ben Bundesgenossen schreiten; innerhalb bes Rahmens bes geltenden Rechtes ist nur ein friedlicher Ausgleich etwa durch schiedsrichterliche Entscheidung statthaft". Allein sein eigenes Staatsrecht kann boch der Staat jederzeit mit staatsrechtlicher Giltigkeit ausheben; er kann fich baburch nur bollerrechtlich haftbar machen.

werben können. Und bann: wurde er wegen biefer besonderen Form bas Reichsgeset nicht außer Geltung zu seben vermögen, so tame berfelben ja eine hobere Rraft als berjenigen bes Lanbesgesetes zu: ibre Wirtung ware stärker, als die von Lanbesrecht. Denn es ist nicht an bem, wie Sepbel meint 1), daß zwischen Staatsverfaffungsgefes und einfachem Staatsgefes und zwischen biesen beiben und ber Staatsverordnung nur ein Borzug ber Form besteht. Das Berfassungsgeset hat auch böbere Rraft, böbere "Wirkung" als bas einfache und bas Geset höhere als bie Berordnung besfelben Staates, tropbem fie aus berfelben Rechtsquelle ftammen. Reine Berordnung darf mit einem Gesethe in Biberspruch stehen. Gine folde Berordnung tann nicht wirlen, nicht binden. Dies auf bas Reichsrecht angewandt, ergibt fich, bag biefes überhaupt nicht Sandesrecht ift. Auch zwischen Reichs- und Sandesgeset besteht ein Unterschied ber Wirtung, ber Kraft. Das Reichsgeset hat nicht blos die Wirtung von Landesrecht. Es wirft mehr als Landesrecht. Das Reichsrecht tann Landesrecht, aber nicht Landesrecht Reichsrecht außer Kraft seben. Also ift bas Reichsrecht überhaupt nicht Landesrecht, nicht Berordnungs., nicht Gefetes., nicht Berfaffungsrecht bes Lanbes. Sat bas Reichsrecht fomit überhaupt nicht die Wirkung von Bandesrecht, bann tann bas Band auch nicht sein Quell sein. Die bobere Wirfung führt bier zugleich zu einer boberen Quelle, zu einer boberen Birfungsgewalt.

Auch auf ben Begriff gemeinsam vermag bie gegenteilige Meinung nicht gestützt zu werben. Das Reichsrecht ist gemeinsames Lanbesrecht, Aeukerung einer gemeinsamen gesetzgebenben Thatigfeit ber Berbunbeten. Es liegt im Begriffe gemeinsamer Gesetzgebung, baß, wenn sie eintritt, bieselbe auch fortan allein maßgebend ift. Andernfalls wäre sie nicht bentbar2). Ober, wie es im Rommentar zur Reichsverfaffungsurtunde S. 42 ausgebrückt ift: "Es liegt im Begriffe einer einheitlichen und gemeinsamen Gefetgebung, daß fie Landesrecht beseitigen muß". Also schließen wir, auch nicht burch Landesrecht beseitigt werben tann. Allein bie Gemeinsamkeit, die sich aus ber angenommenen vertragsmäßigen Grundlage bes Reiches ergibt, bebeutet boch nur vertragsmäßige übereinstimmenbe ftaatsrechtliche Sondergesetzgebung, nicht aber eine rechtlich einheitliche, eine Gesammtgesetzgebung. Ift ein Rechtssab staatsrechtlich Sondergefeb, fo tann er auch durch Sondergefeb aufgeboben werden : es wird badurch nur ber Bertrag verlett. Ift ein Rechtsfat bagegen ftaatsrechtlich Einheitsgeset, fo ift bies unmög= lich. Wenn Sepbel also fagt: es liegt im Begriffe bes Gemeinsamen, bag Reichsrecht burch Lanbesrecht nicht beseitigt werben tann und andererseits Landesrecht immer beseitigen muß, anders wäre ber Begriff nicht bentbar, so gebraucht er bas Wort gemeinsam hier in einem anderen Sinne, als ba, wo er fagt : "Die Bundesgewalt fcaltet nicht erhaben über allen Staatsgewalten, fie ift die gemeinfame Staatsgewalt aller Staaten, die Staatsgewalt fammtlicher verbundeter Staaten und barum auch eines jeden Staates" (S. 33); "Die Bundesgesetzgebung wirkt innerhalb jedes Staates als Landesgesetzgebung" (S. 19); ober "das Reich fibt innerhalb jedes Staates das Landesgesetzgebungsrecht; das Reichsgeset ift Bestandteil bes Landesrechts" (S. 41). Auf diese Sätze das Wort gemeinsam angewandt, bebeutet es nichts anderes, als übereinstimmenb, nicht einbeitlich, fonbern gleichheitlich. Sepbel felbst fagt bezüglich bes Begriffes "Uebereinftimmung ber Gesetgebung" in Art. 35 3) ber Reichsverfaffung, übereinstimmenbe Gesete bebeuteten im Bollvereinigungsvertrage, bem biefe Wendung nachgebilbet ift, wie auch ber Wortfinn fei, nicht einheitliche, fondern gleichheitliche Gefete 1). Warum foll bier anderes gelten? Wirft

4) 6. 248.

¹⁾ Bayerifches Staatsrecht Bb. II S. 343: "Das Berhaltnis bes Reichsrechtes zum Lanbesrechte ift nicht ein Berhaltnis bes höheren Rechtes jum nieberen in bem Sinne, als ob bas Reichsrecht von höherer Abkunft wäre als das Landesrecht. Das ist ebensowenig der Fall wie etwa im Berhältnisse des Staatsverfassungsgesetzt zum einkachen Staatsgesetz der beiber zur königlichen Berordnung. Es handelt sich nicht um einen Borzug der Rechtsquelle, sondern nur um einen Borzug der Rechtsform".

2) Baher. Staatsrecht Bd. II S. 848.

3) "Die Bundesstaaten werden ihr Bestreben darauf richten, eine Uedereinstimmung der Gessetzung auch dieser Gegenstände (Branntwein und Bier) herbeizussühren".

bas Bundesgeset innerhalb eines jeden Staates nur als Landesgeset, so ift es tein einheitliches. tein Gesammtgeset, sondern eine Summe gleichheitlicher, übereinstimmender Landes- b. h. Sonbergesete. Wirkt aber bas Reichsgesetz nur als ein solches Sonbergesetz, so kann es nicht zugleich ein einheitliches, ein Gefammtgefetz sein. Ist dies aber richtig, so kann durch Landes= gefet Reichsgeset aufgehoben werden. Dies nimmt aber Sepbel felbft nicht als zu Recht beftebend an. Somit ergibt fich, bag fich ber Rechtsfat bes Art. 2 vom Borgeben ber Reichsgefete eben boch nur burch Konstruktion bes Reiches als korporativen Berband erklären läßt; gar nicht zu reben bavon, daß das andere Resultat auch wieder dem Artikel 78 Abs. 1 widersprechen wurde. hienach erfolgen Abanderungen ber Reichsverfassung im Wege ber Gesetzgebung b. b. ber Reichsgesetzgebung, bies bebeutet aber: also nicht blos im Bege bes Bertrages und bamit übereinstimmenden Landesgesetes, aber auch nicht im Wege einseitiger Aufhebung einer Beftimmung ber Reichsverfaffung burch Rullifitation berfelben Seitens ber Ginzelftaaten.

Bas bann bie Grunde angeht, welche bafür sprechen, bag bas Deutsche Reich nicht nur eine Staatentorporation, sondern fogar ein Staat ift, so liegen Belege für alle brei Staatselemente, für bas Borhandensein einer besonderen Berrichaftsgewalt, besonderen Staatsgebietes und befonderer Staatsangehöriger vor. In ber erften Richtung tommt Art. 41 ber Berfaffung in Betracht, ben wir schon in anderer Richtung 1) verwerteten. Wenn Art. 41 ber Reichsverfassung die Hoheitsrechte, welche ben Bundesgliebern bei Anlegung von Reichseisenbahnen burch ihr Gebiet verbleiben, als Landeshoheitsrechte bezeichnet, so ift babei als Gegensat boch Reichshoheit gebacht, wie solche eben in ber Besugnis bes Reiches zum Ausbrude gebracht ift, felbft gegen ben Biberfpruch von Bunbesgliebern burch beren Gebiet Gifenbahnen anzulegen. Sobeitsrechte haben aber nur Staaten, nicht auch Staatsverbanbe.

Dazu tommt bann bezüglich ber Frage eines besonderen Staatsgebietes zunächt, bag bie Einwohner bes Bundesgebietes im Gingang ber Reichsverfaffung unter bem Namen bes beutschen Bolles zusammengefaßt und in Art. 29 bie Mitglieber bes Reichstages als Bertreter bes gesammten Boltes bezeichnet werben. Sepbel erkennt felbft an2), baf mehr ba= für fpricht, in Art. 29 unter bem gesammten Bolle nicht bas Staats=, sonbern ein Reichs= voll zu versteben, benn bas Wort Bolt ift in ber Rusammensehung Bollsvertretung als ein angefiebeltes, somit als ein Staatsvoll gebacht. Außerbem hat bas beutsche Reich aber fcon Gebiet gehabt, welches teinem beutschen Bundesftaate angehorte und auch nicht eigene Gebietshoheit befaß. Bir benten hier nicht an die beutschen Schutgebiete ober an bas Reichsland, ebe es zu einem Bestandteil bes beutschen Bunbesgebietes erklärt mar. Alle biese Gebiete hatten u. E., was hier nicht näher zu verfolgen, von ihrem Erwerbe burch bas Reich an völkerrechtliche Berfonlichkeit, bemgemäß Staatseigenschaft und Gebietshobeit. Sonbern wir meinen Belgoland in ber Beit von feiner Besitsübergabe an Deutschland bis zu feiner Gin= verleibung in Preugen durch preugisches Geset vom 18. Febr. 1891. Bahrend biefer Beit war Heichsland nur Reichsland und zwar Reichsnebenland, weil es nicht zum Bundesgebiete gehörte, aber boch in anderer Form als Elfaß-Lothringen vor 1. Jan. 1874, nämlich wohl ftaatsrechtliches Rebenland in bem Sinne, daß bas Reich bort Gebietshoheit ausübte, nicht blos völkerrechtliche Bertinenz, aber nicht Nebenftaat, b. h. ohne besondere völkerrechtliche Berfonlichkeit, wie fie für Elfaß-Lothringen schon vor 1. Jan. 1874 bestand, sondern es war lediglich Reichsproving. Die Motive zum Reichsgesetze betr. Die Bereinigung Selgolands mit bem Deutschen Reiche vom 15. Deg. 1890 erkennen bas mit ben Worten an, bag, von anderen Erwägungen abgefehen, angesichts ber geringen Größe und ber niedrigen Bevöllerungsziffer der Insel "die Bilbung eines neuen eigenen Staatsverbandes" aus der Insel nicht in Frage tommen tonne, Helgoland vielmehr einem anderen Bundesftaate einzuverleiben fei. Daß für

^{1) 6. 135.}

²⁾ Rommentar S. 191 unb 192,

Helgoland vorher keine besondere Bölkerrechtssähigkeit und damit keine Staatsnatur bestand, ist damit bestätigt und so bildete Helgoland in jener Beit ein Gebiet, über das dem Reich eine Gebietshoheit zustand, welche nicht als Gebietshoheit irgend eines Gliedstaates, sondern als eine davon verschiedene Gebietshoheit angesehen werden mußte. Eigene Gebietshoheit setzt aber eigene Staatsnatur voraus.

Endlich tennt unser Reichsrecht aber Reichsangehörige im Sinne von Unterthanen, bie bem beutschen Bundesgebiete zugehören, ohne zugleich Angehörige eines beutschen Bundesstaates zu sein. Wir haben in dieser Richtung früher 1) schon § 1723 bes Bürgerl. Gesethuches ange= führt, wornach die Chelichteitserklarung eines unehelichen Rindes, beffen Bater ein "Deutscher" ift, ber teinem Bunbesstaate angehort, burch ben Reichstanzler erfolgt. Bir tonnen hier noch § 1936 besfelben Befethuches hinzufügen, welcher bezüglich bes fubfibiar eintretenben Erbrechtes bes Fistus in Abs. 2 bestimmt : "War ber Erblaffer ein Deutscher, ber teinem Bunbesftaat angehörte, so ist ber Reichsfistus gesetzlicher Erbe." Diese Bestimmungen erklären fich aus ber Abanderung, welche das Schutgebietsgeset vom 17. April 1886 durch Novelle vom 15. Marg 1888 erfuhr. Bis babin ftimmten bie reichsgefetlichen Bestimmungen über Erwerb und Berluft der Reichs- und Staatsangehörigkeit vortrefflich zur Auffassung des Reiches als gesellschaftlicher Staatenbund. Der Sat, baß die Reichsangehörigkeit mit ber Staatsange= hörigkeit erworben und verloren werbe, stand ohne Ausnahme ba. Mit Recht konnte man fagen: hienach gibt es teine felbständige Reichsangehörigkeit; es fehlt das besondere Rechtsfubjekt, die Korporation, der befondere Staat, dem man als Reichsangehöriger zugehören follte. Die Reichsangebörigkeit ist nur ein Teil ber Staatsangebörigkeit. Benn ber Einzelne ber Bundesgewalt geborcht, geborcht er ihr als der von seinem Stagte bestellten Gewalt, geborcht er seiner eigenen Staatsgewalt2). Allein § 6 ber Rovelle von 1888 bestimmt nun, bag Ausländern, welche fich in den Schutgebieten niederlaffen, fowie Eingeborenen derfelben die Reichsangehörigkeit vom Reichstanzler ober einem von ihm ermächtigten Beamten erteilt werden tann. Hiemit ift eine unmittelbare Erteilung ber Reichsangehörigkeit ins Leben gerufen. ber Regel nach nur eine Naturalisation als Angehöriger eines Bundesstaates stattfinden kann, welche erst als Rolge den Erwerb der Reichsangehörigkeit herbeiführt, wird hier eine Reichs= angehörigleit ohne gleichzeitiges Entstehen einer Gliedstaatsangehörigleit geschaffen, eine Reichsangehörigkeit, die außer aller Berbindung mit irgend welcher Gliedstaatsangehörigkeit steht. von jeber folchen Rugehörigkeit zu einem einzelnen Bundesstaate völlig losgelöst ift, währenb es nach ber Theorie Sepbel's nur eine Reichsangehörigkeit geben tann, bie in ber Staatsangehörigkeit mitenthalten ift. Sepbel behauptet allerdings, auch in diesem Falle liege keine bloße Reichsangehörigkeit vor, da sich diese Reichsangehörigkeit mit der Schutzgebietsange= hörigkeit verbinde 3), benn, wie er bies einmal in einer Darstellung des Schutzgebietsrechtes in ben "Münchener Neuesten Nachrichten" naber ausführte, bie Gingeborenen, welche naturalifiert würden, seien bereits Angehörige und die Ausländer, welche naturalisiert würden, würden Landesangehörige ber Schutgebiete, benn fie feien ber Staatsgewalt in ben Schutgebieten unterworfen und gur Staatsangeborigfeit fei juriftisch weiter nichts notig als Unterworfenheit unter die Staatsgewalt. Allein zugegeben, daß in halbzivilifierten Sanbern, wie es die beutschen Schutgebiete find, die Staatsangeborigkeit lediglich auf bem Prinzip ber Rieberlaffung beruht, fo gehört boch zum Begriffe ber Reichsangehörigkeit im Sinne ber Theorie bes gefellichaftlichen Staatenbundes nicht blos Rugehörigkeit zu irgend einem vom Bunde beherrichten Staate, fonbern Bugehörigkeit zu einem Staate, ber Glieb bes Bunbes ift. Die beutschen Schutgebiete find aber nicht beutsche Glieb-, sondern beutsche Rebenftaaten und bann gilt biese Bestimmung bes § 6 ber Gesehesnovelle vom 15. Marz 1888 gemäß bes Umstandes,

¹⁾ S. 111. 2) Bergl. Seibel, Bayer. Staatsrecht Bb. I S. 298, Kommentar S. 49. 8) Bayer. Staatsrecht Bb. I S. 294 N. 4.

bağ baş Gouvernement Kiautschou burch taiserliche Berordnung vom 27. April 1898 jum beutschen Schutgebiete erflart wurde, auch für Riautschou. Sier tann aber bas beutsche Reich gar teine Schutgebietsangehörigen erwerben, benn es fehlt ihm eigene Gebietshoheit und obenbrein ift ausdrücklich bestimmt 1), daß die bort wohnenden Chinesen auch rechtlich Chinesen geblieben find; Deutschland übt ihnen gegenüber nur eine völkerrechtliche Schutgewalt. Und bazu kommt : zur wahren Erfüllung ber Staatenbundstheorie im Sinne Sepbels reicht es boch nicht aus, daß, wer die Bugehörigkeit zu einem Bundesstaate besitht, auf irgend eine Beise bie Bugehörigkeit zum Bunde felbst erwirbt, sonbern bie Bugehörigkeit zum Bunde muß ipso iure mit ber Bugehörigkeit zu einem Gliebstaate gegeben fein. Selbst, wenn aber bie beutschen Schutgebiete Gliedstaaten im Sinne des Bundes- und Staatsangebörigkeitsgesets vom 1. Runi 1870 waren, so wurde biese Boraussetung nicht erreicht sein. Der Besit ber Rugehörigfeit mare lediglich eine Bebingung des Erwerbs der Reichsangehörigfeit; benn nicht mit Gintritt biefer Bedingung, fondern erft burch einen befonderen obrigfeitlichen Berleibungs= aft erwerben jene Fremben und Eingeborenen bie von ihnen überdies erft nachzusuchende Reichsangehörigkeit. Uebrigens bringt ber Gefetgeber felbst jum Ausbrud, daß in ben Fallen bes § 6 ber Novelle vom 15. März 1888 eine Reichsangehörigkeit vorliegt, bei welcher bie Frage gar nicht in Betracht zu ziehen ift, ob gleichzeitig Zugehörigkeit zu einem beutschen Ginzelftaate, sei es Bundes=, sei es Rebenftaat, gegeben ift. Denn, ware dies nicht die Anschauung bes Gesetgebers, sonbern betrachtete er bie beutschen Schutgebiete allgemein als Staaten im Sinne des Bundes= und Staatsangebörigkeitsgesets, bann wären besondere Borschriften dar= über völlig überflüffig gewesen, daß die Schutgebiete in Bezug auf die Frage der Auswanderung und der Doppelbesteuerung als Inland zu gelten hatten. Sie gelten also sonst als Ausland, nicht als Gebiet von Bundesstaaten im Sinne bes Gesetes vom 1. Juni 1870. Diese unmittelbare Reichsangehörigfeit bes § 6 bes Schutgebietsgesetes von 1888 icheint mir für bie Theorie Seybels bas Rhobus zu fein, bas Seybel felbst 2) für die Bunbesstaatstheorie Labands in ber Stellung Beffens jum Rorbbeutichen Bunbe in ben Jahren 1867 bis Enbe 1870 erblick 8). Auf den Angriff Sepbel's auf Laband und bamit auf die Frage, ob ein Staat für einen Teil seines Gebietes souveran, für einen anderen nicht souveran fein konne, haben wir bier nicht einzugeben 4). -

Am Ende ber fonstruttiven Unterscheibung ber verschiebenen Staatenverbindungen angelangt, muß noch das eine hervorgehoben werden — und dazu gibt uns gerade der zulett berührte Bunkt Anlaß —, daß wir uns bemüht haben, den Begriff der Souveränität bei unferer Ronftruftion ber einzelnen Staatenverbindungen möglichft in ben hintergrund treten zu laffen. Wir haben wohl auch von anderen Staaten übergeordneten Staaten gesprochen, aber nicht fo, baß wir für die übergeordneten gleich Souveranität in Anspruch nahmen. Denienigen, welche Souveranitat fur ben Staat als folden nicht fur wesentlich erachten, im Allgemeinen üblich, ben Unterschied zwischen gesellschaftlichem Staatenbunde und Bunbesftaate u. A. auch bahin zu bestimmen, beim Staatenbunde sei die Gliedstaatsgewalt, beim Bundesstaate bie Bentralgewalt fouveran'), allein es läßt fich fowohl ein gefellschaftlicher Staatenbund zwischen nicht souveranen Staaten, wie ein nichtsouveraner Bundesftaat über nichtsouveranen Staaten benken. Rehmen wir 3. B. an, englisch Ranaba wurbe sich im Ganzen und in seinen Teilen zu Staatscharafter erheben, aber unter ber Oberherrschaft Englands verbleiben, fo wurde Ranada einen Bundesftaat bilben, aber einen nichtsouveranen Bundesftaat. Es ift somit zutreffender, die Frage der Souveränität in der Lehre von den Staatenverbindungen nicht zu febr zu betonen. Der Bundesstaat tann, muß aber nicht souveran fein.

¹⁾ Siehe oben S. 82, 2) S. 38.

³⁾ Siehe fiber biefes Berhaltnis oben G. 25 und unten § 48.

⁴⁾ Bergl. § 48. 5) Bergl. 3. B. Laband, Bb. I S. 52.

Rum Schlusse aber noch eine allgemeine Bemerkung. In keiner Lehre tritt ber Fortfcritt ber Staatsrechtswiffenschaft in ihrer Befreiung von privatrechtlichem Denten ftarter hervor als in der Lehre von den Staatenverbindungen. Früher wurde das Berbältnis der Ueber- und Unterordnung privatrechtlich erklärt, die avocatia d. h. die staatsrechtliche Oberherrichaft bes Staates als eine Servitut ober Quafiservitut am Unterstaate aufgefaßt 1). Seute hat man ertannt, daß ja der Unterstaat für den Oberstaat nicht fremdes, sondern eigenes Gebiet ist und daß der Oberstaat, wenn er auch aktuell nur eine beschränkte Staatsgewalt übt, boch potentiell nicht nur beschränkte, sonbern allgemeine Befugnis über ben Unterstaat hat. Der Berfuch von Trieps 1), bas Berhältnis bes Deutschen Reiches zu seinen Gliebstaaten auf biefe Grundlage zu ftellen . b. b. zu behaupten , bas Reich habe nur eine Servitut an ben Gliebstaaten, die Gliebstaaten seien im Besit der allgemeinen, eventuell ipso iure von allen Beschränkungen frei werbenben Herrschaft, die Bentralgewalt lediglich ber Besit einer bestimmten Summe von Seite der Einzelstaaten übertragener Einzelrechte fand daher allgemeine Aurudweifung8).

§ 30. Brattifche Bebeutung bes Unterfciebes von Bundesftaat und Staatenbund und von gesellichgeftlichem und korvorgtivem Stagtenbund. Diesen ausführlichen Erörterungen über die Theorie der Staatenverbindungen hat sich noch eine kürzere Darlegung über eine mehr praktische Frage anzuschließen. Es ist dies die Frage, ob es praktische Bedeutung hat, Staatenbund und Bundesstaat und innerhalb des Staatenbundsbegriffes gesellschaftlichen und korporativen Staatenbund zu unterscheiben, benn bas ift ja unleugbar: burch ihren gemeinsamen Charafter als Bund b. h. als eine Bereinigung zu gemeinschaftlicher Ausübung von Hoheitsrechten stehen sich diese brei tonftruttiv verschiedenen Arten von Staatenverbindungen praktisch sehr nahe, indem im Allgemeinen dieselbe thatsächliche Wirkung eintritt, ob diese gemeinsame Ausübung nun sozietätsartigen Charafter ober ben ber Ausübung einer Aorporation- ober Gesamtstaatsgewalt bat. Indes ergeben sich aus der verschiedenen juristischen Ratur ber brei Berbindungen doch auch praktische Unterschiede. Sie führen zunächst darauf zurück. bag ber Gliebstaat im Bunbesstaat eine gang andere Stellung einnimmt als im korporativen und um so mehr als im gesellschaftlichen Staatenbund.

Wir muffen in diefer Richtung von der verschiedenen Stellung ausgehen, welche bas Individuum im Staate und in einem Bereine einnimmt. Dem Staat steht das Individuum als Staatsangehöriger gegenüber, b. h., soweit nicht besondere Ausnahmen gemacht find, mit ber gangen Berfonlichteit. Es ift bie Möglichkeit gegeben, bag ber Staatsangehörige im Berhältnis zum Staate nur als Objekt, nicht auch als Subjekt von Rechten erscheint. Bei einem Bereine bagegen ist die Subiektsstellung bes Mitgliedes bas überwiegende. ist wohl auch Objekt ber Bereinsgewalt, aber in erster Linie steht bas einem Bereine angehörende Individuum der Bereinsgewalt mit einer felbstständigen Rechtssphäre gegenüber. Dem Staate gehort man mit ber gangen, ber Korporation nur mit einem Stud seiner Berson-Dem Bereine gegenüber ift man nicht blos Mitglied, sondern auch Nichtmitglied. Im Staate spricht die Bermutung für Unterordnung, in der Korporation für Freiheit. Dort ift man Unterthan, bier Mitglieb4).

Das Gleiche gilt nun im Berhältnisse bes Einzelstaates zu Staatenbund und zusammengesettem Staat. Dem forporativen Staatenbunde fteht bas Bundesglied mit ber Brafumtion der Freiheit von Unterordnung gegenüber: dem zusammengesesten dagegen mit der der Unter=

¹⁾ Bergl. die Belege bei Clauß a. a. O. S. 41 ff.
2) Das Deutsche Reich und die beutschen Bundesstaaten, Braunschweig 1890.
3) Hänel, Bb. I S. 56; Preuß, Archiv für öffentliches Recht Bb. 6 S. 581; Rehm, Kritische Viertelzahrsschrift Bb. 38 S. 389 ff.
4) Siehe auch Gierke, Deutsches Privatrecht Bb. I S. 495.

ordnung, soweit nicht aus dem Charafter des Oberstaates als eines Bundesstaates sich Schranken ber Unterordnung ergeben. M. a. 28.: beim torporativen Staatenbunde ist der in dem Bunde befindliche Staat Mitalied, beim Bundesstaate dagegen Unterthan. Die Bundesgesetse wirken gegenüber ben Gliebstaaten im Bunbesftaate nicht anders als gegenüber bem einzelnen Bunbesunterthanen. Im Deutschen Reiche gibt es Reichsgesete, welche fich nur an die Staaten und ibre Beborben und nicht an bie einzelnen Unterthanen wenben. Sie find ebenso erlaffen, wie bie an bie Reichsangehörigen gerichteten, und verpflichten bie Bliebstaaten ebenfo, wie bie einzelnen Reichsbürger, 3. B. bas Reichsgeset vom 9. Juni 1895 über ben Beiftand bei Einziebung von Abgaben und Bollstreckung von Bermögensstrafen 2) ober bas vom 25. März 1899 wegen Berwenbung überschüssiger Reichseinnahmen zur Schulbentilgung. In bem erften Gefete ift von Rechten und Bflichten ber Beborben verschiebener Bunbesstaaten, in bem letteren nur von den Matrifularbeiträgen und Ueberweisungen der Bundesstaaten, in beiden also nicht von Rechten und Bflichten von Ginzelunterthanen bie Rebe.

Unsere Erwägungen gipfelten in bem Sape : beim Staate spricht die Bermutung für Unterordnung, beim Bereine für Freiheit. Bon biesem Bringipe aus ergeben fich nun Unterschiebe für die praktisch möglichen und auch zum Teil schon praktisch geftreiften Fragen bes Austrittes und ber Bernichtung von Mitgliebern, sowie ber Art ber Entscheibung von Streitigkeiten amischen Bund und Bundesglied.

Beim torporativen Staatenbunde ift mangels besonderer Bestimmung's) jederzeit Austritt möglich. hier fteht ber Bundesftaat ber Gefammtperfonlichkeit nur als Mitglied gegenüber. Unders bagegen beim Bundesstaatsverhältnisse. Hier ist ber Teilstaat nicht blos Gliebpersonlichkeit, sondern ein Teilobjekt der Gebietshoheit des zusammengesetzten Staates. Dieser hat bemgemäß Herrschaft über den Teilstaat als einen Teil seines Gebietes; bemgemäß ist Austritt bes Gliebstaates ohne Rustimmung bes Gesammtstaates nicht möglich.

Und ebenso zeigt sich ber Unterschied in ber Frage ber Vernichtung bes Bunbesgliebes. Es ift benkbar, daß auch dem korporativen Staatenbund das Recht eingeräumt ift, Frieden zu schließen. Allein damit bat er nicht das Recht, einen Witaliedsstaat an einen andern Staat abzutreten. Damit wäre ja die ganze Rechtspersönlichkeit des Bundesgliedes aufgeopfert, was dem Grundsah widersprechen würde, daß das Witglied eines Bereines diesem auch als Richt= mitglieb, b. h. als unabhängige Personlichkeit gegenübersteht. Anderes gilt bagegen beim Bunbesstaate als einem zusammengesetzten Staatswesen. Hier kann ber Gliebstaat vernichtet werben, wenn bas Recht bes Friedensichlusses an ben Gesammtstaat verlieben ift, benn ber Gliebstaat steht hier bem Staatsangeborigen gleich und ihn tann ber Staat für seine Zwede aufopfern.

Man hat dem gegenüber in verschiedener Begründung behauptet, diese Konsequenz widerspreche bem Bunbescharafter unserer Staatenverbindung. So sagt v. Sevbel4), ein ewiger Bund werde von den Staaten nicht zum Zwecke ber Selbstvernichtung, sondern der befferen Gelbsterhaltung geschloffen. Man brauche baber nicht ausbrucklich abzumachen, bag bas einzelne Bundesmitglied von der Gesammtheit nicht seines staatlichen Daseins beraubt werben konne. Allein basselbe ließe sich auch von einem Staate fagen, welcher, wie bies bei Pflanzerstaaten vorkommt 5), durch Bertrage von Individuen gegrundet wurde. Auch hier grunden die Rusammentretenden den Staat zum Awede ihrer besseren Selbsterhaltung und

4) Rommentar S. 421.

¹⁾ Diefe Unterthanenftellung bes Gingelftaates im Bunbesftaat weift Otto Da per auf Grundlage seiner Theorie energisch zurud; Bb. II S. 465.

2) Bergl. oben S. 113.

3) Eine solche ware Begründung bes Bundes auf ewige Dauer. Darin liegt Ausschluß von Kindbigung und einseitigem Rücktritt. Bergl. v. Sten gel, Jahrbuch S. 1134.

⁵⁾ Bergl. Jellinet, Die Ertlarung ber Menichen- und Burgerrechte (Leipzig 1895) S. 34, Sendel in den Annalen 1898 S. 326 ff. und unten § 68.

boch hat auch ein folder Staat unangezweifelt bie Rechtsmacht , feine Angehörigen , wenn es not thut, bem allgemeinen Beften aufzuopfern.

Eine andere Begründung ist dann biese 1). Nach dem Wesen des Bundesstaates als eines Bundesverhältniffes ftünden fic alle Gliebstaaten als gleichberechtigt gegenüber *). Es konnten fomit ben Einzelstaaten ohne ihre Ruftimmung burd Reichsgeset Sobeitsrechte nicht entzogen werben, welche ben übrigen Gliebftagten gelaffen wurben. Sieraus aber ergebe fich, baf bie Einzelstaaten um so weniger ohne ihre Bustimmung ganz aufgehoben, mit anderen vereinigt ober zu Reichsland erklärt werben könnten. Allein aus dem Umstande, daß Staaten, solange sie befteben, anderen Staaten gleich behandelt werden, folgt noch nicht, daß fie ebenfo lange, wie biefe, bestehen muffen. Ein Bund von Staaten erforbert begrifflich wohl Gleichberechtigung ber zum Bund vereinigten Staaten in Bezug auf die gemeinsame Ausstbung ber Hoheitsrechte, aber er erforbert nicht, daß die Rahl ber gleichberechtigten Staaten immer die gleiche bleibt. Gin Recht auf Eristens läßt sich somit aus dem Bundescharafter des zusammengesetzten Staates nicht ableiten, ebensowenig, wie aus bem Sabe, baß Sonberrechte einem Staate nicht ohne seine Ginwilligung entzogen werben tonnen, abgeleitet zu werben vermag, bag bie Staatsnatur biefes Staates unentziehbar fei 3). Diefer Schluß ist so wenig zwingenb, wie ber : es konne jemandem burch Berwaltungsatt nicht bas Leben genommen werden, weil es gemäß Reichsgewerbeordnung § 143 ungulaffig fei, ihm burch folden Alt fein Recht gum Gewerbebetriebe gu entziehen. Daraus, daß jemand ein Recht zusteht, folange er existiert, folgt noch nicht, daß er ein Recht auf Eriftens befitt.

Gin britter Buntt, worin fich ber Unterschied zeigt, ift bann bie Art und Beise, in welcher Streitigkeiten zwischen ber Gesammtheit und ben Einzelftaaten entichieben werben. R. B. es handelt fich um die Frage, ob bezüglich einer Gefetgebungsmaterie ber Gefammtheit ein einzelftaatliches Sonberrecht vorliegt ober nicht. Aus ber Natur ber Sonberrechte in einer Gemeinschaft folgt gewiß ber Sag, bag biefelben nicht ohne Buftimmung bes Sonberberechtigten von ber Gemeinschaft beeinträchtigt werben konnen, ein Gebanke, welcher im Deutschen Bürgerl. Gefetbuch § 35 für das Bereinsrecht ausdrückliche Anerkennung fand. Aber eine andere Frage ift, ob es diefer Zustimmung auch bedarf, wenn Streit darüber besteht, ob ein einem Witglied austehendes Recht ben Charakter eines Sonberrechts besitze. Beim korporativen Staatenbunb wird eine folde Buftimmung ju verlangen fein, benn bier fteht bas Mitglieb bem Berband grundfatlich als Nichtmitglied gegenüber. Streitigfeiten über biese Frage konnen bemgemäß nur gütlich, im Bege diplomatischer Berhandlung erledigt werden. Anders bagegen im Bundesstaate. Hier steht der Unterstaat grundsählich in dem Rustand der Abhängigkeit. Hier kann bei Streit also ber Bundesstaat allein entscheiben. Das Analogon liegt in ber Art und Beise vor, wie die Frage der Berfassungsänderung innerhalb eines Staates zu behandeln ift. Für die Ab-

¹⁾ Laband, Bb. I S. 101 nnb 114.
2) Rosenberg, Staatsrechtliche Stellung Elsaß-Bothringens S. 49, begründet diese Ansichaumg unmittelbar aus dem Bundescharafter, also nicht erst auf dem Umwege der daraus solzgenden Gleichberechtigung. Sin Bund von Staaten seize begrifflich eine Mehrheit von Staaten voraus, ein ewiger Bund sei ohne ewige Staaten nicht denkommen. Durch die Eingangsworte der Reichsversassung set die Gwigleit der Bundesstaaten im juristischen Sinne, d. h. ihr Recht auf Existenz versassungsmäßig garantiert. Allein aus dem Bundescharafter solgt lediglich die Notwendigseit einer Mehrheit von Staaten, aber nicht die Notwendigseit einer bestimmten Anzahl von Bundesstaaten. Dasselbe ist gegenüber Jorn zu demerken. Dieser leitet das Recht der Bundessslieder auf Existenz daraus al, daß der Bundesstaat ein Staat mit einem aus Staaten organiserten Täger der Staatsgewalt set. Misse der Bundesstaat ein Staat mit einem aus Staaten destehen, so hätten diese letzteren ein Recht auf Existenz, d. h. Schuß dagegen, daß sie einzeln oder insgesammt vernichtet, mediatisert wörden (Bd. I S. 70, 88, 90, 136, 187).

3) Diesen Schuß macht Rose nur Recht dus mit Recht v. Sen del, Kommentar S. 34, Graß mann, Annalen 1898, S. 744.

Annalen 1898, S. 744.

änderung der Verfassung gelten nach unserem positiven Rechte erschwerende Bedingungen, insbesondere ist erhöhte Majorität bei Abstimmung im Parlamente notwendig. Allein diese erschwerenden Bedingungen müssen nur hinsichtlich der Frage angewendet werden, ob die Versassung zu ändern sei, nicht bezüglich der Vorfrage, ob es sich in der einzelnen Angelegenheit überhaupt um eine Aenderung der Versassung handele. Bezüglich dieser entscheidet einsache Stimmenmehrheit.

Roch erübrigt, praktische Unterschiede zwischen korporativem und gesellschaftlichem Staatenbunde sestzustellen. In dieser Beziehung gilt vor Allem, daß beim gesellschaftlichen Staatenbunde mangels besonderer Bereinbarung zur Abänderung der Versassung die Zustimmung aller Bundesglieder notwendig ist, beim korporativen dagegen von den Ausnahmen abgesehen, welche sich aus dem Wesen der Korporation als eines Bundes und aus den Bundeszwecken erzgeben, es lediglich der Zustimmung der einsachen Mehrheit derselben bedars?). Und ebenso ist deim sozietätsartigen Staatenbund im Zweisel Ausschlüßen Bundesgliedes wider dessen Willen unzulässig, deim korporativen dagegen skatthaft. Beides solgt aus der Natur der dertessen Berbindung. Der Gesellschaftsbund ist ein Berhältnis nur unter Gleichberechtigten, somit kann man von einem Gesellschafter nicht dadurch, daß man ihn aus der Gesellschaft ausschließt, sondern lediglich durch eigenen Austritt aus der Gesellschaft loskommen. Beim korporativen Staatenbunde dagegen besteht eine Gemeinschaftsgewalt über die Witzlieder. Derzselbe kann sich somit der Zugehörigkeit von Witzliedern entledigen, deren Witzliedschaft den Korporationszwecken zuwiderläuft. Denn die Gewalt des Bereines reicht grundsählich soweit, als der Bereinszweck.

Dagegen stimmen beibe Arten ber Staatenverbande barin überein, baß bei ihnen im Bweifel einseitiger Austritt statthaft ist und Streitigkeiten zwischen Bund und Bundesglied im Bege gutlicher Einigung erledigt werden.

Jünfter Abschnitt: Die Schranken der Sonveränität.

§ 31. Den Staatsbegriff haben wir mit dem Bisherigen soweit geförbert, daß wir an sich dazu übergehen könnten, die Organisation des Staates im Einzelnen zu betrachten. Richt soweit ist aber bereits der andere Grundbegriff der Allgemeinen Staatslehre, der Souveränistätsbegriff, vorwärts gebracht. Hier sehlt noch die Erörterung der Frage, ob sich mit dem Begriffe der Souveränität Schranken vereinbaren lassen, eine Erörterung, welche für eine Reihe späterer Untersuchungen von Bedeutung und darum als eine Frage ganz allgemeiner Natur noch voranzustellen ist.

Daß mit bem Staatsbegriffe als solchem Beschräntungen verträglich sind, ergibt sich für uns schon aus dem Umstande, daß wir nichtsouveräne, also abhängige Staaten als positiverechtliche Erscheinungen anerkannt haben. Die abhängigen Staaten sinden in der Gewalt der übergeordneten Macht notwendig Schranken. Allein es fragt sich, ob auch der unabhängige, ber souveräne Staat rechtlichen Beschränkungen unterliegen kann.

Man hat dies in größerem ober geringerem Umfange geleugnet; entweder soweit, baß

2) Bergl. auch Gierte, Deutsches Privatrecht Bb. I S. 502.

¹⁾ Bergl. Gaupp, Staatsrecht des Königreichs Württemberg 2. Aufl. (Freib. und Leipzig 1895) S. 110; Laband, Bb. I S. 246; Hand, S. 258 ff.; Georg Meyer, S. 168 N. 10.

— Etwas anderes ist natürlich die politische Folge dieser Rechtslage. Diese macht den Bestand von Reservatrechten im Bundesstaate prekar. Denn um ein Reservatrecht ohne Schwierigkeit zu beseitigen, kann die Mehrheit erklären, es liege kein Reservatrecht vor und so ohne Justimmung des Berechtigten sein Sonderrecht vernichten. Es wäre gröbliche Verletzung der politischen Grundslage des Bundes, der Bundestreue.

man sagte, er kann gar keiner rechtlichen Beschränkung unterliegen, weber einer anberen subjektivrechtlichen, noch einer anberen objektivrechtlichen; ober wenigstens soweit, daß man sagte,
er kann durch kein anderes Rechtssubjekt, wohl aber durch über ihm stehendes objektives Recht
eingeengt werden. Ober um die beiden Anschauungen konkreter wiederzugeben: Die eine Meinung sagt, der Souveränität widerspricht jede rechtliche Schranke, die andere, der Souveränität widerspricht jede rechtliche Beschränkung durch eine andere physische Gewalt.

Allein beibe Anschauungen geben zu weit. Beibe werben wohl aus bem Souveränitäts= begriff abgeleitet, aber aus einem mehr aprioristischen als empirischen. In der ersten Richtung sagt man, Souveränität ist der oberste, höchste, also von jeder anderen Willensmacht unabhängige Bille. Demgemäß kann ber souverane Bille nicht Rechtsschranken unterstehen. Denn ift ber souverane Bille böchfter Bille, so kann er nur Quelle bes Rechtes sein, nicht aber bas Recht zur Quelle baben 1). Die Unrichtigleit biefer Anschauung ergeben ihre Ronseguenzen. Dieselbe wird hauptfächlich von Schriftsellern vertreten, welche in der Souveranität ein wesentlices Merkmal bes Staatsbegriffes feben, für bie also Souveranität und Staatsgewalt ibentifch ift. Dieselben fagen, es gibt Recht nur im, nicht vor, außer und über bem Staate, alles Recht führt auf ben Staatswillen gurud'2). Sieraus folgt bann nicht nur, bag ber Staat lebiglich eine Thatface, feine rechtliche Erscheinung ift, also fich rechtlich nicht konstruieren läßt, sonbern auch, baß es tein gegenüber bem Staat felbftanbiges Rirchen- und Bolterrecht gibt. Entweber fagt man, Rirchen- und Bollerrecht find überhaupt nicht Recht, ober man fagt, bas Rirchenrecht ift Recht nur infolge ausbrücklicher ober stillschweigenber Ausstattung mit Rechtstraft burch ben Staat, also in Bahrheit staatliches Recht, und das Bollerrecht ist Recht nur soweit, als es ber Staat anerkennt, also fich ihm freiwillig unterwirft, m. a. 28. nur soweit, als es ber Staat zu fog. außeren Staatsrecht erhebt.

Diese Anschauung sinden wir bei den verschiedensten Schriftstellern heute wie früher vertreten. Wie einst Ho o b e s in den nature und völkerrechtlichen Bestimmungen nur moralische Schranken der souveränen Gewalt erdlicke), so erklärt heute v. Sey de l alles Kirchenrecht lediglich für Selbstgesetzgebung, also vom Staat geduldetes Recht, und alles Bölkerrecht nur sür staatliche Selbstbeschränkung). Allein es gibt auch Recht außerhalb des Staates. Das Recht der katholischen Kirche gilt auch in staatenlosen Gedieten von dem Moment an, wo der erste Wissionar dahin seinen Juß setzt und das Gediet dadurch zum Wissionsgediet wird. Gilt es aber dort ohne staatliche Anertennung, so beruht auch in Staatsländern seine Giltigkeit nicht auf staatslicher Anertennung. Es gilt, ob es der Staat anertennt oder nicht. Und was das Bölkerrecht betrifft, so wird gegenüber dem einzelnen Staate nicht blos das Bölkerrecht angewandt, welches er anertennt, sondern auch dassenige, welchem er die Anertennung verssagt. So gilt sür jeden Staat, ob er sie anertennt oder nicht, die Berpslichtung, Eigentum seindlicher Unterthanen im Landkrieg unversehrt zu erhalten, für jeden Staat, ob er will oder nicht, der Sab, daß, wenn er den obligatorischen Bertrag nicht erfüllt, er auch seinerseits nicht

¹⁾ v. Sey bel in den Annalen des Deutschen Reiches 1898 S. 323 Bb. 333; ähnlich Ansschütz, Berwaltungsarchiv Bb. V 1897, S. 18 ff.; Bruno Schmidt, Der Staat S. 76 ff., "Der Staat als Schöpfer, nicht als Unterthan des Rechts" u. A.; auch im Ausland, z. B. Hols and, S. 38 und 46 f., Burgeh, Bb. 1 S. 53 f.

2) Siehe vorige Note. Schmidt zieht hieraus sogar die Konsequenz, daß es im Staate nur Rechtsverklästinssse zuweichte Index von der Ausland zu der Staat und Individuen gibt (S. 98).

²⁾ Stehe vorige Note. Schmitt zieht hieraus jogar die Kontequenz, daß es im Staate nur Rechtsverhältnisse zwischen Individuen, nicht zwischen Staat und Individuen gibt (S. 98). Dann haben also nur die Staatsorgane, nicht der Staat Rechte gegen die Unterthanen (S. 95) und doch soll jede Handlung des Staates nur so angesehen werden, als handle der Staat selbst, die eigene Person des Organes hinter der des Staates verschwinden (S. 99, 100). Wäre es da nicht besser, gleich zu sagen, es gibt überhaupt kein dssentliches Recht? Freilich gäbe es dann auch keine "össentlich-rechtsiche Studie" von Brund Schmidt über den Staat.

³⁾ S. Geschichte S. 248. 4) Bayerisches Staatsrecht Bb. III S. 480, Bb. S. 284 und Annalen bes beutschen Reiches 1898 S. 38. Aehnlich v. Treitschte, Politik Bb. I S. 37, 102, 195.

Erfüllung besfelben forbern tann. Wie ware fonft bie verpflichtenbe Kraft ber vollerrechtlichen Berträge zu einer Beit, wo ber eine Kontrabent nicht mehr baran gebunden sein will, zu erklären? In Wirklichkeit können sich auch die Bertreter der gegenteiligen Meinung diesem Gebantengange nicht entrieben. Go führt Rorn 1) in ber Lehre von ben Staatsvertragen zwar aus, baß ber Staatsvertrag als folcher nicht in die Sphäre bes Rechtes hereinreiche, sondern nur ein Bestandteil bes Moralgebietes sei, nichtsdestoweniger nennt er aber in anberem Rusammenhange 2) bas burch solchen Bertrag begründete Berhältnis ein Rechtsverhältnis. Und in noch viel beutlicherer Weise sagt Seybel von dem Eingang der Deutschen Reichsverfaffung, bie Borte, "ber Bund folle ein ewiger fein" hatten "rechtliche Bebeutung". Die "rechtliche Bebeutung" bes Wortes ewig liege barin, bag bas einseitige Ausscheiben eines Bunbesgenoffen lediglich aus bem Grunde, weil bie Fortbauer feinem Intereffe nicht mehr entspreche, für unzuläffig zu erachten sei. Es ist bamit boch wahrlich eine von bem Willen ber Kontrabenten nicht abhängige, also auch wiber Willen verpflichtenbe Kraft ber Verträge anerfannt, benn nach bem ganzen Rusammenhang hanbelt es sich lebiglich um Beziehungen ber Staaten zu einander. Richt bavon ift bie Rebe, daß ein Staat, wenn er ben Bertrag nicht einhalte, sein eigenes Geset verlete, sondern davon, daß, wenn er das "Bertragsverhaltnis verlete, er einen Bertragsbruch begehe" 8). Damit ift aber nur bestätigt, daß bas Bollerrecht nicht blos thatsäckliche, politische, sondern vom Willen der durch basselbe berührten Staaten unabhängige rechtliche Schranken barftellt. Das Böllerrecht ist bemnach bem Staate übergeordnet. Ist es aber bem Staate schlechthin übergeordnet, so steht es auch höher, als der souverane Staat, muß sich also auch mit Souveränität vertragen. Und in der That ist dies der Fall.

Souveränität verlangt, von der Möglichkeit der Unterfiellung unter kirchliche Gewalt ganz abgesehen, nur Freiheit von Unterordnung unter eine andere Gebietskörperschaft, b. h. Freiheit von Unterordnung unter eine Gemeinschaft, welche ihren Willen autoritativ, obrigkeitlich erzwingen kann. Dagegen ist mit Souveränität wohl vereinbar Unterworfenheit unter eine Orbnung, welche nicht autoritativ, sonbern lediglich im Wege der Selbsthilse, also nur unter Einsehung des eigenen Rechtes der Unverlehlickfeit rechtlich erzwungen zu werden vermag. Daher wird das Bolkerrecht auch von allen Staaten als ihrer Souveränität nicht Eintrag thuend anerkannt 4). Wit die beste Anerkennung als dem Staate übergeordnete Rechtsmacht hat das Böllerrecht in letzter Zeit in Art. 56 des Einführungsgesetzs zum Deutschen Bürgerlichen Gesethuche gefunden. An sich geht dieses Gesethuch von dem Sate aus, daß die privat= rechtlichen Borfdriften ber Landesgesetze außer Rraft treten, soweit Burgerliches Gesetzuch ober Einführungsgesetz nichts anderes bestimmen. Eine Ausnahme macht es für das auf Staats= verträgen der Einzelstaaten mit dem Ausland beruhende Privatrecht. Die die Staaten bindende Araft völferrechtlicher Berträge ift hieburch anerkannt. Um die Einzelstaaten nicht in völkerrecht= liche Konflitte zu verwickeln, ftatuiert ber Gesetzgeber eine Ausnahme von der Regel grund= fählichen Unterganges alles Landesprivatrechtes. Auch das sei nicht vergessen, daß die Souveränitätslehre, selbst ihr Begründer Bobin⁸), und zwar bis auf Hobbes, ohne Ausnahme mit Souveränität folde Unterordnung unter objektivrechtliche Schranken für vereinbarlich hielt.

Die Mehrzahl ber Schriftsteller nimmt feinen Anstand, im Rirchenrechte ein binfichtlich seiner Geltung von staatlicher Willigung unabhängiges ober wenigstens im Bölkerrechte ein bem staatlichen Recht übergeordnetes Recht anzuerkennen 6), aber anbererseits hält sie zum Teile jebe

^{2) 6. 20.}

¹⁾ Bb. 1 S. 498,
2) S. 20.
3) S. 83. — Wir verkennen nicht, daß Seybel, wo er die Frage grundfätzlich behandelt, unter Vertrag nur thatschiche Willenseinigung versteht. Bergl. Annalen 1898 S. 326.
4) Darüber, daß daß Recht nicht blos aus dem Staate geboren ist, sehr gut Gierke, Deutsches Privatrecht Bb. I S. 118; Merkel, Juristische Enzyllopädie Berlin 1885 Nr. 807, 827 st., und in Holtzendors Rechtsenzyllopädie, System. Teil 5. Aust. 1890 S. 6; Affolter S. 18 st.; Le Fur S. 438; Roguin a. a. D. S. 128.
5) S. Geschichte S. 229.

Bindung an die Mitwirkung einer anderen Gebietskörperschaft für nicht verträglich mit bem Souveranitatsbegriffe. Sie fieht in jeber folden Binbung an bie Mitwirkung Dritter eine Bestimmung burch fremben Billen und Bestimmbarteit burch fremben Billen auch nur in einem Buntte bebe ben Begriff ber Souveranitat auf 1). Beschränkte Souveranitat fei nicht möglich. Allein nur in dem Sinne, wie wir es fruber 2) meinten, ift mit Souveranitat Befchrantung unverträglich, b. h. nur eine babin gebenbe Beschränfung, bag bie Gebietetorperschaft teilweise unter die Berricaft b. i. Aufficht und Leitung einer anderen Gebietetorperschaft gelangt. Bir nannten das geminderte Souveranität. Beschränkung im engeren Sinne dagegen b. b. eine folche Ginengung blos, bag bie Gebietstörperschaft in einzeln en Angelegenheiten lebiglich an die Ruftimmung und Mitwirkung einer anderen Gebietskörperschaft gebunden ist. ohne ihre eigene Willensbestimmung zu verlieren, eine solche Beschränkung ist mit bem Souveränitätsbegriffe volltommen vereinbar.

Bare bies nicht ber Fall, fo tonnte bas Deutsche Reichz. B. gegenüber Breugen, bas mitseinen 17 Stimmen im Bunbesrate jebe Berfassungsänderung hindern tann, und gegenüber ben Staaten mit Sonberrechten nicht souveran genannt werden. Denn in biesen Fällen ist bas Reich an bie Mitwirkung biefer Staaten gebunden. Es läßt sich bemgegenüber ber Souveranitätsbegriff, welder jede Bindung durch fremden Willen ausschließen will, nicht dadurch aufrecht erhalten, das man, wie Rofin8) ober hanel4) fagt, es hanble fich hier um ein Internum bes Bunbesrates; bie Einzelstaaten handelten hier nicht als selbständige, dem Reiche gegenüberstehende Personlich= keiten, fondern als Glieber und Organe des Reiches; die Abstimmung des einzelnen Staates sei interne Teilnahme an der Willensbilbung des Reiches, nicht von Außen herantretende Willensbestimmung besselben. Zwar ist es gewiß richtig, daß hier ein interner Vorgang innerhalb eines Reichsorganes in Frage steht. Die Nichtzustimmung hat zur Folge, daß ein Reichsatt nicht zu Stande kommt. Aber es ist unzutreffend, zu sagen, es handle sich nur um ein Internum bes Bundesrates, nur um Teilnahme an ber Ausübung der Reichsgewalt. Es handelt fic auch um Ausübung eines Mitgliebschaftsrechtes, also um ein Recht als Mitglieb und bas Mitglieb steht bem Reiche auch als selbstänbiges Rechtssubjekt gegenüber 8). Es ift gar nicht erforberlich, daß der Berzicht auf ober die Beränberung an einem Sonberrechte gerabe im Bundes= rate erklärt wird; es kann bies auch burch einen besonderen Alt geschenes). Dann tritt mit aller Deutlichkeit hervor, bag es fich nicht blos um ein Internum bes Bundesrates als Reichsorgan handelt. Rubem ist der Bundesrat nicht einmal blos Organ zur Ausübung der Reichsgewalt, sondern ebenso Organ zur Ausübung der Mitgliedschaftsrechte am Reich. Auch die Reichsstanbschaft war nicht blos ein Recht im, sondern auch ein Recht gegenüber bem Reiche.

Sechster Abschnitt: Das Subjekt der Staatsgewalt.

§ 32. **Beariff des Subjektes der Staatsgewalt.** Das Refultat unserer bisherigen Entwidelung ift im Allgemeinen die Definition des Staates und zwar dahin, daß er eine weltlichen Aufgaben bienende Bersonengemeinschaft auf räumlicher Grunblage mit völlerrechtlicher Ber-

veränität zuerkennt. 6) So ber besondere Bertrag bes Reiches mit Bayern vom Rov. 1898 über Errichtung eines oberften Militärgerichtshofes für Bayern; f. o. S. 180 R. 1.

¹⁾ Rosin, Annalen bes Deutschen Reiches 1883 S. 270. 2) S. 68 mit S. 66. 8) A. a. D. S. 270. 4) A. a. D. S. 802. Ebenso Le Fur S. 459. 5) Jutressend Dyross, Annalen bes Deutschen Reiches 1889 S. 112 R. 4. Brie S. CXIII legt um beswillen Preußen und den sonderberechtigten Staaten teilweise Souveranität bei (bagegen mit Recht Hanel S. 204 und 802); ebenso d. Stengel, Schmoller's Jahrbuch 1898 S. 780 mb 1152. d. Treitscheitsten geht soweit, daß er siderhaupt nur Preußen und nicht dem Reiche Souvendricht

fönlichkeit sei. Dabei baben wir, wie aus Früherem 1) bervorgebt, mit ber Bezeichnung bes Staates als Gebiets torpericaft über feine rechtliche Natur noch nichts ausfagen wollen, insbesondere also nicht, daß der Staat eine Rorperschaft im Rechtsfinne, eine Rorporation fei. Wir mablten das Wort Körperschaft in der Busammensehung Gebietskörperschaft nur als turze Fassung für die Bersonenvereinigung auf räumlicher Grundlage. Run erft, nachdem die Elemente bes Staatsbegriffes aufgebaut finb, tonftruieren wir feine rechtliche Form. Der Berfuch biefer Ronftruttion ift aber gleichbebeutend mit ber Frage nach bem Subjette ber Staatsgewalt. Denn bas rechtlich wesentlichste am Staate ift bie Art, wie die in ihm vorhandenen Willensträfte gegen einander abgegrenzt find. Gine folde Abgrenzung muß vorhanden fein. Denn ber Staat ift eine Bersonenvereinigung und zwar, weil eine angefiebelte, eine auf Dauer berechnete. Gine folche Dauer ift aber nicht möglich ohne einen Willen, welcher die im Staate vorhandenen Willen abgrenzt. Es muß also ein solch abgrenzender, die Staatsgemeinschaft als folche zusammenhaltender Wille vorhanden fein 2). Diefer Wille ift ber wichtigfte Wille im Staate. In feiner rechtlichen Geftaltung muß somit auch bas Wefen bes Staates liegen. Gegen wen bieser Wille sich richtet, ist bekannt: es find die einzelnen Staatsgenoffen. Somit bleibt nur die Frage, wessen Wille dies ist, eine Frage, welche mit der nach dem Subjekte der Staatsgewalt zusammenfällt; benn bieser Wille heißt berkömmlich Staatsgewalt im objettiven Sinne8) und Subjett eines Willens ist berjenige, bem bieser Wille zu eigen ist, ober, um es in Rudficht barauf auszubruden, daß bas Subjekt vielleicht ein folches ift, welches nicht felbst einen Billen außern tann, also nur rechts-, nicht handlungsfähig ift, in beffen Ramen biefer Bille geaußert wird.

Ebe wir aber diese Frage näher in Angriff nehmen, sind hier noch brei andere Grundbegriffe anzuführen, wenn auch erst später zu erörtern, die Begriffe Träger, oberster Ausüber und Inhaber ber Staatsgewalt. Träger ber Staatsgewalt ift ber oberfte, nicht blos auf Reit berufene, sichtbare Bertreter des Subjektes der Staatsgewalt, in dessen unmittelbarem Namen im Aweifel alle ober der größte Teil der Staatsgewalt a us gefibt wird, sei es burch ihn selbst ober an seiner Statt durch Andere. Oberster Ausüber der Staatsgewalt ist berjenige, welcher in oberster Instanz die Staatsgewalt wirklich ausübt. Es kann dies das Subjett ober ber Träger ber Staatsgewalt selbst, es kann dies aber auch — und aus diesem Grunde ift ber Begriff nicht zu entbehren — ein brittes Rechtssubjett fein. Endlich ift noch zu bemerken, daß sowohl die wissenschaftliche Sprache Deutschlands wie die des Auslandes das Wort Staatsgewalt, wie schon früher 1) einmal betont, auch im persönlichen ober subiektiven Sinne⁶) zur Bezeichnung des Subjektes, des Trägers und oberften Ausübers der Staatsgewalt im objektiven Sinne gebraucht. Inhaber der Staatsgewalt ist ein Ausdruck, welcher fowohl für Subjekt, wie für Träger und obersten Ausüber, hauptsächlich aber für Träger ber Staatsgewalt üblich ift 6).

§ 33. Die Perfonlichkeitsnatur bes Staates. Wem bie Staatsgewalt zusteht, wer also Subjekt der Staatsgewalt ist, das ist für unsere heutige deutsche Sprache eigentlich schon burch bas Wort Staatsgewalt felbst entschieden. Denn ohne der Sprace Zwang anzuthun, kann Staatsgewalt boch kaum anders denn als Gewalt des Staates ausgelegt werden ?). Und in

²⁾ Bergl. auch v. Sepbel, Annalen 1898 S. 22. 4) S. 78,

³⁾ Georg Meher S. 28.

4) S. 78.

5) Georg Meher S. 13; be la Bigne be Villeneuve, Eléments de droit constitutionnel S. 6: cette autorité suprême s'appelle la souveraineté ou pouvoir souverain.

6) Rüheres über Trägerschaft und oberste Außübung der Staatsgewalt s. § 39 f.

⁷⁾ v. Send el, ber verneint, daß der Staat selbst das Subjett der Staatsgewalt ist, muß anertennen (Annalen 1898 S. 325), daß ber Sprachgebrauch, mit bem Worte Staat ben Herrichafts-träger b. h. in unserem Sinne bas Subjekt ber Staatsgewalt zu verstehen, so eingebürgert sei, daß man fich bem taum entziehen konne.

ber That geht die Auffassung unseres positiven deutschen Staatsrechtes fast ausnahmslos dabin. daß der Staat selbst das Subjett der Staatsgewalt sei. Es könnte sonst nicht, wie 3. B. im Breußischen Allgemeinen Landrechte 1), von "Rechten und Bflichten bes Staates" ober, wie in ben spateren Berfaffungsurtunden 2), von Bertretung bes Staates burch bas Staatsoberhaupt gesprochen werben. Ganz allgemein tommt es aber barin zum Ausbruck, daß die Verfassungsurtunden regelmäßig zuerft, b. h. im erften Abichnitt vom Staate und erft in einem ber folgenden vom Staatsoberhaupte fprechen 3). Hieraus geht boch beutlich hervor, daß ber Staat felbst, nicht bas Staatsoberhaupt als Subjekt ber Staatsgewalt gebacht ift.

Hur das ausländische Staatsrecht ist die Entscheidung schwieriger. Hier wird für Staatsgewalt gewöhnlich Souveränität gebraucht — nach ber geschichtlichen Entwidelung, die wir gegeben, leicht zu begreifen — ober, wenn dies nicht ber Fall ift, nicht Staats-, sondern staatliche Gewalt (political power, autorité publique) 4). Allein, wie wir alsbald sehen werben, fteht auch bas fremblandische Recht auf bem gleichen Standpuntte, wie bas Deutsche.

Wenn wir nun sagen, der Staat ist das Subjekt der Staatsgewalt, so kann, tropbem wir uns bereits mit bem Staatsbegriffe beschäftigt haben, bie Frage nicht umgangen werben, was hier, in bem Sage, die Staatsgewalt stehe bem Staate zu, unter Staat zu verstehen fei. Ift Staat hier gleichbebeutend mit Bolt? Bare bas ber Fall, bann mußten alle beutschen Staaten auf bem Prinzipe ber Bolisstaatsgewalt, ober, wie man in Anschluß an die vom Auslande übernommene konstitutionelle Staatslehre gewöhnlich sagt, auf dem Prinzipe ber Bolkssouveranität beruhen. Das widerspricht schon unserem politischen Gefühle, aber nicht blos biefem, fondern auch der Ausdrucksweise unserer Gesetzgebung. Die Gesetze nennen Staats= und Bolls- ober Nationalsouveränität neben einander. Sie legen sowohl bem Staat, wie bem Boll (peuple, people, nation) Souveranität bei 5). Es muffen also Staats- und Bollssouveranitat und damit Staat und Bolt verschiedenes fein 6). Aweifelsohne tann nun Staat nichts anderes als bie gesammte jum Staate vereinigte Bersonenmehrheit, bie Gesammtheit ber Staatsangebörigen bedeuten. Denn Staat ist eben ber Sammelname für alle Staatsangehörigen. Bas bebeutet bann aber Boll? Bir ertennen es an bem Gegenfat von Bollssouveranitat. Bollsjouveranitat hat zum Gegenfate Fürsten- und Ariftofratensouveranitat. Mit aller Deutlichfeit ergiebt bies bie frangbiische Konstitution vom 3. September 1791 Tit. III. Art. 1:

¹⁾ Der burch preuß. Berfaffungsurtunde Art. 109 aufrecht erhaltene II 18 § 1 fagt: "Alle Rechte und Pflichten bes Staates gegen seine Burger und Schutverwandten vereinigen fich in dem Oberhaupte besfelben"

Oberhaupte desselben".

2) 3. B. Württemb. Berfassungsurkunde vom 25. Sept. 1819 § 85: "Der König vertritt den Staat in allen seinen Berhältnissen gegen auswärtige Staaten"; ähnlich Oldenburg. Verf. vom 22. Nov. 1852 Art. 6 und Hamb. Ver. vom 18. Okt. 1879 Art. 22: "Der Senat vertritt den Staat in seinem Berhältnisse zum Deutschen Keiche und zum Auslande".

3) So skellt die Baher. Verf. vom 26. Mai 1818 z. B. einen ersten Titel "Allgemeine Bestimmungen" voraus, dessen § 1 lautet: "Das Königreich Bahern... ist ein souverän-monarchischer Staat" und erst im Titel II "Bom Könige, der Thronsolge, dann der Keichsverwesung" und zwar in § 2 kommt der Satz: "Der König ist das Oberhaupt des Staates, vereinigt in sich alle Rechte der Staatsgewalt und sidt sie unter den von ihm gegebenen, in der gegenwärtigen Verfassungen urkunde sestgeichten Bestimmungen aus". Sehr bezeichnend ist auch, daß in den Vundesverfassungen Vundesglied und Vundesstaat abwechselnd gedraucht werden.

4) Z. B. Verfassung von Kalisornien von 1879 Sett. 2: all political power is inherent in the people; Esmein, Elements de droit constitutionnel S. 1: l'état... est le su j et et le

the people; Esmein, Eléments de droit constitutionnel S. 1: l'état . . . est le sujet et le support de l'autorité publique.

5) So fagt die Genfer Berfaffung von 1847 Art. 1: la république de Genève forme un

des Cantons souverains de la Confédération Suisse. La souveraineté réside dans le Peuple. Ranton und Bolf find also jouveran.

⁶⁾ Das ift ber Fehler der französischen Staatslehre, daß sie zwischen Staat und Bolt oder Nation nicht genügend oder nicht konsequent scheidet. Einen Anlauf nimmt Turgeon in der Revue du droit public etc. Bd. 10 (1898) S. 26, 27. Bergl. auch Rossi a. Q. Bd. 3 (1897) S. 9 und 11. Anders in England und den Bereinigten Staaten. Hier ist zwischen State und People feste Terminologie: z. B. Holland S. 40; Burgeß Bd. I S. 1 st. und S. 50. Im Allgemeinen s. Herrnritt in Grünhut's Zeitschrift Bd. 26 (1899) S. 891 st.

La Souveraineté . . . appartient à la Nation : aucune section du Peuple, ni aucun individu, ne peut s'en attribuer l'exercice. Aft Bollssouveranität aber das Gegenteil von monarchischem und oligarchischem Staatsprinzipe, so bedeutet es, daß die Staatsgewalt nicht Ginem ober einer Minberheit, sonbern einer Dehrheit gufteht. Giner Mehrheit wovon? Bemeint ift nicht bie Mehrheit ber Staatsangehörigen, benn ba, wo Frauen von politischen Rechten noch ausgeschloffen find, tann bie Babl ber Staatsburger b. b. ber an ben politischen Rechten Teilhabenden leicht kleiner fein als die Bahl ber Nichtteilhabenden, sonbern gemeint ift die absolute Mehrheit der zur Teilnahme an den Staatsgeschäften Fähigen und bas find, wo Frauenstimmrecht nicht gilt, die erwachsenen mannlicen, wo Frauenstimmrecht ailt. alle erwachsenen Staatsangebörigen. Es liegt fomit, wo Frauenftimmrecht nicht gegeben ift, Bolfsfouveranität fcon vor, wenn die Minderheit der Staatsangehörigen an der staatlichen Geschäftsführung teil hat, benn Frauen und Rinder machen doch ben erheblicheren Teil ber Staatsangehörigen aus. Bolt bebeutet somit nicht alle Staatsangehörigen, sonbern nur alle erwachsenen ober die Wehrheit ber erwachsenen (mannlichen) Staatsangehörigen. Bolt ift nicht die Gesammtheit der Staatsange= börigen, sonbern ber Staatsbürger. Demnach find Staats- und Bollssouveränität etwas verfciebenes. Staatssouveränität neben Bollssouveränität bemnach möglich. Jebe von beiben Souveränitäten bat ihre besondere Bedeutung und wir haben auch aleich für beibe ihre besondere recht-Liche Stellung. Rommen Staats- und Bolkssouveränität neben einander vor, so ist der Staat das Subjekt, das Bolk Träger und oberster Ausüber der Staatsgewalt. In dem Sinne, daß das Bolk ber Träger, nicht, daß es das Subjekt der Staatsgewalt fei, ift es zu verstehen, wenn es nach dem Borbild ber französischen Berfassung vom 3. Sept. 1791 in ben verschiebensten Berfassungsurtunden bemotratischer Staaten heißt: "Die Souveranität gehort bem Bolle, ber Nation; alle Gewalt geht vom Bolle aus" 1). Das Gegenstüd hiezu bietet ber Eingang ber Charte vom 4. Juni 1814 mit ben Worten: "l'autorité (publique) tout entière réside dans la personne du Roi". Das Bolt ber Bereinigten Staaten von Nordamerika (the people of the United States) und die Bereinigten Staaten find nicht basselbe. Nach bem Eingang zur Unionsverfassung gibt bas Bolt ber Bereinigten Staaten nicht fich, sonbern ben Bereinigten Staaten bie Berfassung: we — the people of the United States — do ordain and establish this Constitution for the United States. Und ebenso sagt die Berfassung von Kalifornien wohl: we, the people of California, establish this Constitution, aber als Teil ber Bereinigten Staaten wird im weiteren Berlaufe nicht bas talifornische Bolt, sonbern ber Staat Ralifornien genannt (sect. 3): the State of California is an inseparable part of the American Union.

Es fragt sich aber, welche praktische Bebeutung hat es, Staats- und Bolkssouveränität zu unterscheiben. Warum machen die positiven Staatsrechtsordnungen diese Unterscheibung? Der Grund hiefür ist ein rechtlicher und ein politischer.

Wie wir gesehen haben, ist die Bahl der Herschäftsberechtigten selbst bei dem ausgebehntesten Prinzip der Bolkssouveränität nicht gleichbedeutend mit der Bahl der Staatsangeshörigen. Dazu kommt, daß nicht alle Herrschaftsberechtigten eines Sinnes, also thatsächlich ein noch kleinerer Teil, nur die Majorität der Herrschaftsberechtigten die Herrschaft führt. Dadurch ist aber die Möglichkeit gegeben, daß die Herrschenden die Herrschaft so führen, wie es ihren, nicht so, wie es dem Interesse der Gesammtheit der Staatsangehörigen entspricht. Die Statuierung einer besonderen Staats neben der Bolkssouveränität hat die Bedeutung, zu bestimmen, daß die Staatsorgane die Rechtspskicht haben, die Staatsgeschäfte im Interesse

¹⁾ Franz. Berf. vom 3. Sept. 1791 Art. 1: la souveraineté appartient à la Nation; Art. 2: . . la nation, de qui seule émanent tous les pouvoirs; franz. Berf. vom 4. Nov. 1848 Art. 1: la souveraineté réside dans l'universalité des citoyens français; belgifche Berf. vom 25. Febr. 1831 Art. 25: tous les pouvoirs émanent de la nation.

ber Gesammtheit der Staatsangehörigen, d. h. der Beherrschten, nicht im Interesse der Herrschen zu führen.

Und dazu kommt ein politischer Gedanke. Durch die Normierung einer besonderen Staatssouveränität ist anerkannt, daß es unter Umständen, nämlich dann, wenn die Träger und Aussüber der Herrschaft ihre Gewalten nicht im Interesse der Beherrschten ausüben, gerechtsertigt sein kann, daß die Beherrschten es versuchen, die Herrschter im Rechtsssinne durch Anwendung von Drohung oder Gewalt ihrer Stellung zu entsehen. In der rechtlichen Normierung des Prinzips der Staatssouveränität liegt also die politische Anerkennung etwaiger Staatsumswälzungen. Es ist damit kein Recht zu Staatsumwälzungen anerkannt, denn eine Rechtsmacht, rechtliche Handlungsfähigkeit ist der Gesammtheit der Staatsangehörigen von der Rechtswacht, rechtliche Handlungsfähigkeit ist der Gesammtheit der Staatsangehörigen von der Rechtswacht, nung nicht eingeräumt. Wohl aber ist damit anerkannt, daß Umgestaltung der thatsächlichen Herrschaftsordnung im Berhältnis zur Erhaltung der rechtlichen Herrschaftsordnung unter Umständen das höhere politische Gut darstellt, sodaß es politisch gerechtsertigt ist, wenn die Beherrschten nach Beseitigung der bestehenden Herrschaftsordnung streben, sosen die Herrschaft nach ihrer Meinung in einer ihre Interessen ernstlich gesährbenden Weise geführt wird.

Der Staat ist Willenseinigung. Er beruht auf dem Prinzipe der Zurückschrung einer ganzen Summe von Willensmächten auf einige wenige oder gar eine. Sein Zweck ist, den Willen Aller durch den Willen Weniger oder Eines zu ersehen. Er strebt nach möglichster Bereinheitlichung der Willen aller seiner Staatsangehörigen. Das ist nicht ohne den Satzereichbar, daß der Wille Eines oder einer Mehrheit als Wille Aller gilt. Auch dei der Gessellschaft kann dieser Satz zwar gelten, allein es gilt dort nur, wenn es besonders ausgemacht ist. Sonst gilt die Gesellschaften der Satz: Gesellschaftswille ist der Wille Aller. Nur aus Zweckmäßigkeitsgründen kann Anderes beschlossen sein. Im Staate dagegen herrscht Majoritätsprinzip: Der Wille der Nehrheit gilt als Wille Aller. Das ist aber das Wesen der Gessa mit persön lichteit.)

Und bazu kommt noch ein anderes Merkmal. Zum Wesen der Gesammtpersonlichkeit gehört, daß der Bestand der Gemeinschaft unabhängig von der Individualität, dem Wechsel ihrer Mitglieder ist. Auch bei der Gesellschaft kann dieser Grundsatz gelten, aber nicht ipso iure, sondern lediglich, wenn es vereindart ist. Beim Staat ist er mit dessen Wesen verbunden.

Ist der Staat aber Gesammtpersonlichkeit, also ein von den einzelnen Staatsangehörigen verschiedenes Rechtssubjekt, so ist die weitere Frage: ist diese Gesammtpersonlichkeit ein natürliches oder ein gedachtes Rechtssubjekt? Das erstere ist die Behauptung der sog. organischen oder spialen Staatstheorie³). Sie sagt, der Staat existiert wirklich, wie der Mensch. Das andere ist die Behauptung der sog. i de alistischen oder, wie sie gewöhnlich, wenn auch, wie wir sehen werden, nicht völlig zutressend genannt wird, der Fiktionstheorie. Nach ihr ist der Staat nur in der Borstellung des Menschen Rechtssubjekt, ein gedachtes, künstliches, kein

¹⁾ Gierte, Deutsches Privatrecht Bb. I S. 501.
2) Ihre Hauptvertreter Gierte, Deutsches Privatrecht Bb. I S. 468 N. 31 ff.; Regelsberger, Bandelten Bb. I (Leipzig 1893) S. 289; dazu Schmidt, Der Staat S. 11 ff. Weitere Angaben bei Gg. Maher S. 9 und 10. Hir das Ausland set Duguit, Le droit constitutionnel et la sociologie in der Revue internationale de l'enseignement 1889 und dagegen Combothecra in der Revue de droit public Bb. 5 (1896) und derselbe, La conception S. 67 und Rossina a. O. Bb. 3 S. 20 angesührt. Ueber die Stellung der Soziologen zu dieser Frage § 65.

wirklich existierenbes Rechtssubjett.

Wir wollen zunächft fragen, was ift bie Anschauung bes positiven Rechtes. Sier tann trop aller gegenteiligen Behauptungen u. E. kein Zweifel sein, daß das positive Recht auf dem Standpunkte der Fiktionstheorie steht. Ausschlaggebend erscheint uns hiefür, daß die Staatsorgane, wenn fie rechtliche Charafterifierung finden, nicht als Teile, sondern als Bertreter bes Rechtstörpers Staat bezeichnet werben. Glieber bestelben werben nur bie Staatsangehörigen genannt. Das veranschaulichen mit aller Deutlichkeit bie oben 1) angeführten beutschen Berfaffungen, wenn fie bavon fprechen, daß bas Staatsoberhaupt ben Staat nach außen vertrete, und das zeigt jeht besonders klar das neue deutsche Bürgerliche Gesehbuch. Nach bessen § 89 finden auf die juristischen Bersonen des öffentlichen Rechtes, also auch auf den Staat die Borschriften bes § 31 baselbst entsprechenbe Anwendung, wonach jeder privatrechtliche Berein für ben Schaben verantwortlich ift, ben ein verfassungsmäßig berufener "Bertreter" besselben burch eine in Ausführung ber ihm zustehenben Berrichtungen begangene, zum Schabenersat verpflichtenbe Handlung einem britten zufügt. Hieraus folgt , daß nach Bürgerl. Gesehbuch auch die Beamten des Staates als Bertreter einer juriftischen Berson zu erachten find. Beftimmung, daß Staat und privatrechtlicher Berein für Handlungen ihrer Bertreter haften, ware vollfommen überflüssig, wenn die Auffassung bes Gesetzebers babin ginge, daß die juriftische Berson Sandlungsfähigkeit befige; benn bag bas Bange für seine Glieber, bag ber Mensch für bas, was hand und Mund thun, haftet, ift selbstverständlich. Man tann bagegen auch nicht einwenden, § 26 bes Bürgerl. Gefetbuches fagt nur: "ber Borftand bes Bereines hat bie Stellung eines gesetlichen Bertreters", nicht aber, ber Borftand sei gesetlicher Bertreter bes Bereins; baraus gebe boch bervor, daß bas Bürgerl. Gesetbuch den Borstand nur analog bem Stellvertreter, nicht als einen Stellvertreter behandle. Allein indem das Gefetbuch in § 26 vor dem Sabe: "Der Borstand hat die Stellung eines gesetlichen Bertreters" noch besonders ausspricht: "Der Borftand vertritt ben Berein gerichtlich und außergerichtlich", läßt es erkennen, daß in dem Baffus "ber Borstand hat die Stellung eines gesetlichen Bertreters" ber Nachbruck nicht auf "Stellung", sonbern auf "gesetzlich" ruht. Es will bamit gesagt sein, er gilt, was ja bei seiner Bestellung durch Beschluß ber Mitglieberversammlung möglich wäre, nicht als rechtsgeschäftlich bestellter Bertreter (§ 166). Wo aber ein Bertreter, ift ein Bertretener. Es stehen sich somit Staat und Staatsorgan als verschiebene Rechtssubielte gegen= über. Bas bas Staatsorgan thut, ift bemgemäß nicht blos theilweise, sonbern ganz lediglich Handlung bes Staatsorgans. Es wird nur rechtlich als Handlung bes Staates felbst angesehen.

Allein Bestimmungen des positiven Rechtes sind ja in dieser Richtung, wo es sich um wissenschaftliche Konstruktion, um Erfassung des Wesens der Dinge handelt, nicht ausschlaggebend. An dem Wesen der natürlichen Dinge vermag das positive Recht nichts zu ändern. Es wäre also immerhin möglich, daß die organische Staatstheorie richtiger versühre.

Run fällt es ber organischen Staatstheorie so, wie sie heute vertreten wird, gar nicht mehr bei, zu sagen, die Wirklickeit des Staates und der juristischen Person überhaupt sei die gleiche, wie die Wirklickeit des Menschen. Das erkennt sie an, daß der Staat und die juristische Person kein körperliches Dasein haben, daß sie nicht Naturgeschöpse, wie der Mensch, sondern soziale Gebilde, Gebilde der Gesellschaft sind. Allein man sagt, wirklich ist nicht blos das Körperliche; wirklich kommt von Wirken und Wirkungskraft hat auch die Gesammtpersonslichkeit. Allein dieses Wirken macht nicht das Wesen des Begriffes Person aus. Person ist Willenssubjekt. Es fragt sich somit darum: hat die Gesammtpersönlichkeit einen existierenden

^{1) 6. 151 %. 2.}

²⁾ Regelsberger S. 291. Aehnlich nennt Schmibt, Der Staat S. 2, 4, 19, 20 ben normalen Staat etwas Reales, weil ber ihn zusammenhaltende Associationstrieb eine natürlichereale Kraft sei.

Willen ober ift biefer Wille nur ein gebachter? Wir wollen nicht bavon reben, bag bie Natur= wiffenschaft einen Billen nur Lebewesen, Naturkörpern und zwar nur Tieren und Bflanzen beilegt und von der gegnerischen Anschauung selbst nicht behauptet wird, daß ber Staat fo existiere und lebe, wie bies Tiere und Pflanzen thun 1). Bas geforbert werben mußte, bas ift, baß bie Rorberschaft ihren Billen felbft bilbete. Das thut fie aber nach ben eigenen Ausführungen der Bertreter der organischen Theorie nicht. Sie bethätigt sich nur durch Organe, die aus einzelnen Menschen gebildet find 2). Nicht die Körperschaft, sondern die Kör= perschaftsorgane find die "Bilbner", die Erzeuger des forperschaftlichen Billens 3). Nicht die Rörperschaft handelt, sondern die Mitglieder, die Organe der Korporation "für die Korporation" 4). Man will bas allerbings alsbalb wieber baburch verbeden, bag man fagt, biefe Billensbilbner find Billensvermittler⁵), allein Billensvermittler und Billensbilbner find Gegen≠ fape. Ber den Billen vermittelt, bilbet ibn nicht und, wer den Billen für einen anderen bilbet, ift nicht blos Billensvermittler. Richtig ift, die Birkfamteit ber Korporation wird burch ihre Organe vermittelt, aber nicht ihr Bille 1). Die Birtfamteit bes Staates beruht auf realen Dingen, auf ben Elementen bestelben. Diefe, Gebiet und Boll, eriftieren, nicht aber ber Staat felbst. Und bagu tommt noch : Satte ber Staat einen realen Billen, fo konnte berfelbe ju gleicher Reit boch immer nur einer sein. Das ift aber thatsächlich nicht ber Hall. Im nämlichen Augenblick wollen zwei Organe bes Staates in volltommen gleichen Angelegenheiten verschiedenes; z. B. tonnen zwei Gerichte in berfelben Sache gleichzeitig entgegengesette Entscheibungen erlaffen?).

Ift dies aber alles richtig, so ergibt sich, daß der Begriff des Organismus zur juristischen Ronftruktion bes Staates nicht verwendet zu werden vermag. Der Staat hat ja wohl mit bem Organismus etwas gemein. Organismus ift ein Lebewesen, welches aus Gliebern qufammengefett ift, die im Dienfte bes Gangen fteben. Gbenfo ftellt ber Staat eine geordnete Busammensehung aus Teilen bar, die für ihn arbeiten. Der Staat ift somit kein bloges Aggregat. Allein anbererseits ift ber Staat von bem Organismus betrachtlich verschieben. Bas ihn davon trennt, das ift, daß nur seine Teile, nicht er selbst wirklich existiert. Somit kommen wir zu dem Ende: lediglich zu seiner negativen Charakterisierung, um zu sagen, daß ber Staat tein Aggregat, fondern eine geordnete Gemeinschaft von Leuten ift, lagt fich ber Begriff Organismus verwenben. Positiv tann bie Bezeichnung bes Staates als Organismus nur als Bergleich bienen, um anzubeuten, daß hier die Arbeitsteilung ähnlich geordnet ift, wie beim Organismus. Rur vergleichsweise bezeichnen auch die Fachleute anderer Wissensgebiete als ber Staatslehre ben Staat als Organismus. So begegnet uns 3. B. in Rayel's politischer Geographie wohl allenthalben die Bezeichnung des Staates als Organismus, aber immer unter ber Hervorhebung, bag es fich bei biefer Bezeichnung lebiglich um einen Bergleich handle 8).

In der Frage des juriftischen Wesens des Staates gelangen wir somit zu dem Ausgange: die wissenschaftliche Betrachtung ergibt, daß der Staat tein wirkliches Rechtssubjekt barstellt. Unbererseits ift ber Staat aber nach ber in ber positiven Rechtsorbnung zum Ausbruck kommen-

¹⁾ Regelsberger fagt S. 322 ausbrücklich, es handele fich um keinen natürlichen, sondern um einen Rechtsorganismus.

um einen Rechtsorganismus.

2) Gierke, Deutsches Privatrecht Bb. I S. 472; Schmibt S. 43, 44, 99.

3) Regelsberger S. 828, 824.

4) Ebenba S. 824.

5) Ebenba.

6) Wenn Cosa d., Lehrbuch des Deutschen Bürgerlichen Rechtes 1. Teil (Jena 1897) S. 105 sagt: Die juristischen Perfonen haben Handlungsschijckeit, nur handeln sie anders wie ein Mensch; sie haben rechtliche, aber nicht menschliche Handlungsschijckeit, so ist damit dem Worte Handlungsschijckeit ein ganz anderer Sinn gegeben. Die Streitfrage ist, ob rechtlich die juristische Verson die gleiche Handlungsschijckeit wie der Mensch hat. Denn unter Handlungsschijckeit versteht die Wissenschaft menschläche Handlungskähigkeit.

7) Vergl. dazu Selig mann, Abschluß und Wirksamkeit der Staatsverträge, Freiburg 1890, 153 st.

8) 3. B. S. 11 st. Vergl. auch D. Hert wig, Lehre vom Organismus und ihre Beziehung zur Sozialwissenschaft, Jena 1899, S. 18.

ben Borftellung seiner Mitglieber bas Subjekt ber Staatsgewalt. Somit ift er also boch ein Rechtssubjett, nur tein wirkliches, sonbern ein tunftliches, ein vorgestelltes. Wenn man bagegen eingewendet hat, eine juristische Konstruktion, welche das Recht über Leben und Tod, bas boch ber Staat besite, einem Gespenste, einem so schattenhaften Wesen, wie einer "fingierten Berson" verleihe, richte sich selbst 1), so ist damit die Macht ber Ibee, bes Gebankens vertannt, welche bie phyfischen Kräfte ber Organe und Glieber in Bewegung fest, und ferner tann ber Borwurf ber Filtion gurudgegeben werben, benn ber Sat, auf welchem bie organische Staatstheorie beruht, die handlung der physischen Organe gelte als handlung des Staates, spricht auch nur etwas Gebachtes, Borgeftelltes, Runftliches aus. Uebrigens ift ber allerbings übliche Ausbruck Fiktion auch nicht ganz zutreffenb. Der Staat ist von unserem Standpunkte aus leine Kiltion, sondern eine Abstraktion 3). Die Fiktion ruht auf Erfundenem, die Abstrattion auf Geschehenem. Sinter ber Fiftion steht nichts real Existierenbes; die Abstrattion fiebt nur real Eristierendes anders an als es ber Wirklickeit entspricht. Die Abstraktion beutet einen natürlichen Thatbeftand um, die Fiktion erfindet einen in der Natur nicht begrundeten Thatbestand. Bei der Erklarung des Staates zu einer juriftischen Person wird nur bavon abgesehen, daß er natürlich betrachtet eine Personenmehrheit darstellt; es wird davon abgesehen, weil es nach Anschauung der Staatsgemeinschaft dem Staatszwede entspricht.

Bon einer anderen Seite hat man wohl erkannt, daß es nicht angeht, ben Staat als real existierende Berfonlichteit zu bezeichnen, weil nur Menschen willensfähig find, tam aber beswegen boch nicht zu bem Schluß, ber Staat sei eine vorgestellte Rechtsperfonlichteit, sonbern leugnet jede Berfonlichkeit bes Staates. Der Gebankengang ist babei: ber Staat kann nicht wollen, bemnach tann er auch nicht Subjett bes Staatswillens fein, benn nur Menschen find willensfähige Wefen 8). Allein hieraus würde weiter folgen, nur der willensfähige Mensch kann Subjekt von Rechten sein. Diese Behauptung würde aber der allgemein und zwar auch von Bertretern ber bier belämpften Theorie anertannten 4) Moglichteit wiberfprechen, bag auch willens=, b. b. aeschäftsunfähige Menschen Subjekte von Rechten und Aflichten find 6). In Wahrheit verlangt unsere positive Rechtsorbnung aber gar nicht, daß das Rechtssubjekt wollen kann, sonbern Rechtssubjekt ist nach ihr alles, in bessen Ramen rechtlich gewollt und gehandelt werben tann.

Stellt man fich aber für die Staatslehre auf ben Standpuntt, daß nur Menichen Rechtssubjekte sein konnen , so folgt aus dieser Anschauung für die Frage ber Staatsnatur in negativer Richtung noch mehr. Man gelangt bann notwendig bazu, dem Staat nicht blos Berfönlichkeit abzusprechen, sondern auch dazu, zu sagen, er sei nicht Subjekt der Staatsgewalt; und in positiver Richtung muß bann bas Ergebnis sein: ba Wille nur in und burch Indivibuen gebildet werden tann, find Subjekte der Staatsgewalt nur diejenigen, die den Staatswillen bilben, somit die Staatsorgane und zwar das höchste Staatsorgan, der Herrscher, bestehe bieser nur aus einem ober aus einer Mehrheit von Menschen. Damit ändert sich aber ber ganze Rechtscharafter bes Staates. Diese Bilbner bes Staatswillens sind bann in Bahrheit überhaupt nicht mehr Staats organe, d. h. Werkeuge einer Gemeinschaft, sondern Gewalthaber über einer Gemeinschaft, über bem Staate, ber Staat bas Objekt bes Willens, ber Gewalt eines ober einer Mehrheit von Menschen. "Ich bezeichne — sagt v. Se p d e l e) -

¹⁾ Gierke, Deutsches Privatrecht Bb. 1 S. 467.
2) Vergl. Jellinek, System ber öffentlichen Rechte S. 12 und 16; Georg Meyer S. 12; Hiller, Die Organisation der Verwaltung in Preußen und im Deutschen Reich, Berl. 1898 S. 1.
3) Siehe insbesondere v. Seydel, Staatsrechtl. und politische Abhandlungen S. 14 und S. 109 ff.; Hael a. a. O. S. 84.
4) So ist nach v. Seydel der regierungsunfähige Herrscher während der Regentschaft doch Herrscher.
5) Siehe hiezu Zitelmann, Internat. Privatrecht Bb. 1 S. 47 N. 8.

Band und Leute, insofern dieselben einem Herrscherwillen unterworfen find, als Staat, abnlich wie man im bürgerlichen Rechte eine Sache Eigentum nennt, wenn fie einen Herrn bat. Rach biefer Ausbrucksweise ist also ber Staat der Gegenstand (Objekt), der Herrscher der Inhaber ber Gewalt." Allein biese fog. Obje Itstheorie vermag gegenüber ber Realität ber Dinge nicht Stand zu halten. Die Theorie fagt: Der Staat ift teine Menscheneinheit, sondern nur eine Menschenvielheit, eine Summe von Individuen, benn die Ginheit wird erst durch den Herrscher bewirkt. Das Ueber- und Unterordnungsverhältnis, dessen Subjekt der Herrscher ist, bestebt also nur zwischen bem Berricher und bem einzelnen unterworfenen Rechtssubiekt 1). Aft bies aber ber Fall, so - folgern wir weiter - mußte notwendig mit jedem Wechsel ber Inbivibuen, die das Herrschaftsorgan bilben, eine andere Beziehung von Herrscher zu Beherrschten und damit ein anderer Staat entsteben. Allein nach der empirischen Erscheinung, wie nach vosi= tiv geltendem Rechte wird das Rugehörigleitsverhältnis des Individuums zum Staate, das Staatsangeborigfeitsverbaltnis, burch ben Bechfel ber oberften Staatsorgane in feiner Beise berührt. Es wird mit dem Sterben des Monarchen die bisherige Staatsangehörigkeit nicht verloren und mit bem Herrschaftserwerb burch ben neuen Monarchen teine neue Staatsange= hörigfeit gewonnen.

Man leugnet nun, daß nach ber hier bekämpsten Anschauung mit dem Wechsel der in der Herrscherstellung befindlichen Individuen das Herrschaftsverhaltnis ein anderes werde, das eine untergehe, ein neues entstehe. "Die Staatsgewalt ift, sagt v. Se y be l, unter Boraussehung bes Fortbestandes bes Staates, ewig, b. b. sie endet nicht mit dem Wegfalle ihres zeitigen Inbabers, sondern fie geht als bieselbe Gewalt auf den neuen Inhaber über" 2). "Der Herrscher ift , trop bes Bechsels in ber Personlichkeit bes Throninhabers , staatsrechtlich stets basselbe Rechtssubjett"3). "Bwifden ben Perfonlichteiten ber Herricher, bie einander ablofen, findet nur eine zeitliche Folge ftatt; ber König als Einrichtung ift unsterblich" 4). Allein ift in biefen Worten nicht anerkannt, daß nicht ber einzelne phyfifche Berricher, fondern eine vom einzelnen phyfilden Herrider absehende, abstrakte Herriderpersonlickeit Subjekt der Staatsgewalt ist? Wie konnten verschiedene Throninhaber sonst dasselbe Rechtssubjekt sein? Nicht der einzelne Herrscher, sondern die Institution des Herrschers ist hienach Subjekt der Staatsgewalt. Das mit find wir aber bei einer Kiktion ober richtiger Abstraktion angelangt b), so gut, wie bei ber Theorie der Staatspersönlichleit. Ein Beweis, daß ohne Abstraktion eine Staatskonstruktion nicht möglich ift 6). Es fragt fich nur, welche abstratte, also welche juriftische Perfonlichteit

¹⁾ In vollem Einklang damit wird gesagt, zwischen Herrschaftsgegenstand und Herrschaftsträger bestehe nur ein "Zustand" (v. Seydel, Baper. Staatsrecht Bd. I. S. 170, Annalen 1898 S. 824); ein "Berhältnis zwischen Organen und Mitgliedern", der Staat sei das "Rechts vershältnis" einer Personenmehrheit" (Hänel, Deutsches Staatsrecht Bd. I S. 96; Gesetz im sormellen und materiellen Sinne, Leipzig 1888, S. 292.). 2) Annalen 1898 S. 835.

3) Annalen 1899 S. 252; Baper. Staatsrecht Bd. I S. 190.

4) Baper. Staatsrecht Bd. I S. 189.

5) Ein Anhöner v. Sepdes eint die gruch zu Rornhaftsget in seiner Allgemeinen

⁵⁾ Ein Anhänger v. Seydels gibt dies auch zu. Bornhat sagt in seiner Allgemeinen Staatslehre S. 18: "Die Rechtspersönlickeit des Staates lebt in dem jeweiligen Juhaber der Herrschaft und nur in ihm. Aber sie ist nicht an seine physische Person gedunden, sondern geht von einer physischen Person auf die andere über . . . Wenn man aus diesen wechselnden physischen Personne eine sich in ihnen fortsetzende und deshald einheitliche juristische Persönlickeit ab it rashiert, so darf man doch in dieser Abstration nicht eine besondere, vom Inhaber der Herrschlickeit geben und die konkrete machtvolle Persönlicheit des Staates mit eine besondere. Wernne kehen der hier im Reges

folden Abstrattion ibentissieren". Warum nicht ? Logische Gründe stehen boch nicht im Wege?

6) Auch sonst bebient sich v. Se p b e I ber Abstrattion, so, wenn er sagt, zum Wesen bes Staates gehört Willenseinheit (Annalen 1898 S. 322, 484, 485), und solche Einheit bes Herrschaftler schules gust Bliefer (Almittel 1858 - 1852, 1852), into State Chiefer Fettigerwillens auch in ber Ariftotratie und Demofratie als vorhanden anniumit. Sind Sche, wie die, daß der Wille der Majorität der Staatsbürger als Wille aller Staatsbürger und dieser fo gewonnene Wille Aller als Ein Wille gilt (S. 482—484), nicht auch Abstraktionen ? Seydel sagt in dieser Richtung bezüglich der Demofratie selbst: "Die Staatsgewalt steht nicht dem Einzelnen

ber wirklichen Bolls- und Rechtsvorstellung mehr entspricht, die abstrakte Herrscher- ober bie abstratte Staatsperfonlichteit. Rein Zweifel, die lettere. Das zeigt ber Name Staatsgewalt, ber sich viel natürlicher als Gewalt bes Staates benn als Gewalt am und über bem Staate erklart. Das zeigt ber Sprachgebrauch, welcher bem Staate Herrschaft beilegt; das wäre nicht geschehen, wenn als Subjett ber Herrschaft ber Herrscher zu benten mare. Das zeigt ferner ber Umstand, daß es während des Interregnums trot mangelnden Herrschers boch einen Staat gibt und bas positive Recht Rechtsbeziehungen zwischen Staat und Herrscher als verschiedenen Rechtssubjetten, Rechte und Pflichten bes Herrschers gegen ben Staat, tennt, Berhältnisse, die sich von der Anschauung aus, daß der Herrscher Subjekt der Staatsgewalt sei, nur gezwungen. b. b. nur mit einer Reibe von Abstraktionen erklären lassen 1), wo eine viel natürlichere Auslegung zur Sand ift. Bor Allem aber bringt lediglich die Annahme einer besonderen Staatsperfonlichleit den Grundgebanten bes modernen Staates genügend zum Ausbrucke, daß die Staatsgewalt im Interesse ber Staatsangehörigen zu handhaben ift 1). Dieser Gedante nimmt bei Annahme ber Berfonlichleitstheorie ben Charafter einer Rechtspflicht bes Herrschers an.

Und bagu tommt gegen die Theorie v. Sepbels noch Gines zu bemerten. Rach Sane l ift bas "Berhaltnis" zwischen Berricher und Beberrschten, in welchem bas Besen bes Staates liegen foll, ein Recht & verhältnis 3), nach v. Sey bel bagegen ift es nur ein thatfächliches, ein thatfächlicher "Buftanb" 4). Rach Sepbel ist berjenige Herrscher, ber thatsächlich herrscht, ber Herrscher so lange Herrscher, als er im Stande ist, die Macht zu behaupten; Staat und herricaft "Thatfacen", nicht Rechtsbegriffe 5). Allein ware bies richtig, ware bas herricafts= verhältnis nur thatsächlicher Art, so wäre mahrend der Reit der Regentschaft nicht der Ronig, fonbern ber Reichsverwefer Herricher und auch, folange ber König felbst bie Regierung ausübte, unter Umftanben nicht er, sonbern ber ihn leitenbe Minister ober hofmann, bie bem Staate Aredit gewährende Kinanzmacht ober wer sonst die thatsächliche Macht hatte, auf den Berricher maggebenden Ginfluß zu üben, ber eigentlich regierenbe Berr .). Allein, wer Berricher ift, bestimmt nicht bas thatsächliche Machtverhältnis, sonbern die Rechtsordnung. Es ift eine andere Frage, wer thatfachlich, eine andere, wer rechtlich herrscht. In Griechenland war 1897 eine Zeit lang nicht ber Ronig, sondern die Hetairie Sthnike der thatsachliche Herrscher. Ueberbies laffen fich von biefem Standpuntte aus eigentlich Rechtspflichten bes Herrschers nicht behaupten.

Sepbel zieht auch im Allgemeinen biefe Konfequenz, allein im Einzelnen geht er boch unwillfürlich bavon ab. So fagt er einerseits wohl: "Es ist eine Schrante bes Herrscherwillens, daß der Herrscher als solcher nicht seine Interessen, sondern die Gesammtinteressen ber Staatsgenoffen zu verfolgen hat; aber biefe Schrante bes Herrscherwillens ist teine rechtliche — benn er selbst schafft ja das Recht — , sondern eine natürliche" ?). Allein anderseits

von Privatvermögen gegen sich als Subjekt bes Staatsvermögens.
2) Diesen Gebanken erkennt v. Sen bel in seinem baher. Staatsrecht Bb. II S. 369 als eine rechtliche, in ben "Borträgen aus bem allgemeinen Staatsrechte" (Annalen 1898 S. 823 und 488) nur als eine natürliche (thatsächliche) Schrante bes Herrscherwillens an. Hiebon unten.

anteilsmäßig, sonbern nur der Gesamtheit als solcher zu. "Diese Gesamtheit als solche herrscht über jeden Einzelnen. Aber freilich, dies bleibt ein abgez ogener Begriff".

1) Man denke z. B. an den Anspruch des Herrschers auf Zivilliste. Dieser ist im positiven Staatsrechte auf Staat somänen radiziert und aus der Staat stasse zu entrichten. Nach v. Seydel, Baher. Staatsrecht Bb. II S. 869 ist er ein Anspruch des Herrschers als Subjett

³⁾ Siehe S. 231 N. 1.

4) Ebenda.

5) Annalen 1898 S. 322: "Der Staat ist eine Thatsache . . . Und eine Thatsache nicht minder ist das, was aus Land und Volk ein Staatswesen macht, die Herrschaft. Recht ist übershaupt nicht vor und über dem Staate, sondern erst im Staate da". Dazu S. 323.

6) Bergl. auch Ernst Mayer in den Annalen 1887 S. 550.

7) Annalen 1898 S. 323.

erkennt er im Berlaufe der Einzeldarstellung doch thatsächlich eine Rechtsordnung für den Herrscher an, die dieser nicht selbst geschaffen hat. So sagt Seydel in seinem bayerischen Staatsrechte, der König "darf" mangels eines besonderen Rechtstitels Staatsvermögen nur für Staatszwecke, nicht für persönliche Zwecke verwenden, und bezeichnet dies als Folge der Rechts zlage, daß das Staatsvermögen dem Könige als Privatmann überhaupt nicht gehört. Fragen wir aber, wodurch diese Rechtslage geschaffen ist, so solgt sie aus dem Saze, daß "der König Inhaber des Staatsvermögens nur zu demselben Zwecke ist, zu welchem er Inhaber der Staatsgewalt ist, nämlich nicht im Interesse seiner Person, sondern im Interesse des Staates; daraus erklärt sich, daß für ihn als Privatmann das Staatsvermögen fremdes Vermögen ist". Allein dieser Saz, daß die Staatsgewalt nur dem Interesse des Staates zu dienen hat, ist, wie oben v. Se y de l selbst anerkannt hat, eine "natürliche", keine rechtliche Schranke der Staatsgewalt, d. h. also doch keine vom Herrscher geschaffene; trozdem ruft sie hier eine Rechtslage hervor. Ist damit nicht anerkannt, daß es im Staate auch anderes als vom Herrscher geschaffenes Recht, daß es im Staate Recht auch über dem Herrscher gibt?

Wir bleiben also bei dem Sațe, der Staat ist eine Personlichteit. Es fragt sich aber immer noch : ist ber Staat unter allen Umftanben eine Rechtspersonlichkeit? Rur ben untergeorbneten Staat ift bies ja leicht anzunehmen. Er tann es eben traft ber Rechtsorbnung bes Oberstaates sein. Aber gilt basselbe auch für ben von anderer Staatsgewalt unabhängigen Staat, für ben souveränen Staat? Geht ba nicht alles Recht erst von dieser Persönlichkeit aus? Allein einmal ist zu sagen: wie mit ber Existenz mehrerer Staaten sofort auch eine Rechtsorbnung, die Böllerrechtsorbnung, und zwar vor Allem der Grundsatz gegenseitiger Gleichberechtigung der Staaten gegeben ist, so ist schon mit der Ezistenz des einzelnen Staates eine Rechtsordnung vorhanden. Staat ift Ordnung, geordnete Gemeinschaft, Ordnung ber äußeren Berbältnisse ber Menschen. Somit ist mit seinem Besen eine Rechtsordnung verbunben. Mit ber Entstehung bes Staates find bemnach auch icon Rechtsfäpe, folche ber Ratnr ber Sache entstanden. Mit der Existenz des Staates besteht z. B. bereits der Sat, daß der Unterthan zu Gehorsam verpflichtet ift. Er gilt, ohne bag ihn bie Gemeinschaft erläßt ober die Uebung entwidelt. Allein der andere Sat, daß der Staat eine Personlichkeit sei, führt nicht auf biefes Recht ber Ratur ber Sache gurud. Es gibt Staaten und hat Staaten gegeben, welchen biefer Berfonlichkeitscharakter abgeht. Wir wollten ja auch mit biefer Anschauung nur bem Staatsgebanten ber mobernen zivilifierten Rationen Ausbrud geben. Aus ben mobernen Berfassungsurtunben haben wir ihn abgeleitet 8).

Aber auch, wenn sich diese Persönlichkeitseigenschaft nicht aus der Natur des Staates als solchen ergibt, sondern erst vom Staate selbst geschaffen ist, kann sie doch als Rechtspersönlichkeit angesehen werden. Jeder Rechtssatz ist Ausdruck einer Rechtsibee. Die Rechtsibee hat keine physische, aber sie hat psychologische Kraft. Und diese hat sie wegen der dem Wenschen innerwohnenden Ueberzeugung, daß ohne Recht ein friedliches Zusammenleben nicht möglich ist. Durch diese Wacht der Rechtsibee wird die vom Staate selbst geschaffene Ordnung, also seine

¹⁾ Bb. II S. 468.
2) Auch Bornhaf nennt den Staat die Boraussetzung allen Rechtes (S. 17), eine historische Thatsache und doch ein Rechtsverhältnis (S. 8 fl.). Ferner müssen die Anhänger dieser Theorie doch solgerichtig zwischen Staaten nur thatsächliche Berhältnisse tennen, rechtliche Berhältnisse nur in Staaten. Allein sehen wir näher zu, so sprechen sie alle von rechtlichen Beziehungen zwischen Staaten; z. B. v. Se v d e l. Kommentar S. 18 von dem rechtlichen Berhältnisse, in welches die deutschen Souveräne durch die Reichsverfassung treten, wobei dann S. 15 die Bemerkung fällt: "Der (Bundes-) Bertrag wirkt lediglich zwischen dem Staaten, er begründet eine gegenseitige Berpssichung auf Bertragserfüllung". Woher kommt diese Berpslichtung, die als rechtliche gedacht ist, denn sie soll das rechtliche Berhältnis der Souveräne unter einander erklären? Doch wohl von

benn sie soll das rechtliche Berhältnis der Souweräne unter einander erklären ? Doch wohl einer über den Staaten stehenden Rechtsordnung. Bergl. auch oben bei S. 148 N. 3.

3) S. oben S. 151.

Gefetgebung, ju einer von ihrem Urbeber losgeloften, felbftanbigen, obiektivierten Ordnung. Sie erscheint nicht mehr als Aussluß von Willen und physischer Macht bes Staates, sondern als Ausfluß ber pfpchologischen Macht ber Rechtsibee. Diefer ift auch ber Staat unterworfen, benn von ihr ift die Gesammtheit oder wenigstens die Mehrheit der ihn ausmachenden Staatsgenoffen beherricht. Daber unterfieht ber Staat ber von ihm aufgestellten Rechtsorbnung, ohne daß diese Unterordnung als eine Selbstbindung angesehen zu werden braucht. So lange bas Staatsgeset besteht, welches für ben Staat Bflichten schafft, unterliegt ihm ber Staat als einer Aeußerung ber Rechtsibee , bes Rechtsfinns , ber Rechtsorbnung im Sinne einer thatfächlichen, vom Staate unabhangigen Lebensmacht. Die Anschauung ift falich, als beherrschten ben Menschen nur körperliche, nicht auch geiftig fittliche Gewalten, Ibeen. Auch fie haben Macht über den Menschen und eine solche Idee ist eben auch im Staate verwirklicht. Der Staat ist die Personisitation der Idee, daß es Bereinigungen nicht blos zu egoistischen, sondern zu gemeinsamen Rweden gibt. Beberrichen folde Ibeen ben einzelnen Menichen, bann beberrichen fie auch bie Menschengemeinschaften, alfo g. B. ben Staat die Rechtsibee. Daß bie Rechtsibee als solche vom Staate unabhängig ift, neben ber äußeren Macht bes Staates eine selbständige innere Macht barftellt 1), ergibt auch noch ber Umstand, baß Recht auch in porstgatlichen und vom Staate unabhangigen Gemeinschaften, in ber Banberhorbe und in firchlichen Gemeinschaften vorkommt. Und endlich ift Herrschaft von Ibeen über ben Staat mit bem Begriffe ber Souveränität wohl verträglich. Denn, wie wir sahen 1), wird diese durch Unterordnung unter rein psyclogische Machte nicht aufgehoben. Selbft, wenn also bie Berfonlichkeitsnatur bem Staate erft burch feine eigene Rechtsorbnung beigelegt ift, ift fie boch Rechtsperfonlichkeit, ber Staat also nicht blos thatsachliches, sondern rechtliches Subjett feiner Bewalten.

§ 34. Die jurifiliche Ratur der Staatspersönlichkeit. Die weitere Frage ist dann aber bie, welcher Art von juriftischen Bersonlich eiten die dem Staate zukommende Rechtspersönlichkeit zuzurechnen ist. Bekanntlich gibt es zwei Arten juriftischer Personen, die Körperschaft im engeren Sinne und die Anstalten mit juriftischer Personlichkeit. Dieselben unterscheiden sich, wie wir hier ohne weitere Beweissührung annehmen wollen 3), dadurch, daß die Körperschaft sich selbst regiert, die Anstalt durch fremden Willen regiert wird. In der Körperschaft bestellt sich die Personengesammtheit ihre Organe selbst, die Anstalt wird von Außen verwaltet. Es fragt sich also, zu welcher der beiden Arten von juriftischen Personen der Staat zu zählen ist oder, was ja auch denktar wäre, ob er bald unter diese, bald unter jene Kategorie fällt.

Die Antwort lautet je nach ber Staatsbefinition, von welcher man ausgeht, verschieben. Dies beshalb, weil die Frage der Selbständigkeit nach Außen ja auch bei der Staatsbesinition eine erhebliche Rolle spielt. Insofern ist die hier ausgeworfene Frage zugleich ein Prüfstein für die Richtigkeit der ausgestellten Staatsbesinitionen.

Für die Theorie, welche lediglich souverane Staaten kennt, ift die Frage an sich rasch entschieden. Sie kann nur zu dem Ende kommen, daß alle Staaten Korporationscharakter haben; benn eine juristische Persönlichkeit, die von Außen her regiert wird, wie eine solche die Anstalt barstellt, ist von anderer Gewalt abhängig, damit aber nicht souveran. Zweiselhaft ist nur, ob es dieser Theorie gelingt, auch im Einzelnen für alle Staaten nachzuweisen, daß sie sich selbst regieren, nicht von Außen regiert werden. Es dürfte dies für alle Staaten unter Protektorat schwierig sein. Denn diese werden zu einem erheblichen Teil von Außen geleitet, so, wenn

¹⁾ Bergl. Merkel, Jur. Engyklopädie § 47—49; Gierke, Deutsches Privatrecht Bb. I S. 118; Bierling, Juristische Prinzipienlehre Bb. I (Freiburg 1894) S. 44. 2) S. 148. 3) Bergl. darüber Regelsberger, Bandekten S. 296 und 851: "Die zur Berwaltung ersorderlichen Kräste sinden die Anstalten nicht in sich selbst vor"; Sierke, Deutsches Privatrecht S. 474, 635 und S. 498: "Die Mitglieberversammlung ist ein mangels abweichenber Bestimmung stets vorhandenes Organ der Körperschaft"; Otto Mayera. a. O. Bb. II, S. 878, N. 4; Rosin, Recht der Arbeiterversicherung.

es z. B. in bem Bertrag Anams mit Frankreich heißt, Frankreich vertrete Anam in allen seinen auswärtigen Beziehungen. Damit ist aber nicht nur bewiesen, daß nicht alle Staaten Korporationscharakter haben, sondern auch, daß Souveränität kein wesentliches Merkmal des Staatsbegriffes ist. Wir gelangen demnach notwendig zu dem Schluß: es gibt Staatsperson-lickeiten, die sich nicht selbst regieren, sondern von Außen regiert werden, ein Ergebnis, das sich auch vollkommen mit unserer Staatsdesinition verträgt, denn wir unterschieden souveräne und nichtsouveräne Staaten. Sou veräne Staatsdesinition verträgt, denn wir Aorporationscharakter besitzen, benn durch Bestellung der Staatsorgane von Außen wird Souveränität beseitigt; nichtsou-veräne veräne Staaten vermögen so vohl Korporations, wie Anstaltsch arakter zu haben.

Bu einem anderen Resultate mussen Schriffteller gelangen, welche, wie Georg Meyer¹), zu dem Wesen des Staates rechnen, daß er die Besugnis besitzt, politische Aufgaben nach eigenen Gesehen zu erfüllen und seine Organisation durch eigene Gesehe zu regeln. Bon dieser Dessinition aus ist jede Gebietskörperschaft, deren Organisation durch fremde Gesehe geregelt ist, tein Staat und demgemäß sagt Meher auch von Elsaßsolehe geregelt; en es sei tein Staat. "Die Bersassung des Reichslandes sei durch Reichsgesehe geregelt; es regiere sich nicht selbst, sondern werde vom Reiche regiert"?). Auch Georg Meher muß also von seiner Staatsdessinition aus für den Staat notwendig Korporationscharakter sordern. Mit dem positiven Rechte steht diese Weinung und damit auch die Staatsdesinition Mehers nicht im Einklang. Das läßt sich an dem positiven Rechte ElsaßsOthringens mit aller Deutlichkeit nachweisen.

Rach Georg Meyer ift, wie bemertt, Elfaß=Lothringen tein Staat. Allein bas auf Elfaß= Lothringen bezügliche politive Recht kennt nicht bloß ein vom Reichsgebiete verschiedenes elfaß-lothringisches Gebiet, von ben Reichsangehörigen verschiebene elsaß-lothringische Staatsangebörige, sonbern es tennt auch eine besonbere elsaß-lothringische Staatsgewalt im objettiven Sinne, b. h. von ben Reichshoheitsrechten verschiedene Hoheitsrechte und gwar insbefondere eine von der Reichsgesetzungshoheit verschiedene elsaß-lothringische Landesgesetz= gebung. Es verträgt fich mit bem Wortlaute bes positiven Rechtes nur schwer, wenn man, wie Georg Meber, fagt: "Elfaß=Lothringen hat teine eigene Gefetgebung; bie elfaß-lothringifchen Gefete find Reichsgesete" 3). Denn ber Wortlaut biefes positiven Rechtes fest gerade Reichsund Landesgefet in icarfen Gegenfat, wenn es in § 1 und 2 des Reichsgefetes vom 2. Mai 1877 betr. bie "Landesgesetgebung von Elfaß-Lothringen" heißt: "Landesgesetzte für Elfaß-Lothringen, einschließlich bes jährlichen Landeshaushalts-Etats, werben mit Zustimmung bes Bunbesrates vom Raiser erlassen, wenn der . . . Landesausschuß benselben zugestimmt hat. Die Erlassung von Lanbesgesehen im Bege ber Reichsgesetzgebung bleibt vorbehalten." Benn trot biefer flaren Sprace bes positiven Rechtes die elfaß-lothringischen Landesgesetze wiffenschaftlich als Reichsgesetze bezeichnet werden, so läßt sich dies nur daraus erklären, daß andernfalls sich ergeben wurde, bag die jum Ausgang genommene Staatsbefinition unzutreffend ift.

An anderer Stelle, bei Behanblung der Frage der rechtlichen Natur der deutschen Schutzgebiete, vermag Meher selbst nicht seine Staatsdesinition ausrecht zu erhalten, b. h. er widerlegt sie hier indirekt. Meher sagt von den Schutzgebieten Deutschlands, sie seien keine selbständigen
Rechtssubjekte des öffentlichen Rechts, sondern Objekte der Reichsherrschaft; das Reich übt über
sie eine nicht vollentwickelte Staatsgewalt aus. Man könnte daraus solgern, sie seien
Reichsprovinzen, wie Meher auch Elsaß-Lothringen als Reichsprovinz charakterisiert. Allein
Meher fährt sort, sie seien nur keine Bestandteile des Reichsgebietes, sondern Nebenländer des
Reiches. Nun darf wohl davon ausgegangen werden, daß Meher annimmt, daß der Staat
bes deutschen Reiches territorial weiter reicht, als das Bundesgebiet, d. h. als das von den

Handbuch bes Deffentlichen Rechts. Ginl.=Banb. II. Abth.

¹⁾ Oben S. 112.

²⁾ Staatsrecht S. 183 und 414. — Ebenso v. Stengel a. a. D. S. 1143.

Grenzen bes beutschen Reiches umschlossene Land. Dann mussen bie Schutzgebiete aber boch besondere Staaten sein; wie aus ihrer Bezeichnung als Nebenländer hervorgeht, Nebenstaaten. Sind sie dies aber und sind sie, was richtig ist 1), nur Objekte der Reichsherrschaft, b. h. wird, wie das Schutzgebietsgesetz fagt, die Staatsgewalt baselbst, "im Namen des Reiches" ausgeübt, dann ist damit anerkannt, daß sie trot mangelnder Selbständigkeit in Regelung ihrer Ausgaben und ihrer Organisation Staaten sind. Die Staatsbesinition, wornach zum Wesen des Staates das Recht eigener Gesetzebung und eigener Organisation gehört, ist damit aber ausgegeben 2).

In die gleiche Schwierigkeit, wie Georg Weher, gerät auch Laband, indem bessen Staatsbesinition ja nicht erheblich von berjenigen Wehers abweicht. Laband nennt den Staat juristische Gebietspersonlichkeit mit eigenen Herrschaftsrechten. Eigene Herrschaftsrechte sind aber für jemand Herrschaftsrechte, deren Subjekt er ist. Den Gegensat dazu bilden die verstretungsweise ausgeübten fremden Herrschaftsrechte. Auch von diesem Standpunkte aus lassen sich die deutschen Schutzgebiete unmöglich als Staaten bezeichnen. Denn sie besigen keine eigenen Herrschaftsrechte. Die dort geübte Staatsgewalt wird nicht im Namen der Schutzgebiete, sondern im Namen des Reiches geübt 3). Um den Schutzgebieten trothem Staatscharakter zu retten, muß Laband, wenn er seine Behauptung aufrecht erhalten will, daß zum Begriffe des Staates eigenes Herrschaftsrecht, d. h. eigene Staatsgewalt im subjektiven Sinne gehöre, den Ausweg gehen, daß er die Schutzgebiete und das Reich für Bestandteile ein und desselben Staates erstlärt. Er thut dies, indem er sagt, "das deutsche Reich sei ein souveränes Staatswesen, also

²⁾ Für die Theorien, welche in der Souderänität ein wesentliches Staatsmerkmal sehen, entseht hinsichtlich der Konstruktion der deutschen Schutzebiete die gleiche Schwierigkeit, wie sür Meyer. Se v de l konstruktion der deutschen Schutzebiete in dieser Richtung nicht ausdrücklich, aber wie er es aussat, lät sich aus seiner Konstruktion der Rechtsstellung des Reichslandes adnehmen. Diese sie nach Sechel ein Staat. Seudel sagt in dieser Beziehung Kommentar S. 39: "Der Begriff des Staates trifft sir das Reichsland vollkommen zu. Alle Begriffsmerkmaler: Bolk, Gediet, höchste Gewalt, sind gegeden. Die Souderäne von Elsafe-Rothringen sind die verbündeten Souderäne Deutschlands; denn ihnen wurde von dem bisherigen Indader der Schale schäftlich der Schale schaftlich der Schaft

müsse auch die ihm zustehende Gewalt in den Schutzebieten die Eigenschaft der Souveränität haben, denn ein Staat könne nicht gleichzeitig souverän und einer höheren Gewalt rechtlich unter-worsen sein "1). Allein selbstwerständlich vermag Laband diese Konstruktion im weiteren Berlaufe seiner Darstellung angesichts des positiven Rechts nicht aufrecht zu erhalten.

Aus seiner Konstruktion folgt mit logischer Notwendigkeit, daß die deutschen Schutzgebiete Bestandteile bes beutschen Reiches, bem beutschen Reiche inkorporiert find. Das wiberspricht aber bem ausbrudlichen Berfaffungsrecht. Sie bilben feine Reichsbeftandteile. Und fo muß Laband einige Seiten weiter 2) felbst erklaren : "Die beutschen Schutgebiete find bem Reiche nicht inkorporiert, fie gehören nicht zu bemienigen Teile ber Erdoberfläche, welche bas räumliche Substrat ber Staatsperfonlichteit bes Reiches bilbet, fie find nicht Bestandteile, sonbern Bertinenzen bes Reichsgebietes; bie organische Berbinbung zu einem politischen Gemeinwesen, welche burch bas Reich realifiert wirb, ergreift fie nicht mit". hier ware also gesagt: bie beutschen Schutgebiete bilben zusammen mit bem Reiche fein einheitliches politisches Gemeinwesen, und oben wurde gesagt, daß dieselbe Souveranität, welche das Reich in Deutschland besite, ihm auch in ben Schutgebieten zutomme. Wie tann Deutschland aber in ben Schutsgebieten Souveranitat, also boch auch Staatsgewalt befigen, wenn bie beutschen Schutgebiete nicht mit bas raumliche Substrat ber Staatsperfonlichteit bes Reiches bilben? Nach ber ersten Ausführung bilben fie notwendig einen Bestandteil bes beutschen Staatswesens, nach ber zweiten gehören fie nicht bagu. Die Theorie, bag eigene Staatsgewalt im subjektiven Sinne gum Staatsbegriffe gehöre, hat fich somit als unhaltbar erwiesen.

Nach bem Allen bleibt aber die positive Frage: welche Arten von Staaten sind die deuts schutz edut gebiete und was ist positiv das deutsche Reichsland Elfaß=Lothringen 8).

:هاه bie ersteren anlangt, so kann nicht bavon die Rebe sein, daß sie Staaten mit Anstalts perfonlichkeiten find. Wie schon früher) bemerkt, wird die Schutgewalt in ihnen nach ausbrudlicher gesehlicher Borfdrift vom Raifer "im Namen bes Reiches" ausgeubt. Baren fie selbständige Anstalten, so mußte die Schutgewalt im Namen der Anstalt selbst, also im Namen ber einzelnen Schubgebiete ausgesibt werben. Denn wenn auch bie Anftalt fich nicht felbft regiert, sondern von Außen regiert wird, so heißt dies doch nur, ihre Berwaltungsorgane werden von einer britten Berfonlichfeit beftellt. Die Geschäfte, welche biese so bestellten Organe führen, find nichtsbestoweniger Geschäfte ber Anstalt, d. h. werden in beren Namen geführt. Der Bürgermeister von Frankfurt a. M. wird zwar vom König von Preußen ernannt, tropbem ift er nicht preußischer Staats-, sonbern Frankfurter Gemeindebeamter; er steht in teinem Dienstverhaltniffe zum Staate, sondern zur Gemeinde und die Geschäfte, die er führt, find grundfählich folde Frankfurts und nicht folde bes preußischen Staates und er führt fie im Namen der Stadt, nicht bes Staates. Wenn ber Ronig von Preußen ihn auch anftellt, fo hanbelt er boch nicht in Ausübung einer eigenen Anftellungshoheit, sondern als gesetzlicher Stellvertreter der Stadt Frankfurt. Das eigene Recht, das er übt, ist lediglich das der Staatskuratel. Araft dieses eigenen Rechtes übt er vertretungsweise Frankfurter Anftellungshoheit. Anders bei den deutschen Schutgebieten. Die Schutgewalt in den deutschen Schutgebieten ift nicht Gewaltrecht der. fondern über die Schutgebiete. Subjekt der Schutgewalt ist das deutsche Reich. Die Landes= beamten in ben Schutzebieten stehen in einem Dienstverhältniffe nicht zu den Schutzebieten, fondern zum Reiche 5).

Daraus folgt aber noch nicht, daß die Schutzgebiete lediglich Reichsprovinzen sind. Sie könnten das nur sein, wenn sie mit dem deutschen Reiche nicht blos das gleiche Subjekt der Staatsgewalt, sondern auch Gebiet, Staatsangehörigkeit und Hoheitsrechte gemein hatten. Die

11 *

¹⁾ Bb. I S. 750.
2) S. 755.
3) Klautschou bleibt im Nachfolgenden selbstwerständlich außer Betracht. Herüber § 19.
4) S. 79 f.
5) Oben S. 80.

beutschen Schutgebiete rechnen aber raumlich nicht zum beutschen Reichsgebiet, ihre Ungehörigen find als folde nicht Reichsangeborige, und bie in ber Schutgewalt in ben Schutgebieten enthaltenen Hobeitsrechte find gang anderen Inhalts, als bie bem Reiche im Reichsgebiete und nach ber Reichsverfaffung zukommenden Rechte und Bflichten, insbesondere find die dem Reiche ba und bort obliegenden vermögensrechtlichen Berbindlichkeiten verschiedene. Das Reichsvermbaen haftet nicht für bie vermögensrechtlichen Berbindlichleiten ber Schutgebiete 1) und umgetebrt. Es fann aber nicht einen einfachen Staat mit zwei Staatsgebieten und verschiebenen Staatsangehörigteiten und Staatshoheitsrechten geben. Rur ein zusammengesetter Staat vermag zwei Staatsgebiete, verschiedene Staatsangehörigkeiten und Staatshoheitsrechte zu haben. Somit bilben bie beutschen Soungebiete besondere Staaten. Bas ihnen feblt, ist nur die Staatsperfonlichkeit. Sie find nicht Subjekte, sondern lediglich Dbjekte einer Staatsgewalt. Diese Staatsgewalt ist aber beswegen teine frembe Staatsgewalt. Staatsgewalt im objektiven Sinne verstanden: benn sie ist staatsrechtlich von der Reichsgewalt im objektiven Sinne, den Reichshoheitsrechten, verschieden. Benn man, wie 3. B. Georg Mener2), sagt, die deutschen Schutzgebiete find Objekte ber Reichsgewalt, fo ift bas Bort Reichsgewalt im subjektiven, nicht im objektiven Sinne gemeint. Die besondere objektive Staatsgewalt steht nur einem Rechtssubjekte zu, welches zugleich Rechtssubjett einer anderen objektiven Staatsgewalt ift. Wir haben es mit einem herrichaftssubjette, aber mit verschiebenen Staaten zu thun. Das ift aber, nachbem bas Deutsche Reich eine Rorporation von Staaten ift, nur in ber Beise möglich, baf bie beutschen Schutgebiete ihrer rechtlichen Natur nach Herrschaftsverhältnisse sind. Die beutschen Schutzgebiete find nicht Rorporationen und nicht Anftalten, fonbern Objette eines Berrichaftsverhaltniffes. Bier baben wir fomit auch noch im beutigen geltenben Rechte Staaten, bie auf bem Prinzipe des Herrich aftsverhältnisses, auf der fog. Objettstheorie aufgebaut find, und barum haben wir auch im Gingang bes § 33 icon angebeutet, bag es von bem Sage, bag ber Staat juriftische Personlichkeit bat, Ausnahmen gibt.

Hier haben wir nun eine dieser Ausnahmen. Sie ist bei dem vorliegenden Thatbestande leicht erklärlich. Wir sahen früher³): bekennt man sich bei der Monarchie zu der Anschauung, daß das Subjekt der Staatsgewalt der Monarch ist, so solgt hieraus mit Notwendigkeit, daß in der Beit des Interregnums ein staatenloser Zustand, also Anarchie herrscht, weil es da an einem Subjekte der Staatsgewalt fehlt. Etwas anderes gilt, wenn Subjekt der Staatsgewalt eine juristische Personlichkeit ist. Diese ist von dem Wechsel ihrer physischen Träger rechtlich unabhängig, hat ewige Dauer.

Der Annahme, daß das Reich das Subjett der Schutzewalt in den deutschen Schutzesbieten ift, steht auch nicht im Wege, daß die Beamten des Reiches daselbst, wie schon früher demerkt, in unserer Gesetzebung dandesbeamte genannt werden und den Schutzebieten seit Reichsgeset vom 30. März 1892 besondere vermögensrechtliche Personlichkeit zukommt. Bezüglich jener Beamten läßt sich sagen, sie sind Reichsbeamte und sie sind nicht Reichsbeamte, je nachdem man eben das Wort Reich gebraucht. Versteht man es im subjektiven Sinne, also für Reichsgewalt im subjektiven Sinne, so sind sie Reichsbeamte; gebraucht man das Wort Reich dagegen objektiv, für den Inbegriff der Reichshoheitsrechte, so sind sie nicht Reichsbeamte, denn sie üben keine Geschäfte der Bundesgewalt aus. M. a. W.: sie sind Beamte des Reiches im subjektiven Sinne, aber sur Landesz, nicht für Reichsgeschäfte. Es liegt nichts anderes vor, als wenn ein Kausmann zwei rechtlich getrennte Unternehmen führt. Die in den Gruson-Werken angestellten Beamten sind nach ihrem Dienstwerhältnisse Krupp'sche Beamte, nach ihrem Geschäftstreise solche der Gruson-Werken

¹⁾ Reichsgeset vom 30. März 1892.
2) Siehe oben Text zu S. 161 N. 4;
3) S. 158.
4) S. 80.
5) Berordnung vom 9. Aug. 1896 betr. die Rechtsverhältnisse ber Landesbeamten in den Schutzgebieten.

Daß bie Schutgebiete ferner teilweise zu eigenen Berfonlichkeiten erhoben find, bebt bas Grundverhaltnis, ihre bloge Objettsnatur noch nicht auf. Bir haben bamit wohl einen Ansat zur Anstaltspersönlichkeit, aber wir werden alsbalb sehen, daß es bei der juristischen Berson Mischung von Anstalts= und Korporationspersönlichkeit gibt. Ebenso gibt es Mischung von Herrschaftsverhaltnis und Personlichkeitscharatter 1). Wirhaben bafür ja ein allbekanntes Borbild in ben Territorien bes alten Deutschen Reiches. Neben bem landesberrlichen Vermögen bes Kammergutes steht das Landesvermögen der Landschaft, neben dem Herrschaftsverhältnisse des Lanbesherrn bie Steuergewalt ber Lanbstände.

Des weiteren ift aber bie Frage: welche rechtliche Ratur tommt Elfaß = Lothringen gu? Georg Deper 2) und Labanb3) gelangen von ihrer Staatsbefinition aus, wornach jum Staatsbegriffe eigene Staatsgewalt, b. h. eine Staatsgewalt gehort, beren Subjekt ber Staat felbst ift. 3), zu ber Anschauung, Elsaß-Lothringen sei eine Reichsbroving. Allein diese Anschauung beruht auf unzutreffenden bogmatischen Grunblagen und wiberspricht den Thatsachen.

Die unzutreffende bogmatische Grundlage, worauf diese Anschauung ruht, ift die Anschauung, als tonne ein moderner Staat tur juriftische Berfonlichteit baben. Dieser Sat wird als felbstverstänblich vorausgesett. Rur so läßt sich erklären, wie Laband ohne weiteres sagen kann: Amei Staatsgewalten über basselbe Gebiet, bie in einem Subjekte vereinigt find, find in Bahrheit nur eine Staatsgewalt 1), benn biese Anficht ist nur bann zutreffend, wenn als Subjekt ber Staatsgewalt immer der Staat gedacht wird, über welchen die Staatsgewalt herrscht. Allein wir haben bereits gesehen und werben noch weiter sehen, daß es auch beute noch Staaten ohne juriftische Berfönlichteit gibt, also solche, wo die Staatsherrschaft jemand anderem als dem Staate zustebt. Ist dies aber der Fall, so verlangt der Begriff eines selbständigen Staates nur verschiedenes Staatsgebiet, verschiedene Staatsangehörigleit und verschiedene objektive Staatsgewalt b). Da= gegen kann bas Subjekt der Staatsgewalt bes einen Staates zugleich Subjekt der Staatsgewalt bes anberen Staates fein.

Dazu kommt aber noch, daß die Anschauung, Elsaß-Lothringen sei Reichsprovinz, ber thatfäcklichen Entwicklung ber Dinge wiberspricht. Gewiß trat Frankreich burch ben Bräliminar= frieden von Berfailles vom 26. Februar 1871 bie volle Souveränität über Elfaß-Lothringen an die verbundeten beutschen Staaten ab, allein baraus folgt noch nicht, daß dies in der Beise gefcab, bag Elfag-Bothringen nun ein integrierenber Bestanbteil bes Deutschen Reiches wurde. Einverleibung ist in völlerrechtlicher Bession nicht notwendig mit enthalten .). Sie muß besonders bekundet werben. Die Elbberzoatumer wurden durch ben Wiener Frieden vom 30. Oktober 1864 an Desterreich und Breußen abgetreten, aber keineswegs Bestandteile dieser Staaten. Sie blieben abgefcloffene Staatswefen. Ebenso wurde Elfaß-Lothringen burch die Abtretung im Braliminarfrieden von Berfailles wohl beutsches Gebiet, wenn auch nicht Bundesgebiet im Sinne der Reichsverfassung, aber boch nicht blos provinzielles beutsches Gebiet, sondern deutsches Gebiet von selbständigem Staatscharakter. Das beweist der Umstand, daß die französischen Staats-

¹⁾ Gierte, Deutsches Privatrecht Bb. I S. 457: "Reine icharfe Begriffsgrenze zwischen

¹⁾ Gierke, Deutsches Privatrecht Bb. I S. 457: "Keine scharfe Begriffsgrenze zwischen Herrschaftsorganismus und Herrschaftsverhältnis".

2) S. 188: "Das Reichsland Elsaß-Lothringen ist kein Staat, sondern eine Provinz des Reiches. Es besigt keine vom Reiche unabhängigen Organe, sondern die Staatsgewalt über Elsaß-Lothringen sieht dem Reiche zu. Die Berwaltung von Essaksechtinigen wird durch Reichsbeamte gesührt". Ebenso S. 414: "Es hat den Charakter eines selbständigen, vom Reiche verschiedenen Rechtssubsekts, aber es regiert sich nicht selbst, sondern wird vom Reiche verschiedenen Rechtssubsekts, aber es regiert sich nicht selbst, sondern wird vom Reiche regiert".

3) Bb. I S. 681: "Es gibt kein dem Reiche gegenüber selbständiges und unabhängiges Subsekt, welchem die Landeshoheit als eigenes Recht zustinde, sondern das Reichsland ist lediglich Obsett der Reichsgewalt". Ihm schließt sich E. Maher, Staatsgewalt und Gesetzgebung in Elsaßschringen, Annalen 1896, S. 250, 259 an. Vergl. auch Zorn Bb. I S. 561 und Habeler S. 83.

4) Bb. I S. 682.

5) Die verschiedene obsektive Staatsgewalt geden auch Meher S. 418 und Laband Bb. I S. 684 zu.

6) Vergl. Jellinet, Ueder Staatsfragmente S. 19.

forften in Elfaß-Lothringen und die Tabakmanufaktur in Straßburg nie in das Bundesvermögen bes Reiches im Sinne ber Reichsverfaffung übergegangen find, sonbern von Anfang an für biefes frembe Bermogen waren 1). Die Ginnahmen bieraus und bie Ausgaben dafür erschienen von Anfang an nicht im Stat bes Reiches. Man könnte fagen, aus biefer Rechtslage folgt noch nicht, bag Elsak-Lothringen ein besonderer Staat war: dies laffe fich auch erklären, wenn man Elsaß-Bothringen ben Charafter eines Brovingialverbandes, also einer Broving mit juriftifcher Berfönlichkeit beilege. Allein wo ift ber Rechtsatt, burch welchen bas Reich, an welches boch biefe Bermogensobielte von Franfreich übertragen wurden, diefelbe an biefe besonbere juriftische Perfonlichleit weiter abtrat? 1) Und ganz abgesehen bavon, für Elsaß-Lothringen bestand eben von Anfang an eine besondere völlerrechtliche Berfonlichteit. Nicht fo, als ware Elfag-Loth= ringen felbst biefe völlerrechtliche Berfonlichteit gewesen, sonbern bas Reich erhielt eine zweite Bölferrechtsfähigfeit zu ihrer ersten. Es bat eine besondere Bölferrechtsfähigfeit für die Bundesund eine besondere fur die elfag-lothringischen Angelegenheiten ; fo, wie ber Berricher, soweit im 18. Jahrhundert noch bas Batrimonialstaatsprinzip galt, eine doppelte vermögensrechtliche Berfonlichteit hatte, eine als Inhaber feines privaten, mit ber Laft, ben Staatszweden zu bienen, nicht beschwerten Bermögens, und eine besondere als Subjett des Bermögens für ftaatliche Zwede. Daß eine besondere Bollerrechtsfähigfeit bes Reiches für Elfaß-Lothringen besteht und von Anfang an bestand, zeigt der Umstand, daß als Nachfolger, richtiger Erneurer der französischen Bertrage, welche bie Beziehungen Elfaß-Lothringens zu ben Nachbarlanbern betraf, in ber Staatspraris die elsaß-lothringische, nicht die Reichsregierung angeseben war. Als Rheinuferftaat im Sinne ber Rheinschiffabrtsatte vom 17. Ottober 1868 wird in ber Staatspraris 3) allgemein Elfaß-Lothringen, nicht bas Reich bezeichnet, b. b. bas Reich in einer anderen Berfonenrolle als in Ausübung von Bundesangelegenheiten. Elfaß-Lothringen tann zweifelsohne mit bem Deutschen Reiche völlerrechtliche Bertrage foliegen. Daburch unterscheibet fich bas Berhaltnis Elfaß-Lothringens jum Deutschen Reiche von bemjenigen, in welchem Belgoland jum Reiche vom Tage ber Befinnahme burch ben Raifer bis zu feiner Einverleibung in Breufien am 1. April 1891 ftand. Bahrend diefer Beit war Helgoland, wie heute noch Elfaß-Lothringen, unmittelbares Reichsland, d. h. es ftand unter Berwaltung burch Reichsorgane und ebenfo war es, wie Elfaß-Lothringen bis 1. Januar 1874, Reichsausland im Sinne ber Reichsverfaffung. aber eben baburch mar es von Elfag-Lothringen verschieben, bag für Belgoland feine befonbere Bollerrechtsfähigfeit bes Reiches beftanb. Elfaß-Lothringen war in biefer Beit nicht Reichsftaat, fondern Reichsproving. Dies beweift Art. 11 bes beutsch-englischen Abtommens vom 1. Juli 1890. Dort wird bestimmt : "Alle Besitprechte, welche Privatpersonen ober Gesellschaften in Belgoland von der britischen Regierung erwarben, bleiben besteben" und bieran die Bemertung geknüpft: "Daraus entstehende Berpflichtungen werben auf Seine Majestät den Deutschen Raiser übertragen". Damit ist ausgebrückt, daß biese Berpflichtungen Reichs-, nicht helgolänbische Lanbesangelegenheit fein follen.

So war also Elsaß = Lothringen von Ratifikation bes Bersailler Friedens b. i. vom 2. März 1871 an ein besonderer Staat 1). An diesem Berhältniffe hat auch das Reichsgeset vom 9. Juni 1871, betreffend bie Bereinigung von Elfaß und Lothringen mit bem Deutschen Reiche,

¹⁾ Dem steht ber Umstand nicht entgegen, daß der Präliminarfriede vom 26. Febr. 1871 sagt: "Frankreich verzichtet zu Gunsten des Deutschen Reiche & auf alle seine Rechte und Ansprücke auf die (elsaß-lothringischen) Gebiete"... "Das beutsche Keich wird dies Sebiete für immer mit vollem Souveränitäts- und Eigen tum Frecht besitzen".

2) Hezu Rosen berg, Staatsrechtliche Stellung S. 19.

3) Bergl. v. Stengel's Wörterbuch des Deutschen Verwaltungsrechtes, 2. Ergänzungsband (Freib. und Leipzig 1893) Art. Rheinschissgerichte von Herm. Seufschen, S. 196 st.

4) Die selbständige Staatsnatur während dieser Zeit nehmen auch Rosen berg, Staatsrechtliche Stellung von Elsaß-Lothringen S. 38 st. und in den Annalen 1899 S. 897 st., und Vinsbing, Rechtliche Stellung des Raisers im heutigen Deutschen Reiche, Oresden 1898, S. 10 an.

167

nichts geanbert. Denn wenn auch § 1 bieses Gesehes sagt, "bie von Frankreich burch Art. I. bes Braliminarfriedens vom 26. Februar 1871 abgetretenen Gebiete werben mit bem Deutschen Reiche für immer vereinigt", fo muß biefe Bereinigung noch nicht als Bereinigung im engeren Sinne, als Einverleibung, Herstellung eines Einheitsstaates awischen Reich und Reichsland angesehen werben. Bereinigung ift auch bie Union, bie Staatenverbindung. Und bag nichts anderes gemeint ift, zeigt ber Umftand, bag bas "Recht ber Gesetgebung (für Eljaß-Lothringen) in ben ber Reichsgesetgebung in ben Bundes ft aat en nicht unterliegenden Angelegenheiten" in § 3 unter ben allgemeinen Begriff "Staats gewalt in Elfaß=Lothringen" geftellt wirb. Uebrigens hat biefe Bereinigung Elfaß = Lothringens mit bem Deutschen Reiche im angegebenen Sinne ja schon vorher bestanden. Durch ben Bräliminarfrieden von Berfailles ift Elfaß-Lothringen an Deutschland abgetreten. Abtretung hat aber nicht blos völkerrechtliche, sondern auch staatsrechtliche Wirkungen. Durch die Abtretung wurde Staatsgewalt erworben und Staatsgewalt ift sowohl ein voller=, wie ein ftaatsrechtliches Gewaltrecht. Die Bebeutung bes § 1 bes Gesetes vom 9. Juni 1871 hat nur bie Bebeutung einer Anerkennung bes burch ben Raifer auf Grund bes Friedensvertrages allein geschloffenen staatsrechtlichen Rustandes der Bereinigung durch Bundesrat und Reichstag. § 1 bes ge= nannten Gesehes könnte ebenso gut fehlen. Die Anerkennung lage stillschweigend in ber in ben folgenden Baragraphen von Bundesrat und Reichstag geordneten Organisation bes Reichslanbes.

Ift Elsaß = Lothringen ein besonderer Staat, so folgt daraus aber noch nicht, daß es grundfählich auch besondere Staatspersönlickleit hat. Um diese zu haben, müßte es Subjekt ber Staatsgewalt in Elfaß=Lothringen sein. Allein bies ist nicht ber Fall. Es läßt sich weber eine grundsähliche Anstalts-, geschweige benn eine grundsähliche Korporationspersönlichkeit bes Reichslandes behaupten. Alle solche Annahmen scheitern baran, daß der Raiser die Staatsgewalt in Elfaß = Lothringen im Namen des Reiches übt; das war fo vor dem Gefete vom 9. Juni 1871 1) und bas ift nach ausbrudlicher Bestimmung biefes Gefetes so feitbem. Es ift nicht an bem, daß das Reich bem Reichstande nur in bessen Bertretung seine Organe beftellt, sondern die elsaß-lothringischen Staatsorgane find Reichsorgane; fie üben nicht Hoheitsrechte Elfaß-Lothringens, fonbern folche bes Reiches aus. Sie handeln in Elfaß-Lothringen, aber nicht im Namen Elfaß-Lothringens. Elfaß-Lothringen ift somit, wie das einzelne deutsche Shungebiet, ein Staat, ber feiner rechtlichen Natur nach zu ben einseitigen Berrichaftsverhältnissen zählt. Das Subjekt der Reichsgewalt daselbst ist nicht die Gesammtheit der Elsaß= Lothringer als Anftalt ober Rorporation, sondern die Rorporation der fünfundzwanzig deutschen Bundesstaaten, das Reich. Dasselbe ist zugleich Subjekt der Bundesgewalt und der Staatsgewalt in Elsaß = Lothringen. Doch sind Ansähe zu einer eigenen Staatspersönlichkeit auch in Elsaß-Lothringen da und zwar nicht blos zu einer Anstalts-, sondern sogar durch das Organ bes Landesausschuffes zu einer korporativen Staatsperfonlichkeit.

Noch bleibt eines zu bemerken: Sind Elsaß-Lothringen und die Deutschen Schutzgebiete, nachdem sie das gleiche Rechtssubjekt der Staatsgewalt, wie das Deutsche Reich haben, auch souverane Staatswesen? In dieser Richtung ist ausschlaggebend, in welchem Berhältnisse sie zum Deutschen Reiche stehen. Sie sind beide, wie v. Se p d e l sie richtig charakterisiert und wie Georg Meher, Laband, Born, wie wir frühers) sagten, wenigstens für die Schutzgebiete anerkennen, Nebenländer des Deutschen Reiches, und zwar sind es staatsrechtliche Nebensländer und für uns, die wir ihnen Staatsnatur zusprachen, insbesondere noch Nebenstaaten. Nebenstaaten können Anstaltspersönlichkeit oder den Charakter bloßer Objekte fremder Herrs

¹⁾ Bergl. Rosen berg, Annalen 1899 S. 398. 2) Grundriß zu Borlesungen über Reichsstaatsrecht S. 116. Hier werden Elsaß-Lothringen und Schutzebiete unter dem Namen "Reichsländer" zusammengefaßt. 3) Oben 81 und 168.

schaft haben. Das letztere ist bei unseren Schutzgebieten und Elsaß-Bothringen der Fall. Das Reich ist nicht blos Träger, sondern Subjekt der Unterstaatsgewalt. Mit dem Charakter als Nebenland ist aber auch schon die Frage der Souveränität genannter Länder entschieden. Als Rebenland werden sie von einem anderen Staate beherrscht. Demgemäß sind sie abhängig, also nicht souverän. Hiergegen läßt sich nicht einwenden: In den Fällen, wo der Oberstaat, das Haupt-land, nicht blos Träger, sondern Subjekt der Unterstaatsgewalt ist, wäre der Oberstaat als Subjekt der Unterstaatsgewalt ja dann doch nur von sich selbst abhängig. Nur von sich selbst abhängig sein bedeute aber keine Ausbedung der Souveränität. Darauf ist zu erwidern: Souveränität im eigentlichen Sinne ist keine Eigenschaft eines Rechtssubjektes, sondern eines Rechtes, eines Gewaltrechtes. Das Deutsche Reich hat also z. B. in der elsaß lothringischen Landesstaatsgewalt ein von einem anderen Gewaltrecht abhängiges Gewaltrecht.). Der Umstand, daß das Subjekt des abhängigen Gewaltrechtes als solches auch Subjekt des übergeordneten Gewaltrechtes ist, ändert an der Natur des Gewaltrechtes nichts. Auch mit diesem Ergednisse staatsbegriffes, mit dem positiven Rechte nicht vereinigen läßt.

Nachbem wir weber in ben Deutschen Schutzgebieten noch in Elsaß-Lothringen Staaten mit bem Charafter selbständiger Anstaltspersonlichkeit zu erkennen vermochten, erübrigt noch in Kurze, Beispiele für Staaten mit Anstaltspersonlichkeit zu geben 2). Sie werden geliesert von den Protektoratsländern, soweit dieselben durch Organe der Schutzmacht vertretungsweise verwaltet werden. Wir haben uns mit diesen Berhältnissen früher 3) so eingehend beschäftigt,

¹⁾ Rosen berg's Anschauung über die Rechtsstellung Elsaß-Lothringens stimmt, was die Zeit seit Inkraftireten des Reichsgeietes vom 9. Juni 1871 anlangt, der Sache nach mit der unserigen ausgammen. Denn er nennt Elsaß-Lothringen einen deutschen Bassallenftaat, der sich von allen übrigen Bassallenstaaten der Welt deburch unterscheitet, daß das Herrichaftssubjekt im Vassallenstaaten der Veltaksendil. Siellung S. 42). Das ist eden unser kanfallenstaaten der Veltaksendil. Siellung S. 42). Das ist eden unser kanfallenstaaten der Veltaksendil. Siellung S. 42). Das ist eden unser kanfallenstaaten der Veltaksendil. Siellung S. 42). Das ist eden unser kanfallenschiftigischen Sachen Dagegen ist er anberer Ansicht für die vorausgebende Zeit. Da soll Elsaß-Lothringichen Staatsgewalf ist das Keich geweien: Subsett wohl der Reichzselwalt, aber nicht der neuen elsaß-lothringichen Staatsgewalf ist das Keich geweien: Subsett der letzteren seien die versünderten deutschen Staatssoberhäupter gewesen (Annalen 1899 S. 398 und 899). Er behauptet also, unter dem l'Emprire allemand, an das im Friedensvertrage vom 26. Febr. 1871 Elsaß-Lothringen abgetreten wurde, sei nicht Deutsches Reich geweien: Subsett was der Verlagss wird dawon gesprochen, das die führ Milliarden an den Empereur d'Allemagne, also dan ein Meichsorgan zu aghlen sind. Dienach wird auch in Art. 1 unter dem Empires allemand. Deutsches Reich zu versiehen sein. Damit ift aber schon von Ansagn an Abhängigkeit, also Kedenstaatse Gaaratter gegeden. Die Aufschlung Wosenschaft und und in Art. 1 unter dem Empires allemand versiehen der Keichsorgan zu aghlen siehe Sundesgebietes übt das Keich ber Gelekzebung, so ist damit keineswegs gefagt, wie Kosenberg Annalen 1899 S. 886 meint, daß das verhindert der Verlagen gegeben. Die Aufschlung Kosenschlung der Kerdsliche Berbältnisse in Art. 2 beziehf sich nur auf solche erschenberg Annalen 1899 S. 886 meint, daß das verhübert die in Art. 4 verschebenschlung der Kreigenberg Annalen geschen der Art. der Sieher kerdsliche Berbältnisse, in

baß wir hier auf Beiteres verzichten konnen.

§ 35. Die Staatsfragmente Jellinet's. Eine andere Meinung als die hier und sonst über Gebietskörperschaften ohne eigene Herrschaftsorgane vertretene hat Jellinet geäußert. Er erklärt dieselben weder für Staaten noch für Provinzen, sondern unter der Bezeichnung Länder oder Staatsfragmente für ein Mittelding zwischen beiden.). Es
fragt sich nur, ob sich solche Zwischenstufen oder, wie es Jellinet ausdrückt, politische Gebilde
nachweisen lassen, welche "weder völlig Staaten noch völlig Staatsabteilungen oder dem Staate
unterworsene Kommunalverbände sind".). Es kommt darauf an, wodurch sich diese Länder
vom Staate und wodurch sie sich von der Gemeinde unterscheiden sollen.

Sehen wir recht, so versteht Jellinet — eine ausdrückliche Definition gibt er nicht — unter Staatsfragmenten Staatsgebietsteile, die mehrere, aber nicht alle Staatselemente besitzen, ohne doch Kommunalverdände zu sein³). Alls Staatselemente unterscheidet er aber eigenes Gebiet, eigene Unterthanen und eigene Herrschergewalt und als Bestandteile der letzteren wieder zwei Womente, einmal daß die Gewalt eine Gewalt ist, die auf ihren eigenen, nicht auf fremden Gesetzen beruht, und dann, daß sie Organe für Gesetzebung Regierung und Gerichtsbarkeit hat und diese Funktionen auch ausübt ⁴). Wir sehen also, Jellinet verläßt hier seine vorher, in dem "Shstem der subjektiven öffentlichen Rechte" 1892 vertretene und in § 25 besprochene Staatsbesinition. Jedes Gebiet, welches einige der genannten Kennzeichen besitzt, ohne Kommunalverband zu sein, ist Staatsfragment, unvollständiger Staat.

Runächft folgt hieraus, daß es sehr verschiedene Arten von Staatsländern gibt und geben tann : wie Jellinet fie felbft gruppiert : Lanber, bie mit bem Staate nur eigenes Gebiet unb eigene Angehörige gemein haben, folde, welche außerbem einige Organe und Funktionen wie ber Staat befigen, brittens Länber, welche Organe und Funktionen wie der Staat, aber ohne eigenes Gebiet und eigene Angehörige besitzen. Um Beispiele anzuführen, fo gehörten zur ersten Art bie beutschen Schutgebiete; fie hatten eigenes Gebiet und eigene Angehörige, ein Gebiet, bas nicht beutsches Reichsgebiet, und Angehörige, die nicht Angehörige bes beutschen Reiches feien, allein fie seien nicht Subjette, sonbern lediglich Objette staatlicher Thatigteit's). Und abnlich feien bie Berhallniffe Elfaß-Lothringens vom Braliminarfrieben von Berfailles bis jum Intrafttreten bes Reichsgefetes vom 9. Juni 1871, ferner die Berhältniffe Schleswig-Holfteins in der Reit vom Biener Frieden (30. Oft. 1864) bis zu ihrer Einverleibung in die preußische Monarchie (12, Nan. 1867) gelagert gewesen und beute fast so noch die Stellung von Bosnien und Herzegowina. Bur zweiten Art rechnet Jellinet bie englischen Rolonien Ranada, Rapland und Auftralien, ferner Island. Diefe Länder hatten eigenes Gebiet und einige eigene Organe, aber nicht blos eigene Organe mit eigenen Funktionen - bie oberften Berrichaftsorgane feien britifch, bezw. banifch - und bann fehlten ihnen eigene Staatsangehörige. Jeber Ranadier fei zugleich Angehöriger bes großen britischen Reiches (G. 24) und eine besondere isländische Landesangehörigkeit gebe es nicht (S. 26). Dasselbe Berhältnis walte bei Kroatien= Slavonien im Berhältnis zu Ungarn ob (S. 37 und 39) und bei den Herzogtumern Sachsen= Roburg und Sachsen-Gotha im Berhältnis zum Gesammtherzogtum Sachsen-Roburg - Gotha (S. 44 und 35). Finnland habe fogar noch eigene Staatsangehörige, die nicht zugleich rusische Staatsangehörige seien; hier fehle allein die eigene Dynastie (S. 41). Die britte Gruppe endlich fieht Jellinet burch Lander reprafentiert, welche als folche nur parlamentarische Organe

¹⁾ Ueber Staatsfragmente Heibelberg 1896. Otto Mejer, Ginleitung in das deutsche Staatsrecht, nennt Fragmentstaaten solche, die nicht die Fülle der Staatsaufgaben erledigen, wie 3. B. Gliebstaaten im Bundesstaate, also Staaten, die wohl rechtlich, aber nicht politisch den Staatsbeariff erfüllen.

begriff erfüllen.
2) N. a. O. S. 11.
3) S. 17: "Bolitische Gebilbe, die nur dem Staate zukommende Elemente und Merkmale ausweisen, allein in undollständiger Weise, die also einige, aber nicht alle Kennzeichen des Staates an sich tragen".
4) S. 12 und 15.
5) S. 17 und 21.
6) S. 20.

und Befugnisse, keine Ezekutiv-Organe und Befugnisse haben: so die österreichischen Kronländer (S. 27 ff.), die nordamerikanischen Territorien (S. 30), Elsaß-Lothringen (S. 31 ff.) seit dem Geset vom 9. Juni 1871.

Fragen wir nun, was die Länder der ersten Gruppe von den Kommunalverbänden trennen soll — benn in dieser Richtung liegt das Entscheidende —, so vermögen wir, wenn wir ansnehmen, es lägen keine selbständigen Staaten vor, einen Unterschied zwischen dieser Ländergebietshoheit und Länderangehörigkeit einer= und dem Wesen der Gemeindegebietshoheit und der Gemeindeangehörigkeit anderseits nicht zu entdecken. Sind jene Länder nur Objekte fremder Staatsgewalt, so müssen sie debiet fremder Staatsgewalt und ihre Angehörigen zugebörig zu diesem Staate sein. Wohl sind die Angehörigen der deutschen Schutzgebiete als solche nicht Angehörige des Deutschen Reiches im Sinne der Reichsversassung, aber Angehörige eines Gebietes, in welchem das Deutsche Reich Staatsherrschaft ausübt.

Und was die zweite Gruppe anlangt, so sollen sich die Organe dieser Länder daburch von Rommunalorganen unterscheiben, daß sie unmittelbar staatliche Geschäfte sühren, von der Staatsgewalt eingesetzt werden und in deren Auftrage und traft deren Autorität sungieren; der Wille eines Rommunalverbandes dagegen sei innerhalb seiner selbständigen Sphäre nur sein, nicht auch Staatswille: seine Behörden bestelle er in der Regel allein, dem Staate stehe höchstens ein Bestätigungsrecht zu und selbst da, wo ausnahmsweise der Staat Rommunalvorgane ernenne, sungierten diese dann nicht in staatlichem Austrage und in staatlicher Abhängigkeit (S. 47 und 48).

Allein alle diese Prämissen als richtig angenommen, ist es boch nicht ersorberlich, einen besonderen Länderbegriff für diese Erscheinungen aufzustellen. Wir haben dann eben Selbstwerwaltung im politischen Sinne, Staatsorgane, die aus den Regierten gebildet sind. Wenn Jelslinet sagt, als Organe des Staates konnten diese Sonderorgane nicht angesehen werden, weil ihre Funktionen auf Grund der verfassungsmäßigen Lage der Dinge gar nicht in die Kompestenz des Gesammtstaates d. h. eben des Staates sielen (S. 47), so ist dem gegenüber zu des merken, ihre Funktionen fallen wohl in die Kompetenz des Staates, nur nicht in die Kompetenz der Staatsorgane, welche nicht auf dem Prinzipe politischer Selbstverwaltung, sondern auf dem berufsamtlicher Staatsverwaltung basieren.

Uebrigens sind auch die Prämissen nicht zutressend. Soweit sich bezüglich der Elbherzogtumer, Elsaß-Lothringens und der deutschen Schutzgebiete unsere Auffassung nicht schon aus Früherem 1) ergibt, haben wir in den von Jellinet angeführten Ländern teils Staaten zu erbliden, für welche einem anderen Staat nur die Au auf dung der Herrschaft vertragsmäßig eingeräumt ist (Bosnien und Herzegowina), teils mehr oder weniger autonome Provinzen, deren Organe zugleich als politische Selbstverwaltungskollegien der staatlichen Provinzialverwaltung sungieren 2) (Rapland, Ranada, Australien, Island und die Territorien der Berschutzung sungieren 2)

¹⁾ S. 164 f.

2) So stehen die Parlamente der englischen Kolonien als staatliche Provinzialparlamente dem Generalgouverneur bezw. der Königin zur Seite. Alle diese Provinzen sind rechtlich noch nicht Staaten mit teilweisem Anstaltscharakter, odwohl sie sich politisch davon kaum unterscheiden. Wäre dies nicht der Fall, so könnte z. B. nicht der Saz ohne Einscharaktung gelten, daß das britische Parlament sür Kanada in allen Sachen Sesengebungszusständigseit hat, in welchen es auch das Kanadische Parlament hat (vergl. Munro, The Constitution of Canada, Cambridge 1889 S. 266). Die englischen Schriftseller über britisches Kolonialrecht zweiseln so wenig an dem Provinzcharakter der Kolonien, daß sie die Frage, od Staat oder Provinz, gar nicht auswersen. Bergl. Munro a. a. D. 4; Todd, Parliamentary Government in the British Colonies 2, Ausst. London 1894 S. 29 (spricht nur von self-government der Kolonien); Jents, The government of Victoria (Australia), London 1891 S. 280. Eine Ausnahme macht Kobin son das Wesen des Bundesstaates in der Zeitschrift für die Gesammte Staatswissenschaft Kobin son. Das Wesen des Bundesstaates in der Beitschrift für die Bestwennen der anglischen Kolonien sol. Er sieht in Kanada einen Bundesstaat. Die Bestrebungen der englischen Kolonien sich zu Unterstaaten und zwar womöglich zu Bundesstaaten d. h. also zu Staaten mit Vertretungsrechten

einigten Staaten von Nordamerika¹)), so daß eine Mischung von Staats- und Kommunalverwaltung gegeben ist; teils liegen lediglich Organe für staatliche Provinzialverwaltung vor, so bei den getrennten Landtagen für Koburg und für Gotha. Endlich aber — und damit gelangen wir zu etwas weiterem — haben wir es zum Teil mit Staaten zu thun, bei welchen anstaltliche und korporative Elemente gemischt sind. Dies ist bei den staatsrechtlichen Nebenländern Kroatien-Slavonien²) und Finnland³) der Fall, wenn auch bei letzterem bie korporative Organisation durch kaiserliches Manisest vom 15. Februar 1899 erheblich eingeschränkt wurde.

§ 36. Die Staatsberfönlichteit des Bundesflaates. Die eben angeführte Mischung von Rorporations- und Anstaltsmomenten ift teine besondere ber Staatspersonlichteit; sie begegnet auch bei anderen juriftischen Personen, 3. B. bei solchen bes beutschen Arbeiterverficerungsrechtes. Gbenfo teilt bie Staatsverfonlichfeit mit anderen juriftifden Berfonen eine andere Mifchung. Wie jebe andere juriftische Berson, tann auch bie bes Staates nur mittelbar aus natürlichen, unmittelbar allein aus juriftischen Berfonen jufammengesett fein. Das beißt: Der Staat muß wohl insoferne aus natürlichen Bersonen besteben, als zum Beariff bes Staates gehört, daß Meniden unmittelbar Berrichaftsobjette ber obrigfeitlichen Gewalt find : aber bas ift nicht erforberlich, bag biefe natürlichen Berfonen als bie Mitglieber ber Rorporation ober Anftalt erscheinen. Diese Mitglieber tonnen auch lediglich aus ihnen gebilbete juriftische Berfonen fein. Dies ift bei ben brei Bunbesftaaten, die uns vorwiegend intereffieren, beim Deutschen Reiche, ber Schweizerischen Gibgenoffenschaft und ber Nordameritanischen Union ber Kall. Bei ihnen ist, obwohl dies an sich möglich wäre, nicht eine Korporation aller Staatsangehörigen, aller Deutschen, Schweizer, Ameritaner Subjett ber Staatsgewalt, sonbern eine Rorporation von Staaten; nicht die 52 Millionen Deutschen, das beutsche, amerikanische ober schweizerische Bolt, sondern die 25 beutschen Gliebstaaten, die 45 ameritanischen Staaten, die 22 schweizer Rantone bilben die Korporation, welcher die Bunbesgewalt zusteht.

Um dies zunächft für das Deutsche Reich zu beweisen, so geht schon aus der Gründungsgeschichte besselben hervor, daß das deutsche Bolk rechtlich nur Objekt, nicht Subjekt der deutschen Reichsgewalt ist. An der Aufrichtung des Reiches war das deutsche Bolk durch die Mitwirkung des Nationalparlamentes von 1867 wohl politisch beteiligt; ohne diese politische
Beteiligung des deutschen Bolkes wäre das Zustandekommen des Reiches nicht möglich gewesen. Aber rechtlich sind die Schöpfer des Reiches nicht die deutschen Fürsten und das deutsche
Nationalparlament, sondern die deutschen Staaten d. h. also die Fürsten und Landtage der
beutschen Staaten. Im Eingang der Norddeutschen Bundesversassung ist der verfassungsberatende Reichstag von 1867 darum auch nicht genannt. Daß auch die deutschen Landtage
dort nicht erwähnt sind, thut nichts zur Sache. Wie sonst, so haben auch hier bei Abschluß
des Bundes die deutschen Fürsten nur als Vertreter ihrer Staaten gehandelt. Es ist also da-

im englischen Parlamente zu erheben, sind bisher mißlungen. Wie schon einmal 1891, haben Delegierte der Kolonien Tasmania, Neussübwales, Viktoria, Südaustralien und Westausstralien — Neus-Queensland und Neuseeland beteiligten sich nicht — am 17. März 1898 den Entwurf einer australischen Bundesversassung unter dem Namen Commonwealth of Australia angenommen. Bei der am 8. Juni 1898 vorgenommenen Bollsabstimmung sand der Entwurf in Neussüdwales jedoch nicht die erssorberliche Majorität. Nur Ostindien bildet als das Kaiserreich Indien Unterstaat und zwar von reinem Anstaltscharakter.

¹⁾ Die Territorien haben im Gegensate zu den "Staaten" keine völkerrechtliche Bersönlichskeit; hiezu Unionsverfassung Art. 1 Sekt. 10; Brie, Theorie der Staatenverbindungen S. CVIII; Bryce, Bd. I S. 579, der sie als den solf-governing colonies of Great Britain vergleichbar bezeichnet. Die Distrikt Columbia ist Provinz ohne juristische Bersönlichkeit und ohne Autonomie.

2) Ueder die gesetlichen Bestimmungen s. Art. Kroatien im "Desterreich. Staatswörterbuch"
Bd. II (Wien 1896) S. 499—510.

³⁾ Bergl. barüber Engelmann=Mechellin, Staatsrecht bes Russischen Reiches (Freiburg und Leipzig 1889) S. 12, 248, 249. Das Zarentum Polen ift russische Provinz, ebenda S. 11, 12, 20, 217.

burch, baß als bie ben Bund Schließenben in ber Begrundungsurfunde lediglich bie beutschen Fürsten erscheinen, nicht ausgeschlossen, bag auch bie beutschen Einzellandtage an der Gründung rechtlich beteiligt waren. Für bie Schweizerische Gibgenoffenschaft folgt bas Gleiche aus bem Wortlaute bes Art. 1 ber Bunbesverfaffung. Bohl icheint aus bem Gingang biefer Berfaffung ein Anderes hervorzugehen, wenn es bort heißt : "Die schweizerische Eibgenoffenschaft in ber Absicht, ben Bund ber Eibgenoffen zu befestigen, bie Ginheit, Rraft und Ehre ber ichweizerischen Nation zu erhalten und zu forbern, hat nachftebenbe Bunbesverfaffung angenommen". Allein biefem Eingange folgt eben ber alle Zweifel behebende Art. 1 mit den Borten : "Die durch gegenwärtigen Bund vereinigten B bller schaften der zweiundzwanzig fouveränen Kantone, als: Rürich, Bern, Luzern , bilben in ihrer Gesammtheit bie schweizerische Eibgenoffenschaft" 1). Daraus folgt mit aller Deutlichkeit: rechtlich ift bie Schweizer Eibgenoffenschaft ein Bund von Staaten, nur politisch ift ber einzelne Schweizer Gibgenoffe. Richt so einfach liegt bie Sache für bie Bereinigten Staaten. Hier sagt ber Eingang ber Berfaffung: We, the people of the United States, do ordain this Constitution. Allein diese Worte people of the United States haben nur politische Bebeutung. Bor Gründung der Union gab es im Rechtssinne tein amerikanisches Bolk, waren bie einzelnen Staaten vielmehr souverän und bemgemäß juristisch auch nicht bas amerikanische Boll, sondern die Böller der verschiedenen Staaten die Gründer der Union 2). Aber als Subjekt ber Staatsgewalt ber entstanbenen Union`kann bas amerikanische Bolk als eine Ge= sammtheit angesehen werben; benn die Union, welcher jene Berfassung gegeben warb, heißt United States. Bunbesglieber find die einzelnen States. Dagegen ift bas richtig. Oberfter Bertreter biefes Rollettivsubjetts ber Unionshoheit ift bas ameritanische Bolt, benn nach bem schon in § 28 erwähnten Amendement 10 zur Unionsverfassung heißt es, daß die nicht den Unionsorganen ober ben Staaten zustehenben Gewalten bem "Bolte" vorbehalten finb. Freilich ift biefes Bolt wieder nicht bie Gesammtheit der Staatsangehörigen, sondern, wie schon früber bemertt, ber Staatsbürger.

Andere Arten ber Staatsnatur. Dit bem Bisberigen batten wir bie Frage ber juristischen Bersonlichkeit bes Staates nach allen Seiten erörtert. Die Frage nach ber rechtlichen Natur bes Staates ist bamit aber noch nicht erschöpft. wir bereits im Eingang bes § 33 erkennen ließen, gibt es auch im heutigen Staatsrechte ausnahmsweise noch andere Auffaffungen bes Staates als bie, welche in ihm eine juristifche Bersönlichkeit erblickt. Zu allen Reiten gab es im positiven Rechte die Auffassung, daß bas höchste Staatsorgan Subjekt der Staatsgewalt sei, und die andere, daß der Staat eine Gesellschaft, ein Bertragsverhältnis ber Staatsangehörigen barstelle. Die eine bieser Auffassungen haben wir bereits in § 35 8) betrachtet, aber boch noch nicht in allen ihren Ericeinungsformen, die andere ift überhaupt noch nicht besprochen. Indes, fie ift rasch erledigt, benn so groß ihre Bebeutung in ber Geschichte ber Staatslehre, positivrechtlich tommt fie heute, wie früher, nur ausnahmsweise bei kleinen neugegründeten Staaten vor 1). Für heute läßt in diefer Richtung nur auf die Freilandsversuche und die Berfettioniften binweisen. Der jur Durchführung ber Ibeen bes Bubligiften Bergta 5) in Wien 1898 gebilbete Freilandverein machte sich zur Aufgabe, eine Kolonie "Freiland" auf bem Keniaplateau in Oftafrita zu grunden und sandte zu biesem Zwed 1894 eine Boregpedition aus, um

¹⁾ Uebrigens gilt bas Gleiche auch für anbere Bunbesftaaten, fo für einen ber füngsten, bie 20. Juni 1895 unter bem namen Republica major di Contro-America aus ben brei Republiten 20. Junt 1895 unter dem Anner den Gentralamerika aus den det Aepholiten Gentralamerika (Honduras, Nicaragua und Salvador) gebilbete, Vo. Nov. 1898 wieder aufgelöste Zentralamerikanische Republik.

2) Vergl. Foster, Bd. I S. 70 und 94; v. Stengelöste Zentralamerikanische Republik.

3) S. 164 ff.

4) Unten § 68.

5) Vergl. sein Werk: Freikand, ein soziales Zukunstsbild 8. Aust. Leipzig 1898; auch "Eine Reise nach Freikand" Universalbibliothek.

ein zur Besiebelung geeignetes Terrain auszuwählen. Die Persettionisten ober Bibeltommunisten, wie sich die nicht zahlreichen Anhänger des Abvotaten Nopes nannten, siedelten sich als eine gesetz und eigentumslose Genossenschaft am Oneidabach im Staate New-Port an.

Die andere Auffaffung ist auch heute, wie früher, noch vielfach die Grundlage des positiven Rechtes. Und ebenso kommt sie, wie früher, heute ebenfalls noch in verschiedenen Kormen por.

Begegnen wie ihr auch bei anderen Staatsformen — und bei solchen — nämlich republitanischen Bunbesftaaten 1) - haben wir fie tennen gelernt -, so ift boch ihr eigentlicher Sit die Monarchie. Der Monarch ist es, ber auch heute noch öfter als Subjekt der Staatsgewalt erscheint. Und dies nun gleicherweise wieder in verschiedener Gestaltung. Entweder ift er Subjekt ber Staatsgewalt lediglich als Mensch ober als Gott auf Erben und entweber ift er es privatrechtlich und zwar als Herr von Art bes Familienhauptes (Patriarchal= staat) ober als privatrechtlicher Eigentumer (Patrimonialstaat niedrigerer Rulturstufe) ober er ist es öffentlichrechtlich als Herr (Autotratie)2) ober als öffentlichrechtlicher Eigen= tümer, in welch letterem Falle die Herrschaft als ein öffentlichrechtliches d. h. für die Zwecke ber Staatsgesammtheit zu verwendendes Bermögensstück angesehen wird (Patrimonialstaat höherer Kulturstuse). Alle biese Formen kommen konstruktiv darin überein, daß sie einseitige rechtliche ober auch nur thatsächliche Herrschaftsverhältnisse barstellen. Der Staat ist Objekt der Herrschaft des Herrschers (Objekts- oder auch Herrschertheorie); innerhalb dieses Grundgedankens aber besteht, wie in unserer Einteilung icon angebeutet, der Unterschied, baß bei Patriarcalstaat und Autofratie die Herrschaft in erster Linie als eine Gewalt über die Staatsangehörigen, beim Batrimonialprinzip dagegen in erster Linie als eine Gewalt über das Gebiet erscheint. Die Herrschaft über die Unterthanen hat hier die Ratur eines am Gebiet haftenden Realrechtes, einer Bertinenz der Eigentumsbefugnis, wie auch die Staatsangehörigen als Bubehör von Grund und Boben aufgefaßt find 8).

Um Beispiele für die einzelnen angeführten Staatsarten zu nennen, ohne jedoch dabei die weniger bedeutsamen Staatswesen Asiens, Afrikas und Polynesiens mit ins Auge zu sassen, so sei als Patriarchalstaat China genannt, wo der Kaiser — er heißt Tientse d. h. Sohn des Himmels — zugleich als Gott auf Erden erscheint. Auf älterem Patrimonialprinzipe beruht Persien und ein Patrimonialstaat höherer Kulturstuse ist der im öffentlichrechtlichen Eigentum des Königs der Belgier stehende Kongostaat. Zu den Autokratien rechnen Türkei), Rußland und Japan, letzteres, obwohl es seit 11. Febr. 1889 eine Versassung hat, denn Art. 1 dieser Versassung lautet: "Der japanische Staat ist für ewige Zeiten ununterbrochen von dem Kaiser regiert und beherrscht").

Man kann aus diesen Beispielen schließen, die Aussalfflung, daß das höchte Staatsorgan Subjekt der Staatsgewalt sei, gehört lediglich den Ländern der Halb- oder der niedergehenden Kultur an. Und hinsichtlich der Monarchie ist dieser Schluß zutressend. Die voll und noch zivilisierten monarchischen Staaten stehen auf dem Standpunkte der Staatspersönlichkeit.

¹⁾ Elfaß=Lothringen, Deutsche Schutgebiete.

²⁾ In einem weiteren Sinne bedeutet Autokratie jede der hier genannten Arten der Monarchie, sofern der Monarch nur in Ausübung der Staatsgewalt unbeschränkt ist, also den absoluten Monarchen aus eigenem Rechte.

⁸⁾ Bergl. für die deutschen Territorien z. B. Areittmayr, Grundriß des allgemeinen 2c. Staatsrechies S. 149: "regulariter wird die Landeshoheit für keine personelle, sondern für eine auf dem Lande selbst ruhende Realgerechtigkeit geachtet, folglich mit selbem sowohl acquiriert als verloren".

⁴⁾ Sultan heißt: Mächtiger, Herrscher, herr; ber andere Name bes Sultans Pabischah ift Großherr.

⁵⁾ Vergl. die Berlin 1896 erschienene Uebersetzung ber "Berfassurkunde für das Kaiserreich Japan". Anders natürlich der Regierungsform nach.

§ 38. Die Auffassung der Staatsnatur in der Geschichte. Damit sind wir zum letzten Bunkte dieses Abschnittes gelangt. Indem wir bemerkten, die Auffassung des Staates als einseitiges Herrschaftsverhältnis gehöre im Allgemeinen der auf- und der absteigenden, die Auffassung des Staates als Persönlichteit dagegen der blühenden Kulturperiode an, haben wir auf einen bestimmten Entwicklungsgang in der Auffassung der Staatsnatur hingewiesen. Zur Bervollständigung des Bildes ist es daher erforderlich, die verschiedenen Auffassungen, welchen wir begegneten, in eine einheitliche Entwicklungsreihe zu stellen, m. a. W. die einzelnen Phasen der Entwicklung zu betrachten. Dabei wird auch hervortreten, welche Stellung in der Entwicklung die bisher nur kurz berührte Vertragstheorie einnimmt.

Der Entwidelungsgang läßt fich im Allgemeinen, wie folgt, flizzieren. Die unterfte Stufe stellt ber Patriarchal= und Batrimonialstaat bar. Warum, und in welchem Berhaltnis biefelben geschichtlich zu einander fteben, wird in ber fpater zu betrachtenden Lehre von ber Staatsentwickelung im Allgemeinen zu erörtern fein. Die treibenbe Rraft zum Aufftieg ift bann bas nach rechtlicher Anerlennung strebenbe Bringip, bag bie Staatsgewalt zu Rut unb Frommen der Staatsgesammtheit und nicht im selbstsüchtigen Anteresse des Herrschers zu handbaben fei. Der thatfächliche Ginfluß biefes Bringipes entsteht mit gunehmenber Rultur und, bem Fortschritte biefer Entwidelung entsprechend, wandelt fich auch die Staatsauffaffung bes positiven Rechtes. Die erfte Stufe bieses Banbels ftellt bie immerbin icon öffentlichrechtlich aufgefaßte Autokratie sowie das fortgeschrittenere Batrimonialprinzip dar. Die zweite Stufe ift die Erkenntnis, daß ber Staat nicht blos eine Summe einseitiger Berrichaftsverhaltniffe über Land und Leute, fondern eine vereinheitlichte Gemeinschaft zu Beschützung und Forberung gemeinsamer Intereffen ift, welche ber Herrscher verwaltet, somit die Auffassung bes Staates als Anstaltsperfonlichteit unter Berrichaft bes Berrichers 1). Die britte Stufe ift bann : ber Herrscher ist ber Diener bes Staates, ber Staat korporative Bersonlichkeit. Die Gründe des Mücganges bilden andererseits die Rersplitterung und die Selbstzersseischung der Barteien und das damit immer ftarter hervortretende Bedürfnis einer einheitlichen ftraffen Dacht. Bir gelangen bamit wieber von ber Staatstorporation zur ftaatlichen Anstaltspersonlichteit unter ber Anstaltsgewalt bes Herrschers, von bieser zum Herrscher als Subjekt einer unselbständigen, b. h. unperfonlichen Staatsanftalt (Autofratie), womöglich unter Erhebung bes herrichers jum Gott auf Erben.

Ein abgeschlossenes Beisviel der Staatengeschichte bietet in dieser Richtung die Entwidelung ber Staatsauffaffung im positiven romischen Rechte. Bei ben geringen Großenverhältniffen des römischen Anfangsstaates tann die vergleichende Rechtswiffenschaft nicht umbin, von ben altesten Zeiten an, somit auch für die Zeit ber Rönige anzunehmen, daß die oberfte Herrschaft im Staate bas Bolt, b. i. die Gesammtheit ber Staatsburger hatte. Der Konig ift lediglich ihr Beamter. Bur Beit ber Republit ift bie Serrschaft ber Gesammtheit ber Bürger zweifellos. Es wäre aber falfch, wenn man meinen würde, die Auffassung sei dahin gegangen, baß biefe Gefammtheit ber Staatsburger bas Organ einer Staatsperfonlichfeit fei. Bie an anberer Stelle nachgewiesen, war vielmehr bie Borftellung bie, baß bie Boltsversammlung, ber populus in diesem Sinne, unmittelbar ber Staat sei. Die Bolfsversammlung, also eine Mehrheit physischer Bersonen, die thatsäcklich die Staatsgewalt ausübte, war auch das Subjekt ber Staatsgewalt. Der Staat im Rechtsfinne fällt mit der Bollsversammlung zusammen. In der Raiserzeit erscheinen dann Senat und princeps mehr und mehr als Organe der Bollsgemeinde, die ihrerseits die Natur einer aus einer Bielheit natürlicher Personen zusammenge= setten, burch die Boltsversammlung lediglich reprafentierten Rorporation hat. Schließlich streift ber Kaiser nicht nur thatsäcklich, sondern auch rechtlich den Charakter eines bloßen magi-

¹⁾ Gierte, Genoffenschaftsrecht Bb. III S. 785; Deutsches Privatrecht Bb. I S. 475; Geschichte S. 251.

stratus populi ab und wird Herrscher über das römische Reich als Anstaltsversönlichkeit, um bann als Dominus-dous einer unpersonlichen Staatsanstalt zu enden 1).

Bas hier an einem Beispiele ber Staatsgeschichte bewiesen ist, das beweist andererseits auch die Geschichte der Staatslehre. Obwohl die geschichtliche Entwidelung der wissenschaft= lichen Anschauungen über bie rechtliche Natur bes Staates näher schon an anderer Stelle 2) bargeftellt wurde und in ber weiter unten folgenben Geschichte ber Staatstbeorien überhaupt auch die hier einschlägige Frage ebenfalls noch einmal zu berühren sein wird, so muß doch auch in biefem Busammenhange, wenn auch nur unter bem Gefichtspunkte bes Beweismittels. von ber verschiedenen wissenschaftlichen Auffassung gesprochen werben, welche bie rechtliche Staatsnatur im Laufe der Beiten erfuhr. Beigt uns boch diese Betrachtung gegenüber der Reihe der pofitivrechtlichen Staatsauffaffungen auch eine neue, bem positiven Rechte bes ausgebilbeten Staates wohl nie und gewiß nicht beute angehörenbe Auffaffung ber Staatsnatur, die Auffaffung bes Staates als Bertrags= ober Gesellschaftsverhaltnis. Wir begegnen ihr sofort in den ersten Anfängen ber griechischen Staatslehre. Im Allgemeinen entsteht fie in berjenigen Beit ber positiven Rechtsentwicklung, in welcher sich ber Uebergang vom Anstalts-Charafter bes Staates zur Korporationsperfonlichteit vollzieht. Sie bilbet ben treibenben Faktor für biese Umbilbung.

Die griechische Staatslehre entsteht zur Zeit bes Borberrschens ber Demokratie, im 5. Jahrhundert v. Chr., und zwar in einer Epoche, in welcher in bem maggebenben Staate, Athen, bas Individualprinzip herricht, mit bem staatlichen Bevormundungsspsteme also gebrochen ist's). Es liegt auf ber Hand, daß da der Staat nicht als eine Einheit, sondern als eine Bielheit, wenn auch als eine geordnete (χόσμος) 4), angesehen wird. Der Staat ift ein Rechtsverhaltnis, ein rechtlicher Buftand zwischen Individuen. Der Sophift Lytophron charafterifiert ihn nach unseren Quellen zuerst näher, nämlich als Vertrag, indem er die Gesetze als Bürgen ber gegenseitigen Rechte ber Unterthanen bezeichnet (S. 14 u. 78). Die egoistische. einseitige Ausübung der Regierungsgewalt durch die Massen, welche ein Sokrates und Blaton vor ihren Augen sehen, laffen allmählich bie wissenschaftliche Erkenntnis mehr hervortreten, baß ber Staat ein Berhaltnis zwischen Regierenben und Regierten ift. Erscheint ber Staat in Plat on 8 Staat in Anschluß an die Sophistik lediglich noch als eine gesellschaftliche Berbindung (χοινωνία, ξύστασις, ξύνδεσμος (S. 32, 33)), so finden wir in Platons Staatsmann bereits die Erklärung, daß der Staat ein Berhältnis zwischen άρχων und άρχόμενοι sei (S. 51). Die dexovtes erscheinen damit als Subjekt der Staatsgewalt. Bei Aristoteles tritt bann ber Anfah jum Anftaltscharafter hervor, benn ber Staat wird hier nicht nur als eine τάξις των άρχων, sondern zugleich als eine Berfassungsgemeinschaft χοινωνία πολιτείας (S. 76, 79) bezeichnet. Ift bamit auch teine Anstalt mit eigener Bersönlichteit gemeint ---Ariftoteles erblict bekanntlich in dem Wechsel der Staatsform eine Aenderung des Staates selbst, b. h. Untergang bes alten und Entstehung eines neuen Staates —, so findet burch die Bezeichnung des Staates als Berfassungs gemeinschaft doch eine Zusammenfassung der άρχόμενοι zu einer Einheit, wenn auch nicht zu einer subjektiven, sondern nur zu einer des objektiven Rechtes ftatt (S. 76). Weiter brang die griechische Staatslehre in Folge ihres Berfalls in hellenistische byzantinischer Zeit nicht vor (S. 132, 133). Eine einheitliche Persönlichkeit war nur für die Bürgerversammlung, nicht aber für den Staat als solchen angenommen und dies schon von Aristoteles (S. 80) 5).

Im Gegensatzur hellenistisch=byzantinischen Wissenschaft gelang ber römischen Staats= lehre eine Fortentwidelung bes aristotelischen Gebankens. Es ist Cicero, bei bem wir bie

¹⁾ Raheres über biese Entwidelung bei Karft, Studien zur Entwidelung und theoretischen Begrundung ber Monarchie im Altertum, München und Leipzig 1898, S. 80—102.

2) Geschichte, Sachregister S. 267 unter Staatsnatur und Staatspersonlichteit.

³⁾ Beichichte S. 13. 4) Ebenba S. 15. 5) Bergl. auch Rarft S. 10.

Borstellung angebeutet finden, daß der Staat eine fingierte Persönlichteit des Staatsrechtes sei (S. 151). Alles in allem, haben wir einen Fortschritt von herrschaftsverhaltnis ju Anstalt und von da zu Korporation.

Die gleiche Entwidelung zeigt die mittelalterlicheneuzeitliche Staatslehre. Dieselbe mußte, weil auf dem römischen Rechte ruhend, wohl davon ausgehen, daß Subjekt der Staatsgewalt der populus als eine universitas, als eine persona ficta sei (S. 181). Entsprach biese Auffassung auch ben thatsächlichen Berhältniffen bes Reiches, der Thatsache, baß bie Stellung bes beutschen Königs auf Wahl beruhte und rechtlich entziehbar war, so konnte dieselbe bagegen für die thatfächlichen Berhaltniffe ber beutschen Territorien und Frantreichs nicht als Erflarung bienen. Hier mußte sich eine anbere Theorie ausbilben. Die beutschen Territorien waren aus bem Amte berausgewachsen, die frangofische Monarchie burch die Kraft des Konigtums gegrundet. hier mußte also die physische Einzelpersönlichteit in den Bordergrund treten, der Staat als Herrschaftsverbaltnis zwischen Regierenden und Regierten erscheinen. Der Landesherr ist demgemäß auch der dominus terrae, der französische König sovrains par desor tous 1); die Souveranität ift bei Bobin teine Eigenschaft bes Staates, sondern bes Herrschers 2). Der fortbauernde Ginfluß des römischen Rechtes erhielt babei aber boch die Borstellung, daß die Regierten eine Einheit barstellen. Der Staat ist eine von einem Anderen beherrichte Bersonengemeinschaft, eine Anstaltspersönlichkeit 1). Die erhöhte Fürsorge für die Unterthanen führt in den Monarchien dann bahin, wohin die Staatslehre in demokratischen Staaten icon vorber gelangte. im Staate einen Bertrag der Andividuen zu erkennen (S. 253). Diese Theorie siegt bann über ben Anstaltscharafter und erhebt ben Staat zur torporativen Berfonlichteit. Der Staat ift felbft fouveran, fo vor allem bei Friebrich bem Großen und Rouffeau 4).

Indes, dies ift nur ber allgemeine Entwidelungsgang. Die Staatstheoretiter haben teineswegs vertannt, daß nicht alle gleichzeitigen Staaten ben gleichen Rechtscharatter befigen. So unterscheiben Grotius und Pufendorf regna patrimonialia und non patrimonialia, Sobbes civitates naturales und civitates politicae⁵).

Hiebenter Abschnitt: Cräger und oberster Aussiber der Staatsgewalt.

§ 39. Der Träger ber Staatsgewalt. Der Staat ift als juristische Personlichkeit eine Abstrattion, bas Subjett ber Staatsgewalt somit für diejenigen, gegen die es seine Gewalt wendet, Unterthanen und britte Staaten, nicht fichtbar. Im Berbaltniffe zu Beiben ift es aber zwedmäßig, daß eine Bertorperung ber Staatsgewalt vorhanden ift. Giner fichtbaren Staatsgewalt wird volltommener Gehorsam geleistet als einer unsichtbaren und auch von Außen wird eine solche in erhöhterem Maße respektiert. So kommt es, daß alle Staaten solche Berkörperungen ber Staatsgewalt haben, die jog. Träger ber Staatsgewalt, einen Begriff, beffen wir ja bereits weiter oben ') turz Erwähnung thaten. Selbstverftanblich find bies nur Menschen, benn als die einer Menschengemeinschaft zustehende Gewalt tann die Staatsgewalt subjektive Berkörperung lediglich in Menschen finden. Die physischen Bersonen, welche die gange ober wenigstens ben größten Teil ber bem Staat zulommenben Gewalt außerlich, bilblich, körperlich barstellen, sind also die Träger, die Anbaber der Staatsgewalt, diejenigen, bei welchen die Staatsgewalt ruht, in welchen die Staatsgewalt fist.

¹⁾ Geschichte S. 193 N. 2.
2) Ebenda S. 224.
3) Gierke, Deutsches Privatrecht Bb. I S. 474; Genossenschaftsrecht Bb. III S. 785.
4) Geschichte S. 257.
5) Ebenda S. 234, 289, 249.
6) S. 150.

Bas sich zunächst aus diesen Ausführungen ergiebt, ist, daß es eines Trägers der Staats= gewalt nicht bebarf und bemgemäß bieser Begriff entbehrlich ift, wenn bas Subjekt ber Staatsgewalt nicht eine juriftische Person, sondern eine physische Person oder eine Wehrheit folder ift, wie im Batrimonialstaate ober in ben Demokratien, mo, wie bies in Griechenland und Rom ber Fall war, die Bürgerversammlung nicht nur als oberfte Ausüberin, sondern als Subjekt ber Staatsgewalt galt 1).

Des Weiteren folgt aus Obigem aber, daß es nicht erforberlich ist, daß der Träger der Staatsgewalt immer die gange Staatsgewalt in fich vertorpert. Ware dies notwendig, bann wurde in benjenigen Monarcien, in welchen die Boltsvertretung felbständige Sobeitsrechte bat, 3. B. das Recht der Enquête, bem Monarchen ber Charafter eines Trägers ber Staatsgewalt abgesprochen ober eine Teilung ber Trägerschaft zwischen Fürst und Barlament angenommen werben muffen, mahrend es boch in ben betreffenden Berfaffungen beißt: Der Ronig vereinigt in sich alle Rechte ber Staatsgewalt, womit eben a potiori 2) ausgebrückt werben will: er allein ift bie Berkörperung bes Subjettes ber Staatsgewalt.

Uebrigens tann die Tragerschaft auch unter mehrere physische Subjette geteilt sein und zwar entweder fo, daß mehrere solcher Subjekte verbunden (conjunctim), oder so, daß sie getrennt (disjunctim) bie Staatsgewalt tragen.

Siefür und zwar nach beiben Richtungen liefert bas Deutsche Reich bas gegebene Beifpiel. Wir haben icon wiederholt bemerkt, bag ber Raifer grundfaglich nicht Bertreter ber verbunbeten Regierungen b. h. ber Fürsten und Senate ber Freien Stäbte, sondern unmittels barer Bertreter bes Reiches b. i. ber Gesammtheit ber verbundeten Staaten ift. Aus ben verschiedensten Stellen der Berfaffung geht hervor, daß er unmittelbar im Namen des Reiches handelt und zwar auch da, wo er gesetlich verpflichtet ift, einen Beschluß bes Bunbesrates zu vollziehen. Demgemäß ift ber Raiser ben verbundeten Regierungen nicht unter=, fondern neben= geordnet und zwar so, daß er teils mit ihnen zusammen, teils so, daß er allein gewisse Teile ber Reichsgewalt trägt. Mit den Fürsten und Senaten zusammen ist er Träger des Kriegsund bes internationalen Bertragsrechtes und bes Rechtes ber Reichstagsauflösung. Allein ift er ber Träger des übrigen internationalen Berkehres, des Anstellungsrechtes, der Kommandogewalt, ber Berufung, Bertagung, Schließung von Bunbesrat und Reichstag, ber Schuts- und ber Lanbesgewalt in ben Kolonien und Reichslanden 3).

Des weiteren ift zu bemerten, daß zum Begriffe bes Tragers der Staatsgewalt notwendig gehört, daß es im Staate feinen boberen Willen über ihm, b. h. fein Rechtssubjett giebt, welches über ihn Befehls- und phyfifche Zwangsbefugnis befigt. Er muß ber oberfte Bertreter des Subjektes der Staatsgewalt, also rechtlich unabsebar und, weil er ja den größten Teil ber Staatsgewalt innehat, bas Organ fein, in beffen Namen bie meiften Staatsorgane bie Geschäfte des Staates führen. Aus dem Grunde ift der Reichstag nicht Träger der Reichsgewalt. Er hat tein Selbstversammlungs- und Selbstauflösungsrecht und in seinem Namen werben von Anderen nicht Geschäfte bes Reiches geführt.

¹⁾ Beschichte S. 79 und 150 und oben S. 174. 2) Benn 3. B. die braunschweigische Berfassung § 3 sagt: "Der souverdne Landesfürst als Oberhaupt des Staates vereinigt in sich die gesammte, ungeteilte Staatsgewalt", oder die rudolstädische § 1: "Der Fürst ist das souverane Oberhaupt des Staates. Die gesammte Staatsgewalt ist ungeteilt in ihm vereinigt", so will damit nur gesagt sein, er allein ist die Verkörperung des Substaats ist ungetellt in ihm vereinigt", so will damit nur gelagt sein, er allein ift die Berkorperung des Subjektes der Staatsgewalt; dagegen nicht, daß die Hoheitsrechte allein in seinem Namen ausgeübt werden. Der Landtag übt doch auch Staatsgewalt, aber gewiß nicht im Namen des Fürsten. Nur
das, daß er nicht Mitträger, nicht unmittelbarer Bertreter des Subjektes der Staatsgewalt ist, will
mit obigen Sähen bemerkt sein.

3) Die Frage, od der Kaiser Mitträger der Reichzgewalt, ist bestritten. S. darüber Georg
Meher S. 372 N. 3; dazu Binding a. a. O. S. 12—17 und 24 st. Daß dieser den Kaiser
nicht nur Mitsouderan (Mitträger), sondern zum Teil Vertreter der verdündeten Regierungen und
Bollzugsorgan des Bundesrates nennt, halten wir nach dem im Texte Bemerkten nicht für zutressend.

Und bagu tommen noch zwei weitere Puntte. Rur bann tann in einem Bertreter bes Staates die Berkörperung des Staates erblickt werden, wenn seine Stellung eine gewisse Dauer hat, also nicht nur provisorischer Ratur ift. Der Staat hat unbestimmte Lebensdauer, bemgemäß muß auch diese seine Berkörperung, von dem natürlichen Beendigungsgrunde des menschlichen Bebens, bem Tobe, abgesehen, relative Dauer befigen 1). Der in ber Beit bes Interregnums bie Staatsgewalt verkorpernbe Regent ift nicht Trager ber Staatsgewalt, weil feiner Stellung ber Charafter bes vorübergebenden Buftandes beiwohnt, mag biefer Buftand thatfächlich burch Zwischenfälle auch verhältnismäßig lange mabren 2).

Endlich können Träger ber Staatsgewalt nur phyfilche Berlonen lein : juriftilche können ben Staat nicht verforpern. Wenn also bas Subjett ber Staatsgewalt, die Staatspersonlichfeit, unmittelbar burch eine juriftifche Berfon vertreten wirb, fo geht es nicht an, biefe als Trager ber Staatsgewalt zu bezeichnen. Da lagt fich allein ber farblofere Begriff "In baber ber Staatsgewalt" gebrauchen. Dieser forbert keine Berkörperung, kein Sichtbarwerben. So ift 3. B. Desterreich: Ungarn Inhaber, aber nicht Trager ber Staatsgewalt in Bosnien und Herzegowing, obwohl es gemäß Art. 25 bes Berliner Bertrages, wongch biefe beiben Brovingen "von Defterreich-Ungarn offupiert und verwaltet" werben, unmittelbarer Bertreter bes Sultans als bes Subjektes ber Staatsgewalt bortfelbst ift.

Und so gelangen wir zu unserer, schon früber 3) aufgestellten, zusammenfaffenden Definition zurud: Trager ber Staatsgewalt ift nur biejenige physische Berson ober tollegial organifierte Mehrheit phyfifcher Berfonen, welche ben oberften, nicht blos provisorisch berechtigten Bertreter bes Subjektes ber Staatsgewalt barftellt und in beren unmittelbarem Namen im Bweifel alle anderen ftaatlichen Organe thatig find 4).

§ 40. Der oberfte Ausüber ber Staatsgewalt. Bie aus ber politischen Begrunbung hervorgeht, mit welcher wir am Eingang des vorausgehenden Baragraphen das Borhandensein eines Trägers der Staatsgewalt erklärt haben, ist ein solcher Träger durch das Wesen des Staates als Berfönlichkeit nicht geforbert. Es ist zwedmäßig, aber nicht notwendig, bağ ein fold fictbarer unmittelbarer Bertreter ber Staatsverfonlichteit vorbanden ift. Dagegen find Rechtssubjette erforberlich, welche bie Staatsgewalt an Stelle bes Staates ausüben. Der Staat ift als juriftische Personlichkeit wohl rechts-, aber nicht handlungsfähig. Er hat Rechte, aber tann fie nicht ausüben. Sie muffen aber ausgeübt werden, soll ber Staatszweck erfüllt werben. Es bebarf fogar fortgefetter Thatigteit hiefur. Thatigteit tann nur von Menichen ausgehen; fomit muffen Menichen vorhanden fein, die ftatt bes Staates als feine Bertreter handeln. Und so finden wir je nach der Größe des Staates Tausende von Ausübern ber Staatsgewalt. Dieselben gliebern sich in höhere und niebere. Der höchste Ausüber kann mit bem Träger ber Staatsgewalt zusammenfallen, aber unerläßlich ist bies nicht. Und gerabe barum ist es notwendig, neben einem obersten Ausüber einen besonderen Träger der Staatsgewalt zu unterscheiben. Bahrenb ber wegen Regierungsunfähigfeit bes Monarchen eingefesten Regentschaft 3. B. ift ber Fürst wohl ber Trager, aber nicht zugleich ber oberfte Ausüber ber Staatsgewalt; im Gegenteil, mahrend bieser Zeit ist er traft Gesehes von Ausübung ber Staatsgewalt völlig ausgeschloffen. Auch sonft kann ber Träger ber Staatsgewalt auf die Ausübung einzelner Hoheitsrechte ober fogar auf die rein äußere Repräsentation beschränkt und alle übrige Ausübung der Staatsgewalt anderen, in seinem Namen handelnden Bersonen

¹⁾ Schon Bobin verlangte, daß die Gewalt bes Trägers der Staatsgewalt eine dauernde sei; vergl. Geschichte S. 222; Grotius war anderer Meinung, ebenda S. 238.
2) Die Reichsvikare des alten Deutschen Reiches waren nicht als Träger der Reichsgewalt angesehen; vergl. darüber Triepel, Das Interregnum, Leipzig 1892, S. 63 ff.

⁴⁾ Siehe über ben Begriff Träger ber Staatsgewalt auch Eg. Meyer S. 13; Jellinet System ber subjettiven öffentlichen Rechte S. 141 und 142; Eriepel S. 63 ff.

überlaffen sein. Die Berfassung ber Bereinigten Staaten von Norbamerika, der Schweiz und bes Deutschen Reiches liefert hiefür martante Beispiele.

Das icon früher 1) einmal berührte Amendement 10 gur Berfaffung ber Bereinigten Staaten sagt ausdrücklich, daß alle Gewalten, welche nicht den Unionsorganen übertragen oder den Gliedstaaten vorbehalten find, dem Bolfe d. h. der Gesammtheit der mit aktivem Stimm= rechte ausgestatteten amerikanischen Bundesangebörigen zusteben. Dieses Bolk ist der oberste Stellvertreter bes Bundesstaates, der Inhaber der Bundesgewalt. Hienach ist ihm auch die erganzende Ausübung der oberften Bundesgewalt zuerkannt. Und in ähnlicher Beise ist auch in ber schweizer Bundesverfassung bem schweizer Bolle ein Teil ber Ausübung ber Rentralftaatsgewalt vorbehalten. Art. 71 ber fcmeizer Bundesverfaffung fagt: "Unter Borbehalt ber Rechte bes Bolles und ber Rantone wird die oberfte Gewalt bes Bundes burch bie Bundes= versammlung ausgeübt". Es wird dem Bolke als dem Anhaber der Bundesgewalt somit zum Teile auch die Ausübung berselben reserviert. Gebacht ist an Art. 89 und 121 ber Bundesverfassung b. h. an die später noch zu erwähnenden Einrichtungen des Bolkkreferendums und Bolksinitiativrechtes.

Richt fo klar liegt die Sache beim Deutschen Reiche. Zwar kann barüber kein Zweifel fein, bag ber Raifer nicht blos Mitträger, fonbern auch oberfter Teilausüber ber Reichsgewalt ift. Allein bas ift in Streit, ob der andere Mittrager, die Gesammtheit der Fürsten und Senate, lediglich auf die außere Reprafentation ber Bundeswurde beschränkt ift ober einen Teil ber Reichshoheitsrechte felbst ausübt. Nach ber berrschenen 2) Anschauung ist die versassungs= ändernde Gewalt von Bundesrat und Reichstag eine unbeschränkte: nach unserer Anschauung liegt fie für die fundamentalften Grundlagen ber Reichsverfassung mit in der Hand ber Fürsten und Senate selbst; benn, wie wir an anderer Stelle 3) ausführten , gehort ber Eingang ber Reichsverfaffungsurtunde, in welchem Bundesnatur, Zwede, Ewigteit und Namen des Reiches geordnet find, nicht zur Berfaffung im Sinne bes Art. 78 ber Reichsverfaffung, wornach "Beränderungen der Verfassung im Wege der Reichsgesetzung b. h. burch Bundesrat und Reichstag erfolgen". Die Aenderung biefer Beftimmungen bedürfen einer Buftimmung ber Bundes= regierungen und bamit ber Haupttrager ber Reichsgewalt felbft4).

§ 41. Der Begriff Staatsorgan. Beibe, Träger und Ausüber ber Staatsgewalt, bilben zusammen ben Begriff ber Staatsorgane. Staatsorgane beißen fie nicht im wörtlichen Sinne bes Wortes als Berkzeuge bes Staatswillens, benn ber Staat als blos jurifitsche Person hat ja keinen Billen, bem Träger und Ausüber der Staatsgewalt unterworfen sein könnten, sonbern Staatsorgane heißen fie in bem Sinne, daß es ihre Rechtspflicht ift, die Geschäfte bes

²⁾ Laband 286. I S. 113 ff.; Hanel 286. I S. 777 R. 8. 1) 6. 122,

¹⁾ S. 122, 2) Ladand Bo. 1 S. 118 p.; Hand Bo. 1 S. 777 N. 8.

3) Unitarismus und Föderalismus in der Deutschen Reichsverfassung S. 35 und 36.

4) Soweit anerkannt wird, daß für Abänderung des Eingangs der Reichsverssssung Masjoritätsbeschlüsse im Bundesrate nicht ausreichen, sondern Uebereinstimmung aller Fürsten und Senate notwendig ist, wird dies gewöhnlich auf den Bertragscharakter des Bundes zurückgeführt; vergl. v. Sehbel, Kommentar S. 28, 83, 42; Georg Meher S. 555; Diceh S. 138 N. 1. Allein wir haben S. 131 ausgeführt, daß diese Vertragsgrundlage nur mehr historischen politische, nicht mehr rechtliche Bedeutung für den Bund hat. Jedenfalls könnten aber aus dem Vertrag, wenn er noch wirken mit de gegenüber dem Reiche, wie ka wirken würde, Rechte ber Gliebstaaten nur gegen einander, nicht aggenüber dem Reiche, wie Gg. M e p e r will, abgeleitet werden. Aus dem "Bundes"charder, nicht aus dem "Schließen" folgt, daß das Reich ohne Zustimmung aller Bundesregierungen nicht aufgelöst oder in einen Einheitssoder Suzeränitätisstaat verwandelt werden kann. Das Schließen ist vordei. Der Bund ist gesschlössen. Aber der übrige Inhalt des Einganges ist durch das Reichsgesetz vom 16. April 1871 und zwar als Gesetzesrecht aufrechterhalten. — Wenn Zorn Bd. I S. 95 sagt, Veränderung und Besseitigung eines Einzelstaates im Reiche durch Mehrheitsbeschluß set unstatthaft, weil es sich da um Reränderung der kattischen Roraussekungen der kattischen Uterlagen handels auf melden das Weich Beränberung der faktischen Boraussehungen, der faktischen Unterlagen handele, auf welchem das Reich beruhe, so burfte biese Begründung nicht ausreichen. Faktische Unterlagen bes Reiches bilben nicht blos bie 25 Staaten, sondern auch das Reichsgebiet und die einzelnen Reichsangehörigen und deren Berhältnisse können doch burch Majoritätsbeschlusse im Bunbesrate geanbert werben.

Staates nicht in egoistischem Interesse, sondern im Interesse der Staatsgesammtheit zu führen. Bon Haus aus leitet sich ber Ausbruck Staatsorgan aus dem Vergleich mit dem natürlichen Organismus 1) ab, allein der jest damit verbundene Begriff geht über diefen Bergleich hinaus. Denn hienach wären Staatsorgane nur biejenigen Bertreter bes Staates, welche burch bas Befen bes Staates geforbert find. Geforbert find badurch aber nur bie Ausüber, nicht auch die bloßen Träger. Repräsentanten der Staatsgewalt. Und doch rechnen auch sie zu den Staatsorganen 2).

Unrichtig ift es, abzulehnen, bag bie Staatsorgane unter ben Begriff bes Bertreters gebracht werben. Man fagt in biefer Richtung: "Die Staatsorgane unterscheiben fich von den Stellvertretern baburch, baß fie ein Glieb bes betreffenben Gemeinwefens finb, mahrenb ber Stellvertreter dem Bertretenen als eine völlig fremde Berfönlichkeit gegenübersteht" *). Allein bie Sanblungen ber Staatsorgane find, natürlich erflart, boch Willensäußerungen nur ber Organe, nicht auch bes Staates, also von ben Sanblungen bes Munbes ober ber Sanb bes Menschen bem Befen nach sehr verschieben. Diese find in ber That immer zugleich handlungen bes Menschen. Es läßt fich somit hochstens fagen : bie Staatsorgane find Bertreter ober wenigstens bie meiften von ihnen find Bertreter, welche burch bas Befen ber vertretenen Berfonlichkeit bedingt sind. Man könnte also sagen, sie find notwendige, nicht fakultative Bertreter.

Es kommt vor, daß auch das Subjekt der Herrschaft in den Källen, wo nicht die Gesammtheit ber Staatsangehörigen bies Subjekt ift, Staatsorgan genannt wird, so ber Monarch im Batrimonialstaat ober bas Deutsche Reich im Berhaltnis zu Elfaß-Lothringen. In biesem Falle barf nicht vergeffen werben, daß bier Organ nicht im rechtlichen, sondern im politischen Sinne gemeint ift. Organ bebeutet hier eine aus Menschen zusammengesette Einrichtung, welche gewiffen Zweden bient: Staatsorgan also eine folde Einrichtung, welche Zweden einer staatlichen Bersonenvereinigung bient.

§ 42. Begriff und oberfte Ginteilung ber Berfaffungs, und Regierungsformen. Die mit dem bisherigen festgestellten Begriffe Trager, Inhaber und oberster Ausüber der Staatsgewalt gehören zu ben für die Staatslehre wichtigsten Begriffen. Auf ihnen baut sich für bie Staaten ohne phyfifches Berrichaftssubjekt ber Unterschieb ber Staatsformen auf. Staatsform heißt für ben einzelnen Staat') bie Einrichtung ber physischen Berrschafts subjette 5) und ber obersten Staats organe6).

¹⁾ Ueber ihn oben S. 155.

²⁾ Georg Mener a. a. D. S. 13 allerbings will ben Trager ber Staatsgewalt nicht zu ben Staatsorganen gerechnet wissen; Staatsorgane seien nur die zur Ausübung der Staatsgewalt nicht zu ben Staatsorganen gerechnet wissen; Staatsorgane seien nur die zur Ausübung der Staatsgewalt berusenn Personen. Allein Staatsorgane sind alse physischen Personen oder Personenmehrheiten, welche den Staatszweck durchzuschen berusen sind. Einen solchen Dienst leistet auch der Träger der Staatszewalt. Je I l in ek, System der subsektiven diffentlichen Rechte S. 141 dagegen sagt zutressend, er sei ein besonders geartetes Staatsorgan.

3) Georg Meyer S. 18, Regelsberger S. 323, Gierke, Deutsches Privatrecht Vb. I S. 472 R. 16.

4) In einem weiteren Sinne werden unter Staatssormen auch die Formen der Staatenderbindungen personden

bungen berftanben.

⁵⁾ Den Gegensat jum physischen ober natürlichen Herrschaftssubjett bilben bie Falle, wo bie Gesammtheit ber Staatsangehörigen als eine juristische Berson ober eine nur aus juristischen Bers sonen gebilbete Korporation Subjekt ber Staatsgewalt ist. Man könnte sagen, ber moberne Normalstaat seine Demokratie, weil in ihm die Gesamntheit der Staatsangehörigen als juristische Person Subjekt der Staatsangehörigen als juristische Person Subjekt der Staatsangehörigen als juristische Person Subjekt der Staatsgewalt ist. Aber es ist dies nicht üblich. Preußen ist keine Demokratie, obgleich es auf dem Prinzipe der Staatspersönlichkeit deruht. Und ebenso könnte man sagen, das Deutsche Reich ist eine aristokratische Republik, weil hier nur eine geringe Zahl von Rechtssubjekten, eine Korporation von 25 Staaten, Subjekt der Staatsgewalt ist. Allein es ist nicht herkömmlich, dei Einteilung der Staatssormen nach der Zahl der Herrschaftsmitglieder auch juristische Personen zu wiesen Gerrschaftsmitglieder auch juristische Personen zu

biefen Herrschaftsmitgliebern ju rechnen.
6) Ueber die Geschichte ber Einteilung ber Staatsformen f. Geschichte Sachregister unter Staats-, Berfaffungs= und Regierungsform.

Die Staatsform ift eine verschiebene nach ber Bahl ber physischen Mitglieber bieser Herrichaftssubjette und ber oberften Staatsorgane. Je nachdem eine phyfische Berfon ober eine Mehrheit folder an ber Spite fteht, unterscheiben fich monarchische und republi= tanifche 1) Staatsformen, Gin- und Dehrherrichaften. Und gwar fehrt biefer Unterfchieb fowohl bei ber Frage ber Ausgestaltung bes natürlichen Herrschaftssubjettes bezw. ber Trager= oder Anhaberschaft der Staatsgewalt, wie bei der Frage der Gestaltung der obersten Ausübung ber Staatsgewalt wieber. Nach ber verschiebenen Bahl ber phyfischen Mitglieber bes phyfiichen Herrichaftssubjektes bezw. ber Trägerschaftsorgane unterscheibet man verschiebene Arten ber Berfaffung sform (ober Staatsform im engeren Sinn), nach ber verschiebenen Rahl ber Mitglieber ber oberften Ausübungsorgane verschiebene Regierungsformen. Es giebt also sowohl eine monarchische Berfaffungs- wie eine monarchische Regierungsform und ebenso eine republikanische Staatsverfaffungs- wie eine republikanische Staatsregierungsorggnisation. Dabei fei jedoch gleich hervorgehoben, daß ber Ausbrud Regierungsform auch noch etwas anderes bebeutet, nicht nur bie Form ber Gestaltung ber regierenben Organe, sondern auch die Form des Berfahrens dieser Organe, also nicht nur die Form der Regierungsorgani= fation, sondern auch der Regierungsweise. Es kommt dies von dem Doppelfinn des Wortes Regierung. Regierung im personlichen ober subjektiven Sinne ist ber Sammelausdruck für die Regierungsorgane, Regierung im fachlichen ober objektiven Sinne die Sammelbezeichnung für die Regierungsthätigkeit 2). In dem einen Falle bezieht fich das Wort Regierung auf Staatsgewalt im subjektiven, im anderen auf Staatsgewalt im objektiven Sinne. Rur Bermeidung von Berwechslungen ist es wissenschaftlich angezeigt, die Art des Regierungs= verfahrens nicht Regierungsform, sondern Regierungs weise zu nennen.

Die Unterscheidung von Berfaffungs- und Regierungsform ift beshalb zu machen, weil es keineswegs notwendig ist, daß das oberste Ausübungsorgan eines Staates die gleiche Rahl von Mitgliedern zählt, wie das physische Herrschaftssubjekt bezw. der Träger der Staatsgewalt in bemfelben. Ein Staat tann vielmehr eine andere Regierungs=, als Berfassungsform besitzen. So haben wir hiftorische Beispiele für Staaten, welche ihrer Berfassungsform nach Republiken. ihrer Regierungsform nach Monarchien, also Republiken mit monarchischer Regierungsform waren. Eines ber klarsten Beispiele hiefür bilbet die französische Berkassung vom 14. Jan. 1852 mit Senatuskonfult vom 7. Nov. und kaiferlichem Dekrete vom 2. Dez. 1852 3). Rach biefen Urkunden ift Napoleon Raifer der Franzofen; als solcher aber Nachfolger des Bräfibenten, welcher haupt bes Staates ift und gouverne au moven des ministres, du Conseil d'état, du Sénat et du Corps législatif. Zugleich ist ber Prasident und damit auch der Raiser nach Art. 5 ber genannten Berfassung responsable devant le peuple français, auquel il a toujours le droit de faire appel. Mit aller Deutlichteit geht hieraus hervor, bag das französische Bolt der Inhaber, der Kaiser nur der oberste Ausüber der Staatsgewalt war').

recht also von einem Zensus abhängt, 2) jeden Staat, in welchem die Herrschaft im Gesammtinteresse geführt wird; das Merkmal hiefür ist eine Berwaltung nach Gesegen, 3) jede Herrschaftsordnung, also soviel wie Bersassung, 4) Bügerrecht, 5) Bürgerschaft; vergl. Geschichte S. 104 sf.

2) Dieser Unterschied ist schon alt. Schon Bo d in unterscheidet status rei publicae (Staatsform) und ratio gubernandi (Herrschafts oder Regierungsweise) (Geschichte S. 230). 3) Auch sonst begegnet es ja, daß dasselbe Bort für eine bestimmte Staatsthätigkeit und für das Organ, das diese ausübt, gebraucht wird, 3. B. Berwaltung, Gesetzgebung, Polizei und vor Allem Staatsgewalt und Souveränität, vergl. Otto Mayer Bd. I. S. VIII und unten § 47.

3) Bergl. Duguit und Monnier, Les constitutions et les principales lois politiques de la France, Paris 1898, S. 274 ss.

4) Bergl. auch Meyer S. 25 N. 3. Ein sehr tressends Beispiel aus alter Zeit ist die griechische Thrannis. Sie war der Bersassung; vergl. Geschichte S. 18 N. 2.

rung; vergl. Geschichte S. 18 N. 2.

¹⁾ Bei Arist ot ele 8 heißen die nichtmonarchischen Staatsformen Bolitien; Geschichte S. 104 bei R. 8. Es ift bies aber nur eine ber Bebeutung von Politie bei Aristoteles; außerbem bedeutet Politie 1) biejenige Demokratie, in welcher nur ber Mittelftand bürgerberechtigt ift, bas Bürgerrecht also von einem Zensus abhangt, 2) jeden Staat, in welchem die Herrschaft im Gesammtintereffe

Im Allgemeinen herrscht auch beute noch barüber Einverständnis, daß Monarchie und Republif nach ber Rahl ber phyfifchen Mitglieber ber natürlichen Berricaftssubjette bezw. oberften Staatsorgane zu unterscheiben finb 1). Rur Bernat if 3) macht bievon eine Ausnahme. Nach ihm ist fur ben Monarchiebegriff bie Bahl ber Berrscher gleichgiltig 8). Er er-Mart jeben Staat, aber nur ben Staat für eine Monarchie, in welchem bas oberfte Organ Staats., nicht egvistischen Rweden bient und ein eigenes Recht auf biese Organstellung hat. Bo bagegen ber Inhaber bes höchsten Amtes nur Beauftragter bes Staates ift, also tein Recht auf feine Stellung hat, liegt eine Republit vor; und wo ber herrscher wohl ein Recht auf oberfte Berrichaft befitt, aber nicht zugleich Staatszweden bient b. h. Beamter ift, ba ift Despotie gegeben '). Ober wie es Bernatit noch anders ausbrudt, in ber Monarchie ift bie Herrichaft ein zwischen Staat und Monarchen geteiltes Gesammtrecht (S. 27), in ber Republik fteht fie lediglich bem Staate, in der Despotie allein bem Herrscher zu (S. 40). Daraus folgt notwendig, es giebt eine Monarchie eines Gingelnen wie einer Mehrheit. Bernatit gebt fogar fo weit, zu fagen, es ware, wenn ein Recht auf Organstellung gegeben sei, felbst bann noch eine Monarchie anzunehmen, wenn die ganze Gesetzgebung bem Parlament allein ohne jede Anteil= nahme bes Konigs zustehe. Es ware bas eine mit republikanischen Institutionen vermischte Monarchie, aber immer noch keine Republik. Ueber ben Inhalt ber monarchischen Befugniffe ergebe fich aus bem Wefen ber Monarchie gar nichts (S. 46, 48) 5)!

Allein wenn alle oberften Organe, die ein Recht auf ihre Stellung haben, Monarchen wären, bann wäre auch bie Demokratie, die unmittelbare wie die mittelbare, die Bernapik selbst zu ben Republiken rechnet, eine Monarchie, und andererseits sowohl alle Monarchen, die absethar find, und alle Einherrscher, die Subjekt der Staatsgewalt find, wie 3. B. der Czar, keine Monarchen. Nicht einmal die absolute Wonarchie des Batrimonialstaates wäre eine folde. Wir sehen, alles widerspricht dem positiven Rechte. Da scheint es uns boch richtiger, wie es Aristoteles in anderer Richtung 6) gethan, zu sagen: in den Fällen, wo ein einzelner Mensch Monarch heißt, ohne die Fülle der Staatsgewalt zu besitzen, liegt nur dem Namen, nicht aber ber Sache nach ein Monarch vor 7).

¹⁾ Bergl. 3. B. v. Sepbel, Annalen 1898 S. 481. 2) Republit und Monarchie, Freiburg 1892. 3) Nach Affolter S. 48 gehört zum Begriffe ber Monarchie wohl, daß eine Einzelpersdn-lichteit herrscht, aber außerbem, daß die Berufung berselben nicht durch periodische Wahl geschieht. Er siberfieht den Unterschied zwischen Uebertragung der Staatsgewalt durch das Boll und Mitwirkung des Bolles bei Schaffung des Trägers der Staatsgewalt. Nach Sch mi di S. 122 ift Sinherrschieß ichon gegeben, wenn die Beihilfe einer bestimmten Einzelpersönlichkeit in irgend welcher Richtung zur Gesetzgebung unentbehrlich ist. Dann wäre Monarchie nicht der Staat, wo Einer herrscht, sondern wo ein Individum mitherrscht. Sch mi di kommt zu dieser Behauptung durch ben Satz, daß die Mitwirtung des Karlamentes zur Gestzgebung in der konstitutionellen Monarchie bersenigen des Monarchen qualitativ gleich seich (S. 38). Das ist politisch richtig, aber nicht rechtlich. Und dann solgt daraus, daß das Karlament bei der Gesetzgebung die gleiche politische Kraft besitzt, noch nicht, daß es im Allgemeinen die gleiche politische Kraft, wie der Monarch dat. Es ist doch

Und dann folgt daraus, daß das Parlament dei der Gejegebung die gleiche politische Kraft besist, noch nicht, daß es im Allgemeinen die gleiche politische Kraft, wie der Monarch hat. Es ist doch auch die politische Kraft zu beachten, welche Oberbefehl und Repräsentation dem Monarchen verleihen.

4) S. 29 und 40. "Republik ist diesenige Verfassungsart, in welcher selbst der höchste Masgistrat nur staatliches Organ ist".

5) Bern a z it kommt auf diese Frage auch in seiner S. 108 R. 5 genannten Studie über den Verfassungskreit zwischen Schweben und Korwegen zurück. Her sich ein anderer als der mittelalterliche, der ständische ein anderer als der moderne. Der ständische und der moderne Vegriss hätten gemein, daß Teilnahme an der gesetzebenden Sewalt sur der königsbegrissischen und Saldung und Lebenslänglichseit, Eharakteristika des ständischen Königs siem Wahl und vielleicht religibse weiße und Saldung und Lebenslänglichseit des Kuntes; zum modernen Königsbegriss gehören Lebenslänglichseit, Erblichseit und Verantwortlichseit.

6) Geschichte S. 123.

7) Gegen Bernazis if auch Georg Meyer S. 25 R. 2. — Sehr willkürlich ist es auch, wenn Afolter aus Kahl oder auf Jugehörigkeit darnach unterscheiden will, od die Stellung des Einherrschers auf Bahl oder auf Jugehörigkeit zeiner bestimmten Familie beruht. Es gibt doch auch Wahlmonarchien. Hächlich notwendig. Der Monarch muß nicht notwendig als Veretret des ihn wählenden Bolkes anzusehen sein, so wenig, wie der bei eintretendem Interregnum

Dies führt uns auf Name und rechtlichen Begriff bes Monarchen. In biefer Richtung ift hervorzuheben, daß bei der Frage, ob Monarch ober Nepublit, auf ben Namen bes oberften Organes nichts antommt. Db ber Monarch König, Konful, Prafibent ober Dittator beißt, bat unterschiedliche Bebeutungen teils für bie außere Chrenftellung teils für ben Grad ber gesetzefreien Bewegung, für ben Begriff ber Ginberrichaft im Sinne ber Rechtswiffenicaft ift es bagegen gleichgiltig. Rechtswiffenschaftlich ift jebe phyfifche Ginzelperfonlichteit Monarch, welche als alleiniges Herrschaftssubjett, alleiniger Trager ober alleiniger oberfter Ausüber ber Staatsgewalt erscheint. Schon die griechische Staatslehre gebraucht Monarch für jeben Ginherricher, nicht blos für ben mit fürftlichem Chrenrecht und Chrenzeremoniell ausgestatteten 1). Es ift richtig, bag ber Sprachgebrauch ber staatlichen und internationalen Braris als Monard nur ben Cinberricher bezeichnet, welchem ein erhöhtes Maß äußerer Chre rechtlich und thatsachlich zukommt 2). Allein wesentlich ift bies für bie Rechtsstellung bes Monarchen nicht. Dies geht ichon baraus bervor, bag bie außeren koniglichen Ehren auch in anderen Staatsformen, b. b. also auch in Mehrberrichaften in Korm bes fog. Doppeltoniatums uns begegnen 3).

§ 43. Befondere Arten ber Regierungsform. Che wir von ben einzelnen weiteren Unterabteilungen fprechen, welche ben beiben Arten ber Staatsformen gemeinsam finb, finb noch zwei allgemeine, nur bie Regierungsform angebenbe Unterschiebe zu erwähnen.

Bunächst ist die Regierungsform entweder eine un mittelbare oder eine mittelbare. Das erftere liegt vor, wenn ber Trager ber Staatsgewalt jugleich ber oberste Ausüber berselben ist, bas lettere, wenn die oberste Staatsgewalt im Namen bes Trägers berfelben grunbfaglich von anderen Organen ausgeübt wirb. Der Monarch tann, was bie Regel ift, bie Staatsgewalt in oberfter Inftang felbft ausüben ober burch ein anderes Organ ausuben laffen. Gin Beifpiel für letteren Fall bietet bas Rurfürstentum Beffen nach Erlaß der Berfassung vom 30. Sept. 1830. Kurfürst Wilhelm II., der bis dabin selbst regiert hatte, ftellte nach Unterzeichnung der ihm abgerungenen Berfassung den Kurprinzen Friedrich Wilhelm zum Mitregenten auf, der die alleinige Regierung führen sollte, bis er selbst nach Kassel zurücklehren werbe, was nie geschah.

Die mittelbare Regierung kann felbstverständlich verschiebene Organisation haben. So tann fich bas Bolt, bas Trager ber Staatsgewalt ift (Brinzip ber Boltsfouveranitat), in ber oberften Ausübung ber Staatsgewalt &. B. fowohl durch eine Einzelperfonlichkeit (Bollskonigtum, Bräsident, Dittator), wie durch ein Barlament vertreten laffen. In beiden Fällen haben wir im staatsrechtlichen Sinne eine mittelbare, repräsentative Demokratie, wenn auch in Folge bes Ueberwiegens politischer Betrachtung ber Staatsformen in ber ersten Halfte bieses Jahrbunberts politives Recht wie Staatspraxis den Ausdruck mittelbare oder repräsentative Demotratie heute ausschließlich zur Bezeichnung ber Vertretung bes Bolles burch ein bas ganze Bolt, nicht bloß einzelne Stände repräsentierendes Barlament verwenden. Bolitisch betrachtet, ift bas Bolkskönigtum von der Barlamentsregierung weit verschieden. Auf die Führung ber Geschäfte burch einen Bollstönig hat bas Boll viel geringeren Ginfluß als auf Führung

mangels besonderer Bestimmung durch die Volksvertretung gewählte Herrscher einer verfassungsmäßigen Monarchie als Organ der Volksvertretung anzusehen ist. Das zur Bahl berusene Boll kann auch nur die Bebeutung eines Hissorganes des Staates zur Schaffung des monarchischen Trägers der Staatsgewalt haben. Bergl. Geschichte S. 179 N. 10.

1) Vergl. Geschichte S. 80 aus Arristoteles Politik VI (IV) 1292 a. 11: μόναρχος γάφ δ δημος γίνσται σύνθστος εξς έκ πολλων; serner S. 122 st. und überhaupt Sachregister unter Monarch. Dagegen nennt politisch betrachtet Aristoteles den Monarchen König, welcher unbeschänkt, aber nicht selbsstächtig herrscht (S. 123). Nachgebildet dann die Unterscheidung Bodin's zwischen dominatus, regalis potestas und tyrannis. Bergl. Geschichte S. 230.

2) Bildnis, Bappen, Namenszug auf Münzen, Briefmarken, dienstlichen Abzeichen; besons dere Initanten. Titel: Hossistaat.

3) S. 189.

bere Infignien, Titel; hofftaat. 3) 6. 189.

berselben burch das Parlament. Aber die französische Bersassung vom 3. Sept. 1791 Tit. III Art. 2 sagte noch: La Constitution française est représentative: les représentants sont le Corps législatif et le Roi.).

Nicht selten ist eine Mischung von unmittelbarer und mittelbarer Regierungsform. Dieselbe muß nach der Natur der Sache bei un mittelbarer Demokratie vorhanden sein. Das Bolk als solches kann nicht alle obersten Staatsgeschäfte erledigen, das Heer besehligen und eine Vertragsverhandlung sühren. Es wird sich vielmehr, wenn es die Staatsgewalt auch selbst ausübt, regelmäßig auf die Funktionen des gesehgebenden Körpers beschränken, für die übrige Bolkzugsgewalt dagegen einen obersten Ausüber bestellen. Die unmittelbare Demokratie hat somit ihren Namen nur a potiori. Unmittelbare Demokratien sind die schweizer Kantone Uri, Glarus, die Halbkantone Unterwalden und ob dem Bald, Appenzell -Außer- und Innerrhoden. Es ist aber nur der Wirkungskreis der gesetzebenden Körperschaften, zu bessen Erfüllung das Bolk in der Landesgemeinde zusammentritt; das Uebrige besorgen Rat und Amtmann.

Andererseits heißen mittelbare Demokratien nicht blos diejenigen, in welchen die oberste Ausübung der Staatsgewalt völlig einer Bolksvertretung übertragen ist, sondern auch diejenigen, wo dies nur vorwiegend der Fall ist, das Bolk also einen Teil derselben selbst ausübt. So ist von den übrigen schweizer Kantonen heute keiner mehr eine mittelbare Demokratie. Alle sehen eine teilweise Selbstausübung der Staatsgewalt durch das Bolk vor; in Form des Referendums und des Bolksinitiativrechtes oder wenigstens in einer dieser beiben Formen. Besteht das Referen dum in der Psicht der Bolksvertretung, dem Bolke in gewissen Gegenständen über ihre Beschlüsse zu berichten, d. h. die Bestätigung des Bolkes hierzu einzuholen, so hat das Bolksinitiativrecht die Besugnis einer bestimmten Anzahl von Bürgern zum Insalte, eine Bolksabstimmung über wichtige Staatsangelegenheiten zu verlangen.

Der zweite Unterschied innerhalb der Regierungssormen besteht dann darin, daß man und es chränkte (absolute) und beschränkte (gemäßigte) Regierungssormen unterscheisdet. Die erstere ist gegeben, wenn das Organ, welches die oberste Staatsgewalt ausübt, in keiner Richtung an die Mitwirkung von ihm sachlich unabhängiger Organe gebunden ist, das andere, wenn dies nicht der Fall ist. Wir unterscheiden darnach z. B. absolute und beschränkte Monarchien. Und zwar gibt es wieder zwei Arten von beschränkten Monarchien, ständisch und repräsentativ oder konstitutionell beschränkte. Die ständ ische Monarchien ist eist eine monarchische Regierung, bei welcher der Monarch in den wichtigsten Staatsakten an die Zustimmung einer Korporation gebunden ist, deren Mitglieder rechtlich aus Angehörigen bestimmter Stände zusammengesetzt und berechtigt sind, lediglich die Interessen des Standes wahrzunehmen, dem sie angehören. Die repräsentative oder konstitutionelle Monarch ist, die Interessen welcher das den Monarchen beschränkende Kollegium verpslichtet ist, die Interessen der wehrtlich oder thatsächlich aus verschiedenen Ständen zusammensehen oder mag eine solche soziale Mischung in der Zusammensehung rechtlich oder thatsächlich seine susammensehung rechtlich oder thatsächlich seine susammensehung rechtlich oder thatsächlich seine susammensehung rechtlich oder thatsächlich seine Mischung in der Zusammensehung rechtlich oder thatsächlich seine Mischung in der Zusammensehung rechtlich oder thatsächlich seine Mischung in der Zusammensehung rechtlich oder thatsächlich seine Mischung in der Rusammensehung rechtlich oder thatsächlich seine

Unbeschränkte und beschränkte Regierungsform muß scharf von un beschränkter und beschränkter Regierungsweise unterschieben werden. Dieser Gegensatz bezieht sich nicht auf das Verhältnis der Regierung zu anderen Staatsorganen, sondern zu den Staatsunterthanen. Unbeschränkte Regierung liegt vor, wenn für die oberste Ausübung der Staatsgewalt keine oder verhältnismäßig wenige objektive, die Unterthanen gegen Wilklur der Obrigkeit schüßende Rechtsschranken bestehen; beschränkte Regierungsweise (ständisches, konstitutionelles Regierungsspstem), wenn das Eingreisen der Obrigkeit in die Willensphäre der Unterthanen

¹⁾ In früheren Jahrhunberten war ber Ausbruck princeps repraesentans populum sehr geläufig. Bergl. Geschichte S. 217 bei N. 7.

in erhöhtem Maße ber Ermächtigung durch einen Rechtssatz bedarf. Unbeschränkte Regierungsform und unbeschränkte Regierungsweise und ebenso beschränkte Regierungsform und beschränkte Regierungsweise muffen nicht notwendig zusammenfallen. Die Geschichte der attischen Demokratie weist eine Periode auf, wo die Volksversammlung unbeschränkter Herrscher ist, ihre Beschlüsse aber doch in Gesetzes- und Bollzugsbeschlüsse berart zerfallen, daß erstere eine Schranke
für letztere bilben 1).

§ 44. Ariftotratie und Demofratie. Nunmehr find die weiteren Unterabteilungen zu besprechen, welche ben Berfassungs- und Regierungsformen gemeinsam sind. Solche kommen heute eigentlich nur für die Republik in Betracht. Die griechische Staatslebre und auch die fpätere, folange sie sich ihr anschloß, unterschied innerhalb der Monarchie noch zwischen König= tum und Tyrannis?), je nachdem die Einberrschaft auf verfassungsmäßigem ober nicht verfaffungsmäßigem Wege erworben war. Seute ist biese Unterscheibung bedeutungslos, weil bie Tyrannis in biesem Sinne in ben heutigen zivilisierten Staaten nicht, wie in Griechenland und seinen Rolonien eine Beit lang, eine ftanbige Ginrichtung ift, sonbern nur vereinzelt ericheint. Cbensowenig betrifft eine Unterscheidung ber Monarchien, welche bie Reuzeit brachte, bie Unterscheidung der Monarchien in The ofratien und in folche, die teine Theofratien find, ein für die Frage ber rechtlichen Staatsform wesentliches Mertmal. Die Theotratie tommt ja in verschiedenen Formen vor: teils wird ber Monarch als solcher als göttliches Befen angesehen; teils gilt Gott als ber eigentliche Herrscher und ber Monarch nur als sein Stellvertreter in der Herrschaft; teils besteht die Theofratie darin, daß das Oberhaupt einer geistlichen Gemeinschaft als foldes Unspruch auf bie Berrscherftellung in einem Staate bat. Allein ob nun eine biefer Formen in einem Staatswesen vorliegt ober nicht, hat wohl hohe politische, aber nebensächliche rechtliche Bedeutung. Dazu kommt, daß die Theokratie im Rechtsfinne überhaupt gar nicht Monarchie zu sein braucht; es tann auch ein Briesterkollegium Herrschafts= fubjett ober Herrschaftsträger sein. Und endlich find die fog. Theotratien oft gar nicht Theotratien im Rechtsfinne, b. h. Staaten, wo Menschen mit göttlichen Shren ober Kultusorgane bie oberfte rechtliche Herrschaft haben, sonbern lediglich Theofratien im politischen Sinne b. h. folche, in welchen eine Glaubensgesellschaft ober beren Organe einen besonders ftarten Gin= fluß auf die Rührung der Staatsgeschäfte befigen 3).

Somit bleiben uns für das Weitere nur die republikanischen Staatsformen. Ihr Name erklärt sich näher aus ihrer negativen Begriffsbestimmung. Alle Republiken haben das gemein, daß sie nicht monarchische Staatssormen sind. Ihr Name ist aus der, wie wir sahen 4), unrichtigen Borstellung des republikanischen Beitalters Roms entstanden, als seien die herzicher der nach der Sage vorausgegangenen Königszeit nicht blos Beamte, sondern Subjekte der Staatsgewalt und demgemäß Niemandem unterthan gewesen. Bon dieser Borstellung aus erscheint jede andere Staatssorm als eine solche, wo den Unterthanen, dem Bolke, die Herrschaft zusteht, die Unterthanen zugleich Beherrschte und Herrschande sind. Hier bildet die Herrschaft also den Gegenstand eines Rechtes des Bolkes, ist res populi.

Die Republiken zerfallen in zwei Arten: Aristokratien und Demokratien, aristokratische und bemokratische Republiken. Gewöhnlich sagt man heute, der Unterschied beis der liege allein in der Zahl. Allein, wie wir gleich sehen werden, reicht dies nach der einen Richtung nicht aus.

Der Gegensat von Aristotratie und Demotratie wird üblicher Weise dahin definiert, daß man sagt: je nachdem ein hervorragender Bruchteil, ein bestimmter Stand, eine bestimmte

¹⁾ Bergl. bie Geschichte S. 54 R. 7 zitierte Litteratur.

²⁾ S. Geschichte Sachregister unter Thrann.
3) Bergl. oben S. 32 ff. und über die politische Bebeutung der Theokratie im Allgemeinen v. Treitsche, Politik Bd. 2 S. 18 ff.
4) S. 174.

Rlaffe bes Bolles Berricher ift ober bas gange Boll berricht, liegt Ariftotratie ober Demotratie vor 1). Man will bamit ausbruden: Demotratie ift gegeben, wenn bie absolute Mehrheit bes Bolfes Trager ober oberfter Ausüber ber Berrichaft ift. Allein es muß naber gefragt werben : mas bebeutet bier Bolt? Die Gesammtheit aller ober nur ber freien Staatseinwohner ober nur bie Gesammtheit ber Staatsangehörigen ober nur bie ber erwachsenen Staatsangehörigen ober gar nur bie ber erwachsenen mannlichen Staatsangeborigen? Die Antwort bierauf gibt bie Geschichte. Der Ausbrud Demokratie entstand wahrscheinlich erft im velovonnefischen Kriege. Borber ift ber Name bafür — man vergleiche Herobot und bas bie Mörber Sipparche verherrlichende Freiheitslied 2) — Isonomie und dies bedeutet rechtlich die Herrschaft ber absoluten Mehrheit ber erwachsenen mannlichen (freien) 4) Staatsangehörigen, auch wenn bie nichtftaatsangehörigen Staatseinwohner bie Staatsangehörigen an Rabl übertreffen ober bie Rahl ber Stlaven großer als bie ber Freien ober bie Rahl ber erwachsenen weiblichen Staatsangeborigen groker als die der erwachsenen mannlichen ift. Die gleiche Bedeutung erbielt Demotratie und dabei blieb es durch alle Reiten ber Entwidelung bis beute. Demotratie liegt somit auch beute noch insbesondere bann vor, wenn die Rabl ber erwachsenen staatsangehörigen Frauen die Rahl der erwachsenen mannlichen Staatsuuterthanen übersteigt. Demos bebeutet bie absolute Mehrheit ber erwachsenen mannlichen Staatsangehörigen, also ber Bürger 5).

Aristofratie würde bemnach vorhanden sein, wenn die absolute Minderheit der erwachfenen mannlichen Staatsunterthanen berricht. Allein es bebarf noch eines Bufages : Diefe Minberheit barf nicht birett ober inbirett aus Bahlen ber erwachsenen mannlicen Staatsangeborigen bervorgeben. Auch bies ertlart fich geschichtlich; nur bag biese Ginengung nicht, wie ber Begriff bes Bolles, bis auf bas griechische Staatsrecht gurudgeht.

Rach griechischer Staatslehre müßten wir die Berrschaft solch einer aus Boltswahl bervorgegangenen Minderheit fogar als Ariftofratie ober wenigstens als Mischung von Aristofratie und Demotratie bezeichnen; als erstere im Sinne Platons, als zweites im Sinne von Ariftoteles. Beibe geben bavon aus, bag bie Bahl bes Bolles immer auf bie Tüchtigften falle ober wenigstens zu Bertretern nur bie Tuchtigften bestellt werben burften 6). Und ba unter Ariftotratie vorwiegend die Herrichaft ber Besten verstanden wurde, bezeichnete Blaton bemgemäß, ben Unterschied zwischen Berfaffungs- und Regierungsform nicht beachtend, die Berrichaft burch Gewählte als Ariftofratie, während Ariftoteles biefelbe sowohl Demokratie wie Aristofratie nennt, bas eine, weil die Gewalt biefer Gewählten auf den Bollswillen gurudführt, bas andere, weil auf diese Beise die Besten, die Tüchtigsten die Herrschaft führen 7).

Auch die Staatslehre des Mittelalters und der ersten Jahrhunderte der Reuzeit bringt noch nicht die obige einengende Bedeutung. Rach Thomas Aquinas' Lehre, die Jahrhunderte berricht, ift Aristotratie jebe Herrichaft ber Besten, gleichviel, ob die Berrichaft auf Bahl ober eigenen Rechten beruht "). Die Ginschräntung erklärt sich erft aus einer Entwidelung seit Bobin. Seit Bobin ift jebe Herrschaft einer Minberheit (minor pars), eines sonatus 9)

¹⁾ Bergl. Meyer, S. 25, Schulze, Lehrbuch S. 32.
2) Geschichte S. 75 N. 8 und S. 28 N. 2; auch Rarft a. d. S. 263 N. 2 a. O.
3) Ebenda S. 6.
4) Nur der Freie, nicht auch der Stlade ist Staatsangehöriger.
5) Bergl. v. Seyde el, Annalen 1898 S. 482; "Demokratie ist diejenige Staatsform, bei welcher die Staatsgewalt der Gesammtheit der Staatsbürger zukömmt."

⁶⁾ Geschichte S. 34 und 116 bei N. 6. 7) S. 111. Daß die also Gemählten nur oberste Ausüber, nicht auch Träger ober Subjett ber Staatsgewalt find, bringt Ariftoteles noch baburch jum Ausbruck, baß er bas, was wir heute Bolksvertretung nennen, nicht zu ben höchften Staatsorganen, ben Bolksverfammlungen, ben Organen des βουλευόμενον, fondern zu den άρχαι, also zu den die ersteren nur vertretenden Staatssorganen rechnet. S. 116 N. 2 mit S. 87 und 88. Ueber Isotrates als Borläuser vom Aristoteles in dieser Richtung s. ebenda S. 59.

8) Geschichte S. 179. teles in bieser Richtung s. ebenda S. 59. 9) Ebenda S. 225 R. 4—6, S. 227 R. 1.

Aristokratie, wie auch immer biese Minberheit gebilbet sein mag. Borber ist Herrschaft burch Minberheit schlechthin nicht Aristofratie, fondern Oligarchie. Teilte bie griechische Staats: lehre die Staatsformen lediglich nach der Bahl, also ohne Berücksichtigung gewisser politischer Momente ein, so unterschied fie von Anfang an : Herrschaft Gines, Weniger und Bieler. Schon bei Herobot, welcher die Lehre der Sophisten wiedergiebt, heißt die Wenigerherrschaft schlechthin Oligarchie 1) und hiebei bleibt es im Allgemeinen burch die ganze Entwicklungszeit griechischellenistischer und römischer Staatslehre²). Erst Bodin ³) nennt jede Herrschaft durch eine Minderheit Aristotratie und ihm folgt bann Rechtsphilosophie, b. h. Naturrecht 1), und theoretische Politit 5). Das, was wir heute repräsentative Demokratie nennen, rechnete zu ben aus Demotratie und Aristofratie gemischten Staatsformen 6). bis bie französische Berfassung von 1791 auf der Grundlage der scharfen Rousseau'schen') Unterscheidung von Souveränitäts= d. h. Berfaffungs-, und Gouvernements- b. h. Regierungsform flar legte, daß biefe mit Ariftotratie gemischte Demokratie eine reine Demokratie sei, indem sie (Tit. III Art. 1) dem Sabe la constitution française est représentative 8) den anderen voranftellte: la souveraineté . . . appartient à la nation. Bon da au ist ber Ausbruck reprasentative Demokratie für biese parlamentarische Demokratie üblich und dieselbe bemgemäß aus dem Begriffskreise ber Aristotratie ausgeschieben.

Rählt ber Staat, in welchem bem Parlamente die oberfte Herrschung zusteht, zu den bemotratischen Regierungsformen, so bleibt die Frage, ob diese parlamentarische Republit, wie man biefe Staatsform auch nennen tann, immer nur als Regierungsform ober ob fie auch als Berfaffungsform gebacht werben kann. Der Rame repräsentative Demokratie rechtlich aufgefakt foricht für Ersteres. Repräsentativ rechtlich verstanden. ist repräsentative Demokratie zweifel= los nur eine Demokratie, in welcher das Bolk als solches Subjekt ober Träger, das Barlament lediglich oberfter Ausüber ber Staatsgewalt ift. Allein sachlich ift es teineswegs erforberlich, Wahl burch das Boll immer als Bestellung eines Bertreters durch das Boll, somit als Uebertragung einer Rechtsausübungsbefugnis aufzufaffen. Wie fcon einmal angebeutet 9), tann bie Bahl durch das Boll auch die Bedeutung einer Heranziehung der Unterthanen zur Schaffung bes Subjektes oder Trägers der Staatsgewalt sein. Ansbesondere Letteres liegt nabe. Wo das Brinzip ber Staatsperfonlichkeit gilt, kann bie Wahl burch bas Bolt febr gut so gemeint sein. bag burch fie nicht eine Bertretung bes Bolles, sondern unmittelbar bes Staates geschaffen werben foll. Nach bem Rechte bes alten Deutschen Reiches seit spätestens bem 13. Jahrhundert ift ber Ronig nicht Bertreter bes Bolles, fondern bes Reiches. Er thut bem Reiche Sulbe und fcwort, daß er bas Reich vertreten wolle in feinem Rechte 10), und bie Reichsvikare find provisorische Bertreter nicht bes Reichsvolles, sonbern bes Reiches, vicarii imperii. Eine Staatslebre, welche bas Wefen ber Staatsperfonlichfeit noch nicht icharf erkannte und bemgemäß zwi= schen Reich und Reichsvoll noch nicht flar unterschied, mußte natürlich jede Wahlmonarchie als Demofratie erklären und so war diese Annahme zur Beit bes alten Deutschen Reiches bezüglich beffen Natur auch bie herrschenbe 11). Seute ift bie Meinung geffarter. Bare erstere Unschauung richtig, so mußte auch bei ber Berfassungsform ber Erbmonarchie mahrend eines Interregnums zeitweise bemofratische Berfassung vorliegen. Jebermann weist bies beute zurud.

¹⁾ Ebenba S. 18 und 19 R. 2. 2) Desgl. S. 38, 49, R. 9, 110, 181, 184 und Sachregister unter Oligarchie. 3) S. 225 R. 4.

⁴⁾ Althusius, S. 287, Busenborf S. 250 N. 9; bagegen allerdings Hobbes noch aristocratia vel curia optimatum, S. 244 N. 5.

5) Montesquieu, vgl. S. 257 N. 6.

⁶⁾ Ueber biese Geschichte Sachregister "Staatsform" und S. 226, 7) Geschichte S. 258. 8) Bergl. oben S. 184 N. 1. 10) Bergl. Triepela. a. a. O. S. 36. 9) 6. 182 9. 7.

¹¹⁾ Bergl. Triepel S. 50; Geschichte S. 179 R. 10 und S. 249.

Somit kann auch die parkamentarische Republik nicht nur Regierungs- kondern auch Berkaffungsform sein. Es gibt bemnach zwei Arten ber bemotratischen Republit, die der Bolls- und bie ber Barlamentssouveränität, ober, wie wir mit Bermeibung bes Wortes Souveränität besser sagen, die Bolkörep ublik (bemokratische Republik im engeren Sinne) und die Barlamentsrepublif.

Der Unterschied ist nicht blos theoretisch, sondern auch praktisch von Bedeutung. Bo bie Berrichaft bes Barlamentes lediglich als eine vom Boll übertragene, also in bessen Ramen zu übende anzusehen ist, hat das Bolk mangels entgegenstehender Bestimmungen das Recht, sich ber Bertreter zu entledigen, bas Barlament aufzuheben, im anderen Falle bagegen nicht. Und ferner: Aft die Gewalt des Barlamentes nicht als ein unmittelbar, sondern nur als ein mittelbar im Ramen bes Staates, unmittelbar im Ramen bes Bolles zustehenbes Recht gu erachten, so kann bas Barlament wohl ein bie Legislaturperiode verlängernbes Gefet erlassen, basselbe aber nicht nach Ablauf ber alten Legislaturperiode gleich auf fich anwenden und ohne Reuwahl bie neu hinzukommenden Jahre noch thätig bleiben; ist das Barlament dagegen ber Träger ber Staatsgewalt, so ift es nicht blos berechtigt, ein solches Befet zu erlaffen, sonbern auch es sosort auf sich anzuwenden, dann hat die Bolkswahl nicht die Bedeutung ber Uebertragung einer Bollsgewalt, sonbern lediglich die der Schaffung des Trägers der Staatsgewalt mit Hilse ber Unterthanen. Rann ber Träger ber Staatsgewalt mittelst ge= setlicher Mittel sich selbst länger erhalten, so bebarf er bieser Silfe nicht. In ben Bereinigten Staaten ist rechtlich Träger ber Staatsgewalt das Bolt; hier wäre also die Anwendung eines folden Gefehes feitens ber verfaffungsgefehgebenden Faktoren, wozu auch ber Rongreß gehört 1), auf sich selbst unzulässig. Dagegen herrscht in England rechtlich nicht Bolks-, sondern Barlamentssouveranität, Trager ber Herrichaft ift bas Parlament, b. h. Ronig, Saus ber Lorbs und Saus ber Gemeinen zusammen. hier hat die sofortige Anwendung eines solchen Gesehes Seitens bes Saufes ber Gemeinen auf fich felbst bemgemäß volle Giltigleit; benn, wie es Dice p 2) treffend außbrüdt: Parliament is neither the agent of the electors nor in any sense a trustee for its constituents 3). Aehnlich mare für die Hanseltabte zu entscheiden. In Bremen 4) steht Senat und Bürgerschaft zusammen lediglich die Ausübung der Staatsgewalt zu. In Hamburg und Lübeck dagegen sind beibe Organe unmittelbare Bertreter bes Staates).

Wir haben bisher Demokratie und Aristokratie von einander abgegrenzt. Noch bleibt wegen bes fogen. Doppelionigtums bie Frage, wo liegt bie Grenze zwischen Aristofratie und Monarchie. Da ift teine Frage, bag bie Staatslehre bis auf bie jungfte Beit berab) mit wenigen Ausnahmen 7) die Dharchie zur Einherrschaft rechnete. Allein wie zwischen Demokratie und Aristokratie rechtlich ein scharfer Unterschied nur unter genauer Berücksichtigung des Bahlenverhältniffes gezogen werden kann und diese arithmetische Grenze hier seit altersher auch als juristische Grenze anerkannt ist 8), so muß auch zwischen Aristokratie und Mo-

1) Unionsverfassung Art. 5; Foster S. 270. 2) Introduction S. 45, 68 und 122; Brhce a. a. O. Bb. I S. 36, 39, 189; Esmein, éléments de droit constitutionnel, S. 51.

³⁾ Bekanntlich tam ber Fall in England vor: 1716 hat fich bas bamalige Parlament feine legale breifährige Existen um vier Jahre verlängert, indem es durch ben sog. Septennial Act an Stelle ber bisherigen breisährigen die heute noch geltende siebenjährige Bahlperiode einführte; vergl. Diceh S. 44; Anson, The law and custom of the Constitution, 8. Aufl., Orford pergl. Dicen S. 1897 Bb. I S. 71.

¹⁸⁹⁷ Bb. I S. 71.

4) Ebenso früher in Frankfurt a. M.; vergl. Zachariä, Deutsches Staats- und Bundesrecht, 3. Aust. Bb. I (Göttingen 1865) S. 704 N. 5.
5) Auf die sehr interessante Frage, ob Frankreich der Berfassungsform nach Bolls- oder Barlamentsrepublik ist, ob also das Bolk oder das Parlament Träger der Staatsgewalt ist, wird in anderem Jusammenhang einzugehen sein. Bergl. § 78 st.
6) Bergl. Geschichte S. 110 N. 1, 123, 125 und Zachariä a. a. O. Bb. I S. 76.
7) Bodin; Geschichte S. 226 N. 1.

narchie der rechtliche Unterschied genau in der Zahlengrenze gefunden werden. Die Dyarchie ist also der Staatssorm nach Aristotratie. Der Name Doppel könig tum kommt nur daher, daß hier die aristotratischen Träger der Staatsgewalt dieselben äußeren Ehren wie Monarschen haben 1).

Aristofratie und Demokratie lassen sich nach der Art des Herrschers noch weiter ein-Irgendwelche ausschlaggebende Bebeutung in juriftischer Sinficht haben biese Einteis lungen nicht. Da in der Ariftokratie immer eine Minderheit herrscht, muffen fich die Mitglieder bes Herrschaftskollegiums burch irgend etwas von ben übrigen Staatsangehörigen auszeichnen. Sie muffen einer bevorzugten Rlaffe zugehören. Es tann Unterjochung im Rriege, Abel (Aristofratie im engeren Sinne), Bermögen (Gelbaristofratie, Blutofratie), Bilbung ober sonst irgend ein thatsäckliches Moment die Boraussehung für die Rugehörigkeit zur herrschenden fratie im engeren Sinne versteht er die Berwaltung durch die Tüchtigsten, die Gebilbeten, vorfommendenfalls unter Hinzutritt von Zenfus'). Aehnliche Unterschiede laffen fich in der De= mokratie machen. Ist das Bürgerrecht von bestimmtem Bermögensbesite abhängig, aber immerhin boch von einem fo mäßigen, daß bie Bahl ber ben Benfus erfüllenden größer ist als die Bahl ber ihn nicht erfüllenden, so liegt im Sinne von Aristoteles Politie d. h. Herrschaft des Mittelstandes vor. Ihr steht die äußerste Demokratie, die Demokratie im engeren Sinne, gegenüber, die vorhanden ist, wenn unter den Bürgern die Nichtbesitzenden die Abeligen und ben Mittelstand zusammen an Rahl überragen 5).

§ 45. **Politische Einteilung der Staatsformen.** Sanz anders als die rechtliche fällt die von ihr scharf zu trennende praktisch-politische Einteilung der Staatsformen aus). Hier handelt es sich nicht um die oberste rechtliche Macht im Staate, sondern die Frage ist: wer hat das größte thatsächliche Uebergewicht in ihm?

Hiefür kommen andere Personengruppierungen in Betracht. Bei Bestimmung der staatsrechtlichen Form eines Staates ift Gegenstand ber Untersuchung die herrschaft über alle erwachsenen (freien) männlichen Staatsangehörigen, also über alle Bürgerrechtsfähigen, andererseits aber nur biese herricaft über Burgerrechtsfähige. Wer bie rechtliche herrschaft über biefe hat, besitt biefelbe auch über bie übrigen Staatseinwohner. Bei ber politischen Betrachtung ber Staatsformen bagegen handelt es sich einerseits nur um die Herrschaft über einen Teil ber Bürgerrechtsfähigen, über die Mehrheit ober Minderheit derselben, andererseits aber unmittelbar um die Berrichaft über alle Staatseinwohner, nicht blos über die burgerrechtsfähigen. Die Ariftofratie im Rechtsfinne ift, wenn zur Berrichaft ber Abel berufen ift, eine Berrichaft einer Minberheit, ber Abeligen, über alle Burgerrechtsfähigen, alfo auch bie einzelnen Abeligen ein= gerechnet. Die Bürgerrechtsfähigen tommen als Beberrichte nur in Betracht, weil bie Bahl, nach welcher alle ftaatsrechtlichen Berfassungs- und Regierungsformen bemeffen werden, lebig= lich die Bahl der Bürgerrechtsfähigen ift. Frauen und Rinder, Staatsfremde und Unfreie bleiben bei ber Bestimmung ber Staatsform im Rechtsfinne außer Ansat. Stellen wir bagegen ben politifchen Begriff ber Ariftotratie fest, fo tommt als herrschend innerhalb bes herrschaftstollegiums nur die (ihrerfeits vielleicht wieder blos von einer Minderheit ober einer einzelnen einflugreichen Berfonlickeit beherrschte) Majorität besselben in Betracht: die Majorität berrscht über die Minderheit besselben. Und nach Außen erscheint die Aristofratie politisch nicht als eine Berrschaft über alle Bürgerrechtsfähigen, sondern lediglich als eine solche der abeligen über die nichtabeligen Bürgerrechtsfähigen; barüber hinaus aber einerseits auch als eine Herrschaft über Nichtburger und zwar über alle Nichtburger, also über Frauen und Unerwachsene, Stlaven

6) Bergl. auch Schmibt, S. 124 ff.

¹⁾ Bergl. oben S. 188.
2) Bergl. v. Sen bel, Annalen 1898 S. 486.
3) Geschichte S. 126.
4) Ebenba S. 116, 117.
5) Ebenba S. 110, 125.

und Staatsfremde. Hier tritt somit die Herrschaft ber Interessengruppen hervor, seien bies nun politische Barteien ober Unterabteilungen der Gesellschaft.

Noch beutlicher zeigt dies die Demokratie. Rechtlich ist Demokratie eine Herrschaft aller Bürger über alle Bürger, politisch ist sie 1) eine Herrschaft der Nichtbesitzenden über die Bessitzenden; die letzteren haben thatsächlich keine Gewalt, obschon sie Bürger sind; 2) eine Herrschaft der Richtbesitzenden über alle der Staatsgewalt Unterworfenen; 3) eine Herrschaft der stärksten politischen oder sozialen Bartei der Nichtbesitzenden über die anderen Nichtbesitzenden.

Aus dieser ganz anderkartigen Auffaffung, auf welcher die politische Einteilung ber Staatsformen beruht, ergeben sich eine Reihe von bebeutsamen Unterschieden gegenüber ber rechtlichen Einteilung ber Staatsformen.

Bunächst diese: Rechtlich stehen Aristotratie und Demokratie als ein Gemeinsames der Monarchie gegenüber; beide sind Republiken, b. h. Herrschaft von mehr als einem Bürgerrechtsfähigen über alle Bürgerrechtsfähigen. Politisch bilben Aristotratie und Monarchie
ein Gemeinsames gegenüber der Demokratie; beide sind Herrschaften eines numerisch schwächeren über einen numerisch stärkeren Teil.

Ferner sind politisch Einzelpersonen und Personenmehrheiten Herrschaftsfaktoren, die rechtlich als solche überhaupt nicht in Betracht kommen. So haben wir gesehen, daß in England die Masse der Wähler, das Bolk, rechtlich kein Herrschaftsfaktor, weder Träger noch oberster Ausüber von Herrschaft ist. Anders dagegen politisch. Politisch hat die Gesammtheit der Wähler mehr Einsluß als der rechtliche Träger der Herrschaft und demgemäß das durch diese Wähler bestellte Organ, das Haus der Gemeinen, mehr thatsächlichen Einsluß als König und Haus der Lords. Politisch ist die Masse der Wähler Souveran von England²) und innerhalb dieser wieder die stärkere Bartei, bezw. die diese leitenden Führer.

Der eben berührte Gegensat hat wieder zur Folge, daß in politischer Hinsicht der Unterschied von Staats- und Regierungssorm geringe Bedeutung hat. Bon rechtlichem Standpunkte aus ist es von hoher Wichtigkeit, daß das Parlament in England nicht nur Bertreter des Souveräns, sondern selbst der Souverän ist. Rechtlich ist das Parlament durch die Zustimmung anderer Staatskräfte nicht beschränkt. Bohl dagegen thatsächlich. Das Parlament wird z. B. nur dann wagen, dem derzeitigen Hause der Gemeinen durch ein Geset über Ausbehnung der Wahlperioden seine Lebensdauer zu verlängern, wenn es glaubt, daß die Mehrzahl der Wähler damit einverstanden ist. Thatsächlich ist das Parlament also nicht unabhängigs). Thatsächlich ist das Boll Subjett, Inhaber und oberster Ausüber der Staatsgewalt. In politischer Beziehung entbehrt somit die Unterscheidung von Staats- und Regierungssorm entsprechenden Gewichts, denn thatsächlich hat nur Wacht, wer seinen Willen bethätigt 1). Das politisch Aussschlagebende ist die oberste Ausüb ung der Herrschaft. Die Begriffe Subjett und Träger der Staatsgewalt treten für die politische Betrachtung hinter den Begriff oberster Ausüber der Staatsgewalt zurüd.

Endlich kann die politische Betrachtung der Staatsformen dazu führen, daß ein Staat in politischer Hinsicht unter eine ganz andere Berfassungsform zu bringen ist als in rechtlicher. Ein Staat, in welchem alle erwachsenen männlichen Staatsangehörigen an der Herrschaft teil

3) Diese thatsächlichen Schranken bezeichnet das politische Schlagwort in England bekanntlich mit dem Sat: Parliament can do everything dut make a woman a man, and a man a woman. Bergl. Diceh S. 37 und 76.

¹⁾ Schon bei Aristoteles tritt diese verschiedene Bedeutung von dopog hervor. Rechtlich bebeutet dopog bei ihm die Gesammtheit erwachsener mannlicher Staatsangehörigen, sozial die nichtbesitsende Klasse unter diesen; Geschichte S. 97 und 99. Ueber eine weitere Bedeutung (Gleichsheitsprinzip) s. a. E. dieses §. 2) Bergl. Dice p. 68, 69, 76.

3) Diese thatschieden Schranken begenochte das politische Schlagwort in England bekanntstich with dem Schr. Politischer das politische Schlagwort was de mantstick with dem Schr. Politischer des politisches Schlagwort was de mantstate with dem Schranken des politisches Schlagwort was de mantstick with dem Schranken des politisches Schlagwort was de mantstick with dem Schranken des politisches des politisc

⁴⁾ Alle politische Bebeutung ist dem Unterschiede nicht abzusprechen. Im politischen Kampse mit den Wählern ist das Parlament stärker, welches sich darauf berusen kann, daß es rechtlich nicht blos Bertreter des Bolkes, sondern eigenberechtigter Träger der Staatsgewalt ist.

haben, aber ber weitaus größere Teil ber erwachsenen männlichen Staatseinwohner als Stlaven oder bloße Schutverwandte (Metölen) der Staatsangehörigkeit entbehrt, hat wohl rechtlich
bie Ratur einer Demokratie, sozialpolitisch betrachtet ist er dagegen eine Aristokratie. Und
ebenso ist in der Politie, b. h. da, wo die Teilnahme an der obersten Herrschaft zwar von
einem Zensus abhängig ist, aber nur von einem solchen, daß die Zahl der ihn erreichenden
Bürgerrechtssähigen diesenige der ihn nicht erreichenden übertrisst, wohl rechtlich eine Demokratie,
sozial-politisch dagegen mehr Aristokratie als Demokratie¹) vorhanden. M. a. W.: sozial-politisch
zersallen die nichtmonarchischen Staaten, was die Organisation der obersten Staatsgewalt anlangt, wohl auch in Aristokratie und Demokratie, aber Aristokratie ist hier Herrschaft der Abeligen, Besigenden, Gebildeten, Demokratie die Herrschaft der Nichtabeligen, Wenigeroder Nichtbesigenden und der Ungebildeten. Aristokratie und Demokratie sind demnach in einem
boppelten Sinne, in einem rechtlichen und einem politischen zu verstehen.

Nichtsbestoweniger ift bamit die Bebeutung, welche ben beiben Worten in ber Allgemeinen Staatslehre zutommt, noch nicht erschöpft. Erschöpft ift bamit nur ihre wortliche ober naturliche Bebeutung als eine Berrschaftsform. Darüber hinaus bebeuten sie zwei allgemeine Staats= prinzipien : Demotratie, haß alle ober bie meisten sozialen ober politischen Gruppen ber Staats= einwohnerschaft in ber Staatsorbnung ober Staatspragis eine annabernd gleiche, Ariftofratie, baß eine in der Minderheit der Staatseinwohnerschaft befindliche soziale oder politische Gruppe in ben gleichen Richtungen eine beffere Stellung als anbere Gruppen einnimmt. Als folche Bringipien betreffen fie nicht blos bie Frage ber Teilnahme an ber oberften Staatsgewalt, sondern die Teilnahme an der Staatsorganisation überhaupt und des weiteren die Teilnahme an ben aus bem Inhalt ber Staatsthatigfeit resultierenden Borteilen. In biesem Sinne wirb von Demotratie schon gesprochen, wenn allen erwachsenen, mannlichen Staatsangehörigen Bürgerrecht beigelegt ift, gleichgiltig, ob ber Gesammtheit berselben bie oberste Staatsgewalt zusteht ober bieselbe nur ein bie oberfte Staatsgewalt in gewiffen Richtungen beschränkenbes Organ bestellt. Und ferner ist in biesem Sinne Demotratie vorhanden, wenn die öffentlichen Bilbungsanstalten möglichst allgemein zugänglich gemacht, also z. B. allgemeine Schulgelb= ober Lehr= mittelfreiheit eingeführt finb. Dagegen liegt ariftotratisches Brinzip vor, wenn ber Staat gewiffe Rlaffen bes Boltes von der Behrpflicht befreit. Demokratie als Brinzip aufgefaßt, tann bemgemäß ein Staat Demokratie sein, welcher ber Berrichaftsform nach nicht unter biesen Begriff fällt. Die konstitutionelle Wonarchie beruht wegen der Teilnahme des Bolkes an der staatlicen Geschäftsführung teilweise auf bemotratischem Prinzipe und jeder Staat, welcher allgemeine Behrpflicht einführt, ist insofern Demokratie, welche Staatsform er immer haben mag 4).

§ 45. Der Unterschied von Regierungssorm und Regierungsweise. Wir haben bereits weiter oben 3) ben Unterschied von Regierungssorm und Regierungsweise zu berühren gehabt. Derselbe wird bei Würdigung der Frage bedeutsam, ob es noch weitere Unterabteislungen der Staatsformen giebt. Diese Frage wird heute noch oft bejahend beantwortet und eine weitere Einteilung der Staatssormen im Anschlusse an die verbreitetste griechische Anschauung und an Polybios 4) gegeben. Wan unterscheibet zunächst Politien und Despotien — Politie 5) ist der Staat, in welchem das oberste Staatsorgan die Herrschaft im allgemeinen, Despotie der Staat, in welchem es die Herrschaft im selbstsüchtigen Interesse ausübt — und gliedert die Staaten hienach in gute und schlechte Monarchien, Aristokratien und Demokratien, wobei die gute Monarchie Königtum, die schlechte Thrannis, die gute Aristokratie Aristokratie,

¹⁾ Bergl. Geschicke S. 117, 119, 121.
2) Ueber Aristotratie und Demotratie als Staatsprinzip: Geschicke S. 17, 39, 41, 59; 100, 127 st.; 186; 229; ebenba S. 103 R. 2, 100, 114, 116, 117, 118 ift nachgewiesen, wie Arisstoteles die Worte δημοτικόν und δερστοκρατικόν (δερστίνδην) borwiegend im Sinne von Staatsprinzip gebraucht.
3) S. 181.
4) Geschickte S. 105, 107, 188.
5) Bergl. oben S. 180 R. 6 und Geschickte S. 105.

bie schlechte Oligarchie und entsprechend die gute Demokratie Demokratie oder Bolitie, die schlechte Ochlokratie genannt wird. Rach dem, was wir früher 1) über den Unterschied von Regierungsform und Regierungsweise bemerkten, ift eine langere Ausführung barüber unnötig, baß biese Einteilung keine Einteilung nach Staatsformen ist. Sie betrifft nicht Berschiebenheiten ber Organisation, sonbern Berschiebenheiten ber Bethätigung ber oberften Herrschaft, also nicht Unterschiebe ber Staatsformen, sonbern solche ber Regierungsweisen 2). Rur bas sei bervorgehoben. daß es eines langen Entwidlungsweges bedurfte, bis die Staatslebre lernte, biese Einteilungen der Staaten nach der Form ihrer Organisation und nach der Art ihrer Herrschaftsführung auseinanderzuhalten. Wir haben an anderer Stelle nachgewiesen, daß sich im Altertum hierzu nur ein Ansah zeigt3), das Mittelalter in der Sache ganz unthätig blieb und erst die Neuzeit die Ausbildung des Unterschiedes brachte 1). Immerhin ift dieser Unterschied schon früher ertannt, als berjenige zwischen Berfassungs- und Regierungsform und berjenige zwischen rechtlicher und politischer Staatsform. Findet sich bie erfte völlige klare Unterscheibung zwischen Staatsform und Staatsregierungsweise schon bei Bobin 40), so begegnet die Unterscheis bung zwischen Berfaffungs- und Regierungsform in ganzer Scharfe erft bei Bufenborf 5) und ein vollbewußtes Auseinanderhalten von rechtlicher und politischer Einteilung der Staatsformen kann eigentlich erst als ein Berdienst ber allerjüngsten zwischen staatsrechtlicher und politischer Staatsbetrachtung peinlicht scheibenben 6) Staatsrechtswissenschaft angesehen werben 7). Gemeingut ift von allen biesen Unterscheidungen jedoch erft ber Gegensat von Berfaffungsund Regierungsform geworben 8). Dagegen werben bie Elemente ber Staatsform und bes Staatsverfahrens bei der Staatsbetrachtung noch heute oft nicht genügend auseinandergehalten *) und am meisten liegt noch die Unterscheidung von rechtlicher und politischer Einteilung der Staatsformen im Argen 10).

§. 47. Die gemifchte Staatsform. Rachbem wir die verschiedenen Arten der Staats= formen kennen gelernt baben, erübrigt noch bie Frage, ob eine Mischung bieser Arten möglich ift, ob also ein Staat zugleich Ein= und Mehrherrschaft, Aristofratie und Demokratie zu fein vermag. Für die Auffassung des Staates als Bertrag tann die Frage nur binfichtlich ber Regierungsform aufgeworfen werben, benn ber Berfassungsform nach muß ber Staat bei biefer Auffassung immer Demokratie fein 11). Anbers liegt es bei anberen Staatsanschauungen.

Die antike und mittelalterliche Staatslehre hat an ber Möglichkeit gemischter Staatsformen nie gezweifelt 12). Erft in ber Reugeit entsteben Bebenten über bie logifche Möglichfeit

^{1) 6. 181.} 2) Wenn man, wie Schwarcz, Elemente ber Politik, 1896 S. 78 Staatsform so weit faßt, daß man hierunter auch "Rechtskreis und Richtung der grundlegenden Thätigkeit" betrachtet, dann können alle diese und abnliche Unterschiede hereingebracht werden. Allein diese Weite des Begriffes Staatsform widerspricht dem herrschenden Sprachgebrauch. Anders bei ben Griechen. Her fonnten diese Einteilungen mit unter den Begriff ston nodersdag gebracht werden, denn nodersda bebeutet in dieser Zusammensehung Staatsordnung, nicht Staatsform (Geschichte S. 104, 128, 126).

3) Bei Jiotrates; Geschichte S. 59.

4) Ebenda S. 229 und 230.

5) Ebenda S. 250; Borläuser aber Grotius und Hobes (S. 282, 287, 289, 241).

6) Ebenda S. 260 und 261.

⁷⁾ Dariber, daß Bobin und Montesquieu Beides nicht unterscheiben, a. a. O. S. 219, 227, 257 R. 6.

^{8) 3.} B. Moreau, précis élémentaire de droit constitutionnel, 2. Aufl. 1894 S. 82. 9) 3. B. Bluntschli, Allgemeine Staatslehre, 5. Aufl. S. 378 ff.; Bornhaka. a. a.

D. S. 25, 69.

10) 3. B. die Ausführungen Moreau's über die Demokratie S. 25 ff. und das ganze Buch von Eichthal, Souveraineté du Peuple et gouvernement, Paris 1895.

11) Bergl. auch v. Sehbel, Annalen 1898 S. 335.

¹²⁾ Die Borstellung einer rechtlichen Mischung ber Staatsformen begegnet zuerst bei Poslybios (Geschichte S. 137); ob ber Peripatetiter Dikaarch und die Stoiter die gemischte Staatsform bereits organisatorisch, b. h. von einer gemischen Organisation der obersten Staatsgewalt verstanden (Geschichte S. 181, 184), läßt sich nicht feststellen. Polybios folgen Cicero (S. 151, 152) und Thomas Aquinas, bessen Lehre das ganze Mittelalter beherrscht (S. 179 u. 195 R. 6).

folder Mifchung, querft allein von bem Begriffe Souveranitat, beute auch von bem Gebanten ber fog. Einheitlichkeit ber Staatsgewalt aus. In ersterer Richtung fagt man und zwar that es querft Bobin 1), die Souveranitat ift begrifflich unteilbar; biefelbe ift hochfte Gewalt und, was bochfte Gewalt ift, tann tein gleich Sobes neben fich haben 3). Und in ber anderen Rich= tung bemerkt man, in jebem Staate giebt es nur eine, nicht mehrere Staatsgewalten. Allein beibe Behauptungen find nicht beweisträftig. Sie beruben auf einer nicht gehörigen Unterscheibung von Souveranität bezw. Staatsgewalt im objektiven und im subjektiven Sinne. Bei beiben Begriffen ift aber biefer Unterschied zu machen. Bezüglich bes Begriffes Staatsgewalt haben wir dies ja schon öfters betont, bezüglich ber Souveranität den Unterschied wiederholt stillschweigend gehandhabt. Im objektiven Sinne bebeuten Souveränität und Staatsgewalt einen Gewaltzustand bezw. eine Berrschaft als folde, im subjettiven Sinne ben Gewaltbaber. ber diese Gewalt bezw. Herrschaft hat. Staatsgewalt im objektiven Sinne ift Gesetzgebung, Berwaltung, Gerichtsbarkeit: im subiektiven Sinne ist es ber Gesetgeber, ber Berwalter, ber Richter. Der grundlegende Begriff ift in beiben Fällen ber objektive, ber sachliche. In erster Linie bebeuten Souveranität und Staatsgewalt einen sachlichen Buftand, bezw. eine Thatigfeit und erft im übertragenen Sinne wird auch bie Berfon ober bie Berfonenmehrheit, welche fich in diesem Austande befindet, bezw. von welcher diese Thätigkeit ausgeht, souveran bezw. Staatsgewalt genannt. Nun ist volltommen richtig, die Souveränität ist unteilbar und die Staats= gewalt eine einheitliche. Im Begriffe höchfter Gewalt liegt, baß fie keine gleich hohe Gewalt in ihrem Herrschaftsbereich neben fich haben tann und die Staatsgewalt vermag nicht in von einander völlig getrennte Stude gerlegt ju werben, weil fie nicht eine Summe, sondern ein Inbegriff von Einwirtungsmöglichkeiten ift und zwei ober mehrere folch umfaffenbe b. h. nicht quantitativ zu bestimmende Gewalten gleichen Inhalts nebeneinander logisch nicht denkbar find. Allein beides bezieht fich lediglich auf Souveränität und Staatsgewalt im objektiven Sinne.

Die der Souveränität innewohnende Unabhängigkeit betrifft nur das Berhältnis zu anberen weltlichen Gebietsgewalten. Souveränität ift nicht Unabhängigkeit schlechthin, sonbern Unabhängigfeit gegenüber anderen weltlichen Gebietsgewalten. Die ihr innewohnende Unabhängigkeit bezieht fich somit nicht auf ihr Berhältnis zu anderen Gewalten innerhalb berselben Gebietsgemeinschaft. Bei der Frage, ob Hamburg souverän ist, kommt nicht das Berhältnis von Senat zu Bürgerschaft, sondern das Hamburgs zum Reich und zum Ausland in Betracht. Die Souveränität ift, wie wir fagten 3), ein völkerrechtlicher Begriff. Es konnen, fagt biefer Begriff, innerhalb besselben Gebietes nicht zwei gleich hohe Gebietsgemeinschaften vorhanden sein; die Souveränität ist ihrem Wesen nach ausschließlich. Wohl aber ist möglich, daß die e in e vorhandene höchste Staatsgewalt mehreren Personen zusteht, ebenso, wie dies bei anberen Ausschluftrechten möglich ist. Das Monopolrecht ist ein ausschliekliches Gewerberecht. Es ift das Recht, andere von einer gewinnbringenden Thätigkeit auszuschließen. Allein da= durch ift nicht gehindert, daß bieses eine Recht Mehreren zusammen zusteht. Das Gigentum schließt Andere von der Einwirkung auf die Sache aus. Miteigentum Mehrerer an derselben Sache ift bamit tropbem verträglich. Die Theorie, welche leugnet, daß die souverane Gewalt Mehreren zusammen zustehen tann, verwechselt bemnach zwei verschiedene Dinge mit einander: bie Unmöglichkeit des Borhandenseins zweier, von einander unabhängiger, somit gleich hoher Souveranitäten im objektiven Sinne innerhalb besselben Gebietes und die Möglichkeit der organisatorischen Rusammensebung bes Inhabers einer folden objektiven souveranen Gewalt aus verschiebenen personellen Glementen. Es ist unrichtig, wenn man beswegen, weil es in ein und

¹⁾ Befdicte S. 226.

²⁾ Bergl. v. Seybel, Kommentar S. 3; Annalen 1898 S. 384. 3) § 16.

bemfelben Staate nicht mehrere gleich hohe souverane Gewalten im objektiven Sinne neben einander geben tann, annimmt, die allein mögliche eine objektive souverane Gewalt könne auch nur einem Organe gufteben. Unmbglich ift lediglich, bag mehreren Staatsorganen getrennt eine gleich hobe Souveranität im objeftiven Sinne gutomme. Burbe bie andere Anschauung zutreffend sein, so ware genau genommen nur die Staatsform ber Monarchie benkbar. Denn fcon beim Doppelfonigtume ift bie Souveranitat personell geteilt, fteht bieselbe mehreren von einander unabhängigen Willen zusammen, b. h. zu ibeellen Teilen zu. Rur eine wirkliche, nicht eine ibeelle Teilung ber Souveranitat ift ausgeschloffen. Die Theorie, bag ber einen uuteilbaren objektiven Souveranitat auch nur ein souveraner Gewaltbaber entspreche, ift ein= feitig aus bem Begriffe Monarcie, nicht aber aus bem Begriffe Souveranität abgeleitet. In der Monarchie kann es nur einen Inhaber der souveranen Gewalt geben. Die Theorie ift auch lediglich in monarchischen Staaten entstanden. Schon die Bodin'iche Staatelebre leibet an bem Fehler, daß fie bei ihrer Konstruttion andere Staatsformen als monarchische nicht genügend berücklichtigt. In Demokratien war bagegen immer bie Möglichkeit einer personellen Teilung ber Souveranität anerkannt.

Und ebenso liegt es mit der Behauptung, die Einheitlichkeit der Staatsgewalt verbiete eine Berteilung berfelben an mehrere Organe. Die Staatsgewalt tann ihrer Natur als Inbegriff nach sachlich nicht in verschiedene Rechte und Aufgaben aufgeteilt werden 1), wohl aber laffen fich einzelne sachlich unterscheibbare Stücke berselben an verschiebene Bersonen ober Bersonenmehrheiten verteilen. Der Begriff ber Staatsgewalt bringt nur eine fachliche, aber nicht eine personelle Ginheitlichfeit, eine Ginheitlichfeit bes Inhaltes, aber nicht ber Inhaber ber Staatsgewalt mit fich 2). Es tann im Staate nur eine Herrschaft, aber verschiebene Herrscher geben. Bu allen Beiten begegnen uns fouverane und nichtsouverane Staaten, in welchen mehrere von einander unabhangige Gewalthaber vorhanden waren. Im alten Deutschen Reiche war feit bem Beftfälischen Frieden die Reichsgewalt zwischen Ronig und Reichstag, in England ift fie zwischen König, Saus ber Lords und Saus ber Gemeinen geteilt. In Samburg und Labed stand die Staatsgewalt schon, solange sie souveran waren, Senat und Bürgerschaft bem Rechte nach gemeinschaftlich zu, und basselbe ist auch noch seit ihrem Eintritte in ben Nordbeutschen Bund und das Reich der Fall. Der Ausübung nach ist der Senat zum Teil allein zuständig; er allein hat die vollziehende Gewalt und er allein vertritt den Staat im Berhältniffe zum Reiche und zum Auslande.

Burbe bie Lehre, daß bie Staatsgewalt auch personell unteilbar sei, konsequent verfahren, fo mußte fie allen biesen Staaten Staatscharafter bezw. Souveranität absprechen. 3nbem sie die genannten politischen Gebilbe trop dieser Teilung der Staatsgewalt als Staaten bezw. als souverane Staaten anerkennt, ergiebt sich, daß sie in Wirklichkeit unter Unteilbarkeit nur reelle Unteilbarkeit versteht. Die Anschauung derselben gebt also in Wahrheit dahin, daß Staatsgewalt und Souveränität wohl ideell, aber nicht real teilbar find: beide konnten einem aus mehreren selbständigen Rechtssubjekten zusammengeseten Staatswesen zustehen; Souveränität und Staatsgewalt seien dann nicht geteilt 1), sondern nur ein aus mehreren Ber-

¹⁾ Bergl. v. Senbel, Bayerisches Staatsrecht Bb. I S. 172 und Annalen 1898 S. 384;

¹⁾ Bergl. v. Sehdel, Baherhiches Staatsrecht Bd. I S. 172 und Annalen 1898 S. 384; v. St en gel a. a. O. S. 786.

2) Die nicht genügende Trennung von Staatsgewalt im objektiven und subjektiven Sinne zeigt folgende Ausführung v. Seyde el's, Kommentar S. 3. Seydel sagt hier völlig zutressend: "Die Staatsgewalt ist ihrem inneren Wesen nach ein allumfassends Recht; sie ist nicht eine Summe aufzählbarer Hoheitsrechte, sondern sie ist das Hoheitsrecht am Staate". Statt nun aber fortzusahren: "Darum ist das Staatshoheitsrecht nicht teilbar", sährt er fort: "Darum ist das Staatshoheitsrecht nicht teilbar". "Staatsgewalt nicht teilbar". "Staatsgewalt nicht keilbar". "Staatsgewalt im objektiven, Siantsgewalt im objektiven und die Staatsgewalt nicht teilbar-. "Staatsgogettsrecht" ist gier Staatsgewalt im subjettiven Sinne.

8) Laband (Bb. I S. 187) und Zorn verneinen nur die Möglichkeit ibeeller Teilbarkeit.
4) Bergl. Zachariäa. a. Bb. I 88 in Bezug auf bas Berhältnis von Hamburg und Mis

fonen gebilbeter Träger ober oberster Ausüber ber Staatsgewalt bezw. Souveränität vorhanden. Lediglich das ift unmöglich, daß mehrere Rechtssubjekte getrennte Stude von Staatsgewalt ober Souveränität neben einander felbständig innehaben.

Allein auch diese Behauptung läßt fich hinsichtlich ber Staatsgewalt nicht aufrecht erhalten. Die eine Staatsgewalt konn mehreren Organen sowohl gemeinsam (conjunctim), d. h. reell ungeteilt, wie auch getrennt, d. h. reell geteilt zustehen. Rur bas ist richtig, baß ersteres bezüglich ber Frage bes Subjekts ober Trägers ber Staatsgewalt die Regel bilbet 1). Dagegen gilt das lettere fast ebenso ausnahmslos in Bezug auf die Frage der Ausübung der Staatsgewalt^a). Ein Beispiel für reelle Rerlegung ber Staatsgewalt bezüglich bes Subje**i**tes ber Staatsgewalt liefern die beutschen Territorien. Landesherr und Landstände hatten ge= trennte Finanghobeit über basselbe Territorium, aber boch als Aussluß ein und berselben Territorialgemalt 8).

Seben wir naber zu, fo vermag auch bie Anschauung, bag bie Staatsgewalt bochftens einem zusammengesetzen, nicht aber zwei getrennten Rechtssubjekten zuzustehen vermöge, von ihren Bertretern nur politisch, nicht rechtlich erklärt zu werben. So sagt v. Sen bel, die Annahme einer Gewaltenteilung verftoße gegen das Erforbernis ber Ginheitlichkeit ber Staatsgewalt. Diese Einheitlichkeit sei vom Staatszwede geforbert. Der Staat bestehe, weil es not= wendig fei, die Billensverschiebenheiten ber Ginzelnen burch eine Billenseinheit zu erseben, bamit bas, was im gemeinsamen Interesse Aller geschehen solle, einheitlich burchgeführt werbe. Drei von einander unabhängige Gewalten, die einander im Wege flünden, wären daher Anarchie 4). Man sollte meinen, Sepbel wolle mit biesem Ausbrucke Anarchie sagen, ein politisches Gebilbe, in welchem eine folche Teilung vorkomme, sei überhaupt tein Staat, allein ber nachfte Sat lautet lediglich: "Ein geordnetes Staatswesen ift nur bentbar, wenn eine ber brei Gewalten über bie anderen ober irgendwelche höhere Gewalt über alle Herr ift". Sepbel versteht also unter Anarchie immerbin ein Staatswesen, nur kein geordnetes. Damit ift aber anerkannt, bag aus bem Grunde, weil in einem folden Staate ein souveranes Organ fehlt, eine Mischung ber Staatsformen im Bege reeller Berteilung ber Staatshoheitsrechte an verschiebene Staatsorgane noch nicht als logisch und bamit als rechtlich unmöglich erklärt werden kann. Es liegt in diesem Falle lediglich eine unpolitische, aber keineswegs eine logifch unmögliche Staatsorganisation vor. Sie entsacht einen Kampf um die Alleinherrschaft 6), aber Alleinherrschaft, Souveränität, gehört nicht zum Wesen bes Staates.

Uebrigens läßt fich auch ber Grundgebante nicht halten, von bem Sepbel ausgeht. Wohl ift es richtig, daß ber Staat vorhanden ift, um bie Willensverschiebenbeit ber Ginzelnen in eine Willenseinheit umzuseten, so bağ bie Staatsgewalt also etwas Einheitliches, eine Willensvereinheitlichung ift. Allein biese Bereinheitlichung braucht boch teine absolute zu sein. Dieselbe

beck: "Die Souveränität ist hier keineswegs geteilt, sondern hat nur ein zusammengesetzes Subsekt" und allgemein v. Seydel, Annalen 1898 S. 481: "Die Staatsgewalt kann dem Begriffe nach immer nur eine einheitliche sein. . . . Aber Inhaber er Staatsgewalt micht notwendig kinden. Sie . . . kann allerdigen miet nieden der Staatsgewalt must nicht notwendig Allen gein. Sie . . . kann allerdigen miet nieden der Staatsgewalt mit nicht notwendig Allen generalen der Staatsgewalt werden der Staatsgewalt werden der Staatsgewalt der Staats zukommen. Es kann also . . . keine wirklichen, sondern nur gedachte Anteile an der Staatsgewalt geben"; ferner v. Stengela. a. D. S. 1148; Jellinet, Gesetz und Berordnung, Freiburg 1887, S. 208.

¹⁾ So sagt das alte Hamburger Grundgesetz, der Hauptrezetz vom Jahre 1712, daß rd nieder erhogesessenen Bürgerschaft inseparabili nexu, conjunatim und zusammen bestehe.

2) Wie vorhin bemerkt, hat in den Hauststell nexu, conjunatim und zusammen bestehe.

3) Der hier vertretenen Meinung dürsten Gg. Meher S. 14 und 23, Merkel, Jurist.

Enzyklopädie §§ 391, 392, 500 und in Holkendorsse Gnzyklopädie S. 29 zuzuzählen sein.

4) Abhandlungen S. 135; Annalen 1898 S. 323, Aehnlich v. Stengel a. a. D. S. 1148 und Jellinek a. a. D. S. 208.

5) Vergl. v. Seybel, Annalen 1898 S. 750.

wendet sich gegen die Willensvielheit der Individuen. Dieser gegenüber ist Willenseinheit auch gegeben, wenn nicht Ein Wille, sondern mehrere Willen den Staatswillen repräsentieren, sosern nur diese Willensmehrheit gegenüber der Willensvielheit aller Staatsunterthanen eine quantitativ verhältnismäßig kleine ist. Eine relativ kleine Willensmehrheit genügt also, um diese zum Wesen des Staates notwendige Willenseinheit herzustellen. Würde absolute Willenseinheit gefordert, so wäre mit dem Begriffe der einheitlichen Staatsgewalt ja nicht blos reelle Teilung der Gewalten, sondern schon jede Aristokratie und vor Allem Demokratie unvereindar. Se h del selbst erkennt aber an, daß in Aristokratie und Demokratie die zum Wesen des Staates ersorderliche "Willenseinheit" vorhanden ist.").

Somit ergiebt sich für uns, die Staatsgewalt kann unter mehrere Personen oder Personenmehrheiten als Gewalthaber in jeder Richtung d. h. ideell und reell und sowohl in Bezug auf die Frage des Subjektes, wie des Trägers und obersten Ausübers der Staatsgewalt geteilt sein. Gem is ch te Staats or men sind möglich. Rur für den Staat, welchem korporative Personlichkeit zukommt, ist in einer Hinscht eine Ausnahme zu machen. Sine Mehrheit von Subjekten der Staatsgewalt ist hier ausgeschlossen. Hat der Staat als solcher Korporationsnatur, so kann nur ein Subjekt der Staatsgewalt vorhanden sein. Diese Unmöglichkeit der Teilung der Subjektsstellung solgt aber nicht aus dem Begriffe der Staatszewalt, sondern aus dem der Personlichkeit; ebenso, wie die Einheit des obersten Inhabers der Staatsgewalt in der Monarchie sich nicht aus dem Begriffe der Staatsgewalt, sondern aus dem der Einhertschaft ableitet. In einem Staate mit Korporationspersönlichkeit kann es wohl mehrere Träger und oberste Ausüber, aber nur ein Subjekt der Staatsgewalt geben.

Da bie korporative Perfonlichkeit bes Staates heute die regelmäßige Staatsnatur ift, folat hieraus aber, daß die Mischung der Staatsformen sich gegenwärtig im Allgemeinen nur auf die Frage der Trägerschaft und der obersten Ausübung der Staatsgewalt bezieht. Und hieraus ergiebt sich wieder, daß wir Mischung der Berfassungs- und Mischung der Regierungsformen zu unterscheiben haben, eine Konsequenz, bie bann ihrerseits noch zu bem Er= gebnis führt, daß ein Staat nach der einen Richtung gemischt, nach der anderen Richtung ungemischt zu fein vermag. Gin solches Berhältnis schwebt z. B. ber schon öfters erwähnten Berfaffung Frankreichs vom 3. Sept. 1791 vor, wenn es bort's) heißt: la Souveraineté est une, indivisible... Elle appartient à la Nation; aucune section du peuple, ni aucun individu, ne peut s'en attribuer l'exercice . . . Le Pouvoir législatif est délégué à une Assemblée Nationale pour être exercé par elle, avec la sanction du Roi. Le gouvernement est monarchique : Le Pouvoir exécutif est délégué au Roi." hier ift zum Ausbrucke gebracht, die Trägerschaft ber Staatsgewalt rubt ungeteilt beim gesamten Bolte; tein Teil besselben, ber Abel, ober ein Individuum, ber König, hat hieran Teil. Aber die Ausübung ist geteilt; teils steht sie Nationalversammlung und König gemein= fam, teils fteht fie letterem allein zu. Diefe Berfaffung will alfo ber Berfaffungsform nach eine reine Demotratie, ber Regierungsform nach bemotratisch-monarchisch gemischt fein. Ob freilich bas auf dieser Berfassung rubende Frankreich im juristischen Sinne wirklich ein Staat war, in welchem fich die Ausübung ber Staatsgewalt zwischen Bollsvertretung und Rönig derart teilte, daß diese beiden Organe einander völlig unabhängig gegenüberstanden, ift eine anbere Frage. Sie gehort in die Lehre von bem Grunbfage ber Teilung der Gewalten, ben wir, um Wieberholungen zu vermeiben, insgesammt erft an späterer Stelle erörtern.

Wir haben die Frage ber gemischten Staatsform bisher nur staatsrechtlich gewürdigt. Gleich ber einfachen Staatsform läßt sie fich aber auch vom politifchen Staatsform läßt sie fich aber auch vom politifchen Staatsform läßt

8) Tit. III Art. 1, 3 und 4.

¹⁾ Bergl. meine Bemerkung im Archiv für öffentliches Recht Bb. XII (1897) S. 595. 2) Bergl. Annalen 1898 S. 483 und 484.

betrachten. Wie vom rechtlichen, fo ift auch von biefem Standpunfte aus fein Grund erficht= lich, warum gemischte Staatsformen nicht möglich fein sollten. Die verschiedene Art bes politischen und juristischen Wesens, dem wir bei der einsachen Staatssorm begegneten 1), muß na= türlich auch in der gemischten Staatsform fortwirken. Wie bei Betrachtung der einfachen Staatsformen manche Staaten politisch unter eine andere Berfassungs- und Regierungsform zu stellen waren, als rechtlich, so kommt es auch bier por, bak Staaten, die vom rechtlichen Standbunkte aus nicht als gemischt zu betrachten find, politisch angesehen, zu ben gemischten Staatsformen gablen. Der Grund hiefur liegt bann barin, bag bie thatfachliche Macht eines Staatsorgans unter Umständen stärker als seine rechtliche ift. So kann in ber beschränkten Monarchie, wo rechtlich betrachtet die Bollsvertretung dem Kürsten nicht als Witsouverän. sondern nur als den Einzelsouverän beschränkender Faktor gegenübertritt, dieselbe an thatsächlichem Einflusse bem Fürsten völlig ober nabezu gleichsteben. Es wird bies 3. B. ber Kall sein. wenn im Barlamente burch lange Reit eine große Bartei die geschlossene Majorität bilbet. Das politische Kräfteverhältnis der obersten Staatsorgane der konftitutionellen Wonarchie naber zu wurdigen, wird fich im weiteren Berlaufe unferer Darftellung noch genugent Gelegenheit geben. Hier brechen wir ab, um in diesem Rusammenhange noch einen anderen Puntt zu erörtern, zu welchem uns bie obigen Ausführungen über bie gemischte Staatsform binleiten.

§ 48. Die ränmliche Teilbarkeit der Souveränität. Unsere Ausschrungen über die rechtliche Mischung der Staatssormen lieserten das Resultat, daß wohl eine reelle organisatorische Teilung der Staatsgewalt, also eine reelle Teilung der Staatsgewalt im subjektiven Sinne, aber nicht eine reelle Teilung der Staatsorganssouveränität möglich ist. Es ist denkbar, daß es in einem Staate überhaupt kein souveränes, d. h. über allen anderen Staatsorzganen stehendes Staatsorgan giebt, sondern nur mehrere gleich hohe Staatsorgane an der Spitze stehen, aber es ist nicht denkbar, daß mehrere souveräne Staatsorgane in einem Staatswesen neben einander vorhanden sind. Hieraus geht hervor, daß man oberste Staatsgewalt im subjektiven Sinne genau zu scheiden hat. Das Gleiche gilt nun auch für die Staatsgewalt im objektiven Sinne. Beide müssen nicht mit einander verbunden sein. Die Staatsgewalt braucht nicht notwendig souveräne Staatsgewalt zu sein. Dies hat hier aber in Bezug auf die Frage der Misch= oder Teilbarkeit der Staatsgewalt ganz eigenkümliche Folgen.

Wir wiesen schon früher²) barauf hin, daß es innerhalb desselben Staates nur e in e objektive Staatsgewalt geben kann. Das folgt aus dem Wesen der Staatsgewalt als Gebietsgewalt. Zwei Staatsherrschaften in demselben Staatsgediete schließen sich aus. Allein das ist fraglich, ob diese e in e Staatsgewalt in Bezug auf die Frage der Souveränität, also der Unabhängigkeit nach Außen einen einheitlichen Charakter tragen muß oder ob sie für einen Teil ihres Gebietes souverän, für einen anderen nichtsouverän zu sein vermag. Es handelt sich also um die Frage der räumlichen Teilbarkeit der Souveränität, eine Frage, die uns schon früher³) begegnete.

In biefer Hinsicht wird nun die Anschauung vertreten, es sei unmöglich, daß ein Staat für einen Teil seines Gebietes Souveränität besitze, für einen anderen dagegen nicht, denn Teilung der Souveränität sei begrifflich ausgeschlossen!). Allein diejenige Teilung, welche durch den Begriff der Souveränität ausgeschlossen ist, ist eine andere als diejenige, um welche es sich hier handelt. Die Teilbarkeit, welche mit dem Wesen der Souveränität unverträglich ist, besteht darin, daß die souveräne Staatsgewalt in dem seine von souveräner Staatsgemalt mit jemand anders teilen kann. "Die Staatsgewalt — im Sinne von souveräner Staatsge-

^{1) § 45.} 2) S. 19. 3) S. 142. 4) Babanb Bb. I S. 178, v. Sepbel, Rommentar S. 88.

walt —, sagt v. Seybel, kann für ein und benselben Staat — b. h. boch für ein und bassselbe Gebiet — nur Eine sein." "Sie bulbet als höchste Gewalt keine gleichberechtigte neben sich"), b. h. boch auf bemselben Gebiete. Die Teilung, um welche es sich in unserem Ausammenhange handelt, ist eine andere. Sie betrifft nicht die Teilung der Unabhängigkeit mit einem anderen Rechtssubjekt bezüglich desselben Gebietes, sondern den Alleinbesit der Souveränität nur für einen Teil des eigenen Gebietes. Hier wird nicht die Souveränität über dasselbe, sondern über verschiedene Gebiete geteilt. Hier steht nicht Mitsouveränität an derselben Sache, sondern Alleinsouveränität an einem reellen Stüd einer zusammengesetzen Sache in Frage. Dort handelt es sich um sach lich e Teilbarkeit der Souveränität über das ganze Staatsgebietes, um Teilung der Eigenschaft des Höchsteins; hier um räumliche Teilbarkeit, um Borhandensein sachlich ungeteilter Souveränität für einen Teil des Staatsgebietes. Diese Teilung ist möglich, wie das Wesen der völkerrechtlichen Souveränität ergiebt.

Wir haben früher 2) ftart betont, daß völler- und ftaatsrechtliche Souveranität nicht awei Seiten ein und besselben Begriffes, sondern awei getrennte Begriffe find. Dies bewährt fich nun hier. Die völlerrechtliche Souveranität ift fein Bestandteil der staatsrechtlichen Souveränität b. h. der Staatsgewalt, sondern eine Ruthat hiezu. Sie macht die Staatsgewalt nicht erst fertig, sonbern bie fertige, wenn auch noch unvolltommene Staatsgewalt, nur volltommener; fie ift eine Eigenschaft's), ein Rubehor, aber tein Teil ber Staatsgewalt. Ift bies aber ber gall, bann fteht nichts im Bege, bag biefe Gigenfcaft ber Staatsgewalt nur für einen raumlichen Teil ihrer Bethätigung hinzugefügt, lettere also nur für einen Teil ihres Gebietes volltommener zur Erfüllung ihrer Aufgaben gemacht wirb. Bare ein berartig teil: weises Borhandensein der Souveranität, d. h. sachliche ungeteilte Souveranität nur für den Teil eines Staatsgebietes nicht möglich, bann mußte Souveranität auch nicht für einen ganzen. aber lediglich ein Stud ber Erboberfläche umfassenben Staat moglich sein; bann ware Souveranität allein für ben Weltstaat benkbar. Denn jeber ber auf ber Erbe vorhandenen souveränen Staaten teilt entschieben mit ben anderen vorhandenen souveränen Staaten bie Souveranität über bie Erbe. Geteilte Souveranität ist aber begrifflich unmöglich; also wurde keiner ber thatsäcklich auf der Erde vorhandenen vielen souveränen Staaten im Sinne bieser Theorie Souveranität befigen. Bermag aber Souveranität auch nur für einen Teil ber Erboberfläche zu bestehen, bann tann fie auch blos für einen Teil bes einzelnen Staatsgebietes gegeben fein. Gine Staatsgewalt tann soweit auch lediglich für einen Teil ihres Gebietes bie Eigenschaft ber Souveranität besigen. Die Souveranität wird baburch (sachlich) nicht geteilt, daß fie allein für den Teil eines Staatsgebietes vorhanden ift. Das Rechtsverhältnis, in welchem bas Großherzogtum Beffen vom 1. Juli 1867 bis 31. Dez. 1870 jum Rorbbeutichen Bunde stand, war demnach mit dem Souveränitätsbegriffe wohl verträglich. Das Großberzogtum und ber Nordbeutiche Bund besagen die Souveranität über verschiebene Teile bes beffischen Staatsgebietes, bas Großherzogtum über Sübheffen, der Nordbeutsche Bund über Nordheffen. Solche räumliche Teilung der Souveränität verträgt sich mit dem Souveränitätsbegriffe.

¹⁾ Annalen 1898 S. 334. 8) Bergl. auch v. Stengel a. a. D. S. 786.

Achter Abschnitt: Rechtsgrund, Zweck und oberste Perfassungsprinzipien des Staates.

§ 49. Staatsarund und Staatsawed. Rachbem wir Beariff und Natur bes Staates tennen gelernt, ift es bas Rächste, nach Grund und Zwed bes Staates zu fragen, benn aus Beibem erklaren fich Organisation und Thatigieit bes Staates im Ginzelnen. Bie ber Begriff bes Staates nicht einen konkreten Staat, sonbern die Gattung Staat befiniert, so ist auch bier nicht die Frage, warum besteht bieser ober jener Staat und welchen Aweden bient bieser ober jener Staat, sondern die Frage ift, warum und zu welchem Zwede bestehen Staaten überhaupt. Es handelt sich also nicht um den Staat in concreto, sondern um den Staat in abstracto. Demgemäß muß sich die Antwort auf beide Fragen auch aus der Natur des von uns geschil= berten abstratten Staates ergeben, benn Grund und Zwed eines Dinges liegen im Wesen besielben beichloffen.

Der Grund bes Staates folgt aus bem Umftanbe, daß ber Staat eine organisierte, eine geordnete menschliche Gemeinschaft ift. Denn bies beißt, bas Befen bes Staates ift Bereinbeitlichung einer Berfonenmenge, Busammenfaffung einer Menschenvielheit zu einer Billenseinheit 1), zu Friede und Ordnung. Der Gegensat zu solcher Ordnung ber Gemeinschaft ift Unordnung. Und eine folche mare eben vorhanden, wenn die neben einander lebenden Menichen nicht ftaatlich vereinigt waren. Ohne Staat wurde Jeber feinen Willen fo, wie es feine Intereffen beifchen, nach feinem Belieben burchauseben versuchen. Es gabe für ihn nur bie Grenze ber natürlichen Rraft. Das Rusammenleben ber Individuen ware ein fortwährenber Rampf, Rrieg, Anarchie. Der Stärfere, ber fiegt, murbe alsbalb wieber einen Sieger finben. Rum Schute gegen biefe Jebem brobenbe llebermacht eines Anberen, gur Erhaltung ber Schwächeren, Ermöglichung eines gegen Willfur Anberer geschützten Lebens bes Individuums : befieht ber Staat. Beil ohne ibn ein geordnetes Busammenleben ber Menschen nicht möglich wäre, ift er vorhanden.

Ebenso folgt aber aus bem Bejen bes Staates auch sein vernünftiger Zwed. Der Staat ift eine Gemeinschaft, somit bat er bie Aufgabe, bie Interessen einer Gemeinschaft gu erfüllen. Gemeinschaftsintereffe ift aber Alles, mas bas Intereffe aller Gemeinschafter ift; bas Gesammtintereffe im Gegensabe zu ben Intereffen bes einzelnen Genoffen. Schut und Pflege ber Gesammtintereffen ber Staatsgenoffen ift, gang allgemein gesprochen, ber 3med bes Staates. Dieses Gesammtintereffe ift feineswegs mit ber Summe ber Intereffen ber Einzelnen ibentifch. Es ift vielmehr ber Durchschnitt aus ben Einzelintereffen 2). Denn bie Einzelintereffen wiberfprechen fich gruppenweise, bemnach tann nicht bie Summe, sonbern nur bas Mittel ber fich entgegenstehenben Ginzelintereffen bas Staats- ober Gesammtintereffe und bemgemäß auch nur bies eine gemeinsame Angelegenheit sein.

hieraus läßt fich aber zugleich bie Art biefer Gesammtintereffen erkennen. Sind fie bas aus bem Wiberftreite ber Individualintereffen gezogene Mittel, so muß bas Gesammtintereffe diefelbe Berschiedenartigkeit aufweisen, wie bas Ginzelintereffe: b. b. wie für bas Individuum phofifche, geiftig-fittliche und wirtschaftliche Intereffen in Betracht tommen, fo muffen fich auch die Gefammtintereffen des Bolles in biefen Richtungen bewegen, die Staatsthatigteit fich auf phyfifche, geiftig-fittliche und wirtschaftliche Interessen ber Staatsgesammtheit beziehen. Näher hat auf diese Frage, b. h. auf die Frage nach dem Umfange der Staatsthätigfeit nicht die Allgemeine Staatslebre, sonbern die besondere ber Bolitit einzugeben.

¹⁾ Siehe schon oben S. 195 f. und v. Senbe, Annalen 1898 S. 322. 2) Bernatit im Archiv für öffentliches Recht Bb. 5 S. 241; Schmibt S. 54.

Hier handelt es sich noch um etwas Anderes, darum: die Prinzipien festzustellen, welche sich aus diesem Grund und Zwed des Staates für die Staats organisation ergeben. Wir gewinnen sie durch nachstebende Erwägungen.

§ 50. Die obersten Prinzipien der Staatsorganisation. Aus dem Staatszwecke ergiebt sich eine gewisse Grenze der Staatsthätigkeit gegenüber dem Individuum. Wir sagten, das Gesammtinteresse ist nicht mit der Summe der Einzelinteressen identisch, sondern das aus dem Widerstreit der Einzelinteressen gezogene Mittel. Hieraus folgt, daß die Staatsthätigkeit zu den Einzelinteressen, sosenne dieselben nicht übereinstimmen — und das ist außer bei dem Interesse, welches zur Staatseinrichtung überhaupt führt, keineswegs die Regel —, mehr oder weniger im Gegensaß stehen muß. Denn das Mittel vermag der Staat nur zu ziehen, wenn er von diesen oder jenen Interessen etwas abthut, die Durchsührung derselben also hemmt, das Interesse der kleineren Gruppe hinter das der größeren zurückbrängt. M. a. W.: der Staat muß in der Lage sein, den Interessen der Einzelnen Schranken zu ziehen. Es besteht somit ein Gegensaß und damit ein Streit zwischen Gesammt- und entgegenstehendem Einzelzinteresse.

Da ift nun fein Aweifel, bag ber Ausgleich zwischen beiben Intereffen burch Riebung von Schranken, die ihren Birkungstreis abgrenzen, in letter Instanz nicht einer Bereinbarung zwischen Staat und Individuum vorbehalten zu sein vermag. Das widerspräche dem Wesen bes Staates, weil es dem Grunde zuwider ware, um dessentwillen er besteht. Der Staat foll Ordnung zwischen ben Individuen ichaffen. Das tann er nur, wenn ihm ber Ginzelne unbebingt zu gehorchen bat. Soll er Ordnung zwischen ben Individuen herstellen, so muß er ihnen befehlen können. Zwischen bem Staate als folchem und bem Individuum kann bemnach als grunbfähliches Berhältnis allein bas ber Unterordnung bestehen. Ohne biefes vermag ber Staat seine Funktion nicht zu erfüllen und wäre er somit auf die Dauer nicht möglich. Und boch foll er als bas Berbältnis einer angefiebelten Gemeinschaft ein bauernbes Berbältnis sein. Hieraus folgt aber, das Interesse bes Staates steht über bemjenigen des Einzelnen. Die Orbnung fieht über ber Freiheit. Die Freiheit bes Individuums in Bethätigung seiner Sonberinteressen kann keine schrankenlose, sonbern lediglich eine skaatlicher Ordnung b. h. Einschränkung unterworfene fein. Ohne Unterordnung bes Individuums unter ben Staat tann letterer nicht besteben und feine Erifteng entspricht boch felbst bem Intereffe bes Inbivibuums. Ist beshalb bas Interesse bes Inbivibuums bem ber Gesammtheit untergeordnet, fo geschieht lediglich, was bas vernünftige Individuum felbst will.

Allein mit diesem Ergebnis ift noch nicht alle Schwierigkeit und aller Gegensat zwischen Staat und Individuum hinweggeräumt. Nur dann wird fic der Einzel- dem Staatswillen gerne unterwerfen, wenn er nicht seben muß, baß ftatt seiner besonderen Interessen andere Sonberintereffen im Staate Verwirklichung finden. Es muß bemnach bas Intereffe, hinter welchem bas feinige zurudfteben fou, in ber That ein ber Augemeinheit bienenbes fein. Ob bies aber ber Fall, ist von Haus aus höchst fraglich. Denn darüber, was Staatsinteresse, was also ber Gesammtheit frommt, entscheiben Menschen, ba ber Staat selbst handlungsunfabig ift. Es fteht bemnach menschliche Unschauung gegen menschliches Interesse, Menschenwille gegen Menschenwille, die Meinung ber Regierenden gegen die ber Regierten. Staatsinteresse ift, was die regierenden Menschen für Gesammtinteresse halten. Darin bas Richtige zu treffen, ist für die Regierenden schwer. Denn abgesehen von umfaffender Renntnis und Erfahrung fordert es von ihnen die für Menichen ichwere Runft, frembe und eigene Intereffen zu icheiben und erstere auch bann zu verfolgen, wenn bies ben eigenen wiberstreitet, m. a. 28. bie Runft, Sout und Förberung anderer Intereffen als Selbstzwed zu betrachten, altruiftisch, nicht eg o i ft i f ch zu handeln. Es muß demnach vorgesorgt werden, daß die Staatsgewalt von ben Regierenben nicht in felbstfuchtigem Interesse gehandhabt wird, benn sonft mare ber

Mensch nicht bem Staatszwecke gemäß beherrscht und dies müßte notwendig zu einer Unzusfriedenheit der Unterthanen gegen die Regierenden und damit zu einer Unsicherheit der Herrsschaft und damit der Ordnung und des Staates selbst führen. Denn das vernünstige Wesen des Staates wäre dadurch verletzt.).

Auf diese Weise ergiedt sich aber solgende Forderung an die Einrichtung der Staatsgewalt: Den Regierenden muß es möglichst erschwert werden, die Staatsgewalt egoistisch zu handhaben. Dazu genügt nicht, daß von der Regierung verlangt wird, daß sie sesse b. nur unter gewisser Form abänderbare Normen, also Gesetz, aufstellt, nach welchen sie im Einzelsalle handelt. Dies sog. Prinzip des Rechtsstaates genügt noch nicht. Hiedurch wird nur das Handeln nach plöglicher Laune, nicht das Handeln nach Selbstsucht beseitigt, denn will die Regierung einmal anders handeln, als es dem Gesetz entspricht, so ändert sie eben zuvor das Gesetz. Sondern das ist erforderlich, daß die Regierung thunlichst nicht blos einem, sondern mehreren, von entgegengesetzen Interessen getragenen Individuen zusteht. Jedes derselben dändigt die Selbstsucht des anderen und so ergiebt sich als Resultat ein von Egoismus mögslichst freies Borgehen in Staatsdingen. Diese Zusammensetzung der Staatsorgane aus sozial verschiedenen und darum sich gegenseitig hemmenden Individuen ist aber nichts anderes, als das, was wir modern als konstitutionelle Regierungsform, als konstitutionelle Regierungsform, als konstitutionelle Seziahnen.

Diese Forderung und die Gedankengänge, welche zu ihr führen, sind nicht neu, die einzelnen Stücke der letzteren haben schon dei Ar i st o t e l e s und Montesquieu, die Forderung selbst bei letzterem Massische Formulierung gesunden. Wir denken da an den aristotelischen Sat, der Staat entstehe des Lebens (Thu), d. h. der Erhaltung des Wenschen wegen, und bestehe um deren Wohlsahrt (ed Thu), also um des Gesammtinteresses willen, und an die hieran anknüpsenden denkwürdigen Aussichrungen Wontes quieu's in Kapitel 3 und 4 seines "Geistes der Gesete"), wenn es dort heißt: In jedem Staate konne nur Freiheit, nicht Unabhängigseit, d. h. nur das Recht bestehen, zu thun, was die Gesete erlauben, nicht aber das Recht, zu thun, was man wolle; denn ohne diese Beschränkung durch Geset hätte Niemand Freiheit, weil auch die anderen ganz die nämliche Wacht hätten. Es sei daher nötig, daß das Geset herrsche. Dazu müsse aber die Staats ver fassung gevordnet werden, daß eine Gewalt die andere im Zaume halte, denn es sei eine ewige Ersahrung, daß jeder Wensch geneigt sei, die Gewalt, welche er habe, zu mißbrauchen und so weit zu gehen, dis er Schranken sinde. Unserem oben angesührten Grund und Zwecke des Staates giebt somit Aristoteles, dem Prinzipe der gegenseitigen Hemmung der Gewaltenträger Wontesquieu Ausbruck.

Jeboch bleiben noch zwei Fragen: aus welchen Gefellschaftsgruppen find bie einander hemmenden Gewalten sozial zu mischen? und in welches Berhältnis find dieselben zu einander zu setzen, in das völliger Gleichordnung ober in das einer bevorrechteten Stellung einer Gewalt unter Hinzutritt von Beschräntungen derselben durch andere?

In der ersteren Richtung könnte es als das Richtigste erscheinen, wenn die Gesammtheit der Staatsbürger oder ein großes, aus allgemeinen Wahlen hervorgehendes und nach Gruppen abstimmendes Kollegium derselben das oberste Staatsorgan darstellte. Dieses große Organ wäre ein Spiegelbild aller im Staate vorhandenen, örtlich und wirtschaftlich, politisch und konfessionell verschiedenen Interessen. Der Selbstsucht sei so am besten vorgebeugt. Allein dies oberste Organ soll den Staats-, also einen einheitlichen Willen, die Ordnung repräsentieren. Es muß demnach ein einheitlicher Wille zu Stande kommen. Das geht unter der gegebenen

3) Ocuvres complètes de Montesquieu, von Laboulabe, Bb. 4 (Baris 1877) S. 4 ff.

¹⁾ Bergl. v. Se h b e I Annalen 1898 S. 328.
2) Κοινωνία . . . γινομένη μέν οδν του ζήν ένεκεν, οδοα δε του εδ ζήν; vergl. Geschichte S. 75 bei Rote 1 (Politif III 1280 a 37).

Boraussehung nicht blos schwer, sonbern es wird bamit auch ber Staatszwed nur unvoll= tommen erfüllt. Es geht ichwer, benn eine Billenseinheit Bieler ift lediglich mit großen Schwierigkeiten und überhaupt nur durch Aufnahme bes Majoritätsprinzipes zu erreichen. Der Mehrheitswille muß als Einheitswille gelten. Damit aber ift wieber eine Gefahr für bie Erfüllung bes Staatszwedes gegeben. Denn traft bes Mehrheitsprinzipes hat bie an Ropfzahl stärkere Anteressentengruppe das Uebergewicht über die anderen : das Anteresse dieser Gruppe ist aber keineswegs bas, was bas Gesammtinteresse seiner inneren Natur nach sein foll, das Wittel der divergierenden Sonderinteressen, vielmehr egvistisches Interesse einer Berfonengruppe. Statt bessen, was man erreichen wollte, Führung der Staatsgewalt im Ge= sammtinteresse, ist bas Ergebnis berartiger Organisation eine Rlassen=, eine egvistische Mehr= heitsberrschaft.

Aus bem Grunde ist es jebenfalls richtiger, entweder ben qualitativ mehrwertigen Intereffentengruppen, b. h. ben Gebilbeten, ben Bermogenben und ben burch Erfullung ber Bebrpflicht ober Kriegsteilnahme um den Staat Berdienten durch mehrfaches Stimmrecht (Bluralftimmrecht) ben gleichen Ginfluß wie ben numerisch überlegenen Anteressentengruppen zu gewähren 1) oder dieses große Organ nach den hauptsächlichsten, einander gegenüberstehenden Gefellicaftsgruppen in verschiebene, fich gegenseitig bie Bage haltenbe, also gleichberechtigte Abteilungen zu zerlegen. Die hauptgegenfate werben immer ber zwischen Besitsenben und Richtbesitzenden und der zwischen Gebildeten und Ungebildeten, b. h. geiftigen und Sandarbeitern, bann ber awischen Abeligen und Nichtabeligen sein. Bon biefen Gruppen finden fich bie einen, die Bermögenden, Gebilbeten und Abeligen wieder barin zusammen, daß fie nach Erhaltung ihrer Borguge, die entgegengesetten Gruppen barin zusammen, daß fie nach Beseitiaung biefer Bevorzugung ber anberen ftreben. Bas bie einen leitet, ift ber egoistische Gebante, bak Ungleiche ungleich, was die anderen leitet, ist der egvistische Gebante, daß Ungleiche gleich zu behandeln seien. Die einen wollen den gesellschaftlichen Wert, die anderen die gesell= schaftliche Rahl ber verschiebenen Gruppen ausschlaggebend sein laffen; bie einen verfechten bas Brinzip ber qualitativen, die anderen bas ber quantitativen Gleichbeit. Und so erhalten wir zwei Sauptgruppen, die bes Festhaltens am Bergebrachten und bie bes Fortschritts im Staatsleben. Das oberste Organ muß also bementsprechend aus zwei getrennten Abteilungen befteben.

Allein dies hat zwar ben Borteil, daß es nun weniger leicht möglich ift, daß eine Intereffentengruppe ben Ausschlag giebt, aber auf ber anberen Seite ist hieburch ein großer Nachteil geschaffen. Es ist bei Borbanbensein von nur zwei Abteilungen schwer, einen Gesammtbeschluß und bamit bas zu erreichen, was Grund ber Existenz bes Staates ist, an Stelle ber Willensvielheit der Individuen eine ordnende Willenseinheit zu setzen. Reine Abteilung wird geneigt fein, ber anderen nachzugeben. Jebe hat bas natürlich-egviftische Beftreben, ihre Meinung burchzuseben. Es ftanbe also ein fortwährender Rampf um die Alleinherricaft in Ausficht. Richts ift aber bem Gesammtintereffe abträglicher, als wenn die Regierenden ledig= lich miteinander um die Herrschaft kämpfen, denn es bält sie ab, ihre Kräfte den Regierten zu wibmen. Die Selbstfucht nach Herrschaft fteht ihnen höher, als die Fürsorge für die Allgemeinheit. Dies gefährbet ben Beftanb bes Staates, benn wird ber Staatszwed nicht erfüllt, fo erfaßt die Regierten Unzufriedenheit und der Staat kann in Revolution und Anarchie verfallen. Somit darf die oberste Staatsgewalt nicht den Gegenstand fortwährenden Ringens zwischen mehreren Organen bilben, sondern muß ficher und fest in der hand eines einzigen Organes ruben2).

¹⁾ Innerhalb ber einzelnen Gruppen waren bann noch Abstufungen zu machen. Der bei ber Fahne Gestandene hatte als solcher 1, der Kriegsteilnehmer 2 Stimmen mehr. Das Rähere gehört in die Politik. 2) Vergl. v. Sey de l, Staatsrechtliche und politische Abhandlungen S. 141 Annalen 1898 S. 486.

Man könnte geneigt sein, von diesem Standpunkte aus wieder mehr einer nichtgeteilten, also einheitlichen Bolks- oder Bolksvertreterversammlung 1) als oberstem Staatsorgane das Wort zu reden. Allein eine solche Bersassungseinrichtung hätte einen doppelten, viel bedentenderen Nachteil zur Folge. Einmal würde damit eine Staatsorganisation geopfert, welche den Gedanken zu verwirklichen strebt, daß das Gesammtinteresse nicht mit dem Interesse der größten Gesulschaftsgruppe, sondern mit dem Mittel der sich entgegenstehenden, innerlich aber gleichswertigen Gesellschaftsteile gleichbedeutend ist. Und dann ließe sich das andere Staatsprinzip, das der Willenseinheit, durch eine solche Einrichtung doch nicht in dem Naße erreichen, wie es ohne Aufgabe jener Zweiteilung der Volksvertretung durch eine andere Gestaltung der obersten Staatsgewalt erreicht zu werden vermag.

Bie immer ber bemofratische Berfassungs- und Regierungsorganismus eingerichtet werben wirb, bem Grundgebanten bes Staates, bag er eine Billenseinheit an Stelle ber Willensvielheit sein soll, entspricht die bemokratische Staatsform von allen Staatsformen am wenigsten. Selbst wenn die erwachsenen Frauen von der Teilnahme an der Kübruna der Gefcafte noch ausgeschloffen find und außerbem, wie nicht anbers möglich, als Staatswille nicht erst ber Wille aller, sonbern ber Wille ber Mehrheit ber Staatsburger gilt, immerhin ift noch eine weitumfaffende Billensvielheit anftatt thatfächlicher Billenseinheit vorhanden. Je größer bie thatfacliche Billensvielbeit, aus welcher bie rechtliche Billenseinbeit berzustellen ift, um so schwieriger ift es, biese Willenseinheit zu gewinnen. Dem Orbnungsprinzipe und bamit bem inneren Grunde ber Eristen; bes Staates ist somit am meisten Genüge geschehen, wenn bie rechtliche Willenseinheit bes Staates auch thatfächlich möglichfte Willenseinheit ift, wenn also möglickt wenige Wenschen thatsäcklich berrschen. Das ist nicht bei demokratischer und auch nicht schon bei aristotratischer Organisation ber oberften Staatsgewalt erreicht, sonbern erft, wenn nur ein Individuum herricht, rechtliche und natürliche Willenseinheit fich beden. Wenn nur Einer Regent ist, kann am leichtesten Orbnung gehalten werben. Das bewährt sich vor Allem in Beiten, wo es gilt, ben Staatsfrieben gegen außere ober innere Feinde zu verteibigen. hier ift vor Allem einheitliche Leitung ber staatserhaltenben Krafte erforberlich und biese ficert am meisten ber Wille einer natürlicen Bersönlickeit*).

Es ware falich, wenn man meinen wollte, die Monarchie fei am wenigsten geeignet, dem Gesammtinteresse zu dienen, weil sie das Interesse der Unterthanen weniger kennt, als die Unterthanen selbst. Mag bies auch richtig sein, so bietet die Einherrschaft gegenüber der Aris stokratie boch den Borteil geringerer Selbstsucht in der Führung der Staatsgeschäfte, denn hier hanbelt es fich nur um die Selbstsucht einer regierenden Familie, bort um die Selbstsucht einer ganzen Rlaffe ber Staatsangeborigen. Und bie Intereffen Beniger fteben mit bem Intereffe ber Gesammtheit in geringerem Wiberstreit als die Interessen einer größeren Gruppe, zumal bas egoistische Interesse ber Monarchie normaler Beise tein anderes sein tann, als bas ber Erbaltung ihrer Berrichaft und bamit auch ber Erhaltung bes Staates. Gegenüber ber besteingerichtetsten Demokratie aber, also gegenüber berjenigen, welche burch Schaffung zweier Abteilungen ber Bolls- ober Bollsvertreterversammlung bem Egoismus ber Rlaffen möglichft entgegenzuwirten sucht, bat bie Monarcie ben in geringerem Dage ja auch ber Ariftotratie zulommenden Borzug der Ständigleit der Herrichaft. Der Herrichaftsbestand ift ein verhalt= nismäßig bauernber und bie Regierung barum in ber Lage, ihre Rrafte ununterbrochen ber Erfüllung ber Staatsaufgaben, ber Bflege ber Gesammtintereffen zu wibmen. Der stete Bechsel ber Parteimajoritäten, die fortwährende Sorge um Erhaltung ober um Gewinnung ber herrschaft verhindert 3. B. unfere heutigen bemofratischen Staaten in der Sozialgeset=

¹⁾ Beld lettere etwa auf bem Grumbsat bes Pluralftimmrechtes aufgebaut wurbe.
2) Bergl, zu biesen Ausführungen bie vortrefflichen Darlegungen v. Seybel's Annalen 1898 S. 482—489.

gebung mit ben monarchischen gleichen Schritt zu halten. Es fehlt Erfahrung und Tradition in ber Erfüllung ber Staatszwede; ber politifche Dilettantismus fteht an ber Spipe.

Selbst wenn dies aber nicht ber Fall ware, wenn die Monarchie zur Pflege ber Bolls: wohlfahrt gar nicht geeignet mare, höber, als bas ed Liv, fieht bas Liv, höher, als ber Bohlstand, der Bestand des Bolles; böber, als seine Körderung von Oben, der Schut seiner Freibeit. Bas bem Staatsgrund bient, geht bem vor, was bem Staatszwede gewibmet ist; bas Borhandensein einer ftarten, orbnenden Araft, einer wirklichen Billenseinheit ift wichtiger, als bas Borbanbensein einer ben Interessen ber Regierten vielleicht mehr entgegenkommenben, aber nur eine kunftliche Willenseinheit bilbenben und barum in ihrem Bestande weniger geficerten und die Staatsgesammtheit vor Gefahren in geringerem Mage fcutenben Regierunasvielbeit.

Allein baraus folgt noch nicht, daß die zu erstrebende Monarchie notwendig eine absolute sein müsse. Das wäre Ueberspannung des Einheits= und Ordnungsprinzipes. Nach den Reiten der Staatsgefahr dürfen Staatsorganisation und staatliche Regierungsweise nicht be= messen werben. Sie mussen auch ben regelmäßigen Zeiten inneren und äußeren Friedens Rechnung tragen. Das Ordnungsprinzip barf bem Bielheits- ober Freiheitsprinzip nur vorgeben, nicht aber es ausschließen.

Die Monarchie bat den Nachteil ber Willfür, ber Laune: Stimmungen und Buniche Eines Willens entscheiben. Dem muß baburch vorgebeugt werden, daß der Monarch an schwerer zu ändernde Normen gebunden ist; das Brinzip des Rechtsstaates muß besteben. Und bann hat die Wonarchie den Nachteil, daß die Regierung möglicherweise wegen Wangels oder trop Renntnis ber Bunfche und Beburfniffe ber Unterthanen nicht in beren Intereffe geführt unb von ihr bem Wechsel und dem Fortschritte in den Bedürfnissen und Anschauungen des Bolles nicht nachgekommen wird. Hieburch unterscheibet sich die Monarchie von der Republik, daß in ihr bie Gefahr besteht, bag bie Regierung bie Intereffen ber Regierten, bes Lanbes überhaupt nicht berücklichtigt, während in Aristofratie und Demofratie stets im Interesse ber Regierten, wenn auch nur eines kleineren ober größeren Teiles berfelben, geherrscht wirb. Aus bem Grunde bedarf die Monarchie bes Rates und der beschränkenden Mitwirkung eines das Freiheitsprinzip und damit die Interessen der Unterthanen wahrnehmenden und aus diesem Grunde auch aus den Unterthanen zusammengesetzten Staatsorganes. Dasselbe beschränkt ben Monarchen nur; er bleibt ber Alleinherrscher; nur in einem Teile, nicht in allen Staatsangelegenheiten hat jenes Organ ein hemmungsrecht. Die Möglichkeit eines Rampfes um bie Herrschaft ift baburch geminbert, wenn auch nicht beseitigt.

Dagegen ift es unbebenklich, biefes beschränkenbe Organ in zwei gleichberechtigte Abteilungen nach ben früher genannten Bringipien ju gerlegen. Denn bei bem Rampf Beiber um höheren politischen Ginfluß, der in Folge ihrer unterschiedlichen Ausammensehung entstehen wirb, handelt es fich bann nicht mehr um die oberfte Berrichaft. Diefe ruht fest und ficher in ber Sand eines Einzigen und ift fo bem Kampfe ber Parlamentsparteien entrudt. Letterer felbst braucht nicht verfaffungsmäßig erschwert zu fein. Denn so fehr er auch bem Staatsleben schaben tann, fo erschüttert er boch nicht die Eriftenz bes Staates, weil er tein Rampf um bie oberfte Herricaft ift; andererfeits aber hat er ben Borteil, bag er bie ftaatliche Geschäftsführung vor unzweckmäßigem Stillstande bewahrt. Rampf ist ein unentbehrliches Wittel des Fortidritts. Das Endergebnis ift also Beschränfung ber monarchischen Berfaffungs= und Regierungsform burch bemofratische Elemente, nicht umgekehrt; to n ftit ution ell befchrantte Do onarchie, nicht monarchisch befchrantte Demofratie ober, wie lettere gewöhnlich genannt wird, parlamentarische Monarchie.

Im Ganzen aber haben uns Grund und Zwed bes Staates zu vier organifatorifchen Bringipien geführt: bas oberfte ift bas ber Orbnung, ber Berrichaft; ţ

bas zweite bas der organisatorischen Einheit der obersten Staatsgewalt (monarchische Sprinzip für Trägerschaft und oberste Ausübung); das dritte das der Teilnahme der Untersthanen an der Staatsregierung (ton stitutionelles Staatsprinzip, Prinzip des Berfassungstaates), wenn auch nur in beschränktem, d. h. der monarchischen Gewalt nicht gleichem Umfange; das vierte das der sozialen Nischung dieses Bolksvertretungsvorgans (soziale Teilung der Gewalten).

Bum Schluffe ift noch Folgendes zu betonen. Wie das Bisherige ergibt, haben wir alle biese Brinzipien aus Grund und Rwed bes Staates logisch abgeleitet. Nichts ware verfehlter, als zu glauben, biese Brinzipien hatten sich auch historisch aus biesem Grunde und biefem Zwede entwidelt. Grund und Zwed bes Staates, bie wir angaben, find bie logifchen Erflärungs-, aber nicht die geschichtlichen Entstehungsgrunde biefer Bringipien. Sie find bie Mittel, wodurch wir biefe Pringipien geiftig einheitlich zu erfaffen vermögen, teineswegs aber bie hiftorischen Urfachen ihrer Entstehung. Letteres waren fie nur bann, wenn ber genannte Staatsgrund bei Entstehung von Staaten und ber genannte Staatszwed bei bem Ausbau von Staaten in ber Abficht ber Grunber bezw. ber Gewalthaber gelegen waren. Schaffung einer Einrichtung und Erfenntnis ihres inneren Grundes und Awedes liegen aber in ber hiftorischen Entwidelung weit auseinander. Innerer Grund und Rwed einer fozialen Ginrichtung find in ber Regel lange icon wenigstens teilweise erfult, ebe fie begriffen werben. Die Pragis eilt ber Theorie, bem Bewußtsein voraus. Erft nach langen Fortichritten ber Entwidelung werden innerer Grund und Zwed erkannt und von da an auch jum Teile jur äußeren Urfache, zum Motive bes thatsaclichen Sanbelns. In ben früheren Berioden ber Entwidelung fehlt biese Erkenntnis. Sier find die Ursachen und Motive, welche die Menschen zum Sandeln, zur Schaffung und zum Ausbau pon Staaten veranlaffen, ganz andere, als innerer Grund und Rwed bes Staates in abstracto.

Um hier nur Gines anzuführen - Gefchichte und Pringip ber Staatsentwidelung im Allgemeinen foll uns erft fpater beschäftigen 1) -, so mußte, wenn wir berechtigt waren, aus bem ben Dingen innewohnenden Grunde und Brede auf die außeren Entftehungs- und Ent= widelungeursachen zu ichließen, ber Grund des Staates in ber menschlichen Ueberzeugung liegen, daß ohne Herrschaft b. h. Willenseinheit ein friedliches Rusammenleben der Menschen nicht möglich ift. Demgemäß müßte vor Allem jebe Staatsgründung auf einen Gesammtatt ber ersten Staatsangehörigen, auf einen fog. Staatsvertrag zurudgeben. Beil bie Denichen bas Borhandensein eines Staates für nütlich hielten, vereinbarten fie seine Errichtung. Aber nicht blos dies, fondern auch die Staatseinrichtung, welche wir als die dem Staatsgrunde und Staatszwede entsprecenbste erkannten, die konstitutionelle Monarchie, mußte dann logischer Beife auf ben Billen der Grunder gurudzuführen fein. An fich folgt aus ber Staatsgrundung burch Bertrag freilich eine andere Staatsform, die Demotratie. Denn wurde bei ber Staats= grundung nichts anderes vereinbart, so vermag niemand anderes, als die Gesammtheit der Gründer felbst, Subjekt der Staatsgewalt zu sein. Finden wir demnach in dem gegründeten Staate eine andere Staatsform, so tann biese allein bem Willen ber Gründer ihre Entstehung verbanken. Diese mussen auf die ursprungliche Staatsform verzichtet haben. Um zur konsti= tutionellen Monarchie zu gelangen, ift biefer Berzicht bann fo zu erklaren, bag bas Bolt bie oberste Staatsgewalt an ben Rönig unter ber Auflage abtrat, daß er sich burch Einsetzung ber Bollsvertretung beschränke. Denn von einer Stellvertretung bes Bolles burch ben Konig bei ber konstitutionell beschränkten Monarcie zu sprechen, ist unmöglich, da in dieser ber Monarch und nicht bas Boll Träger ber Staatsgewalt ift.

An sich würde man von unserem Ausgangspunkt eine andere Staatsform als Schluß:

^{1) § 67} ff.

ergebnis erwarten: eine Abhängigkeit, nicht blos eine Beschränkung des Herrschers gegenüber dem Parlamente. Denn es heißt beim Bolke tiese Erkenntnis dessen, was dem Staate frommt, und ein übergroßes Maß von Selbstverleugnung voraussehen, wenn man annimmt, es habe die Herrschaft an den Fürsten zu eigenem Rechte abgetreten. Biel näher liegt doch, daß das Bolk sich sie oder Bolksvertreterversammlung die Oberherrschaft vorbehielt und den Fürsten lediglich als sein Organ bestellte. M. a. W.: Richt konstitutionell beschränkte Einherrschaft, sondern Parlamentsherrschaft, parlamentarische Monarchie liegt von obigem Ausgangspunkte aus näher.

Schon bies weist darauf hin, daß in dem Falle, daß das Ergebnis der geschichtlichen Entwickelung die konstitutionelle Monarchie ist, diese Entwickelung eine andere gewesen sein muß, als diejenige, welche aus dem logischen Grunde und Zwecke des Staates durch Schlußsolgerung abzuleiten ist. Und in der That ist ja die thatsächliche Entwickelung der Dinge eine ganz andere als die logisch abgeleitete. Tropdem sich die Ansänge des konstitutionellen Staatsgedankens schon in der griechischen Staatslehre und Staatspraxis sinden i, ist es doch ein langer, gewundener Psad die zur Errichtung der konstitutionellen Monarchie.

§ 51. Altruismus und Egoismus in der Staatsorganisation. Indem wir als oberstes Prinzip der Staatseinrichtung das der Ordnung hinstellten, nahmen wir zu der grosen Streitfrage Stellung, ob das Staatsleben in erster Linie auf dem Prinzipe des Individualismus oder Egoismus, also der Freiheit des Handelns, oder auf dem des Sozialismus oder Altruismus, also der Unterordnung unter Andere beruht²), einem Gegensape, welchen die praktische Politik mit den Worten liberale und absolutistische Staatsansch auung wiedergiebt.

Es ist ein Doppeltes, was man unter biesem Gegensate versteht. Er betrifft einerseits eine allgemeine soziologische, andererseits eine speziell staatswissenschaftliche Frage. In dem ersten Sinne betrifft er die Frage, ob der Mensch von Natur ein staatenloses oder ein staatliches Individuum ist, in dem anderen die Stellung des Individuums zur Staatsgewalt. Dazu teilt sich die Frage im ersteren Falle noch einmal, indem das Wort Natur in verschiedener Bedeutung genommen wird; einmal im Sinne des Natur= als Gegensat zum Kulturmenschen, so daß die Frage lautet: Ist der erste Mensch oder wenigstens der Mensch des Naturvolkes ein staatliches Individuum oder ist Zugehörigkeit des Menschen zum Staate erst ein Ergebnis der Kulturentwicklung? — und dann in dem anderen Sinne: Wird der Mensch, auch der Kulturmensch, staatsangehöriger?

Demgemäß ergeben sich als Antworten auf alle biese Fragen folgende Antithesen: ber Naturmensch ift frei; erst die Kulturentwicklung bringt ihn in Abhängigkeit von einer Ordnung; ober: der Mensch ift frei geboren; erst nach der Geburt gelangt er in Unterordnung unter den Staat. Und man solgert hieraus: somit steht die Freiheit des Individuums höher, als die Staatsordnung; Staatsordnung ist nur soweit zulässig, als sie sich mit den Zweden der Freiheit vereindaren läßt. Und auf der anderen Seite sagt man: Auch schon der Naturmensch gehört einer staatlichen Bereinigung an; oder: der Mensch wird nicht erst nach, sondern mit der Geburt Mitglied des Staates; er ist kraft seiner Natur als Mensch in den Staat hineinsgeboren, und schließt dann hieraus: höher als der Individualismus steht der Sozialismus; natürlich ist die Herrschaft des Staates über das Individuum; das Individuum ist des Staates tes, nicht der Staat des Individuums wegen da; das Individuum ist das dienende Mittel der Gesammtheit.

¹⁾ Geschichte S. 114 und 115 R. 7.
2) Ueber den Gegensat Dietzel, Theoretische Sozialökonomik, Bd. I (Leipzig 1895) S. 7 ff.
und derselbe Art. Judividualismus und Selbstinteresse im Handwörterbuch der Staatswissenschaften,
1. Aust., Bd. IV S. 566 ff. und Bd. V S. 640 (Jena 1892 und 93).

Und biezu kommt nun der speziell staatswissenschaftliche Gegensat. Sier ist der gemein= same Grundgebante: Staat ift Ordnung, Herrschaft; in jedem Staate ist bas Individuum bem Staate voll unterworfen, ob dies nun der Ratur des Menschen entspricht oder nicht. Aber die Staatsgewalt tann eine gewiffe Freiheit ber Unterthanen anerkennen, fich in ben Dienft bes Individuums stellen ober das Individuum in jeder Richtung bevormunden und zum Organ bes Gemeinzwedes machen. Der Unterschied gegenüber ber allgemein foziologischen Frage ift ber : bei ber fogiologischen Frage ist bas Freiheitspringip ein Bringip ausschließlicher, absoluter Freiheit, in bem zweiten Falle bas einer vorwiegenben, b. b. geordneten ober beschrantten Freibeit.

Beibe Fragen, die fogiologische und die staatswissenschaftliche, hangen enge zusammen. Ginerfeits ichloß man aus bem Borbanbenfein einer natürlichen Freiheit: also muß, wenn ber Mensch bem Staate angehört, auch in biesem Freiheit herrschen. Anbererseits murbe aus ber Annahme, ber Menich sei von Natur ein ftaatliches Individuum, abgeleitet: also muß im Staate in erfter Linie Unterordnung unter bie Staatsgewalt gegeben fein.

§ 52. Die jog. antike und bie jog. germanische Staatsibee. Im Sinne bieses letigenannten Gegensates ift es üblich, insbesondere eine antite und eine germanische Staatsibee einander gegenüberzustellen. Der antite Staat, sagt man, ift allmächtig, ber Bürger nur etwas, weil er ein Glied des Staates ift, seine ganze Eristenz ist vom Staate abhängig, dem Staate unterworfen. Der Staat ist alles, ber Einzelne nichts. Rur ber römische Staat beschränkt sich und zieht bestimmte Grenzen seines Machtbereiches und seiner Einwirkung 1). Dem Germanen bagegen fei "individuelle Freiheit das Sochste; erst hinterbrein laffe er fich herbei, einen Teil berselben bem Staate zu opfern, um bas Uebrige besto ficherer zu bewahren "2). Allein wir meinen, unfere Renntnis ber Vergangenheit ift heute fo gereift, bag mit biesem fummarifchen Gegensate von antiter und germanischer Staatsibee ernftlich gebrochen werben muß 3). Es gibt teine einheitlich antite und teine einheitlich germanische Staatsibee. Man hat in biefer Beziehung für Hellas immer nur Platon und Aristoteles, für Rom Cicero, für bie Germanen Tacitus in Betracht gezogen und bie Entwidelung ber Dinge namentlich für bas Altertum nicht beachtet. Im Altertum wie in ber Neuzeit haben aber bie Staatsibeen und Staatsprinzipien bes öfteren gewechselt und zwar nicht blos in der Theorie, sondern auch im positiven Rechte. Wir muffen uns immer mehr gegenwärtig halten, bag wir auch für bie griechische und römische Geschichte eine Urzeit, ein Mittelalter und eine Reuzeit und bemgemäß Berichiebenheiten in der Auffaffung bes Befens bes Staates zu unterscheiben haben. Und ebenso mussen wir mehr und mehr barnach trachten, uns von der althergebrachten Borstellung loszumachen, als stelle bie mittelalterliche und bamit die germanische Geschichte eine Art Fortfetjung ber Beschichte ber Antile bar. Dit ber Beschichte bes Mittelalters beginnt eine gang neue Rulturentwidelung. Man bringt zu verschiedene Rulturftufen in Berbinbung, wenn man die Staatsidee von Platon, Ariftoteles ober Cicero mit der Staatsanschauung der Germanen bes Tacitus in Bergleich fest.

Dazu kommt, daß sich nicht einmal so unbedenklich sagen läßt, die Staatsideen Platons ober Aristoteles' beruhten, soweit fie fich für realisierbar halten, schlechthin auf bem Ordnungspringipe. Sie verlangen für die Staatsunterthanen Freiheit von Berwaltungswillfur, Berrschaft ber Gesete'); und ebenso nimmt Cicero in ben Staatsbegriff auf, bag ber Staat eine

¹⁾ Bergl. Bluntschlie, Allgemeine Staatslehre S. 39 und 41 und Deutsche Staatslehre und die heutige Staatenwelt, Kördlingen 1880 S. 4.

2) Bluntschlie, Allg. Staatslehre S. 45; Deutsche Staatslehre S. 6; Jellinek, Die Erklärung der Menschen- und Bürgerrechte, Leipzig 1895, S. 52.

3) Bergl. über die Frage Kärst a. a. D. S. 8. N. 1.

4) Der beste Staat Platons, der Staat seiner "Politeia", ist absolute, auf dem Sozialprinzipe beruhende Gewalt, aber der nächstehete, den er für leichter realisterbar hält, der Staat der "Gesehe",

burch Gemeinschaft bes objektiven Rechtes verbundene Menschenvereinigung sei.), mährend auf der anderen Seite der Deutsche des Taciteischen Beitalters keineswegs als unbedingt frei bezeichnet werden kann; mit aller Schärse ist er diskretionärer Gewalt von Sippe und Staat unterworsen. Es dürsen that sahl ich nicht umfangreiche Anwendung der Staatsgewalt, wie sie weniger entwidelten Kulturverhältnissen eigentümlich ist, und rechtliche Beschränztung der Anwendung der Staatsgewalt nicht mit einander verwechselt werden. Bon einem Freiheitsprinzipe läßt sich doch nur dann sprechen, wenn die ganze Rechtsordnung von dem Bewußtsein getragen ist: in die Willensfreiheit der Unterthanen darf nur so wenig als mögzlich eingegriffen werden. Freiheitsprinzip ist dagegen nicht gegeben, wenn der Grundgedanke der Stellung des Staates zum Individuum der ist: der Staat kann in die Willensssphäre der Individuen eingreisen, soweit er will, und es nur eine Folge niedrigerer Kulturstuse ist, daß die Einwirkungen der Staatsgewalt auf die Unterthanen sich noch in verhältnismäßig engen Grenzen bewegen.

Bliden wir unsererseits in die Geschichte, so erkennen wir in allen Reitaltern einen Rampf ber beiben Brinzipien Sozialismus und Inbividualismus mit einanber. Balb herrscht bas eine, balb bas andere vor. Dabei find die mit einander lämpfenden Kräfte von Haus aus nicht aleich stark. Im Borteil ist innerbalb ber Staatsgemeinschaft immer bas Orbnungspringip, benn ohne Ordnung ift im Staate bas andere Bringip, bas ber Freiheit, überhaupt nicht bentbar. Freilich tann auch bas Freiheitselement im Staate nicht völlig zuruchgebrangt werben, benn es ift, gang abgesehen bavon, daß ber Staat seinem Wesen nach nur bas außere Berhalten ber Menichen ordnen und leiten tann, bemfelben thatfachlich unmöglich, bas außere Berhalten bes Menichen in jeber Richtung, also beffen ganges Brivatleben unter feine Dagnahmen zu stellen. Allein ber Unterschied ift ber : bas Borhandensein bes Ordnungselementes ift eine logische Folge bes Wefens bes Staates; bas immer gegebene Borhanbenfein eines Studes Freiheit im außeren Berhalten ift lebiglich eine thatfachliche Ronfequeng ber prattifchen Undurchführbarteit einer an fich nach bem Wesen bes Staates logisch bentbaren Erscheinung. Es tann leine - und fei es bie freiheitlichfte - Staatsversaffung geben, in welcher nicht auch das Ordnungsprinzip gelten wurde; ließe ber Staat ben einzelnen Unterthanen grundfablich barüber befinden, ob er in beffen Billenssphare eingreifen barf, fo lage bas Gegenteil bes Staates, Unordnung, Anarchie vor. Wohl aber ift eine Staatsverfaffung bentbar, bie erklart werben tann, ohne daß man fich bes Wortes Freiheit bebienen mußte. Die beiben Bringipien ericheinen in ber Geschichte als theoretische Lehrfage, welche eine Bielheit von Erscheinungen unter einem Gesichtspunkte, als ein Ganzes zusammenfassen wollen, und vor Allem als politische Strebensziele und Brogrammfage, die aufgestellt werben, um die Konsequengen bes anderen Pringipes aufzuheben, wenn bieses zu einseitig zur Aussührung gelangt. Das eine Bringip tritt bemgemäß immer hervor, wenn Uebertreibungen und Auswüchse bes anberen fich häufen, und fo find die beiben Bringipien die Beitsterne und treibenben Faktoren ber friedlichen, wie ber gewaltfamen Staatsveranberungen.

Als das treten sie auf in Form der sog. Staatstheorien und Staatsibeen, b. h. der philosophischen und politischen Lehren vom Wesen des Staates, welche eine Umgestaltung bestehender Staatsverhältnisse herbeisühren wollen.

beruht zwar auf Sozialprinzip, ist eudämonistischer Staat, aber ein Rechtsstaat; es herrscht Freiheit von Berwaltungswillkur (vergl. Geschichte S. 31 R. 9 und S. 84 R. 4, S. 35, 88 und 89). Und ebenso ist wohl auch nach Aristoteles der absolut beste Staat der, in dem der Tüchtigste unsbeschräft herrscht (Geschichte S. 104, 109 R. 4, 116 und Kärst S. 25), aber der nächstigste unsvon Menschen wirklich erreichare Staat, ist ihm der Rechtsstaat, der Staat, wo die Staatsherrschaft an Gesche gebunden ist (Geschichte S. 108 und 109).

1) Geschichte S. 150.

²⁾ Bergl. Roffi a. a. O. 3. Folge Bb. 1 (1895) S. 496.

Bur Betrachtung dieser Staatstheorien in geschichtlicher Entwickelung gehen wir nunmehr über. Aus ihnen erklärt sich das Wesen des modernen Bersassurhältnisse abzielen, sind dabei die jeweilig positiv vorhandenen Staatsrechtsordnungen zu beachten. Aus ihren Mängeln und Lücken gegenüber dem Wechsel der thatsächlichen Umstände erklärt sich dies Entstehen von Staatstheorien. Dieselben sind daher in erster Linie aus den Zeitumständen zu erläutern 1). Dadurch erhalten wir mit der Geschichte der Staatstheorien zugleich eine Geschichte der wirklichen Staatsverhältnisse. Wir sassen uns dabei, was die Entwicklung dis zum 17. Jahrshundert angeht, kurz, weil die für diesen Zeitraum zu erörternden Fragen in anderem Zusamsmenhange in der "Geschichte der Staatsrechtswissenschaft" ausschlichere Betrachtung fanden.

Mennter Abschnitt: Geschichte der Staatstheorien.

§ 53. Die griechischen Staatstheorien. Die Anfänge wissenschaftlicher Theorien über den Staat führen auf den Ausgangspunkt unserer heutigen Staatslehre überhaupt, auf die ältere Sophistik der Griechen zurück.

Im 6. Jahrhundert v. Chr. ift in den überwiegenden Teilen ber griechischen Ländergruppen die herrschende Regierungsform die Thrannis und daneben bestehen aristokratisch verfakte Staaten weiter. Beibe bevormunden das Boll und beschränken die Freiheit 2). Worauf ihre Herrschaft ruht, bas ift die Macht bes Stärkeren. Es regiert ber Inbivibualismus natürlicher Uebermacht. Das Streben bes Bolles geht auf Befreiung von biefer Macht ber Thrannis und bes Abels. Sie gelingt : ber Bereinigung ber Schwachen gludt es, die Starte ber herrschenden zu besiegen. Aber es ist wieder eine von Individualinteressen beeinflußte Macht, die siegt. Dort war es die Macht eines Einzelnen ober einer Minderheit Starker, bier ift es die Gesammtmacht der Schwachen. Wir finden eine Erklärung dieses Strebens in ber Prometheusfabel bes Dialogs Protagoras von Platon, von dem mit Recht angenommen wird, daß er einer Schrift biefes hauptes ber Sophisten entnommen ift. Die Menschen vereinigen fich hienach ju Staaten, weil fie fich vorber gegenseitig Unrecht zufugten. Damit ift als erfte Staatstheorie anerkannt die Machttheorie. Im Staate herrscht die natürliche Uebermacht ber Dehrzahl ber Schwachen, Die ftarter ift als die Dacht des Ginzelnen ober einer Minberheit. Indirett ist bamit auch die Staatsform ber Demotratie 1) erklärt, benn burch eine Bereinigung der Menge entstand ber Staat, die vorausgehende Herrschaft der Stärkeren wird als staatenloser Bustand betrachtet. Gleichzeitig gibt die Prometheusfabel auch barüber Aufschluß, daß diese Machttbeorie wohl die erste wissenschaftliche, aber nicht die überhaupt alteste griechische Staatstheorie ift. Nach ber gabel ift es Beus, ber bie Menschen 311 Staaten vereinigt. Dies ist nicht die Weinung des Protagoras. Rach ihm ist die Staatengründung Menschenthat. Aber es ift bie vollstumliche Anschauung. Rach ihr besteht ber Staat fraft gottlicher Stiftung.

Die Staatstheorie dieser älteren Sophistik war noch unvollsommen. Sie konnte die Befreiung der Menge von der Herrschaft der Tyrannis und des Abels nur damit erklären, daß sie erst mit der Selbstherrschaft der Wenge staatliche Zustände beginnen ließ und die Natur dieses Staates als Demokratie war nur indirekt erläutert: weil die Wenge der Wenschen den Staat gründete, besitzt er demokratische Versassung. Sie bedurfte somit weiterer Ausbildung.

¹⁾ Dies betont mit Recht auch Menzel, Waudlungen in der Staatslehre Spinoza's, Stuttgart 1898 S. 4.

Es mußte auch die Herrschaft der Minderheit und des starken Ginzelnen Erklärung finden und bie Demofratie mußte unmittelbare Begrundung erhalten; fie burfte nicht blos aus ber Form ber Staatsentstehung abzuleiten sein. Die jungere Sophistik holte bies nach. Und fie ift auch burch äußere Umftanbe bagu veranlagt. Die burch Rahrzehnte mahrenbe Berrichaft ber Demofratie por bem veloponnesischen Krieg beischt unmittelbar wissenschaftliche Konstruktion. In ber Berricaft bes Berifles, ber Dligardien ber Künftaufend und ber Dreifig lebten bie Berrichaftsformen ber Gin- und Benigerherrichaft wieber auf. Demgemäß finben wir einerseits Theorien, welche die Ersehung der Thrannen- und der Abelsherrschaft durch die Demofratie rechtfertigen, andererseits folde, welche bie neue Einherrschaft und bie neuen Dli= garcien zu begründen suchen. Letteres geschieht durch die Anwendung ber Machttheorie auf bie Uebermacht bes einzelnen ober ber wenigen Stärkeren: Thrann und Abel berrichen, weil fie ftarter als die Menge find. Ihren Ausbrud findet biefe Theorie in den Darlegungen, welche Blaton im Staate bem Traspmachos, in Gorgias bem Kallitles und Bolos in ben Mund legt. Befonders tommt Bolos (Schüler von Gorgias) in Betracht, ben er 1) bie Meinung aussprechen läßt: nach ber Gerechtigfeit fei ber Starte, auch wenn er ein Stlave fei, nicht aber ein Kind, auch wenn es bas Recht zur Nachfolge habe, zur Herrschaft berufen. Die Herrschaft bes Starten ift also teine unftaatliche, sonbern eine ftaatliche. Das erstere geschieht burch eine neue Theorie: Die Menge herricht nicht, weil fie zur Ueberzeugung gelangt, bag bie Bereinigung ber Schwachen ftarter ift, als die Macht ber Minberheit und bes Ginzelnen, sonbern fie berricht, weil die Menichen von Natur b. h. von Geburt "frei" find. Frei von Natur find fie, weil fie alle gleich geboren werben 2). Darum fei Abel und Stlaverei abgeschafft 3). Es ift bie erste Freiheits = ober Bertragstheorie, wenn auch bas Berbaltnis noch nicht als Bertrag, fondern nur als Berburgung gegenseitiger Rechte bezeichnet wird 1). Gemeinsam ist beiben Theorien, daß fie Aussluß bes Individualpringips find. Wenn ber Starke bas Recht zur Berricaft von Ratur bat, fo ist bamit anerkannt, bag bas Individualintereffe rudfichtslos geltend gemacht werden tann. Und ebenso folgt aus ber natürlichen Freiheit, also aus dem Rechte, fein Individualintereffe zu befriedigen, die herrschaft ber Demokratie b).

Inbes, schon ift in Birtlichkeit bie Dacht ber Demokratie auf Abwege geraten. Abel und Besitzende sind unterjocht. Die Demokratie ist selbstsüchtige Gerrschaft der Besitzlosen geworben 6). Daber beginnen die Beftrebungen nach Beseitigung ber Berrichaft bes Demos. Den Uebergang bazu bilbete bie ethische Lehre von ber ftaatserhaltenben Rraft bes Gemeinfinns (δμόνοια), die ihrerseits ihre Wurzel in der Auffassung hat, daß der Staat auf einer Bereinigung ber Schwachen gur Berrichaft über die Minderheit ber Starten berube. Diefe Bereinigung ift nicht möglich ohne ein Gefühl bes Gemeinsinns. Es ift ber Sophift Ant i= phon?), welcher biese oudvoix jum ethischen Brinzip ber Bekampfung bes Egvismus ber Regierenden erhebt, wie er in Tyrannis, Oligarchie und attischer Demokratie zu Tage getreten war. Bon Sofrates und Dem ofrits) in die ethisch-politifche Lehre umgeformt, bag bie Berrichaft im Intereffe nicht ber Regierenben, sonbern ber Regierten au führen sei, führte biefe Staatsauffaffung notwendig zum Sozialpringip, b. h. zu der Anschauung, daß ber Staat als das Ganze höher benn ber Einzelne fteht.

Sie kommt bei Blaton und Aristoteles zunächst darin zum Ausdruck, daß die= felben biejenigen Stanbe vom Burgerrecht ausschließen, von welchen fie glauben, bag fie un-

¹⁾ Borgias 471 a, 471 c; hierzu auch Rarft S. 17 und Geschichte S. 10 R. 1 und S. 12 R. 3. 2) Alfidamas: ekaudesous ágons návrag 6 decs. oddeva dodkov h gózig nenofnesy; f. Ueber-weg-Heinze, Grundriß der Geschichte der Philosophie 8. Aust. Berlin 1894 S. 109 und dazu Ari-stoteles Politik III 1287 a 13 (Geschichte S. 101 N. 1). 3) Geschichte S. 24 N. 4. 4) Ebenda S. 14 und 78 N. 6 und Kärst S. 15.

⁵⁾ Bergl. auch Rarft G. 11 und 16. 6) Geschichte S. 23.

⁷⁾ Ebenba S. 24 N. 4. 8) A. a. O. S. 27 A. 6 und 52 A. 8

fabig feien, fich bei Behandlung ber Staatsgefcafte lediglich von ber Berudfichtigung bes Intereffes ber Gesammtheit leiten zu laffen 1). Des weiteren ift es aber Ariftoteles, welcher bie angegebene Lehre prinzipiell formuliert, indem er dem Sate der Sophisten: Staat und Gefet seien νόμφ, b. h. Wert menschlichen Beliebens; φύσει, b. h. von Geburt, traft seiner natürlichen Beranlagung fei ber Mensch frei, also staatenlos), ben anberen gegenübersett: Die Reigung zum Leben in der staatlichen Gemeinschaft ist nicht νόμφ, sondern φύσει; δ άνθρωπος φύσει πολιτικόν ζφον έστί; Staatengründung entspricht der Natur des Menfchen, womit nicht gefagt fein will, ber Menich muß mit ber Geburt einem Staate angehören, fonbern bem Befen bes Menschen eignet ein Streben nach Leben in staatlicher Gemeinschafts).

Nichtsbestoweniger verschwindet der Gedante der Freiheit aus der Staatslehre nicht. Wir begegnen ber edeudepla als Staatsprinzip bei Demokrit, Platon und Aristoteles 1), aber nicht mehr als ein dem Staate über-, fondern als ein ihm eingeordnetes Prinzip. Es bedeutet: Freiheit innerhalb ber ftaatlichen Ordnung, also beschränkte Freiheit und zwar vor Allem politifche Freiheit, Teilnahme an ber Staatsgewalt, Demotratie im Gegensas zur Monarchie 5), und dann: allgemeinen Rechtsstaat im Gegensate zum Willfürstaat; χοινωνία έλευθέρων ist bei Aristoteles ber Gegensat zur Despotie, ber Staat, in welchem die Regierenden nicht nach Billfur, sondern als Diener bes Gesehes berrichen 6). Begrundet wird bies Rechts= und Freiheitsprinzip nicht logisch, sonbern politisch. Schrankenlose Freiheit sei zwar unersprieß= lich, aber ersprießlich sei boch, wenn ber Handlungsfreiheit möglichst wenig Schranken gezogen werden 7). Und bann erscheint es besonders als eine Folgerung aus bem Grundsat, daß bie Regierung nach allgemeinen, nicht nach selbstfüchtigen Motiven verfahren soll. Dies sei nur möglich, wenn die Herrschenden an Gefete gebunden seien8), ein Gedanke, welcher dem Inbivibualpringipe, also bem Schute bes Individualismus entsprecent, icon in ber Sophiftit, ber jüngeren wie ber alteren, begegnet 9). Angefichts bes gangen Freiheitsprinzipes biefer fozialen Staatsauffaffung barf aber boch nie vergeffen werben, daß bies Bringip bes Rechts- und Freiheitsstaates nur als das zweitbeste, bei der menschlichen Schwäche der Selbstsucht eben allein erreichbare Staatsibeal gebacht ift. Im absolut besten Staat, wo die Tüchtigsten und Ebelsten herrschen, ba bebarf es teiner gesetlichen Schranten. Hier herrscht absolute Gewalt, ba= mit aber auch keine Freiheit; benn die doerh, die da herrscht, ist ein doewnorov, verträgt teine Schranken, ift felbst Gefet 10).

Die Befreiung von der Herrschaft des Demos, welche Platon und Aristoteles mit ihren Schulen anstrebten, war balb erreicht. Es kommt die Oberherrschaft des mazedonischen Reiches und seiner Rachfolger und damit der Monarchismus und zwar der absolute 11). Dieser mußte notwendig bald eine Gegenwirkung hervorrusen. Mit aller Schärse tritt sie in der Lehre Epifur's und feiner Schule hervor, daß ber Menfc von Ratur b. h. feinem Befen nach keiner Gemeinschaft anzugehören brauche. Die Teilnahme am Staatsleben sei nur nüplich für ihn. Sie gewähre Schutz vor Beschädigung durch Andere. Demgemäß beruhe er auf bem Billen ber Individuen. Zum ersten Male erscheint der Name Bertrag selbst. Der Staat ift συνθήχή, Bertrag. Auch der Stoizismus erklärt die Zugehörigkeit des Individuums zum Staate nicht für etwas von der Natur Gefordertes, wenn schon er der Meinung ist, der

^{3) 6. 84.} 1) ©. 32, 35, 95, 2) 6. 12.

¹⁾ S. 52, 50, 95.

4) S. 52; 39; 100, 106, 128, 129.

5) Bergl. die Stellen aus Euriptides bei Kärst & S. 5 und 9 und dasselbst & 28.

6) S. 100 N. 15.

7) S. 128 und 129 N. 1.

8) S. 38, 105, 106.

9) S. 15 und 26.

10) S. 31 N. 8, 109 N. 4; dazu Kärst & .25 und Bismard, Gedanten und Erinner rungen Stuttgart 1898 Bd. 2 S. 60: "Der Absolutismus wäre die ideale Berfasjung für eurosälls Excellenkilde mann der Edick und feine August und feine August und die Excellenkilde mann der Edick und feine August und die Excellenkilde mit idea August und die Excellenkilde paliche Staatsgebilbe, wenn ber Konig und seine Beamten nicht Menschen blieben wie jeber Anbere, benen es nicht gegeben ift, mit übermenschlicher Sachkunde, Ginficht und Gerechtigkeit ju regieren". 11) Geschichte S. 133 und Rarft S. 62.

Mensch bebürfe ber Zugehörigkeit zu einer Gemeinschaft. Nur musse biese nicht eine politische, sondern lediglich eine sittlich=geistige mit Freunden und allen Menschen und mit den Göttern sein 1).

§ 54. Die römisch-germanische Staatslehre. Was die Entwidelung der Staatsidee bei den Römern und Germanen anlangt, so hat dieselbe in weitgehender Weise einen ähnlichen Verlauf wie bei den Griechen genommen. Das älteste positivrechtliche Prinzip ist der versgleichenden Staatsgeschichte entsprechend auch hier das Sozialprinzip. Alle jungen und alle Naturvöller ruhen auf dem Prinzipe sester Unterordnung unter die Staatsgewalt. Die Staaten wachsen aus dem Sippenverdande heraus. Die Sippe ist aber ein den Einzelnen in außersordentlich kräftige Fesseln legender Heruck. Die Sippe ist aber ein den Einzelnen in außersuchentlich kräftige Fesseln legender Heruck. Die Sippe leit unterrichtet und ebenso start ist bei den Römern die Unterordnung unter die gens. Die Auffassung, welche das Individuum in den Bordergrund stellt, ist nicht die urrömische. Gab es aber in der Sippe keine die Freiheit des Individuums energisch schüßende Schranken, so auch nicht in dem die erweiterte Sippe darsstellenden Staate. Der Staat, nicht das Individuum ist zunächst Eigentümer von Grund und Roben.

Die weitere Entwidelung bringt bann bier und bort mehr und mehr eine Befreiung bes Inbivibuums von ben beengenden Banden ber Sippe, um basselbe gleichzeitig aber nur um fo ftarler ber Herrschaft bes Staates zu unterwerfen. Eine Scheibung ber Entwidelung tritt erst ein, als sich in Rom die republikanische Berfassungs- und Regierungsform erhielt, bei ben Germanen bagegen ber fich erweiternbe Großstaat allmählich von bemotratischen Organisations= prinzipien zu monarchischen und zwar zu solchen absoluter Monarchie überging. In Rom erbobt fich mit ber Steigerung ber Macht bes Staates die Bebeutung des einzelnen an ber Führung ber Staatsgeschäfte Unteil habenben Burgers. Im frantischen Reiche fintt bas Individuum zusehends in die Stellung eines blogen Unterthanen berab. In Rom berricht Freiheits-, im frantifchen Reiche Sozialvrinzip. Das Bollsrecht tann in tarolingischer Reit einseitig vom König abgeandert werden. Dort eine zunehmende Demofratisierung, hier eine zunehmende Monarchifierung bes Staatswesens. Das romische Staatswesen bes 2. und 1. Jahrhunderts v. Chr. entspricht bem Athen vom 5. und 4. Sahrhundert v. Chr., die romischen Getreibespenden und Aderverteilungen haben ihr Gegenstüd in attischem Richtersolb und attischem Theatergelb. Hier wie dort muß unwillfürlich ber Ruf ertonen, bag bas Gesammtintereffe bem Sonderintereffe vorgehe: suprema lex salus rei publicae. Cicero ift ber theoretische Begrunder ber gleichen Lehre, wie Sofrates, Platon und Aristoteles. Er predigt Umkehr zum Sozialprinzipe. Dem steht nicht entgegen, daß er den Staat eine societas, einen coetus juris consensu sociatus nennt. Das ift nicht in bem engen, ber privatrechtlichen societas analogen Sinne eines Bertragsverhältniffes, fondern im weiteren Sinne von Berbindung irgendwelcher Art gemeint. Rechtlich ift ber Staat nicht eine Summe von Individuen, sondern die einbeitliche Berfonlichleit bes populus. Bare nicht biefe Auffassung gewesen, so batte fich aus bem republikanischen Staatsprinzipe nicht fo leicht die monarchische Regierungs= und schließlich die monarchische Ber= faffungeform in Rom entwideln fonnen. Als Despotie lebte fich bas romifch-byzantinifche Weltreich aus. Die Kraft bes burch den Monarchen vertretenen Sozialprinzipes war so stark, daß dem Sape, der Staat beruhe auf einem generale pactum der Individuen, wie wir ihn bei Auguftin (354-430) finden, für die Bestimmung ber Stellung bes Individuums gum bestehenden Staate gar keine Bebeutung zukam. Ueber diesem Sabe stand eben — und zwar auch bei Augustin — ber andere, daß ben Menschen seine Natur zu gefellschaftlicher Bereinigung treibe 2). So kommt es, daß auch die erste Konstruktion der Stellung des Herrschers als

¹⁾ Befdichte S. 132 und 149; Rarft S. 63 ff.

²⁾ Befcichte S. 157 R. 4.

Herrschaftsvertrag, kraft bessen ber Herrscher ein vertragsmäßiges Recht auf Vertretung bes Volkes in Ausübung der Herrschaft hat, jedes Einslusses auf den Entwicklungsgang der politischen Theorie entbehrte. Der Sat Ciceros de re publica III 13, 23: Cum alius alium timet . . . quasi pactio sit inter populum et potentes blieb in der Geschichte der Staatstheorie ohne alle Wirkung. Die Erhebung des Kaisers zu einem Gott auf Erden erstickt jede Erinnerung an das Prinzip der Volkssouveränität und damit jeden Gedanken einer Zurücksschrung der Herrschaft auf den Willen des Individuums.

§ 55. Die mittelalterliche Staatslehre. Erst das mittelalterliche germanische Staatswesen brachte eine Fortentwicklung der Staatsibee. Das Königtum des fränkischen Reiches
war ebenso, wie der römische Prinzipat, von Haus aus der Ausdruck des Sozialprinzipes. Allein
es war nicht, wie das römische Raisertum, aus dem Prinzipe der Bolkssouveränität hervorgegangen. Das römische Nationalreich ist eine Schöpfung des römischen Volkes, der römischen
Stadtgemeinde; die Gründung des fränkischen Reiches ist die That einer einzelnen machtvollen
Persönlichseit. Jede Monarchie, die absolut wird, entwickelt sich leicht dahin, die Staatsherrschaft egoistisch d. h. nicht im Staats-, sondern im Hausinteresse auszuüben. In einem Staate,
in welchem die absolute Monarchie nicht aus der Volkssouveränität herausgewachsen, sondern
originär begründet ist, ruft dieselbe leichter demokratische Gegenströmungen hervor, als in
einem Staate, in welchem sie die Demokratie zu ihrer historischen Grundlage hat. So erklärt
sich, daß im römisch-byzantischen Kaiserreiche die demokratische Gegenwirkung ausdlieb, auf
germanischem Boden entstand.

Die egoiftische Auffassung ber Staatsberricaft bat zur selbstverständlichen Folge, baß bieselbe mehr und mehr als ein Brivatinteressen der berrschenden Kamilie dienendes Wertobiekt und bemgemäß wie ein Stud Bermögen bes Berricherhauses angesehen wirb. Dies führt aber bazu, baß bie Staatsherrichaft gleich einem anderen Bermögensbestandteile unter bie erbrechtlichen Grundfähe des Privatrechtes gestellt wird. Die Staatsherrschaft wird bei Borhandensein mehrerer Erben nach räumlichen Gefichtspuntten in Teile zerlegt, bamit aber geschwächt. Den Rugen hieraus ziehen die Unterthanen. Einer zersplitterten, um das Erbe tämpfenden Staatsgewalt gegenüber werben sie stärker. Das Lebensprinzip ist sein Ausbruck. Nach ihm hat der unmittelbare Unterthan bes Herrschers nur die Pflichten, die er im Lehensvertrag übernahm. Damit aber ist das Sozial= durch das Individualprinzip ersett 1). Für die Freiheit genannter Unterthanen spricht die Bermutung. Dies politische Gewicht der Großen im Reiche muß notwendig die rechtliche Stellung bes Monarchen andern. Bisher besitt der Konig seine Herrschaft von Niemandem außer von Gott. Nunmehr wird die Stellung des Raisers nur mehr mittelbar auf gottliche Ginsehung gurudgeführt, unmittelbar ift er Bertreter bes Bolles). Ihren bezeichnenbsten Ausdruck findet das neue Brinzip in der mit dem 11. Jahrhundert erscheinenden rechtlichen Unterscheidung von Raiser und Reich, wie fie in dem Worte Ronrad's II. "wenn der König stirbt, bleibt das Reich"8) und in der mit dem 13. Jahrhundert sich vollendenden Trennung von kaiserlichem Brivat= und von Reichsgut zu Tage tritt 4).

Aber nicht blos zum Nachweise der Freiheit der Großen von strenger Unterordnung unter den König, sondern auch zum Nachweise der Freiheit des Raisers von Unterordnung unter den Papst wird die neue Volksherrschaftslehre verwendet. Diesen Bestrebungen verdankt sie sogar ihren eigentlichen Ausdau im Mittelaster. Es ist Nikolaus von Cusa, der ihr die prägnanteste Fassung mit den Worten gibt: imperator imperialium omnium non dominus sed

¹⁾ Bergl. Esmein, Éléments de droit constitutionnel S. 344 und Anson, The law and custom of Constitution, Teil I 3. Aufl., Orford 1897 S. 20.
2) Geschichte S. 178 R. 3.
3) Bergl. Triepel a. a. D. S. 38, 35.

⁴⁾ Geschichte S. 171 N. 5; Schröber, Deutsche Rechtsgeschichte 3. Aufl., Leipzig 1898, S. 515 und 526.

administrator 1).

Wie ber Name Nikolaus von Cusa zeigt, fällt biese Berwendung ber Lehre von ber Bollssouveranitat später. Awar ift dieselbe auch schon im tirchenpolitischen Rampse des 11. Sabr= hunderts angewandt worden, aber noch in febr unausgebildeter Beife und zu anderem Zwede und auf jeden Fall ohne nachhaltende Wirkung. Im 11. Jahrhundert war die Gerrichaft bes Kaisers auf Bollsübertragung zurückgeführt, um bamit bie Unterorbnung bes Kaisers unter Herleitung der Gewalt von Gott; wer seine Gewalt von einem Niedrigeren habe, müsse aber bem unterthan sein, der die seine von einem Höheren besite 2). Im 14. und 15. Jahrhundert bagegen ift ber 3med ber kirchenpolitischen Theorien, welche die Herrschaft bes Raisers auf ben Boltswillen zurücksühren, die nach ihrer Meinung barin enthaltene Darlegung, daß der Raiser vom Bapfte unabhängig fein muffe, wenn er fein Recht vom Bolle habe').

§ 16. Die Staatstheorien bes 16. und 17. Jahrhunderts. Das Bringip ber Boltsfouveränität auf der Grundlage des Individualismus der Unterthanen war bisher gebraucht, um bie Unabhängigkeit ber Fürsten vom Raiser und bes Raisers vom Papfte, nicht aber um bie Freiheit bes Individuums als solchen zu erweisen 1). Wo also biefe beiben Unabhängigkeiten auffer Frage blieben, war es möglich, daß die Lebre von der Bolkssouveranität gar nicht zur Aufnahme gelangte. Die Mitwirtung ber Lanbstände war im Mittelalter noch teine so weit= gebenbe, baß fie Beranlaffung gegeben hatte, um ihretwillen ben Fürften lediglich für einen Stellvertreter des Bolles zu erflaren. Sochftens die Wirfung tonnte die neue Bollssouverani= tatslehre haben, daß man im Fürsten einen Nachfolger bes Boltes in bem Rechte gur Berrichaft fah. Beibes bestätigt die Geschichte der Staatslehre Englands. Hier stand die Unabhängigkeit von Raifer und Bapft nicht in Frage, also faßt bas Bolkssouveranitatspringip im oben angegebenen Sinne in England mahrend bes Mittelalters auch nicht Boben. Wenn Braft on (1216—1272) in seinem vor 1259 geschriebenen Buche de legibus et consuetudinibus Angliae⁵) fagt, lex facit regem, so meinter dies Wort noch nicht, wie später die Wonarchomachen⁶), im rechtlichen, sondern im politischen Sinne, b. h. nicht um damit auszubruden, das Bolt hat ben König zu seinem Bertreter bestellt, sondern um zu fagen, ber fich nicht an Gesetze bindende Herrscher ist kein König, sondern ein Despot, wie aus dem erklärenden Sate hervorgeht: non est enim rex, ubi dominatur voluntas et non lex 7). König ist hier also im aristotelischen Sinne gemeint. Auch am Ausgang bes Mittelalters, wo der Sab, daß jedes Geseh der Rustimmung der Stände bedürfe, in England fester begründet ist, herrscht in England noch keine Boltsfouveranitatslehre im oben angegebenen Sinne. Zwar begegnet bei Forte scue 8), de laudibus legum Angliae, geschrieben zwischen 1463 und 1471, einmal9) bie Bemerkung: rex hanc potestatem a populo effluxam (habet), allein daß hiemit nur gesagt sein will: ber Ronig ift ber Nach folger bes Boltes in ber Herrschaft, nicht aber: er ift lediglich Bertreter besselben, geht daraus hervor, daß sich als leitender Grundgedanke durch die Schriften Fortescue's ber Sat zieht, ber Konig von England regiert nicht blos regaliter, sondern auch politice 10). Es will bamit gesagt sein, England ift nicht blos eine Monarchie, fondern zugleich eine Bolitie, b. h. eine Demofratie, also eine Mischung von Monarchie und Demo-

¹⁾ Geschichte S. 186 N. 4. 3) Ebenba S. 179.

²⁾ Ebenba S. 163 unb 165.

⁴⁾ Bergl. Geschichte S. 217 N. 8. 6) Ebenba S. 218 N. 8.

⁵⁾ Bergl. Geschichte S. 173 N. 2. 6) Ebenda S. 218 N. 8. 7) Bergl. die weiteren bei Jellinek, Gesetz und Berordnung S. 12 N. 16 abgebruckten Stellen aus Bratton.

⁸⁾ Bergl. Geschichte S. 206 N. 3. 9) Kap. 13.
10) Bergl. Kap. 9 und dazu Jellinek a. a. O. S. 13 N. 17 und auch Forte & cue's englisch geschriebene Schrift on the governance of England Kap. 1 und 2 und dazu Parow Ueber die Regierung Englands don Kortescue, Nr. 10 der don Brentano und Leser herausgegebenen Sammlung alterer und neuerer ftaatswiffenschaftlicher Schriften, Leipzig 1897.

kratie. Der König ist wohl durch das Boll beschränkt, jedoch noch nicht von ihm abhängig.

So erklärt fich, daß die nächfte, auf diese Bollssouveranitatslehre des Mittelalters am Beginne der Neuzeit folgende Staatstheorie die der absoluten monarchischen Staatsgewalt aus eigenem Rechte ift. Der Fürft war unabhängig von Raifer und Papst geworden. Um so freier fonnte er nun seine eigene Gewalt ausüben. Und so entstand die Theorie der absoluten monar= chischen Gewalt aus eigenem Rechte. Für den Monarchen gibt es überhaupt keine Rechtsschranken: nur die ratio status, die Staatsraifon entscheidet 1) — so Macchiave IIi (1469—1527) —, ober wenigstens teine willfürlich-menschlichen Schranten; nur an jus divinum und naturale ist er gebunden — so Bod i.u.2). Somit berrschte im Berbältnisse zum Stagte strengste Unter= ordnung bes Individuums, m. a. B. Sozialprinzip. Das Individuum war von der Macht des Raifers und der Rirche befreit, um um fo ftarkerer Gewalt des Fürsten unterworfen zu werden. Wober biese starte fürstliche Gewalt ihr Recht nehme, barnach wurde nicht weiter gefragt 3). Es genügte in biefer Richtung ber Sat ber Reformation, alle Obrigfeit ift von Gott 4).

Indes mußte diese Theorie sofort mit zwei anderen Kräften in Widerstreit geraten, mit ben in ihrem Besithtande bedrohten Landständen und mit bem zugleich mit ber Befreiung vom Glaubenszwang der katholischen Kirche entstandenen Streben nach Bekenntnisfreiheit. Gegen bie Rechte ber Stänbe manbte fich ber von ben Sofjuristen wie geltenbes Recht angewandte Say, daß der Wille des Fürsten die Kraft des Gesetes habe, also die Gesetzgebung der Ru= ftimmung ber Lanbstande nicht bedürfe"); bem Gedanten ber Betenntnisfreiheit wiberfprach bas jus reformandi bes Fürsten, fraft beffen berfelbe ben Glauben seiner Unterthanen auf Grund des Rechtssages ordnete, daß es im absoluten Staate wohl eine Bekenntnisfreiheit gegenüber der Rirche, nicht aber gegenüber bem Landesherrn gebe.

So vereinigten fich Stände und Rirche gegen ben Fürsten. Ihre Losung war Freiheit von ber Macht bes Fürsten. Freiheit war aber lediglich auf bem Wege bes Individualprinzipes ju erreichen. Somit trat wieder eine Rudfehr zu biefem ein, aber, wie im Mittelalter, auch nur wieder in beschränkter Beife. Es wurde Freiheit von einseitiger Berrichaft bes Fürsten nur erftrebt, um Mitherrschaft ber Stände und Alleinherrschaft ber Rirche zu begründen, in Bahrheit also nur eine Aenberung ber Herrschaftsverhaltniffe, eine Befreiung ber Stande bezw. ber Rirche, also von Gemeinschaften, nicht aber eine Befreiung bes Individuums zu erreichen gesucht. Individualistisch war nur die Schale, sozialistisch der Rern 6).

Weiter gingen die Bestrebungen im 16. Jahrhundert nur in Schottland, im 17. auch in England. Befreiung bezw. Mitherrschaft ber Stände als Biel hieß in ben übrigen Ländern Befreiung und Mitherrschaft bes Abels?). Unders in Schottland. Dort hatte die demokratische Rirchenverfassung Calvins festen guß gefaßt. Diefe hatte bie firchlichen Rechte aller Gläubigen, also auch ber Nichtadeligen erweitert. Notwendig mußte fich hieran ein Streben auch nach Erweiterung ihrer ftaatlichen Rechte anschließen. hier war also bas Biel auch Befreiung von ber Borberricaft bes Abels. Wir erkennen basfelbe in ben Rampfen, welche bie Buritaner im 16. Sahrhundert mit bem lanbfäsigen schottischen Abel beginnen, um fie nach ber Bereinigung Schottlands mit England unter ben Stuarts als Independenten in England fortzuseten 8).

¹⁾ Befchichte S. 209-211.

Bergl. Gefchichte S. 209—211.

2) Ebenda S. 218 und 229.
Bergl. Gefchichte S. 235 N. 6 und 253.

4) Gierke, Althusius S. 65 N. 28.
Bergl. Geschichte S. 217 N. 3.

Treumann. Die Monarten 7) Ere umann, Die Monarchomachen Leipzig 1895 S. 50 und 77; Landmann, Der Souveränitätsbegriff S. 22 und 23; Breysig in Schmoller's Jahrbuch Bb. 23 (1899) S. 248.

8) Die Uebertragung der demokratischen Kirchenversassung auf die Staatsversassung erscheint zwar auch in England schon im 16. Jahrhundert in Robert Browne, dem Begründer der Sette der Brownisten, der Borläufer der Independenten (vergl. Loofs in der Realencyklopädie für protestantische Theologie und Kirche, 3. Aust. Bb. 3, Leipzig 1897, S. 424 ff.; Müller-Kawerau, Lehrbuch der Kirchengeschichte (Freiburg 1894) S. 325 und 327 und Borgeaub, The Rise of

Dieselben Argumente, welche sich gegen die einseitige Gerrschaft des Fürsten anführen ließen, waren gegen die einseitige Berrichaft bes Abels zu verwenden und fo finden wir, daß die neue Bebre und gwar im 17. Jahrhundert im fteigenden Dage auch bemofratischen Zweden, b. b. ber Erreichung einer Mitherrschaft bes Bolles biente. Buerst verwandte sie in bieser Richtung Buchanan.

Die konftruktive Form, in welche man die neue, diefen drei Zweden dienende Staatslehre fleibete, war, wie im Mittelalter, die ber Boltssouveranität. Der Fürst ist nicht Herrscher aus eigenem Rechte, sondern Bertreter des Bolles. Und hieraus wird nun nach der einen Seite gefchloffen: also ift bie Gewalt bes Fürsten niebrigeren Ursprungs als bie Gewalt ber Kirche; ber Kürst tann somit teinen Befenntniszwang üben, sondern muß die Regelung dieser Frage ber Rirche überlaffen. Nach ber anderen Seite wird fortgefahren: bas Bolt hat auf ben Monarchen nicht alle Bertretungsbefugnis übertragen; auch die Romitien, worunter balb nur bie bisherigen Stanbe, ber Abel 1), balb alle Stanbe 2) verftanben werben, find Bollsreprafentanten 3); bie Form bes Staates ift eine gemifchte. Die Staatslehre ber Monar coma den 4) ift bamit gegeben. Zeboch behaupten nur die tatholischen Monarchomachen eine Superiorität ber Rirche über ben Staat. Bei ben reformierten Monarchomachen fallen Staat und Rirche in Gines aufammen 5). Die Unguftanbigfeit bes Fürft en 5) gur Ordnung bes Betenntniffes

origin and growth of the English Constitution Leit II (Bojton und Rew-yort 1898) S. 172, 5) Bergl. Treum ann S. 80 und Rieker, Grundsätze reformierter Kirchenberfassung (Leipzig 1899) S. 189 und 191. Eine Ausnahme macht Brown it und seine Anhänger, die Brownisten ober (nach ihrem späteren Leiter Barrowe) Barrowisten. Sie wollten, wie später die Independenten, Unabhängigkeit der einzelnen Kirchengemeinde von Kirchenregiment und Staat. Browne (a treatise of Reformation 1588) hat diesen Gedanken von seinem Lehrer, dem Theologie-Professor Cartwright in Cambridge. Seine Anhänger heißen wegen dieses Prinzipes auch Separatisten. Das Vorbild dieser kirchlichen Selbständigkeit sehen sie in den Kaufmannsgilden. Das Gildenstatut

modern Democracy in Old and New England, aus ben Annales de l'École libre des Sciences politiques 1890 und 1891 übersett von Birckbeck Hill, London 1894). Aber Kraft gewann sie erst im 17. Jahrhundert. Ihren Höhepuntt erreichte sie in den Bersuchen der Independenten (Leveller) unter ihrem Führer Lilburne, mittels des Heeres die preschyterianisch gesinnte Mehrheit des Unterhauses zu stürzen (1647—1649). Foster, a. a. O. Bd. 1 S. 34 und S. 46 sf., der eine ganze Biographie Lilburne's gibt. Bergl. unten S. 224 N. 8.

1) Bergl. S. 215 N. 7.

2) Siehe unten S. 218 die Lehre Buchanas.

3) Bergl. Geschichte S. 218 N. 7.

⁴⁾ Sie zerfallen in eine katholische (spanisch-französische) und eine reformierte (schottisch-nieberländisch-französische) Gruppe. Die erstere entlehnt ihre Theorien ber mittelalterlichen, auf ber
ciceronianischen Charakteristerung bes Staates als juris societ as beruhenden Bolkssoweränitätslehre (vergl. Geschichte S. 149, 157 N. 4, 168 und 180 N. 7 und 8). Die letztere gewinnt ihre
Bolkssoweränitätstheorie durch lebertragung der demokratischen Kirchenversassung der reformierten Rirche auf staatliche Berhältnisse. Am meisten tritt dies bei Brown e in seinem Buche A Book concerning True Christians 1582 hervor. Die Kirche ist eine burch einen covenant (Bund, Bertrag) begründete companie, community; ebenso der Staat. Bergl. Jellinet, Erklärung der Menschen= und Bürgerrechte S. 32 und Borgeaud a. a. O. S. 32, 34, 81. Immerhin gab auch Brown e keine nähere Konstruktion des Staatsverkaltnisse auf der Grundlage reformierter Rirchenverfassung, sondern beschränkte sich auf den Saß, daß er seine Regeln so allgemein fasse, daß sie sich auch auf das Staatsverhältnis anwenden ließen. Dies geschah vielmehr von einem Bertreter ber hochkichlichen Richtung, Hood er, ber daburch ber wissenschaftliche Vermittler zwischen ber englischen Bolkssouveranitätslehre bes 16. Jahrhunderts und dem Hauptvertreter derselben in England im 17. Jahrhundert, Locke, wurde. Hood er's Werk, Laws of Ecclesiastical Polity, von welchem die ersten vier Bücher 1598, das finste 1597, die drei übrigen erst nach seinem Tode von welchem die ersten vier Bücher 1598, das fünfte 1597, die drei übrigen erst nach seinem Tode († 1600) veröffentlicht wurden — ich zitiere es nach einer Ausgabe von Exon, London 1682 — stellt sich die Aufgade, den Nachweis zu erbringen, daß die englische Hochstratische nach ihrer Grundlage schon die demokratischerischen Elemente enthalte, welche die Barrowisten (vergl. Borrede S. 59 und nächste Note) ihr erst geben zu müssen glaubten. Auf diese Weise gelangt er auch dazu, vom demokratischen Wesen des Staates zu sprechen. Hooster geht viel auf Arstoteles zurück. Auffällig ist die Aehnlichkeit seiner Gedankengänge und seiner Terminologie mit Marsilius von Kadua. Ueber Hanke, Jur Geschichte der Doktrin von den drei Staatsgewalten, sämmtl. Werke Bd. 24 (1872) S. 238 st.; Eierke S. 157 N. 102; Polltoc, Introduction to the history of the science of politics, London 1893 S. 66; Korge au da. a. D. S. 78, und S. 37; Taylor, The origin and growth of the English Constitution Teil II (Boston und New-York Brokenberkasung 5) Reral. Treumann S. 80 und Rieker. Grundske reformierter Kirchenberkasung

wird von ihnen allein aus bem Sate gewonnen, aus welchem bie tatholischen Monarchomachen bie Unguftandigfeit bes Monarchen biegu mitgewinnen, aus bem Sate lex facit regem. Diefer von Ariftoteles und feinen Nachfolgern politifc-ethifch verstandene Sat wird rechtlich genommen; nicht als: ber Fürst solle, sonbern als: ber Fürst musse ben Gesetzen unterworfen sein. Ift er aber ben Gefegen unterworfen, fo tonnen fie nicht von ihm ausgeben; bie Gefete erlaffen bie Stänbe, wenn nicht bas Boll felbft. Der Ronig ift nur ber huter, Diener und Bollftreder ber Befete1).

Räber und am felbständigften führt diefen Gedanten Buch anan burch. Indem berfelbe zugleich nachweift, daß auch die Gesetesauslegung, das Richten, bem Konig nicht übertragen werben burfe, ift er ber Sache nach in einer Richtung ber Bater ber mobernen Lehre von ber Teilung ber Gewalten geworben. Aus biefem Grunde ift feine Lebre etwas näber zu berühren.

Bobl geht Buch anan, wie bie übrigen Monarchomachen von bem ariftotelischen Sate aus, baß bie menfcliche Schwäche Binbung ber Regierenben an Gesete erforbere, aber er gibt ber Lehre eine felbständige Faffung. Buchanan fagt junachst allgemein, bem Ronig burfe Gefetgebung und Gesetsauslegung nicht übertragen werben, weil er sonft eine infinita und immoderata potestas erhalte, die ihn vergessen lasse, daß die Königswürde nicht für ihn, sonbern für das Boll geschaffen sei. Er könne nur der custos tabulariorum sein 2). Im Einzelnen ichließt Buchanan aber fo. Gin Menich, welcher alle anderen an Trefflichleit weit überrage, bedürfe nicht der Schranken des Gesetzes, ja ein solcher herrsche überhaupt nicht in= folge Uebertragung (suffragiis) 3), sondern traft eigenen Rechtes, benn ber gewöhnliche Mensch herrsche nur barum fraft Uebertragung, weil er den anderen Staatsgenoffen gleich sei und jure naturae par imperium in pares usurpare non potest nec debet; natura enim justum opinor, ut inter eos qui caetera sunt pares, imperandi et parendi etiam vices sint pares. Wenn also ein folder die Herrschaft bat, so tann er fie nur vom Bolle baben'). Zugleich bedarf biefer Herricher, ber nicht beffer als bie anderen Menfchen ift, gewisser Schranken. Er gibt zu leicht ber Liebe, dem Hasse und privaten Annehmlichkeiten nach 5). Ihm selbst kann es nicht überlassen sein, diese Schranken zu ziehen, da dann kein Unterschied gegenüber dem absoluten Monarchen vorhanden wäre, denn es komme auf dasselbe binaus, ob der Aönig frei von geseylichen Schranken sei ober ob er ein von ihm wilkurlich auszuübendes Ge= sebgebungsrecht besite, nachdem er im letten Falle die ihm nicht paffenden Gesetze ja jederzeit be-

5) S. 12 und 17.

ist ihnen das Bordild der Kirchenversassung; leicht erklärlich, wenn wir hören, daß Cartwright nach seiner Entsetung als Brosesson Frediger der Gemeinde der englischen Kausseute in Antwerpen war. Auch Hooder's Aussichrungen bestätigen dies. Er spricht von statute-congregations in England (Borrede S. 59) und sieht die Wirkung des agreement, welches der Staatsdegründung zu Grunde liegt, nicht sowohl in der dadurch entstehenden Gemeinschaft als in dem order expressly or secretly agreed (vergl. Buch 3 Kap. 10 S. 85). Vergl. Borgeaud S. 85 st. und Foster Bb. 1 S. 38. Kongregation heißt die Kirchengemeinde. Kongregationalisten ist daher der Kame der Independenten. Bergl. Borgeaud S. 14, 32; Möller-Kawerau Bb. 3 S. 306, 325; Kiefer S. 55, 73 K. 2 u. S. 201.

1) Vergl. über die Lehre der Monarchomachen Geschichte S. 215—218; serner Treumann, Die Monarchomachen, Leipzig 1895 S. 78; Land mann, Der Soweränitätsbegriff S. 11 st. Iff. Ihre kauptsächlichsten katholischen Vertreter sind der Franzose Vouder, De justa Henrici III. addicatione e Franzorum Regno 1591, und der Spanter Mariana, De rege ac regis institutione 1599, deren Anschungen von des letzteren Ordensbrüdern, den Jesuiten Molina (1585—1600), Suarez (1548—1617) und Vellarm min (1642—1621), allgemein philosophisch fortgeset wurden. Die hauptsächlichsten protestantischen Zertreter sind Vud an an in Schottland und Vuplessiss Mornay unter dem Pseudonnm Junius Vruus, Vindiciae contra tyrannos 1579, in Frankreich. Vergl. Lossen Lehre vom Tyrannenmord, München 1894 S. 26 und 49.

2) De jure regni apud Scotos (etwa 1568 versaßt) in Buchanani Opera omnia, hägeg. von Ruddimann, Lugd. Batav. 1725, Band I S. 8 und 20. Vergl. über Buchanan Geschichte S. 216 N. 8. ift ihnen bas Borbilb ber Kirchenverfassung; leicht erklärlich, wenn wir hören, baß Cartwright nach

S. 216 N. 8.

^{3) 6. 11.} 4) 6, 10

seitigen könne 1). Aus dem gleichen Grunde kann ihm auch nicht die Entscheidung von Streitige keiten zustehen, denn er würde das Gesetz so auslegen, daß es sagt, was er will, und daß es nicht sagt, was er nicht will. Beide Funktionen müssen also anderen Organen übertragen sein, die Gesetzgebung am besten einer größeren Zahl, einem Rollegium. Biele sehen und wissen mehr als Einer und das Zusammenwirken Mehrerer erzeugt ein Mittel zwischen langsamem Ueberlegen und stürzender Haftigkeit. Näher denkt er sich die Gesetzgebung so, daß ein aus allen Ständen genommener Rat beim König die Sache vorberät und dann das ganze Volk darzüber entscheidet.

In diesen Ausführungen liegt insofern ber Sache nach ein Ansang der Lehre von der Teilung ber Gewalten, als Buchanan organisatorische Trennung ber verschiedenen Staatsfunktionen, Berteilung ber Hoheitsrechte an verschiedene Staatsorgane, für politisch notwendig erklart. Wohl war schon vor ihm von "geteilten Hobeitsrechten" gesprochen — Bobin spricht von Staaten, ubi jura majestatis principem inter et subditos divisa sunt³) ---, aber bas war noch nicht genau erklärt, wie biefe Teilung zu benten fei. Der Ausbrud war für gemischte Staatsform gebraucht und unter gemischter Staatsform verstand man, ohne daß man darüber nähere Untersuchungen anstellte, sowohl die getrennte Berwaltung verschiedener Sobeitsrechte burch verschiedene Staatsorgane, wie bie gemeinsame Berwaltung eines Sobeitsrechtes burch mehrere Staatsorgane. Gemischte Staatsform war immer vorhanden, wenn an der oberfteu Staatsgewalt mehrere Organe, fei es nach reellen (disjunctim) ober nach ibeellen Teilen (conjunctim), Anteil hatten 3). Buchanan gab nun bem Gebanten ber Trennung Ausbruck, wenn er ihn auch noch nicht Trennung ober Teilung ber Gewalten nannte. Unbererseits ging er aber wieber barin zu weit, bag er jebe gemeinsame Ausübung von hobeiterechten burch verichiebene Organe verwarf. Aus bem Grunde liegt in seiner Theorie nur ein Anfang ber Lebre von der Teilung der Gewalten.

Damit hängt zusammen, daß bie Theorie Buchanan's ber Stellung, welche ber Konig seiner Zeit im empirischen Staate bezüglich ber Gesetzebung einnahm, konstruktiv nicht gerecht wurde. Sie verkennt nicht, daß ber Rönig im empirischen Staate an ber Besetgebung in entscheibenber Beife mitwirft, tonftruiert biefes Mitwirfen aber nur als einen Rat und bezeichnet als Gesetzgeber lediglich bas Boll 5). Indes vom Standpunkte der geschichtlichen Entwickelung ber Staatstheorien aus betrachtet, schabete diese Schwäche der Theorie Buchanan's so wenig etwas. wie die Erklärung der Mitwirkung der Stände bei der Gesetzgebung als bloßer Rat durch Bodin 6) beffen Theorie ber Herrschersouveränität nachteilig gewesen war. Bom Standpunkte ber Beschichte ber Staatstheorien aus lag die Schwäche ber Theorie ber Monarchomachen in etwas Anderem: barin, baß fich ihre Bollssouveranitätslehre schwer mit bem vom Reformationszeitalter betonten religiöfen Grundfate vereinigen ließ, alle Obrigfeit ftamme von Gott; und boch standen die Monarchomachen durchweg auf religiofem Boben — Bekenntnisfreiheit des Indi= viduums gegenüber der Fürstengewalt war ja ihr Ziel — und die evangelischen Monarchomachen im Besonderen auf dem Boden eben jenes Sabes, alle Obrigkeit sei von Gott verliehen. Dieser Sat bilbete eine wesentliche Stute bes monarchischen Absolutismus jener Reit. Bon ihm aus waren somit die Monarchomachen anzugreifen. Bohl hatten bieselben versucht, burch eine Unterscheidung von electio und constitutio regis ihre Lehre ber Bolfssouveranität mit jenem Sage ber Religion in Einflang zu bringen — electio deo, constitutio populo tribuitur,

l) S. 19. 2) Geschichte S. 227 N. 1 und 4, S. 226 N. 6.

³⁾ Cbenda Sachregister unter Staatsform und oben S. 192 ff. und S. 216.
4) Buchanan's Gewaltenlehre vermittelt Hooder an Locke; vergl. Gierke, Althufius S. 137 N. 102.

⁵⁾ S. 20, 51 und bazu: neque has leges per vim (regi) imponi volo sed communicato cum rege consilio communiter statuendum arbitror.
6) Gefchichte S. 228.

fagt Junius Brutus. b. h. die Bahl des Bolles falltimmer auf ben von Gott Auserlesenen 1)2) —. allein mit diesem Sate war das von ben Monarchomachen behauptete Recht bes Bolles, einen religionsfeindlichen Fürsten abzuseten, nicht vereinbar. Lebiglich ein Ungehorsamsrecht, ein Recht bes paffiven Wiberstanbes war damit auf ber Grundlage bes Sages verträglich, bag man Gott mehr gehorchen muffe, als ben Menichen. Und auch nur dies vermochten die Monarchomachen vom religiösen Standpunkte aus zu beweisen 3).

An biefem Puntte festen bemgemäß die Gegner ein. Es ift Barclay, ein in Paris lebender katholischer Schotte, welcher in seiner 1600 erschienenen Streitschrift de regno et regali potestate adversus Buchananum, Brutum, Boucherium et reliquos Monarchomachos ben Say von Junius Brutus deus regem eligit, populus constituit 1) fich zu eigen machte und baraus, ben Nachdrud auf die Auswahl Gottes legend, folgerte, alfo tann ber Ronig, weil von Gott gewählt, nicht abgesett werben. Auch ber ichlechte Ronig bleibt Ronig und fteht fomit über bem Bolte. Rur Gott tann ibn ftrafen.

Die Lehre von der Bolfssouveränität bedurfte der Berteidigung gegen diese Einwendungen. Sie erhielt fie von bem Calviniften Althufius'), welcher feine 1603 erschienene Bolitit birett gegen Barclay richtete. Althusius sagt, sobald ber Herrscher den mit dem Bolle ge= schlossenen Herricaftsübertragungsvertrag verlett, verliert er seine göttliche Autorisation; wenn bas Bolt ihn bann absett, vollzieht es nur ben göttlichen Willen 6).

Aber Althusius geht auch zum Gegenangriff über. Führt die Stellung des Königs auf constitutio durch das Boll jurud, so ift es boch junachst das Boll, das ihn ernennt. Auf gött= lichen Billen tann somit seine Bestellung nur mittelbar fich grunden. Nicht bas Recht bes Rönigs, sondern die Bestellungsbefugnis des Bolles hat seine Quelle in Gott?).

Somit war die Theorie vom Bollstönigtum wieder gestärkt. Das Brinzip der Herrscher= souveränität war ihm gegenüber nur zu halten, wenn man das Mittel der Bolksthätigkeit bei Bestellung bes Herrschers überhaupt fallen ließ und die Herrschaft bes Königs unmittelbar und ausichließlich auf göttlichen Billen gurudführte, ober wenn es gelang, trop ber Bollsfouveranität als Grundlage eine eigenberechtigte Königsherrschaft zu konftruieren. Bon beiben Gesichts= punkten aus war ber Rampf im 17. Jahrhunbert geführt. Un Gegenwehr ließ es die Parlei ber Bolfsherrschaft nicht fehlen. Der Rampfplat waren England und Frankreich.

In England finden wir zunächst die Theorie von Hobbe &8) als den scharffinnigen Bersuch, von den Grundlagen ber Bolkssouveranitätslehre aus zum Prinzip bes absoluten Rönigtums zu gelangen. Das maggebenbe Werk ift de cive 1642. Es fällt in die Reit ber ftartsten Spannung zwischen Berricher- und Bollssouveranität, in ben Anfang bes Krieges zwischen König und Barlament. Aus haß gegen die Revolution hatte hobbes dem Baterlande den Ruden gekehrt und war nach Paris übergesiedelt. Dort, wo er Erzieher des nach= maligen Ronigs Rarl II. von England wurde, erschien bas großartige Bert. Daß Sobbes auf ben reinen Prinzipien ber Bolkssouveränität aufbaut, kann nichts mehr beweisen als ber Umftand, daß Gobbes mit feinem Worte die Frage ber göttlichen Ginsebung der Fürstengewalt in feiner Ronftruftion berührt 9).

¹⁾ Treumann S. 56; Gierke, Althusius S. 68 und 69; Landmann S. 15. — Aehnlich wie Brutus auch Browne, vergl. Borgeaud S. 34 N. 2.

2) Dabei wurde der monarchische Gedanke seitgehalten. Nur gibt es keinen irdischen Monarchen. König ist Gott (Christus) und das Bolk sein Vertreter auf Erden. Des Bolkes Stimme ist Gottes Stimme. So Cartwright und Browne. Bergl. Borgeaud S. 34 und über den theokratischen Gedanken des Calvinismus überhaupt Rieker S. 177 st.

3) Treumann S. 57; Landmann S. 13.

4) Landmann S. 62 N. 61, Gierke a. a. D. S. 68 N. 32; Lossen S. 36, d. Hert-ling im Staatskerikander Michael Ph. 1 (1889) S. 53

ling im Staatslegikon ber Görresgesellschaft Bb. 1 (1889) S. 53.

⁵⁾ Geschichte S. 231 ff. 7) Ebenba S. 31 N. 20 und S. 69 N. 36. 6) Gierte a. a. D. S. 69. 7) Ebenba S. 31 N. 20 und S. 69 N. 36. 8) Geschichte S. 211 N. 4, 281 ff. 9) Schon Hooter, auf ben sich Hobbes öfter beruft, führt a. a. O. Buch I Kap. 10 S. 85

Die besondere Form der Bolkssouveränität, an welche Hobbes seine Ausführungen anknüpft, ift die Doppelvertragslehre von Althufius und Grotius. Althufius war der erste Schriftsteller, welcher neben bem Bertrage zwischen Bolt und Ronig auch ben ftaatsbegrunbenben Bertrag tonstruftiv näher behandelte. Diefer hatte bisber nur gelegentliche Erörterung gefunden, nämlich nur soweit, als sich aus ber Staatsentstehung Schlusse auf die Frage ber Absetharkeit ziehen ließen 1). Althusius behandelt die Frage dagegen selbständig und ordnet bie Staatsentstehung spftematisch ben Konsensualtontratten und zwar bem Gesellschaftsvertrage, die Stellung des Fürsten bem Manbatsvertrage ein 2). Und ebenso finden wir bann bei Grotius den Gesellschaftsvertrag als Staatsentstehung in juristischen Folgerungen vielkach verwertet 3) und die delatio regni an den Kürsten unter die Rontrakte eingereibt 4).

Die That Hobbes' besteht darin, daß er diese beiben bei Althusius und Grotius konstruktiv noch mehr getrennt gehaltenen Berträge zu einer innerlich verbundenen Staatskonstruktion vereinigt und zwar in der Beise, daß beide Berträge als zur Staatsentstebung gebörig bezeichnet werden. Allerdings findet fich auch schon bei Grotius der Gedanke, daß die Staaten= grundung mit dem Gefellichaftsvertrag logisch noch nicht beendigt sei, sondern es hiezu noch ber Schaffung von Staatsorganen bedürfe, insoferne angedeutet, als nach seiner Theorie die Rechtssubjektivität bes Staates burch bie bes Staatsorganes vermittelt wird 5). Allein bie beiden genannten Bertrage sind bei Grotius noch nicht in Rudficht auf den Grundgebanken zu einanber in Beziehung gesett, bag bie Fertigstellung bes Staates burch bas Borbanbenfein von Staatsorganen bebingt sei. Dies geschah erft burch hobbes und zwar mit bem Sate: bie herrschaftsorgane haben ihre Gewalt nicht vom Staate, sondern von den einzelnen Individuen übertragen erhalten: somit eristieren die Staatsorgane früher, als der Staat: diese translatio juris von Individuum auf Herrschaftsorgan kann sogar bem Bereinigungsvertrage ber Individuen unter einander voraufgeben. Das Neue ift also: ber Herrschafts (übertragungs)= vertrag wird nach hobbes nicht, wie die bisherige Staatstheorie behauptet, zwischen Bolt als Ganges und Herricher, sondern zwischen Individuum und Herrscher geschlossen. Durch zwei Bertrage ber Individuen entsteht ber Staat, burch einen, ben jedes Individuum mit bem anderen abidließt und inhaltlich beffen jedes jedem verspricht, fich bemfelben Berricherorgan zu unterwerfen, und burch einen zweiten, in welchem jedes Individuum das ihm im status naturalis zukommende Recht, fich felbst zu regieren, auf das Herrschaftsorgan überträgt 6). Bom Individualprinzipe aus ist auf diese Beise Hobbes zur Unabhängigkeit bes Herrschers vom Bolte gelangt. Der Herricher hat fein Recht nicht vom Bolte, fondern vom Individuum, also tann ihn bas Bolt nicht absehen?). Wie biefer Theorie begegnet wurde, werden wir nachber feben.

Die Ronstruktion ber Herrschersouveränität durch Hobbes fteht vereinzelt. Die regelmäßige war die theokratische, begreislich, wenn man bedenkt, daß im 17. Jahrhundert von England abge= feben die Rraft des Abfolutismus noch ftart 8) und überall die religiös-ethische Betrachtung ftaatlicher Dinge noch die überwiegende mar 9). Dazu tam, daß die Rechtswidrigkeit revolutionarer

bie Staatsgründung nur auf natural inclination zurück.
1) Geschichte S. 235 N. 5; Gierke S. 99 N. 60; Treumann S. 58 N. 1.
2) Geschichte S. 233 und Gierke S. 99.

³⁾ Siehe De jure belli ac pacis besonders Prolegomena Nr. 15 und weiter die Belege bei Gierte S. 101 N. 69.

⁴⁾ Geschichte S. 240 N. 8; Gierte S. 81 N. 20. 5) Geschichte S. 241 N. 5. 6) Geschichte S. 242 N. 11. Vergl. auch Hann n. 3. 3. Rousseau's Sozialphilosophie. Leipzig 1898. S. 184 N. 1. 7) Geschichte S. 242, 245.

⁸⁾ Aus dieser Starte erklart fich por Allem die uns heute auffällig gering erscheinende historische Wirksamkeit ber Theorien von Althusius in Deutschland. Rouffe au war mit bem gleichen Gebanken später gludlicher.

9) Hieraus erhellt vor Allem, warum Spinoza's Staatslehre, obwohl fie später (trac-

tatus politicus 1678) nicht mehr für die Demofratie eintrat, f. 3. feinen Ginfluß gewann.

Erbebungen in noch boberem Dage offengelegt war, wenn man nachwies, bag ber Berricher fein Recht überhaupt nicht von Menschen, auch nicht von ben einzelnen Individuen habe. Es ift insbesondere Frankreich, wo diese religiose Begründung besondere Ausbildung ersuhr. Barclay hatte noch das Boll als Mittler bes göttlichen Billens in die Konstruktion hereingezogen. Bossuet (1627-1704)1) und Fenelon (1645-1715)2) verwerfen jede Staatenbegründung und jeden Herrschaftsvertrag unter und mit den Unterthanen. Unmittelbar von Gott hat ber Monarch seine Berrichaft, also tann fie nicht Ausfluß eines Bertrages ber Menschen sein 3). Den gleichen Weg macht und zwar schon früher bie theofratische Begründung in England. Salmafius') verteibigt in seiner defensio pro Carolo I Rege Angliae 5) bas absolute Königtum noch in berselben Weise wie Barclay. Filmer behauptet in seinem Patriarcha (or the natural power of kings)6) unter Rarl II. (1660-1685) ein un= mittelbar göttliches Recht bes Monarchen auf absolute Gewalt, bas er seiner rechtlichen Natur nach noch babin erläutert, bag es inhaltlich elterliche Gewalt fei. Die Rönige seien Rach= folger Abams in beffen elterlicher Gewalt über seine Kinder ?).

Im Unterschied zu Frankreich entstehen ber theokratischen Ibee in England ernstliche Wibersacher. Während sie in Frankreich fiegte, unterlag sie in England. Der Grund hiefür ift, daß fich im Rampfe zwischen König und Parlament letteres als ber ftartere Teil erwies. König Rarl I. wird 1649 hingerichtet, Rarl II. muß sich 1679 gur Habeaskorpusakte verfteben, Sal. b II. 1688 flüchten. Unmittelbar gegen Salmafius wendet fich mit durchschlagendem Erfolge Milton mit seiner defensio pro populo Anglicano 16508), einer Schrift, welche bie Hinrichtung Rarls I. wiffenschaftlich verteibigen foll'), gegen & ilmer wenden sich Algernon S i b n e p 10), beffen Widerstand gegen Karl II. ihm das Leben auf dem Blutgerüste kostete, und Locke, ber in seinen two treatises on Government (1689)11) bie Revolution von 1688 theoretisch rechtfertigt. Es find bie alten Ginwande, mit welchen ber theofratischen Lehre begegnet wird. Sa I mafi us hatte gefagt: Gott ift die mittelbare, das Bolt die unmittelbare Ursache der Königsgewalt 12). Dem gegenüber bemerkt Milton: auch bas Recht bes Boltes, fich unwürdiger Ronige zu entledigen, ift von Gott. Es tann weber Gott in seiner Gerechtigkeit, noch die Natur in ihrer weisen Anordnung die Einrichtung getroffen haben, daß das Bolt zu feinem Nachteil folden Königen unterworfen fein foll 18).

noza war als Atheist verrusen, vergl. Menzel S. 3 und 11. Das ältere Staatsibeal Spinoza's (tractatus theologico-politicus, gebruck 1670) ist Demokratie. Die Staatsentstehung konstruiert Spinoza hier, wie Hobbes; ebenba G. 7-9.

¹⁾ Politique tirée des propres paroles de l'écriture Sainte, Brux. 1710, 3uerft 1709; Avertissemens aux Protestans, 3. édit. Liège 1710, besonbers avertissement V.

2) Essai philosophique sur le gouvernement civil, versagt von bem mit Feneson eng bestreunbeten godien Ramsan; Ausg. 1723.

³⁾ Herüber näher Landmann S. 92 ff. und Gierte S. 70 N. 38.
4) Saumaise, französisch reformiert. — Eine ber bebeutsamsten Ableitungen aus bem iure divino Königtum war ber Sat ber englischen Kronjuristen, daß das Parlament selbst mit Zustimmung der Krone wesentliche Prerogative berselben nicht aufheben könne. Bergl. Fost er S. 31.
5) Paris 1649.

⁶⁾ Bondon 1680; vergl. Mohl, Geschichte ber Staatswissenschaften, Bb. I Tübingen 1855 S. 326 st.; Lieb mann, Die Rechtsphilosophie J. J. Rousse aus, Berlin 1898, S. 51. 7) Gierke S. 70 N. 38; Gneist, Englische Verfassungsgeschichte. Berlin 1882, S. 546 und 542.

8) Zittert nach Ausgabe London 1652.

9) Ebenso schoo die Schrift The tenure of kings and magistrates, 1649 geschrieben. Bergl.

Lossen S. 57 und Borgeaub S. 80.
10) Discourses concerning Government 1680—1688; zitiert nach 8. Aust. London 1751. Dazu Liepmann S. 56.

¹¹⁾ Zitiert nach 5. Auft. London 1728.

¹²⁾ Rap. 7: is deus prima causa est efficiens regum constituendorum, secunda interdum hominum ministerium: vergl. Landmann, S. 62 R. 61.

¹³⁾ Rap. 2, 4, 5; Gierte, Althuftus S. 69 N. 37.

Und der ausnahmslos unmittelbaren Ableitung der Königsgewalt von Gott bei Kilmer wird von Sidneh und Locke mit dem Einwande begegnet, von Natur, also auch nach Gottes Willen seien die Menschen frei, somit konne die Konigsgewalt nur auf den Willen der Menschen zurückführen, Gott die Regierung teinem Ginzelnen verlieben haben 1).

Nachdem auch bei Milton 2) ber Sat zu finden ist, libertas nostra non Caesaris, verum ab ipso Deo natale nobis Donum est, ergibt sich, bag alle brei, Milton, Sibnen und Lode, den Staat auf ben Willen der Individuen gurudführen. Ihre Gebankengange ruben bemnach auf ben gleichen Grundlagen, wie die Lehre von Sobbes, und so ergibt sich von felbst, bag bieselben nicht minder in eine Wiberlegung ber Sobbes'ichen Theorie eintreten muften. Dieselbe fiel nicht ichwer.

Die Theorie von Hobbes, daß das Herrscherrecht sich auf Uebertragung Seitens ber einzelnen Individuen grunde, führte notwendig zu der auch von Gobbes gezogenen Konfequenz, daß mit der Abdantung des Herrschers und mit dem Aussterben des Königsbauses der Staat sich auflöse und Alles in den status naturalis der Souveränität des Individuums zurudtrete's). Diese Konsequenz stand im Widerspruche mit aller geschichtlichen Wahrnehmung und fo batten die drei genannten Bertreter der Bollssouveranität leichtes Spiel, nachzuweisen, daß nicht Individuum und Herrscher, sondern Bolt und Herrscher die beim Abschlusse des Gerrschaftsvertrages sich gegenüberstehenden Kontrabenten seien. Der Staat ist bei Abschluß bes Berricaftspertrages icon fertig. Das erfte Subjett ber Staatsgewalt ift bas Bolt. Bichtiger als ber Herrschaftsvertrag, worauf Hobbes ben Nachbrud legt, ift somit ber Gesellschaftsvertrag. Der weitere Gebankengang ift bann ber: Das Bolt ift bas erfte Subjekt ber Staatsgewalt und bleibt es auch. Der herricher ift nur Beamter, also Diener bes Bolles 1).

Es ist nun nicht unsere Aufgabe, die Ausführungen der drei Schriftsteller im Einzelnen Bu verfolgen. Bebeutung für die Beiterentwickelung ber Staatslehre haben nur biejenigen Lode's. Diejenigen Milton's waren zu wenig bestimmt b) und zu viel religios-ethisch, biejenigen Sibne p's zu speziell als Wiberlegung ber Darlegungen Filmer's gefaßt, als baß fie für die Fortentwickelung der Staatslehre hatten bleibenden Ginfluß gewinnen konnen. Anders liegt es mit Lo de. Diefer hat seine Speorie von einem Grundgebanken aus ftreng logisch, flar und in allgemeiner Fassung ausgebaut. Sie errang baher bleibenben Bert. Die Fortschritte, welche in ihr liegen, werden zu erwähnen sein. Nicht der geringste ist, daß Locke auch ben Anteil des Rönigs an der Gesetzgebung bei seiner Konstruktion entsprechend unterzubringen vermochte, mährend alle bisherigen, a priori konstruierenden Bertreter der Bolkssouveränitätslehre, Buchanan6), Sooter7), Milton8), Sibne 99), bazu außer Stande gewesen waren und im Wiberspruch mit ben Thatsachen Bolt und Barlament für die ausschließlichen Gesetzgeber erklärt hatten 10). Wir treten ber Theorie Lode's naber, junachst im Allgemeinen, bann im Besonderen. Die Schriftfteller, an welche er sachlich in erfter Linie anknupft, find

¹⁾ Sibney, Kap. I Sett. 6 und 17; Lode II § 4; vergl. auch Gierke S. 69 R. 37. 2) Defensio Kap. 3; andere Belege bei Gierke, Althufius S. 163. 3) Geschichte S. 248 R. 10. 4) Milton sührt hiefür insbesondere an, daß der Erzbischof bei der Krönung an das Bolk

bie Frage richtete, ob es biesen Mann als König haben wolle; s. hieriber Foster S. 30.

5) So auch Stern, Milton und seine Zeit, 2. Teil (Leipzig 1879) S. 77.

6) S. oben S. 218 bei N. 5.

7) Laws of ecclesiastical Polity Buch 1, Kap. 10

S. 90 und Bud, 8, S. 465: The intire community giveth general order by Law. The whole Body Politick maketh Laws.

⁸⁾ Defensio Kap. 9; vergl. Gierte S. 163; Stern a. a. D., 1. Teil, 2, Buch, 1877 S. 443; I S. 43, 66, 259.

9) A. a. D. III 13—14 und dazu Gierte S. 163 N. 120. 2. Teil S. 43, 66, 259. 10) Die rein pofitibrechtlich=befchreibend vorgebenden Schriftfteller tamen naturlich zu anderen

Resultaten. So läßt Thomas Smith, De re publica et administratione Anglorum 1583 ben Anteil des Königs scharf hervortreten, wenn er (I 24) vom englischen Staate sagt: De republica popularius loquentibus eius administratio penes tria hominum genera videtur stare; Principem ... tum nobiles ... tertium genus e Plebeis constatur.

oter'), Sibnep') und ber Führer ber Leveller, Lilburnes).

§ 57. Die Staatslehre Lode's. Bie die Staatstonftruttion von Sobbes4), fo Laut sich auch biejenige Lode's auf dem Staatszweck auf. Der Staatszweck ist das oberste n a t ur liche Staatsgeset; ihm ift bie gange staatliche Erifteng und bemgemäß auch bie ftaatliche Gesetzgebungsgewalt unterworfen. Derselbe besteht aber in ber Erhaltung ber Gefellschaft ober naber bes Eigentumes ber Gesellschaft unb, fofern es fich mit bem allgemeinen Besten verträgt, jeber Berson bieser Gesellschaft. Unter Sigentum ist babei Leben, Freiheit und Gut verstanden 5). Bon biesem obersten Staatszwede und Staatsgesete aus gelangt Lode zur Bollssouveränität, indem er sagt, die society, das staatliche Gemeinwesen, hat ein angeborenes und ursprüngliches und darum unverlierbares Recht auf Selbsterhaltung. Darum kann sie alle Gewalt, die ihr zusieht, nur anvertrauen, delegieren, nicht weggeben, veräußern. Fürst und Gesetzebungsorgan haben nur delegated, derived, fiduciary power 6). Beil ihre Gewalt nur eine zur Ausübung übertragene ist, kann sie von ihnen auch nicht weiter übertragen werben 7).

Im Einzelnen ist die Konstruktion der Staatsorganisation die gleiche, wie bei Hobbes, b. h. es werden für die Uebertragung der Herrschaft, die hier allerdings nur eine Uebertragung zur Ausübung ift, zwei Berträge angenommen. Im Stande der Natur hat jeder Mensch das Recht, über sich und seine Güter zu verfügen. Mit diesem right of freedom to his person, which no other man has a power over, but the free disposal of it lies in himself, 8) ift er geboren; es ist sein native right.). Allein dieser Naturzustand (state of nature) ist verbrieflich; die Menschen entbehren in ihm die Sicherheit für Leben und Gut. Die preservation of their property treibt sie zur Bergesellschaftung. Sie schließen einen Bertrag, das grundlegende Uebereinkommen (original agreement), wodurch der politische Körper gebildet wird 10). In ihm entscheibet die Majorität. Diese bestimmt die form of commonwealth 11). Behalt fie die Herrschaft selbst, so liegt Demokratie vor. Aber sie kann die Herrschaft auch Anderen, Ginem ober Mehreren, einem Kollegium, übertragen. Das Berhältnis ju Beiben beruht auf Bertrag, aber Beide verlieren ihre Gewalt, wenn fie dieselbe zu einem anderen Bwede verwenden, als zu bem, zu welchem fie übertragen ift. Die Gewalt devolviert bann wieder an das Bolt, welches das Recht hat, seine ursprüngliche Freiheit zurückzunehmen 12).

Bu zwei wichtigen Lehren wird Lode burch die Wiberlegung bes Sapes geführt, daß ber Berricher an Rechtsichranten nicht gebunden sei. Bobbe 8 und Spin oxa begründeten bies bamit, daß fie fagten, das Individuum übertrage auf ben Staat das ganze ihm im Natur= zustande zukommende Selbstregierungsrecht 18). Lode bringt ben Beweiß: dies ift unmöglich.

3) Bon ihm ift er, wie wir sehen werben, ju einem seiner besten Gedanken, bem ber Un- übertragbarkeit bes Rechtes auf Existenz, angeregt.

¹⁾ S. oben S. 218 N. 4. Hooder vermittelt Lode besonbers die Gewaltenlehre Buch an an's.
2) Burbe Lode nicht selbst sagen, daß er Sidney's Buch bei Abfassung der Treatises nur dem Namen nach kannte, so mußte unmittelbare Benützung desselben angenommen werden. Immerhin wird man bei der weitgehenden wörtlichen Uebereinstimmung nicht fehlgehen, wenn man annimmt daß ihm eine Ueberarbeitung ober ein Auszug bekannt war. So auch Liepmanna. a. d. S. 41. Daß er Hood er benützte, beweist U. 5, wo er ihn selbst zitiert.

⁴⁾ Geschichte S. 241 ff.

⁵⁾ II § 124: the great and chief end ... of men uniting into Commonwealths ... the preservation of their property. § 184: the first and fundamental natural Law is the preservation of the Society; dazu § 123, 222, 229. Bergl. and, Jellinet, Das Recht ber Mis noritäten, Wien 1898, G. 11.

nortiaten, Wien 1898, S. 11.

6) Bergl. U § 141, 142, 212; 149, 150; insbesonbere wird das Berhältnis zwischen Boll und Fürst bezw. Parlament trust und egoistische Herrschaftsübung Seitens des Fürsten oder Parlaments Vertrauensbruch genannt; U § 142, 149, 221, 222, 226.

7) U § 141, 142, 212.

8) U § 190, 194.

9) Ebenda.

10) U 127, 212, 243; 211, 175, 119, 95, 99.

11) U 88, 96, 97; 132.

12) U 172, 127; 222, 149.

13) Geschäcke S. 242 N. 10 und 11, S. 248 N. 5; Sierte S. 113 N. 94.

bas Individuum tann fich biefes Rechtes nicht völlig begeben; eine Ausführung, welche fich als die Behandlung zweier neuen Sehren, ber Sehren von Befen und Arten ber ind iv i= buellen Freibeit im öffentlichen Leben und von der inneren Rechtfertigung der repräsentativen Demokratie, barstellen. In ersterer Richtung gibt Lode eine naturrechtliche Er-Marung biefer Freiheit; in letterer Beziehung leitet er bie Notwendigkeit einer repräsentativen Regierungsform, also einer gewählten Bolksvertretung neben König und Abel aus bem Besen der Bollssouveränität ab, um deren Stellung zu König und Abel dann rechtlich zu konstruieren. Indem wir diese beiden Lehren betrachten, lösen wir ein in der "Geschichte der Staatsrechtswiffenschaft" 1) gegebenes Bersprechen ein. Dort war bie Darstellung ber hiftorischen Entstehung bieser Behren sowie berjenigen ber Teilung ber Gewalten unterlassen worden, weil ber heutige Rechtszustand mit ihr noch enge verbunden ift.

Nach ber Begrundung, welche Lode beiben Lehren gibt, bangen fie unter fich und mit ber eben stiggierten Lehre zusammen. Auch fie werden auf den Gedanken der Erhaltung der Menschheit ober, wie man, weil jeder Eigentum an seiner Berson hat2), mit Lode besser sagt, auf ben Gebanken ber Erhaltung bes Eigentumes ber Menscheit zurücgeführt. Aus ihr folgt eine Freiheit nicht blos für den Naturstand, sondern auch für das Leben in staatlicher Gemeint schaft, eine natural liberty und eine liberty in society 8). Die eine ist der Zustand, über seinen Besit und innerhalb ber Schranken bes Selbsterhaltungsgesehes auch über seine Person so zu verfügen, wie man will, teinem anderen Menschen ohne Billen subordiniert zu sein 4). Die staatliche Freiheit ift bas Recht, wenn man fich einem Staate freiwillig unterworfen bat, zu verlangen, daß die Staatsgewalt nur zum Awede der Erhaltung der Menschen verwendet wird. Die Freiheit besteht bier in Freiheit von Unterordnung unter eine willfürliche Gewalt, unter eine Despotie, b. b. in ber Freiheit, bem eigenen Willen in Allem zu folgen, mas nicht burch Gefet verboten ift 6). Natürliche Freiheit ist Freiheit von Unterordnung unter jede Gewalt außer unter die Herrschaft des Selbsterhaltungsgesetzs, ftaatliche Freiheit ist Freiheit von Unterordnung unter eine willfürliche Menschengewalt; sie ist Unterordnung nur unter eine an bas Erhaltungsgesetz gebundene Menschengewalt.

Beides folgt aus bem Selbsterhaltungsprinzipe. Die Menschen find Geschöpfe Gottes, bamit aber Gottes Cigentum (property) und seinem Willen und nur seinem Willen unterworfen. Gott will die Erhaltung ber Menfcheit, alfo ift Selbsterhaltung oberftes Recht, aber auch oberfte Pflicht der Menschen. Der Selbsterhaltungstrieb, das Streben nach mutual preservation of their lives, liberties and states, und damit das Naturgeset und insoserne ber Wille Gottes treibt die Menschen aber zur Bergesellschaftung 6). So entstehen Staaten. In diesen kann jedoch nur Freiheit d. h. Freiheit from absolute, arbitrary power herrschen "). Anderes verträgt sich mit dem Naturgesetze der Selbsterhaltung nicht. Dieses wirkt auch noch im Staate. Der Stand der Freiheit ist kein state of licence. Der Mensch kann zwar über sich und sein Besitztum verfügen, aber he has not liberty to distroy himself, benn er ist Gigentum feines Schopfers. Er muß erhalten werben. Unterordnung unter eine abfolute, bistretionare Gewalt ist aber Hingabe auch des Rechtes, die Existenz des Unterthanen zu zerftoren. Dies Recht tann bie Obrigfeit nicht baben, benn bies Recht tann ber Menich als Eigentum Gottes nicht übergeben. Rein Menich hat eine Gewalt über fein Leben, also tann er eine folde Gewalt auch nicht an Andere übertragen. Somit kann die Staatsgewalt (political power) über ihn nur eine beschränkte 8) sein. Wo eine bespotische Regierung ift, ift

²⁾ II 27. 1) S. 255.

³⁾ freedom of nature — freedom under government; II 22.
4) II 4, 6, 22.
5) II 22.
6) II 123, 127.
7) II 23.
8) II 149: limited. — Dieser Gebanke der Beschränkung der Staatsgewalt ist von Lode felbständig tonftruiert, aber von ben Buritanern gefchaffen und bamit tommen wir auf ben Bufam-

überhaupt kein Staat, ja fogar ein naturwibriger Zustand. Denn die Menschen haben hier überhaupt teine Freiheit, sondern find Stlaven 1).

Neu an biesen Ausführungen sind ja die einzelnen Glieder nicht. Schon die griechische Staatslehre ift von dem Gedanken beherricht, daß die Menschen von Natur frei find und nur in dem Staate frei bleiben, wo die Gesetze herrschen 2), und diese Anschauungen hatten sich Unterscheidung einer natürlichen und einer staatlichen Freibeit.

In biesen Auskührungen sind bereits auch die Grundlagen für die logische Ableitung ber repräsentativen Staatsform enthalten. Lode weist die logische Notwendig= teit einer gewählten Boltsvertretung für Monarchie und Ariftotratie 4), wie folgt, nach: Sat bas Bolt auch bie gefetgebenbe Bewalt einem Ginzigen ober einer immer gleich zusammengesetten, erblichen Bersammlung übertragen, fo tann bie Gesetzgebungsgewalt biefer Organe boch teine unbeschräntte sein. Sie muß an Schranten (bounds), an die Bustimmung (consent) bes Bolles ober vom Boll auf Reit gewählter deputies ober representatives gebunden sein 5). Ohne deren Austimmung kann keine Auflage auf das Eigentum der Unterthanen gelegt werden. Es folgt bies eben aus ber naturgesetlichen Schranke ber menschlichen Freiheit. Der Mensch hat die Berpflichtung, fich und sein Gigentum ju erhalten. Er tann fich somit nur einer be-

libet, nisi si quid vi aut jure prohibetur.

4) Il 182, 139, 94. Der Monarch heißt prince, ber Abel senate ober parliament, die Aristofratie Oligarchie. 5) II 142, 213, 140.

Gebanken eines Grundvertrages des Bolkes und eines beschränkten Parlamentsrechtes sibernahm Lilburne aus den Staatengründungen der Puritaner in Neu-England (Nordamerika) (Foster S. 34). Dieselben gründeten im Vertragswege (Pflanzungsverträge, Plantation covenants) Staaten, aber ausdrücklich nur mit Juständigkeit der Staatsgewalt "in civil things" (so im Gründungsvertrag von Providence 1636; s. Je II in et, Erklärung der Menschen= und Bürgerrechte S. 35), "in civil Affaires" (so die Verfassung der Kolonie Connecticut vom 14. Januar 1638; abgedruckt det Foster I S. 33 R. 14; vergl. Je II in et a. a. D. S. 36; Derselbe, Recht der Minoritäten S. 13; Vorgeaud, het et er S. 55 und Fallinet a. a. D. S. 36; Derselbe, Recht der Minoritäten S. 13; Vorgeaud, het et er S. 55 und Fallinet a. a. D. S. 36; Derselbe, Recht der Minoritäten S. 13; Vorgeaud, het et er S. 55 und Fallinet a. a. D. S. 36; Derselbe, Recht der Minoritäten S. 13; Vorgeaud, het et er S. 55 und Fallinet a. a. D. S. 36; Derselbe, Recht der Minoritäten S. 13; Vorgeaud, het et er S. 55 und Falling song et auch dem Agreement of the People dies Karlament nur Geschgebungsbetungsbeträge oncerning all natural or civil things, but not concerning things spiritual or evangelical haben. Zene Pflanzungsverträge, insbesondere aber die Fundamental Orders of Connecticut vom 14. Jan. 1638 mußte Lode kennen, da er ja selbst 1663 auf Bunsch von 8 englischen Sebelleuten, welchen Karl II Karolina schenter, für Nord-Karolina eine auf Bunich von 8 englischen Ebelleuten, welchen Karl II Karolina schenkte, für Rord-Karolina eine

auf Bunig von 8 engligen Getleiten, weigen katl II karolina igentie, für Nord-Karolina eine Berfasiung außarbeitete (vergl. Je I l in et, Erkärung S. 38 und 39).

1) II 172, 174, 90, 187, 192, 7, 8, 19.
2) Bergl. oben S. 211.
3) Bergl. Bo din's Desinition des rex im Gegensatzu dominatus und tyrannis: rex est, qui ... (subditorum) libertatem ac rerum dominia aeque ac sua tuetur; hiezu Geschichte S. 230; Gierke S. 296. As Bermittler spielt auch der römische Jurist Florentinus dadurch eine Kolle, daß seine Freiheitsdesinition in das Corpus juris l. 4 Dig. 1, 5 Aufnahme fand. Diesselbe ruht auf aristotelischer Anschauung: libertas est naturalis facultas eius, quod cuique facere libet viei si anid vi aut iure prodiketur

schränkten Gewalt unterwersen. No body can give more power than he has himself'). Die gesetgebenbe Gewalt tann also nur limited fein. Mit bem Grundgesete bes Staates verträgt sich absolute Monarchie nicht. Eingriffe in das Sigentum der Unterthanen bedürfen beren Zustimmung. Denn ber Zwed bes Staates ist Erhaltung und Sicherung, nicht will= fürliche Minberung und Begnahme biefes Eigentumes 2). Der zusammenfaffende Sat, in welchen die ganze Untersuchung ausmündet, lautet: The legislative power must not raise Taxes on the property of the People, without the Consent of the People, given by themselves, or their Deputies 8).

Wie dieser Satz ergibt, verlangt Locke eine solche Witwirkung von Bolksvertretern bei ber Gesetgebung nur bei ber Auflegung von Abgaben, nicht bei ber ganzen Gesetgebung. Immerhin betrachtet er aber biese Buftimmung bes Bolles ober feiner gewählten Bertreter für das mindest Erforderliche. Denn er fährt unmittelbar fort 4): And this property concerns only such Governments where . . . the People have not reserved any part of the Legislative to Deputies to be from time to time chosen by themselves. Wenn vom Bolt auf Zeit gewählte Bertreter besselben einen Anteil an ber Gesetzgebung haben, bebarf es folch besonderer Buftimmung bes Bolles ober von ihm gewählter Bertreter (Representatives chosen by them) b) zur Erhebung von Abgaben nicht.

Hieraus folgt, daß Lode die Mitwirfung gewählter Bollsvertreter an der Gesetzgebung, also bas Pringip reprasentativer Demokratie, nur zu einem Teile logisch abgeleitet hat. Daß in ber Monarchie und Ariftofratie Bollsvertreter zur Teilnahme an ber ganzen Gesetgebung vorhanden find, halt er nicht für durch den Staatszwed geforbert, wenn wir auch nicht vergeffen burfen, daß Lode zur property ja nicht blos Bermögensrechte, sondern alle Freiheitsrechte und das Leben rechnet 6), also unter den taxes on the property alle Auflagen, welche auf Bermögen, Freiheit und Leben gelegt werden, somit nabezu bie ganze Gesetzgebung verfieht.

Damit ift aber teineswegs gefagt, daß mit bem Bisherigen bie Ausführungen Lode's über bie reprafentative Staatsform abgeschloffen seien. Lode gibt burch seine Darlegungen über die fog. Te i I ung der Gewalten indirekt eine vollständige Konstruktion der repräfentativen Staatsform. Bir geben zu biefer britten neuen Lehre Lode's, ber wichtigften, bie wir ihm verdanken, über.

Wir burfen Lode's Lehre von der Teilung der Gewalten aus zwei Grunden, einem formellen und einem fachlichen, eine neue Lehre nennen. Bor Allem aus einem formellen. Es ift Lode, welcher an die Stelle bes bisher üblichen Ausbrudes "geteilte Soheitsrechte" ben Ausbrud "geteilte Gewalten" sette. Bobin") hatte von divisa jura majestatis inter principem et subditos, Grotius8) von einer partitio des Imperium zwischen Bolf und Rönig und S o b b e s von divisa jura regni Anglicani inter regem, proceres et coetum communeum⁹) gesprothen. Lode sagt: the legislative and executive power come often to be separated 10). Und bazu kommt in sachlicher Hinsicht: Locke sustematisiert diese Gewalten 11) und kennt neben getrennten auch verbundene Gewalten (joint powers) 12) und

10) II 144. 11) Bohl hat auch Grotius icon fpstematifiert, aber nur insofern, als er fagt, es fei herrs

⁴⁾ II 142. 2) II 135, 139. 3) II 142. 6) II 123: lives, liberties and estates, which I call by the general name, property.

⁷⁾ S. oben S. 218 R. 2. 8) Grotius, De jure belli ac pacis I 3 § 9; bazu Geschichte S. 240. Auch er noch zerlegt bie Staatsgewalt nicht in Gewalten, sonbern in "Teile" und zwar unterscheibet er herrichaft circa universalia (Gefetgebung) und circa singularia (1 8 § 6). 9) Geschichte S. 246 R. 1 und S. 248 R. 1.

ignor circa universalia und circa singularia zu unterficien; vergl. R. 8.

12) II 151 law, made by a joint power of him (the supreme executor) with others und
148: In well ordered Commonwealths the legislative power is put into the hand of divers persons, who only assembled have by themselves or jointly with others a power

gibt baburch eine rechtliche Konstruktion ber konstitutionell-monarchischen Regierungsform, b. h. ber Staatsform, nach welcher ber Ronig auch an ber Gesetzgebung teil hat, und bamit eben ber Staatsform, welche in ber Zeit Lode's in England geltendes Recht war.

Die Ausführungen Lode's über bie getrennten und die verbundenen Gewalten tragen einen anderen wissenschaftlichen Charatter, als diejenigen über individuelle Freiheit und Teilnahme bes Bolles an ber Regierung. Diese beiben Erscheinungen sind aus bem Staatszwecke logisch begründet; sie mussen nach Locke in jedem Staate vorhanden sein. Trennung und Berbindung der Gewalten brauchen nach Locke dagegen nicht in allen Staaten vorzuliegen. Trennung der Gemalten ist nach Lode nur bei wohlgeordneten Staaten 1), moderated monarchies and wellframed governments2), erforderlich, Berbindung der Gewalten nicht einmal bei biefen. Lode beschränkt sich auf die Bemerkung, es komme "in einigen Staaten" vor, daß das oberste executive Einzelorgan auch Anteil an der legislativen Gewalt habe 3); es komme vor, baß the Legislative placed in the concurrence of three distinct persons, 1) a single person having the constant supreme executive power, 2) an assembly of hereditary Nobility, 3) an assembly of Representatives chosen pro tempore by the People 4). hieraus ergibt sich, daß Lode den wohlgeordneten, den constituted Commonwealth nicht logifch, b. h. philofophifch-naturrechtlich, fondern nur politifch erklärt. Und die konftitutionelle oder reprasentative Monarchie, b. h. ber Staat mit bem joint power, wird überhaupt nur empirisch, beschreibend behandelt. Lode beschränkt fich hier völlig auf die rechtliche Konftruktion.

Das Bichtigste, was aus dieser Art ber Betrachtung ber separated und joint powers sachlich folgt, ist, daß es nach L v c e nicht notwendig ist, daß die Gesetzebung allein ober in erster Linie in der hand einer Bolksvertretung liegt. Einer oder Mehrere, person or assembly 5), tann legislator sein. Nur ein Consent of the People, given by themselves or their Deputies, eine Bindung bes Gesetzgebers an die Zustimmung bes Bolkes ober seiner gewählten Bertreter, ist erforderlich und zwar lediglich bei Erhebung von taxes on the property of people. Lediglich zum Begriffe des wohlgeordneten, des konstitutionellen Staates gehört es, daß die Legislative Mehreren, einer Bersammlung 6), allein ober mit anderen Dr= ganen, zusteht. Und dann gehört zum Begriffe des constituted Commonwealth, daß legis= lative und exetutive Gewalt nicht united, jondern in distinct hands, separated find?).

Die politische Erklärung ber Trennung ber Gewalten ift die gleiche, wie bei Buchanan. Der Zwed ist, Uebergriffen der Staatsorgane vorzubeugen, ein Gleichgewicht der Staatsgewalt herbeizuführen 8), was notig ift, weil für die nach Macht strebende menschliche Schwachheit zu große Bersuchung bestunde, die Gewalt im privaten Interesse auszunben, wenn diefelben Bersonen, welche das Recht der Gesetzgebung haben, auch die Macht besäßen, sie zu vollziehen 9). Was neu ist, ift die rechtliche Konstruktion dieser Trennung wie auch der Berbindung der Gewalten. Sie führt zu einer Konstruktion des ganzen Staatsorganismus. Wir

to make laws. Uebrigens kommt bas Wort joint power auch im anderen Sinne vor. Wie unten

³u bemerken, steht die gesetzgebende Gewalt zu eigenem Recht nur dem ganzen Bolke zu. In dem Sinne sagt Locke II 135: Die Legislative ist dut the joint power of every member of the society.

1) II 143: well ordered Commonwealths. In anderem Zusammenhang (II 149) werden diese Staaten constituted Commonwealths genannt, das sind die versasten, also unsere k on st i tut ion e II e n Staaten, die Politien der Griechen. Constitution heißt bei Locke Berfassung (II 1882) werden diese Staaten die Politien der Briechen. 2) II 159. 168: constitution of society).

³⁾ II 151: In some Commonwealths where . . . the executive is vested in a single Person, who has also a share in the Legislative.
4) II 213.
5) II 135.

⁴⁾ II 213.
5) II 185.
7) II 159 mit 147 unb 144; ebenjo 153.
8) II 107: methods of restraining any exorbitances of those, to whom they (bie staats) had given the authority over them, and of balancing the Power of golime Gemeinschaft) had given the authority over them, and of balancing the Power of government, by placing several parts of it in different hands.

9) II 143; vergl. unten ©. 228 N. 5.

murben biefelbe für volltommen erflaren muffen, wenn fie icharf und tonfequent zwifchen Staatsgewalt im sachlichen und Staatsgewalt im versonlichen Sinne, d. h. zwischen Staatsbobeitsrecht und Staatsorgan, zwischen Gesetgebung und Gesetgeber unterschiebe. Indes, Die Anfänge hiezu find vorhanden. Lode fagt wiederholt, daß die exetutive und die foberative Gewalt "fachlich" von einander verschieben, aber zumeift nicht in die Sand verschiebener Berfonen gelegt 1), sondern in der Hand berselben Berson vereinigt seien. Burbe Locke biesen Unterschied von sachlicher und perfonlicher Trennung terminologisch betont und insbesondere für das Berhältnis von legislativer und exefutiver Gewalt beachtet haben 2), dann müßte von feiner Ronstruftion gesagt werden, daß bieselbe hinter den besten unserer Zeit an Bolltommenheit nicht zurücklicht.

Die Ronftruttion Lode's, feine Gebantengange zusammengestellt, ift nun biefe: Die Staatsgewalt (political power)3) zerfällt in mehrere Teile (several parts)4); zunächst in zwei, in die Legislative und in die Executive Power 5); lettere teilt fich dann wieder in die Executive Power (im engeren Sinne), welcher der Bollzug der Gesetze im Inneren (at home) burch Richter und andere Behörden obliegt, und in die Federative Power aur Berteidigung des Staates nach Außen). Lettere Unterscheidung hat jedoch keine organisatorische Bebeutung, benn, wie Lode bemerkt, ist es notwendig, die Kraft des Staates, welche durch sie beibe repräsentiert ist, in einer Hand zu vereinigen, wenn disorder and ruine vermieden werden foll'). Bas die Staatsorganisation angeht, so ruht die hochfte Gewalt beim Bolte felbft. Nur biefes bat eine bauernbe bochfte Gewalt. Alle anberen Gewalten find nur fiduciary power. Das Boll tann fie gurudnehmen, wenn biefelben bas in fie gefette Bertrauen nicht erfüllen8). Die nächsthochfte Gewalt ist bie gesetgebenbe Gewalt. Sie allein fann in einem konstitutionellen b. h. wohlgeordneten Staate die höchste anvertraute Gewalt besitzen, alle anderen Gewalten mussen von ihr abgeleitet und ihr subordiniert sein "), benn wer Anderen Gesetze geben kann, muß notwendig höher als diese sein. Die Exekutive ift also ber Legislative untergeordnet 10). Es genügt nicht Trennung, Sonberung ber Gewalten; es muß auch Unter orb nung babei sein 11). Allein biese Sonderung und Unterordnung ist nur im wohlgeordneten Staate notwendig; benn nur hier ist erforderlich, daß die Legislative und

2) Bei Grotius I 3 § 17 findet sich ein Anfat hiezu; er sagt, man könne das summum imperium per partes potentiales und per partes sudjectivas teilen. Unter erstern versteht er eine Teilung nach Herrschaftsbezirken, unter letterem eine nach Herrschaftsgegenständen (actus).

3) II 3; auch power of government (II 107); s. oben S. 227 R. 8. 4) R. S. 227 8.

5) II 143: because it may be too great a temptation to human frailty, apt to grapp

preserve itself.

9) II 150: derived from and subordinate to it. II 149: one supreme power, which is the Legislative, to which all the rest are and must be subordinate. 10) II 153: the federative power and the executive being both ministerial and subordinate to the legislative. 11) If 148: distinct and ... subordinate hands unb bagu II 152; the supreme executive

Power vested in one who having a share in the Legislative, has no distinct superior Le-

gislative to be subordinate and accountable to.

¹⁾ II 147: these two Powers, Executive and Federative, tho they be really distinct in themselves; yet they are always almost united; unb 148: To the executive and federative Power of every Community be really distinct in themselves, yet they are hardly to be separated and placed at the same time in the hand of distinct persons.

at power, for the same persons, who have the Power of making Laws, to have also on their hands to Power to execute them II 159: where the Legislative and Executive Power are in distinct Hands. Auch oben S. 226 R. 10 und II 131 und 150 (power of execution). So scharf, wie er, hat zwischen Gesetzebung und Bollzug nur Marfilius von Babua unterschieben. Bergl. Geschichte S. 189 und 190.

⁶⁾ II 3, 131, 146—148. Begilglich ber föberativen Gewalt fagt er: this contains the power of war and peace, leagues and alliances and all the transactions with all persons and communities, without the commonwealth and may be called Federative, if any one pleases. So the thing be understood, I am different as to the name.

8) II 149 und 220: the society can never lose the native and original right it has do

Exclutive in distinct hands gelegt, separated, nicht united find 1).

Indes auch im wohlgeordneten Staate ist eine Ausnahme von der Regel zugelassen. In ihm steht die Legislative nicht einer Einzelpersönlichkeit, sondern einer Bersammlung, jedenfalls nicht der Einzelpersönlichkeit, welche die Ezekutive hat, dem "Ezekutor" zu²). Als diese Versammlung denkt sich Lode den Senat, die Nobility. Es ist aber auch möglich, daß es mehrere "Teile der Legislative" (parts of the Legislative" seinen, von ihm gewählten joint power ist. Das Bolk kann "any part of the Legislative" seinen, von ihm gewählten Deputierten reserviert haben den dann kann der oberste Ezekutor ein doppeltes Vertrauen genießen und außer dem höchsten Gesehsvollzug auch "a part in the legislative" besitzen sen das letztere der Fall ist, hat die oberste Ezekutive den anderen Teil der Legislative nicht als etwas Höheres über sich, da dann kein Geseh ohne ihre Justimmung zu Stande zu kommen vermag. Es herrscht hier weder Unterordnung noch Trennung, sondern Richtsudordination und Verbindung?).

In den Zusammenhang der geschichtlichen Entwidelung gestellt, bedeutet Lode's Lehre, mit einem Worte gesagt, die rechtliche Konstruktion dessen, was man disher gemischte Regierungsform nannte. Buch anans) und seine Nachfolger hatten nur die eine Art der gemischten Regierungsform, die Trennung der Gewalten, beachtet; Lode fügte die Konstruktion der anderen Art, der Verdindung der Gewalten, hinzu. Auf die Frage, ob die Konstruktion, welche Lode der repräsentativen Monarchie gibt, nicht dadurch durchbrochen werde, daß das Parlament sich nicht selbst versammeln darf, sondern von dem Haupte der Vollzugsgewalt berusen wird, sei hier nicht eingegangen. Dieselbe ist dei der rechtlich-politischen Würdigung des geltenden Rechtszustandes zu berühren. Dort sei auf Lode zurüdgegrissen, hier nur so viel gesagt, daß Lode in dieser Richtung zwei widersprechende Sätze ausstellt, auf der einen Seite, in diesem Verufungs- und Entlassungsrechte liege darum keine superiority der Exekutive über die Legislative, weil die Exekutive diese Verlugnis nur als siduciary trust besitze, will for their convening 10).

§ 58. Die Entwidelung in der erften Galfte des 18. Jahrhunderts. Der Theorie Lode's wurde nicht das Glück zu teil, sofort auch über ihr Ursprungsland hinaus Erfolg zu erzielen. Dafür waren die politischen Berhältnisse des Festlandes zu abweichend gelagert. In einem Teil ber festländischen Staaten, Frankreich voran, herrschte wohl der willkürlichste Absolutismus. Allein folange er äußeren Erfolg hatte, war er ruhig ertragen; Sobbes'iche, nicht Lode'sche Lehren fanden bei Boffuet, Fenelon u. A. willige Aufnahme. Und was Deutschland anging, so war man auch hier trot ungünstiger politischer Verhältnisse im Allgemeinen mit ben gegebenen staatlichen Ruftanben jufrieden. Die Bunben bes breißigjahrigen Arieges verlangten ein ftartes und darum an möglichst wenig Schranken gebundenes Eingreisen des Staates zu Gunsten der Unterthanen. Man ließ es verhältnismäßig widerstandslos ge= schehen, daß die Fürsten die Stande nicht mehr beriefen, da fie zumeist ihre auf diese Beise freie Staatsgewalt in den Dienst des Gemeinwohls, nicht, wie die Stände ihre Rechte, in den Dienst von Sonder- und Standesinteressen stellten. Der für das Gemeinwohl sorgende Bolizeiftaat genügte ben politischen Anforderungen selbst der fortgeschritteneren Geifter. Erft, als in Frankreich ben bespotischen Monarchen in seinen auswärtigen Kriegen ber Stern verließ und in Deutschland die Unterthanen wirtschaftlich und ethisch wieder so weit erstarkt

¹⁾ II 159.
2) II 153, 143.
3) II 218: the prince having the power of dissolving the other Parts of the Legislative.
4) II 12; ∫. €. 226 ℜ. 4.
5) II 222.

⁴⁾ II 12; f. S. 226 N. 4. 5) II 222. 6) II 151 und 142. 7) S. oben S. 228 N. 11. 8) Oben S. 218. 9) II 156. 10) II 168.

waren, daß sie der bevormundenden Thätigkeit des Staates entraten konnten, und man erskannte, daß die staatliche Leitung des wirtschaftlichsgeistigen Lebens, namentlich bei der Bielsgestaltung der Berhältnisse in Deutschland, mehr hemmend als fördernd zu wirken geeignet war, erst dann war auf dem Kontinent der für Lode'sche Anschauungen empfängliche Boden vorhanden.

Da Despotie schwerer zu ertragen als übermößige obrigkeitliche Fürsorge, so mußte dieser Zeitpunkt in Frankreich früher eintreten als in Deutschland. Und so sehen wir auch, daß es Frankreich ist, wo zuerst die Lehren Lode's Aufnahme sinden. Wie sehr dieselben den dortigen politischen Bedürsnissen entgegenkamen, zeigt am augenscheinlichsen der Umstand, daß man hier sehr bald von der blos politischen Begründung des wohlgeordneten Staates im Sinne Lode's zu einer naturrechtlichen überzugehen, d. h. also die Behauptung auszustellen vermochte, ein Ausbau des Staates nach den allgemeinen Grundgedanken Lode's sei nicht blos zwedz, sondern allein vernunstmäßig. Diese Anschauung gewann schließlich sogar die Alleinherrschaft. Die empirisch-politische Staatslehre wurde von der rationalen in der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts geradezu erdrückt. Montesquieu's quieu's Lehre stellt die politische, die Rousse au's die naturrechtliche französische Begründung der Lode'schen Staatslehre dar. In England war sie dann auf Montesquieu'scher Grundlage wissenschaftlich sortgebildet und verdeutlicht durch Black on e.

In Deutschland mabrte bie Genugsamteit mit bem absoluten Staate langer, mas mefentlich damit zusammenhing, daß ber Absolutismus daselbst zumeist eine andere Richtung als in Frankreich eingeschlagen hatte. Es ist baber erklärlich, wenn sich berselbe auch in ber Theorie länger erhielt. Die positive beutsche Staatslehre bes 18. Jahrhunderts stand im Allgemeinen auf bem Boben besselben. Dant ihrer fraftigen Entfaltung im 17. Jahrhundert, mußte fie sich, wie schon an anderer Stelle 1) bemerkt, gegenüber dem Naturrecht ihre Unabhängigkeit zu bewahren. Anbererseits mare von ihr aber zu erwarten gewesen, daß fie die Frage untersucht hätte, ob ber thatsächlich-politischen Besonderheit, welche die absolute Monarchie in Deutschland gegenüber ber frangofischen aufwies, nicht auch ein rechtlicher Unterschied berfelben gegenüber berjenigen Frankreichs zur Seite ging. Allein barin trat ber Ginfluß frangofischer Rultur und Biffenschaft in Deutschland, wie er jenem Zeitalter eigentumlich mar, nachteilig ju Tage: bie berufsmäßigen Staatstheoretiter vermochten es nicht, diese Thätigfeit des Staates im Interesse bes Gemeinwohls vom Standpunkte bes absoluten Staates aus rechtlich zu erklären. Es ist ein praktischer Bolitiker, der sich zugleich als der berufene Empiriker des Staatsrechtes er= wies; es ift ber Bhilosoph auf bem Throne, Friebrich ber Grofe, welcher biese Aufgabe löste. Die Besonderheit seiner Staatstheorie tritt hervor, wenn wir sie in den Ausammenhang ber Lehre vom Absolutismus stellen.

Bobin²) hatte noch rechtliche Schranken ber Herrschersonveränität in jus divinum und jus naturale anerkannt. Für Hobbe & 3) gibt es nur mehr natürlich-thatsächliche und moralische politische Schranken für die Ausübung der Staatsgewalt. Und Aehnliches ist bei den französischen Staatstheoretikern Ludwig's XIV., wie bei ihm selbst, der Fall. Auch sie erkennen gegenüber den Unterthanen nur Schranken der Religion, Ethik, Bernunft und politischen Augheit an. Gewiß gilt der Sat, daß das öffentliche Wohl (dien public) Allem vorauszugehen, der Fürst ihm alle Sonderregungen zu opfern habe. Wir sinden diesen Sat sowohl bei Bosuet⁴), wie im Tagebuch und in den Denkwürdigkeiten Ludwigs XIV⁵), aber gemeint ist er lediglich als Ber-

¹⁾ Geschichte S. 256. 2) Geschichte S. 229. 3) Ebenda S. 246.

⁴⁾ Politique L. 6 A. 1 pr. 1 S. 253; bazu Landmann S. 99.
5) Ueber diese Shmank, Das Bild vom vollkommenen Herrscher nach der Anschauung Ludwigs XIV. in der Historischen Bierteljahrsschrift. 2. Jahrg. (Leipzig 1899) S. 40, 48 N. 1 und sachlich S. 58.

nunftvorschrift 1). Friedrich ber Große ift es, welcher die von ben größeren beutschen Monarcien thatsachlich genote Fürsorge für das Wohl ihrer Unterthanen nicht mehr blos, wie die frangolischen und bie mit ihnen bisher übereinstimmenben beutschen Bolitiker 2), aus moralischen ober religiösen Blichten ober aus Regeln ber Rlugheit ober Bernunft ableitete, sonbern juriftisch er flärte.

Die berufsmäßige beutsche Staatslehre bes 18. Jahrhunderts war für den absoluten Staat trop diefer ausgesprochenen Tenben, bes handelns allein für die Unterthanen in ber rechtlichen Erflärung auf bem Standpuntte bes Batrimonialftaates stehen geblieben. Der Fürst ift Subjett ber Staatsgewalt. Dies gilt nicht blos für Ludwig XIV. und bie Bertreter seiner Anschauung, sondern auch für J. J. Moser und Butter und die ganze beutsche Staatsrechtslehre. Sie kennt nur zwei Arten von Monarchien, das regnum patrimoniale, wo die herrichaft bem Fürsten quoad substantiam zusteht, und bas regnum non patrimoniale ober usufructuarium, wo die Herrschaft auf dem consensus subjectorum beruht und dem Regenten nur quoad exercitium zukommt 3); und die absolute Monarchie ist ihr immer regnum patrimoniale. Friedrich ber Große gibt ber in ben Dienst bes Gemeinwohles fich stellenben absoluten Monarchie eine andere rechtliche Konftruktion. In bewußtem Gegensate ju bem Ludwig XIV. gwar falichlich 1) in ben Mund gelegten, aber in seinem Sinne erfundenen Borte: "l'État c'est moi " 5) und zu bem damit zusammensallenden Ausspruche Bossuet's: "tout l'État est en la personne du prince "6) nennt er ben Fürsten ben premier serviteur de l'État, premier ministre de la société, premier domestique des peuples 7). Il se trouve, heißt es in der Réfutation du prince de Macchiavel ch. 1, que le souverain, bien loin d'être le maître absolu des peuples qui sont sous sa domination n'en est lui-même que le premier domestique et qu'il doit être l'instrument de leur félicité, comme ces peuples sont de sa gloire. Es tann nicht zugegeben werben, daß biese Worte und Sate nicht anders verftanden werben konnen, als babin, bag Friedrich ber Große mit ihnen lediglich eine politische Bflicht bes sonft aus eigenem Rechte berrschenden absoluten Monarchen bezeichnen wollte 8). Dit ihrem Bortlaute ift ebenfo verträglich, darin auch eine Rechtspflicht bes Fürften zu erbliden, b. h. nicht blos einen Dienft gegenüber bem unperfonlichen Gemeinwohl, jondern eine Pflicht gegen ben persönlichen Staat, gegen ben Staat als juriftische Bersönlichkeit. Dafür fpricht, baß Friebrich ber Große ben Staat nicht als mit bem Fürsten ibentisch, sonbern ben Staat als Ganges, ben Herricher nur als Glieb, als Saupt besselben auffaßt 9) und bas auf ben Anschauungen Friedrichs bes Großen rubende Allgemeine Breußische Landrecht nicht blos Rechte und Pflichten bes Ronigs, fondern bes Staates tennt 10). Siernach burfte feststeben, bag Friedrich ber Große nicht blos ben Fürsten ber Bollssouveranität, sondern auch ben bes aufgeklärten Absolutismus nicht als Subjekt, sondern als Organ des Subjektes der Staatsgewalt ansah. Der absolute Fürst ift nach ihm Diener im Rechtsfinne, nur nicht Bolts-, sondern Staatsbiener. Das Fürstentum ift nicht blos politisch, sonbern rechtlich Staats bienst, Subjekt

¹⁾ Boffuet a. a. D.: l'autorité royale est soumise à la raison. 1) Bojuet a. a. D.: l'autorte royale est soumise a la raison.
2) Besonders seit Leid Ludwig von Se d'en dorfs, Teutscher Fürstenstaat, zuerst 1655. Ueber ihn La n d's d'er g Allgemeine Zeitung 1896, Beilage Rr. 115 und Derselbe, Geschichte der Deutschen Rechtswissenschaft, 3. Abt., 1. Halbbb. Roten S. 12.
3) Jusdesondere Chr. d. Wolff, Institutiones juris naturae et gentium, Magdeburg 1754 § 986; vergl. Dock a. dem S. 47 N. 4 a. D. S. 141 N. 16; Gierse S. 197 N. 208.
4) Shuans a. a. D. S. 48 N. 3.
5) Dazu Shuans S. 43 f. und 48.
6) Politique L. 6 A. 1 S. 253 und Landmann S. 102.

⁹⁾ Ocuvres IX R. 15 S. 208.
8) Dies die Meinung v. Sehbel's Annalen 1898 S. 492.
9) Ocuvres IX Nr. 15 S. 200: le prince est à la société qu'il gouverne, ce que la tête

¹⁰⁾ Teil II 18 § 1: "Alle Rechte und Pflichten bes Staates gegen feine Burger vereinigen fich in bem Oberhaupte besfelben".

ber Staatsgewalt ber Staat, ber Fürst sein Organ 1).

Bas Friedrich der Große erreicht hat, ist die Unterscheidung von Bolks- und Staatspersönlichkeit. Er ist der Schöpfer der Borstellung von einer von den Staatsorganen unabhängigen Staatspersönlichkeit²). Bohl ist dem Staate in der Neuzeit schon vor Friedrich dem
Großen wirkliche juristische Persönlichkeit beigelegt worden, so von Grotius, Hobbes und
Pusendorf, aber doch nicht in dieser scharfen Trennung von Staatspersönlichkeit und Staatsdiener d. h. Staatsorgan. Grotius nennt den Herrscher immerhin nicht blos minister rei
publicae, sondern subjectum proprium summae potestatis³) und ebenso gewähren Hobbes
und Pufendorf dem Monarchen neben dem Staat ein eigenes Recht auf Herrschaft⁴).

Daß es gerade ein preußischer Herrscher war, welcher biese neue juriftische Lehre formulierte, erklart fich baraus, bag bie Sobenzollern feit bem großen Aurfürsten, insbesonbere Friedrich Wilhelm I., es sich angelegen sein ließen, die höheren Aemter nur mit auf der Uni= versität unterrichteten Berfonlichkeiten zu besethen. Die fo Borgebilbeten waren von Sbealismus und humanen Anschauungen getragen und fo im Gegensatz zu ben bisherigen lediglich bem Abel entnommenen Beamten im Stanbe und geneigt, die öffentlichen Aufgaben frei von Stanbesintereffen, somit auch im Intereffe von Bürger und Bauer zu behandeln. Diefer bas allgemeine über das Rlasseninteresse stellende Beamtenstand hat vor Allem auch die Borstellung von einem Staatswesen erwedt, bessen Interessen auch mit ben Anschauungen und Interessen bes Fürsten nicht gleichbebeutend find, und fo mar Friedrich ber Große in ber Lage, ber neuen Lehre bas Leben zu geben. Daß fie von der berufsmäßigen Staatstheorie in Deutschland aufgenommen murbe, zeigt nichts beffer als ber Bechfel ber Anschauungen in ben Schriften Frie brich Carl von Mofer's, bes Sohnes von 3. 3. Mojer. Steht beffen flaffifch gewordenes Bert, "Der herr und ber Diener" (Frankfurt 1759) noch auf bem älteren Standpunkte, fo folgen insbesondere feine "Bolitischen Bahrheiten" (Burich 1796) ber neuen Auffaffung, daß es rechtliche Bflicht bes herrschers ift, sich in ben Dienst von Bolt und Land zu ftellen b).

Durch Friedrich den Großen war die absolute Monarchie gegen die Angriffe der Bolkssouveränitäts- und der Teilungslehre wissenschaftlich gekräftigt und auf diese Beise ein zweiter Grund dafür geschaffen, daß die rein naturrechtliche Staatstheorie in Deutschland erst später als in Frankreich einzog. Sie konnte in Deutschland erst Eingang finden, als die wirtschaftlichen und geistigen Berhältnisse sich so verändert hatten, daß die staatliche Bevormundung mehr als eine Belästigung, denn als eine Wohlthat empfunden wurde. Dies trat erst in der zweiten Hälfte bes 18. Jahrhunderts ein. Wir betrachten nunmehr die Entwidelung der naturrechtlichen Staatslehre im 18. Jahrhundert im Einzelnen.

§ 59. Montesquien. Wie wir schon bemerkten 6), sind Montesquieu und Rousseau die zwei Theoretiker bes 18. Jahrhunderts, welche die Lehren Lode's auf den Kontinent übertrugen. Beide thaten dies nach Inhalt und Form in verschiedener Weise. Montesquie use useu steht Lode nicht blos zeitlich, sondern auch sachlich und methodisch näher. Er bildet Lode's Lehre nur aus und verfährt, wie Lode in der Betrachtung des wohlgeordneten Staates, empirisch-politisch; benn einmal bleibt er bei der rein politischen Betrachtung der Lehre von der Teilung der Ge-

¹⁾ Bluntschlie, Geschichte ber neueren Staatswissenschaft S. 272 nennt ben Sat, Fürstentum ist Staatsbienst, wohl eine sittlich politische Jbee, allein unter politisch versteht er auch staatsrechtlich mit. Auch Gierke S. 197 N. 203, Gg. Meher S. 219 und Dock S. 144 erblicken in den Ausschlich mit. Den Staat als ein höheres mystisches Wesen, sich selbst aber wie einen Umtmann von Wusterhausen oder wie einen Obrist an; vergl. Sch moller, Der Deutsche Beamtenstaat in "Umzrisse und Untersuchungen zur Verfassungszuch und Verwaltungsgeschichte des preußischen Staates" Leipzig 1898 S. 306 (auch: Schmoller's Jahrbuch 1894 S. 695 ff.).

²⁾ S. oben S. 17. 3) Geschichte S. 232 und 237. 4) Ebenba S. 242, 243, 249; weiteres bei Gierfe S. 196.

⁵⁾ Bergl. Land & berg a. a. D. Tert S. 423-427. 6) S. 230.

walten steben; und was die Methode angebt, so erklärt er diese Berkassungsart lediglich für biejenige, welche bas größte Maß individueller staatlicher Freiheit gewährt 1), keineswegs für . bie allein mögliche; im Gegenteil, er betont und untersucht die Abhängigkeit der staatlichen Ordnung von Größe und Klima des Landes, Beranlagung, Lebensweise, Wirtschaft und Religion des Bolles 2). Gang anders Rouffe aus). Rouffeau mandelt die Lehre Lode's um. An die Stelle einer organisatorisch=sozialen Teilung und Berbindung der Gewalten, sett er lediglich eine Trennung und zwar ledialich eine organisatorische Trennung derselben. Und der Methode nach verfährt er rein spekulativ. Es ist nun unsere Ausgabe, beibe Lehren näher darzulegen, um so eingehender, als die Lehre Montesquieu's ja zum größten Teile die Grundlage unseres beutigen konstitutionellen Staatsrechtes bilbet und die Theorie Rousseau's das wissenschaftliche Rüftzeug zu der Revolution abgab, welche den Anschauungen Wontesquieu's den Weg zu ihrer Berwirklichung in den festländischen Gebieten der alten Belt öffnete.

Lode hat, wie teilweise schon früher 1) angebeutet, in der inneren Rechtsertigung des konstitutionellen Staatswesens Lücken gelassen. Er erklärte wohl, warum es zweckmäßig sei, wenn Legislative und Exetutive grundfahlich in verschiebene Sande gelegt wurben, aber er unterließ, nachzuweisen, wie sich andererseits innerlich erklärt, daß im positiven Rechte die . Legislative in verschiedene Anteile zerlegt wird und an ihr insbesondere der Abel und die Exe kutive beteiligt find, und wie es kommt, daß die Legislative grundsählich einem Kollegium, die Ezekutive einer Einzelperfönlichkeit zusteht. In biesen Beziehungen hatte sich Locke lediglich auf eine Ronftatierung bieser Thatsachen und bie rechtliche Ronftruktion eines solchermaßen organisierten Staatswesens beschränkt. Wontesquieu unterläßt die rechtliche Konstruktion dieser Thatsachen und gibt dafür eine innere und zwar eine politische Rechtsertigung derselben. Nur teilweise geht er auch auf den philosophischen Ausgangspunkt Lode's, das Brinzip der Erhaltung von Individuum und Staat, zurück.

Die Möglichkeit, die genannten Thatsachen zu erklären, gewinnt Montesquieu daburch, bağ er bas Prinzip aufstellt, für ben wohlgeordneten Staat, ben er état tomp ér é ober modéré b) neunt, ift nicht blos organisatorische Sonderung (distribution, séparation), sondern auch organisatorische Berbindung oder, wie er sagt, Berschmelzung (fondation) der Gewalten erforderlich 6). Die verschiebenen staatlichen Funktionen muffen nicht blos an verschiebene Gewaltenträger verteilt sein, sondern jeder dieser Gewaltenträger muß den anderen grundsählich in beffen Funktion hemmen, also Unteil an beffen Gewalt haben. Sollen wir es mit unferen Borten fagen: nicht blos Berteilung ber Gewalten an verschiebene Organe, sonbern auch Beteiligung mehrerer Organe an berselben Gewalt, nicht blos Separation, sondern auch Bartizipation 7) ber Gewalten muß im wohlgeordneten Staate vorhanden sein. Der entscheibenbe Sat lautet: "pour qu'on ne puisse abuser du pouvoir, il faut que, par la disposition des choses, le pouvoir arrête le pouvoir 8). Begründet wird er — und darin feben wir ben Busammenhang mit Lode - mit bem gleichen Gebanten, mit welchem Bucha-

¹⁾ Beift ber Gefete XI 6. 2) XI 6. 1) Geist der Gesets XI 6.

2) XI 6.

3) Seinen Jusammenhang mit Locke und Montesquieu bestätigt er selbst in den Lettres écrites de la montagne, l. 6 S. 131 (vergl. Hand nann, J. J. Monsseu's Sozialphilosophie, Leipzig 1898, S. 191 N. 2); auffallend sind auch die Achnlichseiten seiner Anschauungen mit densenigen von Althusius (Gierke S. 201) und von Spinoza (Menzel S. 14 und 23 st.), ohne daß dis jest historischer Zusammenhang nachgewiesen wäre. Jedenfalls wurde nur Rousseau's Lehren unmittelbare geschichtliche Wirksamseit zu Teil.

5) XI 8 und 4.

6) XI 7 a. E.: Les trois pouvoirs n'y (in Frankreich) sont point distribués et sondus sur le modèle de la constitution dont nous avons parlé. Dazu XI 6: Il n'y a point encore de liberté si la voissance de inver n'est vas sévarée de la puissance législative et de l'ex-

de liberté si la puissance de juger n'est pas séparée de la puissance législative et de l'exécutrice.

⁷⁾ So auch Bryce Bb. I S. 225 und Ducrocq, Cours de droit administratif, 7. Aufl. 1897, Bb. 1 S. 12. 8) XI 4. Paris 1897, Bb. 1 S. 12.

nan¹) und Lode³) die Trennung der Gewalten begründet haben, mit der menschlichen Schwäche. zur Selbstsucht: c'est une expérience éternelle que tout homme qui a du pouvoir est porté à en abuser; il va jusqu'à ce qu'il trouve ses limites³). Hatten jene aus dem menschlichen Hang zu Egoismus nur die Zwedmäßigkeit der Schaffung von gesonderten Gewalten abgeleitet, so zog Montesquieu aus ihm die Schaffung teilweis getrennter, teilweis versbundener Staatsgewalten ab.

Und diesen Grundgedanken führt er nicht blos für das Verhältnis der drei Hauptfunktionen Legislative, Exekutive und richterliche Gewalt zu einander durch, sondern er gründet auf densselben auch die Zerlegung des legislativen Körpers in zwei sozial verschiedene Gruppen, um derentwillen er dann die gemäßigte Staatsreform einen état mellé, d. h. einen sozial gemischten Staat nennt. Bürgerliche Freiheit des Bolkes, Borrecht des Abels und Macht des Königs beständen sich bei dieser Staatsform in Harmonie 4).

Endich wird politisch erklärt, warum die Gesetzebung am Besten einem Rollegium, die Ezesutive einer Einzelpersönlichteit zusteht. Es ist der besannte, später in das gestügelte Wort: agir est le fait d'un seul et délibérer est le fait de plusieurs d'un monarque, parce que cette partie du gouvernement, qui a presque toujours besoin d'une action momentanée, est mieux administrée par un que par plusieurs; au lieu que ce qui dépend de la puissance législative est souvent mieux ordonné par plusieurs que par un seul d').

Und fo erhalten wir auf der Grundlage diefer Brinzipien folgenden Aufbau der Berfaffung im Ganzen. Gine Berfaffung tann fo geordnet fein, daß Niemand gezwungen ift, etwas zu thun, wozu das Gesetz nicht verpflichtet, oder etwas zu unterlassen, was das Gesetz erlaubt. In einem folden Staate herricht Freiheit, benn Freiheit ist eben bas Recht, bas zu thun, was das Geset erlaubt, und nichts thun zu mussen, was das Geset verbietet. Freiheit besteht fomit nur in einem Staate, in dem es Gesetse gibt?). Wo diese Freiheit herrscht, ist die beste Regierungsform 8). Berwirllicht ist biese höchste staatliche Freiheit in den englischen Gesetzen 9). Die Gesetgebung b. b. bie Berftellung bes allgemeinen Billens fteht bier einer Dehrheit gu und zwar ist an dieser Mehrheit vor Allem das Bolt beteiligt. An fich mußte es das ganze Bolt fein. Denn in einem freien Staate follte jeber Menfc burch fich felbst regiert werben. Allein in großen Staaten ist dies nicht möglich und in fleinen Staaten ware es vielen Unzuträglich= teiten unterworfen. Daber übt bas Bolt burch feine Bertreter, mas es nicht felbft verrichten tann. Dazu kommt aber eine besondere Mitwirkung der Sbelleute als derjenigen, welche durch Geburt. Reichtum ober Ehren hervorragen. Bürben biese nur wie bie anderen Bollsgenossen an der Gesetzgebung teil haben, fo hatten fie kein Interesse, die Gemeinfreiheit gegenüber ber Exetution zu verteidigen, da das übrige Bolk boch meist gegen sie stimmen würde. Ihren Borzügen muffe baber ein verhaltnismäßiger b. h. befonderer Anteil an ber Gefetgebung zutommen. Und bies fei ber Fall, wenn fie eine besondere Rorperschaft mit dem Rechte bilbeten, die Unter= nehmungen bes Bolfes zu verhindern, wie bas Bolf bas Recht hat, die ihrigen zu hemmen. Der gesetzgebende Körper besteht also aus zwei Teilen, von welchen l'une enchainera l'autre par sa faculté mutuelle d'empêcher. Die richterliche Gewalt, welche Berbrechen straft und über Streitigkeiten entscheibet, bedarf keiner Mäßigung durch Mitwirkung einer anderen Ge= walt — für fie ift genügende Schrante, daß fie an die Gesetze gebunden ift —, wohl aber die Legislative und die Exekutive. Lettere ist im Gegensat zur richterlichen Gewalt als der "Boll-

¹⁾ Oben S. 217 f. 2) Oben S. 228 N. 5. 8) Oben S. 201 N. 3. 4) XI 8.

⁵⁾ Ducrocq a. a. O. Bb. 1 S. 23; b. Senbel, Baher. Staatsrecht Bb. 1 S. 562.
6) XI 6; ebenda auch: son (ber Bollzugsgewalt) fait consistant plus en action qu'en déliberation.
7) XI 3 und 4.

⁸⁾ XI 8. 9) Bergl. jum Folgenben XI 6.

zugsgewalt in Angelegenheiten bes staatlichen Rechtes" bie "Bollzugsgewalt in Angelegen= heiten bes Bölkerrechts"; sie schließt Frieden, führt Krieg, entsendet oder empfängt Gesandte, balt die Sicherheit aufrecht und verhütet Einfälle.

Um Meisten bedarf ber Mäßigung (tempérer) durch andere Gewalten die Legislative; benn da sich diese Gesetzgebung alle erbenkliche Gewalt beizulegen vermag, könnte sie alle anderen Gewalten vernichten. Um letztere zu schützen, muß daher die Exekutive an der Gesetzgebung Teil haben; sie muß gegenüber den Unternehmungen des gesetzgebenden Körpers die faculté d'empêcher besitzen.). Aber auch die Exekutive ist solcher Mäßigung zu unterwersen.). Wohl bedarf es hier keines Rechtes der Legislative, die aussührende Gewalt zu hindern; diese ist schon dadurch genügend gemäßigt, daß sie durch die gesetzgebende Gewalt zehunden ist d. h. die Gesetz zu vollziehen hat. Nur ein Recht der Kontrolle und der Rechenschaftsforderung muß der Legislative gegenüber der Exekutive zustehen. Die Legislative muß das Recht und die Möglichkeit haben, zu prüsen, auf welche Weise die Gesetz, welche sie gemacht hat, vollzogen werden (faculté d'examiner), um gegebenensalls die Katgeber des Monarchen zur Untersuchung und Bestrafung ziehen zu können.

Bu biefen grunbfahlichen Mäßigungen burch Sinwirkung ber verschiedenen Gewaltenträger auf einander tommen bann noch gegenseitige Ginzelbeschränkungen und Beschränkungen lebigs lich burch objektivrechtliche Schranken.

Beil die gesetzgebende Bersammlung fich unter Umftanden gar nicht vertagen und so verleitet werden fonnte, fich in die Ausführung ber Gesete einzumischen, bat fie tein Selbstversammlungsrecht, sondern wird von der Bollzugsgewalt zusammengerufen. Und bieses Rusammensein barf wieber teine zu lange Dauer besitzen, weil die Eretutive fonst zu febr burch die Berteidigung ihrer Ausführungsrechte gegenüber ber Legislative in Anspruch genommen werden würde, als daß fie an die Ausführung felbst benten konnte. Auch tann ber gewählte Teil bes gefengebenben Rorpers nicht immer berfelbe fein, weil er ber Ausbrud ber Boltsmeinung fein foll. Das Bolt, welches von bem gegenwärtigen gesetzgebenben Körper eine schlechte Meinung hat, muß seine Hoffnung auf ben nachfolgenden seben können. Ferner barf ber abelige Teil bei die Steuererhebung betreffenden Wesethen nur ein Sinderungs-, fein positives Beschlußrecht haben, benn als Bertreter befonderer Intereffen fonnte er die Intereffen bes Bolles aufer Acht laffen und die Unterthanen ftart belaften, mas gerade bei Steuern fehr brudend mare. Andererseits barf die Legislative über die Erhebung öffentlicher Abgaben und über das Borhandensein einer Land= und Seemacht, beren Berwaltung und Führung fie ber Erekutive anvertrauen muß, weil es fich babei mehr um ein Thun, als um ein Ueberlegen handelt, nicht für unbestimmte Beit, sondern nur für ein Sahr beschließen, weil fie sonft Gefahr läuft, ihre Freiheit gegenüber ber Exelutive zu verlieren, ba bie Exelutive burch biefe ftanbige Gewalt von ber Legislative unabhängig werben wurde. Ueberhaupt muß jeder Gefährdung der Freiheit bes Bolles burch bas Borhandensein einer Streitmacht im Bege entsprechender Organisation berfelben vorgebeugt werden. Entweber find die Wehrpflichtigen nur auf ein Jahr einzustellen, und nur aus ben Bermögenden, burch ihren Befit für gute Aufführung haftenben Staatsan= gehörigen zu nehmen, ober bas Beer tann zwar aus ftanbigen Elementen besteben, bann muffen die Soldaten aber, weil sie in diesem Falle sich aus dem schlechtesten Teile des Boltes retrutieren, in Bürgerquartieren wohnen, Rafernierung also verboten und bie Legislative jedenfalls berechtigt sein, die bewaffnete Macht jederzeit zu entlassen.

Bir haben biese Einzelheiten erwähnt, weil sie besonders deutlich ersehen laffen, daß Montesquieu ber Bater unseres heutigen konftitutionellen Staatsrechtes ist. Bum Schlusse

¹⁾ Politischatsachlich b. h. ber Wirkung nach wird dies Recht auch ein consentir, approuver (XI 6) genannt.
2) Die Gerichte sind unständige Bollsgerichte, darum schon als solche politisch schwach.

muß noch bavon gesprochen werben, wie Montesquieu ben also organifierten Staat seiner Staatsform nach auffaßt.

Bir hoben im Eingang des Paragraphen hervor'), daß Montesquieu von einer ausbrudlichen juriftischen Ronftruftion feines 3bealftaates absieht. Es erklart fich bies aus bem rein politifchen Charafter feines Berfes 3). Immerbin lagt fich aus feinen Ausführungen entnehmen, wie er sich biese Konstruktion benkt, und dies ist wichtig, weil barin eine erbebliche Abweichung von der Konstruttion Lode's liegt.

Runachft hanbelt es fich barum, festauftellen, welches rechtliche Berbaltnis Montesquieu awischen bem abeligen Teile ber Legislative und bem Bolte annimmt. Obwohl er bas Witwirfungerecht bes Abels an ber Gefetgebung als bie Befugnis bezeichnet, bie Unternehmungen des Bolfes zu hindern, so fann boch fein Aweifel barüber obwalten, daß er diesen adeligen Teil ber Legislative als ein Organ bentt, welches seine Gewalt vom Bolle hat. Es geht bies aus zwei Sähen hervor. Einmal fagt Montesquieu: Da in einem freien Staate jeder Renfc sich selbst regieren soll, so mußte an sich das Bolt in seiner Gesammtheit die gesetzgebende Gewalt besiten, und bann nennt er ben ber Körperschaft ber Abeligen zukommenden Anteil an ber Befetgebung nicht weniger, als ben ber Bollsvertretung, eine anvertraute Bewalt3). Sieraus burfte bervorgeben, daß Montesquieu in beiben Organen nur Ausüber frember, eben ber Boltsgewalt fieht. Auch barüber tann tein Zweifel bestehen, bag er biefe beiben Teile ber Legislative als einander toorbiniert ansieht; schreibt er ihnen boch faculté mutuelle d'empêcher zu. Anders dagegen steht es mit dem Berhaltnisse ber Exetutive jur gesetgebenben Gewalt. Trop bes Unteiles, welchen er ber Bollzugsgewalt an ber Gefet gebung einräumt4), geht er boch bavon aus, bag bieselbe von bem Trager ber Legislative abhangia ift, wenn sie auch ihre Macht unmittelbar vom Bolle bat 5). Dies zeigt ber icon oben dem Sinne nach wiedergegebene Sat: Si la puissance législative statue, non pas d'année en année, mais pour toujours, sur la levée des deniers publics, elle court risque de perdre sa liberté, parceque la puissance exécutrice ne dépendra plus d'elle 6), und der Umstand, daß Montesquieu die aussührende Gewalt trot ihrer Befugnis, burch Beto an der Gesetzgebung teilzunehmen, und zwar gerade, weil fie in der Legis= lative nur die faculté d'empêcher, nicht die faculté de statuer hat, nicht für einen Teil ber gesetzgebenden Gewalt erklart. Montesquieu tennt nur zwei Teile ber puissance législative, Abel und Bollsvertretung?). Darin liegt aber ein wesentlicher Gegensat ju Lode. Nach diesem hat der Könia nicht nur Teil an der Leaislative, sondern ist Teil berselben 8).

Darin, daß Montesquieu zwischen "an ber Legislative Teil haben" und "Teil ber Legis-

²⁾ Gefchichte S. 257.

³⁾ Ainsi, la puissance législative sera confiée, et au corps des nobles, et au corps qui sera choisi pour représenter le peuple (AI 6). Das représenter ist im politischen Sinne gemeint. Rechtlich ist auch das Oberhaus Bolksvertretung.

⁴⁾ La puissance exécutrice . . . doit prendre part à la législation par sa faculté d'em-

pêcher (XI 6; baselbst noch öfter).

5) XI 6: La puissance de juger ne doit pas être donnée à un sénat permanent... Les deux autres pouvoirs pourroient plutôt être donnés à des magistrats ou à des corps permanents.

⁶⁾ XI 6; başu ebenba: Sitôt que l'armée dépendra uniquement du corps législatif, le gouvernement deviendra militaire.

⁷⁾ XI 6: Le corps législatif étant composé de deux parties, l'une enchaînera l'autre Toutes les deux seront liées par la puissance exécutrice, qui le sera elle-même par la légis-lative . . . Si la puissance exécutrice statue sur la levée des deniers publics autrement que par son consentement (vergl. S. 235 N. 1), il n'aura plus de liberté, parce qu'elle devien d'a législative dans le point le plus important de la législation.

8) Bergl. oben S. 229 N. 3 unb başu Treatises II 152: The supreme executive power

vested in one, who having a share in the legislative has no distinct superior Legislative to be subordinate and accountable to.

lative sein" unterscheibet, liegt eine unbewußte Anerkennung des Gegensates von Legislative im objektiven und subjektiven Sinne. Un der gesetzgebenden Gewalt im objektiven Sinne hat der Monarch in der repräsentativen Monarchie Anteil, aber Teil des gesetzgebenden Körpersift er nicht.

§ 60. Ronffeau. Wir gelangen zu Rouffe au. Wie oben 1) bemerkt, hat derfelbe die Lehre Lode's umgewandelt. Dies lag nahe, da Montesquieu die Mitwirkung von König und Abel an der Gesetzgebung ja nur politisch, nicht naturrechtlich, d. h. philosophisch erklärt hatte. So-lange letzteres nicht geschah, war es sehr wahrscheinlich, daß eine von denselben Grundanschauungen wie Lode ausgehende, aber außerhalb Englands in einem rein demokratischen Staatswesen entstehende Staatskonstruktion die Mitwirkung von König und Adel an der Gesetzgebung
überhaupt wegließ und zum Prinzipe unvermischter demokratischer Legislative zurücklehrte.
Dies mußte zumal dann geschehen, wenn diese Konskruktion mit denkbarster Einseitigkeit die
rein naturrechtliche Methode verwandte. Die angesührten Voraussetzungen lagen bei Rousseau
alle vor³) und so sinden wir bei ihm bedeutsame Gegensähe zu Lode, damit aber auch zu Montesquieu. Der wichtigste ist dieser.

Nach Lode ist eine Teilnahme der Exetutive an der Gesetzebung eine historische Wahrsheit, nach Montesquieu eine höchst zwedmäßige Sache; nach Rousseau dagegen logisch unmögslich. Denn — und dies ist der andere bedeutsame Gegensat Rousseau's im Verhältnis zu seinen Vorganisatorische Trennung von Legistative und Exetutive müssen immer organisatorisch getrennt sein. Organisatorische Trennung von Legistative und Exetutive ist nicht blos zwedmäßig, wie Lode und Montesquieu meinen, sondern das allein logisch Mögliche. Gesetz ist allgemeine, abstratte Angelegenheit, Exetutive ist Anwendung des Allgemeinen auf den konkreten Fall, individuell bestimmte Angelegenheit, acto particulier. Allgemeines vermag nur der Allgemeinwille zu regeln. Die Legislative kann somit nur der Gesammtheit der Staatsdürger, dem Bolke, nicht einem Einzelnen oder einem Bolksteile zustehen. Andererseits solgt daraus aber wieder, daß die Bolksgesammtheit nicht zugleich die Exetutive ausüben kann, denn eine individuell bestimmte Sache ist keine Angelegenheit Aller; somit muß ein besonderes Exetutivorgan, die puissance exécutive, das gouvernement, der prince vorhanden sein.

Bir wollen hier nicht alle Durchbrechungen seines Prinzipes besprechen, beren sich Rousseau schulbig macht: die Hinzurechung der Aussicht über die Exetutive zur Gesetzebung, obwohl diese Aussicht offensichtlich eine individuelle Angelegenheit betrifft, und die Zulassung einer Diktatur mit der Besugnis, in die Gesetzebungssphäre des Volkes einzugreisen. Nur auf eine sei näher eingegangen, weil sie uns auf ein anderes wichtiges Prinzip Rousseaus führt. Sie liegt darin, daß das Bolk nicht blos die Gouvernementssorm bestimmt, sondern auch den gouverneur.), den Ches der Exetutive ernennt?). Hierin liegt offenbar ein Regierungsalt. An sich dürste das Haupt der Bollzugsgewalt nicht vom Volke ernannt werden, allein in diesem Punkte stößt ein Prinzip auf das andere, das Prinzip der ausschließlichen Zuständigkeit des Volkes für die Gesetzebung auf das Prinzip der Unteilbarkeit der Souveränität, wobei sich letzteres als das stärkere erweist.

Aus ber Ronfequenz bes erften Pringipes murbe folgen: ba bas Exetutivorgan vom

7) Contrat social III 1. 8) Geschichte S. 258.

²⁾ Bergl. Geschichte S. 257 und 259 und bazu Franz Hann ann, J. J. Rousseau's Sozialphilosophie Leipzig 1898 S. 55 und 123.

³⁾ Bäre sie möglich, so wäre dieses confondre, sagt Rousseau (III 16), doch höchst unzwedmäßig. Bergl. auch II 2: tantöt ils confondent toutes ses parties, et tantöt ils les séparent. 4) Vergl. Geschichte S. 258 und Hann S. 230.

⁵⁾ Lettres écrites de la montagne, l. 7 S. 145: Le pouvoir législatif consiste en deux choses inséparables: faire les lois et les maintenir, (c'est-à-dire avoir l'inspection sur le pouvoir exécutif). A. M. H. Hand ann S. 247.

Bolte nicht ernannt werben kann, ist es auch nicht von ihm abhängig, also ihm gleichgeordnet. Damit mare aber eine Teilung ber Souveranität gegeben. Gine folche barf aber nicht gescheben, benn bie Souveranitat tann nur eine einfache und einzige fein; man tann fie nicht teilen, ohne fie ju vernichten 1). Man wurde aber fehlgeben, wenn man annehmen murbe, bag Rousseau die Unteilbarkeit der Souveränität aus demselben Grunde ableitet, aus dem es Bodin und die moderne Staatslehre thut, aus dem Begriffe des Höchften. Reineswegs. Er thut es vielmehr aus dem Begriffe des Allgemeinwillens (volonté générale). Allgemeinwille kann im Staate nach bem Begriffe "allgemein" nur einer ba fein. Er beift souveran. Also ist ber Allgemeinwille und damit die Souveränität unteilbar. Rusteben kann der Allgemeinwille aber nur ber Befammtheit bes Bolles. Nur ber Bille Aller fann allgemeiner Bille fein; alfo muß der Fürst vom Bolte ernannt und damit ihm unterthan sein, und demgemäß nicht eigene, sonbern nur bes Boltes Gewalten ausüben 2). Der Fürst ist agent, magistrat bes Boltes, er hat nur eine commission 3). Die Trennung der Gewalten Rouffeau's ift somit teine 8: falls mit gegenseitiger Unabhängigteit verbunden, Die Eretutive vielmehr bem Inhaber der Legislative unterworfen.

Aus dem lettberührten Gebankengange, daß die Souveranität der Allgemeinwille ift, ergibt sich noch eine andere, im positiven Rechte und in der Staatslehre zum Teile noch beute anerkannte Konsequenz. Ift die Souveränität nichts anderes als die Ausübung des Augemeinwillens und ber Allgemeinwille eben ber Bille bes Boltes, fo muß bie Souveranitat unveräußerlich und unbeschränkbar sein. Sie kann nur dem Bolke und ihm nur unbeschränkt zustehen4). Tropbem hieraus folgt, daß fich das Bolf burch Organe, welche nicht an feine Aufträge und Inftruktionen gebunden find, nicht vertreten laffen kann, eine Ronfequenz, welche Rouffeau auch zieht 5), wird die Theorie der Unveräußerlichteit der Boltsfouveranitat, wenn auch mit anderer Begrunbung 0), für reprafentative bemofratische Staaten

1) III 13: Partagera-t-on l'autorité souveraine ou . . . ? Je réponds qu'on ne doit faire ni l'un . . . Premièrement l'autorité souveraine est simple et une, et l'on ne peut la diviser sans la détruire.

c'est la détruire.

5) Geschichte S. 259; Haymann S. 138. Auch die moderne Lehre zieht sie, sagt aber aus praktischen Gründen sein S. 168, 189, 198: Die Nation ist eine Reihe auseinandersolgender Geschlechter, also kann die Souderanität der gegenwärtigen Generation nur zur Ausübung, nicht dem Rechte nach zustehen.

²⁾ II 2: Elle (la Souveraineté) est indivisible. Car la volonté est générale ou elle ne l'est pas; elle est celle du corps du peuple ou seulement d'une partie. Dans le premier cas cette volonté déclarée est un acte de souveraineté.... Toutes les fois qu'on croit voir cas cette volonte declaree est un acte de souverainete loutes les sois qu'on croit voir la souveraineté partagée on se trompe; . . . les droits qu'on prend pour les parties de cette souveraineté lui sont tous su b or d on n é s et supposent toujours des volontés suprêmes dont ces droits ne donnent que l'e x é c u t i o n. Bergl. Han mann S. 235. Das Gleiche solgt auch aus den Aussührungen darüber, warum die Beitellung des Fürsten kein Bertra gein kann; in erster Linie deswegen, weil der Herrscher dann ein Recht auf Herrschaft besähe und damit ein supérieur gegenüber dem Bolte wäre. MI 16: Il est absurde et contradictoire que le Souverain se donne un supérieur. Bergl. auch Geschichte S. 258 und Han mann S. 243.

— Auf die Frage der Staatsentstehung hat diese Berneinung des Herrschaftsvertrages keinen Einsuß. In dieser Beziehung steht R. auf dem Boden des Gesulschaftsvertrages kode's (Geschichte S. 257). Heran ändert der Umstand nichts, daß im Contrat Social als die Bertragsschließenden die einzelnen Individum (I 6 und 7), im Emile (Buch V S. 157) das Individum und der Staat erswett. Diese Ausdrucksweise kommt daher, daß dieser Gesellschaftsvertrag in Birklichen der Individum. Diese Ausdrucksweise kommt daher, daß dieser Gesellschaftsvertrag in Birklichen der Individum nicht gegen einander, sondern gegen das gestiftete Rechtssubsett (I 7). Es bedarf also nicht einer besonderen Konstruktion, wie sie Han mann S. 184, 195 vorschlägt. Sie würde Rousseaus Anschaungen (vergl. III 16 a. f.) widersprechen.

3) Es ist wohl ein corps die tinct du peuple, aber doch nur simple officier du souverain, hat nur ein emploi (III 1; Han mann S. 244). II 2 sagt Rousseau, die einzelnen Executivate suprême ne peut pas plus se modisier que s'aliéner; la limitation c'est la détruire. la souveraineté partagée on se trompe; . . . les droits qu'on prend pour les parties de cette

beute noch und fogar dann noch vertreten, wenn ber Grundfat ber Unveräußerlichkeit felbst im positiven Rechte bes betreffenden Staates nicht mehr ausbrudlich ausgesprochen ift1), ein Reichen bes mächtigen äußeren Erfolges ber Lehre Rouffeau's 2).

§ 61. Wolff und Bladftone. Bis in die zweite Salfte diefes Jahrhunderts herein wurde Rouffeau nicht blos als der Schöpfer biefes Dogmas von der Unveräußerlichkeit der Bollssouveranitat, sondern auch als der Urheber des Schlagwortes von der Unveräußer= l i ch te i t ber Menschen r e ch t e angesehen 3). Dies war jedenfalls nicht zutreffend, Roufseau ist in dieser Frage sachlich über den Standpunkt Locke's nicht hinausgekommen. Undererseits geht es aber auch nicht an, wie es die jüngere Staatslehre seit G i erke') bis in die jüngste Reit obne Ausnahme 5) that, die unveräußerlichen Freiheitsrechte im beutigen Sinne schon lange vor Rouffeau, bei Althufius und Grotius ober Spinoza zu suchen. Gewiß begegnet uns vor Rousseau in Anlehnung an den römischrechtlichen Satz, libertas extra commercium, schon oft der Gedanke: der Mensch kann seine Freiheit auf Niemand übertragen 6), ebenso wie bieser Sat vor Rouffeau auch schon in Bezug auf die Bolfssouveränität?) vorkommt; allein bei allen Schriftstellern, wo er begegnet, erscheint er nur gelegentlich 8) und jebenfalls ohne durchschlagende Wirtung. Buerft finden wir ben Gedanten, daß die Freiheit unübertragbar ist, der Sache, wenn auch noch nicht dem Ausdrucke nach, bei Locke in den Mittelpunkt der Ronftruktion gestellt. Wir kennen diese Aussührung schon's): Niemand hat willkürliche Gewalt über sein Leben, also kann er eine solche arbitrary power auch nicht an Andere übertragen. No body can transfer to another more Power, than he has in himself; and no body has an absolute arbitrary power over . . . his own life 10). Hienach gibt es also etwas Unübertragbares, aber als unübertragbar erscheint noch nicht die Freiheit, die nach Lode Unabbangigfeit von jeder anderen ober wenigstens von jeder willfürlichen Gewalt ift, fondern nur die Berfügung über das Leben, die power over his own life, das Recht der Selbsterhaltung.

Die Freiheit felbst ift nach Lode wohl ein subjektives Recht 11), aber noch kein unübertragbares. Wie wir von früher her wissen, unterscheibet Lode natürliche und staatliche Freiheit. Die natürliche Freiheit ist aber nach ben ausdrücklichen Worten Locke's aushebbar 12) und ben Umfang ber ftaatlichen umschreibt innerhalb ber Grenzen bes Staatszweckes bas ftaatliche Gefet 13). Erhält der Mensch bei Eintritt in den Staat für die Aufgabe der natürlichen Freiheit auch die staatliche Freiheit, so ist dies doch nicht mehr die alte Freiheit. Der Stand der Natur und ber Stand im Staate find verschiedene Rechtsverhältniffe. Der Uebergang in die

¹⁾ Wie 3. B. in Frankreich, f. unten § 79. 2) Bor Allem an ber Konftruttion ber beutschen tonstitutionellen Monarchie leiben biese Theorien naturlich Schiffbruch. Daß hier ber Konig auch souveran ist, kann nicht geleugnet werden

und boch folgt zugleich aus dem Borhandensein der Bolksvertretung das Prinzip der (unveräußerslichen und unbeschränktderen) Bolkssouveränität. Siehe Esmein S. 5 und unten § 84.

3) Stahl, Philosophie des Rechts, Bd. I 3. Aust. 1854 S. 300; Mohl, Geschichte und Litteratur der Staatswissenschaften Bd. I 1855 S. 287; Janet, Histoire de la Science politique Bd. II 8. Aust. 1887, S. 437.

4) Althusius S. 112.

⁵⁾ Erst mit Jellinet, Erklärung ber Menschen= und Burgerrechte 1895 trat eine Wensein.
6) Bergl. Gierke S. 145 N. 66 und S. 275 ff., 295.

⁷⁾ So bei Althufius, vergl. Gierfe S. 190 M. 00 min S. 210 ff., 220.

7) So bei Althufius, vergl. Gierfe S. 29 min 207 und Liepmann S. 23 M. 3.

8) 3. B. Grotius III 2 § 6; vergl. Gierfe S. 101 M. 69.

9) Oben S. 224.

10) II 135, 23, 149, 6, 220.

11) II 190, 194: right of freedom.

12) II 99: Whosoever out of a state of nature unite into a Community, must be understood to give up all the Power, necessary to the ends for which they unite the Society, the the majority of the Community. II 186, so this and it is that man give up all their necessary. to the majority of the Community; II 136: so this end it is that men give up all their natural Power to the Society II 131

¹³⁾ II 131: tho men when they enter to society, give up the equality, liberty and executive power they had in the state of nature into the hands of the society to be so far disposed of by the legislative as the good of the society shall require.

staatliche Freiheit ift also nicht blos eine Beranberung, sonbern eine Ersehung ber natürlichen Freiheit. Unverandert bleibt nur das Recht des Individuums auf Erhaltung ; durch dieses ift bie staatliche Gewalt begrenzt (limited) 1).

Auch bei Montesquieu haben wir noch keine unveräußerliche Freiheit. Montes= quieu kennt Freiheit überhaupt nur im Staat. Freiheit ist nur, wo Gesethe herrschen, und Gesehe gibt es lediglich im Staat. Wo keine Gesehe herrschen, gibt es nicht Freiheit, sondern "Unabhängigkeit" 2). Freiheit ift Freiheit von Berwaltungswillfur, nicht von Gefet. Nur, wenn man Freiheit nicht politisch, b. b. verfaffungerechtlich, sondern philosophisch verftebt, tann bavon gesprochen werben, baß es auch ba, wo teine Gesete find, Freiheit gibt. Insofern ift Freiheit überall, wo man thun tann, was man will 3). Im rechtlichen Sinne ist Freiheit blos da, wo Sicherheit bes Individuums gegeben ift, und diese ist nur da gegeben, wo die Ge= sete berrichen 1). Der Fortidritt Montesquieu's ift, daß er die Freiheit im Staate, die politische Freiheit (liberté politique), in eine "politische Freiheit" im engeren Sinne und eine "Freiheit bes Bürgers" 5) zerlegt. Das eine ift, wie Montesquien fich ausbrudt's), die Freiheit bes Individuums in seinem Berhältniffe zur Berfassung, also das, was wir heute staatsbürgerliche Freiheit nennen, das andere die Freiheit besselben in seinem Berhältnisse zu den anderen einzelnen Burger, bas, mas wir beute burgerliche Freiheit, burgerliche Rechte nennen.

Rouffe au bewegt sich wieder mehr im Gedankengange Lode's. Statt ihn aber zu verbeffern, verschlechtert er ihn. Wie Lode, ertlart er für das erfte Gefet bes Menschen, de veiller à sa propre conservation?). Bu seiner Erhaltung begibt sich ber Mensch in die staatliche Gemeinschaft8). Statt aber, wie Lode, aus bieser Selbsterhaltungspflicht nur ein unübertragbares Recht der Selbsterhaltung abzuleiten, nennt er bas dieser Selbsterhaltungs= pflicht entsprechende Recht natürliche Freiheit und erklärt er diese Freiheit für unverzichtbar und zwar ber wörtlichen Fassung nach für völlig unverzichtbar, in Wahrheit aber, sachlich bem Grundgedanten Lode's folgend, boch nur für teilweife unverzichtbar). Dem mußte ent= fprechen, daß Rousseau diese Freiheit auch blos als teilweise aufgebbar erklärt. Statt bessen nennt er fie, wie Lode, bei bem jedoch bie natürliche Freiheit nicht bas Selbsterhaltungsrecht mit umfängt 10), völlig aufgebbar. Der Contrat social, sagt er, hat eine einzige Rlausel, die der aliénation totale de chaque associé avec tous les droits à toute la communauté; bie Beraußerung geschieht "sans reserve"; ber Mensch verzichtet bei seinem Gintritte in ben Staat auf die liberté naturelle, um eine liberté conventionelle, eben die staatsiche Freiheit au gewinnen 11).

Diese zweite Konstruktion bringt zwar ber thatsächlichen Wirkung nach kein anderes

¹⁾ II 149. Ueber die historische Wurzel dieser Lehre oben S. 224 N. 8. 2) Esprit des lois XI 3, XXVI 15. 9) XII 2. 4) O 4) Oben S. 234 R. 7.

⁵⁾ XII 2: liberté du citoyen. 6) XI 1: je distingue les lois qui forment la liberté politique dans son rapport avec la constitution, d'avec celles qui la forment dans son rapport avec le citoyen; aut XI 7.

⁸⁾ Ihr Zweck ist, die Hindernisse, welche ihrer Erhaltung im Naturstande schädtlich sind (obstacles qui nuisent à leur conservation dans l'état de nature), ju siderwinden I 6.

9) I 4: renoncer à sa liberté c'est renoncer à sa qualité d'homme, aux droits de

l'humanité, même à ses devoirs. Aber A. fährt fort: on convient que tout ce que chacun aliène, par le pacte social, de sa puissance, de ses biens, de sa liberté, c'est seulement la partie de tout cela dont l'usage importe à communauté; mais il faut convenir aussi que le souverain seul est juge de cette importance.... Tout homme peut disposer (im Staate) pleinement de ce qui lui a été la is s é de ses biens et de la liberté par ces conventions (burd) ben Staatsvertrag).... C'est une convention vaine et contradictoire de stipuler d'une part une autorité a b so l u e et de l'autre une obéissance sans bornes. Bergl. auch Haymann S. 189, 194 ff. 10) S. oben S. 224.

Refultat als die erste mit sich, indem Roussean davon ausgeht, daß das Maß der konventionellen Freiheit, wenn bieselbe auch einen anberen Inhalt hat, basselbe wie bas ber natürlichen Freiheit ist 1), aber sie ist von dem Nachteil begleitet, daß politisches Ergebnis und juristische Konstruktion auseinanderfallen. Bolitisch, d. h. der thatsäcklichen Wirkung nach erscheint die Freiheit als unveräußerlich, weil das Maß der Freiheit dasselbe wie vorher bleibt, rechtlich bagegen ist die Freiheit im Staate nicht gleichbebeutend mit, sonbern ein Ersah der natürlichen Freibeit.

So hat sich Rousseau von der Borstellung der Unveräußerlichkeit der natürlichen Freiheit völlig entfernt^a). Aber auch die Rousseau'sche Freiheit im Staate darf nicht als ein Teil einer gegen Eingriffe bes Staates gesicherten Willenssphäre bes Individuums gedacht werden. Bohl betont auch Rousseau ausbrücklich, daß der einzige Aweck des Gesellschaftsvertrages die Erhaltung derer ift, die ihn abschließen 3). Allein wie viel Herrschaft zu dieser Erhaltung er= forberlich ift, bestimmt ber Staat, ber Allgemeinwille, das Geset allein 1). Die Freiheit bes Unterthanen besteht nur barin, daß ber Ginzelne an bem Bustandekommen bes Gesehes mitwirkt 6). Sie besteht also nicht in einem gegen staatlichen Eingriff gesicherten Kreis von Befugniffen ber Unterthanen, sonbern in politischen Rechten. Teilnahme an ber Staatsberricaft ift bas Wesen ber konventionellen, ber staatlichen Freiheit. Staatliche Freiheit im Sinne Rousseau's ist nur politische, nicht auch bürgerliche Freiheit.

So feben wir, daß ber von haus aus nabeliegende Bebante, bie Ausführungen Lode's bahin zu verbeffern, daß man fagte, mit bem Eintritt in bas Staatsleben wird die natürliche Freiheit nicht beseitigt und ersett, sondern nur verändert, beschränkt, bei seinen eigentlichen Nachfolgern, Montesquien und Rouffeau, konstruktiv nicht zum Durchbruch gelangt. Wir finden bei Rousseau wohl die Bemerkung, daß die liberté naturelle ein droit illimité, die liberté civile bagegen limitée par la volonté générale sei 6), allein beibe Freiheiten erscheinen eben nicht als diefelbe Freiheit, die zweite Freiheit ist konstruktiv nicht die beschränkte natürliche, sonbern eine besondere Art von Freiheit?).

Wenn wir nach bem Grunde fragen, warum die unmittelbaren Rachfolger Code's nicht zu dem Sape fortschritten: "Die natürliche Freiheit ist unveräußerlich, aber beschränkbar", so liegt berselbe in der prinzipiell demotratischen Staatsauffassung. Seit Aristoteles bis auf den heutigen Zag ift es eine Eigentümlichleit der demokratischen Staatsauffassung, daß sie gerne wähnt, nur im demokratischen Staate herrsche Freiheit des Individuums in seinen Privatangelegenheiten, bürgerliche Freiheit. Es kommt dies daher, daß man daraus, daß Jeder politisch frei, d. h. zur Teilnahme an den Staatsgeschäften rechtlich befähigt ist, schließt, er habe auch bürgerliche Freiheit, weil für ihn nur die Gesehe gelten, die er mitgemacht hat. Daß hierin eine Filtion liegt, daß das Individuum auch im demokratischen Staate Gesetzen zu unterliegen vermag, welchen es nicht zustimmt, wird übersehen. 3m bemokratischen Staate

¹⁾ II 4: Il est si faux que dans le contrat social il y ait de la part des particuliers aucune renonciation véritable (thatsāchlich) que leur situation par l'e f et de ce contrat se trouve réellement préférable à ce qu'elle était auparavant. Thatsāchlich, sagt R., siegt kein Berzicht, sondern ein vorteilhafter Tausch vor. Das Individuum ist im Staate zwar abhängiger,

de la liberté civile.

herrscht wohl politische Freiheit und in Bezug auf Brivatangelegenheiten größere Gleichbehand= lung als im nichtbemokratischen Staate, also bürgerliche Gleich beit, aber keineswegs muß baselbst burgerliche Freiheit b. h. ein befonderes Dag von freier Bewegung in ben eigenen Angelegenbeiten gegenüber dem Staate herrschen¹). Das Maß der bürgerlichen Freiheit braucht tein arokeres als in einem Staate mit anderer Staatsform zu sein. Die demokratische Staatsgewalt kann ebenso absolut und rücksichtslos gegen das Andividuum verkahren, wie die monarchische. Barteiherrschaft vermag ebensogut, wie Einherrschaft, in Willfürgewalt auszuarten. Unbedingt ist die individuelle Freiheit gegen Mißbrauch der Staatsgewalt auch nicht im bemotratischen Staatswesen geschützt. So waltete benn auch in ben bemotratischen Staaten bes Kontinents damaliger Zeit, in den kleinen Republiken, wie Genf, der Baterstadt Rouffeau's, im 18. Nahrhundert berselbe Geist bes Bolizeistaates, wie in den großen monarchisch regierten Gemeinwefen bes Festlandes. Dem Genfer Burger mar bie vollige Unterordnung unter eine an subjektive Rechte der Unterthanen nicht gebundene Staatsgewalt damals ebenso selbstverftanblich wie dem Angehörigen bes französischen Staates. Nur in einem Lande, in welchem bas geltende Recht noch Befugnisse ber Unterthanen tannte, welche gegenüber ber Staatsgewalt und zwar auch gegen die Staatsgesetgebung gerichtlich geschüt waren, vermochte der Gedanke einer gegenüber ber Obrigkeit unverruckbar abgegrenzten Freiheitssphäre ber Unterthanen und bamit bie Borftellung einer unveräußerlichen Freiheit zu entstehen.

Trop aller Naturrechtslehre, die dem Fürsten zwar nur zur Erfüllung des Gemeinzwedes Rechte gab, fo weit aber alle Rechte, beren er zu biefem Zwede zu bedürfen glaubte2), erhielt fich in bem beutichen Rechte bes 17. und 18. Jahrhunderts in Folge ber Gigenschaft bes Reiches als eines zusammengesetten Staatswesens ber Sab, bag bie Ianbes fürstliche Gewalt an ben moblerworbenen Rechten ber Unterthanen eine grundfätlich unüberfteigbare Schrante habe. Die Reichsgerichte schütten die Unterthanen in diefen ihren Rechten 3). Und fo ift es Deutschland, wo zuerft ber Begriff ber unveräußerlichen Freiheit tonftruftiv nach jeber Richtung folgerichtig burchgeführt murbe. Rann bas behauptet werben, fo mußte es bie beutsche Wiffenschaft fein, welche bie Intonfequeng ber bisherigen Theorie aufhob, die barin beftand, baß man bie natürliche Freiheit einerseits für rechtlich unentziehbar, andererseits aber boch als gegen die staatliche Freiheit rechtlich eintauschbar erklärte.

Es ist Christian von 28 o Iff, welcher biefen Fehler ber bisberigen Ronftruktionen beseitigte. Er erklärt die natürliche Freiheit für schlechthin unentziehbar, indem er sie als jus connatum bezeichnet, dieses aber dahin charafterisiert, daß es ein Recht sei, welches homini ita inhaeret, ut ipsi auferri non possit4). Bolff gelangte zu biefer tonsequenten Annahme einer rechtlich unveräußerlichen natürlichen Freiheit dadurch, daß er es verstand, die rechtliche und die politische d. h. thatsächliche Seite dieser Freiheit auseinanderzuhalten. Wolff verkennt nicht, daß der Grad der natürlichen Freiheit im Staate ein anderer ist, als im Naturstande, also die Freiheit im Staate sich thatsächlich von der Freiheit im Naturstande unterscheibet, aber er läßt sich hiedurch nicht, wie seine Borgänger — Spinoza, Loce und Rousseau —, verleiten, die zuerst als rechtlich unveräußerlich erklärte Freiheit nun für teilweise veräußerlich zu erklären. Dieser Thatsache ber politischen Beränberung ber natürlichen Freiheit wird er vielmehr dadurch gerecht, daß er fagt: die natürliche Freiheit ist rechtlich vom Menschen

¹⁾ Man sehe auf das gegenwärtige Frankreich. Bergl. überhaupt Pöhlmann, Sokrates und sein Bolk, München und Leipzig 1899 S. 3 s.

2) Otto Mayer, Deutsches Berwaltungsrecht Bb. I S. 26 und 29.

3) Otto Mayer S. 30 f.; Georg Meyer, Der Staat und die erworbenen Rechte, Leipzig 1895 S. 7 ff.

⁴⁾ Institutiones juris naturae et gentium 1750 (zitiert nach Ausgabe von 1754) § 95 und 74. Auch inseparabilis wird dort die connata obligatio genannt. Die Institutiones sind die kurze Zusammenstellung des Inhalts der neun Bände des Jus naturae methodo scientifica pertractatum (1740-49).

nicht zu trennen, unentziehbar, ganz und teilweise, aber sie ist rechtlich beschränkt ar. Die natürliche Freiheit ist dem Menschen im Staate nicht entzogen, auch nicht teilweise, sondern sie ist nur beschränkt: Imperium civile cum metiendum sit ex sine civitatis, idem non extenditur ultra eas civium actiones quae ad bonum publicum consequendum pertinent; consequenter cum nonnisi quoad easdem libertas naturalis singulorum restringatur, quoad ceteras actiones ea illibata manet.). Die Staatsgewalt kann die Unterthanen zu allen Handlungen veranlassen, welche zur Erreichung des gemeinen Wohles d. h. des Staatszweckes ersorderlich sind. Soweit wird folglich die natürliche Freiheit beschränkt. Sie ist beschränkt, aber nicht entziehbar. Wolst wendet somit auf die Freiheit der Unterthanen an, was die Staatslehre vor ihm auf die Freiheit d. h. Souveränität des Staates angewandt hat. Wir hatten früher?) den Sat von Thomasius zu erwähnen: aliud est restringere potestatem suam aliud minuere.

In diesem Sinne als die staatlich beschränt:, aber staatlich nicht entziehbare Freiheit geht der Begriff der unveräußerlichen Freiheit dann von Wolff in Blacktone's Commentaries on the law of England's) über. Bei der Bedeutung, welche die Wolff'sche Kechts: philosophie im In- und Ausland errang, leicht erklärlich. Wir lesen in den Kommentarien'): political or civil liberty is no other than natural liberty so far restrained by human laws and no father as is necessary and expedient for the general advantage of the public. Beransast durch den Umstand, daß die alten englischen Freiheitsdriese die der Staatsgewalt zu Gunsten der Freiheit der Unterthanen auferlegten Schranken als "jura et libertates", die Petition of right als "rights and liberties" der Unterthanen oder des Bolses bezeichneten"), ist es dann Blacktone, welcher das eine Recht der natürlichen Freiheit in Grund- oder Hauptteile (principal or primary articles) zerlegt, the right of personal security, the right of personal liberty und the right of private property"). Er spstematisiert auf der Grundlage des englischen Rechtes die einzelnen Aeußerungen der natural liberty of mankind und ist somit der Erste, welcher einen Katalog der Freiheitsrechte der Menschen ausstellt.

Wit Bladstone haben wir den dritten großen Theoretiker des 18. Jahrhunderts genannt, welcher an der Fortbildung der Lehre Lode's thätig war. Wodurch er sich von den beiden anderen Nachsolgern Lode's unterscheidet, ist der Umstand, daß seine Ausführungen die englischen Verhältnisse im Auge haben. Wohl beziehen sich Montesquieu's Ausführungen über die Teilung der Gewalten auch auf das englische Versassiungsrecht?). Allein immerhin bilden die englischen Versassungsverhältnisse für Montesquieu nur den Ausgangspunkt sür allgemeine Erwägungen über die Frage der Teilung der Gewalten. Blacksone's Aussührungen beschränken sich nach ihrem Zwede auf eine naturrechtlich-politische Begründung ausschließlich und allein des englischen Rechtes. Hieraus solgt, daß Blacksone in seinen Darlegungen über die in Vetracht kommende Hauptlehre — das ist eben die Lehre von der Teilung der Gewalten — von allen seinen Nachsolgern Lode am nächsten steht. Denn auch Lode's Staatselehre ist ja troß ihrer allgemeinen Haltung völlig auf der Empirie des englischen Rechtes ausgebaut.

Daß Blacktone Lode am nächsten steht, zeigt folgendes. Nach Rousseau ist das oberste Bollzugsorgan dem gesetzgebenden Organ untergeordnet. Und dasselbe ist nach Montesquieu der Fall, obwohl dieser ja nicht blos eine Sonderung, sondern, wie Lode, auch eine Verbin-

¹⁾ Bolff a. a. D. § 980.
2) S. 47 N. 4.
3) Oxford 1765—69; zitiert nach der Ausgade von Kerr 4. Aufl. London 1876.
4) I I S. 97.
5) Bergl. Stubbs, Select charters and other illustrations of English Constitutional History, 8. Aufl. Oxford 1895 S. 515, 523, 26, 531; Jellinel, Ertlärung S. 32 ff., 26 N. 1 und im Allgemeinen Bollod und Maitland, History of English Law, 2. Aufl. (Cambridge 1898) Bb. 1 S. 95—97, 171, 674.
6) I 1 S. 100.
7) Oben S. 284 N. 9.

bung ber Gewalten, b. h. eine Teilnahme ber Exetutive an ber Gesetzebung voraussett. Bladftone ift beftrebt, sowohl die Unabhangigfeit ber Boltsvertretung vom Ronig wie aber auch bie bes Konigs von ber Bollsvertretung hervorzuheben. Bohl fagt er, bag the legislative power die supreme and absolute authority of the state ift 1), aber der Rönig hat tropbem eine constitutional independence 3); benn er ift a part of the legislative 3) unb seine Rechtsstellung beruht nicht auf einem einseitigen Auftrage, sondern auf einem contract between the prince and the subject 3).

Was Blacktone noch ftärker als Lode hervortreten läßt, ift bas Moment ber Berbinbung ber Gewalten neben bem ber Trennung. Bunachft fagt Blacktone, in England ift bie höchste Gewalt , divided into two branches: the one legislative, to wit, the Parliament, consisting of king, lords, and commons, the other executive, consisting of king alone 1), um damit darzulegen, daß in England Legislative und Exetutive sich "in distinct hands " 5) befinden. Andererseits wird von ihm aber hervorgehoben, daß die Gesammtheit ber Aweige vor separation bewahrt und fünstlich zusammengehalten wird by the mixed nature of the Crown, which is a part of the legislative, and the sole executive magistrate). Das Ganze bringt er bann unter ben Begriff bes Gleichgewichtes ber Berfassung als eines Mittelbinges zwischen totaler Bereinigung und totaler Trennung ber Gewalten: It is highly necessary for preserving the balance of the constitution, that the executive power should be a branch, though not the whole, of the legislative. The total union of them whould be productive of tyranny; the total disjunction of them . . . would produce the same effects . . . The legislative would soon become tyrannical?). Lode hatte icon in ber blogen Trennung ber Gewalten einen Gleichgewichtszuftand zwischen benfelben erblict 8).

Bergleichen wir abschließend bie Entwidelung ber Lode'schen Lehre im 18. Jahrhunbert, fo kann das sachliche Ergebnis dieser Fortbilbung dahin zusammengesaßt werden, daß in ber Lehre von dem Wesen der individuellen Freiheit und von der Bolkssouveränität zwischen ben brei Nachfolgern Lode's in ber Hauptsache Ginverständnis unter einander und mit bem Meister besteht, in Bezug auf die Frage ber Trennung ber Gewalten bagegen sich Rousseau von Lode, Montesquieu und Blacktone grundfählich unterscheibet. Der Unterschied besteht barin, daß Rousseau für das Brinzip der Trennung völlige Sonderung der Organisation von Legislative und Exetutive forbert, mahrend ben anderen jum Begriffe ber Trennung aus: reicht, wenn neben dem Organe der Exetutive noch ein anderes Organ an der Legislative beteiligt ift, also eine teilweise⁹) organisatorische Bereinigung von Gesetzebungs= und Bollzugsgewalt vorliegt; ja, sie erachten eine folch teilweise Mischung ber Gewalten fogar für politifc hochft erftrebenswert. Für unfere fernere Darftellung ift es aber zwedmäßig, ben eben berührten Gegensat durch Unterscheidung einer Theorie ber abfoluten und einer Theorie der relativen Trennung der Gewalten zu kennzeichnen.

§ 62. Das positive Staatsrecht des 18. Jahrhunderts und die Staatstheorie. Mit der Extlärung der individuellen Freiheit als eines durch den Staat zwar beschränt-, aber

¹⁾ I 2 S. 116.
2) S. 123.
3) I 7 S. 210. — Die Unabhängigseit ber Legislative von der Executive mird I 2 S. 116 mit folgenden Worten hervorgehoben. Where the legislative and executive authority are in distinct hands, the former will take care not to intrust the lather with so large a power as may tend to the subversion of its own independence and there with so take a power the subject.

4) I 2 S. 116.

5) Bergl. N. 8.

6) I 2 S. 128. — Die politifche Bebeutung ber Dreiteilung ber Legislative wird baselbst

in vollkommenem Anichlusse an Montesquieu gewürdigt.

8) Oben S. 227 N. 8.

9) Dieses "teilweise" ist in der oben angeführten Stelle von Blacktone sehr gut mit "though not the whole" angedeutet.

nicht entziehbaren natürlichen Freiheitsrechtes hat bas Individualprinzip seine höchste rechtliche Ausbildung erreicht. Rahezu gleichzeitig begann es auch, seine größte praktische Bedeutung zu gewinnen. Wir haben früher erwähnt¹), daß der Zwed der Aufnahme einer individualistischen Staatstheorie in der Reuzeit, also im 16. Jahrhundert, u. A. die Absicht war,
dem Bolke eine Mitherrschaft neben König und Abel zu erstreiten. Diesem Zwede diente die
individualistische Staatstheorie im 17. Jahrhundert, insbesondere in England: Lode's Staatslehre ist eine wissenschaftliche Rechtsertigung der Teilnahme des Bolkes an der Staatsherrschaft.
Im 18. Jahrhundert war die individualistische Staatstheorie dazu berusen, der Befreiung des
Bolkes von der einseitigen Herrschaft des Fürsten in den amerikanischen Kolonien und in Frankreich die Wege zu ebnen. Dafür, daß sie hiezu berusen war, gibt es keinen schlagenderen Beweis als die Thatsache, daß die Prinzipien derselben zu Rechtssähen des neuen, geschriebenen,
amerikanischen und englischen Bersassungsrechtes erhoben wurden.

Wenn wir von Prinzipien ber individualistischen Staatslehre des 17. und 18. Jahrshunderts reden, so handelt es sich nach der festeren Gestalt, welche die Lehre seit Lode gewonnen, wesentlich um drei Grundsähe, um das Prinzip der Bolkssouveränität, der Trennung der Gewalten und der unveräußerlichen und nur beschränkbaren individuellen Freiheit. Ist die bisherige Staatslehre die Grundlage des neuen Bersassungsrechtes geworden, so müssen somit diese drei Prinzipien in demselben zu finden sein. In der That ist dies der Fall.

Bas das Pringip der unveräußerlichen, aber beschräntbaren natürlichen Freiheit angeht, fo tehrt ber Sat Lode's von ber natürlichen Freiheit bes Menschen ") und berjenige Bladftone's von ben rights of personal security, personal liberty and private property sowohl in der französischen déclaration des droits de l'homme et du citoyen vom 26. Aug. 1789, wie in ben Berfaffungsurfunden ber Nordameritanischen Freistaaten wieder. In ersterer Richtung fei Art. 2 ber Erklärung ber Menschenrechte angeführt, welcher lautet: Le but de toute association politique est la conservation des droits naturels et imprescriptibles Ces droits sont la liberté, la propriété, la sûreté et la résistance à de l'homme. Bon ben amerikanischen Berfassungen bes 18. Jahrhunderts sei die für bie übrigen Staaten vorbilblich gewordene erfte, die Birginia's vom 12. Juni 1776 erwähnt 3). Sier beißt es: That all men are by nature equally free and independent, and have certain inherent rights 1), of which, when they enter into a state of society, they cannot, by any compact, deprive or devest their posterity; namely the enjoyment of life and liberty, with the means of acquiring and possessing property, and pursuing and obtaining happiness and safety 5). Die Beschränkbarkeit ber natürlichen Freibeit burch Gefet wird in ber Erklarung ber Menschenrechte Art. 4 übereinstimmend mit Bladftone 6) bahin umschrieben, baß gesagt wird: Ainsi, l'exercice des droits naturels de chaque homme n'a de born es que celles qui assurent aux autres membres de la société la jouissance de ces mêmes droits. Ces bornes ne peuvent être déterminées que par la loi.

Was dann die Frage der Bolkssouveränität angeht, so ist der Satz der Erklärung der Menschenrechte (Art. 3): "Le principe de toute souveraineté réside essentiellement dans la nation; nul corps, nul individu ne peut exercer d'autorité qui n'en émane

2) II 95 Men being by Nature all free, equal and independent.

¹⁾ S. oben S. 215.

³⁾ Je I I i n e f, Erklärung ber Menschen: und Bürgerrechte S. 12; Foster S. 37.
4) Bergl. bazu noch B I a cf stone I 1 S. 97: natural liberty . . . being a right inherent in us by birth.

⁵⁾ Bergl. dazu Lode II 134: The great end of Mens entering into Society, being the enjoyment of their properties in peace and safety.

6) Bergl. oben S. 243 bei R. 4.

expressément", wie der Birginia-Ronstitution (Art. II): That all power is vested in and consequently derived from the people; that magistrates are their trustees and servants, and at all time amenable to them eine Nachbilbung des Lode'schen Sapes: remains in the People a supreme power the community perpetually retains a supreme power; ... all power given with trust... devolve into the hands of those gave it 1). Daß ber Grundsatz ber Sonberung ber Gewalten in bas positive Recht bes 18. Jahrhunderts überging, befundet die Erflärung ber Menschenrechte von 1789 mit bem Sape (Art. 16): Toute societé, dans laquelle la garantie des droits n'est pas assurée, ni la séparation des pouvoirs déterminée, n'a point de constitution. Und ebenso sagt die Berfassung von Massachusetts vom 2. März 1780 (XXX) und damit diejenige Berfassung. mit welcher bie nachmalige ber Bereinigten Staaten bie größte Aehnlichkeit befitt 2): The legislative department shall never exercise the executive and judicial powers; the executive shall never exercise the legislative and judicial powers: the judicial shall never exercise the legislative and executive; to end it may be a government of laws, and not of men. Beibe Sane, ber eine burch feine ohne alle Ginichrantung gelaffene Bragnang, ber andere burch seine Ausführlichkeit, laffen erkennen, bag bie Schöpfer ber neuen Berfaffungen vom Grundfat ber absoluten, nicht ber relativen Trennung ber Gewalten ausgingen. Barum bies geschah, ist naheliegend. Beibe Länder, die amerikanischen Rolonien wie Frankreich, hatten bie Willfür einer absoluten Exefutive tennen gelernt 3). Diese Willfür mußte und wollte vor Allem beseitigt werden und so ging man von dem Grundsate aus, die Rechte der Exekutive möglichft fnapp zu halten, und glaubte bies am beften durch völlige Trennung ber Gewalten zu erreichen. Wohl wurde auch der Grundsat der relativen Trennung bei den Berfassungsberatungen vertreten - berühmt ift ber Ausspruch bes Bortführers biefer Gruppe, M o u= nier 4), in der frangofischen Nationalversammlung von 1789 : Pour que les pouvoirs soient à jamais divisés, il ne faut pas, qu'ils soient entièrement séparés) —, aber der anderen Anschauung — in Frankreich besonders durch Sienes6) vertreten — blieb ber Sieg. Man glaubte fich barin eins mit Montesquieu 7), mahrend man thatfachlich mit Rouf= feau übereinstimmte. Erst ber fpateren Staatelehre blieb vorbehalten, ju erkennen, bag abfolute und relative Sonderung der Gewalten zwei fcarf zu trennende Prinzipien und Mon-

3) hinfichtlich Nordameritas barf nicht vergeffen werben, bag nicht nur bie Berwaltung, sondern auch die Gesetzebung für die Kolonien mit Ausnahme der Handelsgesetzung eine Bra-rogative der englischen Krone bilbete (Foster I S. 32).

²⁾ Foster S. 41 R. 7, S. 299, 300. 1) II 149: auch II 134.

⁴⁾ Ueber ihn Duguit, La séparation des pouvoirs dans l'assemblée nationale de 1789 in ber Revue d'économie politique, VII. Jahyg. (Paris 1893) S. 126, 340, 342, 858, 359. And bere Bertreter dieser Anschauung, die sog. Konstitutionellen, waren Malouet, Maury, Thouret und besonders Mirabeau und Lally-Tollendal. Bergl. auch Morizot Th i daut, Du premier essai de la division des pouvoirs en France in der Revue du droit publice et de la science politique Bb. V. Morris 1896) S. 78 H. Duguit's Mohandung it and in Separatoly 1892 and 18

⁽Paris 1896) S. 78 ff. — Duguit's Abhandlung ift auch in Separataddruck (Paris 1893) erschienen.

5) Bergl. Otto Mayer Bb. I S. 69 K. 3; Rossi, Die neue Litteratur des Berfassungsrechtes bei den romanischen Völkern; aus dem Jtal. überset von Seyde i in der Kritischen
Viertelsahrsschrift 39. Bd. (1896) S. 47. — Aus der Entstehungsgeschichte der Verfassung der
Vereinigten Staaten ift die Bemerkung Madison's im Federalisk Kr. 17 hervorzuheben, welche darlegt, daß die Ooktrin der Arennung der Gewalten nur meint , that where the whole power of one

department is exercised by the same hands which possess the whole power of another department, the fundamental principles of a free constitution are subverted. Bergl. Ho iter Bb. I S. 301.

6) Bergl. Duguit S. 337, 338, 340 und im Allgemeinen daselbst S. 351, 361, 370; ferner Beauberger, Tableau historique des progrès de la philosophie politique suivi d'une étude sur Siéyès, Paris 1858 und Duguit und Monnier, Les Constitutions 1898 S. XII.

7) Bergl. Duguit S. 106 und 107; Foster S. 24 und 25. Man hielt eben nach der Absidt, die man versolgte, nur den Sat sest: In dy a point de liberté, si la puissance de juger n'est pas séparé de la puissance de significative et de l'exécutive (Geist der Gestex XI 6), und beachtet nicht, das Montesquieu auch non einem Personmeleen der Gennaden hatte. Persol beachtete nicht, daß Montesquien auch von einem Berschmelzen der Gewalten gesprochen hatte. Bergl. oben S. 233 R. 6.

tesquieu nur als Gemahrsmann ber letteren anzurufen fei 1). Db es zwedmäßig war, bem neuen Berfassungswerte Amerikas und Frankreichs das strenge Trennungsprinzip zu Grunde zu legen und ob es den Schöpfern besselben auch gelang, ben einmal aufgenommenen Grund= fat wirklich gur ftritten Durchführung zu bringen, ift an biefer Stelle nicht zu erörtern. Sier bedurfte es nur bes Beweises, daß das neue Berfaffungsrecht auf ben Lebrfagen ber inbividualiftischen Staatslehre des 18. Jahrhunderts ruht.

Im Allgemeinen ift biefer Busammenhang ber amerikanischen und frangofischen Berfaffungen bes 18. Nabrbunderts mit ber genannten Staatslebre unbestritten. Namentlich Montegquieu'iche Gebanten werben in den Debatten ber verfaffungeberatenden Berfammlungen fortwährend angezogen. Rur bezüglich eines Punttes glaubt man neuerbings eine Ausnahme machen zu follen. Bahrend man anerkennt, bag in Bezug auf die Frage ber Bollesouveranität und ber Sonderung ber Bewalten ein hiftorischer Busammenhang zwischen jener Staatslehre und bem neuen positiven Rechte besteht, verneint man bies für die Frage ber unveräußerlichen Freiheitsrechte. Allein diese von Se II i net 3) eingeleitete Anschauung ift nur in der Regative, b. b. infofern zutreffend, als fie nachbrudlich barauf binwies, bag es nicht angebt, Rouffeau als ben Schöpfer biefes Webantens unveraugerlicher Menichenrechte zu bezeichnen 3). In ibrer Bofitive bagegen tann jener Meinung nicht beigetreten werben. Rellinet glaubt, bie biftorische Burgel ber Bill of rights ber ameritanischen Staatsverfassungen 1) in Amerita felbst suchen zu follen. Er führt fie auf ben puritanischen Gebanten unbebingter, b. b. auch vom Staate unabhängiger Glaubensfreibeit jurud, welchen bie im 17. Jahrhundert fich in Nordamerita ansiebelnden englischen Rolonisten bei ihren Staatengrundungen baburch zu verwirklichen fuchten, bag fie bie Staatsberrichaft im Wegenfape gur pflegenden Thatigfeit bes Staates auf bürgerliche Ungelegenheiten beschränkten 5). Allein diese Staatsverfassungen, von welchen die eingebenoste die Fundamental Orders of Connecticut vom 14. Jan. 1638 sind, statuieren ja nur eine Freiheit gegenüber bem Staate, die Glaubensfreiheit, und auch diese wird nicht als ihrem Befen nach unveräußerlich befiniert, sondern fie ift nach diesen Berfaffungsurtunden gegen Einwirtungen Seitens der Staatsgewalt nur gefchutt, weil ber den Staat begründende Bertrag dies ausdrudlich ausschließt. Ferner ist durch biese Plantation covenants je be Ginmirtung auf die Glaubensfreiheit ausgeschloffen, mabrend nach ben ameritanischen Bills of rights bes 18. Sahrhunderts zwar nicht eine Entziehung, wohl aber eine gesetliche Beschränfung ber Freiheit ber Unterthanen julaffig ift 7). Diefe puritanischen Bflanzungsverträge haben somit den Gedanken einer natürlichen Freiheit des Individuums ebenfo, wie ben ber Boltsfouveranität, in den ameritanischen Rolonien wohl eingeführt, aber sie bilden keineswegs den historischen Ausgangspunkt der Formulierung der Freiheitsrechte in ben ameritanischen Bills of rights und bes Grundsates ber Unveräußerlichteit ber Freiheits-

¹⁾ So klingt ber Gegensat von absoluter und relativer Trennung der Gewalten bei Hausis ein u. a. a. D. S. 31; Duguit S. 120, 125, 841, 345, 351 Esmein, Eléments S. 96, 117, 281, 297, 298, 310; Ducrocq Bb. I S. 12; Foster S. 297 durch.

2) Jellinet, Die Erklärung der Menschen= und Bürgerrechte. Menzel, Staatslehre Spinoza's S. 34 schint Jellinet zuzustimmen. Ebenso folgt ihm Treumann S. 35 R. 6.

3) Bergl. oben S. 239 st. und Jellinet S. 4 st.

5) Bergl. oben S. 224 N. 8. — Auch das Agreement of the People der Independenten Englands nom 15. 3an. 1649 spricht mur davon, das die Bektimmungen desselben fundamental

Englands vom 15. Jan. 1649 spricht nur davon, daß die Bestimmungen desselben sundamental to our common right, liberty and sasety seien; vergl. Garbiner, The constitutional documents of puritan revolution, Oxford 1889, S. 281.

6) Bergl. Boore, The sederal and State Constitutions, colonial charters, and other organic laws of the United States, Bashington 1877 Bb. I S. 249 und Foster Bb. I S. 38

⁷⁾ Bergl. Massachusetts-Konstitution vom 2. März 1780 Art. 17: Each individual of the society has a right to be protected by it in the enjoyment of his life, liberty, and property, according to standing laws.

rechte in ber Erklärung ber Menschenrechte von 1789. Die historische Burgel biefer Bills of rights liegt ihnen zeitlich naber. Der Gebante einer Reihe von natürlichen, burch ben Staat awar nicht entzieh-, wohl aber beschränkbaren Freiheiterechten in ben amerikanischen Bills of rights stammt aus ben Rommentarien Bladft on e's. Rach einer Meußerung Burte's1) waren in Nordamerika Anfangs ber fiebziger Jahre fast ebenso viele englische Abbrude von Bladstone'schen Rommentarien gelauft, wie in England. 1771 wurde auch bereits eine ameritanifche Ausgabe berfelben in Bhilabelphia veranftaltet. Die Ausführungen Bladftone's wurden mit ben Schlagwörtern bes um jene Beit 2) in Bofton eifrig ftubierten Lode verbunden. Bie febr aber bie Erklärung ber Menichenrechte auf ameritanischem Borbild rubt, ift betannt 3).

§ 63. Rant. Am Ende bes 18. Jahrhunderts wird ber Bebante ber Boltsfouveranitat und ber Teilung ber Gewalten im Sinne der bisher behanbelten Staatslehre auch in Deutschland als politisches Brinzip aufgenommen. Und zwar ist der Träger dieser neuen Richtung Rant d). Bon den Abweichungen, welche sich bei Kant finden, soll bier nicht geredet werden , fie find gelegentlich zu erwähnen — , aber von der bedeutsamen Ergänzung, welche die bisherige Lehre durch ihn nach der Seite der Zweckeftimmung hin erfuhr. Diefelbe erklärt sich aus den besonderen Berhältnissen Deutschlands. In Deutschland war es in Folge der festen Richtung des aufgeklärten Absolutismus auf das Gemeinwohl in erster Linie nicht sowohl ein Bedürfnis nach Abanderung der Regierungsform, als vielmehr ein folches nach Abanderung der Regierungsweise, welches sich geltend machte. Dan strebte wohl auch nach politischer, vor Allem aber boch nach wirtschaftlicher und geiftiger Freiheit. Richt, bag bies Streben nicht auch in anderen Ländern vorhanden gewesen ware — überall empfand man die Bevormundung des wirtschaftlichen wie bes geiftigen Mertantilspftems mehr und mehr als Laft; schon 1755 fcbrieb Abam S m i t h ben Sat : "Wenig mehr gehöre bagu, um einen Staat von ber tiefften Erniedrigung auf den höchsten Flor zu bringen, als Friede, geringe Auflagen und eine leibliche Rechtsverwaltung" 5) -, aber befonders ftart machten fich bie Nachteile diefer Bielregiererei in Deutschland mit seinen Rleinstaaten geltenb. Die Bahl ber zu paffierenben Bollschranten und ber Rensurgewalten mit ihren so verschiedenen Anschauungen war in Deutschland eine beträchtlich größere als anderwärts und ferner mußte in Folge ber Rleinheit ber Staaten fic in Deutschland viel energischer als anderswo die Ueberzeugung bilben, bag ber Staat für wirtschaftliche und geistige Freiheit bebeutend weniger auszurichten vermöge, als er in seiner Geschäftigkeit meinte; benn seine Birtungstraft war ja eine raumlich außerordentlich enge. Gang nabe neben einander begegneten die verschiebenften Meinungen über wirtschaftliche und geistige Freiheit. Somit war es Deutschland, wo die ausländische Staatslehre einen besonberen, auf Sicherung ber Freiheit bes Brivatlebens gegenüber bem Staate abzielenden Rufat erhielt.

Die ausländische Staatstheorie glaubte, bürgerliche Freiheit und bürgerliche Gleichheit verwechselnd, diese Freiheit des Brivatlebens sei allein schon mit ber politischen Freiheit ge-

¹⁾ Bergl. Foster S. 25 N. 8.
2) Borgeaub, Etablissement S. 19: Die Erklärung ber Rechte der Kolonisten als Menschen, Christen und Bürger, welche die Bürger Boston's auf Antrag Samuel Abam's am 20. Rov. 1772 beschlössen, rief Lode als Zeugen der natürlichen Freiheit der Menschen an. Wenn der Abvokat James Otis, 1764 über die Rechte der englischen Kolonien schreibend, von natural, inherent and inseparable rights of the colonists spricht, so ist bies nur eine Nachbildung von Loc e's native and original right to preserve himself (II 220) unb scincm fundamental, sacred and unalterable Law of Self-preservation (II 149). Bergl. zu ben angeführten Hatsachen Jellinet, Ertlä-rung S. 44 f.

3) Bergl. hierüber Borgeand S. 27 ff. und Duguit S. 111 ff.

4) Metaphyfliche Anfangsgrunde der Rechtslehre 1797; vergl. Landsberg a. a. O. Text

S. 505 und 507. Schlöger, Allgemeines Staatsrecht und Staatsverfaffungslehre, Göttingen

^{1793,} erklärt die Demokratie sogar für die natürlichste Staatsform.

5) Bergl. Has da, Untersuchungen über Abam Smith und die Entwickelung der politischen Oekonomie, Leipzig 1891, S. 173, 185, 197.

geben 1), mahrend, wie früher 2) bemerkt, bas bemokratische Staatsprinzip im Allgemeinen nur burgerliche Gleichheit, feineswegs aber möglichfte Freiheit bes Unterthanen in feiner privaten Thätigkeit zu garantieren vermag. Die beutsche Staatslehre unterschätzte bie Bebeutung einer Ausübung ber Gesetzgebung burch bas Boll für Beseitigung ber laftigen Schranken ber individuellen Freiheit im Berhaltnis jum monarchischen Absolutismus teineswegs, aber bie besonberen Berhaltniffe liegen fie erkennen, bag hiefur noch weitere Schranten nuglich feien. Sie suchte bieselbe in einer Beschräntung bes Staatszweckes. Db bie Statuierung einer folden Befdrantung auch wirklich geeignet mar, ben gemeinten 3med zu erreichen, ift eine andere, uns bier nicht intereffierenbe Frage.

Dem Befen bes in Birklichkeit bamals noch bestehenden Bolizeistaates in Deutschland hatte die Bestimmung des Staatszwedes durch Wolff entsprochen. Nach ihm ist Staatsawed nicht blos tranquillitas und securitas, sondern vitae sufficientia, Glückeligkeit der Unterthanen 3). Die neue Staatslehre befchrantte ben Staatszwed auf ben inneren und außeren Sous ber Rechte, ben Rechtsichus.

Den Anknüpfungspunkt hiezu bot die von Locke') begründete und von Rouffeaub) aufgenommene Lehre, daß Zwed der ftaatlichen Bereinigung die Erhaltung der Rechte und Guter ber Individuen fei. Dieser Sat war bei Lode in bem Sinne gemeint : ber Staat tann bie Rechte und Guter seiner Angehörigen nur erhalten, nicht gerftoren - und in biesem Sinne ging ber Sat auch in Blackftone's Rommentarien und die amerikanischen Bills of rights und bie Erklärung ber Menschenrechte 6) über - ; nunmehr wird ber Sat in eine andere Bedankenreihe gestellt: ber Staat hat nur die Aufgabe, diese Rechte und Güter zu erhalten, nicht sie zu fördern. Die Förderung ift eigene Sache der Unterthanen. Diesen Gedanken hatte fcon Thomafius' Schiller, G u n b l i n g (1671—1729), ausgefprocen 7), aber burchschlagende Kraft erhielt er erst jest durch den Sat K an t's, daß der Staat nur eine Rechtsschutzanstalt fei8), einen Sat, welchen Wilhelm von Sumbolbt in feinen "Ibeen zu einem Bersuche, bie Grengen ber Birffamteit bes Staates zu bestimmen" porbereitet batte .).

§ 64. Achtzehntes Jahrhundert und antile Staatslehre. Ehe wir zur Entwickes lung der Staatslehre im 19. Jahrhundert übergehen, ist es interessant, die Ergebnisse bes 18. Jahrhunderts mit benjenigen ber klaffischen Staatslehre Griechenlands zu vergleichen.

Dieselben zeigen ja in einem Bunkte große Berschiebenheit: Die griechische Staatslehre der klaffischen Beit blieb bei dem Prinzipe des Glückfeligkeitsstaates stehen. Auch die neue Staatslehre steht von Haus aus auf diesem Prinzipe, aber mit Kant kommt sie darüber hinaus. Das Individualprinzip erfährt eine Steigerung. Was aber beibe gemeinsam haben, bas ist

¹⁾ Bergl. Rouffeau II 6: Le peuple soumis aux lois en doit être l'auteur; il n'appartient qu' à ceux qui s'associent de régler les conditions de la société unb başu S. 241 N. 5.
2) S. 241.
3) A. a. O. § 972—76: 1021 f.

²⁾ S. 241.
3) A. a. D. § 972—76; 1021 f.
4) Bergl. oben S. 223 und dazu noch besonders Treatises II 57: The end of law is not to abolish or restrain, but to preserve and enlarge freedom . . . Law . . . is not so much the limitation as the direction of a free and intelligent agent to his proper interest und bazu Holland a. a. D. S. 69. 5) Oben G. 240 R. 7.

⁶⁾ I 1 8. 96: the principal aim of society is to protect individuals in the enjoyment of those absolute rights, which were rested in them by the immutable laws of nature . . .; it follows that te first and primary end of human laws is to maintain and regulate these absolute rights individual. Maffacoufetts, Preamble of the Constitution: The end of the institution . . . of government . . . is to furnish the individuals . . . in safety and tranquillity, their natural rigths and the blessings of life; ferner Erklärung ber Menschenrechte Art. 2, s. oben S. 245 und bazu Art. 5: la loi n'a le droit de désendre que les actions nuisibles à la société. Bergl. damit die oben S. 240 N. 8 angesührte Stelle Rousseau's.

7) Bergl. Bindelband, Geschichte der Philosophie, 2. Ausl., Freid. 1899 S. 424.

8) Landsberg Text S. 508; Gierte S. 118, 12011, 308200.

9) Diese Ideen erschienen 1792 wegen Zensurschwierigkeiten nur bruchstückweise in Zeitschriften; erst 1861 wurden sie als Ganzes herausgegeben.

bie Behre von ber Teilung ber Gewalten. In organisatorischer Teilung ber Gewalten seben beibe bas Mertmal bestmöglichster Staatsverfassung. So fehr die Teilung bier und bort verschieden ift 1), in bem Grundgebanten stimmen fie boch überein, bag es zwedmäßig ift, wenn bie verschiedenen Staatsfunktionen verschiedenen Organen anvertraut find. So entsteht bie Frage, ob zwischen beiben Lehren ein hiftorischer Rusammenhang besteht. Bir haben zwar hervorgehoben, daß die moderne Lehre von der Teilung der Gewalten aus der englischen Ber= fassung berausgewachsen ist, allein bies schließt nicht aus, baß bie Formulierung berselben auf die altere Lebre gurudgebt.

In diefer Richtung tann nun fein Zweifel fein. Das zeigt die bem Altertume und ber Reuzeit gleichmäßig angehörende Faffung biefes Gebantens: nur, wo Gefete berrichen, ift Freiheit. Dieser Sat bilbet ben Fundamentalfat ber platonifch-aristotelischen Staatslehre und die gleiche Formulierung finden wir bei Lode 3), Montesquieu 3) und Rouffeau 4). Am Beitesten geht die Uebereinstimmung bei Rouffeau. Dit bem Sape l'obeissance à la loi, qu'on s'est prescrite, est liberté ift ausgesprochen, daß die Gesetzgebung beim Bolte liegt, bie Demofratie also die beste Staatsform bilbet, und eine Teilung der Gewalten ist dann in= fofern gegeben, als nach ber Natur ber Erefutive biefe nicht auch in ber hand bes Bolles liegen tann. Somit find Gesetgebung und Ezekutive notwendig getrennt.

Wir haben somit einen Anknupfungspunkt zwischen Altertum und Reuzeit. Allein es liegt nur eine Unknupfung in ber Formulierung, nicht eine folche im Unlaffe ber Lehre vor. Daß bie neue Lehre ihren hiftorischen Unlag nicht in der alten hat, zeigt ber verschiedene Amed, ben die Lehre von der Teilung der Gewalten bier und bort verfolgt. Die griechische Teilungslehre batte zur Absicht, die Auswüchse ber unmittelbaren Demotratie zu beheben, ber Berrichaft bes Proletariats zu fteuern. Bu bem Ende beschneibet Ariftoteles bie Rechte ber Boltsversammlung, bes Demos. Das Bolt foll auf Gesetgebung und bie wichtigften Berwaltungsalte beschränft sein; das übrige ben apxal zugehören 5). Im 17. und 18. Jahrhun= bert ift die Lehre von der Trennung ber Gewalten eingeführt, um die Herrichaft bes absoluten Rönigtumes und ber aristofratischen Stänbe zu brechen. Nicht gegen, sonbern für bas Bolt ift bier bas Dogma von ber Teilung ber Gewalten geschaffen. Das Bolt foll Rechte erhalten. In beiben Fällen bient bieselbe Lehre alfo verschiedenen Zweden. Dort werben bem Bolte Rechte entzogen, bier Rechte gewährt; bort wird das Bolt, bier Ronig und Abel beschränft; und bas Gemeinsame ift nur: beibes geschieht burch Berteilung ber Staatsfunktionen an verschiebene Organe. Ein innerer historischer Zusammenhang fehlt somit.

§ 65. Die Entwidelung im 19. Jahrhundert. Der verschiebene historische Zwed, welchem die gleiche Lehre von der Trennung der Gewalten im Altertume und in der Reuzeit biente, weist zugleich auf verschiebene thatsachliche Berhaltniffe, nach beren Abanberung bie Behre ftrebte. Aus ihnen ift zu entnehmen, wie weit bie neue Behre auf Berwirklichung rechnen burfte. Die griechische Lehre ftrebte lebiglich nach einer Umanberung ber bemofratischen Grundlage, ohne biese felbst gerftoren gu wollen; bie neue Behre wollte in Landern mit reiner Berrichersonveränität die bisber gar nicht vorhandene Bolkssouveranität neu erzeugen. Buerft - bei Lode und Montesquieu - hatte fie bem Monarchen noch einen entscheidenden Anteil an der Gesetgebung eingeräumt; Rouffeau hat den Fürsten jeder Teilnahme an der Geset; gebung entfett. Der in Birklichkeit absolute herrscher follte nach ihm ber Teilnahme an ber oberften Berrichaft völlig entkleibet fein. Daß bies auf friedlichem Bege, alfo im Bege ber Reform erreicht murde, feste ein fehr fcmaches Ronigtum voraus. Wo basfelbe noch einigermaßen ftart mar, konnte es nur im Bege ber Revolution ober, wenn friedlich, nur in ber Weise geschehen, daß an die Stelle der Berbrängung des Herrschers aus der obersten Staats-

¹⁾ Bergl. Geschichte S. 85.

^{4) 6, 241 %. 4.}

⁵⁾ Geschichte S. 89 R. 4.

gewalt eine gemeinschaftliche Ausübung berselben burch Fürst und Bolt trat. Denn unmöglich konnte ein Fürst sich freiwillig einer Rechtsordnung unterwersen, kraft beren er jederzeit als ein Beamter des Bolkes wider Willen seiner Stellung entsetzt zu werden vermochte. Die Frage war nur noch, ob in dieser Gemeinschaft Gleichheit der Teile eintreten oder ein Teil und zwar welcher vor dem anderen an Rechten etwas voraushaben sollte.

An Nichts zeigt fic die rationalistische Richtung, welche die Staatslehre Rousseau's genommen batte, und ber Ginflug Rouffeau's auf die Staatslehre mehr, als barin, bag biefelbe unterließ, in eine Untersuchung barüber einzutreten, wie ein Staat auszusehen habe, in welchem von einem harmonischen Ausgleiche zwischen bem erftrebten Reuen, der Teilung der Gewalten, und bem vorhandenen Alten, bem absoluten Ronigtume, gesprochen werden konne. Nicht bie Theorie, sondern die Gesetgebung ift es, welche zuerft biefe Aufgabe löfte. Als Benjamin Conftant1) mit einer Berricher: und Bolkssouveranität verbindenden Theorie in feiner Esquisse de Constitution mit Borrebe vom 24. Mai 1814 hervortrat, hatte er schon die Erfahrungen ber frangofischen Ronftitutionen seit Sturg bes Königtumes vor fich. Der geschichtliche Gang berfelben seit 1792 hatte gezeigt, daß eine vom Brinzipe ber Bolkssouveranitat ausgebende Trennung der Gewalten bazu führt, die Erekutivgewalt für das praktifche Beburfnis mit zu wenigen rechtlichen Befugniffen auszustatten, mahrend bie Pflege ber ausmartigen Beziehungen und bie Aufrechterhaltung ber Sicherheit im Staate, welche ber Bollzugsgewalt notwendigerweise obliegt, berfelben einen größeren that fachlich en Ginfluß als bem jur Gefetgebung berufenen Barlamente verschafft. Dies hat felbstrebend zur Folge, baß bie Erefutive fortwährend nach Ausbehnung ihrer Rechtsgewalten strebt. Gin Rampf, nicht friedliches Rusammenleben ift somit die Folge solcher Berteilung der Gewalten. Sieraus ergibt fich aber, daß es, um eine stetige Berfassung zu schaffen, zutreffender ist, dem Exekutivorgane von vornherein größere rechtliche Gewalt als dem gesetzgebenden Körper einzuräumen. Beibe find weber gleich zu behandeln noch die Legislative nur durch die Exelutive zu beidranten, sondern die Sauptgewalt ift bem Bollzugsorgane juguweisen und ber gesetgebende Rörper in die Stellung eines beschränkenden Gehilfen der Erekutive zurückudrängen. Gefchiebt bies aber, fo liegt freilich in erfter Linie nicht mehr Scheidung, fondern Bereinigung ber Gewalten, wenn auch mit hinzutretender Unteilnahme (Bartizipation) anderer Organe vor.

Die frangolische Berfassungsgeschichte seit 1792, d. h. seit Abschaffung bes Königtums burch Defret vom 21./22. Sept. 1792, läßt biefe fortwährende Runahme der Rechte der Erekutive unter ber Herrschaft bes Prinzipes ber Bolkssouveranität und ber Teilung ber Gewalten beutlich sehen. 2. B. ernennt nach ber Berfassung vom 24. Juni 1793 Art. 55 bas Corps législatif die Obersitommandierenden der Armee, nach der Bersassung vom 8. Frustidor des Sahres III (22. Aug. 1795) Art. 288 ift es bagegen bereits bas Direttorium, welches bie Söchftfommandierenden der Armee bestellt. Und bagu tommt, daß die Eretutive thatfächlich immer umfaffendere Befugniffe ausubte, als ihr rechtlich gutamen. Die politischen Berhaltniffe, bie Aufrechterhaltung ber Orbnung im Innern, bie Führung ber Rriege und Leitung ber Beidafte nach Außen ermöglichten bem Direktorium mehr Gewalt zu üben, als ihm nach ber Berfaffung zustand; ebenso wie es vorher bie thatfächlichen Berhaltniffe verhindert hatten, bie Berfaffung von 1793 wirklich in Bollzug zu feten, fondern es vielmehr notwendig machten, jahrelang ein Ezetutivorgan, ben Bohlfahrtsausschuß, allein die Berrichaft thatfachlich ausüben zu laffen. Go ift es nur erklärlich, wenn nach der Konfulateverfaffung vom 22. Frimaire VIII (13. Dez. 1799) die Konsuln, also die Erekutive, Anteil an der Gesetzgebung und zwar ben Hauptanteil hieran erhielten. Der erfte Ronful allein, nicht ber gesetzgebende Rorper, hat das Recht des Gesetsesvorschlages und der gesetzgebende Körper wird jährlich zu einem

¹⁾ Ueber ihn Bluntschli, Geschichte 3. Aufl. 1881 S. 571 ff.

Fünftel erneuert, die Konsuln bagegen auf zehn Jahre gewählt. Den stärksen Gegensatz zu dem Prinzipe der Bolkssouveränität auf der Grundlage der Teilung der Gewalten als Rechtssordnung und der thatsächlichen Stärke der Bolkzugsgewalt zeigt aber die Zeit des ersten Kaiserreiches. Wohl besteht auch jetzt noch rechtlich eine Mitwirkung des Bolkes an der staatlichen Geschäftsführung, aber thatsächlich herrscht Napoleon, wie ein uneingeschränkter Monarch.). Die Versassung von 1791 macht scheindar eine Ausnahme. Sie führte zu einem Siege der Legislative über die Exekutive. Allein der König hatte ja nur einen verschwindenden Teil der Exekutive — er besetze nur einen kleinen Teil der Staatsstellen und über die äußere Politik bestimmte der gesetzebende Körper — und dann war es eben der "König", der geschickliche Repräsentant des alten Regimes, dem der Rest der Exekutivbesugnisse zustand. Ihm war es nach Lage der Verhältnisse unmöglich, politischen Einsluß zu erringen.

Wenn icon die vorhin genannten, rechtlich immerhin auf dem Bollswillen beruhenden Bollzugsgewalten größere Macht hatten, als ihnen nach den Lebren Montesquieu's und Rouffeau's gutommen follte, fo mußte bies um fo mehr ber Fall fein, wenn bie bem Land ange= ftammten, ihre Macht auf Eigenrecht ftubenben Dynastien ihre Rechtsgewalten mit dem Bolte teilten, b. b., ber öffentlichen Meinung nachgebend, bem Bolle auf friedlichem Bege einen Anteil an ber Staatsregierung einraumten. Diefelben konnten fich unmöglich unter bie Berrschaft ber Bollsvertretung begeben. Nur bas war bentbar, daß fie fich in Ausübung ihrer Souveranitatsrechte burch Mitwirtung anderer Organe beschränten liegen. So erflart fich, daß die fog. Constitution sénatoriale vom 6. April 1814, durch welche das französische Bolt wieber die Bourbonen zur Herrschaft berief, das pouvoir exécutif bereits dem Corps législatif vorausstellte und bie bann von Ludwig XVIII. felbst gegebene Berfaffung vom 4. Juni 1814 in ber Mitwirtung ber Boltsvertretung nur eine "forme du gouvernement du Roi"2) erblidte, indem fie bem Ronig allein die Sanktion ber Gefete zuwies. Roch icharfer fpracen bann bie beutschen Berfaffungen ben Gebanten ber Teilnabme und zwar ber vorwiegenben Teilnahme ber Bollzugsgewalt an ber Gesetzgebung aus, indem fie bem Prinzipe ber Teilung ber Gewalten als bas grundlegenbe ihrer Bestimmungen ausbrudlich bas ber Bereinigung ber Staatsgewalt in einer hand gegenüberstellten. Statt Allem fei Urt. 57 ber Biener Schlußatte bes Deutschen Bundes angeführt, ba er ber übereinstimmenden Faffung ber Landestonfti= tutionen Ausbrud gibt: "Da ber Bund aus souveranen Fürsten besteht, fo muß bem bieburch gegebenen Grundbegriffe gemäß bie gesammte Staatsgewalt in dem Oberhaupte des Staates vereinigt fein und ber Souveran tann burch die landständische Berfassung nur in ber Ausubung bestimmter Rechte an die Mitwirkung ber Stanbe gebunden werden".

Diese konstitutionell gebundene Monarchie war ein trefflich gelungener Ausgleich zwischen ben politischen Bestrebungen der öffentlichen Meinung nach Freiheit und der Erhaltung der vorhandenen monarchischen Bersassung, ein Ausgleich zwischen dem Prinzipe der Bolks- und der Herrschersouveränität. Dem Prinzipe der Bolkssouveränität war schon die Theorie Friedrichs des Großen entgegengekommen. Der Herrscher erschien hienach nicht als Ausüber eigener, sondern fremder Gewalt. Und darauf ging ja das Streben der Bolkssouveränitätslehre in ihrer Negative, die Borstellung des Patrimonialstaates zu beseitigen. Diese Theorie bloßer Organstellung des Fürsten wurde nun allgemein angenommen. Andererseits ward aber auch ein Grundgedanke der Herrschersouveränität sesten. Nach dem Prinzipe der Bolkssouveränität war der Monarch Diener des Bolkes, König von des Bolkes Gnaden und darum mangels besonderer Bestimmung vom Bolke rechtlich absehdar. Nach dem Rechte der konstitutionellen Monarchie ist er wohl Diener des Staates, aber nicht des Bolkes. Er ist von keiner höheren irdischen Gewalt rechtlich absehdar. Der bisher im Brivatrechtstitel des Eigentums liegenden Sicher-

¹⁾ Bergl. v. Se en bel, Ein Jahrhundert französischer Berfassungsgeschichte in seinen Staats= rechtl. und politischen Abhandlungen S. 174.

2) Ueberschrift von Art. 18.

heit der Rechtsstellung der Dynastie ist hiedurch eine öffentlich-rechtliche Grundlage gegeben.

Diese Entwidelung ber thatsächlichen Berhältnisse hatte für die Staatslehre die Folge, daß die Aufgabe derselben in der ersten Hälfte des 19. Rabrbunderts nicht darin bestand. Borschläge barüber zu machen, wie das Brinzip des Königtums mit dem der Bolksherrschaft und der Teilung der Gewalten zu vereinigen sei, sondern zu erklären, welche rechtliche Konstruktion die thatsächlich bereits eingetretene Bereinigung dieser entgegengesetten Brinzipien zu finden habe. Nicht eine rationalistisch-politische, sondern eine empirisch-juristische Ausgabe war der Staatslehre geftellt.

Es liegt auf der Hand, daß ihr die Lösung derselben gemäß ihres bisherigen, porwiegend rationaliftisch-abstratten Charafters schwer fiel. Bor Allem handelte es fich barum, überhaupt bie Unterschiede zwischen der bischerigen Theorie und dem neuen Rechte zu erkennen. Sie bestanden hauptsächlich in zwei Bunkten: Nicht eine Teilung der Staatsgewalt zwischen Fürst und Bolk lag vor, wie sie dem Prinzipe der Bolkssouveränität entsprochen hätte, sondern eine Beschräntung bes Königs in Ausübung ber in seinem Alleinbesite verbliebenen Staatsgewalt. Und nicht das Boll hatte dem Fürsten Rechte eingeräumt, sondern der Fürst dem Bolle. Die Berfaffungen waren von ben Fürsten, nicht vom Bolte erlassen 1). Somit konnte ber Rönig nicht Organ, sonbern nur herr bes Bolles sein 3). Diese Unterschiebe gegenüber ber bisherigen Lehre zu erfassen, war nur möglich, wenn man erfannte, daß das Brinziv der Teilung der Gewalten und ber Bolkssouveränität nicht durch das Wesen des Staates gesordert sei, sondern sich mit letterem auch andere Staatstonstruttionen vereinbaren ließen.

Die Geschichte der Staatslehre zeigt nun, daß es der Staatsbottrin eher gelang, sich davon zu überzeugen, daß das Brinzip der Teilung der Gewalten nicht das allein vernunftgemäße sei, als zu ertennen, baß ber Staat rechtsphilosophisch nicht notwendig auf eine Bertragsgrundlage zurudzuführen ist. Dabei ist es wieder selbstverständlich, daß beide Ueberzeugungen sich außerhalb des Landes der Entstehung jener entgegengesetten Brinzipien früher bilben mußten, als in dem= selben. Hier, d. h. also vornehmlich in Frankreich, mußten sich die alten Anschauungen länger erhalten und von ihnen aus der Bersuch gemacht werden, das neue Recht zu erklären. Ja, wir finden, daß die wiederholte Rudtehr des frangöfischen Rechtes zu den Brinzipien der Boltssouveränität, welche in unserem Jahrhundert eintrat, die Folge hatte, daß dort heute noch die Anschauung vertreten wird, dem Wesen des Staates entspreche allein das Brinzip der Bolksfouveranitat, wenn man auch aufgebort hat, basfelbe aus bem Gebanten ber Bertragsgrundlage heraus zu erklären 3). Dagegen ist es naheliegend, daß es zuerst die deutsche Staatslehre war, welche bie Unterschiebe bes neuen Berfaffungsrechtes gegenüber ber bisherigen Doktrin erkannte. Hier war das Brinzip der Bolkssouveränität und der Teilung der Gewalten, von ben für bie allgemeine Betrachtung ber Dinge nicht ins Gewicht fallenden Sansestädten abgeseben, im Gegensat zu Frantreich und England nirgends verwirklicht. Durch Bergleich mit ben völlig anders geordneten Staatszuftanben ber Beimat war es ber beutschen Staatslehre

¹⁾ Lubwig XVIII fagt im Eingange ber Berfassung vom 4. Juni 1814: Nous avons volontairement et par le libre exercice de notre autorité royale accordé et accordons, fait concessions et octroi à nos sujets.

²⁾ Aus dem Grunde wurde die Berfassung vom 4. Juni 1814 auch nicht Constitution, sondern charte genannt. Konstitution, sagte man, dezeichne den Erlas durch ein Botum der Bolksvertretung, charte sei der alte Name für die vom Herrscher freiwillig eingeräumten Bolksrechte; vergl. Duguit und Monnier S. LXXXIII.

3) So sagt z. B. Combot der crain der Revue du droit public Bd. 8 S. 60 und in Conception juridique S. 95 f., die Souveränität (Staatsgewalt) kann sich nur durch Ausübung manifesteren, denn sie ist nicht blos Wille, sondern auch Gewalt d. h. ein Begriff der That. Thätig sein kann nicht der Staat, sondern nur das Bolk. Also muß die Souveränität dem Volke zustehen. Esmein S. 165 sagt, die össenliche Meinung hat die Souveränität der That; gibt man ihr nicht auch die souveraineté légale, dann ist die Gesahr der Revolution. Also ist es besser, zwischen Thatsache und Recht Harmonie herzustellen.

verhältnismäßig erleichtert, die Unzwedmäßigfeit ber von Frankreich ausgegangenen Staatstheorien zu erkennen.

Buerft brang bie Ueberzeugung von ber Unzwedmäßigkeit ber Teilung ber Gewalten burch. Zum Teil versucht man sogar schon, wenngleich in unzulänglichem Maße, sie auch als unlogisch ju erweisen. Dies geschab bereits 1804 Seitens bes Burgburger Philosophen 3. 3. Wagner1). Allein burchschlagende Kraft erhielt die Berwerfung der Berteilung der Gewalten erst, nachdem sie in das deutsche Berfassungsrecht nicht aufgenommen war. Die politische Berwerfung, auf welche man sich beschränkte, lautete : Gin Gleichgewicht ber Gewalten ist nicht möglich, benn gabe es mehr als eine Gewalt im Staate, so ware entweber eine bie ftartere ober alle waren gleich. Im ersten Falle wurde die startere notwendig auch die einzige werben, im anderen würde ein Rampf entstehen, wenn nicht eine höhere Gewalt die gleichen banbigte ober jurudhielte, was wieber nicht fein konne, weil biese sonst bie eigentliche Gewalt wäre 2). Und so bilbet sich, wie es v. Aretin zutreffend ausbrückt 3), die Ueberzeugung, daß die öffentliche Freiheit nicht durch Trennung der Gewalten, sondern vielmehr durch "Bereini= gung und Beidrantung" berfelben am beften erreicht wird.

Es mag auffällig erscheinen, daß ein so bervorragender Ropf, wie v. Rotted, in seinem Lehrbuche bes Bernunftsrechtes und ber Staatswissenschaften 1) bei bem Brinzipe ber Teilung ber Gewalten als bem allein vernunftgemäßen stehen blieb und den Ausbruck ber beutschen Berfaffungsurkunden, daß der König alle Staatsgewalt in sich vereinige und nur der Ausübung berfelben durch ihn gewiffe Beschräntungen gesett feien, 'im Biberfpruche mit bem Bortlaute berfelben babin auslegte, nicht alle, fonbern lediglich bie bem Bolle nicht vorbehaltenen Ge= walten seien in bem Monarchen vereinigt. Allein es erklärt fich dies baraus, daß Rotted eben nicht blos Staatstheoretiker, sondern auch praktischer Bolitiker war. Er ftrebte nach Macht nicht blos über die Beifter, fondern auch über die Gemüter. Und die große Menge, die öffentliche Meinung, ist fur ein zu erstrebendes Biel, wie bier bas ber Mitwirkung einer Bollsvertretung im Staatsleben, erfahrungsgemäß viel eber zu gewinnen, wenn man ihr nachweift, bağ etwas vernunftgemäß ist, als wenn man sich barauf beschränkt, bessen Zweckmäßigkeit zu erweisen.

In Frankreich selbst, als bem Mutterlande ber Lehre von der Teilung ber Gewalten im 18. Jahrhundert, war die positivrechtliche Busammenfaffung der Staatsgewalt in der hand bes Monarchen, wie sie die Charte von 1814 barbot, auf der Grundlage der Trennung der Gewalten burch bie Unnahme eines besonderen, von ber Erefutive verschiedenen pouvoir royal ober modérateur geschaffen. Im Wiberspruch mit dem positiven Rechte wurde die Eretutive lediglich als eine Thätigkeit der Minister und als eigentliche königliche Besugnis 5) ledig= lich bas bas Gleichgewicht zwischen Legislative und Exelutive regelnde Recht ber Ministerentlaffung und Kammerauflösung angesehen, ein Gebante, welcher auf ber Grundlage ber Anregungen, bie ein ausgezeichnetes Mitglied ber tonftituierenden Rationalversammlung von 1791, Clermont = Zonnerre, gegeben hatte, von Seiten Benjamin Conft ant's in beffen Esquisse de constitution 1814 nähere Entwidelung fanb 6).

¹⁾ Ueber die Trennung der legislativen und exelutiven Staatsgewalt. Er sagt: Gewalt ist Wille und Macht, also auch die Staatsgewalt; die Gestzedung ist aber nur Wille, die Exelutive nur Macht; getrennt ist somit keines von beiden Staatsgewalt; demnach muß beides vereinigt sein.

2) v. Aretin, Staatsrecht der konstitutionellen Monarchie, Alkendurg 1824, Bd. 1 S. 88 und 89.

3) S. 107.

4) Bd. 2 (Stuttgart 1830) S. 323.

5) Außer Santtion der Gestz, Ernennung der Richter und Begnadigung.

6) Vergl. Jellinek, Gestz und Verordnung S. 71; auch Stahl, Geschichte der Philosophie, 2. Aust. 1374 S. 348 fl., v. Seydel, Annalen 1898 S. 757 f. — Die Versassungsunztunde Portugals vom 29. April 1826 Art. 11 und 71 ff. hat dem pouvoir moderateur auch Sinzang in das positive Recht verschafft. Vergl. Dareste, Les constitutions modernes, 2. Aust., Paris 1891, Bd. 1 S. 641 f.

Bum Anderen fragt es fich, wann und auf welche Beise erkannt war, daß fich die kon= stitutionelle Monarchie des 19. Jahrhunderts nicht auf das Brinzip der Bollssouveränität zurudführen laffe, ba bie mobernen Berfaffungen nicht vom Bolte ben Fürsten, sondern von biefen bem Bolle gegeben waren. In biefer Richtung ist zu bemerten, daß die eigentliche Staatswiffenfchaft zu biefer Erfenntnis viel fpater gelangt, als bie mit Staatslehre fich beschäftigenbe Bhilosophie und die mit allgemeinen Rechtsfragen fich befassende Jurisprudenz des Brivatrechtes. Der oben ermahnte v. Aretin, welcher zu ben eigentlich ftaatswiffenschaftlichen Schriftftellern rechnet, erkennt wohl ben Unterschied zwischen Teilung ber Gewalten und Beschränkung ber einheitlichen monarchischen Gewalt und nennt bie neuen Berfaffungen oftropierte 1); nichtsbestoweniger führt er aber bie Stellung bes Fürsten auf eine Uebertragung seitens bes Gesammtvereines bes Bolles, ber Wesammtheit ber Staatseinwohner gurud 2). Die herrichende Auffassung in ber beutschen Staatslehre bleibt bis in bie Mitte bes Sahrhunderts biejenige, welche bie Stellung des Herrschers auf einer Herrschaftsübertragung Seitens des Boltes beruhen läßt. Auch dies kommt daher, daß die Staatslehre jener Beit mehr Politik als Jurisprudenz und insbefondere fic in den Dienst politischer Bestrebungen stellenbe Wissenschaft war. Noch war das Riel einer konstitutionellen Monarchie nicht in allen Staaten erreicht. Es war leichter erreichbar, b. h. eine energischere Beteiligung ber öffentlichen Meinung zu erreichen, wenn man vom Prinzipe ber Bolkssouveranität ausging. Die unter der ersten Witwirfung von Staatsgelehrten austande gekommene Berfassung bes Deutschen Reiches vom 28. April 1849 ruhte auf dem Brinzipe der Bolkssouveranität und der Herrschaft des Barlamentes.

Die übrige, nicht fo ftart in ben Banden ber Bolitit befangene, mit dem Staate fich beschäftigenbe Biffenschaft war freier. Sie ertannte, bag bas Pringip ber Boltssouveranität nicht bas einzige fein tounte, welches ber Staatsnatur entsprach. Die frangofische Berfaffungsgeschichte hatte zur Genüge erkennen laffen, daß es übertrieben war, wenn man das Brinzip der Bolfssouveranität bisber als die unter allen Umftanden beste Staatsform ansprach. Die franşöjifche Berfaffung von 1791 hatte dem Individuum nicht nur teine private, sondern auch teine politische Freiheit, sondern Despotie Weniger gebracht. Sie hatte so vieler Abanderungen beburft, um dem wirklichen Staatsbedürfnisse zu entsprechen, daß ihre prinzipielle Grundlage feineswegs mehr als die allein zutreffende angefehen werden konnte. Es war nicht mehr möglich, in dem Staate der Demokratie allein die vernunftgemäße Staatsform zu erbliden. Und wenn man tropbem baran festhielt: warum bestand bann in anderen Staaten noch die dem Grundsabe ber Boltsfouveranität entgegengesette absolute Monarchie? Warum war bann nicht in allen Staaten die nämliche Berfaffung vorhanden?

So bilbete sich notwendig die Anschauung: die Natur bes Staates als solche verlangt teine bestimmte Bersaffungs- und Regierungsform, die Natur des Staates verlangt nicht Boltsfouveränität. Welche Staatsform in den einzelnen Staaten vorhanden ist, bangt von den besonberen Berhaltnissen bes Raumes und ber Bevölkerungsgröße, von fozialen, wirtschaft= lichen, religiösen und anderen Umftanden ab. Damit war aber die Borstellung in den Border= grund gestellt: wie seine Berfaffung, so ift ber Staat felbst mit bem gangen Landes- und Bollscharafter bes betreffenden Gebietes verknüpft; ber Staat ift nicht etwas blos mit bem Willen, fondern etwas mit dem Befen des Bolles, der Bollsgenoffen, Berbundenes. Er ift ein Brodukt nicht des subjektiven Willens, sondern des objektiven Geschehens. Er kann nicht rationalistifch, fondern nur hiftorisch erfaßt werben. Die biftorifche Auffaffung bes Staates beginnt.

Damit will feineswegs gefagt fein, daß eine folde nicht fcon früher vertreten worden ware. Schon Bico, ber Reapolitaner (1668-1744) 3), David Sume, Englands größter Philosoph

¹⁾ S. 159. 2) S. 15 3) Ueber ihn Bluntschli a. a. D. S. 281 ff. 2) ©. 151, 155.

(1711—1776). 1) und Herber2) haben ben Staat als geschichtliche Erscheinung erfaßt und betont, daß er nicht als ein Att menschlicher Willfur, des Bertrages, sondern als ein Erzeugnis geschichtlicher Entwickelung angufeben feis). Aber jest erft, angesichts ber gabnenben Rluft, welche fich mit ber frangofischen Revolution in einer bisher nicht gekannten Beise zwischen Spekulation und Birklichkeit aufthat, hatte bie historische Auffaffung, ber Bofitivismus. in der Staatslehre Erfolg.

Benn wir fragen, wer biefe neue Staatsauffaffung einleitete, fo tonnte an Schelling gebacht werben, insofern berselbe ben Staat 1800 in seinem Berke "Der transcenbentale Realismus" unter ben Begriff des Organischen stellte und unter organisch das Lebende im Gegensate zum fünstlich Gemachten verstand 1), allein die betreffenden Ausführungen waren zu unbestimmt, als daß fie die Grundlage für eine erfolgreiche Bekampfung der bisherigen Staatslehre hatten abgeben können. Und basfelbe gilt von feinen in feinen Privatvorlefungen von 1810 niebergelegten Staatsanschauungen6). Auch Ancillon86) Ausführungen fehlte die nötige Kraft. Erft Hegel's großartige, in seinen "Grundlinien der Philosophie des Rechtes" 1821 niedergelegte Philosophie der Geschichte?) errang den Sieg. Savigny hatte in seiner berühmten Schrift "vom Berufe unserer Zeit für Gesetgebung und Rechtswissenschaft" (1814) ben Gebanken ausgesprochen: "Das Recht hangt organisch mit Wefen und Charatter bes Bolles zusammen". Hegel überträgt benselben in diesen seinen Grundlinien auf das Berhältnis von Staat und Bolkund die historisch-genetische Staatsanschauung war begründet. Sie hat im Berlause zweier Jahrzehnte in den Anschauungen über die oberften Staatsprinzipien, Rechtsgrund und Rechtenatur bes Staates eine vollige Umgeftaltung geschaffen, die wir nunmehr betrachten.

Bas zunächst die Frage der obersten Staatsprinzipien angeht, so ist es selbstverständlich, daß mit einer Staatsauffassung, welche betont, daß der Staat nicht blos eine willfürliche, bewußte und beabsichtigte Schöpfung feiner Angehörigen fei, die Anschauung nicht mehr recht vereinbar war, als habe ber Staat in erster Linie nur die Bedeutung einer Schutsanstalt für die natürliche Freiheit des Individuums. Wenn der Staat, theoretisch betrachtet, nicht mehr als Werk einer Berbindung der Staatsangehörigen erschien, so lag es nahe, in ihm auch nicht mehr eine Einrichtung zur Befriedigung individueller Intereffen der einzelnen Staatsangehörigen zu erblicken. Zwei Theorien wurden in dieser Hinsicht auf historischer Grundlage aufgestellt, die eine dahin gehend, der Staat diene den Interessen der Herrschenden, die andere, ber Staat diene den Interessen der Staatsgesammtheit. Die eine Theorie, diejenige R. L. v. Haller's 8), sah im Staate ein Erzeugnis bes Naturgesets vom Rechte bes Stärkeren; alle Abhängigkeitsverhältuiffe entstünden durch Uebermacht eines Teiles, das Berhältnis zwischen Mann und Frau, Bater und Kind, Lehrer und Schüler; ebenso auch bas Berhältnis von Obrigkeit und Unterthan. Die Betrachtung ber frangofischen Revolution vermochte leicht zu dieser Ueberzeugung zu führen. Die französische Revolution hatte dem Individuum teineswegs die erhoffte Freiheit, sondern starte Unterdrückung durch die Herrschaft des Bobels gebracht. Dem Willen ber Individuen tonnte eine folche Berrichaft nicht entsprungen sein. Wenn fie fich bennoch burch Jahre hielt, so bestand fie eben traft ihrer Uebermacht. So gut aber ber

¹⁾ Faldenberg, Geschichte ber neueren Philosophie, 3. Aust. Leipzig 1898 S. 453 ff.
2) Jbee zur Philosophie ber Geschichte ber Menschiet 1784 f.
3) Vergl. Faldenberg S. 199, 415; Winbelband, Geschichte ber Philosophie S. 480.
4) Vergl. Bluntschli S. 599; Winbelband, 1. Aust. (1892), S. 470.
5) Neber diese Fester, Rousseau und die beutsche Geschichtsphilosophie, Stuttgart 1890, €. 185 ff.

⁶⁾ lleber Souveranitat und Staatsverfaffungen, 2. Aufl. Berlin 1816 S. 27: "Die befte Berfassung ist immer die, welche aus der Individualität und der ganzen Geschichte des Bolkes hervorgeht".

7) Windelband, 1. Aust., S. 483; Falden berg S. 412 ff.

8) Restauration der Staatswissenschaften, Winterthur 1816 ff.; vergl. Bluntschlie, S. 552 ff.

Bobel folde Uebermacht haben kann, so gut auch ber Monarch. Alle Obrigkeit, alle Staatsgewalt berubt auf Uebermacht.

Die andere Auffassung beruht auf folgendem Gedankengang. Der Staat ist das Er= gebnis ber natürlichen Entwidelung einer Bollsgesammtheit. Er muß fich also aus ber Natur biefer Bollsgesammtheit erklären. Damit ift aber gegeben, daß er eine Erscheinung ift, welche ben Intereffen bes Boltsgangen, nicht blos ber einzelnen Inbividuen entspricht. Richt bem Individual-, fondern bem Sogialintereffe bienter. Erfteres hat alfo letterem zu weichen.

Es entstand die Frage, welche von beiden Anschauungen die herrschende werden wurde. Rur biejenige, welche ben bisher in Leben und Biffenichaft vorhandenen Staatsvorftellungen am nächsten ftanb. Dies war aber bie leptgenannte. An fich entsprach ja bie erste Auffassung allen Anforderungen einer juristischen Staatsbetrachtung. Aber die Konsequenzen, welche aus ihr zu ziehen waren und welche Saller thatsachlich aus ihr zog, liefen ben in Braris und Theorie vorhandenen Staatsanschauungen zuwider. Haller leitete aus seiner Staatsentstehungstheorie den Sat ab : Die Berrichaft, welche jemand fraft feiner Ueberlegenheit bat, dient feinen eigenen, seinen individuellen Interessen. Er tann fie gebrauchen, wie er will. DR. a. 28., seine Theorie ift die Theorie der Thrannis. Diese Staatsauffaffung ftimmte aber nicht blos nicht gu Theorie und geltendem Recht ber naturrechtlichen, fondern auch nicht zu ber Lehre und bem geltenben Recht ber absoluten Staatsauffassung. Die naturrechtliche Staatsauffassung bulbete Beschränkung der natürlichen Freiheit, aber doch nur eine Beschränkung derselben im Interesse ber Staatsgesammtheit. Der Grundgedanke ftand allgemein fest, daß ber Rwed folcher Ginschränkung nur die salus publica sein könne 1). Gegen die eigensüchtige Ausübung der Staaksgewalt war ja gerade die naturrechtliche Schule des Individualprinzips und der natürlichen Freiheit entstanden und alle französischen Berfassungen seit der Erklärung der Menschenrechte von 1789, welche auf biefem naturrechtlichen Grunde ruben, ftellen als oberftes Bringip ben Sat auf: la loi n'a le droit de défendre que les actions nuisibles à la société 3). Eine Befchräntung ber natürlichen Freiheit, welche nur dem egoistischen Interesse ber Obrigteit entfpricht, ift also unzuläsig. Die gleiche Schrante jog aber auch ber Staat bes aufgeklärten Absolutismus, wie er vor Allem burch Friedrich ben Großen reprafentiert ift, ber Bethatiqung der Staatsberrichaft3).

Anbers lag es mit ber entgegengesetten, das Sozialinteresse betonenben Staatsauffassung. Sie entsprach vor Allem ber Borftellung ber herrschenden Kreise im absoluten Staate. Das Staatswohl fteht nach biefer nicht blos über bem Intereffe bes Fürsten, sonbern auch über bem des einzelnen Unterthanen. Es gibt nur ein Glud im Staate, fagt Friedrich ber Große, und bas ist bas bes Staates im Allgemeinen 1). Aber nicht blos bies. Diese Staatsanschauung lag auch in ber Konsequens ber naturrechtlichen Bertragstheorie und ihrer Wiebergabe im geltenben Rechte. Denn, wenn bieselbe auch fagte, die Freiheit ift nicht entziehbar, sonbern nur befchrantbar und der Staat hat nur das Recht, den Unterthanen in feiner Freiheit zu schühen, nicht ihn in feiner Billensthätigfeit bevormundend zu fordern, fo war bie Naturrechtslehre boch weit bavon entfernt, bas Individuum barüber befinden zu laffen, wo die Grenzen jener Befchräntungs- und Beschützungsbefugnis feien. Die Staatsgewalt und nicht bas Individuum ift es, welche biefe Grengen nach freiem Ermeffen bestimmt. Bas bem Sinne bes gangen Boltes b. b. ber Bollsmehrheit entspricht, ist nach Rant immer Recht b). Darüber, was dem Gemein= wohl nütt, ift allein ber Souveran Richter, fagt Rouffeau6). Und bem entspricht auch bas

Bergl. Wolff a. a. O. § 976; vergl auch S. 243 bei N. 1. Bergl. oben S. 249 N. 6. 3) Bergl. oben S. 280 ff, Oeuvres IX Nr. 15; il n'y a qu'un bien qui est celui de l'Etat en général. Bergl. 144. 5) Faldenberg S. 332; Binbelbanb (1. Aufl.) S. 489. Bergl. S. 240 N. 9. Bergl. auch Lode II 57; Law ... prescribes no farther than Doct S. 144. 6) Bergl. S. 240 N. 9.

politive Recht ber frangolischen Revolution. Alle Berfallungen bis auf eine geben bem Indi= viduum tein Recht bes Biderftandes, wenn nach feiner Meinung feine naturlichen Rechte burch Befet verlett find. Sie fagen wohl, bas Befet hat nur bas Recht zu verbieten, mas ber Staatsgefellicaft icablic ift1), aber ein Rechtsmittel gewährt bie Berfaffung ben Unterthanen nicht, wenn nach ihrer Meinung über biefe Grenze hinaus in ihre natürlichen Rechte eingegriffen ift. Wenn ber Gingriff auf Gefet beruht, ift er giltig. Die Befdrantungen ber naturlichen Freiheit, fagt Art. 4 ber Erflärung ber Menschenrechte, werben burch Gefet bestimmt 2). Und die eine, übrigens nie ins Leben getretene Berfaffung, die vom 24. Juni 1793, welche bem einzelnen ein Recht bes Aufstandes einräumt, quand le gouvernement civil viole les droits du peuple³), paralpsiert dieses Recht ber Ansurrettion burch eine Ausdehnung der Gefetgebungsbefugnis ber Obrigfeit. Diefelbe tann durch Gefet nicht blos verbieten, was ber Gesellschaft schäblich ist, sondern auch ordonner ce qui est juste et utile à la société 1).

Auf diese Weise siegte die soziale Staatsauffassung. "Der Staat, sagt Stahlb,, ein Sauptanhänger dieser Auffassung, ift nicht ein Zusammentritt, eine Gesellschaft von Menschen, fondern eine Anftalt, ein organisches Bange über ihnen, bem fie als bienende Blieber angehören" 6). Und zwar wird ber foziale Rwed fehr weit gefaßt. Nach Segel ift ber Staat "bie Birklich= feit (Berwirklichung) ber fittlichen Idee" 7), ber fichtbar geworbene Bollsgeift 8), und Stahl fagt beutlicher 9): "Der Staat hat nicht blos bie notwendige Ordnung in den Berbaltniffen zu erhalten, sonbern zugleich bie gemeinsamen Bestrebungen nach ihrem Biele zu forbern". Der Staat ift somit nicht blos Rechtsschutz-, sondern auch Boblfahrtsanstalt.

Im Einzelnen teilt sich die auf dem Sozialprinzipe rubende Staatsauffassung bann in awei Gruppen. Dieselben unterscheiden sich nach dem inneren Grunde, womit sie die Eriftenz bes Staates als folden rechtfertigen. Die eine Bruppe findet benfelben in ber Bernunft= notwendigkeit des Staates, die andere in göttlicher Stiftung.

Beide knüpfen an vorausgegangene Theorien an, die erste an die Staatstheorie Kant's. die andere an die Fortbildung der Lehren Bossuet's und Kenelon's in Frankreich. Nach Kant beruht ber Staat seinem inneren Rechtsertigungsgrunde nach wohl auf Bertrag , aber den Bertrag einzugehen, ift ein Gebot der Bernunft, vernunftnotwendig 10). Ebenso sagt nun die neuere Staatsauffassung: Der Staat ist ein Ergebnis des Bollsgeistes, also mit dem Bolle gegeben. Ohne Staat ist ein Bolt nicht bentbar. Der Staat ist somit mit ber Natur bes Bolfes vorhanden, demnach naturs d. h. vernunftnotwendig. Während die Bhilosophie bisher schloß: Der Mensch ist fraft seiner Ratur verbunden, in den Staat einzutreten, schließt sie jest: Der Menich ist traft seiner Zugehörigkeit zum Bolke, als Bolksgenoffe ipso jure Staatsangehöriger. Begrunder der Theorie ist Begel. In den Grundlinien der Philosophie des Rechtes § 258 fagt er: Der Staat ift gerechtfertigt durch "ben allgemeinen Willen, als bas an und für fich (b. h. feinem Begriff nach) Bernünftige".

Auf der anderen Seite wird in Frankreich während und nach der Revolution die theotratische Idee Bossuet's und Fénelon's wieder aufgenommen. Um die Revolution vollständig zu verdammen, sucht man die Grundlage des Staates wieder bei Gott. Sah man im Staate ein Ergebnis des Bolksgeistes, so war dadurch nach dem Prinzipe der Staatsentwidelung Revolution nicht ausgeschloffen. Der psychologische Charafter eines Bolles kann ba-

Borige Seite R. 2.

²⁾ Bergl. S. 245: les bornes ne peuvent être déterminées que par la loi.
3) Grtlarung ber Menschen- und Bürgerrechte Art. 35.
4) Ebenda Art. 4.
5) Philosophie des Rechts, 2. Bd., 2. Abt., Heidelberg 1837, S. 17.
6) Dazu eben doselbit S. 17: Gr (der Staat) besteht überhaupt nicht für die Menschen in ihrer Sonderung, für Freiheit, Wohl, Sittlichkeit, allseitige Entwickelung berfelben bloß als Einzelner, sondern für die Menschen in ihrer Gemeinschaft".

8) Windelband (1. Aufl.) S. 483.

10) Bergl. die Zitate bei Gierke S. 121 R. 122.

zu führen und bann ift fie berechtigt. Wenn man aber im Staate überhaupt tein Menichenwert erblicte, weber ein willfürliches ber Individuen noch ein unwillfürliches, aus ber Natur bes Boltes fich ergebendes, so mar jede Staatsumwälzung unberechtigt. In diesem Sinne entstand in Frankreich jur Reit ber Revolution wieber eine religible Staatstheorie, die fich bann auch nach Deutschland verpflangte. De Bonalb (1754-1840) 1), be Maiftre (1754-1821), be Lamennais (1782-1854) *) find ihre Bertreter auf frangofifcher, Friedrich Schlegel (1772-1829), Adam S. Müller (1779-1829), Gorres (1775-1848), Beinrich Leo (1799-1878). Stabl (1802-1861) und Berd. Balter (1794-1879), von prattifchen Polititern v. Rabowiy (1797-1853) ihre Bertreter auf beutscher Seite und zwar Le o und Stahl im Gegensat zu ben übrigen Belehrten von evangelischer Grundanschauung aus.

Ihr entschiedenster und scharffinnigster Bertreter war Stahl. In seiner Formulierung heißt die Lehre 3): "Der Staat übt Rechte und Gewalten, die keinem Menschen und keine Mehrheit (Bereinigung) von Menschen zustehen konnen, Die Majestät, . . bas Gericht und Die Strafe bes Berbrechens, das Aufgebot zum Kriege. Also hat er seine Bollmacht und sein Anfeben von Gott. Er ift nur Trager, nicht Subjekt diefer Rechte, ein Bertzeug Gottes gur Borbereitung für bas zufünftige, ewige Reich".

Die Theorie konnte trot aller zündenden Bertretung wissenschaftlich nicht durchschlagen. Denn nach Anschauung aller ihrer Bertreter benüht Gott für Errichtung und Lentung bes Staates boch die Menschen, das Bolt, als Bermittler. Auch Stahl fagt: Gott legt ben Menichen ins Berg, welche Ordnung fie berftellen, welche Biele fie anftreben follen. "Der Staat, also eine Menichengemeinschaft, ift ber Leiter ber gottlichen Ginfluffe auf ben außeren Rustand ber Menschen" 4). Es liegt baber nabe, baß nicht bie theotratische, sondern die Theorie ber Bernunftnotwendigkeit die herrschende wurde. Ihr schloffen fich von Bolitikern Ancillon, Tocqueville (1805—1859) 5), spater Stein und Schäffle, von Philosophen Schleier= macher, von Staatsrechtslehrern Dohl's), Dahlmann', S. A. Bacharias), Bopfl's), Blunticili, Bais, Gneift10) und die gesammte Staatslehre seitbem an, soweit fie fich, was feit bem Borhandensein geschriebener Berfassungen mehr und mehr ber Fall wurde, von bem Busammenhang mit und ber Abhängigkeit von Bolitik, Philosophie und Rirchenlehre frei au machen wußte. Soweit dies nicht der Fall ist, die Staatslehre sich insbesondere innerhalb ber Schranken einer bestimmten Glaubenslehre bewegt, begegnet noch die Theorie der göttlichen Stiftung als wiffenschaftliche Erklarung 11). Die übrige Biffenschaft verwirft es teineswegs allgemein, in Gott ben letten Grund, die causa remota, wie aller Dinge, fo auch bes Staates zu erbliden. Allein fie halt fich burch biefen Glauben nicht für ber Aufgabe überhoben, bie vermittelnde Thatigfeit ber Menschen, welche boch auch bie religiose Staatslehre annimmt 13),

¹⁾ Théorie du pouvoir politique et réligieux dans la société civile 1791; vergl.

Bluntschlis. 540.

2) Bluntschlis. 548 ff.; 688 ff. v. Holtzendorff, Rechtsenzyklopädie, 5. Aust.

S. 80 und 83 ff.

3) A. a. O. S. 17.

4) S. 8.

5) Bluntschlis. 5. Aust.

6) Staatsrecht des Königreichs Württemberg, 1. Teil Tübingen 1829 S. 4.

7) Politit, 1. Aust. 1835.

8) Deutsches Staatsrecht, 1. Aust. 1841.

9) Gemeines Deutsches Staatsrecht, 1. Aust. 1847.

¹⁰⁾ Einen ellettifchen und verschwommenen Standpunkt nahmen R. S. Zacharia (1769-

¹⁸⁴⁸⁾ und Schmitthenner (1796—1850) ohne allen Erfolg ein.

11) Cathrein S. J., Art. Staat im Staatslegison ber Görresgesellschaft Bb. V (Freib. 1897) S. 220: Bir behaupten, Gott selbst verleihe un mittelbar bem Staate die öffentliche Ge-Dazu S. 221 f

¹²⁾ Erog bes Bortes "unmittelbar" nennt Cathrein ben "unmittelbaren Ursprung ber Staatsgewalt aus Gott" (S. 219) nur die "entfernte Ursache" (S. 217) bes Staatsursprungs, die nächste erblickt er in der organischen Entwicklung der Ursamilien (S. 280) und zwar unter der ausbrudlichen Bemertung, bag biefe geschichtliche Entwidelung eine mannigfache Mitwirtung ber Menschen voraussetze, ein unmittelbares, übernaturliches Eingreifen Gottes in den Gang ber Geschichte nicht angenommen werben burfe (S. 281). Das heißt aber boch nichts anberes als ben Gebanten un-

wissenschaftlich zu erklären und kommt so zu der Theorie der Bernunftnotwendigkeit. Die Betractuna des Staates als abttliche Einrichtung schließt nicht aus, denselben auch als menschliche anzusehen. Die Theorie der göttlichen Stiftung steht anderen, den Staat lediglich als Menschenwert ins Auge faffenden Theorien nicht im Wege 1).

Die neue, aus ber historischen Betrachtung 2) bes Staates hervorgegangene Auffaffung, baß ber Staat nichts tünstlich Gemachtes, kein willkürliches Werk ber Menschen sei, hatte bes weiteren aber Ginfluß auch auf die Anschauung von ber rechtlichen Ratur bes Staates.

Die naturrechtliche Theorie ließ ben Staat burch Gesellschaftsvertrag entstehen, erklarte ihn aber doch für eine Perfonlichkeit 3). Allein diese Bezeichnung des Staates als Person war ber inbividualistischen Grundanschauung gemäß in Wahrheit nur eine Kollektivbezeich = n un a, nicht ber Name für ein Individuum, eine Ginheit. Das beweift einmal ber Umstand, bak man diese Berfönlichkeit societas nannte und jeder societas juristische Berfönlichkeit zu= billigte, den Staat aber durch acte d'association (pacte social) zu Stande kommen ließ, und bas beweist zum Anderen die Thatsache, daß Rousseau ausdrücklich bemerkt, der Name peuple sei ber Rollektivname ber Staatsgenoffen . Mit ber neuen hiftorischen Auffassung bes Staates mußte die Bedeutung des Staates als einer blos nominellen Perfonlichkeit verschwinden. Er mußte ben Charafter einer in fich geschloffenen, von seinen Teilen verschiedenen Ginheit erhalten. Und wir seben auch, daß dies in der That geschah. Die Auffassung ist dabei je nach der Anschauung über ben Rechtsgrund bes Staates eine verschiedene. Bei der Bezeichnung des Staates als Ergebnis bes Bollsgeiftes liegt ber Schwerpunkt ber Meinung barin, baß es nicht die Individuen, sondern das Bolk als ein Ganzes ift, aus dessen Geift sich die staatliche Exi= ftenz ergibt. Die Borftellung auch bes Staates als einer geschloffenen Einheit mar bamit von felbst gegeben. Aber auch biefe Meinung spaltete fich wieber. Gin Teil ihrer Bertreter legte ben Nachbrud barauf, bag es ber Bolls geift ift, aus bem fich ber Staat entwickele, bie andere betonte, daß es der Beift des Boltes fei, aus welchem der Staat herauswachse. Inbem bie erstgenannte Gruppe bavon ausgieng, bag es ein Geift, b. h. eine im Bolte vorhan= dene Idee, also etwas nicht dem Kreise der sichtbaren, sondern der vorgestellten Welt Ange= boriges fei, welches ben Staat bilbe, lag für fie die Anschauung nabe, baß auch ber Staat, bie Staatsperfönlickeit, etwas Borgestelltes, vom Bolt Erbachtes sei. Für die andere Gruppe, welche ben Schwerpunkt barauf legt, daß ber Staat fic aus ber Natur bes Boltes erkläre, mit bem Begriffe bes Bolles felbst vorhanden fei, mar es das Gegebenere, im Staate eine wirtliche, natürliche, reale Perfonlichfeit zu erbliden, nachbem bas Bolt felbft etwas Reales und Greifbares ift. So entstanden die beiden Theorien der juriftischen und der realen Staatsperfonlichteit.

Hür lettere war zur Reit bes Entstehens ber historischen Staatslehre ber Boben gunftiger. Die Auffassung bes Staates als etwas Natürliches brachte ben Gegensat zur fpetulativen Auffassung bes Staatsrechtes schärfer jum Ausbrud. Rach bieser ift ber Staat etwas fünstlich Gemachtes, nach ber historischen Schule etwas Gewordenes, Natürliches, das, mit der Natur des Bolles entstanden, fich gemäß beffen Umgestaltungen andert und entwickelt. D. a.

mittelbarer Stiftung bes Staates burch Gott gurudnehmen. Wie erklart fich ber Biberfpruch ? In Wahrheit versteht Cathrein die gottliche Stiftung bahin, daß fie bedeutet: Gott "will, daß es Staaten gebe (S. 223)". Das ist aber etwas anderes als der Satz: "die Staatsgewalt

pun es Stuaten geve (S. 225)". Das ist aber etwas anderes als der Satz: "die Staatsgewalt stammt un mit telba r von Gott" (S. 220).

1) So führt z. B. de la Bigne a. a. D. S. 6 ff. die Staatsgewalt mittelbar auf göttsliche Einsetzung, unmittelbar auf Bolkssouveränität zurück. Vergl. dazu Rossi a. D. Bd. 2 S. 36 f. und Schmidt, Der Staat S. 120.

2) Ueber ihre Bedeutung für die Geschichte der Staatsrechtswissenschaft im Allgemeinen vergl. Geschichte S. 261.

3) Geschichte S. 282 und 251.

⁴⁾ I 6: à l'égard des associés ils prennent collectivement le nom de peuple et s'appellent en particulier citoyens; vergl. Geschichte S. 258 N. 1.

28. : ber Staat unterliegt ben gleichen Gesetzen, wie die Natur, die sichtbare Welt : er ist eine natürliche, eine lebende Berfonlichkeit. Dazu tam dann die wiffenschaftliche Auffaffung der Natur in jener Beit. Alle Naturwiffenschaft war von der Bhilosophie beherrscht und in der Bhilosophie herrschte, was die Erklärung der Natur angieng, die Naturphilosophie Schelling's. Nach ihm ift ber Bentralbegriff ber Natur bas Leben, bas Organische. Der Staat ift also eine orga= nische Bersönlichkeit. Die Hauptvertreter dieser Anschauung sind Bluntschlit) und Comte2), ber Begründer bes Bositivismus in der Philosophie und der Soziologie. Der erstere betrachtet den Staat für sich allein, der andere als eine Erscheinungsform der Gesell= fcaft. Beibe tommen aber barin zusammen, bag ihnen ber Staat (und bie Gesellschaft) ein 3n= bivibuum wie ber Mensch, ein großes sozigles Individuum, ein Kollektivorganismus ist.

Damit ist zugleich ber Unterschied ihrer Auffassung bes Organischen gegenüber Schel= ling und Begel gekennzeichnet. Unterbeffen war die empirische Naturbetrachtung erweitert, eine besondere Natursorschung entstanden, an die Stelle der Naturphilosophie empirische Na= turforidung, Raturwiffenicaft, wefentlich unter bem Ginfluffe Alexander von Sumbolbt's getreten. Der Organismus wird nicht mehr, wie von Schelling und Hegel, idealistisch, aus Ibeen, aus bem Walten geistiger Kräfte, bynamisch, sonbern positivistisch, aus Wahrnehmung, aus bem Borhandenfein von Elementen, atomistisch erklart. Bluntichli und Comte übertragen biefe Betrachtungsweise von ben naturlichen Organismen, Tieren und Pflanzen, auf bie fozialen Organismen, Bluntichli auf ben Staat, Comte auf alle fozialen Organismen. Daburch ift lepterer ber Begründer ber von ihm selbst so genannten positiven Philosophie geworben. Bas insbesondere den Staat anlangt, so betrachtet ihn Bluntschli mehr von der morphologischen, Comte mehr von der bivlogischen Seite. Bluntschli mehr den Bau. Comte das Leben des Staats= körpers, seine Lebensverhältnisse und seine Beziehungen zu anderen Staatserscheinungen 3).

Eine andere Auffassung der rechtlichen Natur des Staates ergab sich vom Standpunkte ber theofratischen Staatslehre aus. Die bisher erörterte Staatstheorie verstand unter ber Berfonlichteit bes Staates eine folde von torporativem Charatter, eine fich felbft regierenbe Personlichkeit. Rach ber theokratischen Staatsauffaffung ift ber Staat nur etwas von Gott mittelft ber Menichen Regiertes. Es ift baber nur folgerichtig, wenn Stabl' ben Staat als eine Un ftalt Gottes bezeichnet.

Bon den drei stizzierten Auffassungen der Staatsnatur — juristische, organische, Anstalts-Berfönlickteit — herrschte, wie bemerkt, ursprünglich die organische Staatsauffassung vor und ihr ift es vor Allem zu verdanken, daß in der Biffenschaft die naturrechtliche Bertragstheorie mehr und mehr verlaffen wurde. Sie hatte ben Gegenfat zu letterer zum fraftigften Ausbruck gebracht. Als sich die Staatslehre bann fortschreitend aus der Berbindung mit Philosophie und Politik löste, begann die Theorie der juristischen Persönlichkeit an Ausdehnung zu gewinnen. Man erkannte zusehends, daß die Bezeichnung des Staates als natürlicher Organismus wohl ein Bergleich, aber nicht eine Erklärung bes Staaswesens zu sein vermöge. Der Uebergang hiezu war baburch vorbereitet, daß man bem Staate den Charakter eines anderen als eines naturlicen Organismus beilegte. Borlanber 6) und Bait nennen ben Staat wohl einen Drganismus, aber nicht mehr einen natürlichen, sondern einen ethischen, b. h. einen folchen, ber

¹⁾ Psychologische Studien über Staat und Kirche, Zürich und Frauenfelb 1844. 2) Système de politique positive ou Traité de sociologie 1852—54. Dazu Michel, L'Idée

de l'État. Essai critique sur l'histoire des théories sociales et politiques en France depuis la Révolution, Paris 1896 S. 427 ff.

3) lleber Comte, Art. Soziologie im Handwirterbuch der Staatswissenschaften 2. Suppl. Bb. Jena 1897; Stein, Die soziale Frage im Lichte der Philosophie Stuttgart 1897 S. 479 ff.,

4) A. a. D. S. 17, 19.

⁵⁾ Die Staatsformen in ihrem Berhältnisse zu ber Entstehung ber Gesellschaft, in ber Zeitsschrift für b. ges. Staatswissenschaften Bb. XIV S. 293 ff.; XV S. 143 ff.; bazu van Kriefen, lieber bie sog. organische Staatstheorie, Leipzig 1873 S. 98.

nicht unter den Gesetzen und für die Zwede des Naturlebens, sondern in der Welt sittlicher Iden erwächst, der geistigen Welt, der Welt der Borstellung, nicht derjenigen der körperlichen Dinge angehört. Selbst Bluntschlich hat später den Staat nur mehr einen nachgebildeten, keinen natürlichen mehr genannt 1). Die Auffassung des Staates als göttliche Anstalt konnte mit der geringen Ausnahme der theokratischen Staatsidee in der Wissenschaft keine Verbreitung gewinnen.

In ber praktischen Politik, in der Politik des käglichen Lebens, war die Berteilung des Einflusses der verschiedenen Staatstheorien eine andere als in der Bissenschaft. Bor Allem erhielten sich hier die naturrechtlichen Lehren des Individualprinzipes und des Staatsvertrages länger. Die individualiftische Staatsauffassung und die auf ihr basierende Bertrags- und Bolks-souveränitätstheorie war das Wahrzeichen, unter welchem sich der politische wie der wirtschaft-liche Liberalismus) aller Länder sammelte. Es war die praktisch-politische Lehre des Bürgert ums als des wohlsituierten Teiles der staatlichen Bevölkerung. Den Zwecken des Bürgertums war mit der Beschränkung der staatlichen Thätigkeit auf den Rechtsschutz gedient. Daselbe brauchte Freiheit für seine Bethätigung und die sicherte ihm die individualistische Staatsauffassung. Um politische, geistige und wirtschaftliche Freiheit zu erreichen, dazu bot das so leicht verständliche und dem menschlichen Egoismus schmeichelnde Individualprinzip das zugekrässigste Wittel.

War die individualistische Staatslehre das Prinzip der praktischen Politik der maßgebens den Kreise der Regierten, so bildete die historische und besonders die in der wissenschaftlichen Welt mehr und mehr verschwindende religiöse Staatsauffassung die den Interessen der Regierenden und des Abels dienende praktische Staatsauffassung die den Interessen der Beschichte des Volles und mit Zurücksung der vorhandenen Staatsgewalt auf göttliche Einsehung war die bestehende Staatsordnung am besten verteidigt. War die individualistische Staatstheorie die Theorie des Strebens nach Fortschritt und Umswälzung, so war die Hegelschaft'sche Staatsauffassung die Theorie der Reaktion. Die von der Volksgunst unabhängige Fürstengewalt, das Königtum von Gottes Gnaden war damit innerlich gerechtsertigt.

Bas das Kräfteverhältnis der einzelnen Theorien zu einander angeht, so wissen wir, baß bie naturrechtliche Theorie in bem ersten Biertel bes neuen Sabrbunberts insofern bie Berricaft über die hiftorische und die religiofe Staatstheorie erlangte, als damals in einer Reihe beutscher Staaten Konftitutionen eingeführt wurden. Der politische Liberalismus tam zum Siege. Dieser Periode folgte bis in die vierziger Jahre eine Borberrschaft der beiden anberen Staatsauffassungen. Nicht bie individuelle Freiheit, sondern die Freiheit bes Staates wurde geschütt. Der Staat war beftrebt, fich gegen wirkliche und vermeintliche Gefahren vorzusehen, die von den Unterthanen drohten. Immerhin war das positive Recht insofern von li= beral-individualistischer Staatsanschauung getragen, als es nur den Schut, nicht die Förderung ber Gefellicaft fic angelegen fein ließ und damit indirekt die private Freibeit begunftigte. Bon 1840 an bis etwa 1870, wenn auch mit Unterbrechung von etwa einem Sabrzehnt (1850-60), haben wir bann ein Ueberwiegen bes wirtschaftlich-geiftigen Individualismus, bes Strebens nach wirtschaftlicher und nach geistiger Freiheit. Der Staat war bestrebt, nicht blos politische Freiheit zu gemahren, fondern auch alle Schranten ber wirtschaftlichen und geiftigen Bethatigung bes Individuums zu beseitigen, wenn auch, wie nicht anders möglich, innerhalb ber Grenzen bes fozialen Ordnungsprinzipes; benn tein Staat, ber fich erhalten will, tann ben Sah verlassen, daß in erster Linie der Schuh der Gesammtheit vor Gesahren, erst in zweiter bie Bewegungsfreiheit bes Individuums ftebt.

¹⁾ Allgemeine Staatslehre 5. Aufl., 1875 S. 22, Deutsche Staatslehre 1880 S. 13. 2) Bergl. S. 206.

Dieses Borwiegen des individualistischen Staatsprinzipes innerhalb der Schranken staatlicher Ordnung mährte bis zur Berschiebung der sozialen Berbaltnisse durch das Entsteben einer zahlreichen Kabritarbeiterbevölferung in Kolge der Entwicklung der Großindustrie. Anfangs zwar führte die Entstehung bieses neuen Standes zu einer Ausbehnung bes Freiheits= prinzipes nach der politischen Seite. Die Interessen der Arbeiter waren anfangs die gleichen, wie die der Unternehmer. Um von ben Schranten bes Gefinde= und Bunftrechtes frei zu werben, brauchte der Arbeiter dieselbe rechtliche Bertragsfreiheit, wie ber Unternehmer. Daß das Arbeitsverhältnis der freien Bereinbarung der Arbeiter überlaffen sei, entsprach auch den Bunichen ber Arbeiter. So unterftuten fie bie Bestrebungen bes Burgertums um privatwirtschaftliche Freiheit. Um fich und ben Unternehmern Freiheit im Erwerbsleben zu gewinnen, wollten sie politische Freiheit. Sie glaubten baburch rascher die erstere zu erringen. Rum Teil war bas Wahlrecht auch erreicht. Die liberale Herrschaft verschaffte es ihnen. Allein je mehr fic die Industrie entwidelte, wurde klar, daß der Fabrikarbeiter sich vom Gesinde und Gesellen auch dadurch unterschied, daß er regelmäßig das Leben lang im Arbeiterverhältnis bleibt, nie zu wirtschaftlicher Selbständigkeit gelangt. Dies vergrößerte seine wirtschaftliche Abhängig= feit vom Fabritherrn um ein Bedeutendes. Er stand bem Arbeitgeber rechtlich frei gegenüber, aber er war thatsächlich gezwungen, bessen Arbeitsbedingungen anzunehmen. Der Arbeiter mußte gewahr werden, daß das Brinzip der Bertragsfreiheit, d. h. der freien Konkurrenz ihn wirtschaftlich nicht sowohl frei, als vielmehr unfrei macht. Das Brinzip individueller Freibeit entfesselt einen Rampf ber wirtschaftlichen Rrafte, in welchem ber Schwächere unterliegt. Der Arbeiter ftrebte nun nach Beseitigung seiner wirtschaftlichen Abhängigkeit. Sich bieselbe selbst zu gewinnen, war er wirtschaftlich zu schwach. Er sucht fie politisch zu gewinnen. Der Staat foll ihn unterftuben, feine foziale Stellung verbeffern. Er verzichtet auf rechtliche Unabhangig= feit vom Staatsgesete, wie sie Bertragsfreiheit gewährt, um wirtschaftliche Freiheit gegenüber bem Fabritherrn zu gewinnen. In diesem Sinne ftrebte ber Arbeiter nun nach politischem Rechte ober manbte er bas icon gewonnene an 1). Richt mehr um Freiheit vom Staate, fonbern um Freiheit vom Fabritherrn zu erreichen, trat er in die politische Arena. Das foxial= bemokratische Staatsprinzip war damit gegeben: man strebt nach politischer Herrschaft nicht, um möglichst umfassende individuelle Freiheit zu gewinnen, sondern um den Schut bes Staates gegenüber bem wirtschaftlich Stärkeren zu erreichen. Nicht Unabhängigkeit vom Staate, fondern von anderen Gefellichaftstlaffen ift bas Biel. Andere Rlaffen ber Staatsburger er= tennen die Berechtigung bes Strebens der Arbeiter nach Staatshilfe in ihren wirtschaftlichen Berhältnissen an. Und so entsteht der Sat: dem Staate obliegt nicht blos der Schutz, sondern auch bie Fürsorge für bie Gesammtheit. Er muß biejenigen unterftugen, Die fich nicht felbft. helfen tonnen. Das foxiale Staatspringip brangt bas individualiftifche gurud. Der Staat greift in die Billenssphäre ber Unterthanen ein, wo ein Bedürfnis berfelben vorliegt, das zu erfüllen im Intereffe ber Gesammtheit liegt, beffen Befriedigung aber bie Rrafte ber Indivibuen und ihrer bem Staate eingegliederten Bereinigungen übersteigt. Eine unübersteigbare Rechtsschrante bilbet die individuelle Freiheit für den Staat nicht mehr. Der Staat kann rechtlich die individuelle Freiheit nicht blos beschränken, sondern entziehen. Indes, ift die Freiheit bes Individuums auch nicht mehr oberftes politisches b. b. oberftes Staatspringip, fo ift fie boch noch oberftes Rechtsprinzip bes Staates. Das Individuum ift noch Rechtssubjekt gegenüber bem Staate. Richt nach Willfür, sonbern nur nach reiflicher Ueberlegung, auf Grund einer Rechtsnorm barf er auf bie Willenssphare bes Individuums einwirken. Diese Auffassung ber Willenssphäre des Individuums als Rechtstreis fommt am bezeichnenbsten darin zum Ausbruck, bag auch ber Staat, welcher teinen verfaffungsmäßigen Schut von Freiheitsrechten profla-

¹⁾ Bergl. Georg Mener, Ueber bie Entstehung und Ausbilbung bes allgemeinen Stimmrechtes, heibelberg 1897 G. 12.

miert, jebe folche Einwirkung burch Geset einen Eingriff nennt 1). Diese Benennung bekundet bie Borstellung, daß bie Willenssphäre etwas rechtlich Abgegrenztes, einen besonderen Rechtsfreis gegenüber bem Staate darftellt. Diese Borftellung ift Gemeingut bes heutigen positiven Staatsrechtes.

Man sollte meinen, auch die Staatslehre würde bahin gelangt sein, daß sie im Indivibualpringipe allgemein nicht mehr bas oberfte Staatspringip, also bas Pringip erbliden wurde, aus welchem fich bas Borhandensein bes Staates erflart, allein in Birklichkeit ift in ben romanischen 2) Landern, in welchen bas Bringiv ber Boltssouveranität lange Reit bas Bringip bes geltenben Rechtes war ober noch ift, bas Individualprinzip noch zumeist als oberftes Staatspringip gnerkannt, wenn auch nicht mehr in ber Form ber Bertragstheorie. Diese ift verlaffen, benn es wiberfpricht zu fehr ber Bernunft, zu fagen, bie Möglichteit, bag bie inbividuelle Freiheit unter Umftanden gang vernichtet werbe, habe ihren Rechtsgrund in ber Bustimmung bes hievon betroffenen Inbividuums. Im Uebrigen herrscht in biesen Landern bas Individualprinzip als tonstruktives Berfassungsprinzip noch volltommen 3). Man sagt, es folgt aus ber Natur bes Staates; es ift vernunftnotwendig bas oberfte Staatspringip. So begründet es 3. B. Esmein4) folgenbermagen: Reelle Befen find nicht die Staaten, sonbern nur bie Menichen, bie fie bilben. Diefe find Befen, welche bas Gefühl moralifcher Berantwortlichteit haben und frei ihre Sandlungen bestimmen konnen. Nur Menschen haben barum eigene Rechte und nur in ihrem Interesse tann ber Zwed bes Staates liegen. Das erste Intereffe und bas erfte Recht bes Menichen ift aber, frei feine Fabigleit entwideln zu tonnen, und bas beste Mittel biegu, biese Entwidelung bem Individuum sicherzustellen, b. h. ihm zu erlauben, sich selbst leiten zu können. Somit kann, wenn der Aweck des Staates ist, den Intereffen der Individuen zu bienen, die ihn bilben, diefer Aweck kein anderer als der sein, dem oberften, bem ersten Interesse ber Individuen zu bienen. La fin de tout établissement public, sagt Esmein daher mit Siénès, est la liberté individuelle). Damit stimmt von anderen Widersprüchen6) nicht zu reben - freilich nicht zusammen, wenn Esmein anbererseits bas Intereffe Aller, welche ben Staat bilben, bem Intereffe bes Gingelnen im Staate gegenüberstellt"), während nach bem Grundprinzipe, von dem Esmein ausgeht, das Wohl Aller zusammen nichts anderes als die Summe der Interessen der Einzelnen zu sein scheint. Und wenn Esmein 8) bann nicht nur in Anerkennung ber positiven Gesetzgebung sagt, bie individuellen Rechte haben eine Schrante (limite) in dem maintien de l'ordre public,

¹⁾ Bergl. Deutsches Bürgerl. Gesethuch, Einführungsgeset Art. 109: "Unberührt bleiben bie landesgesetlichen Vorschriften über die im öffentlichen Interesse erfolgende Entziehung, Beschäbigung ober Benützung einer Sache. Auf die nach landesgesetzlicher Borschrift wegen eines solchen Eingriffes zu gewährende Entschäbigung sinden die Vorschriften der Art. 52, 53 Anwendung."

2) Anders in England und Amerika. Bergl. z. B. Holland S. 70: "Law is something more than police. Its ultimate object is no doubt nothing less than the highest welldeing of society"; Sid gwick S. 43; Bryce I S. 308: "The first impulse of mankind is to follow and ober servitude rather than freedom is their natural states": Burgek Bb. 1

to follow and obey; servitude rather than freedom is their natural state*; Burgeß Bb. 1 S. 86 und 175. Aber auch in Italien: 3. B. Barbelli, La libertà individuale, Turin 1898 S. 6 und 8, und zum Teil auch in Frankreich vergl. Haurion a. a. O. S. 22: Tout le mécanisme de l'Etat mis au service de l'individu, ce serait la dissolution sociale und überhaupt Benoist, Sophismes Paris 1896 und dazu Rossi a. O. Bb. 5 (1899) S. 194.

Ben oist, Sophismes Paris 1896 und dazu Rossi a. D. Bb. 5 (1899) S. 194.

3) Bergl. S. 253 N. 3.

4) Eléments S. 155, 162, 176, 348. Bergl. außerdem Michel, L'idée de l'État, S. 630 und — mit mehr Mäßigung — Lerop=Beaulieu, L'État moderne et ses fonctions, Paris 1890; dazu Rossi a. D. Bd. 3 S. 24, 36.

5) U. a. D. S. 348.

6) Bor Allen verträgt sich damit nicht das Prinzip der unveräußerlichen Bolkssoweränität. Denn ist die indbividuelle Freiheit das Grundprinzip des Staates, so ist sie unveräußerlich. Diesen Schluß zieht auch Es mein S. 168. Aber wie kann dann das Bolk eine Souveränität dem Rechte und nicht blos der Ausübung nach hesisen (peral. oben S. 238 R. 6) und mie kann das Individuen und nicht blos ber Ausübung nach besitzen (vergl. oben S. 238 N. 6) und wie kann bas Individuum bann in Ausübung politischer Freiheit nur als Bolksrepräsentant, nicht in eigenem Namen handeln, wie bies nach Esmein S. 193 ber Fall fein foll? 7) A. a. D. S. 157.

sondern sogar binzufügt. so lange ihre Ausübung nicht durch Geset geordnet ist, haben die individuellen Freiheitsrechte nur die Bedeutung eines einfachen Bersprechens (simple promesse) bes Gesetgebers, nicht eines wirklich ausübbaren Rechtes, so ist bamit thatsachlich bas Ordnungs-, also bas Sozialprinzip boch über bas Individualprinzip gestellt. In Wahrheit ift somit auch biese beibehaltene individualistische Staatstheorie im letten Grunde fozial.

Eine andere Anschauung hat nur ber Anarchismus und nur er kann fie haben. Bon bem Grundgebanten aus, bag ber Staat, auch ber bemofratische, weber politische noch private Freiheit gibt, fondern gerade den Unterschied von Befehlenden und Gehorchenden, von Starken und Schwachen forbert, strebt er nach Beseitigung bes Staates, nach Staatenlosigkeit. Damit fehlt jedes Gesammt= und bamit jedes Ordnungsintereffe. Die ausschliegliche Berr= schaft des Andividualprinzipes folgt bieraus von selbst.

hat die erweiterte Thätigkeit des Staates in neuerer Zeit auf der einen Seite im AUgemeinen eine Berbrangung früherer Unichauungen über bie oberften Staatsprinzipien zur Folge gehabt, fo hat fie andererfeits in Bezug auf die Frage ber Berfonlichkeit bes Staates zu einer alteren Staatstheorie zurudgeführt. Die erhöhte, für bas Individuum forgende und basselbe unterftupende Staatsthatigfeit hat ber organisch en Staatsauffassung, also ber Unichauung, bag ber Staat eine reelle Berfonlichfeit, ein fogialer Organismus fei, wieber weitere Berbreitung gewinnen laffen. Es ift in biefem Sinne, wenn Gierte, ber Sauptvertreter dieser Anschauung in Deutschland, der Theorie der juristischen Bersonlichkeit bes Staates mit ben icon früher 1) angeführten Worten entgegentritt : "Gine juristische Ronftruktion, die das Recht über Leben und Tob ber Menschen einem so fchemenhaften Befen, wie es ber Staat als gebachte Perfonlichkeit ift, verleiht, richtet fich felbst".

Daß bie neue organische Staatstheorie auf ganz anderem Boben, von ganz anderen Gesichtspunkten aus erwachsen ist, als die frühere, zeigt ber Umstand, daß fie nicht, wie die frühere, die Bundesgenoffenschaft ber Soziologie besitt. Der überwiegende Teil der heutigen Soziologen sieht in der Bezeichnung des Staates und der Gesellschaft als Organismus ledig= lich einen Bergleich 2). Wirkliche Organismen nehmen diefelben nur mehr im Bflanzen- und Tierreich an. Um dies anzudeuten, nennen sie die sozialen Gebilbe nicht mehr organische, sondern superorganische Gebilbe 3) und, soweit fie ben Bergleich machen, thun fie es nur, um bamit die Entwidelung, nicht mehr aber, um bamit die Ratur bes Staates zu erklaren).

Dagegen hat der Bositivismus der neueren Philosophie eine andere frühere Theorie über die Natur des Staates wieder ins Leben gerufen. Die von Sen de 1 5) inaugurierte empirifche Staatslehre verbankt ber positiven Philosophie, wie sie burch die Soziologie bargestellt war, mittelbar ihre Entstehung. Unmittelbar geht die Lehre Seydel's, daß ber Staat nur eine Borstellung, teine Wirklichkeit und das wirkliche Subjekt der Staatsgewalt ber Herricher fei o), also bie bierin liegende Wiederaufnahme bes Rechtsgedankens bes Batrimo-

¹⁾ S. 156 N. 1.
2) Bergl. z. B. Natorp, Sozialpädagogik, Stuttgart 1899 S. 161; Gumplowicz S. 63; Lexis Art. Soziologie im Wörterbuch der Volkswirtschaft 2. Bd., Jena 1898, S. 579 und 580. Tard, La logique sociale, 2. Aust., Paris 1898; Derselbe, Les lois sociales, 2. Aust., Paris 1899; vergl. auch Affolter S. 2, Nossia a. O. Bd. 3 S. 16 st. und Stein; Soziale Frage im Lichte der Philosophie S. 16 st.; Derselbe, Wesen und Ausgabe der Soziologie 1898.
3) So Spencer; vergl. Zenker a. a. O. S. 383 N. 1; ähnlich Schäffe, Bau und Leben des sozialen Körpers 2. Aust. 1896.
4) Lilienkeld Aux Verkeidigung der organischen Methode in der Soziologie, Verl. 1898:

Leben des sozialen Körpers 2. Auft. 1896.

4) Lilienfelb, Zur Berteibigung der organischen Methode in der Soziologie, Berl. 1898; Derselbe, La pathologie sociale Baris 1896; Worms, Organisme et Société, Paris 1896.

5) Grundzüge der allgemeinen Staatslehre, Würzburg 1873; Baher. Staatsrecht 2. Aust. Bd. I S. 170; Lingg, Empirische Untersuchungen zur allgemeinen Staatslehre, Wien 1890, und Derselbe zur Entwickelungsgeschichte der deutschen Staatslehre im Archiv für öffentliches Recht Bd. 14 (1898) S. 252; Herzselber, Gewalt und Recht, München 1890; Affolter S. 1, 6, 9 f. 6) Vergl. oden S. 156 ff., 164.

nialstaates¹) auf die Verwerfung des Begriffes einer gedachten Persönlichkeit durch hervorzagende Schriftsteller des römischen Privatrechtes zurück. Aber der Feldzug, den diese Romaznisten — Brinz, Ihering u. A. — gegen die Existenzberechtigung der juristischen Person erzöffneten, war eben eine Folge des Fortschrittes der Naturwissenschaft zur empirischen Methode und der Uebertragung dieser Methode auf die Geisteswissenschaften durch die Soziologie.

Indes, die herrschende Anschauung in Deutschland und anderwärts ist die vom Staate als einer juristischen Bersönlichkeit geblieben 2). Sie bringt die Joee zum treffendsten Ausbruck, daß die Staatsgewalt nur im Interesse der Gesammtheit, nicht im egoistischen Interesse derrschers oder einzelner Unterthanengruppen gehandhabt werden soll. Eine Idee, also etwas nicht körperliches wird am besten wieder durch eine Borstellung veranschaulicht. Indem diese Staatspersönlichkeit sich von den Individuen, die sie bilden, und dadurch von den Bertretern des Egoismus unterscheidet, entspricht die Aussallung des Staates als juristischer Berssönlichkeit vollkommen dem Grundgedanken, daß das Sozialprinzip das Fundamentalprinzip der Staatserscheinung sei.

Den Borteilen, welche ber Gebanke bes Sozialismus als obersten Staatsprinzips, wie geschilbert, für bas Staatsganze und die Staatsteile mit sich bringt, steht — bavon muß noch turz gesprochen werden — allerdings auch eine Gefahr gegenüber. Es vermag burch ihn bie Anschauung gewedt zu werden, daß für die Gesammtheit, für die ja der Staat sorgen foll, am besten gesorgt ift, wenn biefe Gesammtheit selbst bie Staatsgewalt ausubt. DR. a. 283., es tann die Anschauung entstehen, daß von den Grundgebanken des Sozialprinzipes aus das demotratifche Staatspringip bie zwedentsprechenbste Gestaltung ber Berfaffungs- und Regierungsform barftellt. Auf biese Beise erklart sich bas Berfassungs- und Regierungsprogramm ber Sozial bem ofratie. Allein es ist naheliegend, daß in Ländern, in welchen das Brinzip ber Bolfssouveranität geltenbes Berfassungs- ober wenigstens geltenbes Regierungsprinzip ift, wie in Frankreich, diese Schluffolgerung auch in der Sozialbemokratie ferne stebenden wiffenschaftlichen Areisen gemacht wird. In ber That finden wir in Frankreich Bertreter ber Biffen= schaft, die ohne Parteiabsicht, aus rein wissenschaftlicher Ueberzeugung, diese Folgerung ziehen. Um einen ihrer bedeutenbsten Reprafentanten zu nennen, fo fei auf Sauriou hingewiefen. Hauriou geht vom Sozialprinzipe (intérêt général) als dem dem Individualinteresse vorgebenden Staatsprinzipe aus's), um hieran bezüglich ber Staatsorganisation die Worte zu fnüpfen: La démocratie représente le maximum d'organisation rationnelle parcequ'elle identifie l'origine du pouvoir de l'état avec son but, exercé pour tous, il vient de tous 4). Bas biefer Unichauung widerspricht, ift jum Teil icon früher 5) geltenb gemacht, teils wird fich basfelbe aus den folgenden Abschnitten ergeben.

Behnter Abschnitt: Entstehung und Entwickelung des Staates.

§ 66. Die Stellung des Naturrechtes zur Frage der Staatsentstehung. Die bisberigen Untersuchungen haben u. A. gezeigt, daß der Staat der Ibee wie der Staat der Wirklichkeit im Laufe der Beit eine sehr verschiedene Form erhielten; und auch in der heutigen Staatenwelt finden wir die verschiedensten Formen der Staatsverfassung und der Staatsregiezung neben einander. So entsteht die Frage: Lassen sich für diese Verschiedenheiten der staatlichen Erscheinung bestimmte Gesetz finden?

¹⁾ S. 173 f.
2) Bergl. Gg. Mener S. 9; Ducrocq, La personnalité civile de l'État in ber Revue générale du droit etc. 1894; Esmein S. 2; Hauriou S. 12; Holland S. 85; Sib=gwid S. 220.
3) Bergl. oben S. 264 N. 2.
4) S. 16.
5) S. 203 f.

Wenn wir fie finden wollen, so kann es nur die Geschichte des Staates d. b. die Summe ber feine Entftehung und feine Beiterbilbung betreffenden Borgange fein, aus welchen bieselben entnommen werden können. Somit muffen wir Entstehung und Fortentwickelung bes Staates betrachten. Unter Staats ent ftehung verfteben wir dabei, wie auch fonft üblich, bie ursprüngliche Staatsentstehung 1), die Entstehung bes Staates aus einem staatenlosen Buftand. Die Entstehung von Staaten aus anderen Staaten fällt unter ben Besichtspunkt ber Staatsentwidelung. Bir behandeln zuerst bie Staatsentstebung.

Man hat ber Bertragstheorie bes Naturrechtes oft ben Borwurf gemacht, baß fie geschichtlichen Sinn völlig vermiffen laffe 2). Dieser Borwurf geht zu weit, sowohl, mas bie ältere, als was die jüngere Bertragstheorie anlangt. Namentlich ber jüngeren Bertragstheorie gegenüber überfteigt er bie julaffigen Grengen. Benn Rouffeau, Bladftone und Rant ben Staat auf einen Bertragsschluß, auf einen Alt ber Affoziation zurückführen, fo wollen fie damit überhaupt nicht ben geschichtlichen Entstehungsgrund bes erften Staates umschreiben. Rousseau sagt ausbrucklich in dem Genfer Manustript seines Contrat social: "Es gibt tausend Arten, wie sich Menschen vereinigen; vielleicht teine zwei politischen Gebilde entsteben auf bieselbe Weise und fein einziges burfte so gewesen fein, wie ich bas meinige einrichte. Mais je cherche le droit et la raison et ne dispute pas des faits. Der Rontratt Rousseau's ist also kein historisches Faktum, sondern eine philosophische Rechtsertigung der Staatenexistenz. Richt die geschichtliche Entstehung, sondern die Bernunftigkeit des Borhanbenfeins von Staaten, ber Rechtsgrund bes Staates foll bamit bewiefen fein. Und fast bas Gleiche außert Blacktone, wenn er in der Einleitung seiner Rommentarien bezüglich der Staats= entstehung (origin of society) bemertt'): Though society had not its formal beginning from any convention of individuals, yet is the sense of their weakness and imperfection that keeps mankind together; . . . that is the solid and natural foundation . . . of civil society . . This is what we mean by the original contract; which, though perhaps in no instance it has ever been formally expressed at the first institution of a state, yet in nature and reason must always be unterstood and implied in the very act of associating together. Bei Rant hat ber Gesellschaftsvertrag gar nur bie Bebeutung einer Unweisung für ben Gesetzgeber, einer Regel, nach welcher biefer beurteilen foll, ob ein Befet gerecht ober ungerecht ift. Er foll Befete fo geben, wie fie fein würden, wenn sie aus dem vereinigten Billen eines ganzen Bolles entspringen wurden, und jeden Unterthanen so ansehen, als ob er zu einem folden Willen mit zugestimmt hatte b).

Aber auch für das ältere Naturrecht kann nicht gesagt werden, daß es die geschichtliche Seite der Staatdentstehung völlig unbeachtet gelassen hätte. Sie benüht dieselbe nur nicht für ihre Konstruktion. Wenn sie den Staat genetisch auf einen Bertrag zurücksührt, so thut sie bas nur für ben vernünftig, für ben besteingerichteten Staat. Sie sagt, nicht jeber, sondern nur der besteingerichtete Staat ift burch Bertrag entstanben. Bie in der "Geschichte ber Staatsrechtswissenschaft" 6) bemerkt, unterschieden Althusius, Grotius, Hobbes und Bufenborf Staaten, in welchen die Berrichaft mit und Staaten, in welchen die Berrichaft ohne Authun ber Unterthanen erworben murbe. Erft Lode ist es, welcher ben Staat ausschließlich durch Bertrag entstehen läßt ?) und dem Einwande, daß sich hiefür tein historisches

¹⁾ Bergl. bazu v. Sepbel, Annalen 1898 S. 388.

²⁾ Bergl. barüber Esmein S. 154. 3) Bergl. hanmann S. 58, 4, 179, 182. Bergl. bazu Esmein S. 155.

⁴⁾ Introduction 2 S. 29. 5) Bergl. Werte VI S. 329 f.; VII S. 158 ff. und bazu Gier te, Althusius S. 207 N. 233; Faldenberg S. 322; Winbelbanb 1. Aust. S. 489.
6) S. 238 f. und bazu oben S. 176 N. 5.

⁷⁾ Il 99: that which begins and a c t u all y constitutes any political society, is no-

Beispiel anführen lasse, mit ber Erwiberung begegnet, bie Staatengründungen reichten eben in ein höheres Alter hinauf, als die geschichtliche Ueberlieferung 1). Somit kann nicht beshauptet werden, der Naturrechtslehre ging aller historischer Sinn ab. Die ältere Naturrechtslehre ging aller historischer Sinn ab. Die ältere Naturrechtslehre lehre läßt sich sogar mancher modernen ethnographisch-soziologischen Staatsentstehungstheorie als Borbild hinstellen. Zum Mindesten leiten die letzteren von ihrem empirischen Standpunkte aus die Staatsentstehung nicht selten ebenso einseitig aus ein und demselben Grunde ab, wie dies die Naturrechtstheorie von ihrem einseitig philosophischen Standpunkte aus gethan hatte.

§ 67. Die ursprünglichen Gesellschaftsformen. Wenn wir im Nachstehenben unsere Anschauung von der Entstehung des Staates darstellen, so geschieht es mit der ausdrücklichen Berwahrung, daß damit nur die regelmäßige, nicht die einzige Art der mutmaßlichen Entstehung der ersten Staaten angegeben sein will. Und ferner bemerken wir, daß damit nur eine Stizze aufgemacht sein soll. Die Ergebnisse der bisherigen ethnographisch-soziologischen Litzteratur werden nicht im Einzelnen besprochen.

Mit der Anschauung der Naturrechtstheorie und überhaupt mit aller bisherigen Staatslehre kommen die Ergebnisse unserer heutigen ethnographisch-soziologischen Forschung darin
überein, daß es für den Menschen einen staatenlosen Zustand gegeben hat, wenn anders die
herrschende Auffassung, welcher wir uns anschlossen²), richtig ist, wornach in Seßhaftigkeit ein
wesentliches Merkmal des Staatsbegrisses zu erblicken ist. Die Bölkerkunde weist uns für
Naturvölker, für Hirten- und Jägervölker, ständiges Wandern, nicht blos ein Umherziehen
innerhalb bestimmter, immer eingehaltener Grenzen nach. Der Unterschied zwischen der Naturrechtslehre und unserer heutigen ethnographisch-soziologischen Anschauung liegt lediglich darin,
daß die Naturrechtslehre vom isolierten Individuum als einer historischen Erscheinung ausgeht, während unseren heutigen geschichtlichen Untersuchungen nach der Mensch der Empirie
stets einer Gemeinschaft angehörte. Unseren heutigen geschichtlichen Renntnissen nach kennen
wir den Menschen nur als Gemeinschaftswesen³). Allein darüber gehen die Meinungen auseinander, welches diese Gemeinschaft war, ob die Familie oder die Geschlechtsgruppe, die
Sippe, wobei unter Familie die Zusammengehörigkeit von Mann und Frau, Kindern und
Gesinde zu verstehen ist.

Für die Entscheidung der ausgeworsenen Frage erscheint nach dem Stande unserer heutigen Forschung als ausschlaggebend, ob das Prinzip der Bater- oder der Mutterfolge
das ältere ist, d. h. ob das Kind früher als auch mit dem Bater oder früher als nur mit
der Mutter verwandt angesehen wurde. Ist das erstere richtig, dann ist der Familienverband die ältere Gemeinschaft, ist das andere zutreffender, dagegen die Geschlechtsgruppe, der
Geschlechtsverdand. Wir schließen uns der herrschenden Aussassiung an. Dieselbe sieht in der
Geschlechtsgruppe die ältere Gemeinschaft.

Einmal fpricht uns hiefur, daß der Bortschat der indogermanischen Boller viel mehr und bei weitem genauere Bezeichnungen für die entfernteren Berwandtschaftsgrade besitht, als

A) Wenn Stein, Soziale Frage S. 70 unter Hamilie nur die Beziehung von Weutter und Kind versteht, dann hat er freilich recht, wenn er behauptet, zeitlich und kaufal sei die Familie, nicht die Horde das prius.

thing but the consent; II 102: their politick societies all began from a voluntary union. In weiteren Berlaufe (II 104) bemerkt er freilich einschränkend: nur die Staaten, die in Friedenszeiten errichtet wurden, führen auf ein consent of the people zurück, allein in seiner ganzen Staatstonstruktion gibt er dieser Einschränkung kein Gehör, obsichon thatsächlich auch Lock's Meinung nur die ist, der vernünftige Staat, der Staat, wo ein lawful government (II 99) vorhanden ist, führt auf Bereinbarung zurück.

führt auf Bereinbarung zurück.

1) II 101, 102; dazu Esmein S. 155.

2) S. 36 f.

3) Ueber die Entwickelung im Allgemeinen Zenker a. a. D. S. 764 ff.; Hinge in Schmoller's Jahrbuch 1897 S. 776 ff.; Schmoller, Die Urgeschichte der Familie, Mutter und Gentilverfassung, ebenda 1899 S. 1 ff. und derfelbe, Das Merkantispstem in "Umrisse und Untersuchungen u. s. w." S. 4 ff.; Gumplowicz, Soziologische Essaß, Innsbruck 1899 S. 5 ff.

4) Wenn Stein, Soziale Frage S. 70 unter Familie nur die Beziehung von Mutter und

wir sie bei den späteren Kulturvölkern sinden. Es begegnen uns genaue Bezeichnungen für die Begriffe Schwager, Schwiegervater, Schwiegermutter, Enkel, Neffe, dagegen sehlen Bezeichnungen für Familie, Ehe, Eheschließung, Hochzeit. Auch religiöse Zeremonien für diese kommen nicht vor, obwohl der Naturmensch sonst allem, was er höher schätt, religiöse Weihe gibt. Dazu kommt, daß das Mutterrecht, die Mutterfolge sich aus den wirtschaftlichen Verzhältnissen, für welche es anzunehmen ist, viel ungezwungener erklären läßt, wenn wir in ihm die ältere, als wenn wir in ihm die jüngere Erscheinung erblicken. Die Herrschaft des Mutterzechtes fällt in die Zeit des Jägerz und Hirtentumes und des beginnenden Acerbaues. Diese Art des Erwerdslebens bringt ein unstetes Leben des Mannes mit sich und so ist es nur natürlich, wenn eine nähere Verdindung zwischen Vater und Kind, ein Familiengefühl des Vaters als solchen sehlt, womit auch die allgemeine Erwägung übereinstimmt, daß die Abzstammung durch Beugung.

Die andere, in der Familie die älteste Gemeinschaftssorm erblickende. Anschauuna 2) sieht ben Grund bes Mutterrechtes in ber mit ber Beit entstehenden Scheu vor blutenaber Bermijdung, por Geschwiftereben. Solde Chen ober Geschlechtsverbindungen feien bei bem Mangel einer rechtlichen Gemeinschaft unter ben näheren Geschlechtsgenoffen selbstverftändlich gewesen; man habe innerhalb ber Geschlechtsgruppe sich geschlechtlich verbunden. Aber nach und nach sei bie Erkenntnis entstanden, daß Kinder aus Geschlechtsverbindungen zwischen Berwandten weniger ftart und wiberftanbefähig feien als Rinder aus Chen entfernterer Geschlechtsgenoffen, und barum habe man bas zwischen Geschwiftern bestehende Berwandtichaftsverhält= nis, bas Berhältnis ber Blutsverwandtichaft, ju einem befonderen, Chen zwifchen Diefen Blutsverwandten hindernden Rechtsverhaltnis erhoben. Geschichtlicher Entstehungsgrund ber uterinen Geschlechtsgruppen sei die Berhinderung von Geschlechtsverbindungen zwischen näheren Blutsverwandten. Allein diese Erklärung sett Erwägungen voraus, wie sie einem Naturvolk jener Birtschaftsverhältnisse nicht eigen zu sein pflegen. Die dämmernde Einsicht in die nach= teiligen Folgen von Geschwistereben mag zur Entstehung des Berbotes des geschlechtlichen Bertebres unter näheren Blutsverwandten mitgewirkt baben, iedenfalls ist sie aber nicht der Haupt= grund dieses Berbotes. Dieser ist vielmehr gerade eine Folge des Borhandenseins des Mutter= rechtes. Das Verbot von Ehen zwischen naben Blutsverwandten ift nicht die Ursache, sondern die Wirkung des Mutterrechtes. Dasselbe war vorher schon da.

Dies beweift ber britte Grund, welchen wir für das höhere Alter der Gentil- als der Familiengemeinschaft anzuführen haben. Er liegt darin, daß die Annahme, die rechtliche Beziehung zwischen Blutsverwandten sei älter, als die zwischen Bater und Kind, dem natürlich näheren Berhältnisse entspricht, welches zwischen Mutter und Kind besteht. Durch die Geburt und erste Ernährung wird ein näheres thatsächliches und ethisches Verhältnis begründet als durch die Zeugung. Es ist daher selbstverständlich, daß das Verhältnis zwischen Mutter und Kind, das Verhältnis der Mutterliebe, früher rechtliche Anertennung gefunden und früher zu rechtlicher Gemeinschaft geführt hat, als das Verhältnis zwischen Vater und Kind. Und daran schließt sich unmittelbar das Verhältnis von Kindern berselben Mutter, von Schwester und Vruder zu einander. Die Kinder müssen mit der Mutter und die Geschwister unter einander in näherer rechtlicher Gemeinschaft gestanden haben. Dieses sind die nächsten und stärkten natürlichen Beziehungen, somit werden es auch die ersten und nächsten rechtlichen sein. Die gleichartigsten Menschen werden auch zuerst eine Gemeinschaft gebildet haben. Die Frauen wohnen mit ihren Müttern und ihren Kindern zusammen. Die älteste Gemeinschaft ist die uterine Geschechtsgruppe, die Mutterrecht sig emeinschaft ist die uterine

¹⁾ Wundt, Ethik S. 187. 2) Groffe, Die Formen der Familie und die Formen der Wirtschaft, Freiburg 1896, S. 85; Stein S. 74.

erbringen zwei geschichtlich bezeugte Thatsachen, einmal die Thatsache, daß noch in geschichtlicher Zeit bei vielen Stämmen der Bruder der Mutter, nicht der Bater die Respektsperson
für die Kinder ist, und dann eben das Berbot der Geschlechtsverbindung unter Geschwistern
und sonstigen nahen Blutsverwandten. Ersteres beweist, daß, soweit es die wirtschaftlichen
Berhältnisse gestatten, die Brüder mit ihren Schwestern und deren Kindern und ihrer Mutter
zusammenwohnen. Die von derselben Stammmutter Abstammenden fühlten sich zusammengehörig und lebten und arbeiteten darum zusammen. Der Bruder schützt die Schwester und
beren Kinder. Das Berbot des geschlechtlichen Berkehres unter Blutsverwandten erklärt sich
aber eben aus diesem Zusammenleben der Blutsverwandten. Zwischen Personen, welche neben
einander auswachsen, treten am ehesten die geschlechtlichen Reize zurück.), und so kann bei Raturvölkern für die gegenseitige geschlechtliche Berbindung dieser am frühesten der Gedanke entsteben, daß sie sittlich unzulässig seien.

Endlich ist noch ein vierter Grund zu erwähnen. In ältester Zeit nährte die Mutter ihre Kinder oft mehrere Jahre; der Ersat der tierischen Milch war noch nicht bekannt; die Aufzucht erforderte es also. Aus diesem Grunde ist geschlechtlicher Berkehr der Mutter untersagt, so lange sie das Kind nährt. Schon darum ist ein Zusammenwohnen von Mann und Frau und darum eine rechtliche Gemeinschaft zwischen ihnen ausgeschlossen. Der Mann oder richtiger der Geliebte wohnt bei und gehört rechtlich zu einer anderen Geschlechtsgruppe.

Damit will nicht gefagt fein, bag burch bas Mutterrecht alle rechtlichen Beziehungen zwischen Mann und Frau, Bater und Kind ausgeschlossen waren. Nur Gemeinschaftsverhältnisse zwischen ihnen fehlten. Dagegen ist Matriarchat, Berrschaft ber Frau über bie Kinder, nicht die notwendige Folge bes Mutterrechtes. Die Gruppen lagerten, fiebelten und wohnten nabe zusammen. Je mehr und bauernber bies ber Fall war, konnten bauernbe Beziehungen zwischen Mann und Frau, Bater und Kindern entstehen und dadurch rechtliche Berhältniffe zwischen ihnen fich anbahnen, ber Patriarchat. Diefe Berrichaft ber Bater über bie Kinder ist aber rechtlich noch nicht väterliche Gewalt, sondern eine Folge der Herrschaft über die Frau. Sie gründet sich nicht auf Berwandtschaft, sondern auf Eigentum; Weib und Kind stehen im Eigentume bes Mannes. Aus bieser Rechtsauffassung erklärt sich bie in jener Zeit vorkommende Bolygamie. Der reiche und große Beerdenbesitzer kann fich den Luxus der Bielweiberei geftatten, ber armere nicht. Im Allgemeinen gehört biefer Batriarch at aber einer späteren Epoche ber Mutterrechtsperiode an. In ber alteren und langeren Beit ber herrschaft bes Mutterrechtes sind die Geschlechtsverbindungen zwischen Mann und Frau meist nur vorübergebenbe und feineswegs ausichliefliche und fo nicht geeignet, die Grundlage für Rechtsverhaltniffe abzugeben. Daraus folgt nun aber teineswegs bie Herrschaft ber Mutter und Stammmutter innerhalb ber uterinen Geschlechtsgruppe. Die mannlichen Mitglieber berfelben forgten für Schut und Nahrung; ihnen oblag Jagb und Aufzucht bes Biebes; ber Mutterbruber ift das haupt der Gruppe. Die noch heute bei Naturvöllern vorkommende Art ber Erbfolge in die Häuptlingsschaft beweift dies. Richt ber Sohn bes Häuptlings, sondern ber Sohn ber Schwester bes Hauptlings folgt in bie Burbe. Und so gelangen wir zu bem Ende: die Urform bes Gemeinschaftslebens ift bas Leben im Bluts verbanbe, in der Muttergruppe, nicht bas in ber Familie.

Aber auch die historisch zweite und regelmäßig auch die historisch dritte Form des sozialen Lebens ist die Familie nicht. Lange, ehe die Familiengemeinschaft entsteht, ist die Bersbindung mehrerer Muttergruppen zu einer Gens (Geschlecht) 2) und regelmäßig auch mehrerer Gentes zu einer Hoor de oder Bölkerschaft (500—5000 Personen) gegeben. Aus einer

¹⁾ Schmoller, Jahrbuch Bb. 33 (1899) S. 11. 2) Rennt man die Muttergruppe, wie es oft geschieht, Gens oder Geschlecht, so ist sie von der Horbe als der großen Gens durch den Beisat kleine Gens zu unterscheiden.

Bervielfältigung ber Muttergruppen herausgewachsen, find fie alter als die Familie.

Die Familie entwickelt sich erft mit beginnender Seghaftigkeit. Bei beginnender Sekbaftigkeit bort das Herumzieben der Bölkerschaft, der ganzen Bölkerschaft als solchen auf. Die Bollerschaft läßt sich innerhalb bestimmter Grenzen nieber. Das geschieht in doppelter Form, entweder ohne Uebergang zum Aderbau ober durch Aufnahme extensiven Aderbaues. Rach unseren heutigen ethnographischen Kenntnissen hört das fortwährende Wandern der Bölterschaften nicht nur in ber Beise auf, daß die Geschlechter, wo es die Unterhaltung ber Heerden gestattet, rasch wachsende Bstanzen in ben Boben legen und die paar Monate an diesem Orte bleiben, bis die Bflanzen zur Ernte gereift find, sondern auch in der Weise, daß fie bei ber reinen Beerdenzucht bleiben, aber fich barauf beschränken, innerhalb bestimmter Gebiete binund herzuziehen, fo bag fie alle Sommer bie gleichen Beibeftriche, alle Binter bie gleichen Rubeplate auffuchen und fo ein bestimmt umschriebenes Gebiet beherrschen 1). Das erste geschieht, wenn fie fic auf fruchtbarem Boben ober in Balbland bewegen, bas andere, wenn ihre Banberung fie lediglich burch Steppengebiete führt. An bem Ranbe von Steppen entsteht ber Aderbau. Steppengegenden find, wie Ragel2) es ausbrudt, bie Bewegungs=, ihre Rander bie Beharrungs- und bamit bie für Aderbau geeigneten Gebiete. Mit ber Runahme ber Bevölkerung werden natürlich auch Steppengebiete mehr und mehr zu Bauland, aber immerhin ift uns das Borhandensein folder Nomadenstämme ohne Aderbau in den Steppen der Rirgisen und Mongolen beute noch bestätigt 3).

Ob nun das eine oder das andere der Fall, auf beide Weisen, bei der ersteren Form immer, bei der zweiten im Winter, findet ein dauerndes räumliches Zusammenleben der Gruppen statt. Dadurch werden die Beziehungen zwischen Mann und Frau dauernder und damit auch die Feststellung des Verhältnisses zwischen Vater und Kind sicherer und daburch auch die Beziehung zwischen ihnen reger. Und so beginnt die häußliche Gemeinschaft von Mann und Frau, Bater und Kind. Die Frau scheidet mit ihren Kindern aus der räumlichen Verbindung mit ihrer Muttergruppe aus. Die Familie ist begründet. Frauenraub und Frauenkauf ersscheinen als Begründungssormen geschlechtlicher Verbindung; bei der losen Art der Geschlechtse verbindung, welche der Zeit des Mutterrechtes eigentümlich ist, wo der Mann "im Verhältnis eines Liebhabers zur Geliebten" blieb4), wären Frauenraub und Frauenkauf mit der Rechtsesolge des Ausscheidens aus der mütterlichen Gens unerklärbar.

Dazu kommen aber noch zwei andere Gründe der Familienbildung. Mit der Seßhaftigkeit steigert sich der Vermögensbesit und die Arbeit des Mannes. Wenn die Heerde
immer innerhalb desselben Landstriches herumzieht, ist dieselbe geringeren gesundheitlichen und
anderen Gesahren ausgesetz; der Besitzer kennt das Land und sein Klima: die Aufzucht ist erleichterter; die Heerde wächst; damit aber auch die Wertschätzung des Besitzes und hiemit wieder
die Reigung, denselben nicht den Kindern der Schwestern, sondern den eigenen zukommen zu
lassen. Der größere Heerdenbesitz macht aber vermehrte Arbeit und so zieht der Wann die Frau zu sich heran. Aber auch, wo Heerdenbesitz sehlt, für den Aermeren, der zum Acerdau gedrängt ist, ergibt sich dies Bedürsnis nach Hisskräften bei der Arbeit. Die Bedauung des Bodens macht mehr Arbeit als die Viehzucht und die Frau ist hier noch mehr als dei der Viehz zucht zur Mitarbeit geeignet. Der wirtschaftliche Wert der Frau ist also gestiegen, darum Frauenraub und Frauenkauf. Auch die Kinder sind billige Arbeitskräfte.

Aber nicht blos die Ausbilbung des Familienverbandes ift mit dem Uebergange zur Seßhaftigkeit gegeben, sondern auch der Beginn und zum Teil sogar die Bollendung der Staatsentstehung.

Die Staatenbilbung beginnt mit ber Seghaftigfeit bes Befchlechtes ober meh-

¹⁾ Ratel, Bolitische Geographie S. 26, 67, 68. 2) S. 218, 329, 382. 3) Ratel, S. 67, 68. 4) Schmoller a. a. D. S. 16. 5) Ebenba S. 19.

rerer verbundener Geschlechter. Das lettere ift bie Regel, b. b. regelmäßig verbinden fich mehrere Geschlechter ichon vor Seghaftigfeit zu einem Ganzen, zu einer Bollerschaft, und biefe macht fich bann feghaft. Ausnahmsweise geben einzelne isolierte Geschlechter unmittelbar gur Segbaftigfeit über. Das mag bei besonders gunftigen, fie fcutenben raumlichen Berbaltniffen, einer Dase innerhalb eines weiten Steppengebietes, geschehen. Jebenfalls zwingt uns ber Nachweis, bag es auch beute noch bei Naturvölkern isolierte Dorfftaaten gibt 1), bie Moglich= keit einer solchen Entstehung auch bes ersten Staates anzunehmen. Indes, die Regel ist das Herausmachien bes Staates aus einer Berbindung mehrerer Geschlechter.

Diese Berbindung führt ihrerseits auf zwei Gründe, Interessengegensat ober Interessen= gemeinschaft, gurud. Das eine ift gegeben, wenn andere Geschlechter ober Borben von Außen hereinbrangen, um an ben wirtichaftlichen Quellen bes Gebietes teilzunehmen. Die Runahme ihrer Bahl zwingt fie, nach Gebietserweiterung zu ftreben und es gelingt ihnen, durch Unterwerfung anderer Gefchlechter ober Bolterschaften fich neue Gebiete anzueignen. Das andere liegt por, wenn fich mehrere Geichlechter ober Borben bie Sand gur Befampfung britter reichen. Die erstere Art ber Staatsentstehung ift bie Regel; Rrieg ift ber Sauptbilbner von Staaten 1). Selbft in ben Sallen ift bies jumeift gegeben, wo zuerft eine freiwillige Bereini= gung ber Geschlechter ober Bolterschaften vorliegt. Diese Offenfiv- ober Defenfivbunbniffe find in ihrer Mehrzahl nur vorübergebenber Ratur ober, wenn fie bies nicht find, führen fie gur hegemonie bes einen Teils, benn nach Außen muß einheitliche Leitung fein; und diefe wandelt sich früher ober später in Unterwerfung. Auch wenn die Bundniffe bauernd sind, ift es nicht die Regel, daß aus ihnen ber Staat auf friedlichem Wege entsteht.

Wie immer auch ber Staat entstanden sein mag, burch freiwillige Bereinigung ober mittelst Gewalt, jedenfalls ergibt unsere bisberige Betrachtung: stagtenbilbende Faktoren find foziale Gemeinschaften, nicht Individuen.

Es ware falich, baraus ben Schluß zu ziehen, Staaten find nie burch unmittelbaren Rufammentritt von Individuen entstanden. Wir haben für bas Gegenteil nach unserer beutigen Renntnis geschichtliche Beispiele 3). Nur bilben biefe Staatengrundungen bie verschwin= benben Ausnahmen und fallen barum für eine allgemeine Betrachtung ber Staatsentstehung nicht ins Gewicht.

Dagegen haben biese geschichtlichen Beispiele nach einer anderen Seite bin Bebeutuna. Sie beftätigen zu einem Teil wenigstens bie Auffaffung bes Staates als eines Gefellichafts= verhaltniffes. Freilich nur zu einem Teil, nämlich nur in Bezug auf die Begründung bes

¹⁾ Ratela. a. D. S. 196, 197: im Inneren Hinterindiens gibt es Dorfftaaten von 100 i. Dazu über die Familienstaaten innerhalb einzelne Dörfer oben S. 38 bei N. 4.

¹⁾ Raşela.a.O. S. 196, 197: im Inneren Hinterindiens gibt es Dorfstaaten von 100 Köpfen. Dazu über die Familienstaaten innerhalb einzelne Dörfer oben S. 38 bei N. 4.

2) Bergl. Merkel bei Holgendorss S. 31; Raşel S. 18 und oben S. 33 N. 5.

3) Selbstwerständlich ist ein Hervorgehen des Staates aus unmittelbarer Bereinigung der Individuen nur bei sehr kleinen Staaten und nur im Wege neuer Ansiedelung, also nur dei Kolonialstaaten thatsächlich möglich. Die geschicklichen Beispiele betressen auch nur solche Fälle. Es sind die schon S. 224 N. 8 erwähnten Pflanzung verträge (Plantation covenants) der im 17. Jahrhundert nach Amerika ziehenden Puritaner. Der erste ist derzenige, den die Religionszesellschaft der (41) Pisgrimsväter (Pilgrim fathers) am Bord des Schiffes "Maiblume" kurz vor ihrem Landen am 11. Nod. 1620 durch gemeinsame Unterschrift absechlossen und wodurch sie der Kolonie New-Phymouth gründeten. Dieser Maislower Contract lautet: We . . . haveing undertaken , . . a voyage to plant the first colonie in the Northerne parts of Virginia, doe by these presents . mutually, in the presence of God and one of another, coven ant and com bine ourselves together into a civil body politick (vergl. Foster S. 33 N. 13). Nehnzlich sind dann Berträge der Gründer der Kolonie Khode-Jstand (637) und Connecticut (14. Jan. 1638: "We . . . do associate and conjoyne ourselves to de as one Publike state or Commonwealth") und andere von Fellines, Ertsärung S. 34 sp., Recht der Minoritäten S. 13; Borge au d., The Rise S. 105 sp. und Etablissement S. 12 sp., necht der Minoritäten S. 13; Borge au d., The Rise S. 105 sp. und Etablissement S. 12 sp., necht der Minoritäten S. 13; Borge au d., The Rise S. 105 sp. und Etablissement S. 12 sp., necht der Minoritäten S. 13; Borge aungsverträge. Roch 1801 wurde von neuen Sieblern in Ohio ein solcher Bertrag geschlossen. Beifpiele aus neuester Beit oben G. 172.

Staates. Die Aehnlickleit mit einem Gesellschafts= ober Bertragsverhältnis ist insoserne ge= geben, als es ein Zusammenwirken mehrerer ift, welches ben Staat ins Leben ruft. Weiter geht die Aehnlickeit nicht, denn einmal ist der begründete Staat lein Gesellschafts- ober Bertragsverhältnis mehr: Gehorsam schulbet nicht ber einzelne Staatsangehörige bem Anderen, sonbern ber Gesammtbeit und ber Eintritt neuer Witalieber geschiebt, soweit dieselben nicht überbaupt ohne ihr Rutbun Staatsangehörige werden 1), nicht burch Bertrag mit allen bisherigen Staatsmitgliebern, fonbern mit bem Staate als einer Gesammtheit. Und bann ift nicht einmal die Staatsbegründung selbst ihrer rechtlichen Natur nach ein Bertrags- ober Gefellschaftsschluß, sonbern ein fog. Gesammtatt 2). Die Staatengrunder vereinigen fich zu einem gemeinsamen Thun, aber nicht zu einer gegenseitigen Binbung. Richt ein Gesellschaftsverhältnis unter fich, Pflichten gegen einander, sondern ein Berrschaftsverhältnis zwischen fich und ihrer Gesammtheit rufen fie ins Leben, indem fie den Staat gründen. Richt ein Gesellschaftsverbältnis, sondern ein neues Rechtssubjekt gebt aus ihrem Rusammenwirken bervor. Ein Bertrag zwischen ben Grünbern kann nur als Borbereitung ber Staatenstiftung in Betracht kommen. Bu einem "civil body politick" haben fich bie Bilgrimväter auf ber "Maiblume" vereinigt. Diesem politischen Körper, ber Colonie, versprechen fie alle schulbige Unterwerfung und Gehorfam 3). Und fo fagen wir, unfere Ausführungen über bie Staats= entstehung zusammenfassend: Die ersten Staaten werden regelmäßig durch Unterwerfung einer Horbe unter eine andere, ausnahmsweise burch Gesammtatt von Geschlechtern oder Individuen begründet. Im Berhältnis zu Land und Leuten liegt immer Offupation vor 4).

§ 69. Die Organisation ber erften Staaten. Wir fragen weiter nach ber Organisation bieser ersten Staaten. Welche Verfassungs- und Regierungsformen baben sie? Sier ergibt fich fogleich ein Unterschieb. Sie find teils Aristokratien teils Demokratien. Wie er= flart fich bies?

Die Bermutung liegt nahe und die nähere Untersuchung ergibt, daß dies mit der verschiedenen Entstehungsweise zusammenhängt. Entstehung aus einer Horde durch Krieg führt zur Aristofratie, Entstehung durch Gesammtatt zur Demofratie. Die Organisation ber isolierten wandernden Gens ist, wie eine vergleichende Betrachtung des Rechtes aller Naturvöller ergibt, eine genoffenschaftliche. Die Gens ift ein genoffenschaftlicher Berband. Die wirtschaft= lichen Berhaltniffe find noch so, daß jeder fich durch Ragd und Biehzucht seinen Unterhalt gewinnen kann. Jeber ift wirtschaftlich selbständig, damit auch politisch. Jeber Geschlechtsgenoffe ift Freund, Genoffe, also gleichberechtigt bem anderen. Die oberfte Gewalt hat die Gesammtheit der erwachsenen, wehrhaften Männer. Die Unterordnung unter die Aeltesten und Erfahrensten (Senat) in der Bersammlung, unter den Tüchtigsten im Kriege ist nicht die unter Herren, sondern unter Beamte. Die Sauptlinge (Senat) find Diener ber Gesammtheit, von ihr (in der Bollsversammlung) gewählt und von ihr absethar 5).

Das wird anders sowohl, wenn das einzelne Geschlecht sethaft wird, wie wenn ein Geschlecht fich ein anderes unterwirft. Der treibende Faktor für beibes ist die zunehmende

5) Bergl. Schmoller, Jahrbuch 1899 S. 14.

¹⁾ Das ift bei Allen gegeben, welche burch Abstammung Staatsangehörigkeit erwerben; bies auch dann, wenn, wie ansangs der Fall, Domizil der Erwerdstitel der Unterthaneneigenschaft ist. Die Abstammung begründet hier für das Kind ein notwendiges, also ohne Willen seiner selbst und seiner Eltern erwordenes Domizil. Bergl. auch v. Sehdel, Annalen 1898 S. 386.

2) Bergl. Gierke Deutsches Privatrecht Bb. I S. 284 N. 3; Bierling, Juristische Prinzipienlehre Bb. 2 (Freidung 1898) S. 144; Triedel, Bölkerrecht und Landesrecht, Leidzig 1899 S. 69; Kaufmann, Die Rechtschaft des internationalen Rechts, Stutgart 1899 S. 40.

³⁾ Colonie, unto which we promise all due submission and obedience.

4) Die Behauptung von Gumplowicz S. 45: "Die Geschichte weist uns kein Beispiel auf, wo ein Staat anders als durch einen Akt der Gewalt entstanden ist" steht vereinzelt. Unzutressender ist allerdings, wenn A. Fischer, Die Entstehung des sozialen Problems, Rostod 1897 S. 175 als Entstehungsursache des Staates lediglich das Bündnis nennt.

Bollszahl. Das Geschlecht vermag fich innerhalb seines bisberigen Gebietes bei ber bisberigen Erwerbsweise nicht mehr zu halten. Erlauben es bie raumlichen Berbaltniffe, fich nach neuen Gebieten zu wenden, haben wir es also mit Steppengegenden zu thun, so behnt sich bie Gens in neue Birtichaftsgebiete aus, wo fie mit anderen Gentes zusammentrifft. Gelingt es ihr, biefe zu unterwerfen, fo ift für ihr Forttommen und zwar unter Beibehaltung ber bisberigen Birtschaftsweise gesorgt. Aber für bie unterworfenen Gentes tritt eine Nenberung ihrer wirticaftlichen Lage ein. Die Sieger bringen bie Beerben ber Befiegten an fich und leben bavon. Lettere find genotigt, für die Sieger zu arbeiten und, je mehr die gemeinsame Boltszahl zu= nimmt, Aderbau zu beginnen. Dies wirft auf die politische Organisation. Bisber mar die Geftaltung bes Staatswesens eine bemotratische, nun wird fie, wenn die Rahl ber Unterjochten überwiegt, aristofratisch. Ein Teil bes Grund und Bodens steht im Eigentume ber Sieger. Es ift ber Boben, ber bisher als Weibeland benutt war. Wird berfelbe nun angebaut, so thun es bie Unterworfenen in wirtschaftlicher Abhangigfeit und biefe bringt politische mit fich. Sie werben Hörige. Aber auch, wo fie auf Reuland bauen, führt bie Art ber Birtschaftsweise zu einem Berluft ihres Anteiles an ber Staatsleitung. Der Aderbauer ift in höherem Maße als ber Biehauchter von ber ihm obliegenden Thätigkeit beansprucht. Die Art ber Ackerwirtschaft ist ja noch eine rohe, Hadbau, ohne Pflug und Düngung 1). Dies erforbert, wenn die nötige Menge von Nahrungsmitteln gewonnen werben will, große Flachen in Bearbeitung zu nehmen. So hat ber Aderbauer teine Beit zur Beteiligung an Staatsgeschäften. Die Sieger, die großen Beerbenbesitzer und die Grundherren, üben allein die politische Gewalt aus. Die Berfaffungs- und Regierungsform in bem neuen Staatswefen ift somit Ariftotratie im Rechtsfinne, wenn die Bahl der befiegten, aber frei gebliebenen Manner größer ift als die Bahl der Sieger, jedenfalls aber Demokratie mit beschränkter Bürgerrechtsfähigkeit und Aristokratie im fozialen Sinne, bies namentlich, wenn bie Unterworfenen als Borige ober gar als Stlaven bienen. Diefelbe gefellichaftliche Blieberung, wie in ben griechischen Staaten bes griechischen Altertumes, begegnet uns beute in afritanischen Regergebieten : ein grund- und beerbenbesitsenber Abel, bie Nachkommen ber als Eroberer eingebrungenen Horben, bie unterworfenen Eingesessenen als landbauende Hörige oder als freie Kleinbauern ohne politisches Recht2).

Bu bem gleichen Ergebnisse führt aber auch die Entwickelung, wenn sich ein einzelnes, auf fein urfprüngliches Bebiet beschränttes Geschlecht feghaft macht und so zum Staate wird. Der Boben, innerhalb beffen fich bie nomabifierende Gens bisher bewegte, bleibt ber gleiche. Die Rahl ber Geschlechtsangeborigen nimmt zu. Jagb, Fischfang, Biebzucht vermögen nicht mehr alle zu ernähren. Reine Jagb- und Fischervöller brauchen für bie Berfon 1 Quadratmeile Raum, wenn fie fich genugend ernahren wollen; auch von hirtennomaben geben nur 40—100 Personen auf die Quadratmeile 3). Es muß also neben ben bisherigen Thätigkeiten eine neue begonnen werden, der Aderbau. Und zwar find dazu die kleinen Heerdenbefiger gezwungen, diejenigen, die mit ihrer Aufzucht Unglud hatten. Bon der Aderarbeit neben der Biehzucht werden sie bann ganz in Anspruch genommen. Um Staatsgeschäfte fich noch anzunehmen, bazu fehlt ihnen die Beit. Die Berrichaft geht an die großen Beerdenbesitzer allein über. Diese machen die anderen zugleich wirtschaftlich von sich abhängig und werden so Groß= grundbesitzer. Es entsteben Grundberrschaften mit Biebzuchtbetrieb. Die Grundberren allein üben die öffentlichen Gewalten. An Bahl stehen fie ben für fie Arbeitenben nach. Die Berfaffungsform ist Aristotratie im rechtlichen und, wenn die Kleineren zu Hörigen werden, wenig= ftens im fozialen Sinne 1). Mit den erhöhten politischen Rechten erwachsen ben Bermögenden

¹⁾ Rațel, Anthropogeographie, 2. Teil Stuttgart 1891 S. 255; politische Geographie S. 58.
2) Polit. Geographie S. 54.
3) Rațel, Anthropogeographie S. 255, 264; Polit. Geographie S. 73 N. 29.

⁴⁾ Bergl. Ratel, Bol. Geographie S. 53; Silbebranb, Recht und Sitte auf ben

natürlich auch erhöhte politische Blichten. Die Rleinen find nicht mehr für friegerische Zwecke bisponibel, soweit sie nicht Hörige werben. Der Schut bes Landes nach Außen fällt allein ben Großen zu. Sie bilben den Arieger- und auch baburch ben Herrschaftsstand. Da fie ben Bertehr nach Außen pflegen, werben fie aber auch leicht zum handelsstand. Das bangt von ben räumlichen Berhältnissen ab. In Steppengebieten wohnen bie Grundherrn auf dem Lande, am Rande von Steppen und in ber Nahe bes Meeres lotal vereinigt in festen Blagen und die Bauern außen herum. Denn hier entsteht viel leichter Berkehr, namentlich an ber See; viel früher als der Land=, bilbet sich der Seeverlehr, mit dem Berlehr aber Handel und Handel er= fordert Ausammenwohnen: Der Stadtfeubalismus bes handelsftandes entsteht.

Anbers ift die politische Organisation, wenn ber Staat burch Besiebelung bisher unbewohnten Landes 1) ober burch Rurudbrängung ber bisherigen Bewohner gebilbet wird, wie bies in Nordamerila burch bie von ber Rufte von Maffachusetts nach Innen vorbringenben Kolonisten geschah. Sier waren die sich Niederlassenden selbst Aderbauer im Gegensate zu den Sübstaaten, wo die Kolonisten die Eingeborenen zur Arbeit heranzogen. Die im Süden sich Ansiedelnden waren Pflanzer, die im Norden fich Niederlaffenden Bauern. Das macht einen Unterschied in ber politischen Organisation. Im Suben find Pflanzerariftotratien im sozialen Sinn, Reger und Eingeborene find Stlaven. Im Norden, wo es nur freie Leute gibt, haben wir Demokratien 3). Dabei geben biefe Demokratien, als fich bas Land ber Staaten immer mehr ausbehnt, nicht zum Brinzipe ber Aristofratie, daß nur Einige berrschen, über, sonbern sie schaffen die Rechtsform der repräsentativen Demokratie. Die Vertreter im Barlamente sind nicht Bertreter besonderer Stande, sondern bes gangen Bolles. Sie werden alle und werden von Allen gemählt. Die reine, repräfentative Demokratie3) hat ihre Geburt in biefen großen Aderbaustaaten, die durch Einwanderung auf Neuland ober durch Rurückbrängung der bisher als Jäger und Hirten lebenben Gingeborenen fich bilbeten.

Wir finden innerhalb dieser Grundungen erster Staaten nur Aristotratien und Demotratien, nicht Wonarchien 1). Sie mussen also mit der Fortentwicklung der Staaten, insbesondere mit ber Bilbung von Staaten aus Staaten jusammenhängen. Betrachten wir baber bie Geschichte biefer Fortentwickelung.

§ 70. Die Kortentwidelung der Stagten. Unleugbar ist die Geschichte der Kortent= widelung ber Staaten eine Geschichte ber Bilbung von großen aus kleineren Staaten. Die Staatsveranderung befteht in erster Linie in einer raumlichen Beranderung, insbesondere in räumlichem Bachstum der Staaten. Aus dem Geschlechter= und Bölkerschaftsstaat wird ber große Stammes staat, aus ibm ber Nationalstaat. Die Bilbung kleinerer Staaten aus großeren gehort erft ber absteigenden Beriode ber Staatsgeschichte, ber Beit bes Staatenzerfalles, an.

Die Entwidelung ber kleineren Staaten zu größeren erfolgt auf bieselbe Weise, wie bie Bilbung der ersten Staaten aus den orginaren Gesellschaftsformen. Daß die größeren Staaten aus den kleineren erwachsen, zeigt uns nichts beutlicher als der Umstand, baß der größere zusammengesete Staat gegenüber bem größeren Einheitsstaate die geschichtliche Priorität

verschiedenen wirtschaftlichen Kulturstufen, 1. Abteilg., Jena 1896; Weber, Art. Agrargeschichte im Handwörterbuch der Staatswiffenschaften, 2. Ausl. Bb. 1 Jena 1898, S. 57 f. 66 ff; Fuchs, Art. Agrargeschichte im Wörterbuch der Bollswirtschaft Bb. I Jena 1898, 27 f.

1) Raßela. a. D. S. 39, 121 f.: Niemands oder Reuland.

²⁾ Ebenba G. 59. 3) Bergl. S. 275

⁴⁾ Die ältere Staatslehre (Roscher, Politik Stuttgart 1892) läßt, Aristoteles folgend, ber Aristotratie ein patriarchalisches volksfreies Urkönigtum vorausgehen, d. h. eine Zeit, wo noch keine Trennung in Herren und Knechte, sondern Gemeinfreiheit und annähernde Gleichheit bestand (vergl. darüber Hinge in Schmoller's Jahrbuch 1897 S. 780); allein damit ist die Stellung der Hauptlinge verkannt. Sie waren nur Organe der Volksversammlung.

besitzt. Große Einheitsstaaten wachsen aus Berbindungen kleinerer Staaten heraus¹). Und die Aehnlichkeit geht noch weiter. Auch die gleichen Entstehungsgründe liegen vor. In erster Linie entstehen die größeren Staaten durch einseitiges, gewaltsames, kriegerisches Borgehen eines Teilstaates, erst in zweiter durch friedlichen Zusammenschluß der Teile. Nur das Hervorzehen aus einem Berbindung unmittelbar der einzelnen Individuen sehlt. Geht der Großstaat aus einem Gesammtakt hervor, so ist es immer ein Gesammtakt von Staaten, nicht von Individuen. Endlich besteht eine Aehnlichkeit mit der Entstehung der ersten Staaten auch insofern, als auch hier beide Begründungsarten sich unter einander nicht selten ablösen. Sehr oft führt Interessensenischaft die Bölkerschaftsstaaten zu Staatenverbindungen, zuerst zu vorübergehens den Allianzen, darauf zu dauernden Staatenbünden und Bundesstaaten. Ein Staat gewinnt dann innerhalb dieser Berbindung Hegemonie und sormt krast seiner politischen Uedermacht den zusammengesetzen Staat, den Bundesstaat, zum Einheitsstaate, dem Stammesstaat, um. Und in ähnlicher Weise entsteht in größerem Verhältnisse aus dem Stammessstaate auf dem Wege friedlicher Bereinigung zuerst eine nationale Staatenverbindung und schließlich durch einseitige Unteriochung der nationale Einbeitsstaat.

Es wäre voreilig, von biesen gleichen Entstehungweisen auf gleiche Staatsformen zu schließen. Wie wir sahen, erklärt sich sowohl die demokratische Organisation des jungen Rostonisationsstaates auf Neuland, wie der Uebergang von der genossenschaftlichsdemokratischen Organisation des Geschlechtes zur aristokratischen Versassung des Bölkerschaftsstaates bei der Staatengründung nicht aus der äußeren Form der Staatsentstehung, sondern aus den treibenden Gründen, welche zur Staatsentstehung führten. Troß gleicher äußerer Form der Entstehung bürfen wir also für die Entstehung von Staaten aus vorhandenen Staaten nur dann die gleichen Staatsformen erwarten, wenn es hier und dort die gleichen Gründe sind, die zur ersten bezw. weiteren Staatengründung führten.

Bei ber Grundung erfter Staaten waren es wirtschaftlich = foziale Berhaltniffe, bie Runahme ber Bevölkerung in ben Wanderhorden und die dadurch gesteigerte Rachfrage nach Ernährungsmöglichteiten, welche Sekhaftigleit und damit Staaten ins Leben riefen. Es fragt fich, ob auch bei Entstehung größerer Staaten aus kleinen ebenfalls wirtschaftliche Berhältniffe bie treibende Rraft bilben. Rach unferer geschichtlichen Erfahrung tommt es nun gewiß vor, baß Staaten wegen Bunahme ihrer Bevollerung nach raumlicher Ausbehnung ihrer Berrichaft auch in ber Form ftreben, daß fie frembe Staaten fich unterwerfen, und ebenfo gewiß begegnet es, daß Staaten aus wirtschaftlichen Gründen mit anderen in friedliche Berbindung treten und bamit späterer politischer Berbindung vorarbeiten, allein in erster Linie ist der treibende Kattor ber Staatenvergrößerung in Form ber Unterwerfung anderer Staaten — und dies ist ja die Hauptart ber Entstehungsweise größerer Staaten — nicht mehr ein wirtschaftlich-sozialer ber größeren Bollszahl ein größeres Bethätigungsgebiet zu verschaffen —. sondern ein volltischer, bas Streben nach politischer Macht, nach Ausbehnung ber herrschaft. Der leitenbe Gebante Roms bei seinem Streben über fein ursprüngliches Gebiet hinaus fich zu vergrößern, war nicht die Absicht, ber Bevöllerung bes Staates weitere Raume b. b. umfaffenbe Gelegen = beit zu wirtschaftlicher Bethätigung zu eröffnen, sondern die Absicht, ben politischen Ginfluß bes Staates zu steigern. Die Bestrebungen des großen Aurfürsten, Friedrichs des Großen und ber Regierung Raifer Wilhelms I. in Breußen, dasselbe territorial zu vergrößern, waren nicht von wirtschaftlichen, sondern von bem politischen Gebanten getragen, die verschiebenen preußischen Landesteile zu einem zusammenhängenden räumlichen Staatsganzen zu verbinden 9. Es will bamit teineswegs gefagt fein, bag bei biefer Entwidelung ber alteren Staaten zu größeren politischen Gebilden im Bege einseitiger Ausbehnung wirtschaftliche Motive volltommen aus-

¹⁾ Ragel S. 169.

²⁾ Rațel S. 119, 157; Sinte a. a. D. S. 779.

geschlossen gewesen wären, aber die politischen Motive überragten die wirtschaftlichen. Lettere entstehen gewöhnlich erft bei höherer Kulturstufe 1). In erster Linie ist es also ein anderer treibender Faktor, der zur Staatenvergrößerung führt, als derzenige, aus welchem die Grüns dungen erster Staaten hervorgingen.

Es fragt sich, ob dies gegenüber der vorausgehenden Entwicklungsstuse auch Unterschiede in der Staatensormation zur Folge hatte. In der That ist dies der Fall. Die aus Unterschung anderer Staaten hervorgegangenen größeren Staaten sind meist monarchisch organisiert. Es ist eine machtvolle Einzelpersonlichkeit, die sie gründet und dem begründeten Staatswesen wenigstens eine Zeit lang monarchische Staatssorm gibt. Man denke an die Gründung des mazedonischen und des Franken-Reiches 2).

Es erübrigt noch, den geschichtlichen Zusammenhang dieser neuen Staatsform mit den bisherigen, d. h. die Art zu schilbern, wie diese neue Staatsform aus den bisherigen herauswuchs, eine Untersuchung, die, wie wir alsbald sehen werden, gleichbedeutend mit der Frage ist, auf welche Weise in jenen ersten Staaten jenes Herrschaftsbedürfnis, dieses Streben nach Macht entstand.

Unferer geschichtlichen Erfahrung nach wuchsen die neuen Monarchien aus ber Ariftofratie ber vorausgehenden Entwickelungsperiode heraus. Die Aristokratie sowohl im rechtlichen wie im thatfactlich fozialen Sinn prägt ben wenigen Herrschenden notwendig ein besonderes Gefühl der Herrschaft ein. Bei ber Demotratie herrscht Jeder mit. Wird auch der Ginzelne ba und bort überstimmt, in anderen Fallen sind seine Gegner in der Minderheit. Sier herrscht ständig eine Minberheit. Dies läßt bas herrichen, ba es ber Mehrheit volltommen fehlt, als einen besonderen Borzug erscheinen und das entstehende Bewußtsein hievon ruft auch zugleich das Streben nach größerer Entfaltungsmöglichkeit bervor. Daburch wird notwendig eine gewiffe Saufigkeit von Konflikten mit anderen Staaten berbeigeführt, eine Erscheinung, die sich mehrt, je erheblicher die Bevolkerungsbichtigkeit der bewohnbaren Erde zunimmt. Rriege zwischen Staaten werben in zunehmendem Dage zu einem bauernden Bustande. Das erforbert stänbige Führer. Richt mehr ein von Fall zu Fall ermählter, fondern ein ftandiger Felbherr muß an ber Spipe stehen. Um Erfolge nach Außen zu erzielen, bedarf es aber auch einer Zusammenfassung der Kräfte im Inneren. Nach Außen und Innen muß einheitliche Leitung sein. Die Erfolge im Ariege befestigen die Stellung des Felbherrn im Inneren; er gewinnt hier mehr und mehr bas politische Uebergewicht. Er hat ben Staat vergrößert und so fallt ihm auch die Fulle ber Staatsgewalt zu. Die Einrichtungen bes Krieges werben teils aus Bebürfnis, teils aus Reigung auf die Organisation des Staatsinneren übertragen 3). Aus der Aristotratie entsteht das monarchisch geformte Staatswefen.

Roch leichter fast geschieht ber Uebergang von Aristotratie zu Ginherrschaft, wenn bie kleineren, bisher aristotratisch verfaßten Staaten sich zu einer Staatenverbindung und zulett zu

2) Heraus erklärt sich die Entstehung des Titels König von Gottes Gnaben. Gemeint ift damit: historischer Entstehungsgrund der Herschaft ift nicht Uebertragung durch das Bolk, sondern nach Gottes Willen eigene Kraft. Diese historische Entstehung ist aber etwas anderes als die rechtliche Charakterisierung. Bergl. oben S. 259 f.

3) Bergl. Zenker a. a. D. S. 767.

¹⁾ Auch wenn alle wirtschaftlichen Motive fehlen, kann bas Streben nach politischer Macht wohl die einzige treibende Kraft, das einzige Motiv, aber nicht die einzige Ursache des räumlichen Bachskums sein. Selbstverständlich hängt die Erfüllung des Motivs auch von objektiven Bedingungen ab, von der Oberstächengestaltung und Vage des Landes, von Jone (Klima) und Bodenschlätinischen (geognostischer Beschaftenheit des Landes) und ber durch dies alles bedingten Jahl und Art der Bevölkerung (vergl. K a z el S. 157, 159), besonders aber vom Stande der Kultur. Mit dem Kulturfortschritt nimmt auch das räumliche Wachstum der Staaten zu. Die Kultur wirdt auf den Kerkehr, der ein kräftiger Kaumbewältiger ist, ausdehnend und nicht minder erweitert sie den geographischen Horizont. Auch diese Erweiterung geographischen Wissens, die Entdedung neuer Gediete, ist ein das Machtbedurfnis unterstützendes Moment. Bergl. über dies alles K a z el a. D. S. 235, 196, 199, 202. Endlich kommt noch ein subsektiver Grund, die Erkentnis, in Bestracht, daß größere Staaten widerstandsfählger als kleinere sind und sin höherem Maße als diese die Garantie der Dauer in sich tragen (ebenda S. 850, 360).

einem zusammengesetzten Staate vereinigen. In der Berbindung kann thatsächlich nur ein kleinerer Teil, eine Bertretung der Gliedskaaten, herrschen. Aus diesem Ausschuß als einer Minderheit, welche an quantitativer Größe noch hinter der Mitgliederzahl der aristokratischen Organe der Teilskaaten zurücksteht, erwächst eine Monarchie noch um Bieles leichter.

Gang anders verläuft die Entwidelung größerer Staaten aus ben unmittelbar von Inbivibuen gegründeten Siebelungsstaaten heraus. Diese haben, wie wir saben, bemotratische Berfassung, nicht blos als die ursprüngliche Staatsform, sondern behalten dieselbe auch bei Größerwerben mittelft bes Ausweges teprafentativer Regierungsorganisation bei. Ohne biesen Ausweg würden fie zerfallen, weil es bei ber Beite ber Siebelungen nicht möglich wäre, Bollsversammlungen von solcher Größe zu vereinen, daß fich alle Teile des Staates an beren Beschlüffe gebunden erachteten. Die repräsentative Staatsform übertragen sie bann auch auf die Staatenverbindungen, welche sie mit ihrem räumlichen Wachstum bilden. Der Einzelstaat, wie die Gesammtbeit finden auf solche Beise in der Berbindung Bertretung. Es ist eine verhältnismäßig große Bahl von Bertretern. Solange biese zusammengesetten Staatswesen nicht mit anderen Staaten in stärkere politische Ronflikte geraten, vermag sich die bemokratische Staatsform zu erhalten. Für die Bereinigten Staaten von Rorbamerika erklärt fich die lange Erhaltung ihrer Staatsform — alle anderen Staaten von ähnlicher Größe haben seitbem ihre Berfassung gewechselt — in erster Linie 1) aus ihrer geographischen Lage. Zwischen awei Meeren geschützt gelegen und nur von wenigen Staaten umgeben. bazu nach einer Seite von einem unselbständigen Kolonialland, waren dieselben von politischen Konflikten mit anderen Staaten möglichst verschont. Sie bedurften teiner besonbers starten Borsorge nach Außen, keiner starken Marine oder eines starken Heeres. Die Erekutive konnte also auch rechtlich schwach fein. Batten die Bereinigten Staaten fruber einer thatfachlich ftarten Eretutive bedurft, fo ware auf bieselbe schon langst ein größerer Teil ber Staatsgewalt auch rechtlich übergegangen 1). Ueberall, wo sich verwickeltere auswärtige Berhältniffe infolge ber geographischen Lage bes Landes zeigen ober wo ein Staat ohne bies auf Ausbehnung feines raumlichen Machteinfluffes ausgeht, führt die Demotratie zumeift zu Militardittatur, zum Cafarismus, und ichlieflich von dieser monarchischen Regierungs- zur monarchischen Berfaffungsform. Se mehr die Bereinigten Staaten beginnen, fich an Erlebigung internationaler Fragen zu beteiligen, welche auch bie Anteressen ber europäischen Großmächte berühren, umsomehr wird fich bie Notwenbigkeit ergeben, die bisherige Berfaffung umzugeftalten. Raum hatte die ameritanische Regierung in ben letten Jahren ihre Expansionspolitit eröffnet und begonnen, die dadurch gegebene Rotwendigfeit ber Berftarfung ihrer Streitfrafte ins Werf zu feten, ertonten in ber Union icon warnend die Schlagwörter Militarismus und Imperialismus.

Mit dem Bisherigen haben wir alle Formen der Staatenverdindungen in den Zusammenshang geschichtlicher Entwickelung gestellt, nicht aber schon alle Staatsversassungssund Staatsregierungssormen. Wir haben der Aristokratie und der Demokratie und zwar sowohl der unsmittelbaren, wie der mittelbaren ihre geschichtliche Stellung angewiesen, von der Monarchie dagegen disher nur die absolute Monarchie geschichtlich abgeleitet. Es handelt sich noch um die Fortentwickelung dieser zur beschränkten Einherrschaft, um die geschichtliche Stellung der stänsbische nund der repräsentativen Monarchie. Ist diese unmittelbar aus der absoluten herausgewachsen und auf welche Weise? Hängt ihre Entwickelung ebenfalls mit dem Gesetze des räumlichen Wachstums der Staaten zusammen oder sührt sie über ein Stadium räumlicher Rüdbildung derselben?

¹⁾ Andere Gründe sind: in Amerika gibt es keine so starken sozialen Unterschiede, wie in ber alten Welt, keinen Abel, kein Königtum und damit kein royalistisches oder nach aristokratischer Sonderherrschaft strebendes Gefühl, also zwei wichtige politische Faktoren weniger.

2) Bergl. auch Brhce I S. 68, 107, 809.

Die nähere Untersuchung zeigt nicht blos, bag es ein langer Beg ift, welcher von ber absoluten Monarcie, die wir bisber ichilberten, jur ftanbischen und insbesondere jur tonftitutionellen Monarchie führt, sondern auch, daß dieser Weg auch noch mit einer weiteren geschichtlichen Entwickelung ber übrigen Staatsformen verbunden ist.

Bir haben geschilbert, wie burch Bereinigung ber Bollerschaftsftaaten ein neues Staatswefen, ber Stammesftaat, entftand und wie ber treibende Fattor für biefe Bilbung größerer Staaten das Streben nach Herrschaft war. Dieser Trieb war so start, daß er zu noch weiterer Bergrößerung der Staaten über den Stammesstaat hinaus, zur Bildung von National-, und fogar barüber hinweg zu Bilbung von Univerfalftaaten, von Beltreichen, führte, eine Gerrschaftserweiterung, die allerdings nur möglich war, wenn es sich um die Ausdehnung der Herrschaft eines fulturell höher stehenden Boltes über Bölter niedrigerer Kulturstufe und um Gewinnung von herrschaft über bunn bevölkerte, also ber Unterwerfung weniger bemmniffe entgegensehende Ländergebiete handelte 1). Selbstverständlich konnte unter solchen Umftänden die Ausdehnung auch keine intenfive, sondern nur eine extensive d. h. eine solche sein, welche die neugewonnenen Staatsteile nur äußerlich, der Herrschaft nach, nicht aber innerlich, wirtschaftlichsozial, den alten Landen analiederte. Es wird nur das Land, aber es werden nicht die Leute gewonnen. Die neuen Gebietsteile werben wohl beherrscht, aber nicht verwaltet.

Solche auf extensiver Berarogerung berubende Staaten find nicht von dauernder thatfäcklicher Araft. Es feblen ihnen die nötigen wirtschaftlich-sozialen und ethischen Grundlagen. Der Raumgröße muß auch eine lokale Raumbeherrschung entsprechen. Das unterworfene Land muß auch fulturell, friedlich erobert werden, wenn bie Zusammengehörigkeit nachhalten, ein Gefühl ber Rusammengehörigkeit, bas politifc verbindet, entsteben foll. "Richt in ber Große bes Raumes an fich, sondern in der Art der Erfüllung des Raumes liegt der Zusammenhalt und die Gemahr ber Dauer"). Den übergroßen Reichen fehlt diese Durchdringung ihres Raumes mit fultureller Herrschaft und so sind sie von kurzlebigem Dasein. Wie rasch verfielen die asiatischen Reiche der Babylonier, Meder, Berser und das mazedonische Reich. Auch die Weltherrschaft bes alten beutschen Reiches ist an dieser Rlippe gescheitert und sogar seine innere Rersplitterung führt auf diese Thatsache zurud. Es war dem beutschen Königtum des Wittel= alters bei ber großen Ausbehnung seines Gebietes nicht möglich, basselbe auch verwaltend zu erobern, Nordbeutschland blieb ben Staufern ein frembes Land. Gang anders Frankreich. Hier hatte das Königtum auch die nötige lokale Bafis, um fich zur Alleinherrschaft emporzuschwingen.

Run ift aber die Art und Beife ju fchilbern, wie biefer Berfall ber großen Reiche erfolgt. Das Bachstum berfelben war burch machtvolle Einzelperfonlichkeiten herbeigeführt; es war gleichbebeutend mit Ausgestaltung monarchischer Berfassungsform. Der Monarch vermag aber nicht überall perfonlich zu herrschen. Er muß örtliche, provinzielle Berwaltungsorgane einseben. Diese werben bei ben noch wenig entwidelten Berbaltniffen icon infolge ihrer größeren Entfernung vom Bentrum der Regierung unabhängig. Des Weiteren erhalten fie, da Naturalwirtschaft herrscht, ihr Entgelt in Grund und Boben. erhöht ihre Selbständigkeit3). Aus Beamten werden Selbstverwaltungssubjekte (Feudal=

¹⁾ So entstand bas affatische Reich Alexanders bes Großen, bas Weltreich ber Römer, bie

¹⁾ So entstand das aflatische Reich Alexanders des Großen, das Weltreich der Kömer, die Herrschaft Rußlands in Nordassen, Chinas in den Wüsten der Mongolei, das Frankenreich und die abendländische Herrschaft der Beteichen Königtums. Auf die gleiche Ausdehnung geht die Vergrößerung der Herrschaft der Vereinigten Staaten zurück. Vergl. Ra z el S. 89.

2) Razel S. 176, 93, 117, 124 und Grenz doten, 57. Jahrgang (1898) S. 591 sp. "Der Deutschen Boden und die deutsche Geschichte", insdes. S. 598; auch hinz e. a. a. D. S. 796 f.

3) Oft trägt dazu auch bei, daß der Monarch ihrer Hilfe gegen starke Feinde, z. B. gegen die Kirchengewalt, bedarf. So versicherte sich der englische König der Unterstützung der hohen Barone gegenüber den Uedergriffen der kirchlichen Gewalt auf weltliches Gediet. Das Entgelt hiefür sind die 16 Artikel von Clarendon (1164), der Beginn der Rechte des Parlaments; In eist, Englische Verfassungsgeschichte S. 235; Es mein S. 37.

verfassung), die den König balb sogar in seinen eigenen Befugnissen beschränken. Es entsteht die ständ isch beschränkte Monarchie, bis es den Ständen sogar mit hilfe Dritter, ihrer Unterthanen oder der Kirche, gelingt, sich ganz vom bisherigen Staatswesen loszulösen. Die großen Reiche zersallen.

Es entstehen in Form der Rückbildung zuerst durch Zerteilung in einen zusammengesetzten Staat, schließlich durch völlige Abwerfung der Oberherrschaft wieder kleinere Staaten. Sie sind wieder Monarchien, denn es war in erster Linie die Kraft der herrschenden Familie, welche diese Befreiung herbeisührte. Doch nicht allein gelang ihr dies, sondern nur mit Unterstützung ihrer Unterthanen und oft der Kirche, die ja bisher auch Unterthan der höheren Gewalt gewesen. Diese Helfer, Adel und Geistlichkeit, müssen belohnt werden. Der Lohn besteht dem Stande der Naturalwirtschaft entsprechend in Freiheiten und Rechten für ihren Grundbesitz. Sie werden den Fürsten beschränkende Organe — die ständische Monarchie in räumlich kleineren Berzhältnissen.

Die weitere Entwickelung führt zur Ersepung der ständischen Wonarchie durch die abfolute. Der Grund hiefur liegt in ber mit Unterftugung ber Stande erworbenen rechtlichen ober weniastens thatsäcklichen Unabbangiakeit nach Auken. Wit Silke ihrer Unterthanen, der Großgrundbesiger, waren die mittleren Herrscher von ihren weltlichen wie geistlichen Oberberrn befreit worden. Die so gewonnene Selbständigkeit brachte aber sofort auch vermehrte politische Pflicht, die Pflicht ausschließlicher Selbstverteibigung. Bisher mit von Oben geschützt, muß fich der Landesherr nun allein verteidigen. Gine ftarte Kriegsmacht, stehende Truppen werden notwendig. 1439 wird von den französischen Generalftanden zu Orleans eine bleibende Ropf= fteuer zum Unterhalt des stehenden Heeres bewilligt. Rugleich erhöht die gewonnene Selbst= ständigkeit auch das Machtgefühl des Fürsten und damit das Streben nach Erweiterung der Macht nicht nur nach Außen, sondern auch nach Kinnen, nach Beseitigung der ftändischen Schranken. In dem Heere, das sich aus anderen und zwar den Ständen entgegengesetten Elementen, aus ben Bauern, zusammenset, hat er bie nötige physische, in ben Stadtbewohnern, ben Bürgern, bie notige finanzielle Stupe. Lettere waren ja wohl in ben Standen vertreten, aber boch nicht in einer ihrer thatfachlichen Bebeutung entsprechenden Beise. Abel und Rlerus bilbeten ben Stäbten gegenüber bie geschlossene Majorität auf ben Stänbetagen. Gerne verzichteten bie Stäbte baher auf jede Bertretung gegenüber bem Fürsten, wenn bamit zugleich die politische Bormacht von Abel und Alerus ihr Ende erreichte.). In der Beseitigung des Einflusses von Abel und Alerus ging der Fürst teils friedlich, teils gewaltsam vor. In ersterer Richtung liegt der neue Berwaltungsgrundsat, die Beamten nicht mehr aus den Areisen der Bornehmen und der Geistlichkeit, sondern aus mittleren und unteren Ständen zu entnehmen 2), in zweiter die Belagerung ber ständischen Festen. hier that dem Fürsten die Erfindung des Feuerrohres gute Dienste. Diesem hielten bie abeligen Burgen nicht mehr Stanb.

So war absolute Gewalt gewonnen. Die eigenberechtigte Monarchie blieb bewahrt. Sie erhielt nicht bemokratische Grundlage. Berschiebenes war Ursache davon. Der Schutz nach Außen gelang so am besten. Einheitliche Leitung sichert Zusammensassung der Kräfte. Dazu kam: ber Monarch hatte die Unabhängigkeit erkämpst; er wollte sie sich auch für die Zukunst sichern. Endlich aber: die breite Masse bes Bolkes war mit dieser Staatssorm zufrieden, denn der Fürst sorgte in seinem eigenen Interesse für sie. Er bedurfte eines zahlreichen Bauernstandes und einer wohlhabenden Stabtbevölkerung. Ohne Beides waren stehende Truppen nicht zu erhalten. Mit ganz besonderer Sorgsalt mußte der Herzicher sich der Pflege der wirtsschaftlichen Interessen der Unterthanen widmen, wenn widrige Ereignisse irgend welcher Art

¹⁾ Hiezu v. Senbel 1898 S. 490 ff.; Es mein S. 34. 2) Schmoller, "Der beutsche Beamtenstaat vom 16.—18. Jahrh." in Umrisse und Unterssuchungen S. 294 ff.

bie Entwidelung bes Wohlstandes ber Unterthanen hemmten ober gar vernichteten. Und zum Anderen nahm ber Fürst ja seine Beamten aus bem Kreise bes Bürger- und Bauernstandes. Das schmeichelte biesen Ständen und im Gegensate zum Junkerregimente waren bie aus ihnen entnommenen Beamten auch auf das Wohl von Bürger und Bauer bedacht 1). Das Brinzip des Merkantilismus, die Fürsorge des Staates für seine Unterthanen und das Hinwirken auf Hebung ber Bevölkerungsziffer hangen so innig mit bem Streben nach Berteibigung und Erhaltung der Macht von Staat und Dynastie zusammen. Es ist selbstverständlich, daß sich diese Obsorge für die Unterthanen noch steigern mußte, wenn der Fürst über den Gedanken bloßer Berteibigung und Erhaltung hinaus zur Ausbehnung feiner Macht auch nach Außen fortichritt. Ein solches Streben lag ja aus bem im Inneren entstandenen Machtgefühl beraus nabe.

Inbes, eine andere Wirkung dieser Steigerung der Macht konnte nicht ausbleiben 2). Bauern- und Bürgertum boten bem Fürsten in erster Linie Berfonen und Mittel zur Erhaltung und Ausdehnung seiner Macht. Sie mußten fich bieser ihrer Bebeutung für Staat und Fürft nach und nach bewußt werben und über ihre Teilnahme an bem Staatsregiment burch ben fich aus ihnen refrutierenden Beamtenkörper binaus eine selbständige Mitwirtung in öffentlichen Dingen anstreben, ftatt fich in ihren Brivatsachen in jeber Richtung bevormunden und leiten zu laffen. Die Bourgeoisie kleibete biesen Gedanken in die Formel ber Gleichbeit. Nachbem sie die Borrechte von Abel und Gleichbeit bekampft und niedergerissen batte, konnte sie für sich und den Bauernftand feine Borteile fordern. Wollten Bürger und Bauer Teilnahme am Staatsregiment, fo mußten fie folde auch ben anderen Ständen zubilligen. Alle Unterthanen waren sich in ber absoluten Monarchie politisch gleich geworben, also mußten ihnen auch die gleichen politischen Rechte zu Teil werben. Nach der Kopfzahl der Bürger= und Bauernschaft war dies thatfächlich allerdings doch ein Uebergewicht diefer über den Abel.

Um meisten mußte bas Streben nach einem Anteil an ben Staatsgeschäften ba sich geltenb machen, wo die Fürsten die Staatsgewalt lediglich im eigenen Interesse und nach Billfur und Laune übten 3). hier war es fogar möglich, bag bas erftrebte Biel im Bege ber Gewalt burchgesett und in ber Beseitigung bes Borhandenen weiter gegangen wurde, als jur Erreichung bes Bieles an fich nötig war. In ber That sehen wir, daß da, wo Bürger= und Bauerntum den Weg ber Gewalt einschlugen, die Entwickelung mit einem Bürgerkönigtum b. h. mit einer Herrschaft bes Bolles b. i. bes Bürger= und Bauernstandes über ben König ober gar mit Beseitigung bes Ronigtums endete, die parlamentarische Monarcie ober rein repräsentative Demofratie mit Brafibenticaft entstand.

Wo die Entwidelung auf friedlichem Wege erfolgte, d. h. das Königtum nicht despotischen Gebrauch feiner Macht verschuldet und somit nicht den halt beim Bolle verloren hatte, war bie Form, in welcher das Biel erreicht wurde, die der Beschränkung des Königs durch Mitwirfung einer Bolfsvertretung, die repräsentative Monarchie. Zum Teil mochte in berfelben bie ftanbifche Glieberung, namentlich in einem Oberhaufe noch zur Erscheinung gelangen, wenn nur bas Uebergewicht bes Bürger- und Bauernstandes gesichert war, wie bies allenthalben burch Erteilung höherer Rechte an die zweite als an die erste Rammer nach Montesquieu'scher Lebre geschah.

Barlamentarische und repräsentative Monarchie sind natürlich weiterer Fortbilbung zugänglich. Das bemokratische Element in ihnen kann zuerft nur aus einem geringen Dehr über bie Salfte ber erwachsenen mannlichen Staatsangehörigen hinaus bestehen. Die politischen

¹⁾ Bergl. S. 232.

²⁾ Bergl. die schon S. 229 f., 242, 248, 361, 368 ff. gemachten Bemerkungen.
3) Sehr treffend, aber boch bornehm bezeichnete diese Schäben, diesen Charafter des zügellosen Absolutismus, der schon oben S. 254 genannte Graf Clermont= Connerre mit den Porten: les outrages que lui (bem Staat) ont faits le temps et les nombreuses insurrections de l'intérêt personnel contre l'intérêt public; vergl. Duguit und Monnier a. a. O. S. VII.

Rechte der Unterthanen vermögen noch von erschwerenden Bedingungen, wirtschaftlicher Selbsteständigkeit oder bestimmtem Bermögensbesig, abhängig zu sein 1), wenn nur die Zahl der an dem Bürgerrecht teilhabenden Staatsangehörigen größer als die Zahl der nicht bürgerrechtssfähigen Staatsgenossen ist. Bon hier aus kann sich die Zahl der politisch Berechtigten bis nahe zur Bollzahl aller erwachsenen männlichen Unterthanen und darüber hinaus dis zur Teilnahme der Frauen am Wahlrecht ausdehnen. Es tritt dadurch keine Aenderung in der rechtlichen, sondern nur in der politischssischen Form des Staatswesens ein. Das thatsächliche Uebergewicht in der Bollsvertretung kann von der wirtschaftlich selbständigen Staatsbevölkerung, dem Bürgerzund Bauernstand, auf die wirtschaftlich unselbständige 3) und besitzlose, d. h. vor Allem auf die arose Gruppe der Handarbeiter übergeben.

Eine solche Ausbehnung bes bemokratischen Elementes, also eine Erweiterung bes Wahlerechtes wird im Zeitalter bes Industrialismus, b. h. dann eintreten, wenn die Zahl der handarbeitenden Bevölkerung sich start vermehrt und durch Ausdehnung von Handel, Industrie und Berkehr in ihrer Gesammtheit an wirtschaftlicher und damit an thatsächlicher Nacht gewinnt. Durch diese Macht wird die handarbeitende Bevölkerung veranlaßt, zu ihren Gunsten auch nach Einsluß in politischen Dingen zu streben und sie wird diesen Einsluß um so eher erreichen, als der Staat insolge der mit seiner Entwickelung wachsenden Ansprüche an seine Nachtstellung nach Außen und seiner Aufgaben im Inneren sich veranlaßt sieht, die große Allgemeinheit seiner Angehörigen zu Leistungen an sich in allgemeiner Wehrpslicht und in die Wasse tressenden Steuern heranzuziehen. Die nächste Wirtung dieser weiten Ausdehnung des Wahlrechts wird ein Streben der durch die Handarbeiter gebildeten parlamentarischen Majorität nach Alleinsberrschaft im Staate, d. b. also nach Beseitigung des Bürgers und des Königtums sein.

Was dies lettere anlangt, so geht bei solchem Uebergewichte der wirtschaftlich Unselbständigen die Monarchie zunächst aus einer rechtlich konstitutionellen in eine thatsächlich parlamentarische über, wenn die Regierung, um Kämpse zu vermeiden und Schwierigkeiten aus dem
Wege zu gehen, nahezu regelmäßig im Sinne der Parlamentsmehrheit die Geschäfte führt. Bürgert sich dies Nachgeben gegenüber der großen öffentlichen Meinung ein, dann wird im
Lause der Zeit auf friedlichem Wege aus der konstitutionellen eine parlamentarische Monarchie;
der saktischen Macht folgt die rechtliche nach. Lettere geht auf das Volk über und schließlich
wird das Königtum ganz beseitigt.

Ist dieses Ziel aber erreicht, dann erwachsen dem demokratischen Staatswesen die größten Feinde aus seinem eigenen Lager. Run herrscht die Anschauung einer großen Menge allein. Sie beherrscht nicht blos die anderen Parteien, sondern auch ihre eigenen Angehörigen, das Individuum. Dasselbe gerät in der reinen Demokratie in eine viel größere Beschränkung seiner Freiheit, als in der Monarchie. Das Prinzip der Demokratie ist quantitative Gleicheheit '; jede Besonderheit wird beseitigt; die Ungleichen dürsen nicht ungleich, sondern müssen gleich behandelt werden. Benn Biele darüber entschen, was Besonderheit ist, werden viel mehr Besonderheiten entbeckt, als wenn dies einige Benige oder eine Vielheit unter Mitwirztung selbständiger Einzelner thun. Bald gelingt es dieser, bald jener Majorität, ihre Meinung zum Siege zu bringen. Durch Vielzahl der Herrscher steigert sich auch die Anzahl der Besehle. So wird die individuelle Freiheit in der Demokratie in höherem Grade beengt als in der Monarchie und es wird die Herrschaft der Mehrheitsvartei schließlich als Thrannis

¹⁾ Die französische Revolution steht noch auf bem Zensusprinzip; vergl. Es mein S. 199, 203.
2) Nach ber beutschen Berufszählung vom 14. Juni 1895 sind von ben Erwerbsthätigen 26,8% selbständige, 78,2% unselbsthändige Erwerbsthätige.
3) Bergl. oben S. 263 f.

⁴⁾ Rach ber Seite ber öffentlichen Pflichten haben die Demokratien bas Brinzip allerdings burchbrochen. Auch fie ftufen möglichft nach Leiftungsfähigkeit ab.

empfunden. Alleinherrschaft eines Parteiausschuffes 1) und schließlich eines Parteihauptes, also Rückehr zu monarchischer Regierungs= und von da zu monarchischer Versaffungssorm erscheint als einzige Lösung. Das strengste Ordnungsprinzip gelangt wieder zur Herrschaft 2).

§ 71. Die treibenden Arafte in der Staatsentwidelung. Bir haben mit Borstebenbem alle uns bisber bekannten Staatsformen in ben Rusammenhang staatlicher Entwidelungsgeschichte gestellt. Damit ift nicht gesagt, bag jeber Staat biesen Entwidelungsgang burchmachen muß. Bo bie Entwidelung burch Rampf geschieht, entscheibet über bas Ergebnis bas nach ben einzelnen Staaten fehr verschiebene Rrafteverhaltnis ber ftreitenben Fattoren. Wem ber Besit ber Herrschaft streitig gemacht wirb, ber wird sich, wenn er klug ift, rechtzeitig vorfeben. In Staaten, in welchen die geschichtliche Ertenntnis fo weit entwidelt ift, daß man nicht mehr verkennt, bag bas oberfte Staatspringip bas ber Ordnung fein muß und biefe am besten burch ben Monarchismus gewahrt ist, wird ber bies erkennende Teil, so lange es Beit ift, alles baran feben, die Monarchie zu erhalten. Droben berfelben g. B. von bem allgemeinen gleichen Bahlrecht Gefahren, bann wird er es unter hinweis barauf, bag nicht blos öffentliche Bilichten, sondern auch öffentliche Rechte gerechterweise nach der Leistungsfähigkeit abzuftufen find, bei Beiten einer Abanberung unterwerfen und ben Abstufungen ber Steuerpflicht entsprechend Abftufungen bes Bablrechtes in Form eines Pluralftimmrechtes für gebiente Solbaten, Kriegsteilnehmer, Höherbesteuerte und Absolventen schwererer Staatsprufungen ichaffen.

Indes, diese Fragen sind hier nicht weiter zu versolgen. Sie sind Fragen nicht der Allgemeinen Staatslehre, sondern der Bolitik. Hier ist nur zum Abschluß der Entwickelungsgang nochmals zu überblicken. Thun wir dies, so ergeben sich und folgende allgemeine Sätze: Für die räumliche Entwickelung der Staaten ist vor Allem das Streben nach Macht, somit ein politischer Faktor maßgebend. Für die Verschiedenartigkeit der Staats= und Regierungssormen dagegen kommen in erster Linie soziale Faktoren und zwar solche, welche vorwiegend in bestimmten wirtschaftlichen Verhältnissen begründet sind, als treibende Kräste in Vetracht. Es sind die verschiedenen Stusen wirtschaftlicher Entwickelung, welche auch verschiedene Arten staatlicher Gestaltungen mit sich bringen. Mit dem Rückgang der wirtschaftlichen Bedeutung der Grundherrschaft geht z. B. auch deren politische zurück, aus der ständischen wird eine abssolute Monarchie. Mit der zunehmenden ökonomischen Bedeutung der Arbeiterbevölkerung in der Beit des Industrialismus steigt auch deren Einfluß auf die Formung der staatlichen Dinge.

Mit diesem Ergebnis gibt die Entwicklungsgeschichte des Staates nur eine Bestätigung des allgemeinen Sapes, daß die wirtschaftlichen Verhältnisse die erste Grundlage aller Kulturansätze und Kultursorischritte sind. So sehr Religion, Abstammung, Lage, Klima und Anderes die Gestaltung der Gesulschaftsformen beeinslussen, am meisten thut es der Stand des Wirtschaftslebens. Wie die Wirtschaft auf die Gestaltung anderer Kulturerscheinungen, der Familie, der Erziehung, der Bildung u. s. w., den überwiegendsten Einsluß übt, so auch auf die Gestalstung der politischen Organisation.

Wir haben mit dieser Bemerkung über den Einfluß der Wirtschaft auf den Staat zugleich die eine Seite des Zusammenhanges von wirtschaftlichen und staatlichen Verhältnissen berührt. Die andere Seite bilbet der Einfluß des Staates auf Wirtschaft und damit auf die Gesellschaft im Sinne von wirtschaftlicher Verbindung der Menschen. Auch hievon hat die Darstellung der geschichtlichen Entwickelung der Staaten Beweise geliefert. Wir sahen im

¹⁾ Wohlfahrtsausschuß; vergl. Morizot-Thibaulta. a. O. S. 88.
2) So erklärt sich z. B., wie bei ben Republikanern ber italienischen Kenaissance, in ben italienischen Städterepubliken bes 15. Jahrhunderts, ein Streben nach absoluter Monarchie hervortritt. Man ist bes Parteihabers mübe. Man will Ruhe und Ordnung und die gibt am meisten die unbeschränkte Einherrschaft. Bergl. v. Bezold, Republik und Monarchie in der italienischen Litteratur des 15. Jahrhunderts, Sybel's historische Zeitschrift Bb. 81 (1898) S. 441, 443, 458.

Merkantilismus, wie der Staat durch politische Gründe veranlakt sein kann, die wirtschaftlichen Berhältniffe in bestimmter Richtung zu beeinfluffen und so auf die Gesellschaft umandernd einzuwirken. Im Allgemeinen gilt: der Staat beschränkt die wirtschaftliche Freiheit, um sie andererseits aber auch zu schützen. Im Ginzelnen find biese Busammenhange1), ebenso wie biejenigen ber ftaatlichen Entwidelung mit ben Umftanden ber außeren Natur in ber Politik zu würdigen. Ueber ben Rahmen einer Allgemeinen Staatslehre reichen fie binaus.

Bier banbelt es fic nur noch turz barum, ben Begriff ber Wefellich aft gegenüber bem bes Staates zu formulieren. Es ift barüber viel Streit, namentlich barüber, ob ber Staat unter ben Begriff Gesellschaft fällt ober nicht"). Indes, ber Streit ist leicht entschieden, wenn man festbalt, bak fic mit bem Borte Gesellschaft febr verschiebene Bedeutungen verbinden.

Benn wir ben mehreren Biffenschaften gemeinsamen Begriff ber Gefellchaft aufsuchen, b. h. von ber spezifischen Bebeutung absehen, welche bas Wort in ber Jurisprudenz als Gegen= fab zur Korporation hat, so find es brei allgemeine Bedeutungen, die in Betracht kommen. Es gibt eine Gesellschaft im weitesten, im engeren und im engsten Sinne. Im weitesten Sinne ift Gefellschaft jebe Bereinigung mehrerer Menichen zu gemeinsamem Leben und gemeinsamem Wirken 3). In biefer Bebeutung fällt ber Staat unter ben Gesellschaftsbegriff, ist die Wiffenfcaft vom Staate Gesellicaftswiffenschaft. In einem engeren Sinne ift Gesellicaft ber Gegenfat zu Staat, alle Berbanbe erftgenannter Urt umfaffenb, welche nicht vorwiegenb politischer Natur find: Familie, Stanbe, Rlaffen, Berufe. So aufgefaßt, ift Gesellschaft gleichbebeutenb mit burgerlicher Gesellschaft '), ein Ausbruck, welcher als Gegensat zu politischer Gesellschaft (société politique), also sum Staat entstanden ist. In einem noch engeren Sinne bezeichnet Gesellichaft bie Menschen in ihrer Glieberung nach wirtschaftlichen Interessengemeinschaften6). Den Gegensat hiezu bilbet bie Glieberung ber Menschen nach physischen und geiftigen Intereffen, fo bag in biefem Sinne Familie, Rirche und alle nichtwirtschaftlichen Bereine, Stänbe und Berufe nicht unter ben Begriff Gesellschaft fallen.

§ 72. Der heutige Entwidelungsftand. Noch zu einer anderen Frage regt die Betrachtung ber Staatsentwidelung an. Es erübrigt, noch festzustellen, in welchem Stabium ber Entwickelung wir uns heute befinden. hier ergibt der Rückblick auf den Gang der geschicht= lichen Entwidelung fofort, daß wir awifden Natur- und Rulturvöllern au unterfcheiben baben. Der Beit des Jäger- und Fischerlebens entspricht das vollständige Nomadentum ohne staatliche Organisation, dem Zeitalter des Hirtentumes der Halbnomadenstaat von demokratischem Charakter, der Beriode des extensiven Aderbaues Aristokratie und absolute Monarchie, derjenigen des intensiven Aderbaues und des Industrialismus, also dem Stande des Kulturvolles das Bringip ber ftanbischen und ber konftitutionell beschränkten Monarchie, wie ber repräsentativen Demofratie 6).

Dies vorausgeschickt, tann tein Zweifel sein, daß wir auch heute noch allen diesen Dr= ganisationsformen begegnen müssen. Die weitverbreitetste Staatsform unter den Raturvölkern ist die des absoluten Königtumes?). Sie findet sich vor Allem in den Staaten des Halbnomabentumes. Etwa 750 Millionen Menschen leben unter biefer Staatsform. Dazu treten ungefähr 50 Millionen Menschen ohne staatliche Organisation ober mit der Form bes demotratisch organisierten Nomadenstaates unter gewählten Häuptlingen. Die Somal, Galla, Maffai im zentralen Oftafrita, die Samojeben Europas, die Bapua Neu-Guineas seien wenige Beispiele hievon für viele. Die vollen Kulturvölker, wozu wir Aufland und die Türkei als

¹⁾ Bergl. Philippovich, Allgemeine Bolkswirtschaftslehre, Freib. und Leipzig 1897 S. 86,
2) Bergl. darüber Brehsig in Schwoller's Jahrbuch 1897 S. 1093.
3) Bergl. Zentera. a. O. S. 763; Stein, Wesen und Ausgaben der Soziologie S. 3.
4) Hänel, Staatsrecht S. 131; Rahela. a. O. S. 115; Wundt, Ethik S. 186 st.,
5) So saft den Begriff Georg Meher S. 9; Paulsen, Ethik 1. Aust. S. 655.
6) Bergl. Zenter S. 768.
7) Bergl. dazu oben S. 173.

Sanzes nicht rechnen, umfassen etwa 440 Millionen, wovon 170 Republiken mit Präsidentsichaft, ebensoviele Republiken mit monarchischer Spize, etwa 100 Millionen konstitutionelle Monarchien sind. Diese Kulturstaaten versügen dann noch über einen Kolonialbesit von 435 Millionen, unter welchen die Protektorats- und die Rebenländer mitgezählt sind; also rechnet hieher auch das Kaisertum Indien, welches mit seinen Basallenstaaten von dieser Summe allein nahezu 300 Millionen absorbiert.

Diese Ergebnis widerspricht vollständig unserer früheren Behauptung, wornach wir als die beste Staatsform für unsere heutigen Kulturverhältnisse die konstitutionelle Monarchie erachteten.). Kann diese Anschauung die zutressende sein, wenn die heutige Kulturwelt auf anderem Prinzipe steht und sogar die vorhandenen konstitutionellen Monarchien thatsächlich dem parlamentarischen Regierungsspsteme sich zuneigen? Dies läßt sich allgemein nur so erstären, daß in den repräsentativen Demokratien mit oder ohne Königsspitze das Prinzip der Freiheit, welches das tragende Prinzip dieser Staatsarten ist, rechtlich oder thatsächlich nicht mit aller Schärfe, sondern in weiser Mäßigung durchgeführt ist, oder so, daß die positivrechtsliche Organisation der konstitutionellen Monarchie Lücken oder die Handhabung ihrer Gewalten Fehler zeigt, die es der Regierung schwer machen, ihre Herrschaft gegenüber dem Parlamente zu behaupten. Zum Teil mögen es ja auch besondere äußere Umstände sein, daß ein Staatswesen sortenstatut nicht auf dem Prinzipe konstitutioneller Einherrschaft steht.

Um diese Fragen auszuklären, ist es ersorderlich, die beiden Formen des konstitutionellen Staatsprinzipes, die repräsentative Demokratie mit Präsidentschafts- oder Königsspize und die repräsentative Monarchie, in ihrer positivrechtlichen Ausgestaltung näher zu betrachten. Aber auch aus dem Grunde muß dies geschehen, weil die genannten beiden Staats- und Regierungssormen diesenigen der heutigen europäischen Kulturwelt sind. Mit ihnen hat sich also die Allgemeine Staatslehre noch zu beschäftigen, ohne daß man ihr das Bedenken entgegen- halten könnte, sie trete damit aus dem Begriffe allgemeiner Staatsbetrachtung heraus. Denn sie soll doch vor Allem Begriff und Wesen des modernen Kulturstaates entwickeln. Wir deginnen mit der repräsentativen Demokratie. Ihre Prinzipien sind, historisch betrachtet, die grundlegenden; die konstitutionelle Monarchie hat sie nur umgebildet.

Glfter Abschnitt: Die repräsentative Demokratie.

§ 73. Der Grundsat der Trennung der Gewalten überhaupt. Wir haben früher²) gesehen, daß das Wort repräsentative Demokratie im verschiedenen Sinne, in einem rechtlichen und einem politischen, gebraucht wird und beidemal auch verschiedenes bedeutet. Repräsentative Demokratie im Rechtssinne ist ein Staat, in welchem das Volk rechtlicher Inhaber der Staatsgewalt und das Parlament nur Vertreter des Volkes in dieser Eigenschaft ist. Repräsentative Demokratie im politischen Sinne ist nicht blos diese Volks-, sondern auch die Parlaments-republik, also diesenige Demokratie, in welcher das Parlament nicht blos oberster Ausüber, sondern selbst Inhaber und Träger der Staatsgewalt ist³). Da die materielle Gleichheit dieser beiden Arten von Republiken schwerer wiegt, als ihre organisatorische Verschiedenheit, ist es selbstwerständlich, daß wir das Wort im Nachstehenden in seiner politischen Bedeutung versstehen. Es wird also sowohl das Recht der Volks-, wie der Parlamentsrepublik in Betracht gezogen.

¹⁾ S. 204 ff. 2) S. 187 ff., 190. 3) Es m e i n S. 34 und 223 definiert das gouvernement représentatif nur rechtlich, versfieht aber auch die Parlamentsrepublik darunter.

Innerhalb ber reprasentativen Demotratie im politischen Sinne bestehen außer bem eben angegebenen noch andere Unterschiebe. Giner betrifft bie außere Rechtsstellung bes Gingelhauptes ber Exetutive'). Sat basselbe monarchische Chren, fo heißt es Monarch, bie repräsentative Demotratie dann wohl auch parlamentarische Monarchie. Sowohl die Bolls-, wie die Barlamentsrepublit im Rechtsfinne vermag eine solche Repräsentativbemotratie mit monarchischer Spite zu sein. Bu vergeffen ift nicht, bag ber Ausbrud parlamentarische Monarchie auch für eine konftitutionelle Monarchie im rechtlichen Sinne gebraucht wird, die thatfächlich nach ben Bunfchen bes Barlamentes geleitet wirb.

Indes diefer Unterschied innerhalb der repräsentativen Demokratie entbehrt grundfatlicher Bebeutung. Anders liegt bies mit bem Gegensat ber absoluten und ber relativen Trennung ber Gewalten. Auf biefem Gegenfage beruht ber fachlich bebeutungsvollfte Unterschieb innerhalb ber reprafentativen Demofratien.

Diesen Grundsatz lernten wir bisher eingehender nur als einen theoretischen kennen?). Hier erscheint er uns zum ersten Wale näher 8) auch als positivrechtlicher. Es fragt sich, ob er in diefer Gigenschaft benfelben Inhalt bat, wie in erfterer.

Die Antwort tann im Allgemeinen nur babin lauten, daß der Inhalt ber gleiche ift. Nur ift berfelbe in einem Bunkte, wo die Staatslehre noch Unklarbeit beließ, bestimmter. Dieser Buntt betrifft bas politisch wichtigste Moment ber Lehre, die Frage, ob zwischen ben einzelnen Gewaltenträgern4) Gleicheitsverhältniffe ober folche ber Ueber- und Unterordnung besteben. In diesem Buntte ichieben fich die theoretischen Anschauungen, soweit wir dieselben bisher verfolgt haben. Gin Teil berselben nahm Unabhangigteit, ein anderer Abhangigteits= verhältnisse an und zwar nicht etwa so. daß die Bertreter der absoluten Trennung sich zu der einen, biejenigen ber relativen zu ber anberen Unschauung befannt hatten ober umgefehrt, sondern ein Teil der erften Meinung steht hier, ein anderer bort, und ebenso ift es mit den Bertretern der zweiten Meinung.

In Betracht tommen Lode, Montesquieu, Rouffeau und Bladftone. Lode, Montes: quieu und Bladft one find Bertreter ber relativen Trennung 5); von ihnen nehmen Lode 6) und Bladftone 7) gegenseitige Unabhangigfeit ber Gewaltentrager, Montesquieu 8) Abhangig= feit ber Exefutive vom gesetzebenden Körper an. Der gleichen Anschauung ist Rouffeau'), ber Bertreter der absoluten Trennung der Gewalten.

Das politive Recht steht geschloffen auf ber einen Seite. Es will ben verschiebenen Gewaltentragern gegenseitige Unabhangigkeit geben. Selbstverftandlich ift auch nach ihm bie Bollzugs= und die richterliche Gewalt der Gesetzgebungsgewalt im objektiven Sinne unter= worfen; aber ber Träger ber Bollzugs- und ber richterlichen Gewalt soll von dem Träger der Gesetgebungsgewalt unabhängig sein. Db dem Gesetgeber freilich seine Absicht gelungen, ift eine andere Frage. Sie hat uns nacher zu beschäftigen. Hier handelt es sich noch darum, festzustellen, woraus wir die Absicht des Gesetzgebers entnehmen und warum er sich einmütig zu dieser Absicht bekannte.

Das erstere ergibt sich baraus, daß alle geschriebenen Berfassungen, welche eine repräfentative Bolksrepublik begründen, die Rustandigkeit der Exekutive und der richterlichen Gewalt nicht auf eine Uebertragung Seitens ber Bollsvertretung, sonbern auf eine Uebertragung

¹⁾ Oben S. 183, 2) 6. 243. 3) Borübergehend ift er uns als folcher oben S. 246 f. begegnet.

⁴⁾ Diese Gewaltentrager find nicht mit bem Trager ber Staatsgewalt im Sinne bes § 39 gu verwechseln. Sie sind nicht Trager ber Staatsgewalt, sondern nur einer Staatsgewalt, b. h. teiner Staatsfunktion. Balb ist ein solcher Gewaltenträger zugleich Träger ber Staatsgewalt im technischen Sinne (so bei England), balb nur ein oberster Ausüber der Staatsgewalt.

5) Vergl. S. 226 sf.; 223 sf.; 224.

6) S. 229,

7) S. 244.

8) S. 236 f.

9) S. 288,

Seitens des die Verfassung gebenden Volkes zurücksühren¹). Sie wollen damit die Unadbängigkeit der beiden anderen Gewalten von dem Parlamente bekunden. Bisher bestand in dieser Beziehung keineswegs Einmütigkeit. Bohl ist von Montesquieu²) und Blackstone³) anzunehmen und von Rousseau⁴) ganz bestimmt zu sagen, daß sie in der Stellung der Exekutive auf Delegation Seitens des Gesetzebungsorganes zurück. Und der Grund, warum alle Gewalten aus einer unmittelbaren Uebertragung durch die vom Bolke gegebene Bersassung abgeleitet werden, ist der, daß hiedurch am Klarsten der Gedanke der Teilung der Gewalten veranschauslicht wird, auf dem doch alle diese Versassungen beruhen. Es liegt eine Teilung der Gewalten vor, wenn eine Verteilung derselben an verschiedene Organe stattsand. Das Prinzip der Bolkssouveränität und der Unteilbarkeit und Unveräußerlickseit der Souveränität, von welchem diese Versassung gewahrt⁵).

So ift ein neues Moment der Teilung der Gewalten gegeben. Die Gewalten müssen vrganisatorisch getrennt und ihre Träger gegenseitig un abhäng ig sein. Die Staatslehre ist dem positiven Rechte gesolgt; auch sie verlangt seit der Versassung von 1791 für den Begriff der Teilung der Gewalten neben organisatorischer Trennung gegenseitige Unabhängigkeit der getrennten Organe.

Dieses Element ber gegenseitigen Unabhängigkeit ber Gewaltenträger wird dann sogar in die Mitte der ganzen Lehre von der Teilung der Gewalten gestellt o) und gesagt, diese gegenseitige Unabhängigkeit läßt sich auf zwei Wegen erreichen: entweder durch absolute oder durch relative Trennung der Gewalten, also entweder durch strenge Verteilung der verschiesdenen Staatsfunktionen an verschiedene Organe oder durch Trennung der Gewalten und teilsweise Beteiligung der getrennten Gewalten an den gegenseitigen Funktionen. Nach diesem Gegensaße unterscheiden sich die Versassen der einzelnen Repräsentativdemokratien. Es ist unsere Aufgabe, die Art, wie diese verschiedenen Versassungen ihren Grundgedanken zu verswirklichen suchten, darzulegen und zu prüsen, ob es ihnen gelang, ihr Endziel d. h. Unabshängigkeit der Gewaltenträger von einander zu erreichen.

¹⁾ Statt vieler sei mur die französsische Berfassung von 1791 tit. III Art. 2: La Nation, de qui seule émanent tous les pouvoirs, ne peut les exercer que par la délégation; Art. 3: Le pouvoir législatif est délégué à une Assemblée Nationale. Art. 4: Le Pouvoir exécutif est délégué au Roi. Art. 5: Le pouvoir judiciaire est délégué à des juges. Tit. III, chap. III s. 1 Art. 1: La Constitution délègue... les pouvoirs. Den Gegensat bazu bisbet die Schweizer Eidgenossenschaft vom 24. Mai 1874. Auch hier haben mir drei Träger der Gewalten, Bundesversammlung, Bundesrat und Bundesgericht. Aber die Bundesversammlung steht über den beiben anderen. Administrativstreitigkeiten sind der Konnpetenz des Bundesgerichts entzogen und ist dies an die allgemein verdinlichen "Beschlüsse" der Bundesversammlung gebunden, wie an letzter auch Beschwerden gegen Entscheidungen des Bundesrates in Administrativstreitigkeiten möglich sind (Art. 115, 85). Die Mitglieder des Bundesrates sind, wie die Mitglieder des Bundesgerichtes, verantwortliche "Beamte" (Art. 97, 117). Sie sind abhängige Bollzugsorgane der Bundesversammlung. Dies zeigt sich auch in der politischen Wirkung. Der Bundesrat hat nicht die politische Stellung eines Ministeriums. Ein Kläckritt desselben kommt nicht vor. Es werden immer wieder die gleichen Persönlichkeiten hineingewählt. Seine Mitglieder sind nicht Barteihäupter, Staatsmänner, sondern Beamte. Vergl. Es m ein S. 80 R. 2 und S. 305 und auch Die eh S. 419. Aehnelich war die Organisation Frankreichs 1871—73. Thiers war abhängig von der Kationalversammlung, denn er war jederzeit absehder; Es m ein S. 81, 304, 412.

2) Bergl. oden S. 286 R. 3 und dazu XI 6: Que il n'y avoit du monarque, et que la viewere exécutives set en se den en versonnes tiráes du course légis.

²⁾ Bergl. oben S. 236 R. 3 und dazu XI 6: Que il n'y avoit du monarque, et que la puissance exécutrice sût confiée à un certain nombre de personnes tirées du corps législatif.

8) Oben S. 244 R. 3.
4) Oben S. 237.
5) Bergl. auch E 3 m e in S. 282 R. 1.

⁶⁾ Bergl. Es mein 269: les attributs de la souveraineté considérés vraiment distincts doivent être délégués par la nation à des titulaires divers et indépendants les uns des autres; Duguit S. 613; Hauriou S. 32; Ducrocq Bb. 1 S. 13 nr. 11; Foster S. 297; Burges Bb. 2: S. 8 und A.

§ 74. Die absolute Trennung der Gewalten. Wir betrachten zuerft die Gruppe ber absoluten Trennung. Die hiefür typischen Berfaffungen find die Berfaffung der Bereinigten Staaten vom 17. Sept. 1787, die erste französische vom 3. Sept. 1791 und die französische vom 5. Fruktibor bes Jahres III (22. Aug. 1795), die sog. Direktorialversaffung.

Nach bem Bringipe ber völligen Sonberung ber Funktionen ift vor Allem zu forbern, baß Niemand zugleich bem gesetzgebenben Korper und ber Exetutive ober bem Richteramte angehören tann; für die Stellung bes Bollsvertreters und bes Beamten muß bas Bringip ber Unvereinbarkeit gelten. Ferner muß ein gemeinsames Berhandeln ber verschiebenen Organe ausgeschloffen sein. Die Geschäfte ber einzelnen Organe bangen ja sachlich zusammen. Thätigkeit bes Beamten besteht in ber Bollziehung der Gefete. Aber ber Berkehr ber verichiebenen Organe unter einander barf nur ein ichriftlicher fein. Das Gefetgebungsorgan barf in seiner gesetzgeberischen Thatigkeit nicht burch perfonliche Anwesenheit bes Tragers ber Exetutive, diese nicht durch persönliche Anwesenheit der Legislative und ebenso nicht die richterliche Thätigkeit burch Unwesenheit ber Legislative ober Exekutive beeinflußt werben.

Diese allgemeinen Konsequenzen verwirklichen alle brei genannten Berfaffungen. Zu= nächst darf nach ihnen tein Beamter zugleich Mitglied bes Barlamentes fein 1). Ja sie verbieten sogar die Ernennung eines Barlamentsmitgliedes während der Legislaturperiode zum Beamten, damit die Regierung Bollsvertreter nicht mundtot machen tann. Die beiben französischen Berfassungen verbieten bies sogar noch für zwei bezw. ein Jahr nach Beenbigung ber Abgeordneteneigenschaft. Auch darin stimmen die Direktorialverfassung und nach der thatsäch= lichen Anwendung die ameritanische Unionsverfaffung überein, daß fie perfonlichen Bertebr bes Bräfibenten bezw. bes Direktoriums mit bem Parlamente untersagen. Der Bräfibent ber Bereinigten Staaten barf sich nach einer seit 1801 bestehenden Berfassungspragis nur mit Botschaften an den Kongreß wenden 2), das Direktorium vom Rate der Alten und dem Rate ber Fünfhundert nicht zitiert werben und Direktorium und bie Minister burfen mit ihnen nur schriftlich vertehren 3). Die Berfassung von 1791 enthält wohl ben Satz: le corps législatif cessera d'être corps délibérant tant que le Roi sera présent*), lagt aber au, bag bie Minifter im Barlamente ericeinen und bort auf ihren Bunich ober, um gewünschte Auftlärungen zu geben, gehört werden b). In einigen Puntten find fie fogar zu Red und Antwort verpflichtet 6).

Nur bis hieher geht die im Ganzen reine Wahrung des Prinzipes strenger Sonderung. Nach ihm wäre vor Allem auch zu fordern, daß tein Träger der einen Gewalt an den Funttionen der anderen einen sachlichen Anteil befite, sondern auf seine eigene Funktion beschränkt, dafür aber in dieser vollständig allein zuständig sei. In Wirklichkeit zeigen alle drei Berfasfungen bezüglich bieses grundlegenden Bunktes bie verschiedensten Durchbrechungen des Brinzipes. Richt nur find die Träger ber einzelnen Funktionen in ihren Angelegenheiten jum Teil an die Mitwirkung der Träger anderer Gewalten gebunden oder in der Ausübung derselben dadurch beschränkt, daß ihnen die Bethätigung ihrer Einwirkung auf die Träger der anderen Gewalten in Angelegenheiten, die an sich zu ihrem Birtungstreise gehören, entzogen ift, sonbern es sind den Trägern der verschiedenen Hunktionen zum Teil auch Geschäfte übertragen,

¹⁾ Bereinigte Staaten Art. 1 Sett. 6; 1791 Tit. III R. 11 Sett. 4 Art. 2; 1795, Art. 47 und 136.

²⁾ Nach der Berfassung II 3 muß der Präsident den Kongreß von Zeit zu Zeit information of the state of the Union geben. Washington that dies mundlich, seit dem dritten Präsidenten stefferson besteht die ständige, von dem Gedanken der Teilung der Gewalten eingegebene ledbung, es nur schriftlich zu thun; Bryce Bb. I S. 57; Es mein S. 285.

3) Art. 160—163.

4) Tit. III Kap. III Sest. 4 Art. 8.

5) Edenda Art. 10.

⁶⁾ Aufstellung des Ausgabenprogramms, Rechnungslegung und Rechenschaftsbericht bei Erdsfrung der Session (Tit. III Kap. II Sett. 4 Art. 8).

die ihrer Natur nach zur Zuständigkeit anderer Gewalten gehören.

Wenn wir die Beziehungen der einzelnen Gewaltenträger zu einander unter dem Gestichtspunkte der sachlichen Trennung ihrer Zuständigkeiten betrachten, so wäre von dem angegebenen Prinzipe aus zu erwarten, daß das Exekutivorgan nicht an der Gesetzebung und das Gesetzebungsorgan nicht an der Exekutive teil hätte. Das Exekutivorgan dürste also keine Gesetzebungsorgan nicht an der Exekutive besitzen und andererseits müßte dem Gesetzebungsorgan jede Mitwirkung an und jede Aussicht und Disziplin über die Exekutivgewalt sehlen, dagegen die Exekutive den gesetzeberischen Erlassen des legiskativen Körpers in jeder Richtung unterworsen sein. Die drei Versassungen haben von diesen drei Punkten nur zwei verwirklicht. Die Boltzugsz, wie auch die richterliche Gewalt sind den Gesetzen des gesetzebenz den Körpers vollständig unterworsen und ebenso haben sie an der Gesetzebung keinen oder wenigstens keinen ausschlaggebenden Anteil. Dagegen ist die Legiskative an der Gespesvollzziehung und zwar gerade an ihren wichtigsten Akten in weitgehendem Maße beteiligt oder sie ist, wo Verwaltungsangelegenbeiten vorliegen, von Unterordnung unter die Exekutive besteit.

Allen brei Berfaffungen ift bie Unterordnung von Bollzugs- und Justizgewalt unter bas Gefet fo felbstverständlich, bag fie biefelbe gar nicht weiter betonen, und alle brei versagen ber Exelutive bas Recht bes Gefetesvorschlages, die Berfassung bes Jahres III räumt ihr gar tein, die beiden anderen Berfaffungen nur ein aufschiebenbes Beto in Gesetzgebungsangelegen= heiten ein, dagegen begründen fie in verschiedener Beise eine Mitwirkung der Legislative an ber Gesetesvollziebung oder entzieben erstere ber Einwirkung ber letteren. Den verbaltnismäßig geringsten Ginfluß auf bie Eretutive gewährt bem gesetgebenben Rörper bie ameritanische Berfaffung. Bir finden eine Teilnahme bes Kongresses an der Exclutive, aber nur eine verhältnismäßig beschränkte. Aufstellung des Budgets und Kriegserklärung find ausschließlich Sache bes Kongresses; an beiben ist ber Bräsibent nicht in entscheibenber Weise beteiligt. In bem Abichluß von Staatsvertragen, Ernennung ber biplomatischen Bertreter und Ronfuln und ber Richter bes Bundesobergerichtes und ber boberen Beamten ift ber Prafibent an bie Buftimmung bes Senates gebunden1). Diefe Teilnahme ber Legislative an Bollzugsgeschäften ift insoferne verhaltnismäßig beschränkt, als fie fich junachft nur auf einzelne Alte bezieht, keine allgemeine ift. Der Legislative fehlt z. B. ein so allgemeines Recht, wie das Recht des auffichtlichen Ginschreitens, ber Disziplin, gegenüber bem Trager ber Exetutive. Das Barlament vermag von der Exefutive feine Rechenschaft zu verlangen. Die Exefutivorgane brauchen nicht vor bem Barlamente zu erscheinen, um sich bort mundlich über ihre Geschäftsführung zu rechtfertigen. Die Dienstaufsicht, die Fürforge für eine geordnete Staatsthatigfeit ift ber Egetutive überlassen. Ferner hat die Beteiligung der Legislative an der Egetutive regelmäßig nur die Form des Mitwirkens, nicht die der Alleinerledigung. Endlich ist es hauptsächlich nur ber Senat, nicht ber gange Gesetgebungetorper, welcher an ber Berwaltung teilnimmt. Dazu kommt dann, daß der Exekutive Hauptakte ihrer eigentlichen Funktion nahezu völlig erhalten blieben. Ru biefen Sauptatten rechnet bie Beftellung und Entlaffung ber Staatsorgane und bie Aufrechterhaltung ber Ordnung in ber Staatsthatigfeit. Ift ber Brafibent auch binficht= lich ber Ernennung ber Staatsorgane zum Teil an bie Buftimmung bes Senates gebunden und find die Richter auch, fo lange fie fich gut verhalten, unabsetbar 1), immerhin ift er es, ber fie ernennt und die Disziplin über fie übt. Gine grundfatliche, wenn auch bedeutsame Ausnahme besteht lediglich für die Mitglieder bes Rongresses. An sich mußte auch ihre Beftellung und Beauffichtigung Sache bes Brafibenten fein: benn Bestellung und Beauffichtigung von Staatsorganen find ihrer Natur nach nicht Gesetzgebungs-, sondern Bollzugsatte. Nur ausnahmsweise hat ber Brafident bier ein Ginwirtungsrecht. Nur bei außerorbentlichen Un-

¹⁾ Berf. Art. I Sekt. 7 und 8; II Sekt. 2. Handbuch bes Deffentlichen Rechts. Einl. Band. II. Abth.

lässen kann er den Kongreß oder einen seiner Teile berusen, nur bei Uneinigkeit derselben über die Zeit ihrer Vertagung ihn auf die ihm geeignet erscheinende Dauer vertagen 1). Sonst sehlt ihm das Recht der Berusung und Schließung. Der Kongreß tritt an gesehlich bestimmten Tagen zusammen, vertagt und schließt sich selbst und jedes Haus übt die Disziplin über seine Mitglieder selbst, indem es die Anwesenheit seiner Mitglieder durch Strasen erzwingen und dieselben sonst für ungehöriges Betragen (disorderly behaviour) bestrasen und mit Zweisdritelmehrheit sogar ausstoßen kann 2). Und endlich ist die Legislative der Unterordnung unter die Exekutivbesugnisse der vollziehenden Gewalt insoserne entzogen, als jedes Kongreßemitglied, Hochverrat, Felonie und Friedensbruch ausgenommen, während der Session und der Hinz und Küdreise hiezu gegen Verhastung geschützt ist und für keine Rede oder Debatte in einem der beiden Häuser an einer anderen Stelle als dortselbst befragt werden kann 3). Dem Parlamente ist sogar eine Rechtspssege über Richtmitglieder eingeräumt. Das Repräsentantenshaus kann gegen alle Zivilbeamten einschließlich des Präsidenten und Bizepräsidenten wegen Hochverrates, Bestechung und anderer hoher Verbeben und Vergehen Unklage (impeachement) erheben, über welche der Senat dann entscheidet 4).

Beiter in der Durchbrechung des aufgestellten Brinzipes geht die Berfassung des Jahres III. Rach ihr fieht bem legislativen Rörper nicht nur ber Abichluß von Staatsvertragen allein zu, sondern es ernennt berselbe auch ben Trager ber Erefutive, bas Direttorium, welches überbies für langere und weite Abwesenheit von ber Resideng ber Genehmigung bes Legislativorganes bedarf 5). Auf ber anderen Seite hat die Exefutive weber bas Recht ber außerorbentlichen Berufung bes Barlamentes, noch bas Recht, es unter Umftanben zu vertagen; vielmehr ist basselbe permanent mit eigenem Bertagungsrechte 6). Ferner ift bem Direktorium bas Ernennungs- und Abfebungsrecht ber Richter entzogen. Lettere werben vom Bolfe auf Reit gewählt und ihre Absehung verlangt gerichtliche Feststellung einer Amtspflichtverletzung. Gine Minberung gegenüber ber ameritanischen Berfassung liegt nur insoferne vor, als bas Barlament die Mitalieder des Direktoriums wegen Berrat, Berschwendung, auf den Umsturz ber Berfassung abzielender Handlungen und Attentaten auf die innere Sicherheit ledialich anflagen, nicht aber aburteilen kann. Die Aburteilung steht dem Staatsgerichtshofe zu. Anklageberechtigt ist die zweite Kammer, der Rat der Fünshundert. Dagegen hat dieser dies Recht auch gegen alle Mitglieder des legislativen Korps. Und dann erscheint hier noch ein bebeutender Ginbruch in die Buftandigkeit ber richterlichen Gewalt zu Gunften ber Exekutive im engeren Sinne. Rach amerikanischem Rechte (Art. 3) entscheibet bas Bundesobergericht auch über die Berfassungsmäßigkeit der Akte der Berwaltung, sogar des Kongresses. Rach französischem Rechte ist die Berwaltung für ihre Thätigkeit und zwar nicht blos für ihre öffentlichrechtliche, sonbern auch für ihre privatrechtliche, also ihr Auftreten als Kistus von Unterordnung unter die Gerichte befreit. Rach Borgang des Gesetzes vom 16./24, Aug. 1790 und ber Berfassung von 1791 spricht die Berfassung des Jahres III Art. 203 den Satz aus: Ils (les juges) ne peuvent arrêter ou suspendre l'exécution d'aucune loi, ni citer devant eux les administrateurs pour raison de leur fonctions.

Um wenigsten halt die Berfassung von 1791 den vorgenommenen Grundsatz ein. Bor Allem gewährt dieselbe dem gesetzgebenden Körper im Gebiete der Exekutive nicht blos eine Reihe von Einzelbefugnissen und zwar mehr, als die beiden anderen Verfassungen 7), sondern

¹⁾ II 3. 2) I 5. 3) I 6. 4) I 2 und 4. 5) Art. 164. Dagegen kann bas Direktorium von ber gesetzebenden Bersammlung nicht abgesetz werden. Kraft Gesetzes scheibet alle Jahre ein Mitglied des Direktoriums aus (Art. 187).

⁶⁾ Art. 59 und 206.
7) Schaffung und Aufhebung aller öffentlichen Aemter, Erteilung der Erlaubnis zum Eintritt fremder Truppen in das Staatsgebiet oder fremder Seestreitträfte in die Staatshäfen (Tit. III K. 3 Sekt. 1 Art. 1).

neben diesen Einzelbesugnissen verleiht sie der gesetzgebenden Versammlung auch eine allgemeine Exekutivgewalt, eine Oberaufsicht über das ganze Gebiet der Verwaltung: sie kann die vom Könige veranlaßte oder genehmigte Suspension der Verwaltungsbeamten ausheben und die administrativen Körperschaften auslösen. Nicht nur die Winister, sondern alle Hochverzräter kann der legislative Körper vor dem obersten Gerichtshofe anklagen.

Mit Borstehendem ist dargelegt, wie die drei Versassungen die verschiedenen Funktionen organisatorisch verteilten. Die andere Frage ist, ob durch diese Verteilung das von allen drei Versassungen ausgestellte Prinzip der gegenseitigen Unabhängigkeit der Gewaltenträger ersreicht wurde.

Bir haben früher ben Begriff ber Abhängigkeit bezw. Unabhängigkeit im Berhaltniffe ber Staatsorgane zu einander eingebend erörtert. Erinnern wir uns bes Resultates biefer Erörterungen, so ging dasselbe dabin, daß Abhängigkeit vorliegt, wenn das Berhältnis ber Organe zu einander ein folches ift, bag bas eine porwiegend unter der Leitung ober Aufficht bes anderen fteht, und bag Unabhängigfeit gegeben ift, wenn ein Organ von Aufficht und Leis tung eines anderen vorwiegend frei ift's). Dies auf unseren Fall angewendet, bedarf es teiner langen Auseinandersehung, um zu beweisen, daß ber Trager ber Exefutive vom Trager ber Legislative nicht rechtlich unabhängig, fondern rechtlich abhängig ift. Die wichtigfte Exetutivbefugnis, bie Budgetaufstellung, fteht in enticheibender Beise allein bem Gefetgebungsorgane gu. Das Budget berührt nabegu alle einzelnen Eretutivatte; benn es ist nicht blos bas Fi= nang-, fondern auch das Berwaltungsprogramm des Staates 1). Innerhalb der Schranten bes Budgets muß die Berwaltung geführt werben. Der Träger ber Ezekutive ift also ber Leitung und Auflicht bes Trägers ber gesetgebenden Gewalt in seiner Auftändigkeit unterworfen, abhangig, nicht unabhängig. Diefe Unterordnung unter bie Legislative ware mehr als ausgeglichen und in bas Gegenteil verwandelt, wenn die Erekutivgewalt fonft in ihren Funktionen nicht eingeschränkt wäre. Ernennung und Abberufung der Staatsorgane find ihrer Natur nach Crefutivakte. Allein die Ernennung und Abberufung der wichtigsten Staats: organe, der Mitglieder des gesetzgebenden Körpers, ift nach allen Berfaffungen dem Träger der Exekutive entzogen : insbesondere fehlt ihm auch das Auflösungsrecht. Die französischen Berfassungen haben nach einer anderen Seite allerdings die Exefutive mächtig gestärkt — sie ift der richterlichen Gewalt nicht unterworfen —, allein an ihrer Abhängigkeit vom Legislativ= körper ist hieburch nichts geanbert. Das aufgestellte Brinzip gegenseitiger Unabhangigkeit ist bemnach nicht erfüllt.

Wenn wir auf die Zeitverhältnisse sehen, konnte nichts anderes erwartet werden. Was mit jenen Verfassungen politisch erstrebt wurde, war die Beseitigung einer absoluten Exetutive gewalt und die Verhinderung der Wiederkehr einer solchen. In Frankreich kam das Streben binzu, allen Konslitten zwischen Exetutive und Gerichtsbarkeit für die Zukunst vorzubeugen. Dieselben waren unter dem ancien régime dadurch entstanden, daß die Gerichtshöse (Barlamente) in Folge der Käussichteit und darum auch der Vererblichkeit ihrer Stellen im Lause der Zeit ein mächtiger, sich den Intendanten, d. h. den königlichen Verwaltungsbeamten entegegenstellender, politischer Faktor geworden waren. Man wollte Frieden zwischen Vollzugszund Gerichtsgewalt und glaubte dieselbe am besten zu erreichen, wenn man gegenüber der Exekutive die Anrusung des Rechtsweges versagte, der Exekutive also Unabhängigkeit von der Gerichtsbarkeit, ebenso aber auch der Justiz Unabhängigkeit von der Exekutive einräumte.

¹⁾ Tit. III, K. II, Sett. 2 Art. 8. 2) Tit. III, K. III Sett. 1 Art. 1.

³⁾ S. 64 und 67.

⁴⁾ Laband, Staatsrecht bes Deutschen Reiches Bb. II S. 951.

⁵⁾ Siehe oben G. 246.

⁶⁾ Bergl. Otto Mayer Bb. 1 S. 55 und 56; Hauriou S. 836 R. 3.

Nach dem früher erörterten allgemeinen Entwidelungsgesete. I donnte sich die durch die genannten Versassungen thatsächlich begründete Herschaft des Gesetzebungskörpers über die Exelutive nicht auf die Dauer erhalten. Ausschließliche Parlamentsherrschaft führt zu Parteiherrschaft und Parteilamps. Im Rampse bedarf es einer Führung. Die Führung zieht thatsächlich und nach und nach rechtlich die Herrschaft an sich. Am Ende geht die repräsentative Republit in die Alleinherrschaft des mächtigsten Parteihauptes über. Diese Entwickelung wird noch beschleunigt, wenn außer den inneren Unruhen die auswärtigen Verhältnisse, kriegerische Ronslitte eine kräftige Exelutive sordern. Eine starke Bollzugsgewalt wird der Legislative bald die thatsächliche Macht entwinden, zumal wenn sich militärische Erfolge an ihre Fahnen knüpfen. Wit ganz besonderer Rascheit trat diese Entwickelung in Frankreich ein. Die Versassung von 1791 führte binnen kurzer Frist zur Herrschaft des Wohlsahrtsausschusse und Robespierre's, die Versassung von 1795 binnen weniger Jahre zur Konsularregierung und zum Kaisertum Bonaparte's ²).

Nur in ben Bereinigten Staaten trat diese Entwidelung nicht ein. Die Bersassung von 1787 hat sich bis heute erhalten, die einzige geschriebene Bersassung, die bisher ein Alter von hundert Jahren erreichte. Woher kommt bas? Liegt es in besonderen Borzügen dieser Bersassung oder in besonderen thatsächlichen Umständen oder in beiden zugleich? Die Antwort lautet: Nicht in rechtlichen Borzügen der Bersassung, aber in einem Zusammenwirken einer auch der Bersassung von 1791 angehörenden Bestimmung mit ganz besonderen thatsächlichen, also den Bereinigten Staaten eigentümlichen Umständen.

Die vorige Betrachtung über die Entwidelung Frankreichs nach 1791 ergibt, daß es bei Erhebungen im Inneren und für Angriffe und Berteidigungen nach Außen einer ftarken Exekutive bedarf. Ift diese rechtlich nicht vorhanden, so entwidelt sie sich unrechtlich in Folge bes Zwanges der Thatsachen entweder aus der Mitte der Legislative oder aus der Mitte der Exekutive heraus. Wenn in den Bereinigten Staaten diese Entwidelung nicht eintrat, so mußte es eben an den thatsächlichen Voraussetzungen hiefür fehlen. Und die sehlten. Es sehlten in den Bereinigten Staaten die starken sozialen und politischen Unterschiede der Bevolzkerung der alten Welt, um häusigere politische Unruhen im Inneren, und es sehlten die verzwickleten internationalen Verhältnisse der alten Welt, um bedeutendere politische Konflikte nach Außen hervorzurusen. Es bedurfte darum keiner starken Exekutive; erlaubte die verhältnissmäßige Einsachheit der auswärtigen Beziehungen sogar dis jetzt, daß die Union auf eine stänz dige Armee verzichtete. Wir haben von diesen Punkten schon in der Lehre von der Staatsentwicklung gesprochen³).

Bei dieser Sachlage, sollte man denken, würde die weite Teilnahme, welche die Unionsversassung dem Kongreß an der Exekutive einräumt, sich um so mehr zu einer Berstärkung
der thatsächlichen Macht der Legislative gegenüber dem Präsidenten erweitert haben. Man
sollte meinen, es würde der Satz zur Ausbildung gelangt sein, daß der Präsident und seine
Staatssekretäre das ihm vorbehaltene Gebiet der Exekutive nach den Bünschen des Kongresses
zu sühren und, wenn sie das Vertrauen des Legislativkörpers nicht mehr besäßen, zurüczutreten hätten. In Birklichkeit hat sich aber nicht blos kein solches parlamentarisches Regierungsspstem ausgebildet, sondern es hat sich die Verantwortlichkeit des Präsidenten und seiner
Staatssekretäre gegenüber dem Kongresse nicht einmal zu einer sog. politischen Verantwortlichkeit entwicklt. Dieselben können vom Kongresse nur, wie alle anderen Zivilbeamten, wegen
gewisser Verbrechen in Anklagezustand verseht werden, aber eine Verpslichtung derselben, ohne
solche Anklage vor dem Parlamente Red und Antwort zu stehen, existiert nicht.

Ein Anfat hiezu icheint freilich vorhanden. Wie früher ') bemerkt, bilbete fich in ben

¹⁾ S. 283. 4) S. 288 N. 2.

²⁾ Bergl. oben S. 251 f.

³⁾ S. 278.

Bereinigten Staaten bereits unter bem britten Brafibenten Jefferson (1801) die Uebung, daß ber Bräsident mit dem Kongresse nur schriftlich verkehre und, was für ihn galt, das galt auch für seine Organe, die Staatsfefretare. Un biefer Uebung ift, mas ben Brafibenten angeht, bis heute festgehalten. Dagegen ist bezüglich ber Staatssetretare eine Aenberung eingetreten. Sie erscheinen zwar nicht im Blenum ber legislativen Körper, aber auf Aufforderung in ben Ausschuffen berfelben, ben fog. Comittees, und fteben hier Red und Antwort. Richtsbestoweniger ware es falfc, bierin die Anfange einer parlamentarischen Regierungsweise zu erbliden. Diese Stellung der Staatssetretäre zu den Ausschüffen des Kongresses erklärt sich nicht aus einem Macht-, sondern aus einem Silsebedurfniffe bes Kongresses und ist somit nicht bas Anzeichen beginnender Abhängigkeit ber Exekutive von dem Rongreffe auch in ben ihr vorbehaltenen Angelegenheiten. Bie früher bervorgehoben, find bem Legislativforper ber Union wichtige Teile ber Exetutive, insbesondere bie alleinige Aufstellung bes Budgets ein= geräumt. Selbstverständlich tann die eigentliche Ausarbeitung bes Etats nicht durch das Blenum, sondern nur durch Ausschüffe besfelben geschehen. Die Romittees und insbesondere ihre Borfipenden haben demnach thatfächlich die Aufgaben von Kinanzministerien 1). So tücktig nun auch die Mitglieder dieser Ausschüffe als Politiker und auch als Finanzleute^a) sein mögen, die nötigen Einzestenntniffe ber Berwaltung fehlen ihnen auf jeben Hall, und so find fie veranlaßt, fich bei ben Chefs ber Berwaltungsabteilungen, ben Staatssetretaren, Information au erholen. Der natürliche Busammenhang ber Dinge führt zu einer weiteren Durchbrechung ber organisatorischen Trennung ber Gewalten. Aber bie Romittees 3) tommen zu ben Staats= sekretären als Bittenbe, nicht als Befehlenbe. Gine Berantwortlichkeit ber letzteren vor bem Rongreffe liegt barin nicht. Es hat fich nicht ber Satz ausgebildet, bag bie Staatsfelretare verpflichtet find, por ben Ausschüffen zu erscheinen und ihnen Red und Antwort zu fteben 1).

Boher kommt dies? Freilich läßt sich nicht baran benken, daß eine solche Berpflichtung durch Drohung mit der Ministeranklage zu erreichen gewesen ware. Das Impeachement tann nur gegenüber schweren politischen Fehlern, nicht bei einfacher Antwortsverweigerung angewendet werben, wenn es nicht feines thatfachlichen Gindrudes beraubt werben foll. Aber baran konnte man benken, daß ber Rongreß eine folde Berpflichtung mittelft feines Budgetverweigerungsrechtes berbeigeführt hatte. Dit gerabezu wuchtigen Borten fagt bie Berfaffung in Art. I Sett. 9: no money shall be drown from the Treasury but in consequence of appropriations made by law. Gelb barf aus bem Staatsschatz nur für burch Geset feftgeftellte Ausgaben genommen, b. h. bas verfügbare Gelb nur für vom Rongreffe bewilligte Amede verwendet werden. Die Berwaltung muß bei Ablauf ber Finanzperiode, foferne nicht permanente Appropriationen, b. h. Ausgabenbewilligungen für längere Beit, vorliegen, völlig ftille fteben, wenn nicht neue Appropriationsbills ju Stande tommen. Rur ber Gehalt bes Brafidenten und die Richtergebalter burften fortbezahlt werden, ba die Berfaffung ausbrudlich verbietet, sie ben einzelnen Amtsinhabern mahrend ber Beit ihrer Amtsbauer herabzusepen. Es ift baburch auch ausgeschlossen, sie ihnen ganz zu verweigern 8). Allein tropdem kann der Rongreß bem Brafibenten bei ber Ausgabenbewilligung nicht Bebingungen ftellen, bie benfelben zwingen wurden, feine Minifter zum Erscheinen vor den Komittees zu verpflichten ober gar biefelben nach bem Willen bes Kongreffes zu entlaffen ober felbst abzudanten. Der Grund biefür liegt in bem Rusammenwirken eines Rechtsfapes mit einem icon mehr als hundert

¹⁾ Bergl. barüber naher Bufhnell hart, Practical essays on American-Government

London 1893 S. 1898 S. 1 ff.

2) Meist sind sie freilich nur Politiker und auch nur solche gewöhnlichen Schlages. Bryce sagt Bd. 1 S. 227 von ihnen: sie sind verurteilt to be architects without science, critics without

experience, censors without responsability.

3) lleber diese Komittees Bryce Bb. 1 S. 156, 162, 164, 212.

4) Ebenda S. 210.

5) Berf. II 1, III 1 und hiezu Ho I st, das Staatsrecht der Bereinigten Staaten von Amerika, Freiburg 1885, S. 78; Bryce Bb. 1 S. 213, 225.

Rabre in ber Union bestehenden thatsachlichen Bustande. Alle Gesete, also auch bie Finangund insbesonbere Ausgabenbewilligungsgesete, bie Appropriationsbills1), unterliegen bem Beto bes Brafibenten. Aft basfelbe auch nur ein aufschiebenbes, fo bat es boch gemäß Berfaffung Art. I Sett. 7 die Wirfung, bag ein bisher mit einfacher Mehrheit angenommener Gefegesvorichlag bei ber wieberholten Bergtung, welcher ibn ber Rongreg baraufbin unterwerfen muß, lediglich mit Aweidrittelmajorität angenommen werden kann. Eine solche Aweidrittelmehrheit machen aber die thatfachlichen Barteiverhältniffe, wie fie in ber Union feit nabezu einem Sabrhundert bestehen, für die Regel unmöglich. Seit dieser Zeit hat es in der Union immer nur awei große Barteien mit fast gleicher Stärke gegeben 2). Stellte ber Rongreg baber bei ber Budgetaufftellung irgendwelche Bedingung, von welcher ber Brafibent glaubte, fie trete feiner ober feiner Minister politischen Unverantwortlichkeit gegenüber bem Barlamente zu nabe, fo erhob er bas Beto und die Bedingung war bamit zu Fall gebracht3). Der Prafibent halt fich zu bieser Taktik politisch nicht blos befugt, sondern verpflichtet, da er nicht aus der Wahl bes Kongresses, sondern aus direkter Bollsmahl hervorgeht. In Folge dieses Umstandes glaubt er auch, nicht bem Kongreffe, sondern bem Bolke politisch verantwortlich zu sein 1) und lehnt baber alles ab, was zu einer politischen Berantwortlichkeit seiner Staatssekretare und seiner selbst gegenüber bem Barlamente führen tonnte. Der Brafibent ber Union ift heute noch in der Bahl seiner Minister politisch vollkommen ungebunden. Er braucht sie nicht aus der Mehrheitspartei des Barlamentes zu entnehmen oder sie nach deren Willen zu entlassen. War der Prafibent auch nicht ftart genug, um feinerfeits eine Berricaft über ben Rongreß zu gewinnen, so war er doch stark genug, um die politische Selbständigkeit seiner Sphäre gegenüber dem Rongresse zu bewahren 5). Wie es Brpce 6) tressend ausbrückt: he is strong for defence, if not for attack.

Rugleich ist diese Entwickelung der Dinge in den Bereinigten Staaten der schlagendste Beweis bafür, baß es nicht die schroffe Trennung ber Gewalten ist, welche die gegenseitige Unabhängigkeit der einzelnen Gewaltenträger gewährleistet. Der Unionspräsident erhielt sich seine relative Selbständigteit in seinen Exetutivbefugnissen nicht durch besonders thatträftige Geltendmachung eines in biesen enthaltenen Rechtes, etwa burch sein Oberkommando über Flotte ober Heer ober Aehnliches, sondern durch seinen Anteil an den Befugniffen bes Geset= gebungskörpers, also nicht in Folge von Trennung, sonbern von Wischung ber Gewalten, nicht burch Separation, sondern burch Partizipation?). Insoferne ist bas Ergebnis der Entwidelung in ben Bereinigten Staaten zugleich ein Beweis bafür, daß fich die gegenseitige Unabhängigkeit der Gewaltenträger, wenn überhaupt, dann beffer durch das Bringip ber relativen, als durch das ber absoluten Trennung ber Gewalten erreichen läßt. Bon diesem Gebanten ging baher auch bie andere Gruppe der repräsentativen Demokratien aus, von welcher wir noch zu fprechen haben.

§ 75. Die relative Trennung ber Gewalten. Die bisher betrachteten Berfaffungen wichen von dem Grundsate der absoluten Trennung der Gewalten in Anlage und die Durchführung nur ab, wo fie die Macht der Thatsachen dazu zwang 8). Alexander de Lameth sprach in der französischen Nationalversammlung von 1789 das stolze Wort: Il faut moins consulter les exemples que les principes 9). Die andere Gruppe der Berfassungen milberte, durch

¹⁾ Das amerikanische Bubget hat nicht die Form eines Gesammtgesetes, sondern zerfällt, wie das englische, in verschiedene Teilgesete.

2) Bryce Bb. 1 S. 226.

3) Bryce Bb. 1 S. 214; Foster Bb. 1 S. 304 f.

4) Bryce S. 94.

5) Foster Bb. 1 S. 305: the president of the United States now exercises, with the approval of the people, more power than any constitutional king in the world. Bergl. dort S. 305 R. 11 überhaupt über die amerikanische Auffassung des Berglätnisses zwischen Kongreß und ent. 6) S. 226. Bergl. auch Sibgwick S. 641. 7) Brhce S. 225; bergl. auch oben S. 233 bei N. 7. 8) Bergl. Duguita. a. O. S. 128, 342, 349, 364. 9) Ebenba S. Brafibent.

⁹⁾ Ebenba S. 110 und 114,

bie Erfahrungen der frangofischen Revolution belehrt, von vornherein das Pringip. Sie berubten auf ber historischen Ginficht, daß die Erefutive fraftig gestaltet sein muß, wenn die Berfaffung Beftand haben foll, und glaubten bies burch beffere Nachahmung bes Bringipes Montesquieu's, somit burch umfassendere Beteiligung ber Eretutive an ber Legislative ju gewinnen. Andererseits übernahmen sie von den Berfassungen der ersten Gruppe aber ben Grundgebanten ber gegenseitigen Unabhangigfeit ber Gewaltentrager in Bezug auf Erwerb und Beftand ihrer Stellung, einen Grundfat, durch ben ja fcon jene Berfaffungen bas Bringip absoluter Trennung der Gewalten durchbrochen hatten 1).

Es fraat fich, ob es ben Berfaffungen der zweiten Gruppe nun auch wirklich gelang, ihr Endziel, die gegenseitige Unabhängigfeit ber Gewaltentrager, ins Wert zu feben. Als ber Typus ber zweiten Gruppe von Berfassungen stellt fich und bie belgische Berfassung vom 25. Febr. 1831 bar 2). Wir beschränken uns vorerft auf eine Besprechung ihrer Pringipien.

Bunachst finden wir in ihr die Unabhängigkeit der Gewaltentrager in Erwerb und Beftand ihrer Stellung. Das Barlament geht nur aus Bolkswahlen hervor. Die Rönigswürde ist erblich und ihr Inhaber unabsetbar. Er ernennt zwar bie Richter, aber auf Lebenszeit's). Die ftartere Stellung bes Königs gegenüber bem Träger ber Bollzugsgewalt in ben vorhin betrachteten Berfassungen zeigt sich aber in Folgendem. Runächst hat er einen größeren Teil ber Erekutive für fich, als jener. Nur gewiffe Staatsvertrage 1) beburfen ber Buftimmung ber Rammern. Die Beamten ernennt er allein. Rur für bie höheren Richter befteht ein Borfchlagsrecht bes Senats b). Ferner hat der König nicht blos das Recht, die Rammern zu außerordentlichen Situngen zu berufen, sonbern auch bas Recht, fie - bis zu einem Monat und einmal in ber Session zu vertagen und fogar bas Recht, fie und zwar beibe aufzulofen 6). Un ber Gefetgebung ift er nicht allein über ben Begriff bes relativen Betos, fonbern bes Betos überhaupt binaus beteiligt. Er ist positiver Teilhaber an ber Gesetgebungegewalt. Collectivement mit ben beiben Rammern übt er fie aus. Es bedarf zu einem Gefete feiner ausbrucklichen Ruftim= mung, die Sanktion heißt 7). Bu diesem Sanktionsrechte kommt bann noch das Recht ber Befegesinitiative.

Diesem Abweichen von bem Pringipe fcroffer Trennung, wie es zu Gunften ber Bolljugsgewalt in bem Rechte ber Gesebessanktion und ber Gesehesinitiative liegt, entspricht ein gleiches Abmeichen ju Gunften ber Legislative. Wie bem Ronig bezüglich ber Gefetgebung nicht blos ein Recht bes Betos, fonbern ein foldes ausbrudlicher Buftimmung eingeraumt ift, so besitzen auch die Rammern hinsichtlich ber Bubgetaufstellung, die ihrer Natur nach ein Att ber Erefutive ift, nicht blos ein Beto=, fondern ein positives Mitwirfungsrecht. Im Beiteren befteht zwischen bem Mitwirfungerechte bes Ronigs bei ber Gesetgebung und bem Mitwirfungsrechte ber Rammern bei ber Budgetaufftellung aber ein wesentlicher Unterschieb. Die Stellung

¹⁾ Oben S. 291.

ne revidiert.

3) Art. 99 und 100.

4) Hondelsverträge und solche, die den Staat belasten oder die einzelnen Unterthanen vers. Art. 68.

5) Art. 99.

6) Art. 71. 72 wurde fie revidiert.

pflichten. Art. 68.

7) Art. 69: Le roi sanctionne et promulgue les lois. Im Gegensat dazu heißt die Thätigkeit der Kammern voter. Uebrigens stehen sich Sanktion und Botierung rechtlich nicht gleich. Die Sanktion ift rechtlich nur eine Bedingung der Giltigkeit des allein die entschende Willenserklärung darstellenden Kammervotums. Iwar spricht Art. 27 von trois branches du pouvoir législatif, allein, daß in der Sanktion nicht ein dem Botum der Kammern gleichwertiger Akt zu erdlichen ist, geht daraus hervor, daß die Berfassung da, wo sie sagt, daß ein Geseh nur für ein Jahr erlassen werden darf, dies zum Teil in einer die Mitwirkung des Königs überhaupt nicht erwähnenden Form thut. In Art. 115 heißt es bezüglich des Budgetgesehs nur: Chaque année, les Chambres arretent la loi des comptes et votent le budget. Daß dies der Geseksform bedarf, ist aus Art. 27 abzuleiten. Anders die Art. 111 und 119. So sagt z. B. Art. 119: Le contingent de l'armée est voté annuellement. La loi qui le fixe n'a de force que pour un an, si elle n'est renouvelée. renouvelée.

bes Königs bei der Gesetzebung ift, wie wir sahen, nur eine sekundare. Ihrer Grundaufgabe gemäß haben die Rammern den Hauptanteil an der Gesetzebung. Analog sollte
bei der Budgetaufstellung der König der in erster Linie Handelnde, die Bolksvertretung nur
der zustimmende Teil sein. Statt dessen ist die Rolle umgekehrt. Weil das Bolk, aus welchem
die Rammern hervorgehen, die Lasten des Budgets zu tragen hat, ist den Rammern auch
bei der Budgetaufstellung die entscheidende Stellung verliehen. Indem die Versassung bestimmt,
daß das Budget, wie ein Gesetz, in der Form des Gespes zustande kommen soll 1, hat sie
dem Parlamente den Hauptanteil an dem Bustandekommen des wichtigsten Exekutivaktes zugewiesen.

Bergleichen wir diese Berteilung der Funktionen mit derjenigen der anderen Gruppe von Bersassungen, so liegt zweisellos eine Erweiterung der Rechte der Exekutive vor; sie ist an der Gesetzeung und an der Etatsaufstellung positiv beteiligt und hat das Recht der Kammersaussössung. Es fragt sich, reichte diese Erweiterung der Rechte der Bollzugsgewalt aus, um ihr die gewollte Unabhängigkeit vom Träger der Exekutive zu verschaffen? Die Antwort muß eine verneinende sein. Fraglich ist nur, warum.

Im Interesse übersichtlicher Darstellung sei einstweilen vorausgeschickt, daß das Recht ber Kammerauflösung hiebei keine erhebliche Rolle spielt. Wir beschränken uns also zunächst darauf, die Frage von dem Gesichtspunkte der Stellung der Exekutive im Etatsrechte aus zu betrachten.

In bieser Richtung wäre es nun irrig, wollte man ben Grund für die Verneinung jener Antwort ausschließlich in dem Umstande suchen, daß die Versassung vorschreibt, das Budget solle wie ein Geset zustande kommen. Denn das der Bolksvertretung hiedurch eingeräumte Recht, ihre Mitwirtung zum Zustandekommen des Budgets zu verweigern, wenn die Verwaltung nicht nach ihrem Willen geführt wird, reicht für sich allein noch nicht aus, um die Regierung nach jeder Richtung gefügig zu machen. Vermögen sich die Kammern mit der Regierung über den Etat nicht zu einigen, gibt die Regierung den Bedingungen nicht nach, welche die Bolksvertretung für ihre Zustimmung als Gegenleistung fordert, so kommt wohl kein Budgetgeset, und damit kein Budget im Sinne der Versassung zu Wege, keineswegs ist damit aber gesagt, daß die Regierung dann gar keine Ausgaben und gar keine Einnahmen machen darf. Um dies zu begründen, muß auf das Etats- und Steuerbewilligungsrecht der repräsentativen Demokratien näher eingegangen werden.

§ 76. Die rechtlich-politische Bedeutung des Etats und Steuerbewilligungsrechtes in den repräsentativen Demokratien. Wir behandeln die vorstehend angegebene Materie auf der Grundlage des belgischen Rechtes und in ihrem Zusammenhange mit der am Ende des vorigen Paragraphen aufgestellten Behauptung. Um diese zu begründen, muß von dem Gegensate zwischen Geseh im mat er i elle n und Geseh im formellen Sinne ausgegangen werden. Das Geseh im materiellen Sinne kennzeichnet sein Inhalt, das Geseh im formellen Sinne die Art seines Zustandekommens. Das Wesen des ersteren liegt also in einem sachlichen, das Wesen des letzteren in einem sormellen Womente. Geseh im materiellen Sinne ist eine vom Staate erlassene Rechtsvorschrift, Geseh im formellen Sinne ist eine staatliche Erklärung, welche von einer Bolksvertretung allein oder unter ihrer Witwirkung und zwar in dem Versahren zu Stande kommt, welches für den Fall gilt, daß die von dem Staate zu erlassenen Rechtsvorschriften von oder unter Witwirkung der Bolksvertretung erlassen. Hieraus ergibt sich, daß ein staatlicher

¹⁾ Dies folgt aus dem Gleichlaut der Art. 115 und 27. Denn es ist zweisellos an Art. 115 gebacht, wenn es in Art. 27 heißt: Toute loi relative aux recettes ou aux dépenses doit d'abord être votée par la Chambre des représentants. Art. 115 lautet: Chaque année, les Chambres ... votent le budget. Toutes les recettes et dépenses de l'Etat doivent être portées au budget.

Alt zugleich Geset im materiellen und im formellen Sinne sein tann. Dies ift bann ber Rall, wenn eine ftaatliche Rechtsvorschrift von ober unter ber Mitwirtung ber Bollsvertretung in einem rechtlich bestimmten Berfahren erlaffen wirb. Dag bie materiellen Gefete als formelle Gesetze erlassen werden, ist die verfassungsmäßige Regel der Staaten mit Repräsentativver= faffung. Außerbem gibt es aber auch Gefebe, bie nur materielle, und Gefebe, bie nur formelle Gefete find. Das erftere find im Bege ber Berordnung erlaffene Rechtsvorfdriften, Recht 8verordnungen, das andere Exetutivatte in Gesetzesform.

Die pragnante Nachweisung biefes Gegensabes als eines positivrechtlichen burch Labanb 1) hat zur Folge gehabt, daß sich nicht blos in ber Theorie und Brazis ber monarchischen, sondern mehr und mehr auch in Theorie und Braris ber republikanischen Staaten 2) bie Anschauung entwidelte, daß das Budgetgefet nur ein formelles, nicht auch zugleich ein materielles Gefet, seinem Inhalte nach vielmehr lediglich ein Erefutiv=, ein Berwaltungsaft sei.

Bieraus ift aber ber Sat abzuleiten, bak bas Bubgetgefet als foldes als ein nur formelles Gefets andere formelle Gefete nicht aufzuheben vermag, welche zugleich materielle Gefete find. Der Grund hiefür ift naber folgender. Ronnte bas Etatsgefet als foldes berartige Gefete beseitigen, fo ware es ein materielles Geset, die Rechtsorbnung für die jeweilige Saushaltungs= periode. Daraus wurde aber folgen, bag erft in ihm die Ermachtigung (Bollmacht) ber Staatsverwaltungsorgane gur Führung bes Saushaltes im Berhaltnis nach Augen, gegen Unterthanen und sonstige Dritte, lage. Erst burch bas Staatshaushaltungsgesetz erhielten bieselben bas Recht, die Einnahmen von Dritten zu machen, die Ausgaben an Dritte zu leiften. In ber That wird diese Behauptung in republikanischen Staaten), aber auch in Monarchien aufgestellt. Aber es sprechen bagegen verschiedene gewichtige Grunde.

Runachft wurde fich baraus eine Birtung bes Ctategesetes ergeben, die bem 3wede ber Statsaufftellung als folder vollfommen ferne liegt. Fast jedes Gefet erfordert zu feiner Durch= führung sachliche und perfönliche Staatseinrichtungen und barum mehr ober weniger beträcht= liche Aufwendungen hiefur. Burbe erft im Statsgefet die objektivrechtliche Ermächtigung gur Leiftung aller notwendigen Auslagen liegen, so wäre basselbe basjenige Geset, welches erft die Durchfübrung der ganzen Rechts= und Staatsordnung ermöglichte. Die Möglichteit der Durch= führung aller Gesehe gäbe erst das Etatsgeseh und boch bedarf es nach positivem Rechte zu sei= nem Ruftanbefommen ber Mitwirfung verfchiebener b. b. gegeneinanber grundfählich felbstänbiger Organe. Das Bustanbekommen des Etatsgesetes ist dadurch erschwert. Jeder Teil will seinen Billen burchsehen und es ist leicht möglich, daß kein Teil nachgibt und so kein Ctatsgesetzur Berabschiedung gelangt. Sollte bies wirklich die Folge haben, daß nun alle Staatsgesetze vom rechtlichen Standpunkte aus unausgeführt bleiben, die ganze Staatsthätigkeit, das ganze Staatsleben stille steben mußte? Dies geht über den Awed des Ctats hinaus. Auch nach der bekämpsten Anficht ift fein Grundzweck nichts anderes, als eine geordnete Führung des Staatshaushaltes au fichern. Diefem Amede entspricht die Wirtung, daß die Berwaltungsbehörden an seine Gin-

¹⁾ A. a. D. Bb. 1 S. 542 bei R. 1. Ueber die Anertennung des Gegensates im Ausland s. Esmein S. 10, 153, 231 f., 694 u. 707; Hauriou S. 32, 36 ff. 41, 305, 317, 393, 485, 447, 548.

2) Bergl. Duguit a. a. D. S. 124; Esmein S. 707 und 708; Hauriou S. 87.

3) Hauriou S. 37: la loi du budget est obligatoire pour le gouvernement, bien qu'elle ne constitue qu'une opération de comptabilité pour l'Etat et par conséquent un acte d'administration. In Deutschland am schäfften Zorn Bb. 1 S. 452; abgeschmächt dei Hauel Gesen des mines Reipzig 1888, S. 817: nur nach der Ausgabenseite bringt das Aubest erft die Ermäckstoung: nach der Einnahmenseite ist sie schon in anderen (Steuers) Gesen Sejez im jormeuen und materieuen Sinne, Leipzig 1888, S. 317: nur nach der Ausgabenseite drüngt das Budget erst die Ermächtigung; nach der Einnahmenseite ist sie schon in anderen (Steuers) Gesesche begründet; das Budget schafft hier nur die objektivrechtliche Bereinnahmungsverpstichtung. Was die Staatspraxis angeht, so ist diese Anschauung von der Bollmachtsnatur des Budgets in parlamentarischen Kreisen eine nicht seltene. Sie kam z. B. 1896 im deutschen Keichstage in dem Versuche zum Ausdruck, eine Bestimmung des Jolltariscselses vom 15. Juli 1879, die sog. Franskenstein'sche Klausel, durch Etatsbestimmung zu ändern. Bergl. darüber unten S. 300 N. 1. — Ueder das französsische Staatsrecht unten S. 313.

haltung gebunden sind. Nicht aber entspricht ihm die Wirkung, daß er die ganze staatliche Rechtsordnung nach einer Richtung erst mit verbindlicher Kraft ausstatten soll. Das Etatsgeset ist seiner Wirkung nach ein Dienstbefehl 1), kein materielles Geseh.

Und dazu tommt ein zweites: Bare bas Budgetgefet feinem Inhalte nach ein materielles Gefet, fo tonnte der eine gesetgebende Fattor, das Barlament, seine Austimmung zum Budget, bie ja bann eine gang freie mare, bavon abhangig machen, bag bie Ausgaben für Ginrichtungen geftrichen wurden, welche unter Mitwirfung besselben zu ftanbe tamen. Die Bollsvertretung könnte also verlangen, daß diese Einrichtungen aufgehoben und so die Durchführung der Gesebe. für welche diese Organisationen bestanden, rechtlich unmöglich gemacht, suspendiert wurde. Der andere Faltor, die Exelutive, mare fomit vor bas Dilemma gestellt, entweber ben geforberten Abstrichen beizutreten, um daburch das Rustandekommen des Etatsgesetzs zu sichern, ober den Abstrichen seine Rustimmung zu versagen, um sein Recht freier Mitwirtung bei Aufhebung ober Suspension formeller Gefete ju mahren. In bem einen Falle ware bas ber Egefutive angesonnene Opfer ber Bergicht auf bas Recht freier Ablehnung von Abanderungen formeller Gesete, beren Erhaltung ihr erwünscht erscheint, in dem anderen Kalle der Berzicht auf ein Budgetgeset und damit auf die rechtliche Fortsetung der staatlichen Geschäftsführung. Dieses Dilemma wäre um so bedeutsamer, als die meisten allgemeinen Staatsgesetse doch unter Witwirfung ber Bolfsvertretung ergeben und felbst bie Organisationen, welche gur Durchführung biefer Befete erforderlich find, die Einrichtungen ber Berichte, des Beeres und ber Flotte, jumeift auf formellen Gesetzen, ben fog. Organisationsgesetzen, beruben.

Bei weniger wichtigen Abstrichen murbe ber Erefutive die Entscheibung in diesem Dilemma ja nicht schwer werben. Das Interesse am Bustanbekommen bes Budgetgesets wurde ihr gegenüber bem Berzichte auf ihr freies Mitwirtungsrecht zur Abanderung formeller Gesetze wohl immer als das höhere Gut erscheinen. Aber in wichtigeren Fallen, 3. B. bei bem Bersuche ber Aufhebung bes heerestorpers burch Streichung ber Mittel für bie heeresorganisationsgefete, wurde fie im Intereffe ber Erhaltung ihrer thatsachlichen Rraft wohl eber auf die im Budgetgesete enthaltene rechtliche Grundlage ihrer Geschäftsführung verzichten, als ber Beseitigung bieser Budgetposten ihre Buftimmung geben. In bem einen Falle mare ber leibende Teil die Regierung, beren gegenüber ber Bolfsvertretung freies Mitwirkungsrecht bei ber Gesetgebung illusorisch wäre, wenn sie bem Berlangen bes anderen Teils, burch Abstriche im Etat unter ihrer Mitwirkung zu stande gekommene Gesehe außer Kraft zu sehen, zuzuftimmen batte, um bas Buftanbetommen bes Gtatsgesetes ficher zu ftellen. In bem anderen Falle wären der leidende Teil die Unterthanen, in deren Interesse die Berjassung den Sat aufftellt, bag bas Bubget unter Mitwirfung ber Bollsvertretung zu ftande tommen foll. In bem einen Falle tame somit ber Sat ber Berfaffung, bag bie Regierung ein gegenüber ber Bollsvertretung freies Mitwirkungsrecht bei der Gesetgebung hat, nicht zur Ausführung, in bem anderen Falle nicht ber Bunfch ber Berfaffung, daß bas Budget burch Busammenwirken von Regierung und Bollsvertretung entstehen foll. Es hieße nun einen unvernünftigen Gefet geber voraussegen, wenn man annehmen wollte, der Gesetgeber habe das Rustandekommen des Ctats durch formelles Geset vorgeschrieben, gleichzeitig aber doch zugelassen, daß jeder Teil bas Ruftanbetommen biefes Gefetes baburch erheblich erschwere, bag er berechtigt fei, bem anderen Teile Bedingungen feiner Buftimmung zu stellen, die es biefem unmöglich machen, barauf einzugeben, will er nicht auf bie Ausübung eines Sobeitsrechtes verzichten, bas ihm gur Erhaltung und Sicherung vitalfter Staatsintereffen verliehen ift 2).

¹⁾ Daß das Budget nicht blos Programm, sondern auch Befehl, ergibt seine Form und seine Berkündigung. Das Budgetgeset leitet sich besehlend ein und es wird verkündigt. Beides ware unnötig, wenn es nur eine Bindung des Ministeriums bezwecken wollte. Vergl. auch v. Sendel, Kommentar S. 387.

²⁾ Bergl. baju Sanel, Gefet im formellen und materiellen Sinne S. 301; Seibler im

Es liegt hier die Sache ähnlich, wie bei der Entscheidung der Frage, ob nach dem Rechte berienigen Staaten, beren Berfassungeurfunden besondere Rechtsfäße über ben Abichluß von Staatsvertragen nicht enthalten, wie dies bei ben alteren beutschen Berfaffungsurfunden ber Fall ift, jedes Mitwirtungsrecht bes Landtags bei Abschluß von Staatsvertragen ausgeschloffen fei. Auch hier barf es nicht als bie Meinung bes Gefetgebers angefehen werben, bag er bem Berricher ftaatsrechtlich ein unbebingtes Abichlugrecht habe einräumen wollen, sondern bie Auffaffung bes Gefengebers geht babin, bag ber Berricher ftaatsrechtlich verpflichtet fein foll, Berträge, deren Durchführung im Inneren Gegenstände betreffen, welche in ben Wirlungsfreis bes Landtages fallen, nur unter Borbehalt ber Ruftimmung bes Landtages abzuschließen. Denn sonst ware entweder das Mitwirkungsrecht bes Landtages bei ber Durchführung von Staatsvertragen thatfachlich illuforifc ober, wenn ber Landtag auf biefem Mitwirfungerecht besteht und seine Ruftimmung zu einem vorbehaltslos abgeschloffenen Bertrag verweigert, die Staatsgesammtheit, also insbesondere bie Unterthanenschaft, ben Nachteilen internationaler Bermidelungen ausgesett1).

Somit ergibt fich : bas Bubgetgefet tann nicht erft bie Ermächtigung gur Leiftung von Musgaben enthalten, die zur Durchführung von Organisationen erforderlich find, welchen bie Bolksvertretung ihre Rustimmung erteilt hat. Das Budget begründet bezüglich solcher auf Gefet rubenber Organisationen nicht erst bas Recht zur Birtschaftsführung, sondern es will nur bafür forgen, bag ber Saushalt nicht planlos und ohne Ueberlegung, ob zwifchen Ginnahmen und Ausgaben Gleichgewicht vorhanden fei, geführt werbe. Das Budget ift nur ein Blan, an bessen Hand die Regierung ihr anderwärts begründetes Recht zur Birtschaftsführung bethätigt. Es ift nur ein innerhalb ber Berwaltung wirtenber Alt. Das Berhältnis bes Staates Bu Dritten, ju feinen Gläubigern und Schuldnern, berührt es nicht.

Daß bas Budget nichts anderes ift und nichts anderes sein will, sieht man aber noch an einem Beiteren. Bare bas Budget ein materielles Gefet, so murbe, wie es sonst ohne Ausnahme gefchiebt, wenn nicht Aenberungen ber Gefete im Bege vollerrechtlicher Bertrage erfolgen, die Staatsvraris ftrenge baran festbalten, basselbe nur in bem gleichen verfaffungs= mäßigen Berfahren ju andern, in bem es ju ftande tam. Jebe nachtragliche vereinbarte Abanderung besfelben bedürfte ber Ausfertigung burch ben Chef ber Berwaltung und ber Berfündigung in ber Gesebessammlung. Statt beffen ist die Annahme eine allgemeine, baß solche nachträgliche Abanderungen wohl ber Buftimmung ber Boltsvertretung, aber nicht ber außeren Form bes Gefetes bedürfen. Die Genehmigung von Etatsüberschreitungen und außeretatsmäßigen Ausgaben bedarf nur eines einfachen Befcluffes ber Bolfsvertretung. Gine Berfundigung biefes Genehmigungsbeichluffes mit formlicher Buftimmung ber Exetutive erfolgt nicht 3). Cbenfo erklart fich aus ber Berwaltungenatur bes Budgets, bag bei vereinbartem Budget bie Regierung nicht blos an bie im Budgetgeset genannten Sauptsummen, sondern auch an die Spezialsummen gebunden ift, über welche das Parlament einzeln abstimmt. Für ein materielles Gefet in Gefetesform reicht bie Berbindlichfeit nicht weiter, als fein im Gefetblatte verfündigter Wortlaut. Bare bas Budgetgefet ein materielles Gefet, fo murbe für basselbe

öfterreichischen Staatswörterbuch, Bb. 2 (Wien 1897) S. 1073; Labanb Bb. 2 S. 947, 1005; v. Seybel, Bayer. Staatsrecht Bb. 2 S. 584; ferner die Erklärung des Grafen von Posadowsty im beutschen Reichstage vom 20. Nov. 1896 (Stenogr. Berichte S. 1611): "Ich habe zunächst Ramens ber perbunbeten Regierungen ju erklaren, bag fie eine Abanberung bestehenber Gefete (b. b. mens der derbunderen Aegierungen zu ertiaren, daß sie eine Avanderung vesteligendet Gesetzt. I. materieller Gesetzt in Berbindung mit dem Etatsentwurfe nicht acceptieren können. Die verdünsehen Regierungen glauben es als staatsrechtlich nicht zulässig betrachten zu müssen, daß ein des stehendes Gesetz in Verdindung mit dem Etatsgesetz abgeändert werde, und würden eine solche Form des Etatsgesetzs nicht acceptieren". Herzu v. Serzu v. Seydel, Kommentar S. 395.

1) Vergl. v. Seyde I. Bayerisches Staatsrecht Bd. 3 S. 736.

2) Lada and Bd. 2 S. 952; Otto Mayer Bd. 1 S. 382; Tezner in der Kritischen Mittelekteit 1806.

Vierteljahrsschrift 1895 S. 274.

bas Gleiche gelten.

Bu diesen allgemeinen Gründen kommt für das belgische Recht, von dem wir handeln, noch ein besonderer, aus der belgischen Berfassung zu entnehmender Grund. Würde die belgische Berfassung davon ausgehen, daß das Budgetgeset, welches sie anerkennt, nicht nur ein sormelles, sondern auch ein materielles Gesetz sei, so würde sie die besondere Bestimmung des Art. 111 nicht getrossen haben, wornach alle Staatsauflagen jährlich zu votieren sind. Neben dem Satze des Art. 115: Chaque année, les Chambres . . . votent le dudget. Toutes les recettes et dépenses de l'État doivent être portées au dudget wäre die Bestimmung des Art. 111: Les impôts au prosit de l'État sont votés annuellement völlig überssissig.

Aber selbst, wenn das Bubgetgescheinem Inhaltenachmaterielles Geset mare, würde noch nicht anzunehmen sein, daß in ihm allein und erst in ihm die objektivrechtliche Ermächetigung zur staatlichen Wirtschaftsführung für das betreffende Rechnungsjahr läge. Mag es Berwaltungsplan mit Dienstbesehl oder mag es Gesetsebesehl sein, jedenfalls ist das Budget nur ein für verhältnismäßig kurze Zeit geltender Staatsakt. Als ein Boranschlag, dessen Hauptwert darin besteht, daß er in seinen Mutmaßungen den zu erwartenden Berhältnissen möglichst nahe kommt, kann der Etat nicht für eine große Reihe von Jahren aufgestellt werden. Bei dem raschen Wechsel der Staatsbedürsnisse und der wirtschaftlichen Umstände, auf welchen die Einsnahmen des Staates beruhen, würde bei einem über viele Jahre sich erstreckenden Etat die Genauigkeit und damit der Wert des Etats für eine geordnete Haushaltsssührung bedeutend zurückgehen. Der im Etat niedergelegte Finanzplan paßt somit naturgemäß nur für kurze Zeit, für ein oder ein paar Jahre, je nach den staatlichen Verhältnissen verschieden.

Es ift nun wohl tein Zweifel, bag einem nur für turze Beit, fagen wir, ein Jahr geltenden Gefege von feinen Schöpfern an fich die Rraft verlieben werden tann, Gefege, die einen organischen Bestandteil ber Staatsverfassung ober bes Staatslebens bilbeten, b. b. also auf Dauer und bamit auf unbestimmte Beit berechnet waren, für immer außer Rraft zu feten. Durch ein nur für ein Jahr geltenbes neues Bivilgefetbuch tonnte bas alte, eingebürgerte befinitiv beseitigt werben. Dasselbe wurde nach Ablauf bes einen Jahres nicht wieder von felbft in Rraft treten. Es bliebe aufgehoben. Allein von einem Etatsgesete, bas feinem 3mede nach nur die Berwaltungs- und Birtichaftsführung für einen turgen Zeitraum regeln will, lediglich die laufende Berwaltung, also eine vorübergehende Staatsthätigkeit betrifft, darf dies nicht vorausgesett werben. Bu feinem Befen, ju feiner Rurzlebigkeit in ber hauptfache ftimmt nicht, daß es in anderen Richtungen dauernde Wirtung haben foll. D. a. 28. organische, b. h. nach ihrem Anhalt auf bestimmte ober unbestimmte langere Beit berechnete Gefete konnen nicht burch ein Etatsgefet als folches abgeanbert werben. Ein die Ginrichtung bes Budgets und Staatshaushaltes im Allgemeinen regelnbes Gefet tann nicht burch ein Etatsgefet für ein einzelnes Rahr, bas preußische Geset über ben Staatsbaushalt vom 11. Mai 1898 nicht burch bas Gefet, betreffend bie Feftstellung des Staatshaushalts-Etats für bas Etatsjahr 1899, vom 27. März 1899 geanbert werben. Die Abanberung ber Frankenstein'ichen Rlaufel tonnte nicht im, fonbern nur neben bem Etat, bochftens in einem mit bem Etat nur außerlich in einer Urfunde verbundenen Befete geschehen1).

Aus allem Bisherigen folgt: Das Ctatsrecht ber an bem Zustanbekommen bes Budget= gesetzes mitwirkenden Faktoren ift ein gebundenes. Sie konnen formelle organische Gesetze burch

¹⁾ Bergl. Arnbt, Deutsche Juristenzeitung 1898 S. 71 und Esmein S. 711 f. Letterer führt ein Beispiel aus ber französischen Staatspraxis an. In Frankreich wurde unter der gegenwärtigen Republik bis 1872 das Heerestontingent immer nur für ein Jahr festgesett. 1872 brach sich die Ueberzeugung Bahn, daß dies die ruhige Entwickelung der Armee erschwere. Es wurde daher die Friedenspräsenzische dein organisches Gesetz, durch ein Gesetz auf längere Zeit festgesetzt. Mit Recht bemerkt Esmein, daß die darin festgesetzt Friedenspräsenzzisser nicht par voie dudgetaire geändert werden kann.

§ 76.

etatsmäßige Abletung ober Beränderung der aus ihrer Durchführung fließenden Einnahmen. bezw. ber zu ihrer Durchführung erforberlichen Ausgaben nicht außer Rraft feben. In folchen Gesetzen begründete Einnahmen und Ausgaben müssen von beiben Teilen in den Etat eingegestellt werben. Gin freies Statsrecht ber an bem Buftanbekommen bes Statsgesets mitwirkenden Faktoren besteht nur soweit, als Einnahmen ober Ausgaben ihrem Rechtsgrunde ober ihrer Sohe nach nicht durch ein besonderes Gesetz im obigen Sinne festgestellt sind.

Diese Bindung des Etatsrechtes der Bollsvertretung gegenüber formellen organischen Gefegen muß um fo mehr angenommen werben, als aus gleichem Grunde fogar eine Bindung biefes subjektiven Etatsrechtes durch altere Etatsgefete besteht. Ginnahmen und Ausgaben, welche bie gesetgebenden Fattoren mit Austimmung ber Regierung einmal als ständige Ginnahmen und Ausgaben in ben Etat eingestellt haben, muffen fie fo lange auch in bie folgenben Etats einstellen, als die Regierung ihrer Streichung nicht zustimmt. Bichtig ift bies insbesondere für Ausgaben. Die Bewilligung von Ausgaben für dauernde, b. h. über die Finanzperiode hinauswirkende Zwede gilt nicht mit Beschräntung auf die Finanzperiode, es mußte benn bei ber Bewilligung ein biesbezüglicher Borbehalt gemacht fein. In ber vorbehaltslofen Bu= ftimmung zur erstmaligen Ginsebung einer Ausgabe in ben Stat für einen voraussichtlich über die Finanzperiode hinaus fich erstredenden Zwed liegt eine Bindung für alle Finanzperioden, mährend welcher dieser Zweck fortbesteht1). Auch das Ende der Wahlperiode des Landtages, welcher ber dauernden Ausgabe vorbehaltslos zustimmte, bereitet dieser Bindung tein Ende. Beibes, biese Bindung überhaupt und insbesondere biejenige über bie Bahlperiode hinaus, erklart fich aus der Ratur des Etats. Der Etat ift wohl in erfter Linie Finanzprogramm, aber er ist es nicht ausschließlich. Er ist Finang- und Berwaltungsprogramm zugleich. Er stellt auch einen Plan darüber bar, welche Aufgaben ber Staat in ber nächsten Butunft durchführen will. Nur ein planmäßiges Borgeben läßt ben Staatszwed erreichen. Diefer ift ber Natur bes Staates als einer bauernden Bersonengemeinschaft gemäß ein bauernder. Seine Erreichung erforbert also ber Natur ber Sache nach auch bauernbe Aufgaben. Als Finanzplan, als eine genaue Uebersicht über bie zu erwartenden Ginnahmen und Ausgaben, wirkt der Stat auf fürzere Reit, als Berwaltungsplan je nach ber Natur ber Aufgaben länger. Die Staatsaufgaben sollen nicht fortwährend geanbert werben; fonft werben fie nicht erreicht. Die Schähungen ber Einnahmen und Ausgaben find öfter vorzunehmen. Burde ber Etat nur ein Berwaltungs= programm sein, so mußte er nicht so oft aufgestellt werden. Rur seine Gigenschaft als Kinangplan erforbert kurzfristig wiederholte Fizierung. Dem entspricht die längere Bindung der gesetzebenden Faktoren an die als dauernd anerkannten Aufgaben. Diese Wirkung beruht nicht auf bem formellen, nur ein Jahr geltenden Statsgesete, also genau genommen überhaupt nicht auf bem Etat als foldem, sondern auf bem Beschlusse über die einzelne Budgetposition, bem Spezialvotum ber Rammer hierüber. Dieses ift nicht an die Etatsfrift gebunden 3).

Man könnte den Ginwand machen wollen, gebunden an den Berwaltungs- und Birtschaftsplan vermöge nur zu sein, wer ihn aufstellte. Die Bindung müßte somit jedenfalls mit Ablauf ber Wahlperiode der Rammern endigen. Allein hier ift vergeffen, daß die Aufstellung bes Planes ja nicht für bas eigene, sondern für bas Staatsintereffe gefchiebt, bag also alle babei beteiligten Faktoren in ihrer Eigenschaft als Staatsorgane handeln. Hieraus folgt aber, daß in Bezug auf die Frage der Bindung nicht die Berfonen, fondern die durch fie verkörperten Organisationen in Betracht tommen. Da ber Staat eine von dem Bechsel ber Bersonen un=

¹⁾ Bergl. v. Seybel, Baher. Staatsrecht Bb. II S. 565. 2) Labanb Bb. 2 S. 951; Otto Mayer Bb. 2 S. 384. 3) v. Seybel, Bayer. Staatsrecht Bb. 2 S. 585: "Die zeitliche Wirkung ber (feten wir hinzu: vorbehaltslofen) Anerkennung eines Bebürfnisses burch den Landtag muß notwendig sich soweit erstrecken, als die Dauer des Bedürfnisses selbst".

abbangige Einrichtung ift, so kommen auch seine Organe als solche in Betracht. Die Staatsorganisation beherricht ber Grundsat ber Rontinuität 1). Die bindenden Erklärungen, welche bie eine bas Staatsorgan verkörpernbe Berfon abgegeben hat, binbet somit auch bie nachfolgenben Inhaber ber betreffenden Organstellung. Alle folgenden Landtage find gebunben, solange bas Bedürfnis bauert. Und so bleibt ber Sat bestehen: bas subjektive Etatsrecht von Boltsvertretung und Regierung ift ein burch die beiberseitige ausbruckliche, b. h. in organischen Gefeten enthaltene, und burd bie beiberfeitige ftillschweigende Anerkennung von Ginrichtungen, welche bauernde Ausgaben verursachen, rechtlich gebundenes. Rein Teil barf bas Budget mit Bedingungen beschweren, welche an die anderen mitwirkenden Teile das Berlangen ftellen, ber Abanberung formeller organischer Gesetz ober ber Aufgabe gemeinsam als bauernb anertannter Ginrichtungen ihre Buftimmung ju erteilen. Der artig bepadte Bubgetgefete 2) (tacked [appropriation-] bills), wie die Englander, Budgetgefete mit folch en "Biberhaten" (riders), wie die Amerikaner fagen 3), find allen Mitwirkenben nach ber allgemeinen Ratur bes Budgets als eines turgfriftigen Finangplanes rechtlich verboten.

Einschränkungen bes gebundenen Etatsaufstellungsrechtes können bemnach lediglich aus besonderen Bestimmungen abgeleitet werben. Es fragt fich, ob die belgische Berfaffungsurtunde folde enthält. Wenn es ber Fall ift, fo tann es nur Art. 115 berfelben fein. Faffen wir biefen Artitel näber ins Auge.

Art. 115 fagt: Alle Einnahmen und alle Ausgaben find in das Budget ein zu= ft ellen und bas Budget ift jährlich zu votieren . Bunachft konnte man meinen, hieraus folge ganz allgemein, ben Rammern fei es verwehrt, fich hinfichtlich irgend einer eine Ausgabe verursachenden Aufgabe länger als ein Jahr zu binden. Alle Ausgaben find jährlich zu vo= tieren, also steben bie Rammern auch ber Brufung ber ber Ausgabe ju Grunde liegenben Aufgabe auf ihre fernere Zwedmäßigkeit frei gegenüber. Allein mare biefe Schluffolgerung richtia, so würde die Bestimmung des Art. 119 vollkommen überflüssig sein, wornach das heereskontingent jährlich zu votieren ist 5). Denn bamit ist anerkannt, daß ohne diese Bestimmung bas Beereskontingent auch für langere Reit fixiert werben konnte. Andererseits besteht die Bebeutung des Art. 115 aber auch nicht blos darin, daß er verbietet, Ausgaben für mehrere Jahre mit ber Wirtung zu bewilligen, bag biefelben aus bem jahrlichen Etat völlig ausscheiben, sondern er verleiht den Rammern in der That bis zu einem gewissen Grade eine Befreiung von ben Beschränkungen ihres Etatsrechtes, welche aus ber allgemeinen Natur bes Budgets abzuleiten waren.

Rach Art. 115 find alle Einnahmen und alle Ausgaben in den Etat einzustellen und ber Etat jährlich zu votieren. Es sind also alle Einnahmen und Ausgaben jährlich zu votieren, bas beißt nach ber allgemeinen Natur bes Budgets als eines Berwaltungsprogrammes nicht, daß ber Rechtsgrund berfelben jedes Jahr neu festzustellen sei, das heißt nach ber allgemeinen Natur des Budgets als eines kurzfristigen Schähungsverzeichnisses aber wohl, daß die Höhe berfelben jebes Jahr neu veranschlagt werben foll. D. a. 28.: burch die Bestimmung, baß alle Einnahmen und Ausgaben jährlich zu veranschlagen find, ift nicht die Bindung der Ram=

¹⁾ v. Senbel 28b. 2 S. 585.

¹⁾ v. Sehbel Bb. 2 S. 585.
2) Zu unterscheiben von Steuers d. h. Steuerbegründungs und von Organisationsgesehen. Diese sind organische Gesehe. Henre rechtlich also solche Bedingungen gestellt werden. Ob sie sich thatsächlich durchsehen lassen, hängt von der politischen Macht des sie stellenden Teiles ab. Diese gründet sich auf anderes gegenüber der Regierung (Steuerbewilligung nur für Ein Jahr), auf anderes gegenüber der anderen Kammer (Auflösdarkeit; Recht auf erste Behandlung der Fisnanzgesehe). Bon Allem weiter unten. — Wenn Steuers und Organisationsgesehe nur für ein Jahr erlassen, sind sie zumeist mit dem Etatsgeseh verbunden und ift so scheindar der Etat das Geseh, welchem diese Bedingungen beigegeben sind. In Frankreich ist dies nahezu die Regel geworden. Vergl. Dupriez Bb. 2 S. 416.

3) Bryce Bb. 1 S. 187. 1. Bergl. Dupriez Bb. 2 S. 416. 4) Bergl. oben S. 296 R. 1. 5) Oben G. 295 R. 7.

mern aufgehoben, für eine als dauernd anerkannte Aufgabe jährlich eine Ausgabe zu bewilsligen, sondern nur die, daß sie jedes Jahr hiefür dieselbe Ausgabe bewilligen. Würde diese Bestimmung, daß alle Ausgaben jährlich neu zu schätzen sind, nicht vorhanden sein, so könnten die Kammern nicht die Herabsehung der für eine dauernde Aufgabe einmal bewilligten Summe einseitig zur Bedingung ihrer Zustimmung zu einem späteren Etat machen. So ist es ihnen möglich. Kur dann würde dies ausgeschlossen sein, wenn eine Ausgabe in bestimmter Höhe ausdrücklich für mehrere Jahre bewilligt worden wäre. Das belgische Recht verdietet aber, auch nur ausnahmsweise die Ausgaben für länger als ein Jahr abzuschätzen. Indes hat dieses Recht der Kammern, die Ausgaben für ihrer Katur nach dauernde und als solche anerkannte Bedürfnisse im jährlichen Etat zu verändern, also auch heradzusehen, selbstverständlich eine Grenze. Die Herabsehung darf nicht so weit gehen, daß sie die thatsächliche Durchsührung der Ausgabe unmöglich macht.). Daraus aber solgt, daß an dem Hauptpunkte, der Bindung des Etatsrechtes durch organische Gesetze und vorbehaltslose Anerkennung zeitlich über die Finanzeperiode hinaus wirkender Bedürsnisse, durch diese Bestimmung nichts geändert ist.

Und nun kehren wir zu der Frage zurück, von welcher diese ganze Untersuchung des subjektiven Statsrechtes ausging, und sagen: Der Grund, warum jene organischen Gesetze und vorbehaltslosen Anerkennungen ihrer Natur nach dauernder Bedürfnisse jedem bei der Statsaufstellung beteiligten Faktor das Recht geben, von den anderen die Sinsetzung entsprechender Bosten in das kurzsristig wiederkehrende Budget zu verlangen, ist der Charakter des Dauernben, welcher den Sinrichtungen innewohnt, die auf der Grundlage dieser Gesetz und Anerkennungen geschaffen wurden. Dieser Charakter wird durch das Nichtzustandekommen des Statsgesetzs nicht berührt; denn er liegt eben gerade darin, daß er keine so engen zeitlichen Grenzen, wie die einzelnen Wirtschafts und Rechnungsjahre, hat. Fragen, die nur die einzelnen Finanzperioden angehen, berühren die dauernden Einrichtungen des Staates also grundsstlich nicht. Somit kann die Regierung, wenn ein Statsgesetz nicht zu stande kommt, aus ihnen die entsprechenden Ginnahmen ziehen, auf sie die entsprechenden Ausgaben machen²).

2) Anders mit Vielen Seibler im Desterreichischen Staatswörterbuch Bb. 2 S. 1073: "In der Pflicht ber gesetzehen Organe, den Staatshaushaltsetat im Wege des Gesetzes zu Stande zu bringen, liegt implicite das Berbot der Regierung, den Etat im Wege der Berordnung zu erslassen". Allein wir meinen: doch nur so lange, als der andere Weg thatsächlich möglich ist. Die Absicht des Gesetzebers kann doch wahrlich nicht auf Bernichtung, sondern nur auf Sicherung der

Staatsthätigfeit gehen.

¹⁾ Labanb Bb. 2. S. 1004 f. ift in Auffassung einer ähnlichen Bestimmung der deutschen Reichsverfassung anderer Anschauung (Art. 71: "Die . . . Ausgaben werden in der Regel für ein Jahr bewilligt"). Da Aenderungen von Thatsachen nicht vernutet würden, stämbe dem andern Teile die Präsumtion zur Seite, daß die heradgeminderte Summe zur Aussührung des Gesetss ungenügend sei. Allein was hätte dann der Jusat; "können jedoch in besonderen Fällen auch für eine längere Dauer bewilligt werden" für eine Bedeutung? Daß die Reichsorgane Ausgaben für dauernde Zwecke bewilligen dürsen, kann damit nicht gemeint sein, denn das ist selbstwerständlich; die weitaus meisten Staatsaufgaben sind dauernde, erfordern also auch dauernde Ausgaben. Gemeint ist vielmehr: ausnahmsweise kann die Höhe solicher Ausgaben sür langere Zeit auf Heller und Ksennig sig ihrer werben. Regelmäßig aber ist ihre Höhe jährlich abzuschäuen. Und das hat guten inneren, d. h. wirtschaftlichen, nicht blos politischen Sinn. Die Höhe ber Ausgaben auch sür eine dauernd anerkannte Einrichtung wechselt mit den wechselnden hatsächlichen Serbältnissen. Der Getreides oder Eisenpreis z. B. unterliegt monatlichen und wöchentlichen Schwankungen. Da ist es doch angebracht, daß die Höhe einer dauernden Ausgabe öfter abgeschätzt und in dieser Absüdügung allen Teilen freie Hand gelassen wird. Dies zilt auch bezüglich des Militäretats (Art. 62 Abs. 4). Bergl. auch Tezne hab an de nie Sohe einer bauernden Ausgabe anerkennen, schaffen. Die meisten hausgaben sind für mehr als ein Jahr, d. h. als dauernde anerkannt. Und doch unterliegen seihrlicher Beilügung. Nach der Auslegung, welche v. Sendernde anerkannt. Und doch unterliegen sährlicher Beilügung. Nach der Auslegung, welche v. Sender auch in der Hausgabe gebunden. Bergl. v. Sender Det. Hauper. Staatsrecht Bb. 2 S. 585.

Die Berwaltung muß nicht stillesteben, sie ist nur erschwert, beschränkt, nicht aber völlig ge= hemmt. Eine höhere Gewalt der Bollsvertretung über die Regierung wird bemnach — und bas war zu erweisen — burch bie Bestimmung, bag ber Etat unter Mitwirkung ber Legislative aufzustellen sei, nicht begründet.

Im Gegenteil, aus bem, was wir über bie Natur bes Budgets bemerkt haben, folgt fogar an sich eine über ben Wortlaut ber Berfaffung hinausgebenbe Beschränkung ber Freiheit ber Bolfsvertretung.

Es fragt fich, ob die Bolfsvertretung verpflichtet ift, neue Steuern zu bewilligen, wenn bie bisherigen Ginnahmen zur Dedung ber Ausgaben nicht ausreichen, welche zur Durchführung ber organischen Gesetze und ber fonft als bauernd anerkannten Beburfniffe notwenbig find. Um neue Steuern handelt es fich, mogen nun Anleihen aufgenommen werben, beren Amortisation und Berginsung burch Steuererhebung bethätigt wirb, ober mogen bie Ausgaben birett burch Steuern aufgebracht werben, und eine Mitwirtung ber Bollsvertretung ift erforberlich, weil es fich um Auflagen auf die Unterthanen, also um einen Gegenstand ureigent= lichster Gesetzebung handelt. Aus bem Bisberigen ergibt fich nun, bag bie Bollsvertretung bie für bie angegebenen Rwede erforberlichen Steuern zu bewilligen bat, benn bie Berpflichtung berfelben, bie für jene bauernben Ginrichtungen notwendigen Ausgaben in ben Gtat einzustellen, hat nur dann Sinn, wenn ihr die Berbindlichkeit entspricht, auch für Deckung dieser Ausgaben mit Sorge zu tragen. Soweit, als die Ausgabenbewilligungspflicht reicht, reicht somit auch die Pflicht ber Steuerbewilligung. Sonst tonnte ja indirett die Pflicht zur Gin= fetjung ber für jene Zwede notigen Ausgaben umgangen werben. Dit ber Buftimmung ju ber betreffenden Organisation hat die Bollsvertretung auch die Bflicht übernommen, die zu ihrer Durchführung erforderlichen Ginnahmen ficherzustellen. Aus ber Buftimmung zu organischen Gesetzen und aus bem Besen bes Etats als eines Berwaltungsprogrammes folgt also nicht blos eine Bindung hinsichtlich ber Teilnahme an der Berwaltung, sondern auch in Bezug auf die Ausübung der Gesetgebungszustandigkeit. Unter bem Ausbrude "Bindung bes subjektiven Etatsrechtes" versteht man nicht blos die Bindung der an der Budgetaufstellung beteiligten Faktoren hinfichtlich der Budgetaufstellung, sondern auch hinfichtlich der Steuergesetzgebung 1).

Alle biefe aus ber Natur bes Bubgets und ber organischen Gesete abgeleiteten Sate gelten aber nur, soweit ihnen nicht bas positive Recht entgegensteht. Unter biefem Besichts= punkte ist Art. 111 der belgischen Verfassung zu betrachten. Derselbe lautet: Les impots au profit de l'État sont votés annuellement. Les lois qui les établissent n'ont de force que pour un an, si elles ne sont renouvelées. Wie sosort ersichtlich, ist in diesen beiden Sagen ein Doppeltes enthalten. Ginmal, baß fie fich nicht auf bie Steuerveranschlagung, sonbern auf die Steuerauflage, also nicht auf die Teilnahme der Rammern an der Etatsaufstellung, sondern auf die Ausübung der Steuergesetzgebungshoheit beziehen. Gesetze, welche Steuern "etablieren", find nicht Budget-, fondern Steuergesebe, materielle Gesetzgebungs-, nicht materielle Berwaltungsatte 1). Und dann bezeichnet das sont votés in der Sprache des Gesetz-

¹⁾ Aus bieser Berbindung der Steuergesetzgedungsthätigkeit mit der Teilnahme an der Budgetausstellung erklärt sich, daß das Steuerdewilligungsrecht im positiven Staatsrecht und in der Staatsprazis vielsach neben der Gesetzgedung als besonderes Steuerdewilligungsrecht erscheint. Es will damit nicht gesagt sein, wie Esmein S. 294, 705 meint, daß das positive Recht und die Staatsprazis die Steuerausstegung überhaupt nicht als Gestzgedung ansehe, sondern, was damit gessatt sind, ist dies, daß bei der Steuerverwilligung der Gesetzgedungsatt mit einem Berwaltungsatt Sand in Sand geht Mer Steuern bewilligt seht sie auch aleich in Reziehung au einem Aerakt Hand in Hand geht. Wer Steuern bewilligt, set sie auch gleich in Beziehung zu einem Verswendungszweck, d. h. stellt sie zugleich in den Stat ein. Wer das Steuerbewilligungsrecht besitzt, hat gleichzeitig das Recht der Mitwirkung bei der Budgetaufstellung.

2) Vergl. auch Duguit a. a. O. S. 124. Der Gegensatzt zu établir (créer, lever) ist sixer (veranschlagen). — Das diese Steueretablierungsgesetz nicht Steuerschätzungsgestz sind, ergibt

gebers ein Müssen und Richtbürfen. Die Bolksvertretung barf die Staatssteuern nicht für länger als ein Jahr begründen. Die Berfassung verbietet den Kammern eine Selbstbindung in ihrem Steuerbewilligungsrecht für längere Zeit. Steuergesehe, welche die Steuerpssicht der Unterthanen auf längere oder auf unbestimmte Zeit begründen, organische Steuerbewilligungszgesehe sind ausgeschlossen). Da Steuern nur für Ausgaben auserlegt werden, folgt hieraus noch notwendig: auch Ausgabenverbindlichkeiten des Staates können lediglich auf Zeit bezwündet werden. Die Zustimmung zu Gesehen und Einrichtungen, welche Auswand erfordern, darf allein unter dem Borbehalt erfolgen, daß damit keine dauernde Ausgabenbewilligungspssicht übernommen wird. Dieser Borbehalt ist kraft Versassung in jeder solchen Zustimmung enthalten. Alles Sähe, welche mit dem oben Dargelegten im direkten Gegensahe stehen. Dort die Verpssichtung, Steuern so lange zu beschaffen, als die Einrichtung besteht, für welche sie erforderlich sind; hier die Verpslichtung, Steuern und demgemäß auch Ausgaben nur für ein Jahr zu bewilligen.

Bas ift nun geltenbes Recht in Belgien? Gilt rein bie erfte ober rein bie zweite Bflicht? Der foll ein Mittelbing gelten, eine Steuerbewilligungspflicht nur für immer ein Jahr, eine Ausgabenbewilligungspflicht auf unbestimmte Zeit? Das letztere würde einen sehr unvernünftigen Gesetzgeber vorausseten. So fann also nur bas erfte ober bas zweite positives Recht fein. Das zweite ift aus ber Natur bes Budgets abgeleitet, also Recht ber Natur ber Sache, bas andere grundet sich auf Gesetsehrecht. So sehr die Natur der Sache eine Quelle positiven Rectes ift, immerbin ift fie gegenüber Geset und Gewohnbeit nur eine subsidiäre. Art. 111 geht somit vor. Die aus ber Ratur bes Budgets abgeleiteten bauernben Bewilli= aungspflichten besteben bemnach nach belgischem Rechte nicht. Wenn die Bolfsvertretung in Belgien einem Gefete mit unbeftimmter Geltungsbauer guftimmt, zu beffen Durchführung finanzielle Mittel erforderlich find, fo übernimmt fie bamit boch nicht die Berbindlichkeit, die hiefür erforderlichen Steuern zu bewilligen. Georg Mener ") und Rellinet's) find anderer Anficht. Allein Art. 111 babin auszulegen, die Borfdrift, daß die Steuern nur für ein Sahr votiert werben durfen, verbiete nicht, bag ber Bollsvertretung die Berpflichtung obliege, Steuern alle Jahre auch wirklich zu votieren, scheitert an Art. 115. Denn dann wäre die jährliche Steuervotierung für Deckung dauernder Ausgaben thatfächlich keine Steuerschaffung, fondern nur eine jährliche Steuerschatung, und daß die Steuern jahrlich geschätt werben, folgt schon aus Art. 115, wornach alle Einnahmen auf den jährlich zu votierenden Etat zu bringen find.

Unser Ergebnis widerspricht dem Zwede, dem der Staat dient, volldommen. Der Staat ift eine Gemeinschaft, welche dem Schutze und der Förderung der Gesammtinteressen der Untersthanen zu dienen bestimmt ist. Dieser Schutz und diese Förderung mussen stetig bethätigt werden, wenn sie Ersolg haben sollen. Die Staatsthätigseit verlangt somit dauernde Staatseinrichtungen. Der Bestand der letzteren ist aber ein prekarer, wenn die Bolksvertretung jederzeit die Mittel für ihre Erhaltung verweigern und dadurch ihre Beseitigung herbeisühren kann. Nur die unmittelbar in der Bersassung begründeten Einrichtungen hätten dauernden Charakter. Es muß demnach ein ganz besonderer Grund sein, um dessentwillen den Kammern ein so freies Steuerbewilligungsrecht zugestanden ist. Es muß ein Interesse vorhanden sein, welches dem

fich auch noch baraus, daß ja bann basselbe gefagt ware, was Art. 115 mit ben Worten sagt: Toutes les recettes doivent être portées au budget. Im Budget findet die Schätzung der Steuershöhe, in den Steuergesetzen die Steuerschaffung statt.

¹⁾ Durch Gefet auf unbestimmte Zeit fann Gegenstand, Sobe und Erhebungsform ber Steuer geregelt werben, bie Steuerpsticht felbst fann bagegen immer nur für ein Jahr begründet werben.
2) Staatsrecht S. 646.

³⁾ Art. Bubgetrecht im Handwörterbuch ber Staatswiffenschaften, 1. Aufl., Bb. 2 (1891) S. 786.

Staate höher steht als das Interesse an dem sesten Bestand aller, auch der nicht versassungsmäßigen, eine stetige Staatsthätigkeit nach der Richtung des Endzwedes sichernden staatlichen Organisationen. Und dieses höhere Interesse ist vorhanden. Richt aus sinanzpolitischen Gründen, um die Steuerkraft der Unterthanen möglichst zu schonen und eine nachhaltige, den jeweils auftretenden Finanzbedürsnissen gewachsene staatliche Wirtschaftssührung zu ermöglichen, ist der in Besprechung besindliche Rechtssas aufgestellt, sondern sein Grund ist ein verfassungspolitischer. Es soll dadurch die Unabhängigkeit der Rammern von der Exekutive sichergestellt werden. Bersagt die Bolksvertretung die Steuern, so ist es der Regierung unmöglich gemacht, die Verwaltung auch nur wenige Tage weiterzusühren, wenn dies innerhald der Schranken des Rechtes geschehen soll; denn ohne Steuergesete können keine Steuern erhoben werden. Die Volksvertretung handelt nicht rechtswidrig, wenn sie die Steuern verweigert, wohl würde aber die Regierung versassungswidrig handeln, wenn sie ohne Steuergesete Steuern erheben würde.

Bei dieser Sachlage ist aber der Bolksvertretung nicht nur ihre Unabhängigkeit gegen den König gewahrt, sondern der Grundsatz der gegenseitigen Unabhängigkeit, von dem die Bersassung ausgehen will, durchbrochen, eine Herrschaft der Bolksvertretung über den König, das Prinzip Montesquieu's verwirklicht 1). Denn, indem die Regierung die Mittel für Führung der Verwaltung immer nur für ein Jahr zur Versügung hat, ist sie wirtschaftlich gesichwächt. Dadurch, daß sie Jahr für Jahr auf die Willigung des Parlamentes angewiesen ist, nuß sie auf die Bedingungen eingehen, welche die Volksvertretung ihren Willigungen unter Androhung der Verweigerung derselben setzt. Die Volksvertretung kann Steuers und Budgetzgest mit allen möglichen Bedingungen bepacken. Der Schutz der demokratischen Regierungssform steht der belgischen Versassung höher als der Schutz der Staatseinrichtungen gegen willstürliche Aushebungen durch die Majorität der Bolksvertretung.

Erhöht wird diese Unterordnung der Exekutive noch dadurch, daß die Versassung den weiteren, uns schon bekannten) Sat enthält, das Heereskontingent sei jährlich zu votieren. Das militärpolitische Interesse würde Feststellung desselben auf längere Zeit erfordern. Die belsgische Versassung legt dem Schutze der Legislative gegen Gewaltthaten der Exekutive, also der Verhinderung eines Rampses um die Herrschaft größere Bedeutung bei, als dem sicheren Besitze eines planmäßig geschulten Heeres. Durch diesen Rechtssatz ist der König auch dann, wenn ihm andere Mittel als Steuern zur Versügung stehen, gehindert, diese im Widerspruch mit dem Willen der Volksvertretung für die Erhaltung der Armee zu verwenden. Mit dem Außerskrafttreten des Heereskontingentsgesetzes muß der König die Armee entlassen, wenn anders er nicht versassundzwidzig handeln will. Auch hierin ist die Theorie Montesquieu's erfüllt 3).

§ 77. Die rechtlich-politische Natur des Berhältnisses der Gewaltenträger zu einander. Run entsteht die bedeutsame Frage: ist die durch die stizzierten Bestimmungen der Bersassung herbeigeführte Abhängigseit des Königs in seinem Wirkungstreise rechtlicher oder thatsächlicher Natur? Die Frage ist deshalb bedeutsam, weil sie uns erklärt, ob der Grundsatz der Teilung in unserem positiven Rechte als ein rechtlicher oder als ein politischer Grund fatz anzusehen ist.

Wir haben diesen letzteren Punkt bisher ex professo noch nicht berührt. Auch, als wir die theoretischen Erörterungen über die Teilung der Gewalten besprachen, ließen wir im Allsgemeinen dahingestellt, ob die Staatslehre im Grundsahe der Teilung der Gewalten eine rechtsliche oder eine politische Theorie erblicke. Wir thaten das, weil wir glaubten, zuerst alle die Teile des theoretischen und positivrechtlichen Materials sammeln zu mussen, ohne deren Kenntnis sich

¹⁾ Oben S. 236.

²⁾ Oben S. 295 N. 7 und 302 N. 5.

³⁾ Oben S. 235.

ein abgeschlossenes Bilb der Frage nicht geben läßt. Nunmehr liegt bas Material in bem gewünschten Umfange vor.

Mus ihm ergibt fich, daß fammtliche bisber genannten, auf jene Teilung bezüglichen Theorien und Rechtsorbnungen ben gleichen Zwed, wenn auch in verschiebener Form, anstreben. hieraus folgt aber, bag ber Grundgebante ber Lehre ein politischer ift. Die Berwirklichung besfelben Zwedes läßt fich in verschiedener rechtlicher Form versuchen. Der eine Zwed, welcher allen Theorien und Verfassungen zu Grunde liegt, ift Verhinderung der Rudtehr zur Monar= die, Schut vor Einherrschaft; Bolf und Bollsvertretung sollen vor Beherrschung burch bas haupt ber Exelutive geschutt werben. Dieser Schutz sucht auf verschiebenem Wege erreicht zu werben: nach Lode') und Bladftone's) burch rechtliche Gleichstellung ber Trager beiber Gewalten, die zugleich eine politische ist; nach Rouffeau8) und Montesquieu4) burch rechtliche und politische Abbangigfeit bes Erefutivorganes vom Gefetgebungsorgan.

Für alles bies bedarf es teines besonderen Nachweises mehr. Es ergibt sich aus bem in der Geschichte der Staatstheorien über diese Schriftsteller Bemerkten 6). Rur binsichtlich Montesquieu's ift noch eine turze Ausführung erforberlich. Rein Zweifel besteht, daß er politische Abhängigfeit der Erefutive annimmt. Wir haben die hiefür maßgebende Stelle: "die ausführende Bewalt hangt von der gesetgebenden ab" bereits an früherer 6) Stelle ermähnt. Da bas Werk Montesquieu's vor Allem ein politisches ist und bazu ber ganze Zusammenhang ftimmt, in welchem jene Stelle ftebt, fo ift biefes Abhangigfein in erfter Linie als politifches aufzufaffen. Allein nicht minder ift es auch als rechtliches gemeint. Wohl fpricht Montesquieu von einer Trennung 7) beiber Gewalten und einem Sindern 8), hemmen 9) und Binden 10) ber Legislative durch die Eretutive sowohl, wie umgetehrt, allein tropbem ift es unrichtig, anzunehmen, dadurch sei dem Trager ber Erekutive rechtlich gleiche Stellung mit bem Legislativkörper eingeräumt. Ein Hindern, Hemmen, Binden kann auch durch einen rechtlich nicht Gleichstehenden geschehen, so gut, wie die Souveranitat burch einen rechtlich Ungleichen beschränft werden tann. Und daß Montesquieu den Trager ber Erefutive bemienigen der Legislative nicht gleichftellt, tommt eben barin jum Ausbrud, bag er icharf betont, ber Exetutive tomme nur eine faculté d'empêcher, nicht eine faculté de statuer in der Gesetzgebung zu, und ihr barum ben Charafter eines Mittragers ber gesetgebenben Gewalt versagt 11). Der Grund, warum dies geschieht, ift der Gedante: wer nicht Mittrager der Legislativgewalt ift, hängt von ihr ab.

Noch fragt sich, wie die Frage auf Grund des positiven Berfassungsrechtes zu entscheiden ift. Für die Verfassungen der ersten Gruppe haben wir uns schon früher 12) kurz dahin ausgesprochen, daß der Umftand, daß die Bolfsvertretung in Budgetfragen allein enticheidet, die mit bem Grundsage absoluter Gewaltentrennung gemeinte rechtliche Unabhangigfeit in eine rechtliche Abhängigkeit verwandelt. Sinsichtlich ber Frage ber politischen Abhängigkeit bagegen scheiden sich jene Berfassungen. Als Regel gilt auch politische Abhängigkeit der Exekutive. Aber nach der Entwickelung, welche in Folge des ständigen Borhandenseins zweier nabezu gleich starker Barteien die politischen Berhältnisse in den Bereinigten Staaten von Nordamerika genommen haben, kann dorten von einer politischen Abhängigkeit bes Brafibenten vom Rongresse nicht mehr gesprochen werben.

Bie ift die Frage nach ben Verfassungen ber zweiten Gruppe, vorerft also nach der

¹⁾ Bergl. oben S. 229 und S. 286 bei R. 6.

²⁾ S. 286 N. 7.

³⁾ Oben S. 238 nnb S. 286 N. 9. 5) Siehe R. 1-3.

⁴⁾ S. 286 N. 8 und S. 236.

⁶⁾ S. 236 bei R. 6: parceque la puissance exécutrice ne dépendra plus d'elle.
7) Oben S. 246 R. 7.
8) S. 236 R. 4.
9) S. 233 R. 8.
10) S. 236 R. 7.

⁸⁾ S. 236 N. 4. 10) S. 236 N. 7.

^{11) 6. 236 9. 7.}

^{12) 6. 291.}

belgischen Versassung zu entscheiben? Hier ist das rechtliche Novum vorhanden: das Haupt der Exekutive wirkt an der Budgetausstellung rechtlich entscheidend mit. Sein Einspruch hat nicht nur aufschiedende Kraft. Der König der Belgier ist nicht, wie der König von Frankreich nach der Versassung vom 3. Sept. 1791, verpslichtet, seine sanction royale zu erteilen, wenn das Parlament bei seiner Weinung verharrt. Ist diese rechtliche Gleichstellung durch den Sat beseitigt, daß die Steuern nur für ein Jahr bewilligt werden dürsen?

Die Antwort ift nicht zweifelhaft. Sie lautet: jener Rechtsfat läßt die formale, also die rechtliche Gleichstellung unberührt. Die durch ihn geschaffene Abhängigkeit ist nur thatsfächlicher, nur politischer Natur.). Dies ergibt sich aus Folgendem.

Der König hat vier Möglichkeiten, wenn ihm mit Steuerverweigerung gebroht wirb. Entweder dankt er ab oder er läßt die Berwaltung stille stehen oder er führt sie mit Berletzung ber Berfaffungsbeftimmungen über Steuererhebung und Beeresprafeng weiter ober er unterwirft fich ben gestellten Bebingungen. Bon biefen verschiebenen Möglichkeiten icheiben unter gewöhnlich gelagerten Umftanden die zweite und die britte aus. Beide rufen für den Staat, für die Staatsunterthanen die schwersten Rachteile hervor. Das Stillestehen der Berwaltung schäbigt die Anteressen der Unterthanen unmittelbar, der mit der Berlehung der Berfassung ausbrechende Konflitt zwischen Regierung und Bollsvertretung nimmt die beiden letzten so sebr in Unspruch, daß fie mittelbar gehindert sind, ihre Rrafte bem Schute und ber Förberung ber Bollswohlfahrt zuzuwenden. Wenn ein Intereffe Schaben leiden foll, fo kann es nur bas niebrigere, bas Einzelintereffe fein. Das Gesammtintereffe foll burch bie Berfolgung bes Einzelintereffes nicht beeintrachtigt werben. Und fo bleibt nur die Alternative: abbanten ober nachgeben. Das Streben nach Erhaltung ber Ronigsftellung, bemnach ber Selbsterhaltungs= trieb, wird ftarter fein, und fo wird fich ber Ronig ben gestellten Bebingungen unterwerfen. Allein diese Unterwerfung ist nicht der Aussluß eines Gewaltrechtes der Bolksvertretung über ben Konig. Der Konig wird baburd nicht zum rechtlich Untergebenen ber Rammern. Unterwerfung ift wohl bie Folge bes ihnen verliehenen Rechtes unbeschränkter Steuerverweigerung, aber boch nur mittelbar, nicht unmittelbar. Diefes unbeschrantte Steuerverweige= rungsrecht ift nur eine Bebingung, aber nicht die einschneibenbste, die Ursache ber Unterwerfung. Nicht, weil ber Bolfsvertretung biefes umfaffenbe Steuerverweigerungerecht burch bie Rechtsordnung verliehen ift, sondern weil wirtschaftliche Mittel und damit Steuern für die Führung der Staatsgeschäfte das thatsächlich Notwendigste find, also berjenige, welcher dieses thatfächlich Rotwendigste zu verschaffen vermag, dem, der es braucht, beliebige Bedingungen stellen fann a), ift ber Ronig gezwungen, fich zu unterwerfen. Begen ber thatfachlichen Bebeutung ber Steuern für die ftaatliche Geschäftsführung, nicht wegen bes Rechtsfapes, welcher den Rammern bas Steuerbewilligungsrecht verleiht, ober anders ausgebrückt, weil die Bolksvertretung biefes Recht in Folge ber thatfachlichen Bedeutung ber Steuern frei ausuben tann, ift ber Ronig gezwungen, die ihm von den Rammern gestellten Bedingungen anzunehmen. Die Stellung let= terer durch die Rammern sind nicht aus der Erwägung entstanden, wie sie ihr Recht am recht= mäßigsten, sondern, wie sie es am zweckmäßigsten ausübten. Und das Gleiche ergibt sich, wenn wir bas Berhaltnis von ber Seite bes Konigs ber betrachten. Wohl wurde berfelbe zur Unterordnung unter ben Billen bes Barlamentes nicht gelangen, wenn ber Boltsvertretung nicht jenes Recht zustünde, aber unmittelbar ist jene Unterordnung boch bie Folge politischer Erwägung. Der König unterwirft sich, weil es thatsächlich, nicht weil es rechtlich notwendig ift, beswegen, weil er ohne Unterwerfung bie Geschäfte nicht zwedgemäß weiterführen konnte.

¹⁾ Dupriez, Les ministres dans les principaux pays d'Europe et d'Amérique, 3. Aufl., Baris 1892, Bb. 1 S. 210 sagt in biesem Sinne zutreffend, la majorité parlamentaire, la souveraineté réelle....

²⁾ Bepadte Steuerbills. Bergl. S. 302.

Der Berfaffungsrechtsfat ift eine Bedingung, aber nicht die Ursache ber Unterwerfung.

Bürden wir in dem Eingehen auf die von der Boltsvertretung gestellten Bebingungen eine rechtliche Unterordnung erblicken, so mußte das Gleiche im Berhältnisse des gewerhlichen Arbeiters zum gewerblichen Unternehmer der Fall sein. Wegen seiner wirtschaftlich schwächeren Stellung, weil seine Arbeitstraft regelmäßig bie einzige Quelle seines Unterhaltes ift, fieht fich ber Arbeiter gezwungen, auf die Bedingungen des Arbeitgebers einzugeben. Bobl ift bies eine Folge bes Umstandes, daß die Rechtsordnung beiben Teilen freies Bertragsrecht verleibt, b. b. es ihnen grundsählich überläßt, den Inhalt des Arbeitsvertrages zu bestimmen. aber doch nur mittelbar, nicht unmittelbar. Die Bertragsfreiheit ist die Bedingung, aber nicht die Ursache hievon. Die Ursache, die wirksamste Bedingung ist nicht, daß das Geses bem Unternehmer Bertragsfreiheit einräumt, sonbern, daß berfelbe biefe Bertragsfreiheit fraft feiner wirtschaftlichen Ueberlegenheit fo anwenden tann, wie er will. Rechtlich erscheint ber Bertragsschluß unter biesen Bebingungen als ein freier Att bes Arbeiters. Der Arbeiter ift nur wirtschaftlich gezwungen, seine Bertragsfreiheit in bestimmter Beise anzuwenden. Er ift wirtschaftlich abhängig, rechtlich aber frei. Rechtlich frei ist er, weil ohne seine Austimmung das Arbeitsverhältnis nicht zustande kommt. Rechtlich steht er also dem Arbeitgeber aleich= geordnet gegenüber. Ebenso erscheint aber auch bas Eingeben auf die Bedingungen ber Boltsvertretung als Buftimmung eines Unabhangigen. Der Ronig wird baburch, bag er fich ben ibm geftellten Bebingungen unterwirft, nicht Unterthan ber Rammern. Er erfüllt bie Bebingungen nicht fraft eines Befehles. Denn er tonnte auch ohne Rechtsverlegung anders banbeln, indem er die Berwaltung grundfaplich ftillestehen ließe1). Die Billensbefugnis ber Boltsvertretung ift nur thatfächlich, nicht rechtlich bie ftartere.

Noch ist die Frage zu würdigen, ob das Berhältnis rechtlicher Gleichheit und politischer Abhängigkeit vielleicht dadurch eine Aenderung erfährt, daß der König das sich sonst an gesetzlich bestimmtem Termine versammelnde Parlament zu außerordentlichen Sitzungen berusen und innerhalb gesetzlicher Schranken schließen kann. Allein durch dieses Recht über die Rammern wird der König weber rechtlich Herr derselben, noch thatsächlich von seiner Unabhängigkeit von ihnen befreit. Die dadurch entstehende rechtliche Abhängigkeit in einzelnen Richtungen ist thatsächlich zu schwach, um die in ihrer Gesetzgebungsbesugnis begründete Unabhängigkeit der Kammern zu beseitigen. Es wird dadurch eine sormale, aber keine sachliche Abhängigkeit geschaffen. Wie der Minister sormal, aber nicht sachlich vom König abhängig ist, indem er keinem sachlichen Dienstbesehl zu gehorchen braucht, dem er nicht zuzustimmen vermag, so liegt auch hier rechtliche Abhängigkeit nur der äußeren Form, nicht aber dem Inhalte nach vor. Auch bei einer vom Könige berusenen Sitzung entschen die Kammern sachlich unabhängig. Wie die Frage des Auslösungsrechtes zu beurteilen ist, sei aus dem früher²) angegebenen Grunde hier noch nicht berührt.

So ergibt sich also: rechtlich stehen sich die Träger ber verschiedenen Gewalten nach belgischem Rechte gleich. Die vollziehende Staatsfunktion ist wohl der Gesetzebung im obsiektiven Sinne, nicht aber der Träger der vollziehenden Gewalt dem Hauptträger der gesetzebenden unterworsen, denn er ist an der Trägerschaft der objektiv stärkeren Staatsgewalt besteiligt. Dadurch ist verhindert, daß er als Unterthan des Hauptträgers der gesetzebenden Gewalt erscheint. Und ebenso ist der König auch da, wo den Kammern wichtige Berwaltungssfunktionen zukommen, den letzteren rechtlich nicht unterworsen, weil alle diese Akte rechtlich seiner Zustimmung bedürsen. Es ist also rechtlich die Staatsgewalt in subjektivem Sinne wirklich geteilt, geteilt im Sinne einer Verteilung der Staatssunktionen an verschiedene Träger und einer gegenseitigen Beschränkung dieser Träger durch positive und ausdrückliche

¹⁾ Ware er rechtlich gezwungen, so könnte er nicht anbers hanbeln. Vergl. auch Roffi a. a. O. Bb. (1899), S. 171, 185. 2) S. 296.

Mitwirkung ber Träger ber anderen Gewalten in ihrem Birkungskreise. Es liegt eine gemischte Regierungsform, Teilung der Gewalten im Sinne Lode's und Blacktone's vor. Aber nur rechtliche, nicht politische Gleichstellung der Gewaltenträger ist herbeigeführt. Rechtliche Gleichstellung und politische Abhängigkeit sind verbunden, eine Erscheinung, die auch sonst vorstommt. Rechtlich stehen die Ministerkollegen dem Ministerpräsidenten gleich, politisch sind sie der Regel nach von ihm abhängig. Nach seinem Willen geschieht ihre Ernennung und vollzieht sich entlassung. Die Berbindung von formaler Gleichberechtigung und materieller Berschiedenheit der Kräfte ist zwedmäßig, denn sie vermag einigermaßen den sonst zwischen Gleichberechtigten leicht ausbrechenden Kannpf um die Alleinherrschaft in den Hintergrund treten zu lassen. Freilich, nur in den Hintergrund treten zu lassen, wie wir sehen werden, liegt gerade in der thatsächlichen Abhängigkeit des Königs vom Parlamente die Schwäche der parlamentarischen Monarchie. Reine andere Staatsversassung verleitet so viel zu Staatsstreichen, wie das parlamentarische Königtum und die parlamentarische Brössentschaftsrepublik.

Daß es richtig ift, das Berhältnis des Königs zum Parlamente nach belgischem Rechte rechtlich als Gleich-, politisch als Unterordnung zu charakterisieren, wird durch die Ergebnisse bestätigt, zu welchen die Untersuchung einer Spezialfrage führt, welche mit den hier besprochenen Berhältnissen enge zusammenhängt.

Benn die hier aufgestellte Behauptung rechtlicher Gleich- und politischer Unterordnung bes Königs gegenüber bem Parlamente zutreffend ist, so folgt aus ihr, daß der Sat, der König musse abtreten, wenn er sich den Bedingungen nicht fügen wolle, von welchen das Parlament seine Steuerbewilligung abhängig macht, nur ein politischer, nicht ein Rechtsgrundsat des belgischen Verfassungslebens sein kann.

In feiner Berfassung tritt nun ber Gegensat zwischen rechtlicher und politischer Berfaffungeregel, zwischen Normen bes Berfaffungelebens, die fich aus Rechtsvorschriften, und folden, die fich aus thatsachlichen Umftanben ergeben, ftarter bervor, als in ber englifchen. Die Beziehungen der obersten Staatsorgane zu einander sind in England politisch ganz andere als rechtlich. Die englische Staatslehre ift zu klarer Erkenntnis barüber gelangt 1), bag wohl Sate, wie , the king can do no wrong", oder , there is no power in the Crown to dispense with the obligation to obey a law " 3) Rechtssätze find, nicht aber Regeln 3), wie bie, daß ber Ronig Gefegen zustimmen muß, welche die beiben Saufer paffiert haben, und Minifter, welche bas Bertrauen bes Saufes ber Gemeinen verloren, zurudtreten muffen, wenn sie nicht burch einen Appell an das Bolf ein neues, ihre Anschauungen billigendes Unterhaus erhalten 1). Mit Recht fagt Dice po), biefer lette Sat, von welchem ber andere von ber Buftimmungspflicht bes Ronigs ju Gefetesbeichluffen ber beiben Saufer nur eine Ableitung barftellt, wurde nur bann ein Rechtsfat fein, wenn ihn ber Richter anwenden burfte, also er= zwingen könnte. Für ben Richter existiert er aber nicht. Wenn bie erstgenannten Gabe gebrochen werben, fo liegt eine Rechtswidrigfeit vor, wenn die zweitgenannten nicht eingehalten werden, ift bies nicht ber Fall. Die Minister, welche im Amte bleiben, tropbem das neue Saus gegen fie enticheibet, verlegen teinen Berfaffungerechtsfat, und ebensowenig ber Ronig, ber fie im Umte beläßt 6).

Was sind diese Regeln aber positiv? Und hierauf lautet eben die Antwort der englischen Staatslehre: sie sind nicht law of the constitution, weder statute law noch common law,

and practice gebraucht (S. 34).

2) Diceh S. 24.

3) The king must assent to any bill passed by the two houses of Parliament; Diceh S. 25.

4) Diceh S. 376.

5) S. 23, 30, 38, 369.

6) Ebenda S. 347.

¹⁾ Bolle Klarheit besteht seit ben Untersuchungen Dicen's Introduction to the study of the Law of the Constitution; s. aber auch Anson, The Law and Custom of the Constitution, 3. Aust., Oxford 1897, Teil 1. Schon ber Titel beutet hier den Gegensat an; vergl. dazu S. 12, 34. Statt des Gegensates law and custom wird von ihm auch der Gegensat theory and practice gebraucht (S. 34).

2) Dicen S. 24.

nicht Berfassungsrecht, weder gesetzliches noch gewohnheitsmäßiges, sondern Versassung, moralische, ethische Versassungsregeln, Versassungsersahrungen, conventions of the constitution 1), constitutional morality 2), constitutional ethics 3), constitutional understandings 4). Was heißt dies anderes als das, was wir politische im Gegensate zu rechtlichen Grundsähen nannten? Es sind Regeln, die sich nicht aus Rechtsz, sondern aus thatsächlichen Verhältnissen ergeben. Nicht durch Rechtssähe, sondern durch thatsächliche Umstände 3) ist der König gezwungen, den Minister zu entlassen, welchen das neue Parlament nicht unterstützt. Von Rechtswegen könnte er ihn behalten, aber dann könnte er nicht weiter regieren 6). Diese politische Versassungsregel scheidet sich vom Versassungsrechte, wie der Handelsbrauch vom Handelsgewohnheitsrechte.

Die Bebeutung dieses eben stizzierten Wesens der Versassunche ist aber die, daß die durch jene Bräuche außer Uebung gesetzten Rechtsgrundsätze rechtlich nicht ausgehoben sind. Nur thatsächliche Uebung, nicht abänderndes Gewohnheitsrecht steht ihnen gegenüber. Sowie also die thatsächlichen Verhältnisse sin England zu diesen Versassunchensein zweier annähernd gleich großen Parteien wegfällt, welches in England zu diesen Versassunchen geführt hat, somit teine Partei mehr für sich allein die absolute Mehrheit hat, bedarf es nicht erst einer besonderen Wiedereinsührung der alten Rechtsnormen durch Gewohnheitsrecht oder Geseh, sonderen siedereinsührung der alten Rechtsnormen durch Gewohnheitsrecht oder Geseh, sondern sie treten sofort wieder in Uebung. Volltommen zutressend tragen es die englischen Staatsrechtslehrer daher als geltendes Recht vor, daß der König die Minister frei ernennt und entläßt. Juristisch sind sie seine Diener und sie heißen darum auch heute in der offiziellen Sprache noch Her Majesty's servants; nur aus thatsächlichen Gründen wählt sie der König nach dem Willen der Parlamentsmajorität'). Juristisch ist in England heute noch keine par

1) S. 28, 30, 38, 254. 2) 23 ff., 870. 3) S. 876. 4) 367 ff. 5) An son S. 289 sagt für diesen Fall, hier sei constitutional so viel, wie reasonable. Also nicht aus Rechtsgehorsam, aus Bernunft d. h. Klugheit handelt der König so.

7) Dice h S. 314. Ein anderes Beitpiel. Die englischen Rechtslehrer lagen bolltommen richtig, dem König steht es rechtlich frei, einem von beiden Häusern angenommenen Gesetz uzustimmen oder nicht. Diese Freiheit ift nicht juristisch, sondern nur thatsächlich außer Lebung. Rur aus thatsächlichen Gründen macht er seit 1707 von der Besugnis keinen Gedrauch mehr, seine Zustimmung zu verweigern. Die thatsächliche Notwendigkeit zwang ihn dazu (Anson S. 34 und 301). — Auch Brice Bd. 1 S. 280 N. 1 sagt bezüglich der Abhängigkeit des Ministeriums vom Parlamente, dieser Grundsas habe no formally legal recognition d. h. keine rechtsörmliche Anerstennung, dut is merely usage. Legal ist — wir werden das noch später sehen — keineswegs gesetzlich im Gegensabe zu gewohnheitsrechtlich, sondern rechtlich im Gegensabe zu thatsächlich gedräuchzlich, law im Gegensabe zu custom.

⁶⁾ Dic ey gibt freilich eine andere Begündbung. Was das Wesen dieser politischen Berfassungsregeln angeht, hat er allerdings dieselbe Ansicht. Er wird nicht müde, zu erklären, daß diese Sätz kein law sind. Aber er behauptet trozdem, ihre verbindliche Kraft leite sich nicht aus thatsächlichen Berhältnissen, aus politischer Notwendigkeit, sondern aus Rechtssätzen ab. Sie seien zwar nicht law, aber sie hätten the korce of law, dies deshald, weil die Richtbeachtung des Satzs, daß der Minister zurücktreten müsse, wenn er nicht den Beisald des wiedergewählten Untersausse sinde, nur unter Rechtsverletzung möglich sei. Sin solcher Minister vermöge die Seschälten uur unter Begehung von Rechtsdrüchen weiter zu führen. Denn bald komme der Augenblick, wo der mutiny und appropriation act d. h. die Gesetz über Heeresorganisation und Heeresdisziplin und über Staatsausgaben, die immer für ein Jahr gelten, zu erneuern seien, dieselben würden dem Minister aber dann verweigert und so könne er dann nicht weiter regieren, denn mit diesen Gesetzen Fehle ihm die gesetliche Grundlage für die Haltung des Heeres und für die Berausgadung der Gelder zu Staatszweigen. Auch die Ordnung lasse sich nicht mehr aufrechterhalten, denn Ungehorsam gegen das Heer sei dann kein Berbrechen mehr, weil das Heer aufrechterhalten, denn Ungehorsam gegen das Heer sei dann kein Berbrechen mehr, weil das Heer sufrechterhalten, denn Ungehorsam gegen das Heer sei dann kein Berbrechen mehr, weil das Heer sein versassungsmäßiges mehr sei, sondern nur unter Berletzung der Versassung weiter bestände. Und so lasse sich sach dagen: the obligatory force of constitutional morality is derived from the law itself (S. 369, 373, 377). Alsein diese Ausgassung der Beste zu für ein Jahr gelten, sondern die aus dem Richtsordesen dieser Seihe der Gebe, mutiny und appropriation act, selbst und nicht der Sach, das diese Seie eur für ein Jahr gelten, sondern die Ausgehen nicht hiefe Beste, den anderes Beispiel. Die englischen Rechtslehrer sagen dollten Pathischen Beispielen weich

lamentarische Monarchie, sondern nur politisch. Rechtlich sind die Minister Diener des Königs, politisch solche des Parlamentes. Bolitisch, aber nicht rechtlich herrscht Parlamentsregierung, d. h. Ausübung des Berwaltungsermessens nach den Wünschen der Boltsvertretung. Mit dem Wegsallen der politischen Abhängigkeit des Königs vom Parlamente entsallen auch alle Folgerungen hieraus, z. B., daß die Minister Mitglieder des Unterhauses sein müssen. M. a. W. wir sagen: nur politisch betrachtet, liegt eine Gewalt des Parlamentes über die Regierung vor; juristisch betrachtet, ist die Steuerverweigerung Selbsthilse des Gleichstehenden, nicht Zwangsgewalt eines Höheren. Rechtliche Gewalt des Parlamentes läge vor, wenn dasselbe dem Könige Befehle erteilen könnte. In Wirklichseit untersteht der König dem Parlamente aber nur, weil ihn thatsächliche Umstände hindern, von seiner freien Willensbestimmung gegenzüber dem Parlamente Gebrauch zu machen. In den Bereinigten Staaten sehlen diese thatsächlichen Umstände und damit auch die Regierungsführung nach dem Willen des Parlamentes, des gouvernement parlamentaire. Der Präsident der Vereinigten Staaten ist politisch unsabhängig.

§ 78. Die revräsentative Demokratie Frankreichs und Englands. Dies Bild, welches wir von dem Befen der repräsentativen Demokratien der zweiten Gruppe zu entwerfen haben, ware unvollständig, wenn wir uns auf die Darlegung ber Pringipien ber belgischen Berfaffung beschränten wurben. Rur um junachft ben Thous berfelben tennen ju lernen, haben wir bisher lediglich vom belgischen Rechte gesprochen. Bur Erganzung ber hieburch gewonnenen Borftellung find noch andere repräsentative Demofratien zu betrachten, vor Allem solche, in welchen das Prinzip der politischen Abhängigkeit der Exekutive nicht, wie in der belgifchen Berfaffungsurfunde, bereits gesehlich vorgebilbet mar, fonbern fich erft im Bege ber Staatspraxis entwidelte. Ein gutes Beispiel hiefür bietet die gegenwärtige Berfassung Fra n treichs: biefelbe bilbet bas gerade Gegenteil jur Berfaffung Belgiens. In ben brei grundlegenden frangofischen Berfaffungsgesehen vom Jahre 1875 fehlt nicht nur ber Sat, baß Steuern nur für je ein Jahr bewilligt werden burfen, sondern sogar ber ausbrudliche Rechtsfat, bag bas Budget ber Mitwirtung ber Rammern beburfe und jahrlich zu votieren fei. Die einzige gesetliche Bestimmung über bie bier einschlägigen Fragen ift Art. 8 bes Gesetes vom 24. Febr. 1875 über die Organisation bes Senates: Toutefois, les lois de finances doivent être, en premier lieu, présentées à la chambre des députés et votées par elle.

Allein baraus folgt noch nicht, daß das Budget auch ohne die Stände und für länger als ein Jahr ausgestellt werden könnte. Nach Art. 1 des Geseyes vom 16. Juli 1875 über die gegenseitigen Beziehungen der öffentlichen Gewalten "müssen" die beiden Kammern jedes Jahr mindestens sünf Monate versammelt sein. Dies hat verschiedene Gründe. Einmal den, daß die Exelutive nicht zu selbständig werde. Ist letztere lange der thatsächlichen Kontrolle des Parlaments entrückt, so gewinnt sie an thatsächlicher, die Unabhängigkeit des gesetzebenden Körpers gesährdender Selbständigkeit. Der gesetzebende Körper muß im Interesse seiner Freiheit eine gewisse Permanenz haben. Ein anderer Grund ist aber, daß das Budget jährlich und zwar unter der Mitwirtung der Bolksvertretung vereinbart werden soll. Zwar ist dies nicht der erste Grund, denn sonst könnte als der gesetzliche Tag des Sessionsbeginnes nicht der zweite Dienstag des Monats Januar vorgeschrieben sein, aber wohl der zweite. Fünf Monate Sessionsdauer wären nicht erforderlich, wenn lediglich die Kontrolle über die Regierung und die eigentliche Gesetzung geübt werden sollte. Jene Kontrolle ist doch hauptsächlich mit der Budgetberatung verbunden. Thatsächlich solgt alljährlich auch der ordentlichen Session, die gegen Ende Juli geschlossen wird, immer eine außerordentliche Ansangs November, welche der Prä-

¹⁾ Daher hat der Kongreß ihm gegenüber bepackte Gelbbills nicht durchzusehen vermocht. Es gilt: an appropriation-bill shall not carry any new legislation. Brhce Bb. 1 S. 214.

fibent beruft 1). Hier erst psiegt das Budget zum Abschlusse zu gelangen. Man darf somit aus ber angezogenen Berfassungsbestimmung folgern, daß auch nach französischem Rechte ber Etat jährlich und zwar unter Mitwirkung der Kammern beschlossen werden muß. Die französischen Schriststeller sind darüber ohne allen Zweifel²).

Aber lediglich ber Etat muß jährlich festgeftellt werben. Daß Steuern nur für ein Jahr follten bewilligt werben, b. b. Steuerbegrundungegefete nur für biefen Reitraum ergeben bürften, ift bamit nicht gefagt. Und hierin liegt ein wichtiger Unterschied gegenüber bem belgischen Recht. Die Rammern können aus politischen Grunben die Steuer blos für ein Jahr bewilligen ber Brafibent hat nur ein aufschiebenbes Beto -, aber fie find auch zur Steuerbegrundung auf langere und auf unbestimmte Beit befugt 3). Selbstverständlich folgt hieraus, daß fich bie Rammern auch binfictlich ber Ausgaben für langere und für unbestimmte Reit binden konnen . Die Hauvtfrage ist, ob aus bieser Bewilliaung von Steuern und Ausgaben für längere ober unbestimmte Beit eine Berechtigung ber Regierung folgt, bie betreffenben Ginnahmen unb Ausgaben auch dann zu machen, wenn ein Statsgesetz nicht zu stande kommt. Sin ausdrücklicher Sat, ber fagen wurde, Ginnahmen und Ausgaben burfen nur auf Grund bes Budgetgefetes bethätigt werben, fehlt. Bon ber frangofischen Staatsrechtslehre wird bies auch anertannt, aber tropbem behauptet, es folge eine solche Bindung indirekt daraus, daß seit 1816 jedes französische Bubgetgefet am Ende den Artitel enthalte: toutes contributions directes et indirectes autres que celles qui sont autorisées par la loi de finances de l'exercice 1899 . . . sont formellement interdites ⁵). Allein bieraus ergibt sich boch lediglich, daß dies der Kall ist, wenn ein Budgetgefet gur Bereinbarung gelangt, nicht aber, wenn feine Bereinbarung miglingt. Bare diese Bindung der Regierung auch ohne Budgetgesetz gegeben, so brauchte sie nicht jedes= mal besonbers aufgestellt zu werben. Und bann hat ja selbst die aufgestellte Bindung ben Charafter einer Bindung lediglich im Berhältniffe der Regierung zur Bolksvertretung, nicht in ihrem Berhältnisse nach Außen, zu Schulbnern und Gläubigern des Staates. Die Regierung kann nach Außen die Bereinnahmung und Berausgabung der Staatsgelder mit rechtswirkender Rraft auch anbers bethätigen, als es dem Budgetgesetze entspricht. Die betreffenden Regierungs= atte find barum nicht ungiltig, wenn fie fich auf organische Gesetze ftuben; benn biese vermag bas Budgetgesets als ein nur für furze Reit geltenber staatlicher Willensatt auch nach frangöfischem Rechte 6) nicht zu andern. Abweichungen vom Budgetgesetze begrunden lediglich eine Berantwortung gegenüber dem Barlamente. Rommt tein Budgetgesetz zu ftande, so entfällt auch biefe Berantwortung. Es bleibt lediglich bie allgemeine Berantwortung für Durchführung ber Befete.

Die damit dokumentierte Unabhängigkeit der organischen Gesetze von dem Vorhandensein und von den Bestimmungen des Budgetgesetzes hat für die Regierung nicht blos Bedeutung, wenn sie, wie in Belgien, an der Aufstellung des Etats in rechtlicher Hinsicht entscheidend besteiligt ist, sondern auch, wenn, wie dies in Frankreich der Fall ist, die Kammern allein die rechts

¹⁾ Esmein S. 512. 2) Esmein S. 512, 708, 709; Sauriou S. 543, 545.

³⁾ Zustimmend Esmein S. 708.
4) Solche Gesetze find z. B. bezüglich ber Staatsbienerbesolbungen vorhanden; Esmein 5) Esmein S. 706 N. 4.

⁵⁾ Es mein S. 708 A.

6) Bergl. S. 300 N. 1. In ber parlamentarischen Prazis besteht allerdings in Folge des Bewußtseins politischer Uebermacht die Neigung, dies gegenüber der Regierung nicht anzuerkennen. Dies bestätigt, daß man es für nötig hielt, dei der Fessischung der Friedenspräsenzstärte auf längere Zeit in das detressend Geset (vom 13. Mai 1875) die ausdrückliche Bestimmung aufzunehmen: L'essectif normal du pied de paix . . . sert de dass aux évaluations duchgétaires annuelles et ne peut être modissé que par une loi spéciale indépendante des lois de sinances. Aus Nationalgefühl verstand man sich zu einer Ausnahme. Sonst ist es nahezu Regel geworden, mittels der Bubgetansätze Umgestaltung wichtigster materiell gesehlicher Einrichtungen vorzunehmen.

5. oben S. 302 N. 2 und Es m ein S. 712.

lich entscheidenden Kaktoren der Budgetaufstellung sind. Denn die Bindung des Etatsrechtes ber Rammern hat boch nicht blos und nicht in erster Linie Bedeutung für die Frage ber Aufstellung des Etats, sondern auch und zwar vor Allem für die Durchführung des Etats, für die Birtichaftsführung. Diese liegt immer in ber hand ber Exetutive. Daraus murbe also folgen, daß der frangöfische Prafident die auf organischen Befegen beruhenden Ginnahmen und Ausgaben auch bann machen tonnte, wenn bas Barlament biefelben im Etat geftriden batte. Und bierin wurde eine verhaltnismäßige Unabbangigfeit bes Brafibenten von bem Barlamente liegen. Allein der Brafident ift thatfachlich an der Ausübung diefes Rechtes gehindert. Er befindet fich in berfelben politischen Abhängigkeit vom Barlamente, wie ber König ber Belgier. Denn die Rammern find ja jederzeit in ber Lage, diese organischen Gesets gesonbert zu beseitigen. An ber Gesetgebung ift ber Brafibent nicht in entscheibenber Beise beteiligt. Er hat nur aufschiebendes Beto und bei ber hierauf pflichtmäßig ftattfindenden neuen Beratung im Barlamente ist nicht, wie in ben Bereinigten Staaten, Aweibrittelmajorität geforbert. Es genügt einfache. Die Rammern können bem Brafibenten fomit die Regierung unmöglich machen, fo bag er vor die politifche Frage gestellt ift, jurudjutreten ober fich ju fugen. Seine politische Abbängigleit ist baburch entschieben. Der Bräsibent ist nicht rechtlich, aber er ist thatsächlich absethar 1). Er kann politisch zur Abbankung gezwungen werden. Es herrscht in Frankreich parlamentarifche Regierungsweise: ber Trager ber gesetzebenden Gewalt ift es nicht rechtlich, aber thatfächlich, welcher die Minister ernennt und entläßt 2).

Das thatfächliche Ergebnis ist somit das gleiche, wie in Belgien. Rur ift in Frankreich ber Grund ein anderer. In Belgien ift politische Abhängigkeit der Exekutive gegeben, weil die Versassung den ausdrücklichen Sat enthält, daß Steuerbegründungsgesetze nur für ein Jahr ergehen dürsen; hier ergibt sie sich aus der freien Stellung des Parlamentes in der Gesetzgebung. Beil das Parlament in der Gesetzgebung durch entscheidendes Mitwirkungsrecht des Präsidenten nicht gehindert ist, kann es alle organischen Gesetz beseitigen und demgemäß das rechtlich durchsühren, was ihr die politische Klugheit, das Streben, die Regierung nicht stark werden zu lassen, gebietet, die Schaffung nur kurzschistiger Einnahmes und Ausgabegesetze. Noch deutlicher als im belgischen Rechte zeigt sich bier, daß die Abhängigkeit der Exekutive nur eine politische ist. Denn die Abhängigkeit beruht lediglich auf kluger Ausübung des Gesetzgebungsrechtes, die ihr dadurch ermöglicht ist, daß der Präsident nur ein ausschwendes Veto hat. Sollte die Parteizersplitterung Frankreichs zunehmen und es dadurch unmöglich werden, daß Eine Partei allein über die absolute Mehrheit verfügt, dann würde die politische Abhängigsteit des Präsidenten sich bald erheblich mindern und nach und nach ausspören 3).

Am reinsten tritt die lediglich politische Natur der Abhängigkeit des Trägers der Exetutive im englischen Staatsrecht hervor. Hier beruht die ganze Entwickelung noch vielmehr als im gegenwärtigen Frankreich auf politischer Praxis. Dieselbe zeigt uns zugleich die historischen Gründe der Umbildung von ständischen Monarchien in repräsentative Demokratien mit parlamentarischer Regierungsweise.

Die Entwickelung geht wohl auch in England von einer gesetzlichen Bestimmung aus, aber die ganze Entwickelung selbst ist eine rein thatsächliche. Die Bestimmung, von welcher sie ihren Ansang nimmt, ist der Sat der Bill of Rights von 1688, that the levying money for or to the use of the Crown by pretence of prerogative, without grant of Parliament, for longer time or in other manner than the same is or shall be granted, is illegal'). Die Ausseugung von Steuern ohne Bewilligung durch das Parlament ist rechtsewidzig. Es ist dies nicht das erste Geset, welches eine Mitwirkung der Stände bei Erhebung

¹⁾ Siehe auch Dicen S. 418: Still the President in reality dismissible by the legislature.
2) Ebenda S. 412.
3) Bergl. Dupriez Bb. 2 S. 365.
4) Unfon Bb. 1 S. 329.

von Abgaben ausspricht¹), aber boch bas erste Geset, welches diese Mitwirkung ganz allgemein b. h. für alle Abgaben²) statuiert und erst seitdem ist dieser Sat in ununterbrochener Geltung. Jedoch wäre es salsch, diesen Sat dahin zu verstehen, als seien es rechtlich das Haus der Lords und der Gemeinen allein, welche die Abgaben bewilligen. Die Bill of rights bestreitet nur eine Prärogative d. h. ein alleiniges Steueraussegungsrecht der Krone, nicht auch ihr Mitwirkungsrecht. Wie schon früher⁸) bemerkt, ist Parliament in der englischen Rechtssprache König und die beiden Häuser zusammen. Dem entspricht auch die Fassung, in welcher die Krone seit dem 18. Jahrhundert dem Parlament ihre Zustimmung zu einer Money-bill durch den Clerk of the Parliament erklärt: La Reyne remercie ses bons sujets, accepte leur benevolence et ainsi le veult⁴).

Aus diefer Fassung geht aber andererseits hervor, daß die Teilnahme des Königs und ber Stände an der Gesetgebung sich gleichwertig find. Und hiemit stimmt wieder die noch heute übliche Formulierung des Einganges 5) jedes Gesetes überein, benn nach ihr ergeht die Bestimmung durch ben von Beirat und Bustimmung der Lords und der Gemeinen unterstützten König und durch die Autorität dieser beiden, um es in der Sprache der englischen Staatslehre auszusprechen, durch ben King in parliament, d. h. König mit Beirat und Bustimmung ber Stande, und die Lords and Commons 6). Schon seit Heinrich VI (1422—1431) ergeht ber Gefehesbefehl nicht mehr allein vom Ronig, sondern ift feine Mitwirtung nur ein assent, also nur ein Halbteil am Erlaffe bes Gefetesbefehles?). Benn biefe Halbierung bes Gefetgebungsrechtes zwischen bem an die Mitwirfung ber Stande gebundenen Ronig und ben Standen noch heute üblich ift, so ift bies ber ftartfte Beweis bafur, baß, falls ber Ronig heute bie Gefete thatsaclich nicht mehr mit erläßt, sondern dem zustimmen muß, was die Stände beschließen, biefe Beranderung nur eine folde thatfachlicher Art fein tann und ebenfo die durch diefe Beränderung dolumentierte Abhängigleit des Königs vom Barlamente. Hierüber ist auch lein Zweisel. Die genannte Abhängigleit gründet sich nach der allgemeinen Anschauung fortgeschrittener eng= lischer Staatslehre auf custom, nicht auf law 8) und zwar führt sie auf die Thatsache zurud, baß seit 1689 zwei nahezu gleich große Parteien im Parlament abwechseln, ber König sich also immer einem geschloffenen Begner gegenüber fieht.

Bon wann an besteht nun aber diese thatsächliche Abhängigkeit? Dies führt uns auf die Frage nach den Gründen, welche diese thatsächliche Lage schusen. Auch dies läßt sich genau seststenen. Seit dem Ende der Regierung der Königin Anna (1702—1714) ist diese neben rechtlicher Gleichheit bestehende politische Ubhängigkeit sest begründet. Das Steuerbewilligungsrecht hat seine historische Wurzel überall, so auch in England, in der Unzureichendheit der Einnahmen der Staatsbomänen für die Staatsbedürsnisse, insbesondere für Kriegszwecke. Man könnte benken, der Fürst hätte dann den Unterthanen seiner hoheitlichen Gewalt Abgaben auferlegt.

2) Früher bezog sie sich auf tallages or aids, noch nicht auf indirette Steuern; jest auf money schlechthin.

¹⁾ Erstes Geset die confirmatio Chartarum von 1297; vergl. Anson Bb. 1 S. 325, 17, 234, 266; daselbst S. 320 ff. über die geschichtliche Entwickelung im Allgemeinen.

³⁾ S. 188.
4) Anfon S. 301.
5) Gr lautet: Be it enacted by the Queen's most excellent Majesty, by and with the advice and consent of the Lords Spiritual and Temporal, and Commons, in this present Parliament assembled, and by the authority of the same, as follows; vergl. Anfon Bb. 1 S. 34: Legislation is effected by the Crown in Parliament, it is

⁶⁾ Anfon Bb. 1 S. 34: Legislation is effected by the Crown in Parliament, it is the Queen who makes laws with the assent of Lords and Commons, and by the authority of the same. Dagegen stimmt es mit bem Bortsaute bes in N. 5 zitierten Eingangs nicht überein, wenn Anfon S. 43 sagt, ber König allein erlasse rechtlich die Gesetz und die Stände stimmten nur zu.

nur zu.
7) Unter Heinrich VI (1431) erscheint an Stelle bes Zusatzes, daß der Erlaß at the request of the Commons erfolge, die Bendung dy the authority of Parliament; vergl. Anson S. 241.
8) S. 310 R. 1 und S. 311 R. 7.

Dazu fehlt ihm aber im Feudalstaate die Macht. In seinen Kriegen hatte er der Unterstützung ber Unterthanen bedurft; fie mußten bafür belohnt werden. Das bezentralisierte Staatswesen bes Feubalismus und bamit politisch fraftige Unterthanen in ben Grundherrn find die Folge. Un bem Biberftanbe biefer Großen icheitert bie thatfachlich versuchte Auferlegung. Die Steuer wird nicht erhoben, fondern von bem Grundherrn geschentt. Reine Steuerbewilligungspflicht, sondern nur ein Steuerbewilligungerecht mar gegeben. Und mittelft bieses Rechtes murbe auch eine in ber Baffallität liegende Bflicht zum Rechte. Bisber bestand eine Berpflichtung der Unterthanen, ben Fürsten in politischen Dingen zu beraten. Mittelft bes Steuerbewilligungsrechtes wurde hieraus eine Befugnis. Aus ber Bitte um ein Gefet wurde eine Gefetesinitiative. Ruerst fleibeten bie Gemeinen ihre Gesetsbitte in einen Gesetsborfclag 14291). Bie fcon oben bemerkt, find feit bem Enbe ber Regierungszeit Seinrichs VI. bie beiben Saufer bem König gleichberechtigte Fattoren ber Gesetzgebung. Die Beiterentwickelung knupft an die Revolution Cromwell's an. Cromwell's herrichaft war thatfachlich eine herrichaft ohne Barlament. Nicht bas Barlament, sondern bas beer war ber Stuppuntt feiner Macht. Die Restauration feste gwar bas Parlament wieber ein; burch bas Barlament wurden bie Stuarts zurudberufen. Aber ber Absolutismus Cromwell's wirfte nach, er erzeugte auch absolutistische Reigungen ber Fürsten und biese führten zu einer Steigerung ber Macht ber Stände. Rarl II. (1660-85) verwendete bie ihm vom Barlamente bewilligten Gelber in gewiffenlofer Beife, Jatob II. (1685—88) ftrebte nach völliger Beseitigung des Parlamentes. Schon unter Karl II. fette fich basfelbe gur Behr. Es bewilligte bie Gelber nicht mehr gu bistretionarer, fonbern zu von ihm bestimmter Berwendung. Es versah die Gelbbewilligungen mit Appropriationen (Bu= eignungen). Und um fich fein Mitwirfungsrecht ju fichern, bewilligte es feit bem Sturge Jatobs II. die Steuern nicht nur blos für beftimmte Zwede, fondern auch nur für turge Zeit. Seine jährliche Einberufung und badurch bie Möglichkeit, fich an ben Staatsgeschäften zu beteiligen, war baburch garantiert. Die Fortsetung bieser Magregel burch 20 Jahre begründete bas politifche Uebergewicht bes Barlamentes über bas Rönigtum. Gegen bas Ende ber Regierung ber Ronigin Anna (1714) war es erreicht. Und wie fest es begründet war, zeigt nichts mehr als ber Umftand, bag bas Barlament, seiner Macht sicher, von ba an wieber begann, Steuern und Ausgaben für langere, fogar für unbeftimmte Reit zu bewilligen. Darin tommt zum Ausbrude, daß bas Parlament die Steuern= und Ausgabenbewilligung nun fo übte, wie es einer gefunden Finanzpolitit entsprach. Diese erfordert vor Allem ruhige Entwidelung. Borber hatten die Stände ihr Steuerbewilligungsrecht als ein Machtmittel gehandhabt : es biente bazu, fich ber herricaft über ben Ronig ju bemächtigen, nur wurde es als eine finangpolitifche Dagregel, als ein Mittel, ber Staatswohlfahrt zu dienen, geubt. Nicht mehr bem Konig, sonbern bem Staatsintereffe, ben Unterthanen wurden bie Steuern und Ausgaben bewilligt. Diefer Gebanke konnte fich bei ber Fortbauer und ber Zunahme bes Uebergewichtes bes Parlamentes fogar zu ber weitgebenden Selbstzucht entwideln, daß in dem hause der Gemeinen, in dem ja allein eine Gingelvotierung ber Bewilligungsgesete stattfindet, tein Brivatmitglied, sonbern nur ein Minifter bie Ginsebung bestimmter neuer ober die Erhöhung von den Ministern auf ben Etat gebrachter Bosten beantragen tann. Das einzelne Mitglied hat nur die Möglichkeit, eine Resolution vorzuschlagen und durchzubringen, daß für biefen ober jenen Zwed Ausgaben nublich feien, aber eine bestimmte Summe fur biese Zwede tann nur ein Minister forbern 2). Budgetantrage vermögen nur von der Krone auszugeben 3). Das haus selbst hat auf Aus-

¹⁾ Anfon S. 241 f.

²⁾ In England und ben Bereinigten Staaten find Einnahmen- und Ausgabenbewilligung nicht in Einem Gesetz zusammengesaßt, sogar die Ausgaben werden durch verschiedene Gesetz (Appropriation-bills) bewilligt, wenn diese auch in England schließlich noch in einer Afte zusammengefaßt werden.

³⁾ Der Gebanke, bag bie Aufstellung bes Bubgets vor allem von Rudfichten auf bas Ge=

übung feines Initiativrechtes verzichtet 1).

Selbstverständlich konnte dieser Verzicht nicht früher eintreten, als es seste lebung geworden, daß das Ministerium vollständig von dem Willen der Majorität abhängig sei, denn erst, wenn die Regel sest begründet war, daß der Führer der herrschenden Partei auch die Leitung des Ministeriums innehabe, war es dem Parlamente möglich, ohne von seinen Rechten etwas zu gefährden, den Sah aufzustellen, daß in Finanzfragen nur die Minister Antragsdesugnis hätten. Aber auch dann bedeutet dieser Sah noch ein so großes Waß politischer Einsicht, daß er erst längere Zeit nach Ausbildung der seine Boraussehung darstellenden Regel entstehen konnte, daß die Minister aus der Parlamentsmehrheit zu entnehmen seien. Diese Regel war am Ausgange des ersten Drittels dieses Jahrhunderts, mit der Wahlrechtsresorm des Jahres 1832, sestbegründet. Der Sah, daß Geld nur auf Antrag des Ministeriums (on recommandation from the crown) bewiligt werden dürse, wurde vom Unterhaus erst 1866 aufgestellt²).

§ 79. Die rectlich-volitische Bedeutung des Kammerauflösungsrectes in der reprafentativen Demofratie. Alle bisherigen Beispiele von reprafentativen Demofratien mit einer Ausnahme, ben Bereinigten Staaten, zeigen uns die mindeftens politische Abhangigkeit ber Exelutive von ber Legislative. Es muß auf den ersten Blid auffallen, wenn in biesen Staaten tropbem noch jum Teil bas Recht ber Eretutive zur Auflösung bes Parlamentes befteht. Es find bie Berfaffungen ber zweiten Gruppe, wo biefes Auflojungsrecht noch vortommt. Nach der belgischen Berfassung Art. 71 hat der König das Recht, beide Kammern und zwar entweder zusammen oder eine allein aufzulösen. Nach bem französischen Gefet vom 25. Febr. 1875 Art. 5 kann ber Bräsibent mit Rustimmung bes Senats die Auflösung der Deputiertenkammer bethätigen. Und ebenso steht in England das Recht der Krone zur Auflösung des Unterhauses noch in rechtlicher Geltung. Gerade hier, wo die Berfaffung fo vielfach im Bege der lebuna geanbert wurde, follte man meinen, ware bies Auflösungsrecht ber Rrone als mit ber Bormacht bes Barlamentes unverträglich rechtlich beseitigt ober wenigstens thatsächlich außer Anwendung gefest. Statt beffen finden wir es gerade in England nicht nur in rechtlicher Geltung, sonbern auch in thatsachlicher Uebung 3). Wie verträgt sich bies Auflösungsrecht und seine Anwendung mit der politischen Ueberordnung des Barlamentes über die Erekutive, die wir bisher für England, aber auch für Belgien und Frankreich tonftatiert haben?

In der That ist diese Ueberordnung des Parlamentes über die Exekutive durch die Aufslösungsbesugnis der letzteren gemindert, aber doch nicht in dem Maße, daß gesagt werden könnte, die politische Abhängigkeit der Exekutivgewalt von der Legislative sei dadurch beseitigt. Die Auslösungsbesugnis läßt sich im gegebenen Falle von der Regierung politisch nur einmal anwenden. Rehrt eine Rammer gleicher Zusammensetzung zurück, so ist die Regierung politisch genötigt, sich zu unterwersen. Die Auslösung hat demnach im Verhältnisse von Parlament und Regierung nur die Wirkung eines Suspensivvetos. Schließlich entscheibet doch der Wille des Barlamentes.

Der politische Schwerpunkt liegt wo anders. Er betrifft das Berhältnis des Parlamentes zur Wählerschaft und der beiden Abteilungen des Parlamentes zu einander. Infolge des Auf- lösungsrechtes der Krone ift das Ministerium nicht mehr schlechthin dem Willen der Bolks-

1) Daß alle diese eine Selbstzucht des Parlamentes darstellenden Regeln nicht Rechts-, sondern politische Gebrauchssätze sind, bergessen die Schriftfteller des englischen Berfassungsrechtes nicht hervorzuheben. Bergl. Anfon S. 269.

2) Bergl. Esmein S. 722; Anson S. 268.

8) Zulett 1886; vergl. Anfon S. 293.

sammtinteresse getragen sein soll, kommt barin insoferne zum Ausbruck, als auf biese Weise bem Streben ber Abgeordneten, für die von ihnen vertretenen Wahlkreise ober Interessentengruppen bessonbere Willigungen zu erhalten, und den zur besseren Erreichung dies Zweckes leicht möglichen Abmachungen auf Gegenseitigkeit der Boden entzogen und so das Budget vor Belastung mit Ausgaben für Sonders und für Lokalinteressen bewahrt wird, welche dem allgemeinen Staatsbedürfnisse nicht entsprechen. Vergl. An son Bd. 1 S. 269; Esmein S. 722; Brhce Bd. 1 S. 175.

vertretung, sondern nur dem durch den Willen des Volkes unterstützten Willen derselben, also nicht mehr dem Parlaments, sondern dem Bolkswillen unterworsen. Das Auflösungsrecht erhöht die politische Kraft des Volkes, der Wähler gegenüber dem Parlamente.). Und dann stellt es, wenn nicht besondere Gegenvorschriften getroffen sind, die politisch größere Nacht der aus direkter Volkswahl hervorgehenden zweiten Kammer gegenüber der erblich oder durch ins direkte Volkswahl zusammengesehten ersten Rammer sicher. Das Auflösungsrecht der Exelutive dient demnach nicht sowohl einer Stärtung der Stellung der Regierung, als vielmehr der Erhöhung des politischen Einflusses der Wählerschaft gegenüber dem Parlamente und der Sichersstellung des politischen Uebergewichtes der zweiten über die erste Kammer.

Die Erhöhung des Ginflusses ber Bähler hat besondere Bebeutung, wo, wie in England und im gegenwärtigen Frantreich, bas Bringip ber Bollssouveranität nicht zum geltenben Rechtspringipe erhoben ift. In Belgien besteht Bollssouveranität gesehlich. Art. 25 ber Berfassung sagt ausbrücklich: tous les pouvoirs émanent de la nation. Aber für England befteht, wie icon fruber2) bemertt, zweifellos teine Boltsfouveranitat im Rechtsfinne. 3m Rechts= finne bilben ber Rönig und die beiden Saufer jusammen ben Trager ber Souveranitat. Eben= jo fehlt für die rein juriftische Betrachtung ber Dinge auch bem gegenwärtigen Berfaffungs= rechte Frankreichs bie Bolkssouveranitat als Rechtspringips). Um so mehr hat es für Eng= land und Frankreich Bedeutung, Die politische Bolkssouveranität zu fichern. Diefe ift für Frankreich nicht zu bestreiten. Beibe Rammern geben aus Boltswahlen bervor, die eine aus biretten, die andere aus indiretten. Aber auch in England hat fich die politische Bollssouveranität infolge verschiebener Bahlrechtserweiterungen ausgebilbet. Die Bahlrechtsreform von 1832 erhöhte bie gahl ber Babler auf eine Million; bie Reform von 1867 fügte weitere 200 000 Wahlberechtigte hinzu; und die Reformbill von 1885 erhöhte die Wählerzahl fogar um 21/2 Millionen. Notwendig mußte durch diese Demokratisierung des Bahlrechtes der politische Ginfluß bes Boltes steigen und bas Ministerium so öfter in der Lage sein, zu einer Auflösung des Hauses der Gemeinen zu schreiten, wenn es glaubte, daß die Anschauungen besselben nicht mit

¹⁾ Bergl. Es mein S. 98.

2) S, 188.

3) Das Prinzip ber Bolkssoweränität ist in den französischen Berfassungsgesetzen weder direkt ausgesprochen noch indirekt anerkannt. Brie, Die gegenwärtige Berfassung Frankreichs in der Breslauer Festschrift für Eneist, Breslau 1888, dehauptet das Gegenteil. Indirekt sei es in den Verfassungsgesetzen von 1875 dadurch anerkannt, daß sie dem Prässidenten den Titel "Président de la République" verliehen, direkt in dem Verfassungsgesetze vom 14. Aug. 1884, wenn dasselbe ausspreche, la sorme républicaine du gouvernement ne peut faire l'objet d'une proposition de révision. Allein sowohl durch die eine wie durch die andere Bestimmung ist nur ausgeschossischen, daß Träger der Staatsgewalt oder der Excetutive eine Einzelpersönlichkeit mit den äußeren Ehren eines Monarchen werde. Daß der nichtmonarchische Staat gerade Volksrepublik, Träger der Staatsgewalt das ganze Volk sein muß, ist damit nicht gesagt. Dagegen ergibt sich aus dem Geset vom 25. Febr. 1875, daß die Nationalversammlung Träger der Staatsgewalt ist, denn nach Art. 8 diese Gesetzs sieht ihr die verfassungsändernde, also die höchste Staatsgewalt zu (auch Ducrocq Bb. 1 S. 51). Wer die révision des lois constitutionnelles beschließen kann, hat le pouvoir constituant. Und zwar hat die Nationalversammlung diese Gewalt zu eigenem Rechte. Daß sie blos im Namen des Bolkes auszuüben sei, ist nicht gesagt. Und im Namen der Rammern ist die Nationalversammlung auch nicht shätig. Der Beschlüße der Rammern, qu'il y a lieu de réviser les lois constitutionelles, ist nur eine Bedingung ihrer Thätigkeit. Darüber, ob die Revision eine totale oder eine partielle sein soll, bestimmt nach der Verfassung die Arthonalversammlung der Verfassung der Rechtling der Rammern beziehen sich nach der Retassamlung wird der Unterschied der Retassehen sollts der Verfassung und der Verfassung und die Exammern der Kentlinden sollt; des Beschlüßes der Kanmern haben dinssicklich der Rationalversammlung darauf, in welcher Richtung und wie Erstatieder der Kanmer

benjenigen ber öffentlichen Meinung übereinftimmten. Mit Recht bezeichnet Dicen, juriftifche und politische Souveränität scharf scheibend, die Bählerschaft als politically sovereign. Nicht mehr blog bas Saus ber Gemeinen, sonbern in außerorbentlichen Kallen bas Bolt selbst ift es. welches politisch bie Minifter ernennt und entläßt. Durch bie infolge seiner verftartten bemokratischen Zusammensetzung öfter veranlagte Auflösung bes Barlamentes ist bem Bolte bäufiger Belegenheit gegeben, fich in öffentlichen Dingen zu bethätigen und fo bie Stellung bes politischen Souverans zu gewinnen!

Auf der anderen Seite ist das Auflösungsrecht der Exekutive auch für das Berhältnis ber beiben Rammern zu einander von Bedeutung, fofern die Auflofungsbefugnis nur gegenüber einer derfelben besteht. Wenn nur eine Rammer aufgeloft werben tann, fo bat bies gur not= wendigen Folge, daß die Regierung die in dieser Rammer zu Tage tretenden Anschauungen für ben unmittelbareren Ausbrud ber öffentlichen Deinung anzuseben bat, als biejenigen, welche von ber anderen Rammer befundet werben. Aus diesem Grunde ift die Regierung veranlaßt, ihre Bolitit ben Anschauungen ber auflösbaren Rammer anzupassen. Dieser Gebante ift auch in ber Staatspraxis burchgeführt, inbem fich in ihr bie Regel ausbilbete, daß bas Ministerium nur dann abzutreten hat, wenn es das Bertrauen ber auflösbaren, nicht aber, wenn es das Bertrauen ber nicht auflosbaren Rammer einbüßte 1).

Die wichtigste Folgerung, welche sich aus dem Auflösungsrecht der Krone für das Uebergewicht ber auflösbaren Rammer ergibt, ift bie Möglichleit ber letteren, bie Gelbbills mit beliebigen Bedingungen auch gegenüber bem anderen haufe zu bepaden2). Sie fann bie Unterwerfung bes anderen Saufes unter biefe Bedingungen baburch erreichen, bag fie

regel orogi, die sie stellen Wal angewandt gatte, mit dem stattsschub. Bester ist das Mittel, durch welches die Regierung versucht, in dem Haufe der Lords eine den Bunschen des Milnethauses und damit des Bolkes entsprechende Majorität dadurch herzustellen, daß sie Männer zur Pairswürde erhebt, deren Anschaungen denzeinigen der im Unterhause herrschenden Partei nahestehen. 1712 war das politische lebergewicht der Gemeinen noch vorhanden. Durch die Umgestaltung des Wahlrechtes 1832 kehrte es wieder und sofort dachte die Regierung wieder an zeine Mäßregel. Die Drohung genügte, um das Haus der Lords den Wünschen des Bolkes gefügig zu machen (An son Bd. S. 261, 345 f.; Es me in S. 114). Seitdem steigerte sich die politische Macht der Gemeinen zusehneds. Nur ein Bespiel. Bis 1860 konnten die Lords von mehreren Geldenstills die eine annehmen die gendere perwerken Seit 1860 macht das Haus der Geweinen geleend bills die eine annehmen, die andere verwerfen. Seit 1860 macht das Haus der Gemeinen geltend, daß alle Gelbbills als eine Gesammtheit anzusehen und baber von den Lords nur als ein Ganzes

anzunehmen ober zu verwerfen seien (Anfon S. 267; Esmein S. 715, 716).
2) Bergl. oben S. 302.

¹⁾ Es könnte auffallen, baß biefer Grundsatz in England erst 1832 zu einem festgefügten wurde, trothem das Unterhaus schon lange aus Bolkswahl hervorging. Allein erst mit der Wahlerechtsreform von 1832 wurde der politische Einsluß des Oberhauses über die Gemeinen beseitigt. rechtsreform von 1832 wurde der politische Einfluß des Oberhauses über die Gemeinen beseitigt. Derselbe beruhte auf dem Wahlrechte der rotten boroughs, d. h. der im Mittelalter gegründeten Städte (boroughs — Burgen — Städte). Etwa 150 Mitglieder des Unterhauses wurden von ihnen gewählt. Diese Städte hatten in Zeiten der Blüte das Wahlrecht erhalten, im 18. Jahr-hundert sanken sie so herad, daß ihre Bevölkerung von den mächtigen Grundherrn der Gegend wirtschaftlich abhängig wurde, die in dem Hause der Lords saßen. Die Wahlen der Gegend wirtschaftlich abhängig wurde, die in dem Sause der Lords saßen. Die Wahlen der doroughs erfolgten daher nach deren Willen. Und so kam es, daß das Ministerium durch das ganze 18. Jahr-hundert dis 1832 regelmäßig aus der ersten Kammer genommen wurde. Nur zwei Minister (Robert Walpole 1741, Sheldurne 1783) traten vor 1830 wegen Konslistes mit dem Unterhause zurück. (Bergl. Bryce Bd. 1 S. 280 K. 1; Es mein S. 104 K. 5 und S. 107). Man könnte vermuten, diese Abhängigkeit der Gemeinen von den Lords hätte sogar dahin sühren können, daß das Untershaus seine Vorrechte im Etatsrechte verloren hätte. In Kolge der immer umfangreicher werdenden biese Abhängigkeit der Gemeinen von den Lords hätte sogar dahin führen können, daß das Unterhaus seine Borrechte im Etatsrechte verloren hätte. In Folge der immer umfangreicher werdenden Steuersorberungen der Krone hatte das Haus der Gemeinen als die Bertretung des Gros der Steuerzahler seit 1628 das Recht, zu verlangen, daß alle money-bills zuerst an das Unterhaus gelangten, und seit 1671 und 1678 war das Umendierungsrecht der Lords gegenüber Finanzgesen beseitigt. Sie konnten sie nur im Ganzen verwersen. Wenn hieran im 18. Jahrhundert keine Menzberung eintrat, so liegt der Grund hiefür in dem Umstande, daß im 18. Jahrhundert, namentlich unter Georg III, die Steuerkraft des Bolkes ganz außerordentlich in Anspruch genommen wurde. Da wagte man doch nicht, den Gemeinen ihre Rechte förmlich zu beschneiden.

Seit 1832 besigt das Unterhaus diese Rechte auch wieder in materieller Selbständigkeit. Der schlagendste Beweis hiefür ist, daß die Krone 1832 wieder mit der Anwendung einer Maßeregel droht, die sie 1712 zum letzten Mal angewandt hatte, mit dem Kairsschub. Dieser ist das Mittel, durch welches die Regierung versucht, in dem Hause der Lords eine den Wünschen des

Steuern und Ausgaben ganz ober teilweise¹) nur jährlich, also nicht durch organische Gesetze bewilligt. Auf diese Weise vermag sie vom Haupte der Exekutive Auflösung oder das damit zusammenhängende leichtere Wittel des Pairsschubs zu erzwingen. Die Drohung damit genügt gewöhnlich, um die andere Kammer zum Nachgeben zu veranlassen.

Die Bebeutung des Auflösungsrechtes als ein Anzeichen stärkerer politischer Kraft der auflösbaren Kammer wird auch noch indirekt daburch bestätigt, daß in denienigen Stagten, in welchen dieses Auflösungsrecht fehlt, also in den Staaten der ersten Gruppe die Kammer, welche allein oder unmittelbar oder in kürzeren Wahlperioden aus Bolkswahlen hervorgeht, nicht notwendig über den größeren politischen Ginfluß gebietet. Sier tann der anderen Rammer sehr zum Borteile gereichen, daß fie dauernder und von geringerer Mitgliederzahl ift. Ihre Widerstandsfähigkeit steigt badurch. Sie hat eine durch längeres Bestehen gesestigtere Majorität und ebenfo lagt fich in einem fleineren Saufe eine Majoritat beffer gufammenhalten als in einem großen. Go tommt es, daß in ben Bereinigten Staaten, wo bem Prafibenten jebe Auflöfungsbefugnis abgeht, bei Biberftreit ber beiden Saufer es regelmäßig bas Oberhaus ift, welches die Oberhand behält2), obwohl es nicht dirett, fondern nur indirett — durch Wahl Seitens ber Legislativförper ber Gliebstaaten — aus Boltswahl bervorgeht. Dafür wird ber Senat nur alle zwei Rahre zu einem Drittel erneuert, also ber einzelne Senator auf sechs Jahre gewählt, während sich das Repräsentantenhaus alle zwei Jahre völlig erneuert. Und ferner gahlt ber Senat nur 90, bas andere Haus 357 Mitglieber. Das gesetliches) Borrecht bes Reprafentantenhauses in Bezug auf Ginnahmeerhebungs= b. h. Steuergesete, bas in ber Braxis auf alle Geldgesetze ausgebehnt ist und welches darin besteht, daß bier nur das Repräsentantenhaus das Anitiativ-, der Senat nur das Amendierungsrecht hat, wird durch die bevorzugte Teilnahme bes Senats an ben auswärtigen Geschäften reichlich ausgeglichen 1).

Bulet ist aber noch barauf hinzuweisen, daß es von dem Sate, daß aus dem Auslösungsrechte der Regierung ein politisches Uebergewicht der auflösdaren gegenüber der nicht auflösbaren Kammer entspringt, auch Ausnahmen gibt. Die durch jenes Auslösungsrecht der einen Kammer verliehene größere Kraft kann durch Gegenmaßregeln ausgeglichen sein, wie wir schon
oben 5) andeuteten.

Dies ist z. B. in Frantreich ber Fall. Dort kann, wie wir sahen, der Präsident die Deputiertenkammer nur mit Zustimmung des Senates auflösen. Hieraus ergiedt sich, daß aus dem Punkte der Auflösdarkeit heraus der Deputiertenkammer kein politisches Uebergewicht gegenüber dem Senate zukommt. Der Senat wird unter gewöhnlichen Berhältnissen in die Auslösung nur willigen, wenn es sich um einen Streit zwischen Präsident und Deputiertenkammer handelt, in welchem der Senat auf Seite der letzteren steht. Dagegen wird er in einem eigenen Streite mit der Deputiertenkammer, auch wenn er den Präsidenten auf seiner Seite hat, eine Auflösung nur dann anstreden, wenn er glaubt, die öffentliche Weinung auf seiner Seite zu haben. Es ist somit die Möglichkeit eines langwährenden Rampses zwischen Senat und Deputiertenkammer möglich, in welchem der Senat den Borteil hat, daß er die kleinere und in ihrer Zusammensetzung ständigere Versammlung ist. Er besteht nur aus 300 Mitgliedern, die auf 9 Jahre mit Orittelerneuerung alle drei Jahre gewählt sind, während das Deputiertens haus 584 Mitglieder mit vierjähriger Mandatsdauer zählt. Dadurch allein, daß die Deputiertenkammer im Gegensate, der von Wahltollegien der Departements und Rosonien

¹⁾ Benn die Macht des Unterhauses schon stärker, genügt teilweise Bewilligung auf ein Jahr. Etwa ein Fünftel der jährlichen Einnahme bewilligt das englische Unterhaus nur für ein Jahr; An son S. 50; Dicen S. 298.

2) Bryce Bb. 1 S. 624.

³⁾ Rerfassung I 7: All bills for raising revenue shall originate in the House of Representatives; but the Senate may propose or concur with amendments as on other bills.

4) Daher vermochte das Repräsentantenhaus nicht, vom Senate die Annahme beschränkter Gelbbills zu erzwingen. Vergl. Bryce Bb. 1 S. 188.

5) S. 318.

gewählt wird, aus unmittelbarer Bollswahl hervorgeht und sich alle vier Jahre völlig erneuert und so unmittelbarer und in direkterem Anschluß an den zeitlichen Bechsel, dem sie unterliegt, die Bolksmeinung zum Ausdruck bringt, ergibt sich für den Senat keine politische Rotwendigkeit, sich dem Botum jeder neugewählten Deputiertenkammer schlechterdings zu unterwerfen.

So ist es naheliegend, daß der Senat bei Meinungsverschiedenheiten mit der Deputiertenkammer für sich die gleiche thatsächliche Stellung beansprucht, wie letztere, und mit ihr den Kampf um die Herrschaft aufnimmt. Es ist dann die Frage des einzelnen Falles, der jeweils gegebenen inneren und äußeren politischen Zustände, ob der eine oder der andere Teil Sieger im Rampse bleibt. Reiner von beiden ist durch Wesen und grundsähliche Stellung zum Sieger prädestiniert.

Die Geschichte ber gegenwärtigen Republik, namentlich biejenige ber letten Jahre, gibt genügend Beweise hievon. Freilich hat ber Senat in Rücksicht auf das Interesse des Staates als das höhere Sut auf die Durchführung des Rampses dis zum Ende bisher immer verzichtet, nur seinen politisch rechtlichen Standpunkt gewahrt und dann die Streitfrage nicht weiter verfolgt, so daß thatsäcklich die zweite Rammer obsiegte. Nur einmal — 1896 — machte er eine Ausnahme 1).

Die französische Staatslehre ist in ber Erörterung dieser Frage unsicher. Nach einer Richtung erkennt sie die Unabhängigkeit des Senates an, nach einer anderen leugnet sie diesselbe. Auf dem Prinzipe reinster Bolkssouveränität stehend, wäre es ihr natürlich zumeist am liebsten, könnte sie aus der Verfassung einen allgemein politischen Grundsatz ableiten, wornach der Senat politisch verpslichtet ist, sich dem Botum der zweiten Rammer zu fügen. Aber trotzeifigen Suchens vermag sie einen solchen nur für einen Teil der Streitigkeiten zu finden.

Es sind zwei Punkte, um welche bisher der Streit zwischen beiden Kammern ausbrach. Der eine betrifft die Frage des Umfanges des Budgetrechtes des Senates?). Er beschäftigt beide Kammern seit 1876, d. h. seit Geltung der betreffenden Verfassungsbestimmungen, und nimmt bald einen lebhafteren bald einen weniger heftigen Charakter an. Der Senat behauptet, er habe zwar kein Recht der Gesetsinitiative dei Finanzgesetzen, alle Finanzgesetze müßten wohl zuerst an die Deputiertenkammer gebracht werden, aber er besitze ein Amendierungsrecht. Deputiertenkammer und Ministerium dagegen sprechen ihm letzteres ab, auffälligerweise nicht sür alle Gesetze sinanziellen Inhalts, sondern lediglich für Budgetgesetze. Die Deputiertenzkammer behauptet, er habe lediglich die einzelnen Posten anzunehmen oder zu verwersen, nicht aber neue einzustellen oder von ihr verworsene wieder auszunehmen. Die Regierung behauptet, er habe zwar nicht blos die Möglichseit, anzunehmen oder abzusehnen, aber doch nur die Wöglichseit, von der Deputiertenkammer aus dem Regierungsentwurf gestrichene Summen wieder auszunehmen.

Der maßgebende Artikel ist der uns in seinem zweiten Teile schon bekannte. Art. 8 des Gesetzes vom 24. Febr. 1875 über die Organisation des Senates: Le Sénat a concurremment avec la Chambre des députés l'initiative et la confection des lois. Toutesois les lois de finances doivent être, en premier lieu, présentées à la Chambre des députés et votées par elle. Der Senat behauptet hienach, ihm sei nur die Initiative entzogen. Er tönne keinen Gesetzentwurf vorlegen. Ein solcher könne allein in der zweiten Rammer entstehen; er müsse parlamentarisch zuerst von dieser behandelt werden. Aber sein Recht, an der "Ronsektion" der Gesetze mitzuwirken, sei gegenüber Finanzgesetzen keineswegs beschränkt. Er habe das Recht, sowohl Herabminderungen, wie Erhöhungen des Budgets zu verlangen. Die andere Theorie sagt: Rönnte der Senat von der Rammer verworsene Posten wiederherstellen oder neue einsehen, so würde er ein Recht zu neuen Borschlägen, also ein Initiativrecht besitzen.

^{1) 1896} setzte ber Senat ben Rücktritt eines Ministeriums durch, welches das Vertrauen ber zweiten Kammer hatte. Vergl. Es mein S. 587 sf. 2) Es mein S. 715 sf.; Schwart, Etude sur les droits du Sénat français statuant en matière de lois de finances, Paris 1897 S. 116 sf. 3) S. 312.

Allein bas Wort Anitiative ist im Einklang mit bem bisberigen französischen wie mit bem allgemeinen Staatsrechte in Urt. 8 nicht in bem weiten bier gemeinten Sinne von Recht zu irgenbwelchen Anregungen gemeint, sondern unter Initiativrecht ift hier das Recht zur erften Borlage eines ganzen Gesetzentwurfes verftanden; bie noch fo umfaffende Umgestaltung eines vorgelegten Entwurfes gebort nicht zur Gefebesinitiative, fondern zur Gefebestonfettion. Bom Standpuntte der anderen Theorie mußte ftreng genommen gefolgert werben: ber Senat muß die Budgetvosten so annehmen, wie sie das andere Haus beschließt, denn auch die Ablehnung eines Bosten ist nach dieser Auslegung ein neuer Borschlag. Die Regierungstheorie, welche dem Senate das Recht zuerkennt, Anfähe der Regierungsvorlage wiederherzustellen, steht grundfählich auf dem gleichen Standpunkte, wie die eben bekämpfte Meinung; aber fie sagt, der Senat übe in diesem Halle kein eigenes Initiativrecht aus, sondern beschließe auf der Grundlage bes Initiativrechtes bes Präsidenten1), bem ein solches durch Art. 3 bes Gesetes vom 25. Febr. 1875 verlieben fei 2). Allein gans abgeseben bavon, daß in dem Rechte der Biederherstellung tein Recht der ersten Anregung, sondern ein Recht der Abanderung liegt, wie foll aus dem Wortlaut des grundlegenden Art. 8 ein Recht des Senates entnommen werden können, ein frembes Initiativrecht auszuüben8)?

Ein dauernder Rampf aus Anlaß dieser Frage wurde bisher durch gegenseitiges Ent= gegenkommen vermieben. Die Deputiertenkammer gab infoferne von ihrem Standpunkte aus nach, daß fie die Amendements des Senates zwar nicht als folche, aber als Erinnerungen 1) beachtet und in eine nochmalige Beratung ber betreffenben Bubgetanfätze eintritt, ber Senat insoferne, als er feine Abanderungsvorschläge nicht weiter verfolgt, wenn bas andere haus bei seinem ersten Beschlusse verharrt. Die Erkenntnis, daß bei Richtzustandekommen eines Etats bas Staatsleben unterbunden ist, veranlaßt beibe Häuser zu gegenseitigem Nachgeben. Mehr gibt der Senat nach. Er beugt sich unter bas Botum der Deputiertenkammer, wenn biese bie von ihm vorgeschlagenen Mobifikationen zweimal votiert hat. Aber wird immer eine folch friedliche Lösung ftatthaben? Auch Es mein 5) muß die Frage als offene bezeichnen und fich auf bie hoffnung beschränken, bag beibe Teile auch in Butunft genügenb patriotischen Sinn entwideln, um zu ber fo notigen Uebereinstimmung zu gelangen. In Bahrheit beift bies, vom Senafe wird bobere politische Einsicht und damit dauernde Nachgiebigkeit erwartet.

In dem anderen Streitpunkte, welcher Anlaß zur Untersuchung der Frage gab, ob eines und welches der beiben Saufer bas thatfachlich ftarfere fei, fteht Esmein?) auf Seite der Deputiertenkammer. Der Senat nahm als ber letteren gleich berechtigt wieberholt in Anspruch, bağ bas Ministerium auf ein Distrauensvotum bes Senates bin auch bann gurudtrete, wenn es bie Unterftühung des anderen Hauses habe. Bis 1896 widersette sich das Ministerium erfolgreich einem solchen Ansinnen und auch 1896 wich es erst dem fünften Wistrauensvotum des Senates's).

Es m e i n behauptet, ber Senat habe tein Recht, das Ministerium zu fturzen, denn ihm gegenüber habe biefes auch tein Recht ber Auflösung. Die Auflösung fei aber bas Korrettiv und bas Gegengewicht gegenüber ber Macht ber Bolfsvertretung, Die Minister zu fturgen). Allein biese Beweisführung ist feineswegs zwingend. Das Auflösungsrecht ift nicht bie Urfache bes politischen Anspruches ber Bolfsvertretung, ben Rudtritt bes Ministeriums zu verlangen, sondern die aus ber politischen Ueberlegenheit ber Bollsvertretung fich ergebenbe

¹⁾ Esmein S. 720. 2) Le Président . . . a l'initiative des lois, concurremment avec les membres des deux

³⁾ Auch Esmein a.a. O. 715 unb 720, Dupriez Bb. 2 S. 430 f., Hauriou S. 447 f. und Schwarz S. 163 ff. räumen dem Senat ein Amendierungsrecht ein.

4) à titre d'avertissement; Esmein S. 720.

5) S. 721.

⁶⁾ Schwart S. 171. Esmein S. 578 ff., 590 f. Anbers bie herrschenbe Meinung; f. S. 323 R. 3. 8) Cbenba S. 587 ff. 9) S. 98, 520, 583 f

Wöglickeit, das Ministerium zum Rücktritt zu zwingen, ist die innere Ursache der Einführung der Auslösungsbesugnis. Um die politische Ueberlegenheit der Deputiertenkammer zu mindern, ist die Auslösungsmöglickeit rechtlich statuiert, nicht der Deputiertenkammer die politische Gegenwehr des Ministersurzes verliehen, um die Birkungen der Auslösungsbesugnis abzuschwächen. Die Auslösung ist ihrer politischen Natur nach Verteidigungs-, nicht Angrissmittel der Regierung. Sie will der politischen Kraft der Kammer entgegenwirken. Wäre das Vershältnis umgekehrt, so müste auch in der konstitutionellen Monarchie der politische Anspruch des Parlamentes auf Rücktritt des Ministeriums gegeben sein, allein hier entfällt für das Ministerium die politische Notwendigkeit, auf ein Mißtrauensvotum des Parlamentes hin zurückzutreten, und doch besteht eine Ausschlichungsbesugnis.). Ist das Borhandensein oder die Gesahr einer politischen Ueberlegenheit der Bolksvertretung aber die Ursache und nicht die Wirkung der Ausschlichen Ueberlegenheit der Bolksvertretung aber die Ursache und nicht die Wirkung der Ausschlichte wird, an die politische Ueberlegenheit der Kammern die Ausschlichkeit als Wirkung zu knüpsen. Sie kann, aber sie muß nicht daran geknüpst werden. Der politische Anspruch auf Rücktritt des Ministeriums kann auch ohne Ausschlichseschlichen.

In der That vermag Esmein für seine Anschauung auch nur Zweckmäßigkeits, nicht logische Gründe anzusühren. Er vermag nur darzulegen, daß es unzweckmäßig, nicht aber, daß es unlogisch ist, den einen Anspruch ohne den anderen zu verleihen. Denn nichts anderes als Zweckmäßigkeitsgründe sind es, wenn Esmein sagt, das Gegenteil, also die Möglichkeit, daß der Senat ein Ministerium gegen den Willen der Deputierten zu halten vermöchte, würde zu sortgesehtem Konslitte zwischen beiden Häusern und zu einer Aussösung sühren und serner sei das Gleichgewicht zwischen den verschiedenen Faktoren gestört, wenn der Senat, selbst unauflösdar, nicht nur das Recht besitze, von seiner Zustimmung die Auslösung der Deputiertenkammer abhängig zu machen, sondern auch das Ministerium nach seinem Beslieben zu halten oder zu stürzen 2).

In Wahrheit erscheint der Senat dadurch, daß die Ausschung des anderen Hauses an seine Zustimmung gebunden ift, nach der Bersassungs) b. h. nach den aus der Versassung sich ergebenden Regeln als der politisch stärkere Teil, wenn seine Kraft auch wieder dadurch geschwächt ist, daß er in der Nationalversammlung numerisch hinter der Deputiertenkammer zusrückseht. Freilich hat er von einer Ausnahme abgesehen bistang noch nicht versucht, den Kampf mit der Deputiertenkammer durchzusechten. Die politischen Berhältnisse der einzelnen Fälle

¹⁾ Bergl. Es me in selbst S. 98.

2) S. 577, 588.

3) In Frankreich wird bei Erörterung unserer Streitsrage auch Art. 6 des Gesets vom 25. Febr. 1875 hereingezogen. Die für den Senat eintretende Bartei sagt, hier heißt es ausdrücklich, les ministres sont solidairement responsables devant les Chambres, also auch vor dem Senate; daraus solge auch das Recht des Senates, den Rücktritt des Ministeriums zu sordern (vergl. hierüber Es m ein S. 576 f., 578 ff. und Griv az, Le Senat et la responsabilité in der Revue critique de législation et de jurisprudence 1896 Ar. 3). Man kann hiegegen zwar nicht einswenden, was Esmein einwendet, diese Folgerung aus Art. 6 widerspreche der Entstehungsgeschichte desselben. Die Nationalversammlung habe nichts neues schaffen, sondern lediglich die dieserige aus England übernommene parlamentarische Regierungsweise beidehalten wollen, nach dieser habe aber nur die Bahlkammer im engeren Sinnen, nicht der Senat die Möglichkeit den Nücktritt zu verlangen; außerdem hätte die Bersammlung den Artisel in zweiter und dritter Lesung nücht ohne Debatte annehmen können. Allein abgesehen davon, daß diese Auffassung der Entstehungsgeschichte nicht zutrist, sondern bei der versassenden Bersammlung die Meinung überwog, dem ebenfalls aus Bahl hervorgehenden Senate die gleichen Rechte, wie der anderen Kammer, einzuräumen (vergl. Duguit, Le senat et la responsabilité politique etc. in der Revue du droit public Bd. 5 [1896] S. 427 ff.; Duc rocq Bd. 1 S. 63; Sch war z a. a. O. S. 109), müssen diese Ernsgungen hinter dem klaren Bortlaut des Gesets zurücktreten. Nach ihm sind die Minister vor den Kammern, somit mangels besonderer Unterscheidung vor beiben Kammern in gleicher Beise berantwortlich. Aus diesem Grunde läßt sich aber aus dieser Berantwortlichseit für unsere Frage nichts entnehmen. Bergl. dazu im Alsgemeinen Luigi Rossi a. a. D., 3. Folge Bd. 5 (1899) S. 170.

ließen es nicht zu. Rum Teil binberte ihn bie Rückicht auf bas bobere Interesse bes Staates baran, bem nichts mehr abträglich ift, als Streit zwischen ben oberften Staatsorganen. Es befteht somit weber eine Rechts-, noch eine politische Regel, daß der Senat den Ruckritt des Ministeriums nicht verlangen tonne. Berlangt er ihn, so widerspricht dies weber bem Berfaffungsrecht, noch dem Berfassungsbrauch. Gin langwährender Konklitt, ein fortwährendes Aufeinanderfolgen von Ministerwechsel und Rammerauflösung ist burch teine Rorm gehindert1).

Enblich ergibt auch noch die belgische Berfassung, daß die Auflösungsbefugnis nicht notwendig eine politische Ueberlegenheit ber zweiten Rammer voraussett. In Belgien tann ber König beibe Rammern auflösen und zwar jebe für sich ober beibe zusammen. Beibe stehen sich also politisch gleich, wenn sich nicht aus anderen Bestimmungen eine politische Ueberlegenheit ber zweiten Rammer ergibt. In ber Art ihrer Bilbung liegt eine folche nicht. Beibe Ram= mern find Bahlkammern, wenn auch ber Senat seit ber Verfaffungerevision von 1893 nicht mehr, wie bis babin ausschließlich 2), aus biretter Boltswahl gebilbet, sonbern ein Teil feiner Mitglieder von den Brovinziglräten gewählt wird 3). Uber ein anderer Buntt ift es, welcher ber zweiten Rammer höheren politifchen Ginfluß verleibt. Es ift ber Umftand, bag alle Finanggefete guerft von ber zweiten Rammer zu beraten find, ber erften alfo in finanziellen Dingen ein Anitiativrecht fehlt. Es ift bies ein Buntt, welcher nicht blos für Belgien, sonbern welcher allgemeine Bebeutung bat.

§ 80. Die Borrechte ber zweiten Rammer auf finanggesetlichem Gebiete. In allen bisher genannten Staaten hat die zweite Rammer bas Borrecht, daß Finanzgesetse zuerst ihr vorgelegt werben muffen. Wie man in Nachbildung ber Berfaffung ber Bereinigten Staaten 1) zu sagen pflegt: Finanzgesete konnen nur im Repräsentantenhause entstehen (originate). In dem anderen Hause können sie nur in den einzelnen Artikeln abgeändert 6) oder gar nur im Ganzen b. h. unverändert angenommen oder im Ganzen abgelehnt werden 6). Dieser Rechtsfat ober, was er in England ift 7), biefe politifche Regel gibt ber zweiten Rammer im Berhältnis zur ersten einen größeren politischen Einfluß sowohl unmittelbar, b. h. badurch, baß es auf die Entschließungen der ersten Rammer direkt einen thatsächlichen Druck üben kann, als auch mittelbar, baburch, bag bie zweite Rammer vermoge biefes Borrechts auf bie Entschließ= ungen ber Regierung eine stärtere Einwirtung zu erreichen und in ber öffentlichen Meinung und für bas Bolt eine größere Bebeutung zu gewinnen vermag.

Sowohl die unmittelbare, wie die mittelbare Erreichung politischer Ueberlegenheit über die erste Rammer hat ihren Grund in der der zweiten Rammer kraft ihres Borrechtes offenstehenden Möglichfeit, auf die Budgetberatung so lange Reit zu verwenden, daß dem Senate für seine Beratung bes Etatsgesetes nur eine kurze Frist verbleibt, wenn anders er nicht das rechtzeitige Buftandekommen bes Etats verhindern will. Durch diese langere Beratung bes Etats übt die zweite Rammer auf die erste insofern unmittelbaren thatsächlichen Ginfluß aus, als fie baburch die andere Rammer in die Notwendigkeit versett, den Etat so anzunehmen, wie er aus ihren Berhandlungen hervorgeht. Denn ber Senat kann nur zwischen zwei Dingen mählen, entweder das Budget abzulehnen oder es mit Aenderungen zu versehen und fo sein Etatsrecht geltend zu machen, aber bas Budget nicht rechtzeitig zu stande kommen zu

¹⁾ Duguit a. a. O. S. 433. 2) Bis babin beftand ber Unterschied lebiglich in ben erhöhten Bebingungen ber Bablbarteit

für ben Genat. 3) Es ist eine nicht ins Gewicht fallende Ausnahme, daß auch die Sohne bes Königs ober in Ermanglung solcher die Prinzen des Zweiges der toniglichen Familie, welcher zur Herrschaft berusen ist, Mitglieder des Senates sind. Vis 1893 war es nur der mutmaßliche Thronfolger.

4) I 7 All dills for raising revenue shall originate in the House of Representatives.

5) So in den Bereinigten Staaten; I 7 fährt fort: dut the Senate may propose or concur

with amendments as on other bills.

⁶⁾ So in England.

⁷⁾ Bergl. Dicen G. 25.

lassen, ober unter Berzicht auf sein Etatsrecht basselbe unverändert anzunehmen, damit aber dem Budgetgeset eine rechtzeitige Verabschiedung zu sichern. Nun ist das möglichst rechtzeitige Zustandekommen des Etats das höhere Interesse gegenüber der Möglichkeit des Senates, den Etat eingehender zu beraten. Berspätete Verabschiedung des Etats schädigt das Staatsganze, die Unmöglichkeit, den Etat aussührlicher zu beraten, nur das Interesse des Senates. Und so wird der Senat in Rücksicht auf das Staatsganze gezwungen sein, auf eine ausgiedigere Geletendmachung seines Etatsrechtes zu verzichten. In ganz besonderem Maße wird dies der Fall sein, wenn Steuern und Ausgaden nur für ein Jahr bewilligt werden. Denn hier leidet die Geschäftsführung des Staates ganz besonders, wenn der neue Etat mit Ablauf des alten noch nicht sertig vorliegt. Auf diese Weise ist der Senat gezwungen, sich den Beschlüssen der anderen Kammer zu unterwersen und so eine höhere politische Macht berselben anzuerkennen.

Eine solche ergibt sich ihm gegenüber auch mittelbar. Daburch, daß die zweite Kammer bas Recht auf erste Borlage aller Finanzgesehe hat und dieselben einer ausgebehnten Beratung unterwerfen kann, ist sie auch in der Lage, alle augenblicklich interessierenden öffentlichen Ansgelegenheiten vor der ersten Kammer und viel eingehender, als diese, zu besprechen. Die Kritik der zweiten Kammer fällt also für das Ministerium viel schwerer ins Gewicht, als die der ersten.

Und bazu kommt noch die Bebeutung des Vorrechtes der zweiten Kammer für die öffentliche Meinung und die einzelnen Staatsangehörigen. Die vorgehende und die ausgebehnte Behandlung der öffentlichen Angelegenheiten in der zweiten Kammer führt zur früheren Erörterung
und zur Erörterung einer viel größeren Anzahl von Fragen, welche die öffentliche Meinung interessieren, als die spätere und kürzere Beratung der Finanzgesetze in dem oberen Hause. Berichterstattung und öffentliche Meinung bringt den Berhandlungen des unteren Hauses daher bedeutend
größeres Interesse entgegen, als benjenigen des oberen. Und des weiteren sindet der einzelne
Unterthan, welcher gerne eine Beschwerde, einen Bunsch oder Antrag durch die Bollsvertretung an die Regierung brächte, bei dem größeren Beitraum, welcher der zweiten Kammer für
ihre Beratungen zur Bersügung steht, viel eher Gelegenheit, seine Absicht durch ein Mitglied
des Deputiertenhauses als durch ein solches des Senates verwirklicht zu sehen. Auch dadurch
wächst die thatsächliche Bedeutung der zweiten Kammer im öffentlichen Leben.

Dieselbe wird bei weitem nicht dadurch kompensiert, daß die erste Kammer durch geringere Mitgliederzahl, Erblichkeit, Lebenslänglichkeit oder wenigstens längere Wahlperioden für die Mitgliedschaft ein seskeres Gesüge und durch die Auswahl ihrer Mitglieder ein höheres politisches Ansehen erhält. Dies alles steigert wohl auch die politische Wacht, aber doch nicht in dem Maße, daß hiedurch der Borsprung ausgeglichen wäre, welchen die zweite Kammer durch ihren Anspruch auf erste Behandlung aller Finanzgesetz gewinnt. Etwas anderes ist es, wenn die erste Kammer in anderer Richtung eine größere materielle Zuständigkeit als die zweite besitzt, wie dies in den Vereinigten Staaten und in Frankreich der Fall ist. Aus dem Grunde könnten wir sagen, daß der Senat dort die politisch mächtigere Abteilung des Parlamentes ist 1). In den Vereinigten Staaten liegt dies Ergebnis klar. Dort vermochte das Repräsentantenhaus den Sat, daß der Senat bepackte Finanzgesetz annehmen muß, nicht zu erzwingen 3). Der französische Senat hat von einem Falle abgesehen disher den Rampf nicht durchzeschirt 3), so daß es der Deputiertenkammer gelang, bepackte Gelbbills durchzudrücken.

§ 81. Die rechtlich-politische Ratur ber Ministerverantwortlichteit. Bur Untersuchung bes Berhältnisses ber beiben Abteilungen bes gesetzgebenden Körpers zu einander, die wir eben vornahmen, gelangten wir nur im Wege eines Exturses von unserer Hauptfrage aus. Diese betrifft das Berhältnis, welches in der repräsentativen Demotratie zwischen Parlament und Träger der Exetutive obwaltet. Die Beranlassung zu dem Exturse gab die politische Bür-

¹⁾ S. 320.

bigung bes Rammerauflösungsrechtes ber Regierung. Nachbem wir bieselbe beenbet haben, tehren wir zu unserer Hauptfrage zurück. Bei ihr harrt noch ein wichtiger Punkt ber Ersörterung. Er betrifft die Frage, welchen Einfluß das Prinzip der Ministerverant wortslichteit auf das zwischen Legislativförper und Ezekutivorgan obwaltende Berhältnis übt. Läßt sich auch angesichts dieser Ministerverantwortlichkeit noch sagen, die in der repräsentativen Demokratie regelmäßig gegebene Unterordnung der Ezekutive unter die Legislative sei nur eine politische? Wird sie durch die Ministerverantwortlichkeit nicht auch zu einer rechtlichen?

Dies erfordert ein naheres Eingehen auf die Lehre von der Ministerverantwortlichteit und zwar handelt es sich vor Allem darum, das Wesen derselben zu sixieren. Dasselbe ist nichts weniger als sicher und feststehend.

Benn wir von einer Ministerverantwortlichkeit sprechen, so meinen wir damit eine der Stellung des Ministers eigentümliche Berantwortlichkeit, eine Berantwortlichkeit, die nur ihm und keinem anderen Staatsorgane obliegt. Um nächsten von allen Staatsorganen steht der Minister den sog. Staatsdeamten. Er hat ein Staatsamt und ist ein Staatsdiener. Benn die Ministerverantwortlichkeit besonderer Art ist, so muß sie sich also vor Allem von der gewöhn= lichen staatsdienerlichen Berantwortlichkeit unterscheiden. Diese ist aber eine dreisache, eine zivil=, eine stras= und eine staatsrechtliche. Arast der zivilrechtlichen unterliegt er den vermögensrechtlichen Schadensersansprüchen des Staates, krast der strasprechtlichen der Strasgewalt, krast der staatsrechtlichen der öffentlichrechtlichen Dienst= und Disziplinargewalt des Staates. Als Fiskus, als Inhaber der öffentlichrechtlichen Dienst= und Disziplinargewalt des Staates. Als Fiskus, als Inhaber der Strasgewalt und als Dienstherr erhebt der Staat gegen ihn Ansprüche. Bon dieser dreisachen Berantwortlichkeit muß somit die ministerielle verschieden sein; nicht so, daß sie nicht auch zivil=, stras= oder staatsrechtlich zu sein vermöchte, aber so, daß, wenn sie unter diese Rategorien fällt, ihre Gestaltung eine solche sein muß, daß sie lediglich dem Minister, nicht auch andern Beamten obliegen kann. Es handelt sich demnach zunächst darum, die Natur der Ministerverantwortlichkeit festzustellen.

Um Besten wird dieselbe aus den Bestimmungen der französischen Bersassungsgesetzt von 1875 erkannt. In ihnen handelt von einer Berantwortlichteit der Minister unter ausdrückelicher Benützung des Bortes Berantwortlichteit allein Art. 6 des Gesetzes vom 25. Februar über die Organisation der öffentlichen Gewalten, welcher in dem maßgebenden Teile solgendersmaßen lautet: Les ministres sont solidairement responsables devant les Chambres de la politique générale du Gouvernement, et individuellement de leurs actes personnels.

Aus demselben geht zunächst das hervor, daß die hier statuierte Berantwortlichkeit eine Berantwortlichkeit vor den Rammern ist, und damit, daß diese Berantwortlichkeit, wenn nicht alles trügt, keine disziplinäre sein kann. Denn die Rammern sind mangels ausdrücklicher Bestimmung wohl nicht als Bertreter des Staates in seiner Eigenschaft als Dienstherr anzusehen, nachdem es gemäß Art. 3 des genannten Gesetzes der Präsident ist, welcher zu allen zivilen und militärischen Aemtern ernennt. Auf Grund dieses Artikels ist ohne nähere Erklärung anzunehmen, daß der Präsident als derzenige, welcher die Minister ernennt, auch der Bertreter des Staates in Ausübung seiner Disziplinargewalt über die Minister ist.

Auf ber andern Seite könnte aus dem Zusammenhalt mit dem übrigen Inhalte des Artikels 6 die Meinung abgeleitet werden, die hier gemeinte Berantwortlickeit sei eine strafrechtzliche. Denn der Sat, den Art. 6 noch enthält, lautet: Le Président de la République n'est responsable que dans le cas de haute trahison. Hiemit ist zweisellos strafrechtliche Berantwortlickeit neben anderer zum mindesten mit gemeint, nachdem Hochverrat ohne weizteren Zusat ein kriminelles Delikt darstellt. Allein gegen einen solchen Schluß muß der Inshalt des Art. 12 des Bersassungsgesetzes vom 16. Juli 1875 über die Beziehungen der öffentzlichen Gewalten zu einander bedenklich machen, auf welchen man eben durch diesen zweiten von der Verantwortlickeit des Präsidenten handelnden Sat des Art. 6 geführt wird. Art. 12 des

Gesebes vom 16. Juli 1875 sagt zunächst: Le Président de la République ne peut être mis en accusation que par la Chambre des députés, et ne peut être jugé que par le Senat, eine Bestimmung, welche in Sinblid auf jenen zweiten Sat bes Art. 6 bes Gefetes vom 25. Febr. 1875 nur auf Anklage und Aburteilung wegen Hochverrats bezogen werben tann. Und hieran wird die auf die Minister bezügliche Borschrift gereiht: Les ministres peuvent être mis en accusation par la Chambre des députés pour crimes commis dans l'exercice de leurs fonctions. En ce cas, ils sont jugés par le Sénat. Für die Annahme, daß es fich bei diefen in Ausübung ihrer Funktionen begangenen Berbrechen, bei diefen Amtsverbrechen der Minister um Delitte im Sinne des Strafrechtes handelt, spricht nicht allein ber Umstand, daß die in demselben Artikel geregelte Hochverratsanklage gegen den Brasidenten strafprozessualen Charatters ift, sondern auch der weitere Umstand, daß der nächste Sat des Art. 12 gleich lautet: Le Sénat peut être constitué en cour de justice par un décret du Président de la République, rendu¹) en Conseil des ministres, pour juger toute personne prévenue d'attentat contre la sureté de l'État. Hier steht meifellos rechtspsiegende Thatigfeit in Frage. Denn ber Senat foll als Juftighof eingerichtet werben und Juftig ift mangels befonberer Bestimmung Rivil- und Strafrechtspflege. Und bafur fpricht auch, bag es weiter heißt, ber Reitpunkt, bis zu welchem der Senat für eine folche Angelegenheit berufen werben konne, sei in dem Falle, daß die Instruktion der Sache par la justice ordinaire begonnen wurde, ber Berweisungsbeschluß bieses orbentlichen Gerichtes. Der Senat ift somit bei Aburteilung folder Angelegenheiten ein besonderer Strafgerichtshof. Das Gleiche ift er nach bem unmittelbaren Bufammenhang bemgemäß auch, wenn er über Amtsverbrechen ber Minifter zu Gericht fist. Die crimes, von welchen Art. 12 handelt, find zweifellos Delitte im Sinne bes Strafrechtes und nur biefes. Es läßt fich nicht benten, bag biefe Amtsverbrechen bes Urt. 12 mit ben Aften ber allgemeinen Politit ber ganzen Regierung ober irgend eines Regierungsmitgliedes und mit den personlichen Alten bes einzelnen Ministers ibentisch sein follen, von welchen Art. 6 bes Gefetes vom 25. Febr. fpricht. Denn bagu ift bie Faffung biefes Art. 6 gu weit. Ru ben in Art. 6 gemeinten Aften rechnen alle minifteriellen Amtshandlungen, nicht blos biejenigen, welche sich als Amtsverbrechen, als strafbare Handlungen barstellen. Immerbin könnten biese crimes als eine Art ber in Art. 6 gemeinten ministeriellen Atte angesehen werben. Allein bagegen spricht eben boch ber Unterschied bes Wortlautes. Artitel 6 rebet von einer Berantwortlichfeit vor ben Rammern, b. b. vor jeder ber beiben Rammern ; also ist im Aweisel gemeint, daß die Berantwortlichkeit der Minister vor jeder Rammer bie gleiche ift 2). Sier aber ift bie Berantwortlichfeit eine verschiebene, bie eine Rammer hat lediglich die Anklage, die andere nur das Urteil. Wäre in Art. 6 diese Ministeranklage des Art. 12 des anderen Gesehes mit gemeint, so wurde wohl eine andere Fassung gewählt worben fein. Die Faffung fpricht vielmehr bafur, bag bie Falle bes Art. 12 nicht unter ber ministeriellen Berantwortlichteit bes Art. 6 bes Gefetes vom 25. Febr. mit verstanben find. Bei Berantwortung wegen ftrafbarer Sandlungen handelt es fich nicht um Berantwortung vor ben Rammern, sondern vor der Juftig, vor dem Strafrichter, und die Besonderheit ift lediglich die, baf Art. 12 bes frateren Gesetes an die Stelle bes orbentlichen Anklagers die zweite, an die Stelle bes Richters bie erfte Rammer fest.

Ist dies aber der Fall, dann muß für die Berantwortlickleit des Art. 6 ein anderer Inshalt gesucht werden und dieser muß sich mangels näherer gesehlicher Bestimmung aus der Bortbedeutung des Bortes Berantwortlichkeit ergeben. Aus ihr aber folgt, daß diese Berantwortlichkeit ergeben dus ihr aber folgt, daß diese Berantwortlichkeit nichts anderes als die Pslicht des Winisters ist, auf Fragen des Parlamentes für

¹⁾ Nach Bernehmen bes Ministerrates; vergl. Es mein S. 568. 2) Bergl. Duguit a. a. O. Bb. 5 S. 426 f. und oben S. 323 R. 3.

seine persönliche Amtsthätigkeit und über die allgemeine Politik der Regierung schlechthin Antwort zu geben und zwar, da das Parlament im Allgemeinen eine mundlich versahrende Bersammlung ist, dies mündlich, d. h. in der Parlamentsversammlung zu thun und darum dort zu erscheinen. Zugleich ergibt sich mangels gesehlicher Einschränkung, daß sich diese Antwortspssicht auf die ministerielle Amtsund allgemeine Regierungsthätigkeit nach jeder Richtung bezieht, also nicht blos die Frage ihrer Rechts, sondern auch ihrer Zweckmäßigkeit betrisst. Der Inhalt dieser Berantwortlichkeit läßt sich demnach dahin zusammensassen: die Minister haben die Pslicht, auf Erfordern vor den Kammern zu erscheinen, um über ihre persönliche Amtsthätigkeit und die allgemeine Regierungspolitik auszusagen. Sie haben die Pslicht zum Selbstzeugnis über amtliche Angelegenheiten.

Nachdem wir den Inhalt dieser Berantwortlichkeitspflicht festaeftellt baben . bandelt es fich barum, ihr Wefen zu bestimmen. Da ergibt fich fofort : Rivilrechtlicher Ratur ift fie nicht. Sie betrifft ein öffentlichrechtliches Berbaltnis. Denn fie beftebt awischen Organen bes offent= lichen Rechts und bient ausschließlich öffentlichen Intereffen. Dann ift fie auch nicht vermogensrechtlicher Art. Wohl handelt es fich um Aufbedung von Schaben. In rechts- ober zwedwibriger Amtsthätigkeit bes Ministers liegt immer ein Schaben für ben Staat, aber boch lebiglich ein ibeeller. Selbst wenn es sich um unzwedmäßige Finanzpolitit handelt , tommt bei dieser Berantwortlichteit lediglich die Schädigung des ibealen Staatsintereffes in Frage. Die wirtschaftliche Schabigung bes Staates wieber gut zu machen, bleibt ber zivilrechtlichen Saftpflicht bes Ministers vorbehalten. Die hier gemeinte Berantwortungspflicht ift also jebenfalls eine öffentlichrechtliche Rechenschaftspflicht, eine Pflicht zur Legung ibeeller Rechnung. fragt fich nun aber : welches ibeelle Staatsintereffe tommt babei in Betracht? Sier lagt fich fowohl an die Berlegung der Strafrechts-, wie an die Berlegung der Staatsbienftordnung, somit an strafrechtliche, wie an bisziplinäre Natur bieser Berantwortlichkeit benten. Man könnte glauben, biefelbe fei entweber im Intereffe ber Aufrechterhaltung ber Rechtsorbnung im Allgemeinen ober im Interesse ber Aufrechterhaltung von Zucht und Ordnung des Staatsbienstes im Besonberen eingeführt. In ber Berletung beiber Orbnungen liegt ein ibeeller Shaben für den Staat. Allein diese ideellen Interessen und damit diese ideellen Shaben sind hier nicht gemeint. Dies ergibt fich aus bem Awede, welchem biefe Ministerverantwortlich= feit bient.

Dieselbe bient anderen Zweden, als benjenigen, zu welchen Straf= und Disziplinarrecht vorhanden sind. Das Strafrecht dient dem Rechtszwed im Allgemeinen, der Aufrechterhaltung der objektiven Rechtsordnung. Der Zwed jener Berantwortungspflicht ist nicht einer der allzgemeinen Rechtsz, sondern der speziellen Staatsgemeinschaft und keiner eines objektiven, sonz dern eines subjektiven Interesses. Sie dient dem Interesse der Bolksvertretung und damit der Wählerschaft an der Führung der Staatsverwaltung im Interesse der Regierten.

Damit ist zugleich gesagt, daß sie einem anderen Zwede als das Disziplinarverhältnis dient. Dieses besteht wohl auch nicht zur Erreichung des allgemeinen Rechtszwedes und zur Aufrechterhaltung der objektiven Rechtsordnung, sondern es dient einem speziellen Zwede und einem subjektiven Interesse, aber einem anderen, als diese ministerielle Antwortspssicht. Das Interesse, welches dei disziplinärer Berantwortung in Frage steht, ist ein Interesse des Staatsdienstes, das Interesse an Zucht und Ordnung im Staatsdienste, nicht die Wahrung der Angelegenheiten der Wählerschaft und ihrer Bertretung. Die Disziplinargewalt ebenso, wie die Strassewalt, wendet sich nur gegen einen unwürdigen, die ministerielle Berantwortlichkeit auch gegen einen unfähigen Minister. Und so sagen wir also: das Strassecht dient dem Interesse aller Rechtsgenossen gegen jedermann, das Disziplinarrecht dem Interesse der Regierenden und der Regierten gegenüber den Staatsdienern, die ministerielle Verantswortlichkeitspssicht dem Interesse der Regierten gegenüber den Regierenden; das Strassecht

also bem Rechtszwed, die staatliche Disziplinargewalt einem staatsorganisatorischen, die ministerielle Verantwortlichteitspslicht einem politischen Zwede. Führung der Staatsgeschäfte im Interesse der Regierten ist der politische d. h. staatliche Zwed **ax* è zoxiv, und Führung der Staatsgeschäfte im Interesse der Regierten heißt im repräsentativen Staatswesen Wahrung des Einslusses der Wähler und ihrer Vertretung auf die Führung der Geschäfte, also Aufrechterhaltung des Anteils derselben an der Staatsmacht. Die Ministerverantwortlichseit betrisst sowi den staatsichen Endzwed unmittelbar und als ein Ganzes und das Wachtverhältnis der obersten Wachtsattoren zu einander. Die ideellen Schäden, um die es sich bei dieser Versantwortlichseitspslicht handelt, sind nicht Rechts- oder Justizschäden und nicht Schäden des Staatsdienstes, sondern Schäden, die unmittelbar die Unterthanen als Gesammtheit oder die Wähler und Vollsvertreter tressen.

Daß damit die Natur ber Ministerverantwortlichfeit richtig charafterisiert ift, wird burch bie spezielle Regelung bestätigt, welche bieselbe im positiven Rechte erfährt. Burbe biese Berpflichtung zu Red und Antwort ftrafrechtliches Befen haben, fo ware nicht abzuseben, warum biese Berpflichtung mit ber Beenbigung ber Ministerstellung ihr Enbe erreicht. Die ftaatliche Strafgewalt wird nicht ohne weiters rechtlich baburch geenbigt, bag jemanb, ber gegen bie Strafgefebe verftieß, fich ber ftaatlichen Territorialhobeit burch Beggug, ber ftaatlichen Berfonalhoheit durch Aufgabe ber Staatsangehörigfeit entzieht. Dem Intereffe an ber Aufrechterhaltung von Bucht und Ordnung innerhalb ber Gemeinschaft ber Staatsbiener entspricht ja wohl auch unter Umftanben eine Berpflichtung bes Beamten zu Aufschluffen über Gefet und Bwedmäßigfeit feiner Umtöführung. Aber biefe Berpflichtung besteht eben nicht gegenüber ben Regierten und feinen Bertretern, sonbern gegenüber bem mit Dienstgewalt ausgestatteten Dienstherrn 1). So febr auch bas Barlament politisch als Dienstherr ber Minister bezeichnet werben tann, weil ber Trager ber Eretutive bieselben nach bem Billen bes Barlamentes ju berufen und zu entlaffen genötigt ift, rechtlich bleibt boch bas haupt ber Egekutive ihr Dienftherr. Und selbst politisch kann nicht bavon gesprochen werden, daß das Barlament als politischer Dienstherr ber Minister auch politische Disziplinargewalt besitze. Diese beschräntt fich auf Entlaffung unwürdiger Staatsbiener. Sier handelt es fich regelmäßig um Entlaffung teineswegs unwürdiger, fonbern mifliebiger ober unfähiger Minifterverfönlichfeiten.

Ebenso, wenn auch nur setundar, spricht für eine andersartige als straf- ober disziplinarrechtliche Natur der Ministerverantwortlichteit der Umstand, daß neben ihr die straf- oder disz
ziplinarrechtliche fortbesteht. Wohl ist dies nicht ausschlaggebend. Reben einer allgemeinen
strafrechtlichen Verpslichtung kann auch noch eine besondere strafrechtliche gegeben, neben der
allgemein disziplinaren noch eine besondere disziplinare gedacht werden, deren Ausübung nur
anderen Organen als denjenigen zusteht, welchen die Geltendmachung der allgemeinen strafoder disziplinarrechtlichen übertragen ist. Aber immerhin kann dieses Fortbestehen straf- und
disziplinarrechtlicher Verantwortung neben der eigentlich ministeriellen als unterstützendes
Woment herangezogen werden, wenn andere Gründe für die besondere Ratur dieser Verantwortlichkeit sprechen.

Bisher ergibt sich uns: die Ministerverantwortlichkeit ift politischer Natur, sie ist eine staatsrechtliche Rechenschaftspflicht, eine Pflicht zu ideeller Rechnungslegung im Interesse ber

¹⁾ Man kann auch nicht sagen, die Berantwortlichkeit vor dem Parlament stehe an Stelle berjenigen vor dem Dienstherrn, da dieser bieselbe nicht ausüben könne, weil er ja zu jedem Regierungsakte der Gegenzeichnung des Ministers bedarf und darum die Disziplinargewalt nicht bethätigen könnte, wenn nur ein Minister vorhanden. Denn zu dienstlichen Anordnungen nur an den Minister bedarf der Chef der Egzekuive nach der Natur der Sache keiner Gegenzeichnung. Wie der Minister frei zurücktreten kann, so muß auch der Dienstherr ihn frei entlassen können. An das Amt, aber nicht an die Person des Ministers ist der Träger der Ezekutive gebunden.

Regierten und ihrer Vertreter. Aus ihrem Zwede ergibt sich aber noch ein weiteres. Sie ist wesentlich eine Verantwortlichkeit vor der Volksvertretung. Die Volksvertretung ist das zur Wahrnehmung der Interessen der Gesammtheit der Unterthanen berusene Staatsorgan. Sie dient darum insbesondere auch dazu, den Einstuß dieses Staatsorgans auf die Führung der Staatsgeschäfte zu gewährleisten. Also ist sie eine Psticht gegenüber dem Parlamente. Als Rechtspslicht besteht eine Verantwortlichkeit der Winister zur Wahrung der Interessen der Rezierten und der Wähler lediglich gegenüber der Volksvertretung: Les ministres sont responsables devant les chambres. Thatsächlich, politisch ist sie auch eine Verantwortlichkeit vor dem Lande, den Wählern und ihren thatsächlichen Vertretern, also besonders vor der Presse als der Hauptträgerin der öffentlichen Meinung.

Handelt es sich noch um den Namen dieser Ministerverantwortlickeit. Am zutressenhsten ist ihre Bezeichnung als parlamente it ihre Bezeichnung als parlamente ift, ist ihr sie Verantwortlickeit. Daß sie eine Berantwortlickeit vor dem Parlamente ist, ist ihr sie rechtlich und thatsächlich auszeichnendes Moment. Die Geltendmachung der vermögensrechtlichen, der disziplinären und der strafrechtlichen Berantwortlickeit der Minister kann wohl auch dem Parlamente übertragen sein und wir sahen ja, daß die Ministeranklage wegen Amtsverdrechen in Frankreich in der Hand der Deputierten, die Aburteilung derselben in der Hand des Senates liegt. Aber dies ist eben der Unterschied gegenüber diesen anderen Berantwortlickeiten. Diese können auch vom Parlamente, die hier gemeinte Berantwortlickeit der Minister kann nur vom Parlamente geltend gemacht werden. Sie steht dem Parlamente als solchem d. h. als staatlichem Machtsattor und Bertreter der Gesammtheit der Regierten zu. Ist dem Parlamente Erhebung oder Aburteilung der Ministeranklage übertragen, so handelt es nicht in seiner Grundsphäre, als staatlicher Machtsattor und Bertreter der Gesammtheit der Regierten, sondern als Richter, wie ein Gerichtshof. Seine Thätigkeit dient dann nicht der Erfüllung eines politischen, sondern des Rechtszweckes.

Beniger gut wegen der Bieldeutigkeit des Bortes, aber sehr eingebürgert und zur Unterscheibung taum zu entbehren, weil auch die strafrechtliche Berantwortlichkeit nach positivem Rechte sehr oft vom Barlamente geltend gemacht und beshalb nicht selten ebenfalls Berantwortlichfeit vor bem Barlament genannt wird und genannt werden kann, ist die Bezeichnung po = lit if che Berantwortlichfeit. Sie rechtfertigt fich insoferne, als fie bie Berantwortlichfeit vor einem politischen d. h. vor einem Wachtfaktor ist und der Aufrechterhaltung staatlicher Macht= verhältniffe dient. Aber fie bringt eben die Gefahr mit fich, daß man hierunter lediglich Berantwortung für bie Anwendung ber Staatstunft, also für Amedmäßigleit, nicht auch für Rechtmäßigfeit ber staatlichen Geschäftsführung erblidt. Es wird später von bieser Auffassung und bem Begriffe politische Berantwortlichkeit überhaupt zu reben fein. Jebenfalls aber kann gegen bie Bezeichnung ber parlamentarischen Berantwortlichteit als politische Berantwortlichteit nicht eingewandt werden, ebenso aut sei es auch möglich, die Ministeranklage wegen Amtsverbrechen und die Antlage des Brafidenten wegen Hochverrats oder die Berantwortlichkeit eines jeden Unterthanen wegen Angriffe auf die Sicherheit des Staates politische Berantwortlichkeit ju nennen, denn auch diese Berantwortlichkeiten dienten der Aufrechterhaltung bestehender Machtverhaltniffe im Staate, somit politischen Zweden. Man wurde überfeben, daß diese Sandlungen in erster Linie als Berlegung ber allgemeinen objektiven Rechtsordnung, in zweiter als Berletzung des besonderen Rechtsgutes des Bestandes der staatlichen Wachtverhältnisse in Be-

¹⁾ Daß biese Bertretung nicht im natürlichen Rechtssinne, als Stellvertretung frember Rechtssubjette, sondern im übertragenen Rechtssinne, als Plicht, frembe Interessen wahrzunehmen, zu verstehen ist, weil die Regierten als solche kein besonderes Rechtssubjekt darstellen und darum auch nicht einen Stellvertreter im Sinne der allgemeinen Rechtslehre haben können, ist eine dem Allgemeinen Staatsrechte und der Politik, nicht aber der Allgemeinen Staatslehre angehörende Einzzelfrage.

tracht kommen. Gewiß sind die strafbaren Handlungen der Minister, um die es sich handelt, so gut, wie sonstiger Hochverrat und sonstige Delikte, welche die staatliche Existenz und die Ordnung staatlicher Machtverhältnisse angreisen, als politische Delikte zu bezeichnen, aber in erster Linie sind es eben doch Delikte, d. h. Berlehungen der allgemeinen Rechtsordnung, erst in zweiter Linie solche politischen Charakters. Hier aber handelt es sich um eine Verpstickung, welche in erster Linie politischen Interessen dient, der Aufrechterhaltung konstitutioneller Rechts- und Macht- und Interessenverhältnisse, nicht um Aufrechterhaltung der allgemeinen objektiven Rechtsordnung. Politische Delikte des Ministers kann es auch in Staaten ohne Parlament geben, politische Verantwortlichkeit nur im Staat mit repräsentativem Regierungsprinzipe. Immerhin kann zur Unterscheidung von der Verantwortung für politische Delikte diese Verantwortlichkeit als konstitution elle bezeichnet werden.

Ein letter Name für unsere Ministerverantwortlichfeit mare Ministerverantwortlichfeit schlechthin, Ministerverantwortlichteit im engeren, eigentlichen ober tech = n i f den Sinne. Denn es ift die Berantwortlichkeit, welche nur bem Minifter, teinem anderen Staatsorgane obliegt. Bermögens-, ftraf- und bisziplinarrechtlich find auch andere Staats. organe verantwortlich; solche Berpflichtung zu Red und Antwort vor dem Barlamente als solchem obliegt allein dem Minister. Wohl haben auch noch andere Staatsorgane eine Pflicht zur Berantwortung vor dem Barlamente, die Barlamentsmitglieder selbst. Sie unterliegen der Barlamentsbisziplin. Allein biese Berpflichtung hat einen anderen Inhalt, weil einen anderen Bwed. Sie ift feine Berpflichtung ju Reb und Antwort, sondern die allgemeine Berpflichtung, parlamentarische Ordnungsregeln einzuhalten, und es handelt fich bei ihr nicht um Aufrecht= erhaltung bestimmter Beziehungen zwischen ben verschiebenen Machtfaktoren bes Staates, sonbern um die Ermöglichung einer Ordnung bes Berfahrens eines diefer Machtfattoren. Alfo nicht um einen politischen, sondern um einen staatsorganisatorischen Zwed. Und endlich konnte baran gebacht werden, daß da, wo der Bolksvertretung ein Enquêterecht zusteht, dieselbe das Recht gur Reugenvernehmung befigt, alfo Berfonen gum Ericeinen und gur Ausfage vor bem Barlamente zwingen tann. Allein bier banbelt es fic bann nicht um ein Reb- und Antwortstehen notwendig und nur über die amtliche Geschäftsführung ber Minister, sondern um irgendwelche bem Parlamente wissenswert erscheinende Thatsachen und vor Allem nicht notwendig um ein Red= und Antwortsteben nur der Minister, fondern beliebig britter Berfonen.

Wir haben auf diese Weise die Ministerverantwortlickeit im technischen Sinne von einer Reihe anderer Verantwortlickeiten unterschieden. Wir sahen, sie ist nicht straf=, nicht zivil=, nicht disziplinarrechtlicher Katur. Doch teilt sie mit letzterer den staatsrechtlichen Charakter. Sie ist öffentlichrechtliche Rechenschaftspflicht. Am wichtigsten ist ihre Unterscheidung von der strafrechtlichen Verantwortlickeit des Ministers, weil diese letztere in der positiven Gesetzgebung ebenfalls ausdrücklich hervorgehoben wird. Für die zivil= und disziplinarrechtliche Verantwortlickeit der Minister gibt es keine besonderen Rechtssätze, aber strafrechtlich gibt es besondere ministerielle Amtsverbrechen. Somit ist es notwendig, parlamentarische Minister verantwortlickeit und Verantwortlichkeit der Minister wegen dieser besonderen Verbrechen bes grifflich scharf zu trennen.

Daß wir mit unserer Unterscheidung von parlamentarischer und strafrechtlicher Berantwortlichkeit die einschlägigen Bestimmungen des französischen Berfassungsrechtes zutreffend kennzeichneten, ergibt ihre Bestätigung in anderen Berfassungsordnungen. Die Unterscheidung kehrt in einer Reihe anderer Berfassungen, zum Teil sogar mit noch größerer Deutlichkeit wieder. Für das geltende französische Recht mußten wir den Inhalt der politischen Berantwortlichkeit nach seiner wesentlichsten Seite aus der Wortbedeutung des Wortes Berantwortlichkeit entnehmen. Ein ausdrücklicher Rechtssat, der bestimmen würde, die Minister haben die Pflicht, vor dem Parlamente zu erscheinen und auszusagen, sehlt. Ausdrücklich erwähnt wird nur ein Recht berselben, im Parlamente zu erscheinen und bort zu reben 1). In anbern Berfassungen ist dagegen auch der Inhalt der konstitutionellen Ministerverantwortlickkeit ge= sehlich festgelegt und so burch ausdrückliche Borschrift bestätigt, was wir aus dem Wortsinne des Begriffes Berantwortlichkeit ableiteten. Es fei hiefür lediglich die belgische Berfaffung an= geführt, in welcher die strafrechtliche Natur der Ministeranklage um so stärker bervortritt, als die Aburteilung berselben nicht einem Barlamentsteile, sondern einem besonderen Staatsge= richtshofe zusteht. Art. 63 der belgischen Berfassung sagt: La personne du Roi est inviolable; ses ministres sont responsables und bies wird nun einerseits durch Art. 88, anbererseits durch Art. 90 erganzt. Art. 88 fest neben die Bestimmung : Les ministres . . . ont leur entrée dans chacune des Chambres et doivent être ent en dus quand ils le demandent bie andere: Les Chambres peuvent requérir la présence des ministres und Art. 90 bestimmt: La Chambre des représentants a le droit d'accuser les ministres et de les traduire devant la cour de cassation, qui seule a le droit de les juger ... sauf ce qui sera statué par la loi quant ... aux crimes et délits que des ministres auraient commis hors l'exercice de leurs fonctions. Une loi déterminera les cas de responsabilité, les peines à infliger aux ministres et le mode de procéder contre eux Man beachte, Art. 63 fpricht nicht, wie die frangofische Berfaffung, von einer Berantwortlichfeit vor ben Rammern, fondern von einer Berantwortlichfeit folechthin. Art. 63 läßt somit noch unentschieden, vor wem und in welcher Art die Minister verantwortlich sind. Ber fie zur Berantwortung ziehen will, muß seine Rompetenz aus anderen Bestimmungen entnehmen und die enthält nun Art. 88 und 90. Art. 90 handelt von der Berantwortlickfeit ber Minister vor bem Raffationshof wegen crimes et delits, welche bie Minister in Ausübung ihrer Funktion begehen, Art. 88 von ihrer Berantwortlichkeit vor den Rammern. Das eine ift die ftrafrechtliche, bas andere die politische Ministerverantwortlichkeit.

Durch die disherigen Ausführungen sind wir darüber unterrichtet, daß der Unterschied zwischen politischer und strafrechtlicher Ministerverantwortlickeit in erster Linie in der Berschiedenheit des Zweckes beruht. Die politische Berantwortlichkeit dient politischen Zwecken, die strafrechtliche dem Rechtszwecke. Und dann ersehen wir auch Unterschiede in dem Inhalte der Berantwortlichkeit. Die politische Berantwortlichkeit besteht mangels besonderer Bestimmung lediglich in einer öffentlichrechtlichen Pflicht zu Erscheinen und Aussagen vor dem Parlamente; die strafrechtliche Ministerverantwortlichkeit hat gesehlich bestimmte Strafen zur Folge. Zweck und Inhalt beider Arten von Ministerverantwortlichkeit sind damit festgestellt. Noch handelt es sich um den Gegenstand beider Berantwortlichkeiten. Wosür trägt der Minister die eine, wosür die andere Berantwortlichkeit?

In dieser Hinsicht ergibt sich aus bem Zwede ber strafrechtlichen Berantwortlichkeit, daß bieselbe lediglich eine Berantwortlichkeit für Rechtsverletzungen ist. Sie ist eine Berantwortlich= teit für Berbrechen und Bergehen, also für Delitte, und der Thatbestand dieser muß objektiv= rechtlich sigiert sein und zwar mussen biese Delitte mangels besonderer Bestimmungen Ber= letzungen bes Bersassungsrechtes darstellen; denn im Interesse der Aufrechterhaltung der

¹⁾ Geseth vom 16. Juli 1875 Art. 6: Les ministres ont leur entrée dans les deux Chambres et doivent être entendus quand ils le demandent. — Uebrigens ist dieses Recht das aus der Natur der Sache solgende Korrelat der Berantwortsicheitspssicht. Wer vor dem Vosse und seinen Bertretern verantwortlich ist, muß sich auch vor deiden verteitigen können. Es ist daher z. B. nicht zutressend, wenn Bismard in seinen "Gedanken und Erinnerungen" Bd. 2 S. 307 sagt, in der Prazis mache man den Kanzler sür die gesammte Reichsregierung verantwortlich, nach dem Wortlaut der Berfassung könne er im Reichstage nur erscheinen, wenn er zugleich Bundesratsbevollmächtigter sei. Daß die Bundesratsbevollmächtigten im Reichstage erscheinen dürsen, hiefür war eine bessondere Bestimmung notwendig; denn sie sind nicht vor dem Reichstage verantwortlich; aber daß der Kanzler als solcher im Reichstage erscheinen darf, war selbstverständlich, nachdem er als für die Alte des Kaisers vor dem Reichstage verantwortlich erklärt war.

grunblegenden Staatsordnung ift die Ministeranklage eingeführt. Ferner können diese Delikte nur Amtsdelikte des Ministers sein. Für Strafthaten, welche der Minister nicht in Ausübung seiner ministeriellen Funktionen¹), sondern als Privatmann begeht, bedarf es keiner besons deren strafrechtlichen Berantwortlichkeit. Andererseits ist es aber nicht nötig, daß die unter besondere Strafe gestellten Amtsverbrechen des Ministers gerade sogenannte eigentliche Amtsdelikte sind; es können auch uneigentliche sein, d. h. solche, welche an sich auch ein Privatmann begehen kann.

Bezüglich bes Gegenstanbes ber politischen Ministerverantwortlichfeit ergiebt fich aus beren Besen nur eine Beschränfung. Sie muß amtliche Ungelegenheiten betreffen. Dagegen ift fein Grund erfichtlich, warum biefelbe nur eine folde für Rechtsverlegungen fein follte. Rebe und Antwort ju fteben hat man mangels besonderer Ginschränkung nicht blog für die Recht-, sondern auch fur die Zwedmäßigfeit feiner Sandlungen. Andererseits lagt fich auch nicht fagen, die politische Berantwortlichkeit beziehe fich nur auf Zwedwidrigkeiten; biejenige für Rechtswidrigkeiten fei icon burch die ftraf-, zivil- und disziplinarrechtliche gebedt. Bollte man bies meinen, fo wurde man unbeachtet laffen, daß beibe Berantwortlichfeiten inhaltlich, nach ihren Birtungen, auseinandergeben. Die Folge ber einen Berantwortung ift Strafe, bie ber anderen munbliche Rechenschaft. Es ift unerfindlich, warum in ben Fallen, wo Strafe möglich, diese mundliche Berantwortungspflicht wegfallen follte. Aus bem Sape bes frangofi= schen Gesetzen vom 25. Febr. 18752): Les ministres sont solidairement responsables devant les chambres de la politique générale du Gouvernement lößt sich nichts Gegenteiliges entnehmen ; benn Bolitit heißt bier nicht am edmäßige Führung ber Staatsgefcafte, sondern Führung der Staatsgeschäfte, Thätigkeit in staatlichen Dingen⁸). Denn es hat doch feinen Sinn, zu fagen, mas die allgemeinen, b. h. alle ober bie meisten Refforts betreffenben Staatsangelegenheiten angeht, ift ber einzelne Minister nur für Zwedmäßigkeit, was seine actes personnels angeht, auch für Rechtsmäßigkeit verantwortlich. Bolitische Berantwortlickteit ist also nicht im Sinne von Berantwortlickteit für zweckmäßige Geschäftsführung im engeren Sinne, b. b. mit Ausschluß ber Ginhaltung ber Rechtsordnung ju verstehen. Auch ein innerer Grund fpricht noch bafür, bag fich bie parlamentarifche Berantwortlichteit auch auf Rechtswidrigkeiten bezieht. Es kann nicht als Absicht bes Gesehgebers gedacht sein, daß wegen Rechtswidrigfeiten nur bas Rechtsmittel ber Ministerantlage möglich fein follte. Das Berfahren ber Ministeranklage ist wegen ber als Aläger und Beklagte beteiligten Faktoren ein bie politische Rube so erheblich ftorender und bas politische Ansehen der Beteiligten so bedeutend in Mitleibenschaft ziehender Borgang im Staatsleben, daß man von berselben nur bei fehr schweren Rechtsbrüchen 1) und lediglich, wenn man fich des Sieges sicher glaubt, Gebrauch machen wirb. Gine Berantwortlichfeit ber Minifter megen geringerer Rechtsverlegungen, g. B. megen angeblich rechtswidriger Berfetung ober Entlaffung eines Beamten, beftanbe bemgemäß gegenüber bem Barlamente thatsächlich nicht. Daß ber Gesetzeber einen so unzureichenden Schut ber Rechte bes Bolles und seiner Bertreter habe zulaffen wollen, hieße angesichts ber völligen ober nabezu völligen rechtlichen Unverantwortlichfeit bes hauptes ber Exetutive einen fehr wenig einsichtigen Gesetzeber voraussetzen und widerspräche der Entstehungsgeschichte des Repräsentativfpstemes, welches aus bem Grundgebanken bes Schubes ber Rechte ber Unterthanen gegen Willfür heraus gewachsen ift. Somit unterliegt ber Minister bei Rechtswidrigkeiten beiben

4) S. auch Brnce Bb. 1 S. 211.

¹⁾ Bergl. S. 327 und 332.
2) Siehe oben S. 326.
3) Es wäre unrichtig, würbe man annehmen, aus dieser Bebeutung von Politik leite sich der Ausdruck politische Berantwortlichkeit ab. Denn von dieser Bebeutung aus wäre politische Berantwortlichkeit des Ministers jede Art von Berantwortlichkeit desselben für Staatsgeschäfte und hätte bemgemäß politische Berantwortlichkeit des Ministers seine Berantwortlichkeit als Privatmann zum Gegensat.

Berantwortlichkeiten, ber ftrafrechtlichen und ber politischen. Db bie lettere allein ober nur zuerst angewandt werben will, ist Frage politischen Ermessens.

Die hier aus den Bestimmungen der französischen Berfassung für den Umfang des Gegenstandes beider Berantwortlickleiten gezogenen Konsequenzen sinden die Zustimmung der Schriftsteller dieses Staates zum Teil nicht. Dieselben behaupten zumeist, daß die Ministeranklage nicht bloß wegen Rechts-, sondern auch wegen Zwedwidrigkeit statthaben könne, also z. B. auch dann, wenn das Ministerium innerhalb seiner Kompetenz einen dem Staat höchst nachteiligen völkerrechtlichen Vertrag abschließe; denn darüber, was in Ausübung der ministeriellen Funktionen begangene Verdrechen seien, bestimme das Ermessen des darüber zu Gericht sitzenden Organes. Verdrechen im Sinne dieser Bestimmung sei nicht bloß, was Verdrechen im Sinne des Straspeckes sei, sondern jede dem Bohl des Staates nachteilige Handlung, jeder schliechte Gebrauch der Amtsgewalt; nicht vom Standpunkte des Rechtes, sondern als actes politiques seien die betressenden Handlungen aufzusassen. Ja, man geht soweit, daß man dem über die Anklage aburteilenden Handlungen die Bestimmung der Strasart völlig überläßt.

Fragen wir nach der näheren Begründung, so wird dieselbe daraus zu entnehmen verfucht, daß man fagt, Abgeordnetentammer und Senat feien bei ber Ministerantlage um beswillen nicht an ben Sat nulla poena sine lege poenali gebunden, weil es eine politische, nicht eine Gerichtsversammlung fei, welcher bie Aburteilung guftebe. Die Berfaffung batte baburch zu erkennen gegeben, daß das Urteil des Senates kein richterliches, sondern ein politifces, b. h. ein von politischen, nicht von richterlichen Gesichtspunkten ausgehendes fein muffe 2). Allein biefer Schluß ist nicht zwingend. Es kommt auch sonst vor, daß einem Organe andere Aufgaben übertragen find als biejenigen, für welche es an fich bestimmt ift. hievon ift auch hier Gebrauch gemacht. Ausnahmsweise find einer politischen Bersammlung strafrichterliche Funktionen übertragen. Daburch erhält bieselbe noch nicht bas Recht, die für die Anwendung der Strafgewalt aufgestellten Rechtsgrundfabe ju umgeben. Durch eine beftimmte Organisation ber Strafrechtspflege wird noch nicht notwendig auch bas materielle Strafrecht geandert. Abgesehen bavon, daß die französische Staatslehre unter dem Einslusse Benjamin Constant's 3) fteht, welcher die Ministeranklage theoretisch bei jedem Mißbrauch einer gesetlichen Gewalt zuließ, ohne aber damit etwas über ihre rechtliche Natur zu bestimmen, leidet diese Anschauung daran, baß fie bie thatfächliche Wirfung, welche bei ber vorausgeseten rechtlichen Ordnung eintreten wird, und die rechtliche Geftaltung des Berhaltniffes, welche vorliegt, verwechselt. Die gefet= liche Thatsache, daß die Aburteilung der Ministeranklage dem Senate und nicht einem Gerichtshofe übertragen ist, wird die thatsäckliche Folge haben, daß der Senat als politische d. h. einen ftaatlichen Machtfaktor repräsentierende Körperschaft sich bei der Entscheidung über die Anklage mehr von politischen als von rechtlichen Gesichtspunkten leiten lagt. Allein baraus, bag er bies thun kann, d. h. daß er daran nicht verhindert zu werden vermag, folgt noch nicht, daß er dies thun muß. hiegegen tann nicht eingewendet werden, es gabe Staaten, in welchen die Di= nisteranklage auch bei lediglich unzwedmäßigen handlungen zugelassen sei. In ber That ift bies in England und fogar in Belgien ber Fall. In England ift es feit Rarl II geltenbes, wenn auch seit 1805 nicht mehr angewandtes Recht, daß Anklage (impeachment) nicht nur wegen justice, sondern auch wegen honesty und utility erhoben werden kann 1), und Art. 134 ber belgischen Berfassung räumt es bis zu bem in Art. 90 5) vorgesebenen, aber bis beute noch nicht zu ftande gefommenen Gefete über bie Falle, Strafen und bas Berfahren ber Di-

¹⁾ So Es mein S. 81, 82, 598, 595, 596. — Für bie belgische Berfaffung ift bie Frage nicht ftreitig, wie fich nachher ergeben wirb.

²⁾ Esmein S. 595 f.
3) Cours de politique Bb. 2 S. 405.
4) Bergl. Georg Mener S. 589; Esmein S. 86; v. Senbel, Annalen 1898 S. 753.
5) Bergl. oben S. 332.

nifteranklage bem distretionären Ermeffen bes Staatsgerichtshofes ein, ben Thatbeftand bes Delittes und die Strafe hiefur zu bestimmen 1). Allein mit diesen Bestimmungen ift nicht gesagt, daß auch die Ministerantlage wegen unzwedmäßiger Amtshandlungen strafrechtlicher Natur fei. In Bahrheit bat die Ministeranklage biefer Berlaffungen ihre rechtliche Natur geanbert. Sie ift teils friminelle, teils politische Berantwortlichteit. Balb verfolgt fie ben Rechts-, balb einen politifden Zwed.

Ganz beutlich zeigt bies die Geschichte bes Impeachment in England. Dasselbe ift bort von Haus aus unzweifelhaft strafrechtlicher Natur. Es fnüpft an die Reit an, wo das haus ber Lords noch das magnum concilium war. Zum ersten Male erscheint es unter Beinrich III 1386 2). Im großen Rate und durch ihn übt ber Ronig neben anderen Hoheits= rechten basjenige ber Berichtsbarteit, insbesondere Strafgerichtsbarteit. Die Anklage vor bem Hause ber Lords mar somit Strafanklage. Allein im Laufe ber weiteren Entwidelung wurde fie verwandt, um bem Barlamente eine Rontrolle über bie Geschäftsführung ber Regierung zu verschaffen. Sie biente bemnach politischen Zweden und ward so eine politische Magregel, ja biejenige Magregel, aus welcher bann als geringerer Berantwortlichkeitsgrab bie eigentliche politische Berantwortlichkeit, die Pflicht zur mündlichen Antwort und zum Rückritt bei Bertrauensverluft, berauswuchs. Seitbem bas Barlament biefe politische Herrschaft über die Krone erworben hatte, wandte es das Impeachment nur noch bei wirklichen Berbrechen, schweren Beruntreuungen von Staatsgelbern und ähnlichen Delikten an und beschränkte es so thatfachlich wieder auf Delifte, bis es feit 1805 gang außer Uebung trat, ein Buftand, welcher übrigens lediglich den Charafter thatfachlichen Brauches, nicht abandernden Gewohnheitsrechtes hat 3).

¹⁾ Jusqu'à ce qu'il y soit pourvu par une loi, la Chambre des représentants aura un pouvoir discrétionnaire pour accuser un ministre, et la cour de cassation pour le juger, en caractérisant le délit et en déterminant la peine. Néanmoins, la peine ne pourra excéder celle de la réclusion, sans préjudice des cas expressément prévus par les lois pénales. Bergl. außerbem bas babische Geset vom 20. Febr. 1868, wornach Ministerantlage auch wegen "schwerer

celle de la réclusion, sans préjudice des cas expressément prévus par les lois pénales. Berglaußerbem das badische Gefet von 20. Hebr. 1868, wornach Ministerantlage auch wegen "schwere Gefährbung der Sicherheit oder Wohlschreit des Staates" möglich ist; vergl. Georg Meyer S. 591.

2) An son Bd. i S. 851; Foster Bd. 1 S. 507.

3) Auch das Impeachment in den Vereinigten Staaten (oben S. 290 N. 4) ist nicht mehr eine straftechtliche Berantwortlichkeit. Iwa it es sur eines klasten (oben S. 290 N. 4) ist nicht mehr eine straftlage ist, denn aus dem Grunde allein, del die Simpeachment auch hier von daus aus eine reine Straftlage ist, denn aus dem Grunde allein, weil die Strafe nur auf Antsentseung und Antseunfähigkeit lauten dars (Verfassung I 3), wie es Georg Meyer S. 590 thut, anzunehmen, das Impeachment set eine nur in den Formen des gerichtlichen Verschrens auftretende politische Waßeregel, erscheint nicht notwendig. Es liegen eben politische Verfassen auftretende politische Waßeregel, erscheint nicht notwendig. Es liegen eben politische Deslitte vor, die keine anderen Strafen erforderlich machen. Allein die amerikanische Prazis hat unter dem Veisald ver Mehrzahl der Staatsrechtslicher (über die vier Theorien, welche bertreten werden tönnen, i. Foster Wh. 1 S. 582 staatsrechtslicher (über die vier Theorien, welche bertreten werden tönnen, i. Foster Wh. 1 S. 582 staatsrechtslicher Staatsrechtslicher Staatsrechtslicher Staatsrechtslicher Staatsrechtslicher Staatsrechtslicher Staatsrechtslicher Staatsrechtslicher Erweitert. Sie erklärt den Senach für zuständig, frei zu bestimmen, was er außer Hochverrat und Bestechung noch als Gegenstand des Impeachments zuschen welche Ausgeschaft des Samesachungenschaften welchen welchen Schlieben der Abertalische Staatsrechtliche Staatsrechtlicher Sta

Man konnte noch ben Bersuch machen, die Auffaffung Esmein's baburch aufrecht zu erhalten, daß man fagt, diefe Berantwortlichfeit ift zwar teine friminelle, aber eine bienftrecht= liche. Das Disziplinarporgeben erfordert keinen objektivrechtlich umschriebenen Thatbestand. Sebe Berletung einer Dienstpflicht ift ein Dienftvergeben. Bas aber Dienstpflichtverletung, barüber entscheibet bas Ermeffen ber Disziplinarbehörbe, bas Disziplinargericht. Allein ber Auffaffung ber Minifteranklage als Disziplinarverantwortlichteit fteht ein Doppeltes entgegen. Einmal ift bas Barlament weber rechtlich, noch politisch Inhaber einer Disziplinargewalt über die Minister. So sehr auch das Barlament durch ein Mißtrauensvotum den Sturz des Ministeriums herbeizuführen vermag, die Urfache hiefür ift nicht notwendig eine Dienstoflicht= verletung.8). Und wenn auch eine folche vorliegt, hat sie die angegebene Wirkung nicht als solche, sondern weil sie eine Handlung ift, welche ber Anschauung der Mehrheit der Bolksvertretung miffällt. Dazu tommt aber noch ein anderes. Bare bie Ministerantlage bienststrafrechtlicher Natur, so mußte die burch fie geltend zu machende Berantwortlichteit mangels befonberer Bestimmung mit Bergicht auf ben Ministerposten ihr Enbe erreichen. Die Dienststrafgewalt bort grunbfaglich mit bem Dienstverhaltniffe auf, Die Berantwortlichfeit ber Ministerantlage bagegen nicht. Endlich lagt fich ju Gunften einer bisziplinaren Auffaffung ber Ministeranklage auch nicht anführen: wäre bieselbe krimineller Ratur, so mußte baneben ein orbentliches Strafverfahren ausgeschloffen fein. Daß bies nicht ber gall ift, erklärt fich baraus, daß die Ministeranklage die Strafthat nur soweit trifft, als es ihr politischer Aweck, bie Aufrechterhaltung ber konstitutionellen Rechts- und Machtverteilung, forbert. Ift bie betreffende That zugleich noch ein anderes als ein tonftitutionelles Delitt, fo tann weitere Berfolgung stattfinden. Das Ministerverantwortlichkeitsstrafrecht ist wegen seines Rusammenhanges mit staatsrechtlichen Berhältnissen, als ein Recht, welches ein Delikt gegen staatsrechtliche, gegen politifche Rechtsguter betrifft, von ben allgemeinen Strafgefesbuchern und Strafprozefordnungen immer unberührt gelaffen worben. Alfo gilt für basselbe auch nicht bas aus biefen Rechtstobifitationen abgeleitete Bringip bes ne bis in idem. Daß bas Ministerverantwortlich= teitöstrafrecht als ein Spezialstrafrecht die Behandlung der gleichen Delitte als allgemeinstrafrechtlicher nicht ausschließt, zeigen auch die Strafen, welche auf die Ministeranklage hin ausge= fprochen werden können. Sie geben lediglich auf Amthentziehung und fünftige Unfähigkeit zur Befleibung öffentlicher Aemter. Die Strafen follen eben nur einem besonderen politischen Bwede dienen. Berlangen außerdem andere Interessen Bestrafung, so finden daneben noch die allgemeinen Strafgesetze Anwendung. Hieraus hinwiederum tann nicht abgeleitet werden, bag bie Ministerantlage mit Rudtritt bes Ministerums notwendig ihr Ende erreichte. Denn

und boch gestürzt werden. Denn bas ist keine Dienst=, sondern nur eine politische Pflicht, nach bem Willen ber Parlamentsmajorität zu regieren.

und bemgemäß der Kammer der Deputierten in ihrer Eigenschaft als Anklägerin und dem Senate in seiner Eigenschaft als Richter Gewalten eingeräumt, die "über die einsache Anwendung der Strafgeset hinausgehen". Der Senat könne den Präsidenten nicht blos sin Handlungen, welche das Strafgeset dehtungen, welche das Strafgeset androhe, zur Berantwortung ziehen, sondern auch seine Absetung aussprechen (il peut prononcer sa decheance). Und zwar könne er diese Absetung nicht nur aussprechen, wenn zugleich Hochverrat im strafrechtlichen Sinne und demgemäß kriminelle Ahndung vorliege, sondern in jedem Falle. Er habe lediglich die Berpstichtung, die Thatsachen kenntlich zu machen, welche nach seiner Meinung Hochverrat begrünsen (S. 551). Somit entscheibet der Senat nach freiem Ermessen darüber, was er als Hochverrat ansehn welchen will. Hieraus folgt, daß er auch lediglich unzwecknäßige Handlungen hierunter zu versstehen vermag. Es m ein erkennt nun insofern an, daß dann keine strafrechtliche Berantwortlichkeit mehr vorliegt, als er sagt, die Berantwortlichkeit des Präsibenten nach dem Gesetz vom 16. Juli 1875 set plut dt und repression politique que légale. Hätten wir Esmein's Anschauung wissenschaftlich zu formulieren, so würden wir sagen: die Berantwortlichkeit des Präsibenten ist in erster Lind zu formulieren, so würden wir sagen: die Berantwortlichkeit des Präsibenten ist in erster Lind eine politische, in zweiter eine strafrechtliche; über das Borliegen der ersteren entscheide im einzelnen Falle das Ermessen des Parlamentes, über das Borliegen der ersteren entscheide im einzelnen Falle das Ermessen des Parlamentes, über das Borliegen der ersteren entscheide im einzelnen Falle das Ermessen des Parlamentes, über das Borliegen der ersteren entscheide im einzelnen

bie mögliche Strafe ist ja nicht bloß Amtsentziehung, sonbern auch die Unfähigkeit, ein Amt wieder zu erhalten. Hierüber kann doch auch noch nach Aufgabe der Ministerstellung entsschieden werden.

Mit dem Bisherigen hätten wir das Borhandensein verschiedener Arten von Ministerverantworlickeit, das Wesen dieser verschiedenen Arten und die Konsequenzen ihrer Unterscheidung positiv nachgewiesen. Mit diesem positiven Nachweis ist unsere Aufgabe aber noch
nicht erschöpft. Wie oben 1) angedeutet, sinden die Fragen des Unterschiedes von strafrechtlicher und politischer Berantwortlickseit und die Aussassingen des Wesens und der Wirkungen
dieser Berantwortlickseiten eine nichts weniger als einmütige Beantwortung. Aus diesem
Grunde haben wir unsere Darlegungen auch noch gegen andere Theorien zu verteibigen, wobei
jedoch sedialich die hauptsächlichsten in Betracht gezogen werden sollen.

Bor Allem ift es eine in Deutschland und anderwärts festbegründete Meinung, der Unterschied zwischen politischer und strafrechtlicher Berantwortlichkeit bestehe darin, daß die eine die Berantwortlichkeit für Zweck-, die andere die Berantwortlichkeit für Rechtmäßigkeit der Leitung der Regierungsgeschäfte sei. Man sindet den Unterschied also nicht in der Berschiedenheit des Zwecks, das eine eine Berantwortlichkeit im Interesse des Macht-, das andere eine solche im Interesse des Rechtszwecks, sondern in der Berschiedenheit des Inhaltes der Handlungen und man nennt, weil im Verhältnis von Strafrichter und Parlament zu einander die Zweckwicksich nur von dem Parlamente, nicht auch von dem Strafrichter geahndet werden kann, die politische Berantwortlichkeit aus diesem Grunde dann wohl auch parlamentarische Ministerverantwortlichkeit²).

Der Unterschied biefer Theorie gegenüber ber hier vertretenen Auffaffung besteht barin, baß sich nach ihr die politische Berantwortlichkeit nicht auch auf Fragen ber Gesehmäßigkeit ber ministeriellen Afte bezieht. Diese Meinung steht weber mit bem Bortlaut ber einschlägigen Berfassungsbestimmungen noch mit der Natur der in Betracht kommenden politischen Berhalt= niffe im Ginflang. Beibes murbe icon weiter oben berührt. Wir wiesen einerseits nach, bak eine vernünftige Auslegung bes Bortes politique generale in Art. 6 bes frangofifchen Berfaffungsgesebes vom 25. Febr. 1875 nicht erlaubt, hierunter lediglich eine Berantwortlichkeit für zwedmäßige Staatsleitung zu versteben 3), und ferner legten wir bar, wie bie Deinung, baß wegen Rechtsverlegungen nur Ministerantlage möglich sei, zur Folge haben wurde, daß bie meisten Gesetzeberletzungen nicht verfolgt werden konnten, ein Resultat, welches bem Grundgebanten bes tonftitutionellen Staatsprinzipes wiberfpreche 1). Jebenfalls tonnte von biefem Standpunkte aus eine Rechtswidrigket nur infofern zum Gegenstande politifcher Berantwortlichteit gemacht werden, als man immer behaupten mußte, daß die betreffende Rechtswidrigkeit begangen wurde, sei bem konstitutionellen Staatsgebanken ober bem Staatswohle überhaupt nachteilig, alfo zwedwidrig gemeen. Die Rechtswidrigfeit als folde, fomit die vielleicht vollig amedmäßige Rechtswidrigfeit tonnte bemnach nicht jum Gegenstande parlamentarischer Berant: wortlichteit gemacht werben. Bie oft wird aber eine Berfaffungswidrigkeit als folche, ohne gleich= zeitige Behauptung, es bi unzweckmäßig gewesen, dieselbe zu begehen, im Berlaufe der parla= mentarischen Behandlutg fritisch besprochen und vom Minister bierüber Rede und Untwort

¹⁾ S. 526.
2) So sagt 3. 9. Georg Meyer S. 588: "Man unterscheibet rechtliche und politische (parslamentarische) Berantvortlichkeit. Unter letterer versteht man die Psicht des Ministers, die poslitische Zweckmäßigkeis [politisch heißt hier: zweckmäßig für den Staat] seiner Maßregeln dem Parslamente gegenüber zu vertreten. Rechtlich ist der Minister dafür verantwortlich, daß seine eigenen Handlungen sowie die von ihm kontrasignierten Akte des Monarchen sich innerhalb der gestlichen Schranken bewege: "Es mein unterscheibet eine rechtliche und zwar eine penale und eine civile Berantwortlichkeist für "illegale" (rechtswidrige) Handlungen und eine politische für actes simplement kautifs et préjudiciables, dommageables pour le pays (S. 572, 593, 82, 86, 88, 96, 105, 597, 84).

verlangt, sei es, daß in dieser ober jener Frage die nach Ansicht der Parteien versassungsmäßig notwendige Zustimmung der Boltsvertretung oder für diesen oder jenen Erlaß des Hauptes der Exekutive die nach Meinung des Parlamentes erforderliche ministerielle Gegenzeichnung nicht eingeholt wurde! Aber auch aus der Wirkung, in welcher diese politische Verantwortlichkeit zu Tage treten soll — nach Meyer besteht sie in der Pssicht, seine Waßregeln gegenüber dem Parlamente zu vertreten 1), nach Esmein 2) in der Verpslichtung, dei Verlust des Vertrauens des Parlamentes seine Entlassung zu nehmen —, ergiedt sich kein überzeugender Grund, warum diese Verantwortlichkeit so beschränkt sein sollte. Warum sollte der Minister nicht wegen einer Rechtswidrigkeit interpelliert oder zum Rüdtritt genötigt werden können? 8).

Bu bieser einen, gegenüber bem positiven und inneren Stande der Dinge wohl nicht haltbaren Aussalfung des Begriffes politischer Berantwortlichkeit gesellt sich noch eine zweite, u. E. noch weniger aufrecht zu erhaltende Erklärung. Es ist die, als wäre die Berantwortlichkeit der Minister vor dem Parlamente wegen Zwedwidrigkeiten notwendigerweise lediglich eine thatsächliche, d. h. sich nur aus thatsächlichen Machtverhältnissen, aus Alugheitsrücksichten oder thatsächlichen Notwendigkeiten sich ergebende, niemals eine rechtliche, d. h. auf Rechtsnorm beruhende Berantwortlichkeit. Wir nennen als Wortsührer dieser weitverbreiteten Anschauung Es m ein und Georg Mehers). An derselben ist die Ausstellung zu machen, daß sie positive Rechtssätze als nicht vorhanden betrachtet bezw. über die zulässigen Grenzen einsschränkender Auslegung solcher hinausgeht. Die eine Ausstellung betrifft Es mein, die andere Meher Experimentschlen sich beide Ausstellungen auf die Aufstellung derselben Rechtssätze, aber sie müssen getrennt sormuliert werden, weil die beiden Schriftseller diese Rechtssätze verschieden erklären. Georg Meher vermeidet einen Berstoß, den Esmein mit vielen Ausständern begeht, nämlich den, die rechtliche Bedeutung der Ninisterverantwortlichkeit, von

1) S. 490 N. 2.
2) S. 96, 105.
3) Du guit, La séparation des pouvoirs etc. S. 357 vermeidet den Fehler Es mein's, instem er die politische Berantwortlichkeit nach der Seite ihres Anlasses hin negativ desiniert: la responsabilité politique ..., qui oblige les représentants d'un pouvoir de l'état à se retirer lorsque leur conduite est désapprouvée par les représentants d'un autre pouvoir, sans qu'il y ait ni infraction (délit) ni préjudice causé

ponsabilité politique ..., qui oblige les représentants d'un pouvoir de l'état à se retirer forsque leur conduite est désapprouvée par les représentants d'un autre pouvoir, sans qu'il y ait ni infraction (délit) ni préjudice causé.

4) So sagt Esm ein S. 96, 105, die Nötigung des Kadinets, auf ein erteiltes Mißtrauens-voum hin zurliczutreten, sei juristisch keine Absetung, sondern nur ein Wink, eine Mahnung, ein Zeichen sinciation), aber thatsächich seine Absetung, sondern nur ein Wink, eine Mahnung, ein Zeichen sinciation, aber thatsächich seine Absetung, sondern nur ein Wink, eine Mahnung, ein Zeichen sinciation, aber thatsächich seine Absetung, sondern nur ein Wink, eine Mahnung, ein Zeichen sinciation, aber thatsächich seine rechtliche (légale). Im gleichen der nennt demgemäß die paramentarische Berantwortlicheit seine nie presenden politique put die seine responsabilité pénale eine rechtliche (légale). Im gleichen Sinne bezeichnet er das von ihm behauptet Recht des Senates, den Präsidenten abzuseten, wie schon oben (S. 385 K. 3) demerkt, als eine répression politique plutôt que légale. Offender it das Wort Bolitif hier noch in einem anderen Sinne als in dem von Berantwortlicheit für zwecknätzige Gespäsige Gespäsigung gemeint; wie eben der Eegensa "legale Berantwortlicheitet" ergibt, im Sinne einer Berantwortlicheit, welcher durch thatsächliche Umfände, nicht durch Rechtsäsige begründet ist. Es sind sich sier also thatsächliche und thatsächliche Umfändliche, nicht durch Rechtsüsse begründet ist. Es sind sich sier also thatsächliche und techtliche Berantwortlicheit gegenübergestellt und behauptet, die Brantwortlicheit für Zweckundricheit seine Mahrusten der im kanntwertlicheit zu gesenübergestellt und den Bricht des Ministers, die politische Bewerdmäßigkeit seiner Maßregeln dem Farlamente gegenüber zu verrteten. Die politische Bewerdmäßigkeit seiner Maßregeln dem Farlamente gegenüber zu verrteten. Die politische Bevantwortlicheit der Bewerdmäßigkeit seiner Bewegen dehaftigkeit webeutung, sondern erscheitung

ber zivilen und bisziplinären Berantwortung abgesehen, lebiglich in ber Ministeranklage zu erblicken.

Me y er nimmt für diejenigen Versassungen, welche eine Ministeranklage nicht kennen, nicht sosort das Fehlen einer rechtlichen Ministerverantwortungspflicht überhaupt an, sondern lediglich das Fehlen eines Mittels, diese Pflicht geltend zu machen. M. a. W. er legt der Bortsbedeutung von "verantwortlich" auch rechtlichen Sinn bei, indem er darin die rechtliche Verpslichtung vor dem Parlamente Red und Antwort zu stehen erkennt. Esmein dagegen unterläßt es, der wörtlichen Bedeutung von responsabilité auch rechtliche zuzuschreiben. Nach Esmein erschöpft sich der rechtliche Inhalt der rechtlichen Ministerverantwortlichkeitspflicht (von disziplinärer und ziviler Verantwortung abgesehen) in der Ministerveranklage, nach Weher ist eine Ministerverantwortlichkeit ohne Ministeranklage keine bloß thatsächliche, sondern eine rechtlich unvolltommene 1).

Inwiefern widersprechen biese beiden Weinungen nun bem positiven Recht? Benben wir uns junachft gegen Es mein. Benn bas frangbiiiche Gefet vom 25. Febr. 1875 fagt: Les ministres sont . . . responsables devant les Chambres . . . de leurs actes . . . Le Président . . . n'est responsable que dans le cas de haute trahison, so ist bamit noch nicht gefagt, daß ber Brafibent für Dochverrat und die Minifter für alle ihre Amtshandlungen nur ftrafrechtlich verantwortlich fein follen 2). Das erftere ergiebt fich erft aus ber Bufagbeftimmung bes Gesets vom 16. Juli 1875 Art. 6, indem es bort heißt: Der Brafibent vertehrt mit den Rammern nur durch Botschaften, welche auf ber Tribune durch einen Minister verlesen werben. Das lettere konnte man versucht sein , baraus abzuleiten , bag bem Brafibenten nur Berantwortlichkeit für Sochverrat auferlegt ift. Und icheinbar finbet eine folche Auslegung ihre Bestätigung burch bas vorhin erwähnte Geset vom 16. Juli 1875 Art. 12, welches besagt, die Minister fonnen pour crimes commis dans l'exercice de leurs fonctions von der Rammer der Deputierten vor dem Senate in Anklagezustand verseht werden. Allein es ift zu beachten, daß in diefem Art. 12 doch nur von Anklagen wegen Berbrechen und nur von Antlagen burch eine Rammer die Rebe ift. hier heißt es bagegen : fie find verantwortlich por ben Rammern, b. h. also boch junachft, ohne bie Erklarung bes fpateren Gesetes. vor beiben Rammern gleichmäßig; eine verschiebene Stellung beiber in Geltenbmachung ber Ministerverantwortlichfeit ergiebt fich erft aus bem fpateren Gefete und zwar lediglich für bie Ministerverantwortlichfeit in Form ber ftrafrechtlichen Anklage. Da bie Rammern als solche doch an fich nicht Rechtspfleges, fondern Gefetgebungs und höchstens Berwaltungsfunktionen haben, so tann bemnach, foll bie Auslegung nicht zu eng geben, unter Berantwortlichkeit schlechthin nicht lediglich ftrafrechtliche gemeint fein. Ift bies aber ber Fall, so muß weitere Berantwortlichkeit eben aus ber Wortbedeutung von responsabilité entnommen, m. a. 28. anerkannt werben, bag mit jener Berantwortlichkeit auch eine Rechtspflicht zu munblicher Rechenschaftsablegung vor ben Rammern ftatuiert fein will. Burbe man nicht annehmen, bag Art. 6 eine gesehliche Berpflichtung, vor bem Barlamente Rebe und Antwort zu fteben, begründen foll, so mare ber auf die Minister bezügliche Sat besselben ja ganglich überfluffig; benn um ihre ftrafrechtliche Berantwortlichfeit ju begrunben, genugte bie Beftimmung bes Befetes vom 16. Juli 1875 Art. 12 vollauf.

Das Gleiche ist für die belgische Verfassung zu sagen. Hier lautet Art. 63, wie uns schon bekannt.): La personne du Roi est inviolable; ses ministres sont responsables.

¹⁾ So sagt Meyer S. 595 bezüglich bes Art. 17 ber Reichsverfassung, welcher bestimmt, daß ber Reichstanzler durch Gegenzeichnung der kaiferlichen Regierungsalte die Berantwortlichkeit hiefür übernehme, Art. 17 musse grumdsählich nicht nur von einer politischen Berantwortlichkeit verstanden werden; aber es fehle in Ermangelung näherer gesehlicher Feststellung an jedem Mittel, die rechtzliche Berantwortlichkeit des Kanzlers geltend zu machen.

Sollte wirklich damit lediglich die dann in Art. 90 geordnete strafrechtliche Berantwortlichkeit gemeint sein? Soll beswegen, weil nur in Art. 90 und nicht in Art. 88¹) das Wort responsabilité wiederkehrt, in Art. 63 das ohne alle Einschräntung hingestellte Wort responsable nur auf strafrechtliche Berantwortung zu beziehen sein²), obwohl Art. 90 nach dem Zussammenhange, in welchem er steht — er bildet den Bestandteil eines durch die Uederschrift Des ministres in sich abgeschlossenen Abschnittes —, offensichtlich nicht die ganze rechtliche Berantwortlichkeit der Winister, sondern lediglich ihre Berantwortlichkeit in Form der Winistersanklage im Auge hat³). Das Borhandensein einer weiteren versassungsmäßigen Berpslichtung der Winister neben derjenigen der Winisteranklage dürste hiemit erwiesen sein. Dies leugnen, heißt gesehliche Bestimmungen als nicht vorhanden betrachten.

Bezieht sich biese versassungsmäßige Verpslichtung zu Rebe und Antwort nun aber ledige lich auf Gesehmäßigkeit ber Regierungsmaßnahmen? Man schließt dies daraus, daß die Ministeranklage, sofern sie rein strafrechtlicher Natur ist, ausschließlich rechtswidrige Hand- lungen betrifft. Allein ist dieser Rückschluß zwingend? Die Möglichkeit eines solchen sehlt, wenn eine Versassung von der Ministeranklage völlig schweigt und lediglich den Sat enthält, die Minister sind für ihre Handlungen verantwortlich.

Beispiele hiefür gemähren Urt. 55 ber japanischen, Art. 17 ber beutschen Reichsverfaffung. Die Beftimmungen biefer Berfaffungsurtunden find fogar noch enger, fie ftatuieren eine Berantwortlichkeit bes Ministers nicht für alle seine Sanblungen, sondern bie japanische nur für die Beratung des Raisers, die beutsche nur für gegengezeichnete Unordnungen und Berfügungen bes Raifers. Für nicht gegengezeichnete Anordnungen und Berfügungen bes Raisers und für taiserliche Erlasse, die nicht Anordnungen und Berfügungen sind, und für ausschließlich eigene Handlungen trägt ber Reichstanzler also keine rechtliche Berantwortlichkeit. Bo ift nun die Berechtigung, anzunehmen, daß die sogar ihrem Gegenstande nach beschränkte gesehliche Berpflichtung zu Rebe und Antwort - Art. 55 fagt : "Die Minister haben bem Kaiser ihren Rat zu geben und sind dafür verantwortlich"; Art. 17: "Die Anordnungen und Berfügungen bes Raifers bedürfen ... ber Gegenzeichnung bes Reichstanzlers, welcher baburch bie Berantwortlichleit übernimmt" — fich lediglich auf die Frage der Recht=, nicht auch auf bie Frage ber Awedmäßigkeit ber betreffenden Alte bezieht? Man fagt, es folge bies baraus, baß es in Ermangelung näherer gesehlicher Feststellung an jedem Mittel fehle, Die rechtliche Berantwortlichkeit geltend zu machen 4). Meyer meint damit, daß die Möglichkeit einer Di= nisteranklage fehlt. Allein folgt baraus, daß, falls die Ministeranklage zum Zwede rechtlicher Erzwingung biefer Pflicht gur Ginführung gelangte, diefelbe nur wegen ftattgehabter Rechts: widrigkeiten zugelaffen wurde, daß die Bflicht zur Rebe und Antwort felbst fich auf die Frage ber Gefehmäßigkeit ber Regierungsleitung beschränkt? Diese Aufeinanberfolge ber Gebanken ist gewiß nicht zwingenb b).

Dasselbe ift aber zu sagen, wenn in einer Berfassung Ministeranklage wegen Gesetzes verletzungen wirklich zugelassen ist. Warum sollte beswegen, weil mit ber Ministeranklage die Erfüllung der Pslicht zu Rede und Antwort nur nach der Seite der Rechtmäßigkeit der staatlichen Geschäftsführung erzwungen werden kann, die Verpslichtung selbst nur in diesem Umsfange zu Recht bestehen? Hieraus solgt doch nur, daß die Pflicht soweit nicht erzwingbar ist, nicht aber, daß sie soweit auch nicht als Rechtspslicht existiert!

l) S. 332. 2) So Dupriez Bb. 1 S. 256.

³⁾ Dasfelbe ift von preuß. Berfaffung Art. 44 und 61 gu fagen.

⁴⁾ Bergl. S. 339 N. 1.
5) Noch weniger allerdings die Schlußfolgerung: weil ein Mittel zur Geltendmachung dieser Berantwortlichkeit fehlt, ist sie nur eine thatsächliche, politische, moralische (so Laband Bb. 1 S. 338 u. A.); v. Sehdel bagegen bezeichnet die Berantwortlichkeit aus Reichsverf. Art. 17 als rechtliche, nur sei Art. 17 lex imperfecta (Kommentar S. 177 f.).

Damit ift aber erwiesen, daß biese Berpflichtung zur munblichen Rechtfertigung von Regierungsmaßregeln nach ber Seite ihrer Zwedmäßigleit auch auf Geset, nicht bloß auf thatfächlichen Berhaltniffen b. h. politischem Zwange beruben tann. Das Richtige ift eben, zu fagen, in manchen Staaten besteht diese Verpflichtung lediglich als politische, in anderen als rechtliche1). Der Unterschied beiber Falle zeigt fich in ber Birtung. In einem Staate, wo gegen Rechtswidrigkeiten Winisteranklage eingeführt ist, vermag dieselbe wegen Berweigerung ber Antwort erhoben zu werden, in ben Staaten ohne Ministeranklage bagegen nicht.

Wo die Antwortspflicht lediglich als politische besteht, wie dies in England der Kall ist. kann ber Gegensat zwischen ihr und ber strafrechtlichen Berantwortlichkeit als Gegensat von thatfachlicher und rechtlicher Berantwortlichfeit getennzeichnet werben. Bur allgemeinen Charakterifierung bes Unterschiebes von parlamentarischer und strafrechtlicher Berantwortlichkeit darf dieser Gegensat bagegen nicht verwendet werben.

Wenn wir nach bem Grunde fragen, aus welchem fich bie Anschauung entwickelte, als müßte die Berantwortlickleit für Awedmäßigkeit immer nur auf thatsächlichen Umftänden be= ruben, so liegt berselbe, was bie beutschen Schriftsteller anlangt, lediglich in ber fallchen Annahme, als mußte beswegen, weil bas Mittel jur Erzwingung ber Berantwortlichteitsvflicht, bie Drohung mit Ministeranklage, sich nur auf Fragen ber Rechtswidrigkeit bezieht, auch bie rechtliche Berantwortlichfeitspflicht felbst auf solche Fragen beschränkt sein. Für die Schriftsteller aus Staaten mit Parlamentsberrschaft tommt noch eine andere Urfache hinzu. In biefen Staaten giebt es noch ein anderes, in der That lediglich auf politische Umstände sich gründendes Mittel zur Geltendmachung jener Berantwortlichkeit, das die Winister zum Rücktritt zwingende Migtrauensvotum. Statt in biefer Möglichfeit, die Minister gur Demission gu veranlassen, wie wir, lebiglich ein Mittel zur Geltendmachung ber Antwortspflicht zu seben und zu fagen : zur Erzwingung dieser Antwortspflicht kann sowobl die Ministeranklage als auch das Wifi= trauensvotum verwendet werben, die eine gegenüber Gesehesverletzungen, bas andere auch gegenüber Unzwedmäßigkeiten, geht bie allgemeine Anschauung bes Auslandes babin: bie Möglichteit, die Minister durch Mißtrauensvotum zu stürzen, sei nicht blos das Mittel zur Erzwingung ber Berantwortungspflicht, fondern biefe Berantwortlichfeitspflicht felbft 3). Indem man übersieht, bag bie Bertrauensfrage nicht allein bann gestellt werben tann, wenn bie Zwedmäßigkeit einer Regierungsmaßregel nicht ben Beifall ber Bolksvertretung findet, sondern nicht weniger auch bann, wenn bas Barlament mit ber Rechtsauffaffung bes Ministeriums nicht einverftanden ift, wird in der Möglichteit, das Winisterium durch Mißtrauensvotum zum Aüct= tritt zu veranlaffen, das eigentliche Wefen, der Inhalt der politischen Berantwortlichkeit er= blickt. Und von hier aus kommt man bann zu bem Ende, zu fagen, ber Ministersturz burch Migtrauensvotum ift die politische, ber Ministerfturz burch Ministerantlage ift die rechtliche Ministerverantwortlichkeit 8).

Die Ursache, aus welcher man zu biefer Schlußfolgerung gelangt, liegt in bem Mangel ber Beachtung bes Umstandes, daß das Wort politisch verschiedene Bedeutungen hat. Darüber ift tein Zweifel, daß ber Ministersturz durch Distrauensvotum nicht auf Rechtsfay, sonbern auf thatfachlichen Machtverhaltniffen berubt. Benn man bie in biefem Diftrauensvotum liegende Berantwortlichteit bemgemäß eine politische nannte, so war es erforberlich, sich gegenwartig zu halten, daß bamit lediglich die Ursache dieser Berantwortlichkeit bezeichnet war. Dies wurde aber übersehen. Ohne zu beachten, daß bas Wort politisch verschiedene Bedeutungen hat, wurde dasselbe sofort auch zur Kennzeichnung des Inhaltes und Umfanges der

¹⁾ Als Rechtspflicht ift fie in Belgien noch besonders burch ben Sat anerkannt: Les Cham-

bres peuvent requérir la présence des ministres (s. o. S. 332).

2) 3. B. Duguit (s. o. S. 338 R. 3); Ducrocq Bb. 1 S. 26 und 27.

3) So 3. B. auch Dupriez Bb. 1 S. 256; Burgeß Bb. 2 S. 318 f.

burch biefe thatfaciliden Umftande begrundeten Berantwortlichkeit verwandt und gesagt, bas Miktrauensvotum beziebe fich lediglich auf Berantwortlichfeit für Awedwibrigfeiten, währenb es, wenn man die beiben Bebeutungen politisch, als thatfachlich und als zwedmäßig, auseinanderhalt, flar ift, daß die thatsächliche Berantwortlichkeit sich sowohl auf die Frage der Rechtwie auf die Frage der Zwedmäßigkeit von Regierungsmaßnahmen beziehen kann.

Der Grundfehler biefer Anschauung besteht barin, daß ber Ministersturz burd Diftrauensvotum als jum Befen ber politischen Berantwortlichkeit gehörig angefeben wirb 1). Und boch batten bie thatsachlichen Berhaltniffe ber Bereinigten Staaten barüber belehren tonnen, daß es Reprafentativdemotratien giebt, in welchen biefes politifche Machtmittel feblt. Obwohl basfelbe in ber Union fehlt, giebt es in berfelben boch eine politische, b. b. auf thatfächliche Berbaltniffe begründete Recenfchaftslegung ber Staatsfetretare vor dem Barlamente. Aus thatsächlicher Alugheit, wenn auch nicht aus thatsächlicher Notwendigleit, giebt der Staats= fetretar ben Kongreftomittees Aufschluß über bie Recht- und bie Zwedmagigteit ber Regierungsthätigfeit 2).

Man follte meinen, auch bann, wenn man biefe Möglichkeit bes Minifterfturges burch Mißtrauensvotum als für die politische Berantwortlichfeit wesentlich anfieht, wurde boch nicht vergeffen werben, baneben als weitere Berantwortungspflicht bie Bflicht zu munblicher Bertretung ber Geichäftsführung vor bem Barlamente anguertennen und in ibr, fofern fie auf Rechtsfat beruht, eine rechtliche, sofern sie in thatsächlichem Awange begründet ift, eine politische Berpflichtung zu erblichen. Allein bies ist nicht ber Fall. Man schafft vielmehr eine britte ober, wenn man givil- und bisgiplinare Berantwortlichkeit mit bereinnimmt, eine fünfte Art von Berantwortlichkeit, die moralifche, indem man fagt, die Ministeranklage ift die auf Rechtsfat gegrundete Berantwortlichfeit für Rechtswidrigfeiten, bas Diftrauensvotum bie auf thatfachlicher Notwendigfeit berubenbe Berantwortlichfeit fur Zwedwidrigfeiten, bie Berpflichtung gur Beantwortung von Anfragen im Barlamente ift bie auf moralischen Drud zurudführende Berantwortlichfeit für Gefet = und für Zwedmäßigfeit.

Benn wir fragen, warum die hierin liegende Berantwortlickfeit nur eine moralische genannt wird, fo liegt ber Grund hiefur in ber Borftellung, bag biefe Berantwortlichteit nur auf ben inneren Menschen, nicht, wie bas Migtrauensvotum, welches ben Berluft bes Amtes gur Folge hat, auf den äußeren Menschen, auf die physische Bersönlichkeit, wirkt. Beim Ministersturz wird ber Rorper bes Minifters gleichsam vom Minifterftuhl heruntergezogen; bie Berpflich= tung zu Rebe und Antwort läßt ben Rörper besselben bagegen unberührt 3).

Diese Unterscheidung ist offensichtlich unhaltbar. Denn die politische Rötigung besteht boch unbestritten lediglich barin, bag ber Minister genötigt wird, feine Entlassung zu nehmen ober ber Ronig, ihm feine Entlaffung zu geben. Es ift somit nach ben thatfachlichen Borgangen nur ein Drud auf Willensentschließungen, nicht auf ben Rorper, ber geubt wirb .).

2) Bergl. Bryce Bb. 1 S. 210: Either House of Congress can direct a committee to summon and examine a minister, who, though he might legally refuse to attend, never does refuse und oben S. 293 bei N. 4.

missioner qui s'impose aux ministres, lorsqu'ils ont perdu la majorité dans le Parlement. —

¹⁾ Esmein S. 572: La responsabilité politique consiste simplement dans la perte du pouvoir*; S. 96: Cette responsabilité ... se distingue de la responsabilité pénale ... et a pour sanction (Birfung) unique la perte du pouvoir (başu ebenba S. 105); S. 591: La responsabilité pénale ... est inscrite dans l'article 12 de la loi constitutionelle du 16 juillet 1875: Les ministres peuvent être mis en accusation.

does retuse und oben S. 293 bet M. 4.

3) E & m e i n S. 781: Seule la Chambre des députés pourra mettre en jeu la responsabilité politique et pénale des ministres, le Sénat n'ayant sur eux d'action propre et spontanée que par ce qu'on a appelé souvent leur responsabilité morale und S. 723: La Chambre haute (en dehors du droit qui lui est réservé d'autoriser la dissolution de la Chambre des députés) n'a pas d'action sur la responsabilité politique des ministres.

4) An anderer Stelle erfennt dies E & m e i n felbit an. So jagt er S. 578: La responsabilité politique ... consiste dans la perte du pouvoir, dans l'obligation mor alle démissiones qui s'impose aux ministres le pengu'ils ont perdu la majorité dans le Parlement.

Die politische Macht kann ebenso gut, wie in physischer, auch in psychischer Machtübung bestehen, und darum läßt sich die politische Berbindlickeit, wenn ihre Erfüllung nicht physisch
erzwungen wird, ebenso gut moralische nennen und moralische Berantwortlickeit als gleichbebeutend mit politischer Berantwortlickeit sich der rechtlichen gegenüberstellen 1). Es ist also überflüssig, außer von einer politischen auch noch von einer moralischen Berantwortlickeit zu sprechen.

Fassen wir unser Ergebnis zusammen, so geht es bahin: Die Berpflichtung, vor dem Parlamente Rede und Antwort zu stehen, bezieht sich sowohl auf die Recht: wie auf die Zwecksmäßigkeit der Geschäftsssührung und kann sowohl auf Rechtssatz wie auf thatsächlichen Umsständen beruhen; die Berpflichtung des Ministers, bei einem Mißtrauensvotum der Bolkssvertretung seine Entlassung zu nehmen, ist immer nur eine thatsächliche Verpflichtung.

Bum Schlusse handelt es sich noch um die Frage, ob es angezeigt ift, die politische und die kriminelle Berantwortlichkeit der Minister als die beiden Arten von Ministerverantwortzlichkeit, welche politische Bedeutung haben, noch unter einem gemeinsamen Gesichtspunkte zussammenzufassen. Ein solcher wäre in dem Umstande gegeben, daß beide Berantwortlichkeiten von dem Parlament geltend gemacht werden, die politische ganz, die kriminelle insoferne, als der Bolksvertretung nach dem geltenden Rechte wenigstens das Recht der Erhebung, wenn auch nicht das der Erledigung, der Ministeranklage zusteht. Allein gegen eine solche Zusammenzsssung spricht ein Dreisaches.

Einmal, daß wohl der politischen, aber nicht der strafrechtlichen Verantwortlickeit des Ministers wesentlich ist, daß sie vom Parlamente geltend gemacht wird. Es könnte sein, daß die Minister strafrechtlich nur dem allgemeinen Strafrechte und dem ordentlichen Strasversahren unterstehen, und doch ist auch dann zwischen krimineller und politischer Ministerverantwortzlickeit zu unterscheiden. Hiezu kommt, daß die gemeinte Zusammensassung leicht dazu verleitet, die politische Verantwortlickeit ausschließlich durch die Möglickeit des Ministersturzes im Wege des Mißtrauensvotums repräsentiert zu sehen und dieselbe demgemäß zu der strafrechtzlichen Verantwortlickeit in der Weise in Gegensaß zu stellen, daß man sie als politische Verzurteilung charakterisiert.

Diese Auffassung entsteht um so leichter, als, wie wir sahen, die politische Berantwortslichteit aus der strafrechtlichen herauswuchs, und sie liegt ganz besonders nahe, wenn das Parlament hinsichtlich der Ministeranklage nicht nur Kläger, sondern auch Richter ist. Es liegt dann nahe, von einer politischen und einer kriminellen Gerichtsbarkeit des Parlamentes zu reden.

Endlich spricht aber dagegen, daß auf diese Weise die mühsam gewonnene Unterscheibung von juristischer und politischer Charakterisierung der Ministerverantwortlichkeit wieder verdunkelt wird. Dann nennt man die Möglichkeit, das Ministerium durch ein Mißtrauens-votum zum Küdtritte zu veranlassen, ein politisches Urteil, so meint man damit nicht, wie bei der auf die Ministeranklage solgenden Entscheidung, ein Urteil im Rechtssinne, ein staatsrechtliches Urteil im Gegensatz zu dem strafrechtlichen, sondern ein Urteil im thatsächlichen Sinne, eine Willensäußerung, die eine dem Urteile im Rechtssinne ähnliche thatsächliche Wirkung hat. Es ist also Rechtliches und Politisches in Parallele gestellt²).

¹⁾ In diesem Sinne schreibt z. B. Dicen S. 305: It is now well established law that the Crown can act only through ... (a) cooperation of some minister, who thereby becomes not only moraly but legally responsible for the legality of the act in which he takes part. Die moralische Berantwortsichkeit ist ihm die Berbindlichkeit, bei Mittrauensvotum zu demissionieren (S. 303).

²⁾ Bei Es mein lätt die Unterscheibung zu wünschen übrig. Er nennt den politischen Sturz des Präsidenten und Ministers eine Strase (S. 595) und den ganzen politischen Borgang ein jugement avant tout politique (S. 596), ohne weitere Einschränkung. Würde er damit sagen wollen, es sei das zwar nicht Ausübung des pouvoir judiciaire, aber Rechtssprechung innerhalb des pouvoir exécutis, so wäre dagegen einzuwenden, daß es schon um deswillen kein Urteil

Indes tann gefagt werben, bag bie Staatslehre im Allgemeinen soweit fortgefchritten ift, daß sie mohl erkennt, daß fie Berschiebenes in Bergleich fest, wenn fie bas Diftrauensvotum eine politische Aburteilung nennt. Wenn der Bergleich gemacht wird, so wird gleichzeitig auch zumeist nicht versäumt, hervorzuheben, daß es sich bei der politischen Berantwort= lichfeit nur um richterliche Thatigfeit im uneigentlichen Sinne, um indirefte, nicht um birefte Berurteilung banbelt. Die Ertenntnis biefer Berichiedenartigteit von politischer und ftrafrechtlicher Berantwortlichfeit ift befonbers boch ber englischen Staatslehre anzurechnen , benn für dieselbe ift in Folge bes Umftanbes, daß bas englische Berfaffungsrecht noch in großem Umfange auf ungeschriebenem Rechte beruht, oft bie Notwendigkeit gegeben, auf die historische Entwidelung gurudzugeben, und fie baburd ber Berfuchung ausgefest, mas aus richterlicher Thatigfeit berauswuchs, auch noch als richterliche Thatigfeit zu charafterifieren.

Sehr klar spricht sich in dieser Hinsicht Anson aus. Er sagt einerseits: the criminal jurisdiction exercised by Parliament through the process of impeachment is a distinct feature of its attributes as a court und andererseits: the criticism and censure of the executive is not a judicial act, nor except in a figurative sense it be regarded as a function of the High Court of Parliament 1). Wenn man fo flar ausfpricht, bag bas Diftrauensvotum nur im figurlichen Sinne als ein Juftigatt angeseben werben tann, fo mag man bas Bertrauens: ober bas Miktrauensvotum nebenber als judgment, quasi-judicial function, judicial proceeding 2) bezeichnen und als indirect judicial power ber direct judicial power bes Barlamentes im Berfahren auf Impeachment gegenüberstellen. Man weiß dann, daß damit feine rechtliche, sondern nur eine politische Rennzeichnung bes Mißtrauensvotums gemeint ift.

Rach einer Seite hat die Bezeichnung biefer politischen Benfur, wenn auch nicht als indirekt richterliche, so doch als indirekte Gewalt sogar einen besonderen Borteil. Sie läkt vermuten, daß die Unichauung zutreffend ift, welche behauptet, daß bas Saupt ber Bollzugs= gewalt und feine Minister burch bie Ministerverantwortlichteit boch nur in ein Berbaltnis politischer, nicht in ein Berbaltnis rechtlicher Abbangigfeit vom Barlamente gebracht werben. Und bamit find wir bei ber Frage wieber angelangt, um beren flaren Erfaffung willen wir biese gange Lebre von ber Ministerverantwortlichkeit behandelt haben, bei ber Frage: begründet bie Ministerverantwortlichfeit in ber Reprafentativbemokratie eine rechtliche ober nur eine politische Abhängigkeit ber Exekutive von ber Legislative3). Nehmen wir die Frage nunmehr auf.

§ 82. Der Ginfluk ber Dinifterverantwortlichteit auf Die Begiehungen bon Legislative und Eretutive. Es bebarf feiner Ausführung, bag bie zivilrechtliche und bie bisziplinare Berantwortlichfeit bes Minifters für bie Erörterung ber aufgeworfenen Frage ohne Belang sind; benn an ihrer Geltendmachung ift bas Barlament in keiner Beise beteiligt. Es bleiben somit lediglich die friminelle und die konstitutionelle Berantwortlichkeit.

Die kriminelle begründet entschieden eine rechtliche Gewalt des Barlamentes über bas Ministerium, wenn bas erstere als Staatsgerichtshof berufen ift. Es ift bann Richter über bie Minister und jeber Richter hat rechtliche Berrichaft über bie feinem Urteile Unterstebenben. Ift barin aber auch eine rechtliche Abhangigfeit bes Tragers ber Egetutive von ber Boltsvertretung begriffen? Dies nicht. Gin Gewaltverbaltnis im Rechtsfinne erforbert eine unmittelbare Billensbeziehung zwifden Gewalthaber und Gewaltunterworfenem. Gin rechtliches Gewaltverhaltnis mare bann gegeben, wenn fich bas Urteil an bas Saupt ber Bollsugsgewalt mit bem Befehl wenben wurde, ben Minifter ju entlaffen. Allein bie Rechtslage ift bie, bag

sein kann, weil die Entscheidung nicht nach Rechtse, sondern nach Zwedmäßigkeits-Gefichtspunkten gefällt wirb. 1) Bb, 1 S. 350 f.

²⁾ Ebenba S. 369, 370, 373.

³⁾ Siehe oben S. 326.

ber Minister mit dem Urteile des Gerichtshoses sein Amt verliert. Es bedarf keiner besonderen Entlassung 1). Die Absehung des Ministers durch den Urteilsspruch des Senates enthält somit, rechtlich besehen, keinen Besehl an den Träger der Ezekutive, sondern erst die Wirkung des Urteilsbesehles an den Minister wirkt auch auf das Haupt der Bollzugsgewalt ein. Sie beraubt dasselbe mittelbar der rechtlichen Möglichkeit, die abgesehte Persönlichkeit noch als Minister zu betrachten.

Noch mehr ruft aber die politische Berantwortlichkeit bes Ministers lediglich einen in= biretten Einfluk auf das oberfte Eretutivorgan bervor, wenn biefer indirette Einfluk bier auch anderer Urt ift. In Betracht tann nur bie Berfünbigung bes Migtrauensvotums fommen, benn burch bie Berpflichtung zu Rebe und Antwort ift bas haupt ber Exetutive als folches ja gar nicht berührt. Das Mißtrauensvotum wendet sich zwar unmittelbar nicht bloß an den Minister, sondern, wenn auch nur subsibiar, an den Chef der Exetutive felbft. Es stellt an die Minister bas Anfinnen, ihre Entlassung zu nehmen, und an bas haupt ber Ezekutive bas Ansinnen, sie ihnen zu geben, wenn sie nicht darum nachluchen. Allein tropbem bandelt es sich bier noch nicht um ein Gewaltverhaltnis im Rechtsfinne, benn weber Minifter noch Chef ber Bollaugsgewalt haben bie Rechtspflicht, fic bem Anfinnen au fügen. Thun fie es nicht, fo verleten fie keine Rechtspflicht. Nur bann konnte von einem Befehle und bemgemäß von einem rechtlichen Gewaltverhaltniffe gesprochen werben, wenn fie bem Anfinnen unter allen Umftanben nachkommen mußten. Das ift nicht ber Fall. Wenn fie nachgeben, fo thun fie es nicht in Erfüllung einer Rechtspflicht, fonbern weil fie es für zwedmäßig ober für thatfächlich notwendig halten. Diese Rwedmäßigkeit und diese Notwendigkeit braucht aber nicht immer vorzuliegen. Das Ministerium tann 3. B. bleiben, wenn die Bahlperiode am Ablaufen ober die öffentliche Meinung auf Seite des Ministeriums ist²). Es fehlt demnach unter Umständen sogar bie politifche Bflicht, bem Anfinnen fich zu fügen; um fo weniger konnen Minifter und Staatshaupt eine Rechtspflicht haben, benn biese ware immer zu erfüllen. Das Unfinnen ist bemnach kein Befehl und damit nichts rechtliches, sondern etwas thatsächliches. hältnis rechtlicher Ueberordnung. Die Drohung des Barlamentes ift rechtlich Zwang eines Gleich= geordneten, Selbsthilse 4). Dies zeigt auch der Umstand, daß diese Drohung indirekte Gewalt genannt wird 5). Das will sagen, die rechtlich das Berhältnis lösende Erklärung ist die des Ministers, der seine Entlassung nimmt, bezw. des Hauptes der Exetutive, das die Entlassung giebt. Beibe find nur politisch gezwungen, biese rechtsgeschäftlichen Erklärungen abzugeben. Rechtlich betrachtet, find Rückritt und Entlassung freiwillige Akte. Das Berhältnis der Minister und des Staatsoberhauptes zum Parlamente ist feiner Natur nach tein anderes als das bes Bolksvertreters zu seinen Wählern. Diese vermögen den von ihnen gewählten Abgeordneten durch Unkunbigung ber Nichtwieberwahl zu vorheriger Nieberlegung seines Wandates zu veranlassen. Nie= mand ift im Zweifel, daß, wenn ber Abgeordnete biefem Druck nachgiebt, dies juriftisch betrachtet feine Absetzung, sondern Berzicht ift. Die Bablerschaft bat politisch, aber nicht rechtlich eine Gewalt über ben von ihr bestellten Boltsvertreter. Die von ber Bablerschaft geubte Gewalt ift feine rechtliche Befehls-, fondern eine indirekte, d. h. eine politische Gewalt. Somit ift burch bie Ministerverantwortlichkeit an bem rechtlich-politischen Charakter der Repräsentativdemofratie, wie wir ihn bisher schilberten, nichts geandert : rechtlich Gleichheit, politisch Abhangig= feit der Ezekutive gegenüber der Legislative. Unser Ergebnis ift also: es existieren zwei Arten von Repräsentativdemokratien; die Regel ift die eben geschilberte, ausnahmsweise herrscht

¹⁾ Bergl. auch Biftorius, Staatsgerichtshöfe und Ministerverantwortlichkeit, Tübingen 1891, S. 177.

²⁾ Bergl. Rossi a. a. O. Bb. 5 (1899) S. 171 und 185. 3) Bergl. Otto Mayer a. a. O. Bb. 1 S. 284. 5) S. vorige Seite und Esmein S. 99 (moyens de contrainte indirects).

zwischen der Legislative und dem Träger der Erekutive nicht blos rechtliche, sondern annähernd auch politische Gleichheit; die Ausnahme ift durch die Bereinigten Staaten repräsentiert.

Beil die eine Form die regelmäßige ift 1), hat sich für sie auch ein besonderer Name ausgebilbet. Sie sind parlamentarisch regierte Demokratien, Demokratien mit parlamentarischer Regierungsweise, b. h. Demotratien, in welchen die Regierung im fubjektiven Sinne, b. h. ber Trager ber Exekutive auch in bem ihm vorbehaltenen Birkungs= treise freien Ermeffens von bem Willen ber Boltsvertretung abhängt, Repräsentativdemotratien mit parliamentary executive 2), mit gouvernement (régime) parlementaire 3). Sie gerfallen bann wieder in folche, in welchen bas haupt ber Exetutive parlamentarisch verantwort= lich ift, fo 3. B. in ber Schweizerischen Gibgenoffenfcaft ') ober in Frankreich von 1871 bis 1873 ⁵), und — die Regel — in folche, in welchem das Haupt der Exetutive parlamentarisch unverantwortlich ist und neben ibm vorhandene Minister — bas Rabinet — ausschließlich die Berantwortlichkeit für bie Regierungsleitung gegenüber bem Barlamente tragen — bie fog. Rabinet regierung (gouvernement du cabinet). Auch hier bedeutet Regierung ben bem Träger ber Egetutive vorbehaltenen Wirtungstreis, nicht bie gange Staatsgewalt.

§ 83. Das Unabhängigkeitsmoment in ber Lehre von der Trennung der Gewalten. Unfer Sauptergebnis, welches babin geht, bag bie Erekutive in ber Reprafentativbemofratie regelmäßig vom Trager ber Legislative politisch abhängig ift, ift nicht blos von bochft praktischer, sondern auch von großer theoretischer Wichtigkeit. Denn es zeigt uns, daß bie Lebre 6), zum Besen ber Trennung ber Gewalten gebore auch gegenseitige Unabhangigkeit ber Gewaltentrager, fich gegenüber ben empirischen Erscheinungen, bie fie boch erklaren will, nicht halten lagt. Die Theorie ift boch in erfter Linie eine politische, teine juriftische. Alfo meint sie mit gegenseitiger Unabhangigkeit politische Unabhangigkeit. Diese fehlt aber, wie wir faben, in der Regel. Alfo tann fie nicht jum Befen ber Teilung der Gewalten gehören. M. a. B.: Dieses erforbert lediglich organisatorische Trennung ber Staatsfunktionen, relative ober absolute, aber nicht gegenseitige Unabhängigteit ber Träger bieser verschiedenen Funktionen.

Es fragt fich, ob die Staatslehre dies erkannt und hienach ibr Dogma von der Teilung ber Gewalten umgestaltet hat. Im Allgemeinen lagt fich bies nicht behaupten. Richt, als ob man nicht erkannt batte, daß die parlamentarische Regierungsweise ber repräsentativen Demofratie eine politische Abhängigkeit des besonderen Trägers der Exekutive gegenüber der Legis= lative darftellt; aber man verfaumt im Allgemeinen, diese Ertenntnis auf die Begriffsbestim= mung ber Trennung ber Gewalten einwirten ju laffen. Um meiften tritt bies bei Burgef bervor. Derfelbe bezeichnet die nach bem Brinzipe ber Teilung ber Gewalten eingerichtete Regierung als co-ordinated government im Gegensatz zu consolidated government mit der Begründung, daß im ersten Kalle jede Gewalt equally independent of, but co-ordinated with the other or others sei?); und andererseits umschreibt er das Wesen des parliamentary government dahin, daß hier die Erefutive nicht mehr a really independent department, soutern that satisfication nothing more than the grand comittee of the reigning party in the legislature fei 8). Nichtsbestoweniger wird von ein und demselben Staate gesagt o), er habe co-ordinated und er habe parliamentary government. Andere heben zwar hervor,

¹⁾ Sie gilt in England, ferner in Belgien, Frankreich, Desterreich, Ungarn, Danemark, Schweben, Norwegen, Griechenland, Spanien, Portugal, Luxemburg, Rumanien und Serbien — Die Bersfassungen ber letztgenannten sechs Staaten find ber belgischen nachgebildet — und im Gegensate zum positiven Berfassungerechte (s. unten S. 353) in Italien.
2) Diceh S. 411. Den Gegensat bilben die Demokratien mit no-parliamentary executive.

³⁾ Esmein S. 92; Ducrocq Bb. 1 S. 27. 4) Bunbesrat. 5) Brafibent (Thiers) mit Miniftern, die ihn nicht von seiner Berantwortlichkeit gegenüber

bem Parlamente entlasten, also nur seine Kommissare sind.
6) Oben S. 287.
7) Bb. 2 S. 8.
9) So von Frankreich Bb. 2 S. 22 s. und England S. 34 s.

daß dem Bringipe der Trennung der Gewalten wohl jede Beherrschung (domination) einer Gewalt burch die andere zuwider sei, sehen aber in der Berpflichtung der Erekutive, ein solches Ministerium zu bilden, welches nach ben Anfichten ber Legislative handelt, teine Beherrschung, sondern nur eine Intervention und Partizipation der Legislative in und an dem Wirkungs= treise ber Bollzugsgewalt, nicht Aufhebung ber Unabhängigfeit, sondern nur Herabbrudung berfelben zu einer nicht mehr absoluten Trennung ber Gewalten 1). Esme in verkennt nicht bas sachliche "Uebergewicht" 2) ber Legislative, glaubt aber tropbem, daß sich an bem Merkmale ber Unabhängigfeit festhalten laffe. Unabhängigfeit im Sinne ber Teilung ber Gewalten fei schon gegeben — und nur soweit sei Unabhangigkeit hiezu erforderlich —, wenn kein Gewaltentrager von bem anderen seiner Gewalt entset werben konne 3). Allein biese Unabfetbarteit besteht beim parlamentarifchen Regierungssufteme für bie Erekutive boch nur im juristischen Sinne 1) — Esmein hat dies ja selbst anerkaunt — 5); die Unabhängigkeit im Sinne der Lehre von der Teilung der Gewalten ist aber doch als politische gemeint und politisch, sagt Esmein selbst, hat das Wiftrauensvotum die Bebeutung eines Befehls 6). Somit ift durch die Ausführungen Esmein's die Unhaltbarkeit der Ansicht nicht beseitigt , baß zum Besen ber Trennung ber Gewalten Unabhängigkeit gehöre.

Ein französischer Schriftsteller. Duguit, erkennt klar und deutlich an, daß das parlamentarische Regierungsspftem bas gerabe Gegenteil von einer Trennung ber Gewalten im Sinne gegenseitiger Unabhängigkeit ist?), sest aber seinerseits eine Konstruktion bes Grundfates ber Trennung ber Gewalten an bie Stelle, welche nichts weniger als klar ift 8). Erft bei einem beutschen Schriftsteller, bei Otto Mayer, finden wir eine positive juristische Formulierung der nach Lage der Sache umzugestaltenden Lehre. Bor Allem konstatiert er, daß eine Trennung mit völliger Gleichwertigkeit jum Begriffe ber Trennung ber Gewalten nicht erforderlich sei *). Daran knüpft er aber ben Sat : Hieraus dürse nicht abgeleitet wer= ben, daß die vollziehende Gewalt Unterthan der gesetgebenden sei. Denn fie sei — anders als ein Unterthan - selbst Träger obrigkeitlicher Gewalt; barum nicht beherrscht, wie ein Unterthan, sondern, wie ein untergeordneter Mitarbeiter, geleitet 10) und in ihrer Stellung

distincts, mais indépendants les uns des autres, en ce sens qu'un des pouvoirs ne puisse pas révoquer à volonté le titulaire d'un autre pouvoir. C'est là dans l'irrévocabilité réciproque,

¹⁾ So Ducrocq S. 12 und 27 f.; Foster Bb. 1 S. 297 (not absolutely independent).
2) S. 281 und S. 92 (f. N. 5), mährend die herrschende Lehre nach wie vor ein Gleichsgewichtsverhältnis annimmt (system of checks and balances; vergl. Bryce Bb. 1 S. 31, 34, 294 f., 298, 400; Foster Bb. 1 S. 298).
3) S. 282: Les pouvoirs reconnus distincts doivent avoir des titulaires, non seulement distincts mais indépendent les products les pouvoirs reconnus des contracts doivent avoir des titulaires.

que git le principe actif.

4) Oben S. 314 bei N. 1.

5) Oben S. 338 N. 4 und days Essuein S. 92: Le gouvernement parlementaire . . . suppose tout d'abord le gouvernement représentatif, dont il est une variété. Il suppose aussi la séparation juridique du pouvoir législatif et du pouvoir exécutif qui sont conférés à des titulaires distincts et indépendants... Le titulaire du pouvoir exécutif a bien le droit formel et apparent de nommer et de révoquer ses ministres; mais son pouvoir effectif, quant à leur choix, est singulièrement restreint.

⁶⁾ S. 96: Ici encore il ne s'agit pas d'une révocation juridique: c'est une simple indication, donnée aux ministres d'un côté, et d'autre part au chef de l'État. Mais en fait cette indication est un ordre. — Anbererseits widerspricft sich Esmein, wenn er einerseits sagt, ble Legislative habe das Uebergewicht, aber doch an anderer Stelle (S. 136) bemerkt, es finde nur eine fortwährende Kontrolle der Exekutive statt, sans enlever au pouvoir exécutif sa force et son ressort. Politische und rechtliche Seite sind also nicht konsequent auseinandergehalten.
7) A. a. O. S. 357: Ce système est sans contredit la négation même de la séparation

⁸⁾ S. 614: Les fonctions de l'état sont déléguées cumulativement à deux organes, une assemblée et un gouvernement, unis par une étroite solidarité, responsables respectivement l'un devant l'autre (?), sous la jurisdiction du peuple.

9) A. a. D. Bb. 1 S. 57; vergl. auch v. Sepbel, Annalen 1898 S. 750.

10) Bb. 1 S. 84, Bb. 2 S. 466 R. 22.

burch die bevorzugte Teilnahme an ber Trägerschaft ber stärkeren Gewalt geschützt. Freilich muffen wir auch von biefer Theorie fagen, daß fie bem Gegenfate von Gewalt im obiektiven und im subjektiven Sinne und von Abbangigkeit in juriftischer und in politischer Bedeutung zu wenig Beachtung schenkt 1).

Siemit foliegen wir vorläufig unsere Bemertungen über bie reprasentative Demotratie ab und wenden uns der Besprechung der repräsentativen Monarchie zu.

Bwölfter Abschnitt: Die repräsentative Monarchie.

§ 84. Das Wefen ber reprafentativen Monardie. In Richts zeigt fich ber Mangel ber Unterscheidung von juriftischer und politischer Betrachtung mehr als in der Charafteri= fierung, welche im Allgemeinen ber reprafentativen Monarchie zu teil wirb. In Deutschland in den Kreisen des Parlamentes noch vielfach, im Auslande auch innerhalb des Bereiches der Biffenicaft und zwar gerabezu ausschließlich ift bie Unschauung verbreitet, als beständen zwischen ber repräsentativen Demokratie ohne Barlamentsregierung und ber repräsentativen Monarchie keine erheblichen Unterschiede. Beil beibe, der Bräfident der Bereinigten Staaten und ber König von Breußen, vom Barlamente politisch unabhängig find, werben beibe einander gleichgestellt 3), m. a. 2B. die repräsentative Monarchie wird als eine Unterart ber repräsen= tativen Demofratie, als reprafentative Demofratie ohne Barlamentsregierung angeseben. Den Gegensat hiezu bilbet bann die parlamentarische Monarchie, die ja auch wir als reprafentative Demofratie mit Barlamenteregierung bezeichnet haben 3). Die repräsentative Demofratie, in welcher bas Saupt ber Grefutive ben Namen König trägt, zerfällt nach jener Lehre somit in zwei Arten, in die repräsentative Monarchie mit Barlamentsregierung und in die repräsen= tative Monarchie ohne Parlamentsregierung, und um die Berwirrung voll zu machen, wird ber ersteren Art, ber parlamentarischen Monarchie, sogar zum Teil ber Rame konstitutionelle Monarcie vorbehalten. Rur ber parlamentarische Konig ift tonstitutioneller König, ber nicht= parlamentarifche wird unter ben Oberbegriff Prafibentichafteregierung gestellt 4). Die reprasentativen Demokratien gerfallen in solche mit Parliamentary und in solche mit Presidential government 5). Alle biefe Unterscheibungen und Terminologien erklären fich aus einer Grundvorftellung, aus ber Borftellung, als beruhten alle Staaten mit Reprafentativfpftem auf bem Gebanken ber Bolkssouveranitate). Monarchische Berfassungsform wird nur bei ber

¹⁾ Das lettere gilt auch von Dicey S. 412 ff. Dieser behandelt zwar nicht die Frage ber Teilung der Gewalten, sondern nur die Frage der gegenseitigen Unabhängigkeit, aber diese eben ohne die rechtliche und die politische Seite derselben genügend zu unterscheiden. Er sagt schlechthin, das Besen der parlamentarischen Regierungsspfteme liege darin, daß die Legislative die Minister ers nenne und entlaffe.

²⁾ Bergl. Dicen S. 412, Esmein S. 92f., Burges Bb. 2 S. 19 und 30. 3) S. 285 f. 4) Dies geschieht in ber englisch-amerikanischen Staatslehre; vergl. Dicen S. 418: Each

of them (Grévy and Carnot) has tried to fill the part, not of a President, in the American sense of the word, but of a constitutional king; and S. 412 baselbst.

5) Burges Bb. 2 S. 11 ff.
6) Some in S. 223 and S. 34: Un gouvernment représentatif, c'est-à-dire.. un gouvernment dont les divers pouvoirs sont institués ou censés institués par la nation elle-même, r'ergissent qu'en son parent conformément à se volonté réelle ou présumée. Des Mont conn'agissent qu'en son nom et conformément à sa volonté réelle ou présumée. Das Wort gouvernement steht hier im Sinne von Staatsgewalt schlechthin (ebenba S. 18, 16), nicht blos, wie in der Jusammensehung gouvernement parlementaire, für Wirtungstreis des Trägers der Exekutive. Damit stimmit freilich nicht, wenn Smein an anderer Stelle (S. 4 f.) sagt, es gebe zwei Arten von konstitutionellen Monarchien, die eine, wo das Volk die Aus übung der Souveränität mit einem Monsarchen teile — diese nähere sich sehr der Republik —, die andere, wo der König die Ausübung dersselben zum Teil dem Volke zusommen lasse. Diese sei grundsählich Monarchie. Beisptel der einen

absoluten, ber reinen Monarchie angenommen 1). Sowie die Monarchie repräsentativ befcrantt ift, liegt ber Berfaffungsform nach Demofratie vor. Der Monarch tommt schlechthin nur als Trager ber Eretutive in Betracht; als gesetgebenbe Gewalt im subjektiven Sinne erscheint ledialich bas Barlament2).

Diese Lehren und Auffassungen sind nun jedenfalls nach der rechtlichen Seite bin unbaltbar. Unter allen Umftanben ergiebt fich aus ben Berfassungsurfunden ber reprafentativen Monarchie, bag ber Monarch juristisch betrachtet ein ber Bollsvertretung volltommen gleichstehender Mitausüber ber gesetzgebenden Gewalt ift. Die gesetzgebende Gewalt wird gemeinschaftlich durch ben König und durch zwei Kammern ausgeübt, sagt Art. 62 der preußischen Berfassung. Aber aus den Berfassungsurkunden der Repräsentatiomonarchien folgt noch mehr. Nicht nur, daß ber Monarch bie gleiche, sonbern bag er eine bevorzugte Rechtsftellung gegenüber ber Bollsvertretung in ber Gefetgebung einnimmt.

Man würde die Regel, daß Gesetze aus den Zeitverhältnissen ihrer Entstehung heraus zu erklären find, gröblich verleten, wenn man bei der Auslegung der Berfaffungen der kon= stitutionellen Monarchien nicht dem Umstande Rechnung tragen wollte, daß dieselben nur von einer Teilnahme ber Bolfsvertretung an ber Ausübung ber gesetgebenben Gewalt reben. Die beutschen Berfassungen find in ihrer Ausbrudsweise Rachbildungen berjenigen Frankreichs und nichts betonen die letteren feit ber Erflarung ber Menfchenrechte4) und ber Berfaffung von 1791 ftarter als ben Gegenfat von Aufteben und von Ausüben ber Staatsgewalt. Wenn bie Berfaffung von 1791⁵) fagt: La souveraineté... appartient à la Nation... La Nation, de qui seule émanent tous les pouvoirs, ne peut les exercer que par délégation, um damit den Gegensat von Recht und Rechtsausübung scharf heraustreten zu lassen, so wird anzunehmen sein, daß auch die späteren französischen Berfassungen, in welchen fich die gleiche Gegenüberftellung findet, damit die gleiche Absicht verbanden. In ber frangofischen Berfaffung vom 4. Juni 1814, bem unmittelbaren Borbilbe ber älteren beutschen Berfassurfunden, stehen sich die Sähe: Au Roi seul appartient la puissance exécutive und: La puissance législative s'exerce collectivement par le Roi, la chambre des pairs, et la chambre des députés 6) gegenüber. Benn die deutschen Berfassungen die gleichen oder abnliche Benbungen enthalten, so muß aus ihnen, sofern nicht andere Bestimmungen entgegen fteben, bemgemäß ebenfalls abgeleitet werben, daß fie bamit ben nämlichen Gebanten, wie bas frangofische Berfaffungerecht, jum Ausbrud bringen wollen. Die preußische Berfaffungsurfunde enthalt die gleichen Sähe: "Dem Könige allein freht die vollziehende Gewalt zu"?) und "Die gefehgebende Gewalt wird gemeinschaftlich durch ben Rönig und burch zwei Rammern ausgeübt". Undere Be-

Art sei Belgien, Beispiel ber anberen Preußen. Später (S. 92) werben bie beutschen Staaten unter bie Staaten eingerechnet, welche bas gouvernement représentatif aboptierten.

¹⁾ Ebenda S. 14, 167, 175. 2) Dicen G. 412; Burgeß Bb. 2 G. 11. Gine Ausnahme macht Luigi Roffi a. a. D. 28b. 5 (1899) S. 179.

³⁾ Am meisten weiß ben Unterschieb zwischen parlamentarischer und repräsentativer Monarchie Dupriez zu würdigen; man vergleiche seine Schilberungen ber preußischen Berfassung Bb. 1 S. 376 und 421. Dagegen reiht Bryce Bb. 1 S. 277 die beutschen Staaten schlechthin unter die Staaten mit Cadinet or parliamentary system ein. Wenn er die Staaten mit parlamentarifcher Regierungsweise auch in zwei Gruppen teilt, in folde, in welchen bie Souveranitat ber Legislative mehr, und in solche, in welchen sie weniger vollkommen ift, immerhin erkennt er dem Parlamente in allen diesen Staaten die Souveränität zu. Freilich stimmt dazu nicht der Sat, daß die Gewalt des preußischen Königs groß und nicht abhängig (great and not declining) ist (S. 278). Vergl. dazu auch ebenda S. 220, 222. — Diese Widersprücke dei Bryce, wie die vorige Seite N. 6 Esmein nachgewiesenen, zeigen, wie schwer es bem Auslande fallt, bas Wefen ber beutschen reprafentativen Monarchie zu erfaffen.
4) Bergl. Art. 3 berfelben oben S. 245.

⁶⁾ Art. 13 und 15.

⁵⁾ Tit, III Art. 1 und 2, 7) Art. 43.

ftimmungen stehen nicht entgegen 1). Also ist auch hier mit dem Austehen und Ausüben ein Unterschied zwischen Recht und Rechtsausübung gemeint. Allein es ware falfc, hieraus abzuleiten, auch ber Ronig fei an ber gefetgebenben Gewalt lediglich ausübend beteiligt. Für ihn ergibt fich ein Mehr baraus, daß die Berfassungen der konstitutionellen Monarcien die richterliche Gewalt in seinem Namen "ausüben" lassen und gleich in ihrem ersten Baragraphen ober wenigstens allen anberen grundlegenden Organisationsbestimmungen voran mit großem Nachbrud hervorheben, daß die ganze Staatsgewalt bem Rechte nach in einer Sand vereinigt ift. Die frangölische Charte von 1814 sagt: Toute justice émane du Roi. Elle s'administre en son nom . . . (Art. 57) und allen Organisationsbestimmungen voran 9) steht bie Ueberschrift "Formes du gouvernement du Roi"3). Geschieht die Exelutive und die Rechtspflegeverwaltung im Ramen bes Ronigs, fo ift auch anzunehmen, bag bie britte Gewalt ihm nicht blos als Ausüber zusteht, und bazu stimmt eben, daß die in Art. 15 ausgesprochene gemeinfame Ausübung ber gesetzebenden Gewalt burch Ronig und beibe Rammern als eine Form ber königlichen Herrschaftsweise erscheint. Die gesetzgebende Gewalt stellt sich hienach als ein Bestandteil ber Rönigsberrschaft, ber bem Rönig zustehenden Staatsgewalt bar. Das Gleiche gilt aber für die preußische Verfassung Art. 86 und Art. 1: "Die richterliche Gewalt wird im Ramen bes Ronigs . . . ausgeubt". "Alle Landesteile ber Monarchie in ihrem gegenwärtigen Umfange bilben das preußische Staatsgebiet" 4). Der konstitutionelle Monarch bat somit mehr Rechte, als die ihm zur Seite ftebenbe Bollsvertretung. Er ift ber ausschließliche Träger aller brei Gewalten, die Bolksvertretung nur teilweise Mitausüberin berselben. Recht= lich haben König und Barlament nicht die gleiche Gewalt; das Barlament ist nur beschränkender Gehilfe bes Ronigs. Es fragt fich, ob es fich feine politische Ueberlegenheit über ben Konig bewahrt hat, m. a. 28., ob ber Rönig politisch gezwungen ift, sein rechtlich stärkeres Geset= gebungsrecht doch nach dem Willen der Boltsvertretung auszuüben.

Honarchien auf ben ersten Blid zu sprechen, daß das Staatsrecht der konstitutionellen Monarchien eine parlamentarische Ministerverantwortlichkeit kennt. Dieselbe ergibt sich noch nicht aus dem Sahe: "Alle Regierungsakte des Königs bedürsen zu ihrer Gültigkeit der Gegenzeichnung eines Ministers, welcher dadurch die Berantwortlichkeit übernimmt" ⁵). Hies mit ist in Bezug auf die Ministerverantwortlichkeit lediglich gesagt, daß bei königlichen Akten in der Gegenzeichnung seines Ministers ein genügender Beweiß für die Berantwortungspssicht des letzteren liegt und diese Berantwortungspssicht mindestens in einer Berpslichtung zur Antwortserteilung besteht; vor wem dieselbe aber zu erfüllen ist ⁶) und in welchem Umsange sie besteht, ist damit noch nicht gesehlich sixiert. Das muß sich aus anderen Bestimmungen ergeben. Dieselben sind für das preußische Recht in Art. 60 der Berfassungsurkunde, für das daherische in Art. 33 des Gesehs, den Geschäftsgang des Landtags betr., vom 19. Juni 1872 enthalten. Deutlicher ist die letztere Bestimmung, welche besagt: "Die Rammern haben innershalb des Umfanges ihres Wirkungskreises das Recht, diesenigen "Ausschlüsse", welche sie ersforderlich erachten, von den einschlägigen Staatsministerien zu verlangen, und haben letztere

¹⁾ Anders in der belgischen Berfassung. Hier heißt es wohl auch: Au Roi appartient le pouvoir exécutif (Art. 29) und Le pouvoir législatif s'exerce collectivement par le Roi, la Chambre des représentants et le Sénat (Art. 26), aber der vorangehende Sat des Art. 25: Tous les pouvoirs émanent de la nation. Ils sont exercés de la manière établie par la Constitution verdietet hier das appartenir als Recht und nicht blos als Ausübung aufzusassen.

²⁾ Bor Art. 13. 3) Bergl. bei S. 252 R. 2. 4) Bergl. auch Georg Meher S. 220 N. 7 unb 8.

⁵⁾ Preuß. Berfassung Art. 44; ahnlich baber. Geset vom 4. Juni 1848, betr. die Ministersverantwortlichkeit Art. 6.

⁶⁾ Aus dem ähnlichen Sahe der baper. Verfassung Tit. X § 4: "Die Königlichen Staatse minister und sämmtliche Staatsdiener sind für die genaue Befolgung der Verfassung verantwortlich" wird Niemand ableiten, daß dies notwendig oder gar nur eine Verantwortlichkeit gegenüber den Ständen ist; also ist eine solche Schlußfolgerung auch hier unangebracht.

foldem Anfinnen zu entsprechen", mahrend Art. 60 ber preußischen Berfaffungsurfunde in bem maßgebenden Teile nur lautet : "Jebe Kammer tann die Gegenwart der Minister verlangen".

Aus der Bestimmung des bayerischen Rechtes geht klar hervor, daß die Antwortspflicht einerseits nicht blos für gegengezeichnete konigliche Erlaffe, andererseits nicht für ben gangen Geschäftstreis bes einzelnen Ministers, sonbern nur für ben Umfang ber Buftanbigkeit ber Rammern besteht, aber dasselbe ist durch Ableitung auch für das preußische Recht zu gewinnen. **Es** wäre über die zulässigen Grenzen ausdehnender Auslegung hinausgegangen, wenn man aus einem Artifel, welcher nur die Form der parlamentarischen Ministerverantwortlichkeit bestimmt, ableiten wollte, daß die Rammer das Erscheinen der Minister und damit deren Berantwortung vor ibnen weiter verlangen könnten, als ihr materieller Wirkungskreis sich erstreckt. Anberer= feits ift aber auch tein Anlag, anzunehmen, daß die Minister für gegengezeichnete königliche Regierungsatte auch bann vor ben Rammern verantwortlich fein follen, wenn ber Inhalt berfelben gar nicht in die materielle Auftändigkeit der Bolksvertretung fällt; denn Urt. 44 enthält ja gar keinen Anhaltspunkt bafür, daß die Berantwortlichkeit, die er statuiert, gerade als eine Berantwortlichteit zu Red und Antwort vor den Kammern aufgefaßt werden muß. Demnach kann aber im Allgemeinen gesagt werben, daß sich die Antwortspflicht der Minister gegenüber bem Parlamente auf diejenigen Borgange ber staatlichen Geschäftsführung beschränkt, welche in ben Anfahen ber ben Rammern vorzulegenden Ctats und Jahresrechnungen, alfo aus Ctatsund Rechnungspoften erkennbar werden. Aus biefen Boften wird z. B. nicht erkennbar, wer für die einzelnen Aemter ernannt wird, wem Staatsauszeichnungen verlieben wurden und in welcher Beise das Beanadigungs: und Bestätigungsrecht ausgeübt war. Die Ernennung be: stimmter Bersönlickseiten zu Trägern von Staatsämtern, die Berseibung von Staatsorden und bie Begnadigung und Beftätigung bieser ober jener Berfonlichkeit sind bemnach keine Regierungsatte, hinsichtlich beren die Minister eine Rechtspflicht zur Beantwortung von Anfragen hätten. Nur politische Gründe können sie hiezu veranlassen, ebenso gut aber auch abhalten, es mußte benn die Anfrage zu einem selbständigen Bunkt ber Tagesordnung, b. h. also zum Gegenstande einer fogenannten Interpellation erhoben 1) und, wie bies in Babern, aber nicht in Breugen ber Fall ift, eine gesetliche Bflicht bes Minifteriums ftatuiert fein , jebe Interpellation zu beantworten ober die Gründe anzugeben, aus welchen die Beantwortung nicht erfolgen tonne 2).

Es besteht daber von Rechtswegen nur eine beschränkte parlamentarische Verantwortlickleit der Minister. Hieraus kann somit eine politische Berpflichtung des Monarchen, seine Gefetgebungsbefugniffe den Bunichen bes Parlamentes anzubequemen, nicht abgeleitet werden. Es fragt sich, ob zu einer solchen nicht, wie im belgischen Rechte, bas Ctats= und Steuerbe= willigungsrecht ber Stände führt. Allein bas mare nur ber Fall, wenn eine Bestimmung ähnlich, wie die belgische, bestände, daß Steuerbegründungsgesete immer nur für kürzere Beit ergeben burfen. Auf ben ersten Blid icheint bie baberifche Berfassung eine folche Bestimmung zu enthalten, indem Tit. VII § 5 fagt: "Die zur Decung der ordentlichen beständigen Staatsausgaben erforberlichen birekten Steuern werben jebesmal auf zwei Jahre bewilligt". Allein biese Bestimmung sagt zugleich: Die für biese Ausgaben erforderlichen Steuern müffen für biefen Beitraum immer bewilligt werben. Es besteht somit tein freies Steuerverweigerungsrecht bes Landtages und nur durch dieses könnte eine politische Abhängigkeit des Königs von ber Bolksvertretung begründet werden. Und das Gleiche gilt für das preußische Recht infolge bes Art. 100 ber Berfaffungsurfunde, wornach Abgaben für bie Staatstaffe, welche burch

¹⁾ Den Gegenfat bagu bilbet bie Anfrage innerhalb ber Behandlung eines anberen Beratungsgegenstandes.
2) Geset vom 19. Jan. 1872 über ben Geschäftsgang bes Landtages Art. 20 (bazu v. Sep-

d e I., Bayer. Staatsrecht Bb. 1 S. 356, 460, 484); bagegen Preuß. Verfassung Art. 81.

besondere Gesetz angeordnet sind, auch dann erhoben werden dürfen, wenn ein Staatshaushaltsgesetz nicht zu stande kommt. Gine politische Abhängigkeit der Exekutive von der Legislative sehlt demnach auch hier. Politische Klugheit, aber nicht politische Rotwendigkeit mag die
Regierung veranlassen, den Bünschen des Parlamentes zu willsahren. Angesichts des Umstandes, daß der Landtag kein unbeschränktes Steuerverweigerungsrecht besitzt, entsteht in Hindlick auf die Auslösungsbesugnis des Monarchen sogar die Frage, ob in den konstitutionellen Monarchien zwischen Regierung und Landtag nicht auch politisch ein völlig umgekehrtes Berhältnis besteht. Aus dem Bisherigen würde sich zwischen beiden Faktoren politische Gleichheit
ergeben. Es fragt, ob dieselbe durch das Recht der Rammerauslösung nicht zu einem Berhältnis politischer Ueberordnung der Regierung über die Bolksvertretung wird.

Nun ift es gewiß richtig, daß jene Auflösungsberechtigung die Regierung in konftitutionellen Monarchien mehr ftartt als in reprafentativen Demofratien, aber auch fur bie tonftitutionellen Monarchien gilt ber Sat, bag bie Auflösungsbefugnis in erfter Linie ben politischen Einfluß bes Bolles fteigert 2), und jebe Steigerung bes Einflusses ber Menge ift natürlich ge= eignet, die Macht bes monarchischen Gebantens zu mindern. Im Allgemeinen läßt fich bemgemäß lediglich fagen, die politische Stellung ber Boltsvertretung ift aus einem Ueberordnungs- zu einem Gleichheitsverhältniffe herabgebrudt. Aber in biefem erhält fie fich und fie ift in ihm stärker, als ber Bräsident der nordamerikanischen Union im Berhältnisse zum Kongresse. Bon ihm fagten wir, er ist stark genug zur Berteibigung, aber nicht zum Angriffe 8). Die Bollsvertretung hat auch die Macht des Angriffes. Die Möglichkeit, durch Berweigerung neuer Ausgaben und neuer Ginnahmen ben Fortichritt im Staatsleben zu hemmen, gibt ihr biese Macht. Wo bas Staatsinteresse Reformen und Neuerungen verlangt, ift bie Staatsregierung leichter geneigt, ben Bunichen ber Boltsvertretung fich anzupaffen, als auf ben Fortschritt in ber Entwickelung bes Staates zu verzichten. Die fortwährend sich mehrenden neuen Staatsbeburfniffe bringen auf biese Beise mit Notwenbigfeit ein fortgefettes Entgegenkommen ber Regierung gegenüber ben Unschauungen und Bunfchen ber Bolksvertretung und bamit eine Steigerung des politischen Einflusses und bes Strebens nach herrschaft auf Seiten bes Barlamentes mit sich. Um so mehr muß die Regierung darauf bedacht sein, diesen politi= fchen Ginflug und bies politifche Streben ber Boltsvertretung nicht bis ju einer politifchen Uebermacht berselben über Krone und Ministerium entwickeln zu lassen. Das Mittel biezu ift, bag bie Regierung bei allem sachlichen Entgegenkommen boch jedes Ansinnen zurudweift, welches von ihr ein Abgeben vom formalen Berfaffungerechte verlangt, und baß fie felbft gum Bwede erleichterter Gewinnung der Buftimmung des Barlamentes nicht freiwillig den Boden bes formalen Berfaffungerechtes verläftt. Bei ber politischen Rraft, welche ber Berfaffungegebanke im Bolke befitt, ift es eines ber ftartften Berteibigungsmittel ber Rrone, bag fie fich gegenüber Zumutungen von ber anberen Seite auf die Bestimmungen ber Berfassung beruft. Das ber Bollsvertretung vorzulegende Budget ift seinem Befen nach nur ein Brogramm, b. h. es ist wohl genau, wahrheitsgemäß, aber boch nur in übersichtlicher, nicht in betaillierter Beise aufzustellen. Berlangt die Bollsvertretung daber größere Spezialisierung, so hat sich die Regierung auf ben Charafter bes Budgets als einer blogen Ueberficht zu berufen. Und vor Allem muß fie baran festhalten, bag fie grundfählich nur zu mundlicher Untwort, nicht zu schriftlichen Aufschluffen und gur Geftattung der Atteneinsicht verpflichtet ift, und bag ihre Berantwortungspflicht fich nicht auf bie ganze Regierungsthätigfeit erstredt. Auf biefe Beife beugt

¹⁾ Bergl. v. Sen bel, Abhanblungen S. 133 und 139; Bismard, Gebanken und Erinnerungen Bb. 1 S. 148: "Rach ber preuß. Berfassung hat der König mit seiner Regierung einen gleichwertigen Anteil an der Gesetzebung, wie jedes ber beiben Hauser"; Rosin in den Annalen 1898 S. 105 f.

²⁾ Bergl. oben S. 318.

³⁾ Siehe oben G. 294,

fie der Ausdehnung des parlamentarischen Sinflusses zu einer Rontrolle über die ganze Geschäftsführung ber Regierung und damit der ihrer thatsächlichen Macht am meisten abträglichen Art politischen Ginfluffes bes Barlamentes, ber Ginwirfung bes letteren auf bie Gestaltung bes Details ber Berwaltung, vor. Durch rechtzeitiges Einhalten bieser Schranken bes formalen Berfasiungsrechtes wird schwereren volitischen Konslitten der Aufunft entgegengewirkt. Entsteben aber schwere politische Konflitte zwischen Regierung und Bollsvertretung, so ist aus dem Wesen der konskitutionellen Monarchie als solcher als einer Regierungsform, die, wenn der Staat Fortschritte machen soll, zu einer Erweiterung bes politischen Einflusses bes Parlamentes führen muß, an sich zu erwarten, daß der Sieg auf Seite der Bolksvertretung eintritt. Ein Anderes hat nur bann ftatt, wenn ber tonftitutionelle Monarch über ein ftartes Seer verfügt und die Stellung des Herricherhauses nicht auf Berrichaftsübertragung burch eine Bollserhebung ober auf Ginsetung burch eine fremde Macht zurückführt, sondern vom Herrscherhause burch eigene Kraft erworben wurde. Gin ftartes Beer wird bann vorhanden fein, wenn bie internationale Lage bes Landes felbst die Boltsvertretung erkennen ließ, daß die Sicherheit bes Staates einen hohen Brasensstand militärischer Streitfrafte erforbert. Und wo es bas Herrscherhaus war, welches burch die Tüchtigkeit und Kraft seiner Angehörigen ben vorhanbenen Staat schuf und ausbaute, ba vermag fich bas bynastische Gefühl im Bolle gegenüber bemotratischen Bestrebungen als ber stärtere Teil zu erweisen, wenn bie Regierung auf Ginhaltung ber zum Schuhe bes Monarchenrechtes aufgestellten Berfassungsbestimmungen bebacht war. Die herrichaft bes italienischen Rönigsbauses beruht auf revolutionären Erhebungen in Mittel- und Unteritalien und Unterstützung Sardiniens durch fremde Mächte in Oberitalien. Hieraus erklärt sich, daß die Herrschaftsweise des geeinten Königreichs Italien von Anfang an fich zum parlamentarischen Regierungsspftem entwidelte 1), tropbem die zur italienischen Staats= verfassung erhobene Berfassung bes Ronigreichs Sarbinien vom 4. Marg 1848 auf bem Bringipe tonftitutioneller Monarchie beruht. Bon Deutschland bagegen behauptet Bismard in Rudfict auf ben Umftand, bag bie beutschen Dynastien ihre Berrichaft weber aus ben Sanben bes Bolles 2) noch aus benjenigen frember Machte empfangen haben, mit Recht : "Deutscher Patriotismus bedarf in der Regel, um thatig und wirtsam zu werden, der Bermittelung bynaftischer Anhänglichteit" . . . "Wenn man ben Buftand fingierte, bag fammtliche beutsche Dynaftien ploglich beseitigt maren, so mare nicht wahrscheinlich, daß das deutsche Nationals gefühl alle Deutschen in ben Frittionen europäischer Politit vollerrechtlich zusammenhalten mürbe" 3).

§ 85. Bergleich ber parlamentarisch regierten Demofratie mit ber repräsentativen Monarchie. Bir haben fruber 1) ben Stand ber heutigen Berteilung ber Berfaffungs- und Regierungsformen auf der Erbe dahin stiggiert, daß wir sagten, im Berhältniffe der Republiken und der Monarchien zu einander überwiege bei den Kulturvöllern das Brinzip der Demokratie. Und die in einem der voraufgehenden Paragraphen b) gegebene Uebersicht der parlamentarisch regierten Staaten Europas hat bies bestätigt. Es mußte uns bies in jenem Zusammen= hange auffallend erscheinen, nachdem wir gefunden hatten b), daß die demokratische Berfassung ben an einen zwedmäßig eingerichteten Staat zu stellenben Anforderungen weniger genüge, als die tonftitutionelle Monarchie, weil fie das Freiheitsprinzip grundsätlich über das Ordnungspringip ftellt. Nunmehr vermögen wir biefe Erscheinung zu erklaren. Wir lernten seitbem bas parlamentarische Regierungsspftem als bie thatsächliche Regierungsform ber meisten repräsen-

¹⁾ Bergl. Dupriez Bb. 1 S. 283 f., 295 f.
2) Bergl. die Aeußerungen Bismarcks bei Rofin in den Annalen 1898 S. 84 und 11 und bazu Bryce Bb. 1 S. 220 und 222.

³⁾ Gebanten und Erinnerungen Bb. 1 G. 290 f. 6) S. 202 ff. 5) S. 346 N. 1. 4) S. 285.

tativen Demokratien näher kennen und dieses stellt eben in seiner Durchführung eine ganz wessentliche thatsächliche Absehung des Freiheits zu Gunsten des Ordnungsprinzipes, einen weitzgehenden thatsächlichen Uebergang zur monarchischen Regierungsform dar.

Im parlamentarisch regierten Staate herrscht die Parlamentsmajorität. Das erste Streben berselben ist ein egvistisches, das, sich die Herrschaft möglichst zu erhalten. Dies ersorbert vor Allem Kontinuität des Parteiwillens. Die Partei als Ganzes vermag diese nicht zu geben. Bürde die Partei insgesammt die Herrschaft sühren, so würden Majoritätsbeschlüsse ausschlagegebend sein und diese wechseln häusig nach reinen Zufällen. Es bedarf also in erster Linie einer Unterordnung unter eine kleinere Parteileitung, am besten unter einen Parteisührer. Dadurch ist Herrschaft über die Parlamentsminorität in erhöhtem Maße garantiert, zugleich aber an die Stelle gleichheitlicher Mitwirkung Bieler bevorzugte Thätigkeit einiger Beniger oder gar eines Einzigen getreten. Thatsächlich regiert im Parlamente nicht eine Bielheit, sondern es herrscht Weniger- oder sogar Einherrschaft.

Aber nicht nur über die Parlamentsminorität, sondern auch über die Erekutive foll bie Barlamentsmajorität die herrichaft führen. Die Bollzugsgewalt foll ihrem Billen gemäß verfahren. Das würde am besten so geschehen, daß die Parlamentsmehrheit selbst die Exetutive übernähme. Dies verhindert aber die Ratur der Exefutive. Bei ihr handelt es fich um eine Fulle von Einzelheiten. Teils find biefelben zu unbedeutenb, als bag man damit eine große Berfammlung befassen wurde, teils erfordern fie ein foldes Eingehen auf konkrete und individuelle Berhaltniffe, bag eine große Rorperschaft fie unmöglich sachgemäß erledigen tann, teils verlangt ihre Durchführung Energie, Raschbeit ober Gebeimhaltung, wie fie eben= falls wieber ein großer Organismus nicht zu leiften vermag. Aus bem Grunde muß fich bas Barlament jedenfalls auf bloge Erteilung von Inftruktionen beschränken, aber aus benselben Ursachen, aus welchen sich die Berwaltungsangelegenheiten der Erledigung durch einen größeren Rörper wiberfeten, ift auch bie Erteilung von Anweisungen in Berwaltungssachen burch einen folden unmöglich. Auch die Erteilung von Direktiven mußte bas Barlament einigen Benigen überlassen. Rachbem es sich um Anstruktion in Einzelheiten bandelt , ist es besser , wenn es gleich bie Erledigung ber Geschäfte einigen Benigen aus feiner Mitte überträgt, und gwar find bies am besten bie Barteiführer. Denn bas Barlament empfangt für seine eigentlich legislative Thatigleit notwendig die Impulse aus ben Bedürfnissen der Exelutive. Diese kennt aber ber Trager ber Eretutive. Es werben bie Barteitraft ichwächenbe und bamit bie Barteiberrfcaft gefährbende Reibungen zwischen Bollzugsgewalt und Parteiführung vermieben , wenn bie Barteihaupter, welche bie Bartei boch in ihrer eigentlich legislativen Thätigkeit leiten follen. gleichzeitig die Träger der Bollzugsgewalt find. Damit ift zugleich die Herrichaft der Legislative über die Erefutive am meiften garantiert. Im Effette ift baburch aber nicht nur die Trennung von Legislative und Exelutive, sondern auch bie Ausübung ber Herrichaft burch eine Bersonenvielheit ausgeschlossen. Legislative und Exelutive find in der hand Weniger, ja sogar, weil es ben Beftand ber Parteiherrichaft am meiften ficherstellt, in ber Sand eines Gingigen, bes Parteihauptes, vereinigt. Eine thatfächliche Parteihauptsmonarchie ift vorhanden. Und zwar liegt bas Schwergewicht bei ber Bollzugsgewalt. Es wird nicht die Bollzugsgewalt nach bem Willen ber Legislative geführt, sonbern bie Legislative arbeitet nach ben Bunichen ber Exelutive. Das Parteihaupt ist in erster Linie nicht thatsächlicher Bräsibent ber gesetgebenben Berfammlung, fondern Chef oder Ministerprafibent ber Erekutive. Dies kommt baber, baß bie gesetgebende und verwaltende Thatigfeit bes Legislativforpers notwendigerweise regelmäßig von ber Exetutive angeregt wird und die Berwaltung ber Exetutive, nicht aber bie ber Begislative eine ftanbige, ununterbrochene Thatigkeit erforbert, die Ausübung biefer burch bas Parteihaupt baber vor Allem nötig ift, wenn bas Uebergewicht ber Bartei auch in ber Eretutive, b. h. in ber Einzelbethätigung im Lanbe braugen erhalten werben will. Die Stellung

bes Parteihauptes entspricht so thatsächlich ber Stellung eines auf Zeit gewählten Monarchen. Die parlamentarisch regierte Demokratie ist thatsächlich eine Bahl=monarchie.

Sie ift von ber Bahlmonarcie im Rechtssinne nur baburch wesentlich verschieben, bag bie Reit, für welche fich ber Mongra im Besitze seiner Berrichaft befindet, ben Charatter unbeftimmter Dauer hat1). Dies aus einem boppelten Grunde. Ginmal befteht bei jeder Reuwahl bes Barlamentes die Möglichteit, daß die Barlamentsmajorität wechfelt. Dies hat natürlich auch eine Aenberung bes monarchischen Barteiregimentes zur Folge. Und bann bilben fich leicht Gegenfage ber Anschauungen zwischen ber Bartei und bem zum Ministerpräsidenten ober verantwortlichen Staatschef aufgerudten Barteiführer beraus. Die Thatigteit als Saupt ber Exetutive bringt notwendig eine erweiterte Kenntnis der Staatsverhältnisse, namentlich auch der geheim zu haltenden Staatsakte, und damit oft die Ueberzeugung mit sich, daß die Staatsgeschäfte aus internationalen Rudficten ober überhaupt im höheren Staatsintereffe anders zu führen find, als es bem Barteiintereffe entspricht, ober bag felbst bas wohlverstanbene Bartei= interesse etwas anderes erforbert, als die der näheren Renntnis der Dinge ferner stehende Barteimajorität meint. Unter ber Führung eines anderen ehrgeizigen Barteimitgliedes beginnt bann ein Rampf zwifchen Ministerpräsibent und eigener Bartei. Gelingt es bem ersteren nicht, mit seinen Anschauungen innerhalb ber Bartei burchzudringen, so ift er zum Ruckritt veranlaßt und so stellt sich sogar mabrend bes Laufes der Bahlperiode ein Bechsel in ber monarchischen Führung ber Staatsgeschäfte ein.

Allein auch diesen Rachteil oft unterbrochener und damit schwankender Leitung der Staats= geschäfte bat ber Barteiegoismus zu minbern verftanben, freilich nur um ben Breis noch weiteren Bergichtes auf Geltenbmachung bes bemofratifchen Bringipes bes Mitregierens Aller und baburch mit ber Birkung ber Steigerung bes monarchischen Clementes in ber Ausübung ber Barteiherrichaft. Die Erfahrung hat bie am Ruber befindliche Bartei gelehrt, bag Rämpfe mit ber aus ihren Reiben bervorgegangenen Regierung unter Umftanden ftatt zu einem Siege über bas Ministerium zur eigenen Uebermaltigung burch andere Barteien und bamit zum Berlufte aller Gewalt führen tonnen. Dies bann, wenn fich im Lande zwei nabezu gleich ftarte Parteien gegenübersteben. In biesem Falle hat die vom Ministerium etwa vorgenommene Rammer= auflösung sehr leicht bie Folge, bag bie andere Bartei bie Mehrheit gewinnt. Um fich baber nicht ber Gefahr eines völligen Berluftes ber herrichaft auszuseben, verzichtet bie Bartei lieber auf Miftrauensvoten gegenüber bem Ministerium. Und so erhalten bie Ministerien und bamit bas thatsachlich monarchische Element ber Geschäftsführung größere Beständigkeit. Der Bestand ber Ministerien ift für bie Dauer ber Bahlperioben gesichert. Richt mehr bas Barlament, sondern das Bolt erteilt Diftrauensvoten. Die parlamentarische Regierungsform ift auf bieje Beife thatfachliche Monarchie auf unmittelbar bemofratischer Grundlage, Babimonarchie auf Berioben. Die Barlamentsmajorität hat nicht nur zu Gunften ihres Führers, sonbern ju Gunften bes Bolles abgebantt 2). Bir haben politisch betrachtet monarchische Regierungs= form und bamit thatfachlich nicht Gerrichaft bes Freiheits-, fondern bes Ordnungsprinzipes, also in Birklichkeit des Grundsates, welcher rechtlich und thatsachlich der Monarchie im Rechtsfinne eignet.

Selbstverständlich ist eine solch dauernde politische Annäherung der repräsentativen Demokratie an die Borteile des monarchischen Staatsgedankens nur da möglich, wo feste Parteimajoritäten gegeben sind, d. h. zwei möglichst gleich starke Parteien sich gegenüberstehen. Bo Parteizersplitterung herrscht und demnach fortwährend Schwankungen in der Zusammensehung der Parlamentsmehrheit stattsinden, da tritt der Nachteil, den der Mangel einer stetigen Re-

2) Bergl. Duprieg Bb. 1 G. 260 über Belgien,

¹⁾ Siehe über ben Trager ber Staatsgewalt im Rechtsfinne S. 178,

gierungsleitung nicht nur für die Unterthanen, sondern auch für den Bestand der vorhandenen Bersassungs- und Regierungsform und unter Umständen sogar sür die Existenz des Staates mit sich bringt, grell hervor. Wenn irgend welche Länder, so leiden Frankreich und Italien in Folge der in ihnen vorhandenen Parteizersplitterung unter dem Fehlen einer Herrschaft des Ordnungsgedankens, Frankreich noch mehr als Italien. In Italien wird der Nachteil des raschen Wechsels der Ministerien wenigstens in etwas durch die an zeitliche Grenze nicht gebundene Stellung des unverantwortlichen Staatshauptes gemildert. Die Anhänglichteit an die Ohnastie mindert die politische Krast des unsicheren Freiheitsgedankens. Wenn sich in den Vereinigten Staaten von Nordamerika trotz jeglichen Mangels thatsächlicher Zusammensassung von Legislative und Exekutive in einer Hand die demokratische Staatsform dis heute erhielt, so erklärt sich dies auch hier, wie wir wiederholt sahen. nicht aus einer Vorzüglichkeit des demokratischen Staatsgedankens, sondern aus der Thatsache des Vorhandenseins zweier numerisch sich nahezu gleichkommender Parteien. Nicht die demokratische Staatsform, sondern die in jenem Gleichgewichte der Parteikräfte liegende Stetigkeit und Ordnung sicherte der ameritanischen Staatsversassung ihren disherigen Bestand.

So beweisen die politischen Berhältniffe aller Demotratien, daß bas Staatspringip, welches bem Staate bas verleibt , was er vor Allem jur Erfüllung feines Zwedes braucht, Sicherung seiner Dauer und Stetigkeit seiner Bethätigung, bas Orbnungsprinzip ift. hieraus folgt aber, bag biejenige Staatsform bie befte ift, welche biefes Prinzip am vollfommenften verwirklicht, und als biese haben wir eben bie tonftitutionelle Monarchie ertannt. In ihr ift bie Setrichaft bes Ordnungsprinzipes nicht nur burch bas Borbandensein zweier, an Rabl fic gleichtommenber politischer Barteien, sonbern unabhängig bavon burch bie Berson bes rechtlich und thatsaclich von allen Barteien unabhangigen Monarchen garantiert. In ber Demokratie fehlt bie zur Erreichung ber Staatszwecke erforberliche Stetiakeit und Ordnung ber Staatsleitung, wenn es teine geschloffenen Barteimajoritäten gibt; in ber tonftitutionellen Monarchie wird durch Barteigersplitterung die Stetigkeit und Ordnung der Staatsleitung wohl erschwert 3), aber nicht unmöglich gemacht. Auf ber anberen Seite gewährt bie konftitutionelle Monarchie bie Möglichfeit einer boppelten Garantie bes Ordnungsgebantens. Die eine und zwar immer vorhandene liegt in der Person des Monarchen, die andere mögliche, aber nicht notwendig vorhandene in der durch das konstitutionelle Staatsprinzip geregelten Berhältnissen zugeführten Mitwirkung ber politischen Barteien an ber Führung ber Staatsgeschäfte. So bleibt also ber Sat richtig, daß bei einer Ableitung der obersten Staatsprinzipien aus dem Staatszwecke sich bei entsprechenden Größenverhaltniffen des Staates als die beste Berfaffungs- und Regierungsform bie Staatsform ber tonstitutionellen Monarchie ergibt. Die Richtigkeit bieser Auffaffung erweist nicht blos die politisch-soziale Berfassung der thatsächlich vorhandenen konstitutionellen Monarchien, sondern auch die thatfachliche Gestaltung und Lage der parlamentarischen Monarchien und repräsentativen Republiken.

¹⁾ Es erklärt sich hieraus die in Frankreich 1899 aus dem augenblicklich hochgradigen Ordnungsbedürfnis des Landes entstandene Agitation nach Erweiterung der rechtlichen und politischen Gewalt des Präsidenten. Namentlich soll er vom Bolte unmittelbar gewählt werden. Bergl. dazu das S. 294 über den Präsidenten der Bereinigten Staaten Bemerkte.

²⁾ S. 278, 292 ff. 3) Bergl. Bismar d, Gebanten und Erinnerungen Bb. 2 S. 142.

Alphabetisches Sachregifter.

Die großen Biffern bebeuten bie Seitengahl, die fleinen bie Rummer ber Unmertung.

Boucher 217. Bratton 214. Abhängigkeit: im Allgemeinen 63 ff., 287 ff., 346 ff. — politische 105, 106. — staatsrechtliche 72, 104, 109. — völkerrechtliche 72, 103 f. Buchanan 216 ff., 228, 229, 283. Bubgetrecht 226, 285 ff., 289 ff., 295 ff., 321 ff., 324 ff., 851 ff. Bürgertum 262. Bulgarien 75, 114. Bunb 90 ff., 99, 116, 133, 136, 137, 143 ff., 145, 171 f., Abhängigteitsverhältniffe unter Staaten 70 ff., 86 ff., 108 ff. Absolutismus 206, j. a. Monar-276. 276. Bunbesrat f. Deutsches Reich und Schweiz. Bunbesstaat 30, 86 ff., 91, 104, 107, 118 ff., 121 f., 125, 127 ff., 143, 276. Bunbesvertrag 93, 95, 129 ff., 186, 159 2, 179 4. chie, absolute. 149. Megypten 72, 85. Meneas Splvius 44 Agreement 216s, 223, 224s. Althufus 1, 2, 56, 219, 220, 267. Altruismus 200, 206 f., f. a. Sozialprinzip. Anarchie 199, 208. Anarchismus 265. Andorra 74. Calvin 215. Anertennung 29. China 173. Annam f. Frankreich. Anniebelung 36 ff. Antiflavereiakte 76, 84 s. Aristokratie 185 ff., 274 ff. Aristokreis 34, 35, 38, 175, 201, Cicero 175 f., 212. Comte 261. Confédération d'États 87. Conftant 251, 254. Covenant 224 s. 211 f. Auflöfung f. Parlament. Ausgleich 102. Auftralien 169 f. Demotratie 182, 185 ff., 208 ff. 278 ff., 281 ff., 285 ff. — mittelbare 188. Ausweifung 30. repräfentative (unmittelbare) Autofratie 178 f. 183, 187 f., 281 ff., 345, 348 f., 358 ff. Despotie 191 f. Barclay 219. Baron 40 ff. Bayern 180, 149 (Refervatrecht), Deutscher Bund 58, 87, 88 ff., 100. Deutscher Zollverein 97. Deutsches Reich: altes 47, 49 ff., 114, 187, 194. — bas von 1849: 58, 110. 350 f. Beaumanoir 41, 42, 43, 45. Belgien 60, 295 ff., 324, 332, 339, 355 2. Bellarmin 217. - neues: 67. Berliner Bertrag 59, 75, 114. – Bunbespräsibium 80,100, 177, 179. Befold 48.

149.

bium.

Bunbesrat 80, 100, 184,

Raifer f. Bunbespraft-

Bill of rights 247 ff., 314. Bluntichli 261 f. Bosnien 169 f., 178. Bosniet 221, 229 ff., 258. Deutsches Reich: neues, Milistärgerichtsbarteit f. Bapern. — Oberste Ausilber ber Reichsgewalt 100. - Persönlichteitsnatur bes Reiches 171 f.
— Rechtliche Natur bes Reis — Registrag Anna Des deci-ges 98 ff., 110 f., 112 f., 114, 118 ff., 125 f., 127 ff. — Reichstag 100., 177. — Souveranität des Reiches Subjett ber Reichsgewalt — Snojett vet Reichsgewalt 100, 184, 171, 177. — Träger ber Reichsgewalt 100, 177. — Berbündete Regierungen 100, 134.
— Berfaffungsurtunbe (Reichsverfassung): 136 - Eingang 100, 129, 148. Art. 2: 183 f., 138 ff., 168 i. 8: 78. 4: 67, 78, 168 1. 5: 183 ff. 6: 91, 100, 185, 149. 7: 135. 9: 1007. 11: 100, 137. 17: 100,118,8891, **340**. 29: 140. 85: 129, 139. 41: 140. 42: 129. 50: 186. 58: 135. 66: 136. 70: 128 f. 76: 91. 78: 133,135,136, 140,179 (Ab= änderung ber Reichsverfaf=

jung).

Allgemeine Staatslehre E-M.

Deutsches Reich: neues, f. auch Bunbesvertrag, Eliaß-Lothringen. Deutsche Schutgebiete f. Schut= gebiete. Disziplinarrecht 328 ff. Doppelfonigtum 188, 194.

Egoismus 200; f. auch Indivibualpringip. Elbherzogtumer 165, 169. Elfaß-Lothringen 59, 161 ff., 170, 180. England 188, 194, 215 ff., 219 ff., 221, 310 ff., 334 f.; Bershältnis zu Transvaal 67, 71, 75; j. a. Staatslehre. Einheitsftaat 108, 110. Einzelftaat 94 f., 129. Erflarung ber Menfchenrechte 59. 245 État fédératif 87. Etatsrecht f. Budgetrecht. Exefutivgewalt (Exefutive) 226 ff., 234 ff., 237 ff., 248 ff., 288 ff., 344 ff., 354 f.

Familie unb Staat 37 ff., 268 ff. Fenelon 221, 229, 258. Finanggefet i. Bubgetrecht. Finnland 171 s. Foberalismus 90 ff., 140. Fortescue 214 Frantreich: Geltenbes Recht 313 ff., 320 ff., 325, 326 ff., 335, 337, 389, 356. Gefdichte 40 ff., 47, 49, 61, 151 f., 176, 187, 196, 251 f., 849 349. Souveranitatsbegriff 40 ff — Berhältnis zu Annam 22 ff., 72, 74 s, 85, 161.

— Mabagastar 24 ff., 28.

— S. auch Staatslehre. Freiheitsprinzip 200 ff., 206 f., 224, 225 s, 234, 239 ff., 268 ff., 282 f. Freiheitsrechte 289 ff. Friedrich ber Große 176, 230 ff.

Barantieverhältnis 103, 104, Gebietshoheit 37, 83. Bebietstörperfcaft 18 ff., 18, 19, 36, 150. Gemeinbe 26 ff., 110. Gesammtatt 104, 129. Gesammtpersonlichkeit 153. Befellicaft und Staat 268 ff.,

Gefellichaftsformen 268 ff. Befellichaftsvertrag f. Staats= theorie. Gefet 296 f. Gefetesinitiative 321. Gefetzeinmattbe 321.
Gefetzebende Gewalt 226 ff., 234 ff., 237 ff., 248 ff., 288 ff., 844 ff., 854 f.
Gewalt 12, 63.
Gleichheit f. Freiheitsprinzip.
Gliebstaat 117. Bonner 21, 54, 87. Griechenland 33; f. Staatslehre. Grotius 53, 56, 176, 220, 226, 232, 268.

halbsouveranitat f. Souveranis tät. haller 256. Sanje 14 ff. Deeresorganifation 297 ff. Segel 256, 258, 260. Selgolanb 140, 166. Serrichaftsbegriff 19, 60, 62. Serrichaftsvertrag 213, 220. Serricherfouveranität 56, 59,219. Berrichertheorie f. Staatstheorie (Dbjeftetheorie). Beffen 25 ff., 198. Biftorifche Staatsauffaffung 255 ff., 260 ff. Sobbes 56, 147, 219, 226, 229, 230, 232, 267. Soofer 2164 u. s, 2184, 2227, 223 1. humbolbt 249. Sume 255.

3.

Impeachment 334 ff Impeachment 884 ft.
Independenten 215 ff., 224s.
Indien 88 ff.
Individualprinzip 206 ff., 268 ff.
Interessential 176.
Island 169 ff.
Island 169 ff.
Island 186.
Italien 358, 356, st. a. Staatslehre. Japan, 178, 840. Juben 38 ff.

Ω.

Rabinetsregierung 346. Kaiser, römischer 41, 47 ff. — beutscher, s. Deutsches Reich. Kanada 169 f. Rant 248 ff., 257, 267. Rapland 169 f. Riautschou 82 f., 142. Rirche, fatholifche 16 ff., 147. — reformierte 215 ff. — und Staat f. Staat. Kirchenrecht 147. Rolonialrecht 76. Rolonien f. Schutgebiete. Rongoatte 59, 76, 83. Rongostaat 173. Ronighum f. Monarchie. Konstitutionelles Staatsprinzip f. Monarchie, konstitutionelle. Kreittmayr 3, 21, 51, 57, 178 s. Rroatien-Slavonien 169 ff.

Lanbesbeamte 80, 164. Lanbesherr (im alten Deutschen Reich) 21, 41, 50 f., 56, 112. Le Bret 50, 52, 176, 195, 242. Legislative f. Gefengebenbe Bewalt. Leibnig 39, 54. Liberalismus 206, 262 f. Rilburne 215 s, 223, 224 s. Rođe 221 ff., 229, 284, 237, 239, 244 ff., 249, 250, 267, 286 ff., 807. Loopleau 42, 50, 52, 56. Lubwig XIV. 231. Lugemburg 96.

Macchiavelli 215. Madagastar f. Frankreich. Majestas 45, 46, 48, 56. Majoritätsprinzip 153. Mariana 217. Marfilius von Padua 35, 228 s. Matriarchat 270. Menfchenrecht 239, 245 f., 258. Merfantilismus 281. Milton 221 f. Ministerverantwortlichteit 825 ff. Mißtrauensvotum 322 f., 342 f., 345; f. a. Ministerverant= wortlichkeit. Mitregent 183. Molina 217. Monato 74. Montes quien 201, 230, 232 ff., 237, 240, 250, 286 ff., 307. Monarchie 40 ff., 56, 60, 181 ff., 203, 213, 275 ff., 358. — abfolute 229 ff., 257, 277, 290

280.

tonftitutionelle 184, 200 ff.. 204 f., 252 ff., 278 ff., 352 ff. parlamentarische 204, 206,

281, 354 ff.

Migemeine Staatslehre N-8.

Monarchie, repräsentative 184, 278 ff., 848 ff. — ständische 46 f., 184. Monarchomachen 216 ff. Moser, J. J. 57 f., 61, 281. — Fr. K. 232. Mutterrecht 268 ff.

Natur 206 f. Naturrecht 257, 267 ff.; j. a. Althustus, Grotius, Sobbes, Rebenland 81, 83, 86, 104, 107, 116, 140, 162, 167. Rebenftaat 81. Nitolaus von Ruja 35, 213. Nomabenstaat 37, 284. Nordamerita f. Bereinigte Stagten.

Đ.

Objektstheorie f. Staatstheorie (Berrichertheorie). Ochlotratie 192. Defterreich-Ungarn 170 f.; f. a. Ausaleich. Oligarchie 189 ff. Orbnungsprinzip 200, 206. Organismus f. Staatsthe (organische). Staatstheorie

Parlament f. Bolfsvertretung. Parlamentarische Monarchie f. Monarchie. Parlamentarifches Regierungs= fpftem 346. Patriarchalftaat 178 ff. Patriarcat 270. Batrimonialstaat 56, 173 f., 180. Berfonalunion 103, 106.
Bflanzungsverträge(Plantation-Covenants) 224s, 247. Pluralftimmrecht 202 f. Blutofratie 189.
Bolitie 187, 191 f.
Bolitie 187, 191 f.
Bolitie 187, 77, 158, 196, 830 ff.
Bräfibent 188, 335.
Bregburger Friede 54.
Breußen 849 ff.
Broteftion 74, 85, 103, 104, 106, 116, 1201. Brotestorat 44, 60, 76 f., 84 s, 85, 116, 120 7, 160, 168. — toloniales 81. flaatsrechtliches 74, 85 f., 103, 106. völferrechtliches 74, 85 f.,

108, 106, 107.

Broving 79, 110, 116, 119. Bütter 281. Bufenborf 47, 49, 56, 176. 192. 232, 268. Buritaner f. Inbepenbenten.

Realtion 262.

Realunion 80, 108, 106. Rechtestaat 201, 249. Recht und Politit f. Politit. – und Souveränität 147. – und Staat f. Staat. Rechtsverordnung 297. Referenbum 184. Regent 178. Regierungsform 181 ff., 191 f. Regierungssipftem 181. Regierungsweise 181 ff., 191 f. Reichsangehörigkeit 25, 141 f. Reichsbeamte 80, 164. Reichelanber 81. Reichstag f. Deutsches Reich. Reichs= und Lanbesrecht 183, 138. Reichsverfaffung f. Deutsches Reich. Reprafentatipfpftem 225. Republik 181 ff., 185, 353; f. a. Demotratie. Refervatrecht 190 1, 149 e; f. a. Sonberrecht. Revolution 153. Rheinbund 54, 87, 88 ff., 96 f., Richterliche Gewalt 288 ff. Rom 88; f. auch Staatslehre (romische). Rotted 256. Rouffeau 187, 230, 233. 237 ff., 240 f., 250, 257, 268, 307.

Salmafius 221. San Marino 74. Schleswig-Holftein f. Elbherzog-Schutgebiete 77 ff., 83, 84s, 141 f., 161 ff., 169 f.
Schweiz 58, 67, 151s, 171, 179, Sibneth 221 f.
Sichyds 246. Seiges 240.
Smith 22110, 248.
Sonderrechte 145 f., 146.
Souderänität, äußere 59 ff., 77.
— beschränkte 27, 51, 57, 66, 68, 115, 146 ff., 160, 238.
— Fürstensouderänität 151. geminberte 63, 64, 67 f., 109 f., 115. Geschichte 40 ff.

Souveränität, Halbsouveränität 22, 52, 57 f., 68 f.

— innere 59 ff., 77.

— politischer Begriff 105, 1062.

— rechtlicher Begriff 28 ff., 46, 58, 56, 59, 60, 61, 69, 147.

— relative 68, 64, 67 f., 109 f.,

Staatsorganssouveranttat 63. - ftaatsrechtliche 45 ff., 68, 69,

Staatsfouveranitat 152.

- Unteilbarfeit 45, 67, 68, 108,

109, 198, 198 f.

109, 198, 198 f.

bőlterredtlide 45 ff., 61, 69, 70, 98, 105, 110, 115 ff., 127 ff., 147, 198.

Sozialbrinzip 206 ff., 257 ff., 263 ff.
Spinoza 220., 220.
Staat: Arten a) vollsommene und unvollsommene 29.

und unvoucommene 20.

— 6) souveräne und nichts
souveräne 22, 69, 115, 160 f.

— 7) Geschlechters, Völkers
schaftss, Stammess, Natios
nalstaat 275 ff.
Vegriff 11 ff., 22, 88, 54,
149, 151, 162 f., 199 f.

— empirischen 11, 125.

— nolitischnbilschaftiger 11.

- politifc-philosophischer 11, 126 f.

Entftehung 267

- Entstehung 267 f.
- Entwicklung 267.
- Berfönlichkeit bes Staates 149 ff., 160 ff., 260 ff.
- rechtliche Natur 160, 165, 171, 174 ff., 260 ff.
- Rechtsgrund 199 ff., 258 f.
- und Gemeinde 27 ff., 110.
- und Gefelschaft 283 ff.
- und Striche 16 ff., 32 ff., 61, 148.

148.

und Recht 146 ff., 160. und Souberanitat 22 ff., 39,

142, 198.

und Wirtschaft 283 f ausammengesetzter 48, 104.

Staatenbund 19, 86 ff., 103,

106, 148 ff. Staatenverbindung 101, 102 ff., 106; f. a. Bunb.

Staatsangehörigfeit 35, 37, 137,

273.

Staatsbürger 152.

Staatsbienst 1374.

Staatsentwidelung 267, 275 ff.

Staatsentstehung 267 ff.

Staatsform 170 ff., 192 ff., 284 f.

Staatsfragment 169 ff.

Staatsgebiet 88.

Allgemeine Staatslehre T-W.

Staatsgewalt: Begriff und Geschichte 58, 56, 62, 151, 158, 228. Ginheitlichfeit ber Staatsgewalt 194. im objettiven Sinne 78, 150, 165, 193. - im subjektiven Sinne 149 f., . 180, 196. - Inhaber 150, 178.
- oberfter Ausüber 150.
- Subjekt 149 f., 180, 196.
- Teilbarkeit 194 ff.
- Träger 150, 170 ff., 188, 196. Staatsibee: Begriff 208 f.

— antile 207 f.

— germanische 207 ff.; f. auch

Staatslehre. Staatslehre: allgemeine (Begriff) 1 ff. ameritanische 120 ff., 264, 346. - empirifche 11, 265. - englifche 1074, 1241, 214, 215 ff., 221 ff., 2644, 310, 342 ff. 77, 107, 150 s, 151 s, 221, 264, 321 ff., 887 ff., 847 f.; s. & Bobin. - germanische 207 f., 212. - griechtsche 175, 185, 186 f., 192, 207 f., 209 ff., 249 f.; f. a. Aristoteles. - italienische 1074. mittelalterliche 42, 192, 218 f.; f. a. Thomas.

— römische 212 f.; f. a. Cicero.
Staatsorgan 62, 154, 179 ff.
Staatsorganiation 200 ff., 278.

Staatsphilosophie 1 ff.; f. a.

Staatstheorie.

Staatsprinzipien 200 ff., 205, 252, 256 ff., 856.
Staatsfervitut 71, 148.
Staatsfervitue: Begriff 280 ff. - Fittionstheorie 158 f., 260 ff. - Geschichte 209 ff. - ibealistische f. Fittionstheorie. Objettatheorie 87, 157, 164, - Objetistieorie 87, 167, 164, 178; f. a. Batrimonialftaat.
- organische 153 ff., 268, 265.
- soziale, f. organische.
- Bertragstheorie 172, 175, 205, 210, 257, 268.
Staatsverfassung 201. Staatsverfassung 201.
Staatsvertrag 148.
Staatsumdizung 158.
Staatszwed 199 sf.
Stahl 258 sf.
Steuerbewilligung 296 sf., 308 sf.
Strafrecht 330 sf.
Streitigkeiten zwischen Bundessstaaten 143 sf.
Süddund 87. Suzeranitat 60, 74 ff., 104.

T.

Teilstaat 117. Teilung ber Bewalten 125, 205, 217 f., 226 ff., 283 ff., 287 ff., 248 ff., 249 ff., 253 ff., 285 ff., 810, 846 ff. 2000tatte 82 ff., 173 ff., 185, 258 ff. Thomas Aquinas 3, 42, 186. Thomasius 47. Timotratie 189. Erager ber Staatsgewalt f. Staatsgewalt. Transvaal f. England. Trennung f. Teilung. Türtei 72, 112, 173, 185.

Unabhängigfeit 68, 846 ff.; s. a. Abhängigfeit. Unitarismus 90 f., 110.

Bassalität 75 ff., 104. Bereinigte Staaten von Nord-amerika 112, 121 ff., 152, 170, 171, 179, 325, 852, 856. — Geschichte 224., 246, 272, 275, 288 ff., 292 ff. Berfassungsform 181 ff., 191 f.

Berfassungsstaat 206. Berorbnung 297. Bertrag 93; s. a. Gesammtakt. Berwaltungsbund 98. Bermaltungsunion 97. Bitar 255. Bollerrecht 28, 50, 70, 147 f., 159. Bölkerrechtsgemeinschaft 18 ff. Bölkerrechtspersonlichteit 28 ff.,

Bölferrechtlicher Bertrag, fiehe Staatsbertrag. Bolf 151. Bolfsinitiativrecht 184. Bollsvertretung 202 f., 225 ff., 234 ff., 817 ff., 823 f., 330, 352; j. a. Gejetgebende Ge

walt. Bollziehenbe Gewalt, f. Eretu-

tipe.

Wahlmonarchie 202 f., 355.

Wait 108 f., 261. Beitfälischer Friede 50 f. Wirtschaft f. Staat. Bolff 243 f., 249.

		·		
•				
				٠
				•
		•		
			•	
				·
	•			

				1	
,					
		•	•	ı	
·				: :	
	•				
				•	
		•			

La Ga

•

